Ulrich Lappenküper

Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963

II: 1958–1963

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 49

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Ulrich Lappenküper

Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963

Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“

II: 1958–1963

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Für Christiane

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Lappenküper, Ulrich:
Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963 : von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire" / Ulrich Lappenküper. – München : Oldenbourg
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 49)
Zugl.: Bonn, Univ., Habil.-Schr., 1998
ISBN 3-486-56522-2

2. 1958–1963. – 2001

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Berarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56522-2

V. Adenauer und de Gaulle: Die deutsch-französischen Beziehungen 1958–1963

V.1 Das Deutschlandproblem im Wandel des Ost-West-Verhältnisses 1958–1962

V.1.1 Adenauer und de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises

Im Zeichen einer bemerkenswerten „Hausse" ihrer Beziehungen war es der Bundesrepublik und Frankreich in der 1955 einsetzenden „Phase konstruktiver Zusammenarbeit"[1] gelungen, nicht nur aus der Vergangenheit überkommene bilaterale Streitpunkte zu beseitigen, sondern auch in die Zukunft gerichtete schöpferische Beiträge zu einer gemeinsamen Politik zu leisten. Ob in der Behandlung der „deutschen Frage" oder in der Nordafrikapolitik, in der Saarfrage, der europäischen Integrationspolitik oder auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion, meist zogen Bonn und Paris an einem Strang. Angetrieben nicht zuletzt von der sich verschärfenden globalen Großwetterlage und der am Rhein wie an der Seine wahrgenommenen Tendenz der westlichen Vormacht zu einer exklusiven Verständigung mit dem östlichen Hegemon scheuten die beiden Nachbarn vor dem letzten Schritt, einem bilateralen Bündnis, indes noch zurück. Gewiß spielte dabei ein gerüttelt Maß an Rücksicht auf die eigenen multilateralen Verbindungen eine Rolle, gewiß aber auch das nie ganz aufgegebene Mißtrauen gegenüber den letzten Zielen des Partners.

Auch in der Wirtschaftspolitik hatte sich das beiderseitige Verhältnis gefestigt, was sich institutionell in der Einrichtung des von Adenauer und Mendès France 1954 in La Celle-St.-Cloud beschlossenen Wirtschaftskomitees, rechtlich in den Verträgen zur Saarfrage, zur Schiffbarmachung der Mosel, zum Ausbau des Oberrheins und im Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag manifestierte. Größeren Raum nahm für die Nachbarn nunmehr die Projektierung ökonomischer Zusammenarbeit in Afrika ein, wenngleich die deutschen Unternehmen auf die Angebote zu Investitionen in Gabun, Guinea oder Westafrika noch zurückhaltend reagierten. In der französischen Außenhandelsbilanz rangierte die Bundesrepublik als bester Kunde und zweitbester Lieferant. Im Gegenzug schob sich Frankreich als ihr Außenhandelspartner stetig weiter nach vorn und stand 1957 als Absatzmarkt deutscher Industrieprodukte auf dem vierten Platz. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollte sich diese positive Entwicklung noch erheblich forcieren. Ende 1958 war die Französische Union zum zweitgrößten Kunden und Lieferanten der Bundesrepublik aufgestiegen. Im Jahrfünft von

[1] Ziebura, Beziehungen, S. 119.

1955 bis 1960 konnte die Bundesrepublik ihren Import aus Frankreich von 5,8 auf 10,1 Mrd. Dollar und ihren Export von 6,1 auf 11,4 Mrd. Dollar fast verdoppeln. Frankreich hingegen steigerte seinen Import aus der Bundesrepublik nur um ein Drittel von 4,7 auf 6,3 Mrd. Dollar, während der Export von 4,9 auf 6,9 Mrd. Dollar stieg. Die wertmäßig wichtigsten Posten bildeten unter den französischen Ausfuhrgütern mit großem Abstand Getreide, Eisenvorerzeugnisse und Spinnereiprodukte. Bei den deutschen Waren überwog vor allem der Maschinenbau, gefolgt von Koks und Steinkohle, deren Bedeutung allerdings stetig abnahm[2]. Als einziger Schwachpunkt dieser Entwicklung galt aus der französischen Perspektive die Tatsache, daß Bonn in der Tendenz zunehmend höherwertige Artikel exportierte, während der Pariser Außenhandel stärker von Primärgütern geprägt war. Ungeachtet aller Befriedigung über die Verdichtung der Handelsbeziehungen wurde dieser strukturelle Unterschied an der Seine bedauert, ja als potentiell gefährlich eingeschätzt[3].

Alles in allem günstig hatten sich die deutsch-französischen Beziehungen auch in der staatlich geförderten Kulturpolitik entwickelt. Als Positivum verbuchten die Regierungen vor allem den Arbeitsbeginn des im Kulturabkommen von 1954 vorgesehenen bilateralen Ständigen Kulturkomitees im März 1957. Monatelang hatten sich die Bonner Behörden, sehr zum Verdruß der Pariser Regierung, über die Bestallung der deutschen Mitglieder gestritten[4]. Wilhelm Hausenstein, der als Leiter der deutschen Sektion vorgesehene ehemalige Botschafter[5], zog seine Zusage im April 1956 zurück, um nicht als „Feigenblatt für gewisse Unergiebigkeiten" des Auswärtigen Amtes zu dienen[6]. Erst als François-Poncet im November damit drohte, den Vorsitz der schon im Oktober 1955 ernannten französischen Delegierten[7] niederzulegen, endete das Kompetenzgerangel am Rhein[8]. In seiner

[2] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", o.D., im Auszug in: BDFD II, S. 890–893; zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1955–1958 allgemein vgl. die Dokumente in: ebd., S. 412–518; zur Entwicklung des Außenhandels vgl. die Tabelle in: Menyesch/Uterwedde, Partner, S. 113; zur bilateralen Wirtschaftskooperation in Afrika dieser Jahre vgl. BDFD II, S. 1067–1095; zu den Anfängen dieser Zusammenarbeit 1950–1955 vgl. Lefèvre, Projets.

[3] S. Artikel Lefort, in: „Der Volkswirt", 7. 7. 1956, auch in: BDFD II, S. 485–489.

[4] S. PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 148, von Maltzan an AA, Tel., Mai 1956, Entwurf, nebst Marginalie dess.; ebd., Bl. 114f., von Trützschler an Hausenstein, 600/402-01-22/11589/55, 21. 4. 1955; Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?", S. 75f.

[5] S. DLA, NL Hausenstein, 66.1752/11, Hausenstein an Adenauer, 22. 11. 1954; PA, Ref. 600, Bd. 202, AZ 600/401-01/22, Hallstein an Hausenstein, 13. 5. 1955; ebd., BStS, Bd. 230, von Trützschler an Büro Staatssekretär, Notiz, 19. 7. 1955; ebd., ders. an Hallstein, Vortragsnotiz, 14. 10. 1955; ebd., NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 116–119, Hausenstein an von Trützschler, 26. 4. 1955; François-Poncet an Pinay, Tel. 2983/3006, 29. 7. 1955, in: DDF 1955, Bd. 2, S. 157.

[6] Hausenstein an Lenz-Medoc, 6. 7. 1956, in: Sulzer, Nachlaß, S. 149; s.a. Hausenstein, Impressionen, S. 106–110 u. 114f., Tb. 30. 3. u. 28. 4. 1956; Lappenküper, Wilhelm Hausenstein, S. 671–673; Reuss, Mission, S. 226–233.

[7] Neben François-Poncet als Präsident handelte es sich um Jean Sarrailh (Sorbonne-Rektor), Louis Leprince Ringuet (Direktor d. Physikalischen Institute der Technischen Hochschule Paris), Jacques Jaujard (Direktor d. französischen Kunstverwaltung), Jacques de Bourbon-Busset (Leiter der Kulturabteilung im Quai d'Orsay) sowie um Lucien Paye (Direktor d. Abteilung Universitäten und ihre Auslandsbeziehungen im Erziehungsministerium) (PA, NL Hausenstein, Bd. 24, Bl. 135, MAE an Deutsche Botschaft, Verbalnote, 20. 1. 1956).

[8] S. ebd., Bl. 157, von Maltzan an AA, Tel. 784, 10. 11. 1956. Mit Bestätigung des Auswärtigen Amtes übernahm Gerhard Hess, der Romanist und Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, den Vorsitz. Neben ihm saßen Heinz Trützschler von Falkenstein (Leiter der Kulturpolitischen

konstituierenden Sitzung Ende März 1957 faßte der Ausschuß dann die Errichtung eines deutschen Kulturinstituts sowie einer deutschen Schule in Paris ins Auge, trat für verstärkten wissenschaftlichen Austausch und die wechselseitige Anerkennung der Universitätsabschlüsse ein und bemühte sich um eine Lösung der seit Jahren leidigen Fremdsprachenfrage[9].

Ähnlich mühsam wie die Gründung des Ständigen Kulturausschusses hatte sich auch der Kulturaustausch entwickelt, wobei die Frage nach der Verantwortlichkeit durchaus unterschiedlich beantwortet wurde. Einige deutsche Kommentatoren warfen Frankreich vor, sich gegenüber dem deutschen Kultureinfluß abzuschirmen, selbst aber massives Missionsgebaren an den Tag zu legen. Sie beklagten die fehlende Gleichberechtigung zukünftiger deutscher Kulturinstitute gegenüber den französischen Einrichtungen im jeweiligen Gastland und die allzu offenherzige Geberfreude der Bundesregierung, wie sie sich in der Schenkung des im Sommer 1956 eröffneten deutschen Studentenwohnheims in der „Cité Universitaire" von Paris niederschlug, ohne daß Frankreich entsprechende Gegenleistungen etwa bei der Rückgabe konfiszierten Kulturgutes erbrachte[10]. Andere Gazetten hielten diesen publizistischen Philippiken nicht zu Unrecht das kulturpolitische Versagen der Bundesrepublik entgegen[11]. Dazu paßten denn auch die weniger triumphierend denn beschämt formulierten Artikel deutscher Zeitungen über die Stagnation bei der Planung der Deutschen Schule in Paris. Denn es fehlte nicht nur am Geld, sondern auch am öffentlichen Interesse, wie die als Reaktion auf eine Zeitungsanzeige im Sommer 1958 eingegangenen mageren sieben Anmeldungen verdeutlichten – und das bei einer Personalstärke der Deutschen Botschaft von über 130 Menschen[12].

Günstiger gestaltete sich die Situation beim öffentlich geförderten Jugendaustausch, wenngleich das Verhältnis von 4:1 ein starkes Ungleichgewicht zugunsten der deutschen Seite aufwies[13]. Auf der Habenseite der bilateralen Kulturbilanz durfte schließlich noch die Eröffnung der Deutschen Historischen Forschungsstelle Paris im November 1958 verbucht werden, die sich rasch einen anerkannten

Abteilung im AA), Paul-Egon Hübinger (Leiter der Kulturabteilung im Bundesministerium des Innern), Marion Gräfin Dönhoff, Klaus-Berto v. Doemming (Ministerium für Kultus und Erziehung des Landes Rheinland-Pfalz als Vertreter der Kultusministerkonferenz) sowie Alfred Marchionini (Direktor der Dermatologischen Klinik und Poliklinik der Universität München). (Ebd., Bl. 165, ders. an dass., Tel. 839, 23. 11. 1956; ebd., Bl. 162, von Tieschowitz an Hess, 14. 12. 1956; ebd., Bl. 133f., ders. an GK Marseille, Ku 401–00/1, 18. 12. 1956; ebd., Bl. 163, von Maltzan an Hess, 2. 1. 1957).

9 S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 98, Aufzeichnung von Trützschler, 600/401–01–22/2146/57, 8. 4. 1957; AsD, NL Erler, Bd. 130, ders. an Erler, 600/401–01–22/6286/57, 28. 10. 1957, nebst Anlage, im Auszug in: BDFD III, S. 901–905; Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro", 30. 3. 1957; Bulletin 1957, S. 525f.; Interview François-Poncets im „Hessischen Rundfunk", 26. 3. 1957, in: ebd., S. 526; Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?", S. 76.

10 S. Artikel Hammer, in: „Echo der Zeit", 14. 3. 1957, im Auszug auch in: BDFD III, S. 895–898; zur langwierigen Gründungsgeschichte des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire vgl. ausführlich: Lappenküper, Stätte der Begegnung.

11 S. Artikel Alexandre, in: „Neue Rhein-Zeitung", 22. 11. 1957, im Auszug in: BDFD III, S. 905–908.

12 S. „Münchner Merkur", 17. 10. 1958.

13 Im Rahmen der von Bund und Ländern geförderten Reisen besuchten 1952 ca. 3000 junge Deutsche Frankreich, 1953 ca. 1200, 1954 ca. 1600 und 1955 ca. 1500. In der Gegenrichtung waren es etwa 300–400 Franzosen pro Jahr (PA, Ref. 600, Bd. 204, AZ 600/401–01/22, Aufzeichnung Müller-Horn, zu 600/601–01/22/1462/57 II, 16. 3. 1957).

Platz bei den französischen Historikern sicherte und zu einem „Bindeglied zwischen deutscher und französischer Geschichtswissenschaft" avancierte[14].

„De Gaulle macht Europa kaputt"

Die Maikrise des Jahres 1958 in Frankreich schien die guten deutsch-französischen Beziehungen zumindest in politischer Hinsicht in längst überwunden geglaubte Zeiten zurückzuwerfen. Verantwortlich für die abrupt eintretende Eiszeit zeichnete die Regierungsübernahme eines Mannes, dem Adenauer bisher stets mit Mißtrauen begegnet war, zu dem er bewußt Distanz gehalten hatte: Charles de Gaulle. Entgegen dem langlebigen Mythos von der Freundschaft zwischen den beiden Staatsmännern stand der Kanzler dem General zu Beginn des nunmehr gemeinsam beschrittenen politischen Weges mit abgrundtiefem Mißtrauen gegenüber, Mißtrauen, das zumindest bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückreichte.

Zwar hatte es Adenauer mit „großer Hoffnung für Deutschland" erfüllt, als der damalige französische Regierungschef im August 1945 öffentlich die Nachbarn aufforderte, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und zusammenzuarbeiten[15]. Auch registrierte er seinerzeit sehr wohl, daß der General nach dem Ende des Krieges zu jenen gehörte, die einen föderativen Zusammenschluß Europas befürworteten[16]. Doch darin erschöpfte sich auch bereits das Wohlwollen. Seine „geheime[n] Techtelmechtel" mit gaullistischen Offizieren im Sommer und Frühherbst[17] 1945 versuchte Adenauer nach seiner Absetzung durch britische Offiziere bezeichnenderweise rasch zu vertuschen. Öffentlichen Behauptungen, er sei „ein Freund" der de Gaulleschen Deutschlandpläne, trat er im Oktober 1945 mit der Beteuerung entgegen, er sei „immer gegen Bildung eines Pufferstaates" gewesen[18]. Gerüchte, er stehe mit dem General in Kontakt, wies er in den folgenden zwei Jahren wiederholt weit von sich[19].

Dann aber wendete sich das Blatt. Ende 1948 bat Adenauer Kurt Freiherr von Lersner, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa und Mitglied bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, mit dem ihm bekannten de Gaulle in Verbindung zu treten. Ende November 1949 berichtete von Lersner von seinen Sondierungen, die ein bemerkenswertes Ergebnis zutage gefördert hätten. Denn in den zahlreichen Gesprächen habe er einen bemerkenswerten Wandel in de Gaulles Deutschlandbild feststellen können. Habe er zu Beginn ihrer Kontaktaufnahme ein „Deutschland von 1648" gefordert, sei er beim letzten Treffen für ein „Zusammengehen Frankreich-Deutschland ein[getreten] – anfangs wirtschaftlich und

[14] Ebd., NL Hausenstein, Bd. 22, Bl. 116–120, Blankenhorn an AA, Ku 604–80 SE/30 8260/61, 19. 6. 1961; zu den Aufgaben der Forschungsstelle und der Geschichte des daraus entstandenen Deutschen Historischen Instituts Paris vgl. Aufzeichnung Ewig, 20. 10. 1962, in: BDFD III, S. 991–993; Paravicini (Hg.), Deutsches Historisches Institut Paris.

[15] Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 41.

[16] S. ebd., S. 210.

[17] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 39.

[18] Adenauer an Heinrich Weitz, 31. 10. 1945, in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 129.

[19] S. ders. an Arthur Menge, 12. 11. 1945, in: ebd., S. 134; ders. an Wilhelm Rahe, 27. 8. 1946, in: ebd., S. 317; ders. an Deutsche Nachrichtenagentur, 25. 7. 1947, in: ebd., Briefe 1947–1949, S. 36 u. 491.

kulturell, später auch politisch". Allerdings sei er mit dieser Vorstellung bei seinen Anhängern auf „keinerlei Zustimmung" gestoßen. Nur „Schritt für Schritt" könne er seine Gefolgschaft an die „Notwendigkeit der deutsch-französischen Einigung" gewöhnen[20].

Die Frage, ob sich die Haltung dieses auf seinem Landsitz in Colombey-les-deux-Eglises lebenden politischen „Eremit[en]"[21] gegenüber Deutschland in der jüngsten Vergangenheit tatsächlich gewandelt hatte, wurde in der deutschen Diplomatie durchaus kontrovers beantwortet. Anders als von Lersner glaubte etwa Albrecht von Kessel eine solche Veränderung nicht erkennen zu können, mahnte vielmehr noch Ende August 1950 zur Vorsicht gegenüber den Äußerungen des Generals. Zwar habe er sich in letzter Zeit wiederholt für eine deutsch-französische Entente ausgesprochen, doch meine er bei „Deutschland" keineswegs das deutsche Volk, „sondern bestenfalls ein stark föderalistisches Westdeutschland, d.h. im Grunde nur einen erweiterten Rheinbund". Den in der Publizistik immer wieder angestellten Vergleich mit Hitler hielt von Kessel für unangebracht, wobei er sich zur Begründung eines ziemlich schiefen Arguments bediente: Vom „Führer" sei Anfang der dreißiger Jahre behauptet worden, er halte zwar abstruse Reden, sei aber eine „faszinierende und sympathische Persönlichkeit"; über den General werde französischer- wie nichtfranzösischerseits nun kolportiert, was er sage, sei durchaus zutreffend, er sei aber „persönlich so unangenehm in seinem Charakter und Auftreten, daß man nichts mit ihm zu tun haben wolle"[22].

Zumindest der letzte Teil dieser Aussage traf auch für Adenauer zu. Angesichts des sich im Vorfeld der Parlamentswahlen 1951 in Frankreich abzeichnenden Rechtsrucks wünschte er inständig eine Regierung, „die nicht auf de Gaulle angewiesen ist"[23]. Mochte sich der General auch der Einigung Europas und der deutsch-französischen Versöhnung verschrieben haben, so waren die ihn umgebenden Gerüchte, er sei ein „Faschist"[24], wünsche eine unter seinem Oberbefehl stehende europäische Armee, die er in einem „Kreuzzug gegen die Barbaren des Ostens" führen könne[25], oder seine entschiedene Gegnerschaft gegen die EVG nicht dazu angetan, Adenauer Vertrauen einzuflößen. Wenn der Kanzler Mitte der fünfziger Jahre von ihm sprach, dann stets im Sinne einer Gefahr für Frankreich und Europa. Zwar erkannte Adenauer an, daß de Gaulle sein Land im Krieg gerettet hatte, warf ihm aber vor, „danach vollkommen versagt" zu haben[26]. Je labiler sich die innenpolitische Situation in Frankreich entwickelte, desto häufiger hörte man den deutschen Regierungschef die Hoffnung aussprechen, daß sich die Rückkehr des gefürchteten französischen Politikers doch noch verhindern lasse[27].

[20] StBKAH, NL Adenauer, 10.02, von Lersner an Adenauer, 27. 11. 1949, Vertraulich; s.a. Köhler, Adenauer, S. 599f.
[21] Linsel, Charles de Gaulle, S. 146.
[22] PA, Abt. 3, AZ 205-04/22, Bd. 1, von Kessel an DfAA, 205-04 Nr. 195, 30. 8. 1950.
[23] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 10. 5. 1951, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1950–1953, S. 37; s.a. Buchstab, „Zauber", S. 96.
[24] PA, NL Hausenstein, Bd. 8, Bl. 175–177, Aufzeichnung Frank, 205 Tgb. Nr. 4343, 19. 11. 1951.
[25] Ebd., Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 2, von Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29. 3. 1951.
[26] Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 218, Informationsgespräch, 6. 8. 1957; s.a. Buchstab, „Zauber", S. 96.
[27] S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 12. 7. 1956, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1953–1957, S. 927.

Als Postminister Stücklen im Frühjahr 1958 im Bundeskabinett eine Übernahme der Macht durch den General als möglich bezeichnete, herrschte der Kanzler ihn an: „Wenn Herr de Gaulle kommt, der macht Europa kaputt"[28]. Als sich der Eremit dann in der Mai-Krise tatsächlich anschickte, aus seinem Refugium in Colombey-les-deux-Eglises wieder auf die Bühne der Weltpolitik zurückzukehren, versuchte Adenauer alles in seiner Macht Stehende, das Unvermeidliche doch noch abzuwenden[29]. Mag der aus der historischen Rückschau urteilende Beobachter auch beim General eine mit der Gründung der Bundesrepublik einhergehende positive Veränderung seiner Deutschlandpolitik feststellen, „slow and grudging, but definite"[30], für den Zeitgenossen im Kanzleramt stellte sich die Lage ganz anders da. Ihn erfüllte der Einzug de Gaulles mit „schwerer Sorge hinsichtlich der Verwirklichung unserer europäischen Pläne, der Aufrechterhaltung der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft und der künftigen Gestaltung des französisch-sowjetischen Verhältnisses"[31].

Am 1. 6. wurde das angebliche Horrorszenario Wirklichkeit, de Gaulle zog in den Matignon ein. Für ihn ging es nun zuvörderst darum, die drei ineinander verwobenen Problemfelder Frankreichs zu meistern: den Algerienkonflikt, die Schwäche des Regierungs- und Verfassungssystems und die Finanz- und Wirtschaftskrise[32]. Um sich einer möglichst breiten politischen Basis zu versichern, bildete er eine Regierung, die alle wichtigen Kräfte der IV. Republik umfaßte und zum Gutteil auf die alten Kabinette zurückgriff. Zur Ministerriege gehörten Gaullisten wie Sozialisten, Radikalsozialisten wie Volksrepublikaner und Unabhängige. Nur die Kommunisten blieben außen vor[33].

Mit dem Regierungsbeginn des neuen Président du Conseil veränderte sich das seit drei Jahren von einer allmählichen machtpolitischen Emanzipation Bonns gekennzeichnete Koordinatensystem des deutsch-französischen Verhältnisses grundlegend. In Korrespondenz zur „Glorifizierung der starken Persönlichkeit"[34] und der damit verbundenen Überzeugung, dem Vaterland als Retter dienen zu müssen, schwebte dem General „une certaine idée de la France"[35], das Bild eines ewigen Frankreich vor, dem durch seine „grandeur", sein außergewöhnliches Wesen eine besondere Stellung in der Welt zukam: „La France doit être au premier rang."[36] Mit dem von ihm beanspruchten Rang knüpfte de Gaulle an die Politik der IV. Republik an, die durchgängig das „Großmachtprestige Frankreichs" betont hatte[37]. Das Neue bestand darin, dieses Telos zum ausschließlichen

[28] Wortmeldung Stücklens, in: Schwarz (Hg.), Adenauers Regierungsstil, S. 25.
[29] S. Kap. IV.1.4.
[30] Friend, Linchpin, S. 17.
[31] Blankenhorn an Adenauer u. von Brentano, Tel., 23. 5. 1958, Streng geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 580; s.a. Kap. IV.1.4.
[32] Vgl. ACDP, NL Krone, I-028-006/4, Jansen an AA, Pol 204-81.10/1384/60, 5. 2. 1960; Rémond, Retour, S. 114–118.
[33] Zur Kabinettsbildung vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 536–550; AdG 1958, S. 7096A.
[34] Ziebura, Grundlagen, S. 277.
[35] De Gaulle, Memoires de Guerre, Bd. 1, S. 7.
[36] Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 623. Zu den geistigen Grundlagen der Außenpolitik de Gaulles vgl. vor allem: Barnavi/Friedländer (Hg.), Politique étrangère; Cerny, Politics; De Gaulle en son siècle, Bd. 4 u. 5; Kolodziej, Policy.
[37] Hillgruber, Deutsche Geschichte, S. 153.

Bezugspunkt der französischen Politik zu erheben[38]. Dem Grundwert der „nation française" zur Seite gestellt war bei ihm jener der „liberté humaine". Patriotismus und Humanismus bildeten kein Gegensatzpaar, sondern eine Einheit[39]. Indem er der Nation eine unaufhebbare Realität zuwies und daraus das Recht auf nationalstaatliche Souveränität ableitete, zielte der General auf einen losen Zusammenschluß der europäischen Demokratien ab, dem die Aufgabe eines Schiedsrichters zwischen den Supermächten sowie die Funktion einer unabhängigen „Dritten Kraft" zur Austarierung des Weltgleichgewichts zufiel. Da die Beziehungen zwischen den Staaten seiner Meinung nach stets auf „la force et la ruse" beruhten, Ideologien hingegen nicht zählten[40], besaß er eine durchaus optimistische Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der sowjetischen bzw. russischen Politik. Im Kontrast zu seiner auffällig skeptischen Bewertung der USA, die er zwar langfristig als Sieger im Kalten Krieg einschätzte, denen er letztlich aber als nicht-europäischer Macht mißtraute, schloß de Gaulle einen langfristigen Ausgleich mit „Rußland" in Europa nicht prinzipiell aus. Angesichts der immer deutlicher zu Tage tretenden Ineffizienz des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hielt er eine Öffnung gegenüber dem Westen für wahrscheinlich. Neben der Erwartung der Entideologisierung sowjetischer Außenpolitik speiste sich seine Hoffnung auch aus den zentrifugalen Tendenzen im sowjetischen Herrschaftsbereich sowie der Gefahr einer sowjetisch-chinesischen Konfrontation[41].

Um den machtpolitischen Wettstreit mit den USA und der Sowjetunion aufnehmen zu können, mußte das Europa der Sechs über die wirtschaftliche Kooperation hinaus zu kollektiver Handlungsfähigkeit finden. Zur Umsetzung dieser Vision war de Gaulle auf Beistand angewiesen, der angesichts der besonderen Beziehungen zwischen England und den USA nur von der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden konnte. Während Adenauer die Unterstützung eines Partners brauchte, der den deutschen Standpunkt gegen sowjetische Interessen vertrat, benötigte de Gaulle einen Verbündeten, der mithalf, seine Vorstellungen von der französischen Weltmachtrolle abzusichern. Wie sah de Gaulle nun das Verhältnis zu Deutschland, das er aus eigenem Erleben viel besser kannte als Adenauer Frankreich[42]?

Seine erste Begegnung mit Deutschland lag mittlerweile 50 Jahre zurück. Im Sommer 1908 verbrachte der damals siebzehnjährige Schüler die Ferien im Schwarzwald. Eine besondere Qualität oder spezifische Bedeutung kommt de Gaulles Deutschlandbild vor 1914 dennoch entgegen anderslautenden Meinungen nicht zu. Allerdings darf konstatiert werden, daß er sich nie von der ihn umgebenden Atmosphäre verbreiteten Revanchegefühls anstecken ließ und die Kategorie der Erbfeindschaft weder damals noch später zu seinem deutschlandpolitischen Denken gehörte[43].

[38] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 155.
[39] BA, NL Blankenhorn, Bd. 112, Bl. 172–178, Aufzeichnung Mertes, 21. 4. 1961.
[40] Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 623.
[41] Zu de Gaulles Politik gegenüber der Sowjetunion vgl. die Aufsätze in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 358–401.
[42] Zum folgenden vgl. Linsel, Charles de Gaulle; Maillard, De Gaulle; Schunck, De Gaulle.
[43] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 21

1916 wurde der zum Hauptmann avancierte junge Offizier beim grauenvollen Kampf um das Fort Douaumont schwer verletzt und geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft. Trotz aller Entbehrungen nutzte er die zweiunddreißig langen Monate bis zum Kriegsende, um durch eine ausgedehnte Lektüre seine Kenntnisse über Deutschland, dessen Kultur und die bereits als Schüler erlernte deutsche Sprache zu verbessern. Seine Aktivitäten ließen ein „überdurchschnittliches", aber kein exklusives Interesse an deutscher Geschichte und Politik erkennen[44].

In den zwanziger Jahren führte das Schicksal den Dozenten für Militärgeschichte in Saint Cyr, der den Versailler Friedensvertrag übrigens als unbefriedigend, weil zu milde für Deutschland empfand, wieder über den Rhein. 1925 diente er zehn Monate beim Stab der Armee in Mainz, von 1927 bis 1929 als Bataillonskommandeur in Trier. In den Jahren zuvor hatte er seine profunden Kenntnisse über das Verhältnis zwischen der politischen und militärischen Führung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg zu dem 1924 erschienenen Buch „La Discorde chez l'ennemi" verarbeitet[45]. Je mehr er sich mit Deutschland befaßte, desto stärker verbanden sich Bewunderung und Furcht vor dem Nachbarn miteinander. Wenngleich de Gaulle an eine prinzipielle Fremdartigkeit zwischen Deutschen und Franzosen glaubte und die Revanche für Versailles für unvermeidlich hielt, bewegte ihn beinahe traumhaft der Gedanke, welch großartigen Dinge beide Völker gemeinsam vollbringen könnten. Freilich scheint es recht gewagt, diese 1934 in seinem Werk „Vers l'Armée de Métier" angesprochene Möglichkeit der engen Zusammenarbeit[46] mit verwandt klingenden Wendungen aus dem Sommer 1958 gleichzusetzen und implizit eine Kontinuität herzuleiten[47], zumal de Gaulle ähnliche Formulierungen auch später verwenden sollte[48].

Aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs zog er dann, ohne je Rachegefühle zu entwickeln, zunächst den Schluß, daß Frankreich nur mit einem zerstückelten Deutschland in Frieden leben könne. Mit der Staatsgründung der Bundesrepublik fand er sich nolens volens ab. Nach seiner Demission als Regierungschef 1946 durchlebte er eine Zeit der deutschlandpolitischen Widersprüche. Einerseits blieb für ihn die deutsche Gefahr noch über Jahre hinweg größer als die sowjetische. Andererseits tendierte er – und dies sollte sich nach 1958 geschichtsmächtig auswirken – mehr und mehr dazu, eine nationale Entente mit der Bonner Republik zu suchen, um sich in der Welt des von zwei Supermächten bestimmten Kalten Krieges zu behaupten. Ob er sich von seinen historisch geprägten Deutschlandbildern jemals völlig gelöst hat, erscheint fraglich. Als er im Frühjahr 1969 vom damaligen amerikanischen Außenminister Kissinger gefragt wurde, wie er eine deutsche Hegemonie in Europa zu verhindern beabsichtige, lautete seine frappierende Antwort: „Par la guerre"![49]

[44] Ebd., S. 29.
[45] S. de Gaulle, Discorde; vgl. dazu Linsel, Charles de Gaulle, S. 43–54.
[46] S. de Gaulle, Vers l'Armée de métier, S. 26.
[47] S. Schunck, De Gaulle, S. 27; vgl. die sehr plausiblen Einwände gegen diese Interpretation bei Linsel, Charles de Gaulle, S. 79–82.
[48] S. Ansprache de Gaulles zur Begrüßung Lübkes, 20. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 324; Kap. V.5.1.
[49] Zitiert nach: Kissinger, Memoiren, Bd. 1, S. 151.

Besaß de Gaulle auch ein durchaus umfassendes Wissen über den östlichen Nachbarn, so beruhte es nicht auf persönlichen Kontakten zu Deutschen, sondern privaten Erfahrungen bzw. Studien und Gesprächen mit französischen Diplomaten, Offizieren und Ingenieuren. Der „erste und einzige Deutsche", mit dem er in einen intensiven geistigen Austausch eintrat, sollte Adenauer sein[50]. Möglicherweise lernte de Gaulle dessen Name schon im französischen Hauptquartier in Mainz kennen, als er dort Mitte der zwanziger Jahre als Stagiaire Dienst tat[51]. Auf jeden Fall nannte er ihn zwanzig Jahre später, als er als Regierungschef dem Militärgouverneur der französischen Zone, General Koenig, seine Strukturvorstellungen von Deutschland skizzierte und dabei jene Persönlichkeiten aufzählte, die für diese Politik gewonnen werden könnten[52].

Mißtrauisches Abtasten

Umgekehrt herrschten hingegen Abneigung und Mißtrauen vor. Adenauer und der Bonner Führungsriege deshalb „erschreckende Unkenntnis und Oberflächlichkeit" im Urteil über de Gaulles Deutschlandbild vorzuwerfen[53], greift ebenso zu kurz wie die Behauptung, die Befürchtungen seien unbegründet gewesen, habe der General doch mit der Konsolidierung der Bundesrepublik seine Konzeption der ersten Nachkriegsjahre aufgegeben[54]. Es war nämlich gar nicht die Angst vor einem Wiederaufleben dieser Pläne, die Bonn umtrieb, sondern die Furcht vor einem autoritären Regime, das das Fundament der westlichen Sicherheitsgemeinschaft, die europäische Integration und den Atlantikpakt in Frage stellen, seine dirigistische Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre wieder aufnehmen und möglicherweise sogar die Allianz mit der Sowjetunion revitalisieren könnte. „De Gaulle kommt. Und bei uns genügt der Opposition der parlamentarische Rechtsstaat nicht", notiert der Fraktionsvorsitzende der Union, Heinrich Krone, Ende Mai 1958 vielsagend in seinem Tagebuch[55]. Die in den nächsten Wochen am Rhein eintreffenden Meldungen gaben keinen Anlaß zur Beruhigung.

Natürlich sah sich die Bundesregierung gezwungen, der neuen Situation ins Auge zu sehen. Viel kam jetzt darauf an, ob und wie der neue starke Mann die mit seinem Auftritt ja keineswegs gelösten innen- und außenpolitischen Probleme zu lösen und die als provisorisch gedachte Herrschaft wieder in verfassungsmäßige Bahnen zu geleiten imstande sein würde. Anfang Juni machte sich ein gewisser Pragmatismus in der Bonner Einschätzung breit. Louis Joxe, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, hatte dem deutschen Botschafter von Maltzan schon am 30. 5. etwas voreilig versichert, Frankreichs außenpolitische Linie werde sich „voraussichtlich wenig ändern". In der NATO werde man die gesamteuropäische Aufgabe des Krieges in Nordafrika betonen, in der Europapolitik das Bestehende akzeptieren, aber demnächst stärkeres Gewicht auf den Ausbau bilateraler Beziehungen statt supranationaler Konstrukte legen. Problematischer schien ihm indes

[50] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 451.
[51] Vgl. ebd., S. 450f.
[52] S. de Gaulle an Koenig, 29. 10. 1945, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 6, S. 106–108.
[53] Schunck, De Gaulle, S. 21.
[54] Vgl. ebd., S. 38f.
[55] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 303, Tb. 27. 5. 1958.

das Verhältnis zur Sowjetunion, da der Regierungschef den Kommunismus zwar ablehne, aber mit den Russen wiederholt geliebäugelt und sich darin gefallen habe, „die Rolle des ehrlichen Maklers zwischen Europa und Rußland spielen zu können“[56]. Der de Gaulle mit offenem Mißtrauen begegnende Blankenhorn brachte daraufhin sofort die „sehr schwächlich[e]“ Reaktion der Kommunisten auf die Investitur des Generals mit „Weisungen von Moskau“ in Verbindung und äußerte den Verdacht, die Haltung des Kreml werde de Gaulle gegenüber „zunächst abwartend, vielleicht sogar positiv“ ausfallen[57]. Der deutsche Botschafter in Moskau, Kroll, pflichtete dieser Einschätzung bei[58]. Auch in der französischen Diplomatie ging man davon aus, daß die Sowjetunion nun den „moment du marchandage“ gekommen sah[59].

Da aber auch die Skeptiker wie Blankenhorn die Überzeugung gewannen, daß es für Frankreich keinen anderen Ausweg aus der verfahrenen Situation gegeben habe als die Ernennung de Gaulles[60], setzte sich im Auswärtigen Amt allmählich die Auffassung durch, man sollte den General nicht an seinen vergangenen Worten, sondern zukünftigen Taten messen. Schließlich hätten sich seit seinem Rückzug ins Privatleben 1953 Fakten eingestellt, die auch dieser „gefühlsbetonte Nationalist“ nicht leugnen könne. Allerdings hatte man sich nach Meinung der Beamten darauf einzustellen, daß er „Grandeur et Gloire de la France“ stärker zu betonen beabsichtige und sich „nationalistischer und weniger kooperativ gebärden“ werde. Ein Austritt aus der NATO galt als unwahrscheinlich, nicht hingegen eine Stagnation der Europapolitik[61].

Eine gewisse Erleichterung verbreitete in Bonn die Aufnahme altgedienter Minister ins Kabinett wie Mollet, Pflimlin oder Pinay, „gute Leute“, wie Adenauer der Fraktion gegenüber betonte; gut, weil sie als Europäer firmierten und damit Anlaß zur Hoffnung auf die Einhaltung der bestehenden Verträge gaben[62]; gut aber auch, weil sie ein breites politisches Spektrum abdeckten und damit den Anschein einer demokratischen Regierung erweckten. Auf große Zustimmung stieß außerdem, daß de Gaulle für das Amt des Außenministers nicht, wie befürchtet, den ehemaligen Regierungschef Bidault, sondern den bisherigen Botschafter in Bonn, Couve de Murville, auswählte, der die gaullistische Außenpolitik mitunter wie ein Intendant im Ancien Régime ausführen sollte.

Am 24. 1. 1907 in Reims als Sohn eines Richters geboren, hatte Couve de Murville schon als junger Mann eine brillante akademische Laufbahn als Doktor der Rechte, Licencié ès Lettres und Diplomé der Ecole des Sciences Politiques gemacht. Anfang der dreißiger Jahre wurde ihm mit der Ernennung zum Inspecteur des Finances eine der höchsten Auszeichnungen zuteil, die ein französischer Be-

[56] BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 126, von Maltzan an AA, FS, 30. 5. 1958, Verschlüsselt; s.a. ders. an AA, Wi 301b 673/58, 4. 6. 1958, in: BDFD II, S. 514–518.
[57] BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 102f., Tb. 1. 6. 1958.
[58] Vgl. Marcowitz, Option, S. 21.
[59] Froment-Meurice, Mémoires, S. 183.
[60] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 102f., Tb. 1. 6. 1958.
[61] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Aufzeichnung Böker, 204–82.00/94.07, 30. 5. 1958.
[62] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/4, Ansprache Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 3. 6. 1958; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 415; Marcowitz, Option, S. 17f.

amter erlangen kann. 1937 stieg er zum Sous-Directeur du Mouvement Général de Fonds im Finanzministerium auf, 1940 rückte er auf den Posten des Directeur des Finances Extérieures et des Changes. Nach der französischen Niederlage diente er noch längere Zeit der Vichy-Regierung, setzte sich 1943 nach Algier ab und wurde Commissaire aux Finances im Comité Français de Libération Nationale. Im März 1944 entsandte ihn Frankreich mit dem Titel eines Botschafters in den Interalliierten Rat für italienische Angelegenheiten. Elf Monate später wurde er zum ersten Repräsentanten der Provisorischen Regierung in Rom ernannt. Im September 1945 avancierte er bereits zum Directeur général chargé des affaires politiques im Quai d'Orsay. 1950 übernahm Couve de Murville für vier Jahre den Botschafterposten in Kairo. Nach einem dreimonatigen Interim als Ständiger Vertreter bei der NATO wechselte er im Januar 1955 als Botschafter nach Washington und ging dann im Oktober 1956 nach Bonn[63].

Über lange Jahre stand dieser schlanke, elegante französische Spitzendiplomat am Rhein nicht besonders hoch im Kurs, weil man ihn verdächtigte, in seiner Einstellung gegenüber Deutschland „von beträchtlichen Vorbehalten nicht frei" zu sein[64]. Nach seiner Ernennung zum Botschafter wurde ihm eine „weder besonders freundliche noch feindliche", sondern von einer nüchternen Abwägung der französischen Interessen bestimmte Haltung attestiert[65]. Im Laufe seiner Amtszeit entwickelte sich dann doch so etwas wie ein Vertrauensverhältnis zur Bundesregierung. Man schätzte seine „calvinistische Nüchternheit"[66] und bewertete ihn als „seriösen, realistisch denkenden Mann"[67].

Trotz des schlechten Rufes, den de Gaulle genoß, hatte Adenauer Kabinett und Partei inzwischen zu absoluter Schweigsamkeit gezwungen[68]. Er hoffte sich damit auch positiv von der Opposition von SPD und der FDP abzusetzen, die seiner Ansicht nach mit „überheblichen und törichten Reden" über den General herzogen[69]. Offenbar überzeichnete er die Haltung der Oppositionsparteien damit absichtlich, denn die Führungsschichten neigten keineswegs zu dem etwa in der liberalen Öffentlichkeit verbreiteten Anti-de-Gaulle-Komplex. Ein Blick in die SPD-nahe Presse der Monate Mai und Juni verdeutlicht, daß die Sozialdemokraten die Vorgänge in Frankreich zunächst zurückhaltend kommentierten. Das Bemühen der republikanisch-demokratischen Kreise in Paris, de Gaulles Berufung zu verhindern, wurde nicht wegen seiner Person begrüßt, sondern aus Furcht vor den hinter ihm gesehenen Ultrarechten und Militärs. Dabei ging es den Sozialdemokraten nicht nur um die außenpolitischen Folgen, sondern auch um die innenpolitischen Konsequenzen einer Machtübernahme des Generals[70]. Trotz aller

[63] Zu Person und Politik Couve de Murvilles s. Couve de Murville, Außenpolitik; knappe biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 680f.; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, von Maltzan an AA, 210–03 I Nr. 2460/56, 13. 6. 1956; s.a. Froment-Meurice, Mémoires, S. 197f.

[64] PA, Abt. 2, Bd. 238, Bl. 569–575, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 4418/54, 12. 11. 1954.

[65] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, von Maltzan an dass., 210–03 I Nr. 2460/56, 13. 6. 1956.

[66] Heuss an Toni Stolper, 8. 5. 1959, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 430.

[67] BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 102f., Tb. 1. 6. 1958; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 297f., Tb. 1. 6. 1958; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 415f.; Carstens, Erinnerungen, S. 242f.

[68] Vgl. Marcowitz, Option, S. 16f.

[69] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/4, Ansprache Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 3. 6. 1958.

[70] S. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 398–466; Marcowitz, Option, S. 36–38.

Sorge um die bedroht erscheinenden Römischen Verträge mahnte Ollenhauer in der Fraktionssitzung am 10. 6. jene Genossen zur Zurückhaltung, die Strafaktionen gegen die SFIO mit dem Vorwurf verlangten, sie habe für eine „Militärdiktatur" gestimmt[71]. Die SPD war über Mollets Kooperationskurs gewiß nicht glücklich, machte seine Partei auch für die Entwicklung in Algerien mitverantwortlich und befürchtete, daß das französische Beispiel in der Bundesrepublik Schule machen könnte. Doch für den überwiegenden Teil der Partei rangierten diese Erwägungen eindeutig hinter der Überzeugung, daß die IV. Republik am Ende sei[72].

Auch in der FDP-Spitze gab es neben kritischen zur Ruhe mahnende Stimmen[73], und in der deutschen Öffentlichkeit überwog jener Tenor, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" mit dem Urteil intonierte, nach der Konsolidierung de Gaulles sei das durchaus berechtigte Mißtrauen abzustreifen[74].

Nachdem die Würfel in Paris gefallen waren, gab die Bonner Regierung ihr Schweigen rasch auf. Am 2. 6. instruierte von Brentano von Ottawa aus das Auswärtige Amt zur Veröffentlichung einer vom Kanzler leicht geänderten Sprachregelung, derzufolge die Bundesrepublik die Beendigung der französischen Krise begrüße und alles tun werde, um die bisherige freundschaftliche Kooperation fortzusetzen. Nicht ohne Hintersinn erinnerte er daran, daß die Grundlage für diese Zusammenarbeit die europäischen Verträge und die Atlantische Allianz seien[75]. In einem wenige Tage später abgegangenen Informationserlaß an alle diplomatischen Vertretungen rühmte der Leiter der Unterabteilung Zwischen- und überstaatliche Organisationen im Auswärtigen Amt, Carstens, gar das große politische Geschick der Franzosen bei der Lösung der Maikrise. „Die Art und Weise, wie Pflimlin, Staatspräsident Coty, der ehemalige Staatspräsident Auriol, die Parteiführer und nicht zuletzt de Gaulle in einer Art von Komplizität zusammengespielt haben, um das Schlimmste zu vermeiden, wie andererseits die Öffentlichkeit in großer Spannung, aber vorbildlicher Ruhe die Ereignisse verfolgt hat, zeugt von großem politischen Talent."[76]

Dennoch waren die Ängste am Rhein keineswegs bewältigt. Der französische Geschäftsträger Leduc, der nach dem Wechsel Couve de Murvilles interimistisch die Amtsgeschäfte der Botschaft übernahm, bemerkte zwar nach der Erklärung der Bundesregierung den Meinungsumschwung zum Guten und den Platz greifenden Realismus, man könne auf Frankreich nicht verzichten. Grund zur völligen Entwarnung sah er aber nicht. Maßgebliche politische Kreise, nicht zuletzt

[71] Erklärungen Ollenhauers und Kalbitzers in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 10. 6. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 42f., hier S. 43; s.a. AsD, Parteivorstand, Sitzungsprotokolle, Bd. 17, Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 9. 6. 1958, im Auszug in: BDFD III, S. 541–543; vgl. Bouvier, SPD, S. 110f.

[72] Vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 516–541; Marcowitz, Option, S. 40–43.

[73] S. Erklärung Achenbachs in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 3. 6. 1958, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 371; Rede Beckers in der Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses, 14. 6. 1958, im Auszug in: BDFD III, S. 545f.

[74] S. Artikel Schweliens, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20. 8. 1958, im Auszug auch in: BDFD III, S. 552–554.

[75] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, van Scherpenberg an von Brentano, Tel. 68, 2. 6. 1958; StBKAH, NL Adenauer, 10.38, Adenauer an Macmillan, 2. 6. 1958; Erklärung der Bundesregierung, 4. 6. 1958, in: Bulletin 1958, S. 1009; Marcowitz, Option, S. 17.

[76] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Carstens an diplomatische Vertretungen, 204–81–00/2/94.07/58, 16. 6. 1958, Konzept.

auch in der SPD, stünden de Gaulle weiterhin mißtrauisch gegenüber und befürchteten eine Annäherung zwischen Paris und Moskau[77].

Beide Regierungen gingen daher zunächst betont behutsam miteinander um. Couve de Murville, der nicht einmal die Zeit gefunden hatte, sich in Bonn offiziell zu verabschieden, schickte dem inzwischen in den USA weilenden deutschen Außenminister eine Botschaft hinterher, um ihm persönlich zu versichern, er werde auf seinem neuen Posten an der Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder festhalten[78]. Von Brentano dankte „aufrichtig" und sprach die Überzeugung aus, die Kooperation im gleichen Geiste wie bisher fortzusetzen. Er ließ es sich aber nicht nehmen, auch die nicht restlos beseitigten Sorgen anzudeuten. Es bleibe sein Wunsch, so schrieb er vielsagend, das in jahrelanger unermüdlicher Arbeit entwickelte Vertrauen weiter zu pflegen[79]. Als von Maltzan ihm den Brief am 6. 6. überreichte, präsentierte sich Couve de Murville ganz als „élément rassurant" und versicherte, die Regierung stehe zu den Europaverträgen und dem NATO-Abkommen[80].

Drei Tage später kehrte der neue Außenminister an seine alte Wirkungsstätte zurück, um seinen Abschiedsbesuch abzustatten. Er wirkte nicht gerade begeistert von seinem neuen Amt, das Joxe offenbar abgelehnt hatte[81]. Abermals nutzte er die Gelegenheit, die Kontinuität in der französischen Außenpolitik herauszustreichen und zu versichern, „daß Frankreich sich durch Gemeinschaftsverträge und Bündnissystem mit dem Westen als fest verbunden ansieht"[82]. Trotz aller Genugtuung über diese Klarstellung und der derweil gewonnenen Überzeugung von der „unumgänglich[en] und notwendig[en]" Regierungsübernahme de Gaulles blieb Adenauer skeptisch[83]. Anders als nach der Wahl Kennedys zum amerikanischen Präsidenten zwei Jahre später verspürte er jetzt auch überhaupt keine Neigung, den neuen Partner auf der internationalen Bühne persönlich kennenzulernen[84]. Monatelang zögerte er, auf das von Couve de Murville überbrachte Angebot de Gaulles einer persönlichen Unterredung einzugehen[85], was Paris im übrigen nicht abhielt, gegenüber London bereits Mitte Juni einen vorgeblichen Besuchstermin zu nennen[86]. Gewiß, mit Macmillan bzw. Eisenhower hatte de Gaulle inzwischen direkte Fühlung aufgenommen, sich mit dem britischen Premierminister gar auf eine baldige persönliche Begegnung verständigt[87]. An die

[77] S. Leduc an Couve de Murville, Tel. 1284/91, 2. 6. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 705f.
[78] S. Couve de Murville an von Brentano, mitgeteilt in: PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, Alphand an Grewe, 4. 6. 1958.
[79] Von Brentano an Couve de Murville, mitgeteilt in: ebd., BStS, Bd. 162, Limbourg u. Grewe an Hallstein, FS Nr. 772, 5. 6. 1958, Citissime, Verschlüsselt.
[80] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, von Maltzan an AA, FS Nr. 486, 6. 6. 1958, Verschlüsselt.
[81] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 16–19, Tb. 9. 6. 1958.
[82] Von Brentano an Washington, Tel. 750 Plurex, 16. 6. 1958, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 698; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Carstens, 204–81.00/1–94.07, 7. 6. 1958.
[83] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 409.
[84] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 105, Bl. 184–186, Tb. 11. 11. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 767.
[85] S. von Brentano an Washington, Tel. 750 Plurex, 16. 6. 1958, Verschlüsselt, in: ebd., S. 698; Ansprachen Adenauers und Couve de Murvilles anläßlich eines gemeinsamen Frühstücks, 9. 6. 1958, in: Bulletin 1958, S. 1037; Ansprache Couve de Murvilles im französischen Rundfunk, im Auszug in: AdG 1958, S. 7117B.
[86] S. Chauvel an dens., Tel. 1876/79, 12. 6. 1958, Très secret, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 760f.
[87] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 445f.; Eisenhower an de Gaulle, 2. 6. 1958, in: FRUS 1958–

Adresse Adenauers hatte er bisher derartige mündliche bzw. schriftliche Verlautbarungen nicht gerichtet. Und so blieb für den Kanzler vorerst die Frage unbeantwortet, ob der General wirklich bereit war, die Deutschland- und Europapolitik der IV. Republik fortzusetzen.

Die USA hatten den Kontakt zu de Gaulle wegen seiner Abneigung gegenüber parlamentarischen Demokratien 1947/48 abgebrochen und erst Ende 1954 wieder aufgenommen[88]. Jetzt standen sie dem Kollaps der IV. Republik mit „relative alacrity" gegenüber[89] und begrüßten die Regierungsübernahme des Generals als „remedy for French stability"[90]. Auch in London setzte sich vergleichsweise rasch die Überzeugung durch, daß der neue starke Mann in Paris nicht gerade ein bequemer Partner sein würde, aber die Zeit der innenpolitischen Agonie in Frankreich beenden könne[91]. Und ein innerlich konsolidiertes und von äußeren Lasten befreites Frankreich lag allemal im westlichen Interesse.

Als Außenminister von Brentano am 9. 6. als erstes deutsches Regierungsmitglied öffentlich zum Regierungsantritt de Gaulle Stellung bezog, verhehlte er nicht, die französische Entwicklung mit Sorge verfolgt zu haben, glaubte sie aber nun mit einer gewissen Befriedigung begleiten zu können[92]. Andere Kabinettsmitglieder wie Strauß oder Etzel taten es ihm gleich[93]. Nur Blankenhorn mochte sich nicht beruhigen. Aufgeregt warnte er Adenauer davor, die „revolutionären Umwälzungen" in Frankreich zu unterschätzen. Er unterstrich die gefährdete innenpolitische Position des Generals, warnte vor der für de Gaulle evidenten Notwendigkeit, die Partnerstaaten für eine geschlossene Front in Nordafrika zu gewinnen, was Bonn in einen Gegensatz zu Washington wie zur afrikanisch-arabischen Welt zu setzen drohe, und bezeichnete es als denkbar, daß der General sich unmittelbar an Moskau wenden könne[94].

Für den Kanzler hörte sich diese Meldung um so besorgniserregender an, als Ost und West ja seit Monaten an der Vorbereitung eines Gipfeltreffens saßen, in deren Verlauf sich bedenkliche „Verwerfungen" im deutsch-amerikanischen Verhältnis abgezeichnet hatten[95]. Adenauer wollte diese Konferenz, und sie sollte sich seiner Auffassung nach vor allem um die Themen Abrüstung und Entspannung drehen, während er die Deutschlandproblematik in den Hintergrund zu verbannen wünschte. Dulles hingegen bestand darauf, die „deutsche Frage" auf die Tagesordnung zu setzen, und warf ihm vor, das State Department interessiere die deutsche Einheit offenbar mehr als das Kanzleramt[96]. Adenauer hielt dagegen, die

1960, Bd. 7, T. 2, S. 22; de Gaulle an Macmillan, 2. 6. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 17; ders. an Eisenhower, Tel., 3. 6. 1958, in: ebd.; ders. an Macmillan, 7. 6. 1958, in: ebd., S. 22.

88 S. Dillon an Merchant, 2. 12. 1954, Confidential, in: FRUS 1952–1954, Bd. 6, S. 1508; Merchant an Dillon, 8. 12. 1954, Confidential, in: ebd., S. 1509.

89 Wall, United States, S. 489.

90 Ebd., S. 506.

91 Vgl. Cook, Charles de Gaulle, S. 450; Linsel, Charles de Gaulle, S. 147.

92 S. Pressekonferenz von Brentanos, 9. 6. 1958, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 1230–1232.

93 Vgl. Marcowitz, Option, S. 18f.

94 BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 16–19, Tb. 9. 6. 1958; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 298f., Tb. 9. 6. 1958.

95 Kosthorst, Brentano, S. 236.

96 Vgl. ebd., S. 234–237; Kap. IV.1.4

USA sähen die Erfolgsaussichten „zu pessimistisch“[97]. Zwar betrachtete auch er eine Gipfelkonferenz noch im Jahr 1958 kaum für erreichbar, unterstellte Dulles aber, die Frage der Wiedervereinigung zum Anlaß eines Abbruchs oder einer Torpedierung des Treffens nehmen zu wollen. Dies aber schien ihm mit Blick auf die öffentlichen Meinung grundfalsch. Wenn Moskau nicht über die deutsche Einheit zu diskutieren wünsche, müsse man versuchen, wenigstens auf anderen Gebieten, insbesondere der Abrüstung, Fortschritte zur Entspannung zu machen. Da er die Verhandlungen mit Moskau möglichst in die Länge zu ziehen gedachte, um Zeit zu gewinnen, plädierte er entschieden dafür, die zur Vorbereitung des Gipfels vorgesehene Außenministerkonferenz vorläufig noch nicht einzuberufen[98].

Gerade jetzt konnte sich die Bundesrepublik aber keinen Zwist mit dem wichtigsten Verbündeten leisten. Neue Hiobsbotschaften aus Paris erhöhten vielmehr den Wert der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Am 12. 6. äußerte der Heeresattaché der Pariser Botschaft den Verdacht, daß die bisher noch diffuse „Bewegung des 13. Mai“ sich zu einer „einheitliche[n] faschistische[n] Bewegung“ zusammenschließen und der General sich an ihre Spitze stellen könne[99]. De Gaulles erster großer öffentlicher Auftritt, seine Ansprache an die Nation am Tag darauf, trug nicht eben dazu bei, Adenauers Sorgen zu verringern. Ein Nebensatz machte in den westlichen Kapitalen hellhörig: Auf sein Verhältnis zu den Verbündeten anspielend, sprach er von der westlichen Welt, „auquel nous appartenons sans devoir nous y confiner“, und ließ damit klar erkennen, daß Frankreich sich fortan global engagieren wolle[100]. Josef Jansen, den Blankenhorn von Frank abgelöst zu sehen wünschte, weil er seiner Aufgabe als zweiter Mann der Pariser Botschaft nicht gewachsen schien[101], sah in diesen Ausführungen einen erneuten Beleg für die Absicht de Gaulles, sich wie früher „allein und ausschließlich von der ‚grandeur de la France‘“ leiten zu lassen. Wenngleich der deutsche Diplomat ein französisches Ausscheren aus der NATO ausschloß, da sich die Lage Frankreichs seit 1945 erheblich verändert hatte, riet er dringend dazu, neben der „realen die imaginäre französische Situation“ im Auge zu behalten: „das ‚ewige Frankreich‘, der leere Platz der vierten Siegergroßmacht, den der General wieder einnehmen möchte“, sein Liebäugeln, „als ‚arbitre suprême‘ auf der internationalen Bühne aufzutreten“. Jansen ging nicht von einem renversement des alliances, von einem Austritt de Gaulles aus dem westlichen Verteidigungssystem aus, hielt aber eine „Politik des ‚als ob‘“ und als „Kernstück der geplanten Taktik die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau“ durchaus für denkbar. Trotz alledem besaß die Bundesrepublik seines Erachtens aber keine Alternative zum Kurs der Verständigung. Denn Paris konnte den Preis, den Bonn von Moskau zu fordern hätte, die Aufgabe Ostdeutschlands, jederzeit unterbieten. So blieb als einziger

[97] StBKAH, NL Adenauer, 10.38, Adenauer an Macmillan, 2. 6. 1958.
[98] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 16–19, Tb. 9. 6. 1958.
[99] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 194, von Rosenthal an BMVg FÜ B II 4, Mil 60–01/637/58, 12. 6. 1958.
[100] Ansprache de Gaulles an die Nation, 13. 6. 1958, in: L'Année politique 1958, S. 544 f., hier S. 545; s.a. AdG 1958, S. 7135B.
[101] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 16–19, Tb. 9. 6. 1958. Zu den Hintergründen der Attacken gegen Jansen vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–003-V-2, Jansen an Puhl, 30. 5. 1958.

Ausweg aus der Malaise der Versuch, Frankreich noch stärker im Westen zu verankern[102].

Für die Bundesregierung bestand damit kein Zweifel: „Die Verbündeten Frankreichs werden, ob sie wollen oder nicht, in die französische Problematik hineingezogen." Das Gebot der Stunde hieß Unterstützung, da bei einem Scheitern des Experiments de Gaulle eine Militärdiktatur oder die Volksfront zu drohen schienen. Die geplante Verfassungsänderung nahm Formen an, die den Boden republikanischer Grundsätze nicht verließen. Gegenüber der NATO war mit einer stärkeren Geltendmachung des französischen Standpunkts zu rechnen, nicht aber mit einem Austritt aus dem Atlantikpakt. Auch für die europäischen Verträge sah man im Auswärtigen Amt „keine unmittelbare Gefahr". Carstens bezeichnete es als völlig falsch, die jetzige Politik de Gaulles mit derjenigen von 1945 zu identifizieren. Ebensowenig Grund gab es für ihn aber auch, sich völlig dem General zu verschreiben: „De Gaulle hat sich in den letzten Jahren wiederholt für eine enge deutsch-französische Allianz ausgesprochen. So begrüßenswert eine konstruktive Sicht der deutsch-französischen Beziehungen an sich ist, so muß doch auf die in einem exklusiven deutsch-französischen Verhältnis liegende Gefahr hingewiesen werden, die besonders in einer Distanzierung von den Vereinigten Staaten liegen könnte." Alles, so ließ Carstens die Missionen im Ausland wissen, komme für den General auf die Lösung der Algerienfrage an[103].

Conditio sine qua non einer Reform des Regimes, so wie sie de Gaulle vorschwebte, mußte die Deeskalation der dortigen Lage und die feste Bindung der Armee an die Regierungsgewalt sein. Schon Anfang Juni hatte er sich zu einer mehrtägigen Reise nach Algier begeben. „Je vous ai compris!", verkündete er am 4. 6. vor einer großen Menschenmenge, Algerienfranzosen und Moslems, und begann damit sein virtuoses Spiel mit Worten, das seine wahren Absichten vernebeln sollte. Absichtlich vermied er den Ausdruck „Algérie française", sprach auch nicht von der „intégration", dem zweiten Begriff, in dem die Vorstellungen der Algerienfranzosen kulminierten, d. h. der Eingliederung der Moslems in den französischen Staat. Statt dessen redete er von den „portes de la réconciliation" und den Franzosen „avec les mêmes droits et les mêmes devoirs". Die Menge jubelte ihm zu und überhörte, daß die Gleichberechtigung der Moslems die übrige Bevölkerung zur Minderheit machte[104]. An die Möglichkeit der von den pieds-noir und dem Offizierskorps favorisierten Lösung der Assimilation glaubte er nicht, konnte dies aber nicht offen zugeben, da er ihnen seine Rückkehr zur Macht verdankte[105].

Am Rhein gab man sich nun pragmatisch und wartete ab. Adenauer vertrat öffentlich die Auffassung, der Pariser Machtwechsel sei die einzige Lösung aus der verfahrenen Lage gewesen[106]. Ein gewisses Maß an Unsicherheit über den künfti-

[102] Ders. an AA, Pol 302 F-83.00/2782/58, 19. 6. 1958, in: BDFD I, S. 699–702, hier S. 699, 700 u. 701.
[103] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Carstens an diplomatische Vertretungen, 204-81-00/2/94.07/58, 16. 6. 1958, Konzept.
[104] Ansprache de Gaulles in Algier, 4. 6. 1958, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 15–17, hier S. 15 u. 16; vgl. Kaddache, De Gaulle, S. 103 f.; Weisenfeld, Charles de Gaulle, S. 20; zur Algerienreise vom 4.–6. 6. 1958 ausführlich: Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 509–530.
[105] Vgl. Winock, De Gaulle, S. 73.
[106] Vgl. Marcowitz, Option, S. 12.

gen Kurs der französischen Regierung blieb jedoch. Sie resultierte ein Stück weit auch aus der undurchsichtigen Öffentlichkeitsarbeit des Matignon. Während Couve de Murville sich bemühte, den ausländischen Befürchtungen entgegenzutreten, verhielt sich de Gaulle in den ersten Wochen seiner Amtszeit bemerkenswert still[107]. Seine Ankündigung, sich nicht mit der Mitgliedschaft in der westlichen Welt bescheiden zu wollen, hatte in Paris - und nicht nur dort – mannigfache Spekulationen ausgelöst. Sie reichten von der Annahme, de Gaulle werde um sowjetische Hilfe für die Lösung der Algerienfrage nachsuchen, bis hin zu dem Verdacht, er strebe eine maßgeblichere Rolle in der Atlantischen Allianz an und fordere dazu Atomwaffen und mehr Kommandoposten. Bestätigungen für derartige Pläne gab es keine. De Gaulles „‚Führerprinzip'" verwehrte es den ausländischen Beobachtern indes, seine Absichten zu durchschauen[108].

Erst seine Begegnung mit Macmillan am 29./30. 6. in Paris riß ein großes Loch in den Nebel. Doch die nun klarer werdenden Perspektiven waren keineswegs nur erfreulich. Vehement betonte der General in den Unterredungen die Notwendigkeit, der sowjetischen Gefahr entgegenzutreten. Aber ebenso entschieden verlangte er, zwischen dem jetzigen Regime und dem alten Rußland zu unterscheiden. Mit Blick auf die Gipfelkonferenz empfahl er, die Abrüstung als zentrales Thema zu behandeln, wobei es seiner Ansicht nach nicht, wie Macmillan meinte, Schritt für Schritt über Einzelabmachungen, sondern nur im Ganzen angegangen werden konnte. Auch in der Frage der Einstellung von Nukleartests vertraten sie unterschiedliche Auffassungen. Der Brite bewertete sie als möglich, der Franzose als indiskutabel, weil er erst dann über die Einstellung der Tests zu reden bereit war, wenn Frankreich in den Kreis der Atommächte aufgestiegen sei. Auch beim Thema europäische Sicherheit gab es keine Übereinstimmung. Macmillan lehnte das Disengagementkonzept des polnischen Außenministers Rapacki ab, weil es nicht die deutsche Einheit implizierte und die Denuklearisierung die doppelte Gefahr eines amerikanischen Truppenabzugs und einer Neutralisierung Deutschlands heraufbeschwor. Zwar wünschte auch de Gaulle keine neutralisiertes Deutschland, hielt aber Verhandlungen über den Rapacki-Plan durchaus für sinnvoll, sofern die atomwaffenfreie Zone nur weit genug nach Osten ausgedehnt würde. Offen gestand er zu, den Plan auch deshalb nicht rundweg abzulehnen, weil er die traditionell guten Beziehungen zu Polen zu pflegen wünschte. Ein gewisses Einvernehmen herrschte zwischen beiden Regierungschefs indes in ihrem Verhältnis zur deutschen Einheit. Auf de Gaulles Frage, ob er sie prinzipiell oder auch praktisch wünsche, gab Macmillan treuherzig zu, nur im Prinzip. „Cela n'offre aucun danger." Der General sah das ganz genau so und erinnerte mit beinahe wehmütig-vorwurfsvollem Tonfall an seine konföderalen deutschlandpolitischen Vorstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg: „Si on s'était engagé dans cette voie, c'eût été sans doute meilleur, mais aujourd'hui, c'est du passé."[109]

[107] S. Ansprache Couve de Murvilles vor der diplomatischen Presse auf dem Eiffel-Turm, 25. 6. 1958, im Auszug in: AdG 1958, S. 7147; Fernseh- und Rundfunkansprache de Gaulles, 27. 6. 1958, im Auszug in: ebd.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 416 f.

[108] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Jansen an AA, Pol. 302 F-83.00/2796/58, 20. 6. 1958.

[109] Unterredungen zwischen de Gaulle und Macmillan vom 29./30. 6. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 861–874, hier S. 871 u. 872; s.a. Unterredung zwischen Couve de Murville und Lloyd vom

De Gaulles Haltung zur deutschen Einheit hatte sich also seit 1945 graduell gewandelt. Er war kein erklärter Gegner der deutschen Einheit mehr. Sein Ziel, den Kalten Krieg und mit ihm die Spaltung Europas langfristig zu beenden, schloß ein einheitliches deutsches Staatsgebilde perspektivisch ein. Ganz gewiß zählte die Aufhebung der deutschen Teilung aber nicht zu den Nahzielen seiner Politik[110].

Gegenüber dem amerikanischen Außenminister, der ihm wenige Tage später seine Aufwartung machte, wurde der französische Regierungschef hinsichtlich seiner Auffassung über Rußland, seines Anspruchs auf Weltmachtgeltung, seiner Forderung nach einer Reform der Atlantischen Allianz oder seines unabänderlichen Willen zur nationalen Atommacht noch deutlicher. De Gaulle wiederholte seine Auffassung über die vertane Chance zur Lösung des deutschen Problems, die nun dazu zwinge, mit der gegenwärtigen Situation zu leben: „la situation actuelle peut donc durer longtemps. Elle ne nous gêne pas et, à notre avis, n'est pas défavorable à l'équilibre de l'Europe."[111]

Der Pariser Besucherreigen wurde in Bonn mit zwiespältigem Gefühl beobachtet. Im Gegensatz zur Visite Macmillans empfand Adenauer das Treffen von Dulles mit de Gaulle als „politisch unzweckmäßig". Er ärgerte sich darüber um so mehr, als der amerikanische Außenminister sich weigerte, seiner Einladung nach Bonn Folge zu leisten[112], und es dabei beließ, den Kanzler schriftlich in groben Zügen über den Verlauf der Begegnung zu unterrichten[113].

Angst vor dem Kennenlernen

Nachdem die Kontaktaufnahme der drei westlichen Kriegsalliierten abgeschlossen war, konnte die zwischen den beiden Nachbarn am Rhein kaum noch länger hinausgezögert werden. Jansen hielt schon jetzt den Zeitpunkt für gekommen, daß die Bundesrepublik einen direkten Draht zu Frankreich spannte, und riet dazu, sich bietende Gelegenheiten zu einer engeren Zusammenarbeit entschlossen zu ergreifen. Obwohl das Zentralproblem, Algerien, weiterhin völlig ungelöst war, machte sich innenpolitisch an der Seine eine gewisse Beruhigung bemerkbar, ohne daß Anlaß zu übertriebenem Optimismus bestand. Unabhängige Minister wie Pinay bezweifelten, ob der „Hochmut" und das „ungeheure Sendungsbewußtsein" des Generals den sachlichen Problemen gerecht würde. Und die Beamten im Quai d'Orsay rieten im Gespräch mit deutschen Diplomaten zu fortgesetzter Wachsamkeit, wenngleich sich allmählich die Auffassung durchsetzte, de

30. 6. 1958, Très secret, in: ebd., S. 874–883; Macmillan, Riding the Storm, S. 447–450; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 107.

[110] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 191.

[111] Unterredung zwischen de Gaulle und Dulles vom 5. 7. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 22–30, hier S. 27; s.a. Unterredung zwischen Couve de Murville und dems. vom 5. 7. 1958, Très secret, in: ebd., S. 30–36; Unterredung zwischen de Gaulle und dems. vom 5. 7. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 53–64; Memorandum von Dulles, 5. 7. 1958, Secret, in: ebd., S. 64–67; Unterredung zwischen Couve de Murville und dems. vom 5. 7. 1958, Secret, in: ebd., S. 67–69; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 253–255; Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 14–39.

[112] Van Scherpenberg an Grewe, 22. 7. 1958, im Auszug in: Grewe, Rückblenden, S. 356 f., hier S. 357; s.a. Felken, Dulles, S. 475; Marcowitz, Option, S. 22.

[113] S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 417.

Gaulle werde die Außenpolitik – abgesehen von der Forderung nach Aufnahme in den Atomclub – nicht ändern[114].

Eine erste Gelegenheit, das Terrain auf der Regierungsebene zu sondieren, bot der Besuch von Verteidigungsminister Strauß Anfang Juli in Paris. Das barsche Verhalten de Gaulles ihm gegenüber und das Sistieren der erfolgversprechenden deutsch-französischen Rüstungskooperation mußte jene Deutschen eines Besseren belehren, die wie Jansen voreilig zur Tagesordnung überzugehen gedachten[115]. Für die skeptischeren Naturen wie Adenauer bot das Fiasko der Reise einen neuerlichen Anlaß zur Vorsicht im Umgang mit dem General. Trotz aller offiziell zur Schau gestellten Zufriedenheit über die Pariser Darlegungen zu den Besuchen Macmillans und von Dulles[116] sah er daher keinen Grund, dem Drängen de Gaulles auf ein baldiges Kennenlernen nachzugeben. Couve de Murvilles Anfrage, ob die beiden Regierungschefs nicht Ende Juli in Paris zusammentreffen könnten, erteilte der Kanzler am 9. 7. „wegen mehrerer unaufschiebbarer Termine im Juli" und des anschließenden Urlaubs im August eine klare Absage[117]. Statt dessen schlug das Auswärtige Amt der Französischen Botschaft als Zeitpunkt Ende August, Anfang September vor[118]. Intern dachten die Beamten aus protokollarischen Erwägungen an einen Ort zwischen Paris und Bonn, weil dies nicht nur „dem Alter und dem Ansehen" Adenauers mehr entsprach, sondern auch dem bilateralen Verhältnis einen „symbolhaften Charakter" gab. Vor allem aber mochten sie nicht akzeptieren, „daß de Gaulle uns gegenüber für sich und sein Land eine Vorrangstellung in Anspruch nimmt"[119].

Adenauers Zögern erklärt sich einerseits aus der seines Erachtens noch nicht hinreichend geklärten Lage in Paris, andererseits aus seiner Dickköpfigkeit. Der Kanzler ließ sich nicht drängen. Erst als die französische Presse seine Zurückhaltung zum Thema machte und Diplomaten wie Politiker gegenüber der Deutschen Botschaft über den „heilsamen Einfluß" des Kanzlers auf den General sinnierten, lenkte Bonn ein wenig ein[120]. Am 10. 7. meldete das Auswärtige Amt einen Besuch von Staatssekretär van Scherpenberg in Paris für Ende Juli an. Erleichtert witterte Geschäftsträger Leduc eine Gelegenheit auszuloten, „ce que peut être fait pour éviter toute détérioration des relations franco-allemandes"[121]. Wenige Tage später billigte der Quai d'Orsay den vorgeschlagenen Termin der Kanzler-Visite.

[114] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an AA, Tel., 6. 7. 1958, VS-Vertraulich, Citissime, Mit Vorrang.

[115] Vgl. Kap. IV.4.3.

[116] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 124, Leduc an MAE, Tel. 1532/34, 9. 7. 1958, Réservé.

[117] BA, B 136, Bd. 3624, Heft 2, Carstens an Paris, Tel. AZ 2-204-83.20/94.07, 9. 7. 1958, Verschlüsselt; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, ders. an von Brentano, Aufzeichnung, 5. 7. 1958, Streng vertraulich.

[118] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 26, Bl. 124, Leduc an MAE, Tel. 1532/34, 9. 7. 1958, Réservé.

[119] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 209, Müller-Roschach an van Scherpenberg, Aufzeichnung 204.82.21–94.07, 17. 7. 1958; s.a. BA, B 136, Bd. 3624, Heft 2, Carstens an Paris, Tel. AZ 2-204-83.20/94.07, 9. 7. 1958, Verschlüsselt (Marginalie Hardenberg).

[120] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Jansen an AA, FS Nr. 626, 11. 7. 1958, Verschlüsselt.

[121] Leduc an Couve de Murville, Tel. 1543/46, 11. 7. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 57f., hier S. 58; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, Aufzeichnung van Scherpenberg St.S. 501/58, 12. 7. 1958.

Über vorsichtige Bonner Andeutungen, „ob der Ort schon präzisiert sei", hörte man aber nonchalant hinweg, weil man weiterhin davon ausging, daß der Kanzler in die französische Kapitale reiste[122]. Das protokollarische Gegenargument des Auswärtigen Amtes, Adenauers Besuch an der Seine vom November 1956 sei bisher noch nicht erwidert worden, galt als nicht stichhaltig, da man das Treffen mit Mollet durch mehrere französische Ministerreisen nach Bonn abgegolten zu haben glaubte[123].

Der Kanzler wollte sich darauf aber um so weniger einlassen, als die Nachrichten über die Lage in Frankreich sich wieder verdüsterten. Im Bundesvorstand seiner Partei wetterte er am 11. 7. über die Schwäche der Assemblée Nationale, die fast stillschweigend auseinandergegangen sei und den demokratischen Parlamentarismus Frankreichs „dem Herrn de Gaulle" übergeben habe[124]. Wichtiger als dieser Rückblick auf etwa verpaßte Gelegenheiten in der Vergangenheit mußte natürlich die Vorausschau auf zukünftige Möglichkeiten sein. Doch die Perspektiven sahen nicht rosig aus. Eine Lösung des Algerienproblems war nicht in Sicht. Die Armee hatte sich entschieden, jeden Widerstand des Volkes mit Gewalt zu brechen, die staatsrechtlichen Beziehungen Algeriens zum Mutterland in der Schwebe zu halten, zugleich aber den Moslems Gleichberechtigung anzubieten und die Wirtschaft zu fördern. Die innere Struktur Frankreichs gewann dadurch ein zunehmend autoritäres Gepräge. Im Hexagon deuteten sich soziale Spannungen an, und es war keineswegs klar, ob die Bevölkerung die Bereitschaft zu den notwendigen finanziellen Opfern aufbringen würde. In der Außenpolitik drohten de Gaulles Großmachtvorstellungen und die Forderung nach einer französischen Atombombe die innerwestlichen Beziehungen schwer zu belasten. Die Europapolitik schien den General nur zu interessieren, sofern die Partner seine „Hegemonieansprüche" anerkannten[125]. Daß die französische Presse kolportierte, de Gaulle habe sich im Kabinett dafür ausgesprochen, nicht zuviel Aufhebens um die deutsche Einheit zu machen, wurde in Bonn keineswegs als Zeitungsente abgetan[126]. „Das deutsch-französische Verhältnis", so faßte eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes Mitte Juli die Situation zusammen, „geht einer schwierigen Phase entgegen."[127]

Die Analyse schien noch untertrieben. Denn wenige Tage später wußte der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte Europa Mitte, General Speidel, von Informationen deutscher Geheimdienst-Kreise in Paris zu berichten, wonach die Sowjetunion Frankreich ein Bündnis und Unterstützung beim Bau der Nuklearwaffe zugesagt habe, sofern es aus der NATO ausscheide und sich neutral verhalte[128]. Aus anderen Quellen erfuhr Adenauer, Paris werde schon in einem

[122] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, von Maltzan an AA, FS Nr. 639, 16. 7. 1958, Verschlüsselt.
[123] S. ebd., Bd. 209, Müller-Roschach an van Scherpenberg, Aufzeichnung 204.82.21–94.07, 17. 7. 1958 (Vermerk Lahr).
[124] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 7. 1958, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 178.
[125] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Aufzeichnung, 14. 7. 1958.
[126] „Paris-Match" zitierte de Gaulle mit den Worten: „Ne faisons pas de zèle pour la réunification de l'Allemagne." (Nr. 481, 26. 8. 1958, S. 32); vgl. Leduc an Couve de Murville, Nr. 1289, 17. 7. 1958, Confidentiel, in: BDFD I, S. 704 f.
[127] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Aufzeichnung, 14. 7. 1958.
[128] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 256 f., Tb. 19. 7. 1958; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 310, Tb.

halben Jahr die Bombe besitzen[129]. Hatte Moskau also schon das erforderliche Plutonium geliefert?

Selbst wenn de Gaulle keinen Bündniswechsel vorbereitete, mußte Adenauer dessen Haltung gegenüber der Sowjetunion in jedem Fall bedenklich stimmen. Macmillan und Dulles hatte er sich als Verfechter alter Kategorien der Kontinentalpolitik präsentiert. Den sowjetischen Expansionsdrang schätzte er irrtümlicherweise als Fortsetzung des zaristischen Imperialismus ein, wobei ihm die ideologische Komponente des Kommunismus fremd blieb[130]. Die gegenläufige amerikanische Tendenz, die sowjetische Politik vor allem ideologisch zu deuten, hielt er für einen gravierenden Fehler, was den Deutschen nicht behagte. Es konnte auch keineswegs zu ihrer Beruhigung beitragen, daß der als Abgesandter de Gaulles bei Adenauer vorsprechende französische Präfekt Picard am 17. 7. mitteilte, der General halte die Unterstellung französischer Truppen unter Speidel, der bekanntlich im Zweiten Weltkrieg als Stabschef des deutschen Militärbefehlshabers gedient hatte, für völlig unannehmbar[131]. Im Januar 1957, als dessen Ernennung bekanntgegeben worden war[132], hatte sie in Frankreich zu keinerlei Beanstandungen geführt, was in Bonn als Beweis für die bemerkenswerte Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses gewertet wurde[133]. Nun, nach über einem Jahr offenbar problemloser Tätigkeit Speidels in Fontainebleau, begann sich der Wind zu drehen[134]. De Gaulle machte Anstalten, die mühsam errungene Gleichberechtigung im Verhältnis zwischen den Nachbarn zu beseitigen[135]. Wie ein Menetekel wirkte die Tatsache, daß die Franzosen sich zur Wahrung ihrer Monopolstellung einer Lieferung deutscher Sendegeräte nach Tunesien widersetzten und damit eine schwere Verstimmung der tunesischen Regierung gegen die Bundesrepublik mit der Folge der Stornierung eines 15-Millionen Auftrags auslösten[136].

Adenauer vermochte für diese Haltung dreizehn Jahre nach Kriegsende „keinerlei Verständnis" aufzubringen. Und es erschien ihm daher wenig zweckmäßig, sich ausgerechnet jetzt mit de Gaulle zu treffen, auch wenn Picard ihm warnend vor Augen führte, daß bei einem Scheitern des Generals die Militärdiktatur drohe[137]. Der Präfekt stand damit nicht allein. Auch von Maltzan sah Frankreich nach einem Mißerfolg der Algerienpolitik de Gaulles zwangsläufig in eine „mili-

18. 7. 1958. Conze mutmaßt, de Gaulle habe das Gerücht selbst gestreut, um die westlichen Partner und insbesondere Adenauer seinen Wünschen geneigter zu machen (Conze, Herausforderung, S. 72).

[129] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 442.

[130] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 222, Jansen an AA, Pol 302F-83/3347/58, 30. 7. 1958.

[131] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 245–247, Tb. 18. 7. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 707; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 418–420; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 442f. Zu Speidels Tätigkeit in Frankreich im Zweiten Weltkrieg vgl. Kap. III.4.2.

[132] S. Kommuniqué des Bundesverteidigungsministeriums, 25. 1. 1957, in: Bulletin 1957, S. 147.

[133] S. Couve de Murville an Pineau, Tel. 213/16, 25. 1. 1957, in: DDF 1957, Bd. 1, S. 148f.

[134] Vgl. Speidel, Zeit, S. 359–372.

[135] S. Leduc an Couve de Murville, Nr. 1289, 17. 7. 1958, Confidentiel, in: BDFD I, S. 702–706; Linsel, Charles de Gaulle, S. 150.

[136] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 24. 7. 1958.

[137] BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 245–247, Tb. 18. 7. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 708; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 418–420; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 442f.

tärische Junta" abgleiten[138] und hielt selbst bei einer günstigeren Entwicklung ein autoritäres Regime für wahrscheinlich[139]. Der Kanzler ließ sich davon nicht beeindrucken und stellte Picard gegenüber klar, daß der General ihm bei der Wahl des Treffpunktes entgegen kommen müsse. Die französische Hauptstadt kam für ihn nicht in Frage, weil er als Vertreter einer besiegten Nation glaubte, nicht nach Paris eilen zu können. Ohnehin wollte der Kanzler erst einmal das für Anfang September geplante Referendum in Frankreich bzw. die Konstituierung der neuen Verfassung abwarten und sich dann vielleicht Ende September, Anfang Oktober mit dem Président du Conseil zusammensetzen[140].

Bisher hatte es ihn nie gestört, als Vertreter des besiegten Deutschland ins Ausland zu reisen, sei es nach London, Washington, Moskau oder eben Paris. War seine Halsstarrigkeit nun Zeichen seiner Fähigkeit, sich in de Gaulle hineinzuversetzen, der sich während seines Londoner Exils einmal ganz ähnlich gegenüber Churchill geäußert hatte[141]? Erfaßte ihn eine bloße „Scheu vor dem Unbekannten"[142]? Seine Bockbeinigkeit erklärt sich wohl in erster Linie aus seinem Willen, die in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaute Position der Gleichberechtigung nicht preislos aufzugeben, Selbständigkeit und Souveränität des Handelns herauszukehren. Eine rasches Eingehen auf die Wünsche des Generals, so meinte er gegenüber Blankenhorn, stärke nur dessen „Überheblichkeitskomplex"[143]. Den zu fördern, kam ihn nun aber ganz und gar nicht in den Sinn, im Gegenteil: Nicht ohne Bedacht kam der Kanzler jetzt mit Blankenhorn überein, die Botschaft in Paris neu zu besetzen. Von Maltzan war durch eine schwere Krankheit nicht dazu in der Lage, die Geschäfte zu führen. Jansen hielt er für ungeeignet, als Ersatz zu fungieren. Und so dachte er daran, Botschafter Klaiber aus Rom nach Paris zu entsenden[144].

Die französischen Diplomaten in Bonn nahmen die Sorgen der Bundesregierung, die notabene von der Opposition nur bedingt geteilt wurden, sehr ernst. Fritz Erler brachte von einem zweitägigen Paris-Aufenthalt ein durchaus wohlwollendes De-Gaulle-Porträt mit nach Bonn[145], wobei er in Übereinstimmung mit Ollenhauer sehr wohl auch Schwierigkeiten in der Europapolitik, bei der atlantischen Zusammenarbeit und auch in den deutsch-französischen Beziehungen prognostizierte[146]. Wollte man nicht jenen Kräften Auftrieb geben, die der Außenpolitik des Kanzlers ablehnend gegenüberstanden und einen direkten Draht nach Moskau zu spannen beabsichtigten, so lautete die Schlußfolgerung der Staatsdiener im Dreesen, war es dringend geboten, die Bundesregierung zu beru-

[138] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 222, von Maltzan an AA, Pol 302 81.11/3198/58, 23. 7. 1958, VS-Vertraulich.
[139] S. ebd., Bd. 194, ders. an dass., Pol 302F 81.00/3359/58, 1. 8. 1958.
[140] BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 245–247, Tb. 18. 7. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 708; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 418–420; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 442f.
[141] Vgl. Marcowitz, Option, S. 25.
[142] Köhler, Adenauer, S. 1002.
[143] BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 245–247, Tb. 18. 7. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 707.
[144] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 256f., Tb. 19. 7. 1958.
[145] S. AsD, NL Erler, Bd. 162, Aufzeichnung Erler, 19. 7. 1958, im Auszug in: BDFD III, S. 547–549; Cahn, Parti, Bd. 2, S. 411, 421f., 443–445; Marcowitz, Option, S. 40f.
[146] Vgl. ebd., S. 44f.

higen[147]. Doch im Matignon stellte man sich taub. De Gaulles Psychologie bzw. seine „geistige Verfassung" erlaubte es offenbar nicht, auf die Warnsignale aus Bonn kalmierend zu reagieren. Die Äußerungen, Erklärungen und Verlautbarungen des Generals seit seinem Regierungsantritt ließen keinen Zweifel daran, daß sich sein „Sendungsbewußtsein" und „Jeanne d'Arc-Komplex" in den Jahren der politischen Abstinenz nicht gewandelt hatten. De Gaulle lebte weiterhin in der Überzeugung, die Verkörperung Frankreichs zu sein und der Grande Nation zu einer besonderen Rolle in der Welt zu verhelfen. Prestigefragen und sein nationaler Egoismus mußten die deutsch-französischen Beziehungen zwangsläufig erheblich verändern. Natürlich war es Frankreich auch in den vergangenen Jahren in erster Linie um seine eigenen Interessen gegangen. Da man sie aber nicht zuletzt mit Hilfe der bilateralen Verständigung bzw. europäischen Integration glaubte umsetzen zu können, nahm man Rücksicht auf deutsche und europäische Belange. Der General ließ diesen Respekt bisher völlig vermissen, setzte – gewiß nicht nur zur Freude der eigenen Landsleute – ganz auf den sacro egoismo des souveränen Nationalstaates. Wie, so stellte sich nun die Frage, konnte dieser in einem „Traumreich" lebende Visionär mit den praktischen Problemen der Innen-, Außen- oder Wirtschaftspolitik fertigwerden? Für Jansen lautete die Antwort klipp und klar, es gäbe augenblicklich zu de Gaulle keine Alternative außer das Chaos. Man müsse mit ihm auskommen und bestrebt sein, die beiderseitige Zusammenarbeit über dessen Regierungszeit hinüber zu retten. Seine Hoffnung richtete sich auf die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik, die dem General rasch zeigen würde, wie sehr auch er von seinem Nachbarn abhängig sei[148].

Der Sturz des prowestlichen Regimes im Irak, die Landung amerikanischer Marines im Libanon und die Absetzung englischer Luftlandetruppen in Jordanien Mitte Juli[149] ließen die deutschen Ängste gegenüber Frankreich notgedrungen ein wenig in den Hintergrund treten. Am Rhein bestand zwar Einigkeit, daß die angelsächsischen Interventionen hinzunehmen seien; man betrachtete sie aber als Schlußstein einer seit Jahren verfehlten Nahostpolitik[150] und verweigerte daher jegliche „moralische Unterstützung". In Washington führte das prompt zu einer Verstimmung[151], die für Bonn um so bedenklicher war, als Moskau die Krise im Nahen Osten sofort zum Anlaß nahm, eine Gipfelkonferenz vorzuschlagen[152]. In Paris zeigte man demgegenüber großes Verständnis für die Position der Deutschen. De Gaulle billigte zwar das angloamerikanische Vorgehen im UN-Sicherheitsrat, protestierte aber schriftlich in Washington und London gegen die eigenmächtig und ohne Konsultation erfolgten militärischen Aktionen[153]. Kurz darauf ließ er Kontakt zu Bonn aufnehmen, das zwar kein UN-Mitglied, aber dennoch

[147] S. Leduc an Couve de Murville, Nr. 1289, 17. 7. 1958, Confidentiel, in: BDFD I, S. 706.
[148] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-3, Jansen an AA, Pol 302 81/786/58, 21. 7. 1958, VS-Vertraulich.
[149] Vgl. die amerikanischen Dokumente in: FRUS 1958–1960, Bd. 9; Eisenhower, Wagnis, S. 245–272; Macmillan, Riding the Storm, S. 502–537; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 92–98; Lamb, Macmillan Years, S. 31–44; Little, Finest Hour?
[150] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 301 f., Tb. 16. 7. 1958.
[151] Grewe, Rückblenden, S. 358.
[152] S. Note der Sowjetunion, 19. 7. 1958, in: AdG 1958, S. 7180E; Dejean an Couve de Murville, Tel. 2731, 19. 7. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 114–118.
[153] S. Couve de Murville an London u. Washington, Tel. 7492/7500 u. 8011/19, 17. 7. 1958, Très secret, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 89–91.

indirekt in die Angelegenheit involviert war, um über seine Haltung zum Konferenzvorschlag Chruschtschows zu informieren. De Gaulle bewertete das Angebot zwar als Propagandaakt, glaubte aber im Gegensatz zu Eisenhower und Macmillan, Verhandlungen mit den Sowjets nicht umgehen zu können. Allerdings beharrte er darauf, die Tagesordnung auf das Thema Nahost zu beschränken, weil er die seit Monaten in der Diskussion befindliche allgemeine Gipfelkonferenz ganz und gar nicht mehr wünschte[154].

Ungeachtet des in dieser Frage erzielten „weitgehende[n]" deutsch-französischen Konsenses[155] blieb die Stimmung zwischen Bonn und Paris frostig, das schwebende Problem des Treffens der beiden Regierungschefs vorerst ohne Einigung. Anläßlich seiner Reise an die Seine legte van Scherpenberg am 23. 7. im Quai d'Orsay erneut die Gründe dar, die aus der Sicht des Kanzlers für eine sorgfältige Planung der ersten Begegnung mit dem General auf diplomatischer Ebene und gegen eine Begegnung in Paris sprachen. Als Themen wünschte er sich die zukünftige Zusammenarbeit in NATO und WEU, die Kooperation auf dem Rüstungsgebiet, die Zukunft der europäischen Integration und die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Generalsekretär Joxe stimmte einer Vorbereitung des rendez-vous grundsätzlich zu, sah auch eine Chance zum Einvernehmen über den Ort der Zusammenkunft. Nur der Gedanke an eine weitere Hinausschiebung in den Herbst bereitete ihm Kopfzerbrechen, drohte damit doch ein Vakuum zu entstehen, das de Gaulle trotz seiner grundsätzlich positiven Einschätzung des Verhältnisses zur Bundesrepublik und zur europäischen Integration mit kurzfristigen Entscheidungen negativ füllen könne. Joxe drängte daher auf einen Termin vor dem 15. 8. und empfahl Adenauer, auf seiner Rückreise aus dem Urlaub einen Tag für das Treffen einzuplanen[156].

Aus einer über die Pariser Botschaft am selben Tag ans Auswärtige Amt weitergeleiteten Aufzeichnung Picards geht hervor, daß der General den Besuch des Kanzlers zwar wünschte, aber nicht überstürzen wollte und aus innenpolitischen Gründen glaubte, keine Einladung aussprechen zu können. Von Paris als Treffpunkt mochte er nicht abgehen. Um den Bedenken Adenauers dennoch – wie er es sah – Rechnung zu tragen, hatte er sich eine nicht eben einfache Lösung ausgedacht. Danach sollte Adenauer auf seiner Rückreise aus Cadenabbia in Frankreich bei einem Freund Zwischenstation machen und dann nach einem Essen mit Couve de Murville de Gaulle wissen lassen, er wünsche ihn anläßlich seiner Durchreise in Paris zu treffen. Der General setzte den Kanzler also indirekt in die Rolle des Bittstellers und empfahl dann auch noch über seinen Envoyé als exzellentes Eingangsthema den Ankauf der „Mirage III" durch die Bundeswehr! Wessen Geistes Kind dieser Gedanke war, zeigte Picards Begründung. De Gaulle würde die Kaufentscheidung als freundliche Geste verstehen, da der Erbauer der „Mirage", Dassault, die Bewegung des 13. Mai in Algerien finanziert habe. Die

[154] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 174 f., Jansen an AA, FS, 22. 7. 1958, Verschlüsselt.

[155] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 24. 7. 1958; s.a. Macmillan an Chruschtschow, 22. 7. 1958, in: AdG 1958, S. 7199; Eisenhower an dens., 22. 7. 1958, in: ebd., S. 7200 f.; de Gaulle an dens., 22. 7. 1958, in: ebd., S. 7201.

[156] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 24. 7. 1958.

Bundesrepublik könne sich dem nun erkenntlich zeigen und Frankreich finanziell unterstützen. Es dürfe dies aber nur mit „beaucoup de mesure et de tact" geschehen, weil de Gaulle in pekuniären Dingen sehr empfindlich sei[157]! Welche Arroganz und Überheblichkeit sprach aus dieser Eingabe, die die Deutschen zum Dukatenesel für das neue französische Regime degradierte, ihm aber verwehrte, auch nur IA! zu schreien.

Finanzminister Pinay nutzte die Anwesenheit van Scherpenbergs an der Seine, um ihm ein baldiges Gespräch zwischen den beiden Regierungschefs nahezulegen und zugleich streng vertraulich einen Besuch Adenauers am 16. 8. in Cadenabbia anzukündigen[158]. Zwei Tage später, am 25. 7., betonte der Président du Conseil gegenüber dem Deutschen Botschafter die Notwendigkeit einer engen Entente zwischen beiden Staaten und unterstrich gewissermaßen als Beleg dafür seine Absicht, sich mit der Bundesregierung über die Nahostkrise zu verständigen. Nach einer Eloge auf Adenauer und dessen außergewöhnlichen staatsmännischen Fähigkeiten drückte er seinen Wunsch nach einem Treffen aus, „dans n'importe quelle ville de France où le Chancelier voudrait bien se rendre". Natürlich dachte der General nicht daran, dem Kanzler die Wahl wirklich zu überlassen, und so gab er von Maltzan als Entscheidungshilfe mit auf den Weg: Wenn Adenauer ihn in Colombey-les-deux-Eglises sehen wolle, sei ihm das sehr recht[159].

Wenn de Gaulle später in seinen Memoiren behauptete, Adenauer habe um eine Unterredung gebeten, so trifft das mithin nur in dem Sinne zu, daß er ihn zu einer Begegnung aufforderte oder auffordern ließ, ohne eine direkte Einladung auszusprechen. Auch seine ex post verklärte Darstellung, mit der Wahl seines Landsitzes habe er dem Kanzler eine besondere Ehre zuteil werden lassen[160], entspricht nur der halben Wahrheit. Denn dieser gewiß geschickte Schachzug war aus dem Dilemma geboren, daß der deutsche Regierungschef partout nicht nach Paris reisen mochte, der französische Président du Conseil ihn aber nicht an einem neutralen Ort treffen wollte. Er entsprach damit auch keineswegs der „delikateste[n] Ehrenerweisung im subtilen Protokoll der gaullistischen Republik"[161].

Einen Tag nach der Audienz von Maltzans bei de Gaulle mischte sich Dulles in die Besuchsfrage ein und drängte Adenauer zu einem baldmöglichen Treffen auch unter Mißachtung protokollarischer Gepflogenheiten. Wenngleich sich hier und da ein anderer Eindruck festsetzte, kann keine Rede davon sein, daß der Kanzler sich dem massiven Druck des amerikanischen Außenministers gebeugt hätte[162]. Denn die Reise ließ weiter auf sich warten. Statt dessen fuhr Couve de Murville erst einmal nach Bonn, um mit Adenauer und von Brentano am 29. 7. über die Nahostkrise zu sprechen. Moskau hatte mittlerweile einem Gipfeltreffen im Rahmen des UN-Sicherheitsrates zugestimmt, sofern Indien und arabische Staaten hinzugezogen würden. Die Reaktion der Westmächte fiel denkbar unterschiedlich

[157] Ebd., Aufzeichnung Picard, o.D. Jansen übersandte das Dokument am 23. 7. 1958 an von Brentano (ebd.).
[158] Ebd., Bd. 56, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 24. 7. 1958.
[159] Couve de Murville an Leduc, Tel. 2741/43, 26. 7. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 157.
[160] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 218; Marcowitz, Option, S. 25; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 443.
[161] Kapferer, Charles de Gaulle, S. 239.
[162] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 73.

aus. Während Macmillan sich für eine sofortige Konferenz aussprach und den Teilnehmerkreis durch das UN-Gremium selbst bestimmen lassen wollte, hielt Eisenhower es für sinnvoller, dem Sicherheitsrat die Entscheidung zu übertragen, ob die Regierungschefs überhaupt zusammenkommen sollten. De Gaulle wiederum neigte zu einer besonderen Gipfelkonferenz außerhalb des Sicherheitsrates auf europäischem, und das hieß für ihn natürlich auf französischem Boden[163].

Bonn pflichtete zwar der Pariser Auffassung bei, die Uneinigkeit des Westens sei schnellstmöglich zu beseitigen, stand aber in bezug auf das Procedere nicht auf französischer Seite. Da sie Moskau gar nicht erst das Recht zur Mitsprache im Nahen Osten zugestehen wollten und die Sorge hegten, daß der Westen auf einer Separatkonferenz der Regierungschefs ein Bild der Zerrissenheit liefere, hielten Adenauer und von Brentano die UNO für den richtigen Diskussionsrahmen. Um den bilateralen Dissens aufzuheben, kamen sie mit Couve de Murville überein, einer begrenzten Mächtegruppe durch den Sicherheitsrat ein Mandat zur Ausarbeitung von Lösungsvorschläge zu übertragen, über die dieser dann abschließend zu entscheiden hätte[164].

Im Widerspruch zu den Ausführungen des französischen Protokolls und sonstigen Dokumenten behauptet Adenauer in seinen Erinnerungen, er habe mit Couve de Murville auch über die Zusammenkunft mit de Gaulle gesprochen und sich darauf verständigt, den Besuch tatsächlich mit der Rückreise aus seinem Urlaub zu verbinden. Seinen weiteren Darlegungen zufolge ließ de Gaulle dann über von Maltzan Anfang August anfragen, ob er nicht nach Colombey-les-deux-Eglises kommen wolle. „Ich stimmte diesem Vorschlag zu", schreibt Adenauer lakonisch und vertuschte damit – wie notabene auch de Gaulle in seinen Memoiren – den wahren Ablauf der Dinge[165]. Die waren aber inzwischen soweit gediehen, daß der Kanzler befreundeten Staatsmännern wie dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower nun streng vertraulich Kenntnis von dem geplanten Besuch gab[166]. Am 5. 8. wußte Leduc zu berichten, der deutsche Regierungschef habe dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani drei Tage zuvor eröffnet, er werde de Gaulle am 14. oder 15. 9. in Colombey-les-deux-Eglises sehen[167]. Zwei Tage später konnte er nach einem Gespräch mit van Scherpenberg Termin und Treffpunkt bestätigen. Adenauer beabsichtige demnach, am 14. 9. auf der Rückreise vom Comer See in Baden-Baden Zwischenstation zu machen und am Tag darauf nach Lothringen weiterzufahren. Er sei sogar auch bereit, einen Tag früher anzureisen, falls de Gaulle dies wünsche[168].

Das Eis war gebrochen, der Erfolg des Treffens aber keineswegs garantiert. Wie de Gaulle am 6. 8. dem Schriftsteller Robert d'Harcourt versicherte, strebte er

[163] S. Chruschtschow an Eisenhower, 23. 7. 1958, in: AdG 1958, S. 7201 f.; Eisenhower an Chruschtschow, 25. 7. 1958, in: ebd., S. 7203; Macmillan an dens., 26. 7. 1958, in: ebd.; de Gaulle an dens., 26. 7. 1958, übermittelt in: Couve de Murville an London etc., Tel. 7798/803 etc., 26. 7. 1958, Immédiat, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 155 f.

[164] S. Unterredung zwischen dems. und von Brentano vom 29. 7. 1958, Secret, in: ebd., S. 184–187; Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 29. 7. 1958, Secret, in: ebd., S. 187–189; BA, NL Blankenhorn, Bd. 89, Bl. 25–27, FS von Brentanos, Plurex Nr. 952, 30. 7. 1958, Geheim.

[165] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 421.

[166] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 74.

[167] S. Leduc an Couve de Murville, Tel. 1757/61, 5. 8. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 223 f.

[168] S. ders. an dens., Tel. 1768/69, 7. 8. 1958, in: ebd., S. 234 f.

gutnachbarschaftliche Beziehungen mit den Deutschen an, war sich aber keineswegs sicher, ob dieses „peuple multiple, douloureux, si mal saisissable" den Wunsch erwiderte[169]. Seinem in diesen Tagen nach Bonn entsandten neuen Botschafter François Seydoux gab er mit auf den Weg: „Falls Sie in Adenauer einen Mann finden, der ebenso wie ich um eine möglichst vollkommene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bemüht ist und willens, sie mit mir zustande zu bringen, könnten wir gemeinsam Großes erreichen. Wenn es eine Nation gibt, mit der das französische Volk zum Besten Europas kooperieren sollte, so ist es die deutsche. [...] Man darf die Gelegenheit, daß Adenauer die Geschicke Deutschlands lenkt und ich die Geschicke Frankreichs, nicht vorübergehen lassen. [...] Aber – ich wiederhole – es hängt davon ab, daß die Dispositionen des Kanzlers den meinen entsprechen."[170]

Auf Vortrag van Scherpenbergs entschied Adenauer am 9. 8., seine Reisepläne erst dann öffentlich bekanntzugeben, wenn der Termin endgültig feststehe. Das Kommuniqué sollte möglichst kurz sein und auf die Nennung des Ortes noch verzichten[171]. Da sich die in- und ausländische Presse mehr und mehr der Verzögerung des Besuchs annahm, sah sich das Auswärtige Amt am 11. 8. genötigt, die Auslandsvertretungen per Sprachregelung aufzufordern, etwaigen Vermutungen über eine Trübung des deutsch-französischen Verhältnisses „mit Bestimmtheit entgegenzutreten". Daß der Besuch bisher noch nicht stattgefunden habe, läge einzig und allein an dem Wunsch beider Regierungen, „einen Fehlschlag auf alle Fälle zu vermeiden". De Gaulles Treffen mit Macmillan und Dulles hätten unter dem Vorzeichen der Kameradschaft im Zweiten Weltkrieg gestanden. Für die Bundesrepublik ergäbe sich eine völlig andere Lage, die eine sorgfältige Vorbereitung erforderlich mache[172].

Unter Vorbereitung verstand Adenauer vor allem das Sammeln weiterer Informationen über seinen kommenden Gesprächspartner, den Pinay im vertraulichen Tête-à-tête mit ihm am 16. 8. als stolzen, hochmütigen und von Gefühlen bestimmten General charakterisierte[173]. Vorbereitung bedeutete natürlich auch das Festlegen der Tagesordnung, über die im Auswärtigen Amt große Uneinigkeit bestand. Einige Beamte hielten einen sehr allgemeinen Meinungsaustausch für ratsam, andere bevorzugten ein politisches Gespräch über die wichtigsten bi- und multilateralen Fragen und Probleme. Eine dritte Gruppe witterte die einzigartige Chance, durch präzise Fragen Klarheit über die Absichten des Generals zu erlangen. De Gaulle seinerseits hatte mittlerweile in Bonn größtes Stillschweigen über Ort und Termin des Treffens erbeten und erweckte den Anschein, als ob er mit der Begegnung einen großen publizistischen Effekt erzielen wolle, der ihm beim bevorstehenden Referendum nutzen konnte[174].

[169] De Gaulle an Robert d'Harcourt, 6. 8. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 65f., hier S. 66.
[170] Zitiert nach: Seydoux, Erinnerungen, S. 201; vgl. Schunck, De Gaulle, S. 39.
[171] S. PA, BStS, Bd. 352, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 569/58, 9. 8. 1958.
[172] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 209, ders. an diplomatische Vertretungen, 204–82.21/94.07, 11. 8. 1958.
[173] Zur Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 16. 8. 1958 s. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 421–423; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 444–446.
[174] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 209, Müller-Roschach an von Maltzan, 21. 8. 1958.

In Absprache mit von Brentano legte sich Adenauer am 23. 8. in Cadenabbia darauf fest, die Gespräche mit de Gaulle auf eine allgemeine Tour d'horizon über die Ost-West-Beziehungen, den Nahen Osten, die Probleme in der EWG sowie die Beziehungen zu den USA und Großbritannien zu beschränken[175]. Am selben Tag brachte das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung die dürre Meldung, die beiden Regierungschefs planten für Mitte September eine Zusammenkunft auf dem Landsitz de Gaulles in Colombey-les-deux-Eglises[176]. Botschafter Seydoux, dem von seinem Posten in Wien der Ruf vorausgeeilt war, ein liebenswürdiger Mensch, aber harter Verhandlungspartner zu sein, der sich inzwischen zu einem überzeugten Europäer und Anhänger der deutsch-französischen Freundschaft entwickelt habe[177], wußte von einem positiven Stimmungsumschwung in Bonn und davon zu berichten, daß Adenauer sich nach einigem Zögern inzwischen auch dazu entschlossen habe, bei de Gaulle zu übernachten[178].

Das definitive Programm blieb indes bis zuletzt vage. Nach den Vorstellungen des Kanzlers sollte die Besprechung mit dem General so lang wie möglich dauern und ohne feste Tagesordnung ablaufen. Parallel dazu waren Unterredungen zwischen den beiden Außenministern in der Préfecture des nahen Chaumont vorgesehen. Die Rückreise der deutschen Gäste wurde für den 15. 9. ins Auge gefaßt. Am späten Nachmittag waren Pressekonferenzen von Adenauer im Palais Schaumburg und von de Gaulle im Matignon geplant[179].

Aus den Informationen, die im Auswärtigen Amt unmittelbar vor der Abreise Adenauers über die Lage in Frankreich eingingen, ergab sich ein weiterhin zwiespältiges Bild. Die zu Beginn der Regierungsübernahme de Gaulles gehegten großen Befürchtungen hatten sich mittlerweile als unbegründet erwiesen. An der grundsätzlichen außenpolitischen Linie hatte sich bisher nichts geändert. Auf innenpolitischem Gebiet gab es Indizien einer Beruhigung. Ungeachtet etwaiger Bedenken über die autoritären Züge des französischen Regimes überwog in der Bundesrepublik die Genugtuung darüber, daß die Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden Bürgerkrieg westlich des Rheins inzwischen weitgehend verschwunden war. Eine Stabilisierung des Franc und ein erheblicher Abbau des Haushaltsdefizits zeichneten sich ab. Die Ausarbeitung der neuen Verfassung unter Einbeziehung der Parteiführer Mollet, Pflimlin und Pinay war am 3. 9. mit der Billigung der Textvorlage durch das Kabinett abgeschlossen worden. Daß sich eine Minderheit der französischen Sozialisten gegen diese Konstitution stellte und

[175] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1847/51, 22. 8. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 287f.; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 12, ders. an MAE, Tel. 1887/90, 28. 8. 1958, Réservé, Confidentiel.

[176] S. Bulletin 1958, S. 1579.

[177] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung, o.D. Die Aufzeichnung diente zur Information der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes anläßlich der Übergabe des Kreditivs als Botschafter durch Seydoux am 21. 8. 1958 (ebd., Müller-Roschach an Abt. Protokoll im AA, 204–82.03/94.07, 8. 8. 1958, Konzept).

[178] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 3, Seydoux an MAE, Tel. 1829/32, 21. 8. 1958; DDF 1958, Bd. 2, S. 287, Anm. 3.

[179] S. PA, NL von Maltzan, Bd. 3, „Punkte für Gespräch G.", o.D.; ebd., „Punkte für Gespräch in Colombey", o.D.; ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Notiz Limbourgs, 5. 9. 1958; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1953/57, 5. 9. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 313f.; ders. an dens., Tel. 2001/06, 12. 9. 1958, Réservé, in: ebd., S. 336f.; Aufzeichnung Hake, 5. 9. 1958, in: BDFD II, S. 519f.

die Partei unter der Devise des Kampfes für Republik und Sozialismus spaltete[180], bot weniger für die Bundesregierung, denn für die SPD-Opposition ein Problem. Die Solidarität zur Schwesterpartei erlaubte ihr keine offene Kritik am Mehrheitsbeschluß, hielt die Parteiführung aber nicht davon ab, der Minderheit ihre Sympathie zu bezeugen[181].

Diesen positiven Faktoren stand indes eine Reihe negativer Elemente gegenüber. Die innen- bzw. wirtschaftspolitischen Probleme und die Lage in Algerien machten Aussagen über die Zukunft der Regierung höchst spekulativ. De Gaulle setzte alles daran, die Großmachtrolle Frankreichs zu stärken. In europapolitischer Hinsicht hatte er zwar betont, er werde die Verträge respektieren, doch war es kein Geheimnis, daß er einer Europapolitik der klassischen Allianzen den Vorzug gab und kein Verständnis für die angestrebte Form des politischen Zusammenschlusses aufbrachte. Den Atlantikpakt begrüßte er, wollte ihn aber politisch ausbauen und die französische Stimme stärker zu Gehör bringen. Er fühlte sich der westlichen Welt verbunden, doch schien es zweifelhaft, ob er die Gefahren der kommunistischen Doktrin richtig einschätzte. Eine Prognose über den Ausgang des „Experiment[s] de Gaulle" war kaum möglich. Eins aber galt in Bonn als ausgemacht. Man mußte den außenpolitischen Kurs des Verbündeten wachsam beobachten und zugleich alles daran setzen, de Gaulle seine Aufgabe zu erleichtern. Denn bei seinem Scheitern gab es anscheinend nur die Wahl zwischen Militärdiktatur und Volksfront[182]. Bei einer solchen Wendung drohten der Bundesrepublik mit ihrer strategisch exponierten Lage katastrophale Konsequenzen, weil ihr das „zuverlässige Hinterland", ohne daß sie sich weder militärisch noch politisch behaupten konnte, möglicherweise weggerissen würde. Genau diese Perspektive war es, die Blankenhorn Anfang September dazu bewog, von Brentanos Angebot zur Übernahme des Botschafterpostens in Paris umgehend anzunehmen[183].

„Miracle historique"

Eine gute Wochen später, am 13. 9., kehrte Adenauer aus Cadenabbia zurück, übernachtete in Baden-Baden und reiste am folgenden Morgen nach Colombey-les-deux-Eglises weiter – „von großer Sorge erfüllt", wie er in seinen Erinnerungen festhielt[184]. Ein „notwendiger, wenn auch nicht sehr angenehmer Besuch" stehe ihm bevor, schrieb er seinem Freund Robert Pferdmenges[185] unter der Last der in dieses Treffen gesetzten allseitigen Erwartungen: „[d']éclaircir l'atmo-

[180] Vgl. Rémond, Frankreich, T. 2, S. 22f.

[181] Vgl. Artikel Wagners, in: „Hannoversche Allgemeine Zeitung", 7. 10. 1958, im Auszug auch in: BDFD III, S. 554f.; Cahn, Parti, Bd. 2, S. 541–554.

[182] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, von Maltzan an AA, Pol 204 81.10/0 3671/58, 2. 9. 1958; s.a. ebd., Bd. 207, Aufzeichnung, o.D., und die in der Tendenz übereinstimmenden Beobachtungen Seydouxs (AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 14–22, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 1492, 28. 8. 1958).

[183] BA, NL Blankenhorn, Bd. 90, Bl. 94f., Tb. 4. 9. 1958; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 311f., Tb. 4. 9. 1958.

[184] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 424; s.a. Marcowitz, Option, S. 25.

[185] StBKAH, NL Adenauer, 10. 11, Adenauer an Pferdmenges, 5. 9. 1958; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 443.

sphère", „de rétablir une confiance momentanément atteinte"[186]. Aus rational kaum nachvollziehbaren Gründen sollte das sonntägliche Rendezvous das Verhältnis zwischen beiden Staatsmännern grundlegend ändern[187].

Adenauer traf gegen Mittag in Begleitung von Brentanos und Carstens in „La Boisserie" ein. Nach einer „unzeremoniell[en] und einfach[en]" Begrüßung[188] bat de Gaulle zu einem Essen. Gegen sechzehn Uhr zogen sich die Regierungschefs zu einem über zweistündigen Vieraugengespräch mit dem Dolmetscher Jean Meyer zurück, während sich die Entourage, auf der französischen Seite neben Couve de Murville noch Joxe und Seydoux, zur Besprechung ins vierzig Kilometer entfernte Chaumont begab[189]. Kanzler und Président du Conseil stimmten in ihrer sofort in Angriff genommenen Lageanalyse überein, daß Europa sich angesichts der Bedrohung aus dem Osten, des unsicheren Kurses der USA und der Mängel der Atlantischen Allianz einigen müsse, um sich gegenüber der westlichen wie der östlichen Vormacht behaupten zu können. Für Adenauer bedeutete dies freilich keine Äquidistanz zu den Flügelmächten, unterstrich er doch sogleich die Notwendigkeit, die enge Verbindung zu den USA und auch die NATO nicht zu gefährden. De Gaulle ging darauf nicht ein, entwickelte statt dessen seine Vision von einem den europäischen Teil der Sowjetunion umfassenden geeinten Europa auf der Basis enger deutsch-französischer Kooperation. Vielleicht, so meinte der General, werde die Zusammenarbeit zwischen den Nachbarn nicht immer leicht, denn die Bundesrepublik sehe als Hauptproblem die deutsche Einheit, Frankreich aber Nordafrika. Ganz anders als gegenüber Macmillan und Dulles beteuerte er jetzt, einer friedlich vollzogenen Wiedervereinigung natürlich gewogen zu sein, sofern die bestehenden Grenzen unangetastet blieben und die Bundesrepublik auf Atomrüstung verzichte. Frankreich müsse nach der Überwindung der Großmachtsucht ein neues Gleichgewicht finden, das der neuen Situation angepaßt sei. Es gebe für ihn, so hob der General zum Abschluß an, in Europa nur einen möglichen Partner, und der heiße Deutschland. Deshalb, darin waren sich beide Staatsmänner einig, bedürfe es der „ständigen Konsultation" zwischen ihren Regierungen über die Außenpolitik, insbesondere in den Bereichen Abrüstung, Naher Osten, wirtschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Waffenproduktion und Freihandelszone[190].

Zum Abendessen kamen die beiden Delegationen wieder in „La Boisserie" zusammen, danach fuhren die Begleitungen erneut nach Chaumont, während Adenauer wie verabredet im Hause de Gaulles übernachtete. Nach dem Frühstück kehrte er am 15. 9. nach Bonn zurück. Ein Kommuniqué berichtete der staunenden Weltöffentlichkeit von einem „miracle historique", wie de Gaulle die Freund-

[186] Artikel Cléments, in: „Le Monde", 14./15. 9. 1958, im Auszug auch in: BDFD III, S. 556f., hier S. 557.

[187] Vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 540; ders., Rolle, S. 12.

[188] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 424.

[189] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano, 14. 9. 1958, Secret, Entwurf, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 345–351.

[190] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Streng geheim, in: BDFD I, S. 708–710, hier S. 710; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 424–434; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 218–223; Maillard, De Gaulle, S. 181–211; Bariéty, De Gaulle, S. 541–543; Köhler, Adenauer, S. 1004–1006; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 452–457.

schaft beider Nationen nannte[191]. „Wir glauben", so hatte der General den Text selbst formuliert, „daß die vergangene Gegnerschaft ein für allemal überwunden sein muß und daß Franzosen und Deutsche dazu berufen sind, in gutem Einvernehmen zu leben und Seite an Seite zu arbeiten." Die enge Zusammenarbeit sei die Grundlage jedes konstruktiven Aufbaus in Europa. Sie müsse organisiert werden und den übrigen westeuropäischen Nationen offenstehen[192].

„L'impression que je conserve de notre rencontre", schrieb der französische Regierungschef seinem Gast nach dessen Abreise, „me laisse bien augurer de l'avenir des relations entre nos deux pays"[193]. Wie der Deutschen Botschaft von einem Mitarbeiter Staatsminister Pflimlins mitgeteilt wurde, zeigte sich de Gaulle in der ersten Kabinettssitzung nach der Begegnung ausgesprochen zufrieden. Nach Kriegsende sei er der Überzeugung gewesen, Deutschland sinne nach Revanche. Adenauer habe ihn überzeugt, daß diese Furcht unbegründet sei und die Bundesrepublik die Verständigung mit Frankreich wirklich wünsche. Er werde diese Zusammenarbeit fördern und denke zu ihrer Vertiefung sogar an eine besondere Institution[194].

De facto hatte der französische Regierungschef nicht zum östlichen Nachbarn in toto, sondern allenfalls zum amtierenden deutschen Bundeskanzler Zutrauen gefaßt, wie seine nicht für deutsche Ohren bestimmten Ausführungen im Conseil des Ministres belegen. Unter Adenauer, so ließ er sich nämlich vernehmen, gehe von Deutschland keine Gefahr für Frankreich aus. Es werde sich der Mehrung seines wirtschaftlichen Wohlstandes widmen und keine ambitionierten machtpolitischen Zielsetzungen verfolgen. „L'Allemagne [...] a les reins cassés et ne peut avoir d'ambition conquérante avant longtemps."[195] Der General reichte dem Kanzler seine Hände also als „Ergebnis einer nüchternen Interessenbilanz", nicht aus Gefühlsduselei[196]. Sein Ziel war es, die von ihm als historisch empfundene Chance der Kanzlerschaft Adenauers zu nutzen, um die Bundesrepublik fest an Frankreich zu binden, um mit ihr gemeinsam ein einiges Europa als wahren Machtfaktor auf die globale Bühne zu hieven.

„Sehr befriedigt" kehrte auch Adenauer nach Bonn zurück; beeindruckt von der Persönlichkeit de Gaulles, der nicht den Eindruck eines Nationalisten machte, als der er immer wieder beschrieben worden war; ergriffen von der Einfachheit seines Lebensstils; überzeugt vom Konsens in den großen Fragen und der Fähigkeit, auch bei akuten Problemlagen Übereinstimmung erreichen zu können[197]. Rational bleibt dieses Damaskus-Erlebnis, das von einem „Hauch von Unwirklichkeit"[198] umgeben ist, wohl auf immer unerklärlich. Augenzeugen der histori-

[191] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Très secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 341–344, hier S. 344; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 429.
[192] Kommuniqué zur Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle, 14. 9. 1958, in: Bulletin 1958, S. 1705; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 435.
[193] De Gaulle an Adenauer, 15. 9. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 80; in gleicher Diktion auch: ders. an dens., Anfang Oktober 1958, in: ebd., S. 95f.
[194] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Jansen an AA, Pol 204–81.10 4255/58, 15. 10. 1958.
[195] Zitiert nach: Debré, Mémoires, Bd. 2, S. 324.
[196] BA, NL Blankenhorn, Bd. 112, Bl. 172–178, Aufzeichnung Mertes, 21. 4. 1961.
[197] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 434.
[198] Hillgruber, Europa, S. 88; vgl. Köhler, Adenauer, S. 1007.

schen Begegnung sprachen später von einem „Mirakel“[199]. Jacques Bariéty vertritt die These, beide Staatsmänner hätten seit diesem Treffen untereinander „eine Art moralischer und politischer Übereinkunft geschlossen“[200]. Entscheidend sei das psychologische Moment, der Wandel der Perzeption Frankreichs in den Augen Adenauers gewesen. Der Kanzler habe den Président du Conseil als „homme de certitudes“ kennengelernt und ihm Vertrauen geschenkt[201].

Das nach monatelangem Vorgeplänkel absichtlich auf die „geistigen Grundlagen“ ihrer Politik beschränkte mehrstündige Tête-à-tête erlaubt trotz der „sehr guten, freundschaftlichen Atmosphäre“[202] kaum derart weitgehende Schlußfolgerungen. Denkt man an Adenauers nur wenige Tage später entrüstete Reaktion auf de Gaulles Triumviratvorschlag an die Angelsachsen[203] oder an die vielfachen Reibungspunkte in den nächsten Jahren, fällt es schwer zu glauben, als hätten sich Argwohn und Mißtrauen nach wenigen Stunden persönlichen ‚Beschnupperns‘ in Luft aufgelöst. Unwillkürlich gewinnt man den Eindruck, als habe der Kanzler den General vor der Begegnung ebenso verzerrt beurteilt wie unmittelbar nachher, nur mit einem anderen Vorzeichen. Wenngleich die letzten diplomatischen Berichte aus Paris derartige Gefühle im Grunde nicht zuließen, erfüllte ihn vor Antritt der Reise „Angst“, mit de Gaulle nicht zurechtzukommen[204]; ein „Alptraum“ plagte ihn, das Verhältnis zu Frankreich „könnte in einer Sackgasse enden“[205]. Es scheint, als ob Adenauer in seiner Erleichterung über das Vorgefundene gleichsam überreagierte und sich vor allem von Äußerlichkeiten einnehmen ließ. Auf seiner Pressekonferenz, die notabene nicht wie geplant am 15., sondern erst am 16. 9. und ohne Parallelveranstaltung von französischer Seite stattfand, ließ er die über 250 Journalisten an seiner Freude darüber teilhaben, wie freundlich er von der Bevölkerung bei Hin- und Rückfahrt begrüßt worden sei[206]. In seinem Bericht an den Bundespräsidenten oder gegenüber der CDU/CSU-Fraktion bezeichnete er alle Vorurteile gegenüber dem General schon deshalb als hinfällig, weil de Gaulle weder taub noch blind sei. Ihm imponierten die „menschlichen Züge“[207] seines Gastgebers, die Einsamkeit und Armut der Gegend um Colombey-les-deux-Eglises[208]. Emotionaler Überschwang statt rationales Kalkül – und das bei einem notorisch mißtrauischen Politiker wie Adenauer.

[199] Lacouture/Mehl (Hg.), De Gaulle, S. 359f.; Maillard, De Gaulle, S. 182; Linsel, Charles de Gaulle, S. 151f.

[200] Bariéty, Rolle, S. 13; s.a. ders., De Gaulle, S. 540–542.

[201] Ders., Perception, S. 221.

[202] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, von Brentano an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 2-204-82.20/94.07, 16. 9. 1958, Verschlüsselt.

[203] Vgl. Kap. V.3.1.

[204] Kusterer, Kanzler, S. 57.

[205] Poppinga, Mut, S. 53.

[206] S. Pressekonferenz Adenauers, 16. 9. 1958, in: Bulletin 1958, S. 1729–1731; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2026, 16. 9. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 364f.

[207] Unterredung zwischen Adenauer und Heuss vom 16. 9. 1958, in: Adenauer-Heuss, Unter vier Augen, S. 276–280, hier S. 279; s.a. Heuss an Toni Stolper, 15./16. 9. 1958, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 339f.; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1008/1, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 30. 9. 1958; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 452.

[208] S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 434; Rede Adenauers in Kiel, 21. 9. 1958, im Auszug in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 1608–1610.

V.1.2 Bündnispolitische Nagelprobe: Berlin-Krise und Algerienkonflikt 1958/59

Der Algerienkrieg, das „heißeste Eisen" deutscher Frankreichpolitik

Das Wunder von Colombey-les-deux-Eglises rief in den europäischen Kapitalen nicht nur eitel Sonnenschein hervor. Die Sowjetunion warf Frankreich umgehend Verrat an der gemeinsamen Allianz von 1944 vor[1], und auch in den BENELUX-Staaten erhob sich Widerspruch gegen einen Grad deutsch-französischer Intimität, der bereits exklusive Züge anzunehmen und die Handlungsspielräume der Kleinen in der Sechsergemeinschaft einzuengen schien[2]. Um so freudiger sahen die Kritiker, wie die Zeit des „Honigmond[s]"[3] schon nach wenigen Wochen wieder endete.

Die Bedenken der Partner wurden in Bonn keineswegs ignoriert. Wichtiger schien der Bundesregierung aber zunächst einmal die Erkenntnis, daß de Gaulle die von seinen Vorgängern ins Werk gesetzte Konzeption französischer Deutschlandpolitik offensichtlich fortzuführen gedachte. Als Repräsentant der Résistance und des nationalen Lagers schien er aus ihrer Sicht sogar besonders prädestiniert, den Gedanken der beiderseitigen Zusammenarbeit auch jenen Kreisen näherzubringen, die ihm bisher distanziert oder gar ablehnend gegenüberstanden. Bevor er sich der Kooperation aber aktiv zuwenden konnte, dessen war man sich am Rhein sehr wohl bewußt, mußte der General zunächst vor allem den Algerienkrieg beenden[4].

Die Algerienfrage, die man im Auswärtigen Amt als eines der „heißesten Eisen" deutscher Frankreichpolitik betrachtete[5], besaß für die Bundesrepublik eine politisch-militärische wie eine wirtschaftliche Dimension. Die strategische Bedeutung Algeriens an der Südflanke Europas konnte kaum unterschätzt werden. Gelang es Frankreich, die Lage zu stabilisieren, sicherte es den südlichen Vorhof der Atlantischen Allianz. Es löschte mit der dann zu erwartenden innenpolitischen Beruhigung im Mutterland auch einen Unruheherd im Herzen des Bündnisses aus und trug implizit zu seiner Konsolidierung bei. Zugleich aber lief ein solcher Erfolg darauf hinaus, daß innerhalb weniger Jahre mehr als die Hälfte des gesamteuropäischen Steinkohlevorkommens durch die Erdölproduktion in der Sahara ersetzt werden würde.

Die deutsche Algerienpolitik stellte sich dementsprechend als eine schwierige Gratwanderung zwischen dem Gebot zur Rücksicht auf den Verbündeten Frankreich, zur Wahrung politisch-wirtschaftlicher Interessen in Algerien, Tunesien bzw. Marokko, ja in der gesamten arabischen Welt, und der Notwendigkeit humanitärer Maßnahmen zugunsten der 3000 algerischen Flüchtlinge in Deutschland dar. Wiederholt an ihn herangetragene Forderungen, de Gaulle zu einer liberaleren

[1] S. Dejean an Couve de Murville, Tel. 3553/56, 21. 9. 1958, Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 403 f.
[2] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 151 f.
[3] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 457.
[4] S. PA, BStS, Bd. 342, Referat Carstens auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.
[5] Ebd.; zum folgenden s.a. ebd., Ref. 205, Bd. 12, AZ 82.01/0–82.70/90.09, Frank an Carstens, Aufzeichnung 205–82.02/90.02, 2. 10. 1959, VS-NfD; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2588/94, 18. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 358 f.

Lösung zu bewegen, wies Adenauer stets zurück. Selbst ein offenes Gespräch mit der französischen Staatsführung über Algerien lehnte das Kanzleramt ab. Bonn sah es als seine Aufgabe an, alles zu vermeiden, was einem „Dolchstoß in den Rücken Frankreichs" gleichkam, ohne aber die arabische Welt zu brüskieren. Letztlich lief das darauf hinaus, „zwischen den streitenden Parteien ausgleichend zu wirken und Möglichkeiten für eine spätere Zusammenarbeit zu erhalten"[6]. In diesem Sinne galten auch die Bestrebungen zur Intensivierung der Beziehungen zu Tunesien und Marokko nur dann als opportun, wenn sie Frankreich genehm waren[7].

Seit dem Pariser Regierungswechsel im Juni 1958 rechnete man in Bonn mit der Proklamation eines unabhängigen Algerien durch den „Front de la Libération Nationale" (FLN) und mit der umgehenden Aufforderung Frankreichs an die Verbündeten zu einer einvernehmlichen Position gegen die Abtrünnigen[8]. Ungeachtet der dezidiert kritischen Haltung der deutschen Presse gegenüber der französischen Nordafrikapolitik[9] und trotz des grundsätzlichen Bemühens, die eigene Stellung in der arabischen Welt nicht zu gefährden, hielt sich die Bundesregierung streng an die französische These, der Algerienkonflikt sei eine innere Angelegenheit Frankreichs[10]. Noch stand sie in gewissem Einklang mit der SPD-Opposition, die trotz innerparteilicher Widerstände nicht zuletzt von den Jungsozialisten um Hans-Jürgen Wischnewski eine Solidarisierung mit dem Befreiungskampf bisher stets abgelehnt hatte, weil auch sie die deutsch-französischen Beziehungen nicht dem FLN zuliebe belasten wollte[11]. Als Frankreich dann nach der Konstituierung des „Gouvernement Provisoire de la République Algérienne" (GPRA) unter Ferhat Abbas im September[12] tatsächlich von den befreundeten Staaten verlangte, sich unter keinen Umständen zu einer Anerkennung hinreißen zu lassen[13], und zugleich die Schließung sämtlicher Vertretungen des FLN durchzusetzen versuchte[14], beeilte sich die Bundesregierung mit entsprechenden Versicherungen[15]. Ja, sie trachtete aktiv danach, die Propagandatätigkeit des FLN in der Bundesrepublik einzudämmen. Allerdings mußte sie ins Kalkül ziehen, daß Ferhat Abbas nicht nur von den arabischen Staaten, sondern auch der kommunistischen Welt Anerkennung gewinnen würde und damit der Eindruck entstehen konnte, als ob sie das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und der Algerier mit zweierlei Maß bewertete[16].

[6] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 223, Aufzeichnung des Referats 204/205 im AA, „Die Haltung der Bundesrepublik zum Algerienproblem", Anfang Dezember 1959.
[7] S. ebd., Bd. 208, Aufzeichnung dess., „Die Nordafrikapolitik der Bundesrepublik", o.D.
[8] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 298f., Tb. 9. 6. 1958.
[9] Vgl. Müller, Guerre d'Algérie.
[10] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Frank an Carstens, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 2. 10. 1958, Entwurf; vgl. Lappenküper, Adenauer, de Gaulle, S. 606–608.
[11] Zur Position der SPD und Wischnewskis innerparteilich nicht unumstrittenen Algerien-Aktivitäten vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 105–123; Cahn, Le parti social-democrate face à la guerre d'Algérie; Leggewie, Kofferträger, bes. S. 145–164; Scheffler, SPD.
[12] Vgl. AdG 1958, S. 7297B.
[13] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 114, 20. 9. 1958, Priorité absolue, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 396f.
[14] S. ders. an Teheran etc., Tel. 540/41 etc., 22. 9. 1958, Très urgent, Réservé, in: ebd., S. 407f.
[15] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2088/81, 23. 9. 1958, Réservé, in: ebd., S. 420.
[16] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Frank an Carstens, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 2. 10. 1958, Entwurf.

Trotz des evidenten deutschen Bemühens um Rücksichtnahme auf und Verständnis für die französische Algerienpolitik kam es Mitte Oktober zwischen den beiden Nachbarn zu einer schweren Verstimmung, als bekannt wurde, daß die algerischen Aufständischen im August 1957 mehrere Feldfunkgeräte der Firma Telefunken aus der Bundesrepublik exportiert hatten[17]. Schon im Februar hatte die Französische Botschaft in Bonn die Bundesregierung ersucht, eine für Tunesien vorgesehene Lieferung dieser Fabrikate zu verhindern. Zwei Tage später bat das Auswärtige Amt das Bundesministerium für Wirtschaft um einen entsprechenden Ausfuhrstopp. Ende August stimmte Frankreich dem Export unter bestimmten Umständen doch zu[18]. Jetzt aber, Mitte Oktober 1958, erfuhr der Quai d'Orsay von einem Geschäft Telefunkens mit dem FLN und protestierte ebenso prompt wie nachdrücklich im Auswärtigen Amt gegen den Bruch bilateraler Absprachen[19]. Der Fall entpuppte sich indes als schwieriger, als es im ersten Augenblick den Anschein hatte. Denn die meisten der gelieferten Typen waren seit Mitte August nicht mehr den Embargo-Bestimmungen des COCOM unterworfen, so daß die rechtliche Grundlage zur Überwachung ihrer Ausfuhr entfiel. Andere Möglichkeiten zur Verhinderung des Exports gab es für die Bundesregierung nicht, da insbesondere das Kriegswaffen- und das Außenwirtschaftsgesetz noch nicht verabschiedet waren. Um trotz der legislativen Lücken ernste Differenzen mit Paris zu verhindern, riet Carstens dazu, im Bundeswirtschaftsministerium eine interimistische Ausfuhrkontrolle zu erwirken[20].

Diese Rücksicht auf die französischen Interessen war um so mehr geboten, als de Gaulle mit seinem Befehl an General Salan vom 13. 10. die Weichen auf freie Parlamentswahlen in Algerien gestellt[21] und damit einen wichtigen Etappensieg gegen die extreme Rechte der Franzosen in Algerien errungen hatte[22]. Die deutsche Presse reagierte weitgehend positiv und sah sich noch durch de Gaulles Diktum vom „paix des braves" in der Pressekonferenz vom 23. 10. bestärkt[23]. Doch schon bald herrschte Ernüchterung. Die Aufstellung der Wahllisten ließ nämlich befürchten, daß eine Reihe von potentiellen Parlamentsabgeordneten lediglich als „Strohmänner" der Rechtsextremen fungierte[24]. Zaghafte Kontakte zwischen Frankreich und dem FLN scheiterten, weil die kompromißbereite Fraktion des GPRA sich nicht durchsetzen konnte und die Vertreter der Algérie française nichts unversucht ließen, die Fühler zu stören[25]. Während die Aufständischen den Terror ins Mutterland trugen, verstärkte Paris den militärischen Einsatz, was dazu

[17] S. ebd., Ref. 205, Bd. 12, AZ 82.01/0–82.70/90.09, Böker an Frank, Aufzeichnung 205–82.50/90.02, 13. 10. 1958.
[18] Vgl. ebd., Etzler an Harkort, Aufzeichnung 413–87.40–710/59, 29. 7. 1959.
[19] S. ebd., Böker an Frank, Aufzeichnung 205–82.50/90.02, 13. 10. 1958.
[20] S. ebd., Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 205–82.50/90.02, 10. 11. 1958, Eilt.
[21] Vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 198f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 609f.
[22] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.
[23] Pressekonferenz de Gaulles, 23. 10. 1958, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 51–60, hier S. 55; s.a. Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 614–616; Malek, De Gaulle, S. 86; zur deutschen Reaktion s. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2454/62, 26. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 578f.; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 199f.; Müller, Guerre d'Algérie, S. 181.
[24] BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.
[25] Vgl. Elsenhans, Algerienkrieg, S. 797.

führte, daß Bonn zunehmend tiefer in den Konflikt hineingezogen wurde, da nun noch mehr Algerier vor den harten Maßnahmen der Franzosen gegen diese „zweite Front" nach Deutschland flüchteten[26].

Die Bundesregierung erwog daraufhin eine wirksamere Überwachung der einströmenden Algerier, wobei sie auch auf eine bessere Überwachung der französischen Grenze setzte, um die Einschleusung von vornherein zu unterbinden. Ihre parallelen Bestrebungen, die Propagandatätigkeit des FLN einzudämmen, kollidierten rasch mit der liberalen Gesetzgebung und der Zuständigkeit der Länderregierungen[27]. Wie kaum anders zu erwarten, reichten den Franzosen die deutschen Maßnahmen bei weitem nicht aus. Der Direktor der Sûreté Nationale, Verdier, stellte sich gar auf den Standpunkt, er könne die Sicherheit Frankreichs nur garantieren, wenn der FLN keine Möglichkeit habe, von ausländischem Boden aus zu operieren. Damit übertrug er die Verantwortung für eine eventuelle Fortsetzung der Anschläge auf die Anrainerstaaten, also auch die Bundesrepublik. Die Nachbarn waren gezwungen, mehr Solidarität zu zeigen und die Algerier ebenso zu behandeln, wie dies in Frankreich bereits geschah[28]. Bonn konnte die Gefolgschaft um so weniger verweigern, als Paris wiederholt unter Beweis stellte, daß man auch zu Gewaltmaßnahmen bereit war und dabei keineswegs vor deutschen Grenzen Halt machte. Am 1. 10. sprengten Kampfschwimmer der Geheimdiensttruppe „Service Action" den im Hamburger Hafen liegenden Frachter „Atlas", der mit Waffen für den FLN beladen war. Vier Wochen später erschossen Pariser Agenten einen in Bonn stationierten FLN-Sekretär auf offener Straße[29].

Mitte November beschlossen deutsche und französische Regierungsstellen unter strengster Geheimhaltung Maßnahmen gegen den FLN, wobei der Hauptgrund für das Nachgeben der Bundesrepublik gewiß in der eigenen Abhängigkeit von Frankreich im Ost-West-Konflikt lag. Denn Verdier und auch Leduc verbanden in einer Besprechung im Bundesinnenministerium am 18. 11. ihre Forderung nach Solidarität ungeniert mit dem Hinweis, Frankreich sei bereit, in der Frage der deutschen Einheit mit der Bundesrepublik zusammenzugehen. Die stillschweigende Gleichsetzung des Algerien- mit dem Deutschlandproblem beinhaltete natürlich eine unausgesprochene „Drohung"[30], Frankreich wolle „die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigungspolitik von entsprechenden deutschen Gegenleistungen auf dem Gebiet der französischen Algerienpolitik abhängig machen"[31]. Im Auswärtigen Amt war klar, daß man diese sich bei den offiziellen Stellen in Paris offenbar ausbreitende „gefährliche Argumentation" umgehend „mit aller Energie" bekämpfen mußte und der französischen Alge-

[26] BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.

[27] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 222, Carstens an Paris, Tel. AZ 204.83.00–94.07, 2. 10. 1958; zum Flüchtlingsproblem vgl. Scheffler, SPD, S. 59.

[28] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referat 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.

[29] Vgl. Hufelschulte, Genickschuß.

[30] BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D. Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 150f.

[31] Müller-Roschach an Carstens, Aufzeichnung 204–83.00/94.07, 20. 11. 1958, Konzept, in: BDFD I, S. 711f., hier S. 711.

rienpolitik, die seit vier Jahren nur Mißerfolge erzielt hatte, keinen Blanko-Scheck ausstellen durfte[32].

„Beseitigung des Besatzungsstatuts von Berlin"

Natürlich mußten die Deutschen zugleich sorgsam darauf achten, die Franzosen nicht zu verprellen, zumal ihr Verhältnis aufgrund der inzwischen aufgetretenen erheblichen Dissonanzen in der noch immer schwebenden Frage des Ost-West-Gipfels ohnehin schon belastet war. Gewiß, Adenauer und de Gaulle stimmten – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen – darin überein, daß die deutsche Einheit nicht auf der weltpolitischen Tagesordnung stand. Da zunächst eine allgemeine Entspannung in der Welt eintreten müsse, lautete des Kanzlers Parole, sei die Deutschlandpolitik bis auf weiteres darauf auszurichten, „das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lebendig und wach zu halten"[33]. Da er die Gipfelkonferenz aber schon aus innenpolitischen Erwägungen nicht ablehnen konnte, plädierte er im Bewußtsein fehlender sowjetischer Verhandlungsbereitschaft dafür, das Thema „deutsche Frage" ganz in den Hintergrund treten zu lassen und die Abrüstung nach vorn zu schieben[34].

In Washington, London und auch in Paris fragten sich die Regierungen indes, wie über Abrüstung verhandelt werden könne, „ohne zugleich über Deutschland zu sprechen". Bewegte man sich dabei nicht, wie der französische Diplomat Legendre gegenüber seinem deutschen Kollegen Jansen formulierte, „sur une pente glissante"[35]? Seydoux, und gewiß nicht nur er, empfand die Teilung Deutschlands als „une solution contre nature". Daher schien es ihm fragwürdig, ob die Versuche der Sowjetunion zur Integrierung der DDR in ihren Machtbereich erfolgreich sein würden und die „naturelle aspiration des Allemands à l'unité dans la liberté" unterdrücken könnten. Was Westdeutschland anging, hielt er es durchaus für wahrscheinlich, daß ein Rücktritt Adenauers eine Stärkung dieser Aspiration zur Folge hätte[36]. De Gaulle dachte gewiß ähnlich. Wenngleich die Beseitigung der Spaltung keine Herzensangelegenheit von ihm war, verlangten die nationalen Bestrebungen der Deutschen geradezu danach, die Option der Wiedervereinigung offenzuhalten. Denn sonst lief der Westen Gefahr, die Bundesrepublik an den Osten zu verlieren. Bei seinen Begegnungen mit Macmillan und Dulles hatte sich der General im Frühsommer dafür ausgesprochen, die Abrüstung als Hauptproblem anzusehen und den Rapacki-Plan aus Rücksicht auf die polnischen Initiatoren nicht so ohne weiteres vom Verhandlungstisch zu fegen. Würde die atomwaffenfreie Zone weiter nach Osten ausgedehnt, als vom polnischen Außenminister vorgesehen, hielt er den Plan durchaus für erwägenswert[37].

[32] BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.

[33] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 7. 1958, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 182.

[34] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 234–239.

[35] PA, Ref. 700, Bd. 44c, Jansen an AA, FS Nr. 549, 24. 6. 1958, Verschlüsselt.

[36] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 47, Bl. 264–286, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 1994, 5. 12. 1958.

[37] Vgl. Kap. V.1.1.

Vor diesem Hintergrund hatte der Deutsche Bundestag in einer von allen Fraktionen unterstützten Resolution die Bundesregierung am 2. 7. dazu aufgefordert, sich bei den Vier Mächten für die Schaffung eines Viermächtegremiums zur Lösung der „deutschen Frage" einzusetzen[38]. Mehrfach drängten die Westmächte in Bonn darauf, die Übergabe eines entsprechenden Memorandums wegen der unklaren Frage der Gipfelkonferenz zu verschieben, und bestanden außerdem ausdrücklich darauf, die Wiedervereinigung als Gesprächsthema aufzulisten[39]. Als Ost-Berlin Anfang September mit einem scheinbar ähnlichen Vorschlag aufwartete, legte Bonn den Bundestagsbeschluß mit einem erläuternden Dokument offiziell vor. Obwohl es den Bedenken der Partner durchaus Rechnung trug[40], stieß das gewünschte neue Gremium in Paris auf Bedenken. Frankreich sah nämlich die Gefahr, daß die Sowjetunion dieses Organ dazu mißbrauchen könnte, neue Manöver auszuhecken und den Vorschlag der DDR einer Viermächtekommission für einen deutschen Friedensvertrag aufzunehmen[41]. Während die Briten sich bereit zeigten, in Moskau vorstellig zu werden und eine Viermächtekonferenz über die deutsche Einheit und den Friedensvertrag anzuregen, bestanden die Franzosen darauf, die Frage des Friedensvertrags keinesfalls von einer vierseitigen Kommission, sondern nur von den vier Regierungen behandeln zu lassen[42]. Als die Sowjetunion sich dann tatsächlich zum Fürsprecher der ostdeutschen Initiative erhob[43], sprachen sich die Westmächte am 30. 9. einvernehmlich für den westdeutschen Antrag aus[44].

Diese Eintracht war indes schon wenige Tage später wieder dahin. Als die Bundesregierung den Verbündeten den Entwurf einer Antwortnote an die Sowjetunion zuleitete, beanstandeten die westlichen Botschaften erneut die fehlende Priorität der Wiedervereinigung; aber auch die bundesdeutsche Bereitschaft zur Beteiligung von Sachverständigen aus beiden deutschen Staaten an den Arbeiten der Viermächtekommission paßte ihnen nicht. Zwar gab das Auswärtige Amt abermals nach und akzeptierte unter Verwendung französischer Formulierungen eine Neufassung, die die Wiedervereinigung und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung schärfer zu einer Grundvoraussetzung für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages erklärte[45]. Angesichts der fortbestehenden Bereitschaft zur Entsendung von Experten verfestigte sich in Paris aber der Eindruck, als ob die Bonner Haltung ins Wanken geraten könne und die Bundesregierung unter dem Druck der Opposition dem Kreml gegenüber in der Frage der freien gesamtdeutschen Wahlen und des Friedensvertrags zu konziliant sei[46]. Die Bedenken wa-

[38] S. Bundestagsdebatte, 2. 7. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 41, S. 2177–2179 u. 2200f.
[39] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 239f.
[40] S. Erklärung der DDR, 4. 9., und Note ders. an die Vier Mächte, 5. 9. 1958, in: EA 1958, S. 11121–11125; Verbalnote der Bundesregierung nebst Aide-mémoire, 9. 9. 1958, in: ebd., S. 11125.
[41] S. Couve de Murville an Washington u. London, Tel. 9787/89 u. 9062/64, 12. 9. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 334.
[42] S. ders. an Alphand, Tel. 9969/71, 19. 9. 1958, in: ebd., S. 393.
[43] S. Note der Sowjetunion an die DDR, 18. 9. 1958, in: EA 1958, S. 11125f.
[44] S. Noten der Westmächte an die Bundesrepublik u. die Sowjetunion, 30. 9. 1958, in: ebd., S. 11127–11129.
[45] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 241–243.
[46] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2489/500, 28. 10. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 594–597; Kosthorst, Brentano, S. 244.

ren insofern nicht von der Hand zu weisen, als dem Bonner Außenminister von Brentano tatsächlich daran gelegen war, die deutschlandpolitischen Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten zu bewahren, zumal innerhalb der eigenen Partei die Kritik am „ewigen Kampfgeschrei gegen links" zunehmend lauter wurde[47]. Und so ließ er die deutsche Note am 17. 11. an die Sowjetunion expedieren, ohne auf die fortbestehenden Vorbehalte der Westmächte einzugehen[48].

Schon bald geriet das Schriftstück zum Anachronismus, denn die nun aufbrechende Berlin-Krise ließ die Bonner Verständigungsbereitschaft als in höchstem Maße unzeitgemäß erscheinen[49]. Seit den im Juli aufkommenden Wirren im Nahen Osten und der im September ausbrechenden Spannung zwischen den USA und China um die Inseln Quemoy und Matsu zeichnete sich ein „Klimasturz" im Ost-West-Verhältnis ab[50], der seit Adenauers Besuch in Colombey-les-deux-Eglises mit einer „Verhärtung" im deutsch-sowjetischen[51], aber auch im französisch-sowjetischen Verhältnis einherging[52]. Am 14. 10. übergab der sowjetische Botschafter in Bonn, Smirnow, dem Kanzler ein höchst unfreundliches Aide-mémoire und wies dessen Appelle zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR brüsk zurück[53]. Einen Monat später erfolgte der nächste Paukenschlag: Am 10. 11. kündigte Chruschtschow in seiner berühmten Rede im Moskauer Sport-Palast an, die Sowjetunion wolle den Viermächte-Status Berlins aufheben und ihre Rechte der DDR übertragen[54]. Neuen Aktenfunden zufolge betrachtete er diesen Vorstoß als Beginn eines neuen Kampfes um Berlin, wobei er offenbar nicht die Schwelle zum Krieg überschreiten wollte und vor allem auch darauf hoffte, daß Frankreich den Westdeutschen keine starke Unterstützung zukommen lassen würde[55].

Die Reaktionen im Westen fielen denkbar uneinheitlich aus. In Bonn sah man Anlaß „zu schwersten Besorgnissen hinsichtlich Berlins und den Verbindungswegen", da man die Moskauer Drohungen nicht als übliche Machenschaft, sondern als „Vorbereitung konkreter Maßnahmen" wertete, um die Stellung der Alliierten in Berlin unmöglich zu machen oder eine Anerkennung der DDR zu erzwingen. Da die Umsetzung der Drohung nach Meinung des Auswärtigen Amtes nur durch eine feste Gegenposition verhindert werden konnte, plädierte man dafür, die Westmächte zu einer scharfen Protestnote zu ermuntern, die die Angriffe auf

[47] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 315, Tb. 16. 10. 1958.

[48] S. Note der Bundesrepublik an die Sowjetunion, 17. 11. 1958, in: EA 1958, S. 11300; Kosthorst, Brentano, S. 245.

[49] Zur Berlin-Krise der Jahre 1958–1961 vgl. die Dokumente in: FRUS 1958–1960, Bd. 8 u. 9; ebd., 1961–1963, Bd. 14 u. 15; aus der Literatur vgl. Arenth, Der Westen tut nichts!; Buffet, De Gaulle et Berlin; ders., Politique nucléaire; Burr, Slippery Slope; Gearson, Harold Macmillan; Kosthorst, Brentano, S. 247–399; Küsters, Adenauers Deutschland- und Nuklearpolitik; Ledwidge, Crise de Berlin; Lee, Berlin-Krise; Lemke, Berlinkrise; Mauer, Macmillan.

[50] Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 437.

[51] Ebd., S. 439.

[52] Vgl. Schwarz, Grundzüge, S. 106f.

[53] S. Aide-mémoire der Sowjetunion, 14. 10. 1958, in: EA 1958, S. 11296f.; zur Unterredung zwischen Adenauer und Smirnow vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 439–446; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 47, Bl. 221–223, Dejean an MAE, Tel. 3907/14, 17. 10. 1958, Réservé; ebd., Bl. 230, de Courcel an dass., Tel. 211, 18. 10. 1958.

[54] S. Rede Chruschtschows in Moskau, 10. 11. 1958, im Auszug in: EA 1958, S. 11297–11300.

[55] Vgl. Selvage, Krushchev's November 1958 Berlin Ultimatum.

Berlin und die Störung der Verbindungswege als unannehmbar bezeichnete[56]. Die Bundesregierung konnte sich um so mehr im Glauben fühlen, der westlichen, zumindest der amerikanischen Unterstützung sicher zu sein, als Dulles wenige Tage zuvor die umfassende Verpflichtung für West-Berlin feierlich bekräftigt hatte[57].

Doch die Haltung Washingtons war keineswegs so fest. Während der amerikanische Botschafter in Moskau das Vorgehen des Kreml als „most dangerous move on part of Khrushev" bezeichnete[58], bewertete das State Department die Angelegenheit offenbar weniger dramatisch. Dulles blieb ziemlich gelassen[59], und der für Europa zuständige Assistant Secretary of State, Elbrick, sah gegenüber dem deutschen Botschafter Grewe am 12. 11. nur eine potentiell gefährliche Situation, rief allerdings immerhin zur westlichen Geschlossenheit auf[60].

In London rechnete die Regierung mit ernsthaften Konsequenzen für die westliche Position in Berlin, wobei sie sich selbst eingestand, der sowjetischen Absicht zur Übertragung der an der Spree ausgeübten Funktion auf die DDR hilflos gegenüberzustehen. In einem an Washington und Paris gerichteten Memorandum trat man dafür ein, die eigene Präsenz in der Stadt aufrechtzuerhalten, wenn nötig aber Kompromisse in der Frage der Zugangswege zuzugestehen, letztlich auch die Anerkennung der DDR hinzunehmen[61]. Den Deutschen gegenüber gestand man diese Hilflosigkeit und die daraus resultierenden Schlußfolgerungen natürlich nicht ein, neigte vielmehr dazu, Moskaus Aktion als einen Propagandacoup und nicht als unmittelbare Bedrohung hinzustellen[62].

Allein Frankreich schien von Anbeginn der Krise an die deutschen Besorgnisse zu teilen, nicht aber die vermeintlich optimistischeren Einschätzungen Englands und der USA[63]. Der Quai d'Orsay attestierte der sowjetischen Deutschlandpolitik sowohl defensive als auch offensive Züge. Der Kreml konnte seiner Ansicht nach die Ostzone nicht aufgeben, ohne das System der Satelliten zu gefährden und ohne das Pfand zu verlieren, mit dessen Hilfe er hoffte, eines Tages das ganze Deutschland für sich zu gewinnen. Eine positive Veränderung der sowjetischen Politik war nur zu erwarten, wenn die internen Spannungen zunahmen und die Festigkeit des Westens nicht nachließ[64]. Die brutale Infragestellung des Berlin-Statuts resultierte nach Meinung des französischen Botschafters in Moskau, De-

[56] PA, Ref. 700, Bd. 176, Duckwitz an von Brentano, Aufzeichnung, 11. 11. 1958; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 14, Tb. 12. 11. 1958; Erklärung der Bundesregierung, 12. 11. 1958, in: Bulletin 1958, S. 2093.

[57] S. Pressekonferenz von Dulles, 7. 11. 1958, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 45; Kosthorst, Brentano, S. 247.

[58] Thompson an Dep. of State, Tel. 1052, 11. 11. 1958, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 47f., hier S. 47.

[59] Vgl. Felken, Dulles, S. 482.

[60] S. Unterredung zwischen Elbrick und Grewe vom 12. 11. 1958, Secret, 13. 11. 1958, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 53f.; Dep. of State an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 622, 13. 11. 1958, Official use only, in: ebd., S. 57–60.

[61] Vgl. Dulles an Bonn, Tel. 1012, 17. 11. 1958, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 82f. mit Anm. 2; Burr, Slippery Slope, S. 187; Mauer, Macmillan, S. 231–235.

[62] S. PA, Ref. 700, Bd. 178, Aufzeichnung des Referats 700 im AA, 700 84.20/8, 17. 11. 1958; Kosthorst, Brentano, S. 247; Lee, Berlin-Krise, S. 85f.

[63] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Blankenhorn an AA, FS Nr. 975, 11. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang; BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 14, Tb. 12. 11. 1958.

[64] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 47, Bl. 191–199, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 29. 8. 1958.

jean, aus der sowjetischen Sorge vor der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, der Absicht zur Festigung der DDR und Vertiefung der bestehenden Differenzen in der westlichen Staatengemeinschaft. Nicht ausschließen mochte er außerdem den Versuch, über eine Abkühlung des Klimas zum Westen die Gipfelkonferenz zu erzwingen[65]. In einem von Couve de Murville persönlich im Tonfall verschärften Kommuniqué gab die französische Regierung ihr Erstaunen über die Erklärung der Sowjetunion zum Ausdruck und warnte sie vor schwerwiegenden Risiken. Auf keinen Fall, so ließ der Außenminister den deutschen Botschafter außerdem am 11. 11. persönlich wissen, dürfe der Sonderstatus Berlins angetastet werden[66]. Nur einen Tag später sprach sich de Gaulle für ein baldiges zweites Treffen mit Adenauer aus, das diesmal auf deutschem Boden stattfinden sollte[67].

Uneinig waren sich die Westmächte nicht nur über die Einschätzung des östlichen Vorstoßes, sondern auch über ihr weiteres Vorgehen. Zwar forderten sie die Bundesrepublik dringend zu unverzüglichen Gegenmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet auf[68], doch über eigene Aktionen bestand kein Einvernehmen. Insbesondere London widersetzte sich energisch der von Bonn gewünschten dreiseitigen Erklärung oder Démarche in Moskau. Da die Briten sich aber mit ihren Bedenken nicht durchsetzen konnten, nahmen sie hin, daß der NATO-Rat eine solche Initiative diskutieren sollte[69]. Doch nicht nur sie, auch die Amerikaner bereiteten den Deutschen Kopfzerbrechen. Geradezu alarmierend wirkte auf sie ein Gespräch zwischen Botschafter Grewe und dem amerikanischen Außenminister, in dem Dulles die Bereitschaft signalisierte, mit DDR-Vertretern zu verhandeln, „holding them as agents for the Soviets"[70]. Die Briten, die diese „Agententheorie" befürworteten und im NATO-Rat abermals vor einer Dramatisierung der Lage warnten[71], gingen gar noch einen Schritt weiter. Sie wollten den DDR-Offiziellen die Kontrollaufgaben nicht als Agent, sondern als Stellvertreter übertragen, letztlich eben die Anerkennung Ost-Berlins hinnehmen. Dies aber stieß in Washington und insbesondere auch in Paris auf völliges Unverständnis[72]. London reagierte darauf mit taktischen Tricks, spielte die Sache als bloße Gedankenspiele herunter, ohne von seinem Konzept wirklich abzurücken[73]. Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter behauptete Außenminister Lloyd, sein französischer Kollege stimme mit ihm überein, die Anerkennung des ostdeutschen Regimes auf einer „unteren Ebene" sei besser, als den Krieg zu riskieren[74]. Im Gegensatz dazu er-

[65] S. Dejean an Couve de Murville, Tel. 4290/95, 13. 11. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 678f.
[66] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Blankenhorn an AA, FS Nr. 975, 11. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang; ebd., Bd. 178, Aufzeichnung des Referats 700 im AA, 700 84.20/8, 17. 11. 1958; AdG 1958, S. 7393.
[67] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 14, Tb. 12. 11. 1958.
[68] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Aufzeichnung Northe, 13. 11. 1958.
[69] S. Trimble an Dep. of State, Tel. 1037, 14. 11. 1958, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 63–65 mit Anm. 8.
[70] Unterredung zwischen Dulles und Grewe vom 17. 11. 1958, Secret, in: ebd., S. 76–80, hier S. 78; s.a. Grewe, Rückblenden, S. 364f.; Burr, Slippery Slope, S. 185f.
[71] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 248.
[72] Vgl. Dulles an Bonn, Tel. 1012, 17. 11. 1958, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 82f. mit Anm. 2; Burr, Slippery Slope, S. 187; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 370f.; Lee, Berlin-Krise, S. 86–89.
[73] Vgl. Mauer, Macmillan, S. 236f.
[74] Eisenhower, Wagnis, S. 298; s.a. Mauer, Macmillan, S. 238.

klärte Couve de Murville gegenüber van Scherpenberg kategorisch, die Anerkennungsfrage sei für Bonn von entscheidender politischer Bedeutung[75]. Der britischen Botschaft in Paris empfahl er, zunächst aus einer Position der Stärke abzuwarten, wie sich die Lage entwickele[76].

Kurz darauf schraubte Moskau die Eskalationsspirale weiter nach oben. Am 20. 11. stellte Smirnow gegenüber Adenauer klipp und klar fest, daß die Sowjetunion konkrete Vorbereitungen für eine baldige Aktion mit dem Ziel der „Beseitigung des Besatzungsstatuts von Berlin" vorbereite. Ungerührt nahm er zur Kenntnis, wie Adenauer vor den Konsequenzen dieser „unvermeidliche[n] Verschärfung der Weltlage" warnte[77]. Von Brentano rief daraufhin sofort die Vertreter der Westmächte zu sich und forderte sie zu einer festen Haltung gegen einseitige sowjetische Angriffe auf die Viermächtevereinbarungen über Berlin auf. Geradezu entsetzt reagierte er auf das ihm jetzt vom britischen Botschafter unterbreitete Memorandum des Foreign Office, dessen Konzessionen ihm äußerst gefährlich anmuteten. Berlin, so mahnte der Außenminister mit erhobener Stimme, sei ein Testfall, und jegliche Schwäche führe zu einer Katastrophe für den Westen[78].

Im Anschluß an diese Unterrichtung entwarf von Brentano drei Schreiben, die Adenauer mit wenigen Änderungen noch am selben Tag an Paris, Washington und London abgehen ließ. An de Gaulle gewandt, begrüßte der Kanzler das bevorstehende Treffen, dessen Tagesordnung nun kurzfristig auf französischen Wunsch hin um die Berlin-Frage ergänzt worden war[79]. Dulles und Macmillan gegenüber appellierte er hingegen in dramatischen Wendungen an deren Festigkeit zur Verhinderung der sowjetischen Pläne[80]. Zwei Tage später überreichten die deutschen Botschafter in den westlichen Hauptstädten ein ausführliches Memorandum und verlangten abermals eine kompromißlose Haltung von den Partnern. Bonn sah die Gefahr weniger in einem sowjetischen Schlag gegen Berlin als darin, daß Moskau Schritt für Schritt Fakten schaffte, die die völkerrechtliche Legitimierung Ost-Berlins anbahnten. Als absolut falsch klassifizierte die Bundesregierung daher auch die „Agententheorie", weil die DDR-Organe eben nicht als Vertreter der Sowjetunion, sondern kraft eigenen Rechts zu agieren beabsichtigten[81].

Abermals zeigte sich, daß die deutsche Aufregung nicht von allen Verbündeten verstanden wurde. Louis Joxe, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, präsentierte

[75] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 20, Unterredung zwischen van Scherpenberg und Couve de Murville vom 19. 11. 1958.

[76] Vgl. Mauer, Macmillan, S. 238.

[77] Unterredung zwischen Adenauer und Smirnow vom 20. 11. 1958, im Auszug in: Auswärtiges Amt (Hg.), Auswärtige Politik, S. 388 u. 389; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 449–454; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2894/98, 20. 11. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 728 f.

[78] S. Trimble an Dep. of State, Tel. 1080, 20. 11. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 93 f.; ders. an dass, Tel. 1083, 20. 11. 1958, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 95 f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2846/56, 20. 11. 1958, Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 709 f.; Burr, Slippery Slope, S. 187; Mauer, Macmillan, S. 239.

[79] S. StBKAH, NL Adenauer, 10.36, von Brentano an Adenauer, 20. 11. 1958; ebd., Adenauer an de Gaulle, 20. 11. 1958.

[80] S. ebd., 10.38, ders. an Macmillan, 20. 11. 1958; ebd., ders. an Dulles, 20. 11. 1958, in englischer Übersetzung in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 110 f.; Macmillan, Riding the Storm, S. 571 f.; Köhler, Adenauer, S. 1012 f.; Mauer, Macmillan, S. 239.

[81] Vgl. Pressekonferenz von Brentanos, 21. 11. 1958, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 112–120; Kosthorst, Brentano, S. 248 f.

sich bei einem Besuch in Washington sehr entschlossen und verlangte, in der Berlin-Frage hart zu bleiben[82]. Livingston Merchant, Assistant Secretary of State für Europäische Angelegenheiten, stimmte ihm ausdrücklich zu und pflichtete auch der starken französischen Zurückhaltung gegenüber dem englischen Memorandum bei, lief es doch darauf hinaus, das Aufenthaltsrecht der Alliierten in Berlin durch die formelle Anerkennung der DDR zu erkaufen[83]. Im Kontrast dazu bezeichnete sein Außenminister die Gefahr am 24. 11. in seiner Antwort an den Bundeskanzler als weiterhin hypothetisch. Zwar betonte Dulles die Unannehmbarkeit jeglicher Aufgabe von West-Berlin und des Rechts der freien Zufahrt, hielt aber im Kern an seiner „Agententheorie" fest[84]. Zwei Tage später bejahte er auch öffentlich die Möglichkeit eines Verkehrs mit ostdeutschen Agenten und behauptete gar, das Einverständnis der Bundesregierung zu besitzen[85]. An Rhein und Seine reagierte die Verantwortlichen konsterniert. Im Quai d'Orsay bewertete man die Ausführungen als „unverständlich und sehr schädlich". Ja, man riet dem Auswärtigen Amt gar zu einem Protest im State Department, damit Dulles seine Erklärungen zurücknähme[86].

Geradezu wohltuend wirkte da de Gaulles Replik an Adenauer, in der er die Freude über das kommende persönliche Gespräch betonte und unterstrich, zur Zeit keinerlei Vorschläge an Moskau richten zu wollen[87]. Zu dieser Position des Abwartens riet ganz offensichtlich auch die ihm keineswegs klar erscheinende deutsche Politik, die aus seiner Sicht zwischen Härte in der Berlin-Frage und weitgehender Konzilianz in der Deutschlandpolitik oszillierte. In der französischen Diplomatie sah man nach der Übergabe des deutschen Memorandums vom 17. 11. über die Schaffung eines Vier-Mächte-Gremiums die bisherige Übereinstimmung im Westen nicht mehr gegeben, weil die Bundesrepublik ihres Erachtens die 1955 in Genf festgelegte Basis in der Frage des Friedensvertrags und der freien gesamtdeutschen Wahlen verlassen hatte. „Dans ces conditions", so formulierte Botschafter Dejean, „une sérieuse discussion entre Occidentaux, d'abord à trois, puis à quatre, sur l'ensemble du problème allemand – y compris celui de Berlin – nous paraît indispensable et urgente."[88]

Die Notwendigkeit zu einem ernsthaften Gespräch sah offensichtlich auch der französische Regierungschef, wie der Antrittsbesuch verdeutlichte, den Blankenhorn als Nachfolger des wegen seiner angegriffenen Gesundheit in den einstweiligen Ruhestand versetzten von Maltzans[89] am 24. 11. abstattete. Das Auswärtige

[82] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Grewe an AA, FS Nr. 1591, 21. 11. 1958, Verschlüsselt.
[83] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 6770/73, 21. 11. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 726 f.
[84] S. Dulles an Adenauer, mitgeteilt in: ders. an Bonn, Tel. 1084, 24. 11. 1958, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 119–121; Felken, Dulles, S. 483 f.
[85] S. Pressekonferenz von Dulles, 26. 11. 1958, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 144–150; Burr, Slippery Slope, S. 191 f.; Felken, Dulles, S. 484 f.
[86] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 122, Blankenhorn an AA, FS 1043, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang.
[87] S. de Gaulle an Adenauer, 21. 11. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 135 f.
[88] Dejean an Couve de Murville, Tel. 4458/61, 24. 11. 1958, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 739.
[89] S. PA, BStS, Bd. 233, von Maltzan an van Scherpenberg, Tel. 816, 16. 9. 1958, Citissime mit Vorrang; ebd., van Scherpenberg an Knappstein, Tel. 180, 2. 10. 1958, Geheim, Citissime; ebd., von Maltzan an AA, Tel. 871, 6. 10. 1958, VS-Vertraulich.

Amt hatte dem neuen Botschafter eine umfangreiche Sammlung von Aufzeichnungen mit auf den Weg gegeben, um ihn über den aktuellen Stand der deutsch-französischen Beziehungen in Kenntnis zu setzen. Im gegenseitigen Einvernehmen war davon abgesehen worden, die Instruktion an von Maltzan aus dem Jahre 1955 vollständig zu revidieren, da „wesentliche Teile" davon weiterhin Gültigkeit besaßen. Statt dessen hatten die Referate im Amt nur eine Ergänzung zur damaligen Instruktion ausgearbeitet[90].

Der französische Regierungschef mahnte den deutschen Botschafter, die Lage in Berlin nicht zu dramatisieren; „man werde sich schon irgendwie auf einer technischen Ebene einigen". Blankenhorn, der sein altes Amt als Vertreter bei der NATO notabene vorläufig behielt, erwiderte, die sowjetischen Absichten gingen dieses Mal viel weiter. Doch de Gaulle nahm dies lediglich zur Kenntnis und fragte dann abrupt, ob es nicht im deutschen Volk eine erhebliche Strömung gebe, „die bei Abzug der Sowjets aus der Ostzone sich auch mit einem kommunistischen deutschen Teilstaat abfinden würden". Blankenhorn verneinte dies entschieden. Ein Zusammenleben mit einem kommunistischen Teilstaat könne es nicht geben. Der Auftakt der Audienz war nicht eben günstig verlaufen, und die gereizte Stimmung sollte sich im weiteren Verlauf nicht legen. Blankenhorn regte an, die in Colombey-les-deux-Eglises vereinbarten Konsultationen zwischen Bonn und Paris auf der Ebene der Regierungschefs, nicht auf dem Niveau von Botschaftern durchzuführen. Doch der Président du Conseil wollte davon nichts wissen, besaß Frankreich doch schließlich globale Verantwortlichkeiten und damit Probleme, die die Bundesrepublik nichts angingen. Blankenhorn sah darin aber kein Hindernis, meinte vielmehr, ein gemeinsamer Standpunkt in derartigen Fragen könne die französische Position nur stärken. De Gaulle aber beharrte auf dem Rangunterschied und ging dann abrupt zum Thema Wiedervereinigung über. Gewiß werde Frankreich sie unterstützen, doch dürfe daraus kein militärischer Konflikt mit der Sowjetunion und mit Polen erwachsen. Damit war das Gespräch beendet. Es konnte weder den Botschafter noch den Kanzler zufriedenstellen, und gewiß nicht nur deshalb, weil sich Blankenhorn beim Stichwort Polen an die französische Politik in den zwanziger Jahren zurückversetzt fühlte, als Frankreich seine Sicherheitspolitik nicht zuletzt auf die Kleine Entente gegründet hatte[91]. Die Visite hatte in aller Deutlichkeit zweierlei dokumentiert: zum einen, daß neben den Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Europapolitik und der NATO-Reform[92] auch in der „deutschen Frage" zwischen beiden Regierungen keineswegs identische Auffassungen vorlagen, und zum anderen, daß de Gaulle dem deutschen Volk diesbezüglich zutiefst mißtraute.

Die Zeit des Abtastens, Sondierens war noch immer nicht vorüber. Wie zur Bestätigung des Argwohns von de Gaulle wirkte ein Telegramm Seydouxs, in dem er

[90] Ebd., Ref. 700, Bd. 21, Böker an Referat 200 u.a. im AA, 204.82.01/0–94.07, 16. 10. 1958; s.a. ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Vermerk dess., 204.82.01/0/94.07, 31. 10. 1958; ebd., Vermerk Franks, 204.82.01/0/94.07, 4. 11. 1958; ebd., Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", o.D., im Auszug in: BDFD II, S. 890–893. Frank stellte die Aufzeichnung am 20. 11. 1958 Carstens zu (PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Frank an Carstens, 20. 11. 1958, Konzept).

[91] BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b, Bl. 7f., Tb. 24. 11. 1958; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 335f.

[92] Vgl. Kap. V.2.1 u. V.3.1.

am 25. 11 von einem „changement brutal de l'opinion publique" in der Bundesrepublik berichtete. Während die Deutschen in den vergangenen Wochen auf Konzilianz gegenüber den Sowjets gedrängt hätten, forderten sie nun einmütig die größte Härte. Wenngleich der Botschafter diese Haltung „un peu tardive" empfand, mußte sie nach seinem Dafürhalten doch ermutigt werden, galt die Nichtanerkennung der DDR doch als Fundamentalprinzip westdeutscher Außenpolitik[93]. Für beide Seiten kam es daher darauf an, direkt zwischen den Regierungschefs für Klarheit zu sorgen. Das Treffen zwischen dem Kanzler und dem General am 26. 11. in Bad Kreuznach bot eine willkommene Gelegenheit. Die französische Diplomatie empfand den Moment der Zusammenkunft für Frankreich als „particulièrement propice", trat doch durch die Krise um Berlin das so unangenehme Problem der von de Gaulle wenige Tage zuvor abgebrochenen Verhandlungen über die europäische Freihandelszone in den Hintergrund[94].

Die öffentliche Bekanntgabe der Begegnung wirkte in den politischen Kreisen am Rhein allenthalben wie eine Sensation. Daß de Gaulles erste Auslandsreise als Regierungschef nach Deutschland ging, galt als untrügliches Zeichen für die Unbegründetheit der zu Beginn seiner Regierungszeit allerorten gehegten Befürchtungen[95]. Unter Eingeweihten blieben gewisse Einschränkungen indes bestehen. De Gaulle hatte Wert darauf gelegt, das Gespräch unweit der beiderseitigen Grenze zu führen, da Adenauer den Weg nach Paris vermieden hatte[96]. In der ersten offiziellen Ankündigung der Zusammenkunft fehlte bezeichnenderweise eine präzise Ortsangabe[97]. Die Wahl fiel schließlich auf das Kurhaus in Bad Kreuznach, eine historische Stätte, wie Adenauer später im Bundesparteiausschuß seiner Partei betonen sollte, war das Gebäude doch im Ersten Weltkrieg zeitweilig Sitz des Großen Hauptquartiers gewesen[98]. „Noch langte das junge deutsch-französische Verhältnis nicht aus", kommentierte die Presse bissig, „den französischen Ministerpräsidenten auf dem rechten Rheinufer landen zu lassen; er fühlte sich auf dem linken Rheinufer ‚heimischer'. Aber auch das ist trotz aller französischer Illusionen deutsch geblieben."[99]

Das Treffen begann mit unerwünschter Hektik, denn de Gaulles Piloten gelang es im November-Nebel nicht, seine Maschine auf dem vorgesehenen Flugplatz zur Landung zu bringen. Deshalb mußten die Begleitfahrzeuge umgeleitet werden, damit der Kanzler den General direkt an der Maschine begrüßen konnte. Ein Sonderzug brachte die beiden Regierungschefs dann nach Bad Kreuznach[100], wo sie zur Entrüstung des Kanzlers eine kleine, von sozialdemo-

[93] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2941/46, 25. 11. 1958, Urgent, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 742 u. 743.
[94] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 162, ders. an MAE, Tel. 2937/40, 25. 11. 1958, Réservé, Urgent, Priorité. Zu den FHZ-Verhandlungen vgl. Kap. V.2.1.
[95] S. ders. an Couve de Murville, Tel. 2841/45, 20. 11. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 708f.; Seydoux, Erinnerungen, S. 219.
[96] S. Carstens, Erinnerungen, S. 245.
[97] S. Bulletin 1958, S. 2139 u. 2159.
[98] S. Ansprache Adenauers im Bundesparteiausschuß der CDU, 28. 11. 1958, im Auszug in: Adenauer, Reden, S. 387f.
[99] „Wiesbadener Kurier", 27. 11. 1958, im Auszug auch in: BDFD III, S. 559–561.
[100] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 92a, Bl. 243f., Tb. 26. 11. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 337, Tb. 26. 11. 1958; Kusterer, Kanzler, S. 63f.

kratischer Seite organisierte Demonstration mit dem Slogan „Freiheit für Algerien" empfing[101].

Wie geplant, standen nach kurzer Verschnaufpause die europapolitischen Themen im Vordergrund der Gespräche, die erstmals als intergouvernementales Arbeitstreffen durchgeführt wurden[102]. Am Nachmittag konferierten Adenauer und de Gaulle dann unter vier Augen, und diesmal ging es nicht um eine Tour d'horizon wie in Colombey-les-deux-Eglises, sondern hauptsächlich um das Verhältnis zur Sowjetunion. Die aufgeheizte Lage an der Spree ließ sich nicht übergehen. Wie der General Monate später dem amerikanischen Präsidenten berichten sollte, wirkte der Kanzler traurig, ja bedrückt, weil die Berlin-Krise ihm verdeutlichte, „that Germany had only the appearence of power and that, in fact, her future would depend on what other people did"[103].

Aufgrund der Informationen über den Verlauf der Audienz von Blankenhorn legte Adenauer besonderes Gewicht darauf, de Gaulle noch einmal eindringlich davon zu überzeugen, daß die Deutschen auch durch den Köder der Wiedervereinigung nicht in Versuchung gebracht werden könnten, aus der westlichen Staatenwelt auszuscheren. Zugleich hielt er es für angezeigt, die Gefahr des sowjetischen Kommunismus herauszukehren. Lobend hob er die französische Haltung in der Berlin-Krise von der amerikanischen ab, die sich nur nach einigem Zögern als gut erwiesen habe. Notwendig sei jetzt eine Dreimächteerklärung, die das deutsche Vertrauen stärke. Washington und London bereiteten bereits eine Note an Bonn vor, und er hoffe, daß sich Paris dem anschließe. De Gaulle ging auf diesen Wunsch gar nicht ein, zumal Couve de Murville eine derartige Botschaft schon gegenüber seinen angelsächsischen Kollegen kategorisch abgelehnt hatte. Statt dessen legte der General seine Sicht von der sowjetischen Politik dar und verhehlte nicht, daß sie schon aus historischen Gründen nicht mit der deutschen übereinstimmen könne. Gewiß bedauere er den russischen Kommunismus, den Imperialismus und die von Moskau ausgehende Gefahr. Doch schien ihm dies alles nicht definitiv und so gravierend, als daß Frankreich kein Arrangement mit seinem alten Verbündeten treffen könne. Rußland, meinte der Président du Conseil, fürchte und mißtraue Deutschland. Er selbst hege diese Sorgen nicht mehr und beabsichtige auch im Gegensatz zu den USA nicht, Rußland und Deutschland gegeneinander auszuspielen. Frankreich stehe den USA zur Seite, wenn Rußland drohe; aber es mißtraue der amerikanischen Politik. Amerika, das sei eine andere Welt. Deutschland und Frankreich stünden viel näher zueinander als zu den USA. Man dürfe nicht abrüsten oder sich schwach geben, aber sich auch nicht völlig feindlich gegenüber dem Osten zeigen. Dies gelte vor allem für Polen, und de Gaulle bat Adenauer um Verständnis, wenn er sich dem alten Partner gegenüber liebenswürdig zeige. Der Kanzler gab zu, daß auch er normale Beziehungen zu Moskau wünsche, schränkte aber

[101] S. Ansprache Adenauers im Bundesparteiausschuß der CDU, 28. 11. 1958, im Auszug in: Adenauer, Reden, S. 388; Leggewie, Kofferträger, S. 111–113; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 464.

[102] Vgl. Kap. V.2.1.

[103] Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 2. 9. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 269.

sofort wieder ein, man könne auf Washingtons Hilfe nicht verzichten, solange die russische Gefahr existiere[104].

Nach diesem bemerkenswerten und sehr offenen Vieraugengespräch, das in Adenauers Memoiren bezeichnenderweise keinen Niederschlag fand, gingen die beiden Staatsmänner zur Plenarsitzung. In einem Bericht über die aktuelle Lage in Berlin äußerte von Brentano die Befürchtung, Moskau könne seine Rechte an seinen Vasallen abgeben und dadurch eine Situation provozieren, in der die Demarkationslinie zwischen den Sektoren zu einer politischen Grenze umfunktioniert und der Kontakt zwischen West- und Ost-Berlin unterbunden würde. Die Anerkennung von ostdeutschen Agenten sei der erste Schritt zu einer De-jure-Anerkennung der DDR. Wenn der Westen nicht bereit sei, mit Gewalt gegen sowjetische Aktionen vorzugehen, mahnte der Außenminister eindringlich, sei seine Kapitulation unabwendbar. Adenauer pflichtete dem bei. De Gaulle hakte nach und veranlaßte von Brentano zu einer ausführlichen Erklärung, wieso denn die technischen Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin weniger gefährlich seien. Der General wollte die Situation insgesamt nicht so schwarz sehen, wenngleich auch er sowjetische Schwierigkeiten nicht ausschloß, in einigen Monaten vielleicht auch in Berlin. Entscheidend war für ihn, allen östlichen Versuchen zur Beeinträchtigung der Freiheit Berlins gemeinsam ebenso gelassen wie hart entgegenzutreten[105].

Aus einer der Deutschen Botschaft zur Einsicht vorgelegten, vom Matignon gebilligten Instruktion des Quai d'Orsay an die französischen Auslandsmissionen ging hervor, daß Frankreich bei einer etwaigen Übertragung der Kontrollfunktionen auf die DDR Zwischenfälle unter allen Umständen vermeiden und einen Mittelkurs zwischen der britischen Nachgiebigkeit und einer völlig starren Haltung fahren wollte. Eine Überprüfung der Reisepapiere durch die Volkspolizei schien hinnehmbar, sofern sie unter Protest erfolgte. Als Hauptsache galt die Sicherstellung der Verpflegung Berlins durch die Luftverbindung[106].

Chruschtschows Berlin-Ultimatum

Mit dem sowjetischen Ultimatum vom 27. 11. trat die Berlin-Krise in ein neues Stadium. Der Kreml beschränkte die Fortdauer der bestehenden Viermächteregelung auf ein halbes Jahr und drohte einseitige Maßnahmen mit dem Ziel der Schaffung einer freien und entmilitarisierten Stadt an[107]. Moskau stellte die westliche Deutschlandpolitik damit auf ihre bisher schwerste Belastungsprobe. Denn die Behauptung der bisherigen Prinzipien konnte erstmals einen allgemeinen und nuklearen Krieg zur Folge haben.

[104] S. Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 26. 11. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 759–763. Zur Zurückweisung der angelsächsischen Note durch Couve de Murville vgl. Conze, Herausforderung, S. 80.

[105] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 92a, Bl. 243 f., Tb. 26. 11. 1958; Plenarsitzung vom 26. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 757 f.; Seydoux an MAE, Tel. 2999/3018, 28. 11. 1958, Immédiat, Réservé, in: ebd., S. 776–780; Seydoux, Erinnerungen, S. 219 f.; vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 544 f.; ders., Perception, S. 222; Kosthorst, Brentano, S. 251 f.; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 369.

[106] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1046, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang; Kosthorst, Brentano, S. 252.

[107] S. Note der sowjetischen Regierung, 27. 11. 1958, in: EA 1958, S. 11300–11309.

Im Auswärtigen Amt schien man trotz der Unannehmbarkeit der sowjetischen Forderungen erleichtert, nun Zeit für eine innerwestliche Konsultation und für Verhandlungen mit dem Kreml gewonnen zu haben[108]. Gewiß, es handelte sich diesmal nicht um ein reines Störmanöver, sondern um eine machtpolitische Kraftprobe, bei der die Grundprinzipien Bonner Deutschlandpolitik auf dem Spiel standen: die Freiheit West-Berlins, Nichtanerkennung der DDR, Anspruch zur Verteidigung der freien Welt. Eine bloße Mißbilligung der Note kam nicht in Frage. Wie aber sollte die Bundesregierung reagieren? Adenauer gab am 27. 11. die Linie vor, indem er im CDU-Bundesvorstand erklärte, es sei „ganz sinnlos [...,] den Russen gegenüber eine freundliche Miene" zu machen. Man könne nur dann etwas erreichen, wenn man konsequent die Freiheit und Westpolitik verteidige[109]. Während der Deutsche Botschafter in Moskau, Hans Kroll, demgegenüber zur baldigen Aufnahme direkter Verhandlungen mit dem Kreml riet[110], plädierte die Ostabteilung im Auswärtigen Amt für ein entschlossenes Zurückweisen des Ultimatums und eine bedingte Gesprächsbereitschaft durch offensive Gegenvorschläge, etwa in Form der Exterritorialität einer Straße oder eines Luftkorridors nach Berlin[111].

Ähnlich reagierte man im State Department. Dulles beurteilte die sowjetische Note als „vicious and unacceptable", glaubte sie aber durch westliche Vorschläge beantworten zu müssen und nicht einfach zurückweisen zu können[112]. Auch im Quai d'Orsay fiel die erste Reaktion einhellig negativ aus[113], ohne daß aber bereits Einmütigkeit über die Art der westlichen Reaktion bestand. De Gaulle interessierte sich nicht besonders für das Schicksal der Stadt als solche und witterte in der sowjetischen Note zunächst einmal eine Gelegenheit, Frankreichs „rôle mondial" sowie die Solidarität mit Adenauer unter Beweis zu stellen[114]. Jean Daridan, Directeur général des Affaires politiques et économiques im Quai d'Orsay, sah den Westen vor der Wahl zwischen Teufel und Beelzebub. Entweder wies er die Attacke des Ostens einfach zurück, was kaum möglich war; oder er suchte eine begrenzte Lösung für Berlin, was wohl für die Stadt im Fiasko endete; oder er strebte eine breitere gesamtdeutsche Lösung an, was wahrscheinlich zum Ruin der Bundesrepublik führte[115]. Jean Laloy, Chargé des affaires d'Europe, hielt nicht allzuviel von einer Deutschlandkonferenz und plädierte statt dessen aus propagandistischen Erwägungen für die rückhaltlose Forderung nach freien gesamtdeut-

[108] S. PA, BStS, Bd. 354, van Scherpenberg an Paris etc., Tel. 1488 Plurex, 29. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime; Kosthorst, Brentano, S. 252.

[109] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 27. 11. 1958, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 269.

[110] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 319, Tb. 26. 11. 1958.

[111] S. PA, BStS, Bd. 354, van Scherpenberg an Paris etc., Tel. 1488 Plurex, 29. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime; ebd., Ref. 700, Bd. 177, Aufzeichnung des Referats 700 im AA, 700–84.20/1872/58, 12. 1. 1959, VS-Vertraulich; Kosthorst, Brentano, S. 252.

[112] Unterredung zwischen Dulles und Alphand vom 28. 11. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 137f., hier S. 138; s.a. Unterredung zwischen dems. und Eisenhower vom 30. 11. 1958, Secret, Personal and Private, im Auszug in: ebd., S. 142f.

[113] S. Couve de Murville an London etc., Tel. 12020/29 etc., 1. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 785–787.

[114] Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 527.

[115] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 2004, 28. 11. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 141f.

schen Wahlen[116]. Sein Chef Jean Jurgensen meinte hingegen gegenüber Blankenhorn, der Westen könne die sowjetische Aktion nur überspielen, wenn er seine Angebote nicht auf den Berlin-Status reduziere. Den Vorschlag des Auswärtigen Amtes zur Schaffung einer Verbindungsstraße fand er dementsprechend dürftig[117]. Schließlich setzte sich an der Seine die Auffassung durch, weder die sowjetische Note einfach abweisen noch unter Druck an den Verhandlungstisch gehen zu dürfen. Käme es zu entsprechenden Konsultationen, sollten sie sich nicht auf Berlin beschränken, sondern auf die „deutsche Frage" insgesamt erstrecken[118].

Ungeachtet aller Meinungsunterschiede in den Details hielt die Bundesregierung diese Position für „sehr befriedigend". Paris stand offenbar fest zu Berlin[119], die Befürchtungen des Sommers über eine etwaige Annäherung mit Moskau hatten sich als „gegenstandslos" erwiesen. De Gaulle, registrierte einer seiner schärfsten deutschen Kritiker mit Wohlgefallen, war in der Berlin-Problematik oder der Gipfelkonferenzthematik bisher „bestimmter und härter" aufgetreten als Eisenhower und Macmillan[120]. Von allen Westmächten, so faßte eine vergleichende Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes Anfang Dezember zusammen, „dürfte Frankreich die festeste Haltung [...] gezeigt haben."[121] Dies sahen auch die Verantwortlichen in der Spree-Stadt so. Von Brandt bis Lemmer würdigten sie anläßlich eines Besuches von Seydoux die französische Politik und hoben sie lobend von jener der Angelsachsen ab[122].

Weniger erfreulich für die Bundesregierung war hingegen die Tatsache, daß die Franzosen die gleiche Härte, mit der sie die sowjetischen Forderungen zurückwiesen, auch bei der Verteidigung der exklusiven Verantwortlichkeit der drei Westmächte an den Tag legten. So stimmten sie zwar zur Harmonisierung der westlichen Berlinpolitik einem Treffen der vier Außenminister vor der anstehenden NATO-Ratssitzung in Paris zu, verlangten aber ein vorab stattfindendes Gespräch unter Ausschluß des deutschen Kollegen[123]. Als die Bundesregierung zur Koordinierung der westlichen Antworten an Moskau auf eine britische Anregung hin vorschlug, bis zum Zusammentreffen der Außenminister eine ständige Konsultation zwischen von Brentano und den drei westlichen Botschaftern durchzuführen[124], bestanden die Franzosen mit amerikanischer Unterstützung darauf, daß die endgültige Redaktion der Antwortnote von den Außenministern der drei Mächte in Paris erfolgen müsse. Denn es galt den Eindruck zu vermeiden, „que l'action occidentale est menée par les Allemands"[125].

[116] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1063, 3. 12. 1958, Verschlüsselt.
[117] S. ebd., ders. an dass., FS Nr. 1042, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang; ebd., ders. an dass., FS Nr. 1044, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang.
[118] S. Couve de Murville an London etc., Tel. 12030/34 etc., 1. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 788f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3076/87, 3. 12. 1958, in: ebd., S. 796–798; Froment-Meurice, Mémoires, S. 200f.
[119] PA, Ref. 700, Bd. 169, Jansen an AA, Pol 700–84.00/4844/58, 28. 11. 1958 (Marginalie Northes).
[120] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Blankenhorn an dass., Pol 204–83.00 4869/58, 28. 11. 1958.
[121] Ebd., Ref. 700, Bd. 169, Aufzeichnung 204.82.00/94.07, 9. 12. 1958.
[122] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3039/42, 1. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 783f. Zur Haltung Brandts in der Berlinkrise vgl. insgesamt Küsters, Adenauer und Brandt.
[123] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 80.
[124] S. PA, BStS, Bd. 354, van Scherpenberg an Paris etc., Tel. 1488 Plurex, 29. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime; Kosthorst, Brentano, S. 252; Lee, Berlin-Krise, S. 101.
[125] Couve de Murville an London etc., Tel. 12030/34 etc., 1. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 788f.,

Anfang Dezember rang sich die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes in Übereinstimmung mit den Überlegungen des Quai d'Orsay dazu durch, die westlichen Gegenvorschläge nicht auf Berlin zu begrenzen, sondern mit Nachdruck „die Deutschlandfrage in ihrer Gesamtheit" zur Sprache zu bringen. Da der Westen nach dem Dafürhalten der Beamten in der Berlin-Frage „keine Handlungsfreiheit" besaß, befürchteten sie die Preisgabe des Viermächtestatus[126]. In einem vorbereitenden Fragenkatalog sprach sich das Amt dafür aus, das Berlin-Problem mit den Themen Wiedervereinigung, europäische Sicherheit und Abrüstung zu verknüpfen[127]. Von Brentano pflichtete dem Kurs bei und setzte die Botschafter der drei Westmächte am 8. 12. davon in Kenntnis[128].

Während er sich der französischen und amerikanischen Unterstützung sicher sein konnte, gewann Adenauer dem Verlangen seines Ministers keine guten Seiten ab. Obwohl die Regierung einen „parteipolitischen Waffenstillstand" mit der SPD für notwendig hielt[129], beklagte sich der Kanzler bitter über die Aufweichungstendenzen in Kernbereichen der „deutschen Frage", wie er sie in der Opposition, aber auch in den eigenen Reihen glaubte erkennen zu können[130]. Daß er selbst mit seiner Österreich-Initiative vom Frühjahr Chruschtschow zu seinem Erpressungsversuch in Berlin ermuntert haben könnte[131], kam ihm offenbar nicht in den Sinn. Auf jeden Fall stand für ihn fest, unter dem Druck des Ultimatums nicht in neue Deutschlandverhandlungen zu treten. Gespräche durfte es allenfalls über die allgemeine, kontrollierte Abrüstung geben[132]. Der Kanzler dachte in seiner „Krisendurchsteuerungsstrategie"[133] also daran, die „deutsche Frage" aus der Ost-West-Konfrontation herauszuhalten, das Berlin-Problem aber zum internationalen Thema zu deklarieren. Erst müsse die Note vom Tisch, gab er am 5. 12. auf einer Wahlkundgebung an der Spree als Devise aus[134], und beauftragte von Eckardt dann zum Entwurf dreier inhaltlich gleichlautender Schreiben, mit denen er Eisenhower, Macmillan und de Gaulle von seiner Argumentation zu überzeugen beabsichtigte.

Am 11. 12. schickte er die Briefe ab. In der Fassung an de Gaulle, den er erstmals mit „Lieber Herr Ministerpräsident" und nicht wie bisher mit „Sehr verehrter Herr Präsident" anredete, warnte er vor einem Panik verursachenden „Zaudern oder ein[em] Schwanken" der drei Garantiemächte in Berlin. Außerdem sprach er sich gegen die Vermengung der Krise mit dem umfassenderen Problem der deutschen Einheit aus, da ein Junktim seiner Ansicht nach entweder die Frei-

hier S. 788; s.a. PA, BStS, Bd. 354, Dittmann an Duckwitz, Aufzeichnung, St.S. 847/58, 5. 12. 1958, Konzept; Bruce an Dep. of State, Tel. 1205, 8. 12. 1958, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 156f.

[126] PA, Ref. 700, Bd. 177, Abt. 7 im AA, Analyse der sowjetischen Note, 704.82.00/94.29/1469/58, 1. 12. 1958, Geheim.

[127] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 252f.

[128] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3148/57, 8. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 824–826.

[129] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 320, Tb. 28. 11. 1958; s.a. ebd., S. 320f., Tb. 13. 12. 1958; ebd., S. 321, Tb. 15. 12. 1958.

[130] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 471f.

[131] S. Birke, Nation, S. 461; Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 68; Kosthorst, Brentano, S. 233; vgl. Kap. IV.1.4.

[132] S. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 306f., Informationsgespräch, 2. 12. 1958.

[133] Siebenmorgen, Gezeitenwechsel S. 247.

[134] S. Rede Adenauers in Berlin, 5. 12. 1958, in: Adenauer, Reden, S. 393–403.

heit der alten Reichshauptstadt gefährdete oder die Lösung der „deutschen Frage" auf einen Weg führte, die einer Kapitulation vor der Sowjetunion gleichkäme. Verhandlungen über Gesamtdeutschland könnten erst zu einem späteren Zeitpunkt und nach einer scharfen Zurückweisung der sowjetischen Forderungen stattfinden. Mit dem nur de Gaulle testierten Ausdruck „großen Vertrauen[s]" zu dessen „staatsmännischer Klarheit und Einsicht" beendete Adenauer seine Zeilen[135].

Adenauers Appell an die Verbündeten stieß intern nur auf bedingte Zustimmung. Nach einer mehrstündigen Beratung zur Marschroute für die bevorstehende Pariser Außenministerkonferenz beschloß die Bundesregierung am 12. 12., im Kreis der Verbündeten nicht nur für ein klares Nein zur sowjetischen Note zu plädieren, sondern auch Verhandlungsbereitschaft zum gesamten deutschen Problem zu signalisieren[136]. Diesem Kurs entsprach in gewisser Weise auch die Einstellung der SPD-Opposition, die Moskaus Ultimatum für unannehmbar hielt, zugleich aber die Frage aufwarf, wie nach dessen Ablehnung die Sicherung des bisherigen Status von Berlin gewährleistet werden könne[137]. Wolle man die Stadt nicht in die Hoffnungslosigkeit treiben, so forderte Ollenhauer in diesen Tagen im Parteivorstand, müsse auf breiter Basis unter Einbeziehung der gesamteuropäischen Sicherheit verhandelt werden[138].

Entsprechend der Vorgaben des Kabinetts ging es von Brentano auf der Außenministerkonferenz am 14. 12. zunächst einmal darum, die Kollegen zur Standfestigkeit gegenüber den sowjetischen Pressionen aufzufordern und klarzustellen, daß die Berlin-Frage nicht isoliert betrachtet werden dürfe. Die anschließenden Diskussionen über die Beantwortung der sowjetischen Note und das Abschlußkommuniqué verliefen für ihn „sehr befriedigend". Keiner ließ Konzessionsbereitschaft erkennen[139]. Die vier Minister stellten der einseitigen Aufkündigung des Viermächtestatuts von Berlin durch Moskau ein klares Nein entgegen und sprachen sich auch gegen die Einsetzung ostdeutscher Behörden als Agenten der Sowjetunion aus[140]. „Wir können nur einverstanden sein. Die Entschließung geht auf deutsche Vorschläge zurück", notierte Krone in seinem Tagebuch[141].

Auch der als unsicherer Kantonist eingeschätzte britische Außenminister Lloyd hielt sich auffallend zurück, hatte sich die Regierung in London doch darauf verständigt, die Konfrontation mit den Partnern nach außen zu vermeiden,

[135] Ders. an de Gaulle, 11. 12. 1958, in: BDFD I, S. 713–716, hier S. 713, 714 u. 716, in französischer Übersetzung übermittelt in: Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3208/26, 11. 12. 1958, Priorité absolue, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 845–848; vgl. Adenauer an Dulles, 11. 12. 1958, in: von Eckardt, Leben, S. 558–561; ders. an Macmillan, 11. 12. 1958, im Auszug in englischer Übersetzung in: Macmillan, Riding the Storm, S. 578–580; die Entwürfe in: ACDP, NL von Eckardt, I-010–019/4; vgl. Köhler, Adenauer, S. 1014f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 472f.

[136] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 254f.; Dittmann an Grewe, FS, 12. 12. 1958, im Auszug in: Grewe, Rückblenden, S. 368.

[137] S. Bericht Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 4. 12. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 138–143.

[138] Vgl. Marcowitz, Option, S. 166.

[139] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 122, Dittmann an Ankara etc., StS 0899/58, 15. 12. 1958; s.a. Konferenz der vier westlichen Außenminister vom 14. 12. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 871–874; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 9, 15. 12. 1958, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 203–207; Blankenhorn, Verständnis, S. 339, Tb. 14. 12. 1958.

[140] Kommuniqué zur Außenministerkonferenz der Vier Westmächte, 14. 12. 1958, in: EA 1958, S. 11313.

[141] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 321, Tb. 14. 12. 1958.

intern aber zu versuchen, sie von der Richtigkeit ihres November-Memorandums zu überzeugen[142]. Als entscheidend für den Erfolg des Bundesaußenministers erwies sich indes die Haltung seines französischen Pendant, der sich „ernsthaft und überzeugend des deutschen Anliegens annahm"[143]. Couve de Murville entsprach damit voll und ganz der von de Gaulle vorgegebenen Linie, die der General gegenüber Dulles auf den knappen Punkt brachte: „if the Soviets threatened war, we should accept that challenge, even it meant war. The only way to prevent war was by accepting the challenge and we should make this clear."[144] Wenige Tage später versicherte der General dem Kanzler in seiner Antwort auf dessen Brief vom 11. 12. in dürren Worten, daß die Gespräche der letzten Tage den deutschen Besorgnissen Rechnung getragen hätten[145].

In einem gewissen Kontrast zu dieser bedingungslosen Härte war Frankreich allerdings im Gegensatz zu den USA nicht daran interessiert, die Contingency-Planung für Berlin schon jetzt präzise festzulegen. Dulles verständigte sich daher bei seinem Treffen mit Couve de Murville und Lloyd darauf, im Januar dreiseitige Gespräche in Washington zu beginnen, mit denen vor allem eine Einigung über einen strittigen Paragraphen im vorliegenden Ernstfalldokument erzielt werden sollte, wonach der Westen im Fall einer Blockade der Zufahrtsstraßen nach Berlin vor dem Einsatz einer Luftbrücke den freien Zugang durch begrenzte militärische Mittel freizukämpfen gedachte[146].

Nach einer großen und die eigene Stärke demonstrativ herausstreichenden Rede von Dulles wies der NATO-Rat zwei Tage später ebenfalls das sowjetische Ultimatum entschieden zurück. Die Minister erklärten aber zugleich ihre Bereitschaft zu einem Abkommen mit der Sowjetunion über die gesamte Deutschlandfrage sowie zu Verhandlungen über die europäische Sicherheit und Abrüstung, sofern die Atmosphäre frei von Drohungen sei[147]. Diesem Tenor gemäß fielen auch die Antwortnoten der Westmächte an die Sowjetunion aus, die zum Jahresende in Moskau übergeben wurden[148].

So wichtig das Pariser Übereinkommen für den Westen im Machtkampf mit der Sowjetunion auch war, so war den Eingeweihten natürlich bewußt, daß die eigentlichen Schwierigkeiten erst jetzt begannen. Denn die Einigkeit beschränkte sich im wesentlichen darauf, zu wissen, was nicht geschehen durfte. Wie aber etwa bei

[142] Vgl. Mauer, Macmillan, S. 243 f.

[143] Von Brentano an von Maltzan, 22. 12. 1958, in: BDFD I, S. 716 f., hier S. 716.

[144] Unterredung zwischen de Gaulle und Dulles vom 15. 12. 1958, MCDel/MC/15, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 146–153, hier S. 147, auch in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 46–58, hier S. 47; s.a. Alphand, L'étonnement d'être, S. 294, Tb. 3. 1. 1959.

[145] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 22. 12. 1958.

[146] S. Konferenz der drei Außenminister vom 14. 12. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 869–871; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 10, 15. 12. 1958, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 200–203; Burr, Slippery Slope, S. 196; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 372 f. Zum Wortlaut des Paragraphen D s. Herter an Bonn, Tel. 1236, 11. 12. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 177–180.

[147] S. US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 1718, 17. 12. 1958, in: ebd., S. 208–217; Erklärung der NATO-Ratstagung über Berlin, in: EA 1958, S. 11313 f.; Grewe, Rückblenden, S. 371–373; Felken, Dulles, S. 489 f.

[148] S. Noten der Westmächte an die Sowjetregierung, 31. 12. 1958, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 422–443.

Kontrollmaßnahmen durch DDR-Offizielle reagiert werden sollte, war ebenso unklar wie die Frage ungewiß, ob der Westen in den folgenden Monaten der internen Abstimmung die nun demonstrierte Einheit bewahren könne[149]. Dies galt um so mehr, als sich in Paris zum Jahreswechsel 1958/59 ein nicht unbedeutender politischer Wandel vollzog, der für das künftige Auftreten Frankreichs auf der Bühne der Weltpolitik zentrale Bedeutung besaß.

Die Geburt der V. Republik

Ende September war es de Gaulle gelungen, das Referendum über den Verfassungsentwurf glänzend zu bestehen. Die Wohlfahrtsausschüsse verloren fortan schnell an Einfluß. Adenauer geriet ob dieser Entwicklung geradezu in Verzükkung. Während die SPD-Opposition sich in ihrer seit Monaten wachsenden Sorge vor einer ausgeprägt autoritären Staatsführung bestätigt fühlte[150], sah der Kanzler nun den Beginn stabiler innenpolitischer Verhältnisse in Frankreich voraus. Die Zeiten, in denen die durchschnittliche Lebensdauer der Kabinette bei vier bis fünf Monate lag, waren passé, eine „Kräfteverschiebung [...] zugunsten Frankreichs“[151] die notwendige Folge. Erkannte Adenauer aber auch die Konsequenzen dieses Machtzuwachses für das beiderseitige Verhältnis?

Bei seiner Machtübernahme im Juni hatte de Gaulle mit Blick auf die inneren Verhältnisse in Frankreich vor allem ein Ziel anvisiert: die Etablierung eines Staates, der nicht wie bisher ein Nebeneinander partikularer Interessen darstellte, sondern zu einer Institution der Entscheidung werden mußte, die nur dem nationalen Interesse diente. Die am 4. 10. verkündete Verfassung setzte dieses Ziel weitgehend um. Sie kreierte ein Herrschaftssystem mit teilweise autoritären Zügen, in dem die „pouvoir d'action“ auf allen Ebenen an Macht gewann, auf Kosten des Parlaments[152]. Die besondere Eigenart dieses Systems bestand und besteht in der Doppelköpfigkeit der Exekutive und damit in dem diffizilen Verhältnis zwischen dem vom Volk gewählten und als eigentlicher Chef der Regierung fungierenden Präsidenten und dem von ihm ernannten, aber zugleich der Assemblée Nationale verantwortlichen Premierminister[153]. Sitzungen des Conseil des Ministres verschwanden praktisch. Statt dessen gab es nun von der Verfassung nicht vorgesehene „Conseils restreints“, Beratungen des Präsidenten mit dem Premier, relevanten Ministern und Beamten im Elysée. Durch die Persönlichkeit des Staatschefs und die ihm als „domainé réservé“ vorbehaltene Richtlinienkompetenz gewann die Konstitution den Charakter einer Präsidialverfassung. Diese „domaine réservé“, die de Gaulle erstmals am 8. 2. 1960 in einem Brief an Michel Debré, den ersten Premierminister der V. Republik, für die „affaires concernant l'Algerie, la

[149] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 47; Kosthorst, Brentano, S. 256.
[150] Vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 505–512; Marcowitz, Option, S. 46.
[151] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/1, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 30. 9. 1958.
[152] Goguel, Introduction générale, in: De Gaulle et ses premiers ministres, S. 13; vgl. Grote, Regierungssystem; Kimmel, Verfassungsordnung; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 551–567; Verfassung der Französischen Republik, 4. 10. 1958, in: L'Année politique 1958, S. 553–561.
[153] Vgl. Grote, Regierungssystem S. 202–355; De Gaulle et ses premiers ministres; Vaïsse, La grandeur, S. 284–315.

Défense, les Armées, les Affaires étrangères et la Communauté"[154] reklamierte, bedeutete freilich nicht, daß es dem Premierminister untersagt war, sich um bestimmte Fragen zu kümmern, zumal dann, wenn er wie Debré sehr an der internationalen Politik interessiert war[155]. Gleichwohl, gab es auch einen regen Austausch zwischen Elysée und Matignon, blieb die vom Präsidenten in den auswärtigen Angelegenheiten ausgeübte „suprématie" doch erhalten[156]. Die Möglichkeiten des Premierministers, in die Exekution der Außenpolitik einzugreifen, waren eng begrenzt, was sich vor allem in der Algerienpolitik zeigte, in der Debré einen wesentlichen härteren Kurs wünschte[157]. Die Macht in Frankreich lag „ausschließlich beim General", der im Elysée „wie ein konstitutioneller Monarch" regierte und Matignon und Quai d'Orsay in ihrem Einfluß erheblich beschnitt[158].

De Gaulle ging es um die unangefochtene Stellung des Staatspräsidenten und eine arbeitsfähige Regierung, der das Mehrheitswahlrecht eine zuverlässige Basis in der Assemblée Nationale verschaffte. Die Parlamentswahlen vom 23. und 30. 11. brachten ihm einen überzeugenden Sieg. Gaullisten und Gemäßigte gewannen dazu, die Parteien der Dritten Kraft, Radikalsozialisten, MRP und Sozialisten, konnten sich im großen und ganzen halten. Die Verlierer der Wahlen waren die Poujadisten und die extremen Linken. Dank des Mehrheitswahlrechts veränderte die Nationalversammlung völlig ihr Gesicht. Es dominierten die neugegründete gaullistische Sammlungsbewegung „Union pour la Nouvelle République" (UNR) und die Gemäßigten mit 188 bzw. 120 Abgeordneten. Demgegenüber besaßen die Kommunisten nur noch 10 statt bisher 145 Abgeordnete, die Sozialisten sanken von 88 auf 40, die Radikalsozialisten von 56 auf 13 Mandate[159].

Mit dem Machtverlust der Volksvertretung, deren Rechte und Kontrollmöglichkeiten im Bereich der Außenpolitik nur schwach ausgeprägt waren[160], zeichnete sich in der Innenpolitik eine – freilich mitunter ‚durchbrochene' – „Entpolitisierung" ab, da die Exekutive nun die Gestaltung der Politik weitgehend an sich zog[161]. Damit einher ging ein Bedeutungsschwund der Parteien außer den Gaullisten, der sich freilich auch durch deren tiefgreifende Strukturprobleme erklärte[162]. Der Grund dafür lag gewiß in der Figur de Gaulles, besonders im Versagen der alten Parteien bei der Bewältigung des Algerienproblems. Sie war aber auch Ausdruck einer Krise ihrer programmatisch-ideologischen Glaubwürdigkeit. In der SFIO vergrößerte sich die bestehende Kluft zwischen proletarisch-internationalistischer Rhetorik und bürgerlich-konventioneller Praxis weiter[163]. Dem MRP fiel

[154] De Gaulle an Debré, 8. 2. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 329.
[155] S. Diskussionsbeitrag Couve de Murvilles, in: De Gaulle et ses premiers ministres, S. 275; Goguel, Rapport de synthèse, in: ebd., S. 288.
[156] Basso, Aspects, S. 266.
[157] S. Messmer, Rapports, S. 186.
[158] BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a, Bl. 135–142, Tb. 7. 10. 1959; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol 204–83.00/2290/59, 20. 4. 1959.
[159] S. Ergebnisse der französischen Parlamentswahlen vom 23. u. 30. 11. 1958, in: AdG 1958, S. 7410A u. 7425A; zur Bewertung der Resultate vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-3, Jansen an AA, Pol 204–81.10 4827/58, 26. 11. 1958; ebd., ders. an Globke, 14. 1. 1959.
[160] Vgl. Grote, Regierungssystem, S. 62–201; Kimmel, Nationalversammlung.
[161] BA, NL Blankenhorn, Bd. 98b, Bl. 2–30, Jansen an AA, Pol 204–81.10 3866/59, 21. 8. 1959, Konzept.
[162] Vgl. Mirow, Konzeptionen, S. 595–608.
[163] Vgl. Touchard, La gauche, S. 290–310.

es schwer, sich von der ebenfalls auf die ländlich-konservativ-katholischen Wählerschichten bauenden UNR abzusetzen[164]. Die Radicaux befanden sich seit dem politischen Niedergang von Mendès France in einer lähmenden Grundsatzdiskussion über die Zukunft des „Radicalisme"[165]. Die Kommunisten zahlten mit dem Verlust von zehn Millionen Stimmen für ihre ideologische Verstocktheit und Abhängigkeit von Moskau[166].

Die Inkraftsetzung der neuen Verfassung und der überzeugende Wahlsieg der Regierung gaben dem Nachbarn auf der anderen Rheinseite berechtigten Anlaß zur Hoffnung, daß de Gaulle nunmehr die Probleme Frankreichs offen angehen konnte und nicht mehr wie bisher zu Konzessionen an die Rechtsextremen gezwungen war. Drei Wochen später wurde der General von einem Wahlmännergremium zum Präsidenten in der neuen V. Republik ernannt. Bundespräsident Heuss beglückwünschte ihn und erhoffte sich für das französische Volk Ruhe und Wohlfahrt sowie eine weitere Vertiefung der vertrauensvollen deutsch-französischen Zusammenarbeit[167]. Adenauer, der nunmehr protokollarisch nicht mehr auf derselben Stufe stand, bekundete in seinem Glückwunschtelegramm offenherzig, die Wahl sei „für uns alle ein Segen"[168]. Als der Präsident dann Anfang Januar 1959 in den Elysée einzog, ließ der Kanzler ihn wissen, wie sehr er seine „wahrhaft staatsmännischen Bemühungen" bewundere, Frankreich den Platz einzuräumen, der ihm zukomme. De Gaulle dürfe gewiß sein, daß er diesen Weg, der „zum Heil Frankreichs und damit auch Europas von Erfolg gekrönt" sein werde, „von Herzen zu unterstützen und fördern bereit" sei[169].

Am 9. 1. 1959 berief der mit den Insignien des ersten Mannes im Staate ausgestattete General seinen bisherigen Justizminister Debré zum neuen Regierungschef[170]. Die Ernennung dieses „Gaullisten der ersten Stunde"[171] bot keine Überraschung. Debré entstammte einer Familie, die nach dem deutsch-französischen Krieg 1870 das heimatliche Elsaß verlassen und Eingang in die Pariser Bourgeoisie gefunden hatte. Dort wurde er am 15. 1. 1912 als Sohn des berühmten Medizinprofessors Robert Debré geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und trat nach dem erfolgreichen Abschluß bereits mit zweiundzwanzig Jahren 1934 als „auditeur" in den Conseil d'Etat, das höchste Verfassungs- und Verwaltungsgericht, ein. 1938 diente Debré im Kabinett des Finanzministers Paul Reynaud. Nach kurzem Kriegsdienst als Offizier des berühmten Kavallerieregiments von Saumur gelang ihm 1940 die Flucht aus deutscher Gefangenschaft. Unter dem Pseudonym Jacquier wirkte er seit 1941 als Verbindungsmann zwischen de Gaulle und der inneren Résistance. Nach der Befreiung Frankreichs übernahm er zunächst das Commissariat régional de la République in Angers. Im April 1945 be-

[164] Vgl. Irving, Christian democracy, S. 233–243.
[165] Vgl. Nordmann, Histoire, S. 382–416.
[166] Vgl. Fauvet/Duhamel, Histoire, S. 484f.
[167] S. Heuss an de Gaulle, Tel., o.D., in: Bulletin 1958, S. 2356.
[168] Adenauer an dens., Tel., 23. 12. 1958, in: ebd., S. 2374; s.a. den eigenhändigen Entwurf Adenauers in: StBKAH, NL Adenauer, 10.36.
[169] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 163, ders. an dens., Januar 1959, Entwurf; s.a. de Gaulles Dankschreiben, mitgeteilt in: AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 28, Bl. 4, MAE an Bonn, Tel., 14. 1. 1959.
[170] Zum Verhältnis de Gaulles zu Debré s. De Gaulle et ses premiers ministres, S. 19–75.
[171] Mirow, Konzeptionen, S. 574.

rief de Gaulle ihn in sein Kabinett und übertrug ihm die Aufgabe einer Verwaltungsreform. Nach dem Rücktritt des Generals im Januar 1946 wurde Debré mit der Ausarbeitung eines ersten Statuts für die Saar beauftragt. Anschließend fungierte er als Generalsekretär für deutsche und österreichische Angelegenheiten im Quai d'Orsay. Seit 1948 Senator für das Département Indre et Loire, galt er rasch als gaullistisches Sprachrohr im Conseil de la République, das sich sowohl gegen die Parteienherrschaft der IV. Republik insgesamt als auch gegen deren Außenpolitik zur Wehr setzte[172].

Als „prononcierter Nationalist"[173] hatte sich Debré nicht nur gegen jede Form der europäischen Integration gewandt, sondern auch gegen die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG und das Saarabkommen von 1954 gewettert. Als Garde des Sceaux in der Regierung de Gaulles wirkte der hervorragende Jurist und Technokrat maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen Verfassung und erhielt dann dank seiner „exemplarische[n] Treue" zum General, seiner Arbeitskraft und des ausgeprägten Pflichtbewußtseins im Dienst am Staat das Amt des Premierministers[174].

Obwohl man sich in Bonn sehr wohl bewußt war, daß es in der V. Republik letztlich auf den Staatspräsidenten und weniger auf den als sein „Handlanger"[175] geltenden ersten Minister ankam, löste de Gaulles Personalentscheidung in Bonn nicht gerade Freudentaumel aus. Mit diesem „Antieuropäer und Rechtsgaullist[en]"[176] zog „ein Gegner aller supranationaler Institutionen [...,] kein Freund des Atlantischen Bündnisses" ins Matignon, der den Deutschen wohl auch wegen der ideologischen Erfahrung des „Dritten Reiches" „mit inneren Reserven" gegenüberstand[177]. Mochte er seine erste Regierungserklärung am 15. 1.[178] auch mit einem „sentimentalen Bekenntnis zur deutsch-französischen Versöhnung" garnieren, so fiel die Resonanz im Auswärtigen Amt angesichts der kritischen Ausführungen über die Europapolitik und die Atlantische Allianz wie zu erwarten recht bescheiden aus[179]. Mit betont kritischem Blick sah Blankenhorn in der politischen Führungsspitze an der Seine einen prinzipiellen Mangel an Spannkraft, um die anstehenden Probleme zu durchdenken und klare Positionen zu entwickeln. De Gaulles Verhältnis zu Couve de Murville wirkte „wenig fruchtbringend", weil der Minister seines Erachtens über keinen eigenen Standpunkt verfügte. Regierung wie Opposition machten einen durch die zwölfjährige Aufbauzeit hervorge-

[172] Zu Person und Politik Debrés s. Debré, Mémoires, 4 Bde.; kurze biographische Skizze in: Yvert (Hg.), Dictionnaire, S. 780–782; s.a. den Nachruf in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3. 8. 1996.

[173] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol 204–81.10/1047/59, 7. 1. 1959.

[174] Rémond, Frankreich, T. 2, S. 32.

[175] ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-3, Jansen an Globke, 14. 1. 1959.

[176] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 343, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung 200–87.SL/1/0/59, 8. 1. 1959, Unter Verschluß.

[177] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 269–271, Blankenhorn an Adenauer, 7. 1. 1959; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 341 f., Tb. 7. 1. 1959; zur Bedeutung des Nationalsozialismus für Debré vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 143, Anm. 73; zu Debrés Deutschlandpolitik vgl. L'Huillier, Problème allemand.

[178] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 15. 1. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 4, S. 28; BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 345, Tb. 5. 2. 1959.

[179] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–81.00/2/94.07, 17. 1. 1959; vgl. Kap. V.2.1 u. V.3.2.

rufenen stark verbrauchten Eindruck. Und der heranrückenden jungen Riege fehlte in seinen Augen aufgrund der überragenden Autorität des Generals jede Möglichkeit zur Entfaltung. Als Positivum schlug allenfalls zu Buche, daß die Regierungen dies- und jenseits des Rheins miteinander kooperierten. De Gaulle hatte die beiderseitige Abhängigkeit erkannt und inzwischen gute Beziehungen zum Kanzler aufgebaut. „Wirklich vertrauensvoll" waren sie freilich noch nicht[180].

Auch auf Adenauer wirkte die neue französische Staatsspitze nicht eben wie ein Glücksfall, wohl aber wie ein Personaltableau, mit dem man zusammenarbeiten konnte, wenn man nur hart und geduldig auftrat. Er hatte de Gaulle als einen Gesprächspartner kennengelernt, mit dem ihn zahlreiche politische Gemeinsamkeiten verbanden. Seinen Argwohn, der General könne eines Tages doch noch aus der westlichen Gemeinschaft ausbrechen, hatte er nicht abgelegt. Dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani gegenüber unterstrich er in diesen Tagen die absolute Notwendigkeit, den unberechenbaren Partner jenseits des Rheins fest zu binden, damit er nicht doch eines Tages nach Osten abwandere[181].

Die Festigung der Machtbasis de Gaulles durch die Wahl zum Staatspräsidenten wurde von der Bundesregierung als „entscheidende Wendung" für Frankreich und Europa und damit auch für das deutsch-französische Verhältnis bewertet. Der Stärke des Regimes stand freilich das wirtschaftliche Grundproblem gegenüber, Mittel für den Algerienkrieg, die Aufrechterhaltung des Lebensstandards und die Fortdauer des ökonomischen Aufschwungs sicherzustellen. Ob es de Gaulle gelänge, das Land mit seinem Namen unter dem Druck einer schweren außenpolitischen Bürde zusammenzuhalten, galt in Bonn als keineswegs gesichert[182].

Innerdeutscher Dissens über die Algerienpolitik

Diese Ungewißheit erklärt wohl auch Adenauers Ende des Jahres 1958 ausbrechende „heftige konzeptionelle Auseinandersetzung" mit dem Frankreichreferenten im Auswärtigen Amt, Paul Frank, über die deutsche Algerienpolitik[183]. Nach dem günstigen Verlauf der Begegnungen zwischen Adenauer und de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises und Bad Kreuznach sah Frank eine „ausreichend tragfähige Grundlage", um auf höchster Ebene mit Frankreich in einen vertrauensvollen Dialog über den Algerienkrieg einzutreten[184]. Aus Furcht, von bestimmten Kräften in der französischen Regierung für eine Politik der „Algérie française" eingespannt zu werden, arbeitete er kurz vor dem Jahreswechsel einen langen Bericht über die Folgen der in Frankreich eingetretenen Machtverschiebung aus, den Ministerialdirektor Carstens am 30. 12. Außenminister von Brentano vorlegte. Frank betonte darin die Notwendigkeit zu einem stetigen, offe-

[180] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1958. Bezeichnenderweise strich Blankenhorn das Wort „wirklich" in seiner Tagebuchaufzeichnung wieder durch.
[181] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 467.
[182] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 30. 12. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 717–723, hier S. 718.
[183] Müller, Algerienkrieg, S. 632.
[184] Frank, Botschaft, S. 42.

nen, wenn nötig auch kontroversen Gespräch zwischen Bonn und Paris, um einseitige Abhängigkeiten zu verhindern. Da er das Ziel der beiderseitigen Verständigung allein auf die Verwirklichung gemeinsamer politischer Ambitionen, nicht aber auf die Erreichung der je nationalen Interessen beschränkte, verlangte er eine saubere Unterscheidung zwischen beiden Aktionsfeldern und implizit die Beantwortung der Frage, wie sich die Zielsetzungen Frankreichs mit denen der Bundesrepublik vereinbaren ließen. Schwierigkeiten erwartete Frank fortan kaum aus bilateralen, sondern im wesentlichen aus den jeweils unlösbar scheinenden nationalen Problemen – der Algerienfrage bzw. der deutschen Einheit. In Übereinstimmung mit Carstens gab es für ihn keine unmittelbare Beziehung zwischen beiden Komplexen. Dennoch ließ das nationale Hauptproblem der Franzosen, der „Fixierungsabszeß" Frankreichs, die bilateralen Beziehungen nicht unberührt. Als inakzeptabel galten sowohl die französische Theorie, Algerien sei eine innere Angelegenheit Frankreichs, als auch die stillschweigende Gleichsetzung des Algerienproblems mit der Wiedervereinigungsfrage ohne Rücksicht auf die fundamentalen Unterschiede der beiden Problemkreise. Carstens schien die Lage in Nordafrika so prekär, daß ihn weniger die Möglichkeit umtrieb, Frankreich könne eines Tages „die Führung der Weltpolitik zu unserem Nachteil an sich reißen", als vielmehr die Sorge, daß sich der Nachbar in seinen afrikanischen Abenteuern verschleiße und als Faktor der kontinentalen Konsolidierung ausfalle. Für ihn war klar, daß die Kooperation mit Frankreich nicht nur nicht revidiert, sondern forciert werden mußte. Ohne sich unter Berufung auf die beiderseitige Verständigung und im Namen der europäischen Solidarität einseitig vor die französische Politik spannen zu lassen, war die Bundesrepublik aufgerufen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um von sich aus mit Beiträgen zu einer gemeinsamen Politik den einseitigen Vorstellungen und Forderungen Frankreichs zuvorzukommen[185]. Dabei stellte man im Auswärtigen Amt durchaus in Rechnung, daß die Entfernung des „algerische[n] Krebsgeschwür[s]" nicht nur eine interne Prestigefrage der französischen Großmachtstellung[186], sondern auch eine Frage der internationalen Glaubwürdigkeit war. Frankreich trat dem Selbstbestimmungsrecht der Algerier mit Waffengewalt entgegen und forderte es in der Berlinkrise für die Deutschen ein. So belastete die Fortsetzung des Algerienkrieges Frankreich nicht nur eine finanziell-politisch, sondern auch moralisch; eine Hypothek, die de Gaulle deutlich spürte[187].

Als passende Gelegenheit, um die schweren Sorgen über die Algerienfrage auf höchster Ebene in Paris anzusprechen[188], galt Carstens und Frank das nächste deutsch-französische Gipfeltreffen. Und sie setzten darauf, daß auch Adenauer

[185] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 30. 12. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 721 u. 722; vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-2, Aufzeichnung, o.D.; s.a. Frank, Botschaft, S. 43–45; Lappenküper, Adenauer, de Gaulle, S. 607 f.; Müller, Algerienkrieg, S. 635 f.

[186] ACDP, NL Krone, I-028–006/4, Jansen an AA, Pol 204–81.10/1384/60, 5. 2. 1960.

[187] S. de Gaulle an Salan, 13. 9. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 77 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 98b, Bl. 2–30, Jansen an AA, Pol 204–81.10 3866/59, 21. 8. 1959, Konzept; Linsel, Charles de Gaulle, S. 164.

[188] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 33–36, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Der Einfluß des Algerienproblems auf die deutsch-französischen Beziehungen", o.D.

daran interessiert sei, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der algerischen Exilregierung zur DDR zu verhindern und die eigenen Interessen gegenüber den arabischen Staaten angesichts von Tausenden von politischen algerischen Flüchtlingen durch eine behutsame Kontaktpflege gegenüber dem FLN zu wahren[189], zumal der Präsident der Exilregierung, Ferhat Abbas, offenbar Kontakte zur DDR knüpfte, um Verwundete pflegen, aber auch Kämpfer ausbilden zu lassen[190]. Doch der Kanzler wies diese „unmögliche Schlußfolgerung" seiner Mitarbeiter ebenso schroff zurück wie ihre Empfehlung zu einer Unterredung mit dem Staatspräsidenten über Algerien. Adenauer wollte den soeben erst aufgenommenen Kontakt nicht schon wieder durch ein Angelegenheit belasten, die für ihn keineswegs zentral war[191]. Dementsprechend reagierte das Auswärtige Amt auch umgehend auf französische Proteste, als ein deutscher Frachter mit Waffen in Casablanca gelöscht wurde und die französischen Sicherheitsstellen den FLN als Empfänger ausmachten[192].

Allerdings war es dem deutschen Regierungschef offenbar keineswegs unlieb, daß einzelne SPD-Mitglieder im Rahmen einer „private[n] *Neben*außenpolitik" und selbst CDU-Politiker dem FLN „gute Dienste leisteten"[193]. Innerdeutsche, außenpolitische und wirtschaftspolitische Erwägungen sprachen eindeutig gegen ein schärferes Vorgehen gegen die Algerier. Bonn sorgte sich um seine Beziehungen zu den arabischen Staaten, befürchtete eine Anerkennung der DDR und sah sich Warnungen aus industriellen Kreisen ausgesetzt, die um ihre Geschäfte in Nordafrika fürchteten[194]. So tolerierte die Bundesregierung die Tätigkeit des FLN-Repräsentanten unter dem Dach der tunesischen Botschaft ebenso, wie sie den illegalen Aufenthalt Tausender Algerier auf deutschem Boden duldete, und Adenauer konnte dennoch bei Kritik aus Paris darauf verweisen, daß es letztlich die Opposition sei, die dem FLN helfe[195].

Doch auch die SPD vermied nach Möglichkeit die politische Konfrontation mit Frankreich in dieser Angelegenheit. Weniger zurückhaltend verhielt sie sich hingegen in der Frage der Fremdenlegion. Seit Jahren schon erregte dieses Problem die Gemüter in Bonn und Paris, da Frankreich trotz amtlicher deutscher Interventionen weiterhin Minderjährige unter Umgehung der Paßvorschriften ohne Einwilligung der Eltern für diese Verbände warb[196], obwohl die Anwerbung deutscher Staatsangehöriger in der Bundesrepublik seit 1953 unter Strafe stand. Auf politischen Druck hatte Paris bisher lediglich die unter achtzehn Jährigen entlassen, die 18- bis 21-Jährigen, die nach deutschem Recht ebenfalls zu den Minder-

[189] Vgl. Vaïsse, Poids de la guerre, S. 116.
[190] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Blankenhorn an AA, FS Nr. 93, 31. 1. 1959, Verschlüsselt, VS-Vertraulich.
[191] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 30. 12. 1958 (Marginalie Adenauers), in: BDFD I, S. 717; s.a. Frank, Botschaft, S. 45.
[192] Vgl. Aufzeichnung der Generaldirektion für politische Angelegenheiten im MAE, 9. 2. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 189f.
[193] Scheffler, SPD, S. 64; vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 703–754.
[194] S. Seydoux an Couve de Murville, Nr. 469, 4. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 266–268.
[195] Vgl. Frank, Botschaft, S. 171f.; Scheffler, SPD, S. 64f.
[196] Vgl. die Akten in: PA, Abt. 2, Bd. 957–962; ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 14; ebd., Abt. 3, AZ 230–12, 230–12A u. 230–12E; s.a. Aufzeichnung von Graevenitz 210–01/22 III 2078/52, 28. 3. 1952, in: BDFD I, S. 131; vgl. Cahn, Parti, Bd. 2, S. 732–736, u. bes. Michels, Bundesrepublik.

jährigen zählten, aber einbehalten[197]. Die SPD pochte daher seit Jahren auf ein ergänzendes Abkommen, um auch diese Altersgruppe freizubekommen[198]. Nachdem der Bundestag am 30. 1. 1959 einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte[199], wurde die Bundesregierung erneut im Quai d'Orsay vorstellig, doch eine Bereitschaft zum Einlenken war nicht zu erkennen. Da die Jugendlichen „das wertvollste Menschenmaterial" für die Fremdenlegion bildeten, stellte sich für Frankreich die Existenzfrage dieser Einheiten, womit die französische Armeeführung vor allem in Algerien kaum einverstanden sein konnte[200].

„Some disarray" im Westen

Mit der wieder Virulenz erlangenden Berlin-Krise trat das Problem der Fremdenlegion in den Hintergrund der Tagespolitik. Diesmal ging der Vorstoß nicht von Moskau, sondern von Washington aus. Dulles' Agententheorie war am Rhein noch keineswegs vergessen, da versetzte der amerikanische Außenminister die Bundesregierung am 13. 1. mit einer neuerlichen öffentlichen Verlautbarung in helle Aufregung. Während Macmillan und Lloyd keinen Hehl daraus machen, für den freien Autoverkehr nach Berlin nicht in den Krieg ziehen zu wollen, hatte er sich in den letzten Wochen „très ferme et résolu" gezeigt[201]. Jetzt aber dachte er auf einer Pressekonferenz laut darüber nach, ob die vom Westen bisher stets als Conditio sine qua non gehandelten freien gesamtdeutschen Wahlen tatsächlich der richtige Weg zur deutschen Einheit seien[202]. Für Adenauer mußte diese Botschaft um so mehr an Hiob erinnern, als der Kreml drei Tage zuvor in einer neuen Notenserie den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorgelegt hatte, der von der Existenz zweier deutscher Staaten ausging[203]. Desungeachtet rollte Eisenhower zu allem Überfluß nun auch noch den roten Teppich für den stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan aus und empfing ihn als Staatsgast[204].

Wieder einmal brach beim Kanzler die Angst vor einem Arrangement der Supermächte aus. Dabei hatte er an zwei Fronten gleichzeitig zu kämpfen, gegen die Verbündeten und gegen seine Mitarbeiter. Denn das Auswärtige Amt schien seinem Krisenmanagement nicht mehr folgen zu wollen. Die in der Koblenzer Straße ausgebrüteten, sozialdemokratisches Gedankengut aufgreifenden Pläne über Disengagement- oder Friedensvertragsverhandlungen würgte er sofort ab[205].

[197] S. PA, Abt. 2, Bd. 249, Bl. 284–288, „Katalog Gesprächsthemen mit Frankreich", 210-01/22 III 22280/53, o.D., Vertraulich; s.a. ebd., Bl. 291–293, Anlage 2, o.D.

[198] Vgl. Bundestagsdebatte, 21. 2. 1952, in: BT, Sten. Ber., Bd. 10, S. 8395–8405; Bundestagsrede Wehners, 21. 2. 1952, in: ebd., S. 8401–8404, im Auszug auch in: BDFD III, S. 950f.; Müller, Algerienkrieg, S. 611f.; Scheffler, SPD, S. 65f.

[199] S. Bundestagsrede Birrenbachs, 30. 1. 1959, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 3263–3266.

[200] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 229, Jansen an AA, FS Nr. 171, 10. 3. 1959, Verschlüsselt.

[201] Alphand, L'étonnement d'être, S. 295, Tb. 8. 1. 1959.

[202] S. Pressekonferenz von Dulles, 13. 1. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 589–596; Felken, Dulles, S. 491f.

[203] S. Note der Sowjetunion an die USA nebst Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland, 10. 1. 1959, in: EA 1959, S. D21-D40.

[204] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 325, Tb. 16. 1. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 257f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 474.

[205] Vgl. SPD-Fraktionssitzung vom 15. 12. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 154–160; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 325f., Tb. 17. 1. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 258f.

Parallel dazu schickte er den Ständigen Vertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen, Dittmann, in Sondermission nach Washington, um gegen den Empfang Mikojans zu protestieren, und verstieg sich in einem Brief an Dulles gar zu der Warnung vor einer Audienz des Gastes im Weißen Haus[206].

Was Dittmann und der schon vorher zu Sondierungen an den Potomac abkommandierte Felix von Eckardt an Erkenntnissen aus den Staaten mitbrachten, klang wenig verheißungsvoll. Denn in den USA galt Flexibilität als Losung der Stunde. Wollte man den Krieg um Berlin verhindern, mußte man zur militärischen Konfrontation ebenso wie zu Verhandlungen bereit sein. Dulles und Eisenhower zogen dabei auch den Gedanken einer Konföderation beider deutscher Staaten in ihr Kalkül, wobei sie darauf setzten, daß die stärkere Bundesrepublik rasch zur dominierenden Kraft aufstieg und die DDR eines Tages absorbierte[207]. Adenauer verlangte von ihnen daraufhin die Zusage, zur Aufrechterhaltung der Position in Berlin notfalls auch Gewalt gegen DDR-Polizisten anzuwenden, stimmte aber zugleich dem amerikanischen Vorschlag einer neuen Vierer-Konferenz zu[208]. Von Brentano hielt dies für unzureichend und versuchte, ihn behutsam auf die Notwendigkeit zur Ausarbeitung eigener Lösungsvorschläge einzustimmen[209].

Derweil stellte sich in Paris ein gewisser deutschlandpolitischer Pragmatismus ein. Als der sowjetische Botschafter Winogradow am 7. 1. das Memorandum über den Friedensvertrag mit Deutschland überreichte, ließ der designierte französische Staatspräsident de Gaulle ihn wissen, er werde den freien Zugang nach Berlin mit allen Mitteln verteidigen[210]. Parallel dazu instruierte Außenminister Couve de Murville den Botschafter in Washington, Alphand, er habe keinerlei Interesse, mit den westlichen Partnern eine präzise Notfallplanung über den fraglichen Paragraphen D auszuarbeiten[211]. Wenn de Gaulle also vorderhand von der alten Regel „Si vis pacem para bellum" abwich, bedeutete das wohl zweierlei. Er wollte sich nicht im voraus auf bestimmte militärische Schritte festlegen lassen und sah keine akute Gefahr. Er glaubte, durch verbal hartes Auftreten das Schlimmste verhindern zu können und deshalb auch nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt die Contingency-Planung detailliert forcieren zu müssen. Nicht allen französischen Diplomaten gefiel diese reservierte Haltung, fragten sie sich doch, ob im Notfall wirklich noch genügend Zeit zur Festsetzung eigener Maßnahmen bliebe[212].

Eine erste Analyse des sowjetischen Memorandums schien dem Präsidenten Recht zu geben. Im Quai d'Orsay glaubte man sogar Anzeichen eines Zurück-

[206] Vgl. Bruce an Dep. of State, Tel. 1467, 13. 1. 1959, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 253–255; Grewe, Rückblenden, S. 373f.

[207] S. Unterredung zwischen Merchant und Dittmann vom 13. 1. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 255–258; Dulles an Bonn, Tel. 1517, 15. 1. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 266–269; Grewe, Rückblenden, S. 373–377; Burr, Slippery Slope, S. 199; Conze, Herausforderung, S. 53f.

[208] S. Bruce an Dep. of State, Tel. 1467, 13. 1. 1959, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 253–255; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 476.

[209] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 260f.; Bericht Nitzsches, 17. 1. 1959, in: Küsters, Krise, S. 747f.

[210] S. de Gaulle an Pompidou, Aufzeichnung, 7. 1. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 174; PA, Ref. 700, Bd. 170, Jansen an AA, FS Nr. 21, 10. 1. 1959, Verschlüsselt.

[211] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 311/15, 11. 1. 1959, Urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 36f.; Unterredung zwischen Alphand, Caccia und Murphy vom 13. 1. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 249–253; Burr, Slippery Slope, S. 197.

[212] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 297, Tb. 12. 1. 1959; ebd., S. 298, Tb. 14. 1. 1959.

weichens erkennen zu können, da von der Sechsmonatsfrist keine Rede mehr war. Als Zweck des Dokuments sah Jurgensen den doppelten Wunsch, sich eine Rückzugslinie offenzuhalten und die Öffentlichkeit von der Harmlosigkeit der Moskauer Berlin-Aktion zu überzeugen. Eine Basis für erfolgversprechende Verhandlungen bot es aber nicht[213], weil die Sowjetunion ihr eigentliches Ziel, die Neutralisierung Deutschlands unter Aufrechterhaltung der staatlichen Teilung, unverhüllt erkennen ließ[214].

Mit Erleichterung registrierte die französische Regierung, daß ihre Befürchtungen über mögliche westdeutsche Aufweichungstendenzen[215] unbegründet waren. Nicht nur die Bundesregierung, auch die Opposition und die öffentliche Meinung zeigten sich einhellig enttäuscht bzw. ablehnend über diesen wenig vertrauenerweckenden Frieden. Allerdings äußerten sie auch die Überzeugung, die Antwort nicht auf ein einfaches Nein reduzieren zu dürfen[216]. Allein Adenauer, der de Gaulle mit Lob für seine Haltung überhäufte, schien darauf nicht eingehen zu wollen und erweckte Seydoux gegenüber am 21. 1. den Eindruck, als gäbe es keinen Grund, „de s'écarter d'un pouce de l'orthodoxie". Nicht das Gespräch über Deutschland, sondern die kontrollierte allgemeine Abrüstung galt ihm weiterhin als „la pierre de touche"[217].

Im Auswärtigen Amt gingen die Uhren offenbar anders. Zur Formulierung eigener Empfehlungen war eine besondere Arbeitsgruppe gebildet worden, für die von Brentano konkrete Richtlinien vorlegte. Darin schloß er bilaterale Verhandlungen mit Moskau, aber auch eine Konföderation mit der DDR strikt aus. Es mußte seiner Ansicht nach vielmehr auf eine Gesamtlösung ankommen, die weder einen Verzicht auf die Westbindung noch Auflagen für die innere Ordnung Gesamtdeutschlands implizierte. Als Gegenleistung willigte er in ein Disengagement ein, selbst um den Preis eines Teilabzugs der Amerikaner[218].

Unter dem Druck der immerhin möglich scheinenden Katastrophe und der eigenen Isolierung begann nun auch der Kanzler nolens volens damit, im Kreise seiner Vertrauten Krone und Globke nach Auswegen zu suchen[219]. Ohne Hoffnung, die alten Positionen noch lange halten zu könnten, machte er zwei Tage nach dem Gespräch mit Seydoux ausgewählten Journalisten unmißverständlich klar, daß man an der Anerkennung der DDR über kurz oder lang nicht vorbeikomme. Gäbe man erst einmal dem Drängen der Verbündeten auf deutsche Gegenvorschläge zur sowjetischen Note nach, käme außerdem das Problem der Oder-

[213] S. PA, Ref. 700, Bd. 169, Jansen an AA, FS Nr. 20, 9. 1. 1959, Verschlüsselt, Cito.

[214] S. Couve de Murville an Washington etc., Tel. 278/95 etc., 11. 1. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 38–42.

[215] S. Dejean an Couve de Murville, Tel. 143/50, 12. 1. 1959, Réservé, in: ebd., S. 42–44.

[216] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 48, Bl. 5, Seydoux an MAE, Tel. 84/88, 12. 1. 1959; ebd., Bl. 9, ders. an dass., Tel. 94/98, 13. 1. 1959, Réservé; ebd., Bl. 15–12, ders. an Couve de Murville, Nr. 122, 21. 1. 1959; ders. an dens., Tel. 133/35, 15. 1. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 53 f.; Pressekonferenz von Hases, 12. 1. 1959, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 583–586; SPD-Fraktionssitzung vom 20. 1. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 160–172.

[217] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 190/94, 21. 1. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 81 f., hier S. 82.

[218] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 261–263.

[219] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 326–328, Tb. 22., 23., 24., 25., 26. 1. 1959; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 476–478.

Neiße-Linie unweigerlich auf die Bundesrepublik zu. „Das Wichtigste sei gegenwärtig eine Atempause. Wenn wir mit einem Überdenken unserer Beziehungen zu Pankow eine Erleichterung des menschlichen Loses der Bewohner erreichen können, wäre vielleicht schon vieles gewonnen"[220].

Trost bot in diesen düsteren Januartagen allein Frankreich mit seiner „überaus ruhigen und sachlichen" Politik[221]. Der Weg sei mühsam, las Adenauer in einem eigenhändigen Brief de Gaulles vom 28. 1., aber Zuversicht sehr wohl erlaubt[222]. Gewiß, auch Paris sah die Situation als äußerst ernst an, wollte sich aber nicht vorschnell in militärische Abenteuer hineinziehen lassen, ohne den Einsatz von Gewalt auszuschließen. Auf keinen Fall aber, so versicherte Couve de Murville Blankenhorn zwei Tage später, sei eine Neutralisierung von Deutschland für Frankreich denkbar[223].

Als von Brentano Adenauer am selben Tag Instruktionen vorlegte, mit denen der Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Duckwitz, in die bevorstehende erste Sitzung der im November reaktivierten westlichen Arbeitsgruppe in Washington[224] gehen sollte, meldete der Kanzler Bedenken insbesondere in der Sicherheitsfrage an. Duckwitz sollte lediglich gleichgewichtserhaltende Vorschläge im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung billigen, diskriminierende Sonderregelungen aber ablehnen. Gewaltverzichtserklärungen und Nichtangriffsverträge mit den östlichen Nachbarn sowie bilaterale Grenzgespräche mit Polen durfte er akzeptieren[225].

Wie es so seine Art war, beließ es Adenauer nicht bei diesen Korrekturen, sondern griff im Stile alter Kabinettspolitik erneut direkt in das Geschehen ein. In einer ausführlichen Standortbestimmung für Dulles drängte er abermals darauf, der Abrüstungsthematik eindeutige Priorität gegenüber der Deutschlandfrage einzuräumen. Unter keinen Umständen wollte er über eine deutsch-deutsche Konföderation, die Verwirklichung isolierter Disengagement-Pläne oder die europäische Sicherheit verhandeln. Als Beitrag für ein Geschäft mit Moskau nannte er lediglich die Möglichkeit diplomatischer Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei sowie eine Gewaltverzichtserklärung für die Oder-Neiße-Grenze bzw. ein Stillhalteabkommen über Berlin[226].

Mit der Anfertigung eines entsprechenden Konzepts beauftragte er Staatssekretär Globke, der Anfang Februar einen Plan zur Wiedervereinigung vorlegte. Kernelement war die auf fünf Jahre befristete Fixierung des Status quo unter Anerkennung einer gewisse Grundrechte gewährenden DDR sowie eines Freistadt-Status für Gesamtberlin. Nach Ablauf des Interims sollten Volksabstimmungen die Entscheidung über die vereinigte oder getrennte Zukunft der

[220] Bericht Nitzsches, 23. 1. 1959, in: Küsters, Krise, S. 750; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 263 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 481.
[221] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1959.
[222] De Gaulle an Adenauer, 28. 1. 1959, in: Adenauer, Dokumente, S. 176.
[223] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1959.
[224] Vgl. Haftendorn, Instrumentarium, S. 42 f.
[225] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 263.
[226] S. Aufzeichnung Adenauer, 30. 1. 1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 463–468; Köhler, Adenauer, S. 1017 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 490 f.

Deutschen herbeiführen. Von einer Disengagementzone war bezeichnenderweise keine Rede[227].

Indem Adenauer auf den Globke-Plan einging, reagierte er insbesondere auf beängstigende Nachrichten aus London. Am 3. 2. setzte ihn der britische Botschafter Steel, für ihn völlig überraschend, davon in Kenntnis, Macmillan werde in Kürze in die Sowjetunion reisen. Im Kanzleramt schrillten die Alarmglocken[228], und nicht nur dort. Französische Diplomaten fühlten sich an Chamberlain und dessen Appeasement-Politik erinnert[229]. Seit Monaten hatte der englische Premierminister vergeblich versucht, sich mit wiederholten Kompromißangeboten als führender Entspannungspolitiker im westlichen Bündnis zu gerieren. Angesichts der Intransigenz der Partner sah er sich offenbar gezwungen, auf eigene Faust und gegen den Rat britischer Diplomaten die Moskauer Verhandlungsbereitschaft auszuloten[230]. Vor diesem Hintergrund bot der Globke-Plan für Adenauer eine Basis, die befürchtete Anerkennung der DDR durch England auffangen und „als Gegenleistung" verstärkte westliche Sicherheitsgarantien für die Bundesrepublik einhandeln zu können[231].

Weder der in diese Planungen nicht eingeweihte Bundesaußenminister noch dessen amerikanischer Kollege ließen sich von den Überlegungen des Kanzlers überzeugen. Von Brentano störte sich nicht an der Hinnahme der Zweistaatlichkeit, wohl aber an der Annahme des sowjetischen Freistadtkonzepts für Berlin. Einer Zwischenlösung für Berlin stimmte er nur unter der Bedingung des Fortbestehens der Bindungen an die Bundesrepublik und einer Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR zu[232]. Dulles war nicht einmal bereit, den Plan überhaupt zu erörtern[233]. In Washington setzte man nämlich jetzt ganz auf die kommende Viermächtekonferenz. Nach Dulles' Eindruck war der Kreml durch die Einigkeit der NATO-Staaten im Dezember überrascht worden. Von Adenauer forderte er daher am 6. 2. schriftlich mehr Flexibilität hinsichtlich der Tagesordnung[234]. Eisenhower legte nun die Agententheorie zu den Akten und sprach sich gegen die von den Vereinigten Stabschefs empfohlene militärische Aktion im Falle einer Behinderung der Zufahrtswege nach Berlin aus, zumal Frankreich sich weigerte, den Paragraphen D zu billigen, und Pressionen auf de Gaulle sinnlos wirkten[235]. Statt dessen plante man nunmehr, etwaige Behinderungen mit einer großen, auch militärische Vorbereitungen enthaltenden Propagandaaktion und der Einschaltung des UN-Sicherheitsrates zu begegnen. Erst im

[227] S. „Globke-Plan zur Wiedervereinigung", Anfang 1959, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III, S. 202–209; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 329, Tb. 4. 2. 1959; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 478–480.

[228] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 585f.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 468–471; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 488.

[229] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 301, Tb. 9. 2. 1959.

[230] Vgl. Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 117–121; Lee, Berlin-Krise, S. 106–113; Mauer, Macmillan, S. 233–254.

[231] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 329, Tb. 5. 2. 1959; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 488.

[232] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 266.

[233] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 330, Tb. 7. 2. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 267.

[234] S. Dulles an Adenauer, mitgeteilt in: ders. an Bonn, Tel. 1646, 29. 1. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 296–299; Felken, Dulles, S. 494–496.

[235] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 2651, 20. 1. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 286.

Fall eines Scheiterns dieser Maßnahmen sollten militärische Schritte erwogen werden. Um Chruschtschow einen geordneten Rückzug zu ermöglichen, zielte Eisenhower als Deckmantel für eine unbegrenzte Verschiebung oder Modifikation des Berlin-Ultimatums auf eine Außenministertagung Mitte April über verschiedene Aspekte der „deutschen Frage"[236].

Mit diesen Entscheidungen im Gepäck flog Dulles Anfang Februar zu einer Rundreise nach Europa. Für den schwerkranken Minister sollte es der letzte Besuch der Alten Welt sein. Sein erster Stopp galt London, wo er alles daran setzte, Macmillan zu mehr Festigkeit gegenüber der Sowjetunion zu ermuntern – vergeblich. Der Premierminister sah nur noch eine Chance, um den Krieg zu vermeiden: nachgeben! Konkret bedeutete dies ein Programm, „which would involve semi-permanent acceptance of the partition of Germany and then a thinning out of forces on the general Central European area"[237].

Von ganz anderem Kaliber präsentierten sich die Gesprächspartner in Paris, wo Dulles am 6. 2. eintraf. Couve de Murville warnte ihn davor, die Gefahren in Berlin zu unterschätzen. Eine Unterbrechung der Verbindungen in die alte Reichshauptstadt sei weder in der Luft noch am Boden hinnehmbar; sie müsse notfalls gemäß der von ihm nun gebilligten Contingency-Pläne zurückgewiesen werden. Die aus der Kapitulation des Deutschen Reiches entstandenen Rechte dürften nicht angetastet werden. Allerdings war Couve de Murville durchaus geneigt, DDR-Offizielle als Agenten der Sowjets zu akzeptieren, ohne Moskau aus seiner Verantwortung für Berlin zu entlassen. In Übereinstimmung mit seinem Gast lehnte der französische Außenminister den Versuch des Kanzlers, die Abrüstung in den Vordergrund der Viermächteverhandlungen zu schieben und das Problem der europäischen Sicherheit auszuklammern, entschieden ab. Adenauers Vorstellung, mit einem Abrüstungsabkommen zu einer weltweiten Détente zu gelangen, in deren Rahmen dann Lösungen für alle anderen Probleme gefunden werden könnten, empfand er als unrealistisch. Außerdem boten die diversen Friktionen des Westens dem Osten Handhabe für unangenehme Propagandaaktionen. Beide waren sich einig, die Viermächtekonferenz Mitte März durch ein Treffen der westlichen Außenminister vorzubereiten, wobei Couve de Murville wie schon im Herbst 1958 Bedenken gegen eine Einbeziehung von Brentanos hegte. Der im Dezember gefundenen Form wollte er sich aber nicht verschließen. Fortschritte bei der Bereinigung des deutschen Problems erwartete er keine. Worauf es für den Westen ankam war, einen Modus vivendi zu erzielen, der ihm einige Jahre Ruhe brächte[238].

Unmittelbar nach dieser Unterredung wurde Dulles von de Gaulle empfangen, und auch er ließ keinen Zweifel daran zu, daß die Sowjets Besiegten keine Rechte übertragen dürften, die nur den Siegern zustünden. Jedem Versuch zur Unterbre-

[236] S. Konferenz im Weißen Haus vom 29. 1. 1959, Top secret, in: ebd., S. 299–305; Memorandum von Dulles, 29. 1. 1959, Top secret, in: ebd., S. 305 f.; Burr, Slippery Slope, S. 201 f.; Felken, Dulles, S. 498–500.

[237] Dulles an Dep. of State, Tel. Dulte 4, 5. 2. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 323 f., hier S. 324; s.a. Macmillan, Riding the Storm, S. 587–589; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 374.

[238] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Dulles vom 6. 2. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 155–159; Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 14, 6. 2. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 325–328; Conze, Herausforderung, S. 55 f.

chung der Verbindungen zu Berlin müsse mit Gewalt begegnet werden. Die von den Amerikanern vorgesehene Anrufung der UNO für den Fall versperrter Zugänge hielt der Präsident für unangebracht, weil er die alliierten Rechte nicht aufzuweichen wünschte. Premierminister Debré plädierte statt dessen für eine sofortige Luftbrücke. Im Gegensatz zu Couve de Murville wollte de Gaulle durchaus die Abrüstungsproblematik in die Agenda der Viermächtekonferenz einbeziehen, sofern man darauf hoffen könne, überhaupt etwas zu erreichen. Dulles schloß daraufhin die Möglichkeit nicht völlig aus, die Themen Truppenverdünnung oder Abrüstungsmaßnahmen anzusprechen. Grundsätzlich vertrat er die Auffassung, die Sowjets seien nicht an einer Beseitigung der Berlin- und Deutschlandproblematik interessiert, versuchten vielmehr die Anerkennung der DDR zu erzwingen und Unruhe zu erzeugen. Die Wiedervereinigung Deutschlands hielt er nicht für erreichbar, was de Gaulle nicht gerade Kummer bereitete. Offen gab er zu, kein Interesse an der deutschen Einheit zu haben, da sie unter den Nachbarn nur Ängste erzeuge. Sinnvoll schienen ihm aber Verbesserungen der Verbindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands im Post-, Verkehrs- oder Telegraphenwesen[239].

Anders als in London war der Aufenthalt in Paris für Dulles „surprisingly good"[240] verlaufen. De Gaulle hatte sich als fester, aber nicht bornierter Wahrer der alliierten Rechte in Berlin präsentiert, was freilich nicht als Ausdruck von Altruismus mißverstanden werden durfte. Natürlich fiel es ihm auch deshalb leicht, hart aufzutreten, weil der Hauptteil etwaiger militärischer Lasten von den Amerikanern getragen werden mußte[241].

Zum Abschluß seines Europatrips flog Dulles am 7. 2. nach Bonn, wo Adenauer ihn mit einem Lamento über den Alleingang Macmillans empfing[242]. Der Außenminister rekapitulierte die Ergebnisse seiner bisherigen Gespräche und ließ klar erkennen, daß er mit den Auffassungen des Kanzlers keineswegs übereinstimmte. Nicht die Abrüstung, sondern die Deutschlandfrage sollte im Mittelpunkt der kommenden Viermächtekonferenz stehen. Eine detaillierte Agenda hielt er für entbehrlich. Die Verstärkung der innerdeutschen Kontakte schien ihm sinnvoll. Anders als von Brentano, der eine Behandlung der Berlin-Frage im größeren Rahmen der Deutschlandfrage akzeptierte und eine Interim-Lösung durchaus für möglich hielt, wollte Adenauer von alledem zunächst nichts wissen[243]. Erst am nächsten Morgen stimmte er Dulles im kleinen Kreis doch zu, wobei er wünschte, die Zusammenkunft nach der Eröffnung durch die Minister auf niedrigerer Ebene gewissermaßen als „Serienkonferenz von Einzelbesprechungen" fortzusetzen[244].

[239] S. Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 17, 6. 2. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 329–333, im Auszug in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 64–67.

[240] Dulles an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Dulte 8, 6. 2. 1959, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 334f., hier S. 334, auch in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 68–71.

[241] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 85.

[242] S. Tagebucheintragung von Bruce, 7. 2. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 336; Dulles an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Dulte 9, 7. 2. 1959, in: ebd., S. 344f.

[243] S. Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 7. 2. 1959, SVE/MC-20, in: ebd., S. 337–344; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 471–477; Conze, Herausforderung, S. 57f.

[244] Bericht Nitzsches, 12. 2. 1959, in: Küsters, Krise, S. 758: s.a. Bericht von Danwitz, 11. 2. 1959, in: ebd., S. 758f.

Als man sich dann der Contingency-Planung zuwandte, machte Adenauer keinen Hehl aus seiner Hoffnung, den Ernstfall zu vermeiden. Sollte er dennoch eintreten, so galten ihm drei Grundsätze als wesentlich: die Einigkeit der drei Westmächte, die Notwendigkeit des Verbleibs in den eingenommenen Stellungen, der unabdingbare Verzicht auf Atomwaffen. Letzteres war für Dulles völlig inakzeptabel. Wenn der Westen zur Anwendung von Gewalt gezwungen werde, so hielt er kalt entgegen, müsse er auch deren Einsatz ins Kalkül ziehen. Adenauer zog sich darauf zurück, mißverstanden worden zu sein. Er wünsche Atomwaffen nur zu vermeiden, wenn es um die DDR allein ginge. Als der Minister die westlichen Pläne erläuterte, versuchte der Kanzler abzulenken: Wichtiger als Atombomben sei die Einigkeit der drei Westmächte. Doch nun hatte Dulles genug gehört. Einigkeit könne es nur geben, wenn die Bundesrepublik mitziehe. Wenn Adenauer aber die starke Politik des Westens nicht mittragen wolle, solle er das jetzt sagen. Davor scheute Adenauer aber zurück: Natürlich sei seine Regierung bereit, dem westlichen Programm zu folgen. Aber werde diese Politik auch von den Völkern akzeptiert? Für die USA glaubte Dulles die Frage bejahen zu können. Und in Paris und London seien zumindest die Regierungen bereit, dem vorgesehenen zweiphasigen Vorgehen – zunächst eine Probe, ob Gewalt angewandt werden müsse, dann militärische Vorbereitungen, verbunden mit propagandistisch-politischen Maßnahmen – zuzustimmen. Dem Kanzler blieb keine andere Wahl, als dem Konzept beizupflichten, doch vom nuklearen Endstadium war jetzt nicht mehr die Rede[245]. „Ich weiß", so notierte Krone nach dem Bericht Adenauers über sein Gespräch mit Dulles, „er ist nicht bereit, zur letzten Stufe ja zu sagen. Es steht fest, Dulles ging weiter, als der Kanzler zu gehen bereit ist."[246]

Dulles kehrte alles andere als zufrieden nach Washington zurück. Gewiß, de Gaulle hatte sich entspannter und freundlicher als beim letzten Treffen im Dezember gezeigt, und Adenauer schien trotz aller Meinungsverschiedenheiten etwas flexibler in seinen Ansichten geworden zu sein[247]. Hatte er ihn aber tatsächlich „auf Kurs gebracht"[248]? Wohl kaum. Zwischen Briten, Deutschen und Franzosen gab es in seinen Augen „some disarray" über die Frage der richtigen Reaktion auf die sowjetische Drohung, und selbst die Gefahr von Kollisionen zwischen den westlichen Regierungen wollte er für die nächsten Monate nicht ausschließen[249].

Adenauers Rechnung, die Themen Berlin und Deutschland auseinanderzuhalten, die Verbündeten zur Unnachgiebigkeit zu zwingen und selbst keine Kompensationen zu riskieren, war nicht aufgegangen. Dulles, aber auch von Brentano waren zum äußersten bereit und drängten deshalb auf Verhandlungen und ernsthafte Vorschläge[250]. Auch die SPD-Opposition machte sich zum Fürsprecher der

[245] S. Unterredung zwischen Dulles und Adenauer vom 8. 2. 1959, SVE/MC-15, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 345–348; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 330f., Tb. 7. u. 8. 2. 1959; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 477; Felken, Dulles, S. 502; Köhler, Adenauer, S. 1020; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 492–494.

[246] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 331, Tb. 11. 2. 1959.

[247] S. Äußerungen von Dulles in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 12. 12. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 359.

[248] Conze, Herausforderung, S. 59.

[249] Unterredung zwischen Dulles und Eisenhower vom 9. 2. 1959, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 354–356, hier S. 355; s.a. Felken, Dulles, S. 504.

[250] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 267f.

Viermächtekonferenz, auf der ihres Erachtens das Gesamtproblem der Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit erörtert werden sollte. Ein Festhalten am Status quo war für sie nicht annehmbar, da es die Teilung zementierte und nur dem Bemühen Frankreichs um Vorherrschaft in Westeuropa diente[251].

Am 16. 2. luden die Westmächte die Sowjetunion in Beantwortung der Note vom 10. 1. offiziell zu einer Außenministerkonferenz ein und regten an, deutsche Berater zuzulassen[252]. Frankreich paßte dieses von Deutschen und Briten lancierte Angebot ganz und gar nicht, weil man nunmehr mit dem Erscheinen des DDR-Außenministers Bolz rechnen mußte[253]. Auch in anderer Hinsicht behagte den Franzosen der Kurs ihrer Partner nicht. Wie weit die zumindest gedanklich zu gehen bereit waren, verdeutlichte das in Form eines Fragenkatalogs gefaßte Abschlußpapier der zur Formulierung eines Verhandlungskonzepts vom 4. bis 13. 2. tagenden Washingtoner Arbeitsgruppe. Das Prinzip freier gesamtdeutscher Wahlen wurde in Frage gestellt, der Konföderationsgedanke erwogen, Verdünnungs- und Demilitarisierungsmaßnahmen sowie das Besitz- und Produktionsverbot für Atomwaffen einbezogen, gar der Gedanke ventiliert, der Bundesrepublik eine Art Finnland-Status in der NATO zu geben[254]. Der französischen Delegation war bei diesen Erwägungen höchst unwohl. So erweckten die Bonner Vertreter den Eindruck, als ob man zu direkten Kontakten mit Ost-Berlin bereit und auch geneigt sei, von der absoluten Priorität freier Wahlen als erstem Schritt zur Einheit Abstand zu nehmen. Ihre Kollegen aus Paris empfanden diese anscheinende deutsche Kehrtwende als einen ernsthaften Rückschlag für die deutsch-französische Verständigung und hofften auf ein Machtwort des Kanzlers[255].

Wie Seydoux aus Gesprächen mit Vertrauten Adenauers heraushörte, galt dem Kanzler eine baldige Wiedervereinigung mehr und mehr als Schimäre, für die er auf keinen Fall die jetzt vorrangigen Interessen der Bundesrepublik zu opfern bereit war. Da der Bundesrepublik das Schicksal der ostdeutschen Bevölkerung aber nicht gleichgültig sein durfte, dachte Adenauer entgegen dem Rat von Eckardts an den Vorschlag eines Moratoriums von zehn Jahren, in denen Bonn auf die Wiedervereinigung zu verzichten beabsichtigte, sofern Moskau das Ost-Berliner Regime lockerte[256]. Der französische Botschafter zog aus seinen Beobachtungen den Schluß, daß die Bonner Deutschlandpolitik in Fluß geriet. Die Verantwortlichen erkannten offenbar den Zwang, für die Überwindung der Krise einen Preis entrichten zu müssen. Wo aber waren Konzessionen möglich? Auf keinen Fall durfte die Zugehörigkeit zur Atlantischen Gemeinschaft angetastet werden. Abrüstungsmaßnahmen, die die Bundesrepublik einseitig belasteten, waren ebenfalls abzulehnen. Was blieb? Zunächst die auch von Adenauer gebilligte Konferenz à quatre, wobei die Beteiligung deutscher Vertreter nunmehr akzeptiert wurde. Bewegung zeichnete sich im Bereich der Beziehungen der Bundesrepublik zu den

[251] Vgl. Marcowitz, Option, S. 166.
[252] S. Noten der Bundesrepublik u. der Westmächte an die Sowjetunion, 16. 2. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 884–888.
[253] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 233, Blankenhorn an AA, FS Nr. 124, 18. 2. 1959, Verschlüsselt.
[254] Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 396; Kosthorst, Brentano, S. 269f.
[255] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 86f.
[256] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 389/93, 12. 2. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 200f.

Satellitenstaaten ab. Als Fernziel betrachtete man direkte Verhandlungen mit Polen über die Oder-Neiße-Grenze und implizit die Schwächung der Position der DDR als möglich. Auch das deutsch-deutsche Verhältnis bedurfte einer neuen Ordnung. Zunehmende Kontakte schienen notwendig[257], wobei die Bundesrepublik natürlich sorgsam darauf achten mußte, daß es der DDR nicht gelang, durch Gespräche auf unteren Ebenen Fakten zu schaffen, die zu vertragsmäßigen Beziehungen führten. Denn damit drohte eine De-facto-Anerkennung des Regimes in Ost-Berlin und eine De-facto-Konföderation. Weniger gefährlich erschien den Franzosen hingegen der freie Personen- und Ideenverkehr, die Zulassung von Parteien und die Pressefreiheit, da Bonn damit die Chance bekäme, seine Attraktivität voll auszuspielen[258]. Gewissermaßen als Warnung vor etwaigen Abwegen stellte Debré gegenüber Blankenhorn am 16. 2. noch einmal jene beiden Punkte heraus, die er als sakrosankt betrachtete: der Verbleib der alliierten Truppen in Berlin und die Abwehr einer Neutralisierung der Bundesrepublik oder Gesamtdeutschlands[259].

Der Kreml schien auf das westliche Verhandlungsangebot sofort einzugehen. Insbesondere der Vorschlag zur Einbeziehung deutscher Berater traf bei Außenminister Gromyko auf lebhaftes Interesse[260]. Dann aber stellte Chruschtschow das westliche Verhandlungsprogramm wieder in Frage, als er am 24. 2. in einer Rede in Moskau zu erkennen gab, daß er keine Außenminister-, sondern eine Gipfelkonferenz wünsche[261]. Mit dieser Ansprache und seinem „brutalen und taktlosen Vorgehen" gegenüber Macmillan hatte er aus deutscher Sicht einmal mehr den Beweis erbracht, daß vertrauliche Gespräche zu zweit zwecklos waren[262]. Anzeichen ernsthafter sowjetischer Absichten zum Abschluß eines Sonderfriedens mit der DDR begegnete Bonn am 2. 3. mit der vertraulichen Weisung an die Missionen in London und Washington, man werde einen solchen mit einem von Gesamtdeutschland abgetrennten Teilgebiet geschlossenen Vertrag nicht als gültiges völkerrechtliches Instrument akzeptieren. Eine Viermächtekonferenz sei nur noch dann sinnvoll, wenn sie nicht dazu diene, diesen Akt zu sanktionieren[263].

„Engste Partnerschaft mit Frankreich"

Zu allzu großen Hoffnungen, daß den Entspannungspolitikern des Westens nunmehr die Augen geöffnet würden, gab es aber keinen Anlaß. Insbesondere die Briten galten dem Kanzler angesichts des seiner Meinung nach bestehenden „großen

[257] S. ders. an dens., Tel. 399/411, 13. 2. 1959, Réservé, in: ebd., S. 204–206.
[258] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 28, Bl. 24–26, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 3. 3. 1959.
[259] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 345, Tb. 16. 2. 1959.
[260] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 233, Blankenhorn an AA, FS Nr. 124, 18. 2. 1959, Verschlüsselt.
[261] S. Rede Chruschtschows in Moskau, 24. 2. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 952–957.
[262] PA, Ref. 700, Bd. 170, Gesprächspunkte für die Besprechung zwischen Adenauer und de Gaulle, o.D.; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 4. 3. 1959, Sprechzettel, 28. 2. 1959, Rohentwurf, in: BDFD I, S. 725.
[263] S. PA, Ref. 700, Bd. 232, von Brentano an London u. Washington, Tel. AZ St.S. 184/59, 2. 3. 1959, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang.

Hass[es] gegen die Deutschen" weiterhin als unsichere Kantonisten[264]. Diese Einschätzung gewann neue Nahrung, als am 3. 3. das Abschlußkommuniqué zur Moskaureise Macmillans veröffentlicht wurde. Die zunächst durchaus positive deutsche Reaktion kippte schlagartig um, denn zum Bonner Entsetzen war darin von der Nützlichkeit einer Begrenzung der konventionellen wie nuklearen Rüstung in einer bestimmten europäischen Zone die Rede[265]. Ohne Spuren im Kommuniqué blieb freilich das aus deutscher Sicht noch gefährlichere britische Angebot zur Anerkennung der DDR[266].

Da Dulles aufgrund seines Krebsleidens als Anlehnungspartner praktisch ausfiel, suchte Adenauer nun Halt bei de Gaulle. Im Kreis seiner Vertrauten dachte er sogar laut darüber nach, ob er ihm „unsere Vertretung auf einer Gipfelkonferenz antragen" sollte. „Überhaupt", so notierte der besorgte Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion dieser Tage, „der Kanzler geht auf engste Partnerschaft mit Frankreich aus."[267] Dieser Schwenk war keineswegs ausschließlich Ausdruck von Vertrauen, sondern wohl auch von fehlenden Alternativen und des Bemühens, de Gaulle fest zu binden. Dies schien um so notwendiger, als Moskau Paris weiterhin mit größter Zurückhaltung behandelte und in Bonn daher als sicher angesehen wurde, daß die Sowjets eines Tages von den Franzosen die Früchte dieser „Sonderbehandlung" ernten wollten[268]. Noch aber ließ Frankreich keine Aufweichungstendenzen erkennen, im Gegenteil: Macmillans Reise in die Sowjetunion verurteilte de Gaulle intern vehement, sah er darin doch den Versuch der Engländer, die französische Deutschlandpolitik umzustürzen und die EWG zu demolieren[269]. Dem sowjetischen Botschafter diktierte der französische Präsident in diesen Tagen barsch ins Stammbuch, für Verhandlungen über die Zugangsfrage nach Berlin stünde er nicht zur Verfügung: „peut-être mourrons nous tous, mais nous avons le droit de passer pour aller à Berlin et nous passerons"[270].

Eine willkommene Gelegenheit, die beiderseitigen Positionen abzugleichen und die Verständigung zu intensivieren, bot sich für Adenauer und de Gaulle mit ihrer kurzfristig anberaumten Begegnung am 4. 3. auf dem Landschloß Marly-le-Roi in der Nähe von Paris. Ursprünglich war ein Besuch Debrés in Bonn für Ende März vorgesehen, auf dem auch über eine weitere Begegnung zwischen Adenauer und de Gaulle nachgedacht werden sollte[271]. Statt dessen reiste der Premierminister erst Anfang Mai an den Rhein, während der Kanzler jetzt an die Seine kam.

Ein Sprechzettel des Kanzlers für die bevorstehende Unterredung mit de Gaulle gibt markant den Ton an, den Adenauer anzuschlagen gedachte: „In Berlin

[264] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 31, Informationsgespräch, 17. 3. 1959; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 495 f.

[265] S. Kommuniqué, 3. 3. 1959, in: EA 1959, S. D101 f.; zu Macmillans „voyage of discovery" s. ausführlich: Macmillan, Riding the Storm, S. 592–632; Gearson, Harold Macmillan; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 122–129; Lamb, Macmillan Years, S. 328–330.

[266] Vgl. Mauer, Macmillan, S. 254.

[267] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 337, Tb. 3. 3. 1959; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 496.

[268] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 223, Klaiber an AA, FS Nr. 108, 4. 3. 1959.

[269] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 20. 8. 1959, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 311.

[270] Aufzeichnung der Présidence de la République, 2. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 253.

[271] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 345, Tb. 16. 2. 1959.

müssen wir hart bleiben". Der Verlust der Stadt würde dem westlichen Bündnissystem erheblichen Schaden zufügen. Moskau werde versuchen, einen Modus vivendi in Berlin durch eine De-jure-Anerkennung der DDR abzukaufen. Die Zementierung des Status quo sei keineswegs Endziel der Sowjetunion. Sie werde vielmehr stets neue Forderungen stellen. Daher sei der Westen aufgefordert, sich aus der Defensive zu befreien[272]. Die Berlin-Frage müsse im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage und den Problemen europäische Sicherheit und Abrüstung behandelt werden; notfalls seien aber auch beschränkte Verhandlungen über Berlin in Erwägung zu ziehen. Die Freiheit der Stadt sei dabei ebenso unerläßlich wie die Anwesenheit der alliierten Truppen. Die von seiten der Verbündeten geforderten stärkeren Kontakte mit der DDR galten der Bundesregierung als unannehmbar, nicht hingegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und zur Tschechoslowakei, die man zu prüfen gedachte. Aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit war die Bundesregierung außerdem durchaus geneigt, der vom Kreml angeregten Gipfelkonferenz zuzustimmen, sofern ihr eine präzise Vorbereitungsphase sowie eine Außenministerkonferenz vorgeschaltet würden. Die beantragte Hinzuziehung von Beratern zur Viermächtekonferenz bewertete Bonn keineswegs als De-facto-Anerkennung Ost-Berlins. Fortschritte auf dem Wege zur deutschen Einheit hielt das Kanzleramt dabei bis auf weiteres nicht für erreichbar und plädierte gerade deshalb dafür, sie aus taktischen Gründen in den Vordergrund zu schieben, um sie dann als äußerste Konzession zeitweise zurückzustellen[273].

Josef Jansen hingegen, der seit dem 20. 2. als Geschäftsträger den durch einen Prozeß in Bonn gefesselten Blankenhorn vertrat[274], schätzte die Chancen der Wiedervereinigung offenbar optimistischer ein und riet dazu, die Begegnung mit de Gaulle zu nutzen, um ihn stärker für die deutsche Sache zu interessieren. Aus Gesprächen mit einem hohen Funktionär des Quai d'Orsay, wahrscheinlich Laloy, wußte der Gesandte, wie stark die französischen Ressentiments in dieser Frage noch immer waren. Klischeehaft wurde die Einheit Deutschlands mit Bismarck und Preußen verbunden, die Teilung hingegen mit Richelieu und der diplomatisch-politischen Blüte Frankreichs des 17. Jahrhunderts. Da Jansen – gewiß nicht ganz zu Unrecht – auch de Gaulle diesen historischen Kategorien verhaftet sah, wandte er sich am 27. 2. an Globke und empfahl über ihn dem Kanzler, die Wiedervereinigung als eine Maßnahme darzustellen, mit der siebzehn Millionen Einwohner in der DDR dem Einfluß Moskaus entzogen und der Herrschaftsbereich der Sowjets nach Osten gedrängt werden könnten[275]. Ein der SPD nahestehender Beobachter an der Seine glaubte demgegenüber Grund zur Annahme zu haben, daß die französische Diplomatie – weniger die gesamtdeutsche Konkurrenz fürchtende Wirtschaft – bereit sei, die Wiedervereinigung hinzunehmen. Grundbedingung dazu schien aber, den Franzosen unter Beweis zu stellen, daß man sich

[272] Sprechzettel zur Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer, 28. 2. 1959, Rohentwurf, in: BDFD I, S. 724f., hier S. 724.
[273] S. PA, Ref. 700, Bd. 170, Gesprächspunkte für die Besprechung zwischen dens., o.D.
[274] S. ACDP, NL Jansen, I-149–003 [V]-2, Jansen an Burgbacher, 13. 4. 1959.
[275] S. ebd., I-149–003 [V]-4, ders. an Globke, 27. 2. 1959.

mit der Teilung nicht abfände und der breite Rücken der Amerikaner keinen dauerhaften Schutz böte[276].

Wie seine Konsultationen Anfang März in Paris verdeutlichen, war das für den Kanzler kein Thema. Bevor er vom Präsidenten empfangen wurde, hatte sich Adenauer als Tribut an die verfassungsmäßigen Veränderungen in Paris zunächst mit ‚seinesgleichen' zu begnügen. Das war dem Protokoll nach Debré, der ihn am Morgen des 4. 3. vom Gare de l'Est abholte[277]. Schon am Vorabend hatten die beiden Außenminister dieses zweite Regierungstreffen eröffnet, kurz nachdem der Kreml in neuen Noten abermals eine Gipfelkonferenz gefordert, zugleich aber die Möglichkeit einer Außenministerkonferenz unter sehr einschränkenden Bedingungen offengelassen hatte[278]. Die Aufgabenverteilung in den insgesamt vier Gesprächsrunden war höchst bemerkenswert. Den Außenministern war es vorbehalten, in die Niederungen der Berlin- und Deutschlandproblematik hinabzusteigen. Kanzler und Präsident schauten demgegenüber auch über den Tag hinaus auf die anstehenden Probleme wie auf zukünftige Entwicklungen.

Von Brentano und Couve de Murville waren sich darin einig, den Vorschlag eines Gipfels nicht abzulehnen, sofern vorab die vier Außenminister zusammenträfen und alle Themen auf die Agenda gesetzt werden könnten. Die Frage der Wiedervereinigung sollte keine herausgehobene Rolle spielen. Moskaus Forderung nach Entsendung deutscher Repräsentanten lehnten sie entschieden ab, nicht aber die Beteiligung deutscher Berater. Die Minister kamen überein, eine Arbeitsgruppe mit der Koordinierung der Beantwortung der sowjetischen Note zu beauftragen und ihr den Fragenkatalog der Washingtoner Arbeitsgruppe zur Prüfung vorzulegen. Von Brentano bereitete diese Liste erhebliche Sorgen, da sie ihm zu präzis und detailliert erschien. Auch Couve de Murville hegte Bedenken. Die dort angedeutete Möglichkeit einer De-jure-Anerkennung der DDR kam für ihn ebenso wenig in Frage wie der von Moskau angebotene Friedensvertrag für Deutschland. Namens der Bundesregierung legte von Brentano dann neun Grundprinzipien der Deutschlandberatungen vor: keine direkten Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau; keine Lösung, die das politische und militärische Gleichgewicht zugunsten Moskaus ändere; alle Sicherheitskonzepte müßten auf der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa beruhen; die Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und der freien Welt seien aufrechtzuerhalten; die innere Struktur Deutschlands dürfe nicht das Objekt einer Vorbedingung sein, das ein Interventionsrecht der Sowjetunion rechtfertige; eine isolierte Lösung für Berlin sei ausgeschlossen; die „deutsche Frage" müsse in den größeren Rahmen der Sicherheit eingespannt werden; die Abhaltung freier Wahlen bleibe Conditio sine qua non; jegliche Konföderation sei inakzeptabel[279].

Am nächsten Mittag trafen Adenauer und Debré im Matignon zusammen. Der Kanzler ließ zunächst sein Entrüstung über Macmillans „voyage of discovery"

[276] S. Günter Schütze an Erler, 20. 2. 1959, in: BDFD III, S. 565–567.
[277] Vgl. Poppinga, Mut, S. 97f.
[278] S. Noten der Sowjetunion an die Westmächte u. die Bundesrepublik, 2. 3. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 983–1001.
[279] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano vom 3. 3. 1959, Très secret, 5. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 270–273.

und das Abschlußkommuniqué freien Lauf. Debré pflichtete ihm bei, daß dessen Vorpreschen der Einheit der freien Welt geschadet habe. Insbesondere die britische Position zur demilitarisierten Zone bereitete ihm erhebliche Bedenken. Aber auch die amerikanische Haltung zur Rolle der Vereinten Nationen wirkte auf ihn wenig vertrauenerweckend. Daher waren nach seinem Dafürhalten Bonn und Paris aufgefordert, Washington auf Kurs zu bringen[280].

Wie de Gaulle dann am Abend in der Plenarsitzung bekanntgeben sollte, präsentierte sich Adenauer in ihrer Vieraugenbegegnung am Nachmittag[281] ebenso hart wie besorgt. Der Präsident versicherte ihm, eine Behinderung der Zufahrtswege nach Berlin nicht zu akzeptieren. Entschieden negativ äußerte er sich über die sowjetische Absicht zur Umformung der DDR in einen international akzeptierten Staat sowie über die Demilitarisierung. Als er zu wissen wünschte, welche positiven Vorschläge in die Verhandlungen mit Moskau eingebracht werden könnten, zog sich Adenauer einmal mehr auf die allgemeine Abrüstung zurück. Die Aufnahme von Beziehungen zu Polen, zur Tschechoslowakei und vielleicht auch zu Rumänien mochte er hingegen erst in der Zukunft in Angriff nehmen. Auch in bezug auf praktische Schritte zwischen beiden deutschen Staaten sah der Kanzler für den Augenblick kaum Ansatzpunkte. Seine französischen Gesprächspartner hoben erneut die Notwendigkeit hervor, gemeinsam die Position der USA zu beeinflussen, um insbesondere die Einschaltung der UNO zu vereiteln. Zwar glaubte de Gaulle nicht an einen atomaren Konflikt, doch hielt er es für absolut notwendig, fest zu bleiben, um nicht die Einheit des Westens und die NATO aufs Spiel zu setzen. Noch wichtiger als die Existenz der Atlantischen Allianz schien ihm das Zusammenstehen Frankreichs und der Bundesrepublik. Zwar besäßen sie nicht die Machtmittel wie andere, doch die Zukunft gehörte ihnen. Adenauer zeigte sich sehr zufrieden über diese Worte und darüber, daß Frankreich wieder zu der ihm in den internationalen Beziehungen zustehenden Rolle zurückfände. Zur Fortsetzung der Konsultationen lud er Debré offiziell nach Bonn ein[282] und offenbarte nach der Sitzung im französischen Rundfunk den Wunsch, die Begegnungen mit de Gaulle zu einer ständigen Einrichtung werden zu lassen[283]. Beruhigt nahm er die Gewißheit mit nach Bonn, daß beide Staaten in unruhiger Zeit zusammenstanden[284]. Und auch de Gaulle zeigte sich überzeugt, in enger Zusammenarbeit die schweren Probleme lösen zu können[285].

Sehnsucht nach einer „Atempause"

Mit Entschiedenheit forderte Couve de Murville wenige Tage später Dulles dazu auf, in der Antwortnote an die Sowjetunion mehr Härte an den Tag zu legen und sich nicht auf die von den Sowjets vorgegebene Formulierung einzulassen, die

[280] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 4. 3. 1959, in: ebd., S. 274–276.
[281] S. AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen dems. und de Gaulle vom 4. 3. 1959, Très secret.
[282] S. Unterredung zwischen dens. vom 4. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 276–279; Lyon an Dep. of State, Tel. 3216, 5. 3. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 425–427; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 339, Tb. 10. 3. 1959; Bariéty, De Gaulle, S. 546; Linsel, De Gaulle, S. 166.
[283] S. AdG 1959, S. 7589A.
[284] S. Adenauer an de Gaulle, o.D., in: Bulletin 1959, S. 432.
[285] S. de Gaulle an Adenauer, 6. 3. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 201 f.

Viermächtekonferenz solle Fragen bezüglich Deutschlands unter Einbeziehung des Friedensvertrages und der Berlin-Frage behandeln. Statt dessen wünschte er lediglich den Hinweis auf Deutschland und die europäische Sicherheit[286]. Ebenso energisch trat de Gaulle am 10. 3. gegenüber Macmillan auf. In seinen Memoiren behauptet der britische Politiker, der französische Staatspräsident habe klar zu erkennen gegeben, in Berlin nur im Fall einer unmittelbaren physischen Blockade zur militärischen Auseinandersetzung bereit zu sein. Für die Wiedervereinigung in den Krieg zu ziehen, habe er dezidiert abgelehnt, sich aber zugleich dafür ausgesprochen, die Idee der deutschen Einheit lebendig zu halten, um dem deutschen Volk gewissermaßen Licht am Ende des Tunnels zu zeigen[287].

Das nunmehr veröffentlichte Protokoll der Unterredung läßt indes einen anderen Verlauf erkennen. De Gaulle unterstrich zu Beginn, daß der Westen hinsichtlich der Zugangsfrage auf keinen Fall zurückweichen dürfe, selbst wenn es darüber zum Krieg komme. Der Aggressor sei derjenige, der die Passage behindere. Doch gewiß würde Chruschtschow den Zugang nicht versperren, wenn er sich der Kriegsgefahr bewußt sei. Daß Macmillan demgegenüber zunächst auf Verhandlungen setzte, lehnte er entschieden ab, weil man Moskau mit Weichheit nur zur Blockade ermuntere. Anders als der Premierminister dachte der Präsident nicht an eine Änderung des Berlin-Statuts und hielt auch nichts von einem Friedensvertrag mit beiden Teilen Deutschlands. Als er militärische Planungen in erster Linie für die Atommacht USA, aber auch für die übrigen Beteiligten als unabdingbar bezeichnete, widersprach Macmillan erneut: Er werde solche Vorbereitungen nicht veranlassen, wenn nur die Außenministerkonferenz scheitere; denn dann bleibe noch der Gipfel, um den Krieg zu verhindern. Seiner Meinung nach wollte Moskau keine physische Blockade, sondern lediglich seine Rechte auf Ost-Berlin übertragen und die Zugangsdokumente durch Agenten abstempeln lassen. De Gaulle wich an dieser Stelle aus, doch Macmillan hakte nach. Wie sollte der Westen reagieren, wenn die Sowjets die Straßen nicht absperrten, sondern lediglich DDR-Behörden als ihre Agenten die Kontrollfunktionen übertrügen? Für Großbritannien, daran ließ er keinen Zweifel, war das kein Grund zum Waffengang. Als de Gaulle beipflichtete, schaltete sich Couve de Murville ein, weil er auf keinen Fall dazu bereit war, DDR-Agenten eine Schiedsrichterrolle zuzugestehen. Wenn ein Lastwagen festgesetzt werde, so stellte er klipp und klar fest, habe die Blockade bereits begonnen. Man beließ es dabei und wandte sich dem Thema Gipfelkonferenz zu, die niemand mehr in Zweifel stellte. In bezug auf Deutschland gab Macmillan offen zu, daß er die alten Positionen von 1955 und die Forderung nach freien Wahlen für obsolet hielt. Zwar bestritt er, in Moskau von einem Disengagement gesprochen zu haben, setzte sich dann aber für ein System von Inspektionen und Maximalstärken ein, obwohl das, wie Couve de Murville sofort einwarf, für die Deutschen inakzeptabel war. Beide Seiten waren sich darin einig, die Wiedervereinigung aktuell nicht erreichen zu können, sie aber nicht ad acta legen zu dürfen, um die Deutschen nicht aus der Atlantischen Allianz zu lösen. Sie zu erhalten, war aber für de

[286] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 2660/62, 7. 3. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 296f.; ders. an dens., Tel. 2663/67, 7. 3. 1959, Réservé, in: ebd., S. 297f.

[287] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 637.

Gaulle dringend geboten, weil es seines Erachtens sonst zu einer Teilung der Interessensphären zwischen den Weltmächten oder zum Krieg käme. Dezidiert sprach sich der Präsident für die bestehenden Grenzen in Europa aus und setzte den Premierminister in diesem Zusammenhang davon in Kenntnis, daß er dem Kanzler gegenüber eine Debatte über die Oder-Neiße-Grenze als untunlich bezeichnet habe. Es gab nämlich darüber für ihn nichts mehr zu debattieren, weil die Gebiete jenseits dieser Grenze nicht mehr zu Deutschland gehörten. Ob die Deutschen dies begriffen, bewertete er eher skeptisch, was seine ohnehin vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Nachbarn noch schürte. Zwar sah er keine akute deutsche Bedrohung, mochte sie aber auch nicht auf alle Zeiten ausschließen. Wenn die Deutschen keinen Nutzen mehr aus der westlichen Gemeinschaft zögen, schien ihm vieles möglich. Frankreich mußte also auf der Hut bleiben, hatte es doch keinerlei Interesse, die Sowjets am Rhein zu sehen[288].

Angesichts der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten und des manifesten englischen Verhandlungswillens schien es Frankreich erforderlich, sich umgehend des amerikanischen Partners zu versichern. In einem langen Brief an Eisenhower legte de Gaulle einen Tag nach der Begegnung mit Macmillan noch einmal seine Sicht der Dinge dar und unterstrich abermals die Bedeutung weitgehender Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands im Transport-, Post-, Wirtschafts- und Kulturwesen als Mittel, um die Hoffnung der Deutschen auf die Einheit wachzuhalten. Er anerkannte die aus politischen wie geographischen Gründen nicht identischen Positionen der drei Westmächte, hielt Abstimmung aber dennoch für unabdingbar[289]. Eisenhower erklärte noch am selben Tag vor Journalisten einen Atomkrieg um Berlin für möglich[290] und versicherte de Gaulle kurz darauf, daß er seine Situationsanalyse vollständig teile[291].

Die Härte des französischen Staatspräsidenten, dies verdeutlichen seine Unterredungen wie seine Korrespondenzen dieser Zeit, entsprang einer Kette verschiedener Motive. Zum einen lehnte er aus prinzipiellen Erwägungen und wegen seiner Erinnerungen an die gescheiterte Appeasementpolitik 1939 ab, unter Druck zu verhandeln. Zum anderen sah er kaum Ansatzpunkte für Fortschritte im Ost-West-Dialog, denn der Status von Berlin durfte nicht angetastet werden. Außerdem glaubte er sich um so mehr zur Machtdemonstration in der Lage, als er davon ausging, daß Moskau den Krieg nicht wollte. Darüber hinaus besaß er ein großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Adenauer im Sinne der deutsch-französischen Verständigung, verfolgte aber mit seinen Solidaritätsbekundungen gewiß auch französische Ambitionen etwa in der Europapolitik. Schließlich lag seiner Obstruktionspolitik gegen jegliche Konzessionen ein genuin deutschlandpolitisches Motiv zugrunde. Der Westen mußte dem deutschen Volk gegenüber

[288] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 10. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 316–322; Couve de Murville an Seydoux, Tel. 1342/57, 11. 3. 1959, Immédiat, Secret, Réservé, in: ebd., S. 331–334; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 129; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 376.

[289] S. de Gaulle an Eisenhower, 11. 3. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 204–206.

[290] S. Pressekonferenz Eisenhowers, 11. 3. 1959, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1164–1166; Ledwidge, Crise de Berlin, S. 376f.

[291] S. Eisenhower an de Gaulle, 14. 3. 1959, mitgeteilt in: Herter an Paris, Tel. 3389, 14. 3. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 488–490, in französischer Übersetzung in: DDF 1959, Bd. 1, S. 358–360.

Verbundenheit zeigen, um es davon abzuhalten, aus der westlichen Staatengemeinschaft auszuscheren. Konzessionen an den Osten unterminierten das Zugehörigkeitsgefühl der Bundesrepublik zur Allianz und trieben sie der Sowjetunion in die Arme[292].

Das Fehlen einer starken innerfranzösischen Opposition erleichterte ihm zweifellos seine Politik, die gleichwohl nicht die gesamte Bandbreite der französischen Positionen zur Berlin-Problematik und zur „deutschen Frage" widerspiegelte. So schenkte die SFIO unter dem Einfluß ihres bei den Abrüstungsverhandlungen für Frankreich tätigen prominenten Mitglieds Jules Moch Disengagementplänen durchaus Gehör. Ein „petit dégagement" zur Trennung Berlins von den sowjetischen Truppen, selbst dessen Umwandlung zur Freien Stadt unter UNO-Kontrolle schien ihm diskussionswürdig[293].

Mit der Solidarität der Franzosen im Rücken sah die Bundesregierung eine reelle Chance, doch noch mit einem blauen Auge aus der Bredouille herauszukommen. Fest entschlossen, keinen „Diktatfrieden", wie er das Disengagement bewertete, hinzunehmen, versuchte der Kanzler, nun auch die Briten noch umzustimmen[294]. Adenauers Konsultationen mit Macmillan Mitte März verliefen erwartungsgemäß unerfreulich und vertieften nicht nur den Graben zwischen Bonn und London[295], sondern auch zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition, die nun eine deutschlandpolitische Offensive startete und sich britischen Konzepten durchaus zugänglich zeigte.

Nach dem deutsch-französischen Gipfel hatten die Sozialdemokraten beklagt, daß die von der Partei befürworteten militärisch verdünnten Zonen in Marly abgelehnt worden waren und jede Bewegung in den festgefahrenen Deutschlandverhandlungen damit blockiert sei[296]. Obwohl Schmid und Erler kurz zuvor „mit hängenden Ohren" von einer Moskaureise zurückgekehrt waren[297], sprach sich die SPD in ihrem Mitte März veröffentlichten „Deutschlandplan" für die Denuklearisierung Deutschlands und die Überführung in ein kollektives Sicherheitssystem aus[298]. Adenauer äußerte sich über das Wiederaufleben der innenpoliti-

[292] Vgl. „Paper Prepared in the Bureau of Intelligence and Research" des Dep. of State, Nr. 7994, 7. 4. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 589–595; Houghton an Dep. of State, Tel. 3961, 28. 4. 1959, Secret, in: ebd., S. 651 f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 112, Bl. 172–178, Aufzeichnung Mertes, 21. 4. 1961; Conze, Herausforderung, S. 106 f.; Marcowitz, Charles de Gaulle, S. 212 f.

[293] Sitzung des SFIO-Parteivorstandes vom 25. 2. 1959, im Auszug in: BDFD III, S. 568–570, hier S. 569.

[294] Aufzeichnung Schröder, 11. 3. 1959, in: Küsters, Krise, S. 765; s.a. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 3. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 379 f.; Kosthorst, Brentano, S. 272; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 497.

[295] Zur Unterredung zwischen Adenauer und Macmillan vom 12. 3. 1959 vgl. Macmillan, Riding the Storm, S. 639 f.; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/1, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 17. 3. 1959; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 714, 13. 3. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 347–349; Bruce an Dep. of State, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 478–482; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 129 f.; Köhler, Adenauer, S. 1022 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 496 f.

[296] Vgl. Marcowitz, Option, S. 165 f.

[297] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 342, Tb. 21. 3. 1959; s.a. SPD-Fraktionssitzung vom 18. 3. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 234–237; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 306 f.; Weber, Carlo Schmid, S. 619–621.

[298] S. „Deutschlandplan" der SPD, 18. 3. 1959, in: EA 1959, S. D187-D191; Klotzbach, Weg, S. 487–494; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 308–312; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 49–57.

schen Konfrontation hocherfreut[299], hatte die Öffentlichkeit nach den bitteren Erfahrungen der SPD-Politiker doch die letzten Illusionen über die Wiedervereinigung verloren. Selbst im innersten Kern der Union gab man zu, die bisherige These, „Wiedervereinigung durch Geschlossenheit und Stärke des Westens, [sei] vorläufig nicht [zu] realisieren"[300]. Aus ausländischer Perspektive wirkte des Kanzlers Hochstimmung arg kurzsichtig. In Paris sah man es gar nicht gern, daß die Außenpolitik in Bonn nun erneut zum „grand cheval de bataille" zwischen Regierung und Opposition würde[301], weil der nach der Weigerung Erhards zur Bundespräsidentschaftskandidatur politisch angeschlagene Kanzler vor dem Hintergrund der internationalen Krise doch der innenpolitischen Unterstützung bedurfte[302].

Differenzen gab es freilich nicht nur zwischen der Regierung und der Opposition. Dissonanzen brachen nun auch wieder innerhalb der Bundesregierung auf. Im Auswärtigen Amt plädierte der Leiter der deutschen Delegation in der Viermächtearbeitsgruppe, Duckwitz, für ein „umfassendes Programm für die Neuordnung der ungelösten Probleme in Europa"[303]. Staatssekretär von Eckardt unterbreitete Adenauer in diesen Tagen ein Memorandum, das dafür eintrat, für eine politische Lösung des Deutschlandproblems und der europäischen Sicherheit „einen sehr hohen Preis zu zahlen"[304]. Von Eckardt befürchtete westliche Konzessionen als Gegenleistung für den sowjetischen Verzicht auf West-Berlin, etwa die Anerkennung der DDR, und befürwortete daher, nach einer Regelung der Berlin-Frage nicht nur über Deutschland, sondern über Europa zu verhandeln. Bewußt nahm er dabei in Kauf, daß dann auch der Rapacki-Plan und die Disengagementproblematik auf den Tisch kämen[305].

Adenauer hingegen dachte wieder einmal daran, die geplanten Ost-West-Gespräche zu ausgedehnten Abrüstungskonferenzen zu machen, um für Deutschland eine „Atempause" zu erreichen[306]. Wie er dem französischen Botschafter am 17. 3. versicherte, hatte er sich zwar von der Notwendigkeit eines Gipfels überzeugen lassen, verlangte aber vorab eine mehrere Jahre dauernde Außenministertagung ohne feste Agenda mit kurzen zwischenzeitlichen Treffen der Regierungschefs. Während der gesamten Verhandlungsphase müsse sich die Sowjetunion zum Status quo verpflichten. Die damit gewonnene Zeit solle genutzt werden, um die Situation in der DDR zu verbessern. An ein konkretes Ergebnis, so der Bot-

[299] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 498.
[300] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 341, Tb. 16. 3. 1959.
[301] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 78 f., Seydoux an MAE, Tel. 931/40, 28. 3. 1959, Réservé.
[302] Ebd., Bd. 48, Bl. 46, ders. an dass., Tel. 637/39, 7. 3. 1959. Zur Frage der Nachfolge von Bundespräsident Heuss s. ausführlich: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 483–551; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 326–331; Köhler, Adenauer, S. 1025–1049; Koerfer, Kampf, S. 227–366; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 502–526; Wagner, Bundespräsidentenwahl.
[303] PA, Ref. 700, Bd. 232, Duckwitz an Adenauer, Aufzeichnung 302-82.20/419/59, 7. 3. 1959.
[304] Von Eckardt, Leben, S. 568.
[305] S. ebd., S. 568–570; vgl. Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 249–251.
[306] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 32, Informationsgespräch, 17. 3. 1959; s.a. ebd., S. 42, Informationsgespräch, 30. 3. 1959; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/1, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 17. 3. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 273.

schafter, mochte der Kanzler kaum glauben, schien es nicht einmal zu wünschen. „Il s'y résigne pour traverser la crise."[307]

Inzwischen brütete eine Viermächtearbeitsgruppe in Paris über die Beantwortung der letzten sowjetischen Note. Erneut stellte sich dabei heraus, daß die Positionen zwischen Paris, Bonn und Washington auf der einen, London auf der anderen Seite in den zentralen Punkten (Tagesordnung, Ebene und Teilnehmerkreis der Viermächtekonferenz) nicht übereinstimmten. Auch ein von den Amerikanern vorgelegter Entwurf eines Friedensvertrages und ein Papier zur westlichen Verhandlungsführung forderten Widerspruch heraus, weil sie sich von der bisherigen Position des Westens wesentlich unterschieden. So sahen die USA einen Stufenplan für die Wiedervereinigung vor, gekoppelt mit regionalen Rüstungskontrollmaßnahmen in Zentraleuropa und Vorschlägen für eine Interimslösung in Berlin. In einer Periode von drei Jahren vor den freien Wahlen wünschten sie eine Verfassung ausgearbeitet zu sehen, die wirtschaftliche und soziale Errungenschaften der DDR zu bewahren hatte. Die Diskussion eines Friedensvertrags setzten die Amerikaner vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung an. Während die Franzosen diesen Planungen erhebliche Bedenken entgegenbrachten[308], schloß sich die deutsche Delegation den Überlegungen mit einem eigenen Papier weitgehend an. Dieses auf Vorstellungen der beiden Legationsräte im Auswärtigen Amt Meissner und Fechter vom März 1957[309] zurückgehende Dokument sah vor der Formierung einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung die Schaffung eines gesamtdeutschen Organs vor, dessen Aufgabe darin bestand, ein Wahlgesetz und den Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige gesamtdeutsche Behörde zu formulieren. Ein aus direkten Volkswahlen nach einem Jahr hervorgehender Gesamtdeutscher Rat hätte dann ein Wahlgesetz für eine Nationalversammlung und ein Gesetz über eine vorläufige Zentralgewalt ausarbeiten und beide Gesetze einem Volksentscheid unterbreiten sollen[310].

Nach kontroversen Diskussionen einigten sich die vier Delegationen am 20. 3. auf einen Stufenplan zur deutschen Wiedervereinigung, zur europäischen Sicherheit und zu einer Friedensregelung, der den vier westlichen Außenministern Ende des Monats in Washington vorgelegt werden sollte. Eine wichtige Rolle spielte die Bildung der aus Gesamtdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und eventuell Ungarn bestehenden Sicherheitszone, in der die Staaten keine Mittelstreckenraketen und keine Verfügungsgewalt über Kernwaffen erhielten, sich zum Produktionsverzicht verpflichteten und einem Inspektionssystem unterworfen wurden. Zu größter Vorsicht riet die Arbeitsgruppe hingegen in bezug auf Sicherheitsregelungen auf der Basis des Status quo; eine Rüstungsbegrenzungszone und Inspektion betrachtete sie allenfalls bei einer Einbeziehung ganz Europas als denkbar[311].

[307] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 735/43, 17. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 369f., hier S. 370.
[308] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 3015/19, 14. 3. 1959, Secret, Réservé, in: ebd., S. 351–353; Herter an Paris, Tel. 3373, 13. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 467–469.
[309] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 275.
[310] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 3015/19, 14. 3. 1959, Secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 351–353; Herter an Paris, Tel. 3373, 13. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 467–469; Houghton an Dep. of State, Tel. 3354, 14. 3. 1959, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 482–484; Grewe, Rückblenden, S. 396f.
[311] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 99; Kosthorst, Brentano, S. 275f.

Trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten schickten die Westmächte der Sowjetunion kurz darauf eine Antwort auf deren jüngste Note und luden sie für den 11. 5. zu einer Außenministerkonferenz nach Genf ein[312]. Nur vier Tage später nahm die Sowjetunion die Offerte an[313].

Als Adenauer am 26. 3. von den Ergebnissen der Pariser Beratungen erfuhr, fiel er aus allen Wolken. Seine Kritik richtete sich gegen die Verbindung der Deutschlandfrage mit einer Rüstungskontrollzone und insbesondere gegen die Schaffung eines Gesamtdeutschen Ausschusses vor der Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen[314]. Ohnehin aufgeschreckt durch Gerüchte über ein kurz zuvor abgehaltenes Treffen zwischen Eisenhower und Macmillan in Camp David und neuerliche britische Vorschläge über ein Einfrieren der militärischen Stärke beiderseits des Eisernen Vorhangs[315], die den Vorstellungen der SPD gefährlich nahe kamen, entschloß sich Adenauer zu einer Doppelaktion. Zum einen wandte er sich sofort an Debré, versicherte ihm sein tiefes Befremden über diese Pläne und lud ihn für den 8. und 9. 5. nach Bonn ein, um unmittelbar vor der Außenministerkonferenz der Vier noch eine letzte Überprüfung beider Positionen vorzunehmen[316]. Zum anderen beauftragte er von Brentano unmißverständlich dazu, sich einer Behandlung des Abschlußberichtes im Kreis der westlichen Kollegen zu widersetzen. Ziel der kommenden Konferenzen mit Moskau müsse ein Stillhalteabkommen für mehrere Jahre sein. Daher sei die allgemeine kontrollierte Abrüstung in den Vordergrund zu schieben, während die europäische Abrüstung „barer Unsinn" sei[317].

Ein faules Osterei

Für den Kanzler wirkte die ganze Sache auch deshalb so besorgniserregend, weil nun auch der vermeintlich sichere Bundesgenosse in Paris die Solidarität arg strapazierte. Einmal mehr wurde deutlich, daß die beiderseitigen Ansichten in zentralen Fragen ihrer Staatsräson keineswegs identisch waren. Dazu gehörte für Bonn die „deutsche Frage", für Paris der Algerienkrieg.

Die deutsche Unterstützung der französischen Nordafrikapolitik hatte dort ihre Grenze, „wo das übergeordnete Interesse der Sicherheit und des Friedens der

[312] S. Noten der Bundesrepublik u. der drei Westmächte an die Sowjetunion, 26. 3. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1270–1274.

[313] S. Noten der Sowjetunion an Frankreich, Großbritannien u. die USA, 30. 3. 1959, in: ebd., S. 1288 f.

[314] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 101.

[315] Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 480 f.; Grewe, Rückblenden, S. 390 f.; Alphand an Couve de Murville, Tel. 1666/73, 26. 3. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 421–423; Bruce an Dep. of State, Tel. 2119, 24. 3. 1959, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 530 f. Zu den Unterredungen zwischen Eisenhower und Macmillan vom 20. u. 21. 3. 1959 s. die Memoranda MVW USDEL MC/1 u. MVW USDEL MC/10-MVW USDEL MC/17, in: ebd., S. 512–529; Teile dieser Memoranda auch in: ebd., Bd. 7, T. 2, S. 832–847; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 130–133.

[316] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Adenauer an Debré, 25. 3. 1959, in französischer Übersetzung mitgeteilt in: Seydoux an Couve de Murville, Tel. 894/99, 25. 3. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 410 f.

[317] Adenauer an von Brentano, 29. 3. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 243 f., hier S. 243; s.a. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 346, Tb. 31. 3. 1959; Conze, Herausforderung, S. 100 f.; Kosthorst, Brentano, S. 276 f.

freien Welt gefährdet wird"[318]. Das Gebot zur Rücksichtnahme auf das französische Vorgehen im südlichen Mittelmeerraum durfte also die Absicht zum Ausbau der Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten nicht behindern[319]. Die Regierungserklärung Debrés vom 15. 1. hatte aber zu erkennen gegeben, daß Frankreich das Konzept einer „Algérie française" noch nicht aufgegeben hatte und der ursprüngliche Gedanke de Gaulles einer gewissen Autonomie wieder in den Hintergrund getreten war. Außerdem verlieh der Premierminister dem Konflikt absolute Priorität, was nur heißen konnte, daß sich die übrigen Probleme dieser Frage unterordnen mußten[320]. Dem deutschen Botschafter gegenüber ließ er Mitte Februar keinen Zweifel daran, daß man den Krieg fortsetzen und den Gegner zur Einstellung der Feindseligkeiten zwingen wolle. Zwar würdigte er ausdrücklich, wie Bonn die Lieferung von Kriegsmaterial an die Aufständischen verhindere[321]. Intern aber wurde in Paris mit Mißmut beobachtet, daß Schwarzhändler aus der Bundesrepublik wichtige Ausrüstungsgegenstände für den FLN herausschmuggelten und das Auswärtige Amt unter Hinweis auf fehlende gesetzliche Bestimmungen bzw. Widerstände des Wirtschaftsministeriums sich außerstande sah, den Export etwa von Radiogeräten zu unterbinden[322]. Geradezu verschnupft reagierte die französische Diplomatie auch auf die Nachricht einer in Berlin bevorstehenden Demonstration zugunsten des FLN und erinnerte den Regierenden Bürgermeister der Stadt umgehend daran, wie sehr gerade er der Unterstützung der Alliierten bedürfe[323]. Mitunter begnügte sich Frankreich nicht mit diplomatischen Démarchen, sondern ging zur Selbstjustiz über. Am 3. 3. töteten Pariser Agenten in Frankfurt einen in Algerien tätigen deutschen Waffenhändler mit einer Autobombe[324].

Während de Gaulle also von der Bundesrepublik in der nationalen Frage Nr. 1 ein besonderes Maß an Takt einforderte, ließ er in der Behandlung der offenen Wunde der Deutschen diese Rücksicht bisweilen arg vermissen. Wie Adenauer in Marly-le-Roi avisiert[325], hielt er am 25. 3. seine erste große Pressekonferenz als Staatspräsident ab. Er nutzte dieses Forum fortan, um in großen Abständen und in sehr komprimierter Form entscheidende Grundsätze seiner Politik vorzustellen. De Gaulles Pressekonferenzen und Rundfunkansprachen boten eine der seltenen Gelegenheiten, die Entwicklung dieser Politik zu untersuchen und seine Ziele zu analysieren. Äußerungen des Premierministers und der Ressortchefs gal-

[318] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 30. 12. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 723.

[319] S. PA, BStS, Bd. 343, ders. an van Scherpenberg, Aufzeichnung 205–82.00/90.38, 17. 7. 1959, im Auszug in: BDFD I, S. 732–735.

[320] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 15. 1. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 4, S. 28; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 345, Tb. 5. 2. 1959.

[321] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 347f., Tb. 16. 2. 1959.

[322] Vgl. Aufzeichnung der Generaldirektion für politische Angelegenheiten im MAE, 9. 2. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 189.

[323] S. Seydoux an de Chalvron, Tel. 22/24, 7. 3. 1959, in: ebd., S. 298f.

[324] Vgl. Hufelschulte, Genickschuß.

[325] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 279.

ten bald nur noch als Interpretation seiner Äußerungen und waren daher von geringerem Wert.

In Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Journalisten sprach er sich jetzt abermals dezidiert gegen eine Neutralisierung Deutschlands, gegen ein Disengagement, für die Verteidigung der Zugangsrechte nach Berlin, für engere Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin, für eine Außenministertagung und, bei Aussicht auf Erfolg, auch für eine Gipfelkonferenz aus. Doch dann fielen Sätze, die die Freude in Bonn in tiefe Verstimmung umschlagen ließen. „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l'ouest, à l'est, au nord et au sud et qu'il tende à s'intégrer un jour dans une organisation contractuelle de toute l'Europe pour la coopération, la liberté et la paix". Zu allem Überfluß beteuerte der General anschließend auch noch seine „amitié reélle et traditionelle" zum russischen Volk[326].

De Gaulles Signal einer gewissen Öffnung gegenüber der Sowjetunion darf gewiß nicht überbewertet werden. Sicherlich ging es ihm auch darum, dem sich als Entspannungspolitiker profilierenden britischen Premierminister die Rolle des Vermittlers im Ost-West-Konflikt streitig zu machen, was sich etwa darin widerspiegelte, daß er die von Winogradow Anfang März gesprächsweise angedeutete Möglichkeit eines Treffens mit Chruschtschow nicht ausschlug[327]. Aber von Moskaus Vorstellungen einer konventionellen und nuklearen Abrüstung in Zentraleuropa als Vorstufe für eine Wiedervereinigung Deutschlands wollte de Gaulle nichts wissen. Denn jedes auf diese Region beschränkte Disengagement mußte aus seiner Warte zu einer Neutralisierung des Nachbarn führen. Solange die Sowjetunion nicht zu einer Neuordnung Europas bereit war und Frankreich über kein eigenes wirksames Abschreckungsmittel verfügte, besaß er kein Interesse an einem Rückzug der Amerikaner[328].

In Warschau zeigten sich die politischen Kreise höchst zufrieden über die Ausführungen des Generals, hatte man ihn doch auf diplomatischem Wege um eine solche Stellungnahme zur Grenzfrage gebeten[329]. Dieses Gefühl offen zur Schau zu stellen, schien aber inopportun, um in der Öffentlichkeit nicht zu starke profranzösische Gefühle aufkommen zu lassen[330]. Auch Moskau reagierte trotz aller Kritik an de Gaulles Vorstellungen zur politischen Ordnung Europas wohlwollend[331]. Nur in Bonn fiel das Urteil einheitlich negativ aus. Da half es auch nicht, daß die Deutsche Botschaft in Paris die Erklärungen des Präsidenten als „die positivsten" rühmte, „die ein französischer Regierungschef nach dem Kriege getan hat", und die einseitig kritische Kommentierung der deutschen Presse bedauerte. De Gaulles

[326] Pressekonferenz de Gaulles im Elyséepalast, 25. 3. 1959, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 82–94, hier S. 85 u. 86. Zu de Gaulles Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vgl. Humbert, Charles de Gaulle et la „ligne Oder-Neiße".

[327] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Winogradow vom 6. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 291–294.

[328] Vgl. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 268, Bl. 15–19, Unterabt. Osteuropa im MAE an Debré, Aufzeichnung, 24. 3. 1959; s.a. Lucas, Europa, S. 160f.

[329] Vgl. Vaïsse, La grandeur, S. 236.

[330] S. Burin des Roziers an Couve de Murville, Tel. 415/20, 9. 4. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 470f.

[331] Vgl. Erklärung der „TASS", 28. 3. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1275–1280; Schwarz, Grundzüge, S. 107.

eingeflochtenes Wort vom deutschen Glacis, so Jansen, sei so auszulegen, daß er die Sicherung des deutschen Raumes als „eine Lebensnotwendigkeit Frankreichs" verstehe. Und in bezug auf die Passage zur Oder-Neiße-Linie meinte der Diplomat auf eine vom Quai d'Orsay soeben genehmigte neue Europakarte hinweisen zu müssen, die die deutschen Ostgebiete deutlich vom polnischen Territorium abhob[332].

Während nachfolgende Generationen die Sentenz über die Wiedervereinigung als normale Bestimmung der Deutschen unter dem Eindruck der gefallenen Berliner Mauer als Beleg für de Gaulles Weitsicht und prinzipielles Eintreten für die deutsche Einheit würdigten, stand der Regierung Adenauer das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Ohne expressis verbis von der Oder-Neiße-Grenze gesprochen zu haben, hatte der Präsident öffentlich die Deutschen dazu aufgefordert, von den Gebieten jenseits dieser Linie Abschied zu nehmen. Mochte auch Jansen die Auffassung vertreten, man dürfe aus de Gaulles Formulierung keine Anerkennung des Status quo herauszulesen[333], sahen andere in der Rede Ansätze einer Siegermachtmentalität und den Beweis, daß sich der General einfach das Recht nahm, „politisch über uns hinweg zu disponieren"[334]. Unisono erhoben Sozialdemokraten, Liberale und die Vertriebenen vehementen Protest. Selbst jene unter ihnen, die die Gebiete jenseits von Oder und Neiße als Preis für den verlorenen Krieg begriffen, wetterten gegen den voreilig aufgegebenen Rechtsanspruch, den de Gaulle Adenauer in der Karwoche gleichsam als „Osterei ins Nest" gelegt habe[335]. Weniger ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit oder zumindest in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion trat die Tatsache, daß de Gaulle in seiner Pressekonferenz nicht nur von der Grenze im Osten, sondern auch von jener im Süden gesprochen und damit einem „Anschluß" Österreichs eine eindeutige Absage erteilt hatte. „Andernfalls könnte Frankreich Deutschlands nicht sicher sein", belehrte der Präsident im Dezember 1966 den damaligen Außenminister Brandt, „ja Deutschland könnte seiner selbst nicht sicher sein, wenn es wieder in diese Richtung neige"[336].

Um innenpolitisch nicht zu sehr in die Bredouille zu geraten, ließ die Bundesregierung verlautbaren, man erkenne die Oder-Neiße-Linie keineswegs als Deutschlands Ostgrenze an[337]. Zugleich bat das Auswärtige Amt im Quai d'Orsay darum, von weiteren Presseerklärungen Abstand zu nehmen, um die deutsch-französischen Beziehungen nicht zu belasten[338]. Paris beschränkte sich nach der Démarche gegenüber der Öffentlichkeit auf die Parole, man habe den deutschen Standpunkt „gebührend zur Kenntnis genommen"[339]. In seinen Ostergrüßen an

[332] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol 204–83.00/2290/59, 20. 4. 1959.
[333] S. ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-2, ders. an Roegele, 7. 4. 1959; ebd., ders. an Burgbacher, 13. 4. 1959.
[334] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 343, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung, 22. 4. 1959, Unter Verschluß.
[335] Artikel Lindemanns, in: „Vorwärts", 3. 4. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 573–575, hier S. 574.
[336] Brandt, Begegnungen, S. 153; s.a. Linsel, Charles de Gaulle, S. 187.
[337] S. AdG 1959, S. 7632C; Maillard, De Gaulle, S. 217.
[338] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Carstens an Paris, Tel. AZ 2–204/59, 26. 3. 1959, Citissime; Seydoux, Erinnerungen, S. 227.
[339] Bericht über eine Erklärung eines Sprechers des Quai d'Orsay, 3. 4. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1310.

Adenauer enthielt sich de Gaulle natürlich jeder Anspielung über diese diplomatische Verstimmung. Der Präsident versicherte dem Kanzler einmal mehr den hohen Wert ihrer Einigkeit angesichts der auf sie zukommenden schwierigen Wochen und schloß mit „mes sentiments de très haute et amicale considération"[340]. Gleichwohl blieb ein schaler Beigeschmack, die „Achse Bonn-Paris" wirkte „leicht verbogen"[341].

Wenn de Gaulle die Wiedervereinigung in seiner Pressekonferenz als normale Bestimmung des deutschen Volkes bezeichnete, sich in seinen Gesprächen mit Macmillan und Dulles aber zurückhaltend, ja abweisend zur Einheit Deutschlands äußerte, so muß darin kein Widerspruch liegen. Der Unterschied erklärt sich aus den zeitlichen Perspektiven, die diesen Ausführungen zugrundelagen. Kurz- oder mittelfristiges Ziel konnte die deutsche Einheit für Frankreich gewiß nicht sein. In der langfristigen Europa-Konzeption de Gaulles, die den Ost-West-Konflikt als überwunden betrachtete, war indes durchaus Raum für ein geeintes Deutschland[342]. So hatte Couve de Murville von Brentano während der Regierungskonsultationen Anfang März mehrfach aufgefordert, die deutsche Einheit nicht als Ziel der westlichen Politik aufzugeben[343]. Natürlich lag dieser Mahnung auch das taktische Kalkül zugrunde, die nationale Option für die Deutschen offenhalten zu müssen, um sie vor einem Abdriften nach Osten zu bewahren. Aus ihr sprach aber auch die republikanische Grundüberzeugung, dem Nachbarvolk das Selbstbestimmungsrecht nicht vorenthalten zu dürfen – eine Sichtweise, die im Lande im übrigen durchaus auch auf Kritik stieß. Raymond Dronne etwa, ein aus der gaullistischen Partei ausgeschlossener Politiker, vertrat die wohl kaum isolierte Auffassung: „Trop puissante, l'Allemagne était un danger pour l'Europe. Trop faible, rétrécie territorialement, elle constitue un péril d'un autre ordre pour la paix. Les Allemands veulent refaire leur unité, puis retrouver leurs anciennes frontières."[344]

Mochte auch die Existenz zweier Deutschlands „die kühnsten Träume der französischen politischen Tradition" erfüllen[345], war es de Gaulle schon im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit nicht erlaubt, den Deutschen die Legitimität der nationalstaatlichen Einheit zu bestreiten[346]. Freilich machte er sie von bestimmten Bedingungen abhängig. Die nicht zuletzt durch die eigene Atomwaffe herausgehobene Stellung Frankreichs im Kreis der Mächte mußte gewahrt werden, die bestehende Grenze unangetastet bleiben. Nur so schien die Wiedervereinigung mit der europäischen Sicherheitsarchitektur vereinbar, nur so mit den Interessen der deutschen Nachbarn verträglich. Besonderen Wert legte de Gaulle dabei auf die Pflege des Verhältnisses zu Polen, zumal dort bereits die Befürchtung umging, daß

[340] PA, Abg.-Liste, Ref. 204, Bd. 190, de Gaulle an Adenauer, Ostern 1959.
[341] Artikel Lindemanns, in: „Vorwärts", 3. 4. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 573.
[342] Vgl. ausführlich Linsel, Charles de Gaulle, S. 180–196.
[343] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano vom 3. 3. 1959, Très secret, 5. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 272f.
[344] Artikel Dronnes, in: „Carrefour", 23. 8. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 602–604, hier S. 603.
[345] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 343, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung, 22. 4. 1959, Unter Verschluß.
[346] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 180f.

die traditionelle Freundschaft zu Frankreich unter der deutsch-französischen Verständigung leiden könnte. Derartige Sorgen, so instruierte Couve de Murville Botschafter Burin des Roziers in Warschau, seien völlig unbegründet. Denn die Entente mit der Bundesrepublik diene schließlich dem europäischen Gleichgewicht und entspreche damit französischen wie polnischen Interessen[347].

Suche nach dem Kompromiß

Unmittelbar nach den Festtagen begannen die vier westlichen Außenminister in Washington mit der Vorbereitung der Gipfelkonferenz. Adenauers Order, den Bericht der Pariser Arbeitsgruppe abzulehnen, berührte von Brentano natürlich ziemlich unangenehm, obwohl auch ihn mittlerweile Bedenken erfaßt hatten. Sie richteten sich insbesondere gegen das Stufenkonzept für die Wiedervereinigung, weil es allzusehr an die ostdeutsche Konföderationsidee und den Deutschlandplan der SPD erinnerte. Den Affront, den eine völlige Verweigerungshaltung bedeutet hätte, wollte er freilich vermeiden. Und es gelang ihm, Adenauer davon zu überzeugen, daß Bonn sich nicht querstellen könne[348].

Vor dem Treffen à quatre setzten sich Couve de Murville, Lloyd und der stellvertretende amerikanische Außenminister Herter zunächst einmal ohne den deutschen Kollegen zusammen. Die Diskussion ließ klar erkennen, wie wenig die Fronten zwischen Washington und Paris auf der einen und London auf der anderen Seite begradigt waren. In weiser Vorahnung hatte de Gaulle Eisenhower nach dessen Gesprächen mit Macmillan noch einmal eindringlich zur Einigkeit des Westens ermahnt und zu verstehen gegeben, „que nous devons être fermes et déterminés à maintenir nos droits"[349]. Couve de Murville beharrte dementsprechend abermals darauf, das Recht des freien Zugangs nicht preiszugeben, und forderte sofortige Maßnahmen gegen eine Verkehrsblockade. Von der Einschaltung der UNO wollte er nichts wissen. Lloyd hingegen sah nach der sowjetischen Annahme der Einladung zur Außenministerkonferenz eine neue Situation gegeben und verlangte, militärische Schritte von einem Scheitern der Gipfelkonferenz abhängig zu machen. Die Minister verständigten sich schließlich darauf, im Fall einer Zugangssperre durch die DDR-Behörden zunächst zu testen, ob die Sowjetunion willens war, Truppen einzusetzen. Würde diese Probe positiv ausfallen, sollte die Weltöffentlichkeit mobilisiert werden. Die Einschaltung der UNO wurde dabei als eine Möglichkeit ins Kalkül gezogen. Darüber hinaus einigte man sich darauf, die militärischen Vorbereitungen zu intensivieren[350].

Mit einiger Verwunderung mußten die Minister dann zur Kenntnis nehmen, wie von Brentano in den Vierersitzungen am 31. 3. und 1. 4. entschieden gegen den Bericht der Arbeitsgruppe opponierte. Den Vorschlag zur Beauftragung eines

[347] S. Couve de Murville an Burin des Roziers, Tel. 207/09, 10. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 311.
[348] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 278.
[349] De Gaulle an Eisenhower, 26. 3. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 208.
[350] S. Konferenz der drei Außenminister vom 31. 3. 1959, Secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 447–449; Alphand an MAE, Tel. 1740/45, 31. 3. 1959, Très secret, Réservé, Diffusion restreinte, in: ebd., S. 437f.; Konferenz der drei Außenminister vom 31. 3. 1959, USDEL MC/15, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 546–553. Zur verabschiedeten Fassung der Contingency-Planung s. das Dokument des Dep. of State, 4. 4. 1959, Secret, in: ebd., S. 584–589; Pedlow, Allied Crisis Management; ders., Flexible Response.

gesamtdeutschen Ausschusses zur Vorbereitung des Wahlaktes bezeichnete er als annehmbar, mußte aber zugleich eingestehen, daß seine Stellungnahme unter dem Vorbehalt einer Kabinettszustimmung stand. Sodann erhob er schwere Bedenken gegen die Zusammensetzung, Zuständigkeit und Überführung des Ausschusses in einen Gesamtdeutschen Rat sowie die implizite Gefahr einer Entwicklung zur Konföderation. Während Herter von Brentano daran erinnerte, daß diese Vorstellungen aus einem deutschen Dokument erwachsen seien, äußerte Couve de Murville großes Verständnis für die deutschen Vorbehalte. In Übereinstimmung mit dem Bonner Kollegen sprach er sich außerdem gegen die Vorlage eines Friedensvertragsentwurfs aus. Seine Einwände gegen die Verbindung von Abrüstungsvorschlägen mit dem Sicherheitsproblem und der „deutschen Frage" wollte von Brentano indes nicht übernehmen. Die Anwendung gewisser Abrüstungsmaßnahmen parallel zur Wiedervereinigung und als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung hatte für die Bundesregierung nämlich den Vorteil, das Problem der europäischen Sicherheit nicht zu isolieren. Eine allgemeine Truppenreduzierung bei den Großmächten, wie die USA es vorgeschlagen hatten, erschien dem französischen Außenminister unangebracht, da die Abrüstung weit wichtigere Probleme wie die konventionelle und atomare Bewaffnung aufwarf. Darüber hinaus empfahl er eine neuerliche Debatte über die Disengagementzone, wobei er den Rapacki-Plan ablehnte, sich aber sehr wohl die Pariser Verträge als Ausgangspunkt vorstellen konnte. Abermals regte sich der Unmut von Brentanos. Kontrovers diskutierten die Minister auch das Verhältnis zwischen den Sicherheitsmaßnahmen und dem Verfahren zur deutschen Einheit. Lloyd verteidigte die englische Position: konkrete Maßnahmen zur Sicherheit unabhängig von Fortschritten bei der Wiedervereinigung; Schaffung einer Art deutsche Konföderation; Erneuerung des Berlin-Status. Herter und von Brentano lehnten das entschieden ab, während Couve de Murville sich mit dem Hinweis begnügte, daß dem Westen keine Verhandlungsspielräume blieben, wenn er schon zu Beginn der Außenministerkonferenz derartige Pläne offeriere. Bezüglich Berlins vertrat er wie von Brentano die Auffassung, man müsse einen Modus vivendi anstreben. In der Nachmittagssitzung am 1. 4. stießen die Positionen noch einmal hart aufeinander. Couve de Murville sprach sich gegen eine Sicherheitszone aus, die nur Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland umfasse. Lloyd wollte das Thema offenlassen, um zu sehen, ob das Sicherheitsproblem nicht von der „deutschen Frage" isoliert werden könne. Couve de Murville, von Brentano und Herter beharrten aber darauf, die Verknüpfung beider Komplexe nicht zu lösen. Als Lloyd die Abtrennung einer ersten Etappe zur Wiedervereinigung anregte, um zu einer provisorischen Lösung zu gelangen, widersprach von Brentano energisch, weil damit der Konföderation Vorschub geleistet würde. Angesichts der evidenten Meinungsunterschiede blieb den Ministern nichts anderes übrig, als die Arbeitsgruppe für den 13. 4. erneut einzuberufen, um sie mit der Überarbeitung ihres Abschlußberichtes zu beauftragen. Am 29. 4. gedachten sie dann ihrerseits abermals zusammenzutreffen[351].

[351] S. Konferenz der vier Außenminister vom 31. 3. u. 1. 4. 1959, Secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 449–453; Alphand an MAE, Tel. 1756/65, 1. 4. 1959, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 443–446; Konferenz der vier Außenminister vom 31. 3. u. 1. 4. 1959, USDEL MC/16-USDEL MC/18, Secret, Li-

Noch deutlicher als im Kreis der Außenminister traten die vorhandenen Diskrepanzen in der Sitzung des NATO-Ministerrates am 2. und 3. 4. zu Tage. Lloyd betonte den ernsthaften Verhandlungswillen Moskaus und forderte ihn auch vom Westen. Dazu schlug er eine von deutschlandpolitischen Fortschritten unabhängige Inspektionszone in Europa und die mögliche Ablösung der Berliner Rechtslage durch einen neuen Vertrag vor. Couve de Murville hingegen mahnte zur Vorsicht gegenüber dem Kreml und verlangte von den Partnern absolute Festigkeit. Von Brentano widersprach Lloyd in allen Punkten, doch zahlreiche Kollegen folgten nicht ihm, sondern dem englischen Minister[352]. Herter hielt sich in diesem Kreis auffällig bedeckt, machte aber bei einem Treffen mit von Brentano am 4. 4. keinen Hehl aus seiner Entrüstung über dessen Auftreten. Die deutschen Vorstellungen seien rein negativ und kaum dazu in der Lage, der Arbeitsgruppe als Beratungsgrundlage zu dienen. Von Brentano stritt die Charakterisierung nicht einmal ab, betrachtete sie aber dennoch als realistisch. Angesichts der von ihm heraufbeschworenen Gefahr von Kompromissen mit dem SED-Regime hielt er es allemal für besser, den Status quo für eine gewisse Zeit zu erhalten. Er mußte sich dafür allerdings vorhalten lassen, die Wiedervereinigung offenbar gar nicht zu wollen. Mit dieser Haltung drohte nach Meinung Herters aber in Genf ein Fiasko, so daß er von Brentano eindringlich dazu ermunterte, neue Angebote zu unterbreiten[353].

Wenn die Bundesregierung nach den Washingtoner Konferenzen der Öffentlichkeit gegenüber von einer Verständigung auf eine gemeinsame Politik im Grundsätzlichen sprach, so übertünchte sie bewußt die bestehenden Dissonanzen[354]. Mehr der Wahrheit entsprach ein Informationserlaß von Duckwitz an einige Auslandsmissionen, in dem er die Konsultationen nur als „befriedigend" bezeichnete. „Wesentliche Unterschiede in den Grundauffassungen haben sich nicht ergeben, obwohl naturgemäß in manchen wichtigen Fragen noch keine volle Übereinstimmung erzielt ist"[355].

Obwohl unter den Bonner Verantwortlichen wohl niemand an zumutbare Konzessionen glauben mochte, die Moskau zum Einlenken bewegen konnten, fiel dem Auswärtigen Amt nun die undankbare Aufgabe zu, bis zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe ein neues Verhandlungskonzept zu entwerfen. Das Kanzleramt war einstweilen verwaist. Nach der Unterrichtung über den Verlauf der Washingtoner Tagungen durch den Außenminister[356] entschied sich der Kanzler am 7. 4. zur sensationellen Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten[357] und fuhr an-

mit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 553–573; Grewe, Rückblenden, S. 396–399; Kosthorst, Brentano, S. 278f.

[352] S. Alphand an MAE, Tel. 1796/807, 3. 4. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 457–460; Herter an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 1151, 4. 4. 1959, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 574–576; ders. an dies., Zirkulartel. 1149, 3. 4. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 576–580.

[353] S. Unterredung zwischen dems. und von Brentano vom 4. 4. 1959, USDEL MC/11, Secret, in: ebd., S. 580–584; Bremen, USA; Kosthorst, Brentano, S. 279.

[354] S. Interview von Brentanos im „Westdeutschen Rundfunk", 2. 4. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1298f.; Rundfunk- und Fernsehansprache Adenauers, 8. 4. 1959, im Auszug in: ebd., S. 1325–1328.

[355] PA, Ref. 700, Bd. 232, Duckwitz an Stockholm etc., Tel. 432, 9. 4. 1959, Verschlüsselt. Das Attribut „wichtig" wurde vor der Absendung bezeichnenderweise gestrichen.

[356] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 279.

[357] S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 500–515; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 513–517.

schließend nach Cadenabbia in Urlaub. Im Widerspruch zu seiner Darstellung in den Erinnerungen[358] empfing er vor seiner Abreise noch Seydoux, um über ihn de Gaulle und Debré zu versichern, „que rien ne sera changé et que, quelle que soit, à l'avenir, ma situation, c'est moi qui garderai la direction"[359]. Nach einem entsprechenden Rat Jansens[360] griff Adenauer dann auch selbst zur Feder und beteuerte dem Präsidenten, sein Entschluß zur Kandidatur werde das Fundament der gemeinsamen politischen Arbeit und die enge beiderseitige Gemeinschaft „auf lange Sicht hinaus sichern"[361]. Beruhigt durch den Inhalt des Briefes, sah de Gaulle sein Vertrauen in die Zukunft der Kooperation bestärkt[362]. Zwei Tage später nahm Debré Adenauers Einladung nach Bonn für den 6./7. 5. an und verband dies mit einer nochmaligen Versicherung, wie sehr Frankreich die deutschen Sorgen gegenüber britischen Vorschlägen zur Einrichtung einer Zone beschränkter Rüstung teile[363]. Adenauer antwortete bereits vierundzwanzig Stunden später und unterstrich, daß er de Gaulles Auffassung über die notwendige Ausdehnung der Entspannungszonen in Europa vom Atlantik bis zum Ural beipflichte[364]. Während ihm vom Auswärtigen Amt die Instruktion für die deutsche Delegation der Viermächtearbeitsgruppe übermittelt wurde[365], erfuhr er aus einem Telegramm von Jansen von dramatischen Warnungen des Quai d'Orsay vor Sicherheitsplänen des Foreign Office, die die Bundesrepublik einer internationalen Kontrolle und Deutschland der Neutralisierung auszuliefern drohten[366].

Daß derartige Konzepte nun auch in Frankreich auflebten, blieb dabei unerwähnt. Pierre Mendès France und Jules Moch nahmen de Gaulles Pressekonferenz vom 25. 3. zum Anlaß, mit eigenen Vorschlägen zur europäischen Sicherheit an die Öffentlichkeit zu treten und die seit Monaten ausgesetzte innenpolitische Debatte über außenpolitische Themen wieder in Gang zu bringen. Beide gingen davon aus, daß die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht erreicht werden könne, die durch die Berlin-Krise ausgelösten Spannungen aber beseitigt werden müßten. Da es kein isoliertes Berlin-, sondern nur ein Deutschlandproblem gab, plädierte Mendès France für eine „Entberlinisierung" der europäischen Sicherheit. Eine allgemeine kontrollierte Abrüstung hielt er nicht für durchführbar und sprach sich daher für die Einrichtung eines Abrüstungsgürtels von Dänemark bis Griechenland parallel zur Demarkationslinie mit abgestuftem Rüstungspotential aus. Moch hingegen gedachte Berlin zum Prüfstein der Wirksamkeit jeglicher Entspannungsmaßnahmen zu machen und favorisierte statt derartiger Gebiets-

[358] S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 515.
[359] Zitiert nach: Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1029/30, 7. 4. 1959, Très urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 467.
[360] S. ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Globke, 10. 4. 1959.
[361] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 15. 4. 1959. Eine Botschaft ähnlichen Inhalts erging auch an Dulles (Conze, Herausforderung, S. 134f.).
[362] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 20. 4. 1959.
[363] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Debré an dens., 9. 4. 1959, übermittelt in: Couve de Murville an Leduc, Tel. 1907/09, 9. 4. 1959, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 468.
[364] S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Adenauer an Debré, 10. 4. 1959. De Gaulle hatte sich in diesem Sinne auf seiner Pressekonferenz vom 25. 3. 1959 geäußert.
[365] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 280.
[366] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 500.

streifen Ringzonen um Berlin, die sich auf Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei beschränkten[367].

Bei Adenauer machte sich „Panikstimmung"[368] breit. Kategorisch lehnte er das ihm vom Auswärtigen Amt vorgelegte Papier ab. Insbesondere der Vorschlag einer „inneren Sicherheitszone" erweckte sein Mißtrauen, da sie seiner Überzeugung nach nichts anderes als einen verkappten Rapacki-Plan darstellte[369]. Von Brentano empfand diese Vorwürfe als völlig ungerechtfertigt, war das vom Kanzler inkriminierte Konzept doch in interministeriellen Ressortbesprechungen erarbeitet und von General Heusinger mitgetragen worden. Sein prompt eingereichtes Rücktrittsgesuch wischte Adenauer zwar sofort vom Tisch. Er sparte aber nicht mit Kritik an der Amtsführung des Ministers, der offensichtlich nicht verhinderte, daß einige seiner Beamten im Zusammenspiel mit der Opposition eine eigene Außenpolitik betrieben. Auch das von ihm selbst, wenn auch widerwillig, gebilligte Verhandlungskonzept des Junktims zwischen der Berlin- und Deutschlandfrage gefiel ihm jetzt nicht mehr, und die Einschaltung der UNO wollte ihm ebenfalls nicht mehr einleuchten[370].

Während Adenauer das eigene Kabinett auf Linie zu bringen trachtete, versuchte die französische Regierung, die Briten auf den Pfad der deutschlandpolitischen Tugend zurückzuführen - ohne Erfolg: Debré sah kaum Verhandlungsmöglichkeiten und gedachte daher Moskau den Schwarzen Peter zuzuschieben; Macmillan hingegen wünschte sich partout ein Übereinkommen mit den Sowjets[371]. De Gaulle beschwor ihn daher noch einmal schriftlich, daß die beste Chance zur Verständigung mit den Sowjets die Herstellung, Bewahrung und Demonstration der westlichen Entente sei und kein Grund zur Sorge vor bedrohlichen Aktionen Chruschtschows bestünde[372].

Dennoch ließ Couve de Murville nun für die am 13. 4. begonnenen Gespräche der westlichen Arbeitsgruppen neue Vorschläge für ein stufenweises europäisches Sicherheitssystem in Verbindung mit der Wiedervereinigung ausarbeiten. Nach dem in der ersten Etappe vorgesehenen Austausch von Versicherungen des guten Willens in bezug auf Abrüstung und deutsche Einheit umfaßte die zweite Phase Sicherheitsmaßnahmen, die mit dem Fortbestand der deutschen Teilung kompatibel waren. Mit Beginn des Wiedervereinigungsprozesses sollte eine Luftinspektion vom Atlantik bis zum Ural eingerichtet, das ABC-Verbot auf Gesamtdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei ausgedehnt und ein Kontrollsystem geschaffen werden. Die dritten Etappe verknüpfte mit der Bildung einer gesamt-

[367] Zur Pressekonferenz von Mendès France vom 2. 4. 1959 s. AdG 1959, S. 7648C u. DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1307–1309; s.a. Artikel Moch, in: „Le Monde", 10. 4. 1959, in deutscher Übersetzung in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1338–1341; vgl. zusammenfassend: Schütze, Vorschläge.

[368] Kosthorst, Brentano, S. 280.

[369] Zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 500.

[370] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 350, Tb. 15. 4. 1959; Adenauer an Krone, 16. 4. 1959, in: ebd., S. 351; ebd., S. 352, Tb. 24. 4. 1959; Baring, Bundeskanzler, S. 433, Anm. 199; Kosthorst, Brentano, S. 280f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 500f.

[371] S. Unterredung zwischen Debré und Macmillan vom 13. 4. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 491–498; Couve de Murville an Alphand, Tel. 4154/59, 14. 4. 1959, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 488f.; Whitney an Dep. of State, Tel. 5330, 14. 4. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 612f.

[372] S. de Gaulle an Macmillan, 25. 4. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 217f.

deutschen Regierung Schritte der Rüstungsbeschränkung für die ehemaligen Besatzungsmächte wie für Gesamtdeutschland und der Kontrolle. Die vierte Periode war dann für die Ausarbeitung des Friedensvertrags vorgesehen[373].

Als von Brentano Adenauer am 20. 4. um die Billigung dieses Konzepts bat, kanzelte der Kanzler den Plan als „deklassierend und beleidigend" ab. Wenige Tage zuvor hatte er de Gaulle gegenüber klargestellt, die Bundesrepublik werde einer rüstungsverdünnten Zone nicht zustimmen und in dieser Frage die gleiche Haltung wie Frankreich einnehmen[374]. Jetzt sah er sich genötigt, den zweiten Teil seiner Zusage zu revidieren; „höflich aber entschieden" hatte der Außenminister den französischen Plan zurückzuweisen[375]. Irritiert beobachtete die französische Diplomatie, wie sich nach einer Zeit erheblicher Differenzen zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt nun offensichtlich des Kanzlers „souci d'orthodoxie" durchsetzte[376].

Angesichts der gravierenden Meinungsverschiedenheiten war es nicht verwunderlich, daß es der nach London einberufenen Viermächtearbeitsgruppe trotz zehntägiger Beratungen nicht gelang, die innerwestlichen Dissonanzen zu beseitigen[377]. Noch ehe sich der Bundesaußenminister mit Botschafter Grewe zum Comer See aufmachte, um den Bundeskanzler in seinem Urlaubsdomizil davon zu überzeugen, daß eine fortgesetzte Obstruktionspolitik den deutschen Interessen nicht dienlich sei, empfing Adenauer am 25. 4. den amerikanischen Botschafter Bruce. Vehement wetterte er gegen eine spezielle Sicherheitszone in Europa und plädierte für die Konzentration der Ost-West-Verhandlungen auf die Berlin-Frage und die allgemeine Abrüstung. Unter direktem Bezug auf den Globke-Plan meinte er schließlich, Chruschtschow solle für die von ihm angestrebte Gipfelkonferenz mit einem Stillhalteabkommen bezahlen[378]. Zwei Tag danach gelang es von Brentano und Grewe, den störrischen Kanzler zum Einlenken zu bewegen[379].

Achtundvierzig Stunden später eröffnete Herter, der Dulles am 15. 4. abgelöst hatte, in Paris die Tagung der westlichen Außenminister. De Gaulle hatte ihn kurz zuvor empfangen und keinen Hehl daraus gemacht, was er sich von der Ost-West-Konferenz versprach – nichts. Der Westen sei daher gut beraten, Moskau die Initiative zu überlassen, um sich nicht selbst in Einzelfragen zu spalten. Eindeutiger als zuvor bezeichnete der General die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, die von Deutschland als Preis für den verlorenen Krieg zu akzeptieren sei. Das

[373] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 4154/59, 14. 4. 1959, Très secret, Réservé, nebst Anlage, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 488–491.

[374] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 15. 4. 1959.

[375] Ders. an von Brentano, 21. 4. 1959, zitiert nach: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 384; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 282.

[376] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 48, Bl. 96–97, Dejean an MAE, Tel. 1586/96, 18. 4. 1959, Réservé, Urgent.

[377] Zu den Beratungen der Londoner Arbeitsgruppe vom 13.–23. 4. 1959 s. Whitney an Dep. of State, Tel. 5340, 15. 4. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 613f.; Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 23. 4. 1959, Secret, in: ebd., S. 635–638; Abschlußbericht der Arbeitsgruppe, 23. 4. 1959, Secret, im Auszug in: ebd., S. 639–641; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 1395/404, 17. 4. 1959, Secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 508f.; ders. an dens., Tel. 1470/89, 23. 4. 1959, Secret, Réservé, in: ebd., S. 547–549.

[378] S. Bruce an Dep. of State, Tel. 2398, 26. 4. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 644–647; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 484 u. 486.

[379] S. Grewe, Rückblenden, S. 401; Kosthorst, Brentano, S. 283.

Versprechen auf Einheit und Unabhängigkeit, die freie Wahl des Bündnisses und der Rüstung betrachtete er als ausreichende Kompensation für eine entsprechende Erklärung. Besondere Rüstungsbeschränkungen oder gar die Neutralisierung des Nachbarn lehnte er erneut ab[380].

Herter begann sein Eingangsstatement vor den Kollegen mit einem eindringlichen Appell zur Geschlossenheit und zur allseitigen Bereitschaft, sich nicht in Details zu verzetteln. Von Brentano versicherte das grundsätzliche Einverständnis der Bundesregierung mit den Ergebnissen der Viermächtearbeitsgruppe. Seine Einwände richteten sich gemäß Adenauers Weisung vor allem gegen die besondere Sicherheitszone und gegen Inspektionen, die den Sowjets Kontrollen auf westdeutschem Boden erlaubten. Prinzipiell müsse das vereinigte Deutschland auf die Zugehörigkeit zur NATO und zur europäischen Integration bestehen und jegliche Diskriminierung ablehnen. Das Ausmaß dieser Forderungen, die sich in vernünftigen Grenzen hielten, wurde mit allgemeiner Erleichterung notiert. Die Minister akzeptierten sowohl die Aufhebung der räumlichen Beschränkung auf Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei als auch die Streichung des Passus über die Nichtstationierung von Mittelstreckenraketen. Frankreichs Wunsch nach Übertragung des ABC-Waffenverbots auf Gesamtdeutschland wurde auf einen freiwilligen Verzicht der Bundesrepublik reduziert und mit der Forderung nach vergleichbaren Verzichtserklärungen von den Satellitenstaaten versehen. Zum Thema Wiedervereinigung blieb es bei dem Vorschlag eines gemischten deutschen Ausschusses, der im Auftrag der vier Mächte technische Kontakte und Freiheitsrechte innerhalb Deutschlands zu überwachen und ein Wahlgesetz auszuarbeiten hatte. Couve de Murville setzte sich außerdem mit der Empfehlung durch, die Abrüstungsfrage in den westlichen Plan aufzunehmen, ohne aber, wie die USA es wünschten, präzise Höchststärken zu benennen. Um das Einvernehmen nicht zu gefährden, wurde das Berlin-Problem keiner detaillierten Prüfung unterzogen[381].

Mochte von Brentano auch ob der „vollständige[n] Übereinstimmung“[382] über die in Genf einzunehmende Haltung frohlocken[383], schien doch keineswegs gesichert, ob die bestehenden Divergenzen vor allem mit den Engländern nicht in den Verhandlungen mit den Sowjets wieder ans Tageslicht kommen würden[384]. Adenauers Hoffnungen richteten sich daher auf die Franzosen und deren ‚gute Dienste‘. Das Treffen mit Debré am 6. 5. in Bonn bot eine günstige Gelegenheit, sie

[380] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Herter vom 28. 4. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 559–562; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 4, 28. 4. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 652–655; Conze, Herausforderung, S. 107.

[381] S. Konferenz der vier westlichen Außenminister vom 29./30. 4. 1959, Secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 571–580; Couve de Murville an London etc., Tel. 4257/67 etc., 2. 5. 1959, Secret, Réservé, in: ebd., S. 593–595; Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 5. 1959, in: ebd., S. 607–612; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 12, 29. 4. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 661–666; ders. an dass., Secto 13, 29. 4. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 666–671; ders. an dass., Secto 16, 30. 4. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 671f.

[382] Kommuniqué zur Konferenz der vier Außenminister vom 29./30. 4. 1959, in: Bulletin 1959, S. 773; s.a. Grewe, Rückblenden, S. 402.

[383] Vgl. Baring, Bundeskanzler, S. 248; Kosthorst, Brentano, S. 283f.

[384] S. Unterredung zwischen Debré und Herter vom 1. 5. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 587–592; Unterredung zwischen dens. vom 1. 5. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 195–203; Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 5, 1. 5. 1959, Secret, Priority, in: ebd., Bd. 8, S. 673.

entsprechend zu impfen. Der Premierminister betrat zum ersten Mal deutschen Boden, und die Bundesregierung vergaß nicht, die damit gegebene „besondere Note" herauszustreichen[385]. Adenauer bedankte sich zu Beginn der „im Zeichen nun schon traditioneller deutsch-französischer Freundschaft" verlaufenden Unterredung ausdrücklich für die wirksame Unterstützung, die Frankreich der Bundesrepublik in den vergangenen Wochen hatte zuteil werden lassen. Debré replizierte mit der Versicherung, daß diese Solidarität auch in Zukunft nicht schwanke. Sie zu bewahren, schien beiden um so notwendiger, als sie Macmillan und Lloyd tief mißtrauten und unterstellten, in Genf den Plan einer demilitarisierten Zone vorlegen zu wollen. Mit der Einrichtung dieser Zone, warnte Adenauer, sei der Sieg der SPD bei den Bundestagswahlen 1961 vorprogrammiert, und ganz Deutschland würde den Direktiven Moskaus unterworfen. Ihre Hoffnungen richteten beide Politiker folglich auf Herter. Gelänge es, Washington von der Notwendigkeit des Festbleibens zu überzeugen, so lautete ihre Taktik, würde sich Moskau mit dem Gipfel zufrieden geben und dann einen Modus vivendi akzeptieren, der den Status quo erhielte. Das Verlangen der Sowjets, die deutschen Sachverständigen als Vertreter zweier an der Konferenz teilnehmender Staaten zu behandeln, gedachten sie zurückzuweisen[386].

Die enge deutsch-französische Verständigung gefiel nicht allen politischen Kreisen in Bonn. Wie von der französischen Botschaft aufmerksam registriert, erhoben neutralistische und sozialistische Kreise den Vorwurf, die „axe Bonn-Paris" stehe einer flexibleren Politik im Wege, belaste die Beziehungen zu England und treibe die Bundesrepublik in die Isolierung[387]. Ollenhauer beklagte, daß die intransigente Haltung der Bonner wie der Pariser Führung Londoner Bestrebungen einer stufenweisen Herstellung der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung entgegenstünden[388]. Demgegenüber stimmte das Gros der Parteien in Frankreich der festen Haltung des Präsidenten indes zu, was es der Regierung natürlich um so leichter machte, gegenüber den Angelsachsen auf eine feste Linie zu pochen. Daß die Parlamentarier der gaullistischen UNR die sowjetische Pressionspolitik aufs schärfste verurteilten, war kaum überraschend. Aber auch die anderen Gruppierungen von den konservativen „Indépendants" bis hin zur SFIO waren sich in der ersten außenpolitischen Debatte zur Eröffnung des neuen Parlaments Ende April darin einig, das sowjetische Drängen auf den Rückzug der Amerikaner aus Europa und die Neutralisierung Westdeutschlands nicht zu billigen[389]. Für die ins Abseits geratenen Radikalsozialisten oder die nur noch zweitrangigen Volksrepublikaner lehnten Maurice Faure oder Maurice Schumann Chruschtschows Drohpolitik ebenfalls kompromißlos ab, wobei ein wesentlicher Grund ihrer Forderung nach Härte gegenüber Moskau, wie bei de Gaulle, in der

[385] Bulletin 1959, S. 791.

[386] Von Brentano an diplomatische Vertretungen, FS AZ 204–81.00/2/94.07, 6. 5. 1959, Verschlüsselt, Reinkonzept, in: BDFD I, S. 728f., hier S. 728; s.a. Unterredung zwischen Debré und Adenauer vom 6. 5. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 612–615; Bruce an Dep. of State, Tel. 2508, 8. 5. 1959, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 676f.

[387] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1310/14, 7. 5. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 618f., hier S. 618.

[388] Vgl. Marcowitz, Option, S. 166.

[389] Vgl. Rede de la Malènes in der Assemblée Nationale, 29. 4. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959, Bd. 1, S. 385f., im Auszug auch in: BDFD III, S. 575–578.

Sorge vor einer Hinwendung der Deutschen nach Osten lag. Allerdings sondierten sie in der Deutschlandfrage durchaus vorsichtig nach Lösungsmöglichkeiten: europäischer Sicherheitspakt, demilitarisierte Zone in Zentraleuropa, Ost-West-Kontakte, nichts schien ausgeschlossen, sofern es auf der Basis der deutschen Einheit erfolgte[390].

Nur extreme politische Kräfte rieten dezidiert zum Nachgeben oder hielten es für unvermeidlich. Der von der SFIO abgesplitterte linkssozialistische „Parti Socialiste Autonome" sprach sich dafür aus, „déberliniser le problème de Berlin", und plädierte für eine allgemeine Abrüstung[391]. Die oppositionelle, auf Algerien fixierte Rechte warnte davor, Berlin nicht zu wichtig zu nehmen und die „Hiérarchie des objectifs" nicht zu vermengen. Sachliche, geographische und historische Gegebenheiten machten es evident, „que les objectifs nationaux de la France et ceux de l'Allemagne ne sont pas exactement superposables". An der Wiedervereinigung Deutschlands könne Frankreich nur Interesse zeigen, sofern sie mit den eigenen weltpolitischen Ambitionen in Einklang zu bringen sei. Ein „objectif vital" sei sie gewiß nicht[392]. Daß diese Thesen denen des Staatspräsidenten durchaus nahestanden, zeigte sich anschaulich auf der nun in Genf beginnenden Außenministerkonferenz der Vier Mächte.

[390] S. Rede Schumanns und Faures in der Assemblée Nationale, 29. 4. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959, Bd. 1, S. 392–395 u. 397f.; vgl. Rede Schumanns auf dem Parteitag des MRP vom 7.–10. 5. 1959, im Auszug in: BDFD III, S. 580–583; s.a. Lucas, Europa, S. 157 u. 161f.

[391] Rede des PSA-Vorsitzenden Depreux auf dem Parteitag vom 1.–3. 5. 1959, im Auszug in: BDFD III, 578–580, hier S. 579.

[392] „Information", 6. 3. 1959, im Auszug auch in: ebd., S. 570f.

V.1.3 Die Genfer Außenministerkonferenz 1959

„Dialog der Tauben"

Am 11. 5. trafen die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges im Palais des Nations zur ersten Sitzung zusammen. Von zweimaligen Unterbrechungen abgesehen, sollten sie annähernd drei Monate lang in der sommerlichen Hitze am Lac Leman debattieren[1]. In Bonn und Paris erwartete man sich nicht allzuviel von den Beratungen, hielt mit dieser Ansicht der Öffentlichkeit gegenüber aber hinter dem Berg. Couve de Murville erklärte bei seiner Ankunft in Genf, es dürfe keinen Fehlschlag, aber auch keine Konzessionen geben[2]. Nur notdürftig kaschierte er damit seine Überzeugung, daß die Minister kaum auch nur zu einer begrenzten Abmachung gelangen könnten[3]. Adenauer unterstrich in einem Teegespräch am 8. 5. noch einmal seine tiefe Skepsis gegenüber der Verhandlungsbereitschaft der Sowjets, die Flexibilität gnadenlos ausnutzten und als Zeichen von Schwäche betrachteten. Der Westen besaß in seinen Augen allerdings einen Trumpf, und damit mußte er wuchern: Chruschtschows Wunsch nach einem Treffen der Regierungschefs, für dessen Einlösung er „bezahlen" sollte[4]. Von Brentano äußerte sich öffentlich maßvoll optimistisch, sah die Erfolgsaussichten aber wohl wie sein Chef. Auf die persönliche Anwesenheit im Konferenzsaal verzichtete er absichtlich, um nicht mit dem DDR-Außenminister zusammentreffen zu müssen[5].

Der Auftritt von Bolz im Palais des Nations bedeutete für Ost-Berlin natürlich einen großen Prestigeerfolg. Um so wichtiger erschien es der Bundesregierung, auf die Einhaltung der ‚Kleiderordnung' zu bestehen. Als die Französische Botschaft in Bonn dem Auswärtigen Amt einen Bericht über den Fortgang der Konferenz übermittelte, bat die Koblenzer Straße eindringlich darum, tunlichst die Begriffe „Deutsche Bundesrepublik" und „die zwei Deutschländer" zu vermeiden. Hatte Moskau Ende 1958 bei den Westmächten gegen die Bezeichnungen „Sowjetische Besatzungszone", „Sowjetzone" oder „Ostzone" protestiert, die dann im offiziellen Sprachgebrauch durch die Bezeichnung „sogenannte DDR" ersetzt worden waren[6], bestand Bonn jetzt darauf, von der Bundesrepublik Deutschland und allenfalls von den beiden Teilen Deutschlands zu reden[7].

[1] Zur Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA, die vom 11. 5.–20. 6. und vom 13. 7.–5. 8. 1959 dauerte, vgl. die Dokumente in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1; FRUS 1958–1960, Bd. 8; DzD, IV. Reihe, Bd. 2; Ministère des Affaires Etrangères (Hg.), Documents de la Conférence des Quatre ministres à Genève 1959; von Siegler, Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959, 2 Bde.; aus der Sicht beteiligter Politiker und Diplomaten vgl. Baring, Bundeskanzler, S. 239–245, 255–280; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 137–139; von Eckardt, Leben, S. 566–592; Froment-Meurice, Mémoires, S. 206–212; Grewe, Rückblenden, S. 386–419; s.a. Haftendorn, Verlauf, T. 1, 2 u. 3; Kosthorst, Brentano, S. 287–307.

[2] S. Erklärung Couve de Murvilles, 9. 5. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 4.

[3] S. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 137.

[4] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 47–53, hier S. 49, Informationsgespräch, 8. 5. 1959.

[5] S. Interview von Brentanos mit dem „Bayerischen Rundfunk", 8. 5. 1959, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 1551–1553; Kosthorst, Brentano, S. 287 f.

[6] S. PA, Ref. 700, Bd. 139, Aufzeichnung Duckwitz, 700–83.01/0, 7. 1. 1959; ebd., Bd. 139a, Verbalnote der sowjetischen an die französische Regierung, 25. 12. 1958; ebd., Duckwitz an von Brentano, Vermerk 700–83.01/0, 29. 12. 1958.

[7] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 1394/95, 22. 5. 1959. Im Dezember

In ihren Kontakten mit den ostdeutschen Vertretern legte die westdeutsche Delegation in den nächsten Wochen eine Vorsicht, ja Ängstlichkeit an den Tag, die bei Amerikanern wie Franzosen auf beträchtliches Unverständnis stieß. Sie sahen diese Begegnungen als unausweichlich an und begrüßten es daher, daß ihr Beginn in der Kanzlerschaft Adenauers und nicht jener weniger sattelfester Nachfolger erfolgte[8]. Adenauer empfand das in gewisser Weise ebenso und hatte vorab darauf hingewirkt, ihm nicht ganz geheure Beamte des Auswärtigen Amtes aus der Genfer Reisegruppe herauszunehmen. So saß nicht der Leiter der Ostabteilung, Duckwitz, der zehn Jahre später als Staatssekretär eine nicht unbedeutende Rolle beim Zustandekommen des Warschauer Vertrags spielen sollte, sondern Grewe als deutscher Berater am ‚Katzentisch' im Konferenzsaal[9]. Mehr Vertrauen als dem eigenen Diplomaten brachte er dem Leiter der Europaabteilung im Quai d'Orsay, Jean Laloy, entgegen, den zusammen mit dem Direktor für politische Angelegenheiten Charles Lucet ein persönlich wie sachlich vorzügliches Verhältnis zum deutschen Gesandten Jansen verband[10] und dem er Mitte Mai über Jansen ausrichten ließ, er solle in Genf festbleiben, „auch wenn die deutsche Delegation einmal schwanke"[11].

Nachdem das Eröffnungsgeplänkel um die Sitzordnung für die deutschen Berater und die von Gromyko geforderte Teilnahme Polens bzw. der Tschechoslowakei beendet war[12], nahm die Konferenz am 13. 5. ihre eigentliche Arbeit auf. Couve de Murville erklärte in einem aus Krankheitsgründen von Lucet verlesenen knappen Eröffnungsstatement, man werde in Europa keine wirkliche Sicherheit und Stabilität gewinnen, solange die „deutsche Frage" nicht geregelt sei. Sie zu beantworten, verlange, die Teilung aufzuheben, was sich freilich nur in Etappen vollziehen könne. Frankreich erhoffe sich von den Verhandlungen im Völkerbundspalast eine Beruhigung der von Moskau ausgelösten Befürchtungen. Käme es zu derartigen Fortschritten, sei der Weg zur Gipfelkonferenz frei, auf der dann die umfassenderen Probleme der Welt zu behandeln seien[13]. In einem Vieraugengespräch mit Gromyko formulierte er seine Position noch präziser. Der von Moskau angemahnte Friedensvertrag erfordere die Wiedervereinigung Deutschlands. Da sie zur Zeit unerreichbar sei, erscheine es vernünftig, „d'imaginer un arrangement d'attente qui permettrait de vivre dans des conditions acceptables"[14].

1959 empfahl der Quai d'Orsay dem Matignon, beide Teile Deutschlands in Landkarten identisch zu färben, ihre Namensgebung aber klar voneinander zu unterschieden. Der westliche Teil sei Bundesrepublik Deutschland zu benennen, der östliche hingegen Sowjetische Besatzungszone (ebd., Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 152f., de Leusse an Dokumentationsabt. beim Generalsekretariat der Regierung, Nr. 33/EU, 18. 12. 1959, Minute).

8 S. Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 112, 15. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 895f.

9 S. Grewe, Rückblenden, S. 400.

10 S. ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Globke, 31. 7. 1959.

11 Ebd., ders. an Bach, 24. 7. 1959.

12 Zu den Sitzungen vom 12. u. 13. 5. 1959 s. DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 26–32 u. 37–55; AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54-4-32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1, 19. 5. 1959.

13 S. Erklärung Couve de Murvilles, 13. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 25f., in deutscher Übersetzung in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 45–47.

14 Unterredung zwischen dems. und Gromyko vom 12. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 9–12, hier S. 9.

Auch Herter machte die Einberufung des Gipfels in der Eröffnungssitzung von Fortschritten auf der Außenministerkonferenz abhängig. Nur Lloyd glaubte schon jetzt einen markanten Kontrapunkt setzen zu müssen und meinte, die Tagung der Außenminister könne auch dann als Erfolg gewertet werden, wenn sie keine Probleme löse[15]. Tags darauf unterbreitete der amerikanische Außenminister den in mühsamen Verhandlungen gefundenen westlichen Gesamtplan zur Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage[16], den sein sowjetischer Kollege am 15. 7. mit der Vorlage eines Friedensvertragsentwurfs konterte[17].

Trotz der scharfen Attacken der ostdeutschen Pressepropaganda und der Anfangsquerelen reagierte die westdeutsche Delegation auf diesen Auftakt mit verhaltenem Optimismus. Bestärkt durch ein Gespräch von Brentanos mit Gromyko ging sie fest davon aus, daß der Kreml um der Gipfelkonferenz willen kein Scheitern wünschte[18]. Auch am Rhein fielen die von der französischen Diplomatie aufmerksam registrierten ersten Stellungnahmen zum Genfer Geschehen günstig aus. Der von Herter vorgestellte westliche Friedensplan erzielte trotz der von Christ- oder Sozialdemokraten angeführten einzelnen Kritikpunkte allenthalben „un très bon accueil"[19]. Die SPD-Opposition stand den Moskauer Vorschlägen dezidiert ablehnend gegenüber, forderte von der Bundesregierung aber eigene Initiativen und verteidigte zugleich weiterhin ihren „Deutschlandplan" sowie die Idee des Disengagement. Einige Abgeordnete des linken Flügels befürworteten darüber hinaus auch Verhandlungen mit Ost-Berlin[20]. Nur einer fiel aus der Rolle – der Kanzler.

Von Zweifeln wegen seiner Präsidentschaftskandidatur und Sorgen um den Bestand seiner Außenpolitik „zerfressen"[21], fühlte sich Adenauer von den Verbündeten erneut übergangen, behauptete sogar, den Herter-Plan nie gesehen zu haben[22]. Seine Klagen, so urteilten selbst wohlmeinende Diplomaten, waren „wenig überzeugungskräftig". Denn die in Paris von den Außenministern Ende April vorgenommenen letzten Modifikationen waren ihm natürlich sofort mitgeteilt worden[23]. Dies hielt ihn nicht davon ab, heftig gegen den im Herter-Plan erwähnten gemischten deutsch-deutschen Ausschuß, vor allem aber gegen die Bestimmungen über ein europäisches Sicherheitssystem zu wettern. Immer noch forderte er statt des Paket-Plans eine gesonderte Berlin-Lösung[24]. Von Brentano war sich durchaus darüber im klaren, an isolierten Berlin-Gesprächen kaum vorbeizukommen, hielt ein Aufschnüren des Pakets auch für möglich, sofern die Rechts-

[15] S. Erklärungen Herters, Lloyds und Gromykos, 13. 5. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 37–45 u. 47–55; AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1, 19. 5. 1959.

[16] S. Erklärung Herters, 14. 5. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 74–85.

[17] S. Erklärung Gromykos nebst Friedensvertragsentwurf, 15. 5. 1959, in: ebd., S. 102, u. ebd., Bd. 1, S. 555–566.

[18] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Französische Delegation an MAE, Tel. 35/36, 13. 5. 1959, Réservé; ebd., Leduc an MAE, Tel. 1344/50, 15. 5. 1959.

[19] Ebd., ders. an dass., Tel. 1361/66, 18. 5. 1959.

[20] S. ebd., Seydoux an dass., Tel. 1445/48, 29. 5. 1959.

[21] Kosthorst, Brentano, S. 284; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 526.

[22] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 354 f., Tb. 15. 5. 1959.

[23] Grewe, Rückblenden, S. 401.

[24] S. Adenauer an von Brentano, 20. 5. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 246–248; Conze, Herausforderung, S. 104 f.

lage der Hauptstadt im Wartestand unangetastet bliebe. Außerdem lehnte er jede europäische Sicherheitsregelung ab, die nicht mit politischen Lösungen und Abrüstungsmaßnahmen der Großmächte verbunden wäre. In öffentlichen Auseinandersetzungen mit den Verbündeten sah er aber keinen Sinn; Kompromisse abzulehnen, selbst wenn sie dem Frieden dienten, erachtete er als falsch[25].

Die erst am fünften Konferenztag schleppend beginnenden Diskussionen über die beiderseitigen Verhandlungspositionen schlugen angesichts völlig unvereinbarer Standpunkte rasch in einen „Dialog der Tauben"[26] um. Die Notwendigkeit isolierter Berlin-Verhandlungen trat offen zutage[27] und dämpfte die Hoffnungen der westdeutschen Vertreter nicht unerheblich. Am Ende der ersten Konferenzwoche rechnete von Brentano mit keinerlei Ergebnis mehr, prognostizierte vielmehr eine Krise, sobald sich Gromyko auch einer Teillösung widersetzte. Eine Teilverständigung, die die Einberufung des Gipfels rechtfertigte, hielt er nur in der Berlin-Frage für denkbar. Sie durfte aber keine Verschlechterung des Status quo bewirken. Ob Moskau zu dem notwendigen Rückzieher bereit sein würde, schien ihm höchst zweifelhaft. Als einziges Positivum bewertete er die Zusammenarbeit mit den Amerikanern und Franzosen, wohingegen die Briten ihm gewisse Sorgen bereiteten[28]. Lloyd drängte nämlich darauf, die offiziellen Verhandlungen durch private Treffen zu ergänzen. Couve de Murville wollte davon aber nichts wissen, weil er es aus taktischen Gründen für sinnvoller hielt, auf Anstöße Gromykos zu reagieren anstatt selbst die Initiative zu ergreifen. Wenn die Konferenz dann einen toten Punkt erreiche, so offenbarte er im Kreis der vier westlichen Minister seine grundsätzliche Geisteshaltung zur Tagung, spiegele das bloß die Situation wider, „and we could go home". Nur widerwillig beugte sich Lloyd daraufhin dem Standpunkt seiner Kollegen, daß die Einberufung der Gipfelkonferenz Fortschritte der Außenminister voraussetze[29].

Was aber unter Fortschritten zu verstehen war, darüber gingen die Ansichten durchaus auseinander. Von Brentano trat mit der Forderung hervor, die Regierungschefs dürften nur dann zusammentreffen, wenn das bestehende Recht bestätigt worden sei. Doch das ging Lloyd entschieden zu weit[30]. Als der Bonner Außenminister dann in einem Zeitungsinterview die Möglichkeit einer Diskussion einzelner Teile des Herter-Plans andeutete, brachte er auch noch den amerikanischen Kollegen gegen sich auf. Herters sofortiges Dementi nahm von Brentano seinerseits prompt zum Anlaß, sich bei ihm darüber zu beschweren, daß amerikanische Diplomaten die von der Londoner Arbeitsgruppe formulierten Grundsätze eines Friedensvertrags der Presse zugespielt hatten. Scharf sprach er sich gegen die von Herter geäußerte Idee aus, den gemischten gesamtdeutschen

[25] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 284f.
[26] Grewe, Rückblenden, S. 406.
[27] S. Erklärungen Gromykos, 18. 5. 1959, Couve de Murvilles, Lloyds und Gromykos, 19. 5. 1959, Herters und Gromykos, 20. 5. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 138–172; AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 2, 23. 5. 1959.
[28] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 119, von Brentano an Adenauer, MB 549/59, 19. 5. 1959, Persönlich, Konzept; Kosthorst, Brentano, S. 290.
[29] Treffen der vier westlichen Außenminister vom 18. 5. 1959, US/Del/MC/26, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 714f., hier S. 715; s.a. Lamb, Macmillan Years, S. 331f.
[30] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 290.

Ausschuß unabhängig von der sowjetischen Akzeptierung des westlichen Verhandlungspakets einzuberufen. Mit Verdruß reagierte er außerdem darauf, daß Franzosen und Amerikaner in einer in Genf einberufenen Viermächtearbeitsgruppe über die Ausdehnung einer europäischen Sicherheitszone nachdachten und eine Diskussion durch die Vier Mächte erwogen. Um die Wogen zu glätten, willigte Herter darin ein, die Frage im Kreis der westlichen Außenminister aufzuwerfen. Eine separate Debatte über die Sicherheitszonen, darin waren sich beide einig, durfte es nicht geben. Sie war allenfalls über einen Modus vivendi in Berlin oder über die allgemeine Abrüstung zulässig. Und Herter beruhigte von Brentano, die Einrichtung etwaiger Zonen nur in Verbindung mit der Wiedervereinigung zuzulassen[31].

Mochte er bei seinem Bonner Kollegen damit auch Erfolg haben, beim Kanzler stieß er abermals auf Widerstand. Noch am Tage der Unterredung zwischen den beiden Außenministern machte er von Brentano schonungslos klar, daß die Einführung eines Sicherheitssystems auch im Fall der staatlichen Einheit mit ihm nicht zu haben sei, weil es Deutschland „zu einem Staate zweiter Klasse" degradiere[32].

Zwei Tage später konferierte von Brentano erneut mit seinen westlichen Kollegen. Couve de Murville berichtete von einem Privattreffen mit Gromyko am Morgen, bei dem sie sich nur darin einig gewesen seien, völlig uneinig zu sein. Auf Gromykos Sirenengesänge über die besondere Rolle Frankreichs ließ Couve de Murville sich nicht ein, verteidigte auch überzeugend die von Gromyko inkriminierte westdeutsche Aufrüstung sowie die deutsch-französische Partnerschaft[33]. Gemeinsam mit Herter stimmte er nun doch dem Vorschlag Lloyds zu, mit Hilfe von privaten Unterredungen mit Gromyko aus der Sackgasse herauszukommen. Herter ging davon aus, daß nur die Berlin-Frage und die Abrüstung die Basis für eine gewisse Übereinkunft abgeben könnten. Als Lloyd davor warnte, nicht zu lange mit entsprechenden Vorstößen zu warten, bremste von Brentano, weil er den Zeitpunkt für eine Diskussion über Berlin noch nicht für gekommen hielt. Da er sich ungeachtet der fehlenden Erfolgschancen des Außenministertreffens der Einberufung des Gipfels nicht in den Weg stellen wollte, pflichtete er der Position Herters bei und verlangte die Anerkennung der alliierten Aufenthaltsrechte in Berlin als Vorbedingung für den Gipfel[34]. Couve de Murville stimmte der Modifizierung der bisherigen Verhandlungstaktik zu, war sich aber keineswegs sicher, ob die „impasse [...] totale" der Konferenz damit überwunden werden könne. Worüber sollte denn überhaupt gesprochen werden, fragte er sich insgeheim, da Gromyko sich bisher jeglicher Initiativen zur Berlin-Frage entzogen hatte[35].

[31] S. Sitzung der amerikanischen Delegation vom 19. 5. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 720–722; Unterredung zwischen Herter und von Brentano vom 20. 5. 1959, US/Del/MC/38, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 726–729; Kosthorst, Brentano, S. 289 u. 291.

[32] Adenauer an von Brentano, 20. 5. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 247.

[33] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Gromyko vom 22. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 13–15.

[34] S. Treffen der vier westlichen Außenminister vom 22. 5. 1959, US/MC/49, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 747–751.

[35] Couve de Murville an MAE, Tel. 150/59, 23. 5. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 670–672, hier S. 671.

„Deadlock" in Genf

Die Beisetzungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles am 27. 5., dem Tag, an dem fast unbemerkt das sowjetische November-Ultimatum endete, veranlaßten die vier Außenminister, ihre Beratungen kurzzeitig zu unterbrechen. Eisenhower nutzte die Gelegenheit, um ihnen in einer gemeinsamen Audienz im Weißen Haus eindringlich vor Augen zu führen, wie sehr er die Gipfelkonferenz wünsche[36]. Anders als Adenauer, der am 21. 5. in einem Schreiben an Herter abermals unterstrichen hatte, daß nur über eine allgemeine Abrüstung Erfolge in den anderen Fragen erzielt werden könnten, hielt Eisenhower diese Thema nicht für prioritär und bestand darauf, die Gipfelkonferenz allein von Fortschritten bezüglich Berlins abhängig zu machen. In einer Separataudienz verständigte sich der Präsident nun mit seinem Außenminister darauf, das Berlin-Problem aus dem westlichen Paket herauszulösen und eine temporäre Regelung anzustreben[37].

Ein Weiterkommen, darin waren sich auch die westlichen Minister einig, konnte es nur in der Berlin-Frage geben. Um der Öffentlichkeit gegenüber nicht einzugestehen, daß man das eigene Verhandlungspaket aufschnürte, trachteten sie danach, Gromyko die sowjetischen Vorstellungen über etwaige Modifikationen der Berliner Rechtslage zu entlocken und die Bereitschaft zur Diskussion dann als ihre Konzession darzustellen. Wenn Couve de Murville in seinen Erinnerungen schreibt, die „Russen" hätten nun den Vorschlag gemacht, „man solle sich auf Berlin konzentrieren", so entspricht das genau dieser Taktik, selbst in der Hinterhand zu bleiben[38].

Dementsprechend drängte Herter Gromyko während des gemeinsamen Rückflugs nach Genf in geheimer Sitzung à quatre zur Darlegung seines Standpunkts über Veränderungen des Berlin-Status. Der Russe stellte in langen Auslassungen explizite Garantien zur Aufrechterhaltung der freien Ordnung und des Zugangs in Aussicht, sofern der Westen seine Truppen in Berlin abbaute und die Stationierung sowjetischer Kontingente im Westteil der Stadt zuließ. Couve de Murville erhob Bedenken. Drohten bei einer Einigung über West-Berlin, so fragte er den sowjetischen Kollegen, nicht weitere unangenehme Schritte des Kreml, etwa ein Friedensvertrag zwischen Moskau und Ost-Berlin? Gromyko schloß das zwar aus, gab aber nach Rückfragen des Franzosen zu, daß man bestimmte Übereinkommen mit der DDR plane und gewisse Verpflichtungen aufgeben wolle[39]. Herter beurteilte die Sitzung prinzipiell als zufriedenstellend. Zwei Punkte machten die Vorstellungen Moskaus für den Westen indes inakzeptabel: die Aufgabe der Besatzungsrechte zugunsten der neuen Arrangements und die Stationierung sowjetischer Truppen in West-Berlin[40].

[36] S. Unterredung zwischen Eisenhower, Couve de Murville, Lloyd, Gromyko und Herter vom 28. 5. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 771 f.

[37] S. Dillon an Herter, Tel. Tocah 48, 24. 5. 1959, Secret, in: ebd., S. 757 f.; Unterredung zwischen Eisenhower und dems. vom 27. 5. 1959, Secret, in: ebd., S. 766–770.

[38] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 138.

[39] S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 28. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 16–22; Treffen ders. vom 28. 5. 1959, US/MC/66, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 773–781.

[40] S. Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 43, 29. 5. 1959, Secret, in: ebd., S. 781 f.

Nach ihrer Rückkehr an den Lac Leman fanden die eigentlichen Verhandlungen nicht mehr im Konferenzsaal statt, der von allen Beteiligten nur noch als Schaubühne für publicitywirksame Auftritte vor der Weltöffentlichkeit genutzt wurde, sondern in geheimen Sitzungen der Vier ohne die deutschen Berater. Am 29. 5. kam man überein, die strittigen Punkte weiter zu debattieren und die Beratungen bei entsprechenden Ergebnissen privat fortzusetzen[41].

Im Kreis der westlichen Außenminister wurde am Tag darauf beschlossen, auf den Besatzungsrechten und dem ungehinderten Zugang ebenso zu beharren wie auf der Aufrechterhaltung der bestehenden Truppenstärken an der Spree. Die Stationierung sowjetischer Truppen in West-Berlin galt als inakzeptabel. Im Falle einseitiger Verletzungen des Berlin-Status und der Übertragung von Besatzungsrechten auf die DDR hielt man die Fortsetzung der Verhandlungen für nutzlos[42].

Couve de Murvilles Hoffnung, daß der Westen in der Demonstration seiner Einigkeit nicht nachließ und seine Rechte verteidigte[43], schien sich zu erfüllen. Die nächsten Sitzungen verliefen ohne Einigung, wobei Gromyko den sowjetischen Standpunkt am 1. 6. immerhin in einer schriftlichen Vorlage zusammenfaßte[44]. Ganz im Sinne der in Bonn vorherrschenden Abneigung gegen echte Konzessionen[45] versicherte von Brentano der deutschen Öffentlichkeit am 3. 6. in einem Rundfunkinterview, daß der Westen trotz der nunmehr eingeleiteten ausschließlichen Verhandlungen über Berlin keinerlei ausgreifende Kompromißformeln akzeptieren werde[46]. Tatsächlich aber begannen die westlichen Außenminister mit seiner Billigung die Suche nach Möglichkeiten, um die „phase délicate" der Konferenz zu überwinden[47]. Sie gaben damit vor allem dem Drängen der Amerikaner nach, die trotz des Stillstandes noch die Hoffnung hegten, mit den Sowjets einen akzeptablen Modus vivendi finden zu können[48]. Auf Anraten Herters[49] erklärte Eisenhower den bisherigen Stand der Verhandlungen öffentlich für ungenügend, um eine Gipfelkonferenz zu rechtfertigen. Zugleich unterstrich er seine Absicht, die Meßlatte bei den zu erreichenden Fortschritten nicht zu hoch anzulegen[50].

[41] S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 29. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 23–28; Treffen ders. vom 29. 5. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 783–788.

[42] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 148, 30. 5. 1959, Secret, Priority, Limited Distribution, in: ebd., S. 791 f.

[43] S. Couve de Murville an MAE, Tel. 206/13, 31. 5. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 735 f.

[44] S. Erklärungen Gromykos und Couve de Murvilles, 30. 5. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 404–410 u. 415–417; Erklärungen Grewes und Gromykos, 2. 6. 1959, in: ebd., S. 439–454; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 30. 5. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 29–32; Beschränktes Treffen ders. vom 1. 6. 1959, in: ebd., S. 33–36; Treffen ders. vom 30. 5. 1959, US/MC/67, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 792–797; Treffen ders. vom 1. 6. 1959, US/MC/69, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 803–809; Vorschlag der sowjetischen Delegation zu Berlin, o.D., in: ebd., S. 810 f.

[45] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Michel an MAE, Tel. 1496/500, 4. 6. 1959.

[46] S. Interview von Brentanos mit dem „Süddeutschen Rundfunk", 3. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 464–466.

[47] AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 4, 6. 6. 1959.

[48] S. Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 58, 1. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 812.

[49] S. ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 62, 2. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 818 f.

[50] S. Pressekonferenz Eisenhowers, 3. 6. 1959, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 467–469.

In einer Geheimsitzung am 3. 6. ließ der Westen erstmals Umrisse einer Kompromißformel erkennen. Nachdem er die jüngsten sowjetischen Angebote zurückgewiesen hatte, verlangte Couve de Murville in einem Fünf-Punkte-Plan namens seiner beiden Kollegen die Anerkennung der westlichen Rechte auf Stationierung von Soldaten in und auf freien Zugang nach Berlin. Er erklärte sich bereit, die Truppenstärken nicht zu erhöhen, Geheimdienstaktivitäten einzustellen und etwaige Vorschläge Moskaus über eine Modifikation der Zutrittsprozedur nach Berlin zu prüfen, sofern die Arrangements bis zur Wiedervereinigung Deutschlands befristet seien. Nach bisweilen harten Wortgefechten insbesondere zwischen ihm und Gromyko vertagte sich die Runde ohne greifbares Ergebnis[51]. Obwohl der französische Außenminister am 4. 6. noch einmal eindringlich die grundlegende westliche Konzession herauskehrte, ein Interimsarrangement für West-Berlin außerhalb des westlichen Friedensplans abzuschließen, blieb sein sowjetisches Pendant unbeeindruckt. Couve de Murville platzte daraufhin der Kragen und warf ihm vor: „You want us to undersign your occupation regime!"[52]

Während die Minister in Genf im Streit auseinandergingen, ereignete sich in Bonn Ungeheuerliches. Am selben Tag widerrief Adenauer seine Kandidatur als Bundespräsident. Zu Beginn hatte er sich offenbar von der Vorstellung blenden lassen, eine ähnlich herausragende Stellung wie de Gaulle einnehmen zu können[53], „unerschüttert" über einem nicht so homogen scheinenden Kabinett zu schweben. Es mag dem Kanzler gefallen haben, wie der Präsident die Innenpolitik mehr und mehr entpolitisierte und die Parteien als „manövrierbare Massen des obersten Schiedsrichters" behandelte. Die gaullistische UNR zeichnete sich durch Doktrinlosigkeit und unbedingte Gefolgschaft aus. Auch die Sozialisten blieben ihm in den entschiedenen Fragen treu. Das MRP kritisierte zwar seine Wirtschafts-, vertraute aber seiner Algerienpolitik. Die Radikalsozialisten konnten diesbezüglich als „resignierte de Gaulle-Anhänger" gelten. Nur die Indépendants leisteten heftigen Widerstand gegen den ihnen zu fortschrittlich anmutenden Kurs in Nordafrika[54].

Daß Adenauers innen- und außenpolitische Widersacher in Bonn wie in Moskau nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur frohlockt hatten[55], gab ihm zu denken. Klarstellungen über die Machtbefugnisse des Bundespräsidenten taten ein übriges. Offiziell begründete er seine Absage mit der im Verlauf der Genfer Konferenz verschlechterten außenpolitischen Situation[56]. Tatsächlich aber erklärt sie

[51] S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 3. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 37–43; Fünf-Punkte-Plan in: ebd., S. 151; Treffen ders. vom 3. 6. 1959, US/MC/75, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 823–833.

[52] Treffen der vier Außenminister vom 4. 6. 1959, US/MC/80, Secret, in: ebd., S. 839–844, hier S. 841; s.a. Beschränktes Treffen ders., in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 49–54.

[53] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 223f.; Heuss an Toni Stolper, 7. 4. 1959, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 421f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 517.

[54] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 194, Jansen an AA, Pol 204–81.00 3866/59, 21. 8. 1959; s.a. ebd., Kurzfassung des Berichtes Pol 204–81.00 3866/59, 1. 9. 1959.

[55] S. Dejean an Couve de Murville, Tel. 1485/87, 9. 4. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 472; von Brentano an Adenauer, 7. 4. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 261; Bruce an Dep. of State, Tel. 2283, 11. 4. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 606–611; Conze, Herausforderung, S. 134; Kosthorst, Brentano, S. 280.

[56] S. Adenauer an Krone u. Höcherl, 4. 6. 1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 544f.

sich wohl in erster Linie aus der von ihm so empfundenen Gefährdung der kontinuierlichen Fortführung seiner Politik, da der ungeliebte Bundeswirtschaftsminister Erhard als sein Nachfolger gehandelt wurde[57].

Während in Bonn ein Sturm der Entrüstung über Adenauer hereinbrach und in Paris die „impression d'incertitude et de confusion dans la direction de l'Etat" entstand[58], legte Couve de Murville in Genf nach weiteren fruchtlosen Diskussionen mit Gromyko[59] am 8. 6. eine revidierte Fassung des Fünf-Punkte-Plans vor. Darin pochte er weiterhin auf der Fortdauer der westlichen Rechte in Berlin, stellte aber eine Reduzierung der Truppenkontingente in Aussicht, erklärte sich zur Unterbindung von Geheimdienstaktivitäten sowie zur Einsetzung einer Kommission zwecks Prüfung etwaiger Modifikationen der Zugangsprozedur bereit und befristete sämtliche Angebote bis zur Wiedervereinigung. Mochte von Brentano seine Kollegen auch innerlich der Kapitulation zeihen, so hatte er doch sein Plazet zu dem Plan gegeben[60].

Da Gromyko auch in dieser Offerte keine Verhandlungsbasis sah, wünschte sich Couve de Murville eine Vertagung der Konferenz sine die[61], plädierte dann aber aus Rücksicht auf seine Kollegen lediglich für eine Unterbrechung bis Mitte Juli. Lloyd dagegen mochte nur in eine kurze Pause von wenigen Tagen einwilligen. Obwohl er dessen Argumentation zum großen Teil ablehnte, hielt sich Herter ganz zurück[62], weil ihm eine von Eisenhower erbetene Erlaubnis zu einer persönlichen Initiative bei Gromyko noch nicht vorlag[63]. Seine Hoffnungen zerplatzten bereits wenige Stunden später, als der Russe in geheimer Sitzung einen neuen, am folgenden Tag in der Vollsitzung wiederholten Plan vorlegte, der die Konferenz in die von Brentano befürchtete Krise stürzen sollte. Gromyko billigte darin die Aufrechterhaltung der westlichen Besatzungsrechte in Berlin für ein weiteres Jahr, machte sie aber von einem völlig maßlosen Katalog von Forderungen abhängig: Reduktion der westlichen Truppen in Berlin; Einstellung jeglicher Propaganda vom West-Berliner Territorium; Auflösung von Geheimdienststellen; Verbot zur Stationierung von atomaren Waffen oder Raketenanlagen in West-Berlin. Darüber hinaus verlangte er die Einsetzung einer gesamtdeutschen Kommission auf paritätischer Basis, die konkrete Maßnahmen zur Wiedervereinigung sowie die Prinzipien des Friedensvertrags ausarbeiten und die Anbahnung deutsch-

[57] S. ders. an Krone, 4. 6. 1959, in: ebd., S. 542f.; vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 331–346; Koerfer, Kampf, S. 310–366; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 522–526; Kap. V.2.2.

[58] Leduc an Couve de Murville, Tel. 1525/34, 5. 6. 1959, Urgent, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 773–775, hier S. 775; vgl. Conze, Herausforderung, S. 130 mit Anm. 27.

[59] S. Erklärungen Lloyds, Gromykos und Herters, 5. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 482f., 484f. u. 486; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 6. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 55–63; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 79, 6. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 854f.

[60] S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 8. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 64–70; überarbeiteter Fünf-Punkte-Plan in: ebd., S. 152; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 90, 8. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 856–858; Kosthorst, Brentano, S. 294.

[61] S. Couve de Murville an MAE, Tel. 343/45, 11. 6. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 795f.

[62] S. Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 92, 9. 6. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 861–863.

[63] S. ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 91, 9. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 858–861.

deutscher Kontakte erleichtern sollte[64]. Angesichts des damit neu gestellten Ultimatums und des nicht wegzuredenden „deadlock" ließ sich der britische Außenminister von seinem französischen Kollegen überzeugen, die Konferenz nun doch für einen Monat auszusetzen. De Gaulles Interesse, so hatte Couve de Murville aus Paris erfahren, ließ mehr und mehr nach. Gleichwohl war Lloyd noch immer bereit, „to grasp at any excuse to move on to the summit"[65].

Zur selben Stunde erhielt Herter von Eisenhower grünes Licht für das private Treffen mit Gromyko unter der Bedingung, daß Couve de Murville und Lloyd zustimmten und die Lage ein solches Gespräch erlaube. Falls es zu einem Abbruch käme, sollte der französische Vorschlag beherzigt und die Konferenz nach einem Monat wieder aufgenommen werden[66]. Noch immer bestand der Präsident darauf, zur Gipfelkonferenz nur dann anzureisen, wenn die Außenminister gewisse Ergebnisse erzielt hätten[67]. Tatsächlich gewann Herter am Tag darauf das Einverständnis seiner beiden Kollegen zu einem Gespräch mit Gromyko, das sie auf den 11. 6. festlegten. Für die Plenarsitzung am 12. 6 planten sie dann, eine einmonatige Unterbrechung der Konferenz offiziell bekanntzugeben. Von Brentano, der nach dieser Einigung zu dem Kreis hinzustieß, riet ebenfalls zur Unterbrechung und gegen einen Abbruch, weil das öffentliche Interesse sich sonst auf die mögliche Gipfelkonferenz konzentrierte, die unter den derzeitigen Bedingungen nur im Fiasko enden konnte[68]. Adenauer pflichtete diesem Kurs in einer Unterredung mit Seydoux in Bonn bei und sprach sich für eine Pause von zwei bis drei Wochen aus. „Il souhaite qu'à Moscou, l'on soit persuadé de l'impossibilité d'aller au sommet dans ces conditions."[69]

Kurz bevor Herter mit Gromyko zusammentraf, legte Lloyd nach entsprechenden Instruktionen von Macmillan sein Veto gegen den vereinbarten Hinweis auf die Konferenzunterbrechung ein. Couve de Murville erklärte daraufhin, aufgrund anderweitiger Verpflichtungen noch kein Datum für die Wiederaufnahme der Konferenz nennen zu können. Nach dem annähernd zweistündigen Gespräch zwischen dem Amerikaner und dem Russen war allen Beteiligten klar, daß die folgenden Tage die Entscheidung über das Schicksal der Veranstaltung bringen mußten[70].

Nachdem die Vollsitzung vom 12. 6. und eine weitere geheime Besprechung keine Annäherung der divergierenden Standpunkte erbracht hatten[71], reiste

[64] S. ders. an dass., Tel. Cahto 97, 9. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 865–867; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 9. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 71–76; Erklärungen Gromykos, Herters und Couve de Murvilles, 10. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 525–538 u. 542–545.

[65] Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 95, 9. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 864f., hier S. 865; s.a. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 10. 6. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 790f.

[66] S. Dillon an Herter, Tel. Tocah 90, 9. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 868f.

[67] S. Eisenhower an dens., mitgeteilt in: Henderson an dens., Tel. Tocah 93, 10. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 876f.

[68] S. Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 99, 10. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 872f.

[69] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1593/98, 11. 6. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 793f., hier S. 794.

[70] S. Couve de Murville an MAE, Tel. 343/45, 11. 6. 1959, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 795f.; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 105, 12. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 879–884; ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 106, 12. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 891f.

[71] S. Erklärungen Lloyds, Gromykos, Grewes und Couve de Murvilles, 12. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 567–582; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 15. 6. 1959, in: DDF

Couve de Murville übers Wochenende zu Beratungen mit seiner Regierung nach Paris. De Gaulle drängte zur westlichen Einheit, glaubte kaum noch an einen Durchbruch und lehnte daher einen Gipfel unter den derzeitigen Umständen dezidiert ab[72]. Nach seiner Rückkehr forderte Couve de Murville die westlichen Kollegen definitiv zur Vertagung auf. Auch die Beendigung wollte er nicht ausschließen, getreu der Devise, ein Abbruch der Außenministertagung sei besser als der Abbruch einer Gipfelkonferenz. Während Herter ihn unterstützte, wünschte Lloyd die Fortsetzung der Verhandlungen, weil Macmillan den Gipfel um fast jeden Preis anstrebte. Um den Zusammenbruch der westlichen Front zu vereiteln, gingen Couve de Murville und Herter darauf ein. Die Minister vereinbarten aber die Vorlage eines neuen Berlin-Vorschlags, den man mit der Forderung nach einer Unterbrechung der Verhandlungen koppeln wollte. Von Brentano stimmte dem Kurs zu und schlug vor, die Frage des Gipfels auf einer neuen Außenministerkonferenz zu entscheiden. Bevor man auseinanderging, setzte Herter seine Kollegen von der Überlegung Eisenhowers in Kenntnis, in einer persönliche Botschaft an Chruschtschow auf die Gefährdung des Gipfels aufmerksam zu machen. Höchst interessiert vernahm er, wie Couve de Murville bei der Verabschiedung fallenließ, am Ende des derzeitigen Prozesses könne ein Besuch des Kreml-Chefs im Weißen Haus stehen[73].

Noch am selben Tag schickte der amerikanische Präsident seine Botschaft an den Kreml[74]. Kurz darauf wandte er sich an Whitehall, um Macmillan den Plan zur Einberufung eines informellen Gipfeltreffens auszureden[75]. Am Abend des 16. 6. ließ Herter dann Gromyko den neuen Berlin-Vorschlag zukommen, der in vier Punkten über die bisherigen Angebote hinausging und damit im Selbstverständnis zumindest der französischen Delegation die Grenze der Konzessionsfähigkeit markierte[76]. Der Westen verzichtete nicht nur erstmals auf eine ausdrückliche Bestätigung der Besatzungsrechte, er stellte auch eine Reduzierung seiner Truppen in Berlin in Aussicht, sicherte deren rein konventionelle Bewaffnung zu und beschränkte die Dauer der Regelung bis zur Wiedervereinigung unter dem Vorbehalt etwaiger späterer Übereinkommen der Vier Mächte[77].

Eine kurze Geheimsitzung der vier Minister am 17. 6. stellte klar, daß Gromyko diese Zugeständnisse immer noch nicht ausreichten[78]. Zur gleichen Stunde

1959, Annexes, Bd. 1, S. 81–87; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 115, 15. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 901.

[72] Vgl. de Gaulle an Macmillan, 15. 6. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 232.

[73] S. Couve de Murville an MAE, Tel. 378/82, 15. 6. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 804 f.; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 112, 15. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 895 f.; ders. an dass., Tel. Cahto 116, 16. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 904; Treffen der vier westlichen Außenminister vom 15. 6. 1959, US/MC/108, Secret, in: ebd., S. 897–900.

[74] S. Eisenhower an Chruschtschow, mitgeteilt in: Dillon an Moskau, Tel. 2117, 15. 6. 1959, Secret, Priority, in: ebd., S. 901–903; zum Verhältnis beider Politiker vgl. die – gewiß nicht völlig befriedigende – Studie von Jochum, Eisenhower.

[75] S. Macmillan an Eisenhower, o.D., Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 906–908; Eisenhower an Macmillan, 16. 6. 1959, mitgeteilt in: Dillon an London, Tel. 10996, 17. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 908–910; Macmillan, Pointing the Way, S. 68–70; Lamb, Macmillan Years, S. 332.

[76] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54-4-32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 6, 23. 6. 1959.

[77] S. Vorschlag der westlichen Delegationen, 16. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 635–637.

[78] S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 17. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1,

ging in Washington Chruschtschows negative Antwort auf Eisenhowers Brief ein[79]. Aus Sorge um die seiner Meinung nach stetig schwindende Unterstützung der Öffentlichkeit empfahl von Brentano am Tag darauf gegenüber Herter eine prompte Unterbrechung der Konferenz um einen Monat[80]. Am Nachmittag mußte auch Lloyd im Kreis der westlichen Minister einlenken. Man sprach sich für die Vertagung aus, sofern Gromyko den jüngsten Berlinvorschlag zurückweisen sollte[81].

Während der sowjetische Regierungschef im fernen Moskau den Ton mit einer unversöhnlichen Rede noch verschärfte[82], unterbreitete sein Außenminister am 19. 6. in Genf einen Gegenvorschlag, der außer einer Verlängerung der Frist auf achtzehn Monate für die westlichen Besatzungsrechte nichts Neues brachte[83]. Herter beantragte daraufhin eine Sitzungspause, um die westliche Reaktion abzustimmen. Zögerlich beugte sich Lloyd der einhelligen Überzeugung seiner Kollegen, daß die Offerte unannehmbar und eine Unterbrechung der Konferenz nunmehr unumgänglich sei[84]. Tags darauf faßten die Minister in einer Plenarsitzung offiziell den Beschluß zur Vertagung und erklärten in einem Kommuniqué, die Verhandlungen am 13. 7. in Genf wieder aufnehmen zu wollen[85].

In Bonn wie in Paris herrschten Erleichterung. Trotz verstärkter Anzeichen englischer Sonderwünsche war Lloyd aus der westlichen Phalanx bisher nicht ausgeschert. Wenn von Brentano in einer Pressekonferenz die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Verbündeten rühmte und „nicht die Nuancen eines Unterschieds" bemerkt haben wollte, so traf dieses Lob indes nicht einmal auf Couve de Murville zu[86]. Der pries ebenfalls die gute Kooperation, vergaß aber nicht hinzuzufügen, daß keineswegs von einem „front franco-allemand" gesprochen werden könne[87]. Gleichwohl sah Adenauer die westliche Solidarität bestätigt[88] und bedankte sich bei den Außenministern für die „vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit" wie für die Bemühungen „um eine gerechte und freiheitliche Lösung der Deutschland berührenden Fragen". Couve de Murville gegenüber unterstrich er seine Genugtuung über den „Geist des Vertrauens und der

S. 90–92; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 126, 17. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 911f.

79 S. Chruschtschow an Eisenhower, mitgeteilt in: Davis an Dep. of State, Tel. 2570, 17. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 913–917.

80 S. Herter an dass., Tel. Cahto 130, 18. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 917.

81 S. ders. an dass., Tel. Cahto 131, 18. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 918.

82 S. Rede Chruschtschows in Moskau, 19. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 665–679.

83 S. Erklärung Gromykos, 19. 6. 1959, in: ebd., S. 652–654.

84 S. Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 19. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 94f.; Treffen ders. vom 19. 6. 1959, US/MC/114, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 921–926; Treffen der vier westlichen Außenminister vom 19. 6. 1959, US/MC/110, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 927–929; Erklärung der Außenminister der drei Westmächte, 19. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 654f.

85 S. Treffen der vier Außenminister vom 20. 6. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 234f.; Schlußkommuniqué der ersten Phase der Außenministerkonferenz, 20. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 706.

86 Pressekonferenz von Brentanos und Grewes, 20. 6. 1959, in: ebd., S. 707–716, hier S. 708; s.a. Interview von Brentanos mit dem „Hessischen Rundfunk", 24. 6. 1959, in: ebd., S. 740–743.

87 Couve de Murville an MAE, Tel. 150/59, 23. 5. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 670–672, hier S. 672.

88 S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1719/22, 22. 6. 1959, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 862.

Freundschaft, der auch zwischen unseren Völkern immer weiter wächst", und sah darin „ein ermutigendes und hoffnungsvolles Zeichen" für die gemeinsamen Anstrengungen um Frieden und Freiheit[89].

In Bonn würdigte man Frankreichs Rolle alles in allem als „chef de file de la politique occidentale de fermeté vis-à-vis des Soviets", doch hier und da wurden dem Nachbarn auch egoistische Motive unterstellt[90]. Bezeichneten wohlmeinende Kommentatoren Couve de Murvilles Erklärungen in Genf als aufrichtig, überzeugend und ehrlich[91], sahen kritische Kollegen seine Härte gegenüber den Sowjets lediglich als „billiges Gegengeschenk" an die Deutschen[92]. Glaubten die ersteren, das „neue Verhältnis Deutschland-Frankreich" habe seine erste Belastungsprobe in Genf glänzend bestanden[93], unterstrichen die letzteren, die Gebärden des Außenministers als „leidenschaftlicher Herold der deutschen Einheit" kosteten Frankreichs nichts, zwängen aber die Bundesrepublik zur Unterstützung in den Problemzonen französischer Außenpolitik: europäische Integration und Algerien[94].

„Gezwungen, das französische Tabu in der Algerienfrage zu respektieren"

Daß dies mehr als eine bloße Vermutung war, hatte sich in den vergangenen Wochen zumindest in der Algerienfrage wiederholt bewahrheitet. In der Bonner Diplomatie gewann man den Eindruck, der französische Staatspräsident sei mit seinem Vorgehen in Nordafrika bestrebt, „das letzten Endes die gesamte westliche Gemeinschaft belastende Trauma der französischen Wehrmacht zu heilen und sie zu einer militärischen Potenz mit gesundem Selbstbewußtsein zu machen". Diese Taktik schien durchaus geeignet, die „gefährliche politische Verstrickung der französischen Armee in Algerien in unerwartet hohem Ausmaß zu lösen" und diejenigen Kräfte, die ihn als Verzichtspolitiker verunglimpften, zu schwächen. De Gaulle, so meldete Jansen Mitte Mai aus Paris, suche nach einem fairen Frieden und einer liberalen Lösung des Problems. Indem er die FLN-Algerier als tapfere Soldaten bezeichne, erweise er ihnen Respekt und mache sie offenbar verhandlungsbereiter. Noch ging der FLN nicht auf ihn zu, doch de Gaulle ließ sich nicht entmutigen. Vor allem: die Armee war weitgehend entpolitisiert, nachdem sich das Volk in überwältigender Weise hinter ihn gestellt hatte. Die Gefahr eines neuen 13. Mai war damit wohl gebannt[95].

Die bundesdeutsche Nordafrikapolitik befand sich nach wie vor in einem Dilemma. Angesichts der fast uneingeschränkten französischen Unterstützung der wesentlichen deutschen nationalen Anliegen sah sich die Bundesregierung prinzipiell „gezwungen, das französische Tabu in der Algerienfrage mindestens so lange

[89] Adenauer an dens., 23. 6. 1959, in: BDFD I, S. 731; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 120, ders. an Herter, 23. 6. 1959; ebd., ders. an Lloyd, 23. 6. 1959.
[90] AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Michel an MAE, Tel. 1496/500, 4. 6. 1959.
[91] S. Artikel Rodens, in: „Das Neue Journal", 17. 6. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 585 f.
[92] Artikel von „Sipax", in: „Nürnberger Nachrichten", 23. 5. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 584 f., hier S. 585.
[93] Artikel Rodens, in: „Das Neue Journal", 17. 6. 1959.
[94] Artikel von „Sipax", in: „Nürnberger Nachrichten", 23. 5. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 585.
[95] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 228, Jansen an AA, Pol 204–81.21/2773/59, 20. 5. 1959.

zu respektieren, wie die Mission des französischen Staatspräsidenten, eine friedliche und ehrenvolle Lösung des Problems zu erreichen, nicht aussichtslos erscheint". Zunehmend schwerer fiel es ihr aber, die Grenze zu ziehen, bis zu der die Rücksichtnahme auf Frankreich das deutsche Ansehen in Nordafrika nicht schädigte[96]. Eine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse war am Ende des ersten Regierungsjahres de Gaulles nicht in Sicht. Wenngleich sich die innenpolitischen Voraussetzungen positiv entwickelt hatten, mußte der General weiterhin sorgsam darauf achten, daß die Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit nicht um den Preis der Desintegration Frankreichs von statten ging. Und selbst wenn es ihm gelänge, den blutigen Krieg zu beenden und damit dieses „Krebsgeschwür am Leibe Frankreichs" zu operieren, so war damit doch nur die erste Etappe einer Lösung erreicht, der dann die zukünftige Entwicklung der afro-asiatischen Völkergruppe nachfolgen mußte[97].

Während die SPD-Opposition eine Befriedung Algeriens nach französischem Muster für „nicht durchführbar" erachtete[98], warb der Kanzler dafür, des Präsidenten Algerienpolitik mit Geduld und Sympathie zu verfolgen[99]. Dies bedeutete aber nicht, daß die Bundesregierung sich als willenloser Gefolgsmann vereinnahmen ließ. Da sie die Nordafrikapolitik nicht wie Frankreich unter nationalen Vorzeichen, sondern als Teil des Kampfes gegen die sowjetische Bedrohung sah, trachtete sie danach, die freie Gestaltung der Verhältnisse zu den unabhängigen nordafrikanischen Staaten mit Ausnahme Algeriens zu wahren, ja zu aktivieren. Dafür sprachen nach Meinung des Auswärtigen Amtes nicht nur das „gewaltige Vertrauenskapital" der Bundesrepublik, sondern auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten[100]. Folglich war es nur zu verständlich, daß es Bonn nicht immer leicht fiel, auf die Pariser Empfindlichkeiten einzugehen. Dies zeigte sich etwa in der wieder aufflammenden Telefunken-Angelegenheit[101], als die Franzosen abermals Gegenmaßnahmen für den Fall fortgesetzter Aktivitäten der Firma in Nordafrika androhten, obwohl sie zugaben, daß die Deutschen keine gesetzliche Handhabe besaßen, um diese Geschäfte zu unterbinden[102]. Da die Bundesregierung Regreßansprüche des Unternehmens befürchtete, wies das Auswärtige Amt die Unterstellung, Telefunken liefere seine Funkgeräte nicht, wie behauptet, nach Tunesien, sondern an die algerischen Aufständischen, als haltlos zurück und betrachtete die Sache damit als erledigt[103]. Paris lenkte kurzzeitig ein[104], erhob aber Mitte Juni erneut schwere Vorwürfe, als bekannt wurde, daß Telefunken 1957 einer amerikanischen Firma Produkte für die marokkanische Armee verkauft hatte, die dann zum Teil nach Algerien weitergeleitet worden waren[105]. Wenig später wurden

[96] Ebd., Bd. 223, Aufzeichnung des AA 205–83.00/94.07, 22. 5. 1959.
[97] Ebd., Bd. 273, Jansen an dass., Pol 204–81.21 3046/59, 15. 6. 1959.
[98] SPD-Fraktionssitzung, 10. 4. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 273.
[99] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 64, Informationsgespräch, 4. 6. 1959.
[100] PA, BStS, Bd. 343, Carstens an van Scherpenberg, Aufzeichnung 205–82.00/90.38, 17. 7. 1959, im Auszug in: BDFD I, S. 732–735, hier S. 735.
[101] Vgl. Kap. V.1.2.
[102] S. PA, Ref. 205, Bd. 12, AZ 82.01/0–82.70/90.09, Sarrazin an Referat 413 im AA, Vermerk 205–82.50/90.02, 10. 4. 1959, Konzept.
[103] S. ebd., Schlitter an Harkort, Aufzeichnung 410–1184/59, 23. 4. 1959.
[104] S. ebd., von Bargen an Referat 410 im AA, Aufzeichnung, 27. 5. 1959.
[105] S. ebd., Harkort an Paris, Tel. AZ 413–87.40–641/59, 19. 6. 1959.

beim FLN Geräte entdeckt, die aus einer Lieferung vom Oktober 1958 stammten. Zwar würdigten die Franzosen das loyale Verhalten der Bundesregierung und anerkannten die schwierige Rechtslage, kritisierten aber das Verhalten des Herstellers um so schärfer[106]. Namentlich Debré schürte die „Telefunken-Affäre" noch, und es bedurfte erheblicher Überzeugungsarbeit Bonner Diplomaten, um ihn wieder zu beruhigen[107].

Weitere Streitfälle erschwerten dieses Geschäft. Ob die in Paris „außerordentlich ernst" genommene Entführung eines französischen Deserteurs arabischer Volkszugehörigkeit[108], die im Büro der „Neuen Gesellschaft" in Hamburg abgehaltene Pressekonferenz eines Mitglieds des GPRA oder die Duldung des FLN-Büros unter dem Dach der tunesischen Botschaft in Bonn – für Frankreich allemal Anlaß genug, um die Deutschen an ihre Bündnispflichten zu erinnern und vor „répercussions fâcheuses" zu warnen[109]. Die Bundesregierung tat, was in ihrer Macht stand, bemühte sich sogar diskret bei den NATO-Staaten darum, die Algerienpolitik zu harmonisieren[110], dachte aber auch aus Sorge vor einer die bilateralen Beziehungen belastenden Generaldebatte im Deutschen Bundestag[111] nicht daran, die eigenen Interessen den französischen völlig zu opfern. Als Paris entgegen früheren Zusagen im Sommer 1959 darauf drängte, den EWG-Investitions- und Entwicklungsfonds für die Finanzierung von Wirtschafts- und Sozialprojekten in Algerien anzuzapfen, wies Bonn dieses vertragswidrige Ansinnen entschieden zurück[112]. Vor einer direkten Einmischung in den Algerienkonflikt schreckte Adenauer indes aus Rücksicht auf die „Bündnisgemeinschaft mit Frankreich" stets zurück[113], und dies hing eben nicht zuletzt mit dem Gefühl der Abhängigkeit von einer wohlwollenden Haltung de Gaulles in der „deutschen Frage" ab.

„L'impasse a été complète sur le problème allemand"

Mochte der erste Abschnitt der Genfer Außenministerkonferenz die westliche Solidarität auch nach der Einschätzung deutscher wie französischer Politiker gefestigt haben, so blieb doch fraglich, ob das Verständigungsbestreben der Briten sie nicht doch zu gefährlichen Konzessionen an die Adresse der östlichen Vormacht bewegen würde. „L'impasse a été complète sur le problème allemand dans son ensemble", lautete das bisherige Fazit im Quai d'Orsay. „L'opposition des conceptions en ce qui concerne la réunification est plus profonde que jamais"[114].

[106] S. ebd., Kutscher an AA, FS Nr. 479, 22. 6. 1959, Verschlüsselt.
[107] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 98b, Bl. 46–51, Jansen an Blankenhorn, 30. 7. 1959.
[108] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Aufzeichnung van Scherpenberg, St.S. 539/59, 30. 6. 1959.
[109] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2036/39, 15. 7. 1959, Très urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 47f., hier S. 48.
[110] S. de Beauverger an Couve de Murville, Nr. 707, 5. 8. 1959, in: ebd., S. 145–147.
[111] S. AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 40, Seydoux an MAE, Tel. 2199/201, 4. 8. 1959.
[112] S. ebd., Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 189, Bl. 98, Unterabt. europäische Organisationen an Bonn, Tel. 3151/52, 30. 6. 1959, Réservé.
[113] PA, BStS, Bd. 343, Carstens an van Scherpenberg, Aufzeichnung 205-82.00/90.38, 17. 7. 1959, im Auszug in: BDFD I, S. 732–735, hier S. 735.
[114] AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54-4-32, Bericht des MAE über die erste Hälfte der Genfer Konferenz, o.D. Der Bericht diente zur Unterrichtung de Gaulles, Debrés, der Abteilungen im Quai d'Orsay

Wie sollte es nun weitergehen? Der frühere Regierungschef Mendès France forderte den Westen dazu auf, seinen starren Negativismus aufzugeben, um die aus seiner Sicht drohende amerikanisch-sowjetische Verständigung zu verhindern[115]. Während Couve de Murville sich in einem Fernsehinterview am 20. 6. betont zurückhaltend über die weiteren Perspektiven am Lac Leman äußerte[116], zeigte sich von Brentano am selben Tag auf einer Pressekonferenz verhalten zuversichtlich. Er hoffte sogar, daß die Verhandlungen im Juli wieder auf den ursprünglichen Kurs zurückgeschoben werden könnten und sich nicht mehr auf eine isolierte Berlin-Lösung beschränkten[117].

Sein Zweckoptimismus war durch nichts gerechtfertigt, entsprang wohl in erster Linie innenpolitischen Erwägungen, da die Liberalen jetzt mit der Forderung nach Gesprächen zwischen Ost- und Westdeutschen aufwarteten und die Einrichtung eines gesamtdeutschen Ausschusses anmahnten[118]. Aber auch im Kreis der eigenen Mitarbeiter trat Bewegung ein. Am weitesten schritt der zur Vorbereitung der Genfer Konferenz von seinem Posten in Washington in die Zentrale berufene Albrecht von Kessel mit seinen Gedanken voran. Am 1. 6. empfahl er dem Auswärtigen Amt, sich von der „Zwangsjacke" der Hallstein-Doktrin zu befreien[119]. Andere Beamte machten sich Gedanken darüber, ob die vom Bundestag im Juli 1958 entwickelte Idee einer Viermächtekommission nicht wiederbelebt werden könne, die, mit assoziierten deutschen Beratern versehen, dieselben Aufgaben wie die Genfer Konferenz wahrnehmen sollte. Ihnen schwebte ein Gesamtplan vor, der den letzten westlichen Berlin-Vorschlag mit der Bildung einer gesamtdeutschen Kommission auf paritätischer Basis verknüpfte und ihr die Aufgabe zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und der Ausdehnung der innerdeutschen Kontakte übertrug. Auch an eine Gewaltverzichtserklärung wurde gedacht. Vorteil dieser Überlegungen, so erläuterte der Leiter des Referats Wiedervereinigung im Auswärtigen Amt, Fechter, dem französischen Botschafter, sei die scheinbare Kombination der Berlin-Frage mit der von Gromyko vorgeschlagenen gesamtdeutschen Kommission, wobei einer der wesentlichen Unterschiede die Dauer der Berlin-Regelung sei. Folgt man der Berichterstattung Seydouxs, wurden derartige Erwägungen in Bonn allgemein begrüßt. Da weitere Zugeständnisse hinsichtlich Berlins als unannehmbar gelten würden, sei die Deutschlandfrage aus Sicht der Bundesregierung die einzige Ebene, auf der die Genfer Konferenz fortgesetzt werden könne[120].

Entsprechend dieser Konzeption besprach von Brentano am 20. 6. mit Lloyd und Couve de Murville die Möglichkeit, die gemischtdeutsche Kommission

und zahlreicher Auslandsmissionen (ebd., Abt. Europa im MAE, Sammelliste Nr. 250/EU, 21. 7. 1959).

[115] S. Artikel von Mendès France, in: „L'Express", 25. 6. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 587f.

[116] S. Fernseh- und Rundfunkinterview Couve de Murvilles, 20. 6. 1959, in deutscher Übersetzung in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 723f.; vgl. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Französische Delegation an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 6, 23. 6. 1959.

[117] S. Pressekonferenz von Brentanos und Grewes, 20. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 707–716.

[118] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 20. 6. 1959, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 448–450; vgl. Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 90f.

[119] PA, Ref. 700, Bd. 137, Aufzeichnung von Kessel, 1. 6. 1959; zu von Kessel vgl. Hahn, Wiedervereinigungspolitik, S. 239 mit Anm. 107.

[120] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1780/85, 26. 6. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 889f.

durch ein Viermächtegremium mit deutschen Beratern zu ersetzen. Den Viermächtevertretern sollte dabei das Recht eingeräumt werden, den Deutschen die Aufgabe zu übertragen, Verbesserungsvorschläge für die innerdeutschen Kontakte zu unterbreiten und Prinzipien eines Friedensvertrags sowie Fragen zur Wiedervereinigung zu prüfen. Herter begrüßte diesen Plan[121] und legte Eisenhower am 25. 6. ein Grundsatzpapier vor, das die Bonner Überlegungen mit einer Berlin-Regelung verband: Bildung einer Viermächtekommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland; Zusammenarbeit der Kommission mit deutschen Beratern, die konkrete Maßnahmen für die Wiedervereinigung mit freien Wahlen zum geeigneten Zeitpunkt vorschlagen und Prinzipien für einen Friedensvertrag ausarbeiten sowie Vorschläge über die Ausdehnung technischer Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands unterbreiten sollten; Wiederaufnahme der Verhandlungen durch die Minister nach einer noch näher zu bestimmenden Zeitspanne. Im zweiten Teil des Papiers empfahl Herter zur Verhütung von Spannungen in Berlin die Beschränkung und die rein konventionelle Ausrüstung der dortigen Truppen, verlangte den freien Zugang zur Stadt für Personen, Waren bzw. Kommunikation und erklärte sich unter Einschaltung eines UNO-Vertreters zur Unterbindung von Aktivitäten bereit, die die öffentliche Ordnung störten[122].

An der Seine zeigte man sich ob der Bonner Kompromißfreudigkeit höchst irritiert. Von Brentano sah sich daher genötigt, in Paris klarstellen zu lassen, daß die westlichen Außenminister die Grenze ihrer Konzessionsfähigkeit in Genf erreicht hätten. Mit Blick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Volksdemokratien oder die Unterzeichnung von Abkommen über den Gewaltverzicht beteuerte Staatssekretär van Scherpenberg Ende Juni im Gespräch mit Seydoux, die Bundesregierung behalte sich zwar eine gewisse Handlungsfreiheit vor, werde aber keinerlei Entscheidungen ohne Konsultation der Verbündeten treffen. Eine Anerkennung der DDR sei ausgeschlossen[123].

Derweil plädierte Macmillan gegenüber Eisenhower dafür, von der bisherigen Forderung nach einer Berlin-Regelung bis zur Wiedervereinigung Abstand zu nehmen und sich jetzt auf eine interimistische Lösung einzulassen, was dem letzten Vorschlag Gromykos sehr entgegen kam[124]. Anstatt darauf einzugehen, billigte der Präsident am 1. 7. den Vorschlag seines Außenministers, untersagte ihm aber, ihn den Verbündeten zugänglich zu machen[125]. Herter beauftragte daraufhin seinen Botschafter in Bonn, die deutsche Haltung in bezug auf eine Viermächtekommission mit deutschen Beratern zu sondieren. Nach entsprechenden Beratungen mit Grewe und Duckwitz und unter Einbeziehung ähnlicher Überlegun-

[121] Vgl. Unterredung zwischen Lloyd und Herter vom 20. 6. 1959, US/MC/112, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 930f.

[122] S. Unterredung zwischen Eisenhower und dems. vom 25. 6. 1959, Secret, nebst Anlagen, in: ebd., S. 943–947.

[123] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 1825/26, 29. 6. 1959, Réserve; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 298.

[124] S. Caccia an Herter, 23. 6. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 935–938; Macmillan an Eisenhower, o.D., Top secret, in: ebd., S. 938–940; Macmillan, Pointing the Way, S. 71–73.

[125] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 1. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 962.

gen von Eckardts schloß von Brentano am 7. 7. gegenüber Bruce eine Zustimmung zur gesamtdeutschen Kommission aus, solange sie keine klar umrissene Aufgabe habe. Abermals kam er auf den Gedanken eines Viermächteausschusses mit deutschen Beratern zurück, deren Vollmachten bzw. Funktionen durch ihn klar definiert sein müßten. Auf eine paritätische Zusammensetzung glaubte er unter diesen Umständen verzichten zu können[126]. Kurz darauf später legte Grewe ihm nach Abstimmung mit Duckwitz ein entsprechendes Konzept vor, das über eine Verbindung der letzten westlichen Offerte mit dem Vorschlag eines Vier-Mächte-Gremiums sowie direkter Gespräche zwischen deutschen Sachverständigen die „deutsche Frage" auf die Tagesordnung zurückholen sollte. Eine Gipfelkonferenz wurde nur dann akzeptiert, sofern sie nicht über die Berlin-Frage, die allein Thema der gegebenenfalls erneut zu unterbrechenden Außenministerkonferenz bleiben sollte, sondern über Abrüstung, Deutschland, europäische Sicherheit und allgemeine Entspannungsmaßnahmen verhandelte[127]. Am 8. 7. legte von Brentano das Papier dem Kanzler vor und konfrontierte ihn nun auch mit dem Gedanken, in Genf Vereinbarungen über einen Gewaltverzichtsvertrag mit Polen und der Tschechoslowakei anzuregen[128].

Adenauer hatte in den vergangenen Wochen unaufhörlich sein Credo der Entspannung durch allgemeine Abrüstung gepredigt, von Chruschtschow einen Preis für die Gipfelkonferenz verlangt, menschliche Erleichterungen für die Bevölkerung in der DDR und für Berlin einen Modus vivendi auf der Grundlage der Agententheorie gefordert[129]. An diesen Zielen hielt er auch nach der Abreise der Außenminister aus der Schweiz fest. Er wünschte daher im Gegensatz zu von Brentano auch nicht, daß sich die Minister mit der „deutschen Frage" insgesamt beschäftigten[130]. Als Grundbedingung für die Durchführung des Gipfeltreffens verlangte er in einem Schreiben an de Gaulle Mitte Juni lediglich die Einigkeit des Westens[131]. Dem General erschien das reichlich wenig, da er den „risque quelque peu fâcheux" der Veranstaltung nur eingehen wollte, wenn sie konkrete Ergebnisse zeitigte[132].

In den Wochen darauf verfestigte sich beim Kanzler noch der Eindruck, daß Chruschtschow nach der Denkpause in Genf keinen neuen Kurs fahren werde. Im Anschluß an ein zehnstündiges Gespräch mit dem Kreml-Chef Ende Juni zeichnete der ehemalige amerikanische Botschafter Harriman Adenauer gegenüber am 2. 7. das Porträt eines arroganten und impulsiven Mannes, das den Bonner Regierungschef noch darin bestärkte, die „deutsche Frage" aus den Genfer Verhandlun-

[126] S. Bruce an Dep. of State, Tel. 55, 7. 7. 1959, Secret, Priority, Limited Distribution, in: ebd., S. 967 f.; zu den Überlegungen von Eckardts s. dessen undatiertes Memorandum, in: von Eckardt, Leben, S. 580–582.

[127] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 298 f.

[128] Vgl. von Brentano an Adenauer, 23. 7. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 270–272.

[129] S. Informationsgespräch Adenauers mit „Paris Match", 12. 6. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 584–589; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 76–85, Informationsgespräch, 12. 6. 1959; ebd., S. 86–96, Informationsgespräch, 16. 6. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 296 f.

[130] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1719/22, 22. 6. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 862.

[131] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 19. 6. 1959.

[132] De Gaulle an Adenauer, 20. 6. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 233.

gen möglichst herauszuhalten und statt dessen die allgemeine, kontrollierte Abrüstung in den Vordergrund zu schieben[133].

Eine Woche später teilte von Brentano Seydoux mit, die Einschätzung der Bundesregierung über die Genfer Konferenz habe sich inzwischen gewandelt. Er sei sich mit dem Kanzler nunmehr darüber einig, daß die zu erwartenden Resultate das Gipfeltreffen doch zuließen. Es scheine ihm ratsam, daß die westlichen Außenminister nach der Wiederaufnahme der Konferenz zunächst den Friedensplan vom 14. 5 wiederholten und über Berlin erst später verhandelten. Ein entsprechendes Dokument werde seinen Kollegen in Kürze zur Information zugehen[134].

Daß Adenauer diesen Plan am Vortag nicht akzeptiert hatte[135], behielt von Brentano für sich. Die Obstruktion des Kanzlers[136] zwang den Minister, ihm am 10. 7. eine abgemilderte Fassung vorzulegen. Ausdrücklich wies von Brentano Adenauer darauf hin, daß von Auftragsverhandlungen in einem gesamtdeutschen Gremium nur noch in rudimentärer Form die Rede sei. Bei einer weiteren Erörterung der Berlinfrage müßten neue Konzessionen ausgeschlossen werden. Der einzige Verhandlungsspielraum auf der Grundlage des westlichen Vorschlags vom 16. 6. liege in der Verbindung des dortigen Berlin-Vorschlags mit dem Angebot zur Bildung einer Viermächtekommission zwecks Erörterung der Deutschlandfrage mit deutschen Beratern. Der Kommission bleibe es freigestellt, diese Berater mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu beauftragen. Der Ausschuß solle maximal zweieinhalb Jahre tagen. Danach hätten die Außenminister wieder das Wort. Sei eine Gipfelkonferenz ungeachtet fehlender Fortschritte unausweichlich, könne sie nur akzeptiert werden, wenn die Außenministertagung erneut unterbrochen würde, die Regelung der Berlinfrage den Ministern vorbehalten bliebe und das Gipfeltreffen sich vornehmlich mit der Abrüstung beschäftige. Das Stichwort europäische Sicherheit war damit entfallen. Für den Fall einer sowjetischen Ablehnung der Viermächtekommission sollte lediglich eine Erklärung der Bundesregierung über die Bedingungen für Gespräche mit DDR-Vertretern angekündigt werden[137].

Der endgültige Text, den von Brentano seinen westlichen Kollegen am 10. 7. zukommen ließ, enthielt schließlich gar keinen Hinweis auf die Möglichkeit von Auftragsverhandlungen mehr[138]. Die Grenze für einen Kompromiß lag aus der Sicht der Bundesregierung in bezug auf Berlin nun da, wo eine Vereinbarung die Fortdauer der alliierten Rechte gefährdete, und hinsichtlich Deutschlands dort, wo ein gesamtdeutsches Organ das Licht der Welt erblickte, das die Anerkennung der DDR involvierte und die Viermächteverantwortung beschränkte[139].

[133] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 1904/06, 4. 7. 1959, Réserve. Zur Besprechung zwischen Adenauer und Harriman vgl. Schwarz, Vorstellungen, S. 39f.; zu den Unterredungen zwischen Harriman und Chruschtschow vom 25./26. 6. s. Thompson an Dep. of State, Tel. 2653, 25. 6. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 941–943; ders. an dass., Tel. 2665, 26. 6. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 950–953.

[134] S. AMAE, NUOI, Bd. 79, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 1968/71, 9. 7. 1959, Réserve.

[135] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 299.

[136] Vgl. von Brentano an Adenauer, 23. 7. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 270–272.

[137] S. ders. an dens., 10. 7. 1959, in: ebd., S. 264f.; Memorandum des AA, o.D., in: ebd., S. 265–268; Kosthorst, Brentano, S. 299f.

[138] S. Bericht von „AFP", 10. 7. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 854; Kosthorst, Brentano, S. 300.

[139] S. von Brentano an Adenauer, 1. 8. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 277–280.

Der auffällige Kontrast zwischen Bonns Kontaktscheu mit Ost-Berlin, die man in Washington im übrigen übertrieben fand[140], und der – verglichen mit Paris – relativ weichen Haltung in der Frage der Gipfels erklärt sich wohl vornehmlich aus der Einschätzung, das Treffen der Regierungschefs nicht mehr aufhalten zu können. Nach Macmillan ließ sich nun auch Eisenhower von der Idee einnehmen, die Entspannung zwischen den Blöcken persönlich vorantreiben zu können. Herter sah eine Verhandlungsbasis dann als gegeben an, wenn Moskau ohne formelle Anerkennung der westlichen Rechte in Berlin akzeptierte, daß diese Rechte nach einer Übergangsperiode nicht aufhörten. Die Dauer der Regelung und die Stärke der an der Spree verbleibenden Truppen sollten dem Gipfel vorbehalten bleiben. Da Macmillan die Gipfelkonferenz aufgrund der von ihm auf Oktober terminierten Parlamentswahlen Ende August, Anfang September wünschte, spielten Eisenhower und Herter nun mit dem Gedanken, den Gipfel im September in Quebec abzuhalten und Chruschtschow zuvor für einige Tage in die USA einzuladen[141].

„Clore la conférence sans trop d'acrimonie"

Am letzten Tag der Verhandlungspause setzten sich die westlichen Außenminister zusammen, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Dabei wurde umgehend klar, daß von Brentanos Papier keine Chance besaß, weil sich Couve de Murville querlegte. Im Gegensatz zu Herter und Lloyd lehnte er die Rückkehr der Diskussion zu den Themen „deutsche Frage" und Abrüstung strikt ab, bestand dann in der Frage des Gipfels hingegen für alle überraschend lediglich auf einer Übereinkunft auf minimaler Basis etwa in Form einer Interimslösung für Berlin. Von Brentano enthielt sich eines Einwandes[142], unternahm dann aber am nächsten Morgen einen zweiten Anlauf zur Durchsetzung seines Konferenzpapiers und entfachte damit einen handfesten Streit. Couve de Murville paßte weder die Verknüpfung zwischen der Berlin- und der Deutschlandfrage noch die Bildung eines Gremiums, das es Moskau dauerhaft erlaubte, auf die inneren Angelegenheiten der Bonner Republik Einfluß zu nehmen. Als von Brentano dagegen hielt, die Verbindung der beiden Problemkreise sei doch eine westliche Idee gewesen, argumentierte Couve de Murville spitzfindig: man habe lediglich gesagt, eine Modifikation der Lage von Berlin nur im Rahmen des Wiedervereinigungsprozesses zu akzeptieren. Eine Koppelung impliziere dagegen, daß der Status ohne Wiedervereinigung geändert werde. Herter sprang von Brentano daraufhin zur Seite und warf seinem französischen Kollegen vor, die Einheit des Westens zu gefährden[143]. Couve de Murville blieb aber bei seinem Standpunkt, die Berlin-Frage und das Thema gesamtdeut-

[140] S. Pressekonferenz Herters, 9. 7. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 848–854; Kosthorst, Brentano, S. 297f.

[141] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 9. 7. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 971–973; Unterredung zwischen dens. vom 10. 7. 1959, Top secret, in: ebd., S. 976f. Zu den Terminplanungen Macmillans vgl. Lamb, Macmillan Years, S. 333.

[142] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 298, 13. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 978–980; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2002/12, 13. 7. 1959, Très urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 43–45.

[143] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 301, 13. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 980f.

sche Kommission nicht zusammen zu verhandeln, weil man sonst unter den Druck des sowjetischen Ultimatums geriete. Eine Klärung konnte nicht herbeigeführt werden. Erst als sich von Brentano nach französischen Presseberichten gezwungen sah, das Papier zurückzuziehen, fanden die Minister einen Ausweg aus der Impasse[144].

Neben diesen Spannungen mit den Franzosen[145] und den fortbestehenden Differenzen mit den Briten machten sich jetzt auch Unstimmigkeiten zwischen den Deutschen und Amerikanern bemerkbar, die offenbar wieder mit dem Plan einer gesamtdeutschen Kommission spielten[146]. Von Eckardt sah die Verbündeten bereits als so wankelmütig, daß er gleichsam aus Notwehr das Freistadt-Konzept im Sinne von Chruschtschows November-Note erstrebenswert fand[147]. In einem ohne Rücksprache mit dem Kanzler an seine westlichen Kollegen gerichteten Schreiben beschränkte der deutsche Außenminister das Junktim von Berlin- und Deutschlandfrage am 14. 7. auf die Verhandlungen zur Veränderung des Status quo. Der westliche Stufenplan sollte Gesprächsbasis bleiben, Versuche zur Bestätigung der Rechtslage von Berlin waren aber nicht ausgeschlossen. Eine Erweiterung des letzten Angebots hielt er allenfalls noch in einer Befristung für denkbar, sofern sichergestellt sei, daß nach Ablauf der Zeitspanne der bestehende Status weiter gelten würde. Der Vorschlag des Viermächtegremiums wurde nun losgelöst von der Berlin-Frage als Gegenstoß gegen den von der Sowjetunion verlangten gesamtdeutschen Ausschuß vorgesehen, wobei eine Hinzuziehung deutscher Berater immerhin möglich war[148].

In der amerikanischen Delegation gab man die Hoffnung nicht auf, den französischen Außenminister doch noch umstimmen zu können[149]. Couve de Murville ließ sich aber nicht erweichen, und so beschlossen die vier Minister am Morgen des 17. 7., sich bei Gromyko um eine direkte Diskussion ihres Vorschlags vom 16. 6. zu bemühen, ohne den Gedanken der Viermächtekommission vorzutragen[150]. „A serious turn for the worse" war die Folge[151]. Gromyko verweigerte sich in den am selben Tag wieder aufgenommenen geheimen Sitzungen nicht nur allen westlichen Plänen, sondern bestand im Gegenzug auf der Zustimmung seiner Verhandlungspartner zu gesamtdeutschen Verhandlungen als Bedingung für eine Interimslösung über Berlin. Die Kontrolle der deutsch-deutschen Zusammenarbeit durch die Vier Mächte lehnte er entschieden ab[152]. Couve de Murville war ob des

[144] S. ders. an dass., Tel. Secto 311, 14. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 985f.; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 300.

[145] Vgl. AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 2052/53, 16. 7. 1959.

[146] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 300f.; s.a. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 338, 17. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1004.

[147] S. von Eckardt an Adenauer, 18. 7. 1959, Streng vertraulich, im Auszug in: von Eckardt, Leben, S. 584–586.

[148] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 301.

[149] S. Unterredung in der amerikanischen Delegation vom 17. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1002f.; Unterredung zwischen Merchant und Grewe vom 16. 7. 1959, US/MC/130, 17. 7. 1959, Secret, in: ebd., S. 1006f.

[150] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 338, 17. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1004.

[151] Ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 149, 17. 7. 1959, Secret, in: ebd., S. 1007.

[152] S. Erklärungen Couve de Murvilles und Gromykos, 15. 7. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 924–

sowjetischen Auftretens so erbost, daß er ein Ende der Verhandlungen forderte. Erschrocken über die Härte des Franzosen mahnte Lloyd zur Besonnenheit und riet, mit der Festlegung des weiteren Vorgehens bis zum nächsten Morgen zu warten[153].

Am Tag darauf beschlossen die Minister, in der nächsten Vollsitzung das Angebot zur Ausdehnung der Genfer Konferenz ohne zeitliche Beschränkung als Gegenvorschlag zum sowjetischen Plan des gesamtdeutschen Ausschusses vorzubringen. Ansonsten herrschte weitgehend Uneinigkeit unter ihnen. Lloyd forderte dazu auf, die Konferenz nicht an der Frage der innerdeutschen Kontakte zerbrechen zu lassen. Couve de Murville sah keinen Sinn darin, Elemente der Interimslösung für Berlin festzusetzen, bevor nicht das Thema gesamtdeutsche Kommission geklärt sei. Abermals versuchte er, seinen Kollegen die Augen über die Absicht Gromykos zu öffnen, vom Westen unter dem Druck der Berlinfrage eine Lösung für Gesamtdeutschland zu erzwingen, die den Status der DDR erhöhe. Man einigte sich schließlich darauf, ihrem russischen Widersacher gegenüber die Weiterführung der Konferenz zum Zweck der Prüfung des deutschen Problems insgesamt anzuregen, ohne bereits Zeitpunkt und Arbeitsebene zu bestimmen[154].

Anschließend entwarfen die westlichen Delegationen auf der Basis des Washingtoner Grundsatzpapiers eine neue Erklärung, auf die sich die Genfer Konferenz einigen sollte. Sie sah weiterhin die Bildung einer Viermächtekommission für die Diskussion konkreter Maßnahmen zur Wiedervereinigung vor. Deutsche Berater erhielten den Auftrag, Empfehlungen für die Ausweitung innerdeutscher Kontakte und die freie Bewegung von Personen, Ideen und Publikationen zu unterbreiten. Für das Ende des Interims plante man neue Verhandlungen der Außenminister über die Wiedervereinigung und den Abschluß eines Friedensvertrages. Hinsichtlich Berlins erklärten die Westmächte ihre Absicht, ihre Einheiten auf den jetzigen Stand einzufrieren und rein konventionell auszurüsten. Sie stellten zusätzliche Truppenreduzierungen in Aussicht und verlangten den freien Zutritt zur Stadt. Zur Beratung etwaiger Zugangsprobleme planten sie eine Viermächtekommission, die eventuell deutsche Berater hinzuziehen konnte. Insgesamt sollte diese Lösung bis zur Wiedervereinigung in Kraft bleiben, sofern am Ende des Interims die Außenminister zu neuen Verhandlungen zusammenträfen[155].

Nachdem die westlichen Minister Gromyko am 20. 7. mit den Grundzügen ihres neuen Planes vertraut gemacht hatten[156], beeilte sich die deutsche Delegation, vor der Öffentlichkeit zu betonen, daß die Konstituierung der Viererkonferenz mit deutschen Beratern in Permanenz mit der eigenen Idee übereinstimme, ein Viermächteorgan zu schaffen, das sich mit der „deutschen Frage" im Ganzen be-

928, 931–933; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 17. 7. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 96–101.

[153] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 338, 17. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1004.

[154] S. ders. an dass., Tel. Secto 353, 18. 7. 1959, Secret, Priority, in: ebd., S. 1012f.

[155] S. ders. an dass., Tel. Secto 350, 18. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1010f.

[156] S. ders. an dass., Tel. Secto 362, 20. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1015f.; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 20. 7. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 102–105; Erklärung Herters, 20. 7. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 1007–1011.

fasse. Von einer Isolierung der deutschen Delegation, von der in der Presse nach dem Fiasko mit dem Bonner Memorandum vom 10. 7. die Rede war, könne mithin keine Rede sein[157].

Tatsächlich aber führten die Verhärtung der sowjetischen Position, die innerwestliche Uneinigkeit, das Mißtrauen gegenüber London und die von Moskau geschürten öffentlichen Vorwürfe gegen Bonns Obstruktion am Rhein zu erheblicher Beunruhigung; „une certaine dépression" machte sich breit[158]. Von Brentano glaubte ihr mit der seit langem geplanten Initiative eines Gewaltverzichtsabkommens mit Polen und der Tschechoslowakei begegnen zu können. Obwohl der Kanzler ihm vorab grünes Licht gegeben hatte, verweigerte ihm das Bundeskabinett am 22. 7. aufgrund des Drucks des Bundes der Vertriebenen die Zustimmung. Auch Adenauer lehnte daraufhin mit festem Blick auf sein Wählerpotential die Unterstützung ab[159]. Statt des erhofften Luftgewinns setzte in Genf eine dramatische Erhöhung des Drucks auf die deutsche Delegation ein. Trotz der von Gromyko fortgesetzten „stonewall attitude" untersagte Eisenhower Herter, ihn schon jetzt mit dem ergebnislosen Ende der Konferenz zu konfrontieren[160], plädierte vielmehr dafür, den etwaigen Abbruch noch hinauszuschieben. An einem Zerwürfnis mit Chruschtschow, wenige Tage nachdem er ihn in die USA eingeladen und von ihm eine positive Antwort bekommen hatte, war dem amerikanischen Präsidenten nicht gelegen[161]. Den westlichen Verbündeten blieb dieser Schachzug vorerst verborgen. Lloyd wußte seit dem 24. 7., Couve de Murville seit dem 28. 7. durch Herter von der Einladung[162]. Nur Adenauer blieb noch weitere fünf Tage ohne Kenntnis von dem Briefwechsel zwischen Washington und Moskau. Um so irritierter vernahm die deutsche Delegation am 23. 7. während eines Abendessens bei Gromyko dunkle Andeutungen über eine in Kürze eintretende völlige Isolierung der Bundesrepublik[163].

Obwohl die Plenarsitzungen, aber auch die Geheimtreffen seit der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz weitgehend „fruitless" verlaufen waren, beschlossen die drei westlichen Minister am 28. 7., in bilateralen Sitzungen mit Gromyko

[157] S. Informationsgespräch Grewes mit deutschen Journalisten, 21. 7. 1959, in: ebd., S. 1033–1040.

[158] AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Seydoux an MAE, Tel. 2105/09, 21. 7. 1959, Réserve, Très confidentiel; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 301.

[159] Vgl. Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 160, 22. 7. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1025f.; von Brentano an Adenauer, 23. 7. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 270–272; AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Michel an MAE, Tel. 2170, 27. 7. 1959; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 97–115, Informationsgespräch, 31. 7. 1959; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 370f., Tb. 22. 7. u. 1. 8. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 301–304.

[160] Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 156, 21. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1022f., hier S. 1023.

[161] S. Eisenhower an Herter, mitgeteilt in: Dillon an dens., Tel. Tocah 165, 21. 7. 1959, Secret, No distribution, in: ebd., S. 1026f.; Eisenhower an Chruschtschow, o.D., Entwurf, in: ebd., Bd. 10, T. 1, S. 319; Chruschtschow an Eisenhower, 21. 7. 1959, in: ebd., 324f.; Eisenhower, Wagnis, S. 329–333; Ambrose, Eisenhower, Bd. 2, S. 535.

[162] S. Herter an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 169, 24. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1051–1053; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 179, 28. 7. 1959, Top secret, No Distribution, in: ebd., S. 1078–1080; Macmillan, Pointing the Way, S. 78–80. Couve de Murvilles Behauptung, die Einladung sei bereits vor der Wiederaufnahme der Konferenz ergangen, stimmt nicht (Couve de Murville, Außenpolitik, S. 138).

[163] S. Treffen der westlichen Koordinierungsgruppe vom 23. 7. 1959, US/MC/143, 24. 7. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1047f.; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 405f.

eine neue Initiative zu starten, um zu prüfen, ob sich seine Haltung nach der Einladung durch Eisenhower geändert habe und welche Möglichkeit es gäbe, die Verhandlungen fortzusetzen[164]. Absprachegemäß ließen die amerikanischen Vertreter der sowjetischen Abordnung am frühen Abend einen neuen Vorschlag zur interimistischen Lösung der Berlin-Frage zukommen, der weitgehend dem entsprechenden Teil des amerikanischen Grundsatzpapiers entsprach[165]. Im Gegenzug legte Gromyko ein eigenes Papier vor, das ohne jede Erwähnung der Rechtslage nur von der bestehenden Situation ausging und unter den schon bekannten Bedingungen eine eineinhalbjährige Bestandsgarantie anbot[166]. Schon bei der Schlußredaktion des westlichen Dokuments hatte Lloyd sich für dessen Bedenken gegen den Hinweis auf die gegenwärtig in Kraft befindlichen Vereinbarungen, also die Besatzungsrechte, ausgesprochen – vergeblich[167]. Nun drängte er erneut auf Zugeständnisse und forderte die Streichung der Passage über die jetzige Rechtslage. Abermals weigerten sich seine Kollegen nachzugeben[168].

Am 29. 7. kam nach einer privaten Unterredung zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Außenminister neuer Mut im westlichen Lage auf. Herter hatte ihn davon in Kenntnis gesetzt, Genf aus terminlichen Gründen in Kürze verlassen zu müssen. Gromyko zeigte sich daraufhin stark daran interessiert, bis zur Abreise ein Ergebnis zustande zu bringen, verlangte allerdings eine Truppenreduzierung in Berlin und die Beschränkung des Abkommens auf den Westteil der Stadt. Als Gegenleistung stellte er das Fallenlassen der Verbindung mit dem gesamtdeutschen Ausschuß in Aussicht[169]. Während von Brentano zum Abruch der Verhandlungen riet, war Lloyd bereit, den Forderungen insgesamt nachzugeben[170]. Selbst Couve de Murville sprach sich nicht rundweg negativ aus und meinte, ungeachtet der von Brentano befürchteten schweren psychologischen Rückwirkungen einem Truppenabbau zustimmen zu können[171].

In der deutschen Delegation sah man nun Gefahr im Verzuge. Von Brentano bat den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, nach Genf, der sich ihm gegenüber entschieden gegen ein befristetes Abkommen mit unklarer Rechtslage nach Ablauf der Interimsperiode und mit fester Vereinbarung über die Truppen-

[164] Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 179, 28. 7. 1959, Top secret, No Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1078–1080, hier S. 1078.

[165] S. den westlichen Vorschlag in: Grewe, Rückblenden, S. 764 f.; DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 161; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 410, 28. 7. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1082 f.

[166] S. den sowjetischen Vorschlag in: ders. an dass., Tel. Secto 409, 28. 7. 1959, Secret, Priority, in: ebd., S. 1083–1085; DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 162 f.

[167] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 404, 28. 7. 1959, Secret, Priority, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1071–1073.

[168] S. ders. an dass., Tel. Secto 414, 29. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1085 f.; Kosthorst, Brentano, S. 305.

[169] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 418, 29. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1086–1088; ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 182, 29. 7. 1959, Top secret, in: ebd., S. 1089.

[170] S. ders. an dass., Tel. Secto 414, 29. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1085 f.

[171] S. ders. an dass., Tel. Secto 433, 30. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 1094 f.; ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Cahto 183, 30. 7. 1959, Top secret, in: ebd., S. 1096 f.; Beschränktes Treffen der vier Außenminister vom 30. 7. 1959, in: DDF 1959, Annexes, Bd. 1, S. 129–135.

reduzierung aussprach[172]. Grewe entwarf ein warnendes Memorandum[173], und von Eckardt legte den westlichen Ministern auf eigene Faust einen Vermerk vor, in dem er eindringlich vor den Konsequenzen einer Unterbindung der angeblichen subversiven Arbeiten für die Pressefreiheit in Berlin hinwies[174]. Besondere Sorgen bereitete den Deutschen die Möglichkeit, daß Gromyko die Bedingung des gemischten Ausschusses fallenlassen und die Westmächte damit zu einer Berlin-Lösung nach seinen Bedingungen bewegen könnte[175].

Erneut plädierte von Brentano bei Herter für einen Abbruch der Konferenz und protestierte gegen die westliche Konzessionsbereitschaft. Doch der Amerikaner ließ keinen Zweifel daran, daß der Westen sich von den Deutschen nicht unter Druck setzen lassen würde. Zugleich beruhigte er ihn, die alliierten Rechte in Berlin nicht in Frage stellen und den gesamtdeutschen Ausschuß nicht hinnehmen zu wollen[176]. Von Brentano war nunmehr überzeugt, daß es keinen Anlaß zur Furcht vor dem Ausgang der Genfer Konferenz oder späteren Gesprächen gab[177].

In der grundsätzlichen Einschätzung der Lage traf sein Urteil durchaus zu. Daß Herter aber noch immer die bereits vor neun Tagen abgegangene Einladung an Chruschtschow verheimlichte, spricht nicht eben für die Qualität des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Erst am 2. 8. bequemte sich Eisenhower dazu, Adenauer von der bevorstehenden Begegnung mit dem Kreml-Chef zu unterrichten und den Plan eines vorherigen Gesprächs mit de Gaulle mitzuteilen[178]. Macmillan hingegen, der das sowjetisch-amerikanische Treffen flugs mit einer Gipfelkonferenz in Washington oder Quebec in Verbindung brachte, hatte der amerikanische Präsident bereits vier Tage zuvor persönlich unterrichtet und sogleich einen möglichen Zeitplan skizziert: Gipfel der vier Westmächte Ende August in London oder Paris; Besuch Chruschtschows in den USA Mitte September und Erwiderung durch Eisenhower in der Sowjetunion im Oktober; Gipfel der Vier Mächte im November[179].

Vor diesem Hintergrund ging es den Außenministern in Genf nur noch darum, die Konferenz in einer Art und Weise zu beenden, die es allen Beteiligten erlaubte, das Gesicht zu wahren. Nach tagelangem Tauziehen einigten sie sich am 5. 8. auf ein Abschlußkommuniqué, das den Ablauf ihrer wochenlangen Beratungen stakkatoartig zusammenfaßte. Zeit und Ort der Wiederaufnahme der Arbeit sollte auf diplomatischem Wege bestimmt werden[180]. Annähernd drei Monate hatten die

[172] Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 405f.; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 500f.
[173] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 305.
[174] S. von Eckardt, Leben, S. 586–588.
[175] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 306.
[176] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 442, 31. 7. 1959, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1100f.
[177] S. von Brentano an Adenauer, 1. 8. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 277–280.
[178] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 306.
[179] S. Macmillan an Eisenhower, 27. 7. 1959, Top secret, Personal, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1073–1075; Unterredung zwischen Eisenhower und Dillon vom 27. 7. 1959, Secret, in: ebd., S. 1076–1078; ders. an Macmillan, 29. 7. 1959, Top secret, in: ebd., S. 1090–1092; Macmillan an Eisenhower, 30. 7. 1959, Top Secret, Personal, in: ebd., S. 1098–1100; Macmillan, Pointing the Way, S. 80.
[180] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 457, 3. 8. 1959, Secret, Priority, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1108; Treffen der vier Außenminister vom 4. 8. 1959, US/MC/168, Secret, Limited Distribution, nebst Anlagen, in: ebd., S. 1110–1115; Abschlußkommuniqué der Genfer Außenministerkonferenz, 5. 8. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 1193f.

vier ehemaligen Alliierten die Schlagzeilen der Weltpresse bestimmt. Zu einem Abbruch mochte sich der Westen erst in dem Augenblick durchringen, als die Einladung Chruschtschows in die USA die Gefahr eines Wiederauflebens des abgelaufenen Berlin-Ultimatums mehr oder minder ausschloß. „Elle a [...] permis à la conférence de clore ses longs travaux sans trop d'acrimonie."[181]

In Bonn wirkten Regierung, aber auch Teile der Opposition über das Ende der Tagung nicht eben unglücklich. Die Drohung des Berlin-Ultimatums war im Laufe der Monate verpufft. Eine Lösung der „deutschen Frage" hatte ohnehin niemand erwartet. Und so war man froh, den Status quo gerettet zu haben. Da fiel es von Brentano auch leicht, seine westlichen Kollegen mit Lob zu überschütten. Auf die französische Politik habe er sich „voll und ganz verlassen können", versicherte er Adenauer. Mit Herter wähnte er sich in der Sache völlig einig, und selbst die Einstellung Lloyds hatte – im Gegensatz zu jener Macmillans – seiner Meinung nach keinerlei Anlaß zur Beanstandung gegeben[182]. So eindeutig, wie der Bundesaußenminister die Haltung seiner Kollegen vor der Presse darstellte, war sie zweifellos nicht. Gewiß, die westliche Einheit blieb nach außen hin weitgehend bestehen. Es war weder zu den befürchteten britischen Alleingängen noch zu einer deutsch-französischen Front gekommen. Von einer „vollkommene[n] Loyalität der Zusammenarbeit zwischen den Ministern und den Delegationen"[183] konnte dennoch kaum die Rede sein. Mit den Vorschlägen vom 16. 6. und vom 28. 7. hatte man sich hart am Rande der Aufgabe fundamentaler deutscher Interessen bewegt. Letztlich vermochte man sich den sowjetischen Forderungen deshalb erfolgreich zu widersetzen, weil sie wieder einmal zu maßlos ausgefallen waren. So gelang es dem westlichen Lager trotz aller Meinungsverschiedenheiten doch noch einmal, dem östlichen Antipoden gegenüber „Einigkeit und Festigkeit" zu demonstrieren. Für die Zukunft kam es daher darauf an, diese Fähigkeit zu konservieren und unvermeidbare Differenzen ausschließlich intern auszutragen[184].

Bündnispolitisch endete die Bilanz der Genfer Außenministerkonferenz also im Haben, deutschlandpolitisch indes im Soll. Denn sie bestätigte die nicht neue Erkenntnis, daß die „deutsche Frage" „endgültig im machtpolitischen Patt der Supermächte eingeschlossen" war[185]. „Constant pressure from the West in advocacy of reunification is required", so teilte Herter Adenauer wenige Tage vor der Abreise aus der Schweiz mit, „to keep before the eyes of the world and the German people the harsh reality of Soviet obduracy which lies at the bottom of the continued division of the country"[186]. Damit lag der Schwarze Peter seiner Meinung nach in Moskau. Wenn man nun in Bonn die Erlangung der Wiedervereinigung

[181] AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Aufzeichnung Raimond, o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 739f., hier S. 740. Der Bericht diente zur Unterrichtung de Gaulles, Debrés, der Abteilungen im Quai d'Orsay und zahlreicher Auslandsmissionen (AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Unterabt. Osteuropa im MAE, Sammelliste Nr. 297/EU, 9. 9. 1959). Vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 138f.; Grewe, Rückblenden, S. 402.

[182] Von Brentano an Adenauer, 1. 8. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 279.

[183] Presseerklärung dess., 5. 8. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 1194–1202, hier S. 1196.

[184] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 120, Aufzeichnung des AA, o.D.; s.a. Conze, Herausforderung, S. 108.

[185] Kosthorst, Brentano, S. 307; vgl. Besson, Außenpolitik, S. 222.

[186] Herter an Adenauer, 3. 8. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 1109.

sehr realistisch in absehbarer Zeit als „fast unmöglich" einschätzte[187], so hatte man sich natürlich zugleich einzugestehen, daß auch unter den Verbündeten niemand ein Interesse besaß, diesen Zustand zu ändern. In diesem Sinne markierte die Genfer Außenministerkonferenz bis zum Jahre 1989 den „entscheidenden Wendepunkt"[188], ja im Grunde bereits das Ende der westlichen Wiedervereinigungspolitik[189]. Die Politik der Bundesregierung mußte deshalb darauf gerichtet sein, die Freiheit Berlins und seiner Verbindungen mit dem Westen zu wahren und die Option für die staatliche Einheit offenzuhalten[190].

[187] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 120, Aufzeichnung des AA, o.D.
[188] Hillgruber, Europa, S. 92.
[189] S. Besson, Außenpolitik, S. 216; Birke, Nation, S. 473.
[190] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 120, Aufzeichnung des AA, o.D.

V.1.4 Die geplatzte Gipfelkonferenz 1960

„Un dialogue Washington-Moscou menaçait de s'établir"

Adenauer betrachtete das Ende der Genfer Außenministerkonferenz als Debakel des von Brentano betriebenen Krisenmanagements, forderte ein Revirement im Auswärtigen Amt und zog die Zügel der auswärtigen Politik wieder enger an sich[1]. Die Ankündigung des Besuchs von Chruschtschow bei Eisenhower wurde in Bonn offiziell begrüßt[2]. De facto sah man aber in der nun aufziehenden „neue[n] Ära der Koexistenz" zwischen den Supermächten für die Bundesrepublik erhebliche Risiken[3] und befürchtete eine Aufweichung der westlichen Front[4]. „Die Welt will sich arrangieren. Moskau und Washington sind die beiden Pole", vertraute Heinrich Krone seinem Tagebuch an[5]. Aus Sorge um die unkalkulierbar wirkenden Folgen der Entspannungssehnsüchte suchte der Kanzler umgehend den direkten Kontakt zu den westlichen Regierungschefs. Schon Mitte Juli hatte er dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy seinen Wunsch nach einem Vorgipfel zur Abstimmung der westlichen Politik vor einem Ost-West-Regierungstreffen dargelegt[6]. Eine Woche später sondierte Herter bei Couve de Murville dessen Ansicht zu diesem Plan und stieß durchaus auf Wohlwollen. Der Franzose hielt das Vorhaben nicht zuletzt deshalb für nützlich, um die Spannungen zwischen Adenauer und Macmillan auszuräumen, die er vor allem auf das Mißtrauen eines alten Mannes zurückführte. Als Ort der von ihm indes nicht zu früh gewünschten Begegnung brachte er Paris ins Gespräch[7]. Kurz darauf empfahl Macmillan Eisenhower, die von ihm vorgesehene Zusammenkunft mit Chruschtschow Ende August mit einem Ost-West-Gipfel zu verbinden und eventuell vorher eine Fühlungnahme der vier westlichen Regierungen inklusive Adenauer durchzuführen. Der amerikanische Präsident verbat sich diese Selbsteinladung des britischen Premierministers und regte als Alternative Ende Juli an, den Besuch des sowjetischen Regierungschefs durch eine Konferenz der vier Westmächte Ende August in London oder Paris vorzubereiten[8]. Am 1. 8. ermutigte von Brentano Adenauer dazu, nun seinerseits eine entsprechende Initiative bei de Gaulle zu starten[9]. Drei Tage später schlug der Kanzler dem Präsidenten

[1] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 378, Tb. 23. 9. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 351, Tb. 7. 10. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 307f.

[2] S. Presseerklärung von Brentanos, 5. 8. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 2, S. 1194–1202.

[3] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 372, Tb. 8. 8. 1959.

[4] Vgl. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2211/16, 6. 8. 1959, Confidentiel, Réservé; Kosthorst, Brentano, S. 306f.

[5] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 373, Tb. 21. 8. 1959.

[6] S. Bruce an US-Delegation auf der Genfer Konferenz, Tel., 15. 7. 1959, Confidential, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 990.

[7] S. Unterredung zwischen Herter und Couve de Murville vom 21. 7. 1959, US/MC/137, 21. 7. 1959, Secret, in: ebd., S. 1020f.

[8] S. Macmillan an Eisenhower, 27. 7. 1959, Top secret, Personal, in: ebd., S. 1073–1075; Unterredung zwischen Eisenhower und Dillon vom 27. 7. 1959, Secret, in: ebd., S. 1076–1078; ders. an Macmillan, 29. 7. 1959, Top secret, in: ebd., S. 1090–1092; Macmillan an Eisenhower, 30. 7. 1959, Top Secret, Personal, in: ebd., S. 1098–1100; Macmillan, Pointing the Way, S. 80.

[9] S. von Brentano an Adenauer, 1. 8. 1959, in: Baring, Bundeskanzler, S. 279.

schriftlich vor, den für Ende August angekündigten Besuch Eisenhowers in Europa mit einem westlichen Gipfel zu verknüpfen[10].

De Gaulle aber winkte ab, obwohl auch er der „fameuse détente" und dem Rendezvous Eisenhowers mit Chruschtschow mit gemischten Gefühlen entgegensah. Zwar gab es keine Anzeichen für eine Aufteilung der Welt zwischen den Supermächten, doch bestand seines Erachtens durchaus die Gefahr, daß die beiden Politiker die französischen Interessen mißachteten. Als unsicherer Kantonist galt ihm nicht nur der amerikanische Präsident, sondern auch das deutsche Volk. Gewiß, auf Adenauer ließ er nichts kommen; aber hinter dem Kanzler sah er „beaucoup d'intrigues et d'incertitudes". Seine Conclusio stand daher fest: Westeuropa mußte sich unter französischer Führung zu einer „‚grosse bête'" fest zusammenschließen, „capable de traiter avec cette autre ‚grosse bête' que constitut l'Europe orientale sous contrôle soviétique"[11].

Zunächst einmal ging es ihm aber darum, Zeit zu gewinnen. Die vereinbarte Reise der sowjetischen Führung in die USA hatte das Gefahrenpotential aus französischer Sicht keinesfalls abgebaut. Noch am Schluß der letzten Sitzung in Genf meinte Gromyko Couve de Murville gegenüber mit einem Überdenken der Moskauer Algerienpolitik drohen zu müssen, wenn Paris nicht aufhöre, „à apporter son soutien à la politique militariste et revancharde du gouvernement de Bonn"[12]. Kurz darauf forderte der Kreml den Elysée per Aide-mémoire schriftlich zum Bruch mit dem Kanzleramt auf[13], was de Gaulle kühl zurückwies[14]. Obwohl er mit der Einladung Eisenhowers einen bedeutenden „succès" erzielt hatte, setzte Chruschtschow also seine Pressionspolitik unvermittelt fort. Für die betroffenen Staaten in Westeuropa kam es daher aus der französischen Perspektive darauf an, auf Zeit zu spielen. Denn solange die Gipfelkonferenz auf sich warten ließ und die Ost-West-Gespräche andauerten, gab es berechtigte Hoffnung, daß die „menace soviétique" weniger stark ausfiel[15].

Westliche Vorgespräche auf höchster Ebene schienen aus Pariser Sicht aber auch noch aus einem anderen Grund höchst inopportun. Sie gaben dem Tête-à-tête Eisenhowers mit Chruschtschow nämlich den Anschein, als ob die USA und die Sowjetunion im Namen Europas echte Verhandlungen führten. „Une fois le premier pas franchi", so führte Seydoux Adenauer warnend vor Augen, „un dialogue Washington-Moscou menaçait de s'établir." Der Kanzler sah das anders. Für ihn bot die Vorkonferenz vor allem eine Gelegenheit, die Einigkeit des We-

[10] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 4. 8. 1959, in französischer Übersetzung mitgeteilt in: Seydoux an Französische Delegation auf der Genfer Konferenz, Tel. 192/96, 5. 8. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 141 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 548.

[11] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 20. 8. 1959, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 307–312, hier S. 311.

[12] Aufzeichnung Couve de Murville, 5. 8. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 143.

[13] S. Memorandum der Sowjetunion an Frankreich, 16. 8. 1959, Très secret, in: ebd., S. 194–197.

[14] S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 18. 8. 1959, in: ebd., S. 190–193; de Gaulle an Chruschtschow, 10. 9. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 255–257.

[15] AMAE, NUOI, Bd. 80, S-54–4–32, Aufzeichnung Raimond, o.D., im Auszug in: BDFD I, S. 740; s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, Nr. 32/EU, 8. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 314 f.

stens zu demonstrieren. Um sie de Gaulle schmackhaft zu machen, übertrug er ihm generös die Rolle des Sprechers gegenüber den USA[16].

Als Eisenhower de Gaulle Anfang August persönlich von der Einladung an Chruschtschow in Kenntnis setzte, einen vorherigen Besuch in Paris anregte und seine Bereitschaft zu einem westlichen Gipfel signalisierte[17], beschränkte sich der General in seiner Antwort darauf, seiner Freude über die persönliche Begegnung Ausdruck zu verleihen. Als Termin empfahl er die ersten Septembertage. Der westliche Gipfel schien ihm erst am Vorabend eines etwaigen Ost-West-Treffens auf höchster Ebene sinnvoll, das ja – in seinen Augen – noch keineswegs sicher war[18]. Dementsprechend verweigerte sich de Gaulle auch Adenauers Bitte und erklärte ihm klipp und klar, er wünsche zunächst einmal bilateral mit seinem amerikanischen Pendant zu konferieren[19]. Eisenhower unterbreitete daraufhin das Angebot getrennter Besprechungen mit der britischen und französischen Führung. Nach einer Intervention Adenauers sah er sich jedoch gezwungen, auch einen Besuch Bonns in sein Programm einzuschieben[20], was dem Kanzler auch in der SPD-Opposition Beifall einbrachte[21].

Daß Adenauer sich so energisch um ein Begegnung mit dem Präsidenten bemüht hatte, lag wohl neben der Absicht, ihm persönlich seinen Standpunkt zur Lage darzulegen, vor allem daran, daß er nicht hinnehmen wollte, von Eisenhower einfach links liegen gelassen zu werden. Im Grunde setzte er seine Hoffnungen aber weniger auf den amerikanischen als auf den französischen Staatschef. Im Kreis seiner Berater erhob sich daher der Vorwurf, er setze aufs falsche Pferd. Von Eckardt warnte wegen der Entspannungsbemühungen zwischen den Supermächten vor einer zu engen Anlehnung an de Gaulle und befürwortete statt dessen eine möglichst aktive Unterstützung der Politik Eisenhowers[22]. Adenauer wollte von derartigen Initiativen nichts wissen, da er den Schlüssel zur Lösung der europäischen Fragen allein in Moskau wähnte[23]. Demonstrativ erwiderte er daher ein auffallend maßvolles Schreiben von Chruschtschow betont freundlich[24], setzte sich dabei auch über den Widerstand im Kabinett[25] hinweg, um, wie er in Paris mitteilen ließ, im Zeitalter der von Washington forcierten Détente nicht als Hindernis zu gelten. Eine „modification profonde des rapports entre les

[16] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2211/16, 6. 8. 1959, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 147f., hier S. 147.

[17] S. Eisenhower an de Gaulle, mitgeteilt in: Dillon an Paris, Tel. 501, 1. 8. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 238–240.

[18] S. de Gaulle an Eisenhower, 4. 8. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 245f.; s.a. ders. an Macmillan, 24. 8. 1959, in: ebd., S. 251f.

[19] S. AN, 5 AG 1/165, ders. an Adenauer, 6. 8. 1959, mitgeteilt in: Couve de Murville an Seydoux, Tel. 3781/83, 8. 8. 1959, Priorité, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 155f.; Bariéty, De Gaulle, S. 548.

[20] Vgl. Bruce an Dep. of State, Tel. 294, 10. 8. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 1–4; Conze, Herausforderung, S. 110f.

[21] Vgl. Leduc an Couve de Murville, Tel. 2239/42, 10. 8. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 161f.

[22] S. von Eckardt an Adenauer, 17. 8. 1959, im Auszug in: von Eckardt, Leben, S. 589–592.

[23] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 130f., Informationsgespräch, 12. 10. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 308f.

[24] S. Chruschtschow an Adenauer, 18. 8. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 32–45; Adenauer an Chruschtschow, 27. 8. 1959, in: ebd, S. 74–76; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 278f.

[25] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 376–380.

deux pays", so meldete Seydoux gewiß in seinem Sinne sofort nach Paris, sei nicht zu erwarten[26].

Die „vorzügliche Atmosphäre" beim Besuch des amerikanischen Präsidenten in Bonn Ende August und das herzliche Willkommen durch die deutsche Bevölkerung[27] konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Visite in politischer Hinsicht als Mißerfolg endete. Der Kanzler galt im Weißen Haus wie im State Department als unflexibler, tief mißtrauischer Politiker, der die Wiedervereinigung aus Sorge vor dem Wahlverhalten der Ostdeutschen letztlich nicht wolle[28]. Die Überheblichkeit, mit der er allein zu wissen vorgab, wie mit den Sowjets umgegangen werden müsse, wirkte am Potomac unerträglich, seine Furcht vor einer Entente der Supermächte irrational, beinahe pathologisch[29]. Eisenhower kam daher mit der Absicht an den Rhein, Adenauer zu mehr Nachgiebigkeit zu bewegen. Doch nur von Brentano erfüllte seine Hoffnungen in gewissem Maße, sprach von Gewaltverzichtsabkommen und diplomatischen Beziehungen mit Polen bzw. der Tschechoslowakei, von einem dreijährigen Moratorium zur Überarbeitung des Status von Berlin sowie von einer Art Frei-Stadt-Konzeption „with U.N. responsibility"[30]. Adenauer hingegen gefielen derartige Erwägungen überhaupt nicht[31], und er beließ es gegenüber Eisenhower bei den altbekannten Ansichten: Auf die Freiheit der Menschen in der DDR komme es an, nicht so sehr auf die Wiedervereinigung; hinsichtlich Berlins seien die drei Westmächte mit ihren Rechten und Pflichten gefordert. Auf die Frage seines Gastes nach den Möglichkeiten verstärkter innerdeutscher Kontakte antwortete er knapp: was getan werden könne, werde getan[32].

Wenn der Kanzler diese Unterredungen kurz darauf vor der Fraktion als „große und freudige Offenbarung" rühmte, weil der Präsident ihm in allen wesentlichen Punkten zugestimmt habe[33], so entsprach das kaum der vollen Wahrheit. Die von Eckardt inszenierte Triumphfahrt Eisenhowers vom Flughafen Wahn in die Bundeshauptstadt mochte als öffentlichkeitswirksamer „Erfolg" gewertet werden[34]. Die politischen Gespräche verdienten diese Bezeichnung nicht[35]. Die Außenwirkung blieb davon unberührt. Selbst in Frankreich herrschte „große

[26] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 48, Bl. 200, Seydoux an MAE, Tel. 2612/15, 22. 9. 1959.

[27] Von Eckardt, Leben, S. 601.

[28] S. Konferenz bei Eisenhower, 21. 8. 1959, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 4f.; Conze, Herausforderung, S. 111.

[29] S. Kohler an Herter, Memorandum, 21. 8. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 5–7.

[30] Unterredung zwischen Herter und von Brentano vom 27. 8. 1959, US/MC/28, Secret, im Auszug in: ebd., S. 17f., hier S. 18.

[31] Vgl. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2616/20, 23. 9. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 374f.; Kosthorst, Brentano, S. 311.

[32] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 27. 8. 1959, US/MC/1, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 10–13; Unterredung zwischen dens. vom 27. 8. 1959, US/MC/3, Secret, im Auszug in: ebd., S. 19–25; Eisenhower, Wagnis, S. 338–342; Conze, Herausforderung, S. 111f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 464f.

[33] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 14. 9. 1959. Gegenüber Eisenhower bezeichnete Adenauer den Besuch ebenfalls als vollen Erfolg und betonte die Übereinstimmung (Conze, Herausforderung, S. 116).

[34] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 536; vgl. Winckler an Couve de Murville, Tel. 3986/89, 31. 8. 1959, Secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 251f.

[35] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 112 u. 116f.; Kosthorst, Brentano, S. 310f.

Befriedigung [...] über den guten Verlauf" des Besuchs", wobei der Grund für diese Befriedigung bezeichnenderweise nicht im inhaltlichen Konsens lag. Man freute sich vielmehr darüber, daß das nach der Präsidentschaftsposse lädierte Ansehen des Bonner Regierungschefs wieder stieg und damit zur Festigung seines auf die deutsch-französische Freundschaft setzenden Kurses beitrug[36]. Daß Adenauer sich auf Anregung von Paul Frank und Paul-Henri Spaak[37] gegenüber Eisenhower für eine vertrauensvolle Aussprache mit de Gaulle über Algerien stark gemacht und dies natürlich sofort dem französischen Staatspräsidenten mitgeteilt hatte[38], wurde an der Seine um so mehr honoriert, als die französisch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf Algerien seit Wochen durch schweres Wetter gingen. Ende Juli hatte de Gaulle gar mit dem kompletten Rückzug aus der NATO gedroht, wenn die USA bei einer erneuten Algerien-Debatte vor der UNO sich wie im letzten Jahr in die Enthaltung flüchteten[39]. Debré warf den Angelsachsen in einer äußerst kritischen Rede wenige Wochen später öffentlich vor, die französischen Schwierigkeiten in Nordafrika aufgrund ihrer strategischen und wirtschaftlichen Interessen verursacht zu haben. Offen forderte er eine eindeutige Unterstützung von den Verbündeten und nahm damit Abstand von der alten These, Algerien sei eine innere Angelegenheit Frankreichs[40]. Die Ausfälle des Premierministers, die zu einer sofortigen scharfen Pressereaktion in den USA und Großbritannien führten[41], fanden in Frankreich auf der politischen Rechten und der Armee Beifall; in der Regierung und den politischen Parteien hielt man sie hingegen für „höchst unglücklich". Unter deutschen Diplomaten mochte man nicht ausschließen, daß de Gaulle Debrés Kritik in der Sache teilte und auch den harschen Tonfall akzeptierte, ohne aber das westliche Bündnis in Frage zu stellen[42].

Bevor diese Querelen zwischen den beiden Präsidenten direkt ausgeräumt werden konnten, flog Eisenhower zunächst für sechs Tage nach England. In seinen Unterhaltungen mit Macmillan ließ er keinen Zweifel daran, wie sehr ihn die „negative attitude" Adenauers zur „deutschen Frage" und Berlin-Problematik nervte. Die USA hatten kein Interesse an einer Verewigung ihrer Rechte in Berlin und hofften auf eine Veränderung der Lage „by mutual agreement"[43]. Am 2. 9. setzte Eisen-

[36] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an Etzel, 11. 9. 1959, Persönlich, Konzept; s.a. ebd., ders. an Globke, 11. 9. 1959.

[37] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Aufzeichnung Frank, 204-82.00/94.07, 12. 8. 1959; vgl. ebd., Aufzeichnung dess., 14. 8. 1959, Konzept; Spaak an Adenauer, o.D., in: Spaak, Memoiren, S. 412–415.

[38] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 27. 8. 1959, in französischer Übersetzung in: DDF 1959, Bd. 2, S. 245; ders. an Spaak, o.D., im Auszug in: Spaak, Memoiren, S. 415.

[39] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 25. 7. 1959, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 303 f.; Unterredung zwischen dens. vom 20. 8. 1959, in: ebd., S. 308–310; Aufzeichnung der Unterabt. Vereinte Nationen und internationale Organisationen im MAE, 24. 8. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 207–209; zur Algeriendebatte der UNO im Dezember 1958 vgl. Kap. V.3.1; zur Bedeutung des Algerienproblems in den amerikanisch-französischen Beziehungen allgemein vgl. Wall, Relations franco-américaines.

[40] S. Rede Debrés in l'Ile-Bouchard, 16. 8. 1959, im Auszug in: AdG 1959, S. 7894D.

[41] Vgl. ebd., S. 7895 f.

[42] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol. 204-83.00/3917/59, 22. 8. 1959.

[43] Unterredung zwischen Macmillan und Eisenhower vom 29. 8. 1959, US/MC/20a, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 850–858, hier S. 855 u. 856; vgl. Eisenhower, Wagnis, S. 342–347; Macmillan, Riding the Storm, S. 747.

hower wieder auf den Kontinent über und kam für dreitägige Beratungen nach Paris. Die Serie von Differenzen in der Algerien-, der Nuklear- oder der NATO-Politik[44] gaben dem Besuch eine besondere Note[45], die auch das ausgedehnte Programm und der prunkvolle Rahmen nicht zu kaschieren imstande waren[46].

Die Präsidenten gingen besonders freundlich miteinander um und pflegten die Gemeinsamkeiten. Lebhaft begrüßte Eisenhower die Absicht de Gaulles zu einer noch engeren Verständigung mit der Bundesrepublik. Beide waren sich darin einig, daß Deutschland auf lange Zeit geteilt bliebe. Die Franzosen, so de Gaulle, begrüßten die Wiedervereinigung, doch wünschten sie keine Hast. Berlin dürfe nicht an die Sowjets fallen, doch müsse man mit einer gewissen Flexibilität Wege zu einer Veränderung suchen. Dem Gipfeltreffen sprachen die hohen Herren nur dann einen Sinn zu, wenn ein Erfolg vorab gesichert sei. Dezidiert setzten sie sich damit von der Position Macmillans ab, der den Gipfel um beinahe jeden Preis wollte. Nur einen kurzen Augenblick wurde die Harmonie gestört, als de Gaulle der negativen Einschätzung Eisenhowers über die zu erwartenden Resultate seiner Begegnungen mit Chruschtschow zustimmte, dann aber bedauerte, daß die Entscheidung zur Einladung einseitig gefallen sei[47]. Dissonanter als die Beratungen der Staatschefs verlief dann die Zusammenkunft der beiden Außenminister. Während Couve de Murville die Dinge an der Spree ruhen lassen wollte, reichte Herter ein Moratorium langfristig gesehen nicht aus, da die Besatzung nicht ewig dauern könne. Als Lösung schwebte ihm ein Mittelweg zwischen einer Freien Stadt und der Einverleibung West-Berlins in die Bundesrepublik mit internationalen Garantien und kleineren Truppen vor[48].

Mochte der Aufenthalt Eisenhowers an der Seine „nach dem Urteil aller Maßgeblichen [...] sehr gut verlaufen" und die befürchtete Auseinandersetzung um Algerien nicht zuletzt dank der Fürsprache Adenauers vermieden worden sein[49], so konnte von der „close identity of views" zwischen beiden Regierungen in der „deutschen Frage", von der Eisenhower Macmillan gegenüber schwärmte[50], doch nur bedingt die Rede sein. De Gaulle versicherte Adenauer nach den Gesprächen, Eisenhowers Ansichten zu Berlin seien den seinigen sehr ähnlich[51] – eben nur

[44] Vgl. Kap. V.3.2.

[45] Vgl. Houghton an Dep. of State, Tel. 1196, 15. 9. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 280f.

[46] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 315–315, Tb. 29. 11. 1959; Eisenhower, Wagnis, S. 348.

[47] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower vom 2. 9. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 255–262; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, US/MC/26, Top secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 262–268, auch in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 81–92; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 269–271; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 275–279; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Très secret, in: ebd., S. 280–283; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Très secret, in: ebd., S. 283f.; s.a. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 256–261; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 351–353.

[48] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 4. 9. 1959, US/MC/35, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 274–277; Unterredung zwischen dens. vom 4. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 295f.

[49] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an Globke, 9. 9. 1959; s.a. BA, B 136, Bd. 3624, H. 2, ders. an AA, Tel., 7. 9. 1959, mitgeteilt in: Deutz an Bach, FS Nr. 77, 8. 9. 1959.

[50] Eisenhower an Macmillan, mitgeteilt in: Herter an London, Tel. 2107, 11. 9. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 277–279, hier S. 279.

[51] S. de Gaulle an Adenauer, 7. 9. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 253f.

ähnlich, nicht identisch! Gegenüber Chruschtschow sprach er sich jetzt ganz im Sinne Adenauers für eine Entspannung zwischen Ost und West aus, die zur allgemeinen, kontrollierten Abrüstung führen müsse. Die Wiedervereinigung Deutschlands stehe nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Frankreich halte ein freies und starkes Deutschland in der NATO für notwendig und begrüße auch die deutsch-französische Annäherung, die eine Garantie für den Frieden darstelle. Die Berlin-Frage, so schrieb er ihm am 10. 9. als Antwort auf das sowjetische Aide-mémoire vom 16. 8. ins Stammbuch, eigne sich keinesfalls dazu, die Détente voranzutreiben[52].

Wie tief im Westen der allseitige Argwohn gegenüber den Partnern auch nach der doch zur Beruhigung angesetzten Europa-Reise Eisenhowers saß, verdeutlichen die aufgeregten diplomatischen Aktionen in den westlichen Kapitalen nach der zweiwöchigen Reise des sowjetischen Regierungschefs durch die USA Ende September. Nur einen Tag konnten die europäischen Partner das Anlaß zur Entwarnung bietende Abschlußkommuniqué genießen[53]. Dann verursachte Eisenhower neue Verwirrung, als er in einer Pressekonferenz am 28. 9. die mit Chruschtschow in Camp David vereinbarten Berlin-Verhandlungen mit den Worten umschrieb, sie würden weder unendlich verlängert noch zeitlich begrenzt[54]. Obwohl der Präsident die prompt in Bonn wieder aufbrechende Unruhe mit einem präzisierenden Bericht an den Kanzler zu bannen versuchte[55], bestellte Adenauer kurz darauf Botschafter Bruce zu sich und beschwerte sich über den neuen Stil der amerikanischen Diplomatie. Lebte Dulles noch, so machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube, wäre Chruschtschow niemals eingeladen worden. Herter sei offensichtlich zu weich[56].

Das Lamentieren des Kanzlers stieß natürlich auf um so weniger Verständnis, als er die rastlose Suche im State Department nach neuen Berlin-Vorschlägen kritisierte[57], die Partner verdächtigte, sie könnten sich zu sehr von Moskaus Abrüstungsplänen einnehmen lassen, und gleichzeitig hinter ihrem Rücken mit dem Kreml anzubandeln schien. Es zeugte nicht gerade von Selbstgewißheit und innerer Ruhe, daß der Kanzler der großen Aufmerksamkeit, mit der die französische Diplomatie den jüngsten Besuch des deutschen Botschafters in Moskau, Kroll, im Kanzleramt beobachtet hatte, mit der dezidierten Versicherung begegnete, es stehe keinerlei Änderung der deutschen Haltung zur Sowjetunion bevor[58].

[52] S. ders. an Chruschtschow, 10. 9. 1959, in: ebd., S. 255–257; vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 192f.

[53] Zum Besuch Chruschtschows vom 15.–27. 9. 1959 s. die Dokumente in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 31–52; ebd., Bd. 10, T. 1, S. 392–483; Kommuniqué, 27. 9. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 284f.; s.a. ebd., S. 213–217, 232–249, 256–276, 283–291; EA 1959, S. D293-D318; Eisenhower, Wagnis, S. 355–374; Gromyko, Erinnerungen, S. 237–240; Jochum, Eisenhower, S. 118–127.

[54] S. Pressekonferenz Eisenhowers, 28. 9. 1959, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 287–290.

[55] S. ders. an Adenauer, 28. 9. 1959, mitgeteilt in: Herter an Bonn, Tel. 694, 28. 9. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 53f.; Alphand an MAE, Tel. 4482/84, 29. 9. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 402f.

[56] S. Tb. Bruce, 30. 9. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 55f.

[57] Unterredung zwischen Herter und Grewe vom 1. 10. 1959, Secret, in: ebd., S. 57–61, hier S. 57.

[58] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2616/20, 23. 9. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 374f. Zur Unterredung Adenauers mit Kroll Mitte August vgl. Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 278.

Doch auch an der Seine sah man sich unter Rechtfertigungsdruck. Die wiederholt festgestellte „Nervosität", mit der Bonn Kontakte zwischen Paris und Moskau verfolgte, ließ es dem Quai d'Orsay geraten erscheinen, der Deutschen Botschaft nach dem Besuch des Wohnungsbauministers Sudreau bei Chruschtschow Mitte September Einblick in den entsprechenden Bericht Botschafter Dejeans aus Moskau zu geben[59]. Diese ja keineswegs aus Harmoniesucht, sondern aus handfesten eigenen Interessen und dem gegenseitigen Mißtrauen geborene Abstimmung zwischen Bonn und Paris sollte sich in den nächsten Wochen noch verstärken. Als Movens wirkten zum einen die durch de Gaulles Befehl zur Unterstellung der französischen Mittelmeerflotte unter nationalen Oberbefehl[60] sowie durch seine Algerienpolitik neu aufflammenden amerikanisch-französischen Spannungen, zum anderen die von Washington, Moskau und London forcierte Frage des Ost-West-Gipfels.

„Uns entgleitet jede Handlungsfreiheit"

Während Macmillan und Eisenhower darauf drängten, die Konferenz noch vor dem Jahresende einzuberufen[61], empfand de Gaulle die Hast als unangebracht. Denn vor dem Hintergrund der ergebnislosen Genfer Außenministertagung sah er keinerlei Chance, auf irgendeinem Gebiet zu einer Einigung zu gelangen[62]. Da Chruschtschow offenbar Détente ohne Abkehr von seiner bisherigen Konfrontationspolitik anstrebte, verlangte der General von ihm zunächst untrügliche Beweise für einen echten Entspannungswillen[63]. Der fundamentale Unterschied zwischen Osten und Westen, so meinte Debré am 13. 10. in der Nationalversammlung, sei die Tatsache, daß der Kreml den Erfolg der Entspannung von einem durchgreifenden Wandel des Status quo in Berlin und Deutschland abhängig zu machen gedenke. Zumindest Frankreich erhebe aber die Aufrechterhaltung des Status quo gerade zur Vorbedingung der Verständigung. Und unter diesem Status quo verstehe es sowohl die derzeitige Rechtsordnung in Berlin als auch das Regierungssystem der Bundesrepublik sowie die Achtung der Grenzen, „y compris ce qu'il est convenu d'appeler la ligne Oder-Neisse"[64]. Der Premierminister sprach absichtlich von der Respektierung bzw. Achtung der Grenzen, womit er, wie der Deutschen Botschaft aus dem Matignon ergänzend mitgeteilt wurde, andeutete, daß diese Frage ein „objet de marchandage" sei und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie „nicht ohne jede Gegenleistung verschenkt" werde[65].

Daß Debré dieses für Adenauer innenpolitisch so heikle Thema überhaupt angesprochen und im Gegensatz zur denkwürdigen Rede de Gaulles vom 25. 3. ex-

[59] PA, Ref. 700, Bd. 21a, Jansen an AA, FS Nr. 802, 30. 9. 1959, Verschlüsselt; zum Besuch Sudreaus s. Dejean an Couve de Murville, Tel. 3065/73, 14. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 327–330.

[60] Vgl. Kap. V.3.2.

[61] S. Eisenhower an Macmillan, mitgeteilt in: Herter an London, Tel. 2846, 9. 10. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 65–67; Eisenhower an de Gaulle, mitgeteilt in: Herter an Paris, Tel. 1651, 16. 10. 1959, Secret, Priority, in: ebd., S. 73f.

[62] S. de Gaulle an Eisenhower, 20. 10. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 270–273; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 142.

[63] S. de Gaulle an Eisenhower, 8. 10. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 265f.

[64] Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 13. 10. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959–1960, Bd. 3, S. 1735.

[65] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, FS Nr. 849, 15. 10. 1959, Citissime, Verschlüsselt.

pressis verbis die Oder-Neiße-Grenze benannt hatte, konnte in Bonn natürlich kaum gefallen – im Gegenteil. Die deutsche Diplomatie bewertete die Äußerungen des Premierministers gleich „dreifach illoyal", weil sie ohne Konsultation mit Bonn erfolgt seien, den Trumpf der Nichtexistenz einer völkerrechtlichen Anerkennung der Grenze „vorzeitig entwertet" und auf die innenpolitischen Folgen für die Bundesregierung keine Rücksicht genommen hätten. „Ich weiß", so meldete Jansen aus Paris, „daß die französische Regierung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als ‚Tauschobjekt' bei künftigen Ost-West-Verhandlungen geringen Wert beimißt und daß sie das vorzeitige ‚Verschenken' dieser Anerkennung als eine gute Politik gegenüber den polnischen Selbständigkeitsbestrebungen betrachtet."[66] Man wünsche die Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses und bewerte die Grenzfrage dabei nicht so sehr als bilaterales Problem, sondern als Teil des Ost-West-Gegensatzes. Um die Wiedervereinigung zu erreichen, kämen die Deutschen nicht umhin, eines Tages die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen[67].

Noch schärfer ging man im Auswärtigen Amt mit dem Premierminister ins Gericht. Im Kern hatte Debré das bestätigt, was de Gaulle einige Monate zuvor vorgegeben hatte. Frankreich zollte dem Postulat der Wiedervereinigung nur einen „leeren Tribut", hielt sie für unrealistisch und tat nichts, was sie in den Vordergrund der internationalen Verhandlungen schieben konnte, um das ihm selbst so „agreable Gleichgewicht" nicht zu stören. Mit deutlich schärferem Akzent als der Präsident erhob der Premierminister nun als Grundbedingung für die deutsche Einheit die Bekräftigung des Status quo und kam damit der sowjetischen These von den zwei deutschen Staaten als Basis von Friedensverhandlungen bedenklich nahe. Auch in der Berlin-Frage schienen trotz aller von de Gaulle bewiesenen Festigkeit Überraschungen durchaus denkbar, da Debré eine Prüfung eventueller Lösungsmöglichkeiten nicht ausschloß. Nur in bezug auf die europäische Sicherheit war von ihm kaum Gefahr zu befürchten, weil ein Disengagement fundamentale französische Interessen berührte: die „germanische Glacisrolle [...] und unsere arbeitsteilige Funktion als konventioneller Waffenträger". Pläne einer kontrollierten deutschen Sicherheitszone würde sich Frankreich also zumindest so lange widersetzen, wie die Sowjetunion nicht einen Teil ihres europäischen Gebiets für die kontrollierte Abrüstung zur Verfügung stellte[68].

Sowohl die Pressedienste der Union als auch Vertriebenenpolitiker reagierten mit Verdruß und Verärgerung[69]. Als Adenauer im Bundesvorstand der Union zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, konterte er vielsagend, man müsse den Tatsachen ins Auge sehen. Niemand in der Welt habe außer den Deutschen ein Interesse an einer Änderung dieser Grenze; eine Revisionsforderung bleibe daher ohne Erfolg[70]. Dies wurde von den übrigen Parteien nicht anders gesehen. Einen frühzeitigen Verzicht aber, darin waren sie sich einig, durfte es nicht geben. Et-

[66] ACDP, NL Mertes, I-403-017/1, ders. an von Brentano, o.D. (Entwurf).
[67] S. ebd., NL Jansen, I-149-003 [V]-2, ders. an Majonica, 16. 9. 1959; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 64 f., Aufzeichnung, 26. 11. 1959.
[68] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Aufzeichnung Hartlieb, 9. 11. 1959, Unter Verschluß.
[69] Vgl. Marcowitz, Option, S. 152.
[70] S. Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 9. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 445–447.

waige Zugeständnisse mußten für die Friedensverhandlungen aufgehoben werden[71]. Debré hatte dieses Gebot gebrochen, Signale gegeben, ohne eine Gegenleistung zu erhalten. Ja, er weckte gar den Verdacht, „wieder einen cordon sanitaire" um Deutschland legen zu wollen[72].

Aus der Sicht Bonns war es das Beste, das Thema ruhen zu lassen. Von Brentano ließ denn auch sofort eine die rechtliche Lage darstellende Erklärung abgeben und im Quai d'Orsay sagen, „daß ich sehr hoffe, daß sich das nicht wiederholt, weil es einfach überflüssig sei"[73]. Den Pariser Beamten fiel es nicht schwer, die Erklärung des Auswärtigen Amtes prompt zu bestätigen, hatte Debrés Rede doch auch bei ihnen Nasenrümpfen verursacht. Sicherlich spielte dabei die Verbitterung darüber eine Rolle, an der Ausarbeitung der Ansprache im Gegensatz zum Elysée nicht beteiligt worden zu sein[74]. Vor allem aber fanden leitende Köpfe wie Jean Laloy den Inhalt der Rede deshalb so „peinlich", weil sie Streit mit dem östlichen Nachbarn säte[75]. Vor diesem Hintergrund wirkte es fast wie eine politische Demonstration, als der Quai d'Orsay der Dokumentationsabteilung im Matignon Mitte Dezember empfahl, die Oder-Neiße-Linie in Landkarten über Deutschland von den Grenzen typographisch abzuheben, weil sie nur eine „limite administrative provisoire dans l'attente d'un règlement de paix" sei[76].

Der deutschen Aufregung über die französische Haltung zur Oder-Neiße-Grenze stand in Paris ein wachsendes Unverständnis über vermehrte Anzeichen eines gewissen Arrangements zwischen Bonn und Ost-Berlin gegenüber. Geradezu beispielhaft wirkte die westdeutsche Reaktion auf die von der DDR am 1. 10. geschaffene neue Staatsfahne mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz, die der Eigenstaatlichkeit Ost-Deutschlands ein höchst wirksames Symbol verlieh[77]. Während Frankreich Mitte Oktober Volleyballmannschaften der DDR das Zeigen der neuen Flagge und das Spielen der Hymne untersagte, gaben sich bundesdeutsche Behörden weit weniger restriktiv[78]. Nach wochenlangem Streit einigten sich Bund und Länder Anfang November auf ein Verbot der sogenannten „Spalterflagge", nicht ohne für die Handelsschiffahrt und Sportmannschaften der DDR eine Ausnahme zu erteilen[79]. Adenauer und von Brentano fanden die Regelung

[71] Vgl. Erklärung Erlers in der SPD-Fraktionssitzung vom 20. 1. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 166; Diskussion zwischen Bundespolitikern im „Norddeutschen Rundfunk" vom 18. 10. 1959, im Auszug in: BDFD III, S. 589–591; Baring, Bundeskanzler, S. 284; Marcowitz, Option, S. 167f.

[72] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Berger an Jansen, 25. 11. 1959.

[73] Erklärung von Brentanos in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 9. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 449; s.a. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, „Frankreich und die Oder-Neiße-Linie", o.D.

[74] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, FS Nr. 849, 15. 10. 1959, Citissime, Verschlüsselt. Zur Einflußnahme de Gaulles auf die Regierungserklärung s. de Gaulle an Debré, 13. 10. 1959, in: ders., Lettres, Bd. 8, S. 268f.

[75] S. ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Globke, 5. 11. 1959.

[76] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 152f., de Leusse an Dokumentationsabt. beim Generalsekretariat der Regierung, Nr. 33/EU, 18. 12. 1959, Minute.

[77] S. Gesetz zur Änderung der Staatsfahne der DDR, 1. 10. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 308f.

[78] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Jansen an AA, FS Nr. 857, 19. 10. 1959, Verschlüsselt.

[79] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 24. 10. 1959, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 458; Richtlinie vom 4. 11. 1959, in: Bulletin 1959, S. 2399.

zwar völlig unzureichend, eine Änderung vermochten sie aber nicht durchzusetzen[80].

Je stärker am Rhein die Möglichkeit einer De-facto- oder gar De-jure-Anerkennung der DDR diskutiert wurde, desto mehr wuchs an der Seine die Sorge, die Deutschen könnten vor den sowjetischen Pressionen zurückweichen. Frankreich, so meldete Jansen Mitte Oktober, sei an einer Zementierung der kommunistischen Herrschaft in Deutschland nicht interessiert und empfinde die innerdeutschen „Teilkapitulationen vor der sowjetzonalen Politik auch als gesamtwestliche Positionsverluste". Auf Befremden stoße daher die deutsche Kritik am Versuch, die Realität der Oder-Neiße-Linie im Sinne einer Do-ut-des-Politik offen auszusprechen, um so die Wiedervereinigung den nichtkommunistischen Polen schmackhaft zu machen[81].

Angesichts dieser Dissonanzen war es für Paris natürlich von hohem Wert, daß Bonn in der Frage der Gipfelkonferenz weitgehend auf der eigenen Linie lag. Adenauer teilte hier voll und ganz die Skepsis seines französischen Partners. Da er aber glaubte, sich den Angelsachsen nicht widersetzen zu können, sprach er sich für die Durchführung nach dem Jahreswechsel aus und verlangte im vollen Bewußtsein, bei den Verbündeten auf Widerstand zu stoßen, die Tagesordnung ausschließlich auf die Abrüstungsproblematik unter Ausschluß der Deutschland- und Berlinfrage zu beschränken[82]. Die Neuauflage einer doppelten deutschen Konferenzteilnahme lehnte er ebenso kategorisch ab wie die Einrichtung eines gesamtdeutschen Gremiums. Ja, selbst den gemischten Ausschuß des Herter-Planes erklärte er nunmehr für bedenklich. Regionale Abrüstungs- und Disengagementkonzepte galten als völlig indiskutabel[83].

Zutiefst mißtrauisch gegenüber Macmillan und Eisenhower, schraubte Adenauer die Bedingungen Mitte Oktober noch höher und machte eine Zusammenkunft der Regierungschefs im Gespräch mit Seydoux von einer vorab erzielten völligen Übereinstimmung des Westens abhängig. De Gaulle sah die Lage offenbar ähnlich und lud ihn über seinen Botschafter zu einem baldigen Gedankenaustausch ein[84]. Unter den derzeitigen Bedingungen, so führte er Eisenhower am 20. 10. vor Augen, würde der Gipfel nur die fundamentalen Differenzen zwischen Ost und West zur Schau stellen oder den Westen dazu zwingen, der sowjetischen Politik zu folgen. Beides gefährde aber die Détente. Daher erschien es ihm ratsam, den Termin auf Mai oder Juni hinauszuzögern und die auch von ihm geforderte möglichst enge Vorbereitung durch die vier westlichen Regierungen erst im Frühjahr durchzuführen. Die Zwischenzeit, so flocht er geschickt ein, könne ja zu bilateralen Begegnungen genutzt werden. Er jedenfalls sei zu einem Besuch in den

[80] Vgl. Erklärungen von Brentanos und Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 25. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 556–563; Kosthorst, Brentano, S. 315f.

[81] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Jansen an AA, FS Nr. 857, 19. 10. 1959, Verschlüsselt.

[82] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 351f., Tb. 7. 10. 1959; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 380f., Tb. 4., 5. u. 6. 10. 1959.

[83] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 126–135, Informationsgespräch, 12. 10. 1959; von Brentano an Herter, 23. 10. 1959, Secret, Eyes only, Personal and Private, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 88–94; Kosthorst, Brentano, S. 312.

[84] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2901/09, 15. 10. 1959, Très urgent, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 452f.

USA bereit[85]. Einen Tag nach Abgang dieses Schreibens pflichtete das Kabinett dieser Marschrichtung bei: prinzipielle Begrüßung der Gipfelkonferenz im Verlauf des nächsten Frühjahrs nach vorheriger innerwestlicher Vorbereitung und nach ersten Schritten „effektive[r] Entspannung"[86].

Adenauer, dem Seydoux de Gaulles Brief an Eisenhower in groben Zügen zur Kenntnis brachte, war's zufrieden[87]. An der Themse[88] wie am Potomac bereitete die französische Position hingegen doppeltes Ungemach. Zum einen kollidierte de Gaulles Terminkalender mit Eisenhowers Wunsch, im Mai in die Sowjetunion zu fahren. Zum anderen betrachtete er ein Übereinkommen über Berlin als Rückzug, während der amerikanische Präsident es als eine akzeptable Lösung verstand[89]. Verärgert wehrte sich Eisenhower gegen den implizit an der Seine erhobenen Vorwurf, Verhandlungsbereitschaft sei bereits ein Zeichen von Schwäche. Und er nutzte die Uneinigkeit der Verbündeten nun als Argument für die Notwendigkeit, die westliche Gipfelkonferenz schon Mitte Dezember abzuhalten[90].

Um seine eigenen Zeitvorstellungen mit diesen Planungen in Einklang zu bringen, konterte de Gaulle mit einem doppelten Paukenschlag. Am 25. 10. gab Debré öffentlich den Besuch Adenauers bekannt[91]. Tags darauf setzte de Gaulle Eisenhower davon in Kenntnis, daß Chruschtschow eine Einladung nach Frankreich angenommen habe. Zugleich stimmte er dessen Vorschlag eines westlichen Gipfels in Paris zu, zu dem Adenauer hinzustoßen sollte, wenn die „deutsche Frage" behandelt würde. Als Termin bot er die Zeit nach dem 19. 12. an[92].

In Bonn gewann die Sorge an Boden, „daß uns jede außenpolitische Initiative und Handlungsfreiheit mehr und mehr entgleitet"[93]. Der „Trend der Verständigung mit Sowjetrußland" nahm bei einigen Verbündeten so bedenkliche Züge an[94], daß Adenauer glaubte, dem nun öffentlich ein Bekenntnis zur Gipfelkonferenz entgegensetzen zu müssen. Allerdings beließ er es bei der altbekannten Forderung nach allgemeiner kontrollierter Abrüstung als zentralem Tagesord-

[85] S. de Gaulle an Eisenhower, 20. 10. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 271–273.

[86] Kommuniqué des französischen Ministerrats, 21. 10. 1959, in: AdG 1959, S. 8013A; s.a. Regierungserklärung Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 27. 10. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959–1960, Bd. 3, S. 1962f., in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 423–425.

[87] S. Seydoux an dens., Tel. 2973/76, 21. 10. 1959, Très secret, Très urgent, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 488f.

[88] S. Chauvel an dens., Tel. 3160/67, 22. 10. 1959, Très secret, Urgent, Réservé, Sans diffusion, in: ebd., S. 493f.

[89] S. Unterredung zwischen Herter und Alphand vom 20. 10. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 76–78; Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 21. 10. 1959, Secret, in: ebd., S. 81–83.

[90] S. Eisenhower an de Gaulle, mitgeteilt in: Herter an Paris, Tel. 1703, 21. 10. 1959, Secret, in: ebd., S. 83f.

[91] Vgl. AdG 1959, S. 8023.

[92] S. de Gaulle an Eisenhower, 26. 10. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 275–277. Zur Einladung an Chruschtschow s. ders. an Chruschtschow, 26. 10. 1959, in: ebd., S. 277f.; Couve de Murville an London etc., Tel. 9865/66 etc., 21. 10. 1959, Très secret, Immédiat, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 492.

[93] Van Scherpenberg an von Brentano, 27. 10. 1959, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 281f., hier S. 281.

[94] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 25. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 563.

nungspunkt[95], was man sogar im Auswärtigen Amt als höchst unzureichende Methode empfand, dem drohenden Vorwurf zu entgehen, die Bundesrepublik stehe „als der eigentliche Störenfried" dem Weltfrieden im Wege[96]. Doch auch die eigenen Gegenmittel wirkten nicht eben überzeugend. In der oberen Etage des Amtes an der Koblenzer Straße spielte man mit dem Gedanken, den Verbündeten bei der Duldung der Spaltung eine Hinwendung nach Osten androhen[97]. Van Scherpenberg regte daher einen direkten Dialog zwischen Adenauer und Chruschtschow an, damit die Partner erkannten, keine Politik „über unseren Kopf hinweg" machen zu können[98]. Der Staatssekretär übernahm damit einen Plan, den Botschafter Kroll schon einige Zeit zuvor in Bonn vorgetragen hatte[99]. Adenauer und von Brentano wollten von einem solchen Treffen aber nichts wissen[100].

Wie prekär ihre Stellung in der westlichen Allianz inzwischen war, wurde der Bundesregierung einmal mehr bei Adenauers Besuch in London Mitte November vor Augen geführt. „Kühl und frostig"[101] empfing der englische Premierminister den deutschen Kanzler und beschwerte sich bei ihm vehement über dessen wiederholte Kritik an seiner Politik. Macmillan ließ sich auch nicht von Adenauers Argumenten zur europäischen Sicherheitspolitik, zur Gipfelkonferenz oder Berlinproblematik überzeugen. An ein Disengagement, so hieß es an der Themse, glaube die britische Regierung zwar nicht, aber das Konzept der geographisch begrenzten Rüstungskontrollzone wolle sie nicht fallenlassen[102]. Adenauer bot dies kaum Anlaß zur Beruhigung, da für ihn sämtliche Disengagementpläne als indiskutabel galten, weil sie in seinen Augen den „Zerfall der NATO" förderten[103], vor allem aber eine Benachteiligung der Bundesrepublik heraufbeschworen. Er blieb dabei: Die Gipfelkonferenz sollte in erster Linie die Abrüstung traktieren; über Berlin durfte keinesfalls gesondert, allenfalls in Verbindung mit der Deutschlandproblematik konferiert werden. Denn bei einer isolierten Behandlung drohte angesichts des evidenten Einigungsdrucks eine für die deutschen Interessen „sehr schlechte Konstellation"[104].

[95] Zur Rede dess. in Baden-Baden vom 25. 10. 1959 s. AdG 1959, S. 8022C.
[96] PA, BStS, Bd. 342, Referat van Scherpenbergs auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.
[97] Vgl. von Brentano an Adenauer, 13. 11. 1959, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 283 f.; Kosthorst, Brentano, S. 315 f.
[98] Van Scherpenberg an von Brentano, 27. 10. 1959, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 282.
[99] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 445–448.
[100] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 129 u. 132, Informationsgespräch, 12. 10. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 323.
[101] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959.
[102] S. Lloyd an Herter, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 113 f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3352/65, 20. 11. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 590–593; Macmillan, Pointing the Way, S. 99; Kosthorst, Brentano, S. 317 f.
[103] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 16. 9. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 387; s.a. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 136–142, Informationsgespräch, 22. 10. 1959.
[104] Erklärung dess. in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 9. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 442; s.a. BA, NL von Brentano, Bd. 157, von Brentano an Adenauer, 30. 10. 1959, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 282 f.; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 312 f.

Frostig entwickelte sich auch das Klima zwischen Bonn und Washington, wo die Geduld mit den intransigenten Partnern jenseits des Atlantiks rapide abnahm. Anders als die Briten, die offenbar eine Interimslösung für Berlin favorisierten, um die Zeit bis zu den nächsten Bundestagswahlen zu überbrücken, strebten die Amerikaner eine längerfristige Lösung bis zur deutschen Wiedervereinigung an, „possibly involving something like a ‚guaranteed city'."[105] Mit Verdruß reagierte Herter auf die Forderung von Brentanos, den westlichen Vorschlag vom 28. 7. von Tisch zu nehmen und alles beim Alten zu belassen[106]. Wenn die bestehende Regelung nicht bestehen bleiben könne, so diktierte er dem deutschen Botschafter Grewe ins Stammbuch, müsse eben ein neues Arrangement gefunden werden, „resting on a basis other than occupation rights but retaining as its essential element the presence of American troops in West Berlin"[107].

Je problematischer sich die Verbindung der Bundesrepublik zu den USA gestaltete[108], desto wichtiger wurden für sie die Beziehungen zu Frankreich, mochte auch de Gaulles innenpolitische Position noch keineswegs gesichert und die große Aufgabe, die Linke wie die Rechte hinter seine Politik zu bringen, noch nicht erreicht sein[109]. Doch auch dieses Verhältnis durchlief seit Debrés Rede über die Oder-Neiße-Linie „une période assez délicate"[110]. De Gaulles Wunsch, die westliche Vorbereitungskonferenz in Paris weitgehend ohne Adenauer durchzuführen, schien in Washington zu konvenieren, weil der General so unter Umständen stärker in die Disziplin der von den USA geführten Allianz eingebunden und an den angelsächsischen Entspannungskurs herangeführt werden konnte[111]. In Bonn galt er als unannehmbar. Als die Presse verkündete, der Kanzler werde nur phasenweise an den Verhandlungstisch gebeten, protestierte Adenauer Ende Oktober schriftlich bei de Gaulle und verlangte als Zeichen der Gleichberechtigung, auch an den Diskussionen über die Abrüstung teilnehmen zu können. Es sei geradezu „abwegig", dieses Thema von der „deutschen Frage" und der Berlinproblematik zu trennen und ihn nur zum letzten Themenkomplex zu Wort kommen zu lassen[112]. Mit allem Nachdruck forderte Jansen bei der Übergabe des Schreibens im Elysée vom Generalsekretär gar die „volle Beteiligung" des Kanzlers. De Courcelles beteuerte sofort, de Gaulle habe an nichts anderes gedacht; er müsse allerdings auf Italien Rücksicht nehmen, das sich über seine Nichteinladung beschwert

[105] Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 2. 11. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 98–101, hier S. 99.

[106] S. Unterredung zwischen Herter und Grewe vom 10. 11. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 103–105.

[107] Unterredung zwischen dens. vom 11. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 126–128, hier S. 127; vgl. Unterredung zwischen Herter, Alphand, Grewe und Caccia vom 8. 12. 1959, Secret, in: ebd., S. 122–126; Kosthorst, Brentano, S. 318.

[108] Vgl. Dowling an Dep. of State, Tel. 1081, 5. 12. 1959, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 121.

[109] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a, Bl. 135–142, Tb. 7. 10. 1959.

[110] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 547.

[111] Vgl. National Security Council Report NCS 5910/1, 4. 11. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 296–310; Conze, Herausforderung, S. 152.

[112] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 30. 10. 1959; s.a. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3087/90, 30. 10. 1959, Très secret, Priorité, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 512f.; Baring, Bundeskanzler, S. 282.

habe[113]. Mit dem Antwortbrief de Gaulles, der Adenauer am 2. 11. versicherte, er habe keine Bedenken, ihm auch zu den Deutschland nicht direkt betreffenden Fragen Gehör zu schenken[114], galt die Sache beiderseits des Rheins als abgetan. In Bonn empfand man die Pariser Erklärungen zwar „nicht [als] glücklich", meinte aber, mit dem Ergebnis „durchaus zufrieden" sein zu können[115].

Adenauers hartnäckiges Pochen auf Gleichrangigkeit erklärt sich gewiß auch aus der unmittelbar bevorstehenden Debatte im Deutschen Bundestag, der nach fast achtzehn Monaten am 5. 11. wieder zu einer außenpolitischen Aussprache zusammenkam. Von Brentanos Regierungserklärung geriet streckenweise zur Rechtfertigung sowohl gegenüber der Opposition als auch dem Regierungschef, von dem ihn nach wie vor erhebliche Differenzen trennten[116]. Der Außenminister hob die Sicherheitsbestimmungen des Herter-Plans hervor, verteidigte die westliche Interimsformel vom 28. 7., lobte die innerwestliche Zusammenarbeit und bekam dafür prompt vom Kanzler einen Rüffel. Mit Häme reagierte die Opposition, als sich von Brentano eine Freudsche Fehlleistung erlaubte und davon sprach, seine Erklärung sei von Adenauer „autoritär – autorisiert". Kritischer Fragen hatte sich der Außenminister vom FDP-Abgeordneten Mende zu erwehren, der die französischen Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze vom Geist Richelieus, Talleyrands und Clemenceaus inspiriert sah. Tadel kam natürlich auch aus den Reihen der SPD, die einen möglichst frühen Termin für die Gipfelkonferenz verlangte, sich für Kontakte mit Ost-Berlin sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Satellitenstaaten aussprach und Adenauers Unterstützung der Position de Gaulles bedauerte[117]. Zu weit wollte man die parlamentarische Auseinandersetzung aber nicht treiben. Schon vor der Sitzung hatten sich die Fraktionsvorsitzenden der Union und der Sozialdemokraten darauf verständigt, die Debatte ohne Entschließung zu beenden. Obwohl noch eine Reihe von Abgeordneten auf der Rednerliste standen, wurde sie vorzeitig abgebrochen[118].

Mochte damit auch zwischen Regierung und Opposition der Weg zu einer Politik der Gemeinsamkeit auf dem Feld der auswärtigen Beziehungen geebnet sein[119], so stach doch zumindest aus der Sicht des aufmerksam lauschenden französischen Botschafters vor allem ihre fundamentale Differenz in der Frage isolierter deutscher Initiativen ins Auge, die Adenauer strikt ablehnte. Berichtenswert war für ihn aber auch die Tatsache, daß die SPD der deutsch-französischen Entente keine Priorität gegenüber den Beziehungen zu den Angelsachsen eingeräumt und wie die FDP heftig gegen de Gaulles und Debrés Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze gewettert habe. „Le débat", so schloß er seinen Rapport

[113] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Jansen an von Brentano, 2. 11. 1959.
[114] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 2. 11. 1959.
[115] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, von Brentano an Jansen, 9. 11. 1959; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Jansen an von Brentano, 6. 11. 1959.
[116] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 313 f.
[117] Regierungserklärung und Bundestagsansprache von Brentanos, 5. 11. 1959, in: BT, Sten. Ber., Bd. 44, S. 4682–4693 u. 4736–4739, hier S. 4739; s.a. Bundestagsreden Ollenhauers u. Mendes, 5. 11. 1959, in: ebd., S. 4693–4704 u. 4709–4718. Zur Kritik Adenauers vgl. Kosthorst, Brentano, S. 314.
[118] S. Krone, Tagebücher, S. 384 f., Tb. 27.10. u. 5. 11. 1959.
[119] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 493 f.

nicht ohne Anflug von Genugtuung, „[...] n'a pas mis le Gouvernement en difficulté."[120]

Anlaß zur Sorglosigkeit bot die Bundestagsdebatte aber nicht. De Gaulle und Debré fühlten sich in ihrem Mißtrauen gegenüber deutschen Neutralitätsgelüsten noch bestätigt und argwöhnten, Adenauer Kurs der Westbindung verliere auch in seinen eigenen Reihen an Unterstützung. Um so wichtiger schien ihnen eine beschleunigte Einbindung der Bundesrepublik in Westeuropa[121], für die die Durchführung der Gipfelkonferenz kaum förderlich wirkte.

Ungeachtet publizistischer Vorwürfe, Frankreich verhindere die Entspannung, blieb die Pariser Führung bei ihrer Linie und warnte in der Öffentlichkeit vor dem Irrglauben, daß ein hastig einberufener Ost-West-Gipfel die Berlin-Frage regeln könne[122]. Détente war für sie kein Allheilmittel, da der Kampf der Systeme sich allenfalls in den Methoden und Anwendungsbereichen wandeln, nicht aber enden würde. „Toute affaiblissement du front occidental entrainerait sans doute la débandade dans le reste du monde. C'est en Europe que continue à se jouer la partie essentielle."[123]

De Gaulle pflichtete dieser Position auf einer großen Pressekonferenz am 10. 11. bei und stellte sich jetzt dennoch in den Dienst der Entspannung. Die innerwestliche Debatte der vergangenen Monate hatte ihm unmißverständlich vor Augen geführt, daß er sich dem Tauwetter nicht entziehen, allenfalls auf den Termin der Gipfelkonferenz einwirken konnte. Um seine unvermeidliche Zustimmung dem staunenden Publikum gegenüber plausibel erscheinen zu lassen, erklärte er kurzerhand, die Spannungen zwischen den Blöcken hätten nachgelassen. Diese erfreulichen Anzeichen erlaubten jetzt auch im Prinzip die Durchführung des Gipfels. Um den Areopag der Staatschefs tatsächlich zusammentreten zu lassen, müßten aber noch drei Bedingungen erfüllt sein: die Fortsetzung der eingetretenen Verbesserung in den internationalen Beziehungen, vorbereitende Treffen zwischen den westlichen Staats- und Regierungschefs und der Besuch des sowjetischen Ministerratsvorsitzenden in Frankreich. Indem er diese Visite in die zweite Märzhälfte 1960[124] legte, entzog er den angelsächsischen Zeitvorstellungen den Boden und erreichte damit sein mit großer Zähigkeit verfolgtes Ziel, die Zusammenkunft der Vier bis April oder Mai 1960 hinauszuzögern[125].

Während de Gaulles Klarstellungen zur Gipfelkonferenz in Bonn auf großes Wohlwollen stießen, fanden die dann folgenden Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze keinen Beifall, brachte er doch unter Hinweis auf seine Pressekonferenz vom 25. 3. klar zum Ausdruck, daß er seinen damaligen Ausführungen nichts hin-

[120] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 38, Bl. 138–139, Seydoux an MAE, Tel. 3155/65, 6. 11. 1959.

[121] S. Unterredung zwischen Debré und Lloyd vom 12. 11. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 563 f.; Unterredung zwischen de Gaulle und dems. vom 12. 11. 1959, Très secret, in: ebd., S. 568; Lloyd an Herter, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 112 f.; ders. an Macmillan, 10. 11. 1959, im Auszug in: Macmillan, Pointing the Way, S. 97.

[122] Vgl. PA, Ref. 700, Bd. 240, Jansen an AA, FS Nr. 924, 7. 11. 1959.

[123] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 35–39, „La politique soviétique de détente", 27. 11. 1959.

[124] S. Pressekonferenz de Gaulles im Elysée, 10. 11. 1959, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 129–144.

[125] Vgl. Alphand an Couve de Murville, Tel. 5351/56, 10. 11. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 536 f.; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol. 204–81.10/4978/59, 12. 11. 1959.

zuzufügen, sie aber auch nicht zurückzunehmen habe[126]. Der Beifall in Warschau war ihm sicher. De Gaulle wäre aber nicht de Gaulle gewesen, wenn es ihm nur um Effekthascherei gegangen wäre. Als sich der polnische Botschafter in einer Audienz im Elysée sehr zufrieden über die Pressekonferenz äußerte, unterstrich der Präsident die Notwendigkeit eines neuen Gleichgewichts zwischen West- und Osteuropa. Polen, so setzte er hinzu, gehöre natürlich zum Westteil. Der Diplomat blieb stumm[127].

Am Rhein wurde diese Rückseite der Medaille mit dem Namen Oder-Neiße nur bedingt zur Kenntnis genommen. Was zählte, war die Vorderseite – das erneute französische Bohren in einer offenen deutschen Wunde. Als Debré wenige Tage später auf dem ersten Kongreß der gaullistischen UNR in die gleiche Kerbe schlug und einmal mehr das von Bonn aufgestellte Schweigegebot brach, bestellte von Brentano Seydoux zu sich, um ein ernstes Wort mit ihm zu reden. Er wisse sehr wohl, so gab der Botschafter die Worte des Ministers in seinem Bericht an den Quai d'Orsay wieder, „que les territoires se trouvant au-delà de l'Oder-Neisse sont perdus pour nous. [...] Mais convient-il d'insister sur ce problème, aussi longtemps qu'il ne se pose pas sur le plan de le négociation d'un éventuel traité de paix?"[128]

In Bonn stieß aber nicht nur de Gaulles Passage über die deutsche Ostgrenze bitter auf. Auch die von ihm angekündigten direkten französisch-sowjetischen Verhandlungen auf höchster Ebene riefen gewisse ‚Beschwerden' hervor. Befürchtungen der Deutschen Botschaft in Moskau, der General könne unter den Einfluß Chruschtschows und der französischen Öffentlichkeit dazu bereit sein, „sich einem etwaigen Wunsch der Massen nach Lockerung seiner Bindung an Deutschland und einer Intensivierung der französisch-sowjetischen Beziehungen anzupassen"[129], wurden vom Auswärtigen Amt nach Rücksprache mit der Botschaft in Paris nicht geteilt. Dagegen sprachen nicht nur seine bisherigen Beweise des echten Wunsches nach bilateraler Freundschaft, sondern auch das in seiner großen Mehrheit antikommunistisch eingestellte französische Volk sowie die relative Unabhängigkeit des Staatspräsidenten gegenüber der öffentlichen Meinung[130]. Die Umfrage eines Pariser Meinungsforschungsinstituts ließ in diesen Tagen erkennen, daß das Bild der Franzosen gegenüber den östlichen Nachbarn sich in den letzten zwei Jahren tatsächlich nicht unerheblich zum Besseren gewandelt hatte, aber keineswegs problemlos war. So gaben 31% der Befragten an, die Deutschen hätten aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. 1957 waren es nur 24% gewesen; 58% mochten an ihren aufrichtigen Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit

[126] S. Pressekonferenz de Gaulles im Elysée, 10. 11. 1959, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 142. Zur Reaktion in Bonn vgl. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 16, Seydoux an MAE, Tel. 3221/26, 12. 11. 1959.

[127] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Gajewski vom 5. 12. 1959, 9. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 697.

[128] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3273/77, 16. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 577.

[129] Zitiert nach: Jansen an AA, Tel. 956, 16. 11. 1959, Geheim, in: BDFD I, S. 743–745, hier S. 743.

[130] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 82–84, ders. an dass., FS Nr. 984, 24. 11. 1959, Geheim; ebd., Bl. 65, AA an Paris, FS Nr. 423, 25. 11. 1959, Geheim; ebd., Bl. 32–35, Tb. Blankenhorn, 8. 12. 1959; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 548.

Frankreich glauben (1957 47%); 70% hielten ein freundschaftliches Bündnis der beiden Nachbarn für wünschenswert (1957 68%), aber ebensoviele glaubten an die fortbestehende Gefährlichkeit des deutschen Volkes (1957 72%)[131].

Wenngleich die Deutsche Botschaft in Paris de Gaulles Haltung zur „deutschen Frage" positiver einschätzte als ihr Pendant in Moskau, sah aber auch sie „besorgniserregende Aspekte" in dessen Politik und riet daher nach diversen Unterredungen mit französischen Politikern, Diplomaten und Beamten des Quai d'Orsay dem Kanzler, die Gelegenheit seines bevorstehenden Rendezvous mit dem Präsidenten zu einem offenen Gespräch zu nutzen[132]. Dies wurde um so dringlicher, als sich jetzt eine bedenkliche „baisse de température"[133] in den deutsch-französischen Beziehungen einstellte.

„Baisse de température"

Wieder einmal manifestierten sich die Dissonanzen vor allem in der Algerienpolitik, obwohl sich dort seit Wochen eine Wende zum Guten andeutete. Am 16. 9. hatte de Gaulle den Algeriern in einer Fernseh- und Rundfunkansprache mit ernster Stimme das Recht der „autodétermination" eingeräumt und ihnen eine Abstimmung über ihr Schicksal vier Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten zugebilligt. Das französische Volk sollte diese Entscheidung bestätigen. Der Präsident stellte damit den extremen Problemlösungen der von den französischen Nationalisten verlangten Algérie française bzw. der Sezession Algeriens, wie sie die algerischen Nationalisten forderten, eine Art von Selbstbestimmung in enger Verbindung zu Frankreich entgegen[134]. Abgesehen von einigen wenigen kritischen Kommentaren sozialdemokratischer Provenienz fiel die Reaktion in Bonn so positiv aus, daß Seydoux einen grundsätzlichen Wandel zum Positiven in der deutschen Haltung zur französischen Algerienpolitik glaubte ausmachen zu können: „Au total, le ton a changé en notre faveur"[135]. Der Kanzler rühmte die Erklärung als „excellente"[136], und die deutsche Diplomatie würdigte sie als „äußerste Grenze" dessen, was der Präsident der Öffentlichkeit habe zumuten können. Damit schien nicht nur der Weg für eine entgegenkommende Haltung der Amerikaner in der UNO[137], sondern auch für eine friedliche Beilegung des Konflikts insgesamt frei[138], die vom französischen Volk, vor allem von der Linken geradezu herbeigesehnt wurde[139].

[131] S. Lauret, Die Deutschen, S. 270; vgl. ACDP, NL Mertes, I-403–017/1, Jansen an von Brentano, o.D. (Entwurf); Artikel Lang, in: „Stuttgarter Zeitung", 21. 11. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 861 f.

[132] BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 82–84, Jansen an AA, FS Nr. 984, 24. 11. 1959, Geheim.

[133] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 547–549, hier S. 547.

[134] Radio- und Fernsehansprache de Gaulles, 16. 9. 1959; in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 117–123, hier S. 120; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 217–226; Kaddache, De Gaulle, S. 100 f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 73–75; Winock, De Gaulle, S. 75.

[135] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2588/94, 18. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 358 f., hier S. 359.

[136] Ders. an dens., Tel. 2616/20, 23. 9. 1959, Réservé, in: ebd., S. 374 f., hier S. 374.

[137] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, von Walther an von Brentano, 18. 9. 1959.

[138] S. ebd., BStS, Bd. 342, Referat Carstens auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD; ebd., Ref. 205, Bd. 12, AZ 82.01/0–82.70/90.09, Frank an Carstens, Aufzeichnung 205–82.02/90.02, 2. 10. 1959, VS-NfD.

[139] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a, Bl. 135–142, Tb. 7. 10. 1959.

Die von Debré Mitte Oktober im Parlament mit kaum erwartetem Engagement verteidigte Politik der „autodétermination" wurde zwar von der überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten begrüßt[140]. Den Durchbruch hatte de Gaulle aber längst noch nicht vollbracht. Aus der Sicht der Algerier reichte die ihnen gebotene Perspektive bei weitem nicht aus, weil sie nicht das „droit des peuples de disposer d'eux-mêmes" beinhaltete, von dem de Gaulle erst im September 1960 sprechen sollte[141]. Außerdem konnten sich die Rebellen keine Verhandlungen mit Frankreich vorstellen, in denen auch über die politischen Modalitäten des Selbstbestimmungsrechts und seiner Anwendung verhandelt würde[142]. Demgegenüber warfen Teile der Armeeführung dem Präsidenten ressentimentgeladen vor, gegen die Ehre und die Interessen der Nation zu verstoßen. „Die französische Dolchstoßlegende [...] ist perfekt", kommentierte Jansen mit bangem Tonfall[143].

In der Absicht, die *„afrikanischen* Sorgen [von den Partnern] mittragen" zu lassen[144], setzte Paris Bonn Ende Oktober davon in Kenntnis, seine Erklärung vom 24. 3. 1957 über die restriktive Verwendung von Mitteln aus dem EWG-Entwicklungsfonds für die französischen Überseegebiete widerrufen zu wollen[145]. Für das Auswärtige Amt kam diese Absicht, Entwicklungsprojekte in Algerien nicht mehr mit französischen, sondern mit EWG-Geldern zu finanzieren, schon aus prinzipiellen Erwägungen nicht in Frage[146]. Der Quai d'Orsay akzeptierte den Widerstand jedoch nicht und konterte Anfang November mit juristischen Argumenten[147]. Carstens nahm sie wohlwollend zur Kenntnis, empfahl Seydoux aber die Fortsetzung der bisherigen Praxis. Allenfalls Ausgleichszahlungen aus dem EWG-Topf für französische Projekte in der Communauté mochte er in Aussicht stellen[148]. Eine Woche später erklärte das Auswärtige Amt nach einer juristischen Prüfung des Sachverhalts den einseitigen Widerruf der französischen Erklärung für unzulässig[149].

Frankreich erkannte sehr wohl, daß es sich für die Bundesrepublik letztlich nicht um ein rechtliches, sondern um ein eminent politisches Problem handelte und die Bundesregierung unter allen Umständen eine parlamentarische Debatte über Nordafrika verhindern wollte[150]. Ob man darauf eingehen sollte, war aber umstritten. Einige Beamte im Quai d'Orsay forderten, den eigenen Rechtsstand-

[140] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 13. 10. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959–1960, Bd. 3, S. 1734–1737, in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 382–387; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 230f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 79f.

[141] Pressekonferenz de Gaulles, 5. 9. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 234–251, hier S. 236; vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Blankenhorn an AA, FS Nr. 846, 6. 9. 1960, Verschlüsselt; ebd., Bd. 273, von Nostitz an Carstens, Aufzeichnung 204–83.00/2/94.07, 6. 9. 1960.

[142] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 32–35, Tb. 8. 12. 1959; Kaddache, De Gaulle, S. 101; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 75–77.

[143] ACDP, NL Krone, I-028–006/4, Jansen an AA, Pol 204–81.10/1384/60, 5. 2. 1960; vgl. ausführlich Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 80–105.

[144] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Aufzeichnung Hartlieb 200–87 SL/5/94.07/4/59, 20. 11. 1959.

[145] S. AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 66, Valéry an Bonn, Tel. 4756/66, 31. 10. 1959.

[146] S. ebd., Bl. 68, Seydoux an MAE, Tel. 3144/48, 5. 11. 1959, Réservé.

[147] S. ebd., Bl. 69, Wormser an Bonn, Tel. 4912/16, 6. 11. 1959, Réservé.

[148] S. ebd., Bl. 77, Seydoux an MAE, Tel. 3240/41, 11. 11. 1959.

[149] S. ebd., Bl. 93f., Aide-mémoire des AA, 20–200–81.11/1/92/59, 19. 11. 1959.

[150] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Unterredung zwischen Müller-Roschach und Leduc vom 19. 11. 1959, 20–200–81.11/1/92/59, 20. 11. 1959; AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 78, Seydoux an MAE, Tel. 3345/50, 20. 11. 1959.

punkt zur Geltung zu bringen[151]; andere rieten zur Zurückhaltung. Daß ausgerechnet Carstens, „l'une des personnalités de l'Auswärtiges Amt le mieux disposées à notre égard", eine so harte Haltung einnahm, ließ aus ihrer Sicht kaum erwarten, daß die Bundesregierung noch einlenkte[152]. Doch die Hardliner mochten nicht nachgeben. Frisches Wasser auf ihre Mühlen lieferte in diesen Tagen die Meldung, die Bundesrepublik werde in Kürze den in Frankreich ungeliebten Präsidenten von Guinea, Sékou Touré[153], zum Staatsbesuch empfangen. Zwar sagte das Auswärtige Amt auf Bitten des französischen Botschafters zu, im Kommuniqué keine Bemerkungen über die Unabhängigkeitsbestrebungen der afrikanischen Völker aufzunehmen[154]. Und Adenauer „war zur rechten Zeit erkältet", um nicht am Festbankett zu Ehren Sékou Tourés teilnehmen zu müssen[155]. Doch die Verstimmung an der Seine wollte sich nicht legen. Allzu sehr schien der Kanzler darauf fixiert, sich von Ost-Berlin nicht als Ansprechpartner der schwarzafrikanischen Staaten ausstechen und nicht noch mehr von jenen kritischen Stimmen in Bonn unter Druck setzen zu lassen, die ihm zuviel Rücksicht auf Paris vorwarfen[156].

Des Kanzlers Opponenten brauchten nach entsprechenden Beweisen nicht lange zu suchen. Am 4. 11. brachten französische Kriegsschiffe den deutschen Frachter „Bilbao" auf der Fahrt nach Casablanca vor der französischen Nordküste auf und zwangen ihn zur Einfahrt in den Hafen von Cherbourg. Obwohl marokkanische Einfuhrlizenzen vorlagen, wurde ein Teil der angeblich für die algerischen Aufständischen bestimmten Fracht gelöscht, eine Fühlungnahme zwischen deutschen Diplomaten und der Besatzung von den französischen Behörden erschwert. Eine Protestnote der Bundesregierung gegen die außerhalb der Drei-Meilen-Zone vorgenommenen und damit „völkerrechtswidrig[en]" Aktionen, die sich in den nächsten zwei Jahren so oder ähnlich noch siebzehnmal wiederholen sollten, blieb ohne Wirkung[157]. Debré hielt seine Position für so stark, daß er sich am 23. 11., drei Tage nach der neuerlichen Aufbringung eines deutschen Handelsschiffes[158], persönlich bei Adenauer über die Aktivitäten algerischer Rebellen auf deutschem Boden beklagte und Gegenmaßnahmen verlangte[159]. Obwohl das französische Vorgehen in Bonn als „unbefriedigend" betrachtet wurde und das Auswärtige Amt eine zweite Stellungnahme vorbereitete[160], erklärten beide Regierungen die Angelegenheit am Tag darauf politisch für abgeschlossen, nachdem Paris

[151] S. ebd., Bl. 97f., Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 128/CE, 28. 11. 1959 (Konzept FV).
[152] Ebd., Bl. 99–103, Aufzeichnung ders. Nr. 133/CE, 28. 11. 1959 (Konzept YD).
[153] Sékou Touré hatte nach der Entlassung Guineas in die Unabhängigkeit 1958 den Beitritt zur Communauté Française abgelehnt (Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 412–414).
[154] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 222, Knappstein an Carstens, von Etzdorf u. von Braun, Aufzeichnung St.S. 1165/59, 7. 11. 1959; Kommuniqué zum Staatsbesuch Sékou Tourés vom 16./17. 11. 1959, in: AdG 1959, S. 8062C.
[155] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 224, Kanzler-Tee, 7. 3. 1960.
[156] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 547f.
[157] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Referat 500 im AA, Aufzeichnung betr. „Bilbao", o.D.; vgl. Scheffler, SPD, S. 120, Anm. 439.
[158] Vgl. ebd., S. 66 u. 120, Anm. 439.
[159] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Debré an Adenauer, 23. 11. 1959.
[160] Ebd., Referat 500 im AA, Aufzeichnung betr. „Bilbao", o.D.

zugegeben hatte, bei der Durchsuchung der „Bilbao" nichts Verdächtiges gefunden zu haben[161]. Nur die SPD gab sich damit nicht zufrieden. Für sie war dieses unrechtmäßige Vorgehen der Franzosen Anlaß genug, um den Zwischenfall Anfang Dezember 1959 im Rahmen einer Kleinen Anfrage in den Deutschen Bundestag hineinzutragen[162].

Die Aufbringung der MS „Bilbao", Debrés Äußerungen zur Oder-Neiße-Frage und die im soeben erschienenen dritten Band der Kriegsmemoiren enthaltenen Sicherheitsvorstellungen de Gaulles gegenüber Deutschland[163] hatten die beiderseitigen Beziehungen nicht unerheblich belastet[164]. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte gereizt, eine „oft ausgesprochen antifranzösische Stimmung" machte sich breit[165]. Seydoux führte sie vor allem auf die der Bevölkerung immer stärker bewußt werdende Abhängigkeit von Frankreich zurück. Das Gefühl der Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung rief nicht zuletzt bei jenen Bitterkeit hervor, die lieber nach London denn nach Paris herüberschauten[166]. Französische Politiker, Diplomaten und Beamte des Quai d'Orsay legten der Deutschen Botschaft daher nahe, dem Kanzler einen offenen Meinungsaustausch mit dem General zu empfehlen und die jüngsten Divergenzen anzusprechen. Jansen machte sich zum Sprachrohr dieser Ratgeber und forderte die Bundesregierung dazu auf, vom Präsidenten eine unzweideutige Bestätigung seiner bisherigen Deutschlandpolitik und eine deutliche Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu erbitten. Der Gesandte hielt es außerdem für unabdingbar, daß Frankreich fortan zum Thema Oder-Neiße-Linie schwieg[167]. Der im NATO-Generalsekretariat in Paris tätige Alexander Böker warb gar dafür, dem französischen Präsidenten mit Hilfe einer Karte die Größe des Deutschland zugemuteten Opfers zu veranschaulichen und ihm klarzumachen, wie sich eine derartige territoriale Zerstückelung auf Frankreich auswirken würde. Aufgrund der Persönlichkeitsstruktur des Präsidenten sah er keine Chance, ihn kurzfristig zu einem Widerruf seiner Äußerungen veranlassen zu können. Um so notwendiger schien es ihm daher, den General dazu zu bewegen, die Frage vorläufig nicht mehr offen anzusprechen und nach einer Frist von ein bis zwei Jahren dann „abzuschwächen oder umzubiegen"[168]. Auch die SPD forderte den Kanzler dazu auf, dieses Problem mit de Gaulle zu erörtern. Ansonsten hob sich ihr Wunschkatalog, den sie ihm mit auf den Weg nach Paris gab, prägnant von den Überlegungen der Diplomaten ab: Forcierung

[161] Vgl. AdG 1959, S. 8084C.

[162] S. SPD-Fraktionssitzung vom 1. 12. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 360; Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, 1. 12. 1959, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 65, Drucksache Nr. 1440.

[163] S. de Gaulle, Mémoires de Guerre, Bd. 3.

[164] Vgl. „Paris-presse/l'intransigeant", 1. 12. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 591–593.

[165] ACDP, NL Mertes, I-403-017/1, Jansen an von Brentano, o.D. (Entwurf). Eine überarbeitete Fassung erging auch an das Auswärtige Amt (BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 78–81, Paris an AA, FS Nr. 983, 24. 11. 1959 (Auszug).

[166] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 548.

[167] ACDP, NL Mertes, I-403-017/1, Jansen an von Brentano, o.D. (Entwurf); vgl. die entschärfte Fassung in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 78–81, Paris an AA, FS Nr. 983, 24. 11. 1959 (Auszug).

[168] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Memorandum Bökers, 25. 11. 1959; zur Autorenschaft s. ebd., Frank an Limbourg, Vermerk 204-82.00/94.07, 11. 12. 1959.

der Gipfelkonferenz und positivere Haltung zu Abrüstungs- und Entspannungszonen[169].

Adenauers „entente personnelle" mit de Gaulle

Als Adenauer am 1. 12. an der Seine eintraf, erwartete ihn ganz im Gegensatz zu dem frostigen Klima an der Themse eine „außergewöhnlich harmonische Atmosphäre"[170]. Trotz oder gerade wegen der Dissonanzen der letzten Monate hatte sein Gastgeber schon im Vorfeld dieses innerhalb von vierzehn Monaten vierten, erstmals in der französischen Hauptstadt stattfindenden Treffens eine auf Harmonie bedachte Weise angestimmt. Am 21. 11. stilisierte de Gaulle in einer viel beachteten und in den Zeitungen mit großen Lettern wiedergegebenen Rede in Straßburg den Rhein zum Bindeglied zwischen Deutschen und Franzosen und beschwor die immer engere Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern, ja ihre Verbrüderung[171]. Adenauer nahm diese Gedanken in mehreren Interviews sowie in seinen Begrüßungsworten auf dem Flugplatz Orly auf und sprach von der Hoffnung auf ein unverbrüchliches Bündnis zwischen beiden Völkern. Von einer Achse Paris-Bonn wollte er aber nichts wissen[172]. Auch Bundespräsident Lübke stimmte am 1. 12. in den von de Gaulle und Adenauer intonierten Chor mit ein und rühmte in einer Ansprache in Mainz die „Segnungen der guten Nachbarschaft"[173].

Zur selben Stunde traf der Kanzler mit dem Bundesaußenminister zu einer ersten Unterredung mit ihren französischen Kollegen zusammen. Beide Seiten beklagten die englische Haltung zur Berlin-Frage, und Adenauer hielt auch die amerikanische Position für unsicher. Daher schien es ihm das Beste, wenn das Problem nicht auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens gesetzt würde[174]. Die Harmonie des Morgens schlug schlagartig um, als die Franzosen in der Sitzung am Nachmittag die Themen NATO und transatlantische Beziehungen ansprachen und für eine europäische Verteidigung unter französisch-deutscher Führung plädierten[175]. De Gaulle bemühte sich am nächsten Morgen in seinem knapp dreistündigen Vieraugengespräch mit Adenauer redlich, die Wogen zu glätten, ohne im Kern von der von Debré skizzierten Politik abzulassen. Adenauer reagierte, wie er stets in solchen Augenblicken zu reagieren pflegte: Er ließ seinen Sorgen über die westliche Uneinigkeit und die Gefahren aus dem Osten freien Lauf. Vehement warnte er vor einer außenpolitisch verhängnisvol-

[169] Vgl. Marcowitz, Option, S. 168.

[170] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959.

[171] S. Rede de Gaulles in Straßburg, 21. 11. 1959, im Auszug in: AdG 1959, S. 8071A; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, FS Nr. 980, 23. 11. 1959, Citissime. Zur Reaktion in Bonn vgl. Bulletin 1959, S. 2229f. u. 2269.

[172] S. Interview Adenauers mit „Europa I", 28. 11. 1959, in: ebd., S. 2277; Interview dess. mit „France II", 30. 11. 1959, in: ebd., S. 2277f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3433/39, 25. 11. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 614–616.

[173] Ansprache Lübkes in Mainz, 1. 12. 1959, in: Bulletin 1959, S. 2283f., hier S. 2284.

[174] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 1. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 646–650; Couve de Murville an Alphand, Tel. 13756/62., 2. 12. 1959, Secret, Réservé, in: ebd., S. 645f.; vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 549f.

[175] Vgl. Kap. V.3.2.

len Entwicklung in der Bundesrepublik nach einem eventuellen Wahlsieg der SPD 1961 und ging scharf mit dem Kanzlerkandidaten Brandt ins Gericht. Wortreich führte er dem General vor Augen, wie prekär seine innenpolitische Situation hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze sei, rechnete sich jedoch nach den Wahlen durchaus gute Chancen aus, mit Polen in ein besseres Verhältnis zu gelangen. „Mais vouloir propager par trop la notion de la ligne Oder-Neisse dès aujourd'hui serait une mauvaise propagande", meinte der Kanzler unter deutlicher Anspielung auf die jüngsten französischen Äußerungen. De Gaulle hörte sich das Lamento ruhig an. Erst als Adenauer die Lösung des Problems einem Friedensvertrag als Aufgabe zuwies, fiel er ihm ins Wort und unterstrich, er werde dies im Gedächtnis behalten. Die in seinen Erinnerungen aufgestellte Behauptung Adenauers, de Gaulle habe ihm eine Zusage gegeben, über die Oder-Neiße-Grenze nicht mehr zu reden, entspricht also nicht den Tatsachen. Ebenso irrig scheint indes auch eine spätere Bemerkung de Gaulles gegenüber Eisenhower, derzufolge Adenauer angedeutet habe, die Oder-Neiße-Grenze nach den Bundestagswahlen 1961 anerkennen zu können. Denn der Kanzler machte eine solche Anerkennung ja von einem Friedensvertrags abhängig, den er kaum für 1961 erwartet haben dürfte. Zur Gipfelkonferenz übergehend, pflichtete er der von Gaulle kurz zuvor aufgestellten Tagesordnung bei, wonach die Abrüstung, Entwicklungshilfe, Nichteinmischung in die Belange anderer Staaten, Deutschlandfrage und die Gefahren in Asien, Afrika und im Orient besprochen werden sollten. Einmal mehr unterstrich der Präsident seine Ansicht, daß die Wiedervereinigung bis auf weiteres nicht erreichbar sei, die Teilung Deutschlands grundsätzlich aber aufgehoben werden müsse, um einen Unruheherd in Europa zu beseitigen. Eine Debatte über Berlin sahen beide Staatsmänner nur im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage vor, wobei der Status der alten Reichshauptstadt nicht angetastet werden sollte[176].

Für den Kanzler endeten die Konsultationen nach den Irritationen vom Vortag zwar sicherlich nicht „in vollständiger Harmonie"[177], wie er es in seinen Erinnerungen vorgab. Aber die ihn mit dem General verbindende Gewißheit, sich in den außenpolitischen Grundsatzfragen einig zu sein, bereitete ihm doch Erleichterung[178]. Freilich ergibt sich der Eindruck, als ob dieser Gleichklang dadurch erkauft wurde, daß die strittigen Punkte ausgeklammert oder allenfalls angeschnitten worden waren. Anstatt sich etwa in die Niederungen der Algerienproblematik zu begeben, erhoben sich Adenauer und de Gaulle lieber in die Höhen vorsichti-

[176] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 656–665, hier S. 660; Couve de Murville an Washington etc., Tel. 14010/19 etc., 9. 12. 1959, Réservé, in: ebd., S. 694–696; Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 17–20; vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 550f. Zur Frage der Tagesordnung s. Pressekonferenz de Gaulles im Elysée, 10. 11. 1959, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 121. Zu den Eröffnungen de Gaulles gegenüber Eisenhower s. Unterredung zwischen dens. vom 19. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 757; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 17, 22. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 145.

[177] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 21.

[178] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, Telex 98705/00059, 3. 12. 1959; ebd., de Gaulle an Adenauer, Dezember 1959; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3740/43, 14. 12. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 715.

ger Sondierungen über vertragliche Abmachungen im politischen, gar im sicherheitspolitischen Sektor[179].

Ein Informationserlaß des Auswärtigen Amtes über den Verlauf des zweitägigen Meinungsaustauschs hob denn auch bezeichnenderweise vor allem die erzielte Übereinstimmung in der Deutschlandfrage hervor: „Angesichts der möglichen Entwicklungen im Verlauf der sog. Entspannung, die in bezug auf die Bundesrepublik sich unter Umständen problematisch auswirken kann, erhält eine enge deutsch-französische Partnerschaft politisch, wirtschaftlich und strategisch eine Bedeutung, die [...] durch die Risiken und die Gefahren einer überstürzten Entspannung nur noch deutlicher in Erscheinung tritt."[180] Die gereizte Atmosphäre in den Begegnungen mit Debré wurde zumindest vor der Öffentlichkeit nicht offen zugegeben. Der Kanzler begnügte sich statt dessen mit dem Hinweis, beim Premierminister sei geraucht worden, beim Präsidenten nicht. Sein Regierungssprecher wurde da deutlicher und antwortete auf hartnäckige Nachfragen von Journalisten: „Wenn ich der Kanzler wäre, dann würde ich vielleicht die Salons vorziehen, in denen nicht geraucht wird."[181]

Mag Adenauers Behauptung, man habe sich bei den deutsch-französischen Konsultationen so gut verstanden, daß man der Dolmetscher kaum bedurfte, auch geschönt sein[182]: Die „Entente personnelle"[183] mit de Gaulle schien aus seiner Sicht zu funktionieren. Kabinettskollegen, die wie von Brentano zur Reserve mahnten[184], oder Zeitungen, die anfingen, „gegen Frankreich so furchtbar zu stänkern" und die bilateralen Beziehungen zu bemäkeln, erteilte er einen Rüffel. Denn als Alternative zu de Gaulle gab es seiner Meinung nach nur die Volksfront oder die Militärdiktatur. Als „großen Gewinn" betrachtete der Kanzler eingedenk der Verhandlungen de Gaulles mit Stalin 1944 vor allem die Übereinstimmung hinsichtlich der sowjetischen Gefahr[185]. Mit neuem Mut und der Hoffnung, sich auf den Präsidenten im „dialogue capital" der Großen verlassen zu können[186], verlangte er für die Gipfelkonferenz wieder den Vorrang des Abrüstungsthemas, ja die Zurückstellung einer Entscheidung über Berlin[187].

Beiden Politikern kam es nach der internen Abstimmung nun darauf an, sich auf der anstehenden Regierungskonferenz der vier Westmächte der amerikanischen Position zu vergewissern. Noch immer argwöhnten sie, Eisenhower habe Chruschtschow irgendwelche Zusagen über eine interimistische Lösung der Ber-

[179] Vgl. Kap. V.4.1.

[180] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Müller-Roschach an alle diplomatischen Vertretungen, 204–82.20/94.07, 21. 12. 1959.

[181] Zitiert nach: Artikel Weisenfeld, in: „Die Welt", 4. 12. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 593–595.

[182] S. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 17; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959; vgl. dagegen Kusterer, Kanzler, S. 90.

[183] „Le Monde", 4. 12. 1959; vgl. AdG 1959, S. 8089.

[184] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 319.

[185] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959.

[186] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 17, Seydoux an MAE, Tel. 3452/55, 26. 11. 1959, Réservé, Confidentiel.

[187] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 319.

linfrage gemacht. Noch immer warfen sie dem Weißen Haus, aber auch, ja gerade dem State Department eine zu große Konzessionsbereitschaft vor[188]. De Gaulle erwartete vom westlichen Gipfel nicht allzu viel. Möglicherweise, so meinte er gegenüber Alphand, werde man sich auf einen Termin für den Ost-West-Gipfel einigen. Bezüglich Berlins setzte er auf den Status quo und war dazu bereit, „d'accepter les frontières actuelles de l'Allemagne". Die Aufgabe der alliierten Rechte an der Spree oder Änderungen der Truppenpräsenz kamen für ihn nicht in Frage. Vielleicht käme es ja nach den Bundestagswahlen 1961 zu einem Friedensvertrag mit Deutschland[189]. Das Treffen der westlichen Staats- und Regierungschefs mußte erweisen, wie weit seine Kollegen ihm auf diesem Weg zu folgen bereit waren. Von Adenauer, der in seinen Erinnerungen nicht eben der Wahrheit entsprechend behauptet, „mit großer Selbstverständlichkeit als dazugehörig eingeladen" worden zu sein[190], brauchte er kaum Widerstand zu fürchten. Wie aber würden sich Eisenhower und Macmillan verhalten?

Gegen 9.30 Uhr trafen die vier am 19. 12. allein mit ihren Übersetzern zur ersten Sitzung im Elysée zusammen. Schon die Festsetzung von Datum und Ort des Ost-West-Gipfels bereitete ihnen einiges Kopfzerbrechen. Auf Vorschlag Macmillans verständigte man sich auf Paris als Treffpunkt und Ende April als Termin. Doch damit waren die Probleme bei weitem nicht behoben. Es folgte eine „rather rambling"[191] verlaufende Diskussion über die Tagesordnung, die schließlich in eine ziemlich allgemein gehaltene Einladungsnote an Chruschtschow mündete[192]. Zwischen Adenauer und Eisenhower war das Potential an Gemeinsamkeit nunmehr aufgebraucht. Entsetzt mußte der Kanzler erkennen, daß der noch wenige Monaten zuvor in Bonn gefeierte amerikanische Präsident kein Interesse an der Bewahrung des Berlin-Status besaß. Adenauer lieferte heftige Gegenwehr und forderte, dem sowjetischen Regierungschef auf diesem Gebiet keinerlei Angebote zu unterbreiten. De Gaulle pflichtete dem ausdrücklich bei, verlangte, die Rechtsgrundlage von Berlin nicht aufzugeben und die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen. Selbst Macmillan schloß sich diesem Standpunkt an[193].

Nach der gemeinsamen Sitzung mit den Außenministern am Nachmittag[194] setzten sich de Gaulle, Eisenhower und Macmillan am nächsten Morgen ein weiteres Mal zusammen – jetzt ohne Adenauer, aber der Streit blieb dennoch nicht aus. De Gaulles Auffassung, die Berlin-Frage auf dem Gipfel nur dann anzusprechen, wenn Chruschtschow die Initiative übernähme, und sie dann zum Testfall für die sowjetische Entspannungsbereitschaft zu erheben, ging Eisenhower zu

[188] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 32–35, Tb. 8. 12. 1959.
[189] Zitiert nach: Alphand, L'étonnement d'être, S. 318, Tb. 17. 12. 1959.
[190] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 23.
[191] Macmillan, Pointing the Way, S. 103.
[192] S. de Gaulle an Chruschtschow, 21. 12. 1959, in: Bulletin 1959, S. 2427.
[193] S. Konferenz zwischen Adenauer, Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 19. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 749–757; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 13, 21. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 136–138; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 24–26; Macmillan, Pointing the Way, S. 103–105; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 217–219; Kosthorst, Brentano, S. 320; Lee, Berlin-Krise, S. 120–122.
[194] S. Plenarsitzung vom 19. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 762–765; Plenarsitzung vom 19. 12. 1959, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 222f.; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 12, 21. 12. 1959, Secret, in: ebd., Bd. 9, S. 140–144.

weit. Er wiederholte seine Position vom Vortag und erhielt jetzt Rückendeckung von Macmillan, der keinen Hehl daraus machte, für Berlin nicht viel riskieren zu wollen. De Gaulle hingegen entwickelte sich gewissermaßen zum Sprachrohr Adenauers und forderte abermals dazu auf, den Deutschen nicht die Hoffnung auf staatliche Einheit zu nehmen[195]. Die Zukunft der Bundesrepublik, mahnte der französische Präsident den englischen Premierminister in einem anschließenden Vieraugengespräch, sähe nicht rosig aus; der Kanzler sei alt und die Nachfolgefrage höchst unsicher. Die Sozialdemokraten wirkten auf beide nicht eben vertrauenserweckend, so daß der deutsche „Drang nach Osten" noch bedrohlicher anmutete[196].

Als Adenauer dann nach einer kurzen Unterrichtung durch de Gaulle über den Verlauf der dreiseitigen Unterredung[197] am Nachmittag dazustieß und einen eindringlichen Appell zum Widerstand gegen den Kommunismus vortrug[198], erzeugte das bei den Zuhörern nicht, wie er in seinen Memoiren vorgibt, „lebhaftes Interesse"[199], sondern Langeweile[200]. In der letzten Plenarsitzung am 21. 12. faßte de Gaulle als Gastgeber die zentralen Ergebnisse noch einmal zusammen: kein Zurückweichen vor der permanenten Gefahr des sowjetischen Blocks; extreme Reserve in der Berlin-Frage auf der Basis der Vorschläge von Genf; trotz geringer Fortschrittserwartungen ernsthafte westliche Abrüstungsvorschläge; Inangriffnahme gemeinsamer Ost-West-Projekte in den unterentwickelten Staaten[201].

Daß der Präsident die Gelegenheit nutzte, um seine alte Idee des Dreierdirektoriums wieder aufzufrischen[202], konnte Adenauer natürlich nicht behagen. Da von diesen Absprachen aber nichts nach außen drang, die für Bonn so wichtige Berlinproblematik weitestgehend Einigkeit erbracht hatte und im Schlußkommuniqué die westlichen Berlin-Garantien vom Dezember des Vorjahres nachdrücklich bekräftigt wurden[203], reiste die deutsche Delegation „sehr zufrieden" aus Paris ab[204]. Dem Altbundespräsidenten Heuss meldete der Kanzler gar einen „echten Erfolg"[205], und sein Außenminister rühmte der Presse gegenüber die völlig reibungslose Konsensbildung: „Es ist alles viel besser gegangen, als ich es ge-

[195] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 20. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 765–767; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 17, 22. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 144–146; Macmillan, Pointing the Way, S. 106–108; Kosthorst, Brentano, S. 320f.

[196] Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 21. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 780f., hier S. 781.

[197] S. Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 20. 12. 1959, Très secret, in: ebd., S. 773f.

[198] S. Konferenz zwischen dens., Eisenhower und Macmillan vom 20. 12. 1959, Très secret, in: ebd., S. 774–777; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 15, 21. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 147f.

[199] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 27.

[200] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 108; Kosthorst, Brentano, S. 321.

[201] S. Plenarsitzung vom 21. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 778–780; Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 104, 24. 12. 1959, Réservé, in: ebd., S. 794f.; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 18, 22. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 151–154; Erklärung de Gaulles, 21. 12. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 289.

[202] Vgl. Kap. V.3.2.

[203] S. Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Adenauer, de Gaulle, Eisenhower und Macmillan, 21. 12. 1959, in: Bulletin 1959, S. 2427.

[204] ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-4 Jansen an Berger, 21. 12. 1959.

[205] Adenauer an Heuss, 22. 12. 1959, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 296.

hofft habe."[206] Wem man diesen Erfolg zu verdanken hatte, darüber ließ die Bundesregierung nach ihrer Rückkehr nach Bonn intern keinen Zweifel – de Gaulle[207]!

Der französische Präsident schien mit den Ergebnissen ebenfalls zufrieden, zumindest mit denen, auf die es ihm ankam. Der Ost-West-Gipfel war auf Ende April terminiert und gab ihm vorher noch die Möglichkeit, in die USA zu reisen. Vielleicht gelänge es ihm ja dort, Eisenhower davon abzubringen, ein neues Berlin-Statut auszuhandeln. Natürlich war die Situation der Stadt „gênante et ‚anormale'", sie mußte aber verteidigt werden, um „un retournement" der Bundesrepublik zu verhindern[208]. Des Kanzlers Wunsch, sozusagen hinter Genf zurückzugehen, schien de Gaulle hingegen unangebracht. Couve de Murville ließ in der Assemblée Nationale nun gar rhetorisch verklausuliert die Hoffnung auf eine isolierte Berlin-Lösung ohne Aufgabe der eigenen Rechte erkennen und mußte sich von den Abgeordneten prompt vorwerfen lassen, er gebe den bisherigen Standpunkt preis[209].

Verglichen mit der amerikanischen Haltung war dies gleichwohl harmlos. Herter meinte wenige Tage nach dem Ende der Pariser Konferenz im Kreise einiger Journalisten, er könne sich durchaus eine Abänderung der vertraglichen Vereinbarungen über Berlin oder die Wiederauflage des Vorschlags vom 28. 7. vorstellen. Als Grewe auftragsgemäß protestierte und eine Richtigstellung im Sinne der Pariser Beschlüsse verlangte, verweigerte der Außenminister nicht nur das geforderte Dementi, sondern machte dem Botschafter gegenüber unmißverständlich klar, daß es auf dem Ost-West-Gipfel entweder wie in Genf um eine befristete Berlin-Regelung oder um einen neuen, bis zur Wiedervereinigung gültigen Status gehen werde[210].

Westliche „Aufweichtendenzen"

„Hart auf hart wird es in diesem Jahr zugehen", notierte sich ein skeptischer Heinrich Krone am Neujahrstag 1960. „Moskau ist auf dem Vormarsch, der Westen in der Abwehr. Dulles ist tot. Koexistenz ist die Parole. Die große Verführung! Armes Deutschland."[211] Adenauer, der sich erneut Gedanken über ein Revirement im Auswärtigen Amt und die Ernennung von Carstens zum Staatssekretär machte, weil Knappstein „keine Arbeitskraft von Gewicht" darstellte, van Scherpenberg krankheitsbedingt „nur halb verwendungsfähig" und von Brentano aus dienstlichen Gründen so häufig von Bonn abwesend war, daß eine Leitung des Amtes fehlte[212], sah angesichts der allenthalben sichtbaren „Aufweichtenden-

[206] Interview von Brentanos mit „Die Welt", 21. 12. 1959, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 801; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 321.
[207] S. Adenauer an Heuss, 22. 12. 1959, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 295 f.; Krone, Tagebücher, S. 389 f., Tb. 23. 12. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 321.
[208] Alphand, L'étonnement d'être, S. 320, Tb. 23. 12. 1959.
[209] S. Regierungserklärung Couve de Murvilles und Rede Contes in der Assemblée Nationale, 28. 12. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959–1960, Bd. 5, S. 3668–3671 u. 3671–3673, in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 813–820 u. 821.
[210] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 321 f.
[211] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 393, Tb. 1. 1. 1960.
[212] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 157–161, Tb. 9. 1. 1960.

zen"[213] nun offenbar Gefahr im Verzuge. Vor dem Berliner Abgeordnetenhaus erklärte er am 11. 1. 1960 die Genfer Vorschläge für erledigt und versicherte demonstrativ, daß darüber in Paris Konsens geherrscht habe[214]. Unter allen Umständen galt es seiner Ansicht nach zu verhindern, den Ost-West-Gipfel, der inzwischen auf den 16. 5. terminiert worden war[215], als Fortsetzung der Genfer Außenministertagung zu betrachten. Erhob man ihr Ende gleichsam zum Ausgangspunkt der neuen Konferenz und fing sie auf der Basis des Vorschlages vom 28. 7. 1959 an, so würde man in seinen Augen unweigerlich „immer weiter absinken"[216].

Die von Adenauer reklamierte Einmütigkeit des Westens benötigte die Bundesregierung um so dringender, als aus Moskau wieder schärfere Töne nach Bonn schallten. Trotz der im Januar fortgesetzten diplomatischen Kontakte zwischen Chruschtschow und Kroll einerseits, Adenauer und Smirnow andererseits sowie des von Chruschtschow offerierten „Burgfriedens" blieb das Verhältnis in der Sache wie der Atmosphäre ausgesprochen frostig[217]. Nachdem des Kanzlers letzter Brief an den Kreml-Chef vom 8. 1. 1960 fester als die vorherigen ausgefallen war[218], verschärfte sich die Tonlage. Ein am 17. 1. Ollenhauer ausgehändigtes sowjetisches Memorandum über Berlin ließ ungeachtet aller Modifikationen im Detail in der Sache keinerlei Bewegung erkennen[219]. In seiner Replik an Adenauer ritt Chruschtschow am 28. 1. eine scharfe Attacke gegen die Bundesregierung, sprach ihr jegliches Mitspracherecht in der Berlin-Frage ab und drohte abermals mit einem Separatfrieden[220].

Besorgniserregend war die sich versteifende Haltung der Sowjetunion für die Bundesrepublik vor allem deshalb, weil die Angriffe mit der angelsächsischen Tendenz zu einer Sonderlösung für Berlin zusammenfielen und damit die Gefahr einer deutschen Isolierung heraufbeschworen. „Une réaction désabusée" in Bonn war die Folge. Regierung und Opposition vertraten gleichermaßen die Auffassung, man könne die „deutsche Frage" und das Berlin-Problem nur im Rahmen einer umfassenden Détente lösen. Anders als die Union, die sich im wesentlichen reaktiv verhalten wollte, verlangte die SPD aber eigene deutsche Vorschläge[221].

[213] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 29. 1. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 584.

[214] S. Rede dess. im Berliner Abgeordnetenhaus, 11. 1. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 48–52; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 396, Tb. 11. 1. 1960; Kosthorst, Brentano, S. 322.

[215] S. Chruschtschow an Eisenhower, 25. 12. 1959, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 812; Eisenhower an Chruschtschow, 29. 12. 1959, in: ebd., S. 831; Chruschtschow an Eisenhower, 30. 12. 1959, in: ebd., S. 832.

[216] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 168, Kanzler-Tee, 15. 1. 1960.

[217] Kroll, Lebenserinnerungen, S. 448–450, hier S. 448; s.a. Dejean an Couve de Murville, Tel. 12/21, 2. 1. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 1–4; Kosthorst, Brentano, S. 323; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 282–284.

[218] S. Adenauer an Chruschtschow, 8. 1. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 27–31; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 49, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 107, 20. 1. 1960, Confidentiel.

[219] S. Memorandum der Sowjetunion, 13. 1. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 69–75; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 49, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 5. 2. 1960.

[220] S. Chruschtschow an Adenauer, 28. 1. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 137–152.

[221] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 49, Seydoux an MAE, Tel. 4501, 3. 2. 1960; s.a. ebd., ders. an dass., Tel. 818/21, 26. 2. 1960; Erklärung Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 12. 1. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 368; Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 26. 2. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 6.

Angesichts der Friktionen im Verhältnis zu Briten und Amerikanern mußte den Deutschen daran gelegen sein, das Verhältnis zu den Franzosen möglichst spannungsfrei zu halten. Natürlich war man sich dieser Zwangslage Bonns in Paris bewußt, und natürlich versuchte die Regierung, politisches Kapital daraus zu schlagen. Als Angriffshebel diente ihr die weiterhin ungeklärte Frage der Finanzierung französischer Entwicklungsprojekte in Algerien. Nachdem im Quai d'Orsay ausgearbeitete Lösungsmuster am Widerstand des Matignon gescheitert waren[222], verlangte Frankreich Mitte Dezember 1959, der Brüsseler EWG-Ministerrat müsse das Problem auf seiner nächsten Sitzung im Januar 1960 beseitigen[223]. Wenig später verschärfte man noch den Druck, forderte von der Bundesregierung die Aufgabe ihres Widerstandes und drohte mit einem Antrag an den Ministerrat zur Unterstützung der Finanzierung des von de Gaulle im Oktober 1958 verkündeten Plans von Constantine[224].

Als das Auswärtige Amt dem Quai d'Orsay Ende Januar als Ausweg aus der Malaise empfahl, seinen Beitrag zum EWG-Entwicklungsfonds um jenen Betrag zu reduzieren, den es zur Bestreitung der algerischen Projekte aus diesem Fonds beanspruche, schien das Ei des Kolumbus gefunden. Doch die Offerte besaß für Paris den großen Nachteil, daß der EWG-Vertrag hätte geändert werden müssen und die Parität mit Bonn bei der Finanzierung des Fonds aufgehoben worden wäre. Frankreich wollte aber weder die Gefahr neuer Vertragsverhandlungen eingehen noch den bei den afrikanischen Staaten zu erwartenden Popularitätsvorsprung der Bundesrepublik als größter Zahlmeister hinnehmen[225]. Deutscher Gegendruck und vor allem die Entwicklung in Algerien veranlaßten die Franzosen jedoch, die Sache zunächst ruhenzulassen[226].

Am 20. 1. forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf Antrag der SPD-Fraktion dazu auf, Auskunft über die Verhandlungen mit Frankreich über die Aufnahme von Jugendlichen in die Fremdenlegion zu geben[227]. Der Zeitpunkt war denkbar ungünstig gewählt, fiel er doch mit einem Machtkampf zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem Kommandierenden der französischen Truppen in Algerien zusammen, der am 22. 1. mit der Amtsenthebung General Massus endete. Zwei Tage später kam es in Algier zwischen französischen Extremisten und Sicherheitskräften zu blutigen Zusammenstößen, denen ein Generalstreik folgte[228]. Natürlich hoffte Adenauer darauf, der General werde das Staatsruder „mit voller Kraft" in der Hand behalten. Denn ein Sturz drohte nicht

[222] S. AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 118f., Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE an de Carbonnel, Nr. 444/CE, 17. 12. 1959 (Konzept YD).

[223] S. ebd., Bl. 116, de Carbonnel an Brüssel, Tel. o.Nr. , 17. 12. 1959.

[224] S. ebd., Bl. 131f., Aufzeichnung ders. Nr. 164/CE, 30. 12. 1959 (Konzept YD); ebd., Bl. 143–145, Entwurf einer Note an die Bundesregierung, 31. 12. 1959. Zum Plan von Constantine s. Rede de Gaulles, 3. 10. 1958, in: de Gaulles, Discours, Bd. 3, S. 48–51.

[225] S. AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 154f., Aufzeichnung des MAE, Nr. 11/CE, 25. 1. 1960.

[226] S. ebd., Bl. 157, Delahaye an Wormser, 11. 2. 1960; ebd., Bl. 160–163, MAE an de Carbonnel, Aufzeichnung, 23. 2. 1960.

[227] S. SPD-Fraktionssitzung vom 1. 12. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 360; SPD-Fraktionssitzung vom 8. 12. 1959, in: ebd., S. 366; Antrag der SPD-Fraktion, 8. 12. 1959, in: BT, Sten. Ber., Anlagen, Bd. 65, Drucksache Nr. 1463; Bundestagsdebatte, 20. 1. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 45, S. 5285.

[228] Vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 232–246; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 88–102; AdG 1960, S. 8179B u. 8198C.

nur einen Bürgerkrieg zwischen Armee und Kommunisten heraufzubeschwören, sondern auch einer Volksfrontregierung das Tor zu öffnen. Wenige Wochen vor der Gipfelkonferenz, so unterstrich der Kanzler Ende Januar im Vorstand seiner Partei, käme ein solcher Vorgang natürlich „eine[r] Katastrophe" für ganz Europa gleich[229].

Entsprechend groß fiel seine Erleichterung über das Ende der „semaine des barricades" aus. Einmal mehr hatte sich gezeigt, daß es in Frankreich letztlich nur noch zwei dominierende politische Kräfte gab: de Gaulle und die in Nordafrika stehende Armee. Denn die Parteien und Gewerkschaften hatten sich völlig passiv verhalten. Die Position des Präsidenten war dennoch keineswegs definitiv gefestigt. Einige Minister kündigten ihm die Gefolgschaft auf und zwangen ihn am 2. 2. zu einem Revirement des Kabinetts[230]. Adenauer sprach ihm gleichwohl sofort seine Glückwünsche für die Niederschlagung der Revolte aus[231] und zeigte sich davon überzeugt, daß der General nun Herr der Lage bliebe. Zum Wohlgefallen des Adressaten verband er seine freundlichen Worte mit einer harschen Kritik an den USA, die sich kurz zuvor in der UNO bei der Abstimmung über eine frankreichfeindliche Algerienresolution enthalten hatten[232].

Prompt erhoben sich in der Union wie in der SPD Stimmen, die davor warnten, das Ende der Rebellion mit dem Ende des Krieges zu verwechseln. Die Presse ermahnte den Kanzler, sich nicht zu einseitig auf Frankreich auszurichten und statt dessen die Beziehungen zu den USA und zu Großbritannien stärker zu pflegen[233]. Unverhohlen brachten die Zeitungen ihre Sympathie für ein unabhängiges Algerien zum Ausdruck und bezichtigten de Gaulle gar „faschistischer Absichten". Für das Kanzleramt boten sie damit einen weiteren Beleg für ihre Fehleinschätzung der gesamten Algerienkrise. Ja, sie nährten an der Seine den Eindruck, als ob „in der Bundesrepublik [...] nur Adenauer für die deutsch-französische Zusammenarbeit", die überwiegende Mehrheit der Deutschen aber „frankreichfeindlich" eingestellt sei, und schürten die Gefahr einer tiefgreifende Änderung der gegenwärtig günstigen Einstellung der französischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland[234].

De Gaulles nächsten Schritte in der Algerienfrage waren nicht dazu angetan, die deutsche Stimmungslage zu seinen Gunsten zu ändern. Anfang März deutete der General auf einer militärischen Inspektionsreise in Algerien an, daß das Problem erst infolge eines vollständigen Sieges der Waffen nach Jahren gelöst werden könne und die vom FLN geforderte Unabhängigkeit für ihn völlig inakzeptabel sei. Nicht nur für die algerischen Freiheitskämpfer, auch für so manchen französi-

[229] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 29. 1. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 580.

[230] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 360, Tb. 31. 1. 1960; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 104f.; AdG 1960, S. 8199f.

[231] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 1. 2. 1960; das Antwortschreiben vom 4. 2. 1960 ebd.

[232] Vgl. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 426/31, 2. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 121; zur UNO-Debatte über Algerien im Dezember 1959 s. AdG 1959, S. 8111A.

[233] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 426/31, 2. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 121f.

[234] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Frank an Müller-Roschach, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 8. 2. 1960, Konzept.

schen Parlamentarier war diese Erklärung indiskutabel[235]. Ohne durchschlagenden Erfolg stellte sich der Quai d'Orsay dem Eindruck entgegen, der Präsident weiche von der im September 1959 aufgezeigten Linie wieder ab[236]. Im Auswärtigen Amt bewertete man seine Stellungnahme als klaren Rückschritt und erwartete nun eine neue Taktik[237]. Gemäß der bisherigen Politik enthielt sich das Haus jeglichen Kommentars, verharrte aber nicht in Passivität. Als Paris Anfang März angesichts der geplanten Eröffnung eines offiziellen Informationsbüro des GPRA in Belgrad dazu aufforderte, eine solche Mission auf deutschem Boden zu verhindern[238], verlangte das Auswärtige Amt gewissermaßen als Antwort von der tunesischen Botschaft, das FLN-Büro unter ihrem Dach zu entfernen[239]. Wenngleich die Bundesrepublik Frankreich damit „un appui appréciable" zuteil werden ließ[240], folgte sie den französischen Gefolgschaftsaufrufen keineswegs blind. Ein neuerlicher Appell zu einer „attitude compréhensive" in der Frage des EWG-Entwicklungsfonds[241] verhallte ungehört. Unter Hinweis auf innenpolitische Komplikationen sah sich die Bundesregierung nicht dazu in der Lage, ihm entgegenzukommen[242], und das obwohl die innerwestliche Vorbereitung des Ost-West-Gipfels in den vergangenen Wochen wiederholt unter Beweis gestellt hatte, wie sehr man auf die Franzosen angewiesen war.

Die Westmächte hatten dazu drei Arbeitsgruppen eingesetzt. Wenngleich seitens der Bundesregierung angestrebt worden war, in allen präsent zu sein, konnte sie eine Mitsprache nur bei den in Washington behandelten Themen Deutschland und Berlin durchsetzen. In der Pariser Arbeitsgruppe, die für die Ost-West-Beziehungen zuständig war, durfte ein deutscher Diplomat nur als Repräsentant der NATO mitwirken, und im sogenannten Fünferausschuß, der parallel dazu Abrüstungsfragen behandelte, waren Bonner Vertreter gänzlich unerwünscht[243].

Sowohl an der Seine als auch am Rhein schenkte man der sowjetischen Entspannungsrhetorik nur wenig Glauben. Der Quai d'Orsay ging davon aus, daß der Kreml hauptsächlich danach strebe, sich der öffentlichen Meinung gegenüber als Friedens- und Entspannungsmacht darzustellen. Chruschtschows These von der friedlichen Koexistenz zwischen den Systemen galt als unannehmbar, weil sie die Teilung der Welt in zwei antagonistische Blöcke als gegeben ansah und nicht auf deren Überwindung abzielte[244] - ein Standpunkt, der beinahe nahtlos mit der

[235] Vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 249f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 106–111; AdG 1960, S. 8262A, 8271A, 8274B, 8279C.

[236] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 35, 23. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 310–312.

[237] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Aufzeichnung des Referats 204/205 im AA, 204–83.00/94.07, 9. 3. 1960, Konzept.

[238] S. Couve de Murville an London etc., Tel. 2734/35 etc., 2. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 238.

[239] Vgl. Bulletin 1960, S. 499.

[240] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 37–38, Seydoux an MAE, Tel. 1178/90, 21. 3. 1960.

[241] S. ebd., DE-CE, Bd. 726, Bl. 175, de Carbonnel an Bonn, Tel. 1816, 13. 3. 1960.

[242] S. ebd., Bl. 177, Seydoux an MAE, Tel. 1080/82, 14. 3. 1960.

[243] Vgl. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 19. 12. 1959, US/MC/7, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 138–140; Konferenz zwischen dens. vom 21. 12. 1959, US/MC/16, Secret, in: ebd., S. 155–158; Editorial Note, in: ebd., S. 269f.; Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 27. 2. 1960, in: BDFD I, S. 752–755; Haftendorn, Instrumentarium, S. 44f.; Kosthorst, Brentano, S. 323f.

[244] S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 4–7, Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im

Position des Auswärtigen Amtes übereinstimmte. Von Koexistenz, so meinte von Brentano am 23. 1. vor dem „Centro Italiano di Studi per la Rinconciliazione Internazionale" in Rom, solle nur derjenige sprechen, „der die integrale Existenz des anderen anzuerkennen bereit ist". Davon könne im Moskauer Zwangssystem keine Rede sein[245], fügte er hinzu, wohlwissend, daß diese Überzeugung von den Verbündeten nur bedingt geteilt wurde. Insbesondere die Angelsachen, so beklagte er sich zwei Tage später im Kreis der sechs EWG-Außenminister, zeigten eine „ignorance terrible" gegenüber den Gegebenheiten. „En ce qui concerne la France, nous n'avons aucun doute. Mais cela ne suffit pas, car les Russes profiteront de la moindre occasion pour nous diviser." Couve de Murville pflichtete ihm bei und führte seinen Kollegen eindringlich vor Augen, worum es Moskau ging: Lösung der Bundesrepublik vom Westen und Neutralisierung, „ce qui équivaudrait à la présence des Soviets sur le Rhin"[246].

Die Diskussionen in den drei Arbeitsgruppen ließen die Forderung nach Einigkeit als bloßen frommen Wunsch erscheinen. Im Fünf-Mächte-Abrüstungsausschuß stritten Angelsachsen und Franzosen über amerikanische Pläne, aus denen klar herausgelesen werden konnte, daß die Urheber kaum Chancen für eine wirkliche nukleare Abrüstung sahen und deshalb vor allem daran dachten, den Club der Atommächte nicht zu vergrößern[247]. In der Pariser Arbeitsgruppe erzeugte Frankreichs Absicht, die Sowjetunion zur Übernahme grundlegender Prinzipien in den Ost-West-Beziehungen zu bewegen, bei den Amerikanern nur ein schwaches Echo. Die von den Franzosen erwogenen blockübergreifenden Projekte in unterentwickelten Staaten, die angeregte Festlegung des Prinzips der Nichteinmischung und vor allem die Waffenexportkontrolle stießen gar auf ihren dezidierten Widerstand[248]. Auch im Washingtoner Arbeitsausschuß herrschte Uneinigkeit, da der französische Delegationsleiter Laloy im Verein mit seinem deutschen Kollegen Grewe für ein Festhalten der geltenden Rechtslage in Berlin eintrat, wohingegen ihr amerikanischer Counterpart mit Flexibilitätsforderungen aufwartete[249]. Als die Angelsachsen erneut, wie schon auf der Genfer Konferenz, deutsch-deutsche Gespräche im Rahmen einer Weisung der Vier Mächte empfahlen, legte sich Adenauer quer und untersagte derartige Konzessionen[250]. Wenn Chruschtschow wirklich Entspannung wolle, so lautete sein

MAE, 12. 1. 1960 (Konzept FL); ebd., Bl. 8–14, Aufzeichnung ders., 13. 1. 1960 (Konzept FL); Linsel, Charles de Gaulle, S. 193.

[245] Rede von Brentanos in Rom, 23. 1. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 111–114, hier S. 112f.

[246] Konferenz der Außenminister der EWG-Staaten vom 25. 1. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 73–83, hier S. 80 u. 81.

[247] S. Aufzeichnung des MAE, 29. 2. 1960, in: ebd., S. 233–237; Couve de Murville an Brüssel etc., Tel. 302/07 etc., 10. 3. 1960, Réservé, in: ebd., S. 252f.; ders. an Moch, Tel. 11/12, 14. 3. 1960, Immédiat, Réservé, in: ebd., S. 267; ders. an dens., Tel. 47/51, 28. 3. 1960, in: ebd., S. 334f.; ders. an dens., 28. 3. 1960, Personnelle, in: ebd., S. 335f.

[248] S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 27. 2. 1960, in: BDFD I, S. 753–755; Aufzeichnung Lucet, 22. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 307–310.

[249] Vgl. Aufzeichnung des MAE, 16. 1. 1960, in: ebd., S. 38–46; PA, Ref. 700, Bd. 1686, Jansen an AA, FS Nr. 118, 3. 2. 1960, Verschlüsselt; ebd., ders. an dass., FS Nr. 125, 4. 2. 1960, Verschlüsselt; Unterredung zwischen Kohler und Grewe vom 24. 2. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 200–204.

[250] Vgl. Buchheim, Deutschlandpolitik, S. 97f.; Kosthorst, Brentano, S. 324.

Motto ganz im Sinne de Gaulles, solle er das beweisen, indem er „Berlin jetzt in Ruhe läßt“[251].

In seiner Umgebung konnte man sich mit derart einfachen Parolen nicht anfreunden. Ja, bei einigen seiner Beratern nahm die Befürchtung Gestalt an, die Bundesregierung fördere mit ihrem „starren und etwas einseitigen Beharren“ auf ihren Thesen die eigene „Isolierung“[252]. Blankenhorn, der in diesen Tagen laut darüber nachdachte, seinen Posten in Paris aufzugeben[253], plädierte für eine beweglichere Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Ostblock. „Festigkeit in Berlin- und Deutschlandthese verlangt ein Korrelat in Form von atmosphärischer Entspannung in der Beziehung zu Sowjetrußland und seinen Satelliten.“[254]

Ende Februar zeichnete sich in der Washingtoner Arbeitsgruppe zunehmend deutlicher ab, daß die Angelsachsen zwar an ein neues Berlin-Statut dachten, aber keine entsprechend klaren Pläne auf den Tisch zu legen wünschten. Namentlich die Amerikaner signalisierten große Konzessionsbereitschaft, um einen Krieg zu verhindern. Während die Deutschen kategorisch jegliches Zurückweichen ablehnten, plädierten die Franzosen dafür, das Für und Wider des bestehenden Statuts und einer Neufassung gegeneinander abzuwägen. Offenbar hofften sie so, nicht als Kalte Krieger gebrandmarkt zu werden und den anderen Delegationen die Konsequenzen gewisser Lösungen vor Augen zu führen[255]. Daß Bonn ausgerechnet jetzt versuchte, die rechtlichen Bindungen zu Berlin herauszukehren, und die Stadt abermals als Teil der Bundesrepublik bezeichnete, empfand man in Paris als höchst „regrettable“[256].

Im weiteren Verlauf der Beratungen trat dann zunehmend deutlicher die Absicht der Amerikaner zutage, ihre Verpflichtungen an der Spree auf wenige Grundprinzipien zurückzuschrauben: Aufrechterhaltung der Freiheit der Berliner; Stationierung der alliierten Truppen und der Fixierung einer Garantie für Berlin; Gewährleistung des freien Zugangs und Bewahrung der Bindungen zwischen der Stadt und der Bundesrepublik. Nur mit Mühe und vereinten Kräften erreichten Franzosen und Deutsche schließlich eine Präzisierung, derzufolge etwaige Änderungen des Statuts gleichzeitig für Ost- und West-Berlin gelten sollten[257].

Angesichts dieser Verhandlungslage kann es nicht verwundern, daß de Gaulle sich wieder einmal um die „Tiefenwirkungen“ eines Zurückweichens der Westmächte in Berlin auf die deutsche Psyche sorgte[258]. Ein Besuch von Altbundespräsident Heuss bot dem General eine willkommene Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Seelenlage der Deutschen zu informieren. Der Wunsch von Heuss, seine Amtszeit mit einem Staatsbesuch in Frankreich abzuschließen, hatte sich

[251] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 191, Kanzler-Tee, 15. 1. 1960.
[252] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 30–32, Tb. 22. 2. 1960.
[253] S. ebd., Bl. 157–161, Tb. 9. 1. 1960.
[254] Ebd., Bl. 30–32, Tb. 22. 2. 1960.
[255] S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 27. 2. 1960, in: BDFD I, S. 752f.; vgl. Kohler an Herter, Memorandum, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 206–211.
[256] Aufzeichnung des MAE, 11. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 166f., hier S. 167.
[257] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 1700/04, 25. 3. 1960, Réservé, in: ebd., S. 325–327.
[258] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 20, Unterredung zwischen de Gaulle und Heuss vom 8. 3. 1960.

nach der Wende in Frankreich 1958 nicht realisieren lassen[259]. So kam es erst am 8. 3. 1960 zu der Begegnung mit de Gaulle. Dessen Befürchtungen wurden von Heuss in der dreiviertelstündigen Unterredung im Privatsalon des Generals noch genährt. Für den Altbundespräsidenten gab es keinen Zweifel: Ein Nachgeben des Westens würde dem Vertrauen seiner Landsleute in die Zuverlässigkeit der Verbündeten einen „sehr schweren Schlag" versetzen[260]. Für de Gaulle waren diese Ausführungen Anlaß genug, um Macmillan gegenüber wenige Tage später mit erhobenem Zeigefinger abermals zur Festigkeit in Berlin sowie zum Offenhalten der „deutschen Frage" zu mahnen[261].

Heuss stand mit seiner Ansicht in Bonn keineswegs allein. Im Auswärtigen Amt hielt man es nicht einmal für ausgeschlossen, daß eine Verfestigung der deutschen Teilung im Volk den „Gedanke[n] an ein neues Rapallo" wieder aufleben ließe[262]. Adenauer dachte gewiß ähnlich. „Von düsteren Sorgen erfüllt"[263], trat er mit seinem Außenminister Mitte März eine Reise in die USA an, um Klartext zu reden. Jüngste Sondierungen des amerikanischen Botschafters Dowling über die Bereitschaft der Bundesrepublik zur atomaren Kriegführung in Berlin waren vom deutschen Regierungschef nicht als Zeichen von Entschlossenheit, sondern als Falle ausgelegt worden, die ihn auf den Weg der Kompromisse zwingen solle[264]. Begegnungen mit Senatoren und Gouverneuren mußten seine ohnehin schlechte Stimmung noch senken, denn sämtliche Gesprächspartner zeigten „manifested unrest"[265]. Ein kurzes Treffen mit Eisenhower am 15. 3. verlief dann jedoch „undramatisch"[266] in allgemeinen Bahnen. Eine von Eckardt verfaßte und als Warnung vor einem neuen Abkommen über Berlin gedachte Denkschrift blieb offenbar im Reisegepäck. Der Präsident bemühte sich, des Kanzlers Ängste zu zerstreuen; Adenauer beeilte sich zu beteuern, er hege persönlich keinen Zweifel an der Festigkeit der amerikanischen Regierung. Dulles habe ihm im Frühjahr 1959 erklärt, die USA seien bereit, für Berlin zu kämpfen. Er versichere nun den Willen der Bundesrepublik, alles Erforderliche zu tun, wenn die Alliierten gezwungen seien, Widerstand mit Gewalt auszuräumen[267].

[259] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 25, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 2. 9. 1958 (Konzept JDJ); BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 124, Tb. 26. 10. 1958; ebd., Bl. 60, Tb. 6. 11. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 330, Tb. 26. 10. 1958; ebd., S. 331, Tb. 31. 10. 1958; Heuss an Toni Stolper, 1. 11. 1958, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 361; ders. an dies., 28. 2. 1959, im Auszug in: ebd., S. 400–402.

[260] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 20, Unterredung zwischen de Gaulle und Heuss vom 8. 3. 1960, Notiz; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 8. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 243–245; Heuss an Toni Stolper, 19. 3. 1960, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 473f.

[261] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 13. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 265f.; Chauvel an Couve de Murville, 24. 3. 1960, in: ebd., S. 316–318; vgl. Macmillan, Pointing the Way, S. 181; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 222–224.

[262] PA, Ref. 700, Bd. 1685, Rückriegel an Carstens, Vermerk, 23. 3. 1960, Unter Verschluß.

[263] Grewe, Rückblenden, S. 429.

[264] S. Dowling an Dep. of State, Tel. 1743, 11. 3. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 216f.; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 409, Tb. 8. 3. 1959; Kosthorst, Brentano, S. 325; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 556f.

[265] Lodge an Dep. of State, Tel. 902, 14. 3. 1960, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 224f., hier S. 224; vgl. Grewe, Rückblenden, S. 430.

[266] Ebd., S. 431.

[267] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Adenauer vom 15. 3. 1960, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 658–661; das Memorandum von Eckardts in: von Eckardt, Leben, S. 604–609; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 325; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 556.

Trotz dieses Einvernehmens blieb die Unterredung nicht von Spannungen frei, weil Eisenhower mit seiner Absicht herausrückte, Chruschtschow ein Angebot zur dauerhaften Luftinspektion in ausgewählten Regionen zu unterbreiten. Lauris Norstad, der NATO-Oberkommandierende, hatte ihm wenige Tage zuvor einen entsprechenden Plan unterbreitet. Polen, die Tschechoslowakei, beide Teile Deutschlands, Belgien, Holland und Dänemark sollten zu einer Kontrollzone zusammengefaßt und von mobilen Inspektionsteams in einer Stärke von etwa 1500 Mann überwacht werden. Norstad hielt die Unterstützung Herters, der englischen Regierung und auch von Bundesverteidigungsminister Strauß für gesichert. Das einzige Problem, so führte er aus, sei Adenauer[268].

Entsprechend behutsam ging Eisenhower jetzt vor. Europa müsse nicht notwendigerweise in den Gürtel einbezogen werden, man könne mit Sibirien und Alaska beginnen und die Sowjets dadurch zwingen, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Obwohl Adenauer bisher derartige Konzepte immer wieder verworfen hatte, gab er jetzt klein bei und ermunterte Eisenhower so damit, die Katze aus dem Sack zu lassen. Wenn zwei oder drei derartige Gebiete bestimmt worden seien, „‚Siberia or Alaska or Central Europe', the aerial inspection could be tried out apart from any disarmement, to see if it would work". Adenauer widersprach nicht. Doch ist unklar, ob er Eisenhowers letzte Ausführungen wirklich mitbekommen hatte[269]. Denn als Herter diese Überlegungen am folgenden Tag wieder aufgriff, bestritt der Kanzler vehement, daß in seiner Unterredung mit dem Präsidenten von einer Inspektionszone in Europa die Rede gewesen sei. Einen solchen Plan müsse er energisch zurückweisen. Herters Vorschlag, diese Ideen von der Viermächtegruppe diskutieren zu lassen, wollte der Kanzler weder ablehnen noch akzeptieren. Weitaus entschlossener wehrte er sich demgegenüber gegen den Gedanken des Außenministers, seine soeben öffentlich zur Festlegung der Westmächte wie der Berliner Regierung angeregte Volksabstimmung in Berlin über Erhalt oder Änderung der Rechtslage durch neutrale Beobachter überwachen zu lassen. Die hitzige Diskussion, in der sowohl Herter als auch von Brentano auf Adenauer einredeten, blieb ohne positives Ergebnis[270]. Auf beiden Seiten führte dieser „very bad evening" zu Verärgerung, ja Entrüstung. Eisenhower zieh Adenauer der Senilität und Verengung des Blickfeldes[271]. Seine Gäste befürchteten den Ausverkauf deutscher Interessen, die Diskriminierung und Neutralisierung Deutschlands[272]. Entsprechend kritisch blickten sie nach ihrer Rückkehr nach Paris, wo am 23. 3. Chruschtschow zu einem zweiwöchigen Staatsbesuch eintraf[273].

[268] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Norstad vom 11. 3. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 214–216.

[269] Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 15. 3. 1960, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 225 f., hier S. 226.

[270] S. Unterredung zwischen Herter und dems. vom 16. 3. 1960, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: ebd., S. 236–238; Rede Adenauers vor dem „National Press Club", 16. 3. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 515–518; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 508.

[271] Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 17. 3. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 239 f., hier S. 239.

[272] S. Unterredung zwischen von Brentano und dems. vom 17. 3. 1960, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 242–245; Grewe, Rückblenden, S. 431.

[273] Zum Besuch Chruschtschows in Frankreich vom 23. 3.–4. 4. 1960 s. die Dokumente in: DDF 1960, Bd. 1, S. 356–403; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 271–280; Couve de Murville, Au-

„Je n'ai confiance que dans le général de Gaulle"

Zur Einstimmung seines Gastgebers hatte der sowjetische Regierungschef dem französischen Botschafter bereits in einer Vorabaudienz dargelegt, wie er sich die Regelung des deutschen Problems vorstellte: keine Wiedervereinigung; Neutralisierung West-Berlins; Abschluß eines Friedensvertrags mit der DDR[274]. Ähnliche Töne schlug auch die polnische Regierung an, als sie jetzt von Frankreich eine Bereinigung der „deutschen Frage" verlangte: „Vous surveillerez vos Allemands", so legte Außenminister Rapacki dem Botschafter Burin des Roziers seine Sicht der Dinge dar, „et nous surveillerons les nôtres." Doch der Diplomat warnte eindringlich vor dem Irrglauben, die Wiedervereinigung mit einem Rechtsakt dauerhaft verhindern zu können. „Celle-ci se ferait quand même un jour et elle risquait de se faire alors dans des conditions beaucoup plus dangereuses pour la Pologne."[275]

Obwohl sich de Gaulle in den letzten Monaten als fester Sachwalter deutscher Belange profiliert hatte, sah man der Visite des sowjetischen Regierungschefs nach diesen Begegnungen in der deutschen, notabene aber auch in der französischen Diplomatie mit einigem Unbehagen entgegen. Namentlich Jean Laloy, „vertrautester und engster Gesprächspartner" Jansens im Quai d'Orsay[276], befürchtete, den General könne die Frage nach der Möglichkeit einer inneren Liberalisierung der Sowjetunion weit intensiver beschäftigen als die aktuelle Berlin-Krise oder die innenpolitische Wirkung des sowjetischen Besuchs. Seiner Ansicht nach unterschätzte der Präsident die Aggressivität der kommunistischen Ideologie als „entscheidendes Element des sowjetischen Expansionsdrangs", und er schloß nicht aus, daß Chruschtschow auf de Gaulles nationales Denken eingehen und einen „in Wirklichkeit gar nicht existierenden französisch-russischen Interessenparallelismus konstruieren" könnte. Eine bilaterale Absprache über Interessensphären in Europa sei aber „tödlich" für die französischen und die deutschen Interessen. „Nutznießer paneuropäischer Gleichgewichtsträumereien" seien nur die Sowjets[277].

Geradezu als Kassandra trat nun Herbert Blankenhorn hervor, der es trotz der zahlreichen Beweise französischen Freundschaftswillens als falsch empfand, sich jeder Skepsis gegenüber de Gaulle zu begeben. Für ihn war es keineswegs ausgeschlossen, daß am Ende der Begegnung ein „stillschweigendes [...] Übereinkommen" stünde, die europäischen Fragen zweiseitig zwischen Paris und Moskau zu behandeln. Seines Erachtens durfte Bonn daher auf keinen Fall in seinem Bemühen nachlassen, die Beziehungen zu Washington und London zu pflegen[278].

De Gaulle wußte um diesen Argwohn und hatte Heuss daher Anfang des Monats versichert, er werde sich von den Sowjets nicht gegen die Deutschen aufbrin-

ßenpolitik, S. 143–147; Froment-Meurice, Mémoires, S. 214–218; Notes et études documentaires, Nr. 2666; DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 566f., 579–584, 588–592, 605–609 u. 667–672; vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 389–392; Vaïsse, La grandeur, S. 272–276.

[274] S. Dejean an Couve de Murville, Tel. 392/402, 30. 1. 1960, Secret, Priorité, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 112–114.

[275] Burin des Roziers an dens., Tel. 243/47, 20. 2. 1960, Réservé, in: ebd., S. 198f., hier S. 199.

[276] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Bach, 24. 7. 1959.

[277] Ebd., I-149-006 [VII]-2, Vermerk dess., 9. 3. 1960, Streng geheim.

[278] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 30–32, Tb. 22. 2. 1960.

gen lassen. Für ihn diene dieser erste Aufenthalt eines Kremlherrn seit der Russischen Revolution vor allem dazu, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es eine Chance zu einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit mit den Russen gebe, die doch auch Europäer seien. Er halte es jedenfalls keineswegs für ausgeschlossen, „qu'au fur et à mesure que le régime soviétique s'atténue, et que la Chine devient menaçante, la Russie tienne de plus en plus à une collaboration avec l'Occident." Die gesamteuropäische Kooperation setze natürlich ein Gleichgewicht zwischen Ost- und Westeuropa voraus und damit die feste Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich[279].

Adenauer zeigte sich über den Bericht, den Seydoux ihm von der Zusammenkunft zwischen de Gaulle und Heuss überbrachte, „fort content". In allen wichtigen Fragen herrschte Uneinigkeit im Westen, nur auf Frankreich schien Verlaß. „Je n'ai confiance que dans le général de Gaulle"[280]. Der französische Botschafter sah darin einen wichtigen Beleg, wie günstig sich die bilateralen Beziehungen in den vergangenen Monaten entwickelt hätten. „Le climat des relations franco-allemandes s'est plutôt adouci pendant ces derniers mois". Gewiß trügen dazu auch die vielfältigen Kontakte von Mensch zu Mensch dies- und jenseits des Rheins bei. Allmählich akzeptierten die Deutschen den Gedanken, wie vorteilhaft ein starkes Frankreich für sie sein konnte. Und sie hofften, daß de Gaulle Chruschtschow auf der nahenden Gipfelkonferenz mit Festigkeit entgegenträte. „Qui eut cru, il y a encore peu d'années, qu'un jour viendrait ou l'Allemagne se sentirait, à la veille d'une rencontre peut-être décisive, autant solidaire de la France et où elle irait jusqu'à souhaiter de l'entendre s'exprimer en son nom."[281]

Trotz des „echten Kontakt[s] von Mensch zu Mensch", der sich dann im Laufe der persönlichen Begegnungen vom 23. bis 25. 3 und am 1./2. 4. im Elysée und in Rambouillet entwickelte[282], blieben die politischen Differenzen zwischen dem General und dem Ministerratsvorsitzenden vollauf bestehen. De Gaulles Versuch, die Sowjets für eine Politik der „détente-entente-coopération" sowie der Annäherung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage einer gesamteuropäischen Einrahmung zu gewinnen und Frankreich als privilegierten Gesprächspartner ins Spiel zu bringen, mißlang: Als sein Gast geradezu brutal sein Mißtrauen gegen die Bundesrepublik zur Schau stellte und den deutschen Revanchismus an die Wand malte, wies der Präsident ungerührt auf den Unterschied zwischen Hitler-Deutschland und der Bundesrepublik. Als Chruschtschow die deutsche Teilung als französisches Interesse bezeichnete, rief de Gaulle seine Vorschläge vom Dezember 1944 in Erinnerung: „Laisser la France occuper la rive gauche du Rhin et des portions de la rive droite; tourner économiquement et politiquement ces pays de la rive gauche vers l'Ouest et empêcher ainsi que ne se réforme un Reich centralisé. Quant au reste de l'Allemagne, on aurait pu décider que les territoires qui

[279] Unterredung zwischen de Gaulle und Heuss vom 8. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 243–245, hier S. 245; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 20, Unterredung zwischen dens. vom 8. 3. 1960, Notiz; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 260, Jansen an AA, Pol 204–82.00 1741/60, 9. 3. 1960, VS-NfD.

[280] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1024/32, 10. 3. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 251.

[281] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 37–38, ders. an MAE, Tel. 1178/90, 21. 3. 1960.

[282] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 272.

n'étaient pas situés sur la rive gauche, ni à l'est de l'Oder et de la Neisse, se constituassent en une sorte de confédération surveillée." Stalin aber hatte abgelehnt und war damit in den Augen des Generals für die gegenwärtige Lage verantwortlich. Nun gäbe es zwei Deutschlands, und die Einheit sei nur mit sowjetischer Zustimmung möglich. Von entscheidender Bedeutung sei es, daß die Bundesrepublik beim Westen bleibe, denn sonst sei das Gleichgewicht in Europa bedroht und die Gefahr des Krieges nehme zu. Doch Chruschtschow zeigte sich uneinsichtig, drohte für den Fall westlicher Intransigenz mit einem Separatvertrag mit Ost-Berlin. De Gaulle konnte er damit nicht beeindrucken. Worauf es ankomme, hielt er ihm entgegen, sei die gemeinsame Organisation des Friedens in Europa. Deutschland dürfe keinen Schaden mehr anrichten und nicht über Atomwaffen verfügen; seine derzeitigen Grenzen müßten bestehen bleiben. Ob die Wiedervereinigung komme, wer wisse das schon. Die monolithischen Blöcke müßten aufgelöst und von der Entspannung über die Verständigung zur Zusammenarbeit finden. Dann ließe sich auch das Problem der deutschen Teilung viel leichter lösen[283].

Es waren vor allem zwei Erkenntnisse, die am Ende der Konsultationen aus französischer Sicht zählten: Auch Chruschtschow wünschte offenbar Entspannung, doch anders als de Gaulle nicht vom Status quo in Deutschland ausgehend, sondern von einer Neuregelung der „deutschen Frage"[284]. Und an Berlin zeigte er ein überraschend geringes Interesse[285], was darauf hindeutete, daß es ihm weniger um die Stadt als um die gesamte Deutschlandproblematik ging[286]. Insgesamt neigte de Gaulle daher schließlich trotz aller Differenzen zu der Auffassung, daß der Weltfriede eine Chance hatte, Europa eine Zukunft besaß und in den französisch-sowjetischen Beziehungen „etwas Wichtiges und Tiefgreifendes" geschehen war[287].

Wäre diese Ansicht in Bonn bekanntgeworden, hätte die Bundesregierung möglicherweise nicht so rasch ihren Dank für die „fermeté et la netteté" des französischen Präsidenten zum Ausdruck gebracht[288], hätte sich der Kreis der Skeptiker gewiß vergrößert. So aber wurde die deutsche Haltung von de Gaulles lakonischer Zurückweisung des Vergleichs zwischen Hitler-Deutschland und der Bundesrepublik geprägt, seiner Klarstellung, nicht Deutschland, sondern die Sowjetunion bedrohe Frankreich, und der Überzeugung, Chruschtschows wiederholt artikulierter „kommunistischer Kampfakzent" werde bei ihm seine Wirkung nicht verfehlen[289].

[283] Unterredung zwischen de Gaulle und Chruschtschow vom 24. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 357–363, hier S. 357; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 1. 4. 1960, Très secret, in: ebd., S. 379–384; Unterredung zwischen dens. vom 1. 4. 1960, Très secret, in: ebd., S. 384–393; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 272–278; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 144 f.

[284] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 4601, 4. 4. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 264 f.

[285] Vgl. Unterredungen zwischen de Gaulle und Chruschtschow vom 23., 24., 25. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 356–371.

[286] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 4442, 29. 3. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 262 f.

[287] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 280.

[288] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1313/18, 30. 3. 1960, Réservé; in: DDF 1960, Bd. 1, S. 336 f., hier S. 336; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 8, ders. an MAE, Tel. 1441/45, 6. 4. 1960, Réservé; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 467/60, 5. 4. 1960.

[289] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Jansen an AA, FS Nr. 328, 28. 3. 1960, Verschlüsselt.

Ob dem Kreml-Chef seine Geltung in Elysée und Matignon weniger wichtig war als die Wirkung auf das Volk, wie der Leiter der Ostabteilung im Quai d'Orsay, de Liencourt, gegenüber dem deutschen Gesandten Jansen meinte, mag bezweifelt werden. Solche Darstellungen zielten wohl auch darauf ab, dem Gesprächspartner die Standfestigkeit der eigenen Regierung vor Augen zu führen[290]. Wenn Chruschtschow tatsächlich primär danach gestrebt haben sollte, die Franzosen für sich einzunehmen, gab es aus der Sicht der Deutschen keinen Grund zur Panik. Mit unverkennbarer Genugtuung konnten sie registrieren, wie gedämpft die Begrüßung des sowjetischen Gastes in den französischen Städten ausfiel. Nachdem eine erste heftige Attacke gegen die Bundesrepublik bei seiner Rede im Pariser Rathaus[291] die erhoffte Wirkung verfehlt hatte, änderte er offenbar seine Taktik. Während die Bevölkerung Südfrankreichs ihm als „eine Art neuer Brigitte Bardot" zujubelte, blieb die Reaktion in Bordeaux, Lille und auch in den Renault-Werken in Flins bemerkenswert zurückhaltend. Allerdings wollte man es im Quai d'Orsay keineswegs ausschließen, daß die joviale Art und Bonhomie des wohlbeleibten Kremlherrn bei der Bevölkerung das Gefühl hervorrufen könnte, der Kommunismus sei im Grunde eine harmlose Sache[292]. Günter Markscheffel, Mitglied des SPD-Parteivorstands, zeigte sich nach seinen Beobachtungen vor Ort jedenfalls erstaunt über die ungeheure Publizität, die Chruschtschow auch in der bürgerlichen Presse zuteil wurde, und fragte sich, ob die von ihm angesprochenen Probleme nicht demnächst in der französischen Meinungsbildung eine Rolle spielten[293].

Eingehende Sondierungen der Deutschen Botschaft in politischen und gesellschaftlichen französischen Kreisen ließen nach der Rückkehr des hohen Gastes in seine Heimat aber den Schluß zu, er habe in Frankreich „keine wesentlichen Spuren hinterlassen". Gewiß, die französische Nation war nicht germanophil geworden, hatte die Kriegsleiden keineswegs vergessen. Aber das Gefühl des Friedens und der Partnerschaft mit dem ehemaligen Feind galt dem Durchschnittsfranzosen als „das Friedensereignis der Nachkriegszeit schlechthin". So glaubte Jansen denn auch als Resümee seiner Erkundungen zufrieden melden zu können: „Der ‚von K [Chruschtschow] nach Paris geknüpfte Faden' ist dünner als die Bande, die Frankreich – in Erkenntnis seiner Interessen als freies Land – an den Westen und gerade auch an Deutschland binden." Mit Nachdruck unterstrich er die Auffassung französischer Gesprächspartner, Chruschtschow sei es weniger um das französische als um das deutsche Volk gegangen. Er habe das Mißtrauen der Deutschen gegenüber Frankreich wieder anfachen wollen, um sie langfristig aus dem Westen herauszulocken. Das beste Mittel, diesen Aspirationen den Boden zu entziehen, sei eine noch festere Bindung zwischen den beiden Nachbarn, gleichzeitig auch die „einzige Möglichkeit, eventuellen Restbeständen von illusionären Neigungen de Gaulles erfolgreich entgegenzuwirken"[294]. Markscheffel sah das anders. Er prognostizierte als unmittelbare Folgen des Besuchs zum einen verstärkte

[290] S. ebd., ders. an dass. FS Nr. 376, 6. 4. 1960, Verschlüsselt.
[291] S. Rede Chruschtschows im Rathaus von Paris, 24. 3. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 581–584.
[292] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Jansen an AA, FS Nr. 376, 6. 4. 1960, Verschlüsselt.
[293] S. Artikel Markscheffels, in: „SPD-Pressedienst" 2. 4. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 595f.
[294] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Jansen an AA, FS Nr. 395, 11. 4. 1960, Verschlüsselt.

bilaterale Kultur- und Wirtschaftskontakte, zum anderen fortdauernde Versuche Moskaus, die Pariser Position im westlichen Lager zu verbessern, und schließlich intensive Bemühungen de Gaulles zur Durchsetzung seiner Europapolitik[295].

Daß die feste Haltung des Generals in der Deutschland- und Berlinfrage eine europapolitische Komponente besaß, mag auch der Kanzler so gesehen haben. Wie die Dinge nun einmal lagen, besaß sie für die Bundesrepublik dennoch unschätzbaren Wert. Etwaige Hintergedanken de Gaulles hielten Adenauer denn auch nicht davon ab, ihn zur Standfestigkeit ausdrücklich zu beglückwünschen[296]. Standfestigkeit war freilich nicht mit Interessenidentität zu verwechseln; sie bot ihm aber immerhin ein Maß an Sicherheit, das er bei den Angelsachsen vermißte.

Eisenhower und Macmillan kamen in ihrem Willen zur Entspannung Ende März überein, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Konzession an Chruschtschow mit einzukalkulieren. Grundsätzlich aber war der Präsident entschlossen, notfalls mit Gewalt vorzugehen, wenn ein Separatvertrag zwischen Ost-Berlin und Moskau die eigenen Rechte in Berlin liquidierte. Wie de Gaulle fürchtete er eine neutralistische Neigung der Deutschen, wenn sie das Gefühl bekämen, fallengelassen zu werden. Macmillan mochte sich weder der Gefahrenanalyse noch den daraus abgeleiteten Handlungsmaximen anschließen. Die Gefahr des Neutralismus sah er nicht, unterstellte den Deutschen vielmehr die Lust, mit ihrer Bundeswehr wieder Soldat zu spielen[297].

De Gaulle versuchte ihn daher Anfang April bei seinem ersten Staatsbesuch in London davon zu überzeugen, daß Chruschtschow sich nach entsprechenden Ergebnissen bei den Abrüstungsverhandlungen auf eine Berlin-Lösung im Sinne des letzten Genfer West-Vorschlags einlassen und „un arrangement intérimaire" für zwei Jahre akzeptieren, gar die Berlin-Frage fallen lassen könnte[298]. Engländer und Franzosen, so rief er den Mitgliedern beider Häuser des britischen Parlaments am 7. 4. zu, seien berufen, gemeinsam bei der Schaffung des Friedens mitzuhelfen. Der Friede, so fügte er höchst bemerkenswert hinzu, dürfe aber die Spaltungen nicht erweitern, die Wunden nicht verschlimmern, auch die nicht, die das deutsche Volk erlitten habe. Denn dieses deutsche Volk sei ein notwendiger Teil des Westens und ein gemeinsamer Verbündeter[299].

„Wir sind froh, wenn wir davonkommen, ohne Haare zu lassen."

Während de Gaulle an der Themse weilte, schlossen die Washingtoner und die Pariser Arbeitsgruppe ihre Gipfelvorbereitungen ab. Wenige Tage später kamen die Außenminister der vier Westmächte in Washington zusammen, um ihre Berichte

[295] S. Artikel Markscheffels, in: „SPD-Pressedienst" 2. 4. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 595f.

[296] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 9, Seydoux an MAE, Tel. 1550, 11. 4. 1960.

[297] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Macmillan vom 28. 3. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 258–262; Macmillan, Pointing the Way, S. 191.

[298] Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 5. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 415–419, hier S. 415; s.a. Unterredung zwischen Herter und Lloyd vom 12. 4. 1960, US/DEL/MC/21, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 290–292; Macmillan, Pointing the Way, S. 193.

[299] S. Rede de Gaulles vor beiden Häusern des britischen Parlaments, 7. 4. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 179–182. Zum Staatsbesuch vom 5.–8. 4. 1960 insgesamt vgl. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 280–292; Macmillan, Pointing the Way, S. 193f.; AdG 1959, S. 8323A; Notes et études documentaires, Nr. 2668.

zu beraten. Von Brentano zeigte sich vorab in einem Interview überzeugt, daß die Verbündeten „solidarisch und mit großer Loyalität" die deutschen Lebensinteressen verträten[300], war sich innerlich aber keineswegs sicher, ob die Westmächte wirklich zu einer gemeinsamen Sprache fänden[301]. Mochte Carstens das Ergebnis der Washingtoner Arbeitsgruppe auch als durchaus positiv bewerten, so sahen Adenauer und von Brentano dennoch keinen Grund zur Unbeschwertheit[302], weil sie insbesondere Macmillan tiefes Mißtrauen entgegenbrachten und ihm einen schlechten Einfluß auf Eisenhower nachsagten[303]. Des Kanzlers große Sorge galt einer Konzentrierung der Verhandlungen auf Berlin. In seinen Augen war diese Frage aber „geklärt, und sie muß so bleiben, wie sie jetzt ist", redete er den Ministern im fernen Washington über den Äther ins Gewissen[304].

Der Appell verfehlte seine Wirkung nicht, wenngleich sie wahrscheinlich kaum den Wünschen des Urhebers entsprach. Angesprochen fühlten sich nämlich vor allem die Franzosen. Nach gegensätzlichen Pressemeldungen über Adenauers Ausführungen bat Blankenhorn im Auswärtigen Amt um eine Klarstellung[305]. Die von Carstens formulierte Sprachregelung verdeutlicht einmal mehr die Inkonsequenz der Bonner Deutschlandpolitik. Die Bundesregierung, so lautete die Parole, wünsche das Berlin-Problem in den Hintergrund zu rücken und nur zusammen mit der Deutschlandfrage behandelt zu sehen. Sie wolle aber gleichzeitig verhindern, daß diese Frage von der Themenliste der Weltpolitik verschwände[306].

Der Verlauf der Außenministertagung am Potomac bot dann am Rhein einigen Anlaß zum Aufatmen. Ohne größere Probleme akzeptierten von Brentano, Couve de Murville, Herter und Lloyd am 13. 4. den Zwischenbericht der Washingtoner Arbeitsgruppe über Deutschland und Berlin[307] und gaben dem Gremium neue Richtlinien für letzte Beratungen mit auf den Weg. Das rasch erzielte Übereinkommen bedeutete freilich nicht, daß es keinen Klärungsbedarf mehr gab. Den Gedanken einer isolierten Wiedervereinigung Berlins hielt von Brentano zumindest für verbesserungswürdig, Couve de Murville sogar für abwegig, weil er nach seinem Dafürhalten der Dreiteilung Deutschlands Vorschub leistete. Von Brentano verlangte daraufhin, das Papier nur für die interne Diskussion zu nutzen. Nicht für die konkrete Anwendung, sondern nur als hypothetische Studie sollte die Arbeitsgruppe trotz erheblicher Einwände Couve de Murvilles auch Vorlagen weiter erörtern, die die Fortsetzung der Viermächteverhandlungen auf untergeordneter Ebene oder eine modifizierte Fassung des westlichen Vorschlags

[300] Interview von Brentanos mit dem „Hessischen Rundfunk", 7. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 709.

[301] S. Unterredung zwischen Herter und dems. vom 12. 4. 1960, US/DEL/MC/5, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 292–296.

[302] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 327.

[303] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 8, Seydoux an MAE, Tel. 1441/15, 6. 4. 1960, Réservé; Adenauer an Heuss, 20. 4. 1960, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 300f.

[304] Ansprache dess. im „Bayerischen Rundfunk", 13. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 732–735, hier S. 734.

[305] S. PA, Ref. 700, Bd. 1685, Blankenhorn an AA, FS Nr. 415, 22. 4. 1960.

[306] S. ebd., Carstens an Paris, FS Nr. 219, 23. 4. 1960, Verschlüsselt.

[307] S. Bericht der Arbeitsgruppe über Deutschland und Berlin FMF REF-2/110, 9. 4. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 281–284; Haftendorn, Instrumentarium, S. 45.

vom 28. 7. 1959 über einen Modus vivendi in Berlin vorsahen. Die von Adenauer mehrfach geforderte Verhinderung der Wiederaufnahme der Genfer Formel war damit obsolet. Von Brentano stimmte einer weiteren Beratung zu, um zumindest eine Verbesserung zu erreichen. Zur Überarbeitung zurückverwiesen wurde außerdem jener Teil des Zwischenberichts, der, als Rückfallposition gedacht, den Berliner Status quo unter Umgehung der strittigen Rechtsfragen durch einseitige Erklärungen des Westen bzw. des Ostens über Zufahrts- und sonstige Rechte sichern sollte. Insgesamt glaubten die Minister allenfalls ein Abkommen über die Ausübung der bestehenden Rechte aushandeln zu können, das die Voraussetzungen für den Erhalt der Freiheit Westberlins und die Anwesenheit alliierter Truppen in ausreichender Stärke und eine Verbesserung des Zugangs schaffte. Entschieden ablehnend äußerte sich von Brentano gegen gesamtdeutsche Gespräche und eine Diskussion über die Prinzipien eines Friedensvertrags, wohingegen Couve de Murville sich strikt dagegen aussprach, den Sowjets als Bedingung für den Einstieg in die Debatte die Zusage abzuverlangen, daß der Friedensvertrag von einer gesamtdeutschen Regierung frei ausgehandelt und unterzeichnet werden müsse[308].

Die ohne deutsche Beteiligung ablaufenden Diskussionen über die Beratungen der Pariser Arbeitsgruppe zu den Ost-West-Beziehungen verliefen weniger harmonisch, wobei man sich aber immerhin in der Überzeugung fand, keinerlei Fortschritte zu erwarten[309]. Nach Billigung des vom Fünf-Mächte-Ausschuß zur Abrüstung vorgelegten Rapports[310] erteilten die Minister den Delegationen die Weisung, den westlichen Standpunkt in Prinzipien festzulegen, um den sowjetischen Positionen besser entgegentreten zu können[311].

Mochte von Brentano auch zufrieden über den Ausgang der Konferenzen nach Bonn zurückfliegen, so sah Adenauer keinen Grund zur Zuversicht. Im Gegenteil: Sorgenvolle Zeilen des ehemaligen Hohen Kommissars McCloys über die sich erheblich verschlechterte Lage schürten seinen Pessimismus[312]. Die unveränderte Konzessionslosigkeit Chruschtschows[313], in dem Adenauer – de Gaulle

[308] S. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 13. 4. 1960, US/MC/8, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 308–314; Konferenz zwischen dens. vom 13. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 476–480; Gemeinsame Erklärung der Vier Außenminister vom 13. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 730; PA, Ref. 700, Bd. 1687, Aufzeichnung von Carstens ABC-700–80.50/30, 22. 4. 1960, Konzept; Kosthorst, Brentano, S. 328, Küsters, Adenauer und Brandt, S. 510–512.

[309] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Herter, Lloyd und Spaak vom 14. 4. 1960, US/MC/26, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 323–330; Konferenz zwischen dens. vom 14. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 481–484; vgl. PA, Ref. 700, Bd. 1687, Aufzeichnung von Carstens ABC-700–80.50/30, 22. 4. 1960, Konzept.

[310] S. Bericht des Fünf-Mächte-Ausschusses zur Abrüstung, FMF REF-3/102, 7. 4. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 271–276; Gemeinsame Erklärung der Fünf Außenminister vom 13. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 731; zu den schwierigen Verhandlungen innerhalb des Ausschusses vgl. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkular Nr. 4/DT, 18. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 289–291.

[311] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Green, Herter, Lloyd und Segni vom 13. 4. 1960, US/MC/25, Confidential, nebst Anlagen, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 315–321; vgl. PA, Ref. 700, Bd. 1687, Aufzeichnung von Carstens ABC-700–80.50/30, 22. 4. 1960, Konzept.

[312] Vgl. Adenauer an von Brentano, 25. 4. 1960, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 286; Unterredung zwischen dems. und de Gaulle vom 14. 5. 1960, in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 43; Kosthorst, Brentano, S. 329.

[313] S. Rede Chruschtschows in Baku, 25. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 825–834; vgl. Rede

gleich – jetzt mehr den Russen als einen Kommunisten zu erkennen glaubte, verstärkte noch diese Bedenken[314]. Vieles hing daher von dem Ausgang der Konsultationen ab, die der französische Präsident nun mit der amerikanischen Führung in Washington abhielt[315].

Der triumphale Empfang[316] konnte nicht darüber hinwegtäuschen, wie weit man in den politischen Ansichten auseinanderstand. Höchst bedenklich fand es de Gaulle, wie Eisenhower die Gipfelkonferenz als Höhepunkt seiner Präsidentschaft zu feiern beabsichtigte. Die Hochschätzung aller, so versuchte er ihn vorsichtig von diesen Gedanken abzubringen, sei ihm sicher, auch ohne Einigung mit Chruschtschow[317]. Entsprechend unterschiedlich sahen ihre Vorstellungen in den Detailfragen aus. Der Franzose wünschte die Themen Berlin und Deutschland auf dem Gipfel zurückzuschieben und erst in anderen Bereichen, vor allem den Ost-West-Beziehungen, eine bessere Atmosphäre zu schaffen. Auf keinen Fall dürfe unter sowjetischen Drohungen nachgegeben werden. Allerdings ging er sehr wohl davon aus, daß Chruschtschow das Berlin-Thema nicht ruhen ließe. Zwar hielt er den Abzug von 1000 Soldaten für denkbar, die alliierten Rechte mußten aber unangetastet bleiben. Eisenhower stimmte zu, nicht unter Druck zu verhandeln, doch die Notwendigkeit zur Bewahrung der alliierten Rechte betonte er nicht. Wiederholt kam er auf den Plan, von Chruschtschow das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen in Berlin, Deutschland und Osteuropa einzufordern. Auch zum Thema Abrüstung gingen die Überlegungen beider Präsidenten auseinander. Der Amerikaner plädierte für einen Versuchsstopp bei den Atomwaffen, der Franzose war dagegen. De Gaulle dachte an das Verbot gewisser Trägersysteme nuklearer Waffen mit weltweiter Kontrolle. Eisenhower sah keine Chancen für eine sowjetische Zustimmung und plädierte statt dessen entsprechend eines mittlerweile von Norstad präzisierten Planes für die Beschränkung auf eine Belgien, die Niederlande, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei umfassende Inspektionszone als Versuchsregion. Auf die Gedanken seines Gastes über gemeinsame Ost-West-Projekte in unterentwickelten Ländern reagierte er mit erheblichen Bedenken[318]. Übereinstimmung herrschte bei beiden Staatsmännern hingegen bezüglich der Oder-Neiße-Grenze. Sie sahen sie als „permanent" an und kamen überein, nach den Bundestagswahlen 1961 in Bonn

Adenauers auf dem Bundesparteitag der CDU, 29. 4. 1960, im Auszug in: ebd., S. 897–900; Dejean an Couve de Murville, Tel. 1706/09, 29. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 535 f.

[314] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 252, Informationsgespräch, 9. 5. 1960.

[315] Zum Staatsbesuch de Gaulles in den USA vom 22.–29. 4. 1960 vgl. die Dokumente in: DDF 1960, Bd. 1, S. 513–525; FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 343–359; z. T. auch in: ebd., Bd. 9, S. 346–358; s.a. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 297–301; AdG 1959, S. 8359B; Notes et études documentaires, Nr. 2727; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 354 f.

[316] Alphand, L'étonnement d'être, S. 326, Tb. 1. 5. 1960; s.a. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 297; Dillon an Eisenhower, Memorandum, 2. 5. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 359 f.

[317] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 298.

[318] S. Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 24. 4. 1960, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 346–352, auch in: ebd., Bd. 7, T. 2, S. 347–352; Unterredung zwischen dens. vom 24. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 518–521; Inspektionsplan Norstads, o.D., in: ebd., S. 437 f.; eine ausführlichere Fassung, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 337–339; zur französischen Ablehnung s.a. Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 8. 4. 1960, Secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 444–446.

auf eine flexiblere Position mit dem Ziel einer westlichen Garantie zu drängen, die sie als wertvolle Karte im Ost-West-Poker einzubringen gedachten. Freimütig gab de Gaulle zu, daß Frankreich natürlich gute Beziehungen zur Bundesrepublik wünsche, „but for understandable reasons she was not unduly anxious for German reunification or to see Germany grow larger"[319].

De Gaulle setzte offenbar auf den Willen Chruschtschows zur Entspannung und glaubte daran, daß der Kreml-Chef für mögliche Arrangements im Bereich der Abrüstung oder der unterentwickelten Länder in der Deutschland- und Berlin-Problematik nicht alles aufs Spiel setzen würde. „Il faut chercher ailleurs les terrains possibles de détente, sinon d'entente", so faßte Alphand diesen Ansatz des Generals zusammen, um skeptisch hinzuzufügen: „Or, l'imagination manque chez nos amis et l'on reste cristallisé dans de vieilles formules."[320] Wenn die Konferenz aber über Berlin scheitere, so versicherte de Gaulle Eisenhower, seien sämtliche Abmachungen hinfällig[321]. Gegenüber Alphand wurde er noch klarer: „Si Krouchtchev veut la détente, il n'insistera pas sur le problème de Berlin. S'il insiste et menace, alors je romprai la conférence."[322]

Adenauer beobachtete das Konsilium der Verbündeten aus der Ferne voller Unruhe. Seine Anspannung nahm noch zu, als die Washingtoner Arbeitsgruppe am 22. 4. ihren Ergänzungsbericht vorlegte, der eine ganze Reihe von Fragen offenließ[323]. Wie es um seinen Seelenzustand bestellt war, verdeutlicht ein aufschlußreiches Interview, das er wenige Tage später der Nachrichtenagentur „NBC" gewährte. „Ich bin überzeugt," so hob er auf eine Frage nach seinem Vertrauen zu den Partnern am 25. 4. an, „und ich glaube, wenn sich überraschende Wendungen [auf der Gipfelkonferenz] ergeben sollten [...], daß dann noch eine Konsultation eventuell stattfindet."[324] Wie kann man von einer eventuellen Konsultation überzeugt sein, fragte sich der aufmerksame Hörer. Der Kanzler ‚machte in Optimismus' und gab im weiteren Verlauf der Unterhaltung doch offen zu, wie wenig Zuversicht er wirklich besaß. Eine Krise hielt er nicht für undenkbar. Die Nichtdurchführung der Volksabstimmung in Berlin, gegen die in Paris, London und Washington, Berlin und selbst in Bonn erhebliche Bedenken erhoben worden waren, weil damit das Besatzungsrecht in Zweifel gezogen würde[325], bezeichnete er als Fehler; Entscheidungen der Westmächte über den Kopf der Deutschen hinweg mochte er nicht ausschließen, drohte gar mit der Möglichkeit eines direkten

[319] Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 22. 4. 1960, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 346; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 22. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 516f.

[320] Alphand, L'étonnement d'être, S. 325, Tb. 21. 4. 1960.

[321] S. Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 25. 4. 1960, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 356, auch in: ebd., Bd. 7, T. 2, S. 357; Unterredung zwischen dens. vom 25. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 524.

[322] Alphand, L'étonnement d'être, S. 331, Tb. 2. 5. 1960; vgl. Pressekonferenz de Gaulles im „National Press Club" in Washington, 23. 4. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 189–196.

[323] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 329.

[324] Interview Adenauers mit „NBC", 25. 4. 1960, in: Bulletin 1960, S. 754.

[325] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 123, Aufzeichnung van Scherpenberg, St.S. 416/60, 20. 3. 1960; Lloyd an Herter, 24. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 254f.; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 411, Tb. 17. 3. 1960; Kosthorst, Brentano, S. 326; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 508–510.

Dialogs mit Chruschtschow[326]. Um den Partnern zu verdeutlichen, wie entschlossen er war, wiederholte er seinen Kassandraruf nur zwei Tage später auf dem CDU-Parteitag[327].

Die nächste Runde der Abstimmung unter den westlichen Außenministern Anfang Mai am Rande der NATO-Frühjahrstagung in Istanbul zeigte, wie wenig Eindruck der Kanzler damit zumindest in Washington und London machte. Schon im Vorfeld der Konferenz hatten sich die Angelsachsen aus Furcht vor erneutem sowjetischen Druck in Berlin darüber verständigt, daß eine Einigung für zwei bis drei Jahre auf der Basis des westlichen Vorschlags vom 28. 7. 1959 gesucht werden sollte[328]. Ein von Herter an die Verbündeten abgeschicktes Dokument über die gemeinsamen Ziele auf der Gipfelkonferenz[329], das von de Gaulle während seines Besuchs in Washington kommentarlos akzeptiert worden war[330], führte nun zu einem Eklat. Denn von Brentano erhob in der Eröffnungssitzung am 1. 5. in Absprache mit Adenauer Bedenken, weil das Papier ihrer Meinung nach den Beschlüssen der Viermächtearbeitsgruppe in zweifacher Hinsicht nicht entsprach. Die Bewahrung der bestehenden Ordnung in Berlin für eine gewisse Zeitspanne erschien ihnen zu gefährlich, sofern diese Periode nicht explizit bis zur Wiedervereinigung definiert würde. Und es paßte ihnen nicht, daß für den Fall einer harten Linie Chruschtschows in der Berlinfrage lediglich mit der Weigerung zu ersten Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen gedroht werden sollte. Von Brentanos Kollegen fanden die Einwände unangebracht, da die Contingency-Planung unberührt blieb und das Problem der Interimsdauer noch weiterer Diskussion bedurfte[331]. Immerhin gelang es von Brentano mit tatkräftiger Unterstützung Couve de Murvilles, daß seine Nachbesserungswünsche zum Interimsabkommen der Arbeitsgruppe zur Diskussion vorgelegt wurden[332].

Die Wogen hatten sich gerade erst geglättet, da kam es in der anschließenden Sitzung zu einer neuerlichen Auseinandersetzung, diesmal zwischen Herter und Couve de Murville über die französische Weigerung, dem Vorschlag der Fünf-Mächte-Arbeitsgruppe zur Abrüstung zuzustimmen. Frankreich forderte die Kontrolle der Trägersysteme auch nuklearer Waffen, doch die USA sahen derartige Maßnahmen allenfalls für die letzte Abrüstungsphase vor[333]. In einer privaten

[326] S. Interview Adenauers mit „NBC", 25. 4. 1960, in: Bulletin 1960, S. 754.

[327] S. Rede dess. auf dem Bundesparteitag der CDU, 27. 4. 1960, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 845–848.

[328] S. Herter an Dep. of State, Tel. Secto 15, 28. 4. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 358f.

[329] S. Papier des Dep. of State „Our summit purposes", o.D., Secret, in: ebd., S. 340–343.

[330] S. Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 24. 4. 1960, Top secret, in: ebd., S. 347; Unterredung zwischen dens. vom 24. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 518.

[331] S. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 1. 5. 1960, US/MC/3, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 359–362; Konferenz zwischen dens. vom 1. 5. 1960, Secret, in: DDF 1960. Bd. 1, S. 548–551.

[332] S. Konferenz zwischen dens. vom 1. 5. 1960, US/MC/7, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 363–367; PA, Ref. 700, Bd. 1687, Sprechzettel „Vorschläge für weitere Verbesserungen des westlichen Vorschlags eines Interimsabkommens", o.D.; ebd., Sprechzettel „Vorschlag für eine Vereinbarung über Gesamtberlin", o.D.; Kosthorst, Brentano, S. 329f.

[333] S. Spitzmuller an MAE, Tel. 381/88, 3. 5. 1960, Secret, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 553–555; US-Delegation an Dep. of State, Tel. Secto 48, 2. 5. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 367–371.

Unterredung warnte der amerikanische Außenminister den französischen Kollegen energisch davor, einen entsprechenden Vorschlag auf der Gipfelkonferenz zu unterbreiten, weil de Gaulle sich damit isolieren und zum Gespött der ganzen Welt machen würde[334]. Couve de Murville dachte nicht daran, sich der Drohung zu beugen, und warf Herter vor, die USA wollten Kontrolle und Inspektion ohne Abrüstung. Die Gipfelkonferenz gäbe ihnen genügend Gelegenheit, ihre Bedenken gegenüber dem französischen Plan vorzutragen[335].

Nachrichten über die westliche Uneinigkeit lösten in Bonn prompt Alarmstimmung aus. Scharfe Töne aus Moskau, die „zu Weichheit neigende amerikanische Öffentlichkeit", die „Undurchsichtigkeit" der britischen Absichten, die fehlende Stabilität einiger NATO-Partner bzw. die „wachsende Kritik" innerhalb des Bündnisses an Frankreich fachten sie zusätzlich an[336]. Zu allem Überfluß brach nun auch noch die bisherige weitgehende Übereinstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin zusammen, der auf die amerikanisch-britische Linie der Interimslösung einschwenkte[337]. Das Faß zum Überlaufen brachte dann für Adenauer am 5. 5. ein Unterhaltung mit Norstad über dessen Inspektionsplan. Anders als von ihn angenommen, hatten die Amerikaner ihre Überlegungen auch nach seinen in Washington angemeldeten Widerständen nicht abgebrochen. Da sich an seiner Einschätzung dieser Vorstellungen nichts geändert hatte, kündigte der Kanzler seinem Gast energischen Protest auf der westlichen Gipfelkonferenz Mitte Mai an[338]. Sodann wandte er sich schriftlich an seinen „lieben Freund" de Gaulle, wiederholte seine Kritik am Norstad-Plan und verlieh seiner Furcht Ausdruck, daß auf dem nahenden Ost-West-Gipfel „einige recht schwierige Phasen" drohten, die nur dann überwunden werden könnten, wenn der Westen einig bliebe. Ausdrücklich bat er um französischen Beistand[339]. Allein die Festigkeit der Amerikaner und der Franzosen, so ergänzte er im Teegespräch mit Journalisten, würde die Engländer davon abhalten, aus der Reihe zu tanzen[340].

Mit Wohlgefallen registrierte die französische Diplomatie, wie des Kanzlers Fixierung auf Frankreich sich nun auch in der Öffentlichkeit durchsetzte. Die zu Beginn der Regierung de Gaulle erheblichen Reserven in der deutschen Presse waren mittlerweile hoher Anerkennung gegenüber der Art und Weise gewichen, wie der Präsident sich im In- und Ausland zum „défenseur de la République fédérale" gemacht und das deutsche Volk zum Alliierten erhoben hatte. Viele, die bisher in der bilateralen Verständigung nur ein taktisches Manöver gesehen hatten, zeigte sich nun von der Ehrlichkeit der Franzosen überzeugt. Die früheren Attacken gegen Frankreich auf dem politischen Terrain einschließlich Algeriens waren weit-

[334] S. Herter an dass., Tel. Secto 52, 2. 5. 1960, Secret, Limit Distribution in: ebd., S. 375f.

[335] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 14. 5. 1960, US/MC/6, Secret, in: ebd., S. 398–405; Unterredung zwischen dens. vom 14. 5. 1960, Secret, nebst Anhang, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 629–634.

[336] BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 95–98, Tb. 5. 5. 1960.

[337] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 258–265, Informationsgespräch, 11. 5. 1960; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 512f.

[338] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 95–98, Tb. 5. 5. 1960; Houghton an Dep. of State, Tel. 5193, 6. 5. 1960, Secret, Priority, Limit Distribution in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 378; Köhler, Adenauer, S. 1064; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 552–554.

[339] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 5. 5. 1960.

[340] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 256, Informationsgespräch, 9. 5. 1960.

gehend eingestellt worden. Gewiß, so faßte Seydoux eine umfangreiche Analyse der Stimmungslage am Rhein Anfang Mai zusammen, wüßten die Deutschen weniger, was sie in außenpolitischer Hinsicht nicht wollten, als was sie wollten. Doch verstünden sie nun besser als jemals zuvor, daß das beste Mittel zur Verhinderung dessen, was sie nicht wollten, die deutsch-französische Entente sei[341].

„Wir sind froh, wenn wir davonkommen, ohne Haare zu lassen", erklärte Adenauer am 6. 5. amerikanischen Pressevertretern streng vertraulich. „Wenn diese Konferenz damit schließt, daß man ohne Ergebnis bleibt, aber in Aussicht nimmt, nach einer Reihe von Monaten oder im nächsten Jahr eine neue Konferenz abzuhalten, bin ich froh."[342] Ob dieses Ergebnis aber zu erreichen sei, war für ihn angesichts der auf der westlichen Seite sitzenden „drei Menschen mit drei verschiedenen Willen" keineswegs sicher[343]. Alles mußte also getan werden, um die internationale Stimmung zu Gunsten der Deutschen zu beeinflussen. Adenauer suchte daher nicht nur die Verständigung mit de Gaulle, sondern auch nach Wegen, um die „deutsche Frage" möglichst weit nach hinten auf die internationale Agenda zu schieben. Mit Nachdruck sprachen sich die Bonner Botschaften in Moskau, London und Paris dafür aus, daß die Westmächte auf der Gipfelkonferenz das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einfordern und nicht so sehr das Postulat der staatlichen Einheit betonen sollten. Gerade auch französische Politiker und Diplomaten hatten diese Taktik wiederholt angemahnt. „‚Je stärker die Bundesrepublik den menschlich-freiheitlichen, nicht spezifisch deutsch-nationalen Kern ihrer Position betont'", so hob Laloy gegenüber Jansen Anfang Mai hervor, „‚um so stärker macht sie die gesamtwestliche Interessenlage in Mitteleuropa deutlich; gleichzeitig verliert ihre Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage vor der Weltöffentlichkeit das ihr von den Sowjets systematisch angedichtete Odium einer spezifisch deutschen, sich selbst isolierenden ‚Halsstarrigkeit'.'"[344]

In der national orientierten deutschen Opposition stießen derartige Ratschläge freilich auf wenig Verständnis. Die FDP verabschiedete am 7. 5. eine Entschließung, in der sie die Konferenzteilnehmer zur Behandlung der Teilung Deutschlands aufforderte und erste Schritte zur Wiedervereinigung anmahnte. Als „Mindestergebnis" erwarteten die Freidemokraten die ausdrückliche Bekräftigung des deutschen Anspruchs auf staatliche Einheit und die Einsetzung einer neuen Deutschlandkonferenz der vier Außenminister[345]. Adenauer stand dieser Argumentation um so ablehnender gegenüber, als er die Aufhebung der Spaltung für die nächste Zukunft nicht für erreichbar ansah[346]. Gegenüber einer Delegation des Bundes der Vertriebenen riet er am 10. 5. dringend dazu, von der bisherigen Pa-

[341] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 56–62, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 829, 11. 5. 1960.

[342] ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer, Andrew und Stind von „NBC" vom 6. 5. 1960, Streng vertraulich, Nur zur Information.

[343] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 236, Kanzler-Tee, 6. 5. 1960.

[344] Zitiert nach: PA, Ref. 700, Bd. 3, Jansen an AA, FS Nr. 451, 2. 5. 1960, Verschlüsselt; s.a. ebd., Ritter an AA, FS Nr. 344, 4. 5. 1960.

[345] Entschließung des FDP-Bundesvorstandes, 7. 5. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 16f., hier S. 16.

[346] S. Fernsehinterview Adenauer mit „NBC", 12. 5. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1019f.

role der Wiedervereinigung auf die Forderung nach Selbstbestimmung überzugehen, da die nationale Einheit ein rein deutsches Problem, das Selbstbestimmungsrecht aber ein „bekannter internationaler Begriff" sei[347].

Parallel dazu arbeitete er aus Sorge vor einer „schwere[n] europäische[n] Krise" auf dem Gipfel mit Hochdruck an Rückzugspositionen für den Notfall. So schien ihm die Entsendung von Sachverständigen zu einem Viermächtegremium jetzt immerhin erwägenswert, sogar deutsch-deutsche Verhandlungen wollte er nicht ausschließen. Mit seinen Vertrauten von Eckardt und Blankenhorn besprach er gar die Möglichkeit, den Verbündeten im Sinne des einstigen Österreich-Vorschlags vor einem drohenden Abbruch der Konferenz „eine echte Neutralisierung der Sowjetzone und Berlins" mit völliger politischer Freiheit und Befreiung von ausländischen Truppen für zwanzig Jahre vorzuschlagen[348].

Wie ein Leuchtturm wirkte in dieser aufschäumenden See der französische Staatspräsident. Über Blankenhorn ließ er dem Kanzler ausrichten, er teile seine Auffassung zum Norstad-Plan „in vollem Umfang". Stets werde er Absichten, die auf die Neutralisierung eines schwach gerüsteten und fremder Kontrolle unterstehenden Deutschlands hinausliefen, ablehnen. Eine persönliche Begegnung mit Adenauer unmittelbar vor Beginn der Gipfelkonferenz könne das gemeinsame Band noch fester schmieden[349].

Anders als der Kanzler traf der Präsident mit seinem Kurs innenpolitisch auf breite Unterstützung. Im Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale warnte Debré die Sowjets am 11. 5. davor, mit der Fortsetzung ihrer bisherigen Position eine neue Krise heraufzubeschwören, und gewann damit die Unterstützung fast aller Parteien. Mit Nachdruck sprach sich auch die Presse dafür aus, in der Berlin- und Deutschlandfrage keinerlei Konzessionen einzugehen und die westliche Einheit nicht zu gefährden[350].

De Gaulle stand also fest zu Adenauer. Wie aber würden die angelsächsischen Führungen an der Seine auftreten? Der Abschuß des amerikanischen Spionageflugzeugs vom Typ U 2 über sowjetischem Territorium bot erste, wenig verheißungsvolle Hinweise. Eisenhowers Reaktion auf die scharfen Attacken Chruschtschows[351] schien Adenauer zu weich, und von Macmillan, so erklärte er Seydoux vor seinem Abflug nach Paris, erwarte er „une initiative regrettable"[352].

[347] PA, Ref. 700, Bd. 1686, Duckwitz an von Brentano, Aufzeichnung 701–81.00–250/60I, 10. 5. 1960; s.a. von Brentano an Krüger, 9. 5. 1960, in: Baring, Bundeskanzler, S. 285 f.

[348] BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 41–44, Tb. 12. 5. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 757–759, hier S. 758; s.a. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 263, Informationsgespräch, 11. 5. 1960; Kosthorst, Brentano, S. 331.

[349] Blankenhorn an Adenauer u. von Brentano, Tel., 9. 5. 1960, Streng geheim, in: BDFD I, S. 756 f., hier S. 757.

[350] Vgl. PA, Ref. 700, Bd. 1686, ders. an AA, FS Nr. 494, 12. 5. 1960, Verschlüsselt; Blankenhorn, Verständnis, S. 366–368, Tb. 12. 5. 1960; „Le Figaro", 3. 5. 1960.

[351] Am 5. 5. 1960 gab Chruschtschow den Abschuß über Swerdlowsk bekannt. Zur anschließenden Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington vgl. die Dokumente in: FRUS 1958–1960, Bd. 10, T. 1, S. 510–539; s.a. Eisenhower, Wagnis, S. 445–457; Jochum, Eisenhower, S. 147–157.

[352] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1911/14, 12. 5. 1960, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 612 f., hier S. 613.

„Wir haben nochmals fies Jlück gehabt!"

Entsprechend skeptisch reiste der Kanzler am Morgen des 14. 5. nach Paris. Die Zuspitzung der amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzung über den U-2-Vorfall hatte das Klima zwischen Ost und West in den letzten Tagen erheblich verschlechtert[353]. Adenauer kam es daher vor allem darauf an, sich mit de Gaulle wechselseitig der übereinstimmenden Interessen zu versichern. Als er sich am Nachmittag mit ihm zu einem Vieraugengespräch traf, zeigte sich sehr rasch, daß dies de facto auf die einseitige Bitte hinauslief, ihn nicht im Stich zu lassen. In seiner Umgebung hatte man zu einer offensiveren Gesprächsführung gedrängt. Blankenhorn, der de Gaulle inzwischen als „le champion le plus déterminé de la cause du monde libre" rühmte[354], seine inneren Reserven aber wohl nie ganz ablegte, forderte den Kanzler vor dem Hintergrund angelsächsischer Presseberichte über de Gaulles angeblich ablehnende Haltung zur Wiedervereinigung[355] in Übereinstimmung mit Laloy auf, den General zu bewegen, nach der Gipfelkonferenz das Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen öffentlich einzufordern. Die Bundesregierung benötige einen klaren Beweis für die Bereitschaft des Präsidenten, dieses Recht nicht „einem französisch-sowjetischen Agreement oder einer imaginären europäischen Gleichgewichtspolitik stillschweigend zu opfern"[356].

Der Kanzler kam dieser Bitte nicht nach. Sie störte nur sein vorrangiges Ziel, die Harmonie mit dem General nicht zu belasten. De Gaulle erklärte die deutschen und französischen Interessen auf der Gipfelkonferenz für identisch – was wollte Adenauer mehr. Als der Präsident über den Tag hinausdachte und seine gesamteuropäischen Überlegungen wiederholte, hielt der Kanzler dagegen: Deutschland habe seinen Platz in Westeuropa. Später wünsche es auch mit Osteuropa zu einem guten Verhältnis zu kommen[357]. „Sehr zufrieden" kehrte Adenauer nach diesem „atmosphärisch besonders gut verlaufen[en]" Meinungsaustausch in die Deutsche Botschaft zurück[358]. Man war sich einig, die Beziehungen untereinander noch enger zu gestalten und insbesondere auf dem politischen Gebiet etwa durch Besucheraustausch auf Ministerebene zu intensivieren. Sogar einen Staatsbesuch de Gaulles im Herbst, nach einer Visite Debrés, wollte Adenauer nicht ausschließen[359].

Die parallel zu dieser Unterredung stattfindenden Beratungen der westlichen Außenminister verliefen weit weniger harmonisch. Während von Brentano mit Lloyd über die Frage aneinandergeriet, wie man auf ein soeben vorgelegtes sowjetisches Berlin-Papier reagieren sollte, das bemerkenswerte Übereinstimmungen mit einem in der Führungsspitze der SED kursierenden Entwurf eines Interims-

[353] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 19f., Tb. 14. 5. 1960.
[354] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 10, Seydoux an MAE, Tel. 1833/34, 5. 5. 1960, Confidentiel, Réservé.
[355] Vgl. Artikel Lippmann, in: „New York Herald Tribune", 21. 4. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 781–783; Blankenhorn, Verständnis, S. 366–368, Tb. 12. 5. 1960.
[356] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Blankenhorn an AA, Tel., 13. 5. 1960.
[357] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 638–645; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 42–48.
[358] BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 19f., Tb. 14. 5. 1960.
[359] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 642f.; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 47; PA, Ref. 700, Bd. 241, „Der Verlauf der Pariser Gipfelkonferenz", Mai 1960.

abkommens aufwies[360], stritten sich Herter und Couve de Murville über einen französischen Abrüstungsplan bei Trägersystemen strategischer Nuklearwaffen[361]. Die geladene Atmosphäre wurde zusätzlich verschärft, als Chruschtschow am Morgen des 15. 5. – wohl in der Erkenntnis, keine wesentlichen Zugeständnisse einstreichen zu können – bei einem Höflichkeitsbesuch von de Gaulle verlangte, Eisenhower müsse sich für den U-2-Zwischenfall öffentlich entschuldigen, die Bestrafung der Verantwortlichen bekanntgeben und die Einstellung der Aufklärungsflüge über der Sowjetunion zusichern[362].

Trotz dieser Pressionen waren die Westmächte nicht dazu fähig, ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Als sich am Nachmittag die vier Staats- und Regierungschefs zusammensetzten, brachen die Divergenzen erneut auf. Nach demonstrativ zur Schau gestellter deutsch-französischer Einigkeit meinte Eisenhower, die Harmonie stören zu müssen, und fragte Adenauer, wie er Chruschtschows jüngsten Berlin-Vorschlag beurteile. Bevor der Kanzler sich äußern konnte, ergriff de Gaulle das Wort und meinte, das Papier sei unannehmbar, weil am Ende der vorgeschlagenen zweijährigen Interimsphase ein neues Berlin-Statut stünde. Adenauer hatte es damit leicht, sich diesem Standpunkt anzuschließen. Eisenhower hingegen fand das Dokument nicht rundweg schlecht. Was, so fragte er die Runde, könne der Westen tun, wenn es ihm auch nach zehn Jahren nicht gelungen sei, eine vernünftige Lösung zu finden, und Moskau Berlin wirtschaftlich stranguliere. Zehn Jahre, rief Adenauer erregt, sei doch etwas ganz anderes als zwei Jahre; in der Zwischenzeit gäbe es wahrscheinlich erste Abrüstungsmaßnahmen und damit eine völlig andere politische Situation. Eisenhower zog seine Zeitangabe zurück, verlangte aber, den Tatsachen ins Auge zu sehen, ob es sich nun um eine zwei- oder fünfjährige Phase handele. Adenauer hielt entgegen, Chruschtschow werde um Berlin keinen Krieg wagen. Als de Gaulle versuchte, das Gespräch wieder auf die Abrüstung zu lenken, erneuerte Macmillan Eisenhowers Frage, wie man bei sowjetischen Zwangsmaßnahmen reagieren solle. Mit Festigkeit, lautete de Gaulles Antwort; ein Zurückweichen werde einen enormen Prestigeverlust zur Folge haben. Wenn Chruschtschow wirklich die Détente wolle, werde er Berlin in Ruhe lassen. Eisenhower kam nun plötzlich auf die Oder-Neiße-Grenze zu sprechen und informierte die Kollegen darüber, daß der stellvertretende polnische Ministerpräsident kürzlich eine Anerkennung dieser Grenze durch die USA als bedeutendes spannungssenkendes Element bezeichnet habe. De Gaulle stellte das offen in Frage, da Chruschtschow ihm gegenüber erklärt hatte, es mache keinen Unterschied für ihn, ob der Westen die Grenze aner-

[360] S. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 14. 5. 1960, US/MC/28, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 406–409; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 4, 13. 5. 1960, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 395–397; sowjetisches Berlin-Papier in: DDF 1960, Bd. 1, S. 572f.; Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 11. 5. 1960, in: ebd., S. 607f. Zum SED-Dokument vgl. Küsters, Adenauer und Brandt, S. 513f.; zur Haltung der SED in der Berlinkrise insgesamt vgl. Lemke, Berlinkrise.

[361] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 14. 5. 1960, US/MC/6, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 398–405, Unterredung zwischen Eisenhower und dems. vom 15. 5. 1960, Secret, in: ebd., S. 414–416.

[362] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Chruschtschow vom 15. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 645–648; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 148; Eisenhower, Wagnis, S. 457f.; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 302f.

kenne oder nicht. Frankreich so fügte er aber unmißverständlich hinzu, wünsche zu gegebenem Zeitpunkt die Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau[363]. So endete die Sitzung in einer „sehr merkwürdige[n] Atmosphäre"[364]. Eine weitere Unterredung am frühen Abend ohne den Kanzler vermochte das Klima nicht zu verbessern. Während de Gaulle noch einmal verlangte, eine Änderung des Status von Berlin nach zwei Jahren nicht einmal insgeheim zu akzeptieren, wollte sich Eisenhower darauf durchaus einlassen, sofern das Wesentliche der westlichen Rechte bewahrt würde und am Ende ein Plebiszit in Aussicht stünde. Als der General abermals die Position des Kanzler verteidigte, sprach sich Macmillan noch klarer als Eisenhower für eine zweijährige Lösung aus[365].

Deprimiert und tief beunruhigt kehrte Adenauer nach Bonn zurück[366]. Zwei Tage später konnte er aufatmen. In der in „eisig[er]" Stimmung[367] stattfindenden informellen Sitzung der vier Delegationschefs am Morgen des 16. 5. hatte Chruschtschow sofort unaufgefordert das Wort ergriffen und mit hochrotem Gesicht, zitternder Hand und zunehmend lauterer Stimme klar erkennen lassen, daß er auf den Bruch der Konferenz hinarbeitete. Eisenhower sagte zu, die mittlerweile eingestellten Aufklärungsflüge während seiner Amtszeit nicht wieder aufzunehmen. Macmillan redete auf den Russen ein, der beschwerliche Weg zum Gipfel dürfe nicht umsonst gewesen sein, und auch de Gaulle sah überhaupt keinen Grund, die Konferenz aufzuschieben. Chruschtschow blieb stur, verlangte eine öffentliche Entschuldigung von Eisenhower, dessen geplanten Besuch in der Sowjetunion er zugleich strich, und schlug die Wiederaufnahme der Kontakte in sechs bis acht Monaten vor[368].

Eisenhower betrachtete das Auftreten Chruschtschows und seine Forderungen als völlig inakzeptabel, wobei er mit Freude wahrnahm, wie de Gaulle ihm den Rücken stärkte und versicherte, daß Frankreich stets an der Seite der USA stünde[369]. Für den Amerikaner hatte der Russe mit seiner intransigenten Haltung den Rubikon überschritten, so daß die für den nächsten Morgen geplante offizielle Eröffnung des Gipfels keinen Sinn ergab. „It was clear that Krushchev had

[363] S. Konferenz zwischen Adenauer, Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 15. 5. 1960, US/MC/9, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 417–422; Konferenz zwischen dens. vom 15. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 648–653; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 48–51; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 303f.; vgl. Kosthorst, Brentano, S. 332f.

[364] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 50.

[365] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 15. 5. 1960, US/MC/7, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 426–435; Konferenz zwischen dens. vom 15. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 653–659.

[366] S. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 51; Kusterer, Kanzler, S. 127.

[367] BA, NL Blankenhorn, Bd. 101, Bl. 217f., Tb. 16. 5. 1960.

[368] S. Konferenz zwischen Chruschtschow, Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 16. 5. 1960, US/MC/26, Confidential, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 438–452; Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 16. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 659–664; Aufzeichnung de Gaulle, o.D., in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 357f.; Erklärungen der vier westlichen Staats- und Regierungschefs, 16. 5. 1960, in: Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zum Fehlschlag der Pariser Gipfelkonferenz, S. 66–73; Eisenhower, Wagnis, S. 459–461; Froment-Meurice, Mémoires, S. 219–221; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 304–306; Macmillan, Pointing the Way, S. 205–207; Walters, Mission, S. 199–203; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 228f.

[369] S. Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 16. 5. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 452f.; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 37, 18. 5. 1960, Secret, in: ebd., S. 497f.; Eisenhower, Wagnis, S. 461.

been determined even before arriving to torpedo meeting", meinte Herter gegenüber seinen Kollegen aus Paris und London. Couve de Murville pflichtete dem bei, hatte Chruschtschow doch schon am 14. 5. den Abflug für den 17. 5. gebucht. Lloyd hingegen mochte sich damit nicht abfinden und regte noch eine weitere Sitzung à quatre an, um Moskau den Schwarzen Peter zuzuweisen. Man einigte sich schließlich darauf, die Entscheidung über das weitere Procedere de Gaulle zu überlassen[370]. Macmillan gefiel dies ganz und gar nicht, weil er die Konferenz unter allen Umständen durchführen wollte[371]. Noch am Abend traf er sich daher mit seinen drei Kollegen zu Einzelgesprächen, um zu retten, was nicht mehr zu retten war[372].

Am folgenden Morgen verständigten sich die drei westlichen Staats- und Regierungschefs auf französischen Vorschlag darauf, Chruschtschow zwecks offizieller Konferenzeröffnung zum Nachmittag zu einer neuerlichen Sitzung einzuladen. Wie von de Gaulle und Adenauer erhofft, von Macmillan dagegen befürchtet[373], weigerte sich der Russe jedoch, zur vorgesehenen Tagesordnung zurückzukehren[374]. Sein Vorschlag einer Vorbesprechung mit den westlichen Regierungschefs über die Frage, unter welchen Voraussetzungen die eigentliche Gipfelkonferenz stattfinden solle, wurde vom französischen Präsidenten bestimmt abgelehnt[375]. Abends trafen sich Gaulle, Eisenhower und Macmillan erneut und gaben dann in einem Pressekommuniqué das Scheitern der Veranstaltung bekannt[376].

Am 18. 5. kamen die Außenminister der drei Westmächte unter strikter Geheimhaltung überein, erneut die Contingency-Planung zu überprüfen, um auf eine eventuelle Unterbrechung der alliierten Verbindungen an der Spree zu reagieren[377]. Zur Abstimmung des Verhaltens gegenüber etwaigen sowjetischen Aktionen zur „Drosselung Berlins" trafen sich am Tage danach die drei Delegationen

[370] Herter an Dep. of State, Tel. Secto 19, 16. 5. 1960, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 453 f., hier S. 453.

[371] Zum Drängen Macmillans s. Unterredung zwischen Eisenhower und Macmillan vom 16. 5. 1960, Secret, in: ebd., S. 436.

[372] Vgl. Macmillan, Pointing the Way, S. 207 f.; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 229.

[373] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 17. 5. 1960, US/MC/37, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 461–466; Konferenz zwischen dens. vom 17. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 669–671; BA, NL von Brentano, Bd. 158, von Brentano an Adenauer, Del GiK 6/60, 17. 5. 1960, Persönlich, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 287.

[374] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 17. 5. 1960, US/MC/43, Confidential, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 468–479; Konferenz zwischen dens. vom 17. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 671–676; Walters, Mission, S. 203 f.

[375] S. de Gaulle an Chruschtschow, 17. 5. 1960, in: Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zum Fehlschlag der Pariser Gipfelkonferenz, S. 73; Bericht von Brentanos, 18. 5. 1960, im Auszug in: Grewe, Rückblenden, S. 437–439; Eisenhower, Wagnis, S. 461; Macmillan, Pointing the Way, S. 209 f.

[376] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 17. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 676 f.; Herter an Dep. of State, Tel. Secto 26, 17. 5. 1960, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 480 f.; Kommuniqué der drei westlichen Staats- und Regierungschefs, 17. 5. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1052; Macmillan, Pointing the Way, S. 210 f.

[377] S. Unterredung zwischen Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 18. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 680 f.; Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 18. 5. 1960, Très secret, in: ebd., S. 682–686; Unterredung zwischen Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 18. 5. 1960, US/MC/34, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 482; Unterredung zwischen dens. vom 18. 5. 1960, US/MC/30, Secret, in: ebd., S. 487 f.; Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 18. 5. 1960, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 489–493; zur Contingency-Planung s. Aufzeichnung Sénard, 8. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 245–247; Aufzeichnung des MAE, 18. 5. 1960, Secret, in: ebd., S. 634–638.

auch mit den deutschen Beobachtern vor Ort, die von den amerikanischen und französischen Diplomaten über die Ereignisse laufend informiert worden waren[378]. Allen Beteiligten war klar, Moskau von der Unterzeichnung eines Friedensvertrags mit Ost-Berlin nicht abhalten zu können. Worauf es nach Ansicht des deutschen Vertreters Carstens ankam, war, vor allem neutrale Staaten davon abzuhalten, ein solches Abkommen als Freifahrtschein für eine Anerkennung der DDR mißzuverstehen. Der von ihm entwickelte Gedanke, die NATO-Staaten zur Nichtanerkennung des Friedensvertrags zu verpflichten, fand bei seinen Kollegen jedoch keinerlei Anklang[379].

Nachdem die Konferenzscherben weggekehrt worden waren, begann in den Kapitalen dies- und jenseits des Rheins die Schadensanalyse, die in den knappen Befund mündete: Das Positivste am Gipfel war sein Scheitern. Noch schlimmer als die mangelnde Standfestigkeit Eisenhowers bewertete de Gaulle das Verhalten Macmillans: „il a fait du ‚munichisme' larmoyant". Auch Chruschtschow hatte die Sache offensichtlich nicht mehr im Griff[380]. Im Quai d'Orsay erklärte man sein Verhalten mit der Einsicht, keine wesentlichen Konzessionen einheimsen zu können, und sah ihn innenpolitisch unter dem Druck sowjetischer Entspannungsgegner[381].

Der Befund des Auswärtigen Amtes fiel ähnlich aus. Nachdem die „peur d'une catastrophe" verflogen war, ging die Leitung davon aus, daß der Kreml-Chef in den letzten Wochen die von ihm nach Camp David getroffene günstige Einschätzung der amerikanischen Position revidiert und den U-2-Vorfall als Aufhänger für eine Torpedierung des Ost-West-Treffens genutzt hatte[382]. Auch Adenauer glaubte, Chruschtschow habe die Konferenz von Anfang an sabotieren wollen, und brachte das Ergebnis des Pariser Debakels auf den prägnanten Nenner: „Wir haben nochmals fies Jlück gehabt!"[383]. Für ihn gab es keinen Zweifel, daß Macmillan und Chruschtschow sich einig gewesen seien, für Berlin eine Zwischenlösung für zwei Jahre anzustreben[384]. Die Gipfeldiplomatie, so konstatierte er erleichtert gegenüber Journalisten, sei nun „absolut gescheitert"[385]. Fehlgeschlagen war frei-

[378] BA, NL Blankenhorn, Bd. 101, Bl. 217f., Tb. 16. 5. 1960; s.a. ebd., NL von Brentano, Bd. 158, von Brentano an Adenauer, Del GiK 6/60, 17. 5. 1960, Persönlich; Unterredung zwischen Kohler und Grewe vom 16. 5. 1960, US/MC/18, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 456–459.

[379] S. Unterredung zwischen Carstens, Hillenbrand, Laloy und Rumbold vom 19. 5. 1960, US/MC/27, Secret, in: ebd., S. 499–503; Unterredung zwischen dens. vom 19. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 701–704.

[380] Alphand, L'étonnement d'être, S. 332, Tb. 21. 5. 1960.

[381] S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 28. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 737–742, im Auszug, in: BDFD I, S. 764–766. Auf einem im Auswärtigen Amt abgegebenen Durchschlag dieses Dokuments (PA, Ref. 700, Bd. 1686) befindet sich die Marginalie:
„(Von Leduc à titre privé)
2) *U R* MD Duckwitz (gleichfalls nur persönlich) z. g. K. Carstens 7/6" sowie die auf einem Zettel angeheftete Notiz: „Herrn M[inisterial-]D[irektor] Carstens Mit den gezogenen Schlussfolgerungen – auf sie kommt es ja an – bin ich ganz einig. D[uckwitz] 7/6".

[382] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 49, Seydoux an MAE, Tel. 2084/88, 25. 5. 1960; Réservé; s.a. Bericht von Brentanos, 18. 5. 1960, im Auszug in: Grewe, Rückblenden, S. 437–439.

[383] Zitiert nach: von Eckardt, Leben, S. 614.

[384] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 428, Tb. 19. 6. 1960.

[385] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 277, Informationsgespräch, 7. 6. 1960; s.a. ebd., S. 271, Informationsgespräch, 4. 6. 1960.

lich auch sein Versuch, die Verbündeten auf den Kurs einer „konzessionslose[n] Verteidigung des Status quo und Konfliktableitung auf die Abrüstung mit der geheimen Rückfallposition einer befristeten Einfrierung der deutschen Frage" zu bringen[386]. Stellte sich bloß die Frage, ob die Angelsachsen nun von ihren Illusionen über die Möglichkeiten der Verständigung mit der Sowjetunion geheilt waren und die Franzosen auch bei wachsendem Druck an ihrer starren Haltung festhielten[387].

[386] Kosthorst, Brentano, S. 334.
[387] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 88, Seydoux an MAE, Tel. 2091/96, 25. 5. 1960.

V.1.5 Der Berliner Mauerbau 1961

„Verschärfter kalter Krieg"

Die Abreise des sowjetischen Ministerratsvorsitzenden noch vor der offiziellen Eröffnung der Pariser Gipfelkonferenz hatte die Bundesregierung für kurze Zeit von akuten Ängsten befreit. Sie wußte aber nur zu gut, daß die außenpolitischen Gefahren damit nicht gebannt waren. Der Westen mußte wie bisher mit einer zwischen Gewalt und Verführung oszillierenden Politik Moskaus rechnen[1]. Einen Vorgeschmack lieferte der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Malinowski am 30. 5. mit der Drohung, beim Eindringen feindlicher Flugzeuge in den Luftraum des Warschauer Paktes die Basen dieser Maschinen anzugreifen[2]. Waren damit auch deutsche Flughäfen gefährdet, weil sie amerikanische Aufklärungsflugzeuge beheimateten, fragte man sich besorgt in Bonn[3]? Und wie reagierte Moskau im Fall eines separaten Friedensvertrags mit Ost-Berlin auf nicht autorisierte Flüge nach Berlin? Verstand es sie auch als Eindringen in den eigenen Luftraum[4]?

De Gaulle konterte auf die sowjetischen Drohgebärden indirekt in einer von der Deutschen Botschaft „sehr positiv"[5] bewerteten großen Rundfunk- und Fernsehansprache am 31. 5. mit einem überzeugenden Plädoyer für die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik, für Entspannung, Abrüstung und organisierte Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg[6]. Als die Bundesrepublik die NATO dazu aufforderte, Malinowskis Ausfall zu verurteilen und einen Angriff gegen ein Mitglied als Attacke gegen die Allianz zu deklarieren, sprach sich Frankreich dafür aus, die Angelegenheit tiefer zu hängen, weil man den Marschall nicht beim Wort nahm[7].

De Gaulle wünschte keine Verschärfung der Ost-West-Spannungen. Aus den Erfahrungen mit den Angelsachsen, die in seinen Augen am Fiasko der Pariser Konferenz nicht ganz unschuldig waren, zog der Präsident eine dreifache Lehre: Frankreich mußte noch mehr auf sich selbst bauen, aber auch die westeuropäische Integration vorantreiben, weil nur so ein globales Gleichgewicht und die europäische Entente vom Atlantik zum Ural erreicht werden konnte[8]. Darüber hinaus galt es, den einzigen Trostpunkt des Scheiterns der Konferenz zu nutzen und die

[1] S. Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 28. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 737–742.
[2] S. Rede Malinowskis auf der Unionskonferenz der Bestarbeiter, 30. 5. 1960, in: Auswärtiges Amt (Hg.), Dokumente zum Fehlschlag der Pariser Gipfelkonferenz, S. 154–159.
[3] S. PA, Ref. 700, Bd. 1686, Janz an von Brentano, Aufzeichnung D5–422/60, 7. 6. 1960, VS-Vertraulich.
[4] S. AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 136, Laloy an London u. Washington, Tel. 6636/38 u. 8060/62, 2. 6. 1960, Réservé.
[5] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Jansen an AA, FS Nr. 557, 1. 6. 1960, Verschlüsselt.
[6] S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles im Elysée, 31. 5. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 217–221; s.a. den Bericht über eine Rede Couve de Murvilles in Sainte-Marie-du-Mont, 6. 6. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1190.
[7] S. PA, Ref. 700, Bd. 1686, Janz an von Brentano, Aufzeichnung D5–422/60, 7. 6. 1960, VS-Vertraulich; AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 172–174, Unterabt. Osteuropa im MAE an Vertretung bei der NATO, Aufzeichnung, 27. 6. 1960 (Konzept JBR).
[8] S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles im Elysée, 31. 5. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 217–221; ders. an seinen Sohn Philippe, 18. 5. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 358f.

„l'unité consolidée" zwischen den drei Westmächten[9] im Sinne einer „relance du tripartisme" zu festigen, wie de Gaulle es bereits mit Eisenhower in Paris besprochen hatte[10]. Ohne auf diesen letzten Punkt näher einzugehen, stellte Couve de Murville dieses Programm zwei Wochen später in der Assemblée Nationale vor und erhielt dafür die breite Zustimmung der Parlamentarier[11].

Diese Einmütigkeit in außenpolitischen Grundfragen über die Parteigrenzen hinweg stellte sich nun auch in Bonn ein. Die SPD reagierte damit nicht nur auf die äußere Gefährdung, sondern auch auf die eindeutige Niederlage, die der Ausgang der Gipfelkonferenz für sie bedeutete. Ihr Ruf nach einer gemeinsamen Außenpolitik wirkte indes, von der Berlin-Frage einmal abgesehen, wie ein frommer Wunsch. Denn zu einem Eingehen auf die Linie des Kanzlers, wie der es öffentlich am 23. 5. als Vorbedingung forderte, schien die Opposition aus Sicht externer Beobachter offenbar noch nicht bereit[12]. Tatsächlich aber hatten die Sozialdemokraten schon einige Wochen zuvor mit der Abkehr von ihrem Deutschlandplan von März 1959 eine Kursänderung eingeleitet[13]. Als Adenauer das Scheitern des Pariser Gipfels in der Bundestagsdebatte vom 24. 5. als Bestätigung für seine Marschroute ausgab[14], forderte Ollenhauer ihn auf, „eine Politik zu entwickeln, die die Zustimmung aller tragenden politischen Kräfte in der Bundesrepublik finden kann"[15].

Trotz der Zurückweisungen aus den Reihen der Union[16] verstärkte die Sozialdemokratie in den folgenden Wochen den Ruf nach einer gemeinsamen Außenpolitik. Angetrieben zunächst von Brandt und Mommer, näherte sich die SPD unter der Führung von Wehner Schritt für Schritt den Positionen Adenauers und der westlichen Kabinette. Der Schock von Paris beschleunigte diese „évolution". Doch die Bundesregierung schien aus Mißtrauen wie aus Taktik mit Blick auf den Wahlkampf 1961 kein rechtes Interesse an mehr Gemeinsamkeit mit der Opposition zu haben, wußte aber sehr wohl, daß sie die ausgestreckte Hand nicht einfach ausschlagen konnte, zumal die Verbündeten den Handschlag begrüßten. Aus Sicht der französischen Diplomatie war die SPD auf breiter Front bereit, auf die CDU zuzugehen. Nur eine Differenz wirkte kaum überwindbar: Während Adenauer fest auf die Westbindung setzte, stellten führende SPD-Politiker sie allem Anschein nach für den Tag der Wiedervereinigung in Frage[17]. So war es nicht ver-

[9] AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 191–214, Dejean an Couve de Murville, Nr. 918/EU, 7. 7. 1960. Zur Einschätzung, die westliche Solidarität sei gefestigt aus dem Fiasko der Konferenz gegangen, s.a. de Gaulle an Eisenhower, 19. 5. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 359f.

[10] Alphand, L'étonnement d'être, S. 333, Tb. 21. 5. 1960; vgl. Kap. V.3.2.

[11] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 14. u. 15. 6. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960, Bd. 2, S. 1296–1343; Erklärung Couve de Murvilles, 14. 6. 1960, in: ebd., S. 1294–1296, in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1225–1228.

[12] S. Erklärung des SPD-Präsidiums, 18. 5. 1960, in: ebd., S. 1057; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 82, Seydoux an MAE, Tel. 2060/64, 23. 5. 1960; Erklärung Adenauers vor dem Parteiausschuß der CDU, 23. 5. 1960, im Auszug in: AdG 1960, S. 8414C.

[13] Vgl. Wilker, Sicherheitspolitik, S. 135f.; Kap. V.1.2.

[14] S. Regierungerklärung Adenauers, 24. 5. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 46, S. 6700–6702.

[15] Bundestagsrede Ollenhauers, 24. 5. 1960, in: ebd., S. 6702; vgl. Wilker, Sicherheitspolitik, S. 136f. Zur parteiinternen Auseinandersetzung über den außenpolitischen Kurs vgl. SPD-Fraktionssitzung vom 24. 5. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 445–447.

[16] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 420f., 422 u. 427, Tb. 23.5., 1. u. 19. 6. 1960; AdG 1960, S. 8470C; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 138f.

[17] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 93, Seydoux an MAE, Tel. 2240/46, 7. 6. 1960; zum Kalkül Adenauers vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 427f., Tb. 19. 6. 1960.

wunderlich, daß für Frankreich das deutschlandpolitische Gebot Nr. 1 lautete, „qu'il faut de plus en plus intégrer l'Allemagne fédérale à l'Ouest"[18].

Daran änderte zunächst auch die „Flurbereinigung" nichts[19], die Wehner mit seiner berühmten Bundestagsrede vom 30. 6. in bezug auf die außenpolitische Richtung der SPD vollzog. Sein entschiedenes Bekenntnis zur Landesverteidigung, zur Westintegration und zur NATO-Bindung der Bundesrepublik als Grundlage jeder Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik[20] galt in Bonn als sensationell. Selbst der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten rühmte die Rede seines parlamentarischen Widersachers als „Meisterleistung" und frohlockte: „Die SPD lenkt ein."[21]

Mochten sich auch unbefangene Zuhörer ungeachtet der von Wehner betonten Reserven gegenüber der atomaren Rüstung der Bundeswehr und seiner Hinweise auf eine Rüstungskontrollzone fragen, worin denn nun noch die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition bestünden, aus der Sicht Seydouxs lag die Antwort auf der Hand: in der „tendance instinctive" der SPD, „à chercher une solution intermédiaire entre l'ouest et l'est". Konnte man wirklich sicher sein, daß ihr Deutschlandplan nicht unter veränderten internationalen Rahmenbedingungen wieder ans Licht geholt würde[22]?

Nicht nur die Sozialdemokratie, auch die Union stellte ihre Außenpolitik auf den Prüfstand. Weitsichtigen Politiker war nicht entgangen, daß sich der Wind der Weltpolitik allmählich drehte. Die Staatsräson der Bonner Republik, mit der westlichen Integration Souveränität und nationale Einheit zu finden, wurde in Frage gestellt. Adenauer befürchtete, der Westen halte den Kampf des Ostens um Berlin à la longue nicht durch, zumal Chruschtschow Anfang Juni auf einer Pressekonferenz seinen Vorschlag aus Paris wiederholte, die gescheiterten Verhandlungen in sechs bis acht Monaten wiederaufzunehmen[23]. Neuen Gipfelgesprächen wollte sich der Kanzler – wie ein von Globke Seydoux zur Einsicht gegebenes Schreiben zeigte – zwar nicht versperren. Doch bedurfte es seiner Meinung nach einer sehr intensiven Vorbereitung unter den westlichen Verbündeten, wobei er noch immer davon ausging, daß eine Lösung der „deutschen Frage" erst nach einer durch Abrüstungsfortschritte entschieden verbesserten internationalen Atmosphäre möglich sei[24].

Engste Vertraute ermunterte er jetzt wieder einmal, sich Gedanken über eine interimistische „Österreich-Lösung" für die DDR zu machen[25]. Von Eckardt riet ihm Mitte Juni, das Gebot der Wiedervereinigung auf Eis zu legen und sich ganz auf die Befreiung der Ostdeutschen vom „Terror der kommunistischen Macht-

[18] Alphand, L'étonnement d'être, S. 334, Tb. 22. 5. 1960.
[19] Brandt, Begegnungen, S. 44; vgl. ausführlich Bouvier, Godesberg, S. 30–57.
[20] S. Bundestagsrede Wehners, 30. 6. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 46, S. 7052–7061; vgl. SPD-Fraktionssitzungen vom 21. u. 28. 6. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 447–450 u. 454–456; Bouvier, Godesberg, S. 57–67; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 140–144.
[21] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 430, Tb. 30. 6. 1960.
[22] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 143, Seydoux an MAE, Tel. 2651/58, 2. 7. 1960.
[23] S. Pressekonferenz Chruschtschows, 3. 6. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1179–1182.
[24] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 97, Seydoux an MAE, Tel. 2359/62, 14. 6. 1960.
[25] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 419, Tb. 19. 5. 1960.

haber" zu konzentrieren. Als einzige Möglichkeit dazu sah er die Neutralisierung der DDR mit Berlin als Hauptstadt. Zur Lancierung des Plans erwog er sowohl eine deutsche als auch eine französische Initiative[26]. Adenauer billigte diese erstmals eine gemeinsame deutsch-französische Ostpolitik ins Visier nehmenden Überlegungen zwar, verschloß sie aber „fest im Panzerschrank"[27].

Anstatt sich als deutschlandpolitischer Reformer zu präsentieren, klagte er in der Öffentlichkeit das Selbstbestimmungsrecht für die Ostdeutschen ein und verstieg sich dazu, die Rückgabe Ostpreußens einzufordern[28]. Polen warf der Bundesrepublik daraufhin in einer Note an die NATO-Staaten Revanchismus vor und bat um eine Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze analog der früheren Darlegungen de Gaulles[29]. Frankreich sah sich damit dem Dilemma gegenüber, die berechtigten Interessen der Polen nicht zu verletzten und die freundschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik nicht zu belasten. In einer Verbalnote an die Botschaft der Volksrepublik enthielt sich der Quai d'Orsay nach wochenlangem Warten offener Kritik an Adenauer und beschränkte sich auf den vieldeutigen Hinweis, die Haltung Frankreichs zur Sache sei hinlänglich bekannt[30].

Von einer Bekräftigung der französischen Einstellung zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, von der polnische Zeitungen berichteten, konnte zwar keine Rede sein. Dem deutschen Standpunkt war Frankreich aber mit seiner Verlautbarung „keineswegs gerecht" geworden[31]. Ungeachtet seiner insgesamt „sehr erfreulich[en]" Haltung in der „deutschen Frage" hielt das Auswärtige Amt es daher für angezeigt, dem Quai d'Orsay die eigene Rechtsposition und vor allem auch das moralische Recht der Heimatvertriebenen stärker vor Augen zu führen[32]. Frankreichs Verbalnote bewertete man als um so bedenklicher, als damit die „gefährliche Zweideutigkeit" der Erklärungen de Gaulles und Debrés Einlaß in eine offizielle Mitteilung der Regierung gefunden hatte und ihnen damit „völkerrechtliche Verbindlichkeit" gegeben wurde. Als „besonders verletzend" galt dieses Verhalten vor allem deshalb, weil de Gaulle Adenauer Anfang Dezember 1959 angeblich versprochen hatte, das Thema zu meiden. In der Koblenzer Straße verlangte man daher eine öffentliche Klarstellung von Frankreich und überlegte gar, notfalls mit gleicher Münze im Rahmen der Afrikapolitik zurückzuzahlen[33].

Ob der afrikanische Kontinent tatsächlich das geeignete Terrain darstellte, die Franzosen in der „deutschen Frage" zu mehr Entgegenkommen zu bewegen, mußte aber in dem Moment bezweifelt werden, als Bonn damit begann, seine Afrikapolitik in neue Bahnen zu lenken, um Moskau und Ost-Berlin das Feld nicht allein zu überlassen. Ende Februar hatte Bundespräsident Lübke dem französischen Botschafter gegenüber sein Interesse an einer deutsch-französischen

[26] Von Eckardt an Adenauer, 21. 6. 1960, in: von Eckardt, Leben, S. 615–619, hier S. 615; vgl. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 34–40.
[27] Zitiert nach: von Eckardt, Leben, S. 619.
[28] S. Rede Adenauers vor der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf, 10. 7. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 44–46.
[29] Vgl. Note der Regierung Polens an die Regierung der USA, 20. 7. 1960, in: ebd., S. 92–94.
[30] S. Verbalnote der Regierung Frankreichs an die Regierung Polens, 10. 8. 1960, in: ebd., S. 141.
[31] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Duckwitz an von Brentano, Vermerk 701.80.00–416/60, 17. 8. 1960.
[32] Ebd., Bd. 258, Carstens an Zimmer, 11. 6. 1960.
[33] Ebd., Bd. 271, Müller-Roschach an von Brentano, Aufzeichnung 2–204–83.00/94.07, 19. 8. 1960.

Wirtschaftskooperation in den ehemaligen deutschen Kolonien Togo und Kamerun bekundet. Auf Order des Quai d'Orsay erwiderte Seydoux das Interesse unter der Bedingung, die Zusammenarbeit auch auf die politische Ebene auszudehnen. Anfang Mai nahm der Botschafter das Thema gegenüber dem Staatssekretär des Auswärtigen wieder auf, warnte vor isoliertem deutschen Vorgehen und ließ den Anspruch auf eine gewisse Monopolstellung durchschimmern. Jeder falsche Schritt führe zu einer Belastung der beiderseitigen Entente. Frankreich erwartete im Hinblick auf etwaige deutsche Initiativen in Togo oder Kamerun, informiert und konsultiert zu werden. Auf Seydouxs wiederholte Forderungen nach enger Absprache reagierte van Scherpenberg zurückhaltend, da er den Verdacht hegte, die Franzosen stellten sich der Intensivierung deutscher Afrikapolitik in den Weg[34]. Couve de Murville verlangte aber kein formelles oder offizielles Procedere, sondern eine konzertierte Aktion. Daß van Scherpenberg Ende Mai um das französische Einverständnis zu bestimmten Projekten bat und eine Zusammenarbeit vorschlug, reichte dem Minister völlig aus. Um die Kooperation zu festigen, empfahl er von Brentano, gleichlautende Instruktionen an die deutschen und französischen Vertretungen in Kamerun und Togo zu richten[35]. Mitte Juni pflichtete das Auswärtiges Amt dem Gesuch bei, „durch freundschaftliche Konsultation das Entstehen vermeidbarer Gegensätze und Spannungen zu verhindern"[36].

Trotz des beiderseits des Rheins gehegten Interesses, die Verbindung Afrikas zu Europa zu stärken und einen großen euro-afrikanischen Wirtschaftsraum entstehen zu lassen[37], war das Einvernehmen vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Die Franzosen achteten argwöhnisch darauf, von den Deutschen in der südlichen Hemisphäre nicht verdrängt zu werden[38], während die Bundesrepublik stets darauf bedacht war, nicht als „Satellit Frankreichs" und Förderer der französischen Kolonialpolitik abgestempelt zu werden, zumal sie die Unabhängigkeitsbestrebungen der afrikanischen Völker sehr wohl mit „Sympathie" verfolgte[39]. Dementsprechend zugeknöpft reagierte Bonn, als Paris zunehmend drängender die seit Monaten schwebende Frage der Verwendung des EWG-Investitionsfonds für Projekte in Algerien aufwarf[40]. Doch die Franzosen suchten die Entscheidung. Nachdem van Scherpenberg sich Ende Juni wieder einmal unzugänglich gezeigt hatte, drohte Seydoux damit, das Thema dem Kanzler gegenüber anzusprechen, wenn das Auswärtige Amt versuche, sich seiner Verantwortung zu entziehen[41]. Anfang Juli hieß es aus Paris, mit der sich anbahnenden Friedensregelung in Alge-

[34] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1856/64, 6. 5. 1960, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 565–567.

[35] S. Couve de Murville an Seydoux, Tel. 3309/14, 2. 6. 1960, in: ebd., S. 758 f.

[36] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 749/60, 18. 6. 1960.

[37] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 375, Tb. 26. 6. 1960.

[38] S. Aufzeichnung des Matignon, August 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 266–270; BA, NL Blankenhorn, Bd. 112, Bl. 244–247, Aufzeichnung, 15. 4. 1961.

[39] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Aufzeichnung des Referats 204/205 im AA, 204–82.00/94.07, 3. 11. 1960, Entwurf.

[40] S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S 676/60, 26. 5. 1960; AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 202, Seydoux an MAE, Tel. 2447, 18. 6. 1960; Kap. V.1.4.

[41] S. AMAE, DE-CE, Bd. 726, Bl. 203, ders. an dass., Tel. 2779/80 [sic!], 28. 6. 1960, Réservé.

rien müsse Bonn ein Entgegenkommen nun leichter fallen[42]. Tatsächlich gab die Bundesregierung ihre Opposition im Laufe des Sommers auf[43], aber gewiß nicht, weil sie die Entwicklung in Nordafrika als rosig ansah. Mit Besorgnis beobachtete sie, wie die Fortdauer des Konflikts Tunesien und Marokko immer näher an den Ostblock trieb. Daß sie unter dem Druck aus Frankreich Algeriern die Einreise verweigerte und dann von der DDR der politischen Verfolgung bezichtigt wurde, stimmte ebenfalls bedenklich[44]. Anlaß zur Überprüfung der eigenen Rücksicht auf die französische Interessenlage boten der Bundesrepublik vor allem auch die Anfang Juni in der Presse auftauchenden Berichte über amerikanische Zusagen in bezug auf die Einrichtung eines Dreierdirektoriums mit Frankreich und Großbritannien. Zwar wollte das State Department diese Meldungen gegenüber der Deutschen Botschaft nicht bestätigen, gab aber offen zu, an trilateralen Konsultationen nach dem gescheiterten Gipfel sehr interessiert zu sein[45]. Adenauer reichten diese spärlichen Andeutungen bereits aus, um de Gaulle zu verdächtigen, er nähere sich jetzt „wieder seinen ehemaligen Freunden in der Entente"[46].

Das Wiederaufleben des Triumviratsgedankens, Unklarheiten über die französische NATO- und Europapolitik, Äußerungen Debrés über den sekundären Stellenwert nicht-nuklearer Staaten[47], Zurücksetzungen des Deutschen Botschafters in Paris bei der Parade zum französischen Nationalfeiertag am 14. 7.[48] – wenige Wochen nach der Pariser Gipfelkonferenz schien das von Adenauer und de Gaulle Mitte Mai bekräftigte Einvernehmen wie weggefegt. In seiner Verärgerung verstieg sich der Kanzler gar zu der Unterstellung, der General habe Anfang April mit Chruschtschow eventuell geheime Absprachen getroffen[49]. Aus Verdruß zögerte er nun auch, wie schon 1958, einer Einladung nach Frankreich zu folgen[50]. Als sie sich dann Ende Juli in Rambouillet doch trafen, waren de Gaulles denkwürdige Darlegungen zu den Themen NATO-Reform und europäische Integration kaum dazu geeignet, Adenauer zu besänftigen[51].

In der Zwischenzeit schwelte die Berlinkrise weiter, aufs neue angefacht durch sowjetische Proteste gegen die deutsche Wehrerfassung und den Plan des Ältestenrates im Deutschen Bundestag zur Abhaltung einer Plenarsitzung an der Spree[52]. Paris betrachtete das als Spiel mit dem Feuer und regte in Washington und London die Einberufung einer trilateralen Arbeitsgruppe an, um über die Verbindungen

[42] S. ebd., Bl. 207, ders. an dass., Tel. 2777/78, 9. 7. 1960, Réservé.
[43] S. ebd., Bl. 225 f., Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 149/CE, 3. 8. 1960 (Konzept YD); ebd., Bl. 229, dies. an Brüssel, Tel. 1195, 3. 8. 1960; ebd., Bl. 230, Gorse an MAE, Tel. 514/16, 6. 8. 1960; ebd., Bl. 235, Mille an dass., Tel. 521/26, 23. 8. 1960.
[44] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Carstens an van Scherpenberg, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 6. 7. 1960.
[45] S. ebd., Ref. 700, Bd. 1687, Grewe an AA, FS Nr. 1231, 2. 6. 1960, Verschlüsselt, Citissime; AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 172–174, Unterabt. Osteuropa im MAE an Vertretung bei der NATO, Aufzeichnung, 27. 6. 1960 (Konzept JBR).
[46] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 428, Tb. 19. 6. 1960.
[47] Vgl. Kap. V.2.2 u. V.3.2.
[48] Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 379, Tb. 14. 7. 1960.
[49] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 562 f.
[50] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 243 f.
[51] Vgl. Kap. V.2.2 u. V.3.2.
[52] S. Note der UdSSR an die Westmächte, 30. 6. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 1358 f.; Pressekonferenz Chruschtschows in Wien, 8. 7. 1960, in: ebd., Bd. 5, S. 28–32.

zwischen dem Bund und Berlin zu beraten. Zwar setzte man auf die Vernunft des Kanzlers, befürchtete aber im Falle einer Kanzlerkandidatur Brandts einen Wettstreit zwischen CDU und SPD über die Zugehörigkeit der Stadt zum Bund[53]. „Nous risquons ainsi", so warnte Seydoux im Quai d'Orsay, „de nous heurter à une force d'inertie considérable et à des critiques plus ou moins amènes. Il conviendrait tout au moins que nos alliés anglo-saxons les supportent eux aussi."[54]

Während die USA darauf bedacht waren, sich durch sowjetische Proteste nicht vorschreiben zu lassen, was mit dem Berlin-Status kompatibel war oder was nicht[55], lehnte Frankreich die Abhaltung der Parlamentssitzung an der Spree dezidiert ab. Zum einen kollidierte sie seiner Ansicht nach mit der juristischen Lage der Stadt, zum anderen bedeutete sie eine unnötige Provokation, die die Sowjetunion vielleicht sogar dazu bewegen könnte, ihre Drohung eines Friedensvertrags mit der DDR wahrzumachen. Mitte Juli regte Couve de Murville daher im State Department und Foreign Office an, durch gemeinsamen Druck auf das Kanzleramt die Sitzung zu verhindern[56]. Angesichts der Vorbehalte Herters verständigte er sich Anfang August mit Lloyd darauf, bei Adenauer eine Verschiebung der Sitzung ad calendas graecas anzuraten. Doch auch diesen Plan gedachte Herter zu vereiteln, weil er nicht dem Moskauer Druck nachgeben wollte[57].

In der Sache stand der Kanzler durchaus auf Frankreichs Seite, hatte er die Parlamentarier doch wiederholt vor den Konsequenzen ihrer Aktion gewarnt[58]. Dennoch reagierte er über den diplomatischen Schritt des Quai d'Orsay höchst verschnupft, weil er gewissermaßen hinter seinem Rücken erfolgte. „Vorstellungen dieser Art", so lautete der Vorwurf des Bundesaußenministers, müßten „in Bonn, aber nicht an dritter Stelle" erhoben werden[59].

Zur Genugtuung des Kanzleramtes lenkten der Bundestag und der Berliner Senat Mitte August ein[60], doch die erhoffte Entspannung in der Lage um Berlin blieb aus. Der gegen den Willen des Auswärtigen Amtes[61] vom Bund der Vertriebenen an die Spree einberufene „Tag der Heimat" bot Ost-Berlin den willkommenen Anlaß, Westdeutschen für die Dauer dieses „Revanchistentreffen[s]" den Zutritt in den Ostsektor der Stadt zu verwehren[62]. Von den Protesten der Westmächte

[53] S. Dep. of State an Bonn, Tel. 2754, 28. 6. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 534–536.

[54] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2450/57, 18. 6. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 841–843, hier S. 842.

[55] S. Dep. of State an Bonn, Tel. 83, 8. 7. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 537f.; Herter an Bonn, Zirkular G-30, 15. 7. 1960, in: ebd., S. 539–541.

[56] S. ders. an dass., Tel. 203, 13. 7. 1960, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 538f.

[57] S. White an Herter, Memorandum, 2. 8. 1960, Secret, in: ebd., S. 544–546.

[58] S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 6. 7. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 703; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 288, Informationsgespräch, 19. 7. 1960; ebd., S. 298f., Informationsgespräch, 26. 7. 1960.

[59] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 123, von Brentano an van Scherpenberg, Vermerk MB 1017/60, 26. 8. 1960, Konzept.

[60] Vgl. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 23. 8. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 745; Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 2. 9. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 30.

[61] S. von Brentano an Adenauer, 3. 6. 1960, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 288; Kosthorst, Brentano, S. 341.

[62] Anordnung des Innenministeriums der DDR, 29. 8. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 191f., hier S. 191.

und der Bundesrepublik[63] unbeeindruckt, machte die DDR das Betreten Ost-Berlins ab dem 8. 9. generell genehmigungspflichtig. Fünf Tage später beschloß sie, bei West-Berlinern nicht mehr die Bundespässe, sondern nur noch die Personalausweise anzuerkennen[64].

Da Adenauer in Italien urlaubte und von Brentano in Südamerika weilte, wurden die Regierungsgeschäfte von Erhard geführt. Trotz des vereinten Drängens der drei westlichen Botschafter in Bonn, dem östlichen Druck mit der Unterbrechung des Interzonenabkommens zu begegnen[65], lehnte das Bundeskabinett ab, Gegenmaßnahmen zu ergreifen[66]. Zwar bewerteten die Minister einen solchen Schritt als einzig wirksame Waffe, befürchteten aber, mit ihr vor allem die Berliner selbst zu treffen. Da die Verbündeten ihrerseits vor einem allgemeinen Embargo zurückschreckten, verweigerte die Bundesregierung die Kündigung des Abkommens, um sie nicht aus der Verantwortung zu entlassen[67]. Damit erregte sie aber sowohl in der Villa La Collina, Adenauers Feriendomizil in Cadenabbia, als auch im Schöneberger Rathaus heftigen Widerspruch. Mit besorgten Briefen verlangten Kanzler und Regierender Bürgermeister Mitte September vom Bundeswirtschaftsminister mehr Härte[68].

Adenauers Drängen auf Unterbrechung des Interzonenhandels resultierte wohl in erster Linie aus Rücksichtnahme auf die Amerikaner. Denn es war nur zu klar, daß man nicht einerseits sich in Washington über die von Paris und London blokkierte Einbeziehung in die Contingency-Planung beschweren konnte[69], andererseits aber an der Spree keine Verantwortung zu übernehmen bereit war. Wie von Brentano auf der Rückreise nach Bonn bei einem Abstecher in Washington von Herter erfuhr, waren die USA für den Fall einer Beeinträchtigung ihrer Rechte handlungsbereit, verlangten aber von der Bundesrepublik die Verhängung von Wirtschaftssanktionen. Von Brentano sagte entsprechende Schritte zu, sofern sie von den Westmächten gedeckt würden und die Partner für den Fall einer Verschärfung der Krise Berlin zur Seite stünden[70].

Mit diesem Versprechen geriet Bonn nun aber auf Kollisionskurs zu Paris, das sich von etwaigen Gegenmaßnahmen im Interzonenhandel nur dann etwas ver-

[63] S. Erklärung der Bundesregierung, 30. 8. 1960, in: ebd., S. 194f.; Stadtkommandanten der Westmächte an sowjetischen Stadtkommandanten, 31. 8. 1960, in: ebd., S. 199f.; Erklärung der Botschafter der drei Westmächte in Bonn, 3. 9. 1960, in: ebd., S. 220f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3675/81, 5. 9. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 277–279.

[64] S. Anordnung des Innenministeriums der DDR, 8. 9. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 229f.; Beschluß des Ministerrates, 13. 9. 1960, in: ebd., S. 267.

[65] Zum Inhalt des am 6. 7. 1951 paraphierten, am 20. 9. 1951 unterzeichneten und am 1. 7. 1951 in Kraft getretenen Interzonenhandelsabkommens über Berlin vgl. AdG 1951, S. 3014K; s.a. Kupper, Handel, S. 13–17.

[66] S. Dowling an Dep. of State, Tel. 357, 2. 9. 1960, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 563; Kohler an Dillon, Memorandum, 14. 9. 1960, Secret, in: ebd., S. 567f.

[67] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 485f. u. 491f.; Kosthorst, Brentano, S. 341f.

[68] S. Adenauer an Erhard, 13. 9. 1960, in: Koerfer, Kampf, S. 488–490; Kosthorst, Brentano, S. 342.

[69] S. Unterredung zwischen Herter und Grewe vom 9. 6. 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 531–534; Unterredung zwischen dens. vom 9. 9. 1960, Secret, in: ebd., S. 564–567; zum Widerstand der Franzosen und Briten gegen die deutsche Beteiligung s. Couve de Murville an Alphand, Tel. 11306/7, 26. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 153; ders. an Debré, Nr. 37/EU, 9. 9. 1960, Tenu secret, in: ebd., S. 303f.

[70] S. Unterredung zwischen Herter und von Brentano vom 18. 9. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 570–575; Kosthorst, Brentano, S. 342f.

sprach, wenn sie in Sanktionen aller freier Staaten eingebettet wären. Da man in der nächsten Zeit keine Verschärfung des Berlin-Konflikts erwartete, schreckte man davor aber zurück, um die Situation nicht unnötig anzuheizen[71]. Adenauer hörte nun aber nicht auf Frankreich, sondern auf die USA und vertrat in Übereinstimmung mit von Brentano die Auffassung, die Bundesrepublik müsse Farbe bekennen. „Wir sollten nicht immer wieder nur sagen: Hannemann geh du voran!", redete er den Parteifreunden des Bundesvorstands nach seiner Rückkehr am 22. 9. ins Gewissen[72].

Des Kanzlers Machtwort wurde aber weder in der Koalition noch in der Opposition uneingeschränkt begrüßt. Im Bundeswirtschaftsministerium, im Gesamtdeutschen Ministerium, aber auch im Auswärtigen Amt bestanden erhebliche Vorbehalte[73]. Die FDP verlangte ein „gemeinsames energisches Vorgehen aller NATO-Staaten", um die gefährliche Lage an der Spree zu beruhigen[74]. Auch Erhard machte etwaige Schritte von einer möglichst breiten Unterstützung durch die Verbündeten abhängig, stieß damit aber in seinen Unterredungen mit den Botschaftern der drei Westmächte meist auf taube Ohren[75]. Allein die Amerikaner gaben sich kämpferisch und versicherten, es sei besser, „to face a crisis now rather than to lose Berlin bit by bit"[76].

Als Adenauer und von Brentano vor dem Hintergrund einer weiteren Verschärfung der Situation durch Chruschtschows berühmt-berüchtigtes Auftreten in der UNO-Vollversammlung und die förmliche sowjetische Rückendeckung für die DDR-Aktionen[77] Ende September tatsächlich zur Aufhebung des Interzonenabkommens bereit waren[78], drängte Macmillan aus Angst vor einer Zuspitzung darauf, diese Absicht nur im Fall weiterer Blockademaßnahmen der DDR umzusetzen[79]. Nur Washington unterstützte den Bonner Schritt und hoffte auf eine Einigung der drei Mächte[80]. Gegen den fortbestehenden Widerstand innerhalb des Bundeskabinetts und der Vorbehalte der Engländer, wohl auch der Franzosen, drückte der Kanzler aber am 30. 9. im Kabinett den Kündigungsbeschluß des In-

[71] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 157–163, Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 17. 9. 1960, St.S. 2732/60, 19. 9. 1960, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 832; Unterredung zwischen Merchant, Hoyer Millar und Lucet vom 21. 9. 1960, SecDel/MC/19, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 578–580.

[72] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 22. 9. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 860; s.a. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3967/72, 21. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 330f.

[73] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 449, Tb. 29. u. 30. 9. 1960; Koerfer, Kampf, S. 507f.; Kosthorst, Brentano, S. 343f.

[74] Entschließung des FDP-Bundesvorstands, 17. 9. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 34.

[75] S. Erhard an Adenauer, 17. 9. 1960, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 492–498.

[76] Unterredung zwischen Kohler und Grewe vom 26. 9. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 586–589, hier S. 588.

[77] S. Rede Chruschtschows vor der UN-Vollversammlung, 23. 9. 1960, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 297f.; Note der Sowjetunion an die Westmächte, 26. 9. 1960, in: ebd., S. 322–324.

[78] S. von Brentano an Adenauer, 28. 9. 1960, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 289; Kosthorst, Brentano, S. 344.

[79] S. Unterredung zwischen Herter und Hoyer Millar vom 29. 9. 1960, SecDel/MC/68, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 591–593.

[80] S. Dillon an Bonn, Tel. 600, 29. 9. 1960, Secret, in: ebd., S. 595f.

terzonenabkommens zum Jahresende durch, dem sich auch die von ihm hinzugezogene SPD-Führung und die Berliner Senatsführung anschlossen[81].

Adenauers Rücksichtnahme auf die Amerikaner läßt sich nur als Reflex auf die „Krise" erklären, in die die deutsch-französischen Beziehungen nach seiner verunglückten Visite in Rambouillet hineingeschlittert waren[82]. Dokumente des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung des Gegenbesuches von Premierminister Debré am 7. und 8. 10. in Bonn geben drastisch zu erkennen, wie tief der Graben zwischen beiden Regierungen war: Nicht nur in der Europa- und NATO-Frage[83], auch in der Ost-West-Problematik waren die Positionen keineswegs identisch. Natürlich trat auch Bonn für Entspannung ein, verlangte aber nach dem Scheitern des Pariser Gipfels und der anschließenden Verschärfung in den internationalen Beziehungen von Moskau nun klare Beiträge zur Beruhigung der Atmosphäre. Ablehnend stand man am Rhein zweiseitigen Gesprächen mit dem Kreml-Führer gegenüber, da die Erfahrung des letzten Jahres gezeigt hatte, daß er sie zur Spaltung des Westens mißbrauchte. „Bedenklich und gefährlich" wirkte der Pariser Vorschlag, die Détente zwischen Ost und West mittels gemeinsamer Entwicklungshilfeprojekte zu festigen. Denn eine derartige Koordinierung gab der Sowjetunion Handhabe zu einer indirekten Steuerung der westlichen Hilfsmaßnahmen[84]. In der Berlin-Frage begrüßte die Bundesregierung zwar die feste Haltung der Franzosen, bemäkelte aber, daß sie nur die Behinderung des Zugangs für die westlichen Truppen, nicht aber für die Deutschen öffentlich anklagten[85]. Ablehnung rief in Bonn auch die Pariser Abrüstungspolitik hervor. Während de Gaulle zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen mit der Beseitigung der Kernwaffenträger beginnen wollte[86], forderte Adenauer angesichts des konventionellen Übergewichts der Sowjetunion einen „kommunizierenden Rhythmus" zwischen der konventionellen und der nuklearen Abrüstung[87].

Nur wenige Wochen nach der Kündigung des Interzonenabkommens sprach sich die Bonner Republik zur Überraschung der Alliierten dafür aus, ein neues Abkommen mit Ost-Berlin auszuhandeln. In Paris stieß diese Absicht verständlicherweise auf großes Wohlwollen[88]. Man versicherte den Deutschen seine Solidarität und forderte die Angelsachsen dazu auf, die Aufhebung des deutsch-deutschen Abkommens nicht zu einem Geschäft mit der DDR auszuschlachten[89].

[81] S. Leopold an Berendt, 30. 9. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 335; Dowling an Dep. of State, Tel. 493, 1. 10. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 598; SPD-Fraktionssitzung vom 4. 10. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 468; Koerfer, Kampf, S. 509; Kosthorst, Brentano, S. 344 f.; Kupper, Handel, S. 26–28.

[82] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77 f., Tb. 24. 9. 1960.

[83] Vgl. Kap. V.2.2 u. V.3.2.

[84] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 261, Reinkemper an Referat 204 im AA, 704–83.00/94.29–1232/60, 28. 9. 1960.

[85] S. ebd., Vermerk des Referats 700 im AA, 700–84.11–94.07, 29. 9. 1960.

[86] Vgl. de Gaulle an Chruschtschow, mitgeteilt in: Couve de Murville an Dejean, Tel. 3049/52, 10. 6. 1960, Très secret, Réservé, Immédiat, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 802 f.; Französische Delegation im NATO-Rat an Couve de Murville, Tel. 373, 13. 7. 1960, Réservé, in: ebd., Bd. 2, S. 79–82; de Gaulle an Chruschtschow, 30. 6. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 371–373.

[87] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 261, Vermerk des Referats 302 im AA, 302–82–01/1920/60, 29. 9. 1960.

[88] S. Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 30. 11. 1960, in: BDFD I, S. 769.

[89] S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 170, Bl. 327–330, Aufzeichnung ders., 27. 10. 1960; Herter an Bonn, Tel. 796, 29. 10. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 613–616; PA,

Der Grund für Adenauers Meinungsumschwung lag gewiß weniger im Drängen des Gesamtdeutschen Ausschusses[90] als vielmehr in seiner veränderten außenpolitischen Lagebeurteilung. Die „unqualifizierten Angriffe" Chruschtschows[91] während seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 23. 9., als er den Forderungen nach Umstrukturierung der UNO dadurch Nachdruck verlieh, daß er mit seinem Schuh auf das Rednerpult schlug[92], und die ständigen Bemühungen Ost-Berlins, Berlin abzuschnüren[93], zeigten dem Kanzler deutlich, daß man sich „wieder inmitten des verschärften kalten Krieges" befand[94]. Washington warnte vor dem Trugschluß, die Sowjets wünschten keine Krise um Berlin[95]. Und auch in Paris herrschte eine pessimistische Einschätzung der Weltlage[96]. Für Adenauer bot diese Übereinstimmung im Befund aber keinen Anlaß zur Beruhigung. Denn die Staaten, so meinte er dieser Tage voll Sorge im vertrauten Teegespräch, dächten doch nur an die eigenen Interessen. „Was", fügte er sarkastisch hinzu, „unser gutes deutsche Volk hat: daß wir so unendlich ‚beliebt' sind in der Welt. Wir sind so beliebt, daß sie uns am liebsten fressen möchten."[97]

Auf „neuen Wegen der gegenwärtigen Erstarrung der Fronten" entgegenwirken

Die Egoismen in der westlichen Allianz, die Dissonanzen im deutsch-französischen Verhältnis, die Präsidentschaftswahlen in den USA Anfang November, das Ende der Moskauer Schonfrist für Berlin und die Propagandakampagne der Sowjets gegen die Deutschen erweckten in Adenauer das Gefühl „of current isolation of Germany"[98]. Aus Angst vor einer „von den Sowjets forcierten Zuspitzung der Lage und einer schweren Krise in und um Berlin" suchte er die Nähe zu Paris[99] und setzte auf Entspannung mit Moskau. Mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen über eine Verlängerung des auslaufenden deutsch-sowjetischen Handelsvertrags von 1958 verlangte der Kanzler Mitte Oktober im Kabinett eine konstruktive Gesprächsführung[100]. Wenige Tage später bat er Chruschtschow schriftlich um die Fortführung der Repatriierung[101] und stieß damit durchaus auf ein nicht ungefährliches Wohlwollen. Der Ministerratsvorsitzende verband sein

Ref. 700, Bd. 1680, Unterredung zwischen van Scherpenberg und Seydoux vom 17. 11. 1960, St.S. 1293/60.

[90] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 511.

[91] Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 836–839, hier S. 837.

[92] S. Rede Chruschtschows vor der UN-Vollversammlung, 23. 9. 1960, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 297f.; AdG 1960, S. 8652–8662.

[93] Zu den Maßnahmen der DDR-Regierung gegen den Viermächtestatus Berlins im September 1960 s. ebd., S. 8605A, 8622A, 8628B, 8633B, 8636B u. 8650G.

[94] Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 837.

[95] S. Herter an Bonn, Tel. 665, 10. 10. 1960, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 606–609.

[96] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 31. 10. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 549–557; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 188, Bl. 279–281, MAE an Bonn etc., Tel. 6054/69 etc., 5. 11. 1960.

[97] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 312, Kanzler-Tee, 27. 10. 1960.

[98] Dowling an Dep. of State, Tel. 690, 9. 11. 1960, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 620–622, hier S. 621.

[99] Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 837.

[100] Zu den am 17. 10. 1960 begonnenen Handelsvertragsverhandlungen vgl. Stent, Wandel, S. 78–84; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 346f.

[101] S. Adenauer an Chruschtschow, 18. 10. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 428f.

Placet zur Repatriierung und die Offerte direkter Verhandlungen über Deutschland und Berlin nämlich mit demonstrativen Freundschaftsgesten für den Kanzler und das deutsche Volk sowie mit der bedrohlichen Forderung nach einer Lösung der Berlinkrise bis April 1961[102].

Adenauer verlangte nach diesem süß-sauren Verständigungsangebot sofort, es müsse alles getan werden, um mit Moskau in einen „besseren Gesprächston reinzukommen"[103]. Dabei ging es ihm wohl weniger um eine echte Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen als darum, Moskau möglichst lange von Berlin abzulenken, „bis hier im Westen wieder alles einigermaßen in Ordnung ist"[104]. Als Kroll am 8. 11. meldete, Chruschtschow sei bei einem Empfang mit Nachdruck auf das Angebot des Kanzlers zurückgekommen[105], forcierte Adenauer seine Avancen. Nur einen Tag später beschloß das Bundeskabinett die Einleitung neuer Verhandlungen mit Ost-Berlin über ein Interzonenhandelsabkommen. Auf die von Brentano noch wenige Tage zuvor zur Grundbedingung erhobene vorherige Aufhebung der DDR-Schikanen wurde verzichtet[106]. „Flexibel" sollten sie vorgehen, schrieb der Kanzler seinen Unterhändlern ins Stammbuch. „Mit starren Vorbedingungen kommen wir nicht weiter."[107]

Die Furcht vor einer Katastrophe in Berlin ließ ihn jetzt sogar den im Juni im Panzerschrank eingeschlossenen Plan einer Neutralisierung der DDR und Berlins neu überdenken[108]. Der „gegenwärtige[n] Erstarrung der Fronten" in der Deutschlandpolitik, so erklärte er Blankenhorn Anfang November, müsse auf „neue[n] Wege[n]" entgegengewirkt werden. Als das „Entscheidende" galt ihm „eine Verbesserung des Loses der Menschen in der Ostzone". Um sie zu erreichen, war er bereit, die Neutralisierung der DDR für einen Zeitraum von zehn Jahren hinzunehmen. Danach sollte eine Volksabstimmung über ihr endgültiges Schicksal entscheiden[109].

Während von Brentano in Übereinstimmung mit Herter in den Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion eher hinhaltend zu agieren beabsichtigte und vor allem an die Einfügung einer Berlinklausel dachte[110], verlangte Adenauer eine „sehr honorige" Verhandlungsführung[111]. Selbst der Gedanke einer Einladung Chruschtschows ging ihm jetzt durch den Kopf. Hatte er sie Ende Oktober

[102] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 466 f.; Kosthorst, Brentano, S. 347.
[103] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 336, Kanzler-Tee, 2. 11. 1960.
[104] Ebd., S. 352, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960.
[105] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 469 f.
[106] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 31. 10. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 551 f.; AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 188, Bl. 279–281, MAE an Bonn etc., Tel. 6054/69 etc., 5. 11. 1960; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 346, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960; PA, Ref. 700, Bd. 1680, Unterredung zwischen van Scherpenberg und Seydoux vom 17. 11. 1960, St.S. 1293/60; Koerfer, Kampf, S. 511. Offiziell wurde die Entscheidung des Kabinetts auf den 30. 11. datiert (Bulletin 1960, S. 2194).
[107] Bericht über ein Interview Adenauers mit „Neue Rhein-Zeitung", 12. 11. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 487.
[108] S. „Globke-Plan zur Wiedervereinigung", 17. 11. 1960, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III, S. 202–209.
[109] BA, NL Blankenhorn, Bd. 105, Bl. 184–186, Tb. 11. 11. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 766 f., hier S. 767.
[110] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 349; Herter an Bonn, Tel. 796, 29. 10. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 613–616.
[111] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 311, Kanzler-Tee, 27. 10. 1960.

aus Rücksicht auf die mißtrauischen Verbündeten noch ausgeschlossen[112], antwortete er Mitte November in einem vielbeachteten Interview auf eine Frage nach etwaigen Reiseplänen nach Moskau sibyllinisch, „jetzt wäre es an Herrn Chruschtschow, mal nach Bonn zu kommen"[113]. Sein Außenminister reagierte entsetzt. Anfang des Monats hatte er amerikanischen Diplomaten gegenüber eine neue Ostpolitik energisch verworfen. Krolls Berichte boten keinerlei Hinweis auf eine Verbesserung der Lage[114]. Das Pressegespräch Adenauers mußte von Brentano jetzt wie einen Lügner erscheinen lassen. Um dem am Potomac entstehenden Eindruck entgegenzutreten, am Rhein bahne sich ein Kurswechsel an, bat er ihn sofort um die Ermächtigung, Gerüchte über bilaterale Deutschland- oder Berlinverhandlungen mit Moskau dementieren zu dürfen[115].

Des Kanzlers Interview hatte freilich nicht nur in Washington, sondern auch in Paris für Unruhe gesorgt und die Regierung veranlaßt, in „sehr vorsichtiger Weise" in Bonn zu sondieren, ob eine „Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion" bevorstehe[116]. Adenauer sah sich nun vollends gezwungen zurückzusteuern. Am 15. 11. beteuerte er im Kabinett, er plane keine Wende, sondern nur eine Klimaverbesserung im Verhältnis zu Moskau, um die Berlin-Frage aus der Schußlinie zu halten, bis die neue amerikanische Administration im Amt sei[117]. Noch am selben Tag erteilte er den Spekulationen über eine Einladung des Kreml-Chefs beim Tee mit Journalisten eine klare Absage: „Natürlich gar kein Denken daran, meine Herren!"[118] Als bekannt wurde, daß er über Kroll direkten Kontakt mit Chruschtschow aufgenommen hatte, ließ Adenauer sogar die Gesprächsprotokolle im Quai d'Orsay überreichen. Die erhoffte Beschwichtigung blieb nicht aus. Paris war überzeugt, daß der Kanzler kein neues „Rapallo" anstrebte, sondern den Sowjets deshalb schöne Augen machte, weil er seine eigene Initiative in der Frage der Repatriierung nicht diskreditieren und sich nicht des Vorwurfs des Kalten Kriegers aussetzen wolle. „Dans ses rapports avec Moscou comme avec Ost-Berlin, le Gouvernement de Bonn ne semble donc pas s'écarter de sa politique traditionelle."[119]

Diese Sichtweise bestätigte sich dann auch in den Verhandlungen über das deutsch-sowjetische Handelsabkommen. Obwohl der Sekt zum feierlichen Akt der Vertragsunterzeichnung am 12. 12. bereits kaltgestellt war[120], ließ Bonn auf-

[112] S. ebd., S. 310.
[113] Bericht über ein Interview Adenauers mit „Neue Rhein-Zeitung", 12. 11. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 487; s.a. Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 297.
[114] S. Unterredung zwischen Dowling und von Brentano vom 4. 11. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 617–620; Kosthorst, Brentano, S. 349.
[115] S. von Brentano an Adenauer, 16. 11. 1960, in: Baring, Bundeskanzler, S. 300–302; Kosthorst, Brentano, S. 350. Dowling hielt einen „deal" zwischen Deutschen und Sowjets während der Amtszeit Adenauers für ausgeschlossen (Dowling an Dep. of State, Tel. 690, 9. 11. 1960, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 621).
[116] PA, Ref. 700, Bd. 1680, Unterredung zwischen van Scherpenberg und Seydoux vom 17. 11. 1960, St.S. 1293/60, 17. 11. 1960.
[117] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 350.
[118] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 374, Kanzler-Tee, 15. 11. 1960.
[119] Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 30. 11. 1960, in: BDFD I, S. 768f., hier S. 769; s.a. Dejean an Couve de Murville, Tel. 4739/52, 19. 11. 1960, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 606–609.
[120] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 471.

grund innenpolitischer Zwänge den anberaumten Termin platzen, weil sich Moskau weigerte, die Anwendung des Vertrags auf Berlin zuzusichern[121]. Auf Anraten von Globke und Krone setzte sich Adenauer dann aber über die Besorgnisse von Brentanos hinweg. Nach einer Unterredung zwischen ihm und Smirnow einigten sich Bonn und Moskau schließlich noch vor dem Jahreswechsel auf den definitiven Anwendungsbereich des Vertrags[122]. Gleichzeitig vereinbarten Unterhändler aus Bonn und Ost-Berlin, das Interzonenabkommen zum Jahresbeginn wieder in Kraft treten zu lassen. Die Restriktionen waren damit nicht beseitigt. Die Bundesregierung begnügte sich lediglich mit einer Widerrufsklausel für den Fall neuer Behinderungen im Berlinverkehr[123].

Spagatpolitik in Algerien

Parallel zu seinen Avancen nach Moskau suchte Adenauer auch den Kontakt zu Paris. Als Anknüpfungspunkt diente ihm die Algerienfrage. Im Bewußtsein der eigenen Bündnisverpflichtungen und der Abhängigkeit vom französischen Wohlwollen in der Berlin- und Deutschlandfrage sah sich die Bundesregierung zu „Rücksicht und Verständnis" gegenüber Frankreich genötigt. Eine Option zugunsten des Nachbarn gegen die arabische Welt kam aber nicht in Frage. Bonn sah seine Aufgabe vielmehr in der Vermittlung zwischen den streitenden Parteien[124] und erweckte damit den Eindruck einer „pragmatischen Spagat-Politik". Bemühungen von seiten des Auswärtigen Amtes um eine allmähliche „Umakzentuierung" in Richtung auf eine Politik der Äquidistanz[125], die sich auch in einer engeren Fühlungnahme zwischen einigen Beamten und pro-algerischen SPD-Politikern wie Hans-Jürgen Wischnewski niederschlug[126], blieben vorerst noch im Ansatz stecken[127].

Die „Woche der Barrikaden" Ende Januar 1960 und die Entlassung der schwarzafrikanischen Staaten in die Unabhängigkeit in der ersten Jahreshälfte hatten bei de Gaulle offenbar den Entschluß reifen lassen, von seinem ursprünglichen Plan einer engen Assoziation zwischen Algerien und Frankreich Abstand zu nehmen. Statt dessen willigte er in Verhandlungen mit FLN-Emissären auf französischem Boden ein[128]. Der General verfolgte nun die Taktik, die Öffentlichkeit durch die Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes an die Algerier von seinen liberalen Absichten zu überzeugen. Er spekulierte offenbar darauf, daß dem Waffenstillstand eine längere Periode politisch-psychologischer Befriedung und wirtschaftlich-sozialer Aufbauarbeit folgen müßte, in der der Glanz der Unabhängigkeit verblassen und eine enge Verbindung mit Frankreich möglichst im Rahmen

[121] S. Baring, Bundeskanzler, S. 290f.; Kosthorst, Brentano, S. 350f.
[122] S. von Brentano an Adenauer, 21. 12. 1960, in: Baring, Bundeskanzler, S. 292–296; van Scherpenberg an von Brentano, 23. 12. 1960, in: ebd., S. 297f.; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 461, Tb. 23. 12. 1960; Kosthorst, Brentano, S. 352f.; Stent, Wandel, S. 78–82.
[123] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 462, Tb. 30. 12. 1960; Kupper, Handel, S. 28–34.
[124] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Aufzeichnung des AA, 10. 8. 1960.
[125] Müller, Algerienkrieg, S. 637.
[126] S. von Nostitz, Tagebuch, S. 195f., Tb. 24. 8. 1962; Leggewie, Kofferträger, S. 145–162; Wischnewski, Leidenschaft, S. 105–123.
[127] Vgl. Lappenküper, Adenauer, de Gaulle, S. 610–614.
[128] Vgl. Winock, De Gaulle, S. 75; Vaïsse, Poids de la guerre, S. 118.

einer maghrebischen Föderation sich dem algerischen Volk als vernünftigste Lösung aufdrängen würde. Je länger die im Juni in Melun eröffneten Verhandlungen dauerten, desto schwächer wurde de Gaulles Position innenpolitisch wie international. Die auf eine Lösung des Problems hoffenden Kräfte des Mutterlandes mahnten zur Eile. Die sozialen Härten und „außenpolitischen ‚Spleens'" in der Europa- und Nato-Politik des Generals sowie die institutionellen Schwächen des Regimes wurden „lediglich ertragen", weil die Mehrheit der Nation nur von ihm eine „Liquidierung des algerischen Abszesses erwartet, die die wesentlichen Interessen Frankreichs rettet"[129].

Am Ende scheiterten die Gespräche an der ungeklärten Frage des FLN, wer nach der Waffenniederlegung einen authentischen Volksentscheid garantiere, sowie an dem Bemühen de Gaulles, das Selbstbestimmungsrecht der Algerier auf eine Weise zu handhaben, die das Verbleiben bei Frankreich verbürgte[130]. Damit zog er sich nicht nur die Kritik der Algerier zu, für die dies einem brutalen Diktat gleichkam[131]. Er geriet auch innenpolitisch weiter unter Druck. Den Linkskräften kam der General dem FLN nicht weit genug entgegen; der Rechten ging er viel zu weit, so daß sich innenpolitisch ein „Zweifrontenkrieg" de Gaulles gegen links und rechts entwickelte. Da sich beide Seiten aber nur in ihrer Front gegen den Staatschef einig waren, vermochte er seine bisher unerschütterte Schiedsrichterposition zu halten[132].

Die Bundesregierung hatte die Entwicklung zunächst mit Sympathie und vorsichtigem Optimismus begleitet. Dann aber wich die Hoffnung „erhöhter Besorgnis" und schlug in Ungeduld um. Die Botschaft in Paris drängte, de Gaulles Forderung, den Algerienkonflikt als rein innerfranzösische Angelegenheit zu begreifen, nicht mehr hinzunehmen[133]. Gewiß, sein Konzept eines selbständigen Algeriens in enger freundschaftlicher Verbindung zu Frankreich wurde weiterhin als alternativlos bewertet, da alle übrigen algerischen Lösungsmodelle für Frankreich wie für Europa verhängnisvoll wirkten[134]. Man warf dem General aber vor, den Aufständischen gegenüber „auf viel zu hohem Roß" zu sitzen und mit „Eigenwilligkeit und Überheblichkeit" zu glauben, sie mit ein paar Handbewegungen zufriedenstellen zu können[135]. Bonn wünschte dringend rasche Fortschritte in Richtung auf einen dauerhaften Frieden, weil die Fortsetzung des Krieges die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit vergiftete, große Teil der französischen Armee band, sie in ihrer Ausbildung für die moderne Kriegführung zurückwarf, Frankreich vor der Weltöffentlichkeit auf die Anklagebank setzte und die Solidarität der NATO gefährdete. Mit den im Herbst gestarteten Hilfsgesuchen des FLN in der Sowjetunion und in China sowie den Bitten des GPRA an Tunesien und Marokko

[129] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Kutscher an AA, Pol. 204–81.21 4030/60, 29. 8. 1960; s.a. ebd., Abt. 2 im AA, „Das Algerienproblem", o.D.
[130] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 107–110; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 255f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 122–128.
[131] Vgl. Kaddache, De Gaulle, S. 102f.; Malek, De Gaulle, S. 86f.
[132] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Jansen an AA, Pol. 204–81.10 4338/60, 27. 9. 1960.
[133] Ebd., Kutscher an dass., Pol. 204–81.21 4030/60, 29. 8. 1960.
[134] Ebd., Jansen an dass., Pol. 204–81.10 4338/60, 27. 9. 1960.
[135] BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 40, Tb. 25. 10. 1960.

zur Durchlassung von Kriegsmaterial schien der Konflikt eine neue Dimension zu bekommen[136].

Adenauer blieb dennoch bei seiner dezidiert profranzösischen Position. Als Moskau Anfang Oktober mit der Anerkennung des FLN drohte[137] und seine Angriffe gegen die Bonner Algerienpolitik ausweitete, nahm er sogar die von der Opposition sofort monierte Tatsache eines schwindenden Ansehens im Ausland in Kauf[138]. „Behandeln Sie den Herrn de Gaulle gnädig!", instruierte er die Presse in Bonn aus Angst, daß Moskau versucht sein könnte, als Preis für die Nichtanerkennung des GPRA von Paris ein Abrücken von Bonn zu verlangen[139].

Adenauer bekam wieder ein wenig Oberwasser, als de Gaulle auf die verschärften militärischen Auseinandersetzungen am 4. 11. mit einem nie zuvor gewagten Plädoyer für ein algerisches Algerien in enger Verbindung zu Frankreich reagierte. Einzige Bedingung für die Fortsetzung der Verhandlungen mit dem FLN war die Einstellung der Kampfhandlungen. Der wachsenden inneren Opposition von rechts und links begegnete er mit der Drohung der Parlamentsauflösung oder eines Referendums[140]. Den Ministern des Kabinetts Debré empfahl er in Einzelaudienzen die Demission, sofern sie ihm auf dem Weg nicht folgen könnten. Selbst ein so scharfer Kritiker wie Blankenhorn zeigte sich beeindruckt. Der General hatte offenbar einen Ausweg aus der „algerischen Sackgasse" gefunden und die Politik der Algérie française endgültig vom Tisch genommen. Nicht aufgegeben hatte er freilich die Forderung, die politischen Verhandlungen erst nach dem Ende der Kampfhandlungen aufzunehmen. Außerdem hielt er daran fest, den FLN nicht als alleinige algerische Volksvertretung zu akzeptieren. Immerhin bot er aber erstmals eine vorübergehende einseitige Waffenruhe an. Ein Überschreiten dieser Grenze bedeutete auch in den Augen Blankenhorns vorläufig eine französische Niederlage[141]. Obwohl er die Gefahr der Militärdiktatur in Frankreich noch nicht ausgeräumt sah[142], erwartete der deutsche Botschafter vom französischen Präsidenten nun ein aktiveres Vorgehen mit dem Ziel einer République algérienne in Anlehnung an Frankreich[143]. Auch im Auswärtigen Amt regte sich neue Hoffnung. Um die Gunst der Stunde zu nutzen, empfahlen einige Beamte, de Gaulle über Adenauer die „tiefe Sorge" über die Lage in Nordafrika zum Ausdruck zu bringen und eine Internationalisierung des Problems anzuraten[144]. Der Kanzler ging darauf jedoch nicht ein[145].

[136] Vgl. ebd., Bd. 105, Bl. 197f., Tb. 4. 11. 1960.
[137] S. Interview Chruschtschows, 7. 10. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 397–399.
[138] Vgl. Bericht Schmids in der SPD-Fraktionssitzung vom 18. 10. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 474.
[139] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 326, Kanzler-Tee, 2. 11. 1960.
[140] S. Radioansprache de Gaulles, 4. 11. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 256–262; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Jansen an von Brentano, Aufzeichnung 204–83.00/94.07, 7. 11. 1960; von Nostitz, Tagebuch, S. 26f., Tb. 5. 11. 1960; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 260; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 131–134.
[141] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Blankenhorn an AA, Pol. 204–81.21 4979/60, 23. 11. 1960.
[142] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 105, Bl. 197f., Tb. 4. 11. 1960.
[143] S. ebd., Bl. 184–186, Tb. 11. 11. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 766f.
[144] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Aufzeichnung des AA, 204–83.00/94.07, 10. 11. 1960, Entwurf.
[145] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 348f., Kanzler-Tee, 10. 11. 1960.

Wenige Tage später billigte der französische Ministerrat die Entscheidung des Präsidenten, Anfang Januar ein Referendum abzuhalten, mit dem das französische Volk über die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts entscheiden sollte[146]. „Es wird also ernst!", notierte der deutsche Generalkonsul in Algier in seinem Tagebuch. „Die Weltgeschichte ist in Bewegung geraten." Der alte Stufenplan der Franzosen, erst die Beendigung der Kämpfe, dann eine längere Pause der Abkühlung und erst dann die Selbstbestimmung, war dahin[147]. Spannung und Unruhe lagen in der Luft. Am 3. 12. entzog de Gaulle dem als Hardliner geltenden Debré alle bisherigen Kompetenzen in den algerischen Angelegenheiten und legte per Dekret die Zuständigkeit für den neu ernannten Staatsminister Louis Joxe fest[148]. In der Presse häuften sich Komplottgerüchte; mehr denn je beruhte die französische Politik auf „zwei Augen"[149].

Als de Gaulle Anfang Dezember mit sehr freundlichen Genesungswünschen auf einen Brief Adenauers reagierte, in dem der Kanzler ihm aus Krankheitsgründen eine Absage für die geplante Regierungskonferenz am 5. 12. erteilt hatte[150], regten einige seiner Berater an, in einer wohlwollenden Replik seine Anteilnahme an der Entwicklung zu bekunden[151]. Der General brauchte sie um so dringender, als die Lage sich vehement zuspitzte.

Trotz der blutigen Zusammenstöße in algerischen Städten vom 8. bis 11. 12.[152] hielt de Gaulle mit seiner Fernseh- und Rundfunkansprache vom 20. 12. an dem Konzept der „Algérie algérienne" fest und ließ sich auch nicht vom Plan des Referendums abbringen. Entgegen anderslautenden Erklärungen blieb die Rede aber hinter der Erwartung zurück, der General könne sich durch die Volksabstimmung eine Vollmacht für Verhandlungen mit dem FLN geben lassen. Das Gesprächsangebot vom 4. 11. blieb allerdings bestehen, wurde sogar dadurch aufgewertet, daß der Befreiungsfront eine besondere Führungsrolle unter den algerischen Gruppen zuerkannt wurde[153]. Wie Couve de Murville wenige Tag später Blankenhorn darlegte, benötigte die Regierung das Plazet der Franzosen für die Unabhängigkeit Algeriens und hoffte, ohne die Aussichten dafür besonders hoch anzusetzen, anschließend zu Verhandlungen mit dem FLN zu gelangen[154].

Obwohl die Bundesregierung diese Politik begrüßte, hielt sie sich mit ostentativer Anteilnahme zurück. Das Aufbringen zahlreicher deutscher Handelsschiffe

[146] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 112f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 134f.

[147] Von Nostitz, Tagebuch, S. 30, Tb. 23. 11. 1960.

[148] S. de Gaulle an Debré, 22. 11. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 412; Aufzeichnung dess., 3. 12. 1960, in: ebd., S. 414f.; ders. an Debré, Instruktion, 5. 12. 1960, in: ebd., S. 418–420; vgl. Lacouture, De Gaulle,Bd. 3, S. 134–141.

[149] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1179, 6. 12. 1960, Verschlüsselt.

[150] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 2. 12. 1960; de Gaulle an Adenauer, Tel., 3. 12. 1960 (Übersetzung), in: Bulletin 1960, S. 2202.

[151] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an von Brentano, Aufzeichnung 2-204-82.80/94.07, 5. 12. 1960.

[152] Vgl. von Nostitz, Tagebuch, S. 35–41, Tb. 8., 9., 10., 11. u. 13. 12. 1960; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 262f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 137–141.

[153] S. Fernseh- und Rundfunkansprache de Gaulles, 20. 12. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 262–266; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 273, Knoke an AA, FS Nr. 1230, 21. 12. 1960, Verschlüsselt, Citissime.

[154] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 109, Bl. 182–185, Unterredung zwischen Blankenhorn und Couve de Murville vom 3. 1. 1961.

durch die französische Kriegsmarine in diesen Wochen zwang sie vielmehr zu wiederholten Protestdémarchen, deren Wirkung durch etwaige Sympathiebekundungen natürlich gewissermaßen ad absurdum geführt worden wäre[155]. Als „besonders schwerwiegend" galt das Kapern der „Morsum", weil der Dampfer die nordafrikanische Küste bei seiner Fahrt von Griechenland nach Deutschland gar nicht berührt hatte. Als Paris die Freigabe der geladenen Waffen von einem Nachweis des Adressaten abhängig machte, legte Bonn „formellen Protest" ein und warnte vor einer Belastung der beiderseitigen Beziehungen, gab aber offiziös zu, daß die Ladung für die Bundeswehr bestimmt sei[156]. Nach zwei Wiederholungsfällen sah sich von Brentano gezwungen, persönlich bei Seydoux Beschwerde einzulegen[157].

Für die Bundesregierung waren die Aktionen der Franzosen um so inakzeptabler, als sie offensichtlich mit zweierlei Maß hantierten und Schiffe anderer Staaten nicht in gleicher Weise behandelten, sowjetische gar stets passieren ließen[158]. Proteste, parlamentarische Anfragen und die demonstrative Absage eines Besuchs französischer Kriegsschiffe durch den Hamburger Senat waren die Folge[159]. Da die Bundesregierung im Fall der im September 1960 aufgebrachten „Las Palmas" nun aber zugeben mußte, daß tatsächlich Waffen an Bord gewesen seien[160], erklärte sie sich am 14. 12. im Bundestag bereit, die illegale Ausfuhr oder den unerlaubten Transport von Waffen aus Deutschland oder mit deutschen Schiffen gemeinsam mit Frankreich zu unterbinden. Dazu bedurfte es aber der Verabschiedung der seit langem im Parlament vorliegenden Entwürfe des Außenwirtschafts- und des Kriegswaffengesetzes[161]. Paris ließ sich damit nicht abspeisen und stoppte kurz darauf erneut einen deutschen Frachter. Bonns Einspruch kam prompt und scharf[162]. Als Seydoux am 23. 12. im Auswärtigen Amt ein prinzipielles Kontrollrecht für Schiffe mit Zielhäfen in Marokko oder Tunesien forderte, blieb Carstens die Antwort schuldig[163].

Stärkere Geschütze konnte die Bundesregierung um so weniger auffahren, als die Volksabstimmung vom 6. bis 8. 1. 1961 über die Selbstbestimmung der algerischen Bevölkerung de Gaulle „ein überwältigendes Plazet" brachte. Im Mutterland votierten 56,1% der Wahlberechtigten mit Ja, in Algerien waren es 39,6%. Die Franzosen waren es offensichtlich satt, daß ihre Söhne für die Pieds Noir die Kastanien aus dem Feuer holten[164]. De Gaulle hatte sein taktisches Hauptziel er-

[155] S. AdG 1960, S. 8631E, 8808C, 8832E.
[156] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Paris, Tel. AZ 2-204, 7. 12. 1960.
[157] Vgl. AdG 1960, S. 8808C.
[158] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Staatssekretär, Aufzeichnung 2-204-82.00/94.07, 20. 12. 1960.
[159] S. Bundestagsdebatten, 7. u. 14. 12. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 47, S. 7617 u. 7753-7755; Scheffler, SPD, S. 66.
[160] S. AdG 1960, S. 8631E u. 8808C; Bundestagserklärung von Brentanos, 7. 12. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 47, S. 7617.
[161] S. Bundestagserklärung von Carstens, 14. 12. 1960, in: ebd., S. 7753f.
[162] Vgl. AdG 1960, S. 8832E.
[163] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Referat 204 im AA, Aufzeichnung 2-204-82.00/94.07, 23. 12. 1960.
[164] Von Nostitz, Tagebuch, S. 42, Tb. 14. 1. 1961; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, ders. an AA, Chi-Brief Pol 204-81, 13. 1. 1961.

reicht: Die große Mehrheit seiner Landsleute gab ihm „innenpolitisch freie Hand" für die Fortführung seiner Algerienpolitik[165].

Freilich standen ihm die wirklichen Schwierigkeiten erst noch bevor. Der FLN war mittlerweile durch die Unterstützung Chinas, der Sowjetunion und Ägyptens erheblich gestärkt, und es fragte sich, ob er im Bewußtsein seiner Macht die geschockten Ultrarechten in Frankreich zur Gegenwehr provozieren würde. Jene deutschen Diplomaten, die wie Blankenhorn zu direkten Kontakten zwischen Paris und dem GPRA drängten, befürchteten nun, de Gaulle werde gemäß dem zweiten Teil des Referendums neue Organe in Algerien einführen und damit den Weg zu Verhandlungen erschweren. Aus Sorge um eine weitere Schwächung Frankreichs durch den Krieg und um eine Internationalisierung des Konflikts ermahnte er die Bundesregierung, nicht desinteressiert abseits zu stehen[166].

Der Kanzler aber wollte davon weiterhin nichts wissen. Nachdem der Conseil des Ministres am 18. 1. mit einem sehr vorsichtig abgefaßten Kommuniqué seine Absicht zu Verhandlungen mit dem FLN signalisiert hatte[167], gab Adenauer die Devise aus, es sei nun „Zurückhaltung" angesagt, um de Gaulle bloß keine Schwierigkeiten zu bereiten[168]. Des Generals Empfindlichkeit gerade in dieser Angelegenheit erlaubte ihm seines Erachtens keine Einmischung. Verschnupft hatte die französische Öffentlichkeit in den letzten Tagen darauf reagiert, daß deutsche Kommentatoren sich kritisch mit „zweitrangigen Fragen" der beiderseitigen Beziehungen wie der Schiffsbeschlagnahmung beschäftigten, dagegen das wesentlich wichtigere Faktum des festen französischen Willens zur Behauptung des freien West-Berlins oder die französische Nichtanerkennung der DDR als etwas Selbstverständliches hinnahmen[169]. Unschwer konnte er der Kritik entnehmen, daß die französische Deutschlandpolitik durchaus nicht unumkehrbar war und ihr Wert nicht unterschätzt werden durfte.

„Krieg – nein. Wachsende Spannungen – wahrscheinlich."

Die Rücksicht auf Frankreich war für Adenauer um so notwendiger, als eine außenpolitische Bestandsaufnahme zum Jahreswechsel kaum Anlaß zum Optimismus bot. Trotz der erfolgreich abgeschlossenen Handelsabkommen mit Moskau und Ost-Berlin trat keine Verbesserung der Lage an der Spree ein. Der wachsende Flüchtlingsstrom aus dem Ostteil Deutschlands, in seiner Breite bisher nur in den Krisenjahren 1953 und 1956 überschritten worden, mußte höchst bedenklich stimmen[170]. „Krieg – nein. Wachsende Spannungen – wahrscheinlich", auf diesen knappen Nenner brachte Krone die Neujahrsperspektive[171]. Ohne Beschönigung

[165] Ebd., Jansen an von Brentano, Aufzeichnung 204-5-83.00/94.07/60/61, 19. 1. 1961; s.a. ebd., Blankenhorn an AA, FS Nr. 23, 9. 1. 1961, Verschlüsselt, Citissime.

[166] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 396, Tb. 8. 1. 1961; ebd, S. 397f., Tb. 9. 1. 1961.

[167] S. Kommuniqué des Conseil des Ministres, 18. 1. 1961, in: AdG 1961, S. 8870A; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Blankenhorn an AA, FS Nr. 62, 19. 1. 1961, Verschlüsselt.

[168] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 430, Kanzler-Tee, 25. 1. 1961, Streng vertraulich.

[169] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, von Nostitz an AA, Chi-Brief Pol. 204–81, 13. 1. 1961.

[170] S. Lightner an Dep. of State, Tel. 395, 9. 1. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 1–3; vgl. die Zahlenangaben in: Rühle/Holzweißig, 13. August, S. 154f.; zur Fluchtbewegung aus der SBZ/DDR der Jahre 1945 bis 1961 grundlegend: Heidemeyer, Flucht.

[171] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 465, Tb. 1. 1. 1961.

gestand von Brentano am 3. 1. in einer Rundfunkansprache ein, wie sehr das Schicksal der Deutschen in den Händen der Verbündeten lag[172].

Auch in Paris sah man in den Ost-West-Beziehungen schwere Krisen voraus: „Les perspectives d'une détente réelle sont plus minces que jamais."[173] Anläßlich ihrer schon traditionellen Prüfung der sowjetischen Politik waren Vertreter der vier westlichen Außenministerien kurz vor dem NATO-Ministerratstreffen Mitte Dezember zu dem Ergebnis gekommen, daß die baldige Rückkehr zum abgebrochenen Ost-West-Dialog möglich, echtes Entgegenkommen der Sowjets aber wenig wahrscheinlich sei. In bezug auf Berlin wiesen die Beamten aus Bonn und Paris, Laloy und Northe, dem Kreml einvernehmlich die Absicht zu, das Vertrauen der Deutschen in die Verbündeten zu zerstören. Charles Bohlen vom State Department hingegen erklärte den Druck auf Berlin durch den Wunsch der Sowjets, „de boucher une fissure dans le mur de la DDR". Anders als ihr britischer Kollege lehnten alle drei begrenzte Verhandlungen über Deutschland und Berlin als zu gefährlich ab und sprachen sich dafür aus, sie auf die Abrüstung auszudehnen[174].

Mit der Wahl John F. Kennedys am 8. 11. 1960 und seiner Inauguration am 20. 1. 1961 wurden die Karten in der internationalen Politik neu gemischt. Die Reaktionen der Regierungen in Bonn wie in Paris fielen nicht eben begeistert aus[175]. Couve de Murville erwartete schon bald einen zweiseitigen Dialog zwischen Kennedy und Chruschtschow und sah „große Vorsicht" geboten. Einigen neuen Gesichtern in der amerikanischen Administration wie Stevenson und Chester Bowles brachte er deutliche Reserve entgegen[176]. Auch de Gaulle gefielen die vielen *„prima donna* masculines" in Kennedys Umgebung nicht. Adenauer bedrückte die Lage in der Welt so sehr, daß er dem General am 9. 2. im Vieraugengespräch ausdrücklich seine Hoffnung auf ein baldiges Ende des Algerienkonflikts aussprach, damit de Gaulle mehr Handlungsfreiheit gewänne[177].

Da Kennedy und sein Außenminister Rusk in ihren ersten öffentlichen Äußerungen die Deutschland- und Berlin-Frage bewußt ausklammerten[178], schürten sie noch das Bonner Unbehagen. Auch von Brentano gegenüber, der ihnen am 16. und 17. 2. seine Aufwartung machte, hielten sie sich diesbezüglich bedeckt und zogen es vor, die Position des Bundesaußenministers auszukundschaften. Von Brentano plädierte für eine Ost-West-Entspannung, warnte aber vor Scheinkompromissen. Mit Blick auf ein am 17. 2. von Smirnow in Bonn übergebenes Memo-

[172] S. Ansprache von Brentanos im „Hessischen Rundfunk", 3. 1. 1961, in: Bulletin 1961, S. 37f.

[173] Aufzeichnung der Unterabt. Osteuropa im MAE, 28. 10. 1960 (Konzept HFM), in: DDF 1960, Bd. 2, S. 544–547, hier S. 547.

[174] AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 287–292, dies. an Couve de Murville, Aufzeichnung, 14. 12. 1960 (Konzept HFM).

[175] Vgl. Alphand, L'étonnement d'être, S. 341–345, Tb. 21. 12. 1960; Grewe, Rückblenden, S. 442–452; Conze, Herausforderung, S. 180–183; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 629–632.

[176] BA, NL Blankenhorn, Bd. 109, Bl. 182–185, Unterredung zwischen Blankenhorn und Couve de Murville vom 3. 1. 1961.

[177] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 2. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 168–174, hier S. 168; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 80f.

[178] Vgl. Unterredung zwischen Bowles und Grewe vom 2. 2. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 5f.; Grewe, Rückblenden, S. 458; Beschloss, Powergame, S. 176f.; Biermann, John F. Kennedy, S. 63–71.

randum über deutsch-sowjetische Friedensvertragsverhandlungen versicherte er mit Nachdruck, es werde keine solchen Gespräche geben[179].

Nach seinen Konsultationen in Washington empfand von Brentano die in Bonn herrschende „Anti-Kennedy-Stimmung" als verfehlt[180], hatte der Präsident doch die „fortdauernde Bedeutung des Ziels der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Prinzips der Selbstbestimmung und der Erhaltung der Freiheit der Bewohner von West-Berlin" im Abschlußkommuniqué ausdrücklich bestätigt[181]. Die Einschränkung auf West-Berlin durfte nicht überraschen, denn derartige Formulierungen waren auch in früheren Verlautbarungen zu lesen[182].

Kurz darauf setzten die Amerikaner Franzosen und Briten davon in Kenntnis, daß ihr Botschafter in Moskau, Thompson, zur Aufnahme zweiseitiger Konsultationen mit der sowjetischen Führung ermächtigt worden sei, ohne auf allgemeine internationale Probleme wie die Berlin-Frage eingehen zu dürfen[183]. Von dem von Thompson übergebenen Brief Kennedys an Chruschtschow, der ein baldiges Treffen beider Regierungschefs vorschlug[184], war nicht die Rede.

De Gaulle hielt zwar Vorsicht für geboten, sah aber keinen Grund, sich derartigen bilateralen Kontakten zwischen den Supermächten in den Weg zu stellen, sofern sie der Entspannung dienten. „Encore conviendrait-il", so instruierte er Botschafter Alphand in Washington, „que le gouvernement américain nous tienne entièrement au courant de ses projets et ne cherche pas par des initiatives individuelles à bouleverser par exemple l'exercice des droits que nous détenons à Berlin ou à engager dans un sens nouveau la structure, les frontières, l'avenir de l'Allemagne"[185]. Als Alphand Rusk gegenüber die französische Sicht darlegte, beließ es der Außenminister abermals bei allgemeinen Wendungen, weil die Regierung ihre Politik noch immer nicht festgelegt hatte. Auf Alphands Drängen, die Contingency-Planung voranzutreiben, reagierte Rusk äußerst reserviert. Seine Begründung sprach Bände: Die USA hätten kein Interesse daran, etwaige sowjetische Schwierigkeiten an der Spree so zu dramatisieren, daß militärische Aktionen notwendig würden[186].

[179] S. Unterredung zwischen Kennedy und von Brentano vom 17. 2. 1961, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 8–11; Rede von Brentanos auf der deutsch-amerikanischen Konferenz, 16. 2. 1961, in: Bulletin 1961, S. 301 f.; Memorandum der sowjetischen Regierung an Bundesregierung, 17. 2. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 340–350; Grewe, Rückblenden, S. 458–460; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 477–480; Rusk, As I saw it, S. 219; Conze, Herausforderung, S. 183–185.

[180] Grewe, Rückblenden, S. 460; s.a. von Brentano an Adenauer, 23. 3. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 307–314; Kosthorst, Brentano, S. 361 f.

[181] Kommuniqué über die Unterredung zwischen Kennedy und von Brentano, 17. 2. 1961, in: Bulletin 1961, S. 309.

[182] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 361 f.

[183] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 12, Anm. 16. Eine erste Unterredung zwischen Chruschtschow und Thompson hatte bereits am 20. 1. 1961 stattgefunden. Gegenüber Kroll gab Thompson an, dabei nicht über Berlin oder Deutschland gesprochen zu haben (Kroll, Lebenserinnerungen, S. 474 f., Tb. 21. 1. 1961).

[184] S. Kennedy an Chruschtschow, 22. 2. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 6, S. 5 f., im Auszug in: Beschloss, Powergame, S. 82 f.

[185] Couve de Murville an Alphand, Tel. 919/36, 19. 1. 1961, Très secret, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 63–68, hier S. 67; s.a. de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 29–34.

[186] S. Unterredung zwischen Rusk und Alphand vom 23. 2. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 12–16; Alphand an Couve de Murville, Tel. 912/17, 23. 2. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 247–249.

Moskau machten keine Anzeichen, auf derartige Schwierigkeiten zu verzichten. Anfang März bekundete Chruschtschow Thompson in seiner Datscha bei Nowosibirsk zwar Interesse an einem Treffen mit Kennedy, ließ aber keinen Zweifel an seiner Absicht, mit Bonn und Ost-Berlin Friedensverträge abzuschließen und einen neuen Status für West-Berlin auszuhandeln[187]. Der Botschafter warnte daraufhin in Washington vor einer zu harten Politik und riet dazu, dem Ministerpräsidenten Verhandlungen in Aussicht stellen, die es ihm erlaubten, das Gesicht zu wahren. Wenn man von den Sowjets erwarte, das Berlin-Problem auf sich beruhen zu lassen, müsse man den ostdeutschen Behörden erlauben, die Sektorengrenze zu schließen, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen[188]. Kennedy war dazu nicht so ohne weiteres bereit, beharrte auf der Vorstellung, Chruschtschow werde das Problem schlucken[189].

Anfang April empfing der Präsident den Kanzler. Anders als de Gaulle, der keinerlei Ambitionen zu einer Reise in die USA zeigte und sich darauf versteifte, daß Kennedy ihn besuchen müsse[190], hielten Adenauer und der bereits einige Tage vor ihm in Washington eintreffende Macmillan[191] die rasche persönliche Begegnung mit dem neuen Mann im Weißen Haus für unerläßlich. Nach zwei Unterredungen über NATO, europäische Integration und Abrüstung[192] widmeten sich Adenauer und Kennedy am Mittag des 13. 4. der Berlin-Frage. Den Gesprächsprotokollen merkt man an, daß sich beide noch in der Phase des Abtastens befanden. Wie vorher bereits gegenüber dem britischen Premierminister legte der Präsident auch gegenüber dem Kanzler besonderen Wert auf die Contingency-Problematik, in der er eine Kluft zwischen Planung und Implementierung sah, vor allem bei der präzisen Verteilung der Aufgaben der vier Westmächte im Ernstfall. Von Brentano hatte in einer Unterredung mit Rusk am Vortage mit Nachdruck die Einbeziehung der Bundesregierung in die Ernstfallplanung verlangt, die bisher aufgrund des Widerstands der Briten und der Franzosen ausgeschlossen worden war. Kennedy sprach nun sehr direkt die Teilnahme deutscher Streitkräfte bei Vorstößen zur Offenhaltung der Verbindungen zu Berlin an. Adenauer wich zurück und wies darauf hin, daß bei seinen Gesprächen mit Dulles nie von einer Beteiligung der Bundeswehr an Probevorstößen die Rede gewesen sei, weil damit die Vier-mächteverantwortung für Berlin unterhöhlt werde. Auch der Gedanke eines raschen Einsatzes nuklearer Waffen an den Zugangswegen verursachte bei ihm Unbehagen. Seine Beteuerung, er werde natürlich zu allem bereit sein, was der ge-

[187] S. Thompson an Dep. of State, Tel. 2147, 10. 3. 1961, Confidential, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 18–20; Beschloss, Powergame, S. 85–88 u. 178.

[188] S. Thompson an Dep. of State, Tel. 2209, 16. 3. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 30–33; Beschloss, Powergame, S. 178 f.; Catudal, Kennedy, S. 66.

[189] Vgl. Beschloss, Powergame, S. 179.

[190] Vgl. Alphand, L'étonnement d'être, S. 342, Tb. 21. 12. 1960.

[191] Zum Besuch Macmillans in Washington vom 4.–9. 4. 1961 s. Unterredung zwischen Kennedy und Macmillan vom 5. 4. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 36–40; Unterredung zwischen dens. vom 6. 4. 1961, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 41–44; Rusk an Paris, Zirkulartel. 1546, 8. 4. 1961, Secret, in: ebd., Bd. 13, S. 1035–1039; ders. an London, Tel. 4751, 8. 4. 1961, Secret, in: ebd., S. 1039–1041; Macmillan, Pointing the Way, S. 348–352; Catudal, Kennedy, S. 55–60; Lee, Berlin-Krise, S. 129 f.

[192] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 12. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 272–282; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 91–99; Grewe, Rückblenden, S. 461–463; Catudal, Kennedy, S. 62–64; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 633–636.

meinsamen Sache dienlich sei, wirkte kaum überzeugend. Kennedy gab sich mit ihr auch nicht zufrieden, insistierte, es müsse klar sein, wie weit die Staaten für Berlin zu gehen gedächten. Von Brentano schaltete sich nun ein und bekräftigte, daß die Bundesrepublik alles Erforderliche veranlasse, sobald die NATO-Garantie für Berlin involviert sei. Die Bundeswehr, so präzisierte Adenauer, könne natürlich aufgrund der Viermächteverantwortlichkeit nicht schon bei Testvorstößen, sondern erst bei Angriffen auf die US-Truppen marschieren[193].

Die Bonner Führung löste mit ihren schwammigen Darlegungen in Washington große Unsicherheit aus. Adenauer ließ daher Grewe wenige Tage später im State Department vorsprechen, um seine Haltung zu konkretisieren und zugleich eine Beteiligung an der Ernstfallplanung anzumahnen. Die Ausführungen des Botschafters bereinigten anscheinend die amerikanischen Vorbehalte[194]. Vizepräsident Johnson ließ Adenauer nun gar – angeblich im Auftrag Kennedys – wissen, die USA betrachteten die Bundesrepublik als Großmacht, die in allen wesentlichen Weltfragen beteiligt werden müsse[195].

Es nimmt daher nicht Wunder, daß die deutsche Regierungsspitze hochzufrieden nach Bonn zurückkehrte[196]. „Erschrocken und empört" reagierte Adenauer, als Grewe es einige Wochen später wagte, sein Bild anzukratzen und in einer Bestandsaufnahme der ersten hundert Tage der Regierung Kennedy auch Schattenseiten nicht unerwähnt ließ. Felsenfest von der Fähigkeit des Präsidenten überzeugt, die außenpolitische Situation zu meistern, riet er seinem Außenminister voller Wut zur baldigen Abberufung des Botschafters[197]. Freilich, die internationale Lage gab eher dem gescholtenen Diplomaten als dem besserwisserischen Staatsmann Recht. Während im Verlauf des Adenauer-Besuchs die von der CIA unterstützte Landung kubanischer Freiheitskämpfer in der Schweinebucht unter dem Decknamen „Operation Zapata" im Desaster endete[198], gelang den Sowjets im Kampf der Systeme ein besonderer Coup: der erste bemannte Weltraumflug[199].

Aufgrund des enormen Prestigeverlustes für die USA mit seinen unabsehbaren Folgewirkungen für die amerikanische Außenpolitik gewann für die Bundesrepublik die Verständigung mit Frankreich trotz aller Bedenken gegenüber seiner Europa- und NATO-Politik angesichts der bestehenden politischen Offensive der Sowjetunion geradezu vitale Bedeutung. Daß eine großangelegte kommunistische Agitation gegen die von de Gaulle begrüßte Stationierung der Bundeswehreinheiten in Frankreich kläglich scheiterte[200], daß die französische

[193] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 13. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 45–51; Grewe, Rückblenden, S. 463 f.; Catudal, Kennedy, S. 64–67; Conze, Herausforderung, S. 189 f.; Mayer, Adenauer, S. 23 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 636 f.

[194] S. Unterredung zwischen Rusk und Grewe vom 15. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 51–55; Grewe, Rückblenden, S. 466–468.

[195] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 484, Tb. 18. 4. 1961; Kosthorst, Brentano, S. 366; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 637.

[196] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 193–195.

[197] Adenauer an von Brentano, 31. 5. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 315 f., hier S. 315; zum inkriminierten Bericht Grewes s. Grewe, Rückblenden, S. 470–478.

[198] Vgl. Beschloss, Powergame, S. 95–151; Biermann, John F. Kennedy, S. 81–90; Paterson, Fixation with Cuba, S. 123–137.

[199] Vgl. Catudal, Kennedy, S. 67–69.

[200] Zur kommunistischen Propaganda gegen die im Rahmen des logistischen Rahmenabkommens vom 25. 10. 1960 (BDFD I, S. 840) ermöglichte Stationierung deutscher Truppen in Frankreich vgl.

Presse in ihrer Berichterstattung über den Prozeß gegen den SS-Obersturmbannführer Eichmann eine bemerkenswerte Objektivität an den Tag legte[201], das alles zeugte von einer ungeachtet aller bilateralen Streitfragen wirklich gefestigten Nachbarschaft. Moskaus Versuch, Paris in der „deutschen Frage" eine Konzession zu entlocken und eine Gegenleistung auf dem algerischen Terrain anzubieten, scheiterte nicht zuletzt wegen des Verdachts der Franzosen, die Sowjets seien an wirklich stabilen Verhältnissen in Nordafrika gar nicht interessiert[202]. Trotz außen- und innenpolitischer Schwierigkeiten blieb de Gaulle dem deutschen Standpunkt in der Berlin- und Friedensvertragsfrage ebenso treu wie hinsichtlich einer Gipfelkonferenz. Bevor man sich zur Teilnahme bereit erkläre, so betonte Couve de Murville Anfang März in einem Presseinterview, müßten in vorbereitenden Konsultationen konkrete Ergebnisse sichergestellt sein, und zwar hauptsächlich in der Abrüstungsfrage. Gespräche über Berlin schienen ihm demgegenüber nicht notwendig, weil sie implizierten, daß der Status verändert werden müsse[203].

Mit diesem Maß an Festigkeit übertraf der französische Außenminister sogar noch den Bundeskanzler, dessen Vorstellungen allerdings selbst in den eigenen Reihen auf Kritik stießen. Von Brentano hielt Adenauers Pläne über eine eventuelle Neutralisierung der DDR für irreal und sah in der Deutschland- und Berlin-Frage zur bisherigen Politik „keine Alternative"[204]. Zustimmung fanden bei ihm weiterhin die bekannten Ideen von einer Volksabstimmung in beiden Teilen Deutschlands oder des Viermächtegremiums zur „deutschen Frage"; Ablehnung hingegen die Möglichkeit eines deutschen Friedensvertragsentwurfs oder einer Friedenskonferenz mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Die Genfer Interimslösung von 1959 kam nur noch dann in Frage, wenn sie auf ganz Berlin Anwendung fände[205]. Sehr zum Verdruß von Kroll ließen die ersten Antwortentwürfe des Auswärtigen Amtes auf das sowjetische Memorandum keinerlei Bereitschaft zu direkten Verhandlungen erkennen[206].

Adenauer hingegen sprach sich diesbezüglich weniger kategorisch aus, wenngleich auch er öffentlich klarmachte, vor entsprechenden Kontakten zunächst eine Einigung mit den Westmächten erzielen zu wollen[207]. Daß aber an west-östlichen Vereinbarungen angesichts des sowjetischen Drängens wohl kein Weg vorbei

die Erklärung des Stellvertretenden Außenministers der DDR, Winzer, vom 27. 10. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 459f.; ACDP, NL von Eckardt, I-010-006/4, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, 204-82.00/94.07/265/61, April 1961, VS-Vertraulich; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Mertes an Lübke, Aufzeichnung, 30. 5. 1961.

[201] Zur französischen Berichterstattung über den am 11. 4. 1961 begonnenen Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem vgl. „Le Monde", 12. 4. 1961; zum Prozeßverlauf vgl. von Lang (Hg.), Eichmann-Protokoll; Less (Hg.), Schuldig.

[202] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Knoke an AA, FS Nr. 291, 23. 3. 1961, Verschlüsselt.

[203] S. Interview Couve de Murvilles mit „US News & World Report", 6. 3. 1961, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 387f.

[204] Von Brentano an Adenauer, 23. 3. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 307-314, hier S. 312.

[205] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010-006/4, Aufzeichnung des Referats 700 im AA, April 1961; Rede von Brentanos auf dem Exil-Parteitag der CDU in der SBZ, 12. 3. 1961, in: Bulletin 1961, S. 561-565; Kosthorst, Brentano, S. 362-364.

[206] Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 481f., Tb. 6. 4. 1961; Kosthorst, Brentano, S. 362f.

[207] S. Erklärung Adenauers im Deutschen Bundestag, 8. 3. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 48, S. 8308-8310; Pressekonferenz dess., 10. 3. 1961, im Auszug in: Bulletin 1961, S. 457-460.

ging, daran zweifelte er kaum noch. Und sie erschienen ihm jetzt sogar als wünschenswert, damit die Probleme dauerhaft entschärft würden[208].

Nach außen hin, aus der Sicht der Sowjetunion, wirkte die Haltung der Bundesrepublik indes weit weniger entspannungsfreudig und auf der Linie Frankreichs. Die Enttäuschung der Sowjets darüber war um so größer, als ihnen mit der deutsch-französischen Verständigung ein entscheidender Ansatzpunkt zur Spaltung des Westens weggerissen wurde. Da Moskau aber beharrlich weiter versuchte, Paris gegen Bonn auszuspielen, mußte der Bundesregierung natürlich alles daran gelegen sein, die deutsch-französische Freundschaft zu pflegen: „Was einen untreu gewordenen de Gaulle den Sowjets trotz aller Enttäuschungen wert macht, das sollte ein in allen wesentlichen Deutschlandfragen seit Wiederübernahme der Regierung als zuverlässig erwiesener de Gaulle – bei aller Reserve gegenüber seinen NATO- und ursprünglichen Europa-Konzeptionen – uns doppelt wert machen."[209]

Frankreich „am Abgrund"

Doch die deutschen Hoffnungen auf eine wirklich gefestigte Machtposition des französischen Präsidenten und auf eine Beruhigung der innenpolitischen Lage in Frankreich[210] trogen. Noch im Frühjahr sah es so aus, als könne der General seine Lage definitiv stabilisieren. Anfang Februar hatte er die entscheidenden militärischen Führungsstellen mit unbedingten Vertrauensmännern besetzt, weniger zuverlässig erscheinende Personen kaltgestellt und seine Position für etwaige Verhandlungen mit dem FLN gestärkt[211]. „Höchste Eile" war geboten, wollte er den wachsenden sowjetischen Einfluß in Nordafrika eindämmen[212]. Ende März konnten die in Luzern und Neuchâtel wieder aufgenommenen französisch-algerischen Beratungen aufgrund der von de Gaulle zurückgenommenen Vorbedingungen soweit vorangetrieben werden, daß die französische Regierung und der GPRA offizielle Verhandlungen ankündigten[213]. In der Öffentlichkeit rechnete man mit „einer langdauernden und krisenreichen" neuen Phase[214]. Die Weigerung des FLN, nach Evian zu gehen, bestätigte die Erwartung. Mit der gleichzeitigen Einmischung Kairos und Moskaus auf der einen, Washingtons auf der anderen Seite entwickelte sich die von Paris behauptete alleinige Zuständigkeit in Algerien immer mehr zur Fiktion. Die Wirklichkeit bestimmte hingegen eine zunehmende Internationalisierung, die de Gaulles Zielsetzung diametral zuwiderlief[215].

Nachdem die erste Gesprächsrunde gescheitert und neue Gewalttätigkeiten in Algerien ausgebrochen waren, ging der General einen weiteren Schritt nach vorn

[208] Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 461; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 636.
[209] ACDP, NL von Eckardt, I-010-006/4, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, 204-82.00/94.07/265/61, April 1961, VS-Vertraulich. In identischer Diktion: ebd., NL Krone, I-028-005/5, Blankenhorn an AA, FS Nr. 289, 22. 3. 1961, VS-Vertraulich.
[210] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 408, Kanzler-Tee, 19. 1. 1961.
[211] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Blankenhorn an AA, FS Nr. 105, 2. 2. 1961, Verschlüsselt.
[212] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 42–44, Tb. 22. 2. 1961.
[213] S. DDF 1961, Bd. 1, Nr. 114, 119, 153; vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 297–300; Elsenhans, Algerienkrieg, S. 807; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 150–155; Malek, De Gaulle, S. 88.
[214] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Blankenhorn an AA, FS Nr. 281, 20. 3. 1961, Verschlüsselt.
[215] S. ebd., ders. an dass., FS Nr. 321, 5. 4. 1961, Verschlüsselt, Citissime.

und erklärte am 11. 4. vor der Presse, Frankreich stehe der inneren und äußeren algerischen Souveränität nicht im Wege[216]. Allerdings machte er dieses Angebot von Garantien für die europäische Bevölkerung, dem Recht auf Ausbeutung der Bodenschätze in der Sahara und der Zusammenarbeit auf dem Verteidigungsgebiet abhängig[217], was aus Perspektive des FLN als indiskutabel galt. Denn er beanspruchte die Einverleibung der Sahara in das Staatsgebiet des zukünftigen Algerien, verlangte, die Durchführung der Entwaffnung nicht vor der entscheidenden Volksbefragung durchzuführen, und forderte die Anerkennung als einzigen Vertreter des algerischen Volkes[218].

Kurz darauf wurde Algerien von einem Militärputsch erschüttert[219]. Frankreich stand vier Tage lang „am Abgrund"[220], und es war keineswegs sicher, ob der Präsident Herr der Lage bliebe[221]. Adenauer war natürlich aufs höchste besorgt. Was würde aus Frankreich, der NATO, der deutsch-französischen Entente, wenn die Rebellen im Hexagon landeten[222]. Auf Anraten Krones wandte er sich mit „Bestürzung" an de Gaulle und sprach ihm Mut zu, das mit „so viel Umsicht und Beharrlichkeit verfolgte Befriedungswerk" in Algerien fortzusetzen[223]. Nach vier Tagen brach der Aufstand zusammen; die Welt konnte „aufatmen"[224].

Obwohl die Bundesregierung damit rechnete, daß der General nach dem vermiedenen Bürgerkrieg die „militärische Ohnmacht [...] durch hohe außenpolit. Forderungen zu kompensieren" gedachte, war sie zu Nachsicht und Solidarität gezwungen. Denn die Lösung des Kolonialproblems, die Bewahrung der inneren Stabilität Frankreichs und seines außenpolitischen Kurses hingen offenbar „von einem einzigen Mann ab: de Gaulle"[225]. Blankenhorn sah den Aufstand denn auch weniger als Reaktion auf dessen Algerienpolitik denn als „Staatskrise", ausgebrochen wegen des zwischen dem General und dem Volk entstandenen „Vakuum[s]", in dem es keine „forces intermédiaires" als Korrektiv oder Schutz der französischen Politik mehr gab[226]. Dies mochte man in Bonn bedauern. Mit Kritik mußte man dennoch hinter dem Berg halten, ja, die bilateralen Beziehungen „diskreter und intensiver denn je" pflegen. Nur zu genau beobachtete de Gaulle nämlich,

[216] S. Pressekonferenz de Gaulles, 11. 4. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 287–294; AdG 1961, S. 9029B; Winock, De Gaulle, S. 77.

[217] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010–006/4, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, 204–82.00/94.07/265/61, April 1961, VS-Vertraulich.

[218] Vgl. Winock, De Gaulle, S. 78.

[219] Zu dem am 21. ausgebrochenen und am 25. 4. 1961 gescheiterten Militärputsch in Algerien vgl. L'Année politique 1961, S. 44–60 u. 278–295; von Nostitz, Tagebuch, S. 49–62, Tb. 22.–30. 4. 1961; Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 303–313; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 155–170.

[220] ACDP, NL Krone, I-028–005/5, Blankenhorn an AA, FS Nr. 462, 4. 5. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 770–773, hier S. 770.

[221] S. Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 24. 4. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 931.

[222] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 486, Tb. 24.–27. 4. 1961.

[223] Adenauer an de Gaulle, Tel., [24. 4. 1961], in: Bulletin 1961, S. 743; zur Datierung des ohne Datum veröffentlichten Telegramms s. Rede Adenauers auf dem 10. Bundesparteitag der CDU, 25. 4. 1961, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 10. Bundesparteitag der CDU, S. 31.

[224] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 486, Tb. 24.–27. 4. 1961; s.a. Lübke an de Gaulle, Tel., in: Bulletin 1961, S. 749; Adenauer an dens., Tel., in: ebd., S. 757; Seydoux an Couve de Murville., Tel. 1839/44, 28. 4. 1961, Réservé, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 542f.

[225] ACDP, NL Krone, I-028–005/5, Blankenhorn an AA, FS Nr. 462, 4. 5. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 771 u. 772.

[226] Blankenhorn, Verständnis, S. 402, Tb. 27. 4. 1961.

wer ihm in schwieriger Zeit freundschaftlich zur Seite stand. Mit Genugtuung nahm man in Paris zur Kenntnis, wie ruhig und vernünftig die deutsche Presse die Ereignisse in Algerien kommentierte[227]. Daß die SPD hingegen gerade jetzt die „endgültige Auflösung der Fremdenlegion" forderte[228], trug ihr im Elysée gewiß keine Sympathie ein.

Eines hatten die Ereignisse in Algier den Regierungen in Bonn und Paris eindringlich vor Augen geführt: ihre beiderseitige Abhängigkeit voneinander. Wie die Franzosen in Anbetracht des eskalierenden Algerienkonfliktes des deutschen Beistands bedurften, benötigten die Deutschen aufgrund der sich nun anbahnenden amerikanisch-sowjetischen Verständigung insbesondere in der Berlin-Frage dringend die französische Solidarität.

Chruschtschow hatte nach einer retardierenden Antwort Adenauers[229] auf sein Memorandum in Bonn wissen lassen, daß er noch im Jahr 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abschließen werde, sofern es mit dem Westen zu keiner Einigung komme[230]. Daraufhin formulierten die Außenminister der Atlantischen Allianz Anfang Mai drei Grunderfordernisse für Berlin, die sich freilich nur auf den Westteil bezogen: Anwesenheit der alliierten Truppen, Garantie der freien Zugangsrechte und Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt[231]. In separater Sitzung beschlossen die Vertreter der vier Westmächte außerdem, die Beantwortung des sowjetischen Memorandums zumindest bis zu dem geplanten Rendezvous zwischen Kennedy und de Gaulle hinauszuschieben. Von Brentano, der wiederholt den Wunsch nach einer Beteiligung an der Ernstfallplanung herauskehrte und die Zusagen für den Bündnisfall unterstrich, sprach sich erneut gegen jegliche Änderung des Berlin-Status aus. Auf Frage seines englischen Kollegen Home, ob die Bundesregierung zur Verhinderung eines Separatfriedensvertrags eventuell zu einem zweijährigen Interim bereit sei, in dem Ost- und Westdeutsche eine Regelung finden könnten, lehnte von Brentano deutsch-deutsche Konsultationen vehement ab. Allenfalls Viermächte-Verhandlungen zog er in Betracht. Auch Couve de Murville sprach sich für diese Ebene der Ost-West-Gespräche über Berlin aus und verlangte als Grundlage zur Erhaltung der Freiheit von West-Berlin wie schon in den Monaten zuvor die Bewahrung der Militärpräsenz; über deren Stärke konnte seines Erachtens durchaus verhandelt werden[232].

Drei Wochen später, am 31. 5., traf Kennedy zum Auftakt seiner Europatour in Paris ein. De Gaulle, der ihn am Vormittag in Orly abholte, begegnete ihm mit tiefer Skepsis: kein „homme de l'Europe", so hatte er ihn wenige Tage zuvor Ade-

[227] ACDP, NL Krone, I-028–005/5, Blankenhorn an AA, FS Nr. 462, 4. 5. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 773; zur Bewertung des Algerienkrieges durch die deutsche Presse vgl. Müller, Guerre d'Algérie.

[228] Bericht Erlers in der SPD-Fraktionssitzung vom 2. 5. 1961, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 547.

[229] S. Adenauer an Chruschtschow, 24. 4. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 641 f.

[230] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 483–489.

[231] S. Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 8.–10. 5. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 734–736.

[232] S. Treffen der Außenminister der Vier Westmächte vom 9. 5. 1961, 12. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 592–595; Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 27, 9. 5. 1951, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 64 f.; Kosthorst, Brentano, S. 366.

nauer gegenüber charakterisiert[233]. Das „tastend[e] und überschäumend[e]"[234] Agieren des jungen Präsidenten in der Schweinebucht hatte ihm beim General weiteren Kredit gekostet. Erhebliches Kopfzerbrechen bereitete de Gaulle Kennedys bevorstehendes Tête-à-tête mit Chruschtschow in Wien, befürchtete er doch, der Chef des Weißen Hauses werde sich vom Kreml-Herrn mit Illusionen und der Beschwörung des Geistes von Camp David einnebeln lassen[235]. Adenauer hatte sich nach Kräften bemüht, ihn zu beruhigen, empfand zwar wie de Gaulle den Zeitpunkt des Wiener Treffens, unmittelbar nach dem Aufenthalt Kennedys in Paris, als psychologischen Fehler, mochte aber nicht glauben, daß der amerikanische Präsident sich täuschen ließe[236]. Zumindest in der Berlin-Frage hielt er dessen Standpunkt für „sehr fest", wie er im Pressetee gegenüber Journalisten preisgab[237]. Oder spielte er hier Optimismus[238]?

Kennedy suchte den Argwohn de Gaulles schon in der ersten Gesprächsrunde im Elysée am Morgen des 31. 5. entsprechend den ihm zur Vorbereitung vorgelegten Papieren[239] zu zerstreuen. Innerlich hin- und hergerissen zwischen jenen Ratgebern, die auf eine Verständigung mit der Sowjetunion drängten, und jenen, die zur Härte mahnten[240], legte er seinem Gastgeber nahe, man habe nur zwei Möglichkeiten, auf Chruschtschows Drohung mit dem Friedensvertrag zu antworten: Ablehnung von Verhandlungen mit der Begründung, daß die Rechte der Westmächte in Berlin nicht disponibel seien, oder durch das Angebot unbedeutender Konzessionen den Eindruck einer Verhandlungsbereitschaft erwecken. De Gaulles Wahl war eindeutig: keine Änderung des Status von Berlin, kein Truppenrückzug, keine Behinderung der Zugangswege. Chruschtschow müsse begreifen, daß schon der geringste Einsatz von Gewalt in Berlin einen Krieg bedeute. Wenn er die militärische Konfrontation wolle, könne er sie haben. Doch der Russe, so de Gaulles ceterum censeo, wünsche keinen Krieg um Berlin. Einen separaten Friedensvertrag mit der DDR könne der Westen nicht verhindern; er könne dem Osten aber klarmachen, daß man diesen Vertrag nicht anerkenne und auch keine Übertragung etwaiger Rechte auf DDR-Behörden akzeptiere. Der Berliner Bevölkerung dürfe nicht das Gefühl westlicher Schwäche vermittelt werden, denn sie bestünde nicht nur aus Helden. Auf Kennedys wiederholte Rückfrage nach dem Zeitpunkt des Einsatzes von Waffen antwortete de Gaulle: das entscheidende Kriterium sei die Unterbrechung der alliierten Verbindungen nach Berlin durch Gewalt seitens der DDR oder der Sowjetunion. Kennedy stimmte dieser Sicht zu,

[233] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 612–618, hier S. 614.
[234] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 308.
[235] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 24. 5. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 352f.
[236] S. Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 612–618; BA, NL Blankenhorn, Bd. 113, Bl. 124–129, Tb. 24. 5. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 852; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 101.
[237] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 496, Pressetee-Gespräch, 2. 6. 1961.
[238] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 501, Tb. 25. 5. 1961.
[239] S. „Talking Points Paper", o.D., in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 78f.; „Talking Points", PDG-A/2, 27. 5. 1961, in: ebd., Bd. 13, S. 656–659; Catudal, Kennedy, S. 92f.
[240] S. Lightner an Dep. of State, Tel. 572, 25. 5. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 75f.; Thompson an Dep. of State, Tel. 2939, 27. 5. 1961, Secret, Priority, in: ebd., S. 77f.; Beschloss, Powergame, S. 181.

war sich jedoch unsicher, wie man dem Russen deutlich machen könne, daß man die militärische Auseinandersetzung nicht scheue. Für den General lag die Antwort auf der Hand. Da der Westen in seinen Augen keine Chance auf einen militärischen Sieg an der Spree besaß, mußte er den Osten davon überzeugen, daß ein Kampf um Berlin den allgemeinen Krieg auslösen würde[241]. Kennedy ließ das Thema nicht ruhen, empfahl die Überprüfung der Contingency-Planung und sprach davon, Chruschtschow den Einsatz nuklearer Waffen anzudrohen. De Gaulle ging darauf nicht ein, äußerte statt dessen Bedenken in bezug auf Macmillan, die er dann aber wieder indirekt relativierte. Denn, so verabschiedete er seinen Gast, der Premierminister habe gar keine andere Wahl, als der Politik der beiden Präsidenten zu folgen[242]. Er wußte natürlich nur zu gut, daß sich erst im Ernstfall erweisen mußte, wer wem zu folgen hatte.

Am Ende der insgesamt dreitägigen Konsultationen konstatierten die Präsidenten neben zahlreichen Meinungsunterschieden in der Europa- und Sicherheitspolitik[243] in der Berlin-Frage ein großes Maß an Übereinstimmung[244]. War sie aber tragfähig genug, um Krisen zu überstehen, oder ähnlich künstlich erzeugt, wie das durch „entsprechende Beeinflussung der französischen Presse" erwärmte Klima der öffentlichen Meinung gegenüber dem amerikanischen Staatsgast[245]? In seiner umfassenden Berichterstattung an Adenauer zeigte sich de Gaulle durchaus zufrieden. Besonders erwähnenswert fand er Kennedys feste Haltung gegenüber Berlin[246]. Von der ursprünglich „großen Skepsis" war „ein guter Teil" überwunden[247].

Der Ausgang der Wiener „Kraftprobe"[248] zwischen Kennedy und Chruschtschow am 3. und 4. 6. schien das Vertrauen zunächst zu rechtfertigen[249]. Kennedys entschiedene Rundfunk- und Fernsehansprache nach der Rückkehr in die USA nährte noch diesen Glauben[250]. Daß der amerikanische Präsident dem sowjetischen Ministerratsvorsitzenden vielsagend eröffnet hatte, die USA „wollten

[241] S. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 31. 5. 1961, US/MC/1, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 80–83; DDF 1961, Bd. 1, S. 669–672; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 312f.; Catudal, Kennedy, S. 93–96; Beschloss, Powergame, S. 185f.

[242] S. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 31. 5. 1961, US/MC/2, Secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 84–86; DDF 1961, Bd. 1, S. 672f.

[243] Vgl. Kap. V.2.3 u. V.3.3.

[244] Vgl. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 2. 6. 1961, US/MC/7, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 662–667; DDF 1961, Bd. 1, S. 695–700.

[245] ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Blankenhorn an AA, FS Nr. 589, 5. 6. 1961, Geheim, Citissime; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 242–245, Tb. 5. 6. 1961.

[246] S. de Gaulle an Adenauer, 3. 6. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 92; Seydoux, Erinnerungen, S. 265.

[247] ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Blankenhorn an AA, FS Nr. 589, 5. 6. 1961, Geheim, Citissime.

[248] Catudal, Kennedy, S. 87. Vgl. Unterredung zwischen Kennedy und Chruschtschow vom 4. 6. 1961, Secret, im Auszug in: ebd., Bd. 14, S. 87–96; Unterredung zwischen dens. vom 4. 6. 1961, Secret, Eyes only, in: ebd., S. 96–98; s.a. Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, S. 459f.; Beschloss, Powergame, S. 192–228; Biermann, John F. Kennedy, S. 114–121; Catudal, Kennedy, S. 107–127; Mayer, Adenauer, S. 28–30; Sorensen, Kennedy, S. 503–513.

[249] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 510–512, Informationsgespräch, 7. 6. 1961; ebd., S. 524–527, Informationsgespräch, 8. 6. 1961; Rede Adenauers in Bonn-Bad Godesberg, 8. 6. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 846f.; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 494–497; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 651.

[250] S. Rundfunk- und Fernsehansprache Kennedys, 6. 6. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 833–839; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 529, Informationsgespräch, 8. 6. 1961; Biermann, John F. Kennedy, S. 121; Catudal, Kennedy, S. 129f.

sich nicht in Entscheidungen einmischen, die die Sowjetunion in ihrer Interessensphäre fälle"[251], blieb natürlich ebenso geheim wie die sein Entsetzen über Chruschtschows Kriegsgeschrei widerspiegelnden Abschiedsworte: ein kalter Winter stehe bevor[252].

„Chruschtschow muß etwas unternehmen, um das aufzuhalten. Vielleicht eine Mauer".

Die Zuversicht in Bonn und Paris schwand rasch dahin, als Chruschtschow am 11. 6. ein auf den 4. 6. datiertes, Kennedy übergebenes Memorandum veröffentlichen ließ, das dem Westen ein Ultimatum bis Jahresende stellte: entweder ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten oder Abschluß eines Separatfriedens mit der DDR[253]. Vom zunehmend schärfer ausgefochtenen Bundestagswahlkampf gegen den sozialdemokratischen Herausforderer Brandt[254] und einer fortdauernden Ablehnung gegenüber allen außenpolitischen Gemeinsamkeitsformeln der SPD[255] voll in Anspruch genommen, fürchtete Adenauer sofort wieder sowjetische Aktionen gegen Berlin[256]. Trost bot einmal mehr de Gaulle, der ihm über Krone versicherte, er sei „zum Letzten entschlossen", sich allerdings gleichzeitig fragte, ob die Deutschen ihrerseits „den Weg der Härte und Festigkeit" mitzugehen bereit seien oder möglicherweise doch ein Geschäft mit dem Osten anstrebten[257].

Wenig beachtet von den Medien, ließ der Staatsratsvorsitzende Ulbricht kurz darauf auf einer Pressekonferenz das ominöse Wort fallen, man plane nicht den Bau einer Mauer durch Berlin[258]. Kennedy veranlaßte in aller Eile Vorbereitungen für den Krisenfall, dachte aber nicht daran, um Berlin willen einen Krieg vom Zaun zu brechen. Noch auf dem Flug von Wien nach London, der letzten Station auf seiner Europatour, ließ er im Kreise seiner Berater keinen Zweifel daran, daß die Deutschen sich täuschten, „wenn sie glauben, wir stürzen uns wegen Berlin in einen Krieg – außer als letzten Versuch, die NATO zu retten"[259]. Ein amerikanischer Antwortentwurf auf das sowjetische Memorandum, der den Botschaftern der Verbündeten in Washington am 17. 6. unterbreitet wurde, setzte auf eine Kompromißlinie und griff dazu auf Vorstellungen der Eisenhower-Administration im Sinne einer Freien Stadt zurück: „praktisch mein Vorschlag von 1959, freie Stadt mit eigenen Rechten", kommentierte der Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Duckwitz, das Papier[260]. Parallel dazu dachte Washington aus tak-

[251] Ebd., S. 126.
[252] S. Unterredung zwischen Kennedy und Chruschtschow vom 4. 6. 1961, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 98; Rusk, As I saw it, S. 220f.; Beschloss, Powergame, S. 228.
[253] S. Regierung der Sowjetunion an Regierung der USA, Memorandum, 4. 6. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 817–823; Biermann, John F. Kennedy, S. 121f.
[254] Vgl. Küsters, Adenauer und Brandt, S. 521–524.
[255] Vgl. Erklärung Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 27. 6. 1961, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 566; Bouvier, Godesberg, S. 76–87.
[256] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 159, Tb. 14. 6. 1961; Kosthorst, Brentano, S. 368.
[257] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 507f., hier S. 508, Tb. 14.–16. 6. 1961.
[258] S. Pressekonferenz Ulbrichts, 15. 6. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 925–946; Lemke, Berlinkrise, S. 162f.
[259] Zitiert nach: Beschloss, Powergame, S. 230.
[260] Zitiert nach: Kosthorst, Brentano, S. 368. Zum ersten und zweiten amerikanischen Entwurf vom

tischen Gründen daran, die Berlin-Frage vor den Internationalen Gerichtshof und – nach der erwarteten Ablehnung Moskaus – vor die UNO zu bringen[261].

Davon aber hielt man weder in Bonn noch in Paris etwas[262]. Adenauer sah in Berlin „nichts, worüber mit den Sowjetrussen zu verhandeln wäre"[263], und ließ als Beweis des eigenen Verteidigungswillens am Potomac ein Aide-mémoire über eine etwaige deutsche Beteiligung am Ernstfall übergeben[264]. Selbst den Einsatz von Atombomben wollte die Bundesregierung mittragen[265]. Kennedy distanzierte sich nun öffentlich von etwaigen Plänen zur Umformung Berlins in eine Freie Stadt[266], ohne zu wissen, wie er auf die sowjetische Pression reagieren sollte. Sein Koordinator für die Berlinpolitik Dean Acheson, der mittlerweile einen umfangreichen Bericht zur Lage der Stadt für ihn verfaßt hatte[267], riet ihm in einer „supergeheimen"[268] Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 29. 6. dazu, unter allen Umständen die unter Eisenhower insgeheim festgelegten „drei Essentials" - freier Zugang, westliche Truppenpräsenz und ungehinderte Freizügigkeit in West-Berlin - zu verteidigen. Dazu schien es dem Präsidentenberater erforderlich, zwei bis drei atomar gerüstete Divisionen nach Europa zu entsenden, den nationalen Notstand auszurufen, im Fall einer Abriegelung der Stadt eine Luftbrücke zu installieren und bei einer Behinderung der Flugzeuge Bodentruppen in Divisionsstärke marschieren zu lassen. Botschafter Thompson hingegen sprach sich strikt gegen diese Konfliktverschärfung, für eine heimliche militärische Aufrüstung des Westens und für eine diplomatische Offensive nach den Bundestagswahlen aus[269].

Während die Briten diese Linie teilten und aus Furcht vor dem Atomkrieg auf den Beginn baldiger Verhandlungen über die Deutschlandfrage drängten[270], neigten die Franzosen der Position Achesons zu. Ja, de Gaulle plante bereits die Verlegung „größere[r] erprobte[r] Militäreinheiten nach Deutschland"[271]. Daß er damit bei Kritikern den Verdacht weckte, er wolle die „psychologische Plattform für den Rückzug der französischen Divisionen aus Algerien" schaffen[272], konnte der Bundesregierung gleichgültig sein. Frankreich demonstrierte Verteidigungsbereit-

8. bzw. 17. 6. 1961 vgl. Bundy an Kennedy, Memorandum, 10. 6. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 107–109; Unterredung zwischen Rusk und Home vom 14. 6. 1961, Secret, in: ebd., S. 111–117.

261 Vgl. ders. an Bonn, Tel. 2267, 17. 6. 1961, Secret, in: ebd., S. 125–128.

262 S. Unterredung zwischen dems. und Alphand vom 24. 6. 1961, Secret, in: ebd., S. 131.

263 Fernsehinterview Adenauers vom 25. 6. 1961, zitiert nach: Kosthorst, Brentano, S. 369.

264 S. Unterredung zwischen Rusk und Grewe vom 24. 6. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 132–135; Mayer, Adenauer, S. 32.

265 Vgl. Baring, Bundeskanzler, S. 328; Kosthorst, Brentano, S. 369.

266 S. Pressekonferenz Kennedys, 28. 6. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1088–1091.

267 S. Bericht Achesons, 28. 6. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 138–159; Biermann, John F. Kennedy, S. 123–125.

268 Catudal, Kennedy, S. 154.

269 S. NSC-Sitzung vom 29. 6. 1961, Top secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 160–162; Beschloss, Powergame, S. 245–248; Catudal, Kennedy, S. 161.

270 S. Macmillan, Pointing the Way, S. 389–392; Lee, Berlin-Krise, S. 134f.

271 BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 53–57, Blankenhorn an von Brentano, 26. 6. 1961, Geheim, Persönlich. Zum Plan der Dislozierung französischer Truppen s.a. Erklärung Ulbrichts in der Volkskammer, 6. 7. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1178.

272 BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 130f., Tb. 8. 8. 1961.

schaft, das zählte, angesichts der evidenten inneramerikanischen Differenzen sogar doppelt.

Sehr drastisch wurde der Bundesregierung diese Erkenntnis vor Augen geführt, als die Beantwortung des sowjetischen Memorandums vom 4. 6. die Meinungsverschiedenheiten des Westens erneut aufbrechen ließ. Ende Juni war klar, daß es, anders als zunächst geplant[273], keine gemeinsame Antwort geben würde, weil die Vorstellungen in Paris und Washington nicht miteinander in Einklang gebracht werden konnten[274]. Moskau nutzte die Differenzen sofort aus und drehte die Eskalationsschraube weiter an. Anfang Juli drohte Chruschtschow mit Krieg, falls die Westmächte nach der noch vor Jahresfrist geplanten Unterzeichnung des Separatfriedens den Zugang nach Berlin erzwingen sollten[275]. Kennedy schlug de Gaulle daraufhin für den Fall einer weiteren Zuspitzung der Lage ein Treffen mit Macmillan im Herbst vor[276] und drängte auf die Beantwortung des sowjetischen Memorandums[277]. Nachdem er sich von einigen Mitarbeitern[278] hatte überzeugen lassen, daß Achesons einseitige Konzentration auf die militärischen Aspekte des Berlin-Problems unangemessen und seine Grundannahme einer unmittelbar bevorstehenden Blockade West-Berlins falsch seien, gab Kennedy Rusk den Auftrag, innerhalb von zehn Tagen ein Konzept für Verhandlungen aufzustellen, während Verteidigungsminister McNamara einen Plan für einen nichtatomaren Gegenschlag bei einer Blockade entwerfen sollte[279].

Obwohl die Bundesregierung am 6. 7. die Zusage der Amerikaner für eine baldige Beteiligung an der Ernstfallplanung erhielt[280], tappte sie über die Krisenstrategie der Verbündeten vorerst weiter im Dunkeln. Adenauer wandte sich daher am Tag darauf mit einer heftigen Klage über die unzureichende Informationspolitik der Verbündeten an de Gaulle und bat ihn um eine Intervention in Washington und London, um die Mitarbeit Bonns durchzusetzen[281]. Das erhoffte klare Versprechen blieb aber aus. Denn der Präsident war in seinem ausgeprägten Statusdenken darauf bedacht, die französischen Sonderrechte nicht zu schmälern: „Vous pouvez être assuré que, le cas échéant, mon gouvernement ne manquera pas de tenir essentiellement compte de ce qui vous paraît souhaitable"[282]. Ansonsten aber ließ seine Haltung nichts zu wünschen übrig. Einige Tage zuvor hatte er Kennedy noch einmal zu einer „attitude de fermeté et de solidarité" zwischen den drei Westmächten ermahnt. Da die Kommunisten vor der Welt nicht für eine große

[273] S. ebd., Bd. 114, Bl. 53–57, Blankenhorn an von Brentano, 26. 6. 1961, Geheim, Persönlich.
[274] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 160, Anm. 1.
[275] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 651–653; Erklärung Gromykos, 12. 7. 1961, in: Kroll, Lebenserinnerungen, S. 500.
[276] S. Kennedy an de Gaulle, 30. 6. 1961, mitgeteilt in: Rusk an Paris, Tel. 16, 2. 7. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 670f.
[277] S. Telefongespräch zwischen dems. und Sorensen vom 4. 7. 1961, in: ebd., Bd. 14, S. 165f.; Beschloss, Powergame, S. 252; Catudal, Kennedy, S. 164–166; Sorensen, Kennedy, S. 555.
[278] S. Aufzeichnung Schelling, 5. 7. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 170–172; Schlesinger an Kennedy, Memorandum, 7. 7. 1961, Secret, in: ebd., S. 173–176; Biermann, John F. Kennedy, S. 125–127.
[279] S. Taylor an Kennedy, Memorandum, 12. 7. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 186; Beschloss, Powergame, S. 250f.; Catudal, Kennedy, S. 172–176.
[280] Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 370.
[281] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 7. 7. 1961, Streng geheim.
[282] De Gaulle an Adenauer, 14. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 97.

Krise verantwortlich gemacht werden wollten, müsse der Westen nun klare Worte aussprechen, militärische Vorbereitungen treffen und vor allem Einigkeit demonstrieren. Verhandlungen über die Gesamtheit der „deutschen Frage" dürfe es erst nach einer langen Phase der internationalen Détente geben[283]. Entsprechend kategorisch warnte die Pariser Regierung in einem in Bonn am 7. 7. eingehenden Entwurf einer Antwortnote auf das Moskauer Memorandum vom 4. 6. vor den unabsehbaren Folgen einer einseitigen Aktion an der Spree[284].

Die Debatte der Assemblée Nationale vom 20. 7. zeigte eindrucksvoll, daß die französischen Parteien den Kurs des Präsidenten weitgehend billigten, wenngleich hier und da Kritik am Abzug der französischen Division aus Afrika geübt und nicht nur auf den äußersten Flügeln mehr Verhandlungsbereitschaft gefordert wurde[285]. Eine Ausnahme bildeten die Kommunisten. Der linkssozialistische PSU oder der PCF verteidigten selbstredend die sowjetische Politik und attackierten scharf die „bruyante campagne antisoviétique" durch den „pouvoir gaulliste"[286]. Als Spiegelbild der Parteienlandschaft betätigte sich die Presse. Dem nach links tendierenden „Témoignage chrétien" ging der Lärm um Berlin viel zu weit[287]. Die rechtsstehende „L'Aurore" hingegen titelte nach der Veröffentlichung der sowjetischen Forderungen: „Seule réponse possible: Non"[288].

Am Rhein wurde diese Position nur zum Teil goutiert. Gewiß, von Brentano setzte unverändert auf Härte und lehnte „Verhandlungen um jeden Preis" ab[289], stand damit aber mehr und mehr allein. Brandt trat öffentlich für Verhandlungen über einen Friedensvertrag ein, wollte im übrigen den Freistadt-Vorschlag ohne Einengung auf West-Berlin offensiv vertreten und die drei „essentials" extensiv interpretieren[290]. Selbst in Regierungskrisen regte sich der Entspannungsvirus. Zum Entsetzen des Außenministers plädierte Bundestagspräsident Gerstenmaier ohne Rücksprache mit der Bundesregierung für Friedensverhandlungen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands[291] und torpedierte damit das eiserne Gebot, in Wahlkampfzeiten keinen Schmusekurs mit der Opposition zu steuern[292]. Als ‚Flaumeier' erwies sich nun auch Verteidigungsminister Strauß, der bereits im Mai zur Empörung diverser Fraktionsfreunde gegenüber Henry Kissinger, dem Emissär Präsident Kennedys, davor gewarnt hatte, für Berlin bis zum Äußersten zu gehen. Der prompt gegen ihn erhobene Vorwurf des „politi-

[283] Ders. an Kennedy, 6. 7. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 102f., hier S. 103; s.a. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 313f.

[284] S. ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Krapf an AA, FS Nr. 1592, 6. 7. 1961, Geheim, Verschlüsselt, Citissime; Linsel, Charles de Gaulle, S. 164.

[285] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 20. 7. 1961, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1961, Bd. 2, S. 1861–1896, in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1282–1313.

[286] Politbüro des PCF, Erklärung, 20. 7. 1961, in: Cahiers du Communisme 37 (1961), S. 1479–1483, im Auszug auch in: BDFD III, S. 598–600; s.a. Sitzung des PSU-Nationalrats vom 11./12. 11. 1961, im Auszug in: ebd., S. 611–613.

[287] S. Artikel Ferons, in: „Témoignage chrétien", 11. 8. 1961.

[288] Artikel Hournays, in: „L'Aurore", 7. 8. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 601f., hier S. 601.

[289] Seydoux, Erinnerungen, S. 269; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 370.

[290] S. Brandt, Begegnungen, S. 19f.; ders. Erinnerungen, S. 56f.; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 525f.

[291] S. Bundestagsrede Gerstenmaiers, 30. 6. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 49, S. 9762–9766.

[292] S. von Brentano an dens., 8. 7. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 319–326; Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 11. 7. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 941–978; Gerstenmaier, Streit, S. 445–451; Kosthorst, Brentano, S. 369f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 649f.

schen Defaitismus"[293] hielt ihn nicht davon ab, sein Credo weiter zu verbreiten. „Berlin", so skizzierte er seine Haltung nach einer von Brentano vertraulich zugegangenen Meldung Mitte Juli vor Generalen, „sei nicht die Auslösung eines Atomkriegs wert"[294]. Statt militärischer Aktionen plädierte er für ein umfangreiches Wirtschaftsembargo gegen den Ostblock, dachte offenbar an einen Freistadt-Status für West-Berlin und fühlte sich darin von Adenauer gestützt, der von einem Vorstoß über die Autobahn im Ernstfall nichts wissen wollte und sich für den Eventualplan einer Seeblockade gegen den Ostblock stark machte[295].

Am 8. 7. baute Chruschtschow seine Drohkulisse weiter aus, gab eine sofortige Erhöhung der Rüstungsausgaben bekannt und unterstrich noch einmal, daß der von ihm in Aussicht genommene Separatfrieden der DDR die volle Souveränität auch auf den Verbindungswegen nach West-Berlin übertragen werde[296]. Der Westen bemühte sich um Geschlossenheit, übertünchte die vorhandenen Risse aber nur unzureichend. Mitte Juli schickten Washington, London und Paris ihre Noten zur Beantwortung des Moskauer Memorandums vom 4. 6. ab, wiesen die dort dargelegten Pläne energisch zurück, ließen aber die Tür für nicht näher definierte Verhandlungen offen[297]. Bonn hatte sich bereits am 12. 7. zuvor in scharfer Form gegen die sowjetischen Zumutungen verwahrt. Nur eine auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhende Regierung, so ließ die Bundesregierung den Kreml wissen, sei legitimiert, einen Friedensvertrag für Deutschland zu schließen[298]. De Gaulle pflichtete dieser Auffassung am selben Tag in einer Rundfunk- und Fernsehansprache bei und kündigte die Anhebung der französischen Rüstungsanstrengungen an[299].

Freilich bezog sich die französische Verteidigungsbereitschaft allein auf die Durchsetzung der alliierten Rechte in West-Berlin, also nicht auf die Wahrung der Freiheit der ganzen Stadt[300]. Auch für die Amerikaner kam der Einsatz militärischer Mittel allenfalls bei einer direkten Bedrohung des Westteils in Frage[301]. Kennedy sah zwar die Notwendigkeit zu einem ostentativen Zeichen der Härte, doch das Schreckgespenst des Atomkriegs ängstigte ihn zutiefst. Unter dem Einfluß der „Tauben" wie Sorensen lehnte er die von den Hardlinern im Pentagon und von Acheson empfohlene Ausrufung des nationalen Notstands bzw. sofortige Mobilisierung am 19. 7. vorerst ab, verlangte aber eine substantielle militärische Aufrüstung und die Vorbereitung einer neuen Luftbrücke bis Dezember. Hinsichtlich

[293] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 495, Tb. 14. 5. 1961.
[294] Zitiert nach: Kosthorst, Brentano, S. 371; s.a. Baring, Bundeskanzler, S. 328.
[295] S. Grewe, Rückblenden, S. 481; Strauß, Erinnerungen, S. 386 f.; Kosthorst, Brentano, S. 371 f.
[296] S. Rede Chruschtschows, 8. 7. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1207–1219.
[297] S. Regierung Frankreichs an Regierung der Sowjetunion, Note, 17. 7. 1961, in deutscher Übersetzung in: EA 1961, S. D454-D456; Regierung der USA an dies., Note, 17. 7. 1961, in deutscher Übersetzung in: ebd., S. D445-D452; Regierung Großbritanniens an dies., Note, 17. 7. 1961, in deutscher Übersetzung in: ebd., S. D452-D454.
[298] S. Bundesregierung an Regierung der Sowjetunion, 12. 7. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1227–1230; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 498 f., Tb. 9. 7. 1961.
[299] S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 12. 7. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 327–332.
[300] Vgl. Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 534.
[301] S. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 13. 7. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 192–194; Sitzung dess. vom 13. 7. 1961, Top secret, in: ebd., S. 194–196; Beschloss, Powergame, S. 251 f.; Catudal, Kennedy, S. 185–189.

der von seinem Berater McGeorge Bundy aufgeworfenen Frage bezüglich ernsthafter Fühler nach Moskau zwecks Beilegung der Krise hielt sich Kennedy zwar bedeckt. Doch schien es ihm unklug, die diplomatische Initiative einer vom Kreml geförderten Friedenskonferenz zu überlassen[302].

Obwohl die Amerikaner grundsätzlich davon ausgingen, daß sie den Verbündeten kein Vetorecht zugestehen dürften, schien es dem Präsidenten doch sinnvoll, sie von der Richtigkeit seiner Politik zu überzeugen[303]. Nachdem eine Meinungsumfrage ihm den Rückhalt bei der Bevölkerung in bezug auf die drei „essentials" vor Augen geführt hatte[304], schickte Kennedy Adenauer, de Gaulle und Macmillan am 21. 7. entsprechende Briefe, in denen er sie über den Inhalt einer bevorstehenden Ansprache an die Nation unterrichtete und zu deutlichen militärischen Anstrengungen aufforderte[305]. Die Koordinierung unter den Verbündeten wurde einem Botschafter-Lenkungsausschuß übertragen, durch den die Bundesrepublik nun auch die Chance bekam, an der Contingency-Planung teilzunehmen. Eine Arbeitsgruppe höherer Beamter der vier westlichen Mächte sollte sich Ende Juli in Paris treffen, um für die dort Anfang August tagende Außenministerkonferenz beschlußreife Unterlagen auszuarbeiten.

Die Bundesregierung hielt das amerikanische Konzept nicht eben für überzeugend[306]. Besonders beunruhigend wirkten die im State Department erwogenen Tauschobjekte für eine Berlinlösung wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder gar der DDR[307]. Dennoch nahm sie Kennedys Rundfunk- und Fernsehansprache, in der er der Nation das Aktionsprogramm am 25. 7. erläuterte[308], mit großer Befriedigung auf[309]. Auch de Gaulle zeigte sich zufrieden und äußerte die Hoffnung, daß die inzwischen angelaufenen militärischen Maßnahmen einen heilsamen Effekt auf die Sowjetunion ausübten[310]. Schon nach wenigen Tagen war das Einvernehmen wieder verflogen. Diesmal gingen die Störfeuer von Bonn aus.

In der Pariser Arbeitsgruppe der vier Westmächte hatten sich die Delegationen trotz französischer Bedenken auf eine gemeinsame Verhandlungsstrategie geeinigt, derzufolge nach dem Eintreffen der sowjetischen Reaktion auf die letzten westlichen Noten eine Viermächteaußenministerkonferenz als Vorstufe eines

[302] S. Unterredung zwischen Kennedy, McNamara und den Joint Chiefs of Staff vom 18. 7. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 215f.; Bundy an Kennedy, Memorandum, 19. 7. 1961, Secret, in: ebd., S. 216–218; National Security Action Memorandum Nr. 62, 24. 7. 1961, Top secret, in: ebd., S. 225f.; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 375f.; Beschloss, Powergame, S. 258–260; Catudal, Kennedy, S. 192–197; Sorensen, Kennedy, S. 559f.

[303] S. Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 19. 7. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 219–222; Biermann, John F. Kennedy, S. 127–129.

[304] Vgl. Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 378f.

[305] S. AN, 5 AG 1/167, Kennedy an de Gaulle, 21. 7. 1961 (Übersetzung); vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 223f.; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 379f.; Biermann, John F. Kennedy, S. 129f.; Conze, Herausforderung, S. 207.

[306] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 224; Grewe, Rückblenden, S. 484–486.

[307] S. Kosthorst, Brentano, S. 372. Conze hingegen betont die ablehnende Haltung der Amerikaner gegenüber einer Anerkennung der DDR und begründet sie mit der Sorge des State Departments vor einem deutschen „Nationalneutralismus" (Conze, Herausforderung, S. 208f.).

[308] S. Fernsehansprache Kennedys, 25. 7. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 6, S. 1348–1356; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 381–384; Beschloss, Powergame, S. 261–264; Biermann, John F. Kennedy, S. 130–132; Catudal, Kennedy, S. 205–207.

[309] Vgl. Mayer, Adenauer, S. 37.

[310] S. de Gaulle an Kennedy, 27. 7. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 116f.

neuen Gipfels ebenso vorbereitet werden sollte wie demonstrative militärische Maßnahmen ohne provozierenden Effekt[311]. Adenauer, für den die Berlin-Krise längst ganz im Zeichen der Bundestagswahl stand, war aber nicht bereit, die Konsequenzen dieser Übereinkunft – Aufstockung der deutschen Divisionen auf Kriegsstärke oder Weiterverpflichtung der zur Entlassung anstehenden Wehrpflichtigen – zu tragen[312]. Kennedys jüngste Rundfunk- und Fernsehansprache hielt er mittlerweile für falsch, riet intern zu bedächtigem Vorgehen, war sogar geneigt, den Sowjets im geeigneten Moment Verhandlungen zu offerieren[313].

In Washington brachten die Verantwortlichen dieser Position durchaus Verständnis entgegen[314]. Auch Kennedy setzte inzwischen mehr auf Flexibilität gegenüber Chruschtschow, nachdem ihn sein Berater für Abrüstungsfragen John McCloy nach Sondierungen in der Sowjetunion hatte wissen lassen, in welch unerträglichen Situation sich der Kreml-Chef befände[315]. „Er muß etwas unternehmen, um das aufzuhalten", meinte der Präsident im vertrauten Kreis. „Vielleicht eine Mauer."[316]

Wie Couve de Murville seinen westlichen Kollegen Anfang August auf der Pariser Außenministerkonferenz auseinandersetzte, wollte seine Regierung von dieser Elastizität weiterhin nichts wissen. Auch den amerikanischen Wunsch nach einer baldigen Verhandlungsinitiative mit dem Ziel einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte Anfang Oktober mochte er nicht erfüllen, da für ihn das Ende derartiger Verhandlungen bereits feststand: Änderung des Berlin-Status. Da er hinter dem Vorgehen Moskaus vor allem die Angst vor einer politischen Einverleibung West-Berlins durch die Bundesrepublik sah, glaubte er die Probleme dadurch lösen zu können, daß die Westdeutschen ihre törichten Aktivitäten an der Spree, etwa das Abhalten von Bundestagssitzungen oder Besuche des Kanzlers, einstellten. Ansonsten riet er einmal mehr zur Einigkeit. Um seine vitalen Interessen zu bewahren, müsse der Westen stark sein, auch das Risiko eines Atomkriegs nicht scheuen. Mit diesen Ansichten stand der französische Außenminister indes allein. Seine Kollegen aus den USA und Großbritannien blieben dabei, den Aufrüstungsmaßnahmen ein Verhandlungsangebot zur Seite stellen zu müssen. Ihr deutscher Amtsbruder kam in dieser ersten Gesprächsrunde auf französische Anregung hin nicht zu Wort. Couve de Murvilles Begründung sprach Bände. Zwar habe man sich darauf verständigt, die Deutschen an den Diskussionen über Berlin zu beteiligen, es gäbe aber doch gewisse Aspekte des Problems, die zu dritt offener besprochen werden könnten! Natürlich müsse man sie voll ins Bild setzen und sämtliche Aktionen im Einvernehmen mit ihnen entscheiden, damit sie nicht in den Neutralismus abdrifteten. Aber die trilaterale Abstimmung schien ihm doch

[311] Vgl. Catudal, Kennedy, S. 231–235; Kosthorst, Brentano, S. 374f.; FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 267f.

[312] S. Strauß, Erinnerungen, S. 389; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 655f.

[313] S. Küsters, Adenauer und Brandt, S. 525; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 656.

[314] Unterredung zwischen Kennedy und Rusk vom 3. 8. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 264–267, hier S. 265.

[315] S. Thompson an Dep. of State, Tel. 323, 28. 7. 1961, Confidential, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 231–234; ders. an dass., Tel. 324, 29. 7. 1961, Secret, Priority, Limited Distribution, in: ebd., S. 235; ders. an dass., Tel. 340, 31. 7. 1961, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 241f.; Catudal, Kennedy, S. 212–215; Beschloss, Powergame, S. 265f.

[316] Zitiert nach: Catudal, Kennedy, S. 215; s.a. Beschloss, Powergame, S. 268.

in einigen Fragen höchst sinnvoll. Rusk und Home gefiel diese Ausgrenzung der Deutschen nicht, aber sie widersetzten sich ihr auch nicht[317].

Erst am Nachmittag durfte auch von Brentano in den Sitzungssaal. Aufgrund der ihm vom Kanzler gegebenen Weisungen konnte er seinen Kollegen nicht viel Konkretes anbieten. Adenauer wünschte alle Entscheidungen über den Wahltag hinauszuschieben. Entsprechend schwierig gestaltete sich die Suche nach Gemeinsamkeit. Am Ende herrschte Einigkeit über die Grundsätze der gemeinsamen Position in der Berlin- und Deutschlandfrage einschließlich der drei „essentials" sowie über die Bereitschaft zu wirtschaftlichen Gegenaktionen. Darüber hinaus verabschiedeten die Minister die modifizierte Ernstfallplanung, wonach die Kontrolle durch die DDR-Behörden keinen Casus belli darstellte[318]. Als sie am nächsten Morgen ihre Debatte über die militärischen Maßnahmen der NATO im Fall einer Berlin-Blockade fortsetzen, zeigten sich indes erneut tiefe Risse zwischen den Verbündeten. Couve de Murville beharrte darauf, den Zeitpunkt des Einsatzes von Atomwaffen nicht festzulegen[319]. Die von Rusk und Home gewünschte Verhandlungsofferte an Moskau blieb aufgrund der heftigen Gegenwehr ihrer Kollegen aus Bonn und Paris auf der Strecke. Nur schleppend verständigte man sich darauf, auf der Basis der amerikanischen Vorschläge einer flexiblen Antwort weiter zu planen und eine Entscheidung Mitte September herbeizuführen[320].

Angesichts der zahlreichen Meinungsverschiedenheiten war es nicht verwunderlich, daß die Minister kein gemeinsames Abschlußkommuniqué veröffentlichten[321]. Wenn von Brentano der Öffentlichkeit gegenüber dennoch etwas von „ruhige[r] Entschlossenheit" und „echte[r], unverbrüchliche[r] Solidarität" der Verbündeten faselte[322], so ging das an der Wirklichkeit völlig vorbei. Nicht einmal in seiner eigenen Partei schenkte man seiner Einschätzung Glauben[323]. Tatsächlich hatte die von Couve de Murville vorgetragene unnachgiebige Haltung de Gaulles erhebliche Differenzen verursacht[324]. In einer nach Ende der Konferenz stattfindenden Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister machte der französische Präsident noch einmal in aller Deutlichkeit klar, daß er den amerikanischen Weg nicht mitzugehen gedachte: „You are not Europeans. You are naturally very concerned about Berlin, but not as immediately nor as directly as we are." Schon aus Prinzip lehnte er Verhandlungen unter dem von Chruschtschow ausgespro-

[317] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Home und Rusk vom 5. 8. 1961, US/MC/2, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 269–280; DDF 1961, Bd. 2, S. 233–242; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 151.

[318] S. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Home und Rusk vom 5. 8. 1961, US/MC/5, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 281–291; Konferenz zwischen dens. vom 5. 8. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 242–248; Catudal, Kennedy, S. 235–239; Kosthorst, Brentano, S. 375 f.

[319] Vgl. Catudal, Kennedy, S. 239.

[320] S. Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville, Home und Rusk vom 6. 8. 1961, US/MC/3, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 291–298; Konferenz zwischen dens. vom 6. 8. 1961, US/MC/6, Top secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 299–303; Konferenz zwischen dens. vom 6. 8. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 248–262; Konferenz zwischen dens. vom 6. 8. 1961, in: ebd., S. 262–265; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 151 f.; Catudal, Kennedy, S. 242–244.

[321] S. AdG 1961, S. 9275A.

[322] Erklärung von Brentanos, 12. 7. 1961, in: EA 1961, S. D535 f., hier S. D536.

[323] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 523, Tb. 12. 8. 1961.

[324] S. Rusk an Kennedy, Tel. Secto 22, 7. 8. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 309–311.

chenen Diktat ab. Und selbst wenn es fiele, kamen sie für ihn nicht in Frage. Denn wenn sie fehlschlügen, sei Berlin und damit auch die Bundesrepublik verloren[325]. Die von de Gaulle einkalkulierte militärische Option empfand Rusk aber im Zeitalter der Kernwaffen als inakzeptabel[326].

„So steht die westliche Welt in diesen Wochen vor der schwersten Auseinandersetzung mit dem aggressiven Sowjetrußland seit 1945", notierte sich Blankenhorn am 6. 8. zur internationalen Lage. Seine Schlußfolgerung war unmißverständlich: Der Westen müsse die Kraftprobe suchen, und zwar jetzt, denn später fiele sie angesichts der wachsenden militärischen wie politischen Macht der Sowjetunion erheblich verlustreicher aus[327]. Der Kanzler sah das ganz anders. Als Rusk ihm am 10. 8. in Cadenabbia den Vorschlag unterbreitete, in der ersten Septemberwoche ein Verhandlungsangebot für die Zeit zwischen Anfang Oktober und November zu lancieren, stimmte Adenauer nicht nur zu, sondern bedankte sich sogar noch für die Rücksicht der Amerikaner auf den Wahltermin. Auf den Ernstfall gedachte er weiterhin nicht mit militärischen, sondern mit ökonomischen Gegenmaßnahmen zu reagieren[328].

„On fait une note et puis voilà"

Nur drei Tage später trat der Ernstfall ein. Parallel zur Konferenz der vier westlichen Außenminister hatten in Moskau die Führungsspitzen des Ostblocks getagt, um sich mit der Situation in Berlin zu befassen. Allein im Monat Juli waren über 30000 unzufriedene DDR-Bürger in den Westteil der alten Reichshauptstadt geströmt; in den ersten Tagen des August folgten ihnen Tausende nach[329]. Seit Januar hatte Ulbricht Chruschtschow wiederholt um eine Schließung der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin nachgesucht - bisher stets vergeblich. Am 5. 8. gab der sowjetische Ministerratsvorsitzende dem vom Ersten Sekretär des ZK der polnischen KP unterstützten Drängen doch nach und akzeptierte den Bau einer Mauer[330]. Als dann im Morgengrauen des 13. 8. die Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin mit Stacheldraht begann[331], schienen die westlichen Regierungen von Zeitpunkt und Ablauf des Geschehens verblüfft und überrumpelt[332], wenngleich sie einen solche Handstreich durchaus in ihr Kalkül gezogen hatten[333].

Da man am Rhein wie an der Spree weitere Operationen der Sowjets befürchtete, lautete die Parole der Bundesregierung, Ruhe zu bewahren und die Reaktion

[325] Unterredung zwischen de Gaulle und Rusk vom 8. 8. 1961, US/MC/13, Secret, in: ebd., S. 312–316, hier S. 314; Unterredung zwischen dens. vom 8. 8. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 280–286, hier S. 282.

[326] Vgl. Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 263.

[327] BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 153–156, Tb. 6. 8. 1961; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 657.

[328] Vgl. Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 387f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 658f.

[329] Vgl. Rühle/Holzweißig, 13. August, S. 154.

[330] Vgl. Ulbricht an Chruschtschow, 19. 1. 1961, in: Steiner, Vorstellungen, S. 242–254; ders. an dens., 4. 8. 1961, nebst Anlage, in: ebd., S. 254–268; Harrison, Berlin-Krise, S. 117–121; Lemke, Berlinkrise, S. 154–169; Selvage, End.

[331] Zu den Ereignissen des 13. 8. 1961 s. Erklärung des Ministerrates der DDR, 13. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 6–8; Lansing Dulles, Wall, S. 34–62; Rühle/Holzweißig, 13. August, bes. S. 92–100 u. 144f.

[332] S. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 152.

[333] Vgl. Catudal, Kennedy, S. 248–270.

der Verbündeten abzuwarten[334]. Indem Rusk in einer von Kennedy gebilligten Stellungnahme am selben Tag erklärte, die Maßnahmen seien nicht gegen die Position der Alliierten in West-Berlin oder deren Zugangsrechte gerichtet[335], gab er die Marschroute vor. Der Präsident betrachtete die Mauer als Ausweg aus der Zwangslage – "keine besonders angenehme Lösung, aber [...] verdammt noch einmal besser als ein Krieg"[336]. Ein Vorschlag Norstads, die Befestigungen mit Panzern von der westlichen Hälfte Berlins aus wieder niederzureißen, fand keine Billigung[337]. Adenauer hielt es daher mit Blick auf die Bundestagswahl am 17. 9. um so mehr für notwendig, auf demonstrative Gesten zu verzichten[338], und weigerte sich auch gegen den Rat einiger Mitarbeiter, sofort nach Berlin zu fahren[339]. In einem weniger Orientierung denn Ratlosigkeit widerspiegelnden Fernsehgespräch versicherte er aber am folgenden Tag gemeinsam mit von Brentano, man werde mit den Verbündeten adäquate Schritte einleiten[340]. Doch die Partner dachten gar nicht daran, echte Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

In Paris sahen viele Politiker im Bau der Mauer nur eine Etappe in der Berlin-Krise; hielt der Westen still, würde der Osten weitere folgen lassen und dessen Ohnmacht bloßstellen. Andere hingegen meinten, die Mauer bringe die Fluchtbewegung zum Stillstand und vereinfache die Sache. „En coupant le noeud gordien, en mettant sur leurs épaules l'odieux de ce geste, qui consiste à enfermer les Allemands de l'Est dans un véritable camp de concentration, ils [les Soviétiques] ont réglé la principale de leurs difficultés"[341]. Couve de Murville befürchtete eine Krisenverschärfung für den Herbst, setzte daher für den Augenblick grundsätzlich auf Kalmierung und lehnte daher auch die von Bonn empfohlenen Wirtschaftssanktionen ab. Als einzige Gegenmaßnahme wünschte er sich eine sofortige Sperrung der „Temporary Travel Documents" (TTD) für die ostzonalen Reisekader[342], doch nicht einmal dazu waren Briten und Amerikaner bereit[343]. In Washington gaben die Wortführer der auf Verhandlungen bedachten ‚Schule' um Rusk und Kohler den Ton an. Sie erhielten „volle Unterstützung" aus London, wo Macmillan und Home vor jeglicher Verschärfung warnten[344]. De Gaulle hingegen vertrat

[334] S. Erklärung Adenauers, 13. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 11; Erklärung Brandts im „RIAS", 13. 8. 1961, in: ebd., S. 18; Kosthorst, Brentano, S. 380.

[335] S. Erklärung Rusks, 13. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 12; Mayer, Adenauer, S. 43.

[336] Zitiert nach: Beschloss, Powergame, S. 281; s.a. Costigliola, Pursuit, S. 42. Biermann hält den Quellenwert dieser Aussage für fraglich und sieht in dem Mauerbau keinen Einschnitt für die weiteren Planungen der Washingtoner Regierung (Biermann, John F. Kennedy, S. 135f. mit Anm. 159).

[337] Vgl. Rusk, As I saw it, S. 223; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 391; Beitrag von Walther, in: Schwarz (Hg.), Berlinkrise, S. 38.

[338] Vgl. ausführlich: ders., Adenauer, Bd. 2, S. 660–668.

[339] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 56–59.

[340] S. Fernsehgespräch zwischen Adenauer und von Brentano vom 14. 8. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1461; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 662; s.a. Pressekonferenz von von Hase und Krueger, 14. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 21–25.

[341] Alphand, L'étonnement d'être, S. 361, Tb. 16. 8. 1961.

[342] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 147f., Blankenhorn an AA, Tel. 942, 22. 8. 1961; Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 535.

[343] S. Rusk an Bonn, Tel. 350, 14. 8. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 329f.; Sitzung der Berlin Steering Group vom 15. 8. 1961, Secret, in: ebd., S. 333f.; Rusk an Bonn, Tel. 356, 15. 8. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 337–339; Grewe, Rückblenden, S. 489f.; Haftendorn, Instrumentarium, S. 49–51; Kosthorst, Brentano, S. 382.

[344] Grewe, Rückblenden, S. 489.

mit „eiserner Konsequenz" die Ansicht, nicht unter erpresserischem Druck an den Verhandlungstisch zu gehen[345]. Zur großen Geste war freilich auch er nicht bereit. Wenngleich der Präsident die Berlin-Frage nicht, wie einige Kommentatoren es forderten, als vernachlässigenswerten Nebenschauplatz betrachtete[346], so beschränkte er sich doch wie Kennedy und Macmillan auf Protestnoten und eine symbolische Truppenverstärkung[347].

„On fait une note et puis voilà", lautete die von Couve de Murville ausgegebene lapidare Parole[348], die zum Teil auch durch die prekäre innenpolitische Lage in Frankreich mitbestimmt worden war. In der Hauptstadt kursierten Putschgerüchte[349]. Die seit Ende Mai mehrfach aufgenommenen und unterbrochenen französisch-algerischen Verhandlungen in Evian und Lugrin kamen nicht recht voran. Die Zeit arbeitete gegen de Gaulle, da die Extremisten durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in Algerien Oberwasser bekamen[350]. In dieser Situation eine Konfrontation mit den Sowjets zu wagen, hätten keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung gebracht. Demonstrativ zog es den Präsidenten erst am 17. 8. aus seinem Refugium in Colombey-les-deux-Eglises in den Elysée zurück. Noch am selben Tag entschied der Conseil de Défense unter seinem Vorsitz die Verstärkung der Luft- und Bodentruppen in Deutschland und Frankreich; doch anders als die Verbündeten veranlaßte de Gaulle keine sofortige Verstärkung seiner Garnison in Berlin[351]. Gewiß lief die in Beton gegossene Teilung der Stadt seiner Vision einer Überwindung der Spaltung Europas diametral entgegen. Da der General in dem Mauerbau aber weniger ein Symbol für das Ende der Nachkriegszeit als ein Vorspiel für weitere Konflikte erblickte und die Amerikaner eine friedliche Lösung des Berlin-Konfliktes auf der Basis der Status quo befürworteten, verhielt er sich ruhig und nahm auch das Risiko einer „Traumatisierung der Deutschen" nebst wachsender Distanz zu den Westmächten in Kauf[352].

Die Bundesregierung hatte keinen Grund, sich über diese schwache Reaktion zu beschweren, tat sie doch nichts, um die Verbündeten zu Repressalien zu ermuntern – im Gegenteil. Ermattet von den Wahlkampfauseinandersetzungen der letzten Wochen, focht Adenauer an drei Fronten gleichzeitig: innerdeutsch gegen den „Bankrott"-Vorwurf der SPD[353] sowie gegen Kriegsangst und nationale Erre-

[345] Ebd., S. 490; s.a. Humbert, Le Général de Gaulle et le „Mur de Berlin", S. 44; Rusk an Bonn, Tel. 356, 15. 8. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 337–339.

[346] S. Artikel Dronne, in: „Carrefour", 23. 8. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 602–604.

[347] S. Schreiben der westlichen Stadtkommandanten an den sowjetischen Stadtkommandanten, 15. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 43 f.; Regierung der Vereinigten Staaten an sowjetische Regierung, 17. 8. 1961, in: ebd., S. 70 f.; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 263; Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 535.

[348] Alphand, L'étonnement d'être, S. 361, Tb. 16. 8. 1961.

[349] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 130 f., Tb. 8. 8. 1961.

[350] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, „Die Algerienfrage", o.D.; ebd., Aufzeichnung dess. 204–83.00/94.07/1549/61, 16. 8. 1961; die Verhandlungsprotokolle in: DDF 1961, Bd. 1, Nr. 286; ebd., Bd. 2, Nr. 54; s.a. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 313–330; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 175–199.

[351] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 23. 8. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 363 f.; Pressekonferenz dess., 5. 9. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 335–337; Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 534–536; ders., Politique nucléaire, S. 356 f.

[352] Lucas, Europa, S. 173; vgl. Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 537.

[353] Erklärung Brandts in der SPD-Fraktionssitzung vom 18. 8. 1961, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 582.

gung[354]; nach Westen, um die Unterstützung de Gaulles nicht zu verlieren[355] und bloß keinen Anstoß in Washington zu erregen[356] – wie Brandt dies seiner Ansicht nach mit seinem Schreiben an Kennedy tat[357]; und nach Osten, um Moskau Bereitschaft zu Verhandlungen auf der Basis der Stärke zu signalisieren[358]. In der durch Wut und Verbitterung[359] aufgebrachten Öffentlichkeit entstand so das Bild, die Bundesregierung, ja der gesamte Westen tue nichts. „US-Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Brandt."[360] Nun bekämen sie die „Quittung für den langen Schlaf"[361]. Entging de Gaulle dem Verdikt der Öffentlichkeit nur deshalb, weil die Ruhe in Paris am wenigsten überraschte[362]?

Die Deutschen hatten von den Verbündeten mehr als eine Protestnote erwartet. Stimmen wurden laut, die das Vertrauen in den Westen anzweifelten. Erst als „die Stunde der großen Desillusion"[363] innerhalb weniger Tage zu einem rasanten Stimmungsumschwung zugunsten der Opposition führte, setzte der Kanzler zu einer Kurskorrektur an. Als Kennedy der beunruhigenden Atmosphäre in West-Berlin gegenzuwirken trachtete und eine Kampfgruppe von 1500 Soldaten, seinen Vizepräsidenten Johnson und den bereits legendären General Clay nach Berlin schickte, witterte Adenauer sofort eine wohlfeile Gelegenheit, den katastrophalen Eindruck seiner Politik zu korrigieren. Doch die Amerikaner lehnten seinen Mitflug barsch ab und boten damit dem sofort nach Berlin zurückgeeilten SPD-Kanzlerkandidaten das Forum für eine sechsstündige Wahlkampfschau[364].

De Gaulle hielt von diesen „melodramtic symbols of solidarity"[365] überhaupt nichts und begnügte sich am 19. 8. damit, seinen Botschafter Seydoux an die Spree zu schicken[366]. Weder der Staatspräsident noch ein Mitglied seiner Regierung sollten jemals Berliner Boden betreten[367]. Washingtons Plan zur Veröffentlichung einer trilateralen „rather bombastic ‚declaration'"[368] über Berlin lehnte er ab, weil

[354] S. Adenauer an Axel Springer, FS, 16. 8. 1961, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 546; ebd., S. 543f. u. 548, Kanzler-Tee, 17. 8. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 55f.; Kosthorst, Brentano, S. 382f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 661.

[355] S. Grewe, Rückblenden, S. 490.

[356] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 544, Kanzler-Tee, 17. 8. 1961; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 399–402.

[357] S. Brandt an Kennedy, 16. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 48; ausführlich dazu: Prowe, Brief; zur Reaktion Adenauers s. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 543, Kanzler-Tee, 17. 8. 1961.

[358] Vgl. Kommuniqué zur Unterredung zwischen Adenauer und Smirnow vom 16. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 48; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 551, Kanzler-Tee, 17. 8. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 59f.; Kosthorst, Brentano, S. 383f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 663–665.

[359] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 524, Tb. 15.–17. 8. 1961.

[360] „Bildzeitung", 16. 8. 1961, auch in: Rühle/Holzweißig, 13. August, S. 101; s.a. Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 396.

[361] Artikel Dönhoff, in: „Die Zeit", 18. 8. 1961, auch in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 542.

[362] Vgl. Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 535.

[363] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 524, Tb. 18. 8. 1961.

[364] S. Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 25. 8. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 1012f.; Grewe, Rückblenden, S. 491; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 529, Tb. 9. 9. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 62f.; Beschloss, Powergame, S. 284; Kosthorst, Brentano, S. 386; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 667.

[365] Costigliola, Pursuit, S. 43.

[366] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 271; Buffet, De Gaulle et Berlin, S. 536.

[367] S. Humbert, Le Général de Gaulle et le „Mur de Berlin", S. 46.

[368] Macmillan, Pointing the Way, S. 393, Tb. 19. 8. 1961; s.a. AN, 5 AG 1/167, Kennedy an de Gaulle, 18. 8. 1961, mitgeteilt in: ebd., Lyon an dens., 18. 8. 1961, Très secret (Übersetzung).

er keine Verschärfung der Lage wünschte und Kennedy unterstellte, Brandt lediglich beruhigen zu wollen. Außerdem paßte ihm das darin enthaltene Angebot zu Verhandlungen nicht, da es dazu seiner Meinung nach erst einmal eines echten Wandels der internationalen Atmosphäre bedurfte[369]. Verhandlung, so brachte Couve de Murville den französischen Standpunkt gegenüber Blankenhorn auf den Punkt, „bedeute Konzessionen in den wesentlichen Fragen"[370].

„Völliges Durcheinander" im Westen

Indem die USA die Führung in den Berlin-Verhandlungen nun an sich zogen und keinen Widerspruch der Verbündeten gegen ihre Verhandlungsinitiative zu dulden gedachten[371], war die Kollision mit Frankreich vorprogrammiert[372]. Solange die Russen das Feuer schürten, durfte es nach Meinung de Gaulles keine Gespräche mit ihnen geben. Sollten die Amerikaner dennoch den Kontakt wiederaufnehmen, brauchten sie nicht auf die Unterstützung Frankreichs zu zählen, „bien plus, nous nous en dissocions". Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt, so lautete sein stets wiederkehrendes Argument, führten nur zur Aufgabe Berlins und dann zum Abdriften Westdeutschlands nach Osten. Daß er sich mit dieser Hartnäckigkeit östlich des Rheins keine Freunde machte, sah er klar voraus. Gewiß werde Adenauer sich auf die Seite der Amerikaner schlagen, meinte er gegenüber Botschafter Alphand. Denn der Kanzler halte nichts von der Wiedervereinigung und einem Wiederauferstehen Preußens. Doch in einigen Monaten dächten die Deutschen vielleicht anders. De Gaulle glaubte noch immer an den Friedenswillen der Sowjets und zog daraus den Schluß, daß der Westen sich fest zeigen könne. „Par notre réserve, nous ménageons l'avenir, c'est-à-dire nos possibilités d'entente européenne avec une Allemagne désemparée, désorientée"[373].

Trotz der von Moskau weiter verschärften Drohgebärden[374] und des von Furcht vor dem Nuklearkrieg geprägten zunehmend stärkeren Washingtoner Drängens auf Ost-West-Verhandlungen[375] ließ sich Paris nicht erweichen, der Eröffnung derartiger Konsultationen zuzustimmen[376]. Zwar billigte de Gaulle Ende August die Teilnahme Couve de Murvilles an einem von Rusk vorgeschlagenen Treffen der westlichen Außenminister zum 14. 9., schloß aber von vornherein aus, ein Kommuniqué mitzutragen, das den Wunsch der Amerikaner nach explorativen Unterredungen mit den Sowjets über Berlin enthielt: „C'est exclusivement

[369] S. de Gaulle an Kennedy, 18. 8. 1961, nebst Entwurf einer Erklärung der drei Mächte, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 126f.; Alphand, L'étonnement d'être, S. 362, Tb. 19. 8. 1961.

[370] BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 147f., Blankenhorn an AA, Tel. 942, 22. 8. 1961.

[371] S. Kennedy an Rusk, Memorandum, 21. 8. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 359f.; Biermann, John F. Kennedy, S. 138f.; Costigliola, Pursuit, S. 45f.

[372] S. Rusk an Paris, Tel. 1004, 21. 8. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 361f.

[373] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 23. 8. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 362–366, hier S. 362 u. 364; s.a. Buffet, Politique nucléaire, S. 357; Marcowitz, Charles de Gaulle, S. 213f.

[374] S. Note der sowjetischen Regierung an die Regierungen der drei Westmächte, 23. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 208–210.

[375] S. Unterredung zwischen Rusk und Alphand vom 24. 8. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 366–368; Alphand an Couve de Murville, Tel. 4090/94, 24. 8. 1961, Très secret, Réservé, Urgent, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 325f.; AN, 5 AG 1/167, Kennedy an de Gaulle, 24. 8. 1961, mitgeteilt in: ebd., Gavin an dens., 25. 8. 1961, Très secret (Übersetzung).

[376] S. de Gaulle an Kennedy, 26. 8. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 129–131.

leur affaire."[377]. Diese dezidiert kritische Haltung hielt den General jedoch nicht davon ab, Kennedy nach erneutem Säbelgerassel Chruschtschows[378] zu versichern, er stehe im Fall einer Katastrophe fest an seiner Seite[379].

Wie von de Gaulle erwartet, mochte sich Adenauer dem Druck Kennedys nicht so unbeugsam verweigern, konnte es sich auch kurz vor den Bundestagswahlen kaum leisten, einen offenen Konflikt mit ihm zu riskieren. Mag die zur Nachgiebigkeit neigende Haltung Washingtons auch à la longue zum Ausbau der „Achse Bonn-Paris" beigetragen haben[380], so hüteten sich die Deutschen doch vorläufig davor, die Amerikaner zu verprellen. Im Gegenteil: Angesichts der gefährlichen Zuspitzung in Berlin und der in Washington unter führenden Senatoren wie Kolumnisten geführten Diskussion über eine De-facto-Anerkennung der DDR, De-jure-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie Sicherheitsvorschläge auf der Basis der deutschen Teilung[381], drängte der Kanzler geradezu auf Gespräche[382]. Ja, er bewertete jetzt sogar die Genfer Konferenz samt der Interimsformel vom 28. 7. 1959 als vorbildhaft für eine Lösung[383]. Doch die Amerikaner gaben sich damit nicht zufrieden. Sie wollten Adenauer dazu bewegen, seinen Einfluß auf de Gaulle geltend zu machen, um den störrischen General doch noch auf den Verhandlungskurs zu bringen[384]. Dem auf Unabhängigkeit vom westlichen Hegemon bedachten Franzosen gegenüber als Sprachrohr der Amerikaner aufzutreten, empfand Adenauer als höchst inopportun. Aber eine Bitte des Patrons in der Stunde großer Gefahr auszuschlagen, konnte er sich ebenfalls nicht erlauben. So beließ er es dabei, zwischen der französischen und amerikanischen Position lavierend in einem Schreiben an Kennedy am 29. 8. dessen Wunsch nach Verhandlungen ebensoviel Verständnis entgegen wie de Gaulles Sorgen[385].

Nachdem er am 3. 9. grünes Licht für eine Unterredung zwischen Thompson und Gromyko zwecks Sondierung der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft gegeben hatte[386], sicherte der Präsident dem Kanzler am Tage darauf in einer „wenig substantiell[en]" Antwort[387] erneut die Entschlossenheit der USA zur Verteidigung West-Berlins zu und sprach sich zugleich für Verhandlungen aus[388]. Doch

[377] Ders. an dens., Aufzeichnung, 28. 8. 1961, in: ebd., S. 131; FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 378, Anm. 3.

[378] S. Beschluß des ZK der KPdSU, 29. 8. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 277–283; Erklärung der sowjetischen Regierung, 30. 8. 1961, in: ebd., S. 290–292; Beschloss, Powergame, S. 289–294.

[379] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 674.

[380] Conze, Herausforderung, S. 212.

[381] S. PA, Ref. 700, Bd. 139a, Duckwitz an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen, RE 700–83.01/2/61, 22. 8. 1961, VS-NfD, Reinkonzept, nebst Anlage; Grewe, Rückblenden, S. 495; Kosthorst, Brentano, S. 387f.

[382] S. Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 25. 8. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 1003–1062.

[383] S. Journalistengespräch mit Adenauer, 6. 9. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 344f.; Kosthorst, Brentano, S. 387.

[384] S. Unterredung zwischen Rusk und Grewe vom 26. 8. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 374–376; Grewe, Rückblenden, S. 494f.

[385] S. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 380, Anm. 1; Grewe, Rückblenden, S. 496; Conze, Herausforderung, S. 212f. mit Anm. 35.

[386] S. Rusk an Thompson, Tel. 660, 3. 9. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 388f.

[387] Grewe, Rückblenden, S. 496.

[388] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 560, 4. 9. 1961 (ausgehändigt am 6. 9. 1961), Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 389–391; vgl. Conze, Herausforderung, S. 213; Mayer, Adenauer, S. 48; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 669.

damit schien die Zeit der deutsch-amerikanischen Gemeinsamkeit beendet. Presseberichte und Sondierungen Grewes erhärteten den Verdacht, daß im Weißen Haus die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder gar der DDR erwogen und erneut mit Disengagementplänen hantiert werde[389]. Da Moskau derweil als Voraussetzung für die Aufnahme der bilateralen Kontakte die prinzipielle Zustimmung zum Friedensvertrag und zur Freistadt-Konzeption verlangte[390], kamen Kennedy und Rusk am 11. 9. insgeheim überein, Thompson zur Eröffnung von Verhandlungen zu ermächtigen, die auf eine Friedenskonferenz und die Ausarbeitung paralleler Friedensverträge hinauslaufen sollten. Der westliche Friedensplan von 1959 galt dem Präsidenten nicht mehr als akzeptabel, weil die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen seiner Meinung nach keinen Sinn mehr machte[391].

Adenauer und von Brentano setzten alles daran, die amerikanischen Überlegungen zu konterkarieren[392]. Da sie sich der Unterstützung de Gaulles, der soeben erst einem Attentat der OAS, einer terroristischen Kampforganisation der europäischen Minderheit in Algerien, unversehrt entkommen war[393], nicht sicher sein konnten, spielten sie dabei einmal mehr mit dem Gedanken eines Treffens mit Chruschtschow[394]. Die feste Haltung Couve de Murvilles auf der Washingtoner Außenministerkonferenz vom 14. 9. ließ diese Pläne einstweilen in den Hintergrund treten. Obwohl Rusk und Home hart auf ihn einredeten, bewegte er sich keinen Millimeter auf sie zu. Zwar widersetzte er sich nicht der anläßlich der bevorstehenden UNO-Vollversammlung geplanten amerikanisch-sowjetischen Kontaktaufnahme, war aber nicht bereit, Rusk ein Mandat für Verhandlungen im Namen der drei Mächte zuzubilligen[395].

Couve de Murvilles Intransigenz ließ die am folgenden Tag stattfindende Sitzung à quatre für von Brentano glimpflicher als befürchtet ausfallen. Die energische Linie seines französischen Kollegen erleichterte es dem Bundesaußenminister sehr, sich zurück- und seinen Standpunkt aufrechtzuerhalten. Da aber auch die Angelsachsen von Brentano wenige Tage vor den Bundestagswahlen nicht zu Beschlüssen drängen mochten, die den Wahlausgang auf Kosten der Bundesregierung belastet hätten, beschränkten sich die Minister schließlich darauf, Rusk zu den exploratorischen Gesprächen mit Gromyko zu ermächtigen, ohne bereits einen Termin für eine Ost-West-Konferenz festzulegen[396]. Was Couve de Murville

[389] S. „New York Times", 6. 9. 1961; von Brentano an Adenauer, 11. 9. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 334f.; Beschloss, Powergame, S. 348f.; Conze, Herausforderung, S. 213f.; Kosthorst, Brentano, S. 388.

[390] S. Thompson an Dep. of State, Tel. 814, 7. 9. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 394f.; Chruschtschow an Sulzberger, 5. 9. 1961, in: ebd., S. 401; Unterredung zwischen Rusk und Menschikow vom 14. 9. 1961, Confidential, in: ebd., S. 409–411; Sulzberger, Last of the Giants, S. 800–802, Tb. 8. 9. 1961; Slusser, Berlin Crisis, S. 190–210.

[391] S. Kennedy an Rusk, Memorandum, 12. 9. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 402f.

[392] S. von Brentano an Adenauer, 11. 9. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 334f.; Kosthorst, Brentano, S. 389.

[393] S. Adenauer an de Gaulle, Tel., o.D., in: Bulletin 1961, S. 1624. Zu den Aktivitäten der OAS vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 251–284.

[394] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 516; von Brentano an Adenauer, 13. 9. 1961, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 335; Kosthorst, Brentano, S. 389.

[395] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Home und Rusk vom 14. 9. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 405–408; DDF 1961, Bd. 2, Nr. 104f. u. S. 409–420

[396] S. Konferenz zwischen Kennedy, von Brentano und dens. vom 15. 9. 1961, WFM MC-3, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 411–415; Konferenz zwischen von Brentano, Couve de Murville,

von diesem Resultat hielt, gab er unmißverständlich dadurch zu erkennen, daß er aus Washington abreiste, ohne die UNO-Debatte abzuwarten[397].

Kaum waren die Bundestagswahlen mit dem Verlust der absoluten Mehrheit für die Regierung abgeschlossen, beendeten die USA die Schonzeit der Bundesrepublik, obwohl ihr in dieser Zeit internationaler „Hochspannung"[398] eine Regierungskrise drohte, weil die FDP sich dem Eintritt in ein Kabinett unter Adenauer verweigerte[399] und der Ruf der SPD nach einem „Kabinett der nationalen Konzentration" ungehört verhallte[400]. Am 23. 9. meldete die Presse, Lucius D. Clay, der von Kennedy zum Sonderbeauftragten für Berlin beauftragt worden war, habe Journalisten gegenüber erklärt, die Deutschen müßten sich für einige Jahre mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden[401]. John McCloy, der ehemalige Hohe Kommissar, empfahl Adenauer nun eine eigene Initiative hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR sowie der Umwandlung Berlins in eine Freie Stadt[402]. Als Rusk dann in den Sondierungsgesprächen mit Gromyko Ende September entgegen den Absprachen die Berlin-Frage mit den Problemen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, der Sicherheitszonen sowie der Atombewaffnung der Bundeswehr verknüpfte und den sowjetischen Maximalforderungen mit breiter Diskussionsbereitschaft entgegenkam[403], sah Adenauer sich genötigt, bei Kennedy zu intervenieren und die deutsche Ablehnung jedes Disengagements herauszustellen[404]. Doch der Präsident, der mittlerweile in einem 26-seitigen Schreiben vom Kreml-Chef zu einem persönlichen Briefwechsel eingeladen worden war[405], blieb stur. Bestärkt durch Rusks Empfehlungen[406], rühmte er die flexible Haltung Chruschtschows, verspürte wenig Lust, von dem nunmehr be-

Home und Rusk vom 15. 9. 1961, Secret, in: ebd., S. 415–424; Rusk an Bonn, Tel. 735, 17. 9. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 424–427; DDF 1961, Bd. 2, Nr. 108f. u. 113 u. S. 421–439; Kommuniqué der Außenministerkonferenz der vier Westmächte, 16. 9. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 453f.; Grewe, Rückblenden, S. 496f.; Kosthorst, Brentano, S. 389f.

397 S. Artikel Fischer, in: „Die Zeit", 22. 9. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 604–606.

398 Von Brentano an Adenauer, 20. 9. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 344f., hier S. 344; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 671.

399 S. Sitzungen des FDP-Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion, 19. u. 29. 9. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 78–231; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 531, Tb. 19. 9. 1961. Zu den schwierigen Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen vom 17. 9. 1961 vgl. Mende, Regierungsbildung; Baring, Bundeskanzler, S. 341–377; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 671–699; ders., Ära Adenauer 1957–1963, S. 225–239.

400 Erklärung Brandts in der SPD-Fraktionssitzung vom 28. 9. 1961, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 7; s.a. Bouvier, Godesberg, S. 97–105; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 533.

401 S. Meldung von „AP", 22. 9. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 491–493.

402 S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 532f., Tb. 25. 9. 1961; Kosthorst, Brentano, S. 391f.

403 S. Bowles an Paris, Tel. 1691, 22. 9. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 431–433; ders. an dass., Tel. 1836, 28. 9. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 439–441; Rusk an dass., Tel. 1893, 2. 10. 1961, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 456–460; BA, NL Blankenhorn, Bd. 121a, Bl. 83–86, Tb. 26. 10. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 773–775; Grewe, Rückblenden, S. 501; Biermann, John F. Kennedy, S. 144–146 mit Anm. 208.

404 Vgl. von Brentano an van Scherpenberg, 3. 10. 1961, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 346; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 537, Tb. 4. 10. 1961; Conze, Herausforderung, S. 214; Kosthorst, Brentano, S. 394; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 684f.

405 S. Chruschtschow an Kennedy, 29. 9. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 444–455; Beschloss, Powergame, S. 313–316; Mayer, Adenauer, S. 51f.

406 S. Bundy an Kennedy, Memorandum, 2. 10. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 460f.

schrittenen Weg der Deutschen zuliebe abzugehen und sich auf die Alternative des Krieges einzurichten[407].

Während der Präsident vom Kanzler mehr Entgegenkommen in der Frage der Anerkennung der DDR beanspruchte[408], verlangte die SPD eine handlungsfähige Regierung, „um abzuhalten, was abgehalten werden kann"[409]. Demgegenüber forderten die Liberalen in den nach langem Gezerre am 2. 10. aufgenommenen Koalitionsverhandlungen eine elastischere Ost- und Deutschlandpolitik und Friedensverhandlungen für ganz Deutschland. Pläne für europäische Sicherheits- und Kontrollzonen lehnten sie nicht rundweg ab, ohne aber den Boden der Atlantischen Allianz verlassen zu wollen[410]. In den kritischsten Punkten der Berlin- und Deutschlandpolitik gelang den Koalitionären in spe dann doch „eine hinlänglich breite Basis der Übereinstimmung"[411]. Allerdings konnte Adenauer nicht alle Flexibilisierungsforderungen aus dem Koalitionsvertrag herausoperieren[412], zumal sie bisweilen in den eigenen Reihen Unterstützung fanden. So warfen einige Unions-Politiker der Regierung Schizophrenie vor, weil sie „politisch hart" auftrete, „aber militärisch keine Risikobereitschaft" an den Tag lege und den militärischen Planungen der Amerikaner die Gefolgschaft verweigere[413]. Deutsche Diplomaten beklagten lauthals das „völlige Durcheinander" im Westen und machten dafür „die seit langem sichtbare Unbeweglichkeit der Bonner Politik", aber auch die „allzu starre Haltung de Gaulles" verantwortlich[414].

Der französische Staatspräsident hatte aus seiner Mißstimmung über die amerikanische Berlin-Politik privat wie öffentlich keinen Hehl gemacht[415] und ließ sich darin auch nicht von publizistischen Attacken gegen seine „politique des mains dans les poches" beirren[416]. Für ihn bestand zu einer Wende seiner Berlinpolitik um so weniger Anlaß, als er die Kriegsgefahr weiterhin niedriger einschätzte als Kennedy oder Adenauer und vor allem von der Entwicklung in Algerien in Atem gehalten wurde. Nachdem er am 5. 9. öffentlich auf die Souveränität in der Sahara verzichtet hatte[417], konnte man sogar den Eindruck gewinnen, als ob er die Berlin-

[407] S. Aufzeichnung Sulzberger, 4. 10. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 647f.; Unterredung zwischen Kennedy und Gromyko vom 6. 10. 1961, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 468–480; Beschloss, Powergame, S. 316–321.

[408] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 685f.

[409] Erklärung Erlers in der SPD-Fraktionssitzung vom 28. 9. 1961, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 9.

[410] Vgl. Sitzung des FDP-Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion, 29. 9. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 209; Sitzung ders., 6. 10. 1961, in: ebd., S. 231–297; von Brentano an Adenauer, 5. 10. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 351f.; Glatzeder, Deutschlandpolitik, S. 98f.; Klingl, „Das ganze Deutschland", S. 333–335; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 680–683.

[411] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 683.

[412] Zum Koalitionsvertrag vom 20. 10. 1961 s. die Inhaltsangabe in: AdG 1961, S. 9443f.

[413] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 179, Bl. 1–27, Erklärung von und zu Guttenbergs in einer Unterredung mit Krone und Heck vom 18. 10. 1961, Abschrift einer Tonbandaufnahme, im Auszug in: Marcowitz, „Lage Beneschs", S. 276–290, hier S. 277.

[414] BA, NL Blankenhorn, Bd. 121b, Bl. 58, Tb. 11. 10. 1961; s.a. ebd., Bd. 121a, Bl. 83–86, Tb. 26. 10. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 773–775.

[415] Vgl. Gavin an Dep. of State, Tel. 1885, 7. 10. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 481; Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 2. 10. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 349–352.

[416] Artikel Bourdet, in: „France Observateur", 21. 10. 1961.

[417] S. Pressekonferenz de Gaulles, 5. 9. 1961, in: de Gaulles, Discours, Bd. 3, S. 340f.; vgl. BA, NL

Krise am Kochen halten wollte, um dadurch das Algerienproblem aus der Sackgasse zu holen. Dies bedeutete aber nicht, daß er seine Berlin-Politik von der Algerienfrage diktieren ließ. Verhandlungen über die alte Reichshauptstadt lehnte er vor allem deshalb ab, weil er an deren Ende eine Schwächung der westlichen Position sah und infolgedessen ein Abdriften der Westdeutschen nach Osten befürchtete[418]. Daher widersprach er auch den Disengagementkonzepten für Zentraleuropa, wie sie nun besonders von den sich als Entspannungsaposteln gerierenden Engländern verfolgt wurden, die darüber hinaus daran dachten, eine sowjetische Berlin-Garantie durch faktische Anerkennung der DDR, Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze und Atomverzicht der Bundeswehr zu erkaufen[419].

„Ohne die Vereinigten Staaten bleiben wir doch gar nicht am Leben"

Die in Bonn und Paris eingehenden Berichte über die amerikanisch-sowjetischen Unterredungen führten die Regierungen an Rhein und Seine wieder enger zusammen. Am 11. 10. verständigten sich von Brentano und Couve de Murville darauf, über ihre Botschafter in Washington im State Department vorstellig zu werden, um über die Verhandlungsführung Klage zu erheben[420]. Kennedy reagierte auf diese Anzeichen tiefer Verunsicherung bei seinen Verbündeten[421] am 14. 10. mit zwei beruhigenden Schreiben an Adenauer und de Gaulle[422], die in ihrer Wirkung höchst unterschiedlich ausfielen. In seiner außergewöhnlich langen Antwort wies de Gaulle das Werben am 21. 10. dezidiert zurück und verweigerte sich auch einer Beteiligung an der von Kennedy für Mitte November vorgesehenen Außenministerkonferenz. Begrüßenswert fand er lediglich die amerikanische Absicht zur Truppenverstärkung in Europa, wobei er intern keinen Zweifel daran ließ, die für Frankreich vorgesehenen Kontingente unter die eigene Kontrolle bringen zu müssen[423], um einer „occupation" zu entgehen[424]. Die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion bedeutete in seinen Augen unweigerlich die Bereitschaft zu Konzessionen und war damit abzulehnen. Für den General stellte sich die Lage im Grunde recht simpel dar. Ohne die fundamentale Solidarität Frank-

Blankenhorn, Bd. 119, Bl. 228f., Tb. 6. 9. 1961; von Nostitz, Tagebuch, S. 85, Tb. 5. 9. 1961; Elsenhans, Algerienkrieg, S. 809.

[418] Vgl. Gavin an Dep. of State, Tel. 1885, 7. 10. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 481–484.

[419] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 121a, Bl. 83–86, Tb. 26. 10. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 774f.; Artikel Epstein, in: „Rheinischer Merkur", 31. 8. 1962, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 703f.; Kosthorst, Brentano, S. 395.

[420] S. Unterredung zwischen Brentano und Couve de Murville vom 11. 10. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 502–506; MAE an Bonn etc., Tel. 6230/34 etc., 12. 10. 1961, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 506–508; BA, NL Blankenhorn, Bd. 121b, Bl. 57f., Tb. 11. 10. 1961; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 154; Kosthorst, Brentano, S. 395.

[421] Vgl. Unterredung zwischen Acheson und Grewe vom 11. 10. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 490–492.

[422] S. Kennedy an Adenauer, 14. 10. 1961, mitgeteilt in: Ball an Bonn, Tel. 1025, 13. 10. 1961, Secret, Priority, in: ebd., S. 493–497; AN, 5 AG 1/167, Kennedy an de Gaulle, 14. 10. 1961, mitgeteilt in: ebd., Gavin an dens., 14. 10. 1961, Très secret (Übersetzung); FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 493, Anm. 1; Grewe, Rückblenden, S. 506f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 73f.; Conze, Herausforderung, S. 214; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 687.

[423] S. de Gaulle an Debré, 4. 10. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 147.

[424] Ders. an dens., 26. 10. 1961, in: ebd., S. 159; s.a. Unterredung zwischen dems. und Alphand vom 21. 12. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 367.

reichs zu den USA in Frage zu stellen, erinnerte er Kennedy einmal mehr daran, daß beide Staaten auf verschiedenen Kontinenten lägen und unterschiedliche historische Erfahrungen besäßen[425]. Sollten die Sowjets zur Gewaltanwendung bereit sein, mußte man sich ihnen stellen. Wollten sie aber, wie er annahm, keine militärische Eskalation, hatte der Westen allen Anlaß, auf Zeit zu spielen[426].

Adenauers Replik ließ diese Kaltschnäuzigkeit vermissen. Im Gefühl, vor die Wahl zwischen den USA und Frankreich gestellt worden zu sein, optierte er eindeutig für die westliche Supermacht und sah nun in der französischen, strikt gegen Verhandlungen eingestellten Politik die größere Gefahr. Wenngleich dem Kanzler, den Kennedy in einem weiteren Schreiben am 16. 10. zur finanziellen Beteiligung an den durch die amerikanische Aufrüstung entstehenden Mehrkosten aufforderte[427], wie auch dem Bundesaußenminister bei den Besprechungen zwischen Rusk und Gromyko nicht alles gefiel[428], so galt doch für sie immer das alte Motto Bonner Außenpolitik: „Ohne die Vereinigten Staaten bleiben wir doch gar nicht am Leben"[429]. Daher unterstützte der Kanzler nicht nur den Gedanken eines neuerlichen Treffens der westlichen Außenminister[430], sondern gab auch als Parole aus, der General müsse „wieder in die Reihe" gebracht, seine Obstruktion halt gebrochen werden[431]. Nicht alle Unionsangehörige mochten dem Regierungschef da folgen. Im langsam aufkeimenden Streit über den außenpolitischen Kurs der Christdemokraten behauptete Strauß, der einen Krieg um die Zugangswege nach Berlin für absurd hielt[432], Adenauer habe „Berlin längst aufgegeben"[433]. Im Kreise seiner ‚Glaubensbrüder' löste das Verhalten der Bundesregierung tiefes Befremden aus. Denn in ihren Augen ließen die Deutschen „die Franzosen allein [...] sitzen" und brachten sich damit um die Chance, „eine kontinentale europäische Position auf[zu]bauen"[434].

Obwohl Adenauer im Rahmen der Fouchet-Kommission aktiv an einer Fortentwicklung der europäischen Zusammenarbeit mitwirkte[435], setzte er in der Berlin-Frage jetzt eindeutig auf die atlantische Karte[436]. Nachdem sich die Westmächte darauf verständigt hatten, die Verhandlungen mit den Sowjets durch den Washingtoner Botschafter-Lenkungsausschuß vorzubereiten, steckte der Kanzler seine Marschroute für den deutschen Delegierten Wilhelm Grewe Ende Oktober im Einvernehmen mit dem Bundesaußenminister in einem umfangreichen Memo-

[425] S. de Gaulle an Kennedy, 21. 10. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 155–158.
[426] S. Gavin an Dep. of State, Tel. 2196, 23. 10. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 525 f.; Interview Couve de Murvilles mit Radio Canada, 24. 10. 1961, im Auszug in: AdG 1961, S. 9412A.
[427] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 513, Anm. 1; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 428.
[428] S. ACDP, VIII-001–1009/1, Erklärung von Brentanos in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 12. 10. 1961; ebd., Erklärung Adenauers in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 17. 10. 1961; Marcowitz, Option, S. 156 f.
[429] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 550, Kanzler-Tee, 17. 8. 1961.
[430] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 121b, Bl. 57 f., Tb. 11. 10. 1961.
[431] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 26, Informationsgespräch, 8. 11. 1961.
[432] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 543, Tb. 12. 10. 1961; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 694.
[433] Zitiert nach: BA, NL zu Guttenberg, Bd. 179, Bl. 1–27, Erklärung von und zu Guttenbergs in einer Unterredung mit Krone und Heck vom 18. 10. 1961, Abschrift einer Tonbandaufnahme, im Auszug in: Marcowitz, „Lage Beneschs", S. 282.
[434] Ebd., S. 280.
[435] Vgl. Kap. V.2.3.
[436] S. Dowling an Rusk, Tel. 952, 19. 10. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 513 f.

randum ab. Das Dokument propagierte eine Lösung für Berlin sowie die Beseitigung der Mauer, zumindest aber die Erhaltung des Status quo in West-Berlin. Nachdrücklich lehnte es jede Änderung oder Ablösung der Rechtsgrundlagen einschließlich der Bindungen an den Bund ab. In bezug auf die „deutsche Frage" postulierte es ohne Abstriche das Recht auf Selbstbestimmung und die Wiedervereinigung. Verhandlungen mit der DDR sowie deren Anerkennung blieben ausgeschlossen. Als äußerste Konzession markierte Adenauer die Verselbständigung der im revidierten Herter-Plan vorgesehenen technischen Kommissionen, sofern dies im Auftrag der Vier Mächte geschähe. Verworfen wurden von ihm Überlegungen zur Umwandlung der Demarkationslinie in eine Staatsgrenze und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Die Behandlung des Themas europäische Sicherheit erlaubte er nur im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage. Inspektionszonen bezeichnete er mit Ausnahme der großräumigen zwischen Atlantik und Ural als unannehmbar, ebenso Nichtverbreitungsabkommen über Atomwaffen und den Verzicht auf die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr[437].

Der Wunsch Bonns, in Washington bloß nicht als Kalter Krieger gebrandmarkt zu werden, trieb merkwürdige Blüten. Grewe verwahrte sich Kennedy gegenüber dagegen, daß die deutsche und die französische Position gleichgesetzt würden, und sagte mit voreilendem Gehorsam zu, auf die Franzosen einzuwirken, um sie in die westliche Riege zurückzuholen[438]. Blankenhorn unterbreitete Couve de Murville kurz darauf weisungsgemäß den Vorschlag, vom englischen und amerikanischen Botschafter in Moskau eine Vier-Mächte-Besprechung auf der Ebene hoher Beamter vorbereiten zu lassen, die Anregungen für die Modalitäten des Zugangs zu West-Berlin liefern sollten. An ein neues Statut für Berlin, so fügte er ausdrücklich hinzu, sei dabei nicht gedacht[439].

Ungeachtet des westlichen Entgegenkommens drohte die Lage an der Spree wenige Tage später zu eskalieren. Chruschtschows Ankündigung vom 17. 10., auf das für Ende 1961 vorgesehene Datum zur Unterzeichnung eines Separatfriedens mit der DDR zu verzichten[440], hatte keine Entlastung gebracht. Die Situation wurde im Wortsinn explosiv, als sich am 27./28. 10. schußbereite amerikanische und sowjetische Panzer am Checkpoint Charly gegenüberstanden[441]. Nachdem sie wieder in die Kasernen zurückgekehrt waren, stand für die USA fest, daß man nun vollends auf Verhandlungen setzen müsse. Während in Bonn die Krise der Regierungsbildung mit dem Rücktritt von Brentanos einem Höhepunkt entgegentrieb[442], einigten sich Kennedy, der inzwischen Chruschtschows Offerte zu einer inoffiziellen persönlichen Korrespondenz an-

[437] S. BA, NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 270, von Brentano an Adenauer, MB 2003/61, 20. 10. 1961, Geheim; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 26, Informationsgespräch, 8. 11. 1961; Conze, Herausforderung, S. 215 f.; Kosthorst, Brentano, S. 396 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 694 f.

[438] S. Unterredung zwischen Kennedy und Grewe vom 24. 10. 1961, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 527–532; Grewe, Rückblenden, S. 511; Mayer, Adenauer, S. 54.

[439] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 121a, Bl. 83–86, Tb. 26. 10. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 775.

[440] S. Rechenschaftsbericht Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 17. 10. 1961, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 719–727.

[441] Vgl. AdG 1961, S. 9418C.

[442] S. von Brentano an Adenauer, 28. 10. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 363–366; ausführlich zur Regierungskrise ebd., S. 355–363; Köhler, Adenauer, S. 1115–1125, Koerfer, Kampf, S. 590–596; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 687–693.

genommen hatte[443], und Macmillan auf eine härtere Gangart gegenüber Adenauer und de Gaulle[444]. Am 30. 10. ließ der Präsident in Paris seine Mißstimmung über die französische Berlin-Politik offiziell zum Ausdruck bringen und schlug für Anfang Dezember eine westliche Gipfelkonferenz vor. Doch de Gaulle begnügte sich nach den langatmigen Ausführungen des amerikanischen Botschafters mit der Feststellung, er habe ihn verstanden[445]. Gavin warnte seine Regierung daraufhin aus Sorge um eine vollständige Erosion des französisch-amerikanischen Verhältnisses davor, die bestehenden Differenzen als Fundamentaldivergenzen mißzuverstehen. Am besten sei es für die USA, bestimmte Grundelemente de Gaullescher Politik wie seine Sicht von der Rolle Frankreichs und Europas in der Welt oder seinen Widerstand gegen jegliche Diskussion über Disengagement und europäische Sicherheit hinzunehmen. A la longue könne man vom Rat und den Erfahrungen Frankreichs nur profitieren[446].

Gavins Empfehlungen wirkten höchst unzeitgemäß. Weder in Washington noch in Bonn gedachten die Verantwortlichen, sich die Pariser Politik zu eigen zu machen. Während im Washingtoner Botschafter-Lenkungsausschuß heftig um ein Papier für die Moskauer Verhandlungen Thompsons gerungen wurde, da die Angelsachsen von den bislang diskutierten Konzessionen in breitem Maße Gebrauch zu machen beabsichtigten[447], offerierte Kroll Chruschtschow auf eigene Faust am 9. 11. gegen die Sicherung des Status von West-Berlin eine Friedensvertragsregelung auf der Basis der deutschen Teilung[448]. Adenauer mußte die Eigenmächtigkeit seines Diplomaten natürlich mißfallen. Doch weder außen- noch innenpolitisch sah er sich dazu in der Lage, ihn in die Schranken zu weisen. Außenpolitisch, weil Krolls Vorstoß auf der Linie der Angelsachsen lag, und innenpolitisch, weil Adenauer seit dem 14. 11. einer von Insidern als schwächlich eingestuften Koalitionsregierung[449] mit einem selbstbewußten Außenminister namens Gerhard Schröder vorstand[450], der ebenfalls mehr Bewegung gegenüber den Sowjets verlangte.

Geboren am 11. 9. 1910 in Trier, hatte Schröder von 1929 bis 1932 Rechtswissenschaften an den Universitäten Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn studiert. Während der Referendarausbildung erwarb er den Dokturhut und arbeitete als Assistent an den Universitäten Bonn bzw. Berlin. Kurz nach seiner Zulassung zum Rechtsanwalt beim Landgericht Berlin wurde er 1939 als Soldat eingezogen. Nach dem Ende des Krieges diente er zunächst als Persönlicher Referent des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, Robert Lehr, 1946/47 als Referent für

[443] S. Kennedy an Chruschtschow, 16. 10. 1961, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 502–508; Beschloss, Powergame, S. 321f.
[444] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 405.
[445] S. Gavin an Dep. of State, Tel. 2326, 30. 10. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 549f.
[446] S. ders. an dass., Tel. 2440, 6. 11. 1961, Secret, Priority, in: ebd., Bd. 13, S. 674–678.
[447] Vgl. Kohler an Rusk, Memorandum, 5. 11. 1961, Secret, in: ebd., Bd. 14, S. 554–556; Grewe, Rückblenden, S. 512–516; Macmillan, Pointing the Way, S. 407f., Tb. 9. 11. 1961; Kosthorst, Brentano, S. 398.
[448] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 124, Bl. 90f., Kroll an Blankenhorn, 23. 11. 1961; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 524–530; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 699–702.
[449] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 122b, Bl. 128–132, Tb. 7. 11. 1961.
[450] Vgl. Baring, Bundeskanzler, S. 366–375; Köhler, Adenauer, S. 1125–1130; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 696f.

Wahlrechts- und Verfassungsfragen im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. Nach Differenzen mit seinem sozialdemokratischen Ressortchef schied der seit 1947 im Landesvorstand der rheinischen CDU sitzende Christdemokrat aus dem Staatsdienst aus und eröffnete in Düsseldorf eine Anwaltspraxis. Parallel dazu wirkte er bis 1949 als Abteilungsleiter der von der britischen Besatzungsmacht zur Verwaltung der beschlagnahmten Eisen- und Stahlindustrie eingesetzten Stahltreuhänderverwaltung. Im September desselben Jahres zog Schröder in den ersten Deutschen Bundestag ein, dem er bis 1980 angehörte. Nach dem Wahlsieg der Union 1953 übertrug Adenauer ihm das Amt des Innenministers. Für viele Christdemokraten galt der nie unumstrittene Schröder aufgrund seiner „entschieden staatskonservativen Orientierung“[451] jahrelang als der kommende Mann. Adenauers Zusage vom 8. 11. 1961, im Laufe der neuen Legislaturperiode zurückzutreten[452], schien dem „kalt und berechnend“[453] seinen Weg gehenden neuen Leiter des Auswärtigen Amtes neue Perspektiven zu eröffnen. Letztlich aber blieb ihm der Weg ins Palais Schaumburg versperrt. Nicht er, sondern Erhard sollte 1963 das Erbe Adenauers antreten[454].

Mit „zäher Konsequenz“[455] betrieb Schröder eine Außenpolitik, die vor allem die europäisch-amerikanische Partnerschaft bei gleichzeitiger Stärkung der NATO unter Einbeziehung Großbritanniens im Blick hatte[456]. Schon von seinem Naturell neigte der „Wahlfriese“ den Angelsachsen zu; den Franzosen hingegen traute er nicht, fand auch keinen rechten Zugang zu ihrer Lebensart. Ob dies, wie bisweilen behauptet wird[457], daran lag, daß seine Familie nach dem Ersten Weltkrieg schlechte Erfahrungen in Trier gemacht hatte, sei dahin gestellt.

Adenauer hätte als Nachfolger von Brentanos gewiß lieber Hallstein oder Abs an seiner Seite gesehen, und er stand mit seinen Bedenken nicht allein. Die Berufung eines anscheinend wenig risikofreudigen Außenministers sei das falsche Signal nach Ost wie nach West, meinten die Gegner Schröders. Berliner Abgeordnete warfen ihm vor, in früheren Jahren gegen die Integrierung Berlins in den Bund opponiert zu haben und nun einen geordneten Rückzug zu fordern. Die Ansiedlung der West-Berliner in der Lüneburger Heide, so wurde am Rhein ein Diktum von ihm kolportiert, sei allemal billiger als ein Krieg um Berlin[458]. Ungeachtet derartiger Vorwürfe setzte sich Schröder durch.

Als Folge der innenpolitischen Veränderungen hatte sich Adenauer zu beugen; als Konsequenz der außenpolitischen Umwälzungen mußte er gleichzeitig seine bisherige Deutschlandpolitik „mit Anstand [...] liquidieren“[459] und seinen Widerstand gegen ein neues Berlin-Statut aufgeben. „Man könne doch nicht ewig das Besatzungsrecht beibehalten.“[460] Auf Anraten Grewes dachte er daran, das Junk-

[451] Wenzel, Gerhard Schröder, S. 175.
[452] S. Adenauer an Krone, 8. 11. 1961, in: Adenauer, Dokumente, S. 174.
[453] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 341, Tb. 14. 3. 1959; s.a. ebd., S. 352, Tb. 26. 4. 1959.
[454] Zu Person und Politik Schröders s. Schröder, Welt; Wenzel, Gerhard Schröder.
[455] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 696.
[456] Vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 206.
[457] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 200.
[458] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 693–697; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 503, Tb. 31. 5. 1961; ebd., S. 525f., Tb. 18. 8. 1961.
[459] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 699.
[460] Krone, Aufzeichnungen, S. 164, Notiz 12. 11. 1961; s.a. ebd., Notiz 19. 11. 1961.

tim zwischen der Berlin- und Deutschlandproblematik aufzugeben und ein begrenztes Berlin-Abkommen anzustreben, das möglichst nur die Modalitäten des Berlinzugangs nach Inkrafttreten des erwarteten Separatfriedens fixieren sollte[461]. Konsequenterweise weigerte er sich, den unbotmäßigen Kroll fallenzulassen, zumal der ihm der geeignete Mann schien, im Notfall den direkten Draht mit Chruschtschow herzustellen[462].

In Paris verursachte diese Schonung erst Erstaunen, dann „ein unverkennbares Malaise" und schließlich den Verdacht, die Bundesregierung plane eine grundsätzlich neue Deutschlandpolitik[463]. Adenauer wiegelte sofort ab und verlangte die Beseitigung der Mauer als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen mit den Sowjets[464]. Noch ehe seine Klarstellung die erhoffte Beruhigung auslösen konnte, war die Wirkung bereits verpufft, weil Schröder nur zwei Tage später Journalisten gegenüber betonte, die Entfernung der Mauer stelle keine Vorbedingung dar[465].

Entsprechend zerknirscht machte sich Adenauer kurz darauf mit Schröder und Strauß auf den Weg nach Washington, um den deutschen Standpunkt zu den Sondierungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu erläutern. Sie trafen auf Gesprächspartner, die die Gäste nicht nur von der Unausweichlichkeit von Verhandlungen zu überzeugen gedachten, sondern sie auch noch für das innerwestliche Machtduell gegen de Gaulle zu gewinnen hofften[466]. Beide Seiten trafen sich in dem Bemühen um einen vernünftigen Kompromiß, wobei Adenauers Wink an Moskau Kennedys Forderungskatalog vielleicht zurückgeschraubt hatte[467]. Man verständigte sich darauf, die Gespräche in Moskau mit dem Ziel fortzusetzen, ein begrenztes Berlin-Abkommen anzustreben. Kennedy erreichte damit die erwünschte Lösung des Junktims mit der Deutschlandfrage, Adenauer bot es die Basis, Konzessionen im Bereich der europäischen Sicherheit, der Abrüstung und der Anerkennung des Status quo abzuwehren. Mit Zustimmung reagierte der Kanzler auf die Ernstfallplanungen unter Verwendung von Nuklearwaffen, sprach sich aber mit Nachdruck gegen eine Automatik des Kernwaffeneinsatzes aus. Sein Gesuch, die Bundesrepublik im Fall eines möglichen Atomkriegs an den Entscheidungsprozessen der NATO zu beteiligen, verhallte ungehört. Dennoch stimmte Adenauer der Bitte Kennedys zu, auf de Gaulle einzuwirken, um ihn von seiner Fundamentalopposition abzubringen. Den von NATO-Generalsekretär Spaak entwickelten Gedanken, Frankreich zu isolieren, verwarf er kategorisch[468].

[461] S. Grewe, Rückblenden, S. 513f. Zu den Erwartungen des Separatfriedens s. PA, Ref. 700, Bd. 44, Carstens an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen, 993–80.00–2942/61, 24. 11. 1961, VS-NfD, nebst Anlage.

[462] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 530–534; Baring, Bundeskanzler, S. 377–380; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 28, Informationsgespräch, 8. 11. 1961; ebd., S. 29–35 Informationsgespräch, 16. 11. 1961; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 702.

[463] BA, NL Blankenhorn, Bd. 122a, Bl. 54f., Tb. 18. 11. 1961.

[464] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 29–35 Informationsgespräch, 16. 11. 1961; Bericht Gruson über ein Interview Adenauers mit amerikanischen Journalisten, in: „New York Times", 17. 11. 1961, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 944f.

[465] Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 518.

[466] S. Bundy an Kennedy, Memorandum, 20. 11. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 588f.; Conze, Herausforderung, S. 218; Mayer, Adenauer, S. 56.

[467] Vgl. Besson, Außenpolitik, S. 297f.

[468] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 20. 11. 1961, Secret, im Auszug in: FRUS

Denn einen so „außerordentlich wichtigen Faktor der Weltpolitik", dessen Schwergewicht sich in allen globalen Problemen bemerkbar machte[469], konnte man nicht einfach links liegen lassen, schon gar nicht, wenn er der eigene Nachbar war.

Zur Einlösung seines Versprechens verfaßte Adenauer noch in Washington zwei Schreiben an de Gaulle, die Carstens per Flugzeug nach Paris brachte[470]. In dem einen beglückwünschte er den General zu seinem 71. Geburtstag[471]. Im zweiten teilte er ihm seinen positiven Eindruck über die Unterredungen mit Kennedy mit und versuchte dann, ihn zum Einlenken zu bewegen. Dabei hielt er sich in der Darstellung seines eigenen Verhandlungswillens auffallend zurück, meinte nur lapidar, er habe der von Kennedy hervorgehobenen Notwendigkeit von Gesprächen mit der Sowjetunion „zugestimmt." Die exploratorischen amerikanisch-sowjetischen Unterredungen sollten nicht fortgesetzt werden. Statt dessen sei in regelrechten Ost-West-Verhandlungen zu prüfen, ob es eine Möglichkeit zu einem Ausgleich gebe. Er hoffe, daß die für den 11. 12. vorgesehene Außenministerkonferenz der vier Westmächte die noch bestehenden Differenzen beseitige und die Positionen zusammenführe[472].

Die Reaktion der Franzosen fiel nicht gerade ermutigend aus. Couve de Murville, dem Carstens die Botschaften des Kanzlers aushändigte, stand etwaigen Verhandlungen „außerordentlich skeptisch, um nicht zu sagen ablehnend" gegenüber, weil er nach einem immerhin möglichen Scheitern eine Verschärfung der Krise, ja sogar den Krieg mit einer „totale[n] Zerstörung unserer Länder" befürchtete. Wünsche man den Kremlherrn unbedingt an den Verhandlungstisch zu ziehen, so lautete sein Rat, sollte man den Rahmen über das Berlin-Problem hinaus auf „die ganz großen Fragen" ausdehnen[473]. De Gaulle hingegen war nicht einmal dazu bereit. Als er Ende November Macmillan auf dessen Landsitz Birch Grove traf[474], zeigte er sich völlig zugeknöpft. Seine Befürchtungen über die Zukunft Deutschlands, über das dort erwachende Gefühl des Betrogenseins, waren nach dem Ausgang der Bundestagswahlen noch stärker geworden. Eine Beteiligung Frankreichs an den Beratungen in Moskau kam für ihn nicht in Frage[475].

1961–1963, Bd. 14, S. 590–595; Unterredung zwischen Rusk und Schröder vom 21. 11. 1961, Secret, in: ebd., S. 596–603; Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 21. 11. 1961, Secret, in: ebd., S. 603–614; Unterredung zwischen dens. vom 21. 11. 1961, Secret, im Auszug in: ebd., S. 614–618; Bundy an Kennedy, Memorandum, 22. 11. 1961, Secret, in: ebd., S. 619; Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 22. 11. 1961, Secret, in: ebd., S. 620–632; Grewe, Rückblenden, S. 520f.; Strauß, Erinnerungen, S. 357f.; Beschloss, Powergame, S. 338f.; Mayer, Adenauer, S. 56–60; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 703–707.

469 BA, NL Blankenhorn, Bd. 126a, Bl. 42–51, „Gedanken zur weltpolitischen Lage im Blickpunkt von Paris", 17. 1. 1962.

470 S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 22. 11. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 622.

471 Vgl. Bulletin 1961, S. 2098; BA, NL Blankenhorn, Bd. 124, Bl. 92–94, Tb. 23. 11. 1961.

472 Ebd., Bd. 123, Bl. 81–83, Adenauer an de Gaulle, 22. 11. 1961; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 704.

473 BA, NL Blankenhorn, Bd. 124, Bl. 92–94, Tb. 23. 11. 1961.

474 S. de Gaulle an Macmillan, 29. 8. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 132; ders. an dens., 14. 10. 1961, in: ebd., S. 149.

475 S. Unterredungen zwischen dens. vom 24./25. 11. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 639–656; Macmillan, Pointing the Way, S. 419–422; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 314–316.

Macmillan nahm aus der Begegnung den Eindruck mit, de Gaulle wolle vor allem saubere Hände behalten. Verantwortlich machte er dafür bezeichnenderweise nicht zuletzt Adenauer, der dem General seinen Verhandlungswillen offenbar keineswegs so energisch, wie in Washington suggeriert, zum Ausdruck gebracht hatte. De Gaulle unterstellt er nun, Adenauer bei ihrer bevorstehenden Begegnung zum Rückzug bewegen zu wollen. Das konnten die Angelsachsen aber nach Meinung Macmillans nicht zulassen. Um die französischen Absichten zu konterkarieren, plädierte er gegenüber Kennedy dafür, statt des Außenministertreffens Mitte Dezember die von den USA angeregte Konferenz der vier westlichen Regierungschefs abzuhalten. Bei einer direkten Konfrontation zwischen Kanzler und General sah der Premierminister jedenfalls keine Aussicht, de Gaulle zum Einlenken zu bringen[476]. Kennedy wollte Adenauer aber nicht aus der Pflicht entlassen. „Angry but puzzled" über Macmillans Bericht, riet er ihm zu verstärktem Druck auf Adenauer, damit er bei der Begegnung mit de Gaulle nicht umkippte[477]. In konzertierter Aktion bedrängten sie den Kanzler, dem General die zwingend erforderlichen Verhandlungen einzubläuen[478].

„Adenauer a ‚les reins brisés'"

Adenauer reagierte auf den Druck der Angelsachsen ziemlich reserviert. Ein kurz nach seiner Abreise aus den USA veröffentlichtes Interview Kennedys mit Chruschtschows Schwiegersohn Adschubej hatte ihn irritiert. Kennedy anerkannte darin nicht nur die sowjetischen Nationalinteressen, sondern betonte auch die Kontrollfunktion der NATO gegenüber der Bundeswehr und ließ klar erkennen, daß er die Teilung Deutschlands faktisch akzeptierte[479]. Anders als Blankenhorn, der frohlockend „gewisse Zeichen einer Entspannung" glaubte ausmachen zu können[480], empfand der Kanzler diese Äußerungen als höchst bedenklich und versuchte Anfang Dezember, mit drei Gegenzügen gegenzulenken: Versicherung an die Adresse der USA, auf Frankreich Einfluß zu nehmen; Intensivierung des deutsch-sowjetischen Dialogs; Bemühen um die Einbindung de Gaulles in die Ost-West-Verhandlungen.

Vom Rhöndorfer Krankenlager aus, auf das ihn eine schwere Lungenentzündung hingeworfen hatte, beteuerte er Kennedy am 2. 12. schriftlich, alles zu tun, um de Gaulle davon zu überzeugen, daß der Westen kein Zeichen von Uneinigkeit abgeben dürfe. Von der Notwendigkeit von Verhandlungen mit den Sowjets sprach er auffälligerweise nicht[481]. Vier Tage später empfing er Smirnow im Palais Schaumburg und ließ sein Interesse an einem direkten Kontakt mit

[476] S. Macmillan an Kennedy, Tel., 27. 11. 1961, im Auszug in: Macmillan, Pointing the Way, S. 422–425 u. 427.

[477] Ebd., S. 425; s.a. Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 317.

[478] Vgl. Rusk an Dowling, Tel. 1526, 28. 11. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 636–639; Conze, Herausforderung, S. 219f.

[479] S. Interview Kennedys mit Adschubej, 25. 11. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 985–998; Kennedy an Chruschtschow, 2. 12. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 643–646; Arenth, Der Westen tut nichts!, S. 432–434; Beschloss, Powergame, S. 341–345.

[480] BA, NL Blankenhorn, Bd. 124, Bl. 30–32, Tb. 29. 11. 1961.

[481] S. Adenauer an Kennedy (Übersetzung), mitgeteilt in: Dowling an Dep. of State, Tel. 1331, 2. 12. 1961, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 641f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 428; Conze, Herausforderung, S. 220f.

Chruschtschow zur Bereinigung der deutsch-sowjetischen Probleme durchblikken. Laut dem de Gaulle zur Verfügung gestellten Protokoll bezeichnete der Kanzler Berlin als „Testfall" für den Moskauer Willen zu wirklichen Verhandlungen, die zunächst über die Lage an der Spree, dann aber auch über die Abrüstung und die „deutsche Frage" zu führen seien. „Er, der Herr Bundeskanzler, halte es für erforderlich, daß man zu verhandeln versuche."[482]

Unruhig sah Adenauer nun dem wegen seiner Erkrankung mehrfach verschobenen Rendezvous mit de Gaulle entgegen[483]. Die Ausgangslage war alles andere als einfach, für den General wie für den Kanzler. Der SPD forderte von der Bundesregierung ein Veto gegen isolierte Berlin-Verhandlungen, Vorschläge für die Grundsätze eines Friedensvertrags und bemängelte ihre schroffe Ablehnung jeglicher regionaler Sicherheitsabkommen[484]. Die FDP stellte ebenfalls das Deutschlandproblem in den Mittelpunkt und betonte, daß Berlin-Gespräche nur Vorverhandlungen für eine Interimslösung sein könnten[485]. Der Kanzler brauchte also den Beistand des Generals, um sich vor ausufernden innerdeutschen und angloamerikanischen Forderungen bezüglich Berlins zu schützen. Aber auch de Gaulle benötigte Adenauers Hilfe, weil Frankreichs innere Situation angesichts der fortbestehenden Schwierigkeiten in Algerien und einer wachsenden sozialen Malaise „besorgniserregend" aussah[486], weil es nur mit deutscher Unterstützung seine europapolitischen Ambitionen in der Fouchet-Kommission oder der Agrarfrage umsetzen konnte[487].

Für den Kanzler kam es darauf an, den General mit ins Boot zu ziehen. De Gaulle dagegen wollte Klarheit über das Ausmaß der deutsch-amerikanischen Verständigung gewinnen, die auf ihn nach Kennedys Interview mit Adschubej höchst irritierend wirkte[488]. Den Unterschied zwischen der in Paris bzw. Washington und London vertretenen Position noch einmal klar herausstellend, erklärte Couve de Murville am 5. 12. im französischen Senat: Wenn man die deutsche Teilung als endgültig hinstelle, treibe man das deutsche Volk in die Verzweiflung und zu politischen Abenteuern. Unter dem Beifall auf der Rechten, in der Mitte und von mehreren Bänken der Mitte widersprach der Außenminister der These, man müsse mit Rußland in Verhandlungen eintreten, die strikt auf Berlin und seine Zugänge beschränkt seien. Denn es gehe nicht allein um Berlin, sondern um Deutschland und damit um das Schicksal Europas[489]. Den Ansichten der Bun-

[482] AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Adenauer und Smirnow vom 6. 12. 1961; vgl. Krone, Aufzeichnungen, S. 164, Notiz 7. 12. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 90f.; Köhler, Adenauer, S. 1146f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 731f.

[483] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 87–90; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 707–710.

[484] S. PA, Ref. 700, Bd. 1681, Brandt an Adenauer, 16. 11. 1961; Bundestagsrede dess., 6. 12. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 53–64; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 534f.

[485] S. Bundestagsrede Mendes, 6. 12. 1961, in: ebd., S. 74–85; Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 8. 12. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 298.

[486] BA, NL Blankenhorn, Bd. 124, Bl. 30–32, Tb. 29. 11. 1961.

[487] S. Kap. V.2.3.

[488] S. PA, Ref. 700, Bd. 44, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1318, 29. 11. 1961, Verschlüsselt.

[489] S. Erklärung Couve de Murvilles im Senat, 5. 12. 1961, in: JO, Sénat, Déb. parl. 1961, Bd. 2, S. 2296f., in deutscher Übersetzung im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1060–1065; Marcowitz, Option, S. 161.

desregierung widersprach er damit „diametral“[490]. Denn Adenauer schätzte die Lage an der Spree ohne Abkommen jetzt als unhaltbar ein und pochte daher auf eine auf Berlin begrenzte Ost-West-Konferenz. Eine Verknüpfung mit den anderen offenen Fragen – der Wiedervereinigung oder der Abrüstung – lehnte er trotz eines öffentlichen Plädoyers für die deutsche Einheit und die allgemeine Abrüstung ab[491]. Ein Brückenschlag schien angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten kaum möglich.

Der Präsident begann das Treffen mit einer besonderen Geste und holte den protokollarisch unter ihm stehenden Bundeskanzler am 9. 12. persönlich vom Flughafen Orly ab[492]. Im Elysée angekommen, eröffnete er die Unterhaltung in seinem Arbeitszimmer mit einem kurzen Exkurs über die Bundestagswahlen. Nach der Bestätigung Adenauers als Kanzler hatte er ihm mit sehr warmen Worten Glückwünsche übermittelt und die Bedeutung dieser Entscheidung für ihn persönlich wie für Frankreich hervorgehoben[493]. Nun brachte er sein Bedauern über den Stimmenverlust der Union zum Ausdruck. Adenauer reagierte auf die wieder einmal durchscheinende Sorge des Generals über den zukünftigen Kurs der Deutschen zwar sofort mit der Versicherung völliger Kontinuität in der Außenpolitik. Doch die folgende Konversation über die Ost-West-Beziehungen sollte ihn aus französischer Sicht Lügen strafen. Mit Verve bemühte sich der Kanzler, den Präsidenten davon zu überzeugen, die angelsächsischen Mächte bei ihren Kontakten mit Moskau nicht allein zu lassen. Heftig beklagte er die Passivität Frankreichs. Alphand, so warf er ihm vor, verhalte sich im Washingtoner Botschafterausschuß nur rezeptiv. Käme es nicht zu baldigen Verhandlungen, würde sich die Lage nur noch verschlechtern. De Gaulle zeigte sich unbeeindruckt. Berlin, so meinte er mit entwaffnender Offenheit, interessiere Deutschland direkt, Frankreich aber nur indirekt, „mais très gravement les uns et les autres“. Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeuteten eo ipso ein Nachgeben, das die Sowjets nur zu neuen Forderungen wie der Neutralisierung Deutschlands ermuntern würde. Sei dieses Ziel erst einmal erreicht, wären Europa und die westliche Welt erledigt. Die Angelsachsen von Verhandlungen abhalten könne er, wenn überhaupt, nur dadurch, daß er nicht mitmache. Als Adenauer ihm daraufhin Desinteresse vorwarf, platzte de Gaulle der Kragen. „Si Berlin se trouve encore entre les mains occidentales, c'est parce que, en raison du refus de la France, il n'y a pas eu de négociations.“ Wenn England, Amerika und die Bundesrepublik bereit seien, Berlin herzugeben, könne Frankreich sich dem nicht widersetzen, aber es wolle daran keinen Anteil haben[494]. Verärgert gingen beide Staatsmänner zu Tisch. Diese harte Auseinandersetzung entsprach gewiß keinem „klassischen Liebes-

[490] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 125. Adenauer spricht hier irrtümlicherweise von einer Erklärung Couve de Murvilles vor dem Senat in Washington.

[491] S. Regierungserklärung Erhards, 29. 11. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 22–33; PA, Ref. 700, Bd. 1681, Adenauer an Brandt, gefertigt am 6. 12. 1961, Konzept; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 38f., Informationsgespräch, 13. 12. 1961; ebd., S. 50–52, Kanzler-Tee, 14. 12. 1961; Küsters, Adenauer und Brandt, S. 536f.; Marcowitz, Option, S. 152 u. 170.

[492] S. Kusterer, Kanzler, S. 190.

[493] S. de Gaulle an Adenauer, 14. 11. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 163.

[494] Unterredung zwischen dens. vom 9. 12. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 694–703, hier S. 700 u. 702; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 119–125; Kusterer, Kanzler, S. 191–193; Bariéty, De Gaulle, S. 557f.; Köhler, Adenauer, S. 1148.

drama" oder einem „*Miteinander*-Ringen", wie der Dolmetscher Adenauers uns berichtet[495]. Es bahnte sich zwischen Deutschen und Franzosen vielmehr eine „katastrophale Entwicklung" an[496]. Denn auch Schröders Treffen mit Couve de Murville war nicht weniger „stürmisch" verlaufen[497].

De Gaulle zog aus der Auseinandersetzung den Schluß, daß Adenauer durch die Ereignisse des 13. August offenbar zu einem anderen Mann geworden sei: „Il a les ‚reins brisés'"[498]. Da er ihn nicht im Regen stehen lassen wollte, bemühte er sich bei Tisch, mit einem im Sitzen ausgesprochenen unerwarteten Trinkspruch auf Deutschland und dessen Regierungschef die Wogen ein wenig zu glätten[499]. In der Sache gab er aber nicht nach.

Obwohl Adenauer nach dem Essen seine beiden Hauptanliegen, die Initiative nicht den Sowjets zu überlassen und Frankreich aus seiner Rolle des passiven Beobachters herauszureißen, wiederholte, blieb de Gaulle unbeugsam. Er kam ihm nur insoweit entgegen, als er die Beteiligung an Verhandlungen in Aussicht stellte, sobald deren Erfolg abzusehen sei. Da er ein solches Resultat letztlich für ausgeschlossen hielt, handelte es sich allenfalls um ein kosmetisches Zugeständnis[500]. Nachdenklich verabschiedete der General den Kanzler mit den Worten, „das deutsche Volk solle nicht zu sehr an Berlin hängen". Adenauer ließ dies unkommentiert[501] und bedankte sich nach seiner Rückkehr nach Bonn schriftlich für die „besonders großzügige und liebenswürdige Aufnahme [...]. Ich bin glücklich, daß wir in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen."[502]

Auch Kennedy gegenüber rühmte Adenauer die erzielte Einigung, meinte gar, de Gaulle werde seine Reserve aufgeben[503]. Im Bundesvorstand der Union behauptete er kurz darauf ebenfalls, Alphand werde an den westlichen Beratungen „voll" teilnehmen[504]. Davon konnte freilich keine Rede sein. Nicht de Gaulle bewegte sich auf Adenauer zu, sondern Adenauer auf de Gaulle. Die jüngste Scharfmacherei der Sowjets[505] war für ihn Beweis genug, „daß Rußland bösen Willens ist", und Anlaß, sich jetzt mehr auf den Standpunkt des Generals zu stellen: „Vorsicht! Vorsichtig!"[506]

[495] Kusterer, Kanzler, S. 191.
[496] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 125.
[497] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 207.
[498] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 21. 12. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 367.
[499] S. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 125.
[500] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 12. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 703–708; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 126–132; Kusterer, Kanzler, S. 194–197.
[501] Krone, Aufzeichnungen, S. 165, Notiz 15. 12. 1961; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 732.
[502] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 11. 12. 1961; eine französische Übersetzung in: DDF 1961, Bd. 2, S. 710f.
[503] S. ders. an Kennedy (Übersetzung), mitgeteilt in: Dowling an Dep. of State, Tel. 1403, 11. 12. 1961, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 659f.; vgl. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 37, Informationsgespräch, 13. 12. 1961.
[504] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 11. 12. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1961–1965, S. 72; s.a. Marcowitz, Option, S. 154.
[505] S. Rede Chruschtschows vor dem Weltgewerkschaftsbund, 9. 12. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1115–1121; Bericht über die Rede Menschikows vor dem National Press Club in Washington, 11. 12. 1961, in: ebd., S. 1121f.
[506] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 38, Informationsgespräch, 13. 12. 1961; s.a. ebd., S. 46f. u. 55, Kanzler-Tee, 14. 12. 1961; Marcowitz, Option, S. 154f.

Der Versuch der vier westlichen Außenminister, am 11./12. 12. eine einvernehmliche Position auszuarbeiten und dann der NATO-Ratskonferenz am 13. 12. zu unterbreiten, stand folglich unter keinem guten Stern. Couve de Murville lieferte sich harte Auseinandersetzungen mit Home und Rusk, während Schröder, Neuling in diesem Kreis, darum bemüht war, sich nicht allzu sehr zu exponieren. Er teilte den Standpunkt der Amerikaner von der Notwendigkeit von Verhandlungen, würdigte aber auch die eindrucksvollen Gegenargumente, wie de Gaulle sie Adenauer gegenüber dargelegt habe. Für seinen französischen Kollegen bedeuteten die neuesten sowjetischen Drohungen frisches Wasser auf die Mühlen des Generals. Da er keinerlei kriegerische Konsequenzen erwartete, plädierte er strikt fürs Nichtstun. Rusk hingegen war sich des Moskauer Friedenswillens nicht so sicher und sprach sich deshalb für Verhandlungen, zumindest aber für die Fortsetzung der explorativen Gespräche zwischen Thompson und Gromyko aus. Home gab der baldigen Einberufung einer Außenministerkonferenz mit der Sowjetunion den Vorzug. Couve de Murville billigte schließlich die amerikanische Position, lehnte aber eine französische Beteiligung an den Ost-West-Kontakten energisch ab. Damit drohte dem Westen die Spaltung[507].

Trotz kurzfristig anberaumter Nachtsitzung stand am Ende hitziger Diskussionen ein tiefer Dissens, da Couve de Murville nach telefonischer Rücksprache im Elysée bei seiner Haltung blieb[508]. De Gaulle ließ sich nicht einmal von Kennedy dazu bewegen, einem von den vier Ministern gebilligten Kommuniqué zuzustimmen, in dem sie dem NATO-Rat gegenüber ihre Position darlegten[509]. Er sah die Amerikaner geradezu vom Berlin-Problem hypnotisiert und warf ihnen jetzt vor, die übrigen Streitfragen mit den Sowjets aus dem Blick zu verlieren[510]. Kategorisch verweigerte sich Couve de Murville daher auf der NATO-Ratstagung am folgenden Tag jedem Einlenken und wich dabei auch einem heftigen Streit mit Rusk nicht aus[511]. Am Ende einigte man sich im Kommuniqué auf eine Formel, die es Paris erlaubte, die Fortsetzung der Kontakte mit Moskau zu billigen, ohne sich daran zu beteiligen[512].

„Ich kann mir nicht helfen", kommentierte Adenauer das jämmerliche Ergebnis tagelanger Verhandlungen, „[...] dafür kreißen die Berge, und geboren wird eine lächerliche Maus!"[513] Obwohl die Presse den Schuldigen in Paris sah und de

[507] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Home, Rusk und Schröder vom 11. 12. 1961, US/MC/11, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 650–659; Konferenz zwischen dens. vom 12. 12. 1961, US/MC/12, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 661–667; Konferenz zwischen dens. vom 12. 12. 1961, US/MC/10, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 672–678; DDF 1961, Bd. 2, Nr. 217; Grewe, Rückblenden, S. 523–525.

[508] S. Konferenz zwischen Couve de Murville, Home, Rusk und Schröder vom 11. 12. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 744–747; Rusk, As I saw it, S. 226.

[509] S. Telefongespräch zwischen Kennedy und de Gaulle vom 12. 12. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 679–681; Unterredung zwischen Alphand und dems. vom 21. 12. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 366–369; Costigliola, Kennedy, S. 256; AdG 1961, S. 9542A.

[510] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Rusk vom 13. 12. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 747–751; Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 122–126.

[511] S. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 154; Macmillan, Pointing the Way, S. 428; AdG 1961, S. 9547C; Buffet, Politique nucléaire, S. 357.

[512] S. Kommuniqué des NATO-Ministerrates, 15. 12. 1961, in: EA 1962, S. D9-D11; Telefongespräch zwischen Kennedy und de Gaulle vom 12. 12. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 679–681; Grewe, Rückblenden, S. 525.

[513] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 54, Kanzler-Tee, 14. 12. 1961.

Gaulle vorhielt, mit seiner Hartnäckigkeit die Uneinigkeit des Westens sichtbar zu machen und Moskau zu ermutigen[514], zog es den Kanzler nach der jüngsten Serie sowjetischer Attacken gegen den Westen an die Seite des Generals[515]. Paradoxerweise zeichnete für diese Haltung offenbar insbesondere sein gerade in diesen Tagen wieder neu entfachter Argwohn de Gaulles Gesinnung gegenüber der östlichen Supermacht verantwortlich. Mochte seine aktuelle Ostpolitik auch unnachgiebig sein, so blieb sie doch auf Verständigung ausgerichtet. Während die Frage „L'Allemagne est-elle dangereuse?" aus dem Repertoire politisch-publizistischer Diskussionen an der Seine noch immer nicht gestrichen worden war[516], galt Rußland, so wußte der amerikanische Journalist Reston dem Bundeskanzler am 16. 12. nach Unterredungen mit hochrangigen französischen Regierungsmitgliedern zu berichten, als ein „entfremdeter Bruder", der zur europäischen Gemeinschaft zurückfinden müsse[517]. Adenauer empfand diese Sichtweise als völlig unangebracht[518]. Und es fragt sich, ob er es tatsächlich für „vollkommen ausgeschlossen" hielt, daß de Gaulle die von Reston wiedergegebene Meinung teilte[519]. Im Kreise seiner Berater zeigte man sich da aufgrund der wiederholten Äußerungen des Generals über ein Europa vom Atlantik bis zum Ural weit weniger sicher. In den Augen Blankenhorns etwa sah de Gaulle die wirkliche Gefahr nicht aus Moskau, sondern aus Peking kommend[520].

Restons Informationen bestärkten Adenauer gewiß darin, sich nicht von de Gaulle abzukoppeln. Gegenüber Dowling verlangte er nun offiziell, die Erkundungen in Moskau bis zur ersten Januarhälfte zu verschieben, und zeigte sich überzeugt, daß Frankreich dann seine völlig negative Position aufgebe[521]. Tatsächlich aber sah sich de Gaulle nach den sowjetischen Ausfällen in seinem Kurs bestätigt[522] und wies daher auch eine Einladung Kennedys zu einer gemeinsamen Zusammenkunft mit Macmillan brüsk zurück[523]. Dies hielt die angelsächsischen Führungen freilich nicht davon ab, sich dennoch zu treffen. Die Konsultationen am 21. und 22. 12. auf den Bermudas zeigten zweierlei: die – bei Macmillan noch ausgeprägter als bei Kennedy – vorhandene Absicht zur Preisgabe deutscher Interessen zum Zwecke der Friedenswahrung und den Willen der Amerikaner, notfalls auf die französische, nicht aber auf die deutsche Unterstützung zu verzichten. Da Kennedy die Reaktivierung des Washingtoner Botschaftsausschusses nicht

[514] Vgl. Artikel Raunau, in: „Hannoversche Presse", 16. 12. 1961.
[515] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 62, Informationsgespräch, 16. 12. 1961.
[516] Unterredung zwischen Erval und Bosquet in: „L'Express", 21. 12. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 863–868, hier S. 863.
[517] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 66, Informationsgespräch, 16. 12. 1961; vgl. Unterredung zwischen de Gaulle und Reston vom 14. 12. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 753–756.
[518] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 97, Informationsgespräch, 8. 2. 1962.
[519] Ebd., S. 67, Informationsgespräch, 16. 12. 1961.
[520] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 126a, Bl. 42–51, „Gedanken zur weltpolitischen Lage im Blickpunkt von Paris", 17. 1. 1962.
[521] S. Dowling an Rusk, Tel. 1451, 18. 12. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 692f.
[522] S. Rundfunkinterview Couve de Murvilles mit „France II", 16. 12. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1172–1174.
[523] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 21. 12. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 366–369. Zu dem von Kennedy und Macmillan am 4. 12. 1961 beschlossenen Treffen s. Macmillan, Pointing the Way, S. 428; Lamb, Macmillan Years, S. 344.

paßte, erhielten die Botschafter in Bonn, Steel und Dowling, den Auftrag, mit Schröder Kontakt aufzunehmen[524].

Nachdem Thompson Ende Dezember seine mit den Deutschen und den Briten koordinierten Instruktionen für die Sondierungsgespräche mit Gromyko erhalten hatte[525], unternahm Kennedy in einem auf den Sylvestertag zurückdatierten Brief einen neuen Anlauf, de Gaulle zum Einlenken zu bewegen[526] - vergeblich. Am 5. 1. 1962 untersagte der General seinen Botschaftern in Moskau und Washington jegliche Konsultation mit ihren Kollegen über die amerikanisch-sowjetischen Treffen. Erst wenn diese „fameux sondages" Ergebnisse zeitigten, werde er Entscheidungen treffen[527]. Eine Woche später erteilte er Kennedys Bitte eine eindeutige Absage und stellte klar, daß er sich nicht von öffentlicher Kriegsangst in die Knie zwingen, sondern von der Furcht vor der Neutralisierung Deutschlands leiten lasse. „Il y a lieu de penser que, sous la pression de la peur, de la rancune et du calcul, ce peuple en vienne peu à peu à envisager précisément la neutralisation comme une issue à ses angoisses". Deshalb sähe Frankreich als direkter Nachbar der Bundesrepublik die Politik der Verhandlungen „avec méfiance et inquiétude"[528].

„Un véritable accord franco-allemand"

Es konnte am Ende des Jahres 1961 ganz und gar nicht davon die Rede sein, daß die „Risse" in der Einheit des Westens nun „ausgemerzt" waren[529]. Es herrschte vielmehr ein so großes „Durcheinander"[530], das Adenauer beim Fortgang der amerikanisch-sowjetischen Berlin-Sondierungen Anfang Januar 1962[531] fast völlig jegliches Vertrauen in die Angelsachsen verlor. Obwohl Grewe in Washington eine „nüchternere und realistischere Auffassung" über das Verhältnis zu Moskau glaubte erkennen zu können[532], verdüsterte sich Adenauers Kennedy-Bild dramatisch[533], als er erfuhr, wieviel Gromyko sich in den Begegnungen mit Thompson „eingesackt" hatte[534]. Doch damit nicht genug, versuchte Moskau die Uneinigkeit des Westens auszunutzen und forderte Bonn in einem Memorandum zur Schaf-

[524] S. Unterredung zwischen Kennedy und Macmillan vom 21. 12. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 696–701; Unterredung zwischen dens. vom 22. 12. 1961, Secret, in: ebd., S. 701–704; Rusk an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 1172, 27. 12. 1961, in: ebd., Bd. 13, S. 1055.

[525] S. ders. an Thompson, Tel. 1520, 28. 12. 1961, Secret, Priority, in: ebd., Bd. 14, S. 709–713; ders. an dens., Tel. 1523, 29. 12. 1961, Secret, in: ebd., S. 714f.

[526] S. Kennedy an de Gaulle, mitgeteilt in: Rusk an Gavin, Tel. 3655, 1. 1. 1962, Secret, in: ebd., S. 716–719.

[527] De Gaulle an Couve de Murville u. Maillard, Aufzeichnung, 5. 1. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 189f., hier S. 190.

[528] Ders. an Kennedy, 11. 1. 1962, in: ebd., S. 191–194, hier S. 192 u. 193.

[529] Blankenhorn, Verständnis, S. 419, Tb. 3. 1. 1962.

[530] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 93, Informationsgespräch, 8. 2. 1962.

[531] S. Thompson an Dep. of State, Tel. 1840, 2. 1. 1962, Confidential, Priority, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 720–724; ders. an dens., Tel. 1854, 3. 1. 1962, Secret, Eyes only, in: ebd., S. 725f.; Rusk an Thompson, Tel. 1616, 10. 1. 1962, Secret, Priority, in: ebd., S. 741–745; Thompson an Rusk, Tel. 1936, 12. 1. 1962, Confidential, Priority, in: ebd., S. 751–755; Lamb, Macmillan Years, S. 344f.

[532] BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962; s.a. Grewe, Rückblenden, S. 528–531.

[533] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 126a, Bl. 55–58, Tb. 16. 1. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 739.

[534] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 93, Informationsgespräch, 8. 2. 1962; auch Schröder schätzte die Gespräche negativ ein (BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962).

fung besserer Beziehungen und engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf[535]. Während Kroll das Papier als ein „besonders dringliches und wichtiges Verhandlungsangebot" bewertete[536], waren Adenauer und Ollenhauer sich einig, daß es substantiell wenig Neues bot[537]. Allein der Koalitionspartner FDP erblickte in seinem Bestreben um eine aktivere Ost- und Deutschlandpolitik in dem Dokument einen bedenkenswerten Ansatz und verlangte eine positive Replik, um „die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anzustreben"[538]. Allerdings warnte die Parteispitze intern vor einer allzu forschen Gangart, um nicht in Verdacht zu geraten, „Rapallo-Politik zu betreiben."[539]

Wenngleich man vor der Öffentlichkeit behauptete, es bestehe „kein Grund zu einem neuen Kurs"[540], spielte der Kanzler insgeheim die Möglichkeiten deutsch-sowjetischer Direktverhandlungen über einen Modus vivendi sehr wohl durch[541], zumal er die nukleare Eskalation einer militärischen Auseinandersetzung inzwischen für unausweichlich hielt und die Verbündeten von den von ihm immer wieder empfohlenen Embargo- und Blockademaßnahmen zur See nichts wissen wollten[542]. Schröder sah den Zeitpunkt für Verhandlungen mit Chruschtschow zwar noch nicht gekommen, ließ aber immerhin eine sehr sorgfältige Antwort auf das sowjetische Memorandum erarbeiten[543]. Bonn tat gut daran, sich mit äußerster Vorsicht zu bewegen. Denn in Paris bewertete man Moskaus Angebot „völlig negativ"[544]. Deutsch-sowjetischen Kontakten stand de Gaulle nach dem Verlauf der Sondierungen zwischen Thompson und Gromyko höchst reserviert gegenüber[545], wobei – wie stets – auch „Rapallo-Sorgen" eine Rolle spielten[546].

Der weitere Gang der amerikanisch-sowjetischen Gespräche Anfang Februar erweckte nun sogar in Washington Zweifel an der Aufrichtigkeit der Moskauer Absichten[547]. De Gaulle sah sich in seiner Skepsis voll und ganz bestätigt und

[535] S. Regierung der Sowjetunion an Bundesregierung, Memorandum, 27. 12. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1211–1222.
[536] BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962; vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 548 f.
[537] S. ebd., S. 537–539; Erklärung Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 16. 1. 1962, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 47.
[538] FDP-Entschließungsentwurf zur Außenpolitik, 12. 2. 1962, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 301.
[539] Erklärung Mendes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 12. 2. 1962, in: ebd., S. 303.
[540] Artikel Krone, in: „Politisch-Soziale Korrespondenz", 1. 2. 1962, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 114 f.; s.a. Krone, Aufzeichnungen, S. 167, Notiz 1. 2. 1962.
[541] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 126a, Bl. 55–58, Tb. 16. 1. 1962; Blankenhorn, Verständnis, S. 424 f., Tb. 16. 1. 1962; Krone, Aufzeichnungen, S. 167, Notiz, 9. 2. 1962.
[542] S. Ansprache Adenauers vor dem Engeren CDU-Bundesvorstand, 7. 2. 1962, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1961–1965, S. 102–104; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 98, Informationsgespräch, 8. 2. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 739.
[543] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962.
[544] ebd., Bd. 127, Bl. 23–25, Tb. 29. 1. 1962.
[545] S. Aufzeichnung der Hauptabteilung Politik im MAE, 20. 1. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 43–46; Dejean an Couve de Murville, Tel. 369/84, 23. 1. 1962, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 52–56; ders. an dens., Tel. 407/18, 24. 1. 1962, Priorité, Réservé, in: ebd., S. 56–60; PA, Ref. 700, Bd. 1678, Blankenhorn an AA, FS Nr. 91, 24. 1. 1962, Verschlüsselt.
[546] Krone, Aufzeichnungen, S. 167, Notiz 9. 2. 1962.
[547] S. Thompson an Rusk, Tel. 2175, 9. 2. 1962, Confidential, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14,

nahm öffentlich für sich in Anspruch, dem Westen einen katastrophalen Rückzug erspart zu haben[548]. Auch in der deutschen Diplomatie gestand man ehrlich ein, daß der General „in vollem Umfang Recht behalten" hätte[549]. Adenauer plädierte nun für eine Pause, um Chruschtschow nicht das Gefühl zu vermitteln, „alles liefe kniend und betend hinter ihm her"[550]. Beide Staatsmänner, Kanzler wie General, spielten auf Zeit[551], zumal ihre Aufmerksamkeit jetzt durch weit akutere Probleme völlig absorbiert wurde: dem drohenden Scheitern der Fouchet-Plan-Verhandlungen und der Endphase der Friedensverhandlungen mit Algerien.

Aufgrund beträchtlicher Konzessionen de Gaulles, dessen baldigen Rückzug ins Privatleben Blankenhorn nicht ausschloß[552], und der wachsenden Kompromißbereitschaft der algerischen Exilregierung hatten sich die Standpunkte in den Geheimgesprächen zwischen Frankreich und dem GPRA so weit angenähert, daß seit Mitte Januar mit der Wiederaufnahme der seit Juli 1961 unterbrochenen offiziellen Verhandlungen gerechnet wurde[553]. Trotz der überwältigenden Zustimmung, die diese Politik von den Franzosen erhielt[554], wirkte die Lage aufgrund des wachsenden Zulaufs der OAS höchst explosiv[555]. Neue Anschläge auf de Gaulle waren keineswegs ausgeschlossen, wie die blutigen Zusammenstöße anläßlich einer Anti-OAS-Demonstration in Paris am 8. 2. schmerzhaft unter Beweis stellten[556].

Auch Adenauer mußte in diesen Tagen erkennen, daß seine Amtszeit schneller als erwartet zu Ende gehen konnte: Am 21. 1. erlitt er einen Herzinfarkt, von dem nur die engsten Vertrauten erfuhren. Erst am 5. 2. konnte er seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen[557]. Vier Tage später beauftragte de Gaulle Seydoux, bei ihm um ein baldiges Treffen auf deutschem Boden nachzusuchen, weil er die sich in den Fouchet-Verhandlungen abzeichnende deutsch-französische Baisse[558] auffangen wollte[559]. Man verabredete, das Regierungstreffen am 15. 2. in Baden-Baden stattfinden zu lassen und die Vorbereitungen angesichts der Pariser Gewaltausbrüche in strenger Geheimhaltung durchzuführen[560].

Wie bei dem Besuch in Bad Kreuznach im November 1958[561] bereitete auch diesmal das Wetter dem Protokoll erhebliche Probleme. Da die deutsche Wagenkolonne wegen einer vereisten Autobahn nicht pünktlich zur Landung auf dem Militärflughafen Lahr angekommen war, organisierte der Fliegerhorstkomman-

S. 797–800; ders. an dens., Tel. 2186, 12. 2. 1962, Secret, Priority, in: ebd., S. 807; Unterredung zwischen Rusk, Alphand und Ormsby Gore vom 13. 2. 1962, Secret, in: ebd., Bd. 14, S. 808–811.

548 S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 5. 2. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 385.

549 BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962.

550 Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 93, Informationsgespräch, 8. 2. 1962; s.a. Dowling an Dep. of State, Tel. 1995, 23. 2. 1962, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 840–843.

551 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 127, Bl. 23–25, Tb. 29. 1. 1962.

552 S. ebd., Bd. 126a, Bl. 55–58, Tb. 16. 1. 1962; Blankenhorn, Verständnis, S. 424, Tb. 16. 1. 1962.

553 Vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 219–250; Malek, De Gaulle, S. 89–92.

554 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962.

555 S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 274, Aufzeichnung 204-83.00/94.07 – Algerien, 23. 1. 1962.

556 Vgl. AdG 1962, S. 9668A.

557 S. Poppinga, Mut, S. 386f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 711.

558 Vgl. Kap. V.2.3.

559 S. de Gaulle an Seydoux, 9. 2. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 206.

560 S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 97; Seydoux, Erinnerungen, S. 282.

561 Vgl. Kap. V.1.2.

dant einige Armeefahrzeuge, die de Gaulle mit halsbrecherischer Geschwindigkeit nach Baden-Baden brachten[562]. Glücklich, seinen Gast wohlbehalten begrüßen zu können, führte Adenauer de Gaulle sofort in die mit einem dreifachen Polizeikordon gesicherte Dépendance von Brenners Parkhotel[563].

Der Kanzler hatte sich eine große „Tour d'horizon über alle möglichen Sachen"[564] vorgenommen, lamentierte aber zunächst nur über die viel zu sanfte Washingtoner Politik gegenüber Moskau. De Gaulle hingegen, der abgespannt und müde wirkte, beklagte sich über den fehlenden deutsch-französischen Konsens. Chruschtschow ergreife stets die Initiative, Kennedy antworte, Deutschland und Frankreich aber schwiegen, obwohl sie doch gemeinsam antworten müßten. „Il manque incontestablement quelque chose dans la politique du monde d'aujourd'hui: un véritable accord franco-allemand". Denn sonst würden die USA die Berliner Mauer und die Teilung Deutschlands hinnehmen, einer gewissen Neutralisierung zustimmen und die DDR anerkennen. Adenauer reagierte auf dieses Angebot zur exklusiven deutsch-französischen Abstimmung sehr vorsichtig, verwies auf die von der FDP und Teilen der Presse erhobenen Forderungen nach einem direkten Kontakt zu Moskau. Schließlich grenzte er das bilaterale Zusammengehen auf „certains problèmes" und die Zielsetzung eines entsprechenden Einflusses auf Moskau, Washington und London ein. De Gaulle begrüßte dies und fügte rasch zur Beruhigung Adenauers hinzu, es gehe nicht um die Abkoppelung von den USA, denn Europa brauche die Amerikaner natürlich als Verbündete[565]. Beide Staatsmänner waren's zufrieden und nahmen in einer „gelockerten und geradezu heiteren Atmosphäre" das Mittagessen ein[566]. Die monatelangen Zwistigkeiten schienen bereinigt.

Dieses Einvernehmen mit Frankreich war für Adenauer um so wichtiger, als sein Zutrauen in die USA weiter schwand. Gewiß, er vernahm mit Genugtuung, daß der Berater von Kennedy, Henry A. Kissinger, ihm am folgenden Tag über die Zweitschlagskapazität der USA berichtete. Aber die politische Führungskraft der USA schien ihm weiterhin bedenklich[567]. Daher vermied er auch in der Antwort auf das Dezember-Memorandum der Sowjetunion sorgfältig, die Tür für einen bilateralen Gedankenaustausch zuzuschlagen[568], ohne aber die von Kroll dringend empfohlene Einladung Chruschtschows nach Bonn auszusprechen[569].

[562] S. Kusterer, Kanzler, S. 206; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 98; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 734.

[563] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 98f.

[564] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 106, Informationsgespräch, 20. 2. 1962.

[565] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 15. 2. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 157–162, hier S. 161 u. 162; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 136–141; Kusterer, Kanzler, S. 206f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 734f.

[566] BA, NL Blankenhorn, Bd. 128a, Bl. 204, Tb. 15. 2. 1962; zur Plenarsitzung am Nachmittag vgl. Kap. V.2.3.

[567] S. Dowling an Rusk, Tel. 1935, 17. 2. 1962, Top secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 824–827; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 111f., Informationsgespräch, 20. 2. 1962.

[568] S. Bundesregierung an Regierung der Sowjetunion, Denkschrift, 21. 2. 1962, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 162–171; Grewe, Rückblenden, S. 528; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 553; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 96.

[569] S. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 549; Krone, Aufzeichnungen, S. 168f., Notizen 10. u. 13. 2. 1962; Dowling an Dep. of State, Tel. 1951, 19. 2. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 834; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 102, Informationsgespräch, 20. 2. 1962.

Wie wenig sich die Bundesregierung auf die amerikanische Administration verlassen konnte, verdeutlichte dann Anfang März der Auftrag des State Departments an Thompson, in der nächsten Sondierungsrunde mit Gromyko eine Verbindung zur nahenden Genfer Abrüstungskonferenz herzustellen[570]. Schon Anfang Februar hatte Chruschtschow angeregt, diese Veranstaltung in ein Gipfeltreffen der Regierungschefs der achtzehn Mitgliedstaaten des Abrüstungsausschusses umzuwandeln[571]. Während Bonn und Paris den Plan ablehnten[572], kamen Washington und London ihm ein Stück entgegen und luden Moskau in einer gemeinsamen Botschaft zu einer Abrüstungskonferenz auf Außenministerebene ein[573]. Anfang März einigten sich Chruschtschow und Kennedy darauf, die Tagung durch ihre Außenminister am 14. 3. eröffnen zu lassen[574].

Mit diesem neuerlichen Arrangement entfachten die Amerikaner bei Deutschen wie Franzosen erhebliche Unruhe, da sie eine Diskussion über die europäische Sicherheit außerhalb des Kontextes der Wiedervereinigung und den Druck der Neutralen fürchteten[575]. Daß de Gaulle dann aber nicht nur die Teilnahme Couve de Murvilles, sondern jegliche französische Beteiligung ohne vorherige Konsultation mit Adenauer untersagte[576], stieß in Bonn – aber auch in Paris[577] – auf starkes Befremden. Denn eine Vertretung Frankreichs schien um so wichtiger[578], als die Briten offenbar an eine Ausweitung der Gesprächsthemen auf die Oder-Neiße-Frage und die Souveränität der DDR dachten[579]. Adenauer machte im Bundesvorstand seiner Partei keinen Hehl daraus, wie „erschütternd" die „Uneinigkeit des Westens" sei, und gab offen zu, de Gaulles Verhalten „einfach nicht mehr verstehen" zu können[580]. Blankenhorn monierte daher gegenüber Couve de Murville die Eigenmächtigkeit, mit der de Gaulle diese Entscheidung wenige Tage nach den weitreichenden Abmachungen mit Adenauer in Baden-Baden getroffen hatte, und gewann aus den um Kalmierung bemühten Ausflüchten des Ministers den Eindruck, daß er den Beschluß des Präsidenten „ohne sonderliche Begeisterung" mittrug[581].

[570] S. Rusk an Thompson, Tel. 1998, 1. 3. 1962, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 846–849; ders. an dens., Tel. 2001, 1. 3. 1962, Secret, Priority, Eyes only, in: ebd., S. 850–852.

[571] S. Chruschtschow an Kennedy u. Macmillan, 10. 2. 1962, in: AdG 1962, S. 9676C.

[572] S. de Gaulle an Macmillan, 6. 2. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 203–205; ders. an Chruschtschow, 17. 2. 1962, in: ebd., S. 210–212; BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962; Kommuniqué des Quai d'Orsay, 9. 2. 1962, in: AdG 1962, S. 9669A.

[573] S. Kennedy u. Macmillan an Chruschtschow, 7. 2. 1962, in: ebd.; Erklärung der amerikanischen u. der britischen Regierung, 9. 2. 1962, in: ebd.; Kennedy an Chruschtschow, 14. 2. 1962, in: ebd., S. 9677f.

[574] S. Chruschtschow an Kennedy, 3. 3. 1962, in: EA 1962, S. D183-D187; Kennedy an Chruschtschow, 6. 3. 1962, in: ebd., S. D188.

[575] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128a, Bl. 32f., Tel. Blankenhorns, 25. 2. 1962.

[576] S. de Gaulle an Macmillan, 21. 2. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 215; BA, NL Blankenhorn, Bd. 128a, Bl. 32f., Tel. Blankenhorns, 25. 2. 1962; Erklärung des Quai d'Orsay, 5. 3. 1962, in: EA 1962, S. D188.

[577] S. Unterredung zwischen Kennedy und Faure vom 28. 2. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 682–685.

[578] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 129, Bl. 114–116, Blankenhorn an AA, Tel., 8. 3. 1962, Geheim.

[579] S. Dowling an Dep. of State, Tel. 2137, 7. 3. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 864.

[580] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 7. 3. 1962, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1961–1965, S. 163–174, hier S. 165 u. 166.

[581] BA, NL Blankenhorn, Bd. 129, Bl. 114–116, Blankenhorn an AA, Tel., 8. 3. 1962, Geheim.

Durch die Extravaganz der Franzosen sahen sich die Deutschen nun in gewisser Weise dem Wohlwollen der Angelsachsen ausgeliefert. Adenauer rief den Verbündeten per Zeitungsinterview ins Gewissen, Berlin dürfe nicht „als Daumenschraube für westliche Konzessionen" herhalten[582]. Aus Furcht vor einem solchen Tauschgeschäft zwischen Entgegenkommen an der Spree gegen Zugeständnisse bei der europäischen Sicherheit suchte Schröder, ohne das Kanzleramt zu informieren[583], unmittelbar vor der Konferenz den Kontakt zu Rusk und Home[584]. Auch Gromyko stattete er einen Besuch ab und vergrätzte damit die Franzosen, denen es lieber gewesen wäre, wenn er sich „jeden Schrittes enthalten" hätte[585].

Der Verlauf der Konferenz war dann eher unspektakulär und erbrachte keinerlei Fortschritte[586]. Dennoch kamen die Amerikaner mit den Sowjets Ende März überein, die bilateralen Unterredungen zwischen Rusk und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin in Washington fortzusetzen[587]. Und damit nahm das Unheil für die Deutschen seinen Lauf. Denn für diese Gesprächsrunde arbeitete das State Department neue Vorschläge aus, die der Deutschen Botschaft am 9. 4. mit der Maßgabe zugestellt wurden, innerhalb von zwei Tagen Stellung zu beziehen. Sowohl die ultimativ wirkende Terminierung als auch der Inhalt der Papiere verursachten in Bonn tiefe Bestürzung und trugen erheblich dazu bei, daß Adenauer fortan auf de Gaulle setzte[588]. Nachdem er erfahren hatte, daß es sich teilweise um die Neufassung eines Dokuments vom 22. 3. handelte, das dem Auswärtigen Amt schon länger bekannt war[589], bat der Kanzler gegen den Widerstand des ihm verdächtigen Außenministers am 12. 4. die Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien in aufsehenerregender Form zu einer Besprechung ins Dienstzimmer von Brentanos. Während der neue Fraktionsvorsitzende der Union und sein Vorgänger Krone scharfe Kritik am amerikanischen Vorgehen übten, hielten sich Schröder, Ollenhauer und auch Mende eher zurück[590]. Der Außenminister, zu dem der FDP-Parteivorsitzende inzwischen ein „besonders gutes Verhältnis" entwickelt hatte[591], zielte nun offenbar darauf ab, der amerikanischen Verhandlungsführung nach Möglichkeit zu folgen[592].

Nicht eben wahrheitsgemäß behauptete der Kanzler am Tag darauf gegenüber dem Stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Paul Nitze, die

[582] Bericht über ein Interview Adenauers mit „dpa", 14. 3. 1962, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 252.
[583] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 105.
[584] Vgl. „Stuttgarter Zeitung", 12. 3. 1962, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 231, Anm. 2; Mayer, Adenauer, S. 69f.
[585] Seydoux, Erinnerungen, S. 279.
[586] S. Unterredung zwischen Rusk und Gromyko vom 12. 3. 1962, SecDel/MC/58, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 26–33.
[587] S. Unterredung zwischen dens. vom 26. 3. 1962, SecDel/MC/59, Secret, Eyes only, in: ebd., Bd. 15, S. 76–89; Rusk, As I saw it, S. 226f.; Kommuniqué zur Unterredung zwischen Rusk und Gromyko vom 27. 3. 1962, in: AdG 1962, S. 9780B; Grewe, Rückblenden, S. 548f.
[588] S. Papier des Dep. of State, 3. 4. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 95–98; vgl. Grewe, Rückblenden, S. 549; Conze, Herausforderung, S. 224f.; Koerfer, Kampf, S. 635f.; Mayer, Adenauer, S. 70.
[589] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 106; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 743.
[590] S. Grewe, Rückblenden, S. 549f.; Krone, Aufzeichnungen, S. 169, Notiz 14. 4. 1962; Koerfer, Kampf, S. 636f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 744.
[591] Erklärung Mendes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 16. 3. 1962, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 307.
[592] S. Grewe, Rückblenden, S. 550.

Fraktionsvorsitzenden hätten das Papier eindeutig abgelehnt; die Bundesregierung werde daher in Ruhe über einen eigenen Vorschlag nachdenken[593]. Vierundzwanzig Stunden später erhob Adenauer gegenüber Kennedy schriftlich schwere Bedenken gegen dessen Überlegungen, sprach sich offiziell für eine Verhandlungspause aus und erinnerte daran, daß im November abgemacht worden sei, sich bei den Sondierungen allein auf ein Interimsabkommen über Berlin zu konzentrieren[594].

Da die Bundesregierung ihrem Standpunkt mit gezielten Indiskretionen über das amerikanische Verhandlungspapier Nachdruck zu verleihen versuchte, kam es in den USA zum Eklat, dem schließlich der deutsche Botschafter zum Opfer fiel[595]. Während Adenauer sich in Washington den Vorwurf des Vertrauensbruches energisch verbat und eine kompromißlose Haltung an den Tag legte, reagierte Schröder ebenso konziliant wie entgegenkommend[596] und gewann damit nicht nur in Washington, sondern auch in Bonn Anerkennung quer durch die Parteien. Nur einige Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion wie zu Guttenberg sahen die amerikanische Verhandlungstaktik auf einer abschüssigen Bahn[597]. Der Kanzler dachte gewiß ähnlich.

„Wir müßten mehr auf das deutsch-französische Pferd setzen"

Wieder einmal war es allein de Gaulle, der Adenauer in dieser Stunde schwerer transatlantischer Spannungen Halt bot. Abermals stellte er damit unter Beweis, daß „keine andere Schutzmacht" in der Deutschlandfrage eine festere Haltung einnähme[598]. Demonstrativ stellte sich der General auf des Kanzlers Seite, untersagte Alphand jegliche Diskussion über das amerikanische Berlin-Papier und wies Couve de Murville gar an, die Moskauer Vorgespräche zu mißbilligen[599], weil sie im Endeffekt zur Neutralisierung Deutschlands und damit zum Untergang Westeuropas zu führen drohten[600]. Diese Gefahr wähnte de Gaulle als um so größer, als die Bundesrepublik seines Erachtens die erforderliche Widerstandskraft vermissen ließ. Adenauer, so eröffnete er Alphand Mitte April, habe ihn enttäuscht. „L'Allemagne est incertaine, tronquée, le regard pour le moment tourné outre-

[593] S. Unterredung zwischen Adenauer und Nitze vom 13. 4. 1962, I-25394/62, Top secret, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 101–105; Mayer, Adenauer, S. 70f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 744f.

[594] S. Adenauer an Kennedy (Übersetzung), 14. 4. 1962, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 112, im Auszug auch in: Koerfer, Kampf, S. 637; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 107f.; Conze, Herausforderung, S. 225.

[595] S. Rusk an Bonn, Tel. 2848, 14. 4. 1962, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 113; Grewe, Rückblenden, S. 550f.; Koerfer, Kampf, S. 637f.; Mayer, Adenauer, S. 71f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 745.

[596] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 638f.; s.a. Interview Schröders mit der „Kölnischen Rundschau", 30. 4. 1962, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 473–475.

[597] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 639; Marcowitz, Option, S. 161.

[598] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Krapf an Carstens, Aufzeichnung 705–83.01–94.13–146/62, 9. 2. 1962.

[599] S. de Gaulle an Couve de Murville, 14. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 230; s.a. Buffet, Politique nucléaire, S. 357.

[600] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Fanfani vom 4. 4. 1962, im Auszug übermittelt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 130b, Bl. 79–82, Blankenhorn an Jansen, Tel. 389, 10. 4. 1962; ebd., Bl. 62, Tb. 10. 4. 1962.

Atlantique, jusqu'à ce que, trompée et irritée, elle se réfugie dans le neutralisme." Abermals versuchte der Botschafter den Präsidenten davon zu überzeugen, den direkten Dialog mit seinem amerikanischen Pendant zu suchen. Doch de Gaulle sah keinen Sinn darin, setzte vielmehr auf den nationalen Alleingang – den Bau der französischen Atomwaffe[601].

Während sein Unbehagen über die Durchlässigkeit des amerikanischen Schutzschirms in der Folge noch zunahm, sollte sich de Gaulles Mißtrauen gegenüber dem Kurs Adenauers, nicht aber der Deutschen, eher vermindern. Dies lag nicht zuletzt daran, daß der Kanzler sich jetzt noch stärker nach Paris hin orientierte. Die Gründe dafür waren vielfältig: in erster Linie sein sinkendes Vertrauen in die Amerikaner, außerdem das Scheitern der Fouchet-Plan-Verhandlungen und nicht zuletzt die Deutschland gebotene Rückendeckung Frankreichs gegenüber der Sowjetunion. Nicht unwesentlich dürfte für Adenauer noch ein weiteres Motiv gewesen sei: das Ende des Algerienkrieges im Frieden von Evian am 18. 3.[602]. Nicht von ungefähr gab er in seiner Glückwünschbotschaft der Hoffnung Ausdruck, daß der Präsident Frankreich jetzt „zu einer Epoche der Blüte und der Stärke" führen möge, weil davon Entscheidendes für die Bundesrepublik, Europa und die Welt abhänge[603].

Mit dem Ende des Krieges in Nordafrika waren die auf der französischen Außenpolitik lastenden militärischen und politischen Hypotheken getilgt. Erstmals seit einem halben Jahrhundert hatte Frankreich freie Hand[604], und de Gaulle besaß entscheidenden Anteil daran. Nur wer zu ermessen vermöge, so rühmte die deutsche Presse den General, wie tief der Mythos vom französischen Algerien in den französischen Herzen verwurzelt sei, könne seine Leistung würdigen[605].

Mit dem Friedensschluß einher ging eine nicht unbedeutende Veränderung im Pariser Regierungsgefüge. Am 15. 4. ernannte der Staatspräsident Georges Pompidou zum neuen Premierminister. Die Berufung des der Öffentlichkeit völlig unbekannten politischen Nobodys war gewiß eine Überraschung. Nach dem Vollblutpolitiker zog nun ein Intellektueller in den Matignon ein, der es in den Kabinettssitzungen bisweilen liebte, sich mit Integralrechnungen die Zeit zu vertreiben[606]. Am 5. 7. 1911 im Dorf Montboudif im Département Cantal als Sohn eines Lehrers geboren, war Pompidou politisch ein unbeschriebenes Blatt, nicht einmal Parlamentsabgeordneter. Nach brillantem Studium (Preisträger des Concours général, Normalien, Primus bei der Agrégation de lettres) war der Gymnasiallehrer

[601] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 14. 4. 1962, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 374–376, hier S. 375; zum Aufbau der „force de frappe" vgl. Kap. V.3.3.

[602] Am 11. 2. 1962 begannen die entscheidenden französisch-algerischen Friedensverhandlungen, die am 18. 3. 1962 in Evian-les-Bains mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens und mehrerer Grundsatzerklärungen beendet wurden (DDF 1962, Bd. 1, Nr. 90f.; L'Année politique 1962, S. 259–278; Wortlaut der Dokumente ebd., S. 631–646); vgl. Droz/Lever, Guerre d'Algérie, S. 326–332; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 242–246.

[603] AN, 5 AG/165, Adenauer an de Gaulle, 21. 3. 1962; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Burin des Roziers an Knoke, 21. 3. 1962; de Gaulle an Adenauer, 24. 3. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 221f.

[604] Vgl. Vaïsse, Poids de la guerre, S. 120.

[605] S. Artikel Weseloh, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20. 3. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 987–989.

[606] Vgl. Conte, Présidents, S. 166.

1944 als „Chargé de mission" für Schul- und Universitätsangelegenheiten in de Gaulles Kabinett eingetreten, obwohl er nicht aktiv in der Résistance gewirkt hatte. Nach dem Rücktritt des Generals im Januar 1946 wechselte Pompidou ins Commissariat au Tourisme und trat dann trotz fehlender juristischer Kenntnisse auf Empfehlung Bidaults in den „Conseil d'Etat" ein. In den folgenden Jahren pochte er auf seine politische Unabhängigkeit, blieb de Gaulle aber als Schatzmeister der nach seiner behinderten Tochter benannten „Fondation Anne de Gaulle" oder – seit 1947 – als sein erster Berater eng verbunden. Gegenüber der im selben Jahr gegründeten gaullistischen Sammlungsbewegung RPF zeigte er sich hingegen äußerst reserviert. Nach de Gaulles Rückzug aus der Politik wurde Pompidou 1953 Direktor des Bankhauses Rothschild – wenngleich er keinerlei fachspezifische Erfahrung vorweisen konnte. Er behielt diesen Posten bis 1961, amtierte aber bereits seit der Ernennung de Gaulles zum Regierungschef im Juni 1958 wieder als dessen Kabinettschef. Nach der Wahl des Generals zum Staatspräsidenten zog Pompidou es vor, ihm nicht als Kabinettschefs in den Elysée zu folgen, sondern einen Platz im Conseil constitutionnel einzunehmen, dem neuen höchsten französischen Gericht[607].

Gewiß hatte der Wechsel im Matignon nicht nur mit den Spannungen zwischen de Gaulle und Debré in der Algerienpolitik, sondern auch damit zu tun, daß der General die neue Ära französischer Außenpolitik mit einem unverbrauchten, unbelasteten Regierungschef beginnen wollte[608], der im Februar 1961 selbst die ersten Geheimgesprächen mit dem GPRA aufgenommen hatte. De Gaulles Entscheidung war aber auch ein deutlicher Hinweis auf sein präsidiales Selbstverständnis: Premierministern war eine kürzere Amtszeit beschieden als dem Staatschef. Sie bedeutete sodann den Versuch einer parlamentarischen Öffnung zur Mitte, die sich in der Aufnahme von fünf MRP-Politikern in die Regierung widerspiegelte. Schließlich sollte dieser „ours gourmand"[609], der als eine der ersten Amtshandlungen im Matignon die Porträts von Richelieu und Mazarin durch kubistische Bilder à la Braque austauschen ließ, das Bild eines sozialen Aufschwungs und den Beginn einer Phase der Stabilisierung abgeben[610].

Obwohl die Zusammensetzung des Kabinetts Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Parlament signalisierte, verlief Pompidous Einstand wenig verheißungsvoll. Viele Beobachter sahen in dem Avancement dieses Mannes ohne Erfahrung in Partei oder Parlament und ohne Hausmacht eine weitere Entwertung des Premierministeramtes und eine Stärkung des Präsidialcharakters des Regimes[611]. Bei der Investitur am 27. 4. votierten nur 259 Abgeordnete für die Regierung, 128 Parlamentarier stimmten dagegen und 119 enthielten sich. Drei Viertel der Unabhängigen verweigerten dem Premierminister die Unterstützung. Mit dem Austritt der MRP-Minister aus dem Kabinett nach nur vier Wochen schrumpfte seine parlamentarische Basis noch mehr. Allein den besonderen politischen Rahmenbedingungen und den ausgeklügelten Verfassungsmechanismen

607 Zu Person und Politik Pompidous vgl. ebd., S. 161–231; Roussel, Pompidou.
608 Vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 247–249; Roussel, Pompidou, S. 128–130.
609 Conte, Présidents, S. 174.
610 Vgl. ebd., S. 196.
611 Vgl. De Gaulle et ses premiers ministres, S. 81–122.

hatte Pompidou es zu verdanken, daß es nicht schon im Sommer zu seinem Sturz kam. De Gaulle drohte vor die Wahl zwischen dem Verzicht auf eine Machtausübung, die vom Buchstaben der Verfassung nicht mehr gedeckt war, und der Rückkehr nach Colombey-les-deux-Eglises gestellt zu werden[612]. Erst das Referendum vom 28. 10. über die Verfassungsänderung zur Direktwahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen im November sollten seine Machtposition stabilisieren[613].

Auf de Gaulles Berlin- und Deutschlandpolitik hatte dieses Revirement keine Auswirkungen. Scharf geißelte er die angelsächsische „frénésie de négocier"[614] und gab damit gewissermaßen auch die Parole für Adenauer aus. Mehr und mehr ging der Kanzler nun auf Distanz zum amerikanischen ‚Verhandlungswahnsinn' und nahm sogar eine Kollision mit dem Bundesaußenminister in Kauf, der jetzt eine von der FDP gestützte Korrektur der bisherigen harten Linie vornahm[615]. Auf der Athener NATO-Konferenz vom 4. bis 6. 5. stimmte Schröder der Fortsetzung der Berlin-Sondierungen und dem amerikanischen Plan einer Zugangsbehörde für Berlin zu, während Couve de Murville Bedenken anmeldete und seinen Kollegen die Gefahr einer impliziten Anerkennung der DDR vor Augen führte[616]. Schröder ließ sich davon nicht beeindrucken. Die Bundesrepublik, so verteidigte er seine Auffassung kurz darauf in der Unionsfraktion, werde die Ablehnung eines von weiten Teilen der Weltöffentlichkeit als notwendig angesehenen Versuchs zur Entspannung teuer bezahlen. Washington strebe nur danach, die Berlin-Krise einzuschläfern. Ob die Pariser Verweigerungshaltung sehr hilfreich sei, mochte er bezweifeln[617].

Adenauer hingegen sah die Lage ganz anders. Vor dem Hintergrund der Mitte April gescheiterten Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Politischen Union und der mittlerweile eingetroffenen Einladung de Gaulles zu einem feierlichen Besuch Frankreichs[618] tadelte er die Außenpolitik Kennedys inhaltlich wie methodisch und zog dann den Schluß: „Das Verhältnis zwischen USA und Frankreich verschlechtert sich immer mehr und damit auch das Verhältnis zwischen uns und den Vereinigten Staaten." Da die Europäische Union passé sei,

612 Vgl. Mirow, Konzeptionen, S. 579; Rémond, Frankreich, T. 2, S. 76–78; Roussel, Pompidou, S. 132–134; AdG 1962, S. 9810A u. 9829B.

613 Vgl. Rémond, Frankreich, T. 2, S. 78–88.

614 De Gaulle an Couve de Murville, 14. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 230; s.a. Buffet, Politique nucléaire, S. 357.

615 S. Grewe, Rückblenden, S. 552; Erklärung des FDP-Bundesvorstands, 5. 5. 1962, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 319f.

616 S. PA, B 151, Bd. 1, Carstens an Schröder, Aufzeichnung Del. Nr. 13/62, 3. 5. 1962, Streng geheim; ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 247, Blankenhorn an AA, FS Nr. 500, 11. 5. 1962, Verschlüsselt, Cito; Unterredung zwischen Rusk, Couve de Murville, Schröder und Lord Home vom 3. 5. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 451–461; Unterredung zwischen Rusk und Schröder vom 3. 5. 1962, US/MC/30, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 132–136; ders. an Kennedy u. Ball, Tel. Secto 70, 6. 5. 1962, Secret, Priority, in: ebd., Bd. 13, S. 388f.; Ball an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 1920, 9. 5. 1962, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 389–393; „Neue Zürcher Zeitung", 6. 5. 1962, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 483f., Anm. 1; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 748f.

617 S. ACDP, VIII-001–1009/1, Erklärung Schröders in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 8. 5. 1962, S. 265–268; Marcowitz, Option, S. 161f.

618 Vgl. Kap. V.2.3 u. V.4.1.

bleibe der Bundesrepublik nur der „Block" mit Frankreich[619]. Adenauer ging sogar noch einen Schritt weiter und zeigte sich in einer denkwürdigen Sitzung mit Schröder, Krone, Globke und anderen Vertrauten am 30. 4. in Cadenabbia bereit, „mit den Amerikanern einige Jahre in Spannung zu leben". Nach einem langen Monolog, der mit der russisch-französischen Allianz von 1892/94 begann und implizit sein Mißtrauen auch gegenüber Frankreich offenbarte, lautete seine Conclusio: „Wir müßten mehr auf das deutsch-französische und das europäische Pferd setzen."[620] Dabei gab es für ihn keinen Zweifel, daß der westliche Nachbar in diesem Konzert die erste Geige spielen würde, wenngleich er ihm diese Rolle nur in sehr gemäßigter Form zubilligte[621]. Schröder, aber auch andere widersprachen dem Kanzler sowohl in bezug auf die von ihm skizzierte Ausgangslage als auch die Schlußthese. Ihrer Meinung nach trug er weder der Bedeutung der Beziehungen zu den USA oder zur Europäischen Gemeinschaft noch den Möglichkeiten de Gaulles Rechnung. Doch davon wollte Adenauer nichts hören. Statt sich den Gegenargumenten zu stellen, verließ er abrupt den Raum[622].

Wohlgemerkt: Adenauers Hinwendung zu de Gaulle resultierte keineswegs aus Frankophilie oder aus realitätsferner Einschätzung der Politik der Generals, sondern aus Angst vor dem Verlust der einzig verbliebenen Schutzmacht in der „deutschen Frage". Einige seiner Berater bestärkten ihn noch in dieser düsteren Sicht, zogen aber gänzlich andere Konsequenzen aus ihren Erkenntnissen. Carstens etwa fragte sich, ob Frankreichs Zurückhaltung in der Berlin-Frage nicht auch aus dem Wunsch entstanden sei, sich ein Alibi für den Fall zu besorgen, daß der Bundesrepublik belastende Regelungen aufgenötigt würden? Oder wolle es sich die Hände freihalten, „um gegebenenfalls eigene Wege gehen zu können"[623]?

Genau davor fürchtete sich auch der Kanzler. Indem er die Sicherung der Beziehung zu de Gaulle nun allen anderen außenpolitischen Aufgaben überordnete, riskierte er zwangsläufig Spannungen zu Kennedy. Er schürte sie sogar noch Anfang Mai mit zwei Pressekonferenzen, die die „schärfste öffentliche Distanzierung von der amerikanischen Politik enthielten, die man bis dahin von einem deutschen Regierungschef erlebt hatte"[624]. Washingtons Sondierungen in Moskau erklärte er für völlig sinnlos, den Plan der Zugangsbehörde lehnte er scharf ab und desavouierte damit auch noch den eigenen Außenminister[625]. Der bekam dafür jetzt die Unterstützung der SPD-Opposition, die nach einem mühsamen, monatelangen Meinungsbildungsprozeß inzwischen Kennedys Entspannungs- und Berlinpoli-

[619] Aufzeichnung Adenauers, 24. 4. 1962, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 640f., hier S. 641; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 746f.

[620] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 111; s.a. Lahr an seine Schwester, 8. 5. 1962, in: Lahr, Zeuge, S. 360f.

[621] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 747.

[622] S. Lahr an seine Schwester, 8. 5. 1962, in: Lahr, Zeuge, S. 360f.; vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 112.

[623] BA, NL Blankenhorn, Bd. 132a, Bl. 51f., Carstens an Blankenhorn, St.S. 1369/62, 19. 5. 1962, Persönlich, Geheim.

[624] Grewe, Rückblenden, S. 555.

[625] S. Pressekonferenz Adenauers, 7. 5. 1962, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 486–488; Erklärungen dess. auf einer Pressekonferenz, 8. 5. 1962, im Auszug in: ebd., S. 488f.; s.a. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 176–187, Informationsgespräch, 11. 5. 1962; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 112; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 748.

tik vorbehaltlos begrüßte und Adenauers Forderung nach einer Verhandlungspause scharf zurückwies[626].

Der amerikanische Präsident reagierte auf die frontale Attacke des Kanzlers zunächst mit einer kritischen Stellungnahme vor der Presse [627]. Dann beklagte er sich gegenüber dem stellvertretenden Vorsitzender der SPD-Fraktion, Erler, über die deutsche Obstruktion und die einseitige profranzösische Politik der Regierung[628]. Schließlich schickte er seinen Bonner Botschafter ins Palais Schaumburg – zur Beschwichtigung [629]. Da er nicht daran interessiert war, den Disput auf die Spitze zu treiben, erklärte Adenauer die Unstimmigkeiten für „restlos beseitigt"[630], und Kennedy replizierte mit einem versöhnlichen Brief[631].

Demgegenüber goß de Gaulle nun Öl ins Feuer. In seiner großen Pressekonferenz vom 15. 5. attackierte er die Ost-West-Sondierungen und sprach sich kategorischer denn je zuvor für den Status quo in Berlin und in Deutschland aus. Dabei begründete er seine Position diesmal bemerkenswerterweise nicht nur mit der Gefahr westlicher Konzessionen, sondern auch mit dem Gebot der deutsch-französischen Solidarität, von der die Sicherheit beider Völker, ja das Schicksal Europas vom Atlantik bis zum Ural abhinge[632]. Kennedy sah dies als offene Kampfansage gegen die amerikanische Europapolitik[633] und konterte postwendend mit der Drohung, sich nicht nur politisch, sondern auch militärisch vom Kontinent zurückzuziehen[634].

Adenauer konnte diese Entwicklung gewiß nicht gutheißen, stellte sich aber dennoch in den folgenden Wochen und Monaten an die Seite de Gaulles, nicht Kennedys. Zugleich griff er wieder auf die als Rückfallposition gedachte Option deutsch-sowjetischer Direktverhandlungen zurück und unterbreitete Smirnow am 6. 6. den Vorschlag eines zehnjährigen „Waffenstillstand[s]"[635]. Kurz darauf deutete er Brandt gegenüber sogar an, mit Chruschtschow die Hallstein-Doktrin über Bord werfen zu wollen[636]. Vier Wochen später kam die Antwort aus Moskau auf sein Friedensangebot, und sie fiel völlig negativ aus[637].

[626] Vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 398; Marcowitz, Option, S. 171 f.

[627] S. Pressekonferenz Kennedys, 9. 5. 1962, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 494–497; Grewe, Rückblenden, S. 555.

[628] Vgl. Marcowitz, Option, S. 172.

[629] S. Rusk an Dowling, Tel. 3100, 12. 5. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 142–145; Dowling an Kennedy u. Rusk, Tel. 2737, 14. 5. 1962, Secret, in: ebd., S. 145–148; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 113 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 749.

[630] Grewe, Rückblenden, S. 560.

[631] S. Kennedy an Adenauer, 15. 5. 1962, mitgeteilt in: Rusk an Dowling, Tel. 3120, 16. 5. 1962, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 15, S. 150 f.; Grewe, Rückblenden, S. 560; Conze, Herausforderung, S. 226; Mayer, Adenauer, S. 73.

[632] S. Pressekonferenz de Gaulles im Elysée-Palast, 15. 5. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 402–417; vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 233, Voigt an Carstens, Aufzeichnung 204–81.00/2/94.07/475/62, 21. 5. 1962.

[633] S. Gavin an Dep. of State, Tel. 5425, 16. 5. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 702 f.

[634] S. Kennedy an Gavin, mitgeteilt in: Rusk an dens., Tel. 6203, 18. 5. 1962, Top secret, Priority, in: ebd., S. 704; Conze, Herausforderung, S. 226; Costigliola, Pursuit, S. 46 f.

[635] Unterredung zwischen Adenauer und Smirnow vom 6. 6. 1962, im Auszug in: Auswärtiges Amt (Hg.), Außenpolitik, S. 472 f., hier S. 472; s.a. Krone, Aufzeichnungen, S. 169 f., Notiz 6. 6. 1962; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 121 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 750.

[636] Vgl. Küsters, Adenauer und Brandt, S. 538.

[637] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 750.

Allmählich versandeten auch die amerikanisch-sowjetischen Sondierungen, die kritischste Phase der langgezogenen Spannungen um die alte Reichshauptstadt war vorbei. Daß der Westen die Rettung des Westteils der Stadt einer „Kombination von Halsstarrigkeit und vorerst nur angedeuteter Konzessionsbereitschaft" Adenauers verdankte[638], darf bezweifelt werden. Entscheidender war doch wohl de Gaulle, der sich nicht an den Verhandlungstisch pressen ließ, der die Kriegsbereitschaft der Sowjets niedriger einschätzte, als die Verbündeten, und den die Angst vor einem Abdriften der Deutschen infolge westlicher Konzessionen erfüllte, obwohl die Deutschen de facto jeglichen bellizistischen und nationalistischen Neigungen abhold waren[639]. Die Intransigenz des Generals hielt den Kanzler davon ab, den zu großen Konzessionen bereiten Angelsachsen grünes Licht zu erteilen. Aus Sorge um den völligen Zusammenbruch der westlichen Staatengemeinschaft schreckten die Amerikaner schließlich davor zurück, den kontinentalen Bündnispartner zu übergehen.

Bleibt die Frage, ob der Westen mit der Übernahme der französischen Obstruktionspolitik mehr erreicht, vielleicht sogar den Mauerbau verhindert hätte. Die Antwort hängt nicht zuletzt von eindeutigen Erkenntnissen über den in Ost und West tatsächlich vorhandenen bzw. perzepierten Willen ab, um Berlin notfalls mit nuklearen Waffen zu kämpfen. De Gaulle konnte die „Bereitschaft zum Untergang"[640] gewiß deshalb so laut bekunden, weil er die sowjetische Friedenssehnsucht recht hoch veranschlagte und die Hauptlast einer Konflagration den Amerikanern übertrug. Aus der deutschen Perspektive sah die Angelegenheit naturgemäß anders aus. Da er die Moskauer Kriegsbereitschaft höher einschätzte und ein atomarer Schlagabtausch in erster Linie deutschen Boden vernichten würde, versuchte Adenauer, die Perspektive eines nuklearen Holocaust im Herzen Europas durch Wirtschafts- und konventionelle Militärsanktionen sowie durch die Option direkter deutsch-sowjetischer Verhandlungen auszuschalten. Letztlich ließ sich niemand von ihnen vollends in die Karten blicken. Der Rütli-Schwur um Berlin blieb ihnen erspart.

[638] Ebd., S. 749.
[639] Vgl. Marcowitz, Charles de Gaulle, S. 218.
[640] Ebd., S. 217; s.a. ders., Option, S. 160f.

V.2 Vertiefung der Europapolitik 1958–1962

V.2.1 Das Scheitern der FHZ-Verhandlungen 1958/59

„Je n'ai jamais apprécié ce que l'on appelle le supranational"

Neben der Deutschland- war die Europapolitik das zweite große Feld, auf dem sich die Interessen der Bundesrepublik und Frankreichs kreuzten. Nicht in erster Linie aus genuinem Europaidealismus, sondern aus mitunter sehr national-egoistisch ausgerichteten Interessen hatten die beiden Nachbarn seit 1950 die Integration der Sechsergemeinschaft vorangetrieben und dabei trotz aller Rückschläge Beachtliches geleistet. De Gaulles Rückkehr zur Macht im Juni 1958 stellte das Erreichte gewiß nicht nur aus Sicht der Bundesregierung in Frage. Sie leitete eine lange Phase von Krisen und Blockierungen im europäischen Einigungsprozeß ein, deren Ursprung stets in der von ihm umdefinierten Rolle der Grande Nation auf dem Kontinent lag, konkreter formuliert, in ihrer neu bestimmten Funktion in den europäischen Organisationen. Die „Unterwerfung Frankreichs unter ein Gesetz, das nicht das seine ist", dürfe es nicht geben, so lautete ein ebenso programmatisches wie drohendes Leitgesetz der Europapolitik de Gaulles[1]. Der Ende der vierziger Jahre einsetzenden supranationalen europäischen Integrationsbewegung stand er folglich mit tiefer Ablehnung gegenüber. Ob Europarat, Montanunion, Europäische Politische Gemeinschaft oder Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der Bannstrahl des Generals war ihnen sicher[2]."Je n'ai jamais apprécié ce que l'on appelle le supranational", meinte er im August 1958 gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani offenherzig, „mais je suis très favorable à la coopération entre états."[3]

De Gaulles Europakonzept beruhte auf dem von ihm als unabdingbar bewerteten Recht auf nationalstaatliche Souveränität und zielte in einem „Zweistufenplan"[4] zunächst auf einen Zusammenschluß der durch gemeinsame Ideale, Kultur und Zivilisation verbundenen westeuropäischen Staaten. Diesem Verband, der von einem durch Grandeur und moralische wie physische Überlegenheit prädestinierten Frankreich geführt werden sollte, wies er die Aufgabe eines Schiedsrichters zwischen den Supermächten sowie die Funktion einer unabhängigen ‚Dritten Kraft' zur Austarierung des Weltgleichgewichts zu. In einer zweiten Phase der europäischen Einigung strebte de Gaulle sodann eine von der „détente" über die „entente" zur „coopération" führende Öffnung nach Osten zum Zweck der Errichtung eines gesamteuropäischen Staatensystems an[5]. Entgegen einer zählebigen Fama definierte er dieses Konzert der Mächte nicht als ein „Europa der Vaterlän-

[1] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 205.
[2] Zu Europakonzeption und -politik de Gaulles vgl. vor allem: De Gaulle en son siècle, Bd. 5; Jouve, Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe, 2 Bde.; Lucas, Europa; Mirow, Konzeptionen; mit wenig überzeugendem revisionistischem Ansatz: Loth, De Gaulle und Europa.
[3] Unterredung zwischen de Gaulle und Fanfani vom 7. 8. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 241–245, hier S. 244.
[4] Lucas, Europa, S. 92; vgl. dagegen: Loth, De Gaulle und Europa; Conze, Herausforderung, S. 68.
[5] De Gaulle, Mémoires d'Espoir, Bd. 1, 182.

der", sondern als ein „Europa der Staaten"[6], dessen Ausdehnung in seinen Augen „de l'Atlantique jusqu'à l'Oural" reichte. Der General bediente sich dieser in seiner Zeit als Präsident wiederholt benutzten Formel erstmals im März 1950, bemerkenswerterweise als Reaktion auf Adenauers berühmtes Interview mit Kingsbury-Smith[7]. Er wollte mit diesem dem traditionellen Europabegriff der Geographie seit dem 18. Jahrhundert entlehnten Bild zunächst nichts anderes sagen, als daß der russische Part der Sowjetunion wesentlicher Teil Europas sei[8]. Gewiß sandte de Gaulle mit ihm aber auch ein „hoffnungsstiftendes Signal" an die Völker Ost- und Südosteuropas[9], das freilich auch in der Bundesrepublik Wirkung erzielte. Adenauer empfand diese Formel „mehr geographisch" als politisch, wobei auch er die Zugehörigkeit der sowjetischen Satelliten – Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien – und der DDR zu Europa nicht abstritt. Die Sowjetunion selbst zählte er indes nicht dazu[10].

Das Ziel dieses „Europe européenne"[11] erforderte – wie de Gaulle sehr wohl wußte – Maßnahmen zur Konsolidierung der Alten Welt. Vor allem mußte das Europa der Sechs über die wirtschaftliche Kooperation hinaus auch in anderen Bereichen so verbunden werden, daß es sowohl seinen Ressourcen nach wie durch seine kollektive Handlungsfähigkeit den Weltmächten in Ost und West Paroli bieten konnte. Natürlich war Frankreich nicht dazu in der Lage, diese Leistung allein zu vollbringen. Es bedurfte eines starken Partners, der angesichts der „special relationship" zwischen Großbritannien und den USA nur Bundesrepublik Deutschland heißen konnte.

Dort aber beobachtete man den französischen Machtwechsel gerade wegen des von Frankreich erwarteten Kurswechsels in der Europapolitik mit tiefer Sorge[12]. Zu unversöhnlich wirkten die Gegensätze zwischen der von den Römischen Verträgen anvisierten europäischen Föderation und dem von de Gaulle projektierten konföderativen Staatengebilde. Eingenommen von den Ansichten einiger seiner Berater, die de Gaulle unterstellten, gegen den europäischen Zusammenschluß zu sein, „weil er eine zu große Abhängigkeit Frankreichs von Deutschland befürchtet"[13], antizipierte Adenauer im Mai 1958 die „Beendigung der europäischen Integration"[14]. Auch von Brentano begriff die Machtübernahme des Generals in diesem Sinne als Gefahr[15]. Führende Politiker der untergegangenen IV. Republik bestärkten die Bundesregierung noch in ihren (Vor-)Urteilen. Supranationale europäische Konzepte, so betonte Pinay gegenüber Blankenhorn, könne es nach Meinung de Gaulles erst geben, „wenn man in einer sehr viel lockereren prakti-

[6] Vgl. Kolboom, Nation, S. 289f.; Weisenfeld, Charles de Gaulle, S. 47–49.
[7] Pressekonferenz de Gaulles, 16. 3. 1950, in: de Gaulle, Discours, Bd. 2, S. 344–358, hier S. 354; vgl. Kap. III.3.1.
[8] Vgl. DePorte, L'Europe, S. 456; Lucas, Europa, S. 52.
[9] Conze, Herausforderung, S. 69; vgl. ausführlich De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 429–517.
[10] ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/2, Gespräch zwischen Adenauer und amerikanischen Journalisten vom 9. 6. 1961.
[11] Zur Begrifflichkeit vgl. Delarue, Europe européenne.
[12] Vgl. Kap. V.1.1.
[13] Blankenhorn, Verständnis, S. 295, Tb. 16. 5. 1958.
[14] Ebd., S. 296f., Tb. 19. 5. 1958.
[15] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 221, von Brentano an Paris etc., Tel. AZ 204–83.00/94.07, 19. 5. 1958, Cessat.

schen Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten die hierfür notwendigen Grundlagen geschaffen habe"[16]. Dem amerikanischen Botschafter Houghton versicherte er wenig später, der neue französische Regierungschef sei für die europäische Gemeinschaft, „but one built around France rather than France acting only as partner therin"[17]. Louis Joxe, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, beteuerte Ende Mai gegenüber dem deutschen Botschafter Vollrath von Maltzan, die außenpolitische Linie werde sich „voraussichtlich wenig ändern". In der Europapolitik werde der General das Bestehende hinnehmen, aber stärkeres Gewicht auf den Ausbau bilateraler Beziehungen statt supranationaler Konstrukte legen[18].

Wenngleich sich in der Bonner Einschätzung des Machtwechsels in Paris im Juni allmählich die Auffassung durchsetzte, man dürfe de Gaulle nicht an seinen vergangenen Worten, sondern müsse ihn an seinen zukünftigen Taten messen, blieb die Beurteilung der Zukunft Europas von tiefer Skepsis geprägt[19]. Daran änderte letztlich auch die Erleichterung über die Aufnahme altgedienter Minister ins Kabinett de Gaulle nur wenig. Gewiß, Mollet, Pflimlin oder Pinay wurden als „gute Leute" gehandelt, weil sie als Europäer galten. Dennoch war sich Adenauer keineswegs sicher, ob ihr Einfluß ausreichte, um den Regierungschef davon abzuhalten, die bestehenden Verträge zu brechen[20]. Da diese Abkommen aber neben der Atlantischen Partnerschaft die Grundlage der deutsch-französischen Zusammenarbeit darstellten, wirkte die Zukunft des nachbarschaftlichen Verhältnisses höchst düster[21].

„Opposition quasi générale en France contre le projet de Zone de libre échange"

In Paris nahm man die Bonner Sorgen sehr wohl ernst. Der neue Außenminister Couve de Murville betonte wiederholt die Kontinuität der französischen Außenpolitik[22] und beteuerte bei seinem Abschiedsbesuch als Botschafter in Bonn am 9. 6. im Kanzleramt, „daß Frankreich sich durch Gemeinschaftsverträge und Bündnissystem mit dem Westen als fest verbunden ansieht"[23]. Hinter diesen Bekenntnissen zur EWG stand natürlich auch die Einsicht, daß ein machtpolitischer Aufstieg Frankreichs ohne eine erneuerte wirtschaftliche Grundlage nicht möglich sein würde. Trotz der nach Kriegsende aufgenommenen Modernisierungspolitik war Frankreich noch immer ein weitgehend agrarisch strukturiertes Land, dessen industrielle Rückständigkeit seinen Führungsanspruch gerade gegenüber dem „präsumptiven Juniorpartner"[24] Deutschland zu unterminieren drohte[25]. De

[16] Blankenhorn an Adenauer u. von Brentano, Tel., 23. 5. 1958, Streng geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 580f., hier S. 581.
[17] Houghton an Dep. of State, Tel. 5664, 31. 5. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 21.
[18] BA, NL Blankenhorn, Bd. 88b, Bl. 126, von Maltzan an AA, FS, 30. 5. 1958, Verschlüsselt.
[19] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Aufzeichnung Böker, 204–82.00/94.07, 30. 5. 1958.
[20] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1007/4, Ansprache Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 3. 6. 1958; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 415.
[21] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 55, van Scherpenberg an von Brentano, Tel. 68, 2. 6. 1958; StBKAH, NL Adenauer, 10.38, Adenauer an Macmillan, 2. 6. 1958.
[22] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, von Maltzan an AA, FS Nr. 486, 6. 6. 1958, Verschlüsselt.
[23] Von Brentano an Washington, Tel. 750 Plurex, 16. 6. 1958, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 698; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Carstens, 204–81.00/1–94.07, 7. 6. 1958.
[24] Lucas, Europa, S. 94.

Gaulle empfand die französische Wirtschaft als zu „konservativ, zollgeschützt und zersplittert". Expansion, Produktivität, Industrialisierung, so lauteten seine neuen ökonomischen Imperative[26]. Sie umzusetzen, bedurfte es freilich zunächst einmal einer Lösung der durch eine übersteigerte Binnenkonjunktur und hohe Staatsausgaben im Jahr 1957 hervorgerufenen Zahlungsbilanzkrise. Trotz erheblicher Kredite der USA, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zahlungsunion mit ihrem hauptsächlichen Gläubiger Bundesrepublik war sie bisher nicht behoben worden[27]. Im Gegenteil: Noch Ende Mai 1958 sah sich Frankreich angesichts der katastrophalen Finanz- und Außenhandelssituation dazu genötigt, die Partnerstaaten um eine Entbindung von seinen vertraglichen Verpflichtungen beim Aufbau der EWG zu bitten[28].

Doch die Europäische Kommission sperrte sich. Brüssel hielt die anvisierten Maßnahmen weder für opportun noch für wirksam und kritisierte außerdem, daß Paris den von den Römischen Verträgen vorgesehenen Weg einer Prüfung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch die Gemeinschaft nicht beachtet hatte. Anfang Juni warnte Kommissionspräsident Hallstein den französischen Botschafter bei der EWG, de Carbonnel, ausdrücklich vor einer Verhärtung der französischen Position und empfahl ein Rückzug des Gesuches, um die Zweifel an der Pariser Europapolitik nicht anzuheizen[29]. Die Sorgen waren nicht unberechtigt. Sollte Frankreich längerfristig gezwungen sein, auf die Ausnahmeregelungen und Ausweichklauseln des EWG-Vertrags zurückzugreifen, drohte der Gemeinschaft schwerer Schaden, möglicherweise sogar das Ende[30]. In Bonn sahen innenpolitische Widersacher des Kanzlers dessen Europakonzeption bereits „im Zusammenbrechen"[31], und Adenauer selbst kam nicht umhin einzugestehen, daß sich die wirtschaftliche Einigung Europas wohl leider verzögere[32].

Frankreichs Schwäche belastete nicht nur die Anlaufperiode des Gemeinsamen Marktes, sondern auch die seit 1956 laufenden Verhandlungen über die Europäische Freihandelszone, die nun in die entscheidende Phase einschwenkten[33]. Drei Kernprobleme hatten sich in den bisherigen Beratungen herausgeschält: die Einbeziehung der Landwirtschaft, die Commonwealth-Präferenzen und der Vorschlag der Kommission, die im Rahmen der EWG zum 1. 1. 1959 vorgesehene 10%-Zollsenkung auf alle zukünftigen FHZ-Staaten auszudehnen[34]. Da sich die

[25] S. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 422.
[26] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 166.
[27] Zur prekären französischen Wirtschafts- und Finanzlage s. von Maltzan an AA Pol 205–00 4003/57, 23. 10. 1957, in: BDFD II, S. 509–514; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", 31. 10. 1958, im Auszug in: BDFD II, S. 891; vgl. ausführlich: de Montbrial, Economie française; Rimbaud, Pinay, S. 369–383.
[28] S. Pleven an de Carbonnel, Tel. 64, 28. 5. 1958, Très urgent, nebst Memorandum, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 685f.
[29] S. de Carbonnel an Couve de Murville, Tel. 51, 4. 6. 1958, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 729f.
[30] Vgl. Küsters, Europapolitik, S. 225.
[31] Wortmeldung Dehlers in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 11. 7. 1958, in: Wengst (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1954–1960, S. 377.
[32] Vgl. Küsters, Europapolitik, S. 225.
[33] Vgl. Kap. IV.2.2 u. IV.2.3.
[34] S. Couve de Murville an MAE, Tel. 1229/37, 27. 5. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 682f.; Brenke, Europakonzeptionen, S. 608.

bestehenden Fronten zwischen den sechs EWG-Staaten und Großbritannien, aber auch innerhalb der Sechsergemeinschaft nicht auflösten, drohten die Briten mit dem Abbruch der Verhandlungen und machten insbesondere die Franzosen für die fehlenden Fortschritte verantwortlich[35].

Aus der Pariser Sicht waren die Londoner Vorwürfe völlig unbegründet, geboren aus der Furcht vor dem Verlust des eigenen Einflusses in der OEEC und auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Einer provisorischen Regelung der Zollfrage zum 1. 1. 1959 mochte man sich im Matignon so ohne weiteres nicht anschließen, verlangte vielmehr zunächst einmal eine Diskussion der Sechsergemeinschaft über die Ende Mai erbetene Entbindung von gewissen EWG-Vertragsverpflichtungen und über die Ergebnisse der von ihr eingerichteten Ockrent-Arbeitsgruppe[36]. Aus einer de Gaulle Ende Juni vorgelegten Aufzeichnung des Quai d'Orsay geht hervor, daß das Ministerium eine Einigung auf der Basis des Vorentwurfs dieser Kommission durchaus für möglich hielt, den Abschluß eines Vertrags noch vor dem 1. 1. 1959 aber ablehnte, weil man die Widerstände der Industrie in Rechnung zu stellen hatte, die sich nur schwer von einer traditionell protektionistischen Wirtschaftskonzeption lösen mochte und sich dem Wettbewerb im Rahmen der OEEC noch nicht gewachsen sah. Grundsätzlich bestand man darauf, die FHZ flexibler als die EWG auszugestalten, weil sich die Engländer nicht zur engen Integration der EWG bereitfanden, ihnen aber keine Möglichkeit geboten werden durfte, über die FHZ die Wirtschaftspolitik der EWG zu kontrollieren. Um zu dem gewünschten positiven Ergebnis zu gelangen, erwog der Quai d'Orsay, von einigen seiner bisherigen Forderungen zurückzutreten. Die „décalage", d.h. der im Vergleich zur EWG um drei Jahre versetzte Beginn der Zollreduzierung in der FHZ, sollte fallengelassen, ein Enddatum für die Beseitigung der Zölle von achtzehn oder fünfzehn Jahren akzeptiert werden. Nicht zur Disposition standen demgegenüber insbesondere die Einführung von Mehrheitsentscheidungen und das Einstimmigkeitsprinzip beim Übergang zur nächsten Integrationsstufe[37].

Der Matignon setzte indes nicht auf Kompromiß, sondern auf Konfrontation. Als der britische Premierminister ihm kurz darauf seine Aufwartung machte, ließ der Président du Conseil keinen Zweifel an der geringen Attraktivität, die die FHZ auf ihn ausübte. Daran änderten auch die Warnung Macmillans vor einem innereuropäischen Wirtschaftskrieg, gar dem Ende der NATO, und sein Versuch nichts, den Franzosen unter Hinweis auf die proenglische Haltung der Deutschen die eigene Isolierung vor Augen zu führen. An einem abrupten Bruch mit den Briten war de Gaulle aber nicht gelegen. So wiegelte er ab und verlangte eine strenge Prüfung des Zollabbaus für jeden Sektor[38]. Obwohl Macmillan seine Drohungen

[35] S. MAE an de Gaulle, Aufzeichnung, Ende Juni 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 887–890.

[36] S. Donnedieu de Vabres an Valéry, Aufzeichnung, 27. 6. 1958, in: ebd., S. 849; zur Ockrent-Arbeitsgruppe vgl. Kap. IV.2.3.

[37] S. MAE an de Gaulle, Aufzeichnung, Ende Juni 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 887–890.

[38] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 29. 6. 1958, Très secret, in: ebd., S. 868–872; vgl. Macmillan, Riding the Storm, S. 447–449; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 232; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 108; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 630; Lamb, Macmillan Years, S. 119; Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 81 f. u. 84 f.

unmittelbar nach dem Treffen in schriftlicher Form erneuerte[39], ließ de Gaulle sich nicht erweichen. Gewiß, das von den Briten vorgeschlagene größere Europa hielt er prinzipiell durchaus für erstrebenswert, die notwendigen Opfer mochte er aber nicht erbringen. Ohnehin trachtete er danach, die europäische Einigung von der ökonomischen stärker auf die politische Zusammenarbeit hin zu orientieren, und signalisierte daher in Bonn den Wunsch, die technisch-institutionelle Ebene zugunsten eines „permanenten außenpolitischen Ministerrats der europäischen Mächte" in den Hintergrund zu schieben[40].

Mochte die Aussicht auf eine Intensivierung der seit Jahren brachliegenden politischen Zusammenarbeit in den Ohren der maßgebenden Bonner Politiker auch wie Musik klingen, so gab der angedeutete Pariser Prioritätenwechsel doch in zweifacher Hinsicht zu denken. Einerseits hatte man sich stets der Supranationalität verschrieben, so daß die Rückkehr zur intergouvernementalen Kooperation auf erheblichen innenpolitischen Widerstand stoßen mußte. Andererseits stellte sich die Frage, ob de Gaulle die Neuauflage der politischen Zusammenarbeit nicht nur deshalb lancierte, um den Gemeinsamen Markt zu zerstören. Beim Besuch des Vorsitzenden des zwischenstaatlichen Ausschusses der OEEC, Maudling, Ende Juni in Bonn herrschte weitgehende Einigkeit über die Notwendigkeit, die Teilung Europas nicht weiter zu vertiefen. Bundeswirtschaftsminister Erhard stimmte ausdrücklich der Auffassung Maudlings zu, den provisorischen Zollabbau in allen OEEC-Staaten zum 1. 1. 1959 nur dann einzuführen, wenn vorher eine weitgehende Einigung über die Grundzüge des FHZ-Vertrags erzielt worden sei. Außerdem unterstrich er ihren Konsens hinsichtlich der Einbeziehung der Agrarprodukte, des Abbaurhythmus bei der Zollsenkung oder der Aufstockung der Kontingente[41].

Der Verdacht gegenüber Frankreich erhärtete sich noch, als sich Couve de Murville auf einer EWG-Regierungskonferenz Anfang Juli einem Beschluß über die 10%-Zollsenkung zum 1. 1. 1959 widersetzte, Erhards Avancen gegenüber den Engländern kritisierte und dazu aufforderte, nach neuen Wegen der Verbindung zwischen der EWG und Großbritannien zu suchen[42]. Zwar akzeptierte er jetzt im Einvernehmen mit Finanzminister Pinay die Wiederaufnahme der seit Monaten ruhenden Arbeiten des Maudling-Ausschusses, bestand aber unter Hinweis auf die Widerstände in der öffentlichen Meinung und auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Frankreich darauf, daß ein etwaiges Übergangsabkommen in keiner Weise die eigentlichen FHZ-Vertragsverhandlungen präjudizieren dürfe[43]. Indirekt unterstützt durch die USA, die kein besonders großes Interesse an der Freihandelszone zeigten[44] und sich insgesamt weitgehend aus dem europäischen

[39] S. Macmillan an de Gaulle, 30. 6. 1958, in: Macmillan, Riding the Storm, S. 449 f., in französischer Übersetzung in: DDF 1958, Bd. 2, S. 21 f.

[40] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Jansen an AA, FS Nr. 577, 1. 7. 1958, Verschlüsselt.

[41] S. Pressekonferenz Erhards und Maudlings, 26. 6. 1958, im Auszug in: Bulletin 1958, S. 1173 f.; Leduc an Couve de Murville, Tel. 1471, 26. 6. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 840 f.; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 66.

[42] S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 1, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung 200–81.50/4/128/58, 4. 7. 1958; ebd., Müller-Roschach an Paris etc., FS Nr. 825, 2. 7. 1958, Verschlüsselt.

[43] S. MAE an Bonn etc., Tel. 2552/59 etc., 6. 7. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 37 f.; Macmillan, Riding the Storm, S. 450.

[44] S. Memorandum von Dulles, 5. 7. 1958, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 64–

Einigungsprozeß heraushielten[45], versicherte de Gaulle Macmillan kurz darauf die grundsätzliche Absicht zu einer Erweiterung der wirtschaftlichen europäischen Zusammenarbeit, machte aber keinen Hehl aus seinem Argwohn, daß die Briten die EWG lahmzulegen gedachten. Priorität hatte für ihn daher, das Gleichgewicht der französischen Wirtschaft und Finanzen wieder herzustellen und die Römischen Verträge durch die FHZ nicht zu gefährden[46].

Aufgeschreckt durch entsprechende Pressemeldungen, ließ das Auswärtige Amt umgehend in Paris sondieren, ob dort an eine Verschiebung der 10%-Zollsenkung innerhalb der EWG gedacht sei. Streng vertrauliche Informationen, wonach Pinay die Wiederaufrichtung der französischen Wirtschaft nicht durch eine Verlangsamung, sondern durch eine strikte Einhaltung des EWG-Vertrags anstrebte, reichten dem Amt nicht aus[47]. Nach eingehenden Recherchen an der Seine gab die Deutsche Botschaft indes Entwarnung in bezug auf Frankreichs Haltung zum Gemeinsamen Markt, betonte aber dessen Vorbehalte gegenüber der FHZ. Ausdrücklich warnte sie davor, auf der für den 23. 7. anberaumten neuen EWG-Außenministerkonferenz zu starken Druck auf Frankreich auszuüben, weil die Forderung nach baldiger Akzeptierung des Prinzips der FHZ und nach Koppelung mit dem Inkrafttreten der EWG-Zollsenkung zu nachteiligen Folgen für den EWG-Zeitplan zu führen drohten[48].

Im Auswärtigen Amt war man nun überzeugt, daß Frankreich die Gemeinschaftsverträge erfüllen wolle, soweit es finanziell und wirtschaftlich dazu in der Lage sei. Folglich war die Bundesrepublik gezwungen, dem Nachbarn bei der Überwindung seiner internen Probleme zu helfen. Schwieriger verhielt es sich hingegen mit der eigenen Haltung zur reservierten französischen Position gegenüber der FHZ. Man erkannte zwar die engen Handlungsspielräume de Gaulles angesichts der massiven Widerstände der Interessengruppen, wollte aber eine Aufspaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke möglichst verhindern[49]. Von Brentano gab der politischen Dimension des Problems letztlich den Vorzug[50] und drängte daher nach eingehenden Beratungen mit Carstens Adenauer jetzt dazu, in der FHZ-Frage mehr Rücksicht auf Frankreich zu nehmen. Er war nicht so blauäugig, hinter den Pariser Widerständen nicht auch handfeste wirtschaftliche Interessen zu sehen. Entscheidend war für ihn aber die Gefahr, daß sich an der Seine die den Gedanken der europäischen Integration rigoros ablehnenden Kräfte wie etwa Debré durchsetzten und die gesamte bisherige europäische Politik zerstörten[51].

67; ders. an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 33, 12. 7. 1958, Confidential, in: ebd., T. 1, S. 47–49; vgl. Winand, Eisenhower, S. 118.

45 S. Elbrick an Herter, Memorandum, 27. 5. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 17–20.

46 S. de Gaulle an Macmillan, 5. 7. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 42f.; Macmillan, Riding the Storm, S. 450f.

47 S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 347, Carstens an Paris, Tel. 227, 7. 7. 1958, Verschlüsselt.

48 S. ebd., Jansen an AA, FS Nr. 620, 9. 7. 1958, Verschlüsselt.

49 S. ebd., Bd. 244, Aufzeichnung Hartlieb 200–80.00/0/13/58, 15. 7. 1958.

50 Vgl. Leduc an Couve de Murville, Tel. 1621/24, 22. 7. 1958, Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 124.

51 S. BA, NL von Brentano, Bd. 157, Bl. 115–117, von Brentano an Adenauer, MB 766/58, 8. 7. 1958, Geheim, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 203f.

Von Brentanos Argumentation wurde im Kabinett keineswegs einhellig zugestimmt. Namentlich Erhard verwahrte sich prompt schriftlich bei Adenauer gegen den Verdacht, die EWG bloß wirtschaftlich, nicht politisch zu sehen. Von Brentano warf er vor, vor Frankreich zu kapitulieren und jene Grundsätze zu opfern, die den deutschen Wiederaufbau bewirkt hätten. Beschwörend forderte der Minister den Kanzler dazu auf, „nicht allzu engen oder sogar engstirnigen Vorstellungen nur deshalb zuzustimmen, weil sie angeblich ‚europäisch' sind." Die „Hybris der Sechs" war für ihn jedenfalls das schlechteste Mittel, um die europäische Einheit herbeizuführen[52].

Trotz aller Wortgewalt ließ sich Adenauer von Erhard nicht überzeugen. Er stand in dem alten Streit der Ministerien über die Ausrichtung der deutschen Europapolitik eindeutig auf der Seite von Brentanos, ohne die Hintergedanken de Gaulles zu verkennen. Bedrohlicher als dessen „Hegemonieansprüche"[53] waren für ihn zur Zeit die unabsehbaren Konsequenzen der wirtschaftliche Schwäche Frankreichs für die Europapolitik, so daß auch er davon ausging, dem Nachbarn unter die Arme greifen zu müssen[54].

In der französischen Botschaft in Bonn wurde das deutsche Ringen um den rechten Kurs in der Europapolitik aufmerksam registriert. Niemand, so berichtete Leduc Couve de Murville am 17. 7., habe de Gaulles Haltung zur EVG vergessen. Selbst jene, die an eine Fortsetzung der Grundlinien französischer Europapolitik glaubten, befürchteten, daß der General eine Führungsrolle übernehmen und die Partner ins zweite Glied zurückweisen wolle. Weder die Bundesregierung noch die Opposition könnten aber einen Dominanzanspruch des Nachbarn akzeptieren. Denn die Bundesrepublik des Jahres 1958 sei nicht mehr die der Jahre 1949 oder 1952. Wolle man, so schrieb der Geschäftsträger dem Außenminister ins Stammbuch, nicht jenen Kräften am Rhein Auftrieb geben, die der auf die europäische Integration ausgerichteten Außenpolitik Adenauers ablehnend gegenüberstünden, sei es dringend geboten, den Kanzler zu beruhigen[55].

Tatsächlich kam Frankreich den Verbündeten nun ein Stück weit entgegen. Nach einer informellen deutsch-französischen Konsultation zwischen Wormser, dem introvertierten, „schwierig[en], ja unzugänglich[en]"[56] Neffen der grauen Eminenz von Mendès France, Georges Boris, sowie Donnedieu de Vabres und Müller-Armack[57] erklärte sich die französische Delegation auf der am Tag darauf stattfindenden EWG-Ministerkonferenz in Paris bereit, ungeachtet der starken Widerstände der Interessenverbände zwei ihrer alten Forderungen fallenzulassen, die „décalage" und die Nichtfestlegung des Endzeitpunktes. Als Vorbedingung verlangte man aber eine Einigung über die Gesamtkonzeption der FHZ, einseitige

[52] L-E-S, NL Erhard, I 1)6, Erhard an Adenauer, 3. 9. 1958, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 199–202; s.a. Bührer, Westdeutschland, S. 377; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 143.

[53] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Aufzeichnung, 14. 7. 1958.

[54] S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 7. 1958, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 181.

[55] S. Leduc an Couve de Murville, Nr. 1289, 17. 7. 1958, Confidentiel, in: BDFD I, S. 702–706.

[56] PA, Abt. 2, Bd. 238, Bl. 569–575, Hausenstein an AA, 205-00 I Nr. 4418/54, 12. 11. 1954.

[57] S. ebd., Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 347, Müller-Roschach an van Scherpenberg, Aufzeichnung 20-200-87.SL/5/94-07/58, 25. 7. 1958; Aufzeichnung Brunet, 30. 7. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 193–197; Brenke, Europakonzeptionen, S. 607f.

Schutzklauseln in bezug auf die Zollsenkungen zum 1. 1. 1959, die weitere Prüfung des Sektorenansatzes und des Problems der Verkehrsverlagerung. Wenngleich die Partner in diesen Vorschlägen einen wichtigen Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen sahen, war damit keineswegs ein Durchbruch erzielt. Noch immer herrschten – auch zwischen Bonn und Paris – tiefe Meinungsverschiedenheiten vor allem hinsichtlich des Einstimmigkeitsprinzips bei den Institutionen wie beim Übergang von der ersten zur zweiten Integrationsetappe, so daß es den Ministern nicht möglich war, Entscheidungen zu treffen[58]. Erfolgreicher verlief hingegen die am Tag darauf im EWG-Ministerrat stattfindende Debatte über die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Freihandelszone. Die Runde stimmte der wenige Wochen zuvor in Stresa gefundenen einvernehmlichen Position der Landwirtschaftsminister zu und beschloß, ein vom Ockrent-Ausschuß vorbereitetes Memorandum an die Maudling-Kommission weiterzuleiten, das die Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes in zwei Etappen vorsah, wobei die Agrar- und Handelspolitik in der letzten Stufe eventuell in Form von Marktordnungen koordiniert werden sollte[59].

Im Auswärtigen Amt war man mit dem Resultat durchaus zufrieden. Van Scherpenberg würdigte Pinay gegenüber am 24. 7. das französische Entgegenkommen und unterstrich zur großen Genugtuung des Ministers außerdem die unbedingte Notwendigkeit, an der Sechsergemeinschaft festzuhalten[60]. Beide Regierungen verband darüber hinaus die Überzeugung, den politischen Kern der Römischen Verträge bei Abschluß eines FHZ-Abkommens nur erhalten zu können, wenn Fortschritte in Richtung auf einen politischen Zusammenschluß erzielt würden. Paris ging dabei davon aus, daß Bonn zu gegebener Zeit dazu die Initiative ergreifen müsse[61].

Aus Rücksicht auf die schwierige Lage in Frankreich und aus Unsicherheit über die Absichten de Gaulles trug der Maudling-Ausschuß dem französischen Wunsch einer Prüfung nach Wirtschaftssektoren und nach Berücksichtigung der internen Konkurrenz in seiner Sitzung vom 24./25. 7. trotz britischer Kritik Rechnung und einigte sich auf ein gemeinsames Papier zur Landwirtschaft als vorläufigen Diskussionsbeitrag[62]. Couve de Murville drängte die Partner in der EWG jetzt dazu, eine gemeinsame Position der Sechs festzulegen, um darauf aufbauend die FHZ-Verhandlungen in der OEEC in Angriff zu nehmen. Für die Zwischenzeit sprach er sich für eine provisorische Lösung aus[63]. De Gaulle pflich-

[58] S. AMAE, DE-CE, Bd. 615, Bl. 71–73, Brunet an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 69, 23. 7. 1958; Kaiser, EWG, S. 180f.

[59] S. Entschließung der EWG-Landwirtschaftskonferenz, 11. 7. 1958, im Auszug in: Bulletin 1958, S. 1321f.; Memorandum des EWG-Ministerrates, 24. 7. 1958, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 188–192; Bührer, Westdeutschland, S. 378; Kaiser, EWG, S. 181f.

[60] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 24. 7. 1958.

[61] S. ebd., Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 347, Müller-Roschach an van Scherpenberg, Aufzeichnung 20–200–87.SL/5/94–07/58, 25. 7. 1958.

[62] S. Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 374, 28. 7. 1958, Official use only, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 59f.; vgl. Brenke, Europakonzeptionen, S. 612–615.

[63] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Fanfani vom 27. 7. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 172.

tete diesem Kurs zwar bei und akzeptierte jetzt auch definitiv die Kooperation auf der Basis der Römischen Verträge. Sein eigentliches Interesse richtete er, wie er Anfang August dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani darlegte, aber auf die politische Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, d.h. Italien und der Bundesrepublik, und regte dazu kurz darauf gegenüber dem Quai d'Orsay regelmäßige Konsultationen interessierter Regierungen an[64].

Adenauer zögerte, ihm auf diesem Weg zu folgen, weil er das Verhältnis zu den Briten nicht noch weiter belasten wollte. Er teilte Macmillans Einschätzung, daß de Gaulle in bezug auf die FHZ lediglich die wirtschaftlichen Gefahren für Frankreich sähe und den politischen Implikationen zu wenig Gewicht beimesse[65]. Wenngleich sich die Stimmung gegenüber Frankreich am Rhein mittlerweile beruhigt hatte, stand Bonn der Pariser Europapolitik noch immer mit tiefer Skepsis gegenüber. Will de Gaulle wirklich die europäische Einigung, fragte man sich; und wenn ja, strebt er nicht nur „un rôle prédominant" auf dem Kontinent an[66]? Wie könne man den intergouvernementalen Ansatz des Generals, der „jede weitere Beschränkung des eigenstaatlichen Handels für Frankreich abzulehnen scheint und supranationalen Konstruktionen abgeneigt ist", mit der supranational ausgerichteten Europapolitik der Bundesregierung, die Pläne zur Fortsetzung der europäischen Integration auf dem Wege von Direktwahlen zu einem Europäischen Parlament oder einer Währungsunion begrüßte, in Einklang bringen? Die Antwort des Auswärtigen Amtes fiel eindeutig aus: indem man die bisherige integrationspolitische Methode in den Hintergrund rückt, aber am Ziel eines konföderierten oder föderierten Europa der Sechs festhält. In einer Aufzeichnung für Außenminister von Brentano empfahl der Stellvertretende Leiter der Abteilung West I, Müller-Roschach, de Gaulle für den Gedanken zu gewinnen, die von ihm bisher nur zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien vorgesehene außenpolitische Konsultation auch auf die BENELUX-Staaten auszudehnen. Eine Institutionalisierung der Konsultationen lehnte er ab; statt dessen riet er zu Ad-hoc-Treffen der Regierungschefs mit den Außenministern, sobald Europa zu einem dringenden Problem Stellung beziehen müsse. Eine solchermaßen vorsichtige Form der Annäherung auf außenpolitischem Gebiet schützte die Bundesrepublik nicht nur vor britischen Widerständen; sie bewahrte sie auch davor, in außenpolitische französische Abenteuer hineingezogen zu werden[67].

Angesichts der in der deutschen öffentlichen Meinung noch immer nicht beseitigten Furcht vor einer „volonté française d'hégémonie"[68] ging Frankreich höchst vorsichtig vor, obwohl es sich zunehmend stärker unter Druck gesetzt sah. Die FHZ-Frage entwickelte sich im Laufe des Sommers mehr und mehr zu einer dop-

[64] S. Unterredung zwischen de Gaulle und dems. vom 7. 8. 1958, in: ebd., S. 241–245; ders. an MAE, Aufzeichnung, 13. 8. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 3, S. 73; s.a. Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 82f.; Vaïsse, De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, S. 659.

[65] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 452; Küsters, Europapolitik, S. 228.

[66] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 14–22, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 1492, 28. 8. 1958.

[67] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Müller-Roschach an von Brentano, Aufzeichnung 20–204–82.21/94.02, 11. 8. 1958, Konzept.

[68] AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 174, Bl. 50f., Aufzeichnung der Unterabt. Europäische Organisationen im MAE, 6. 9. 1958.

pelten Belastung. Sie beschwor eine Krise zu den OEEC- wie zu EWG-Staaten herauf, die ihrerseits ihre Haltung zur FHZ davon abhängig machten, wie Frankreich seine im EWG-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen zum 1. 1. 1959 erfüllte. Paris wünschte zwar, die Römischen Verträge einzuhalten, und zeigte sich trotz der „opposition quasi générale" im eigenen Lande aus politischen Erwägungen auch zum Abschluß eines FHZ-Abkommens bereit. Man erwartete aber von den Sechs den Schutz der französischen Wirtschaft vor einem zu hohen internationalen Wettbewerbsdruck und die Sicherung der Römischen Verträge gegen die FHZ-Konkurrenz. Da man sämtliche Konzessionen ausgeschöpft sah, setzten die Franzosen darauf, die Deutschen für den eigenen Standpunkt zu gewinnen und mit ihrer Hilfe die Briten zum Nachgeben zu bewegen[69]. Anfang September rieten die Beamten des Außenministeriums dem Président du Conseil mit Blick auf die nahende Begegnung mit dem Kanzler, der drohenden „malaise" durch eine europapolitische Absichtserklärung entgegenzutreten und eine Intensivierung der politischen Zusammenarbeit durch regelmäßige Treffen der sechs Außenminister anzuregen[70].

De Gaulle ließ in dieser Hinsicht bei seinen Gesprächen in Colombey-les-deux-Eglises an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Adenauer betonte die Notwendigkeit zur Fortsetzung der europäischen Integration, zur Stärkung der europäischen Unabhängigkeit und auch zur Schaffung der FHZ. Ungeachtet aller Kritik an der Politik Großbritanniens gab es für ihn keinen Grund, an der Ehrlichkeit der Absicht Macmillans zu zweifeln, über die FHZ die Annäherung an Europa herzustellen. De Gaulles Blicke gingen weit über diese Position hinaus. Nachdem er zunächst die Angst des Kanzlers vor einer von Frankreich verursachten Stagnation in der Europapolitik bekämpft hatte, widmete er sich in breiten Ausführungen seinen europäischen Visionen. Schon wegen der asiatischen Gefahr sei der Kontinent wiederzubeleben. Er müsse sich aber auch von der amerikanischen Abhängigkeit befreien. Um diese Aufgaben zu erfüllen, sei der Rahmen der Sechsergemeinschaft zu eng, die Satellitenstaaten und selbst der europäische Teil Rußlands seien einzubeziehen. „Il s'agit de faire toute l'Europe, ou bien il n'y aura pas d'Europe."[71] Ebenso deutlich wie seine Vorbehalte gegenüber der Beschränkung der europäischen Zusammenarbeit auf die Sechs markierte der General auch seine Abneigung gegenüber deren bisherige Struktur: „il n'a jamais approuvé le supranational, mais il croit à la valeur de la coopération entre les Etats". Zur FHZ äußerte er sich eher vorsichtig, signalisierte sein grundsätzliches Interesse, verlangte aber, daß sie die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes nicht behindern dürfe und daher Punkt für Punkt geprüft werden müsse[72].

[69] Wormser an Couve de Murville, Aufzeichnung, 12. 9. 1958, in: BDFD II, S. 883 f., hier S. 884; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 56–58, Aufzeichnung der Generaldirektion wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 5. 9. 1958.

[70] S. ebd., Bl. 61–63, Aufzeichnung der Unterabt. Europäische Organisationen im MAE, 6. 9. 1958.

[71] AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Très secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 341–344, hier S. 344; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 430; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 221 f.; Maillard, de Gaulle, S. 97–200; Bariéty, De Gaulle, S. 541–543; Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 83; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 452–457.

[72] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Streng geheim, in: BDFD I, S. 708–710, hier S. 710; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 433.

In seinen Memoiren behauptet de Gaulle, er habe an dieser Stelle versucht, Adenauer auf einen antibritischen Kurs festzulegen, weil er die FHZ als Illusion betrachtet habe. Das gekürzt veröffentlichte Protokoll schweigt sich darüber aus[73]. Adenauer stellt diese Passage in seinen Erinnerungen so dar, als ob er wegen fehlenden Fachwissens keine Antwort gegeben, die französischen Schwierigkeiten aber anerkannt habe. Die dann von ihm angeschlossenen Ausführungen über Macmillans Haltung zur FHZ lassen sich im Protokoll entweder gar nicht oder nur an früherer Stelle feststellen[74]. Wie dem auch sei: Der Wille zur europäischen Kooperation wurde im Kommuniqué wiederholt. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, so hatte der General den Text selbst formuliert, sei die Grundlage jedes konstruktiven Aufbaus in Europa. Sie müsse organisiert werden und den übrigen westeuropäischen Nationen offenstehen[75]. Da es ihm vor allem auf die intergouvernementale Konsultation zwischen Bonn und Paris, nicht aber auf die europäische Integration à six ankam, brachte er dem vom belgischen Außenminister Wigny lancierten Gedanken eines engeren Zusammenrückens der Sechs auf politischem Gebiet nur wenig Sympathie entgegen[76]. Grundlage einer dauerhaften Zusammenarbeit der europäischen Staaten war für ihn „das besonders enge Verhältnis Deutschland-Frankreich", zu dem er noch Italien bevorzugt hinzuzuziehen beabsichtigte[77]. Die BENELUX-Staaten bildeten hingegen nur Beiwerk ohne machtpolitische Substanz.

In seinem beinahe grenzenlosen Optimismus sah Adenauer das europäische Einigungswerk nach dem Treffen von Colombey-les-deux-Eglises gerettet. Unter dem Beifall der Delegierten betonte er Mitte September auf dem Bundesparteitag der Union, Großbritannien werde an dieser Entwicklung durch die Schaffung der FHZ teilhaben[78]. Seine Blicke richteten sich nun auf den in Venedig tagenden EWG-Ministerrat, von dem man sich den Durchbruch für die Formulierung einer gemeinsamen Position der Sechs erhoffte[79]. Nach kontroversen Debatten nicht zuletzt zwischen Holländern und Franzosen, in denen der deutsche Konferenzvorsitzende Müller-Armack die Sache des französischen Vertreters Wormser trotz grundsätzlicher Zurückhaltung immer wieder unterstützte, wurde dieses Ziel nur bedingt erreicht. Die Delegationen verständigten sich auf ein Arbeitsdokument mit vier Grundthesen, die den französischen Forderungen weit entgegenkamen: institutionelle Angleichung der FHZ an die OEEC und nicht an die EWG; In-

[73] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 222; Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Très secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 344; Maillard, De Gaulle, S. 199.

[74] S. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 433; AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Très secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 343 f.

[75] S. Kommuniqué der Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle, 14. 9. 1958, in: Bulletin 1958, S. 1705; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 435.

[76] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Müller-Roschach an von Brentano, Aufzeichnung 20-204-82.21/94.02, 11. 8. 1958, Konzept; Unterredung zwischen Couve de Murville und Wigny vom 11. 9. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 330.

[77] BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 268 f., von Maltzan an AA, FS, 27. 9. 1958, Streng geheim.

[78] S. Rede Adenauers auf dem 8. Bundesparteitag der CDU, 19. 9. 1958, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 8. Bundesparteitag der CDU, S. 29 f.; Koerfer, Kampf, S. 211.

[79] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano, 14. 9. 1958, Secret, Entwurf, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 351.

krafttreten parallel zu den Zollsenkungsmaßnahmen der EWG am 1. 1. 1959; Gültigkeit des Einstimmigkeitsprinzips bei Entscheidungen der FHZ für die sechs EWG-Mitglieder; Zulässigkeit von Schutzklauseln bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Verkehrsverlagerungen und bei Dumping, die auch einseitig in Anspruch genommen werden durften[80]. Zu übereiltem Optimismus gab es aber keinen Anlaß. Zwar wurden die in Venedig gefaßten Beschlüsse Anfang Oktober von einem EWG-Ministerrat in Brüssel bestätigt. Sie konnten aber erst dann wirksam werden, wenn die noch offenen Probleme geklärt, also die von Frankreich verlangten Grundübereinstimmungen erzielt worden waren. Noch hatten die Sechs keine Einigung über die Sektorenfrage erzielt, und noch war keineswegs sicher, ob ihre Ansichten auch in der OEEC akzeptiert würden. Nicht nur aus französischer Sicht blieben die bevorstehenden Verhandlungen von schweren Hypotheken belastet, „du fait de la rigidité des uns, de la réticence des autres, de la complexité des problèmes, et de l'absence d'un cadre économique et politique clairement défini"[81].

Unter dem Druck einer gemeinsamen Entschließung der Regierungsfraktionen und der FDP, die die Bundesregierung am 1. 10. dazu aufforderte, alles zu tun, um zu einem europäischen Wirtschaftsgroßraum zu gelangen[82], machte sich Adenauer anläßlich eines Besuchs von Macmillan in Bonn am 8./9. 10. erneut für die Gründung der FHZ stark, forderte ihn allerdings dazu auf, über seine Experten keine perfekte, sondern eine realistische Lösung zu suchen[83]. Der Erfolg des Appells fiel eher mäßig aus. Im Maudling-Ausschuß versuchten die Briten nämlich jetzt, Entscheidungen in Fragen durchzusetzen, die in der Sechsergemeinschaft noch nicht beantwortet waren[84]. Damit nährten sie den Widerstand der Franzosen, die ihre Partner verdächtigten, die Beschlüsse von Venedig bzw. Brüssel nicht respektieren zu wollen, und die eigene Isolierung befürchteten. Wormser hielt es daher für angezeigt, in London einen schärferen Ton anzuschlagen[85]. Nachdem Botschafter Chauvel den Standpunkt seiner Regierung an der Themse bereits recht undiplomatisch klargestellt hatte[86], drohte Wormser Mitte Oktober im Foreign Office gar mit dem Abbruch der Verhandlungen, falls England sich der Forderung nach einer Garantie bei Kontingenten und Tarifen widersetze. Außerdem machte er eine prinzipielle Einwilligung zur FHZ noch einmal von einer vorherigen Regelung der bestehenden Probleme abhängig und verlangte bezüglich der besonders umstrittenen Ursprungsfrage – d.h. der wegen des Fehlens eines einheitlichen Außentarifs in der FHZ erforderlichen zollrechtlichen Kontrolle des

[80] S. AMAE, DE-CE, Bd. 615, Bl. 78–82, Aufzeichnung der Unterabt. Kooperation und wirtschaftliche Integration im MAE, 22. 9. 1958; Müller-Armack, Weg, S. 212–214; AdG 1958, S. 7311B; Brenke, Europakonzeptionen, S. 617f.; Kaiser, EWG, S. 184f.

[81] AMAE, DE-CE, Bd. 615, Bl. 88–90, Valéry an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 138, 10. 10. 1958; s.a. Kaiser, EWG, S. 185; AdG 1958, S. 7346B.

[82] S. Entschließung der Regierungsfraktionen und der FDP, 1. 10. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 2453; s.a. Bulletin 1958, S. 1849.

[83] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2261/67, 10. 10. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 491f.; Macmillan, Riding the Storm, S. 454f.; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 109.

[84] Vgl. DDF 1958, Bd. 2, S. 477, Anm. 2.

[85] S. Aufzeichnung Wormser, 6. 10. 1958, in: ebd., S. 475f.

[86] S. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3230/33, 7. 10. 1958, Réservé, in: ebd., S. 477f.

Ursprungs von Waren – eine Weiterentwicklung des vom italienischen Außenhandelsminister Carli im März vorgestellten Planes[87].

Das Ergebnis der Unterredungen fiel für Wormser so enttäuschend aus, daß er gegenüber dem deutschen Gesandten Jansen den Verdacht äußerte, die Engländer zielten auf die „Sprengung" der EWG[88]. Im Quai d'Orsay plädierte François Valéry, Chef der Unterabteilung Kooperation und wirtschaftliche Integration, jetzt für eine Bestandsaufnahme der FHZ-Frage unter rein politischem Blickwinkel ohne Rücksicht auf die Interessenverbände, da die Furcht der Wirtschaft vor der englischen Konkurrenz für die Regierung nicht ausschlaggebend sein dürfe. Um Frankreich vor der Verantwortung für einen Bruch mit England und für eine zweite Teilung Europas zu bewahren, riet er dem Ministerium zu mehr Nachgiebigkeit[89].

„Ebenso unnachgiebige wie protektionistische Haltung Frankreichs"

De Gaulle war dazu aber allem Anschein nach nicht bereit. Er wies dem Gemeinsamen Markt eine eindeutige Priorität gegenüber der Freihandelszone zu[90]. Je klarer er signalisierte, die Herabsetzung der Zölle und Kontingente im Rahmen der Römischen Verträge zum 1. 1. 1959 mitzutragen, desto größer wurden bei den Partnern die Zweifel an seiner Einstellung zur Freihandelszone. „Unversöhnt" standen sich der Zollunions- und der Zollabbaugedanke, der auf Freihandel unter den Mitgliedern und eine liberale Handelspolitik gegenüber Dritten hinauslief, gegenüber. Die Diskussion über die Ausgestaltung der Ursprungskontrolle und die Zollautonomie der Mitglieder wirkte wie der technische Ausdruck dieser fundamentalen politischen Kontroverse[91]. In Bonn stellte sich der Verdacht ein, daß Paris die FHZ nicht wolle[92], sich mit dem relativ protektionistischen Außentarif der EWG zu schützen beabsichtige[93] und nur noch daran denke1469
, die FHZ-Verhandlungen bis zum Ende des deutschen Vorsitzes im EWG-Ministerrat am Jahreswechsel zu verschleppen[94]. Allerdings gab es durchaus auch Anzeichen dafür, daß die Meinungen im Conseil de Ministres variierten. Couve de Murville etwa strebte offenbar „ehrlich" die FHZ an[95]. Auch Pinay und Mollet wirkten allem Anschein nach darauf hin, die Verhandlungen nicht zu kippen[96]. Allein, de Gaulle schenkte ihnen kaum Gehör.

87 S. Aufzeichnung Wormser, 6. 10. 1958, in: ebd., S. 475f. Zum Ursprungsproblem vgl. Brenke, Europakonzeptionen, S. 610–613; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", 31. 10. 1958, im Auszug in: BDFD II, S. 891–893. Zum Carli-Plan vom 13. 3. 1958 s. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1472–1474; Lamb, Macmillan Years, S. 115f., 118 u. 121f.

88 PA, BStS, Bd. 350, Jansen an AA, FS Nr. 906, 20. 10. 1958, Verschlüsselt, Cito.

89 S. Aufzeichnung Valéry, 20. 10. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 556–558.

90 S. de Gaulle an Pinay, 20. 10. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 3, S. 117f.

91 Aufzeichnung Hartlieb, 11. 11. 1958, in: BDFD II, S. 896.

92 S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, „EWG-Probleme", o.D.

93 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 124, Tb. 26. 10. 1958.

94 S. Aufzeichnung Hartlieb, 11. 11. 1958, in: BDFD II, S. 896–900.

95 PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, „EWG-Probleme", o.D.

96 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 124, Tb. 26. 10. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 330, Tb. 26. 10. 1958.

Die Bundesregierung ließ sich in dieser Situation von der Überzeugung leiten, sie dürfe die Franzosen nicht vergrätzen, weil sie sie für den Erhalt der EWG ebenso brauchte wie zur Abwehr der sich inzwischen ankündigenden Attacken der Sowjets gegen Berlin. Gleichzeitig war ihr klar, die britischen Warnungen vor unliebsamen Reaktionen nach einem etwaigen Scheitern des Projektes nicht einfach beiseite schieben zu können[97]. Diplomatisch verbrämt gab van Scherpenberg Seydoux gegenüber Ende Oktober zu, er hege „gewisse Zweifel", ob Frankreich nicht unerfüllbare Bedingungen für sein Plazet zur FHZ stelle. Mit großem Ernst wies der Staatssekretär den sich rezeptiv verhaltenden Botschafter auf die drohenden Spannungen in Europa nach einem etwaigen Fehlschlag der Verhandlungen[98].

Zu stärkerem Druck sah sich die Bundesregierung aus Furcht vor einer Intensivierung der französischen Ostpolitik und daraus resultierender eigener Abhängigkeit vom guten Willen Großbritanniens nicht in der Lage. Basis ihrer Europapolitik blieb die auf der engen Partnerschaft zu Frankreich ruhende EWG[99], die in den letzten Monaten im Bewußtsein der französischen Öffentlichkeit an Boden gewonnen hatte und damit auch im Fall einer Krise in den FHZ-Verhandlungen in ihrer Existenz nicht gefährdet wirkte[100]. Gegen den britischen FHZ-Plan sprach auch die Aussicht auf ein Aufweichen der wirtschaftlichen Integration, da die Franzosen den Schutzklauselmechanismus der EWG in Gang setzen würden und die Deutschen nachsetzen müßten. Daß dem Problem mit technischen Verfahren beizukommen sei, galt im Auswärtigen Amt als ausgeschlossen. Man hatte sich zwischen Zollunion oder Freihandel zu entscheiden, letztlich die Frage zu beantworten: „Kontinentaler Zusammenschluß oder intimes Verhältnis mit der insularen Großmacht?" Für die Briten sprach, daß sie „noch eine Weltmacht" mit guten Beziehungen zu den USA waren, die Franzosen hingegen eine Vormachtrolle auf dem Kontinent anstrebten und eine eigenen Gleichgewichtspolitik betrieben[101]. Frankreich erhoffte sich von der europäischen Integration handfeste Vorteile wie die „kontinentale Kräftekontrolle plus gegenseitigen Beistand", zielte aber ansonsten auf Handlungsfreiheit und betrachtete die Deutschen dabei als „finanzielle und technische Helfer"[102]. Dennoch neigte die Bundesregierung „mehr zu einem Zusammengehen mit Frankreich"; nicht nur, weil die von den Franzosen definierte Zweckbestimmung der europäischen Einigung im Rahmen der EWG „ein viel positiveres Vorzeichen" besaß, sondern vor allem, weil „in unserem politisch-strategischen Denken von jeher der Blockgedanke überwog. Wir halten das schließlich für risikoloser, weil wir uns den Franzosen, ob zu Recht oder Unrecht, als überlegen erachten." Zu Frankreich habe sich eine Intensität der Zusammenarbeit herausgebildet, „die uns den Rücken wirklich freihält"[103].

[97] S. Aufzeichnung Hartlieb, 11. 11. 1958, in: BDFD II, S. 896–899. Zur Berlin-Krise vgl. Kap. V.1.2.
[98] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, Aufzeichnung van Scherpenberg, 21. 10. 1958.
[99] S. ebd., Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, „EWG-Probleme", o.D.
[100] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 124, Tb. 26. 10. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 330, Tb. 26. 10. 1958.
[101] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Aufzeichnung Hartlieb „Europäische Option?", 27. 10. 1958, Unter Verschluß.
[102] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", 31. 10. 1958.
[103] Ebd., Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Aufzeichnung Hartlieb „Europäische Option?", 27. 10. 1958, Unter Verschluß.

Diese Einstellung stieß sowohl im Wirtschaftsministerium als auch in der deutschen Öffentlichkeit auf erhebliche Bedenken. Als französische Wirtschaftsverbände im Herbst 1958 eine Kampagne gegen die FHZ entfachten[104], wurde in der Bundesrepublik der Vorwurf laut, Frankreich wolle die FHZ-Verhandlungen bloß verzögern und den Erfolg vereiteln[105]. Aus Furcht vor unliebsamen Auswirkungen dieser Beschuldigungen auf die Grundeinstellung des Kanzleramtes reiste der Secrétaire général des Quai d'Orsay Ende Oktober an den Rhein, um Nachsicht für die französische Position zu erwecken und den eigenen Willen zu einem positiven Abschluß der FHZ herauszukehren. Im Palais Schaumburg traf er einen verständnisvollen Gesprächspartner. Adenauer wünschte die Transferierung der Verhandlungen von der technischen auf eine politische Ebene und appellierte zu gemeinsamem Handeln[106].

Derweil gingen die Verhandlungen im Maudling-Ausschuß in die entscheidende Phase. Der Kommission lag ein Memorandum vor, das eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des belgischen Botschafters Ockrent formuliert hatte. Demnach visierten die Sechs mit den Nicht-EWG-Mitgliedern der OEEC nicht mehr eine Freihandelszone, sondern nur noch eine Wirtschaftsassoziation an. Das Positionspapier verzichtete auf die Verpflichtung zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik, gewährte eine weitgehend uneingeschränkte Möglichkeit zur Anrufung von Schutzklauseln und sprach sich für die Einstimmigkeitsregel aus. Paris hatte damit einen Großteil seiner Ansprüche durchgesetzt, allerdings auf die ursprüngliche Forderung verzichtet, die Commonwealth-Präferenzen auf kontinentaleuropäische Produkte auszudehnen[107].

Wie kaum anders zu erwarten, stieß das Dokument im Maudling-Ausschuß auf erhebliche Vorbehalte, die sich im wesentlichen auf die Ursprungsproblematik bezogen. Trotz mehrtägiger Sitzungen verzeichnete das Gremium bis Ende Oktober „keinen wesentlichen Fortschritt"[108]. Dies lag nicht zuletzt auch an der von Wormser völlig überraschend aufgestellten Forderung nach Harmonisierung der Handelspolitik, die die Außenhandelsautonomie der Freihandelszone aufgehoben und eine Veränderung der FHZ in Richtung auf eine Zollunion impliziert hätte. Die Partner sahen dies als Eingriff in ihre Zollautonomie und warfen Frankreich vor, die FHZ zu torpedieren. Ungeachtet stärkster Pressionen hielt der französischer Vertreter seine Ansprüche aufrecht, widersetzte sich auch einer deutschen Ausgleichsformel, obwohl die seinen Vorstellungen durchaus entgegenkam, aber die Tariffreiheit unangetastet ließ. Die Regierungsvertreter setzten daraufhin eine besondere Minister- und Ministerstellvertreter-Gruppe unter dem Vorsitz von Maudling ein, die über die offenen Probleme bis Jahresende abschließend beraten sollte[109].

[104] Vgl. Kaiser, EWG, S. 187.
[105] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2454/62, 26. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 578–580.
[106] S. ders. an dens., Tel. 2489/500, 28. 10. 1958, Réservé, in: ebd., S. 594–597.
[107] S. Ockrent-Bericht, 20. 10. 1958, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 205–211; Bührer, Westdeutschland, S. 378f.; Kaiser, EWG, S. 185–187.
[108] Pressekonferenz Müller-Armacks, 3. 10. 1958 [sic!], in: Bulletin 1958, S. 2049f., hier S. 2049.
[109] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 157–157bis, 31. 10. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 606–608; Brenke, Europakonzeptionen, S. 621f.; Kaiser, Weg, S. 188–190.

Eine gewisse Rückendeckung erhielt Frankreich nun aus den USA. In einem Gespräch mit Botschafter Alphand unterstrich der stellvertretende Under Secretary of State, Dillon, Ende Oktober, daß seine Regierung das Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes als „objectif principal" betrachte, während sie der Freihandelszone nur sekundäre Bedeutung beimesse. Ausdrücklich bekundete er Verständnis für die französischen Vorbehalte und schlug dann eine allgemeine 20%-Zollsenkung im Rahmen des GATT vor[110]. Dulles warnte zur selben Zeit in London davor, mit Paris einen Deal zwischen der Freihandelszone und dem von de Gaulle angestrebten NATO-Triumvirat einzugehen[111]. Macmillan dachte daraufhin darüber nach, Deutschen und Franzosen mit dem Rückzug der englischen Truppen vom Kontinent zu drohen[112]. Zugleich rüstete er sich für den Abbruch der FHZ-Beratungen und nahm Neuverhandlungen mit Skandinaviern, Schweizern und Österreichern ins Visier[113].

Da er nach den Erfahrungen im Maudling-Ausschuß nicht mehr recht daran glaubte, die eigene Position in der OEEC durchsetzen zu können, riet Couve de Murville dem Conseil des Ministres am 31. 10. zu einer baldigen Fixierung der Regierungsposition, wohl wissend, daß eine rein defensive oder dilatorische Haltung zunehmend gefährlicher für die EWG und die europäische Zusammenarbeit würde[114]. Aus London schallten zunehmend gereiztere Töne über den Kanal, die Presse drohte mit harten Repressalien[115]. Als der britische Botschafter am 6. 11. die Zeitungsberichte im Matignon dementierte, beschränkte sich de Gaulle auf die allgemeine Zusage, er wolle ja zu einem Arrangement kommen. Freilich könne er sich den „revendications excessives" der Briten nicht beugen, „sinon la France serait submergée"[116]. Frankreich, so sekundierte Couve de Murville in parallelen Unterhaltungen mit Lloyd, werde den Vorstellungen Großbritanniens über die FHZ auf keinen Fall folgen[117]. Macmillan zog daraus den Schluß, de Gaulle wolle die Briten aus Europa ausschließen und die Hegemonie übernehmen[118]. Am 7. 11. warf er ihm ein falsches Spiel vor und drohte mit einer wirtschaftlichen Spaltung Europas innerhalb von zwei Monaten[119].

Aus britischer Sicht blieb allein die Hoffnung auf den deutschen Beistand. Adenauer hatte Macmillan Anfang des Monats ein durchaus ermutigendes Schreiben zukommen lassen und abermals versichert, er werde alles tun, damit die Verhand-

[110] Alphand an Couve de Murville, Tel. 6445/50, 31. 10. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 614f., hier S. 614; vgl. von der Groeben, Aufbaujahre, S. 70.

[111] S. Unterredung zwischen Caccia und Dulles vom 27. 10. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 111f.; zum NATO-Triumvirat vgl. Kap. V.3.1.

[112] Vgl. Tratt, Macmillan Government, S. 24.

[113] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 455; Buffet, „Histoire d'amour", S. 89; Küsters, Europapolitik, S. 232.

[114] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 157–157bis, 31. 10. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 608.

[115] S. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3499/506, 4. 11. 1958, in: ebd., S. 621–623.

[116] Unterredung zwischen de Gaulle und Jebb vom 6. 11. 1958, Très secret, in: ebd., S. 635f., hier S. 636; s.a. Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 85f.

[117] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Lloyd vom 6. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 636–644; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 35; Lamb, Macmillan Years, S. 121.

[118] S. Macmillan, Riding the Storm, S. 455.

[119] S. Macmillan an de Gaulle, 7. 11. 1958, Secret, in: ebd., S. 456f., auch in: DDF 1958, Bd. 2, S. 683f.; s.a. Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 110–113.

lungen zu einem erfolgreichen Ende geführt würden[120]. Erhard reichten diese standardisierten Floskeln nicht mehr aus. Von englischer Seite mit einer Aufzeichnung über die „ebenso unnachgiebige wie protektionistische Haltung Frankreichs" munitioniert, forderte er den Kanzler am 11. 11. auf, offensiv auf de Gaulle einzuwirken. Frankreich habe sich aufgrund der Nachgiebigkeit der Partner daran gewöhnt, sich im Kreis der Sechs alles zu leisten. Werde dem französischen Druck erneut nachgegeben, sei eine nochmalige Spaltung des freien Europa unweigerlich die Folge. Der Standpunkt der Kommission, „daß keine größere europäische Lösung das innere Gefüge der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft antasten dürfte", grenze an „Größenwahn". Stets auf den offenen Charakter der EWG und gleichzeitig auf deren politischen Charakter zu verweisen, sei heuchlerisch, weil Großbritannien nicht zugemutet werden könne, „einen solchen Anschluß zu vollziehen." Die Bundesrepublik dürfe es nicht zulassen, daß der „engstirnige Protektionismus einiger französischer Industriekreise das Werden Europas aufhalten und die Freiheit durch blinden Egoismus ersetzen möchte"[121].

Zu den von Erhard erhofften Pressionen war Adenauer aber nicht bereit. Gewiß, de Gaulles Vorstoß vom 17. 9. in Richtung auf ein französisch-britisch-amerikanisches Triumvirat zur Regelung europäischer und weltpolitischer Probleme hatte ihn schockiert und verärgert[122]. Die Vorboten der sowjetischen Berlin-Offensive[123] ließen es aber nicht zu, dem Rat des Bundeswirtschaftsministers zu folgen. Dessen Empfehlungen schienen um so unangebrachter, als der General am 12. 11. ein neues Treffen mit dem Kanzler anregte und der Generalsekretär des Quai d'Orsay dem deutschen Botschafter gegenüber hervorhob, wie wichtig es sei, daß die aufgetretenen Mißverständnisse und Gegensätzlichkeiten im Bereich der FHZ oder der NATO auf höchster Ebene ausgeräumt würden[124]. Kühl und knapp untersagte Adenauer Erhard daher tags darauf die von ihm geplante Reise zur EWG-Ministerratssitzung in Paris und teilte ihm mit, er werde die Angelegenheit selbst mit de Gaulle besprechen[125].

Ehe es zu dieser Begegnung kam, versetzte Frankreich der FHZ den Todesstoß. Am 14. 11. erklärte der französische Informationsminister Soustelle nach einer Sitzung des Conseil des Ministres, es sei unmöglich, eine Freihandelszone zu den britischen Konditionen, d. h. ohne einheitlichen Zolltarif und ohne Harmonisierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, zu vereinbaren. Bilaterale Regelungen schloß er nicht aus[126]. Noch am selben Abend nahm Maudling nach einer sehr enttäuschenden Sitzung seines Komitees diese Erklärung zum Anlaß, eigenmächtig die Einstellung der Verhandlungen des Regierungsausschusses bekannt zu geben[127]. Verbittert und empört fragten sich die Partner, wieso Couve

[120] S. Adenauer an Macmillan, 3. 11. 1958, im Auszug in: Macmillan, Riding the Storm, S. 455.
[121] Erhard an Adenauer, 11. 11. 1958, in: BDFD II, S. 894 f., hier S. 894 u. 895; s.a. Koerfer, Kampf, S. 213; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 144.
[122] Vgl. Kap. V.3.1.
[123] Vgl. Kap. V.1.2.
[124] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 14, Tb. 12. 11. 1958.
[125] S. L-E-S, NL Erhard, I 1)6, Adenauer an Erhard, 13. 11. 1958; Koerfer, Kampf, S. 214; Marcowitz, Option, S. 31.
[126] S. Erklärung Soustelles, 14. 11. 1958, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 690, Anm. 2, in deutscher Übersetzung in: AdG 1958, S. 7395A; Kaiser, Weg, S. 192.
[127] Zur Erklärung Maudlings vor der Anglo-Amerikanischen Pressevereinigung in London vom

de Murville den ganzen Tag über im Kreise seiner Ministerkollegen verhandelt und der Einberufung eines Expertengremiums zur Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen zugestimmt habe, obwohl seine Regierung zum Bruch entschlossen gewesen sei[128]. Mag die Erklärung Soustelles auch nicht autorisiert gewesen und taktischen Erwägungen des Chefs der neu gegründeten „Union de la Nouvelle République" mit Blick auf die nahenden Wahlen entsprungen sein[129], so entsprach sie doch voll und ganz der Linie des Regierungschefs, der sie ohne wenn und aber rechtfertigte[130]. De Gaulle stand der FHZ betont kritisch gegenüber. Möglicherweise war er schon seit Monaten entschlossen, das Projekt zu kippen[131]. Die außenpolitische Lage ließ dies aber erst in dem Moment zu, als er sich aufgrund der Begegnung von Colombey-les-deux-Eglises und der verschärften Berlin-Krise sicher sein konnte, von Adenauer keine Gegenmaßnahmen befürchten zu müssen.

„Nous ne sommes pas prêts à accepter la zone qui nous est proposées"

Nachdem die erste Aufregung vorbei war, ging es allerorten um Schadensbegrenzung. An der Themse versuchte man, das britisch-französische Verhältnis vor irreparablen Schäden zu bewahren und den Anschein zu erwecken, als ob die Verhandlungen doch wieder aufgenommen werden könnten[132]. Die BENELUX-Staaten unterbreiteten den Partnern einen Vorschlag, mit dem sie sich für die Fortsetzung der Konsultationen aussprachen und eine vorherige provisorische Lösung anregten, die erstens eine Ausdehnung der für den 1. 1. 1959 vorgesehenen Zollsenkung auf alle GATT-Staaten, zweitens die Ausweitung der Kontingentserhöhung von 20% auf alle OEEC-Mitglieder, drittens eine einjährige Verpflichtung zum Stillstand bei Zollerhöhungen für Agrarprodukte vorsah[133]. In Paris hingegen galt die Wiederaufnahme der Gespräche als ausgeschlossen. Allerdings war man sich sehr wohl bewußt, die drohende Wirtschaftsspaltung in Europa abfedern zu müssen[134]. Am 18. 11. beschloß ein Comité interministériel unter der Leitung de Gaulles, sämtliche Verpflichtungen des EWG-Vertrages zu erfüllen und das Abkommen nicht protektionistisch auszulegen. Auf Vorschlag von Couve de Murville faßte das Gremium die Erklärung Maudlings als „un coup de tête"[135] auf, eine neue Tatsache, die es erfordere, das Gesamtproblem prinzipiell wie prozedural neu zu durchdenken. Die Runde sprach sich für den Beginn von Zollverhand-

14. 11. 1958 s. AdG 1958, S. 7395A; s.a. Macmillan, Riding the Storm, S. 455; Kaiser, Weg, S. 195f.; Lamb, Macmillan Years, S. 122.

[128] Zur EWG-Ministerratssitzung vom 14. 11. 1958 s. Müller-Armack, Weg, S. 215f.; Koerfer, Kampf, S. 214.

[129] Vgl. Brenke, Europakonzeptionen, S. 623.

[130] S. de Gaulle an Macmillan, 15. 11. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 3, S. 131f.; Küsters, Europapolitik, S. 233.

[131] Vgl. Kaiser, Weg, S. 192–194.

[132] S. Macmillan an de Gaulle, 17. 11. 1958, in: Macmillan, Riding the Storm, S. 458f., auch in: DDF 1958, Bd. 2, S. 690; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3642/45, 18. 11. 1958, Très urgent, in: ebd., S. 698f.

[133] Vgl. Kaiser, EWG, S. 200.

[134] S. Sitzung beim Président du Conseil vom 12. 11. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 673.

[135] Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 172, 20. 11. 1958, Urgent, in: ebd., S. 704–706, hier S. 704.

lungen im GATT auf der Basis der Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs Dillon und für eine „solution de rechange" im Rahmen der OEEC aus, wobei die EWG-Kommission entsprechende Möglichkeiten prüfen sollte[136]. Welche Möglichkeiten einer Ersatzlösung bestanden, sollten aus der französischen Sicht die Ende November in Bad Kreuznach stattfindenden Konsultationen mit der Bundesregierung zeigen.

Adenauers profranzösische Position war durch die jüngste Entwicklung erheblich strapaziert. In seltener Einmütigkeit hatten sich die Bundestagsparteien, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Gewerkschaften für eine rasche Wiederaufnahme der FHZ-Beratungen eingesetzt[137]. Publizistische Kommentatoren bestanden darauf, Deutschland dürfe seine Interessen nicht der protektionistischen Tradition Frankreichs opfern. „En somme", so faßte Seydoux die vorwaltende Meinung in der Öffentlichkeit zusammen, „les Français auraient tort de croire qu'ils peuvent compter sur le soutien total de la République fédérale pour pratiquer ‚une politique dure' à l'égard de Londres"[138].

Wie der siechenden FHZ Lebenshauch eingeatmet werden sollte, darüber bestand in der Bundesregierung tiefer Dissens. Das Bundeswirtschaftsministerium, aber auch die Handelspolitische Abteilung im Auswärtigen Amt zielten auf die Beseitigung der Handelsschranken im Innern der FHZ und völlige Freiheit hinsichtlich der Außenhandelspolitik und der Außenzölle. Die Politische Abteilung in der Koblenzer Straße hingegen neigte dazu, den Abbau der Zölle und Kontingente im Innern der FHZ nicht so weit zu treiben oder auf einen festen Endzeitpunkt für die notwendigen Maßnahmen zu verzichten. Carstens sah die klassische Definition der FHZ nicht realisierbar, weil Frankreich sie nicht akzeptierte, und plädierte daher für eine bescheidenere Lösung, bei der auf den vorgeschriebenen vollständigen Zollabbau innerhalb einer im voraus festgelegten Frist verzichtet würde[139]. Gemeinsam mit van Scherpenberg vereinbarte Couve de Murville am 19. 11. eine Punktation, die ihren Regierungschefs als Gesprächsunterlage dienen sollte. Danach bestätigten beide Seiten den Willen zur Festigung der wirtschaftlichen und politischen Bande im Rahmen der bestehenden europäischen Gemeinschaften, befürworteten den Ausbau der Zusammenarbeit in der OEEC und begrüßten den amerikanischen Vorschlag weltweiter Zollverhandlungen. Zwecks Ausräumung der politischen und psychologischen Schwierigkeiten sprachen sie sich dafür aus, bei den Partnern eine 10% einseitige provisorische Zollsenkung gegenüber Drittstaaten anzuregen. Außerdem gedachte Frankreich seinen Liberalisierungsverpflichtungen nachzukommen und die im EWG-Vertrag vorgesehene Kontingentserhöhung zum 1. 1. 1959 auf alle OEEC-Staaten auszudehnen. Beide Regierungen pflichteten einer sorgfältigen Prüfung der Möglichkeit zur Errichtung einer europäischen Wirtschaftsassoziation durch die EWG-Kommission bei.

[136] Sitzung des Comité interministériel restreint vom 18. 11. 1958, in: ebd., S. 702; s.a. Couve de Murville an Washington und New York, Tel. 12464/84, 5905/25, 21. 11. 1958, Urgent, in: ebd., S. 716–720.; Brenke, Europakonzeptionen, S. 623 f.; Kaiser, Weg, S. 199 f.

[137] Vgl. von der Groeben, Aufbaujahre, S. 69.

[138] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2841/45, 20. 11. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 708 f., hier S. 709.

[139] S. Carstens an Blankenhorn, 20. 11. 1958, in: BDFD I, S. 797–799; Küsters, Europapolitik, S. 234 f.

Ohne Einigung blieb die Frage, ob die Kommission nur mit den Sechs oder auch mit den übrigen OEEC-Staaten Kontakt aufnehmen sollte[140].

Erhard war mit diesem Kurs nicht einverstanden. Für ihn gab es nach der Erklärung Soustelles vom 14. 11. nur einen Schuldigen an dem Desaster, und der hieß de Gaulle. Obwohl alle Partner zu Kompromissen bereit gewesen seien, so schrieb er Adenauer wütend, habe Frankreich durch seinen „fast sturen Egoismus und Protektionismus" England die Chance gegeben, ihm die Schuld am Zusammenbruch zuzuweisen. Entschieden wehrte sich der Minister gegen Sonderopfer im Namen der deutsch-französischen Verständigung. Angesichts der „schicksalhaften Bedeutung" der Verzahnung mit der Weltwirtschaft dürfe sich die Bundesrepublik nicht einseitig auf den Gemeinsamen Markt festlegen. Die jüngsten französischen Angebote erschienen ihm völlig unzureichend, die Beauftragung der EWG-Kommission hielt er für falsch. Allein die Bundesrepublik könne „ehrlicher Makler" zwischen den widerstreitenden Parteien sein. Auf keinen Fall, so warnte er den Kanzler, dürften bei dem Rendezvous mit dem General die französischen Überlegungen als europäische Lösung anerkannt werden[141].

Erhard sandte seine Philippika nicht ab. Sie hätte gewiß auch keinen Erfolg gehabt, wie schon die Tatsache verdeutlicht, daß Adenauer aus Verärgerung über die bestehende Kompetenzverteilung in der Europapolitik Globke anwies, eine Lösung auszuarbeiten, die den „maßgeblichen Einfluß des Auswärtigen Amtes" gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium sicherstelle[142]. An einem kompletten Bruch der Sechs mit England und der OEEC war dem Kanzler indes nicht gelegen[143]. So instruierte van Scherpenberg am 21. 11. die deutschen Botschaften in den EWG-Staaten in groben Zügen über die deutsche Marschroute bei der bevorstehenden Begegnung mit de Gaulle, ohne auf die mit Couve de Murville vereinbarte Punktation einzugehen. Um die Furcht der Verbündeten vor einem bilateralen Alleingang zu dämpfen, unterstrich er außerdem, daß von dem Treffen keine festen Beschlüsse zu erwarten seien[144]. Parallel dazu informierte Couve de Murville die Partner mit einer Verbalnote über die von de Gaulle beabsichtigten Vorschläge zur FHZ[145]. Gegenüber Adenauer beteuerte der General am selben Tag schriftlich seinen Wunsch, in der Frage der Außenbeziehungen der EWG zu einer Einigung zu kommen[146].

De Gaulles Verständigungsbereitschaft war indes nicht sehr ausgeprägt. Als Blankenhorn ihm wenige Tage später seinen Antrittsbesuch als neuer Botschafter

[140] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 9f., Punktation zwischen Couve de Murville und van Scherpenberg, 19. 11. 1958; ebd., Bl. 7f., Unterredung zwischen dens. vom 19. 11. 1958; Couve de Murville an Rom etc., Tel. 1679/83 etc., 22. 11. 1958, Priorité, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 732f.

[141] Erhard an Adenauer, 21. 11. 1958 (nicht abgesandt), in: BDFD II, S. 901–903, hier S. 901, 902 u. 903; s.a. Küsters, Europapolitik, S. 234; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 465f.

[142] PA, BStS, Bd. 233, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S 2316/58, 18. 11. 1958, Geheim.

[143] Vgl. Unterredung zwischen Adenauer und Heuss vom 24. 11. 1958, in: Adenauer-Heuss, Unter vier Augen, S. 288; Heuss an Toni Stolper, 24. 11. 1958, im Auszug in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 369.

[144] S. PA, BStS, Bd. 350, van Scherpenberg an Rom etc., Tel. AZ 2-204-83.01/1/79/58, 21. 11. 1958, Verschlüsselt, Streng vertraulich, Citissime.

[145] S. Couve de Murville an Rom etc., Tel. 1679/83 etc., 22. 11. 1958, Priorité, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 732f.

[146] S. de Gaulle an Adenauer, 21. 11. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 135f.

der Bundesrepublik Deutschland machte, drohte der General unverhohlen damit, „daß Frankreich sich am Gemeinsamen Markt überhaupt desinteressiere“[147], falls Erhard demnächst „zusätzliche neue Forderungen und Wünsche“ anmelde. Gleichzeitig nahm er sich die Freiheit, über seine Botschaft in Bonn darzulegen, daß die provisorischen Maßnahmen der EWG gegenüber der OEEC hinsichtlich der Senkung der Zölle und Kontingente nicht nur industrielle, sondern auch agrarische Produkte umfassen müßten. Für die Bundesregierung galt dies aber als völlig indiskutabel, zumal in der EWG bisher unstrittig war, Zölle und Kontingente im Agrarbereich vier Jahre lang im wesentlichen unangetastet zu lassen[148]. Das in diesen Tagen eintreffende sowjetische Berlin-Ultimatum verwehrte es ihr aber, ihre Bedenken offensiv vorzutragen[149].

Dementsprechend ‚zahm‘ agierte Adenauer bei seiner Begegnung mit de Gaulle am 26. 11. im Kurhaus in Bad Kreuznach. Auf Bitten des Kanzlers faßte van Scherpenberg die Ergebnisse seiner Gespräche mit Couve de Murville und die daraus erwachsene Punktation zusammen und warf dann das bisher nicht gelöste Problem des Verhandlungsmandats für die EWG-Kommission auf. Nachdem Erhard und Pinay ihre Sicht der Dinge beigetragen hatten, gab de Gaulle dem Gespräch eine fundamentale Wende. Für ihn ließen sich die bestehenden Probleme nämlich auf einen einfachen Punkt bringen: Entweder gebe man den Gemeinsamen Markt auf und schwenke auf eine Freihandelszone um oder man lehne die FHZ ab und wende die EWG an. „Nous sommes prêts à pratiquer le Marché commun, mais non pas prêts à accepter la zone qui nous est proposée.“ Allerdings, so fügte er rasch hinzu, wolle er keine neue Spaltung in Europa. Frankreich werde Garantien zur Fortsetzung der Verhandlungen geben. Augenblicklich aber könne man nicht mehr machen als die Senkung der Zölle um 10% und die Annahme des Dillon-Vorschlags zum 1. 1. 1959[150].

Den lauschenden Delegationen verschlug es die Sprache; nicht, daß sie sich über de Gaulles klare Absage an die FHZ beschwerten, nein, sie maßen seiner Erklärung ob des Bekenntnisses zu den Römischen Verträgen historische Bedeutung bei! Selbst französische Diplomaten zeigten sich erstaunt, wie weit de Gaulle sich festgelegt hatte[151]. Adenauer pflichtete ihm weitgehend bei. Die Aufgeregtheit hinsichtlich der zum Jahreswechsel zu erwartenden Zollkluft zwischen der EWG und Drittstaaten schien ihm übertrieben. Der OEEC warf er vor, recht spät mit ihrer Kritik an der EWG aufzuwarten. Sei der Gemeinsame Markt erst einmal in Kraft, könne das gesamte Problem viel ruhiger beleuchtet werden. Ausdrücklich dankte der Kanzler dem General dafür, nicht das Schutzklauselsystem der EWG in Anspruch zu nehmen. Seines Erachtens war es das Beste, wenn beide Regierungen den vier Partnern einen Vorschlag unterbreiteten und die Arbeit des Maudling-Ausschusses während der Prüfung durch die EWG-Kommission ruhte. Auf

[147] BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b, Bl. 7 f., Tb. 24. 11. 1958. In der veröffentlichten Fassung fehlt diese Sentenz (Blankenhorn, Verständnis, S. 335).

[148] S. AMAE, DE-CE, Bd. 629, Bl. 217–218, Seydoux an MAE, Tel. 2911/17, 24. 11. 1958, Urgent.

[149] Vgl. Kap. V.1.2.

[150] Plenarsitzung zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 26. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 754–756, hier S. 755.

[151] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 92a, Bl. 243 f., Tb. 26. 11. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 337, Tb. 26. 11. 1958.

seine wiederholte Frage nach dem Ende dieser Prüfung blieb de Gaulle eine präzise Antwort schuldig, sprach sich vielmehr emphatisch für die EWG und insbesondere die deutsch-französische Wirtschaftsgemeinschaft aus. Am Ende der Sitzung übertrugen sie die Frage des Abschlusses der Beratungen durch die EWG-Kommission ihren Delegationen und gingen zu Tisch. Nach dem Essen kamen van Scherpenberg und Müller-Armack auf der einen, Donnedieu de Vabres und Wormser auf der anderen Seite überein, die Brüsseler Behörde solle ihren Bericht bis zum 1. 3. 1959 abgeben und mit der Billigung der Sechs anschließend Kontakt zu den übrigen OEEC-Staaten sowie den USA aufnehmen. Das Problem der Einbeziehung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Maßnahmenkatalog lehnten die Deutschen zwar ab[152]. Carstens empfand die französischen Argumente aber als so „gewichtig", daß er von Brentano telegraphisch von Bonn aus aufforderte, sich zumindest für eine „wenigstens teilweise" Berücksichtigung der Agrarprodukte einzusetzen[153].

Als die Delegationen nach dem Tête-à-tête der Regierungschefs am späten Nachmittag wieder zur Plenarsitzung zusammenkamen, lehnte Adenauer den Entwurf des Mandats für die EWG-Kommission ab, weil sie seiner Ansicht nach bereits das Recht zu Außenkontakten mit den EWG-Mitgliedern und anderen Staaten besaß. Auf französischen Vorschlag wurde daher der entsprechende Absatz der Punktation vom 19. 11. dahin geändert, daß Hallstein bis zum 1. 3. 1959 Bericht über die von den Sechs erzielte gemeinsame Position erstatten sollte. Das beredte Schweigen über eine etwaige Fühlungnahme zwischen der Kommission und Nicht-EWG-Staaten paßte dem Kanzler nun indes auch wieder nicht, und auf seinen Wunsch hin wurde die Möglichkeit entsprechender Kontakte nach dem 1. 3. im Mandat „in Aussicht genommen". Anders als im Protokoll der Unterredung, in der überarbeiteten Punktation oder im Informationserlaß des Quai d'Orsay an die Auslandsvertretungen festgehalten, waren der Kommission inoffizielle Kontakte mit den OEEC-Staaten auch vor dem 1. 3. gestattet[154], nicht eben zur Freude der Franzosen, die intern beklagten, daß es aufgrund der EWG-Vertragsbestimmungen nicht möglich gewesen sei, derartige Kontakte formell zu unterbinden[155].

Es war also eindeutig Adenauer, dem die von den Experten vorgesehene ursprüngliche Fassung über die Einbeziehung der Nicht-EWG-Staaten zu weit ging. Will man dem in Paris anwesenden Staatssekretär im Bundeswirtschafts-

[152] S. Plenarsitzung zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 26. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 754–757; Seydoux an MAE, Tel. 2999/3018, 28. 11. 1958, Immédiat, Réservé, in: ebd., S. 776–780; Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 175, 29. 11. 1958, Très urgent, in: ebd., S. 781–783; BA, NL Blankenhorn, Bd. 92a, Bl. 243 f., Tb. 26. 11. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 337, Tb. 26. 11. 1958; Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 86.

[153] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 1, Carstens an von Brentano u. van Scherpenberg, Aufzeichnung, 28. 11. 1958.

[154] Ebd., Pariser Punktation mit Änderungsvorschlägen der deutschen Seite, 26. 11. 1958, Geheim; s.a. ebd., Carstens an Brüssel etc., FS AZ 200-83.01/1/83/58, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime; Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 26. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 756 f.; Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 175, 29. 11. 1958, Très urgent, in: ebd., S. 781–783.

[155] S. Seydoux an MAE, Tel. 2999/3018, 28. 11. 1958, Immédiat, Réservé, in: ebd., S. 778.

ministerium Glauben schenken, ließ es der Kanzler auch zu, daß de Gaulle einige von Müller-Armack und seinen Mitarbeitern ins Abschlußkommuniqué eingeschmuggelte Kompromißformeln eigenhändig strich[156]. So blieb es am Ende bei der vagen Absichtserklärung, man wolle sich weiterhin gemeinsam um die Schaffung einer multilateralen Assoziation zwischen der EWG und den übrigen OEEC-Staaten bemühen[157].

Nur am Rande tauschten sich die Regierungschefs in Bad Kreuznach darüber aus, inwieweit nun auch die politische Integration Europas mittels gemeinsamer Außenpolitik der Staaten in vitalen Fragen vorangetrieben werden könne. Ende Oktober hatte Carstens eine deutsche Initiative, wie sie von Frankreich ja im Juli für die beiden Nachbarn und Italien angeregt worden war, noch als unzeitgemäß bezeichnet. Erfolgreich konnte ein solcher Anstoß seiner Meinung nach nur sein, wenn de Gaulle die Erkenntnis gewonnen hätte, daß die Angelsachsen ihn nicht als gleichberechtigten Partner akzeptierten. Bis dahin glaubte er das Ziel der Sechserkonsultation nur auf indirektem Wege ansteuern zu können, etwa durch einen politischen Dialog der Außenminister im Anschluß an die EWG-Ratstagungen[158].

Vor dem Hintergrund der durch die FHZ- und die Berlin-Krise zugespitzten außenpolitischen Situation hielt der inzwischen zum Ministerialdirektor aufgestiegene Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt den Zeitpunkt für gekommen, seine Konzeption zu überdenken. Bewußt faßte er seine Gedanken in die Form eines persönlichen Briefes an Blankenhorn, dem er mit Übernahme des Pariser Botschafterpostens Mitte November[159] ein hohes Maß an Verantwortung für die deutsche Europapolitik zuwies. Europa, so lautete Carstens' Grundbefund, müsse die Notwendigkeit zum politischen Zusammenschluß in praktische Konsequenzen umsetzen. Dazu bedurfte es nach seinem Dafürhalten zunächst einer Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, ohne den Zusammenschluß auf die beiden Nachbarn zu beschränken. Dem Konzept einer Zweier-Union, wie Coudenhove-Kalergi sie gelegentlich geäußert hatte, erteilte Carstens eine eindeutige Absage. Um das von ihm anvisierte Projekt zu realisieren, kam es maßgeblich darauf an, de Gaulle zu gewinnen, was Carstens insofern als schwierig betrachtete, als der General die weltpolitische Situation in seinen Augen zwar richtig analysierte, aber falsche Schlußfolgerungen zog. Unter Anspielung auf die Rolle Paul Cambons bei der Entstehung der Entente cordiale und der Annäherung zwischen Rußland und England nach der Jahrhundertwende übertrug Carstens Blankenhorn die geradezu historische Mission, stärker auf de Gaulle einzuwirken, um ihn davon zu überzeugen, „daß der politische Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem festen, mit eigenen Institutionen ausgestatteten Bund den einzigen Ausweg aus unserer gegenwärtigen Lage darstellt"[160].

[156] S. Müller-Armack, Weg, S. 220f.; Koerfer, Kampf, S. 215.

[157] S. Kommuniqué zu den Besprechungen zwischen Adenauer und de Gaulle, 26. 11. 1958, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 140f.

[158] S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 224, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 200–80.00/0/19/58, 29. 10. 1958.

[159] Blankenhorn überreichte sein Beglaubigungsschreiben in Paris am 20. 11. 1958 (Blankenhorn, Verständnis, S. 334f., Tb. 20. 11. 1958).

[160] Carstens an Blankenhorn, 20. 11. 1958, in: BDFD I, S. 794–799, hier S. 796. Zu den Plänen Coudenhove-Kalergis s. ACDP, NL von Merkatz, I-148–116/01, Coudenhove-Kalergi an Regierun-

Wie schwierig es tatsächlich sein würde, de Gaulle mit einer solchen Konzeption anzufreunden, verdeutlichte dessen kurzer Exkurs zum Thema politische Zusammenarbeit in Europa im Vieraugengespräch mit Adenauer am Nachmittag des 26. 11. Unzufrieden mit der Haltung der Amerikaner in der Berlin-Krise und besorgt um den Kurs der Sowjets, meinte der General, er wünsche eine „organisation européenne afin de créer une politique nouvelle de paix, de force, de puissance, de rayonnement, qui ne serait pas une politique américaine et qui ne serait pas non plus hostile à l'Europe de l'Est, dans le secret espoir de l'attirer un jour vers nous"[161]. Von einem mit eigenen Institutionen ausgestatteten Bund war bei ihm nicht die Rede.

Dennoch zeigte man sich diesseits des Rheins nach dem Ende der ersten deutsch-französischen Regierungskonferenz hocherfreut. De Gaulles „erstmalig eindeutig" ausgesprochenes Bekenntnis zum kontinentalen europäischen Zusammenschluß hatte die anfänglichen Befürchtungen über seine Europapolitik hinweggefegt[162]. Seine Eloge auf Adenauer oder die warmen Worte über die geschichtsmächtige Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen während der Tischrede am Mittag taten ein übriges[163]. Offenbar war in ihm in den letzten drei Monaten eine „spürbare Wandlung" in bezug auf die Römischen Verträgen vorgegangen. Blankenhorn hielt es inzwischen für sicher, daß der General die Einigung Europas als „für Frankreich lebenswichtig" ansähe, freilich die eigene Führungsrolle gewissermaßen als „naturgegeben" betrachte. Seine Überzeugung vom Vorrang der Grande Nation, die sich etwa in der Forderung nach dem NATO-Triumvirat oder der atomaren Rüstung niederschlug, mußte das Verhältnis zu Deutschland natürlich in erheblicher Weise tangieren. De Gaulle wünschte die bilaterale Verständigung als Grundlage für die europäische Kooperation, erwartete aber zugleich, daß Deutschland und Italien sein „entscheidendes Mitspracherecht in dem ihm vorschwebenden weltpolitischen Führungsgremien unterstützen". Seine Reserviertheit gegenüber supranationalen Institutionen hatte er nicht aufgegeben, da sie „Frankreichs Vormachtstellung" in Europa beeinträchtigten und ein lockeres Konsultationsverhältnis, „eine Art moderner ‚heiliger Allianz'" vorteilhafter schien. Dem Leitbild der „grandeur française" verpflichtet, ging es ihm offenbar darum, „als Sprecher eines möglichst großen Teiles von Europa im Konzert der Großmächte auftreten" zu können[164].

Für den Moment zählten in Bonn aber nicht diese eher bedenklichen Züge der französischer Europapolitik; für den Moment zählten die Pariser Rückendekkung in der Berlin-Krise und das erzielte Einvernehmen über die Aufnahme von Beratungen über die Verbindung von EWG und OEEC. „Ich habe noch keiner

gen Deutschlands u. Frankreichs, Memorandum, 20. 9. 1955; Unterredung zwischen Vertretern der Europa-Union und Coudenhove-Kalergi vom 31. 3. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 770–773; Coudenhove-Kalergi, Weltmacht, S. 151; ders., Leben, S. 342. Zur Politik Cambons s. Cambon, Correspondance, Bd. 2.

[161] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 26. 11. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 759–763, hier S. 761 f.; s.a. Bariéty, De Gaulle, S. 545.

[162] Carstens an diplomatische Vertretungen, Tel. 629 Dipex, 29. 11. 1958, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 712 f., hier S. 712.

[163] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 92a, Bl. 243 f., Tb. 26. 11. 1958; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 464.

[164] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Blankenhorn an AA, Pol 204–83.00 4869/58, 28. 11. 1958.

internationalen Verhandlung beigewohnt", so prahlte Adenauer am Tage nach seinem Rendezvous mit de Gaulle im Bundesvorstand seiner Partei, „bei der zwischen allen Beteiligten ein derartiger Ton der Offenheit und der Herzlichkeit geherrscht hat"[165]. Die Beauftragung der EWG-Kommission, betonte Carstens in einer Weisung an die Botschaften in den EWG-Staaten, biete die „besten sachlichen Voraussetzungen" für eine „Wiederaufnahme" der Verhandlungen mit den EWG-Partnern über die Schaffung einer wirtschaftlichen Assoziation mit den OEEC-Staaten[166]. In einem zwei Tage später abgegangenen zusätzlichen Informationserlaß hieß es dann in bemerkenswerter Modifikation, der Auftrag an die Kommission schaffe „die besten sachlichen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der bisherigen, britischerseits unterbrochenen Verhandlungen"[167]. Von der FHZ kein Wort. Gegenüber dem Bundesparteiausschuß der CDU hatte der Kanzler am 28. 11. für sie nur noch Spott übrig. Der Begriff selbst besage rein gar nichts. Ökonomen hätten sich mit dem Projekt beschäftigt, und dabei käme selten etwas Gutes heraus. Nun habe er sich der Sache angenommen und mit de Gaulle beschlossen, daß die EWG-Kommission „das Terrain sondieren und mit den Regierungen der sechs Länder und Großbritannien eine lose Fühlung aufnehmen solle"[168].

Weniger überschwenglich, aber dennoch zufrieden zeigte sich de Gaulle mit dem Verlauf der Begegnung[169]. Die Presse feierte den „neuen Auftrieb" für die Freihandelszonenverhandlungen und prophezeite bereits einen „neuen Brückenschlag des westlichen Kontinents über den Kanal hinweg"[170]. Nur in London stimmte man nicht in den Jubelchor ein. Mochte Adenauer eine Politik des Gleichgewichts der Kräfte, wie sie sich in der britischen Kritik an der deutsch-französischen Annäherung widerspiegelte, auch als „ein sehr veraltetes Denken"[171] bezeichnen, so war sie aus der Sicht des Inselreiches dennoch notwendig. Macmillan sah auf dem Kontinent eine „unholy alliance" zwischen Deutschen und Franzosen entstehen und hielt es für notwendig, entgegen den Zusagen gegenüber Dulles nun doch das FHZ-Problem mit der Berlin-Frage zu verknüpfen[172]. Da die Amerikaner den Briten deutlich zu verstehen gaben, daß sie auf die EWG setzten[173] und den Plan der FHZ nur deshalb nicht bekämpft hätten, weil sie vom Fehlschlag der Verhandlungen überzeugt gewesen seien[174], interessierte

[165] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 27. 11. 1958, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 272; s.a. Bruce an Dep. of State, Tel. 1137, 28. 11. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 136f.; Marcowitz, Option, S. 32f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 464.

[166] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 1, Carstens an Brüssel etc., FS AZ 200–83.01/1/83/58, 27. 11. 1958, Verschlüsselt, Citissime.

[167] Ders. an diplomatische Vertretungen, Tel. 629 Dipex, 29. 11. 1958, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 712f., hier S. 713.

[168] Ansprache Adenauers im Bundesparteiausschuß der CDU, 28. 11. 1958, im Auszug in: Adenauer, Reden, S. 390; s.a. Marcowitz, Option, S. 33.

[169] S. Tb. Coty, 28. 11. 1958, in: de Baecque, René Coty, S. 285f.

[170] Artikel Tötters, in: „Allgemeine Zeitung/Neue Mainzer Zeitung", 27. 11. 1958.

[171] ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Frank Moraes vom 9. 5. 1960.

[172] Macmillan an Lloyd, 28. 11. 1958, in: Macmillan, Pointing the Way, S. 47f., hier S. 48.

[173] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 6770/73, 21. 11. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 726f.

[174] Vgl. Kaiser, Austerlitz, S. 21.

man sich in London jetzt mehr für interimistische Maßnahmen zur Senkung der Zölle und Kontingente als für eine Ersatzlösung zur FHZ[175].

Schadensbegrenzung

Auf der Tagung des EWG-Ministerrates vom 3. 12., deren Leitung Erhard entgegen seinen bisherigen Gepflogenheiten nicht Müller-Armack überließ, sondern selbst übernahm, wurde beschlossen, die vertragsmäßig vorgesehene Zollsenkung zum 1. 1. 1959 provisorisch, aber für unbestimmte Zeit auf alle OEEC-Staaten auszudehnen und auch die 20%-Erhöhung der nicht liberalisierten Kontingente unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit auf sie auszudehnen. Couve de Murville gab zugleich bekannt, daß Frankreich 40% seiner Einfuhr aus den OEEC-Staaten freigeben werde. Als die BENELUX-Staaten mit Unterstützung Italiens forderten, die relevanten OEEC-Instanzen mit diesen Kontingentierungsabsichten der Sechs zu befassen, legten sich Frankreich und die Bundesrepublik quer, weil sie die Entscheidungen der EWG nicht dem Willen der OEEC unterwerfen wollten. Schließlich verständigte man sich darauf, die Maßnahmen durch den Ministerrat und nicht durch den Maudling-Ausschuß diskutieren zu lassen, sofern die OEEC-Staaten dies wünschten. In Anlehnung an die Bad Kreuznacher Übereinkunft ermächtigte der Rat sodann die Kommission zur Ausarbeitung eines Berichts über die Schaffung einer multilateralen Handelsassoziation bis zum 1. 3. 1959. Über das Auftragsmandat erhob sich abermals Protest. Den Niederländern paßte es nämlich nicht, daß die Kommission erst danach offiziellen Kontakt zu den Nicht-EWG-Staaten aufnehmen sollte, weil sie offenbar daran interessiert waren, die Verhandlungen im Siebzehner-Rahmen offenzuhalten. Eine Einigung kam nicht zustande. Der Rat vertagte die Entscheidung über die entsprechende Prozedur, ohne inoffizielle Sondierungen zwischen der Kommission und der OEEC auszuschließen. Am Ende übertrug er dem Vorsitzenden die Aufgabe, der britischen Regierung diese provisorischen Maßnahmen darzulegen und zugleich zu unterstreichen, daß man den Plan Maudlings zur Einberufung des intergouvernementalen Ausschusses ablehne[176].

Noch am selben Tag machte sich der Bundeswirtschaftsminister nach London auf und gewann die britische Regierung während einer ansonsten „kurzen, deprimierenden" Stippvisite dafür, die Absicht Maudlings fallenzulassen. Statt dessen sollte am 15. 12. eine Ministerratssitzung der OEEC stattfinden[177]. In Paris sah man diese deutsch-englischen Kontakte nur ungern, war man sich doch keineswegs sicher, ob die mit Adenauer erzielte Übereinstimmung nicht schon bald wieder gestört werden könne. Denn Erhard hatte die Botschaft der Sechs an der Themse zwar mit aller Entschiedenheit vorgetragen. Die Briten unternahmen aber aus Sorge um eine „entente franco-allemande" einen letzten Versuch, die FHZ

[175] S. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3731/36, 25. 11. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 740f.
[176] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel., 4. 12. 1958, in: ebd., S. 798–802; vgl. AdG 1958, S. 7431B; Müller-Armack, Weg, S. 221; Kaiser, Weg, S. 215–127.
[177] Koerfer, Kampf, S. 219; vgl. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3857/61, 5. 12. 1958, Immédiat, Priorité, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 809f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 46; Müller-Armack, Weg, S. 221f.

doch noch durchzusetzen[178], und suchten dazu erneut die Unterstützung der Amerikaner[179].

Geradezu aufgeregt reagierte die französische Diplomatie, als wenige Tage nach der Reise Erhards bekannt wurde, daß auch Adenauer zu politischen Gesprächen nach London aufbrechen wolle. Offenbar befürchtete man an der Seine, Macmillan könne den Kanzler doch auf seine Seite ziehen[180]. Die Reise fand dann wegen einer Bronchitis des Bonner Regierungschefs nicht statt[181], sie hätte aber wohl kaum etwas an der Einstellung Adenauers geändert. Londons Bemühungen, die eigene Unnachgiebigkeit in der Berlin-Krise mit deutschen Zugeständnissen in der Frage der Freihandelszone zu erkaufen, erwiesen sich als kontraproduktiv und verfestigten noch das Band zwischen dem Kanzler und dem General[182].

In Bonn wurde diese Entwicklung nicht gerade gern gesehen. In den Parteien machten sich Enttäuschung und Unmut breit, für den nicht nur europapolitische Erwägungen eine Rolle spielten. In der SPD gab es Stimmen, die die FHZ vor allem deshalb forderten, um der der EWG „innewohnende[n] Tendenz zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands" entgegenzuwirken[183]. Dabei war unter den Sozialdemokraten unbestritten, daß es wegen der besonderen Verbindungen zum Commonwealth keinen vollen Anschluß Großbritanniens mit der EWG, sondern allenfalls eine lose Verbindung ohne einheitliche Wirtschaftspolitik geben könne[184]. Am 9. 12. forderte das Parlament die Bundesregierung auf der Basis einer von der SPD-Fraktion eingebrachten Entschließung einstimmig dazu auf, sich mit aller Entschiedenheit für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EWG und der OEEC in Form einer Freihandelszone einzusetzen[185].

Für den Bundeswirtschaftsminister bedeutete diese Resolution natürlich neuen Antrieb in seinem Kampf gegen die Abschottung der EWG. Noch am selben Tag kündigte er Carstens gegenüber in Anwesenheit Seydouxs in der französischen Botschaft an, er werde sich auf der nahenden OEEC-Ministerratskonferenz erneut für eine Freihandelszone einsetzen. Daß der Ministerialdirektor dies für unvereinbar mit den Bad Kreuznacher Abmachungen hielt, focht den Wirtschaftsminister nicht an. Er hoffte gar, de Gaulle bei seinem nächsten Besuch in Paris umstimmen zu können[186]. Die FHZ-Anhänger hatten ihren Kampf also noch nicht aufgegeben. Das politische Klima wurde zunehmend frostiger. Englische Zeitun-

[178] Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3922/29, 7. 12. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 814f. hier S. 815; zu den englischen Befürchtungen vor einem „empire carolingien" s. Unterredung zwischen de Gaulle und Jebb vom 12. 12. 1958, Très secret, in: ebd., S. 854f., hier S. 855; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 36; Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 86f.

[179] Vgl. Alphand an Couve de Murville, Tel. 7150/53, 11. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 849f.

[180] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 14, AZ 001–83–02, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 875/58, 10. 12. 1958.

[181] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 18, Informationsgespräch, 28. 1. 1959.

[182] S. Adenauer an Macmillan, 13. 12. 1958, im Auszug in: Macmillan, Pointing the Way, S. 48f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 466; ders., Ära Adenauer 1957–1963, S. 100.

[183] Wortmeldung Kalbitzers in der SPD-Fraktionssitzung vom 28. 10. 1958, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 110.

[184] S. Bericht Deists in der SPD-Fraktionssitzung vom 28. 10. 1958, in: ebd., S. 108f.; s.a. SPD-Fraktionssitzung vom 4. 12. 1958, in: ebd., S. 143f.

[185] S. Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, 9. 12. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 2905f.; Debatte des Bundestages, 9. 12. 1958, in: ebd., S. 2901–2904.

[186] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3176/81, 10. 12. 1958, Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 831f.

gen verurteilten die Angebote der Sechs an die OEEC als Scheinkonzessionen und drohten in scharfen Formulierungen mit Vergeltungsmaßnahmen[187]. So trat der OEEC-Ministerrat am 15. 12. im Chateau de la Muette unter denkbar schlechten atmosphärischen Bedingungen zusammen, und die Stimmung sollte im Verlauf der Sitzung noch rapide sinken. Im Kreuzfeuer der Kritik stand der französische Außenminister Couve de Murville. Namentlich der britische Handelsminister Eccles attackierte ihn heftig wegen der angeblichen Diskriminierung seines Landes und konfrontierte ihn dann mit der Forderung, die den EWG-Staaten von Frankreich in Aussicht gestellten Mindestkontingente von 3% der nationalen Produktion allen OEEC-Staaten einzuräumen. Als er mit Repressalien drohte, falls die von ihm unterbreiteten Vorschläge nicht akzeptiert würden, hielt es auch den Bundeswirtschaftsminister nicht mehr; nicht etwa, um Eccles in die Schranken zu weisen, sondern um Couve de Murville mit „pathetische[n] Vorwürfe[n]" zu überschütten. Doch der ließ sich davon nicht beeindrucken, wies mit aller Schärfe zurück, daß seine Regierung unter Drohungen zum Nachgeben gezwungen werden könne. Nur mit Mühen konnten ihn seine Kollegen davon abhalten, den Sitzungssaal zu verlassen. Schließlich erklärte er sich dazu bereit, die Sitzung nicht als beendet zu erklären und die Untersuchung über die 3%-Kontingente am 15. 1. 1959 fortzusetzen. In der Zwischenzeit, so sein Kalkül, würde die EWG tatsächlich in Kraft treten[188].

Adenauer, der das Fiasko wieder einmal darauf zurückführte, daß fast nur Wirtschaftler, nicht aber Politiker am Konferenztisch gesessen hätten[189], versuchte nun auf italienische Anregung hin zwischen den Streithähnen in Paris und London zu vermitteln und schlug de Gaulle am 18. 12. einen Mediationsvorstoß für den 10. 1. 1959 vor[190]. Doch der General dachte nicht daran, dies Angebot anzunehmen. Es verwischte nämlich die ihm durchaus genehmen bestehenden Fronten, die seiner Meinung nach nicht zwischen Frankreich und Großbritannien, sondern zwischen der EWG und den Nicht-EWG-Mitgliedern der OEEC, vor allem Großbritannien lagen. Überwunden werden könnten die Differenzen nur, so lautete seine Antwort vom 21. 12., wenn die Sechs ihre Einheit beibehielten[191]. Dies war ein deutliches Zeichen. Umgehend schickte der Kanzler seinen Finanzminister nach Paris, um die dortige Entrüstung über Erhards Auftritt zu beseitigen und jeden Zweifel an seinem Festhalten an den Bad Kreuznacher Abmachungen zu zerstreuen[192]. Daß er sich gerade Etzels bediente, war natürlich kein Zufall, trug viel-

[187] Vgl. Kaiser, Weg, S. 217f.

[188] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 35; vgl. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel., 17. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 888–893; Burgess an Dep. of State, Zirkulartel. Polto 25, 16. 12. 1958, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 82–85; Macmillan, Pointing the Way, S. 49f.; AdG 1958, S. 7451B; Kaiser, Weg, S. 219–222; Lamb, Macmillan Years, S. 123.

[189] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 18f., Informationsgespräch, 28. 1. 1959.

[190] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 18. 12. 1958, Geheim, in französischer Übersetzung übermittelt in: Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3323/25, 18. 12. 1958, Secret, Très Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 895.

[191] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 22. 12. 1958, übermittelt in: Couve de Murville an Seydoux, Tel. 4660/61, 23. 12. 1958, Secret, Très Urgent, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 911; unter dem falschen Datum 20. 12. 1958 auch in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 155; s.a. Poidevin, De Gaulle et l'Europe, S. 87.

[192] S. Couve de Murville an Seydoux, Tel. 4669/74, 23. 12. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 905f.

mehr der Tatsache Rechnung, daß für beide das deutsch-französische Verhältnis das „Herzstück der europäischen Integration" bildete[193].

Zum Teil erledigten sich die britischen Vorhaltungen an die französische Adresse[194] von selbst, als Frankreich Ende Dezember die vom Comité Rueff erarbeiteten harten Bestimmungen seines finanz- und wirtschaftspolitischen Sanierungsprogramms veröffentlichte. Trotz der nach der Regierungsübernahme de Gaulles eingetretenen Besserung der Zahlungsbilanzsituation waren die Haushaltslage und das Außenhandelsgleichgewicht problematisch geblieben[195]. Mit der jetzt zum Jahresende vorgenommenen Abwertung des Franc um 17,5% sowie konkreten Maßnahmen zur Sicherung des Budgetgleichgewichts wurde Frankreich zu einem vollwertigen Mitglied des Gemeinsamen Marktes. Es setzte seine Verpflichtungen gegenüber der OEEC um und vereinbarte mit zwölf anderen Staaten die Währungskonvertibilität[196]. Mittels dieses „unvermuteten, kühnen Übergangs" überspielten die Franzosen die britischen Pressionen in der OEEC, untergruben den Vorwurf der Diskriminierung und gewannen im Kampf um die Freihandelszone erheblich an Manövrierraum[197].

Um den Streit über die Assoziierung nun einem guten Ausgang entgegenzuführen, bedurfte es aus der Sicht des Auswärtigen Amtes jetzt vor allem Einmütigkeit im Bericht der EWG-Kommission. Daran aber hatte es bisher nicht zuletzt auch wegen der deutschen Haltung gemangelt. Die Bundesrepublik konnte es sich aber gar nicht leisten, aus der Solidarität auszuscheren, zumal Frankreich nun im beiderseitigen Verhältnis „handlungsfreier" geworden war. Der soeben zum Staatspräsidenten gekürte de Gaulle und seine gemäßigten Anhänger hatten sich zwar auf die wirtschaftliche und wohl auch die politische Integration eingerichtet, unterstellten sie aber „französischer Großmachtägide". Antieuropäer wie sein neuer Premierminister Debré hingegen dachten allem Anschein darüber nach, ein deutsches Übergewicht durch Heranziehung Großbritanniens wettzumachen. Folglich mußte die Bundesregierung den General unterstützen, um ein innerlich gefestigtes Frankreich vor der gefährlichen Verlockung der alten Ententepolitik zu bewahren[198].

Mit unverkennbarem Selbstbewußtsein forderte Couve de Murville die Nicht-EWG-Staaten der OEEC kurz nach dem Jahreswechsel beinahe ultimativ auf, das Angebot der EWG anzunehmen[199]. Im Gegensatz zu Macmillan, der ein Nachgeben ablehnte[200], insistierte Adenauer, man dürfe die Franzosen nach der „politi-

[193] Conze, Herausforderung, S. 142. Zur europapolitischen Position Etzels vgl. dessen undatierte Aufzeichnung in: BDFD II, S. 731–738; Enders, Integration.

[194] Vgl. Lamb, Macmillan Years, S. 123–125.

[195] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Aufzeichnung des Referats 410 im AA, o.D.; ebd., Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", 31. 10. 1958, im Auszug in: BDFD II, S. 891.

[196] S. Kutscher an AA, Wi 410–81.00/1592/58, 29. 12. 1958, in: ebd., S. 523–527; vgl. ausführlich: Guyot, Travaux; Pérouse, Mise en oeuvre; Rimbaud, Pinay, S. 383–404; vgl. AdG 1958, S. 7469B.

[197] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 343, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung 200–87.SL/1/0/59, 8. 1. 1959, Unter Verschluß.

[198] Ebd.

[199] S. Couve de Murville an Athen etc., Zirkulartel. 6, 10. 1. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 31 f.

[200] S. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 63/77, 10. 1. 1959, in: ebd., S. 33–35; französisch-britische Konferenz vom 19. 1. 1959, in: ebd., S. 69–73.

sche[n] Revolution" des vergangenen Sommers und der „wirtschaftliche[n] Evolution" des Dezembers jetzt nicht zur Freihandelszone pressen[201]. Während sein Wirtschaftsminister die Franzosen als „Fallensteller und isolationistische Dirigisten"[202] brandmarkte, warf der Kanzler den Engländern Unbeweglichkeit und die Absicht vor, die deutsch-französische Annäherung zerstören zu wollen. Zwar bestand er vor der Öffentlichkeit darauf, die FHZ zu schaffen, verlangte aber zunächst einmal Verständnis für die „geistige und wirtschaftliche Lage" Frankreichs[203].

Nachdem die USA die von Großbritannien erbetene Unterstützung abgelehnt und sich aufgrund ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten darauf versteift hatten, „to remain rather allof"[204], kamen die OEEC-Mitglieder am 11. 1. 1959 überein, die vorgesehene Sitzung des Ministerrats ausfallen zu lassen. Vier Tage später beschloß der EWG-Ministerrat, seine bisherige Position bezüglich der 3%-Mindestkontingente aufrechtzuerhalten, stimmte aber in beschränktem Maße bilateralen Verhandlungen seiner Mitglieder mit den OEEC-Staaten zu[205]. Sechs Wochen darauf legte die EWG-Kommission nach einer Rundreise durch die Kapitalen der Sechsergemeinschaft[206] ihr Memorandum über die Möglichkeiten zur Schaffung der FHZ vor. Entscheidendes Gewicht wies sie der weltweiten liberalen Handelspolitik zu, verlor aber nicht die Bedeutung der europäischen Solidarität aus den Augen und empfahl, die Liberalisierung im Rahmen der OEEC neu zu beleben. Eine Freihandelszone galt der Kommission demgegenüber nur dann als annehmbar, wenn sie sich in eine zunehmende Liberalisierung des Welthandels einordnen ließe oder sich dem Vorbild der Zollunion näherte[207]. Die Skepsis war unüberhörbar.

Aus Furcht vor unliebsamen englischen Reaktionen angesichts der verschärften Berlin-Krise machte Adenauer während der deutsch-französischen Regierungsgespräche Anfang März abermals klar, man müsse den Briten ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen. Debré hingegen wollte beide Problemkreise nicht verknüpft sehen und verlangte von den Briten zunächst einmal ein Zeichen ihres europäischen Gemeinschaftssinnes gegenüber den sowjetischen Pressionen[208]. Für den französischen Premierminister gab es um so weniger Grund zum Nachgeben, als ihm einige Tage zuvor aus sicherer Quelle die Nachricht zugegangen war, daß England sich offenbar anders orientierte und den skandinavischen Staaten den Vorschlag einer Kleinen Freihandelszone unterbreitet hatte[209]. Entspre-

[201] ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Fredborg vom 5. 2. 1959, Streng vertraulich.
[202] Koerfer, Kampf, S. 219.
[203] ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Fredborg vom 5. 2. 1959, Streng vertraulich.
[204] Unterredung zwischen Merchant und Thorold vom 8. 1. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 89–91, hier S. 90; s.a. Herter an Vertretung bei NATO und Europäischen Gemeinschaften, Tel. Topol 2020, 12. 12. 1958, Confidential, Priority, in: ebd., S. 80f.; Aufzeichnung Valéry, 6. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 148–151.
[205] Vgl. Kaiser, EWG, S. 225; AdG 1959, S. 7498C.
[206] Vgl. Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 30. 1. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 120–124.
[207] S. Erstes Memorandum der EWG-Kommission, 26. 2. 1959, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1526–1566; Kaiser, EWG, S. 229f.
[208] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 4. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 276.
[209] S. Couve de Murville an London etc., Tel. 1778/81 etc., 20. 2. 1959, Très secret, Urgent, Réservé, in:

chend kontrovers verlief am 16. 3. die Prüfung des Memorandums der Kommission durch den EWG-Ministerrat. Die Vertreter der BENELUX-Staaten und der Bundesrepublik erklärten mit Entschiedenheit ihre Unzufriedenheit mit dem Dokument und warfen dem Urheber vor, die vom Ministerrat übertragene Aufgabe nicht völlig erfüllt zu haben. Nur Couve de Murville bezeichnete die Analyse der Kommission als „pertinente, utile et réaliste". Wenn sie sich zur Realisierungschance einer europäischen wirtschaftlichen Assoziation reserviert geäußert hätte, sei dies auf die Uneinigkeit der Sechs zurückzuführen. Während Erhard und seine Kollegen aus den BENELUX-Staaten zu erkennen gaben, daß sie jetzt eine Übertragung der Verhandlungen auf die Regierungsebene wünschten, favorisierte Couve de Murville die Fortsetzung der Kommissionsarbeit. Am Ende der Diskussionen setzte der Rat den Regierungen eine Frist bis zum 15. 4. zur Abgabe ihrer Stellungnahmen zum Kommissionsbericht und beauftragte ein „Comité spécial" aus Vertretern der Regierungen und der Kommission mit der Prüfung seiner Kritikpunkte[210].

Erhard konnte mit diesem Ergebnis gewiß nicht zufrieden sein, und er ließ seinem Unmut in aufsehenerregender Weise freien Lauf. Am 23. 3. verband er in einer Rede in Rom in Anwesenheit zahlreicher italienischer Regierungsmitglieder unverhohlene Skepsis gegenüber der EWG mit einem leidenschaftlichen Appell für die Errichtung einer großen Freihandelszone und stellte schließlich fest: „Europa kann sich gerade in dieser politischen Situation nicht den Luxus erlauben, im ökonomischen Bereich getrennt zu marschieren, aber auf die Kraft politischer Einigkeit zu vertrauen."[211] Aufgeschreckt durch Pressemeldungen, reagierte Adenauer prompt und ungehalten. Hatte er in der Vergangenheit immer wieder klargemacht, daß er zwar der französischen Position zuneigte, die englische Haltung aber aus politischen Erwägungen nicht rundweg ablehnte, so stellte er sich jetzt ganz auf die Seite de Gaulles. Vor dem Hintergrund der Extratouren Macmillans im Ost-West-Konflikt[212] sah der Kanzler die deutschen Interessen durch den britischen Premierminister „aufs Schwerste [ge]schädigt"[213]. Daß Macmillan wenige Tage zuvor in Bonn von ihm dreisterweise die Unterstützung seiner Freihandelszonenpläne als Gegenleistung für ein Abebben antideutscher Agitationen in England gefordert hatte[214], setzte dem Ganzen noch die Krone auf. In einer solchen Situation, in der die Bundesrepublik auf die Hilfe seines westlichen Nachbarn „unbedingt angewiesen" sei, hielt der Stellvertreter des Bundeskanzlers eine Rede, „die Frankreich verletzt und Groß-Britanniens Haltung [ge]billigt" habe[215]. Nicht schon im Herbst 1958, sondern erst jetzt ließ sich Adenauer

ebd., S. 229f.; zu den britischen Bemühungen um eine Kleine Freihandelszone vgl. Lamb, Macmillan Years, S. 126–129.

210 Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 39, 18. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 371–373, hier S. 372; Müller-Armack, Weg, S. 222f.; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 81; AdG 1959, S. 7606C.

211 L-E-S, NL Erhard, NE 47, Rede Erhards vor dem „Centro Italiano di Studi per la riconciliazione internazionale", 23. 3. 1959; s.a. Koerfer, Kampf, S. 257; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 92f.

212 Vgl. Kap. V.1.2.

213 Adenauer an Erhard, 24. 3. 1959, Persönlich, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 519.

214 Vgl. Köhler, Adenauer, S. 1023.

215 Adenauer an Erhard, 24. 3. 1959, Persönlich, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 519.

auf ein Quid pro quo ein: französische Beihilfe in der Berlin- und Deutschlandfrage im Gegenzug für deutsche Unterstützung bezüglich der europäischen Kooperation[216].

Von einer Verletzung Frankreichs durch Erhard konnte jedoch keine Rede sein. Zu Recht verteidigte sich der Bundeswirtschaftsminister mit dem Hinweis, der bei seinem Vortrag anwesende französische Botschafter habe sich ausdrücklich für die freundlichen Worte Erhards für sein Land bedankt[217]. In seinem ausführlichen Bericht an den Quai d'Orsay unterstrich Palewski zwar, wie stark Erhard auf die Notwendigkeit der FHZ insistiert habe, vergaß aber nicht zu betonen, daß er nicht minder heftig die Umsetzung des EWG-Vertrags gefordert und die englische FHZ-Formel als inakzeptabel verworfen habe[218].

Des Kanzlers Entrüstung über seinen Minister resultierte freilich nicht nur aus dieser Rede, sondern auch aus einer Zeitungsmeldung über soeben stattgefundene deutsch-französische Konsultationen zur Freihandelszone, wonach die französische Delegation keinerlei Interesse an einer baldigen Einigung in der FHZ-Frage gezeigt habe. Adenauer unterstellte Erhards Ministerium, die Pressemitteilung gezielt und in diskreditierender Absicht lanciert zu haben[219]. Tatsächlich hatte Müller-Armack Wormser den Entwurf einer beschränkten Freihandelszone unterbreitet, von dem er annahm, daß er die französischen Widerstände brechen und als gemeinsamer Vorschlag den Partnern vorgelegt werden könne. Wormser jedoch zeigte sich überrascht über die Hast der Deutschen, da das Memorandum der EWG-Kommission noch nicht eingehend geprüft war, und riet zur Zurückhaltung[220]. De facto besaß seine Regierung kein Interesse mehr an derartigen Anregungen und suchte ihr Heil im Zeitgewinn.

Angesichts dieser Haltung war es nicht verwunderlich, daß das vom EWG-Ministerrat eingesetzte Comité spécial eine Einigung nicht zustande brachte und alle Versuche zur Wiederaufnahme der Verhandlungen scheiterten[221]. Die Bundesregierung kritisierte dies pflichtschuldigst[222], zog aber keinerlei Konsequenzen. Mit der britischen Entscheidung vom Mai, nun definitiv auf eine „Kleine Freihandelszone" zuzusteuern[223], verlor das Thema vollends an Aktualität. Am 21./22. 7. faßten Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich, Portugal und die Schweiz den entsprechenden Beschluß und kehrten der EWG damit vorerst den Rücken zu[224].

[216] Vgl. dagegen: Conze, Herausforderung, S. 138.
[217] S. Erhard an Adenauer, 2. 4. 1959, Persönlich, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 519f.
[218] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 1–5, Palewski an Couve de Murville, Nr. 490/DE, 25. 3. 1959.
[219] S. Adenauer an Erhard, 26. 3. 1959, Persönlich, in: Koerfer, Kampf, S. 263.
[220] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 883/90, 25. 3. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 411f.
[221] Vgl. von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 287, Nr. 264.
[222] S. Stellungnahme der Bundesregierung zum Ersten Memorandum der EWG-Kommission, 14. 4. 1959, in: ebd., S. 283–285; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 81.
[223] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 51f.; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 1685/86, 16. 5. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 635; Aufzeichnung der Unterabt. wirtschaftliche Kooperation im MAE, Nr. 48/CE, 21. 5. 1959, in: ebd., S. 655–657; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 1765/64, 28. 5. 1959, in: ebd., S. 721f.; Couve de Murville an de la Chauvinière, Tel. 196/201, 11. 6. 1959, in: ebd., S. 792f.; Unterredung zwischen Leroy-Beaulieu und Maudling vom 9. 6. 1959, 12. 6. 1959, Confidentiel, in: ebd., S. 798f.
[224] S. Entwurf über eine Europäische Freihandelszone, 13. 6. 1959, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1577–1593; Kommuniqué

Das Scheitern der Freihandelszonenverhandlungen bedeutete das vorläufige Aus für jene gesamteuropäische Konstruktion, für die sich in der Bundesrepublik insbesondere Erhard, aber auch eine breite Mehrheit im Parlament, die Industrie wie die Gewerkschaften eingesetzt hatten. Die FHZ war zerschellt am Widerstand der französischen Regierung und am nationalen Egoismus der französischen Wirtschaftskapitäne, gescheitert wegen der Unflexibilität der Briten und ihrer Erpressungsversuche gegenüber den Deutschen in der Berlinkrise, fehlgeschlagen wegen der äußerst reservierten Position der Amerikaner und nicht zuletzt wegen der mangelnden Attraktivität dieses Projekts in der unmittelbaren Konkurrenz zum integrationspolitischen Alternativmodell EWG.

der Ministerkonferenz in Stockholm, 21. 7. 1959, in: ebd., S. 1593–1596; Lamb, Macmillan Years, S. 126–134; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 83–85.

V.2.2 Anlauf zur europäischen politischen Zusammenarbeit 1959/60

„Ende der Epoche der Integration und der supranationalen Institutionen"?

Das Scheitern der Verhandlungen über eine große europäische Freihandelszone ließ aus Sicht der Bundesregierung zweierlei Reaktion notwendig erscheinen: Anstrengungen zur Verknüpfung der EWG mit der im Entstehen begriffenen Kleinen Freihandelszone und Bemühungen zu einer engeren politischen Zusammenarbeit innerhalb der Sechsergemeinschaft. Erste Vorüberlegungen gab es zur zweiten dieser beiden großen Aufgaben seit dem Machtantritt de Gaulles, der – wie bereits ausgeführt – im Sommer 1958 eine Intensivierung der politischen Kooperation zwischen Paris, Rom und Bonn angeregt und der Bundesregierung die Ausarbeitung konkreter Vorschläge angeraten hatte[1]. Nachdem das Thema anläßlich der Zusammenkunft Adenauers mit de Gaulle im November nur gestreift worden war, entstand im Auswärtigen Amt – wahrscheinlich noch vor Jahresfrist – ein Papier, das einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik als kontinuierlichen Prozeß das Wort redete und drei Aktionsebenen zuwies: die supranationalen Organisationen, das Zusammenwirken der Exekutiven und Legislativen der Staaten und die Zusammenarbeit privater Organisationen. Der unbekannte Verfasser empfahl die Übernahme des Modells der Commonwealth-Politik, regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs im Abstand von zwei Jahren, Ernennung von Hohen Kommissaren in Paris als „Sonderbotschafter mit europäischem Familiengefühl", die Einrichtung eines Europahauses als gemeinsames Verwaltungsgebäude für diese Sonderbotschaften sowie die Bildung von ständigen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Regierungschefkonferenzen. Die politische Zusammenarbeit sollte seiner Meinung nach dazu dienen, die machtpolitische Polarität der beiden Weltmächte zu relativieren und das europäische Gewicht zu verstärken; sie sollte keine Dritte Kraft errichten, sondern einen „Staatenverband mit differenziertem Integrationsgefälle im Innern und einer dementsprechend differenzierten, aber in den Grundlinien gemeinsamen Politik in bezug auf die übrigen Weltregionen" entstehen lassen. Als unabdingbare Voraussetzung dieses Konzepts galt die Kooperation der sechs EWG-Staaten und damit zwischen Frankreich und Deutschland, wohingegen ein bilaterales Kondominium oder gar eine einseitige Hegemonialstellung dezidiert abgelehnt wurde. Um das Machtgleichgewicht zwischen Bonn und Paris aufrechtzuerhalten, sei eine „doppelte Balance" im weiteren Rahmen der westlichen Politik zu errichten; darüber hinaus müsse das Gleichgewicht innerhalb der Sechsergemeinschaft „von außen ‚rückversichert'" werden[2]. Ende 1958 griff Ministerialdirektor Carstens Grundgedanken dieses Projekts auf und beauftragte den soeben zum Deutschen Botschafter in Paris ernannten Blankenhorn, de Gaulle davon zu überzeugen, „daß der politische Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem festen, mit eigenen Institutionen ausgestatteten Bund den einzigen Ausweg aus unserer gegenwärtigen Lage darstellt"[3].

[1] Vgl. Kap. V.2.1.
[2] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, „Notizen zur Frage einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik", o.D.; vgl. ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 4 f.
[3] Carstens an Blankenhorn, 20. 11. 1958, in: BDFD I, S. 794–799, hier S. 796; vgl. Kap. V.2.1.

Die innenpolitische Umwälzung an der Seine mit der Ernennung Debrés zum Premierminister und dem Ausscheiden der führenden Europapolitiker der IV. Republik wie Mollet, Pflimlim, Maurice Faure oder Gaillard aus dem Conseil des Ministres Anfang Januar 1959 mußte die europapolitischen Hoffnungen am Rhein erheblich dämpfen. Der von von Brentano kurz nach der Jahreswende noch einmal beschworenen Notwendigkeit, die Idee der souveränen Nationalstaaten durch das Prinzip eines europäischen Zusammenschlusses zu ersetzen[4] und einen festen, mit eigenen Institutionen ausgestatteten europäischen Bund aufzubauen, standen de Gaulle und Debré ablehnend gegenüber. Allerdings waren ihre Europakonzeptionen, ihre Europabilder keineswegs identisch, wie der frischgebackene erste Minister schon mit seiner ersten Regierungserklärung markierte. Gewiß, auch Debré redete ganz im Sinne seines Mentors der Nation als höchstem Gut das Wort. Dann aber sprach er sich für ein „Europe des patries et de la liberté" aus[5], obwohl der General mit diesem „Europa der Vaterländer" doch nichts anfangen konnte und den Terminus „Europa der Staaten" bevorzugte[6].

Für die Bundesregierung zählten indes weniger derartige geschichtsphilosophische Unterschiede als die betrübliche Erkenntnis, daß Debré „die Epoche der Integration und der supranationalen Institutionen für beendet" hielt[7]. Damit blieb er aus ihrer Sicht „weit hinter der Haltung de Gaulles zurück", der noch während seiner Begegnung mit Adenauer in Bad Kreuznach mit Nachdruck die politische Bedeutung des Gemeinsamen Marktes betont hatte[8]. Debré respektierte zwar die bestehenden Verträge, war aber nicht bereit, „auf dem sich daraus ergebenden politischen Weg mit zu folgen"[9]. Sein ganz dem Credo souveräner Nationalstaaten verpflichteter Vorschlag regelmäßiger Konsultationen der Regierungschefs als Mittel zur Erreichung einer echten Solidarität und Einheitlichkeit ihrer Politik[10] wirkte aus Sicht der Bundesregierung schon aus deutschlandpolitischen Erwägungen unzureichend. Denn für sie stellte die enge europäische Verflechtung immer auch ein Mittel dar, um der Gefahr einer Verständigung zwischen einem neutralisierten Deutschland und der Sowjetunion zu entgehen[11].

Ungeachtet der nicht eben günstigen Rahmenbedingungen wagte von Brentano Anfang März einen ersten gezielten Vorstoß und empfahl Couve de Murville die Organisation der politischen Konsultation der Sechsergemeinschaft. Um dem Franzosen das Vorhaben schmackhaft zu machen, bezog er sich ausdrücklich auf einen Vorschlag, den Debré 1953 vor der Ad-hoc-Kommission zur Ausarbeitung eines Europäischen Statuts gemacht hatte. Ausgerechnet ihn, der seinerzeit zu den

[4] S. Rede von Brentanos auf dem Kongreß Europäischer Föderalisten, 15. 1. 1959, in: von Brentano, Welt, S. 302–307.

[5] Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 15. 1. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 4, S. 29. Zur Europapolitik Debrés vgl. ausführlich Boudet, Michel Debré.

[6] Vgl. Kap. V.2.1.

[7] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–81.00/2/94.07, 17. 1. 1959.

[8] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 146, Tb. 3. 2. 1959.

[9] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 346f., Tb. 16. 2. 1959.

[10] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 15. 1. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 4, S. 29.

[11] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 146, Tb. 3. 2. 1959.

schärfsten Widersachern der von von Brentano vehement unterstützten Europäischen Politischen Gemeinschaft gezählt hatte[12], erhob der Bundesaußenminister nunmehr zum Spiritus rector der europäischen Zusammenarbeit. Doch der Schachzug ging ins Leere. Couve de Murville reagierte abweisend. Die Idee sei zwar gut, aber überflüssig, lautete die Antwort. Es gäbe bereits zahlreiche Begegnungen zwischen den Führungen der EWG-Staaten. Außerdem seien zweiseitige Konferenzen nützlicher als solche zu sechst. Von Brentano ließ sich aber nicht so einfach abspeisen, unterstrich die Notwendigkeit, den Kleineren nicht das Gefühl des Ausgeschlossenseins zu vermitteln. Gewiß, in gewisser Weise seien die im Entwurf des EPG-Vertrages vorgesehenen Organe bereits vorhanden; man müsse sie aber mit echten Aufgaben versehen und zu einer „véritable instance politique" umbilden[13].

Von Brentanos Plädoyer stieß in Paris auf taube Ohren. Wie „fundamental" die Diskrepanz zwischen der deutschen und der französischen Europapolitik war, verdeutlichte Debré noch einmal in aller Schärfe, als er anläßlich eines Pressebanketts Mitte April die weltweite Verantwortlichkeit und den Führungsanspruch Frankreichs auf dem europäischen Kontinent herausstellte. Während die Bundesrepublik die europäischen Gemeinschaften als einen der konstruktiven Hauptbestandteile ihrer Politik betrachtete, mittels dessen man sich langsam nach vorne arbeiten, zugleich aber die Grundlagen für ein neues, festeres Haus auf dem Kontinent legen wollte, sah Frankreich sie als „geschätzte Hilfsmacht Nr. 1". Leitende Beamte im Auswärtigen Amt zogen daraus den Schluß, daß eine politische Integration bis auf weiteres nicht zu erwarten sei. Eine Änderung könne erst dann eintreten, wenn Frankreich wieder einmal wie in der Suez-Krise 1956 die Grenzen seiner Großmachtpolitik aufgezeigt würden. Bis dahin bleibe der zentrale Unterschied zur Außenpolitik der IV. Republik bestehen: an Stelle des Bemühens um Kooperation stehe das Streben nach Vorrang. Die Bundesrepublik, so empfahlen Wilhelm Hartlieb, der Leiter des Referats Europäische politische Integration, und der Stellvertretende Chef der Abteilung West I, Herbert Müller Roschach, müsse auf diese Politik damit reagieren, in den Gemeinschaften das *„Maximum an erreichbaren Vorteilen"* herauszuholen und gegenüber Frankreich zu verstehen zu geben, daß man sich auch andere Anlehnungsmöglichkeiten suchen könne. Großbritannien schlossen sie in diesem Zusammenhang notabene aus[14].

Anstatt darauf einzugehen, unternahm von Brentano Anfang Mai anläßlich des deutsch-französischen Regierungstreffens in Bonn einen neuen Anlauf und sprach sich für eine Koordinierung der beiderseitigen Handelspolitik als Perspektive jenseits des Gemeinsamen Marktes aus. Couve de Murville mochte mit Blick auf den EWG-Vertrag, der eine koordinierte Handelspolitik nach der ersten Integrationsphase von vier Jahren vorsah, allenfalls gewisse praktische Probleme der Tariffragen, vielleicht sogar der Entwicklungspolitik angehen. Demgegenüber bestand Debré darauf, entsprechende Schritte nicht jenseits, sondern neben dem Ge-

[12] Vgl. Kap. III.2.2.

[13] Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano vom 3. 3. 1959, Très secret, 5. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 270–273, hier S. 273.

[14] PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 343, Hartlieb an Carstens, Aufzeichnung, 22. 4. 1959, Unter Verschluß, mit Marginalie Müller-Roschachs.

meinsamen Markt zu setzen. Vordringlich erschienen ihm die Koordinierung der Politik gegenüber den Rohstofflieferanten, Ostblockstaaten und Entwicklungsländern, wobei er wieder einmal eine deutliche Präferenz für bilaterale Kontakte zeigte, während von Brentano erneut für die Stärkung der Sechsergemeinschaft plädierte. Schließlich stimmte er aber doch Vorabgesprächen zwischen Bonn und Paris unter der Maßgabe zu, daß die EWG-Partner frühzeitig beteiligt würden und nicht der Eindruck einer deutsch-französischen Hegemonie entstehe[15].

Kurz darauf präzisierte Debré seinen Ansatz zur europäischen Zusammenarbeit eindrucksvoll in einer großen Rede auf der Pariser Messe. Einmal mehr anerkannte der Premierminister das Gebot der europäischen Solidarität, erteilte aber supranationalen Konzepten eine eindeutige Absage. Wenngleich er die bestehenden Brüsseler Institutionen zu respektieren beabsichtigte, setzte er den Akzent eindeutig auf die nationale Souveränität und die Verantwortung der Regierungen. „Nous sommes tous dans le même navire et c'est cela qui fait la réalité européenne. Pour la marquer il faudra demain [...] que les gouvernements des nations européennes acceptent de coordonner leur politique, [...] qu'ils acceptent de considérer [...] que la participation au concert européen est une exigence et même une exigence élémentaire du patriotisme"[16].

Debrés Europakonzept traf weder im befreundeten Ausland noch im Inland auf vorbehaltlose Zustimmung. Wenngleich die Parteien in einer Zeit, in der die Algerienfrage den absoluten innenpolitischen Vorrang hatte, die Europapolitik der Regierung nicht in Frage stellten[17], blieben sie nicht stumm. Die französischen Christdemokraten hegten zumindest Zweifel an seinem Kurs[18], während die sozialistische Linke sein „L'Europe de la grandeur française" als ein „Europe de passé" verwarf und die Inkompatibilität zwischen europäischem Geist und gaullistischem Nationalstreben herauskehrte[19]. Nicht minder kritisch stand man den Vorstellungen des Matignon auch im Kanzleramt bzw. Auswärtigen Amt gegenüber. Auf Wohlwollen stieß allenfalls die Bereitschaft Debrés, nicht nur die europäischen Institutionen zu unterstützen, sondern auch für die als notwendig erachtete europäische Solidarität neue Anstrengungen zu machen[20].

Neue Anstrengungen in der Europapolitik schienen um so notwendiger, als bei der Vorbereitung der Genfer Außenministerkonferenz im Westen deutliche Differenzen zutage getreten waren[21] und selbst innerhalb der Bundesregierung kein Konsens über die Zukunft Europas herrschte. Den Kanzler irritierten vor allem die Aktionen seines Wirtschaftsministers, der seine Abneigung gegen die europäische Integration geradezu „ostentativ bekundete"[22]. Adenauers Sorgen wuchsen

[15] S. Unterredung zwischen Debré und Adenauer vom 6. 5. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 615 f.; von Brentano an diplomatische Vertretungen, FS AZ 204–81.00/2/94.07, 6. 5. 1959, Verschlüsselt, Reinkonzept, in: BDFD I, S. 728 f.

[16] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, Rede Debrés auf der Pariser Messe, 15. 5. 1959, im Auszug in: BDFD I, S. 801–804, hier S. 803.

[17] Vgl. Latte, Europapolitik, S. 174 f.

[18] Vgl. Irving, Christian Democracy, S. 237.

[19] „Union de la Gauche Socialiste", Le Marché Commun, 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 629–632, hier S. 629.

[20] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, Aufzeichnung Brand, 20. 6. 1959.

[21] S. Kap. V.1.2.

[22] Adenauer an Krone, 20. 5. 1959, Streng geheim, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 534.

in einem Maße, daß er jetzt sogar offensiv gegen Erhards Kanzlerkandidatur anging. „Die Grundlage unserer ganzen außenpolitischen Existenz", so diktierte er dem Fraktionsvorsitzenden Krone am 19. 5. ins Stammbuch, „ist und bleibt der europäische Integrationsprozeß." Nicht hehrer Europaidealismus trieb ihn zu dieser Auffassung, sondern die Furcht vor amerikanischem Isolationismus[23], den er allein mit fortschreitender europäische Einigung und der Pflege der deutsch-französischen Beziehungen glaubte vereiteln zu können[24]. Wenn die Union seiner Warnung nicht folge, so drohte der Kanzler einen Tag später, werde er seine Bewerbung um das Amt des Bundespräsidenten zurückziehen und Kanzler bleiben[25]. Als die Fraktion ihm nicht folgte, legte Adenauer die Kandidatur am 4. 6. tatsächlich nieder[26].

Mit diesem von ihm ausgelösten Hin und Her löste Adenauer im Ausland genau das aus, was er vermeiden wollte: Unsicherheit über die zukünftige deutsche Europapolitik. Überzeugte Europäer wie Antoine Pinay befürchteten, daß der Kurs Erhards, dem in Paris ein „préjugé défavorable" entgegengebracht wurde, obsiegen könne und die „zögernde oder zumindest unklare Einstellung" Debrés den deutschen Gegnern der Europapolitik Adenauers dazu auch noch die Argumente liefere. Andere französische Politiker wie etwa Schuman oder Monnet schätzten die Lage weniger problematisch ein, da sie ganz auf de Gaulle und dessen Realitätssinn[27] sowie die „sehr sorgfältig[e]" Pflege der supranationalen Institutionen setzten[28]. Schon bald sollte sich erweisen, daß ihr Vertrauen in den General nur bedingt gerechtfertigt war.

„Il faut que nous pratiquions une coopération organisée"

Mitte Juni erklärte de Gaulle in einer Rede in Paris, Frankreichs Macht und Grandeur wachse auf der Basis erneuerter Institutionen. „A preuve, l'oeuvre d'unité européenne, dont la *coopération* pratique entre six Etats marque déjà le commencement."[29] Wenige Tage später unterstrich er gegenüber dem italienischen Staatspräsidenten Gronchi, man dürfe die Führung Europas nicht den Angelsachsen überlassen. Nicht gewisse Organisationen oder ausländische Mächte, sondern die Regierungen der europäischen Staaten trügen die Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker. „Il faut que nous pratiquions une coopération organisée et pour cela, se débarrasser de la fiction du supranational." Mit Zustimmung Gronchis schlug de Gaulle als ersten konkreten Schritt periodische Zusammenkünfte der Minister und ein kleines permanentes Sekretariat zur Vorbereitung ihrer Sitzungen vor[30].

[23] L-E-S, NL Erhard, I 1)7, ders. an dens., 19. 5. 1959, Streng geheim, im Auszug in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 528–532; s.a. Koerfer, Kampf, S. 300–304.

[24] S. Adenauer an Erhard, 20. 5. 1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 536; im selben Sinn: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 103f. u. 110, Informationsgespräch, 31. 7. 1959.

[25] S. Adenauer an Krone, 20. 5. 1959, Streng geheim, in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 534; Koerfer, Kampf, S. 305f.

[26] S. Kap. V.1.3.

[27] ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Globke, 31. 7. 1959.

[28] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, ders. an von Brentano, Vw 100–85.00 6415/59, 6. 6. 1959.

[29] Rede de Gaulles in Paris, 18. 6. 1959, im Auszug in: Jouve, Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe, Bd. 2, S. 223.

[30] Unterredung zwischen de Gaulle und Gronchi vom 24. 6. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 873–876, hier 874f.; Vaïsse, De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, S. 660.

Zum Entsetzen der Franzosen wandten sich die Italiener sofort mit einer entsprechenden Démarche an die Partner in der EWG sowie an die Briten und lösten damit vielerorts jene Reaktion aus, die man an der Seine wohl lieber vermieden hätte: Unruhe und Mißtrauen gegenüber einer politischen Abschottung der Sechs[31]. Während die Niederlande sich grundsätzlich reserviert zeigten[32], warnte der die stärkere politische Zusammenarbeit grundsätzlich befürwortende belgische Außenminister Wigny davor, daß die Sechs sich weiter von London entfernten und den Eindruck einer „entente à part" erweckten[33]. Nur die Bundesregierung reagierte positiv. Adenauer, den Pinay in der Zwischenzeit nach den bedenklichen französischen Reden vom „Europa der Vaterländer" über die europapolitischen Absichten des Generals „vollkommen beruhigt" hatte[34], begrüßte de Gaulles Vorstoß „avec enthousiasme"[35]. Die Pläne des Generals boten einen Ansatzpunkt für jene politische Verklammerung der Gemeinschaft, die notwendig schien, um die Existenz der Zollunion zu sichern. „Ohne ein politisches Rückgrat in der Gemeinschaft", so lautete das Motto im Palais Schaumburg, „wird diese durch die fortschreitende Propagandaoffensive Erhards und seiner Helfer langsam aber sicher auseinander gesprengt." Bonn signalisierte daher postwendend die Absicht, auf dem angedeuteten Weg *„sehr weit"* mitzugehen, „wobei naturgemäß die paritätische Grundlage gewahrt bleiben muß"[36].

Der Argwohn des Kanzlers gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister war sehr wohl berechtigt. Für Erhard kam es nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Freihandelszone, wie er seinem französischen Kollegen Pinay am 3. 7. offenbarte, jetzt weniger auf einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den Sechs, sondern darauf an, ein „terrain d'entente" zwischen der EWG und der entstehenden Kleinen Freihandelszone zu schaffen. Während der Franzose diese Anschauung völlig ungerührt zur Kenntnis nahm[37], konnte sich Erhard in der Bundesrepublik breiter Zustimmung sicher sein. Schon glaubten wichtige Tageszeitungen in der deutsch-französischen Zusammenarbeit „bedenkliche Nebenerscheinungen" ausmachen zu können und der Regierung unter dem Rubrum „Dreieck besser als Achse" vorhalten zu müssen, sie gefährde die Beziehungen zu anderen Staaten, vor allem zu Großbritannien[38].

In der deutschen Diplomatie hingegen wuchs angesichts der herrschenden europapolitischen „Krise", des militärischen Patts zwischen den Supermächten und der zunehmenden Kohärenz des sowjetischen Machtbereichs die Überzeu-

[31] Vgl. de Leusse an Couve de Murville, Tel. 183, 2. 7. 1959, Secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 4f.; Aufzeichnung Lucet, 3. 7. 1959, in: ebd., S. 10f.

[32] S. Unterredung zwischen Roux und Vitetti vom 16. 7. 1959, in: ebd., S. 61f.

[33] Bousquet an Couve de Murville, Nr. 1159, 6. 7. 1959, Confidentiel, in: ebd., 19–21, hier S. 21; s.a. ders. an dens., Nr. 1207, 15. 7. 1959, in: ebd., S. 52f.

[34] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 133, Informationsgespräch, 12. 10. 1959.

[35] Unterredung zwischen Roux und Vitetti vom 16. 7. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 61; vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 111, Informationsgespräch, 31. 7. 1959.

[36] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Hartlieb an Jansen, 2. 7. 1959, Persönlich; vgl. ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 8.

[37] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1875/76, 3. 7. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 10; s.a. Unterredung zwischen Erhard und Anderson vom 4. 6. 1959, Official use only, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 120–125.

[38] Artikel Fackler, in: „Süddeutsche Zeitung", 27. 6. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 632–634, hier S. 632.

gung, daß die Bundesregierung die europäische Einigung mit einer eigenen Initiative vorantreiben müsse. Die Grundlage der Integrationspolitik, so formulierte Gerd Brand, langjähriger enger Mitarbeiter von Brentanos als Präsident des Europäischen Verfassungsausschusses und jetziger Direktor für Auswärtige Angelegenheiten bei der EURATOM, in einer Aufzeichnung Mitte Juni, sei die deutsch-französische Verständigung. Sie sei aber dauerhaft nur möglich im Rahmen der Sechsergemeinschaft. Die beiderseits des Rheins auszumachende Tendenz zu einer „mehr oder weniger ausgeprägte[n] Achse Bonn-Paris" werde früher oder später die Gemeinschaft und damit auch die bilaterale Verständigung zerstören. Notwendig sei ein neuer Schub in der Europapolitik, der von der Bundesrepublik ausgehen könne. Ein entsprechender Vorstoß mußte seiner Meinung nach zunächst auf Frankreich ausgerichtet werden, weil Frankreich am wenigsten weit zu gehen bereit schien. De Gaulle beabsichtige zwar die Fortentwicklung der europäischen Kooperation, sei aber nicht willens, Hoheitsrechte auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen. Integrationswilliger wirkten hingegen hohe Beamte des Quai d'Orsay wie auch ein Großteil der Abgeordneten in der Assemblée Nationale. Brands Konzept bestand zunächst aus zwei Elementen: Verstärkung der bestehenden europäischen Gemeinschaften durch bessere Koordinierung eventuell mit dem Ziel der Verschmelzung oder Überdachung; Koordinierung der Außenpolitik durch ein neues Gremium etwa der Staatssekretäre oder von Sonderministern mit Hilfe eines ständigen Sekretariats. Darüber hinaus empfahl er die Zusammenarbeit dieses Organs mit dem Europäischen Parlament; regelmäßige Zusammenkünfte der sechs Regierungschefs; Vorbereitung einer späteren politischen Gemeinschaft, die die Koordinierung der Außenpolitik übernehmen und über ein direkt gewähltes Parlament verfügen müßte[39].

Ende Juli legte Brand dem Auswärtigen Amt ein als Vorlage bei den Partnerregierungen konzipiertes neues Papier vor, in das er wesentliche Elemente der Rede Debrés auf der Pariser Messe einbaute, um den Premierminister wohlwollend zu stimmen. Im Kern zielte sein Vorschlag auf eine regelmäßig alle drei Monate abzuhaltende Außenministerkonferenz der Sechs mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Zur ständigen gegenseitigen Beratung sollten den Ministern Stellvertreter mit Kabinettsrang zur Seite gestellt werden. Zwecks Organisation und Durchführung der Sitzungen sah Brand ein kleines ständiges Sekretariat vor[40].

Als zuständiger Abteilungsleiter begrüßte Carstens den Gedanken der außenpolitischen Konsultation und Koordinierung, warnte aber davor, durch sie eine Blockbildung innerhalb der NATO vorzunehmen oder einen Gegensatz zu Nicht-EWG-Staaten zu konstruieren. Daher verlangte er dringend, daß die Konsultation der Außenminister die Zuständigkeiten der Gemeinschaftsorgane nicht beeinträchtigte; ja, er empfahl gar, die Kommission oder die Hohe Behörde zu beteiligen. Dem von Brand dargelegten Procedere stimmte er im Prinzip zu, bestand aber darauf, das Sekretariat nicht – wie von Italien inzwischen vorgeschlagen – in Paris zu installieren, denn damit wäre die alte Diskussion über die ‚Hauptstadt'

[39] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, Aufzeichnung Brand, 20. 6. 1959.
[40] S. ebd., Aufzeichnung dess., 31. 7. 1959.

Europas neu entfacht und die in den BENELUX-Staaten, aber auch in Bonn bereits bestehende Abneigung gegen ein französisches Übergewicht weiter geschürt worden. Als geeigneter Ort kam seines Erachtens vor allem Brüssel in Frage. Sollte das Gesamtprojekt an der Sitzfrage scheitern, schwebte ihm ein Rotationsverfahren für die Sekretariatsarbeit vor. Um die zu erwartenden Widerstände der Briten aufzufangen, riet er zur Einbeziehung Großbritanniens etwa durch regelmäßige Zusammenkünfte mit den EWG-Staaten[41].

Während das Auswärtige Amt sich nun an die Arbeit machte, eine Europa-Initiative auszuformulieren, lehnte das Foreign Office das Projekt der politischen Konsultation der Sechs scharf ab, weil es den Graben zwischen den Sechs und den Sieben seiner Ansicht nach vertiefte und die Atlantische Allianz spaltete[42]. Demgegenüber drängte Rom in Paris auf die Konkretisierung der Eröffnungen de Gaulles gegenüber Gronchi. Hocherfreut über die Aussicht, daß die sich seit Bad Kreuznach verdichtenden Anzeichen eines „tête-à-tête franco-allemand" nun einer kontinentaleuropäischen Perspektive zu weichen schienen und die eigene Schwäche durch eine zweiseitige Aktion überspielt werden könne[43], regte Italien die Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags über die politische Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft an, die in gewisser Form auch Großbritannien offenstehen sollte[44]. Da die Briten sich aber desinteressiert zeigten, wuchs bei den Franzosen die Sorge, die Deutschen könnten aus Angst vor britischer Verstimmung die Adenauersche Linie der politischen Zusammenarbeit Europas im Rahmen einer „Beschwichtigungspolitik" aufgeben. Eine solche Rücksichtnahme auf die Londoner Empfindlichkeiten hielt man in Paris für um so törichter, als man davon ausging, daß sich die pragmatischen Engländer unter dem Druck der Verhältnisse schließlich doch einem gesunden kontinental-europäischen Kern anschließen würden[45]. Grundsätzlich aber schien es den Franzosen nach der unliebsamen Publizität des italienischen Vorstoßes ratsam, vorerst nicht darauf einzugehen und erst einmal Gras über die Sache wachsen zu lassen[46]. Vielleicht, so sikkerte an der Seine durch, werde de Gaulle ja nach dem Ende der Genfer Außenministerkonferenz auf den Plan regelmäßiger Außenministertreffen zurückkommen[47].

„Enge außenpolitische Koordinierung" mit dem „Endziel einer gemeinsamen Außenpolitik"

Tatsächlich verfestigte sich beim französischen Staatspräsidenten nach dem Fehlschlag der Ost-West-Verhandlungen angesichts der sich abzeichnenden Entspannungstendenzen zwischen Moskau und Washington sowie seiner kaum erfolg-

[41] S. ebd., Bd. 50, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 2–200–81.00/595/59, 3. 8. 1959, VS-Vertraulich.
[42] S. britischer Geschäftsträger in Paris an Roux, Note, 5. 8. 1959 (Übersetzung), in: DDF 1959, Bd. 2, S. 150f.; Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 6. 8. 1959, in: ebd., S. 148–150.
[43] Palewski an Couve de Murville, Nr. 1177, 30. 7. 1959, in: ebd., S. 122–126, hier S. 123.
[44] S. Unterredung zwischen Roux und Vitetti vom 16. 7. 1959, in: ebd., S. 61.
[45] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Jansen an AA, Pol 204–82.00 3712/59, 7. 8. 1959.
[46] S. Couve de Murville an Brüssel etc., Tel. 941/45 etc., 5. 9. 1959, Très urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 307f.
[47] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 98b, Bl. 46–51, Jansen an Blankenhorn, 30. 7. 1959.

reichen Bemühungen um ein NATO-Triumvirat[48] die Überzeugung, Westeuropa zu einer „‚grosse bête'" entwickeln zu müssen, „capable de traiter avec cette autre ‚grosse bête' que constitut l'Europe orientale sous contrôle soviétique"[49]. Freilich besaß diese westeuropäische Einigung für Frankreich nicht nur eine antisowjetische Spitze. Man gedachte sie natürlich auch zur Durchsetzung europäischer bzw. eigener Interessen gegenüber den Angelsachsen einzusetzen und reservierte sich ganz selbstverständlich die Rolle des „leader"[50].

Anfang September machte sich von Brentano das Konzept Brands zu eigen und legte es Adenauer in Cadenabbia zur Billigung vor. Der Außenminister ließ sich dabei von der Maxime leiten, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht funktionieren könne, wenn nicht ein Mindestmaß an politischer Koordinierung erreicht werde. Über die nicht eben günstigen Voraussetzungen für eine stärkere europäische Integration gab er sich keinen Illusionen hin. Großbritannien stand ihr „wenig aufgeschlossen" gegenüber. In den Niederlanden war die Bereitschaft zum Mitwirken „merklich geringer" geworden. Die französische Position wirkte unklar. Im Gegensatz zu de Gaulle, dessen Verständnis für die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses gewachsen zu sein schien, hatte sich Debré von solchen Konzepten in den vergangenen Monaten „noch weiter entfernt". Mit den deutschen Wünschen stimmten seine Vorstellungen jedenfalls „keineswegs" überein[51]. Ob die dem Nationalismus Tribut zollenden Verfechter des „Europe des patries" à la Debré der tiefen proeuropäischen Wandlung im französischen Volk Rechnung tragen müßten, war vorläufig noch ungewiß[52]. Trotz – oder gerade wegen – dieser wenig erfreulichen Rahmenbedingungen riet von Brentano Adenauer dringend zu einem europapolitischen Neuanlauf mit dem Ziel einer „laufenden außenpolitischen Diskussion und Information", damit die Gemeinschaften nicht zu reinen Bürokratien degenerierten. Gewiß durfte man die Partner, insbesondere Frankreich, nicht überfordern. Brand hatte nach seinem Dafürhalten das richtige Maß bereits gefunden, das Wort Integration klugerweise vermieden und auch die Schaffung neuer Institutionen ausgeklammert[53].

Der Kanzler stimmte mit den Ausführungen des Ministers „im wesentlichen" überein, sah manches optimistischer, anderes wieder pessimistischer[54]. Schon wenige Tage zuvor hatte er sich bei einem Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Segni in Cadenabbia für regelmäßige Treffen der sechs Außenminister ausgesprochen und dabei das Problem des Sekretariats als sekundär markiert[55]. Gegenüber von Brentano bezeichnete er die Personalfrage jetzt als entscheidend und meldete Gesprächsbedarf für die Zeit nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub an[56].

[48] Vgl. Kap. V.1.3 u. V.3.2.
[49] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 20. 8. 1959, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 307–312, hier S. 311.
[50] Ebd., S. 312, Tb. 20. 8. 1959.
[51] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, von Brentano an Adenauer, MB 874/59, 3. 9. 1959, nebst Anlage.
[52] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 203, Jansen an AA, Pol 204–82.00 3712/59, 7. 8. 1959.
[53] Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, von Brentano an Adenauer, MB 874/59, 3. 9. 1959, nebst Anlage.
[54] Ebd., Adenauer an von Brentano, 10. 9. 1959.
[55] S. Palewski an Couve de Murville, Tel. 868/71, 26. 8. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 231.
[56] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 49, Adenauer an von Brentano, 10. 9. 1959.

Anders als in Bonn, setzte man in Brüssel jetzt weniger auf die außenpolitische Konsultation als auf die wirtschaftspolitische Beschleunigung des Integrationsprozesses im Gemeinsamen Markt. Am 3. 9. schlug Wigny seinem französischen Kollegen die Reduzierung der im EWG-Vertrag vorgesehenen zwölfjährigen Übergangszeit und eine verstärkte europäische Finanzpolitik mit dem Ziel einer gemeinsamen Währung vor. Couve de Murville erklärte sich mit der Beschleunigung zwar einverstanden[57]. Doch in erster Linie ging es Frankreich, wie die einen Tag später stattfindenden Regierungsgespräche mit der italienischen Führung verdeutlichten, jetzt um die politische Konsultation der Sechs. De Gaulle mochte sich von dieser Idee auch nicht durch die Kritik der Engländer abbringen lassen, wenngleich er stets betonte, sie nicht aus Europa ausschließen zu wollen[58]. Wie sein Europa aussehen sollte, das verdeutlichte der General wenige Tage später dem amerikanischen Publizisten Luce in streng vertraulicher Audienz: „une Europa qui ne serait pas faite synthétiquement en la coiffant d'organisations supranationales qui rebutent les individus, mais au contraire en partant des bases solides que constituent les nations: les chefs de gouvernement se réuniraient régulièrement, quelques commissions seraient crées"[59]. Eine Assoziation der Engländer mit der EWG nach dem Vorbild der EGKS schien den Franzosen nicht erstrebenswert, und sie betrachteten es als Erleichterung, daß die Amerikaner keinen Präferenzmarkt zwischen den Sechs und den Sieben wünschten[60].

Am 5. 9. setzte Couve de Murville die EWG-Partner davon in Kenntnis, er habe sich mit seinem italienischen Kollegen Pella darauf verständigt, gemeinsam mit ihnen Mitte Oktober den Plan zur regelmäßigen politischen Konsultation zu vertiefen. Man denke an Treffen in Abständen von drei Monaten, ohne neue Institutionen zu schaffen. Ungeachtet der Bedenken der BENELUX-Staaten strebe Frankreich weiterhin ein kleines Sekretariat mit Sitz in Paris an[61]. Wie nicht anders zu erwarten, signalisierte die Bundesregierung sofort großes Interesse an diesem Vorhaben, erhob aber Vorbehalte gegenüber dem Sitz des Sekretariats, da sie Rücksicht auf die BENELUX-Staaten nehmen mußte, die soeben einen Versuch gestartet hatten, mit Italien ein Gegengewicht gegen die von ihnen so empfundene Achse Bonn-Paris zu schaffen[62]. Außerdem legten die Deutschen starkes Gewicht auf die Berücksichtigung der Briten[63], denen Adenauer soweit entgegenkommen wollte, „wie es für die EWG überhaupt tragbar ist, d.h. man darf nicht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft opfern Großbritannien zuliebe"[64].

[57] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Wigny vom 3. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 268.

[58] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Segni vom 4. 9. 1959, Très secret, in: ebd., S. 297; Vaïsse, De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, S. 660.

[59] Unterredung zwischen de Gaulle und Luce vom 17. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 352f.

[60] S. Unterredung zwischen dems. und Segni vom 4. 9. 1959, Très secret, in: ebd., S. 297; Unterredung zwischen Erhard und Dillon vom 28. 9. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 148f.

[61] S. Couve de Murville an Brüssel etc., Tel. 941/45 etc., 5. 9. 1959, Très urgent, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 307f.

[62] S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Carstens an Paris etc., Tel. 1214 Plurex, 12. 9. 1959, Verschlüsselt.

[63] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2491/95, 10. 9. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 324f.

[64] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 16. 9. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 388.

Angesichts des erlahmenden Elans in den Verhandlungen über die „Kleine Freihandelszone" wuchs im Auswärtigen Amt die Hoffnung, die Sieben zu einer Verschiebung ihrer Terminpläne veranlassen zu können. Da eine endgültige Lösung des Problems der multilateralen Wirtschaftsassoziation aufgrund der Pariser Widerstände als ausgeschlossen galt, glaubte Bonn die Sieben dadurch ködern zu können, daß man ihnen bei der nach dem EWG-Vertrag zum 1. 1. 1960 fälligen nächsten Kontingentserhöhung und der zum 1. 7. anstehenden Zollsenkung die gleichen Vergünstigungen zu gewähren beabsichtigte wie im Dezember 1958. Überlegungen der EWG-Kommission zur Verkürzung der Übergangszeit der EWG galten in der Koblenzer Straße als verfrüht[65].

Kurz darauf vollzog sich ein bemerkenswerter Wandel dieser Rahmenbedingungen. Da der im Frühjahr zur Prüfung des Ersten Memorandums der EWG-Kommission eingesetzte Sonderausschuß unter dem belgischen EWG-Kommissar Jean Rey[66] mit seinem Abschlußbericht auf sich warten ließ, legte die Kommission am 18. 9. ein Zweites Memorandum vor, in dem sie auf das alte Streitthema der großen Freihandelszone nicht mehr einging. Statt dessen empfahl sie, die nächste vertragsmäßig fällige Zollermäßigung auf die Drittländer auszudehnen, ihnen bei den Kontingentsmaßnahmen für gewerbliche Erzeugnisse gleiche Vorteile zu gewähren und den Dillon-Verhandlungen im GATT größtmögliche Tragweite zu geben[67]. Da die FHZ damit vollends außer Reichweite geriet, forcierte Großbritannien die Gründung der Kleinen Freihandelszone und kündigte gleichzeitig Interesse an bilateralen Handelsabkommen mit den Sechs an[68].

Dem Bonner Kanzleramt war diese Entwicklung durchaus recht. Denn Adenauers Priorität lag ja eindeutig bei der Sechsergemeinschaft. Gewiß, er achtete stets darauf, die Beziehungen zu Großbritannien nicht zu stark zu belasten. Doch sein wirtschaftliches Entgegenkommen endete dort, wo der politische Gehalt der EWG in Gefahr geriet: „der muß intakt bleiben, denn für uns ist das Wichtigste bei der EWG der politische Grund und das politische Ziel"[69]. Folgerichtig versicherte der Kanzler dem französischen Botschafter Ende September sein großes Interesse an regelmäßigen politischen Konsultationen auf Außenministerebene, machte allerdings zugleich klar, daß das Sekretariat in Brüssel eröffnet werden sollte[70].

Dort, in Brüssel, trafen sich am 13. 10. die Außenminister der EWG-Staaten, um über die französisch-italienische Initiative zur politischen Kooperation zu debattieren. Den fünf Delegationen – der holländische Außenminister Luns war der Einladung aus mangelndem Interesse nicht gefolgt[71] – lagen Memoranden der Regierungen Belgiens, Italiens und der Bundesrepublik vor, die in ihrer Zielrichtung

[65] S. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 226, Carstens an van Scherpenberg, Aufzeichnung 2–200–81.00/23/59. 15. 9. 1959.
[66] S. Kap. V.2.1.
[67] S. Denkschrift der EWG-Kommission, 18. 9. 1959, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1567–1571; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 83f.
[68] S. Unterredung zwischen Debré und Jebb vom 16. 9. 1959, Secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 345f.
[69] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 133, Informationsgespräch, 12. 10. 1959.
[70] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2616/20, 23. 9. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 375.
[71] Vgl. Guyon an dens., Tel. 41, 10. 10. 1959, Urgent, Confidentiel, in: ebd., S. 440.

höchst heterogen wirkten. Wignys Plan zielte auf die Verkürzung der Übergangsphase der EWG, auf die Wahl zu einer Gemeinsamen Versammlung und die Koordinierung der europäischen Institutionen ab[72]. Von Brentanos Papier bemühte sich demgegenüber, die zur „absolute[n] Lebensfrage"[73] stilisierte europäische Integration der Sechs mit den Vorbehalten und Widerständen der Partner in Einklang zu bringen. Zu diesem Zweck schlug er in seinem ausdrücklich als bescheiden und pragmatisch charakterisierten Plan eine „enge außenpolitische Koordinierung" durch ständige, vierteljährlich tagende Außenministerkonferenzen mit dem „Endziel einer gemeinsamen Außenpolitik" vor. Zur wirksamen Vorbereitung sollten die Stellvertreter der Außenminister mindestens einmal monatlich tagen. In der heiklen Frage des Sekretariats schloß sich die Bundesregierung vorsichtig den französischen Vorstellungen an, indem sie eine Arbeitsgruppe zur technischen Unterstützung der Konferenz mit rotierendem Sitz empfahl. Aus Rücksicht auf die externen Bedenkenträger sah von Brentano die Unterrichtung der Europäischen Gemeinschaft und der Ausschüsse des Europäischen Parlaments sowie die Einladung anderer Regierungen zu jenen Sitzungen vor, in denen Themen von gemeinsamem Interesse verhandelt werden sollten[74].

Trotz dieser Vorsichtsmaßnahmen ging den Partnern das deutsche Konzept einer gemeinsamen Außenpolitik viel zu weit. Wigny lehnte die Bildung einer politischen Gemeinschaft schon wegen des Ausschlusses von Großbritannien strikt ab. Er konnte sich allenfalls vorstellen, daß ein Rahmen für einen Gedankenaustausch über die zentralen diplomatischen Probleme geschaffen würde. Fragen, die in den Kompetenzbereich der NATO fielen, mußten seiner Ansicht nach ganz ausgeschlossen bleiben, damit sich in der Allianz keine „groupe de pression" bildete. Außerdem sollten die Konsultationen ohne institutionellen Apparat rein informell bleiben. Couve de Murville pflichtete den Bemerkungen durchaus bei, beharrte aber auf der Notwendigkeit eines neuen Anlaufs zur politischen Zusammenarbeit und bezeichnete von Brentanos Memorandum als interessante Diskussionsgrundlage. Ziel sei nicht die Integration, sondern die Konsultation, wobei natürlich auch sicherheitspolitische Themen behandelt werden müßten. Eindringlich verteidigte er die Idee eines Sekretariats, betonte aber die Absicht, damit keine neue Administration schaffen zu wollen. Am Ende der kontroversen Debatte stand fest, daß man sich zwar für das Prinzip der Konsultation ausgesprochen, aber keinen Konsens über den Inhalt gefunden hatte[75].

Die Widerstände der BENELUX-Staaten gegen eine intensivere politische Zusammenarbeit der Sechs wurden in Teilen der Bundesregierung durchaus begrüßt. Namentlich Erhard bemühte sich jetzt wieder im In- und Ausland intensiv um

[72] Zum Wigny-Plan vgl. ebd., S. 456, Anm. 1.

[73] PA, BStS, Bd. 342, Referat van Scherpenberg auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.

[74] Von Brentano an Wigny, Couve de Murville, Pella, Schaus und Luns, Memorandum MB 1031/59, o.D., in: BDFD I, S. 804–806, hier S. 805.

[75] Konferenz der EWG-Außenminister vom 13. 10. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 456–461, hier S. 457; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 200, Bd. 265, Tagung ders. vom 13./14. 10. 1959, R/792/59, 4. 11. 1959, Entwurf; ebd., Tagung ders. vom 13./14. 10. 1959, R/852/59, 4. 11. 1959, Entwurf; Kommuniqué der EWG-Außenminister-Konferenz, 13. 10. 1959, in: AdG 1959, S. 7997A; Mayer, Role, S. 42.

einen „Brückenschlag" zwischen der EFTA und der EWG[76], wie ihn auch die deutsche Industrie forderte[77]. Dabei griff der sanguinische Bundeswirtschaftsminister bisweilen auch zu recht eigenwilligen Mitteln. So ließ er gewissermaßen zur Einrahmung der Außenministerkonferenz eine Anzeigenkampagne starten, die durch die Gleichung „6+7+5=1" und den beigefügten, eindeutig gegen seinen Kanzler gerichteten Satz: „Die europäische Wirtschaft rollt auf vielen Rädern und hat mehr als nur eine Achse", unmißverständlich zum Ausdruck brachte, daß seine politische Arithmetik den Verband aus EWG, EFTA und den fünf westlich orientierten europäischen Staaten Griechenland, Türkei, Island, Irland und Spanien als Einheit begriff[78]. Nur ein derartiger europaweiter Freihandelsraum schaffte seines Erachtens ein Wirtschaftsgebiet, in dem die Möglichkeiten moderner industrieller Produktionsmethoden voll ausgeschöpft werden, in dem alle Länder, nicht zuletzt auch die Bundesrepublik, durch eine großräumige Arbeitsteilung an den Vorteilen der rationellen Massenfertigung partizipieren könnten[79].

In Paris entfachte Erhard mit seinem Aktionismus aufs neue die alte Angst vor einer Wende in der deutschen Europapolitik[80] und vor einem Rückfall Deutschlands „dans ses rêves anciens"[81]. Adenauer rief den unbotmäßigen Minister denn auch ob dieser kaum verhüllten Attacke gegen die deutsch-französische Annäherung sofort zur Ordnung[82], doch Erhard hielt an seinen Auffassungen fest. Die bevorstehende Paraphierung der EFTA-Gründungskonvention drängte ihn dazu, auf die Notwendigkeit des Offenhaltens von Kontaktmöglichkeiten zwischen den beiden Wirtschaftsräumen aufmerksam zu machen. Nachdem sich von Brentano namens der Bundesregierung am 5. 11. im Deutschen Bundestag zur Freude der französischen Diplomatie nur sehr vage zur Notwendigkeit einer Verbindung zwischen den Sechs und den Sieben geäußert hatte und die außenpolitische Debatte mangels Interesse auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion sang- und klanglos abgebrochen worden war[83], empfing der Wirtschaftsminister am 12. 11. eine Reihe von Unionsabgeordneten und klagte mit bekannter Schärfe gegen die europäische Zersplitterung[84]. Der Regierungschef verlangte daraufhin umgehend Rechenschaft von ihm und kritisierte seine europapolitischen Äußerungen intern in äußerst scharfer Form[85]. Gegenüber der Presse oder der Partei beteuerte er hingegen mehrfach, er wolle sich für eine Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA

[76] Interview Erhards mit dem „Westdeutschen Rundfunk", 5. 7. 1959, in: Bulletin 1959, S. 1225f., hier S. 1226.

[77] Vgl. Berg, Extreme, auch in: BDFD II, S. 914–917.

[78] Zitiert nach: Lukomski, Ludwig Erhard, S. 180; s.a. Erhard, Mißverständnisse, auch in: ders., Gedanken, S. 583–589.

[79] Vgl. Rede dess. vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, 5. 2. 1963, in: Erhard, Wirken, S. 220–228.

[80] S. Leduc an Couve de Murville, Nr. 1847, 13. 10. 1959, in: BDFD II, S. 912f.; ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-4, Jansen an Adenauer, 21. 10. 1959.

[81] Unterredung zwischen Debré und Lloyd vom 12. 11. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 563–566, hier S. 564.

[82] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 352; Koerfer, Kampf, S. 395.

[83] S. Bundestagsdebatte, 5. 11. 1959, in: BT, Sten. Ber., Bd. 44, S. 4682–4768; AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 19, Seydoux an MAE, Tel. 3242/43, 12. 11. 1959; SPD-Fraktionssitzung vom 10. 11. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 341–344.

[84] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 396.

[85] S. Adenauer an Erhard, 13. 11. 1959, in: ebd., S. 396f.; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 352.

stark machen und Großbritannien gegenüber wirtschaftlich liberal verhalten. Allerdings dürfe „der politische Zweck der EWG" nicht gefährdet werden[86].

Den Briten reichte das nicht aus. Zwar deuteten sie jetzt an, die politische Zusammenarbeit mit den Sechs im Rahmen der WEU festigen zu wollen, und setzten nach der Paraphierung der EFTA-Konvention am 20. 11.[87] auf den ökonomischen Brückenschlag zur EWG[88]. Als Adenauer bei einem Besuch in London Mitte November die Bereitschaft unterstrich, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA zu fördern, und den Vorschlag unterbreitete, daß Vertreter beider Organisationen sich über anstehende Probleme noch vor der Ratifikation des EFTA-Abkommens austauschen sollten, stieß dies bei Macmillan nur auf geringes Interesse. Wiederholt beklagte er sich über die Teilung Westeuropas in zwei Wirtschaftszonen[89]. Ja, er drohte gar mit dem Abzug der britischen Rheinarmee, wenn die Deutschen „nicht die Sache EWG/EFTA in Ordnung brächten"[90]. Adenauers Engagement für einen Ausgleich mit Großbritannien konnte dadurch kaum gesteigert werden. Mochte er auch hoffen, die Bildung zweier Wirtschaftsblöcke mittels baldiger Gespräche zwischen EWG und EFTA noch vereiteln zu können[91], so blieb seine Konzessionsbereitschaft doch weiterhin durch das Motto eingeschränkt, daß der „politische Zweck des Zusammenschlusses der Sechs" nicht leiden dürfe[92]. Wie der kluge französische Botschafter seiner Regierung mitteilte, hing dies auch gewiß damit zusammen, daß sich die Bundesrepublik mit fortschreitender Anwendung des EWG-Vertrags zunehmend mehr mit Frankreich verbunden fühlte: „pour cette Allemagne déprussianisée, sans capitale véritable, fédérale et amputée, à l'avenir incertain, la présence à ses côtes d'une France forte et capable de s'exprimer au nom de l'Europe ne suscite pas qu'envie et appréhension."[93]

Während die Kleinen der Sechsergemeinschaft dies gewiß umgekehrt sahen, da für sie das Verhältnis zu Großbritannien nicht unter dem politischen Zusammenschluß der Sechs leiden durfte, stand Frankreich klar auf der deutschen Seite. Wirtschaftlich setzte man auf einen voll funktionierenden Wirtschaftsraum der

[86] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 138, Informationsgespräch, 28. 10. 1959; s.a. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 9. 11. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 440f. u. 447; Koerfer, Kampf, S. 397–400.

[87] S. Resolution der Stockholmer Ministerkonferenz, 20. 11. 1959, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1596f.; Kommuniqué der Ministerkonferenz vom 21. 11. 1959, in: ebd., S. 1597–1599; Übereinkommen zur Errichtung der EFTA, 4. 1. 1960, in: ebd., S. 1599–1624; Macmillan, Pointing the Way, S. 57–60.

[88] Vgl. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3147/52, 21. 10. 1959, Urgent, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 489f.; ders. an dens., Tel. 3300/09, 3. 11. 1959, Urgent, in: ebd., S. 522f.; ders. an dens., Tel. 3508/13, 23. 11. 1959, Réservé, in: ebd., S. 600f.; Macmillan an Lloyd, Memorandum, 22. 10. 1959, in: Macmillan, Pointing the Way, S. 54–56.

[89] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3352/65, 20. 11. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 592f.; Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 1. 12. 1959, Très secret, in: ebd., S. 647f.

[90] Ders. an Heuss, 20. 4. 1960, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 300f., hier S. 301; s.a. von Ekkardt, Leben, S. 495.

[91] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3433/39, 25. 11. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 614f.

[92] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 146, Informationsgespräch, 8. 12. 1959.

[93] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3210/19, 11. 11. 1959, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 548.

Sechs und war bereit, wie Pinay am 6. 11. in der Nationalversammlung bekanntgab, in den nächsten zwei Jahren alle mengenmäßigen Beschränkungen abzuschaffen und durch die Beseitigung von Protektionismus und Monopolen soweit wie möglich zur freien Marktwirtschaft überzugehen[94]. Politisch stand Paris der von London anvisierten Belebung der WEU durchaus aufgeschlossen gegenüber[95], gab der Sechsergemeinschaft aber eindeutig die Priorität. „Il lui paraît necessaire", so faßte der Quai d'Orsay die Position des Kabinetts zusammen, „alors qu'en Allemagne, la division du pays maintient une attirence vers les contacts directs avec l'Est et qu'en Italie la situation politique demeure trouble, de marquer que l'action en faveur d'une entente européenne ne se limitait pas au domaine économique"[96].

Am 23. 11. trafen sich die EWG-Außenminister erneut, diesmal in Straßburg, um die Frage der politischen Konsultation weiter voranzutreiben. Der Quai d'Orsay hatte das deutsche Memorandum mittlerweile intern ausdrücklich begrüßt, allerdings jene Elemente kategorisch abgelehnt, die eine kontinuierliche Beteiligung der europäischen Organisationen oder dritter Staaten vorsahen. Auch der Vorschlag einer Arbeitsgruppe der Ministerstellvertreter wurde nicht gutgeheißen[97]. In Anwesenheit ihres holländischen Kollegen akzeptierten die Minister nun das Prinzip periodischer Konferenzen zur Gesamtheit der internationalen Politik im Abstand von drei Monaten; nur die wirklich militärischen Fragen der NATO sollten ausgeklammert bleiben. Die Sechs betonten, durch die Konsultation weder die Beziehungen zu England noch zur NATO beeinträchtigen zu wollen. Die EWG-Kommission sollte über die sie interessierenden Fragen informiert und nötigenfalls zur Darlegung ihrer Auffassung eingeladen werden. Die Schaffung des permanenten Sekretariats wurde aufgrund der Differenzen zurückgestellt[98].

Am Tag darauf berieten die Außenminister den Abschlußbericht des vom EWG-Ministerrat im März eingesetzten „Comité spécial" zur Prüfung des Ersten Memorandums der Kommission. Als besonderer Streitpunkt entpuppte sich die Zollfrage. Frankreich wünschte einen schnelleren Abbau in der EWG und empfahl, die für den 30. 6. 1960 vorgesehene Senkung von 10% zu verdoppeln. Die BENELUX-Staaten sahen darin eine erneute Gefahr der Vertiefung des Grabens zur EFTA und schlugen statt dessen vor, eine einseitige 20%-Zollsenkung der Sechs mit einer 20%-Zollsenkung der Sieben für die Meistbegünstigten zu verbinden. Die Minister verständigten sich schließlich darauf, mit den anderen Staaten eine Kontaktgruppe zur Lösung auftretender Handelsschwierigkeiten zu bilden. Sie beschlossen ferner, die zum 1. 1. vorgesehenen Kontingentierungsmaßnahmen

[94] S. Ansprache Pinays in der Assemblée Nationale, 6. 11. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1959–1960, Bd. 3, S. 2220–2223.

[95] S. Unterredung zwischen Debré und Lloyd vom 12. 11. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 563 f.; MAE an London etc., Tel. 10809/24 etc., 13. 11. 1959, in: ebd., S. 572 f.

[96] Aufzeichnung der Unterabt. europäische Organisationen im MAE, 21. 11. 1959, in: ebd., S. 595 f., hier S. 596; s.a. Unterredung zwischen Couve de Murville und Lloyd vom 12. 11. 1959, Très secret, in: ebd., S. 557.

[97] S. de Carbonnel an Gorse, Tel. 447/50, 28. 10. 1959, in: BDFD I, S. 806.

[98] S. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 5331/39 etc., 28. 11. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 634–636; Kommuniqué der EWG-Außenministerkonferenz vom 23. 11. 1959, in: AdG 1959, S. 8072A; Mayer, Role, S. 42 f.

in der EWG auf Drittländer auszuweiten und ihnen zum 1. 7. 1960 außerdem die dann vorgesehenen Zollsenkungen einzuräumen[99].

So erfreulich diese Ergebnisse für die Bundesregierung auch waren, sie besaßen durchaus ihre Schattenseiten. Im Auswärtigen Amt befürchtete man, die drei großen kontinentaleuropäischen Mächte könnten „unter dem Vorsitz Frankreichs einen quasi direktorialen Einfluß" ausüben, wobei Frankreich – gestützt auf Rüstung und Wirtschaft – eine besondere „Sprecherfunktion" im Rat der Weltmächte für sich beanspruche[100]. Kritische Geister verdächtigten den französischen Präsidenten unverhohlen, die europäische Integration ausschließlich zum Zwecke der „französischen Hegemonie" anzusteuern[101].

Eine Woche später kam Adenauer zu politischen Beratungen nach Paris. Zwar standen die Ost-West-Gipfelkonferenz und de Gaulles Vorschläge zur NATO-Reform im Vordergrund des Interesses, aber natürlich ging es auch um Europa[102]. Der Kanzler bewertete Londons Kritik an der EWG als vornehmlich wirtschaftspolitisch motiviert und erneuerte seinen Macmillan unterbreiteten Vorschlag, Vertreter von EWG und EFTA mit der Untersuchung der Beziehungen beider Organisationen zu beauftragen[103]. Als Debré die Einbeziehung der Amerikaner und Kanadier verlangte, forderte Adenauer zusätzlich die der EWG-Kommission. Dies aber gefiel dem Premierminister nicht, da er die Gespräche unter allen Umständen intergouvernemental durchführen wollte. Dem Kanzler behagte wiederum die von ihm als zwangsläufig angesehene Verzögerung eines solchen Verfahrens nicht, weil es ihm vor allem darauf ankam, Macmillan auf die Anklagebank zu setzen: „je n'oublie pas en effet", so brach es aus ihm heraus, „que j'ai été menacé par lui de foudres politiques". Dann lenkte er doch ein und erklärte sich bereit, die anstehende Europareise des Staatssekretärs im State Department, Dillon, abzuwarten, um das Verhandlungsinteresse der USA zu sondieren. Als Debré noch einmal insistierte, die Diskussionen müßten in jedem Fall auf Regierungsebene ablaufen, schaltete sich von Brentano ein und brach eine Lanze für die Teilnahme der Brüsseler Kommission. Doch Debré blieb hart: nur die Regierungen seien in der Lage, die wirklich zentralen Fragen zu behandeln, und Adenauer stimmte ihm jetzt zu. Zur politischen Konsultation überleitend, meinte der Premierminister, die Beschlüsse von Straßburg seien nur ein Anfang. Er könne sich durchaus auch Treffen der Sechs auf der Ebene der Regierungschefs vorstellen. Die belgische Anregung zur Direktwahl des Europäischen Parlaments hielt er demgegenüber für verfrüht. Von Brentano hingegen fand sie durchaus sympathisch und erinnerte daran, daß der Vorschlag keineswegs neu und früher gerade von den Franzosen am lebhaftesten begrüßt worden

[99] S. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 5289/96 etc., 26. 11. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 619–621; Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 122/C.E., 21. 11. 1959, in: ebd., S. 597–599; Beschlüsse der EWG-Außenministerkonferenz, 24. 11. 1959, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hg.), Europa, Teilbd. 3, S. 1571–1575; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 84f.

[100] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Aufzeichnung Hartlieb 200–87 SL/5/94.07/4/59, 20. 11. 1959.

[101] ACDP, NL Jansen, I-149–003 [V]-4, Berger an Jansen, 25. 11. 1959.

[102] Vgl. Kap. V.1.4 u. V.3.2.

[103] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 1. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 647f.

sei[104]. Die Zeiten hatten sich freilich seit der Regierungsübernahme de Gaulles geändert. Auch der General, mit dem Adenauer am Tag darauf konferierte, wollte von einem direkt gewählten Parlament nichts wissen, weil es die Regierungen seines Erachtens in ihrem Handlungsspielraum fesseln würde[105]. Was der Staatspräsident von der Straßburger Assemblée hielt, demonstrierte er mit nicht zu überbietender Arroganz, als er ein Jahr später bei einer Begegnung mit dem Parlamentspräsidenten Furler in seinem Arbeitszimmer zur Begrüßung auf seinem Stuhl sitzenblieb[106]. Der in den bestehenden europäischen Institutionen existierende „excès de supranationalisme", so meinte de Gaulle nun gegenüber Adenauer, reiche ihm völlig aus[107].

Als Macmillan ihm gegenüber am 20. 12. anläßlich einer Konferenz mit Eisenhower einmal mehr einen Wirtschaftskrieg in Europa beschwor und mit dem Rückzug aus der NATO drohte, beschränkte sich de Gaulle darauf, die im Zuge der Dillon-Reise ins Auge gefaßten Resultate in Erinnerung zu rufen. Die Fortsetzung des innereuropäischen Handelskonflikts, das hatten die Amerikaner klar erkannt, gefährdete die politische und militärische Zusammenarbeit in Westeuropa. Es bedurfte also einer aktiven Beteiligung an der Suche zur Lösung des Problems. Da eine rein europäische Regelung die eigenen Wirtschaftsinteressen diskriminiert hätte, zielten die USA auf die Intensivierung der atlantischen Zusammenarbeit mittels Reform der OEEC. Dillon verständigte sich daher mit den Europäern auf die Ausarbeitung einer atlantischen Handelspolitik durch Vertreter der EWG, der EFTA und der Nordamerikaner[108]. Eisenhower, de Gaulle und Macmillan beschlossen nun zur Umsetzung dieses Planes zum 13. 1. 1960 die Einberufung einer Arbeitsgruppe von Staaten und Organisationen, die im Exekutivausschuß Handelsdirektorium der OEEC saßen[109].

[104] Unterredung zwischen dens. vom 1. 12. 1959, Très secret, in: ebd., S. 655 f., hier S. 655.

[105] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, Très secret, in: ebd., S. 656–665.

[106] S. Unterredung zwischen Furler und dems. vom 24. 10. 1960, 18. 11. 1960, in: ebd. 1960, Bd. 2, S. 604; BA, NL Furler, Bd. 142, Fischer an Furler, Aufzeichnung, 3. 11. 1960.

[107] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 656–665, hier S. 664.

[108] S. Unterredung zwischen Dillon und Selwyn Lloyd vom 8. 12. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 175–185; ders. an Dep. of State, Tel. Secun 2, 9. 12. 1959, in: ebd., S. 185 f.; Unterredung zwischen dems. und Hallstein vom 10. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 186–194; ders. an Dep. of State, Tel. Secun 6, 11. 12. 1959, Secret, in: ebd., S. 194 f.; Unterredung zwischen dems. und Adenauer vom 11. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 196–201; Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 1139, 13. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 201–203; ders. an dass., Tel. Polto 1138, 13. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 204 f.; Dillon an Herter, Memorandum, 13. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 205–207; Unterredung zwischen dems. und Couve de Murville vom 13. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 207–216; Unterredung zwischen dems. und Debré vom 14. 12. 1959, Confidential, in: ebd., S. 216–218; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3650/59, 10. 12. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 700 f.; ders. an dens., Tel. 3680/89, 11. 12. 1959, Immédiat, in: ebd., S. 702–704; Unterredung zwischen Wormser und Dillon vom 11. 12. 1959, 12. 12. 1959, in: ebd., S. 707–710; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3740/43, 14. 12. 1959, Réservé, in: ebd., S. 715 f.; Unterredung zwischen Couve de Murville und Dillon vom 13. 12. 1959, 14. 12 1959, in: ebd., S. 723–728; AdG 1959, S. 8104A; Kaiser, EWG, S. 230 f.; Winand, Eisenhower, S. 134 f.

[109] S. Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 20. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 771; Couve de Murville an Alphand, Tel. 14737/46, 23. 12. 1959, Urgent, in: ebd., S. 789–791; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 17, 22. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 145; Kommuniqué über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, 20. 12. 1959, in: Bulletin 1959, S. 2427 f.

Macmillan reichte dieses Ergebnis nicht aus, warnte de Gaulle im Vieraugengespräch vor den unsicheren Deutschen und versuchte, ihm eine enge Zusammenarbeit mit den Engländern schmackhaft zu machen. Für den Premierminister war das Verhältnis zwischen den Sechs und den Sieben eben doch kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem. Doch der General ging auf die Offerte nicht ein. Gerade weil er sich der Deutschen à la longue keineswegs sicher war, hielt er daran fest, daß sie wirtschaftlich und politisch eng mit Frankreich und Europa verbunden werden müßten. Natürlich hätte man sich demnächst auch mit dem Verhältnis EWG-EFTA zu beschäftigen, „en prenant les choses une à une"[110]. Vorläufig aber gab es aus französischer Sicht nur die Möglichkeit der Koexistenz beider Systeme[111].

Ob dies auch die deutsche Perspektive sein durfte, darüber gingen die Meinungen im Bundeskabinett weit auseinander. Die Konferenz der drei westlichen Staats- und Regierungschefs war noch nicht ganz beendet, da wetterte der Bundeswirtschaftsminister trotz massiver Drohungen des Kanzlers in einem Pressefeldzug erneut gegen die sich „vornehmlich in traditionellen und konservativen Denkkategorien" bewegende deutsche Außenpolitik, die „den sich abzeichnenden Entwicklungen nicht mehr völlig gerecht" werde. Die Wirtschaftspolitik, so lautete seine Parole, dürfe kein „Sonderdasein am Rande der Außenpolitik" führen"[112]. Adenauer drohte ihm daraufhin, im Wiederholungsfall die Bestallung zum Vizekanzler zu widerrufen[113]; doch Erhard hielt das nicht von der Fortsetzung seiner Kampagne ab[114].

Sein Blick richtete sich dabei wohl nicht zuletzt auf die Konferenz von Vertretern elf europäischer und der beiden nordamerikanischen Staaten („Special Economic Committee"), die am 13. 1. 1960 eine Reihe von Empfehlungen zur Umgestaltung der OEEC, zur stärkeren Beteiligung der europäischen Staaten an der Entwicklungshilfe und zu den zukünftigen Beziehungen zwischen EWG und EFTA verabschiedete[115] und dann einer Tagung der OEEC-Staaten sowie der USA und Kanada zur Beschlußfassung vorlegte[116]. Die von diesem Gremium am 14. 1. verabschiedeten Resolutionen sahen die Einsetzung eines Ausschusses von vier Regierungsvertretern zur Prüfung der Fragen einer Reorganisation der OEEC, die Bildung eines Gremiums zur Erörterung der Entwicklungshilfe sowie die Schaffung eines Organs höherer Beamter der OEEC-Staaten, der USA, Kanadas und der EWG-Kommission vor, des sog. 21er Komitees, um Empfehlungen auf dem

[110] Unterredung zwischen Macmillan und de Gaulle vom 21. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 780f., hier S. 781.

[111] S. Couve de Murville an Chauvel, Tel. o. Nr., 4. 1. 1960, in: ebd. 1960, Bd. 1, S. 11f.

[112] Artikel Erhard, in: „Die Zeit", 25. 12. 1959, auch in: ders., Gedanken, S. 592–595, hier S. 594 u. 595; s.a. Koerfer, Kampf, S. 402f.

[113] S. Adenauer an Erhard, 30. 12. 1959, in: ebd., S. 404f.; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 353.

[114] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 405f.

[115] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 6147/53, 31. 12. 1959, Réservé, Urgent, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 808–810; Aufzeichnung der Abt. für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 7. 1. 1960, in: ebd. 1960, Bd. 1, S. 25f.; Alphand an Couve de Murville, Tel. 145/148, 9. 1. 1960, Secret, Réservé, Très urgent, in: ebd., S. 28f.; Rede Dillons auf der Dreizehner-Konferenz, 12. 1. 1960, in: EA 1960, S. D2-D7.

[116] S. Entschließungen der Dreizehner-Konferenz, 13. 1. 1960, in: ebd., S. D7-D9; Dillon an Dep. of State, Tel. Secun 3, 14. 1. 1960, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 235.

Gebiet der Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen EWG und EFTA auszuarbeiten. Zur großen Genugtuung der Franzosen war die Diskussion damit aus dem OEEC-Rat auf die intergouvernementale atlantische Ebene gehoben[117]. „Le tête-à-tête stérile des Six et des Septs est dépassé."[118]

Weder in Paris noch in Bonn gab man sich irgendwelchen Illusionen hin, die Probleme mit London nunmehr gelöst zu haben[119]. Entsprechend vorsichtig agierten beide Seiten auf der Ende Januar gemäß den Straßburger Beschlüssen vom 23. 11. 1959 in Rom stattfindenden ersten außenpolitischen Konsultation der sechs Außenminister. Von Brentano führte den Kollegen unter Hinweis auf die sowjetische Bedrohung noch einmal die Notwendigkeit des Meinungsaustausches innerhalb der europäischen Gemeinschaft vor Augen. Doch seine Botschaft kam nicht recht an. Die Diskussionen zeichneten sich durch eine Scheu vor jeder Form der Institutionalisierung und äußerer Kritik aus. Nicht einmal ein gemeinsames Protokoll gedachte man zu führen. Die Runde kam überein, die Präsidentschaft der zukünftigen Außenministertreffen entsprechend dem Turnus im Vorsitz des EWG-Ministerrates zu wechseln und die Leitung beider Gremien anzugleichen. Ein ständiges Sekretariat wurde nicht gegründet. Statt dessen sollten die Treffen durch Beratungen hoher Beamter der sechs Staaten vorbereitet werden. Die Minister verständigten sich ferner darauf, die Hohe Behörde der EGKS und die EWG-Kommission zu unterrichten, soweit man ihre Arbeitsgebiete tangiere, und im Bedarfsfall auch hinzuziehen. Großbritannien gedachten sie im Rahmen der WEU-Ministerratskonferenz Anfang Februar zu informieren. Um die Unabhängigkeit und Intimität der Konferenzen zu betonen, verzichteten die Minister bewußt auf die Veröffentlichung eines Kommuniqués[120].

Trotz dieser äußerst bescheidenen Ergebnisse geißelten die Briten die Verabredungen äußerst scharf. Von Brentano fühlte sich in seinem Argwohn bestätigt, daß es „nach wie vor das Ziel der britischen Politik ist, den europäischen Zusammenschluß zu verhindern"[121]. Ein Besuch an der Themse konnte ihn darin nur bestärken[122]. Intern verbat er sich daraufhin vehement den „unerträglich[en]" Versuch Macmillans, der Sechsergemeinschaft Vorschriften zu machen. Natürlich mußte die Bundesrepublik seines Erachtens auch weiterhin alles tun, um die Beziehungen zur Inselmacht zu verbessern und ein gutes Verhältnis zwischen den Sechs und den Sieben zu schaffen. Auf keinen Fall aber war von Brentano bereit zuzusehen, wie die Briten die politische Zielsetzung der europäischen Gemeinschaft torpedierten. Für ihn gab es keinen Zweifel: Sie mußten die politische Realität der Sechs „bedingungslos" akzeptieren[123].

[117] S. ders. an dass., Tel. Secun 4, 15. 1. 1960, in: ebd, S. 236; Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 5, 17. 1. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 50f.; ders. an dies., Zirkulartel. 6, 17. 1. 1960, in: ebd., S. 51f.; EA 1960, S. D1f.

[118] Aufzeichnung Valéry, 6. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 148–151, hier S. 151.

[119] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 5, 17. 1. 1960, in: ebd., S. 50f.

[120] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 25. 1. 1960, in: ebd., S. 73–83; AdG 1960, S. 8177A.

[121] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, von Brentano an Birrenbach, 31. 1. 1960, MB 134/60, Konzept; zur englischen Position gegenüber der EWG s.a. Chauvel an Couve de Murville, Nr. 264, 22. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 201–204.

[122] Vgl. AMAE, DE-CE, Bd. 702, Bl. 117, Seydoux an MAE, Tel. 546/47, 9. 2. 1960, Réservé.

[123] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, von Brentano an Birrenbach, 31. 1. 1960, MB 134/60, Konzept.

Adenauer dachte gewiß ähnlich. Geradezu emphatisch urteilte er wenige Tage nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand in Algier[124] im Teegespräch mit Pressevertretern über die deutsch-französischen Beziehungen – Eckstein seiner Europapolitik. Kritische Fragen der Journalisten wies er ungehalten zurück: „Aber denken Sie doch bitte mal geschichtlich, was es bedeutet, daß Frankreich und Deutschland zusammenkommen und eine gemeinsame Politik machen können in einer Zeit wie der unsrigen!" Daß der französische Staatspräsident die europäische Integration zu Gunsten der intergouvernementalen Zusammenarbeit zu lockern trachtete, nahm er billigend in Kauf: „Glauben Sie, daß die Armee in Algier zu de Gaulle gehalten hätte, wenn er immer von Integration gesprochen hätte?"[125] Daß Macmillan hingegen mit „dummen Drohungen" eines Truppenabzugs hantierte und in der Berlin-Krise Zugeständnisse in der Europapolitik zu erpressen versuchte, sollte er ihm nie vergessen[126].

Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes

Anfang Februar 1960 trafen sich die sechs Außenminister erneut, diesmal in der belgischen Hauptstadt, wo sie sich darauf verständigten, ihre Positionen gegenüber den Resolutionen vom 14. 1. hinsichtlich der OEEC-Reform und der Verbindung zur EFTA zu koordinieren[127]. In engem Zusammenhang dazu stand die seit Monaten schwebende Frage der Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration. Während nach dem EWG-Vertrag zum 1. 7. 1960 eine 10%-Zollsenkung vorgesehen war, strebte Frankreich - wie erwähnt – eine Minderung des Tarifs um 20% an, wohingegen die BENELUX-Staaten eine solche Maßnahme mit parallelen Vergünstigungen für die EFTA zu verbinden gedachten[128]. Am 26. 2. vorgelegte Vorschläge der EWG-Kommission liefen auf eine radikale Verkürzung der Übergangs- und Anpassungsfristen, eine raschere Reduzierung der Binnenzölle und eine schnellere Festlegung des gemeinsamen Außenzolls der EWG hinaus. Die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen auf dem gewerblichen Sektor sollten bis zum 31. 12. 1961 zwischen den Mitgliedstaaten und bei Reziprozität auch gegenüber Dritten aufgehoben, die Binnenzölle am 1. 7. 1960 um 20% und am 31. 12. 1961 wiederum um 20% gesenkt werden. Der gemeinsame Außentarif sollte nicht, wie im EWG-Vertrag vorgesehen, am Ende der ersten Übergangsetappe am 31. 12. 1961, sondern bereits am 1. 7. 1960 in Kraft treten, und zwar mit einer allgemeinen Herabsetzung von 20%[129].

Die deutschen und französischen Reaktionen fielen sowohl in den wirtschaftlichen als auch in den politischen Kreisen in etwa gleich geteilt aus. Während die „Fédération des industries mécaniques et transformatrices des métaux" die Pariser

[124] Vgl. Kap. V.1.4.
[125] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 180 u. 179, Kanzler-Tee, 5. 2. 1960.
[126] Ebd., S. 245, Kanzler-Tee, 6. 5. 1960; vgl. Adenauer an Heuss, 20. 4. 1960, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 301.
[127] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 1. 2. 1960, 2. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 117–120; AMAE, DE-CE, Bd. 615, Bl. 353–366, Konferenz ders. vom 1. 2. 1960, AE/9 f/60, 19. 2. 1960.
[128] S. ebd., Bd. 630, Bl. 39, Wormser an Bonn, Tel. 5763/64, 16. 12. 1959; ders. an Couve de Murville, Aufzeichnung, 15. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 178–180.
[129] S. Empfehlungen der EWG-Kommission, 26. 2. 1960, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 335–340.

Regierung vor den „graves menaces" warnte, die die Umsetzung dieser bald als „Hallstein-Plan" firmierenden Anregungen hervorrufen würden[130], wurden deren politische wie ökonomische Erwägungen in Matignon und Quai d'Orsay weitgehend begrüßt. Nur die Perspektiven zur Harmonisierung der Sozial-, Agrar- und Handelspolitik galten als zu unklar[131]. Als Macmillan im März bei einem Treffen mit de Gaulle in Rambouillet abermals ein Lamento über die Gefahr der wirtschaftlichen Konfrontation zwischen den Sechs und den Sieben anstimmte, blieb der General völlig kalt[132]. In seinen Augen wollten die Briten gar keine wirtschaftliche Einheit in Europa. Selbst die EFTA funktionierten sie bereits zu einem Instrument ihrer nationalen Interessen um, deren Kosten ihre sechs Partner zu tragen hatten[133].

In Bonn stießen die Vorschläge der EWG-Kommission im Auswärtigen Amt und im Finanzministerium ebenfalls auf prinzipielle Zustimmung[134]. Im Bundeswirtschaftsministerium trafen sie demgegenüber auf heftigen Widerstand, weil man befürchtete, daß der Ausgleich zwischen EWG und EFTA damit endgültig ad calendas graecas verschoben würde[135]. Nicht minder kritisch äußerte sich die SPD-Opposition, die negative politische Folgen nicht zuletzt im Verhältnis zu Großbritannien fürchtete. Eine Abkürzung der Übergangszeit sei „nur in Kongruenz zwischen der EWG und der EFTA" zulässig, hieß es in der Fraktion. Ceterum censeo der Sozialdemokraten war und blieb, daß es nicht zu einer neuerlichen Spaltung in Europa kommen dürfe[136].

Die Besorgnisse der Skeptiker wuchsen noch, als Adenauer sich bei einem Besuch Mitte März in den USA mit Eisenhower auf eine Gemeinsame Erklärung verständigte, die den Hallstein-Plan als „bedeutenden Beitrag für eine allgemeine Verminderung der Beschränkungen des Welthandels" feierte[137]. Für den Kanzler bedeutete diese europäische Initiative in Verbindung mit der von Dillon angeregten atlantischen Aktion einen wichtigen Schritt, der wachsenden ökonomischen Macht der Sowjetunion Paroli zu bieten[138]. Sein Wirtschaftsminister sah demgegenüber nur die Errichtung neuer Handelshürden, die sich in seinen Augen wie-

[130] Peugeot an Couve de Murville, 27. 4. 1960, nebst Anlage, in: BDFD II, S. 924–927, hier S. 924.

[131] S. AMAE, DE-CE, Bd. 616, Bl. 1–3, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 31/CE, 2. 3. 1960; ebd., Bl. 11–18, Generalsekretariat des Comité Interministériel pour les Questions de Coopération Economique Européenne beim Premierminister an Debré, Aufzeichnung, 4. 3. 1960; Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 64/CE, 15. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 485–490.

[132] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 13. 3. 1960, Très secret, in: ebd., S. 264–267.

[133] S. Unterredung zwischen dems. und Kreisky vom 13. 2. 1960, Très secret, in: ebd., S. 170–173.

[134] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 52, Seydoux an MAE, Tel. 489/91, 6. 2. 1960, Réservé; ebd., Bl. 73, ders. an dass., Tel. 938/39, 7. 3. 1960; Aufzeichnung Hartlieb 200–80.00/6/60, 29. 3. 1960, in: BDFD II, S. 920–924; Koerfer, Kampf, S. 412.

[135] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 52, Seydoux an MAE, Tel. 489/91, 6. 2. 1960, Réservé; ebd., Bl. 74, ders. an dass., Tel. 975, 8. 3. 1960; Koerfer, Kampf, S. 413.

[136] Erklärung Deists in der SPD-Fraktionssitzung vom 9. 2. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 391f.; s.a. SPD-Fraktionssitzung vom 23. 2. 1960, in: ebd., S. 398 mit Anm. 2; Marcowitz, Option, S. 86.

[137] Gemeinsame Erklärung zwischen Eisenhower und Adenauer, 15. 3. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 4, S. 514.

[138] S. Unterredung zwischen dens. vom 15. 3. 1960, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 668f.

der einmal vor allem gegen England richteten[139]. Um seine Bataillone zu stärken, begann Erhard, Industrie und Landwirtschaft über die negativen Auswirkungen des Hallstein-Plans, nicht zuletzt den erheblichen Anstieg des Außenzolltarifs gegenüber Drittländern, öffentlich aufzuklären[140]. Für die Bundesrepublik standen besonders drastische Anhebungen ins Haus, weil sie im Sommer 1957 aus konjunkturellen Gründen zahlreiche Zolltarife einseitig um 20 bis 25% gemindert hatte. Nun mußte sie diese Senkung aus vertragsrechtlichen Gründen vor der zum 1. 7. 1960 in Aussicht genommenen Verminderung der Spanne zwischen EWG-Außen- und nationalem Tarif wieder zurücknehmen. Hinzu käme die weitere Anhebung, die sich aus der beschleunigten Annäherung an den gemeinsamen Außentarif ergäbe. Der Erfolg von Erhards Informationskampagne war damit quasi vorprogrammiert[141].

Die ökonomisch begründeten Kritikpunkte am Hallstein-Plan wurden auch im Auswärtigen Amt nicht geleugnet. Das deutsche Interesse am Handel mit der EFTA-Gruppe war weit stärker als das der anderen EWG-Staaten. Bonn hatte 1959 Waren im Werte von 2,6 Mrd. Dollar exportiert, während die Ausfuhren der übrigen Fünf zusammen nur 2,7 Mrd. Dollar ausgemacht hatten. Ansonsten konnten die Beamten in der Koblenzer Straße den Beanstandungen aber nicht viel abgewinnen. Denn die Besorgnis der deutschen Wirtschaftskreise vor einer Verschlechterung der Verständigung mit der EFTA war für sie „objektiv falsch"[142]. Daher witterten sie hinter den wirtschaftspolitischen Einwendungen „eine bestimmte Tendenz nach einer anderen *außenpolitischen Orientierung*", nämlich dem Wunsch, „die Freundschaft Großbritanniens statt der Frankreichs an die erste Stelle zu setzen". So etwas galt aber in der Koblenzer Straße als schlicht töricht, da man die enge Zusammenarbeit mit Frankreich als „lebensnotwendig" ansah, weil auf ihr die Selbständigkeit der freien Staaten des Kontinents beruhte. Daher unterstützte das Amt die französische Absicht zur Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes, begrüßte auch die von Frankreich implizit erhofften wirtschaftspolitischen Vorteile und die Stärkung seiner weltpolitischen Stellung. Letztlich bedeutete diese Entscheidung, daß Bonn dem Ziel, der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sechs eine dauerhafte Form zu geben, die Verbindung zwischen EWG und EFTA eindeutig unterordnete[143]. Dabei ging die Bundesregierung auch über die Stimmen jener hinweg, die eine supranationale Einigung befürworteten[144].

Um den deutsch-französischen Konsens in der Frage der Beschleunigung des EWG-Vertrags[145] nicht zu gefährden, wandte sich von Brentano nach der von ihm

[139] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 37–38, Seydoux an MAE, Tel. 1178/90, 21. 3. 1960.
[140] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 356f.; Koerfer, Kampf, S. 413f.
[141] S. Aufzeichnung Hartlieb 200–80.00/6/60, 29. 3. 1960, in: BDFD II, S. 920–924; AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 73, Seydoux an MAE, Tel. 938/39, 7. 3. 1960; Koerfer, Kampf, S. 412.
[142] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Carstens an Zimmer, 11. 6. 1960.
[143] Aufzeichnung Hartlieb 200–80.00/6/60, 29. 3. 1960, in: BDFD II, S. 922; s.a. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 73, Seydoux an MAE, Tel. 938/39, 7. 3. 1960; Koerfer, Kampf, S. 412.
[144] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 37–38, Seydoux an MAE, Tel. 1178/90, 21. 3. 1960.
[145] S. ebd., DE-CE, Bd. 630, Bl. 107, ders. an dass., Tel. 1932, 21. 3. 1960, Réservé; Aufzeichnung der

so empfundenen „verhängnisvoll[en]" Kampfansage Erhards gegen die politischen Zielsetzungen der Sechsergemeinschaft am 20. 3. hilfesuchend an Adenauer und forderte ihn zu einem schriftlichen Verweis an den Wirtschaftsminister auf[146]. Der Kanzler, der sich auf dem Weiterflug von den USA nach Japan befand, instruierte daraufhin den ihn in Bonn vertretenden Justizminister Schäffer telegraphisch, den Hallstein-Plan vom Kabinett in seiner Sitzung am 23. 3. unbedingt annehmen zu lassen[147]. Tatsächlich begrüßte die Runde den Plan prinzipiell, behielt sich aber eine gründliche Prüfung bis nach der Rückkehr des Kanzlers vor. Erhard gab telefonisch sein Plazet, und auch Adenauer beließ es vorerst dabei, zumal die erste Informierung des zuständigen Bundestagsausschusses keine gravierenden Dissonanzen mit der Opposition erbracht hatte[148].

An einer Verschärfung der Spannungen mit Macmillan, der den Hallstein-Plan in den USA offenbar als Kontinentalsperre attackierte und Deutschen und Franzosen bei einer Fortsetzung ihrer Integrationsbemühungen laut Presseberichten mit einer peripheren Allianz wie zu Zeiten Napoleons drohte, konnte dem Kanzler so kurz vor dem Pariser Ost-West-Gipfel nicht gelegen sein[149]. Mochte der Premierminister die aufreißerischen Zeitungsmeldungen auch sofort dementieren[150], so bezweifelte in Bonn und Paris doch eigentlich niemand, daß Macmillan tatsächlich so dachte. Ihm gemeinsam mit allen EWG-Staaten argumentativ entgegenzutreten, wie Brüssel es wünschte, lehnte Paris indes ab, weil es sich darum sorgte, daß die Widerstände gegen den Hallstein-Plan sich nur verhärten würden[151]. Angemessener schien vielmehr die bilaterale Argumentation, wobei es aus französischer Sicht natürlich beruhigend war zu erfahren, daß Adenauer trotz der englischen Trümpfe wie Berlin-Frage und Truppenabzug dem Druck nicht nachzugeben gedachte, solange er sich der französischen und amerikanischen Unterstützung sicher sein konnte[152]. Für Frankreich völlig überraschend setzte die Bundesrepublik gar zur „contre attaque" an. Von Brentano bestellte den englischen Botschafter Steel ins Auswärtige Amt ein und brachte ihm sein Befremden über die Erklärungen Macmillans zum Ausdruck. Als dann auch noch ein Sprecher seines Ministeriums unterstrich, die Bundesregierung bleibe felsenfest bei der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes, war das nicht nur für die Presse ein untrügliches Zeichen, wie wenig sich Bonn vom Londoner Dementi hatte beruhigen lassen[153].

Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 50/CE, 21. 3. 1960, in: BDFD II, S. 918–920.

[146] Von Brentano an Adenauer, 20. 3. 1960, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 414–417, hier S. 415; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 357f.

[147] S. Aufzeichnung Langer, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 417; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 358.

[148] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 126, Seydoux an MAE, Tel. 1243/45, 24. 3. 1960, Urgent; ebd., Bl. 127, ders. an dass., Tel. 1261/62, 25. 3. 1960.

[149] S. AdG 1960, S. 8306A. Im veröffentlichten Protokollauszug einer Unterredung mit Herter sind derartige Drohungen nicht enthalten (Unterredung zwischen Macmillan und Herter vom 28. 3. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 271–278); vgl. Koerfer, Kampf, S. 417–419. Zur Pariser Gipfelkonferenz vgl. Kap. V.1.4.

[150] Vgl. AdG 1960, S. 8306A.

[151] S. AMAE, DE-CE, Bd. 702, Bl. 135, Wormser an Brüssel, Tel. 382/83, 2. 4. 1960, Réservé.

[152] S. ebd., Bd. 630, Bl. 131, Seydoux an MAE, Tel. 1320/26, 31. 3. 1960, Réservé; ders. an Couve de Murville, Tel. 1313/18, 30. 3. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 337.

[153] AMAE, DE-CE, Bd. 702, Bl. 136, Seydoux an MAE, Tel. 1386/90, 4. 4. 1960; s.a. ebd., Bl. 137, ders. an dass., Tel. 1408/11, 4. 4. 1960, Urgent.

Der Streit mit den Briten war noch nicht ganz beigelegt, da schreckten den Kanzler bereits neue Agenturmeldungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium auf. Nach einer eilends anberaumten Unterredung mit Erhard, von Brentano, Etzel, Hallstein und Krone war klar, daß Adenauer den vom Wirtschaftsminister, dem BDI und dem Deutschen Bauernverband massiv vorgetragenen Bedenken gegen den Hallstein-Plan nun doch Rechnung zu tragen gedachte[154]. Dennoch behauptete die Presse am anderen Morgen, Erhard habe seinen Widerstand gegen den Hallstein-Plan aufgegeben[155]. Davon konnte aber keine Rede sein, und so mußte eine zur Vorlage für die Kabinettssitzung am selben Tage gedachte Beschlußfassung kurzfristig modifiziert werden. Die Minister bestätigten dann am 5. 4. zwar ihre Vereinbarung vom 23. 3. in formeller Form, bekräftigten aber gleichzeitig ihren Willen, alle Möglichkeiten für eine befriedigende Gestaltung eines freien Außenhandels auch und gerade mit der EFTA auszuschöpfen. Darüber hinaus beauftragten sie von Brentano, Erhard und die Minister für Finanzen und Landwirtschaft, die Grundlagen für die Stellungnahme der Bundesregierung zu den Einzelheiten des Kommissionsvorschlags gemeinsam zu erarbeiten und dem Kabinett vorzutragen[156]. Um den Erfolg vollends auszukosten, bekräftigte das Bundeswirtschaftsministerium in einer sofort veröffentlichten Stellungnahme, Erhard werde seine Position erst dann festlegen, wenn die ausgedehnte Prüfung der Auswirkungen des Planes abgeschlossen sei[157]. Zornig erteilte der Kanzler ihm umgehend einen Rüffel für diese „völlig überflüssig[e] und schädlich[e]" Veröffentlichung[158].

Der Quai d'Orsay sah in der Fehde Anzeichen eines Einknickens des Kanzleramtes vor dem Widerstand des Bundeswirtschaftsministeriums und befürchtete eine monatelange Verschiebung des Hallstein-Plans. Das Auswärtige Amt gab zu, daß mit einer Beschleunigung schon zum 1. 7. – aus technischen Gründen – nicht gerechnet werden könne. Doppelt wichtig erschien es ihm nun, die notwendige Grundsatzentscheidung der EWG nicht über die anstehende Ministerratssitzung Mitte Mai zurückzustellen[159]. Kurz darauf sprach sich Adenauer in der CDU/CSU-Fraktion unter dem Applaus der Abgeordneten vehement für die raschere Herstellung des Gemeinsamen Marktes aus[160]. Beruhigt über die deutsche Haltung, sah Frankreich damit keinen Grund mehr, der englischen Forderung nachzugeben. Gewiß, Macmillan machte de Gaulle bei dessen Besuch in London am 5. 4. noch einmal persönlich klar, wie sehr er die Aktivitäten der EWG ablehnte. Der Präsident ließ sich aber auf die erbetene Verzögerung der angestrebten Maßnahmen nicht ein, empfand die Lage für England auch gar nicht als so bedrohlich, weil die Senkung der Tarife seiner Meinung nach die Unannehmlichkeiten in ho-

[154] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 419f.
[155] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 358.
[156] S. Mitteilung der Bundesregierung, 5. 4. 1960, in: Bulletin 1960, S. 641; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 226f., Informationsgespräch, 8. 4. 1960.
[157] S. AdG 1960, S. 8350.
[158] Adenauer an Erhard, 6. 4. 1960, in: Koerfer, Kampf, S. 422; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 359.
[159] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 467/60, 5. 4. 1960; AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 134, Seydoux an MAE, Tel. 1419/22, 5. 4. 1960; ebd., Bl. 137, ders. an dass., Tel. 1408/11, 4. 4. 1960, Urgent.
[160] S. ebd., Bl. 135, ders. an dass., Tel. 1423, 5. 4. 1960.

hem Maße kompensierte. Letztlich interessierte ihn weniger das Schicksal der Briten als das der Deutschen, die es mit Hilfe der europäischen Einigung festzubinden galt. Warum, so fragte er spitz, trete England denn nicht der EWG bei? Macmillan hielt dies für unmöglich, zeigte zwar Verständnis für die französischen Sorgen, bestand aber auf einer Verlangsamung der Integrationsentwicklung[161]. Mit präzisem Zahlenmaterial über die wirtschaftlichen Folgen der Beschleunigung bewaffnet, unternahm er wenig später einen neuen Versuch, den General auf seine Seite zu ziehen[162]. De Gaulle präsentierte ihm daraufhin französische Daten, die die englische Sicht der Dinge als viel zu pessimistisch einstuften. Immerhin stellte er ihm zum gegebenen Zeitpunkt Vereinbarungen mit den Nicht-Mitgliedern der EWG in Aussicht, „de caractère positif de nature à apaiser vos soucis"[163].

Aufgrund zweideutiger Agenturmeldungen sah sich das Auswärtige Amt in diesen Tagen noch einmal gezwungen, im Quai d'Orsay zu versichern, daß die Bundesregierung der Abkürzung der Übergangszeit des EWG-Vertrags grundsätzlich zugestimmt habe und nicht beabsichtige, die Entscheidung des EWG-Ministerrates hinauszuschieben. Einzelheiten des Hallstein-Plans seien allerdings noch Gegenstand einer Prüfung verschiedener Bundesministerien, die dann erneut im Kabinett beraten würde[164]. Paris bewertete dieses Procedere als nicht ungefährlich, weil man befürchtete, daß die prinzipielle Billigung doch noch in Frage gestellt werden könne, wenn Bonn sich vor der Festsetzung der Sechser-Position um eine Übereinkunft mit den Sieben bemühte. Folglich war es aus französischer Sicht zwingend notwendig, möglichst rasch die Haltung der EWG festzuzurren. Das bedeutete aber, sich vorab mit den Deutschen abzustimmen. Um ihnen das Ja zu erleichtern, warteten die Franzosen mit dem Argument auf, eine Entscheidung über die Beschleunigung bedeute noch keine praktische Anwendung. Denn die Berechnung der neuen Tarife durch die Finanzministerien werde gewiß noch einige Wochen in Anspruch nehmen[165].

Sehr aufmerksam verfolgte die französische Diplomatie, wie die vier Bundesminister am 9. 4. in „betont ruhiger und sachlicher Atmosphäre"[166] ihre Abstimmung begannen. Doch schon bald war's um die Ruhe geschehen. Im Auswärtigen Amt ging man nämlich davon aus, daß die für den 10. 5. geplante EWG-Ministerratssitzung ungeachtet der deutschen Prüfungen auf jeden Fall stattfinden müsse, damit die notwendigen Gesetzesvorhaben im Zollsektor noch vor der parlamentarischen Sommerpause abgeschlossen werden und die Beschleunigungsmaßnahmen spätestens zum 1. 10. in Kraft treten könnten. Allenfalls bei der Senkung des Außentarifs deutete sich eine Verschiebung des im Hallstein-

[161] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 5. 4. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 417.

[162] S. Macmillan an de Gaulle, 7. 4. 1960, nebst Anlage, Secret, in: ebd., S. 434f.

[163] De Gaulle an Macmillan, 13. 4. 1960, nebst Anlage, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 348–350, hier S. 349; s.a. Lamb, Macmillan Years, S. 135f.

[164] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 147, AA an Paris, Tel., 7. 4. 1960; ebd., Bd. 616, Bl. 28f., Wormser an Bonn, Tel., 8. 4. 1960.

[165] S. ebd., Bd. 616, Bl. 30f., ders. an dass., Tel. 2310/17, 8. 4. 1960, Réservé; ebd., Bl. 32, ders. an dass., Tel. 2342/43, 11. 4. 1960; ebd., Bl. 39–42, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 61/CE, 12. 4. 1960 (Konzept MU).

[166] L-E-S, NL Erhard, I 1)8, Erhard an Adenauer, 11. 4. 1960, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 428f., hier S. 429.

Plan vorgesehenen Termins an[167]. Als Erhard diesen Zeitplan gegenüber französischen Diplomaten in Frage stellte, verwahrte sich das Kanzleramt gegen dessen Darstellung und betonte, Adenauer sei für eine Entschließung am 10. 5. und für eine schnellstmögliche und irreversible Vereinbarung zugunsten eines gemeinsamen Außentarifs[168].

Je länger sich die Prüfungen in Bonn hinzogen und je näher man sich damit auf das für Mitte Mai angesetzte Datum des Ost-West-Gipfels zubewegte, desto vernünftiger erachtete es die Regierung in Paris, die Entscheidung des EWG-Ministerrates nicht übers Knie zu brechen. Rieten die Beamten noch am 11. 4., jetzt erst einmal die Beschleunigung und den gemeinsamen Außentarif durchzusetzen und danach die Konsequenzen für die Drittstaaten zu minimieren[169], fragte man sich am 15. 4., ob es angesichts der britischen Widerstände wirklich klug sei, wenige Tage vor der Gipfelkonferenz eine Grundsatzentscheidung im EWG-Ministerrat herbeizuführen. Sinnvoller erschien es jetzt, zum 1. 7. nur die vertragsmäßig vorgesehene Senkung der Binnenzölle um 10% ins Auge zu fassen. Die zusätzliche Senkung um weitere 10% sah man für den 1. 9. oder 1. 10. vor, ebenso wie die noch zu bestimmende Senkung des Außentarifs[170].

Eine Woche später traf sich das Bundeskabinett in Bonn, um über einen Kompromißvorschlag der Ministerien zum Hallstein-Plan zu entscheiden. Anders als ein von Erhard vorgelegter Entwurf es vorsah[171], beschloß die Bundesregierung, im EWG-Ministerrat für die Abkürzung der Übergangsfristen und für eine gleichzeitige 20%-Senkung des Außenzolltarifs einzutreten. Die vorgezogene Minderung der Binnentarife sollte indes erst zum 1. 1. 1961 erfolgen und auch nur 10% statt der im Hallstein-Plan vorgesehenen 20% betragen. Aus Sorge um eine Unterbrechung der europäischen Handelsströme plädierte das Kabinett außerdem dafür, alle Möglichkeiten einer Verständigung mit der EFTA vor der Inkraftsetzung der Beschleunigung auszuschöpfen[172].

Mit der Veröffentlichung dieser Übereinkunft wartete die Regierung bis zum 6. 5., weil in den Vortagen eine außenpolitische Bundestagsdebatte anstand. Nur der französischen Regierung wurde sie – ohne entsprechende Autorisierung – durch Carstens vertraulich in groben Zügen mitgeteilt. Die Verzögerung zum 1. 1. 1961 begründete er einerseits mit den notwendigen Gesetzgebungsmaßnahmen, andererseits mit der Notwendigkeit, der Industrie Zeit für die Anpassung an die veränderte Situation zu geben. Ein Ausdehnung der Maßnahmen auf den Agrarbereich bezeichnete er als unerwünscht[173].

Erhard hatte die Vereinbarung zwar mitgetragen, ließ seiner Unzufriedenheit aber wenige Tage später bei einem öffentlichen Auftritt in Hannover freien Lauf. In Gegenwart Seydouxs mokierte er sich gar darüber, wie teuer der Bundesrepu-

[167] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 161 f., Seydoux an MAE, Tel. 1543/49, 11. 4. 1960, Réservé.
[168] S. ebd., Bl. 164, ders. an dass., Tel. 1560/62, 12. 4. 1960.
[169] S. Aufzeichnung Valéry, 11. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 452–455.
[170] S. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 64/CE, 15. 4. 1960, in: ebd., S. 485–490.
[171] S. L-E-S, NL Erhard, I 1)8, Erhard an Adenauer, 21. 4. 1960, nebst Anlage.
[172] S. Beschluß des Bundeskabinetts, 22. 4. 1960, in: Bulletin 1960, S. 829; Koerfer, Kampf, S. 429 f.
[173] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 172, Seydoux an MAE, Tel. 1651/55, 23. 4. 1960, Confidentiel, Urgent, Réservé.

blik die Freundschaft mit Frankreich zu stehen komme. Der Botschafter beschwerte sich prompt im Auswärtigen Amt über die Unfreundlichkeiten des Ministers[174], die in der Öffentlichkeit durchaus auf Widerhall stießen. Während zahlreiche deutsche Journalisten Frankreich vorhielten, es strebe eine seiner wirtschaftlichen Potenz kaum entsprechende politische Vorherrschaft auf dem Kontinent an, unterstellten breite Bevölkerungskreise den Franzosen, sie ließen sich ihre Unterstützung in der internationalen Politik auf wirtschaftlichem Gebiet teuer bezahlen[175]. Staatssekretär van Scherpenberg sah sich daher Ende April genötigt, Wormser gegenüber noch einmal zu beteuern, das Auswärtige Amt stehe fest zur beschleunigten Umsetzung des EWG-Vertrags. Der Franzose vernahm dies mit Genugtuung, hielt es aber für ausgeschlossen, daß die Deutschen die erforderliche Anhebung der deutschen Tarife vor dem 31. 12. durchführten[176]. Wenngleich man an den guten Absichten der Bonner Regierung nicht zweifelte, sah man in Paris doch mit Sorge, wie der deutsche Zeitplan den Briten mannigfache Möglichkeiten zu Störaktionen eröffnete[177].

Störaktionen drohten freilich auch in Bonn. Aus Unzufriedenheit mit der europapolitischen Entwicklung, die ihrer Ansicht nach mit den Bundestagsbeschlüssen zur Freihandelszone aus den Jahren 1957 und 1958[178] nicht in Einklang zu bringen war, und aus Furcht vor einer Blockbildung in Europa stellten SPD und FDP die Bundesregierung mit einer Großen Anfrage zur Europapolitik am 4. 5. zur Rede. Mit dem Votum des Kabinetts im Rücken, das ja einen klaren Zusammenhang zwischen der Beschleunigung und den Verhandlungen mit der EFTA herstellte, wäre es Erhard bei entsprechend gutem Willen gewiß nicht schwer gefallen, den Standpunkt der Bundesregierung zu verteidigen. Doch der Wirtschaftsminister interpretierte den Beschluß so eigenwillig[179], daß die Presse von der Vertagung des Hallstein-Plans und einem Sieg des Ministers gegenüber dem Kanzler schrieb[180]. Adenauer sah sich nach der „unglücklichen Debatte" des Bundestags sofort gezwungen, in Paris erneut zu versichern, daß er an der Beschleunigung zum 1. 1. 1961 unter allen Umständen festhalte[181]. Besorgt um das in Frankreich wenige Tage vor der Gipfelkonferenz entstehende Bild deutschen Schwankens, instruierte der Kanzler den Außenminister schriftlich, die Position der Bundesregierung auf der EWG-Ministerratskonferenz endgültig klarzustellen. Aus der dem Quai d'Orsay übergebenen Übersetzung des Briefes geht hervor, daß der Kanzler die Beschleunigung nach einem entsprechenden Beschluß des Ministerrates als nicht mehr verhandelbar betrachtete[182].

[174] S. ebd., Bl. 174, ders. an dass., Tel. 1672/75, 25. 4. 1960, Réservé.
[175] S. ebd., Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 39, Bl. 56–62, ders. an Couve de Murville, Nr. 829, 11. 5. 1960.
[176] S. ebd., DE-CE, Bd. 630, Bl. 175f., ders. an MAE, Tel. 1744/54, 29. 4. 1960, Réservé, Priorité.
[177] S. ebd., Bl. 177, ders. an dass., Tel. 1755, 29. 4. 1960, Réservé, Priorité.
[178] S. Kap. IV.2.3 u. V.2.1.
[179] S. Regierungserklärung Erhards, 4. 5. 1960, in: BT, Sten. Ber., Bd. 45, S. 6197–6205.
[180] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 241, Kanzler-Tee, 6. 5. 1960.
[181] BA, NL Blankenhorn, Bd. 100, Bl. 95–98, Tb. 5. 5. 1960; s.a. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 241, Kanzler-Tee, 6. 5. 1960.
[182] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 193, Seydoux an MAE, Tel. 1829/31, 5. 5. 1960, Réservé, Urgent; ebd., Bl. 195, ders. an dass., Tel. 1835/36, 5. 5. 1960, Réservé, Urgent; ebd., Bl. 196, Adenauer an von Brentano, 6. 5. 1960 (Übersetzung).

In Paris vernahm man diese Zusage mit großer Befriedigung. Daß der Bundesaußenminister dann aber die zweitägigen Beratungen des Ministerrates am 9. 5. in Luxemburg dazu benutzte, eine Lanze für baldige Kontakte zwischen EWG und EFTA, insbesondere zu Großbritannien, zu brechen, gefiel den Franzosen weit weniger[183]. Wie von Brentano hatte Couve de Murville aus dem aufmerksamen Studium der englischen Presse nämlich den Eindruck gewonnen, als stünde die englische Politik gegenüber der EWG vor einer Revision[184]. Anders als sein deutscher Kollege zog er daraus den Schloß, die Briten jetzt erst recht zappeln zu lassen und nicht zu früh auf sie zuzugehen. Als Macmillan in diesen Tagen in einer Botschaft an de Gaulle abermals die Probleme einer Forcierung des Gemeinsamen Marktes für die englische Wirtschaft aufzeigte[185], wies der Quai d'Orsay die Darlegungen als haltlos zurück[186]. Für Frankreich ging es jetzt allein darum, das Beschleunigungsprogramm endlich unter Dach und Fach zu bringen.

Tatsächlich erzielte der EWG-Ministerrat Mitte Mai nach stundenlangen Verhandlungen „völlige Übereinstimmung über die Durchführung der Beschleunigung". Nur über den Landwirtschaftssektor herrschte wegen französischer Sonderwünsche offener Dissens[187]. Stein des Anstoßes war ein im November 1959 im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG vorgelegter Vorschlag der Kommission zur Agrarfrage, der sogenannte „Mansholt-Plan"[188]. Couve de Murville hatte dazu in der Sitzung am 11. 5. gewisse Änderungsvorschläge eingebracht, die auf ein Junktim zwischen der Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes und einem bis zum 31. 12. 1960 zu fassenden Beschluß des Ministerrates über ausreichende Fortschritte im Agrarbereich hinausliefen[189]. Während die Niederlande mit ihrer spezialisierten Landwirtschaft einen gewissen Dirigismus akzeptierten, der ihr wachsende Absatzmärkte bei den Partnern sicherte, und die Bundesrepublik offenbar den Status quo bewahren wollte, dachte Frankreich daran, die Marktordnungen rasch einzuführen, um eine gemeinsame Agrarpolitik sicherzustellen[190]. Trotz massiver Einsprüche insbesondere von niederländischer Seite ließ der französische Außenminister keinen Zweifel daran, daß ohne eine Einigung über diesen Punkt keine Vereinbarung über die Beschleunigung zustande käme. Deutsche und französische Beamte formulierten daraufhin einen Kompromiß, der entscheidend beeinflußt wurde durch Erhards nachdrückliche Darlegung der schwierigen deutschen Landwirtschaftslage[191].

[183] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 9. 5. 1960, Secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 601.

[184] S. Chauvel an Couve de Murville, Nr. 678/CE, 19. 5. 1960, in: ebd., S. 688–698. Auch Adenauer sah Anzeichen für ein Umschwenken der britischen Presse in der EWG-Frage (Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 243, Kanzler-Tee, 6. 5. 1960).

[185] S. Macmillan an de Gaulle, 10. 5. 1960, Très secret (Übersetzung), nebst Anlage in: DDF 1960, Bd. 1, S. 602–604; Lamb, Macmillan Years, S. 136.

[186] S. AMAE, DE-CE, Bd. 702, Bl. 151–152, Aufzeichnung Valéry (?), 18. 5. 1960.

[187] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, van Scherpenberg an von Brentano, 11. 5. 1960.

[188] Vgl. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 151/CE, 21. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 508–510.

[189] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, van Scherpenberg an von Brentano, 11. 5. 1960. Zur französischen Position s.a. AMAE, DE-CE, Bd. 616, Bl. 90–98, Aufzeichnung des Generalsekretariats des Interministeriellen Komitees für Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beim Premierminister, Nr. MC/609, 4. 5. 1960 (Konzept JM).

[190] S. Couve de Murville an Seydoux, Tel. 3052/55, 23. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 710f.

[191] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, van Scherpenberg an von Brentano, 11. 5. 1960.

Am folgenden Morgen faßte der Rat dann den Beschluß, nach der vertragsmäßigen Binnenzollsenkung für Industrieerzeugnisse zum 1. 7. um 10% die nächste über weitere 10% um ein Jahr zum 31. 12. 1960 vorzuziehen. Vor dem 30. 6. 1961 sollte dann über die Möglichkeit einer neuerlichen Senkung um 10% zum 31. 12. entschieden werden. Für diesen Zeitpunkt nahm man außerdem die erste Angleichung der nationalen Außentarife in Aussicht, wobei der um 20% gesenkte Gemeinsame Zolltarif zugrundezulegen war, ohne daß die zur Anwendung kommenden Zollsätze auf einen niedrigeren Satz als den des Gemeinsamen Zolltarifs festgesetzt werden durften. Obwohl die Deutschen und Holländer für eine definitive Lösung eintraten, sprach sich der Rat nur für eine provisorische Senkung des Außentarifs aus und machte die Fortsetzung von entsprechenden Konzessionen der anderen Staaten bei den GATT-Verhandlungen abhängig. Bis zum Jahresende sollten nach der Auffassung der deutschen und holländischen Delegation Verhandlungen mit der EFTA aufgenommen werden, wobei Erhard versicherte, die Beschleunigung nicht dem Ergebnis dieser Konsultationen zu unterwerfen. Schließlich verständigten sich die Minister auch darauf, die Agrarerzeugnisse in die Beschleunigung einzubeziehen, mit Ausnahme des Außentarifs. Die französische Forderung, dies von der Ausarbeitung einer gemeinsamen Agrarpolitik abhängig zu machen, blieb unerfüllt. Als Kompromiß sah der Rat statt dessen einen Zeitplan vor, wonach bis zum 31. 12. die erzielten Fortschritte festzuhalten waren und die Kommission dann geeignete Vorschläge zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen auszuarbeiten hatte. Schließlich bekundeten die Sechs in einer Absichtserklärung ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit Drittländern über die Liberalisierung ihrer Handelspolitik. Der Vorschlag Erhards, vor dem für den 8. 6. in Paris vorgesehenen Treffen des 21er Handelskomitees ein Ministertreffen der EWG und EFTA abzuhalten, wurde verworfen. Statt dessen übermittelte der amtierende Vorsitzende des Ministerrates den Außenministern der EFTA-Staaten ein Schreiben, in dem er die Einleitung von Verhandlungen im Rahmen des 21er Komitees anregte[192].

Adenauer äußerte sich mit dem Ergebnis hoch zufrieden und würdigte im Gespräch mit Seydoux insbesondere die „complète entente" zwischen der deutschen und der französischen Delegation. Erhard hatte sich konzilianter als erwartet gezeigt, und Couve de Murville hatte nicht in seinen Bemühungen nachgelassen, zwischen dem deutschen und holländischen Kollegen in der Agrarfrage zu vermitteln[193]. Als der Kanzler am 14. 5. kurz vor Beginn der dann geplatzten Ost-West-Gipfelkonferenz zur letzten Feinabstimmung mit dem General im Elysée zusammentraf, würdigten beide Staatsmänner die große politische wie ökonomische Bedeutung dieser Übereinkunft und sparten nicht mit Lob für die Verhandlungsführung der jeweils anderen Delegation. Wenn denn erst einmal die Be-

[192] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 50, 14. 5. 1960, Urgent, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 625–628; AMAE, DE-CE, Bd. 616, Bl. 113–114, Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 83/CE, 16. 5. 1960; Beschluß des EWG-Ministerrates über die beschleunigte Verwirklichung der Vertragsziele und seine Absichtserklärung über die interne Beschleunigung vom 12. 5. 1960, in: EA 1960, S. D176-D179; vgl. AdG 1960, S. 8397; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 86f.

[193] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1911/14, 12. 5. 1960, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 612f., hier S. 612.

schleunigung des EWG-Vertrages eingesetzt habe, so de Gaulle, sei es auch möglich, mit Großbritannien in Verhandlungen einzutreten[194].

Das Fiasko des Pariser Gipfels[195] verstärkte offenbar in London die Bereitschaft, den bisherigen Konfrontationskurs mit den Sechs aufzugeben. Noch am Rande der Konferenz zeigte sich der britische Außenminister Lloyd bemerkenswert aufgeschlossen gegenüber Couve de Murville und kündigte an, man wolle die Fehler der FHZ-Verhandlungen nicht wiederholen[196]. Auch Adenauer gewann den Eindruck, als könne der Fehlschlag des Ost-West-Gesprächs einer Annäherung Großbritanniens an Europa den Weg bereiten, und setzte daher auf die für Juni vorgesehenen Beratungen zwischen EWG und EFTA im 21er Handelsausschuß[197].

Tatsächlich verlief die Tagung am 9./10. 6. nicht nur recht harmonisch, sie brachte auch eine bemerkenswerte Klärung der politischen Verhältnisse, obwohl nur eine Entscheidung über das weiterhin einzuschlagende Procedere getroffen wurde. Beide Wirtschaftsgemeinschaften zeigten sich bereit, die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und gemeinsam nach Möglichkeiten zur Überwindung konkreter Schwierigkeiten im Bereich des gegenseitigen Warenaustauschs zu suchen. Damit gelang es zum ersten Mal, mehr oder weniger sterilen politischen Diskussionen zu entgehen und der Anregung der EWG entsprechend konkrete Fragen der Handelsbeziehungen in den Vordergrund zu rücken. Jetzt ging es nicht mehr um einen Brückenbau zwischen EWG und EFTA oder um Pläne für eine weitere Freihandelszone, sondern um die Regelung der vordringlichen Handelsfragen, der GATT-Verhandlungen und der Beseitigung von Härtefällen. Der seit Monaten drohende Handelskrieg war gebannt[198].

„Que nos deux pays se concertent pour ce qui concerne les progrès à réaliser vers l'unité de notre Europe"

Je stärker sich die aufgeschäumten Wogen zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsorganisationen wieder glätteten, desto stärker nahm das Interesse der Deutschen und Franzosen an baldigen neuen Verhandlungen mit Großbritannien ab[199]. Am Rhein war dafür gewiß die nun betonte Vorrangstellung der politischen gegenüber der ökonomischen europäischen Zusammenarbeit verantwortlich. Die Pressionen Moskaus und die durch die Präsidentschaftswahlkampagne gelähmte Politik Washingtons[200] ließen es Adenauer zwingend notwendig erscheinen, daß

[194] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 5. 1960, Très secret, in: ebd., S. 642; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 46.

[195] Vgl. Kap. V.1.4.

[196] S. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 20. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 705.

[197] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 274, Informationsgespräch, 4. 6. 1960.

[198] S. Entschließung des 21er Handelsausschusses, 10. 6. 1960, in: EA 1960, S. D197f.; vgl. Bulletin 1960, S. 1155; AdG 1960, S. 8450A.

[199] S. Couve de Murville an London, Tel. 7062/63, 13. 6. 1960, Très secret, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 810; ders. an Chauvel, Tel. 7357/59, 21. 6. 1960, Immédiat, Réservé, in: ebd., S. 852; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 1881/90, 23. 6. 1960, Réservé, in: ebd., S. 858–860; Couve de Murville an Chauvel, Tel. 7495, 23. 6. 1960, in: ebd., S. 861; AMAE, DE-CE, Bd. 702, Bl. 155, Seydoux an MAE, Tel. 2402/03, 15. 6. 1960.

[200] Vgl. Kap. V.1.5.

„Europa sich möglichst bald zusammenfinde", um im internationalen Geschehen bestehen zu können[201]. Welcher Weg am ehesten zu diesem Ziel führen könne, darüber gingen die Vorstellungen in den europäischen Kapitalen indes auseinander. Das Europäische Parlament sprach sich am 17. 5. für die Direktwahl aus und leitete den Ministerräten der Gemeinschaften einen entsprechenden Abkommensentwurf zu[202]. Im Auswärtigen Amt hielt man zwar an der Option der Direktwahl fest, betrachtete sie aber gewiß nicht als vorrangiges europapolitisches Interesse. Statt dessen plädierte man für eine Fusion der Organe von EGKS und EWG, auf weite Sicht auch von EURATOM[203].

Weitaus forscher ging demgegenüber der Vorsitzende des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Jean Monnet, zu Werke, der sich Mitte Juni bei Adenauer in Cadenabbia anmeldete, um ihn für eine Neubelebung der europäischen Zusammenarbeit zu gewinnen. Seit Monaten warb er bereits in Frankreich für ein Reform der europäischen Politik mit folgenden Eckpunkten: „l'accord – sinon la fédération – franco-allemand (à réaliser rapidement), l'intégration européenne, l'association avec l'Angleterre et l'Amérique pour régler tous les grands problèmes du monde libre". Für später sah er dann die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vor[204]. Adenauer stimmte diesen Vorstellungen in weiten Teilen zu. Auch er erachtete eine Forcierung der europäischen Integration insbesondere wegen der von ihm „äußerst pessimistisch" beurteilten Lage in den USA als notwendiger denn je. „Unklarheit, Zögern, Unentschlossenheit und Lethargie" zeichnete die amerikanische Politik in seinen Augen aus. Als Positivum der kritischen Gesamtlage, so lautete die Quintessenz seiner Situationsanalyse, blieben nur der europäische Zusammenschluß, ein enges Verhältnis zu Frankreich und – trotz aller Bedenken – die enge Anlehnung an die USA. Zur Belebung der Europapolitik entwarf er mit Monnet nun ein detailliertes Programm, das zum Teil auf die Überlegungen der Straßburger Parlamentarier bzw. der Bonner Beamten einging: Fusion der drei Exekutiven, Direktwahl des Europäischen Parlaments, Errichtung eines ständigen Rates der Sechs durch regelmäßige Konsultationen der EWG-Außen- und Wirtschaftsminister. Ein Botschafterrat sollte, unterstützt von einem Sekretariat, einmal wöchentlich die laufenden Geschäfte erledigen[205].

Die Realisierungschancen derartig weitreichender Pläne hing natürlich von der Unterstützung durch Frankreich ab. Dort aber bot sich ein verwirrendes Bild. Gewiß, es gab Anzeichen, daß sich in de Gaulles Europapolitik eine „Phase der Bewegung" anbahnte[206] Sowohl seine diesbezüglichen Erklärungen in Washington im April als auch der Nachdruck, mit dem er sich im Mai und Juni in großen

[201] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 6. 7. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 702.

[202] S. Entwurf des Abkommens über ein direkt gewähltes Europäisches Parlament, 17. 5. 1960, in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 92–95.

[203] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Carstens an Alois Zimmer, 11. 6. 1960.

[204] Alphand, L'étonnement d'être, S. 322, Tb. 25. 12. 1959; s.a. ebd., S. 334, Tb. 22. 5. 1960.

[205] BA, NL Blankenhorn, Bd. 101, Bl. 31–35, Tb. 14. 6. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 809–812, hier S. 809; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 370–372, Tb. 14. 6. 1960; Marcowitz, Option, S. 51 f.; s.a. Kap. V.4.1.

[206] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Informatorischer Bericht des Informationsdienstes Büro Paris, 4. 7. 1960, Vertraulich.

Rundfunk- und Fernsehansprachen für die organisierte europäische Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg ausgesprochen hatte[207], ließen aufhorchen: Schaffung einer westeuropäischen Konföderation unter französischer Führung, schließlich Bildung eines gesamteuropäischen Staatensystems unter Einschluß der Sowjetunion. „Moi", so hatte er seinem Informationsminister Peyrefitte Ende Januar mit Trauer in der Stimme versichert, „je veux l'Europe pour qu'elle soit européenne, c'est-à-dire qu'elle ne soit pas américaine." Doch die Partner suchten mit Europa nur ihren Vorteil. Selbst Adenauer schien ihm nur daran zu denken, Westdeutschland mit Westeuropa fest verbinden, die Möglichkeit einer Einigung mit Ostdeutschland aber auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben zu wollen[208].

Dem gesamteuropäischen Aspekt seines „grand dessein" konnte angesichts der bestehenden Ost-West-Spannungen vorläufig kaum operative Bedeutung zukommen[209]. Was blieb, waren ernstzunehmende Hinweise, daß de Gaulle noch vor Jahresende in einer aufsehenerregenden Aktion ein „System mit schwachem Gemeinschaftscharakter" und großem Raum für kulturelle und diplomatische Aktivitäten anregen könne. Doch worauf zielte er ab, fragte man sich in Bonn. Legte er bloß ein „Gegenfeuer", um einen „drohenden Großbrand" mit dem Ziel der Stärkung der bestehenden europäischen Institutionen auszulöschen[210]?

De Gaulles als „unbestimmt und vage"[211] empfundenen Europapolitik einerseits und die von ihm in diesen Wochen unternommene Revitalisierung des Triumviratsgedankens andererseits verursachten in den folgenden Wochen zwischen Bonn und Paris erhebliche Turbulenzen. Beim Kanzler breitete sich eine „Stimmung nervösen Mißtrauens"[212] aus, die Anfang Juli durch einen Besuch Pinays noch erheblich geschürt wurde. Wer die Demission des Anfang des Jahres zurückgetretenen Wirtschafts- und Finanzministers mitverfolgt hatte[213], konnte sich kaum darüber wundern, wie Pinay de Gaulle darstellte: nationalistisch, hochmütig, verschlagen. Eine Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen schloß er gleichwohl aus, da der General sehr an der Zusammenarbeit mit Bonn interessiert und die Versöhnung außerdem in der Öffentlichkeit besiegelt sei. Adenauer schenkte diesen hoffnungsfrohen Ausführungen seines Gastes aber keinen rechten Glauben, da Couve de Murville ihm in jüngster Zeit mehrfach Schwierigkeiten bereitet hatte. Er spielte daher mit dem Gedanken, schriftlich an de Gaulle zu appellieren, die europäische Zusammenarbeit nicht zu gefährden. Anders als der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, der sich für ein supranationales Europa stark mache, neige er dazu, sich erst ein-

[207] S. Pressekonferenz de Gaulles im National Press Club in Washington, 23. 4. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 195f.; Rundfunk- und Fernsehansprache dess. im Elysée, 31. 5. 1960, in: ebd., S. 220f.; Rundfunk- und Fernsehansprache dess. im Elysée, 14. 6. 1960, im Auszug in: AdG 1960, S. 8456A.

[208] Unterredung zwischen dems. und Peyrefitte vom 27. 1. 1960, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 61.

[209] Vgl. Lucas, De Gaulle, S. 134; Soutou, Général de Gaulle, S. 126–128.

[210] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Informatorischer Bericht des Informationsdienstes Büro Paris, 4. 7. 1960, Vertraulich.

[211] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 54.

[212] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 563.

[213] Vgl. Kap. V.3.2; Rimbaud, Pinay, S. 419–427.

mal mit der Konföderation zu begnügen und die Föderation später ins Visier zu nehmen[214].

Wenige Tage später hob sich seine Stimmung dann ein wenig. Am 8. 7. weihte Couve de Murville Blankenhorn nach heftigem Tadel an die Adresse der supranationalen Behörden in Brüssel in Grundzüge einer für September geplanten Europainitiative des Generals ein, die offenbar in engem Konnex zu den Überlegungen Monnets standen: Bildung eines ständigen Ministerrates der Sechs, Ausarbeitung einer Verfassung für das Europäische Parlament und – um den europäischen Gedanken in den Völkern zu verankern – Durchführung eines Plebiszits in der Sechser-Gemeinschaft über eine europäische Konföderation[215]. Der Kritik an den europäischen Institutionen konnte sich die Bundesregierung durchaus in gewissem Maße anschließen. Nicht nur das „ungeheure bürokratische Gebilde" schmeckte dem Kanzler nicht. Er rügte auch die Geschwindigkeit, mit der Hallstein „Staaten abmontieren und darauf einen neuen Gesamtstaat machen" wollte[216]. Dies bedeutete aber keineswegs, daß Adenauer nun mit fliegenden Fahnen zu de Gaulle überlief. Es kränkte ihn, daß der General seine Anregungen vom Dezember für eine politische und militärische Zusammenarbeit offenbar nicht aufzunehmen beabsichtigte und mit Eisenhower und Macmillan in den Tagen nach dem Gipfel einen informellen Meinungsaustausch à trois verabredet hatte[217]. Als „Provokation" verstand er es, daß de Gaulle bei der großen Parade anläßlich des Nationalfeiertages am 14. 7. nur die Botschafter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion persönlich begrüßte[218].

Natürlich hielten ihn nicht nur diese atmosphärischen Störungen, sondern auch andersgeartete europapolitische Vorstellungen davon ab, auf de Gaulle zuzugehen. Adenauer sah sich diesbezüglich als moderaten Integrationisten, zwischen dem General und dem Kommissionspräsidenten, gemäß dem Motto, man dürfe die Integration nicht aufgeben, müsse aber sehr behutsam vorangehen[219]. In diesem Sinne betonte Carstens in jenen Tagen gegenüber de Carbonnel noch einmal den Nutzen einer Fusion der drei Exekutiven[220].

Frankreich heizte das Wechselbad der deutschen Gefühle weiter an, als Couve de Murville auf der Außenministerkonferenz der EWG-Staaten am 18. 7. in Den Haag nach einem dunklen Szenario der internationalen Lage im Nachklang der gescheiterten Gipfelkonferenz die Partner zu mehr Einigkeit aufforderte. „Il faut parvenir à l'unité européenne sur le plan politique, ce sera la seule manière de réagir contre les développements malheureux des deux derniers mois"[221]. Der Mini-

[214] S. Unterredung zwischen Adenauer und Pinay vom 4. 7. 1960, in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 54–58; Köhler, Adenauer, S. 1069f.; Marcowitz, Option, S. 53f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 563f.

[215] S. Blankenhorn an Adenauer, 8. 7. 1960, Persönlich, Geheim, in: BDFD I, S. 815–817; Blankenhorn, Verständnis, S. 376f., Tb. 10. 7. 1960; Marcowitz, Option, S. 52.

[216] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 287, Informationsgespräch, 19. 7. 1960.

[217] Vgl. Kap. V.1.5.

[218] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 564; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 378–381, Tb. 14. u. 21. 7. 1960.

[219] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 307, Informationsgespräch, 28. 7. 1960.

[220] S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 188, Bl. 196, Seydoux an MAE, Tel. 2774/75, 9. 7. 1960, Confidentiel, Réservé.

[221] Konferenz der EWG-Außenminister vom 18. 7. 1960, Secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 105–116, hier S. 107.

ster nahm damit auf, was der Staatspräsident wenige Tage zuvor im Rahmen einer interministeriellen Sitzung bekanntgegeben hatte: Frankreich plane eine europapolitische Initiative mit dem Ziel der fortschreitenden Einheit Europas mittels Kooperation der Staaten. Zur Realisierung schwebte de Gaulle ein politisches und ein wirtschaftliches Sekretariat aus Beamten vor, die die Entscheidungen der Regierungen vorzubereiten hätten[222].

Die implizit eingeläutete Wende in der Methode wie im Ziel der französischen Europapolitik war aus der Sicht überzeugter Europäer in Bonn und Paris nur dann akzeptabel, wenn die bestehenden europäischen Institutionen nicht nur nicht infrage gestellt, sondern eng mit den Organen einer Konföderation verbunden würden und die demokratische Kontrolle des neuen Bundes, also die Direktwahl des Europäischen Parlaments gewährleistet wäre[223]. Wollte er sich angesichts derartiger Vorbehalte durchsetzen, brauchte de Gaulle die Unterstützung Adenauers. Daher lud er ihn am 18. 7., dem Tag der Außenministerkonferenz, per Brief nach Rambouillet ein und begründete dieses neuerliche Treffen nach einer düsteren Lagebeschreibung mit der Notwendigkeit, „que nos deux pays se concertent de nouveau, notamment pour ce qui concerne les progrès à réaliser vers l'unité de notre Europe"[224]. Adenauer aber grollte noch immer. Als Seydoux ihm das Schreiben am 20. 7. überbrachte, ließ der Kanzler den Botschafter eine Viertelstunde im Vorzimmer warten, sagte dann zwar für den 29. und 30. 7. zu, zeigte aber grundsätzlich erstaunlich wenig Interesse an der Reise[225]. Aus Wut über de Gaulles Triumviratsgedanken und dessen Verhalten gegenüber Blankenhorn am 14. 7. ließ er Carstens bei Seydoux protestieren und beauftragte als deutliches Kennzeichen seiner Handlungsspielräume den deutschen Botschafter in London, Macmillan zu einem Besuch in Bonn einzuladen[226]. Als Debré dann vor der Nationalversammlung abermals den Gedanken des Dreierdirektoriums ventilierte und in einem Parlamentsausschuß Nicht-Nuklearstaaten als Satelliten verunglimpfte[227], drohte das Faß der Empörung überzulaufen. Energisch verwahrte sich der Kanzler beim Premierminister gegen die von ihm so empfundene Absicht Frankreichs, die Bundesrepublik auf den „Platz eines Juniorpartners, ja sogar auf den Platz eines Bundesgenossen minderen Rechts" zu verweisen[228]. „In ganz schlechter Laune"[229] erwog er kurzfristig sogar eine Absage des Besuchs in Rambouillet, ließ den Gedanken dann aber fallen, nachdem Debré und vor allem Couve de Murville die Bedeutung eines klärenden Dialogs mit de Gaulle herausgekehrt hatten[230].

[222] Vgl. Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 13. 7. 1960, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 66–69; Aufzeichnung des MAE, 25. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 141–145; Soutou, L'alliance incertaine, S. 152f.; ders., Général de Gaulle, S. 128.

[223] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 105, Bl. 47f., Mollet an de Gaulle, Aufzeichnung, 26. 7. 1960.

[224] AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 18. 7. 1960, Très secret; Blankenhorn, Verständnis, S. 380f., Tb. 21. 7. 1960.

[225] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 243f.; Koerfer, Kampf, S. 448–450.

[226] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 62–64, Tb. 21. 7. 1960; Blankenhorn, Verständnis, S. 380f., Tb. 21. 7. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 564f.

[227] Vgl. Kap. V.3.2.

[228] Blankenhorn an von Brentano u. van Scherpenberg, FS Nr. 754, 27. 7. 1960, Geheim, Citissime mit Vorrang, in: BDFD I, 817–819, hier S. 818; s.a. Marcowitz, Option, S. 53.

[229] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 306, Informationsgespräch, 28. 7. 1960.

[230] S. Blankenhorn an von Brentano u. van Scherpenberg, FS Nr. 754, 27. 7. 1960, Geheim, Citissime mit Vorrang, in: BDFD I, S. 819; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 565.

„Etablir une coopération organisée entre nos Etats"

Das zweitägige Treffen der beiden alten Staatsmänner begann am 29. 7. ohne jegliches Zeremoniell und bei trübem Wetter[231]. Als Kulisse diente das inmitten weiter Wälder gelegene Schloß Rambouillet, das Königin Marie Antoinette einst als verdrecktes Krötenloch tituliert haben soll. De Gaulle hatte von dort aus im August 1944 den Befehl zur Befreiung von Paris erteilt und war dann nach dem Erfolg selbst zum triumphalen Einzug durch die Stadt aufgebrochen. Nun fungierte das ein wenig unbewohnt wirkende und nicht eben prächtige Gebäude dem Präsidenten als Ort vertraulicher Gespräche mit den Großen der Welt[232].

Entschlossen, „eine deutliche Sprache zu reden"[233], ließ sich der Kanzler nur vom Außenminister, von einer Sekretärin, seinem Dolmetscher Hermann Kusterer und seinem persönlichen Referenten Franz Josef Bach[234] begleiten, obwohl letzterer noch einige Monate zuvor bei ihm wegen seines „hemmungslosen Ehrgeiz[es]" in Ungnade gefallen war, da er hinter dem Rücken des Kanzlers seine Ernennung zum Generalkonsul in Hongkong betrieben hatte[235]. Am Flughafen in Orly warteten diesmal ‚nur' Couve de Murville und Blankenhorn; Debré hatte es vorgezogen, nach Madagaskar zu reisen.

Nach der morgendlichen Besprechung über die Atlantische Allianz[236] und der anschließenden Ruhepause wandten sich Adenauer und de Gaulle am Nachmittag unter vier Augen Europa zu. Zunächst hörten die Dolmetscher nichts als Klagen. Die Tätigkeit der EWG-Kommission paßte de Gaulle nicht, weil sie seiner Auffassung nach politische Handlungen vollzog, die nur den Staaten zustanden. Adenauer pflichtete ihm bei, berichtete, wie er Hallstein vor einem zu schnellen Vorgehen gewarnt habe. Auch er wünschte keine politisch agierende Kommission, doch die Existenz dieses Organs und der anderen europäischen Institutionen schien ihm schon wichtig. Letztlich aber gebührte das Entscheidungsmonopol in Europa auch seiner Ansicht nach den Regierungen. Nach diesen Präliminarien konkretisierte de Gaulle, was Couve de Murville Anfang Juli bereits Blankenhorn dargelegt hatte. Frankreich beabsichtige eine neue Initiative zur Einigung Europas in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur. „Il s'agit [...] d'établir une coopération organisée entre nos Etats, coopération qui maintienne leur responsabilité à eux, et de prévoir des réunions automatiques, par exemple trimestrielles, des responsables suprêmes". Diese Zusammenarbeit müsse vor allem von den Deutschen und Franzosen durchgeführt werden, gebilligt schließlich durch ein Referendum der europäischen Völker. Sein Ansinnen, Großbritannien in die bilaterale Zusammenarbeit mit aufzunehmen, lehnte Adenauer ab, und de Gaulle stimmte

[231] Zu den Unterredungen zwischen Adenauer und de Gaulle vom 29./30. 7. 1960 s. die Gesprächsprotokolle in: DDF 1960, Bd. 2, S. 163–179; vgl. die gerafften Ausführungen Adenauers in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 59–67; Blankenhorn, Verständnis, S. 382–384, Tb. 29. 7. 1960; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 200–202; Kusterer, Kanzler, S. 133–145; Seydoux, Erinnerungen, S. 246 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 552–554; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 565–572; Soutou, Général de Gaulle, S. 128 f.

[232] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960; „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6. 2. 1999.

[233] BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960.

[234] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 132 f.

[235] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 157–161, Tb. 9. 1. 1960.

[236] Vgl. Kap. V.3.2.

dann zu, daß die Engländer eben doch mehr auf ihr Commonwealth fixiert seien[237].

Nach gut drei Stunden endete die Gesprächsrunde gegen 19 Uhr[238]. Am folgenden Morgen fuhr Adenauer in aller Frühe zunächst zur Kathedrale von Chartres, die er bereits bei seinem ersten Besuch als Bundeskanzler in Frankreich im April 1951 besichtigt hatte[239]. Auf der Fahrt wirkte er „wunderbar ruhig und heiter", so berichtet der ihn begleitende Seydoux, habe in nichts mehr jenem „erzürnten Alten" geglichen, der ihn noch vier Tage zuvor so aufgeregt hatte[240].

Nach der Rückkehr setzten sich die beiden Staatsmänner gegen 11 Uhr wieder zusammen. De Gaulle hatte mittlerweile ein neun Punkte umfassendes Exposé über die europäische Zusammenarbeit handschriftlich zu Papier gebracht, das er nun vortrug[241]. Der General forderte darin dazu auf, Europa politisch, wirtschaftlich, kulturell und verteidigungspolitisch zu organisieren, und zwar auf der Ebene der Staaten. Die supranationalen Institutionen, die sich seiner Meinung nach zu Superstaaten entwickelten, seien zu reformieren und den Regierungen unterzuordnen. Die amerikanisch dominierte Integration in der Atlantischen Allianz solle beendet werden. Europa sei gefordert, sich auf einer neuen Basis zu konstituieren, beginnend mit einer Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich, denen sich die übrigen vier Partner dann anschließen könnten. In der Praxis sah de Gaulle die organisierte Kooperation durch ständige Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs im dreimonatlichen Turnus vor, wobei die Außen- und eventuell andere Ressortminister für die Vorbereitung dieser Besprechungen zu sorgen hätten. Außerdem dachte er an die Einrichtung von vier Kommissionen aus Beamten und Sachverständigen sowie an die Schaffung einer Assemblée mit rein konsultativen Befugnissen aus Delegierten der sechs nationalen Parlamente, also ohne Direktwahl. Zum gegebenen Zeitpunkt sollte ein Referendum die europäische Ordnung bestätigen. Um dieses Gesamtwerk umzusetzen, sei ein gemeinsamer Impuls der beiden Nachbarn vonnöten, denn Europa gründe sich auf die „entente franco-allemande"[242].

Nach dem Essen faßte der Präsident in der einstündigen Schlußbesprechung im großen Kreis die Ergebnisse mit den Worten zusammen, es sei eine Übereinkunft erzielt worden über eine neue europäische Zusammenarbeit der Staaten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung und über die Notwendigkeit der Reform der Atlantischen Allianz. Adenauer billigte seine Ausführungen mit der Einschränkung, daß zunächst einmal geprüft werden müsse, ob die EWG-Kommission ihre Befugnisse wirklich überschritten habe. De Gaulle ging darauf nicht ein, empfahl statt dessen, bis Oktober von einer Arbeitsgruppe entspre-

[237] Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 29. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 168–173, hier S. 169; s.a. Bariéty, De Gaulle, S. 553; ders., Perception, S. 223f.; Köhler, Adenauer, S. 1071–1073; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 567 u. 571.

[238] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960; Kusterer, Kanzler, S. 135.

[239] S. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 62; Poppinga, Mut, S. 257.

[240] Seydoux, Erinnerungen, S. 247.

[241] S. Aufzeichnung de Gaulle, 30. 7. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 382f.; Kusterer, Kanzler, S. 140f.; Lucas, De Gaulle, S. 137–139; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 568f.

[242] Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 30. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 174–176, hier S. 176; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 62–65; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 569f.

chende Pläne ausarbeiten zu lassen, über die dann eine Gipfelkonferenz im Laufe des Monats beraten sollte. Da Adenauer hingegen bevorzugte, die vier Partner nach einer Bilanz der zu zweit vorangetriebenen Arbeiten einzubeziehen, blieb zunächst offen, ob das Treffen im Oktober à deux oder à six abzuhalten sein würde. Um etwaigen Fehlspekulationen von vornherein den Boden zu entziehen, betonte de Gaulle zum Abschluß, man plane keine genuin bilaterale Organisation, sondern eine europäische Zusammenarbeit auf der Basis der deutsch-französischen Übereinstimmung[243]. Ohne ein Kommuniqué zu veröffentlichen[244], trennte man sich herzlich voneinander und ging seiner Wege. Adenauers Ressentiments waren offenbar in der ruhigen Atmosphäre von Rambouillet verflogen[245]. Doch der Schein trog.

Der wesentliche Sinn der Punktation de Gaulles war offensichtlich der europäische Zusammenschluß in konföderaler Form, der für ihn mit der angestrebten NATO-Reform eine Einheit bildete. Kernstück des politischen Europa war in seinem Verständnis die verteidigungspolitische Autonomie und damit die tatsächliche Unabhängigkeit Europas von der amerikanischen Führungsmacht[246]. Somit verfolgte sein kontinentaleuropäisches „Hegemonialkonzept" bündnis- und europapolitische Zielsetzungen. Es spiegelte den frisch erworbenen Status einer Nuklearmacht wider und reagierte auf die Bestrebungen der USA, der eigenen Dominanz im Bündnis durch eine Reform der Allianz den Stachel zu nehmen. De Gaulle attackierte die europapolitischen Maximen der Amerikaner, die eindeutig die supranationale Integration der Europäischen Gemeinschaften befürworteten, und stellte dem von England geführten Europa der Sieben das Europa der Sechs unter französischer Leitung entgegen[247].

Adenauer hatte de Gaulles Europaplan nicht widersprochen, weil nur so Fortschritte auf dem Gebiet der europäischen Einigung zu erwarten waren. Er nährte damit beim Präsidenten die Hoffnung, das heiße Eisen schnell schmieden zu können. Schon am 1. 8. beauftragte de Gaulle Couve de Murville, rasch aber diskret mit Bonn den Grundstein für die geplante politische Kommission zu legen. Deren Aufgabe sollte es sein, einen Entwurf über die europäische Zusammenarbeit abzufassen und eine tiefgehende Reform der europäischen Institutionen sowie der Atlantischen Allianz zu prüfen. Darüber hinaus sah der Präsident bilaterale Konsultationen mit den fünf Partnern vor, um das geplante Regierungstreffen im Oktober vorzubereiten, das er sich im Kreis der Sechs wünschte. Sollte es Schwierigkeiten bei der Abstimmung geben, so instruierte er den Außenminister, käme es zu einem Gipfel mit Adenauer und einem „accord franco-allemand ouvert aux quatre autres"[248].

[243] S. Schlußsitzung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 30. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 176–179; vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 65–67; Bariéty, De Gaulle, S. 554; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 569f.

[244] S. AdG 1960, S. 8552A.

[245] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 438, Tb. 31. 7. 1960; Poppinga, Mut, S. 257.

[246] Vgl. Loth, De Gaulle und Europa, S. 650f.

[247] Conze, Herausforderung, S. 156. Zur NATO-Reform s. Kap. V.3.2.

[248] De Gaulle an Couve de Murville, 1. 8. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 383f., hier S. 384; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 145f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 129f.

Während an der Seine forciert an der Umsetzung der Übereinkunft von Rambouillet gearbeitet wurde, schrillten am Rhein die Alarmglocken, und sie waren keineswegs nur von „Dämonen" ausgelöst, die de Gaulle „nicht ausstehen" konnten[249]. Im Auswärtigen Amt fühlte man sich in die europapolitischen Fundamentaldiskussionen der Jahre 1947/48 zwischen Unionisten und Föderalisten zurückversetzt[250]. De Gaulle wollte offenbar das seit 1950 gültige Konzept der supranationalen Integration aufgeben und eine „revolutionäre Wendung"[251] in der Europapolitik einleiten. Außenminister von Brentano war entsetzt, dachte gar an die Aufgabe seine Amtes nach den kommenden Wahlen[252]. Als „leidenschaftlicher Integrationsbefürworter" sah er seinen europapolitischen Mentor Adenauer auf Abwegen[253]. Vertraulich beauftragte er van Scherpenberg, prüfen zu lassen, ob die französischen Vorschläge mit den bestehenden Verträgen in Einklang zu bringen seien und die EWG-Kommission tatsächlich ihre Befugnisse überschritten habe. Die Zeit drängte, denn Couve de Murville plante bereits für Mitte August eine erste Fühlungnahme zwischen dem Quai d'Orsay und dem Auswärtigen Amt[254].

Von Brentano stand mit seinen Vorbehalten keineswegs allein. Seine Beamten unterstützten ihn in der Auffassung, daß die Bundesrepublik sich bisher einem bundesstaatlichen Zusammenschluß und damit der Option für den Westen verschrieben habe. Den damit verbundenen Verlust der Mittlerstellung zwischen Ost und West hielten einige Beamte wie Paul Frank und Herbert Müller-Roschach nur dann für verantwortbar, „wenn wir sicher sein dürfen, daß auch unsere europäischen Partner darauf verzichten, ihre eigenen Ostpolitik zu treiben. [...] Unsere Option für den Westen verlangt daher nach einer Gegenleistung des Westens in der Form, daß er seine außen- und verteidigungspolitischen Konzeption *unwiderruflich* mit der unsrigen verschmelzt." Daß de Gaulle den Bundesstaat nicht wollte, war klar. Dennoch glaubten sie seinen Vorschlägen folgen zu können, sofern der Weg dorthin etwa durch die Stärkung des Europäischen Parlaments sowie durch direkte Wahlen zumindest offen bliebe und Großbritannien einbezogen würde. Denn Frankreich konnte seine Beziehungen zu England – wenn es denn wollte – im Rahmen des NATO-Triumvirats pflegen. Die Bundesrepublik besaß diese Möglichkeit nicht[255].

Daß kritische Presseorgane wie „Der Spiegel" de Gaulles Pläne abschätzig als „politische Luftakrobatik" geißelten[256], konnte der Kanzler noch verschmerzen; den jetzt über ihn hereinbrechenden Unmut in der Regierung und der eigenen Partei indes kaum. Krone, von von Brentano umgehend in Kenntnis gesetzt, stand der Haltung Adenauers vollkommen entgeistert gegenüber. Realisierte man den Plan de Gaulles, war es mit der bisherigen europäischen Kooperation und eigenen

[249] Kusterer, Kanzler, S. 147.
[250] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Müller-Roschach an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 9. 8. 1960, VS-NfD.
[251] BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 16–22, Tb. 29. 7. 1960; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 572.
[252] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 439, Tb. 1. 8. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 573.
[253] Kosthorst, Brentano, S. 338.
[254] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 52, von Brentano an van Scherpenberg, MB 942/60, 1. 8. 1960, Persönlich, Vertraulich, Konzept.
[255] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Müller-Roschach an von Brentano, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 9. 8. 1960, VS-NfD.
[256] „Der Spiegel", 24. 8. 1960, S. 14, im Auszug auch in: BDFD III, S. 639–641, hier S. 640.

Institutionen seiner Ansicht nach aus. Geradezu „tödlich gefährlich" mutete ihm de Gaulles NATO-Reform an: „Das heißt, den Amerikanern den Stuhl vor die Tür Europas setzen", obwohl doch die Europäer auf Amerika und nicht die Amerikaner auf Europa angewiesen seien. Globke teilte diese Bedenken hinsichtlich der NATO, während er die von de Gaulle vorgeschlagene europäische Zusammenarbeit durchaus billigte[257].

Als Adenauer sich den Bedenken gegenüber unzugänglich zeigte und die von de Gaulle gewünschte Entwicklung nach den letztjährigen Erfahrungen gar als „selbstverständlich und notwendig" charakterisierte[258], war das Maß für Krone voll. Am 2. 8. richtete der Fraktionsvorsitzende einen für seine Verhältnisse sehr energischen Brief an den Kanzler, in dem er die Konzeption des Generals als „Europa der Vaterländer" kritisierte und ihn aufforderte, an den europäischen Institutionen nicht zu rütteln[259]. „Bedenklich", so notierte Krone in seinem Tagebuch, mutete ihm das Taktieren Adenauers an, der seine Bedenken in Rambouillet nicht hart genug vorgetragen und de Gaulle damit offenbar den Eindruck vermittelt hatte, seinen Grundgedanken zuzustimmen[260].

Der Angegriffene reagierte postwendend und wiegelte ab. Selbstverständlich müsse man über die europäische Konzeption miteinander sprechen. Aber schon jetzt könne er sagen, daß er eine europäische Regierung „für zur Zeit nicht möglich" halte. Die Europäer seien noch nicht reif dafür. Das Zusammenwachsen der europäischen Länder müsse mit großer Gelassenheit behandelt werden[261]. Doch die Schar der Kritiker schwoll an. Strauß, Gerstenmaier, Erhard und Schröder artikulierten ebenfalls ihren Unmut über Adenauers Frankreichpolitik[262]. Parlamentarier, Industrielle und Journalisten vereinten sich im Chor der Warner[263]. In der Union hieß es, man werde der von de Gaulle geplanten „Rückwendung" zu einer „mehr oder minder national-staatlichen Politik der europäischen Völker" nicht folgen[264]. Für viele Christdemokraten war es schon aus wahltaktischen Gründen völlig unvorstellbar, jetzt, ein Jahr vor dem nächsten bundesdeutschen Urnengang, auf ein anderes Europabild umzuschalten[265] und der SPD-Opposition implizit die Möglichkeit zu eröffnen, sich zum „Sprecher der europäischen Integration" zu erheben[266]. Denn wenngleich die Union die von Wehners Bundestagsrede vom 30. 6. eingeleitete sozialdemokratische Läuterung[267] auch nach außen hin als unglaubwürdig und vorübergehend abzuwerten trachtete, war sie sich intern der Gefahren des außenpolitischen

257 ACDP, NL Krone, I-028–006/4, Aufzeichnung Krone, 1. 8. 1960.
258 Ebd.
259 Ebd., ders. an Adenauer, 2. 8. 1960; s.a. Marcowitz, Option, S. 55f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 573.
260 Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 442, Tb. 30. 8. 1960.
261 ACDP, NL Krone, I-028–007/2, Adenauer an Krone, 3. 8. 1960.
262 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 573f.
263 Vgl. Seydoux, Erinnerungen, S. 249.
264 BA, NL zu Guttenberg, Bd. 177, Bl. 180–183, Martin an von Brentano, 10. 8. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 636–639, hier S. 636; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 338; Marcowitz, Option, S. 58f.
265 Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–003 [V]-2, Roegele an Jansen, 1. 10. 1960.
266 BA, NL zu Guttenberg, Bd. 177, Bl. 180–183, Martin an von Brentano, 10. 8. 1960, in: BDFD III, S. 638.
267 Vgl. Kap. V.1.5.

Schwenks der Opposition für den eigenen Machterhalt doch sehr wohl bewußt[268].

Dem Kanzler selbst kamen erst am 5. 8. ernste Bedenken, als Blankenhorn nach einer Unterredung mit dem Chef der Europaabteilung im Quai d'Orsay, Laloy, zu berichten wußte, daß de Gaulle tatsächlich an eine fundamentale Änderung des Statuts der EWG-Kommission, ja an eine Revision der Römischen Verträge und an eine radikale Änderung der NATO dachte. Für den Botschafter war klar, der Kanzler mußte zurückrudern, mochte er in Rambouillet auch den Eindruck erweckt haben, als akzeptiere er die Überlegungen des Generals. Daß er Adenauer zugute hielt, von de Gaulle „nur sehr oberflächlich unterrichtet" worden zu sein[269], mag man kaum unterschreiben. Stundenlang hatten beide Staatsmänner schließlich über nichts anderes gesprochen. Gewiß, dabei waren keine Einzelheiten ausgebreitet worden. Aber das Ziel der Reise blieb doch kaum im Verborgenen. Und selbst wenn: Adenauer hatte alle Zeit, durch Nachfragen Unklarheiten zu beseitigen, ließ sie aber ungenutzt, weil er die Atmosphäre nicht stören und die bestehenden Dissonanzen nicht vertiefen wollte.

Jetzt aber sah er sich genötigt, „offensichtliche Mißverständnisse" zuzugeben[270], und schickte im Einverständnis mit von Brentano van Scherpenberg zu Couve de Murville, um Klarheit zu schaffen. Blankenhorn gewann nach dem mehrstündigen Gespräch des Staatssekretärs den Eindruck, als ob der Quai d'Orsay höchst erfreut über die deutsche Kritik sei, weil sie dem Ministerium die Möglichkeit gäbe, „die beim General entstandenen falschen Eindrücke nun wieder auszuräumen"[271]. Couve de Murville und van Scherpenberg einigten sich erneut auf praktische Schritte für eine konföderale Organisation Europas, doch ansonsten zeigte sich der Staatssekretär zugeknöpft. Eine Revision der Römischen Verträge kam für ihn nicht in Frage, die Stellung der Kommission neben dem Ministerrat durfte nicht angetastet werden. Vielleicht, so stellte er anheim, könne das Problem durch eine Fusion der drei Organisationen gelöst werden. Auch die Idee einer Direktwahl des Europäischen Parlaments lehnte er ab. Zum Vorschlag eines Plebiszits wies er auf die Schwierigkeiten mit dem Grundgesetz. Beide Seiten kamen schließlich überein, zur weiteren Erörterung eine Arbeitsgruppe auf Abteilungsleiterebene unter der Ägide der Staatssekretäre einzusetzen. Auf französischer Seite waren de Carbonnel, Lucet und Wormser vorgesehen, auf deutscher der Chef der Handelspolitischen Abteilung in Auswärtigen Amt, Harkort, und Müller-Roschach. Das Gremium sollte die Gesprächsgegenstände von Rambouillet prüfen und, soweit es sich nicht um vertragsändernde Fragen handelte, Vorschläge im Sinne einer Sachdarlegung der Lösungsmöglichkeit, nicht aber eine Vertragsform unterbreiten. Bezüglich der den Vertrag tangierenden Themen akzeptierte Couve de Murville nach langem Zögern, der Gruppe den Auftrag zu erteilen, die rechtlichen und politischen Konsequenzen herauszuarbeiten. Erste

[268] Vgl. Marcowitz, Option, S. 86–89.
[269] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 313 f., Tb. 5. 8. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 574.
[270] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 67.
[271] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 303, Tb. 6. 8. 1960; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 384, Tb. 6. 8. 1960.

Ergebnisse erwartete man bis zum Besuch Debrés in Bonn, der für die erste Oktoberwoche in Aussicht genommen wurde[272].

Kurzzeitig schien es so, als ob die Briten zum Nutznießer des deutsch-französischen Dissenses werden könnten. Wenige Tage nach dem Besuch des deutschen Staatssekretärs sah sich die französische Diplomatie angesichts der bevorstehenden Visite des britischen Regierungschefs in Bonn genötigt, vor einer deutsch-britischen Annäherung zu warnen[273]. De Gaulle schätzte die Gefahr eines derartigen Tête-à-tête offensichtlich als so groß ein, daß er Macmillan noch am Tage vor der Abreise in einem Brief zu einem Dreier-Gipfel mit Eisenhower drängte[274].

Macmillan kam zwar am 10. 8. mit der Absicht an den Rhein, Adenauer doch noch für die britische Europapolitik zu gewinnen, machte sich aber nur wenig Hoffnung: „For the Germans will agree with us (or many of them will) but Adenauer has sold his soul to the French."[275] Um so überraschter war der Premierminister über die Wärme, mit der der Kanzler ihn empfing. Macmillans eigensinnig-gefährliche Ostpolitik, seine Erpressungsversuche in den FHZ-Verhandlungen schienen vergessen. Das Verhältnis entkrampfte sich, zumal Adenauer großes Interesse an einer Beseitigung der wirtschaftlichen Spannungen in Europa zeigte. Die beiden Regierungschefs vereinbarten, englische und deutsche Experten in den kommenden Wochen gemeinsam ein Konzept entwerfen und anschließend vereint mit französischen Fachleuten in vertraulichen informellen Gesprächen abstimmen zu lassen[276]. In gewisser Hinsicht reagierte Adenauer mit dieser dreiseitigen Konsultation auf de Gaulles Triumviratsambitionen, die Macmillan ihm jetzt offenbarte, ohne daß de Gaulle darüber in Rambouillet ein Wort hatte verlauten lassen[277].

Die dem Quai d'Orsay vom Auswärtigen Amt zukommenden Berichte über den Verlauf dieser Beratungen waren kaum dazu angetan, die französische Regierung zu beruhigen. Adenauer und Macmillan konzentrierten sich einerseits auf die Notwendigkeit zur Überwindung der europäischen Spaltung, andererseits auf die transatlantische Zusammenarbeit, die de Gaulle doch gerade zugunsten der trilateralen Verbindung mit den Angelsachsen zurückfahren wollte. „L'Europe", so stellte van Scherpenberg gegenüber dem französischen Geschäftsträger Leduc klar, „avait besoin de l'appui des Etats-Unis. Tous les ef-

[272] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 304–312, Unterredung zwischen Couve de Murville und van Scherpenberg vom 6. 8. 1960, Geheim; Unterredung zwischen dens. vom 6. 8. 1960, 8. 8. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 204–206; vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 203; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 93f.; Marcowitz, Option, S. 56f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 574; s.a. Kap. V.3.2.

[273] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 247f., Tb. 11. 8. 1960.

[274] S. de Gaulle an Eisenhower, 9. 8. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 388–390; ders. an Macmillan, 9. 8. 1960, in: ebd., S. 390f.

[275] Macmillan, Pointing the Way, S. 318, Tb. 7. 8. 1960.

[276] Zu den Unterredungen zwischen Adenauer und Macmillan am 10./11. 8. 1960 s. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 217, Leduc an MAE, Tel. 3258/61, 11. 8. 1960, Confidentiel, Réservé, Urgent; ebd., Bl. 218–219, ders. an dass., Tel. 3303/10, 12. 8. 1960, Secret, Réservé; ebd., Bl. 220f., Aufzeichnung, „remis par M. Kutscher à M. Laloy le 12. 8. 1960"; Macmillan an Eisenhower, 13. 8. 1960, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 406f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 247f. u. 317–320; Kommuniqué u. Erklärung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 11. 8. 1960, in: Bulletin 1960, S. 1473f.; Köhler, Adenauer, S. 1075f.; Lamb, Macmillan Years, S. 139f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 575f.

[277] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 248, Tb. 10. 8. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 576.

forts devaient être faits pour maintenir le lien entre les deux côtes de l'Atlantique."[278]

„Wir können diesen Plänen nicht zustimmen.
Doch de Gaulle ist unser Verbündeter"

Während sich die Atmosphäre zwischen Bonn und London „erheblich" besserte[279] und am Rhein die Kritiker der engen deutsch-französischen Entente wie Erhard oder Blankenhorn frohlockten[280], zogen zwischen Bonn und Paris schwere Wolken auf. Adenauer gewann nun mehr und mehr den Eindruck, als habe er sich mit de Gaulle in Rambouillet eigentlich „über nichts geeinigt". Nach van Scherpenbergs Unterredung mit Couve de Murville glaubte er völlige Klarheit darüber gewonnen zu haben, was der General wirklich wollte: „Auflösung von SHAPE und Revision der Römischen Verträge". Blankenhorn, den er am 15. 8. aus dem Urlaub zur Besprechung zurückbeorderte, hielt de Gaulles Konzeption der losen konföderalen Organisation Westeuropas, der Beseitigung der supranationalen Organisationen, der Ausschaltung des amerikanischen Einflusses auf dem Kontinent für „antiquiert" und „außerordentlich gefährlich". Adenauer reagierte geradezu erschrocken auf das Szenario seines Botschafters und gelobte Besserung: In Zukunft wollte er doch lieber auf Vieraugengespräche verzichten und mit de Gaulle nur noch in Gegenwart der Minister und eventuell von Sachverständigen konferieren[281].

Für den Kanzler war damit klar, daß er zurücklenken mußte. Da er de Gaulles Pläne nicht einfach ablehnen konnte, bat er ihn statt dessen schriftlich um eine Präzisierung seiner Vorschläge. Wenngleich er in diesen Tagen hinter den verschlossenen Türen des Bundesvorstandes seiner Partei lauthals über die EWG-Kommission schimpfte[282], stellte er dem General gegenüber am 15. 8. klar, daß eine Revision der Römischen Verträge mit ihm nicht zu haben sei. Das Treffen mit Debré Anfang Oktober sollte dazu dienen, den Dialog von Rambouillet fortzusetzen. Für Ende Oktober avisierte der Kanzler dann einen weiteren Gedankenaustausch mit de Gaulle. Ob zu diesem Zeitpunkt bereits die Partner miteingeladen würden, wünschte er später zu entscheiden[283]. Der General ahnte wohl, was auf ihn zukam, und weigerte sich, den Brief, des Kanzlers Bitte gemäß, von Blankenhorn direkt in Empfang zu nehmen. So übergab der Botschafter das Schreiben im Elysée[284].

Entsprechend den Abmachungen mit Macmillan, schickte Adenauer wenige Tage später Harkort nach Paris, um dort auszuloten, inwieweit Frankreich bereit sein würde, an den deutsch-britischen Geheimgesprächen zur Überwindung der

[278] AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 218–219, Leduc an MAE, Tel. 3303/10, 12. 8. 1960, Secret, Réservé.
[279] Adenauer an Heuss, 16. 8. 1960, in: Heuss/Adenauer, Briefwechsel, S. 305f., hier S. 306.
[280] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 276–280, Tb. 15. 8. 1960; Koerfer, Kampf, S. 455–457.
[281] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 276–280, Tb. 15. 8. 1960; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 339; Marcowitz, Option, S. 57.
[282] S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 8. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 739–741 u. 743; Marcowitz, Option, S. 57f.
[283] S. Adenauer an de Gaulle, 15. 8. 1960, Geheim, in: BDFD I, S. 864–868; Köhler, Adenauer, S. 1076f.; Marcowitz, Option, S. 57.
[284] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 276–280, Tb. 15. 8. 1960.

Schwierigkeiten zwischen der EWG und der EFTA teilzunehmen. Ziel dieser offiziösen Unterredungen sei es, so ließ der deutsche Diplomat im Quai d'Orsay wissen, die Minimalforderungen der drei Regierungen für eine Lösung der Probleme zu bestimmen. Die Bundesregierung hoffe vor allem, gemeinsam herauszufinden, welche Diskriminierungsmaßnahmen zu einem Bruch zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken führten und welche akzeptabel seien. Harkort gab zu erkennen, daß den Briten die Arbeit des 21er Ausschusses nicht ausreiche. Sie wünschten sowohl über die Agrarfrage als auch die Importe aus dem Commonwealth zu diskutieren[285].

Sollte man sich überhaupt auf diese Kontakte einlassen und den Deutschen damit eine Mittlerstellung zwischen Franzosen und Engländern zugestehen, fragte man sich in der französischen Diplomatie? Botschafter Chauvel hielt es für sinnvoller, den direkten Weg von Paris nach London zu wählen[286]. Seydoux fand die deutsch-englische Annäherung durchaus begrüßenswert, wenngleich er natürlich sehr genau darauf achtete, ob es Erhard gelingen könnte, mit neuem Aufwind seine Ziele stärker zu forcieren. Noch wichtiger aber war aus seiner Sicht das politische Kalkül Adenauers, parallel zur Ausweitung der deutsch-französischen Zusammenarbeit den deutsch-englischen Streit der jüngsten Vergangenheit und damit einen der Hauptgründe der Inferiorität deutscher Politik beseitigen zu können. Schon seit Monaten, so berichtete er Couve de Murville, seien die führenden Politiker der Bundesrepublik begierig nach Gleichrangigkeit mit Frankreich. Im Bewußtsein ihrer zunehmenden Macht, die er vor allem im militärische Bereich wachsen sah, sei ihre Sprache härter geworden, und sie fürchteten sich davor, „de nous voire prendre barre sur eux". Noch kürzlich habe van Scherpenberg diese Haltung in die Worte gekleidet: „Nous ne voulons pas avoir l'air d'être à la remorque de la France"[287].

Zur Beruhigung der Bonner Aufgeregtheit versicherten die Pariser Diplomaten Ende August, daß man an der EWG und der geplanten Beschleunigung festhalte. Hatte sich der in Rambouillet wehende Wind an der Seine wirklich gedreht[288]? Zumindest nicht im Elysée. Nachdem er inzwischen mit der niederländischen und italienischen Regierungsspitze konferiert hatte[289], legte de Gaulle seine Pläne zur Koordinierung der europäischen Zusammenarbeit und zur NATO-Reform in einer großen Pressekonferenz am 5. 9. erstmals der Öffentlichkeit detailliert dar. Obwohl seine Sondierungen keineswegs ermutigend ausgefallen waren, wetterte er mit bisher nicht bekannter Schärfe gegen die Schimäre, als könne auf der Basis supranationaler Institutionen handlungsfähige Politik betrieben werden. Nicht Träume, sondern die Realität der Staaten bestimmten die europäische Einigung. Wie bereits in Rambouillet ausgeführt, zielte er auf regelmäßige Zusammenarbeit

[285] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 227, Wormser an Bonn, Tel. 4563/66, 17. 8. 1960, Réservé.
[286] S. ebd., Bl. 228, Chauvel an dass., Tel. 2601/07, 20. 8. 1960, Réservé.
[287] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3523/34, 28. 8. 1960, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 245–247, hier S. 247; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 250.
[288] S. ACDP, NL Krone, I-028-006/4, Aufzeichnung Krone, 31. 8. 1960.
[289] S. Unterredung zwischen de Gaulle und de Quai vom 31. 8. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 259–262; Unterredung zwischen dems. und Fanfani vom 3. 9. 1960, in: ebd., S. 275–277; vgl. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 238f.; L'Année politique 1960, S. 534 u. 546f.; AdG 1960, S. 8598A u. 8608A.; Vaïsse, De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, S. 661.

der Sechs in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Verteidigung durch organisierte regelmäßige Treffen der Regierungschefs und ihnen unterstellter Spezialorganisationen. Den bestehenden Institutionen wollte er nur noch technische Funktionen zumessen. Darüber hinaus sprach er sich erneut für eine von den Delegierten der nationalen Parlamente gebildete europäische Versammlung und ein Referendum aus[290].

Die europäische Öffentlichkeit reagierte ob des schroffen Tonfalls geschockt und abweisend. „Es herrscht – gelinde gesagt – überall große Enttäuschung", faßte die „Stuttgarter Zeitung" ein verbreitetes Empfinden prägnant zusammen[291]. Andere Blätter hielten sich nicht so vornehm zurück und sprachen bereits von einem „Todesurteil für alle ehrgeizigen Pläne eines supranationalen Zusammenschlusses der sechs Länder"[292]. Blankenhorn bezweifelte, ob de Gaulles Absichten tatsächlich ohne Revision der Römischen Verträge realisiert werden könnten[293]. Eine solche Änderung oder eine Aufgabe der NATO kam aber für das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt nicht in Frage. Adenauer zeigte sich pikiert, ja entrüstet, daß de Gaulle den Inhalt der geheimen Gespräche von Rambouillet nun auf den öffentlichen Markt trug[294] und damit nicht nur sein Wort brach, sondern auch der SPD letzte Klarheit über dieses Treffen gab. Diese lehnte dessen europapolitischen Vorstellungen denn auch jetzt offiziell rundweg ab und präsentierte sich als „echte Anhängerin der bisherigen Europa- und NATO-Politik"[295]. De Gaulles nationalistisch angehauchte Außen- und seine reaktionär wirkende Innenpolitik begriff die Sozialdemokratie als zwei Seiten ein und derselben Medaille, die sie mit Hilfe der Aufnahme gewachsener Demokratien wie Großbritannien in die EWG zum Teil aus dem Verkehr zu ziehen versuchte[296].

Trotz der von de Gaulle zu verantwortenden Profilierungschance für die bundesdeutsche Opposition legte der Kanzler großen Wert darauf, den „sensiblen und überheblichen" General nicht durch Kritik und Ablehnung „an die Wand zu spielen"[297]. Heinrich Krone markierte das Dilemma des Bonner Regierungschefs in aller Deutlichkeit, als er seinem Tagebuch anvertraute: „Wir können diesen Plänen nicht zustimmen. Doch de Gaulle ist unser Verbündeter und Nachbar."[298] So sortierte der Kanzler Akzeptables von Unannehmbarem: Mit dem von de Gaulle geplanten Referendum konnte er sich ebenso wenig anfreunden wie mit seinen rückschrittlichen Vorstellungen über das Europäische Parlament. Auch für den Gedanken einer Konföderation vermochte er sich zu diesem Zeitpunkt nicht zu erwärmen, weil er England brüskierte. Gewiß, so versicherte er Blankenhorn Anfang September, das möglichst enge deutsch-französische Verhältnis bleibe der

[290] S. Pressekonferenz de Gaulles, 5. 9. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 244–246; vgl. Lang, Bemühungen, S. 127f.
[291] Artikel Bechtoldt, in: „Stuttgarter Zeitung", 7. 9. 1960.
[292] „Industriekurier", 8. 9. 1960; zur harschen Pressekritik an de Gaulles Pressekonferenz s.a. De Araujo, Plan Fouchet, S. 12f.
[293] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 271, Blankenhorn an AA, FS Nr. 842, 6. 9. 1960, Verschlüsselt.
[294] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 829–831.
[295] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; s.a. Diskussion zwischen Bundespolitikern im „Saarländischen Rundfunk" vom 19. 9. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 641–648.
[296] Vgl. Marcowitz, Option, S. 91.
[297] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 829.
[298] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 443, Tb. 6. 9. 1960.

„Eckstein" seiner Außenpolitik, doch die soeben erst verbesserten Beziehungen zu London dürften darunter keinesfalls leiden[299].

Obwohl die deutschen Bedenken auch von italienischer Seite geteilt wurden, war die französische Regierung nicht bereit, den Vorbehalten Rechnung zu tragen. Für Couve de Murville war entscheidend, den EWG-Ministerrat durch Übertragung größerer Vollmachten auf den Rat der „Suppléants", der Ständigen Vertreter der Regierungschefs, arbeitsfähiger zu machen. Daher weigerte er sich auch, den Partnern die Unversehrtheit der Römischen Verträge zuzusagen. In bezug auf das Verhältnis zwischen EWG und EFTA sah er kaum Chancen für einen Ausgleich und plädierte abermals für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG[300].

Die Starrköpfigkeit der Franzosen setzte die Bundesregierung unter erheblichen Druck. In der Union kam die Forderung nach einer eindeutigen Erklärung über die Fortsetzung der bisherigen Europapolitik auf, um der zunehmend schärferen sozialdemokratischen Kritik den Wind aus den Segeln nehmen zu können[301]. Um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen, riet von Brentano Adenauer von dem geplanten, jetzt allzu demonstrativ wirkenden Wechsel Blankenhorns auf den Botschafterposten in Washington ab[302]. In seinem Amt richtete der Minister nun zwei Arbeitsgruppen ein, die sich mit den Pariser Vorschlägen bzw. den für Bonn notwendigen Minimalforderungen im Handelskonflikt mit London zu befassen hatten[303]. Zur genaueren Ermittlung der institutionellen Aspekte der französischen Europa-Pläne schickte von Brentano am 10. 9. Müller-Roschach in den Quai d'Orsay. Sein umfangreicher Fragenkatalog ließ die Präferenzen und Sorgen des Amtes im Hinblick auf die Gestaltung der politischen Zusammenarbeit deutlich erkennen. Und unschwer war die Befürchtung auszumachen, daß die neuen Institutionen die Fortentwicklung der Gemeinschaft zu einem weitergehenden staatlichen Zusammenschluß behinderten[304].

Der Bonner Emissär gewann den Eindruck, als ob das Pariser Ministerium noch keine konkreten Vorstellungen entwickelt hatte oder von deren Ausarbeitung ausgeschlossen war. De Carbonnel und Wormser zeigten sich durchaus bereit, von der von Bonn geforderten Unantastbarkeit der Römischen Verträge und der deutschen NATO-Verpflichtungen auszugehen. Zu einem offenen Dissens kam es in bezug auf die von de Gaulle gewünschte Regierungskommission für Wirtschaft. Sie sollte nach den französischen Vorstellungen personell mit den Räten der Gemeinschaften identisch und für jene wirtschaftlichen und finanziellen

[299] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 829; s.a. Marcowitz, Option, S. 58.

[300] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 225–227, Tb. 6. 9. 1960; zur negativen Haltung Frankreichs gegenüber einer Verbindung zwischen EWG und EFTA s.a. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 156/CE, 6. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 291–293.

[301] Vgl. Buchstab, „Zauber", S. 98f.; Marcowitz, Option, S. 59 u. 89f.

[302] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960; ebd., NL von Brentano, Bd. 158, von Brentano an Adenauer, 5. 12. 1960; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 384, Kanzler-Tee, 15. 11. 1960; Kosthorst, Brentano, S. 340; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 588.

[303] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 232–233, Seydoux an MAE, Tel. 3509/16, 26. 8. 1960, Secret, Réservé.

[304] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, „Fragen an die französischen Gesprächspartner", 200–80.00/726/60, o.D., VS-Vertraulich; ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 19; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 95f.

Bereiche zuständig sein, die im Vertrag nicht geregelt waren, außerdem dann eingreifen, wenn die Gemeinschaften in kritischen Situationen untätig blieben. Müller-Roschach hielt dieses Gremium für überflüssig. Für den Fall der Passivität der Ministerräte empfahl er die Anrufung der Konferenz der Regierungschefs. Wie nicht anders zu erwarten, bestanden auch in der Frage des Referendums und der dem Europäischen Parlament von de Gaulle zugedachten rein konsultativen Rolle erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Ausschließlich rezeptiv verhielt sich der deutsche Abgesandte gegenüber der französischen Forderung nach einem gemeinsamen Gremium für die Organisation der Regierungschefkonferenzen und der Arbeit der Kommissionen. Beide Seiten kamen schließlich überein, „einen fairen Wettbewerb" über das von Bonn favorisierte System der Integration und die von Paris gewünschte regelmäßige organisierte Kooperation der Regierungen durchzuführen[305].

Die Unterredungen zeigten, daß trotz der unterschiedlichen Auffassungen zumindest auf dieser Ebene ein offener, fruchtbarer Dialog möglich war[306], wobei die Franzosen die deutschen Widerstände nicht für unüberwindbar hielten[307]. Der Eindruck der beiderseitigen Kompromißfähigkeit verdichtete sich noch, als Couve de Murville am 16. 9. vor dem Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale die EWG zum Eckstein des neuen Europagebäudes stilisierte[308]. Gegenüber Carstens gestand der Außenminister einen Tag später offen ein, daß die Partner insgesamt drei Hauptkritikpunkte gegen die französischen Pläne vorgebracht hätten: Verbesserung des Verhältnisses zu England, Stärkung der NATO und Unantastbarkeit der europäischen Verträge. Auf den ersten eingehend, lehnte er Adenauers Plan eines Dreier-Gesprächs zwischen deutschen, englischen und französischen Beamten über die wirtschaftlichen Probleme ab und verlangte statt dessen erneut den Beitritt Englands zu den Gemeinschaften. Als der Staatssekretär dies als unmöglich bezeichnete, beharrte der Minister darauf, zunächst den Besuch von Lordsiegelbewahrer Heath in Paris abzuwarten. Wormser, meinte er, könne ja anläßlich des Besuchs von Debré in Bonn mit Harkort sprechen. Was die Unantastbarkeit der Römischen Verträge anging, zeigte sich Couve de Murville überraschend unzugänglich. Die von ihm energisch verlangte Stärkung der Suppléants mochte Carstens gar nicht gefallen. Doch Couve de Murville ließ nicht locker, unterstrich auch, daß die Gemeinschaften sich dem geplanten Organ der Konferenz der Regierungschefs unterordnen müßten. Dies empfand Carstens als „ganz natürlich", betonte aber die Notwendigkeit, die Verträge nicht zu revidieren. Couve de Murville beruhigte ihn zwar an dieser Stelle, da auch er momentan nicht an eine Abänderung dachte. Die zukünftige Entwicklung ließ er aber bewußt offen und stellte die Frage, ob man nicht später einen besonderen Organismus für die neue Zusammenarbeit benötige. Dann müsse auch an die Fusion von EGKS und EWG

[305] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Müller-Roschach u. Jansen an Carstens, Tel., 10. 9. 1960, Geheim; s.a. ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 20; Unterredungen zwischen Müller-Roschach und de Carbonnel vom 9./10. 9. 1960, 12. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 309–311; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 96.

[306] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Jansen an Müller-Roschach, 14. 9. 1960, Geheim; ebd., I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 20.

[307] S. Aufzeichnung des MAE, 12. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 308 f.

[308] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 20 f.

sowie die Beseitigung von EURATOM gedacht werden. Am bestehenden Parlament wollte er nicht rütteln; Direktwahlen lehnte er ab. Carstens pflichtete dem Gedanken einer späteren Fusion ebenso bei wie dem eines besonderen Organismus, hielt es aber für angezeigt, sofort klarzustellen, daß die dann entstehende Frage des Sitzes nicht zugunsten von Paris beantwortet werden könne. Couve de Murville bekundete Verständnis für diese Haltung und unterstrich abschließend, man werde den Plan des Referendums vorläufig zurückstellen[309].

In Bonn keimten nun Hoffnungen auf, de Gaulle habe aus den kritischen Reaktionen im eigenen Lande[310] und seiner Partner gelernt. Zu den Optimisten zählte nicht zuletzt Josef Jansen, der am 6. 10. seinen Gesandtenposten in Paris an Rudolf Thierfelder abgab und in die Zentrale nach Bonn zurückkehrte. Auf Vorschlag von Carstens[311], der seinerseits am 28. 7. zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden war, übernahm er als Ministerialdirektor dessen Posten als Leiter der Abteilung West I[312], obwohl sich Adenauer über seine Schaffenskraft wenige Woche zuvor noch sehr kritisch geäußert hatte[313]. Die personelle Veränderung war in ihrer Tragweite nicht unwichtig. Denn während das Lamento der Frankreich- oder besser De-Gaulle-Kritiker am Rhein anschwoll, bekam die frankophile Fraktion in der Koblenzer Straße mit Jansen nun erhebliche Verstärkung[314].

Dessen Zuversicht wurde nicht nur durch die Äußerungen Couve de Murvilles, sondern auch durch eine persönliche Unterredung mit Monnet genährt, der de Gaulles Vorschläge zum Ausbau der europäischen Zusammenarbeit Mitte September als einen „Schritt nach vorn" bezeichnete[315]. Da er Blankenhorns kritische Berichterstattung scharf verurteilte, bemühte sich Jansen in den folgenden Wochen bis zu seinem Wechsel an den Rhein, durch eine am Botschafter vorbeigeschleuste Korrespondenz an Globke bzw. Krone den von Blankenhorn verbreiteten negativen Eindruck zu korrigieren. Seines Erachtens bestand durchaus Anlaß zu der Hoffnung, mit den Plänen de Gaulles Positives erreichen zu können, sofern man nur fest zu dem stünde, was man bisher in der europäischen Integration erreicht hatte[316].

[309] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 157–163, Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 17. 9. 1960, St.S. 2732/60, 19. 9. 1960, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 832–835; Unterredung zwischen dens. vom 17. 9. 1960, 19. 9. 1960, Geheim, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 369f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3967/72, 21. 9. 1960, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 380f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 138–141, Tb. 17. 9. 1960.

[310] Vgl. ebd., Bd. 103, Bl. 107f., Tb. 20. 9. 1960; ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Roegele an Jansen, 1. 10. 1960.

[311] S. ebd., Jansen an Burgbacher, 27. 5. 1960.

[312] S. ebd., I-149-003 [V]-4, ders. an von Brentano, 10. 6. 1960, Persönlich; ebd., I-149-006 [VII]-2, ders. an Globke, 19. 9. 1960.

[313] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 157–161, Tb. 9. 1. 1960. Als Fürsprecher Jansens trat hingegen namentlich Franz Josef Strauß auf (PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 57, Strauß an Adenauer, 5. 2. 1960, nebst Anlage).

[314] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an Burgbacher, 27. 5. 1960.

[315] Ebd., NL Krone, I-028-012/11, Unterredung zwischen dems. und Monnet vom 15. 9. 1960, Pol 200-80.00 4240/60, Vertraulich; zur Position Monnets s.a. Monnet, Erinnerungen, S. 548–555; Roussel, Jean Monnet, S. 734–738.

[316] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 19; ebd., I-149-006 [VII]-2, Jansen an Globke, 19. 9. 1960; ebd., NL Krone, I-028-012/11, ders. an Krone, 19. 9. 1960; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 96f.

Tatsächlich signalisierte de Gaulle jetzt eine gewisse Einsicht, als er nach wochenlangem Zögern am 22. 9. Adenauers letzten Brief beantwortete. Seine Erkundungen bei den übrigen Partnern hatten allenthalben Zustimmung zu seinem Projekt ergeben, sofern die EWG nicht zerstört, die Amerikaner nicht aus Europa vertrieben und den Briten eine Tür offengelassen würden. Mit warmen Worten machte sich der General zum Fürsprecher einer deutsch-französischen Übereinkunft als Basis der europäischen Einigung und lobte Adenauers stete Bemühungen, „de travailler au concert franco-allemand, en vue d'en faire le fondement de l'unité européenne". Die Reise Debrés nach Bonn zu Beginn und das geplante Treffen mit Adenauer am Ende des Monats Oktober boten in seinen Augen eine günstige Gelegenheit, gemeinsam die Bedingungen für eine europäische Initiative mit dem Ziel der politischen Kooperation der Sechs festzulegen[317]. Auf die NATO-Reform ging de Gaulle hingegen nicht ein, hielt sie, wie Debré am selben Tag Blankenhorn gegenüber unterstrich, für „noch nicht reif" und legte sie auf Eis[318].

Der Kanzler fand die handschriftliche Botschaft alles andere als zufriedenstellend[319]. Im Teegespräch mit Journalisten mokierte er sich über die mangelnde Abstimmung zwischen dem Präsidenten und dem Conseil des Ministres, hielt den General für „nicht genügend unterrichtet"[320]. In der ersten Kabinettssitzung nach der Sommerpause wetterte er Ende September in kaum bekannter Schärfe, was de Gaulle plane, „laufe auf den Bruch im Westen hinaus"[321]. Im Bundesvorstand der Partei beklagte er sich über die Unberechenbarkeit Frankreichs und dessen „reichlich unbestimmt[e] und vage" Europapolitik. Den Plänen des Generals könne er „keineswegs" zustimmen[322]. Natürlich reagierte der Parteivorsitzende damit auch auf die beißende parteiübergreifende Kritik, die auf ihn einstürzte. Der FDP-Bundesvorstand hatte die Bundesregierung am 2. 9. eindringlich dazu aufgefordert, der „unheilvollen wirtschaftlichen Spaltung Europas" unverzüglich entgegenzuwirken, und keinen Zweifel daran gelassen, daß eine Änderung der Verträge nur durch die Ratifikation der Parlamente denkbar sei[323]. Auch in der Union hörte man vernehmliches Grummeln, das der CDU-Abgeordnete Martin in die Worte faßte: „Man kann Europa nicht einigen durch eine Politik der Hegemonie"[324].

Doch Adenauers Philippika entsprang nicht nur taktischen Überlegungen, sondern sehr wohl auch seiner Überzeugung. Wie anders läßt sich sein entwaffnendes

[317] De Gaulle an Adenauer, 22. 9. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 396 f., hier S. 396.
[318] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 87–89, Blankenhorn an von Brentano u. Carstens, Tel., 22. 9. 1960, Streng geheim; vgl. Kap. V.3.2.
[319] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 583.
[320] ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Shisgall vom 29. 9. 1960.
[321] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 447, Tb. 21. 9. 1960.
[322] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 22. 9. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, hier S. 812 u. 811; s.a. Buchstab, „Zauber", S. 99; Marcowitz, Option, S. 60.
[323] Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 2. 9. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 31.
[324] Diskussion zwischen Bundespolitikern im „Saarländischen Rundfunk" vom 19. 9. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 646.

Eingeständnis gegenüber Blankenhorn interpretieren, er habe sein Vertrauen in den General „restlos verloren"[325]? Dieses Bekenntnis gibt freilich Anlaß nachzudenken, wie es um das Verhältnis der beiden Staatsmänner selbst in besseren Zeiten bestellt war. Es bleibt schwer nachzuvollziehen, wie der Kanzler sein Vertrauen innerhalb weniger Tage „restlos" verlor, um es dann ebenso schnell wiederzufinden und mit dem General ‚vertrauensvoll' an der Zukunft Europas zu bauen. Als des Rätsels Lösung bieten sich zwei Denkmodelle an: entweder war Adenauer völlig sprunghaft in seinem Empfinden gegenüber de Gaulle, oder er hat ihm letztlich nie wirklich getraut...

Nachdem der Botschafter ihn eingehend über seine letzte Unterredung mit dem französischen Premierminister unterrichtet hatte, gedachte der Kanzler Debré gegenüber Anfang Oktober klarzustellen, daß zunächst einmal die deutsch-französische Zusammenarbeit intensiviert, die bestehenden Differenzen in den weltpolitischen Fragen gemindert, an den Bündnissen und Verträgen festgehalten und daher die Erörterung der von de Gaulle vorgeschlagenen Formen der europäischen Zusammenarbeit „auf unbestimmte Zeit verschoben" werden müßten[326]. Jansen fand dies höchst „alarmierend" und warnte umgehend bei Carstens davor, die Europa-Pläne einfach auf Eis zu legen. Da sich Debré ihm gegenüber bei seinem Abschiedsbesuch am 27. 9. überraschend konziliant gezeigt hatte, riet Jansen Adenauer, elastischer vorzugehen und die Behandlung des Europathemas vom Ausgang der Beratungen mit Debré über die NATO-Fragen abhängig zu machen[327]. Der Regierungschef folgte ihm nicht. Auf seine Weisung hin teilte Blankenhorn Couve de Murville am 28. 9. mit, aufgrund der in jüngster Zeit aufgetretenen erheblichen Widerstände innerhalb der Regierungsparteien müsse alles vermieden werden, was einem Abgehen vom bisherigen Kurs gleichkäme. Dies sei um so mehr geboten, als die Opposition sich des Themas bemächtige und im Wahlkampf auszuschlachten versuche. Daher beabsichtige er jetzt, das Rendezvous mit Debré ganz auf das Schicksal der NATO zu konzentrieren[328].

„Impasse franco-allemande?"

Adenauers Absicht lief de Gaulles Intentionen diametral zuwider. Angesichts der starken Widerstände im Ausland hielt er es nämlich jetzt hinsichtlich seiner NATO-Reform-Pläne für angezeigt, „qu'il faut, en ce moment, temporiser plutôt que s'élancer". Das Europa der Kooperation war ins Rollen gebracht, das der Integration würde gewiß nicht ohne Übergangsphase weichen. In diesem Moment Öl ins Feuer zu gießen, war kontraproduktiv. Hart in der Sache, aber flexibel in der Taktik, instruierte er Debré am 30. 9., die europäischen Verträge zunächst

[325] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 339; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 584.

[326] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 261, Müller-Roschach an Carstens, 26. 9. 1960, Persönlich.

[327] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Jansen an dens., 28. 9. 1960; s.a. ebd., Unterredung zwischen Debré und Jansen vom 27. 9. 1960.

[328] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 14–21, Blankenhorn an von Brentano u. Carstens, Tel., 28. 9. 1960, Streng geheim; s.a. Marcowitz, Option, S. 59f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 583.

nicht direkt in Frage zu stellen. Nur wenn es nicht gelänge, ein Europa der Staaten entstehen zu lassen, müsse man darauf zurückkommen[329].

Drei Tage später empfing der Kanzler den Vorsitzenden des Finanz- und des Verteidigungsausschusses der Assemblée Nationale und ehemaligen Ministerpräsidenten Paul Reynaud, den, wie Adenauer später der Presse gegenüber lauthals betonen sollte[330], de Gaulle in inoffizieller Mission geschickt habe, da beide Politiker ungeachtet unterschiedlicher Überzeugungen zu dieser Zeit freundschaftlich verbunden waren[331]. Das Treffen kam Adenauer gerade recht, hoffte er doch, damit das von ihm befürchtete „sehr ernst[e]" Gespräch mit Debré „etwas abmildern" zu können. Adenauer hielt mit seiner Kritik an der französischen Politik in der fast zweistündigen Besprechung im Palais Schaumburg nicht hinter dem Berg. De Gaulle erschüttere die Grundmauern seiner Politik! Das Vertrauen zur französischen Regierung sei in der Bundesrepublik „stark gesunken". Es sei nicht richtig, wenn der General den EWG-Vertrag als supranational einstufe. Die Regierungen hätten über den Ministerrat ausreichend Möglichkeiten zur Einflußnahme, müßten diese nur nutzen. Reynaud beschwichtigte. De Gaulles Haltung zu Europa habe sich seit Rambouillet „sehr gemildert", er wolle an den Verträgen nicht rütteln. Nach starkem Drängen seines Gastes erklärte sich der Kanzler schließlich doch bereit zu prüfen, ob eine konföderale politische europäische Zusammenarbeit möglich sei. Außerdem stimmte er dessen Auffassung zu, daß die Verständigung zwischen EWG und EFTA nicht um den Preis einer Abschwächung des Gemeinsamen Marktes gesucht werden dürfe[332]. De Gaulle hatte sein Ziel erreicht und Adenauers Fundamentalopposition abgeschwächt.

Nachdem Seydoux aus Bonn gemeldet hatte, die von der Bundesregierung verbreitete Unruhe wirke absichtlich übertrieben[333], präzisierte der General unmittelbar vor der Abreise des Premierministers noch einmal die Ziele seiner Europapolitik: Schaffung einer politischen Organisation der EWG-Staaten auf der Basis der Kooperation und nicht der Integration. Um die Partner zu beruhigen, könne ihnen gegenüber erklärt werden, daß England die Assoziation, nicht aber die direkte Teilnahme offenstünde[334].

Solchermaßen vorbereitet, machten sich Debré und Couve de Murville am 7. 10. zur „Nachlese von Rambouillet" per Sondermaschine auf den Weg nach Bonn; für den Premierminister gewiß keine Kaffeefahrt angesichts der aufgestauten Kritik bei Adenauer und der Tatsache, daß er, wie die Presse meldete, „doch eigentlich gar nicht gut mit dem Kanzler ‚kann' (oder umgekehrt)"[335]. Beide Re-

[329] De Gaulle an Debré, Direktiven, 30. 9. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 398f., hier S. 398; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 149f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 130.

[330] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 315, Kanzler-Tee, 27. 10. 1960; ebd., S. 349, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960; ebd., S. 373, Kanzler-Tee, 15. 11. 1960.

[331] Vgl. Tellier, Contribution, S. 104–106 u. 109–111.

[332] Unterredung zwischen Adenauer und Reynaud vom 3. 10. 1960, übermittelt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 116–126, Bach an Blankenhorn, FS Nr. 548, 4. 10. 1960, Geheim; s.a. Reynaud, Ehrgeiz, S. 50; Marcowitz, Option, S. 116.

[333] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 75, Seydoux an MAE, Tel. 4285/86, 5. 10. 1960, Confidentiel, Réservé.

[334] S. Aufzeichnung de Gaulle, 6. 10. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 401; Kusterer, Kanzler, S. 151.

[335] Artikel Botta, in: „Rheinischer Merkur", 14. 10. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 650–653, hier S. 650f.

gierungschefs konferierten zunächst unter vier Augen und am Nachmittag im größeren Kreise in Gegenwart der Außenminister über die NATO-Fragen. Nach schweren Auseinandersetzungen, die die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Konzepte erneut unter Beweis stellten[336], ging man tags darauf zur Erörterung der Europapolitik über. Die Bundesregierung stellte klar, Frankreichs Ansatz der europäischen Konföderation nicht folgen zu wollen; sie beharrte auf der Unantastbarkeit der Verträge, deren beschleunigter Umsetzung und den Abbau der bestehenden Dissonanzen zwischen EWG und EFTA. Außerdem wünschte Adenauer eine stärkere Behandlung der politischen Probleme im Brüsseler Ministerrat. Debré unterstrich, daß die französischen Pläne aufgrund der nach Rambouillet stattgefundenen Unterredungen mit den Partnern eine wesentliche Fortentwicklung erfahren hätten, wobei die Vorbehalte der Verbündeten berücksichtigt würden. Man sei sich mit der Bundesregierung einig, daß der EWG-Vertrag nicht angetastet werden solle. Allerdings müsse ein unkontrolliertes Übergreifen der Kommission auf politische Kompetenzbereiche verhindert werden. Debré bestand darauf, europapolitisch nicht stehen zu bleiben. Er legte Adenauer nahe, einer Konferenz der sechs Regierungschefs im Dezember zuzustimmen, um bei dieser Gelegenheit zu überlegen, welche Form der politischen Konsultation der Sechsergemeinschaft gegeben werden könne. Adenauer wies auf das bereits bestehende Forum der Außenministerkonferenzen hin und verlangte, man solle zunächst einmal die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen, bevor man neue Gremien schaffe. Dann aber willigte er doch mit der Einschränkung ein, daß die Sechs sich auf keinen Fall mit der strategischen Planung für die Verteidigung Westeuropas befassen dürften. Sein Versuch, in der Abschlußsitzung nach dem Mittagessen die seit Mai in Bonn ventilierte Idee eines Besuchs von de Gaulle in der Bundesrepublik zur Sprache zu bringen, schlug fehl, weil Debré auswich[337]. Im Kommuniqué sprachen sich die Regierungschefs schließlich dafür aus, das in der europäischen Zusammenarbeit Erreichte nicht in Frage zu stellen, aber dem begonnenen Werk einen neuen Impuls zu geben[338].

Waren nach dieser „gründliche[n] und heilsame[n] Klarstellung", von der das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sprach[339], die Wogen wirklich „geglättet", wie „Die Welt" am 10. 10. meinte[340]? Oder kam das Urteil des „France-Observateur" der Sache nicht näher, als er von einer „Impasse franco-allemande" berichtete und die Bilanz der Visite als „entièrement négatif" bezeichnete[341]? In christdemokratisch-profranzösischen Kreisen am Rhein hieß

[336] Vgl. Kap. V.3.2.

[337] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 8. 10. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 480–486; ders. an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 836–839; BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 245–248, Tb. 7./8. 10. 1960; ebd., Bd. 107b, Bl. 95, van Scherpenberg an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 1851 Plurex, 10. 10. 1960, Geheim. Zu den Bonner Überlegungen hinsichtlich eines Staatsbesuchs von de Gaulle s. ebd., NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 81, von Brentano an Adenauer, MB 607/60, 23. 5. 1960, Geheim.

[338] S. Schlußkommuniqué zu den Unterredungen zwischen Adenauer und Debré, 8. 10. 1960, in: Bulletin 1960, S. 1845.

[339] Ebd., S. 1855.

[340] Artikel Schröder, in: „Die Welt", 10. 10. 1960.

[341] Artikel Lentin, in: „France-Observateur", 13. 10. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 648–650, hier S. 648.

es nachher, der Besuch sei „ein persönlicher Erfolg" Debrés[342], weil er die erwartete „Katastrophe" verhindert[343] und die Charakterisierung seiner Kritiker, er sei ein „‚Lügner, Gangster'"[344], korrigiert habe. Die frankophile Fraktion im Auswärtigen Amt plädierte für eine positive Einstellung zu den französischen Plänen und bemühte sich unablässig, sowohl den Ärger des Kanzlers als auch eine von ihr beklagte „Tendenz zu den Engländern bezw. nicht zu den Franzosen" in der eigenen Behörde zu überwinden[345].

Die Verständigung auf die Weiterentwicklung der europapolitischen Vorschläge de Gaulles durfte zweifellos als Positivum verbucht werden. Waren diese Vorstellungen aber wirklich so vernünftig, daß der Kanzler Anlaß hatte, wie der „Rheinische Merkur" ihm riet, möglichst rasch und nicht erst im Dezember zum General zu reisen, um „den europäischen Rest" zu klären[346]? Es ging doch nicht bloß um einen europäischen Rest, sondern um die prinzipiell noch offene Frage, wie der „grundlegende Unterschied" zwischen der französischen und der deutschen Europakonzeption beseitigt werden konnte: hier ein von den USA unabhängigeres Europa mit französischer Führungsrolle, dort die europäische Zusammenarbeit als Korrelativ zur amerikanischen Sicherheitsgarantie[347]. Seydoux warnte den Quai d'Orsay denn auch vor dem Trugschluß, es seien jetzt sämtliche Probleme behoben. Die deutschen Befürchtungen könnten jederzeit wieder aufbrechen „en fonction de notre attitude et de nos propos"[348]. Vor diesem Hintergrund wichen die Franzosen jetzt von ihrer Absicht ab, die politische Zusammenarbeit in Europa ausschließlich in die Hände der Regierungschefs, nicht aber der Außenminister zu legen, und sagten auf holländische und belgische Vorbehalte hin zu, auch die Minister zur europäischen ‚Gipfelkonferenz' Anfang Dezember einzuladen[349].

Derweil kamen die Arbeiten des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung der deutsch-englischen Gespräche über die Beziehungen zwischen EWG und EFTA nur schleppend voran. Adenauer ließ Macmillan am 21. 10. wissen, er hoffe Debré überzeugt zu haben, wie wichtig die enge Zusammenarbeit mit Großbritannien zur Bewahrung der westlichen Einigkeit sei[350]. Die enge Kooperation mit Frankreich, so lautete die Devise im Auswärtigen Amt, dürfe „nicht als gegen dritte Staaten gerichtete Blockbildung oder als Blockbildung innerhalb der Sechser-Gemeinschaft angesehen" werden[351]. Ein Beitritt Englands zur EWG stand nach An-

[342] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 24.
[343] Artikel Botta, in: „Rheinischer Merkur", 14. 10. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 651.
[344] Tb. Jansen, 12. 10. 1960, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 24.
[345] Tb. Jansen, 23. 10. 1960, zitiert nach: ebd., S. 21.
[346] Artikel Botta, in: „Rheinischer Merkur", 14. 10. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 653.
[347] Lucas, De Gaulle, S. 139.
[348] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 90, Seydoux an MAE, Tel. 4384/87, 12. 10. 1960.
[349] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, „Besprechung zur Vorbereitung der Außenministertagung" vom 17. 10. 1960, 18. 10. 1960; ebd., Jansen an van Scherpenberg, Tel. AZ 2-200-80.10/57/60, 19. 10. 1960, Citissime mit Vorrang.
[350] S. Adenauer an Macmillan, 21. 10. 1960, auszugsweise Übersetzung in: Macmillan, Pointing the Way, S. 322.
[351] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Jansen an van Scherpenberg, Aufzeichnung 204-82.00/94.07, 21. 10. 1960.

sicht der Bundesregierung nicht zur Diskussion; allenfalls eine Assoziation oder eine Zollunion meinte man prüfen zu können[352]. Nach der Anfang November stattfindenden ersten Beratung zwischen Harkort und dem englischen Kollegen Barclay schien alles auf eine Zollunion und eine Freihandelszone hinauszulaufen. Man verabredete sich für eine weitere Begegnung Ende November, um anschließend die Franzosen hinzuzubitten und in echte Verhandlungen einsteigen zu können[353].

Während bei Macmillan Hoffnung aufkeimte, man könne die deutsch-französischen Zwistigkeiten für die eigenen europapolitischen Aspirationen nutzen[354], gewann Erhard den Eindruck, der Brückenschlag zwischen EWG und EFTA käme nicht recht vorwärts. Daher startete er erneut eine Pressekampagne, mit der er für eine atlantische Gemeinschaft und die enge Partnerschaft zwischen EWG und EFTA warb[355]. Wenngleich der Kanzler dieses Anliegen im Prinzip gewiß teilte, war ihm das öffentliche Wirken des Wirtschaftsministers ein Dorn im Auge, zumal es ihm jetzt vor allem auf die *politische* Zusammenarbeit in Europa ankam. Ganz Pragmatiker, ermahnte er wiederholt dazu, die Dinge nicht zu übereilen. Die europäische Föderation, so ließ er sich im Pressegespräch vernehmen, werde trotz der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich kommen. Bis zum Jahre 2000 sei das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa „bestimmt erreicht"[356]. Aber das müsse wachsen, „und es wird auch wachsen"[357]. Die Debatte mit de Gaulle über die Form der Kooperation schien ihm zur Zeit wenig fruchtbringend. Wenn man nur das Wirtschaftliche und das Menschliche pflege, dann werde das andere sich „mehr oder weniger von selbst" einstellen. Falls aber das dem General zugeschriebene „Europa der Vaterländer" bedeute, „daß nur ein Bündnisvertrag abgeschlossen werden soll, dann bin ich nicht dafür", warnte er Ende November gegenüber einem französischen Journalisten[358].

An der Seine machte sich ob derartiger Verlautbarungen der Eindruck breit, der Kanzler habe an der Fortsetzung der politischen Zusammenarbeit Europas kein Interesse und beabsichtige, alle europäischen Pläne zurückstellen. Gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Furler, ließ de Gaulle am 24. 10. keinen Zweifel daran, daß die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes nicht nur gefährdet, sondern zerstört werde, wenn es nicht gelänge, die Grundlage zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu legen. Die bisherigen Außenministertreffen der Sechs bewertete er als völlig erfolglos. Die allseits akzeptierte Konferenz der Regierungschefs schwebte in der Luft, weil die Bundesregierung es bisher nicht für

[352] S. AMAE, DE-CE, Bd. 630, Bl. 243, Seydoux an MAE, Tel. 4640/42, 26. 10. 1960.
[353] S. ebd., Bl. 244–245, ders. an dass., Tel. 4813/21, 4. 11. 1960; zur Fortsetzung der deutsch-englischen Gespräche am 28./29. 11. 1960 s. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3632/46, 2. 12. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 699–702.
[354] Vgl. Buffet, „Histoire d'amour", S. 92.
[355] S. Artikel Erhard, in: „Die Zeit", 11. 11. 1960, auch in: ders., Gedanken, S. 646–648; vgl. Koerfer, Kampf, S. 525.
[356] ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Shisgall vom 29. 9. 1960.
[357] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 362, Interview zwischen dems. und Bailey vom 14. 11. 1960, Vertraulich.
[358] Ebd., S. 388 u. 391, Interview zwischen dems. und Botrot vom 24. 11. 1960, Vertraulich.

nötig empfunden habe, ein Datum festzulegen[359]. De Gaulle empfand das als fatal, pochte auf die Einhaltung des in Aussicht genommenen Termins, des 5. 12. Um Adenauers Unnachgiebigkeit aufzuweichen, ließ er ihm Ende Oktober über Couve de Murville sein Interesse an einer vorhergehenden Besprechung mit dem Ziel signalisieren, das getrübte deutsch-französische Verhältnis zu klären[360]. Der Kanzler aber wünschte „aus mehr oder weniger praktischen und technischen Gründen" eine Verlegung[361], weil er eine Verschärfung der Auseinandersetzung befürchtete und nicht daran glaubte, de Gaulles Abneigung gegen die Integration beseitigen zu können[362]. Da der General jedoch auf der Regierungskonferenz zum vorgesehenen Datum beharrte, um sie nicht als Vorspiel zur alljährlichen NATO-Konferenz Mitte Dezember abzuwickeln, riet von Brentano dem Kanzler am 28. 10. dazu, dem Gesuch des Präsidenten aus Rücksicht auf die durch die Algerienprobleme prekäre innenpolitische Situation Frankreichs nachzukommen[363]. Auch Monnet forderte Adenauer dazu auf, nicht innezuhalten, sondern sofort mit der Diskussion über die Pariser Europakonzeption zu beginnen. Ausdrücklich sprach er sich für den Gedanken der regelmäßigen Regierungskonferenzen und die Schaffung einer europäischen Konföderation aus[364].

Wie Seydoux aus vertraulicher Quelle erfuhr, wollte von Brentano offenbar einen Teil der Vorschläge de Gaulles umsetzen, und zwar die systematischen Treffen der Regierungschefs, der Minister und des Kulturausschusses. Das permanente Sekretariat aber lehnte er ab[365]. Auch von italienischer Seite wurde den Franzosen nun vorsichtiges Entgegenkommen signalisiert. Anläßlich bilateraler Regierungsgespräche stimmte Fanfani Ende November dem Wunsch Debrés nach der Regierungskonferenz der Sechs zu, versagte es sich aber, schon jetzt einer Periodizität solcher Treffen beizupflichten[366]. De Gaulle trieb daher die Vorbereitung der Konferenz unverdrossen voran und ließ Blankenhorn Anfang Dezember ein Memorandum mit seinen Vorstellungen zur Tagesordnung überreichen, das bemerkenswerterweise auch das Thema NATO aufwies[367]. Für die bilateralen Konsultationen mit den Deutschen stellten die Franzosen die seit Monaten schwebende Frage der Inkraftsetzung des Gemeinsamen Marktes im Agrarbereich in den Vordergrund. Nach den von der EWG-Kommission am 30. 6. vorgelegten Vorschlägen sollte die Übergangszeit zum Gemeinsamen Markt für die

[359] S. Unterredung zwischen Furler und de Gaulle vom 24. 10. 1960, 18. 11. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 604; BA, NL Furler, Bd. 142, Fischer an Furler, Aufzeichnung, 3. 11. 1960.

[360] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Blankenhorn vom 25. 10. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 529f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 40, Tb. 25. 10. 1960.

[361] Ebd., NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 114f., von Brentano an Adenauer, MB 1414/60, 28. 10. 1960, Geheim.

[362] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 349, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960.

[363] S. BA, NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 114f., von Brentano an Adenauer, MB 1414/60, 28. 10. 1960, Geheim; s.a. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 4677/86, 27. 10. 1960, Secret, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 535–537. Zum Stand der Algerienfrage im Herbst 1960 vgl. Kap. V.1.5.

[364] S. Monnet an Adenauer, 21. 11. 1960, im Auszug in: Monnet, Erinnerungen, S. 552–554.

[365] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 101, Seydoux an MAE, Tel. 5045/47, 18. 11. 1960, Confidentiel, Réservé.

[366] S. Unterredung zwischen Debré und Fanfani vom 26. 11. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 640–645; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an von Brentano, Aufzeichnung 2-204-83.20/94.07, 29. 11. 1960; Vaïsse, De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, S. 662.

[367] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Carstens, Vermerk, 1. 12. 1960; Memorandum de Gaulle, 5. 12. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 417f.

meisten landwirtschaftlichen Produkte nicht länger als bis zum 30. 6. 1967 ausgedehnt werden[368]. Als der EWG-Ministerrat Mitte Juli die Kommissionsvorschläge beriet, zeigten sich erhebliche Differenzen über den einzuschlagenden Weg. Während die Deutschen vor einer zu raschen Angleichung der Nahrungsmittelpreise im Gemeinschaftsgebiet warnten, unterstrichen die Niederländer die Probleme der vorgesehenen Richtpreissysteme und die daraus resultierende Gefahr von Produktionsüberschüssen[369]. Im Laufe der Sitzungen des nun einberufenen Spezialkomitees wurde deutlich, daß die deutschen Bedenken sich nicht nur gegen die zwei Hauptaspekte des Agrarmarktes, Annäherung der Preise und Politik gegenüber Drittstaaten, sondern auch gegen die von der Kommission vorgesehene gemeinsame Agrarpolitik insgesamt richteten. Für Bonn galt der Grundsatz, die schrittweise Umgestaltung der Schutzmaßnahmen für Agrarerzeugnisse dürfe nicht auf Kosten der Landbevölkerung stattfinden, die einen „wesentlichen Faktor in der Gesellschaftsordnung der Gemeinschaft" darstelle[370]. Konkret wünschte sich die Bundesregierung eine unbestimmt terminierte Übergangsperiode und eine einfache Koordinierung der nationalen Marktordnungen anstatt der von Brüssel geplanten komplexen institutionellen Struktur[371]. Für Frankreich stellte sich die Angelegenheit so dar, als ob man die Bundesrepublik davon überzeugen müsse, die Preise durch Minderung der Kosten mit Hilfe von Subventionen zu senken[372].

Am 1. 12. wandte sich von Brentano erneut an Adenauer und riet ihm dringend dazu, das Gesprächsangebot de Gaulles endlich anzunehmen. Da die Bundesregierung mit ihrer Position immer mehr in die Isolierung geriet, drohte ihr bei einer Diskussion zu sechst eine kompakte antideutsche Front. Das Treffen mit den Franzosen allein bot nach Ansicht des Ministers die Möglichkeit, ihnen mit der Darlegung der deutschen Probleme die Bereitschaft zur Errichtung des Gemeinsamen Agrarmarktes zu signalisieren[373]. Ohnehin bewertete er die Diskrepanzen mit Frankreich in der Europapolitik gar nicht mehr als so schwerwiegend. Wenn Paris die Römischen Verträge respektiere, könne man über Verbesserungen in der politischen Zusammenarbeit sehr wohl reden[374].

Auch die Gegner einer solchen Verständigung blieben nicht untätig. Hallstein etwa warnte Adenauer davor, in die kommenden Verhandlungen die NATO-Reform miteinzubinden, weil die Franzosen dann für Konzessionen im Verteidigungsbereich Gegenleistungen in der Europapolitik fordern könnten. Auch eine Verknüpfung mit dem Problem der Beziehungen zu Großbritannien schien ihm augenblicklich voller Gefahren, da Druck auf Frankreich in seinen Augen zur Zeit

[368] Vgl. Bulletin 1960, S. 1270; AdG 1960, S. 8510A; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 260; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 88 f.

[369] Vgl. AdG 1960, S. 8540A. Zur französischen Position s. Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 132/CE, 16. 7. 1960 (Konzept YD), in: DDF 1960, Bd. 2, S. 97–101.

[370] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, „Stand der europäischen Integration", o.D.

[371] S. AMAE, DE-CE, Bd. 653, Bl. 230–232, Aufzeichnung des MAE Nr. 173/CE, 4. 10. 1960 (Konzept YD).

[372] S. Brunet an Wormser, Aufzeichnung, 26. 10. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 531–533.

[373] S. BA, NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 133–135, von Brentano an Adenauer, MB 1577/60, 1. 12. 1960, Geheim.

[374] S. ebd., ders. an dens., 5. 12. 1960; s.a. Marcowitz, Option, S. 61 f.

nichts brachte und auch die Engländer noch nicht weit genug waren, um eine Lösung zu akzeptieren, die die kontinentale Integration unberührt ließe. So appellierte er, den erreichten Integrationsstand auf den geplanten Regierungschefkonferenzen nicht zu gefährden, und verlangte die Anhörung der EWG-Exekutiven in allen Fragen, die die Gemeinschaft berührten. Das von de Gaulle gewünschte politische Sekretariat betrachtete er als inakzeptabel. Als Gegenleistung für ein Eingehen der Sechs auf die französischen Europapläne hielt Hallstein die Fusion der Exekutiven für unabdingbar. Die Direktwahl des Europaparlaments schien ihm wünschenswert, ein Referendum bei richtiger Fragestellung durchaus nutzbringend[375].

Noch am selben Tag teilte der Kanzler dem General mit, er könne aus gesundheitlichen Gründen nicht zum vorgesehenen Regierungstreffen nach Paris kommen[376]. Eine fast dreiwöchige Bronchitis gab ihm den passenden Anlaß, der zweiseitigen Begegnung und der Sechser-Konferenz auszuweichen[377]. Damit waren beide Veranstaltungen geplatzt, für den Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Osterheld, ein Zeichen, wie hoch Adenauers Ansehen bei den übrigen Fünf war, für dessen Dolmetscher Hermann Kusterer der Beleg, daß der General eine Konferenz ohne den Kanzler nicht wollte[378].

„L'Allemagne était foncièrement hostile à une politique agricole intégrée et dirigiste"

Angesichts der fehlenden Bereitschaft des Bundeskanzlers, auf den französischen Staatspräsidenten zuzugehen, war es wenig förderlich, daß dessen Regierung ausgerechnet jetzt erheblichen Druck in der seit langem umstrittenen Frage des Verhältnisses der EWG zu den assoziierten Überseegebieten ausübte. Mit den Römischen Verträgen war im März 1957 eine bis zum 31. 12. 1962 gültige Konvention über die Anwendung der Assoziation der afrikanischen Kolonien wie z. B. Togo, Elfenbeinküste, Obervolta oder Tschad verabschiedet worden[379], die nach der mittlerweile erfolgten Entlassung dieser Staaten in die Unabhängigkeit und nach der Entscheidung der EWG zur Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes einer Neuregelung bedurfte. Mitte Juli 1960 hatte sich der EWG-Ministerrat darauf verständigt, die Bestimmungen des Römischen Vertrages bis zu einer Neuregelung für die unabhängig gewordenen Staaten aufrechtzuerhalten, zugleich aber eine grundsätzliche Prüfung des Problems einzuleiten[380].

Frankreich, das als ehemalige Kolonialmacht natürlich ein großes Interesse besaß, die Beziehungen zu diesen Staaten möglichst eng zu gestalten, um seinen Einfluß zu sichern, ging davon aus, daß sich die Rechtsbasis durch die gewandelte politische Lage in den afrikanischen Staaten nicht geändert habe[381]. Demgegenüber

[375] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Hallstein an Adenauer, 2. 12. 1960, Persönlich, Unter Umschlag.
[376] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 2. 12. 1960.
[377] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 590.
[378] S. Kusterer, Kanzler, S. 158; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 12f.
[379] Vgl. Kap. IV.2.2.
[380] Vgl. Müller-Armack, Weg, S. 184–191; AdG 1960, S. 8540A.
[381] S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 189, Bl. 109–123, Aufzeichnung, August 1960 (Konzept FD).

vertraten die Niederlande die Ansicht, das Assoziationsverhältnis sei aufgehoben; die EWG müsse sich hüten, ihr Präferenzsystem einfach zu übertragen. Auch die übrigen Partner anerkannten die französische These nicht voll, warnten allerdings vor einer sterilen rein juristischen Debatte und verlangten pragmatische Lösungen. Die Definition einer endgültigen neuen Regelung hielten sie im Prinzip für erforderlich, aber für verfrüht, wobei die Assoziation möglichst bewahrt werden sollte[382].

Ende September präsentierte die Kommission entsprechende Vorschläge, die den Assoziierten eine Präferenz zubilligten und sie auch in den Genuß der Beschleunigungsmaßnahmen gelangen lassen wollten, wobei einige tropische Produkte wie Kaffee oder Kakao ausgeklammert blieben[383]. Während Belgien nun heftig gegen die französische Position anging, hielt sich die Bundesrepublik auffällig zurück, obwohl auch sie die französischen Thesen nicht teilte. Eine Assoziation mit den jungen Staaten in Afrika schien ihr nur in dem Maße vorteilhaft, wie sie dazu verhalf, dort politisch und wirtschaftlich Boden zu gewinnen. Die bisher afrikanischerseits angebotenen Absatzmöglichkeiten wirkten aber kaum verlokkend[384].

Ende Oktober billigten die Partner auf der Konferenz der sechs EWG-Außenminister eine Anregung Couve de Murvilles, den Status quo vorläufig zu bewahren und eine Entscheidung erst nach Ablauf der Assoziations-Konvention Ende 1962 zu treffen[385]. Angesichts der nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik wachsenden Opposition wirtschaftlicher Kreise gegen die Präferenzen für die assoziierten Überseestaaten[386] sah Frankreich seine Strategie, das Problem auf die lange Bank zu schieben, jedoch gefährdet. Gegen den vereinten Widerstand der Partner drängte es daher Anfang November auf eine Umsetzung der Kommissionsempfehlungen vom 30. 9. Die Ständigen Vertreter setzten daraufhin im Auftrag des EWG-Ministerrats eine Arbeitsgruppe zur Prüfung des Problems ein. Die Erfolgsaussichten schienen nicht eben günstig[387]. Die erste Sitzung des Ausschusses am 2. 12. bestätigte die Skepsis in vollem Maße. Der französische Vertreter drängte auf eine rasche Entscheidung im Sinne der Kommissionsvorschläge. Sein deutscher Kollege hingegen verlangte eine Anpassung der Assoziationsverhältnisse an die aktuelle politische Lage, hielt sich bei der detaillierten Prüfung des Brüsseler Konzeptes zurück bzw. lehnte es ab[388].

[382] S. ebd., Bd. 188, Bl. 222–224, Gorse an MAE, Tel. 594/603, 14. 9. 1960.

[383] S. ebd., DE-CE, Bd. 723, Bl. 265–269, Aufzeichnung des Ministeriums für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten, o.D.; ebd., Bl. 270–273, Valdant an Baumgartner, Aufzeichnung Nr. 9111/AEOM, 14. 12. 1960.

[384] S. ebd., Bl. 118–121, Aufzeichnung des MAE, Nr. 174/CE, 4. 10. 1960 (Konzept YD).

[385] S. Konferenz der EWG-Außenminister vom 31. 10. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 555; AdG 1960, S. 8712D.

[386] S. AMAE, DE-CE, Bd. 723, Bl. 180, Seydoux an MAE, Tel. 4862/64, 7. 11. 1960, Confidentiel, Réservé.

[387] S. ebd., Bl. 209f., Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, Nr. 215/CE, 18. 11. 1960 (Konzept YD), mit Marginalie Wormser; ebd., Bl. 213, Gorse an MAE, Tel. 807/11, 26. 11. 1960, Réservé; ebd., Bl. 265–269, Aufzeichnung des Ministeriums für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten, o.D.

[388] S. ebd., Bl. 239–246, Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Überseestaaten vom 2. 12. 1960, R/1246/60, 5. 12. 1960; ebd., Bl. 270–273, Valdant an Baumgartner, Aufzeichnung Nr. 9111/AEOM, 14. 12. 1960; Gorse an Couve de Murville, Tel. 860/868, 3. 12. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 707f.

Als Bonn dann am 6. 12. eine Erörterung des Themas im EWG-Ministerrat verhinderte und auch im Kreis der Ständigen Vertreter eine Diskussion blockierte, reagierte Paris mit einer „démarche pressante", um am 19. 12. eine Grundsatzentscheidung im Ministerrat durchzuboxen[389]. Das Auswärtige Amt legte sich indes quer, weil jedes den Assoziierten neuerlich gegebene Privileg aus seiner Sicht die deutsche Politik gegenüber den übrigen unterentwickelten Staaten erschwerte. Indem Carstens Seydoux gegenüber überraschend die Aufbringung deutscher Schiffe durch die französische Marine vor der nordafrikanischen Küste ins Gespräch brachte, unterstrich er noch, wie ungünstig der Zeitpunkt für das französische Gesuch war. Der Botschafter wies diesen Konnex natürlich sofort zurück und scheute sich auch nicht, dem Staatssekretär die Abhängigkeit der Bundesrepublik von Frankreich in anderen, sie stärker interessierenden Fragen vor Augen zu führen. Zwar glaubte er, mit diesem Erpressungsmanöver Wirkung erzielt zu haben, gab sich allerdings keinen großen Hoffnungen für den 19. 12. hin. Denn die eigentlichen Widerstände kamen nicht aus dem Auswärtigen Amt, sondern aus dem Wirtschaftsministerium[390].

In der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe für die Überseegebiete am 9. 12. gab es – wie fast zu erwarten – keinerlei Fortschritte. Gemeinsam mit den Holländern lehnten die Deutschen die Kommissionsvorschläge noch immer ab, da sie die Zukunft der Assoziation nach Ablauf der Anwendungskonvention präjudizierten und Drittstaaten in Lateinamerika oder im englischsprachigen Teil Afrikas benachteiligten. Nicht einmal eine Einigung über das weitere Procedere konnte erreicht werden[391]. Dennoch bestand der Matignon darauf, den EWG-Ministerrat mit den Kommissionsvorschlägen und dem Bericht der Arbeitsgruppe zu befassen, um den frankophonen Staaten Afrikas nicht den Abbruch der im EWG-Vertrag mit ihnen – freilich unter anderen Voraussetzungen – fixierten Beziehungen erklären zu müssen[392].

Auf seiner Tagung am 19./20. 12. nahm der Rat den Willen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis, in ihrem Handel mit assoziierten Überseegebieten die Beschleunigung durchzuführen, die sie untereinander ab 1. 1. 1961 anzuwenden gedachten. Im übrigen beauftragte er die Arbeitsgruppe der Ständigen Vertreter, die Prüfung der Kommissionsvorschläge für tropische Erzeugnisse fortzusetzen[393]. Ungeachtet der erheblichen Bedenken im französischen Landwirtschaftsministerium[394] einigte sich der Rat auf der Basis einer zwischenzeitlich erreichten Einvernahme

[389] S. AMAE, DE-CE, Bd. 723, Bl. 249, Valéry an Bonn, Tel. 6441/42, 7. 12. 1960.

[390] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 5354/58, 8. 12. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 719–712. Zur Aufbringung deutscher Handelsschiffe durch die französische Marine vgl. Kap. V.1.5.

[391] S. AMAE, DE-CE, Bd. 723, Bl. 265–269, Aufzeichnung des Ministeriums für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten, o.D.; ebd., Bl. 270–273, Valdant an Baumgartner, Aufzeichnung Nr. 9111/AEOM, 14. 12. 1960; ebd., Bl. 289f., Aufzeichnung der Unterabt. für wirtschaftliche Zusammenarbeit im MAE, 17. 12. 1960 (Konzept YD).

[392] S. ebd., Bl. 291f., Kabinett des Staatssekretariats beim Premierminister für die Beziehungen zu den Staaten der Communauté an Couve de Murville, cab no.33.500bis, 18. 12. 1960.

[393] S. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 6841 etc., 26. 12. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 791–793; AdG 1961, S. 8845A; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 88.

[394] S. Wormser an Couve de Murville, Aufzeichnung, 16. 12. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 756f.; Abt. für Auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten an Baumgartner, Aufzeichnung, 16. 12. 1960, in: ebd., S. 753–755.

zwischen Bonn und Paris[395] nach einer langen, mitunter konfusen Debatte außerdem auf die Ausdehnung der Bestimmungen über die Beschleunigung auf den Agrarbereich zum 1. 1. 1961. Als das entscheidende Instrument gegen die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen wurden Grundsätze für die Einführung eines Abschöpfungssystems bei einer Reihe noch festzulegender Agrarprodukte für den Handel zwischen der EWG und Drittländern festgelegt. Namentlich die Vertreter aus der Bundesrepublik, aus Belgien und Luxemburg hielten an der Meinung fest, daß der Schutz der Landwirtschaft nicht allein durch Abschöpfungen gewährleistet werden könne, sondern darüber hinaus auch andere Mittel wie Kontingente, Zölle und Mindestpreise anwendbar bleiben müßten. Da die Deutschen den beschlossenen Maßnahmen außerdem nur provisorischen Charakter zubilligten, beauftragten die Minister den Agrarausschuß des Rates, sich erneut mit der Möglichkeit einer endgültigen Regelung zu befassen. Das Ergebnis trug eindeutig dem Willen der Deutschen und Franzosen zu einem Grundkompromiß Rechnung. Bonn hatte hinzunehmen, daß die Durchführung einer einheitlichen Agrarpolitik Bedingung für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes bei Industrieerzeugnissen war. Paris mußte einsehen, daß die Bundesrepublik „était foncièrement hostile à une politique agricole intégrée et dirigiste". Schwierigkeiten bei der Umsetzung des nun festgelegten Programms waren somit vorhersehbar[396].

Einen Vorgeschmack ganz eigener Art lieferte wenige Tage später der Bundeswirtschaftsminister, der mit publizistischer Verve abermals gegen die Integrationsbemühungen der Sechs anging. In der Weihnachtsausgabe des „Handelsblattes" polemisierte er scharf gegen die Kleineuropäer und das von ihnen erhobene Monitum, ein Zusammenführen von EWG und EFTA sprenge den Gemeinsamen Markt und diskriminiere die USA. Eine solche „Konstruktion am Reißbrett" beweise nur, wie wenig ihre Verfechter „die Zeichen der Zeit, d. h. die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte der freien Welt in einer multilateralen Ordnung und die daraus fließende Kraft" erkannt hätten[397].

Erhards Artikel besaß eine dreifache Stoßrichtung: gegen Adenauer, der sich für die EWG stark machte, wobei ihm aber in diesen Wochen gewiß kein „antibritische[r] Soupçon" unterstellt werden konnte[398]; gegen die Kommission in Brüssel und gegen Frankreich, das den Ausgleichsbemühungen zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsblöcken kritisch gegenüberstand. Wieder einmal stellte der Minister, der in der französischen Diplomatie inzwischen als kommender Kanzler gehandelt wurde, unter Beweis, daß er ungeachtet aller Freund-

[395] S. Wormser an van Scherpenberg, Tel. 6463/74, 8. 12. 1960, Personnelle, in: ebd., S. 721–723; Abt. für Auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten an Baumgartner, Aufzeichnung, 16. 12. 1960, in: ebd., S. 753–755; AMAE, DE-CE, Bd. 650, Seydoux an MAE, Tel. 5426, 9. 12. 1960; ebd., Bd. 653, Bl. 263–266, MAE an Bonn u. Brüssel, Tel. 6586/96 u. 730/39, 16. 12. 1960, Immédiat; ebd., Bl. 275–279, Aufzeichnung der Abt. wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 16. 12. 1960 (Konzept OW).

[396] Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 6841 etc., 26. 12. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 791–793, hier S. 793; AdG 1961, S. 8845A; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 88.

[397] Artikel Erhards, in: „Handelsblatt", 23./24. 12. 1960, auch in: ders., Gedanken, S. 653–656, hier S. 655; vgl. Koerfer, Kampf, S. 525 f.; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 95.

[398] Koerfer, Kampf, S. 526.

schaftsbekundungen zu Frankreich seiner globalen Freihandelskonzeption nicht abschwor[399].

Die Reaktionen an der Seine fielen entsprechend abfällig aus[400]. Adenauer hielt es daher nach den Weihnachtstagen für ratsam, den negativen Wirkungen über diplomatische Kanäle in Paris entgegenzutreten und die Kontinuität deutscher Europapolitik zu beschwören[401]. Als seine Kalmierungsaktion Mitte Januar 1961 an die Öffentlichkeit drang[402], reagierte Erhard höchst pikiert und ließ sich auch von beschwichtigenden Darlegungen von Carstens nicht beruhigen[403]. Im Gegenteil – deutlich ließ er ihn spüren, wie sehr es ihn kränkte, daß die Bundesregierung sich letztlich nicht darum scherte, was ihr Wirtschaftsminister öffentlich erklärte[404]. Den ihm zugedachten Maulkorb legte er nicht an, setzte seine publizistische Agitation vielmehr nach dem Jahreswechsel im „Handelsblatt" mit dem sinnfälligen Titel „Darf man über ‚Europa' sprechen?" fort[405]. Die Reaktion des Kanzlers fiel diesmal moderater aus, wohl auch, weil der Minister sich etwaiger Spitzen gegen Frankreich enthalten und den Zwang zur Annäherung zwischen EWG und EFTA vor allem mit dem Kampf gegen die kommunistisch-totalitäre Gefahr in Zusammenhang gebracht hatte[406].

„Dem Manne ohne Not Schwierigkeiten zu machen, halte ich nicht für richtig"

Die in Palais Schaumburg und Elysée-Palast mit Skepsis verfolgte Wachablösung im Weißen Haus einerseits, die von de Gaulle mit Bravour gewonnene Volksabstimmung über die Selbstbestimmung der algerischen Bevölkerung andererseits trugen maßgeblich dazu bei, daß Bonn und Paris kurz nach dem Jahreswechsel wieder aufeinander zugingen. Für die ins Wasser gefallene Regierungskonferenz sowie die Begegnung zwischen Adenauer und de Gaulle zeichnete sich als neuer Termin der 9. und 10. 2. 1961 ab. Couve de Murville und Blankenhorn kamen am 3. 1. überein, das bilaterale Gespräch in erster Linie den großen politischen Fragen wie dem Ost-West-Verhältnis und den Beziehungen zu den USA nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kennedy zu widmen. Hinsichtlich der politischen Organisation der sechs Staaten neigte man im Quai d'Orsay dazu, eine Idee Monnets aufzugreifen und einer Studienkommission aus Beamten der sechs Außenministerien den Auftrag zu erteilen, einen Bericht über die politische Organisation unter besonderer Berücksichtigung der bestehenden Verträge zu verfassen[407].

Im Auswärtigen Amt nahm die Bereitschaft, sich der Diskussion über die Europapläne de Gaulles zu stellen, deutlich zu. Die Beamten glaubten, der Gene-

[399] S. Seydoux an MAE, Tel. 5410/17, 9. 12. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 724 f.
[400] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 109, Bl. 182–185, Unterredung zwischen Blankenhorn und Couve de Murville vom 3. 1. 1961.
[401] S. AMAE, Europe 1944–1960, Généralités, Bd. 188, Bl. 312, Laloy an Bonn, Tel. 6883, 30. 12. 1960.
[402] Vgl. AdG 1961, S. 8860E.
[403] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, von Schmoller an Voigt, 13. 1. 1961.
[404] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 526.
[405] S. Artikel Erhards, in: „Handelsblatt", 17. 1. 1961, auch in: ders., Gedanken, S. 657–661.
[406] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 416 f., Kanzler-Tee, 19. 1. 1961.
[407] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 109, Bl. 182–185, Unterredung zwischen Blankenhorn und Couve de Murville vom 3. 1. 1961.

ral sei nach den harschen Kritiken im In- und Ausland von der Idee abgerückt, die Bedeutung der EWG zu senken. Wieso, so lautete daher ihr Kalkül, sollte man also nicht über den anderen Teil seiner Überlegungen, die Zusammenarbeit der Sechs auf den durch den EWG-Vertrag nicht geregelten Gebieten, nachdenken? Die Auflagen der Amtes blieben gleichwohl hoch: keine Schwächung der NATO; Unantastbarkeit der Gemeinschaften; Direktwahl zum Europäischen Parlament in absehbarer Zeit; keine Belastung des Verhältnisses zu Großbritannien. Waren diese Konditionen erfüllt, dachte man als ersten Schritt an eine unverbindliche Absprache der Sechs über eine koordinierte Zusammenarbeit etwa durch regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs, der Außen- und der Kulturminister. Ein gemeinsames Sekretariat galt weiterhin als entbehrlich. Die Zukunft mußte dann erweisen, ob eine engere Kooperation in Richtung auf eine europäische Konföderation möglich wäre[408].

Als Carstens diese Zielsetzung am 23. 1. vor den Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages auf den knappen Nenner brachte: „Regelmäßige Konferenzen der sechs Regierungschefs, Intensivierung der außenpolitischen Koordinierung, Kultusministerkonferenzen", erhob sich lautstarker Protest. Parlamentarier der Union um zu Guttenberg, Martin und Birrenbach empfanden die deutsche Position einerseits als allzu zaghaft. Andererseits befürchteten sie unliebsame Konsequenzen für den Bestand der Gemeinschaften und eine Gefährdung der bisherigen Europapolitik. Im Gegenzug rieten sie, durch die Außenminister oder durch Sachverständige einen Stufenplan innerhalb eines bestimmten Zeitraums zur Erreichung eines vereinten Europa auszuarbeiten. Die neuen Institutionen sollten mit den bestehenden Gemeinschaften in einem europäischen Organisationsrahmen verzahnt, ein Sekretariat eingerichtet und die Assoziationsmöglichkeit Englands geschaffen werden. Angesichts der ihnen bedenklich anmutenden Position Erhards sprachen sie sich dafür aus, von Brentano für ihr anspruchsvolles Programm zu gewinnen und dann die Fraktion hinter sich zu bringen[409].

Dem Außenminister ging es jetzt in erster Linie darum, mehr Information über die französische Strategie für die bevorstehende Regierungskonferenz zu erhalten. Doch die diplomatischen Kanäle gaben nicht viel her. Der Quai d'Orsay verfügte selbst nur über unzureichende Kenntnisse, da de Gaulle sich Themenstellung und Führung der Gespräche persönlich vorbehielt. Nur soviel schien sicher: Der Präsident beabsichtigte, einen „Schlußstrich" unter die bilateralen Verhandlungen des vergangenen Sommers zu ziehen[410]. Aus Brüssel wurde darüber hinaus bekannt, Paris wünsche, die Errichtung einer Europäischen Universität auf die Agenda zu setzen, nachdem Bonn seinen jahrelangen Widerstand gegen den französischen Plan einer nicht von der Gemeinschaft, sondern ausschließlich von den Mitgliedstaaten der EWG zu gründenden Hochschule aufgegeben hatte[411].

[408] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Aufzeichnung Voigt, 17. 1. 1961.

[409] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Brand an von Brentano, Aufzeichnung 991–80–68/6, 23. 1. 1961, VS-NfD; s.a. ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 25.

[410] Ebd., I-149-006 [VI]-1, Aufzeichnung Jansen, 2–200–80.10/5/61, 21. 1. 1961.

[411] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, ders. an Staatssekretär, Aufzeichnung 202–85.22/4/61, 21. 1. 1961; zur Frage der Errichtung einer Europäischen Universität s.a. Müller-Armack, Weg, S. 173–183.

Einigkeit erzielten Deutsche und Franzose jetzt bemerkenswerterweise auch darin, die Briten an den regelmäßigen Konsultationen der Regierungschefs nicht zu beteiligen, weil man ihnen keine Rechte einräumen wollte, ohne daß sie die Lasten der Sechsergemeinschaft mittrügen. Jansen sah sich allerdings veranlaßt, in Paris klarzustellen, daß Adenauer aus gesamtpolitischen Erwägungen und angesichts der „nach wie vor geringen Tragfestigkeit des deutsch-englischen Verhältnisses" es nicht riskieren könne, Großbritannien auszuschließen[412]. Entweder war dies ein taktischer Schachzug, um die Franzosen in die Position zu drängen, England nicht einzuladen, oder aber Jansen sah Adenauers Position in falschem Licht. Denn der Kanzler konzentrierte sich nach dem vorübergehenden ‚Frühling' in den Beziehungen zu Großbritannien inzwischen wieder stärker auf Frankreich und dessen nach wie vor prekäre Lage in Algerien. „Dem Manne ohne Not Schwierigkeiten zu machen, halte ich nicht für richtig", war sein Kommentar, als Journalisten ihn Ende Januar nach seiner Bereitschaft fragten, auf de Gaulles europapolitische Vorstellungen zuzugehen. Nur das europäische Sekretariat, das lehnte er nach wie vor ab[413]. Neben der unannehmbaren Haltung Londons in der Berlin-Frage[414] zeichnete für Adenauers profranzösische Option nicht zuletzt die Überzeugung verantwortlich, daß die Briten das politische Ziel der EWG niemals akzeptierten. Natürlich waren die Gegensätze zwischen den europäischen Wirtschaftssystemen abzubauen, doch selbst dabei, daraus machte er keinen Hehl, mußte auf die französischen Wirtschaftsprobleme Rücksicht genommen werden[415].

Macmillan konnte dies natürlich nicht gefallen. Ende Januar machte er sich auf den Weg nach Rambouillet, um de Gaulle im letzten Moment mit Hilfe eines Planes über die wirtschaftliche, politische bzw. militärische Zusammenarbeit zwischen den USA, Großbritannien und Westeuropa[416] vom kontinentaleuropäischen Zug herunterzuholen. Der Premierminister lockte mit erstaunlichem Entgegenkommen in der Frage des NATO-Triumvirats und überraschte seinen Gastgeber angenehm mit einem weit weniger aggressiven Tonfall gegenüber dem Gemeinsamen Markt, ohne sich ihm anschließen zu wollen. Allein, seine Glaubwürdigkeit ließ in den Augen de Gaulles zu wünschen übrig. Seines Erachtens resultierte die Konzilianz Macmillans weniger aus der Absicht zu einer Wende in der britischen Europapolitik als aus der Unsicherheit über die Europapolitik der Amerikaner. Am Ende der zweitägigen Unterredungen stand denn auch als konkretes Ergebnis allein die Übereinkunft, die deutsch-britischen Sachverständigengespräche demnächst durch britisch-französische zu ergänzen[417], wobei der Premierminister

[412] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Knoke, 25. 1. 1961, Persönlich; s.a. ebd., Knoke an Jansen, 23. 1. 1961, Persönlich.
[413] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 429, Kanzler-Tee, 25. 1. 1961, Streng vertraulich.
[414] Vgl. Kap. V.1.5.
[415] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 444–448, Informationsgespräch, 25. 1. 1961, Streng vertraulich.
[416] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 323–326; Tratt, Macmillan Government, S. 162–167.
[417] Zu den Unterredungen zwischen de Gaulle und Macmillan vom 28./29. 1. 1961 s. die Protokolle in: DDF 1961, Bd. 1, S. 104–115; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 163f., Tb. 9. 2. 1961; Buffet, „Histoire d'amour", S. 92; Lamb, Macmillan Years, S. 140f.; Tratt, Macmillan Government, S. 169f.; Vaïsse, Candidature, S. 130f.

hatte anklingen lassen, daß ihm immer noch ein „Aufgehen des Gemeinsamen Markts in einer großen europäischen Freihandelszone" vorschwebte[418].

Einem solchen Konzept konnte weder de Gaulle noch Adenauer etwas abgewinnen, da sie auf die politische Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft setzten. Ansonsten gingen ihre Vorstellungen über die politische Zukunft Westeuropas aber weiterhin auseinander. Ein Kommuniqué-Entwurf für die bevorstehende Regierungskonferenz, den Couve de Murville Adenauer am 1. 2. streng vertraulich zukommen ließ, fand nicht dessen Zustimmung. Der Kanzler sperrte sich gegen das darin angesprochene Prinzip der Konföderation und lehnte auch den Unterbau für die ständige Konsultation der Regierungschefs in Form eines Sekretariats als durchsichtigen Versuch Frankreichs ab, die „Führerrolle in Europa" zu sichern und die Bundesrepublik zum „französischen Satellitenstaat" zu degradieren. Zwar wünschte er sich ein festes freundschaftliches Verhältnis zum Nachbarn, aber nur auf der Basis der Gleichberechtigung. Bemühungen Blankenhorns, ihn unter Hinweis auf die notwendige Stabilisierung Frankreichs zu mehr Kompromißbereitschaft zu veranlassen, schlugen fehl. Adenauer war nur zu regelmäßigen Konsultationen der Regierungschefs und zur Schaffung der Studienkommission aus Regierungsvertretern bereit, die über die Modalitäten der Konsultation sowie die Durchführung der gefaßten Beschlüsse einen Bericht ausarbeiten sollte. Als Grundbedingung verlangte er den Erhalt der Brüsseler Institutionen[419]. Angesichts derartiger Vorbehalte war der Ausgang des Treffens der sechs Staats- und Regierungschefs am 10./11. 2. 1961 in Paris recht ungewiß.

[418] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 228 f., Blankenhorn an AA, Tel., 2. 2. 1961, Geheim.
[419] Ebd., Bl. 211 f., Tb. 6. 2. 1961.

V.2.3 Der Fehlschlag der Fouchet-Pläne 1961/62

„Schlechter Start" in der europäischen politischen Zusammenarbeit

„Ich bin mißtrauisch gegen de Gaulle bis zum Hals"[1], hatte Bundeskanzler Adenauer dem Leiter seines außenpolitischen Büros im Kanzleramt, Osterheld, anvertraut, bevor er am 9. 2. 1961 nach Paris abreiste. Daß er nach seiner Ankunft am Morgen zunächst das NATO-Hauptquartier in Marly-le-Roi besuchte, war gewiß nicht als Affront gegen de Gaulle, aber doch als untrügliches Zeichen für die Bedeutung gedacht, die er der Atlantischen Allianz und dem Oberbefehlshaber Norstad beimaß[2]. Zugleich reagierte er damit implizit auf eine Botschaft Kennedys, der die Atlantische Allianz als „principal cornerstone of human freedom in our world" und die NATO als „keystone of the Atlantic Community" pries[3].

Alles in allem, Adenauers Begegnung mit de Gaulle stand unter keinem guten Stern. Der Himmel verfinsterte sich sogar noch, als der Deutsche Botschafter dem französischen Außenminister einen deutschen Kommuniqué-Entwurf für die Regierungskonferenz vorlegte, der selbst nach Meinung Blankenhorns „keine Grundlage für eine vernünftige Einigung" enthielt und bei Couve de Murville gelindes Entsetzen hervorrief. Geradezu drohend warnte der Minister vor „nachteilige[n] Folgen" für die EWG, hielt sogar deren „Auflösung" für möglich, wenn es zu keinen Fortschritten auf dem politischen Sektor komme. „Die deutsche Regierung", so entfuhr es ihm mit kaum zu überbietender Offenheit, „müsse sich ganz klar darüber sein, daß eine Einigung zwischen Frankreich und Großbritannien sehr schnell und sehr leicht zu erreichen sei. Allerdings würde wohl damit das Werk der europäischen Einigung seinen endgültigen Abschluß finden."[4]

Adenauer war also gewarnt, als er gegen 16.00 Uhr direkt von Marly-le-Roi zum Vieraugengespräch mit de Gaulle zum Elysée fuhr. Beide Staatsmänner fanden sich schnell in der Überzeugung, daß die europäische Zusammenarbeit angesichts der insgesamt bedrückenden Weltlage und der mit dem Amtsantritt Kennedys eher gewachsenen Unsicherheit unter allen Umständen fortgesetzt und die wirtschaftliche Kooperation auf eine politische Grundlage gestellt werden müsse. Wie dieses Anliegen aber umzusetzen und auf welches Ziel es auszurichten sei, darüber herrschte tiefer Dissens. Der Kommuniqué-Entwurf Couve de Murvilles für die Regierungskonferenz sprach von einer Kommission aus Ministerialbeamten und als Zielpunkt von einer Konföderation. De Gaulle kam wieder auf seine Idee des Referendums zurück, um eine möglichst breite Unterstützung durch die Völker zu erhalten. Adenauer äußerte starke Bedenken gegenüber einer zu weit gehenden politischen Organisation der Sechs. Insbesondere die USA dürften nicht den Eindruck einer Abschottung des Kontinents gegenüber der restlichen Welt gewinnen. Der Begriff der Konföderation schien ihm unangemessen, weil es um mehr gehen müsse als um einen Staatenbund. Statt einer Kommission aus Ministerialbeamten wünschte er sich zur praktischen Umsetzung eine Kommission

[1] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 20, Tb. 8. 2. 1961.
[2] S. Begrüßungsansprachen Norstads und Adenauers, 9. 2. 1961, in: Bulletin 1961, S. 273; Kusterer, Kanzler, S. 158 f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 20.
[3] Rusk an Bonn, Tel. 1360, 7. 2. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 258–260, hier S. 258 u. 259.
[4] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 163, Tb. 8. 2. 1961.

kluger Köpfe, die nicht direkt in den Regierungen vertreten seien, und plädierte für die Hinzuziehung von Parlamentariern. De Gaulle wich der Fundamentalfrage Föderation oder Konföderation aus. „On peut faire de la coopération organisée et l'appeler simplement ainsi." Als erste Schritte dazu empfahl er regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs, der Außen-, Landwirtschafts-, Kultus- und Informationsminister sowie zwischenzeitliche Tagungen einer Kommission zur Vorbereitung der Konferenzen. Erörterungen von Parlamentariern hielt er für durchaus hilfreich, sofern dadurch nicht die Verantwortung der Regierungen verwischt würde. Den Bereich der Verteidigungspolitik gedachte de Gaulle bis auf weiteres hintanzustellen. Notwendige Voraussetzung dieser europäischen Zusammenarbeit, darin war er sich mit Adenauer einig, sei die deutsch-französische Übereinstimmung. „Il ne s'agit donc pas d'une Constitution européenne, mais du début d'une vie commune fondée avant tout sur l'entente entre la France et l'Allemagne."[5]

In der anschließenden Plenarsitzung mit Debré, Couve de Murville, von Brentano und Blankenhorn unterstrich de Gaulle in einem Resümee die von Sorge um die transatlantischen Beziehungen geprägten Bedenken Adenauers gegenüber der europäischen politischen Zusammenarbeit. Zugleich stellte er unmißverständlich fest, wie wenig er diese Vorbehalte teilte. Denn für ihn war es aufgrund der globalen Interessen Washingtons ausgemachte Sache, daß die USA ihr Engagement in Europa reduzieren würden. Er sei sich aber mit dem Kanzler einig, so faßte er die Ergebnisse des Tête-à-tête zusammen, daß die wirtschaftliche Kooperation politisch zu untermauern sei. Man müsse mit der Praxis regelmäßig wiederkehrender Regierungskonferenzen beginnen und daraus die notwendigen Institutionen entstehen lassen. Im Mai werde daher eine zweite Zusammenkunft der Regierungschefs in Bonn stattfinden. Um sich vorher mit Adenauer abstimmen, käme er vorher mit Debré an den Rhein. Darüber hinaus habe er sich mit ihm darauf verständigt, den Partnern die Einsetzung einer aus Regierungsvertretern zusammengesetzten Kommission vorzuschlagen, die die Maikonferenz vorbereiten und zugleich die Modalitäten der regelmäßigen Konsultationen prüfen und Vorschläge erarbeiten solle. In bezug auf dieses Gremium nachzugeben, war dem Kanzler gewiß schwergefallen. Daß Debré die Harmonie der Sitzung empfindlich störte, als er den USA nationalen Egoismus vorwarf, von den Europäern mehr Selbständigkeit forderte und von den Briten die Teilnahme am europäischen Einigungswerk unter der Voraussetzung gleicher Pflichten verlangte, trug nicht eben dazu bei, die Zusage zu erleichtern. Seine Replik fiel deutlich aus, doch de Gaulle ließ seinen Premierminister nicht im Regen stehen und sprang ihm bei. Abgesehen von dieser kurzzeitigen Tonverschärfung verliefen die Konsultationen ansonsten in entspannter Atmosphäre. Adenauers Mißtrauen schien beseitigt, und das Verdienst dazu kam wohl vor allem der Kompromißbereitschaft de Gaulles zu, der weder auf Konföderation oder ständigem Sekretariat noch auf militärischer Zusammenarbeit bestanden hatte[6].

[5] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 2. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 168–174, hier S. 173; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 82–85; Bariéty, De Gaulle, S. 556; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 587f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 131.

[6] S. Plenarsitzung vom 9. 2. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 174–177; Adenauer, Erinnerun-

Am folgenden Morgen traf man sich im größeren Kreis der sechs Staats- und Regierungschefs wieder. De Gaulle als Vorsitzender betonte eingangs die Notwendigkeit, den bereits wirtschaftlich eingeleiteten Prozeß des Zusammenlebens der Staaten mit ihren „starken Eigenpersönlichkeiten" auf die politische Ebene zu übertragen. Dezidiert wandte er sich dagegen, diese Zusammenarbeit mit dem Ziel eines „Super-Staat[es]" zu verknüpfen. Frankreich gehe es vielmehr um periodische Konferenzen der Regierungschefs zur Diskussion politischer Grundsatzfragen, um Zusammenkünfte der Außenminister für die Beratung laufender politischer Angelegenheiten, um Treffen der Kultus- und der Informationsminister für gemeinsame konkrete Probleme. Die Behandlung der Verteidigungspolitik wünschte er vorläufig auszuklammern. Ausdrücklich sprach sich der General für den Erhalt der bestehenden europäischen Gemeinschaften und eine Erweiterung der Tätigkeit des Europäischen Parlaments gemäß den Themenbereichen der Regierungskonsultationen aus. Nach dem Statement des französischen Staatspräsidenten meldete sich der italienische Ministerpräsident Fanfani zu Wort. Er begrüßte die Vorhaben, verlangte aber, die traditionellen europapolitischen Ideen weiterhin als Vorbild zu bewahren und das Ziel der Einheit ganz Europas nicht aus dem Blick zu verlieren. Sein belgischer Kollege Eyskens nahm die französischen Vorschläge unter der Bedingung an, daß Solidarität und Wirksamkeit der Atlantischen Allianz nicht litten. Die Schaffung neuer Institutionen lehnte er ab. Weitaus stärkere Kritik erhob der holländische Außenminister Luns. Er sah die Gefahr sich vertiefender Gegensätze in Europa und fragte unumwunden nach der Möglichkeit zur Assoziierung der Inselmacht mit der neuen politischen Zusammenarbeit der Sechs. Der luxemburgische Regierungschef Werner teilte die Sorgen von Luns und forderte, daß die von de Gaulle angeregten Kommissionen die bestehenden Institutionen nicht verdrängen dürften. Adenauer, der absichtlich als letzter das Wort ergriff, sah seine Rolle offenbar als Moderator, bemühte sich, die Vorbehalte seiner Vorredner einzudämmen, und sprach sich eindeutig für die französischen Pläne aus. Allerdings gab auch er gewisse Einwände gegenüber der ständigen Kommission für die politische Zusammenarbeit zu Protokoll. Die notwendigen Vorbereitungen der Regierungskonsultationen, so meinte der Kanzler, könnten auch anderweitig durchgeführt werden. Als gewiefter Taktiker suchte de Gaulle natürlich die vorgetragenen Bedenken insbesondere hinsichtlich der NATO bzw. Großbritanniens zu zerstreuen und setzte sein Konzept in die weite Perspektive eines geeinten Europa, das auch die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs einschlösse[7].

Am Nachmittag konferierten zunächst nur die sechs Außenminister, denen es trotz stundenlanger Diskussionen aufgrund des holländischen Widerstandes nicht gelang, sich auf einen von Couve de Murville vorgelegten Kommuniqué-Ent-

gen 1959–1963, S. 85–88; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 163f., Tb. 9. 2. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 20f.

[7] Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, 200–80.10/21/61, 15. 2. 1961, in: BDFD I, S. 844–849, hier S. 844 u. 845; s.a. die leicht modifizierte Fassung, in: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1; vgl. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Aufzeichnung Jansen, 2–200–80.10/20/61, 15. 2. 1961; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 299; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 21f.

wurf[8] zu einigen. Gegen 18.00 Uhr stießen die Regierungschefs hinzu. Luns betonte wiederholt, daß de Gaulles Pläne die Spaltung Europas vertieften und der Mitarbeit Großbritanniens den Weg versperrten. Obwohl er mit zunehmender Sitzungsdauer seine völlige Isolierung erkennen mußte, weigerte er sich hartnäkkig, regelmäßigen Regierungstreffen zuzustimmen. Trotz mehrfacher Interventionen seiner Kollegen zeigte er sich völlig unzugänglich, mochte auch der Argumentation Couve de Murvilles nicht folgen, daß die von ihm geforderte integrierte Form der politischen Konsultation mit Sicherheit für England unannehmbar sei und nur die von Frankreich angeregte Regierungskonsultation die Tür für die englische Mitarbeit offen ließ. Namentlich Adenauer griff Luns daraufhin scharf an und wies auf die fatalen Folgen für das Außenbild Westeuropas, wenn die Regierungschefs ohne Ergebnis nach Hause führen[9]. Gegen 20.30 Uhr gingen die Politiker „unter dem Gefühl eines [sic!] unbeschreiblichen Malaise" auseinander[10]. Ihre Bereitschaft, den Holländern entgegenzukommen, war allerdings so groß, daß die Außenminister am folgenden Morgen nicht zuletzt mit italienischer Formulierungskunst doch noch ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedeten, in dem sie sich für die Ergänzung der wirtschaftlichen durch die politische Zusammenarbeit und die Einsetzung einer Kommission aus Regierungsvertretern aussprachen, die in Paris tagen sollte. Ein zweites Regierungstreffen wurde für den 19. 5. in Bonn beschlossen. Von periodischen Zusammenkünften, wie im französischen Entwurf vorgesehen, war nicht die Rede, aber einige Wendungen ließen an dem regelmäßigen Charakter der Tagungen keinen Zweifel. Außerdem wurde vereinbart, die ehedem im Rahmen von EURATOM diskutierte europäische Universität auf der Grundlage der bei der Regierungskonferenz erörterten kulturellen Zusammenarbeit in Florenz zu errichten[11].

Während die deutsche Presse von einem großen Erfolg de Gaulles kündete[12], herrschte in Paris Verstimmung. Sie richtete sich vor allem gegen Den Haag, aber auch gegen Bonn. Denn aus der französischen Perspektive schien es so, als ob die Bundesrepublik „Ehen ohne Verbindlichkeit" oder einen Traubund mit Frankreich eingehen wolle mit dem „stillschweigenden Recht, alle bisherigen außerehelichen Beziehungen weiterhin aufrechtzuerhalten"[13]. „Nichts war also geregelt", beklagte sich Couve de Murville und wetterte über den „schlechten Start" der

[8] S. Kommuniqué-Entwurf für die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 39–41.

[9] S. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, 2–200–80.10/21/61, 15. 2. 1961, in: BDFD I, S. 849; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Aufzeichnung Jansen, 2–200–80.10/20/61, 15. 2. 1961; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961; Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 439; Bloes, „Plan Fouchet", S. 131 f.

[10] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961.

[11] S. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, 2–200–80.10/21/61, 15. 2. 1961, in: BDFD I, S. 850; PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Aufzeichnung Jansen, 2–200–80.10/20/61, 15. 2. 1961; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 240; Kommuniqué zur Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, in: Bulletin 1961, S. 273; Bloes, „Plan Fouchet", S. 132–134.

[12] Vgl. de Araujo, Plan Fouchet, S. 16.

[13] BA, NL Blankenhorn Bd. 112, Bl. 244–247, Aufzeichnung, 15. 4. 1961.

europäischen politischen Zusammenarbeit[14]. Die Partner waren offensichtlich nicht bereit, die Politische Union als „Transmissionsriemen französischer Großmachtpolitik" hinzunehmen[15].

Für Adenauer traf dies wohl nur bedingt zu. Auch er war mit Verlauf und Ergebnis der Konferenz nur bedingt zufrieden, aber nicht wegen der französischen Angebote, sondern wegen der fehlenden Bereitschaft der Partner, sie wahrzunehmen. Eine Chance schien verpaßt, einen sicheren Schritt hin zur politischen Zielprojektion der EWG zu setzen, und sein Groll richtete sich vornehmlich gegen von Luns[16]. Demgegenüber äußerte er sich höchst beglückt über de Gaulle, dank dessen „Elastizität" die „Trübungen" zu Frankreich wieder hätten behoben werden können[17]. Trotz verbliebener „wesentliche[r] Unterschiede in den Betrachtungen hinsichtlich Europa, hinsichtlich NATO" war eine „Bereinigung der Mißverständnisse und des Mißtrauens" im deutsch-französischen Verhältnis gelungen[18]. Die Atmosphäre war, wie auch sein knappes Dankschreiben an den General zum Ausdruck bringt[19], wieder „gut"[20].

Diese bilaterale Harmonie wurde von den Verbündeten indes nicht rundherum begrüßt. Die deutsch-französische Ankündigung, dem nächsten Regierungstreffen im Mai wiederum eine Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vorauszuschicken[21], und die parallel dazu bekanntgegebene Einladung des Bundespräsidenten Lübke zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich[22] führten vielmehr dazu, daß die Verbündeten den beiden Nachbarn am Rhein mangelnde Rücksichtnahme vorwarfen. Namentlich Luns, der „sehr unzufrieden" aus Paris zurückgekehrt war, beklagte sich darüber, daß Adenauer und de Gaulle die Partner vor vollendete Tatsachen gestellt und die von England ausgestreckte Hand, die Bereitschaft zur Teilnahme an der politischen Konsultation, nicht ergriffen hätten[23]. Die Niederlande waren vom Grad und der Schnelligkeit der deutsch-französischen Übereinstimmung so irritiert, daß sie es nun als ihre Aufgabe ansahen, die Position der Kleinen gegenüber einer Dominanz der beiden Großen zu verteidigen[24].

Das Auswärtige Amt fühlte sich daher zu der Klarstellung genötigt, den Regierungskonferenzen würden keineswegs immer zweiseitige Zusammenkünfte vorausgehen. Letztere dienten außerdem nicht unmittelbar der Vorbereitung der er-

[14] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 299f.; s.a. Couve de Murville an Washington etc., Tel. 2533/40 etc., 14. 2. 1961, Réservé, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 192f.
[15] Lucas, Europa, S. 146.
[16] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 470, Informationsgespräch, 21. 2. 1961.
[17] Ebd., S. 463, Informationsgespräch, 14. 2. 1961.
[18] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 42–44, Tb. 22. 2. 1961; s.a. ebd., Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 22f., Tb. 15. 2. 1961.
[19] S. AN, 5 AG/165, Adenauer an de Gaulle, 14. 2. 1961.
[20] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 469, Informationsgespräch, 21. 2. 1961.
[21] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Rom etc., Tel. AZ 2-200-80.10/22/61, 21. 2. 1961.
[22] S. Kommuniqué der Pressestelle des Bundespräsidenten, in: Bulletin 1961, S. 273.
[23] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Staatssekretär, Aufzeichnung, 14. 2. 1961; vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 135f.
[24] S. Bowles an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1459, 24. 3. 1961, Official use only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 2–4.

steren[25]. Adenauer äußerte sich weniger diplomatisch und machte im Teegespräch keinen Hehl daraus, wie abwegig er die Behauptung von Luns fand, von den Partnern „vergewaltigt" worden zu sein[26]. Sein Außenminister zeigte sich wesentlich verständnisvoller und mahnte den Kanzler dazu, auf die Empfindlichkeiten der Kleinen Rücksicht zu nehmen. Da er die Furcht vor einer „Präponderanz der deutsch-französischen Politik" sehr ernst nahm, empfahl er Adenauer, de Gaulle zu bitten, nicht einen Tag vor der Sechser-Konferenz zu kommen, sondern einen Tag länger zu bleiben. Daß dieser Vorschlag dem General mißfallen würde, weil es ihm ja mehr als dem Kanzler darum ging, „das eigene Gewicht zu betonen", nahm der Außenminister billigend in Kauf[27].

Adenauer hingegen mochte de Gaulle diese Art der Unannehmlichkeiten nicht bereiten. Wie stark er mittlerweile wieder auf die französische Karte setzte, verdeutlichte er kurz darauf, als er Macmillan seine Aufwartung machte. Wenn England an der politischen Konsultation teilnehmen wolle, so lautete seine Botschaft, müsse es auch den „bitteren Tropfen" der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Kauf nehmen[28]. Natürlich begrüßte er die zwischen de Gaulle und Macmillan in Rambouillet vereinbarten bilateralen Konsultationen über die Annäherung zwischen EWG und EFTA[29]. Ja, er verabredete auch enge politische Kontakte und die Aktivierung der WEU als europäischen Rahmen[30]. Und dennoch hinterließ der Kanzler an der Themse den Eindruck, die Deutschen seien reich und selbstsüchtig[31]. Als Macmillan dann auch noch über de Gaulle von den Ergebnissen der EWG-Regierungskonferenz erfuhr[32], gab es für ihn keinen Zweifel mehr daran, sich bewegen zu müssen, wollte er nicht von der kontinentaleuropäischen Entwicklung abgekoppelt werden. Ende Februar erklärte Lordsiegelbewahrer Heath im Ministerrat der WEU die grundsätzliche Bereitschaft seiner Regierung zu einer Teilnahme an der politischen Konsultation der Sechs und zur Überprüfung der bisherigen Haltung in der Frage einer Assoziierung mit der EWG, sofern die Agrarfrage ausgeklammert und die zollfreie Einfuhr aus dem Commonwealth beibehalten würde[33].

Vielleicht noch wichtiger als das Verhalten der Deutschen und Franzosen war für diese vorsichtige englische Kehrtwende die Position der Amerikaner. Schon 1960 hatte sich in der amerikanischen Europapolitik ein Wandel angekündigt. Wenngleich die USA bereits frühzeitig erkannt hatten, daß das deutsche Interesse an guten Beziehungen zu Frankreich auch mit dem Bestreben einherging, die Abhängigkeit von der westlichen Führungsmacht zu reduzieren, so sahen sie lange Zeit keinen Grund, diesen Preis nicht zu akzeptieren. Dreh- und Angelpunkt der

[25] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Rom etc., Tel. AZ 2-200-80.10/22/61, 21. 2. 1961.
[26] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 467, Informationsgespräch, 21. 2. 1961.
[27] Von Brentano an Adenauer, 2. 3. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 304 f., hier S. 305.
[28] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 460, Informationsgespräch, 14. 2. 1961.
[29] S. ebd., S. 465 f., Informationsgespräch, 21. 2. 1961; Kap. V.2.2.
[30] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 23 f.; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 465–471, Informationsgespräch, 21. 2. 1961; AdG 1961, S. 8936F.
[31] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 327 f.
[32] S. de Gaulle an Macmillan, 15. 2. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 42.
[33] Vgl. von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 414 f.; zur englischen Position gegenüber einem Beitritt zur EWG im Jahr 1961 vgl. ausführlich: Steininger, 1961.

amerikanischen Einschätzung des deutsch-französischen Verhältnisses blieb bis Ende 1959 die Grundannahme, daß die Beziehungen Washingtons zu Bonn bzw. Paris vom Ansatz her komplementär seien. Die Freundschaft der beiden größten kontinentalen Demokratien galt als Voraussetzung für die europäische Integration, die wiederum zwingend notwendig war, um die Bundesrepublik fest in den Westen einzubinden[34].

Im Laufe des Jahres 1960 veränderte sich die Lage merklich. Washington sah sich wachsender Spannungen mit Europa im allgemeinen, Paris und Bonn im besonderen ausgesetzt, Spannungen, die sich höchst negativ auf den eigenen Führungsanspruch auswirkten. Das horrende Zahlungsbilanzdefizit der westlichen Supermacht verschärfte noch diesen Konflikt. Denn obwohl es sie dazu zwang, die Verbündeten zu einem „Burden-sharing" vor allem bei den Verteidigungsausgaben und der Entwicklungshilfe anzuhalten, dachte sie nicht daran, ihre traditionelle Vormachtrolle aufzugeben[35]. De Gaulles Konzept der europäischen politischen Zusammenarbeit bedeutete nun eine unmißverständliche Kampfansage an die Adresse der USA. Wie Kennedys jüngste Botschaft an Adenauer verdeutlichte, war seine Außenpolitik vor allem auf die Atlantische Allianz ausgerichtet. An zweiter Stelle rangierte für den Präsidenten die Mitte Dezember als Nachfolgeorganisation zur OEEC geschaffene OECD, mit deren Hilfe er die Außenwirtschafts- und Handelspolitik im amerikanischen Sinne koordinieren konnte. Erst an dritter Stelle hatte Kennedy die westeuropäische Integration im Rahmen der EWG-Staaten genannt[36].

Als von Brentano Mitte Februar zur ersten Kontaktaufnahme mit der amerikanischen Führung nach Washington reiste, zeigte sich in den Unterredungen deutlich, daß Weißes Haus und State Department nicht daran dachten, die Führungsrolle aufzugeben[37]. Die jüngsten europapolitischen Impulse wurden am Potomac nur befürwortet, sofern sie einer Stärkung der NATO dienten. „We would of course look with some concern upon the divorce of any political mechanism ultimately established from the economic integration movement and the Community framework", hieß es bezeichnenderweise in einem vorbereitenden Papier des amerikanischen Außenministeriums[38]. Je stärker die Amerikaner auf die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtrolle pochten, zugleich aber die Westeuropäer zur Lastenteilung zwangen und ihnen das Gefühl vermittelten, über ihren Kopf hinweg mit den Sowjets zu kungeln, desto stärker entwickelte sich bei den Verbündeten das Bestreben nach Autonomie.

Ende Februar äußerte Adenauer in einem langen Brief an de Gaulle hohe Zuversicht, auf der nächsten Regierungskonferenz im Mai weitere Fortschritte in Richtung auf den politischen Zusammenschluß Europas erzielen zu können.

[34] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 116–118.
[35] Vgl. ebd., S. 169–173; Costigliola, Pursuit, S. 26.
[36] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 1360, 7. 2. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 258–260; Conze, Herausforderung, S. 174 f.; zur Umwandlung der OEEC in die OECD s. „Übereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung", 14. 12. 1960, in: Schöndube (Hg.), Europa, S. 489–496. Zur Haltung der Regierung Kennedy gegenüber Europa vgl. ausführlich: Winand, Eisenhower, S. 139–160.
[37] Vgl. Kap. V.1.5.
[38] Zitiert nach: Winand, Eisenhower, S. 177.

Gleichzeitig warb er für die mit Macmillan Mitte des Monats getroffenen europapolitischen Vereinbarungen[39], wobei die Bundesregierung den britischen Vorstellungen keineswegs rundum positiv gegenüberstand. Gewiß, die britische Bereitschaft zu einer zollunionsähnlichen Verbindung mit der EWG stellte aus ihrer Sicht „einen erheblichen Fortschritt" gegenüber dem Freihandelskonzept der Maudling-Verhandlungen dar[40]. Londons Verlangen, bei Konsultationen der Kontinentaleuropäer über alle Fragen beteiligt zu werden, die über das Verhältnis der Sechs untereinander hinausgingen, galt aber als „nicht akzeptabel"[41]. Auch de Gaulle nahm in bezug auf Großbritannien eine klare Trennung zwischen Politik und Ökonomie vor. Die Politische Union beruhte seiner Meinung nach vor allem auf der „pratique d'une coopération France-Allemagne, qui peut et doit devenir une ‚réalité' ne fût-ce qu'en liant l'Allemagne à l'Occident". Den Gemeinsamen Markt hingegen begriff er immer noch in erster Linie als Handelsvertrag, der den Warenaustausch erleichterte und die französische Industrie zur Modernisierung zwang. Vor diesem Hintergrund konnte er sich durchaus vorstellen, die politische Kooperation mit der Bundesrepublik auf England auszudehnen, aber nicht im Rahmen der Sechs, sondern – als Zukunftsperspektive – auf der Basis eines Beschlusses außerhalb der Vereinten Nationen[42].

In den EWG-Kreis wollte der General die Briten ganz offensichtlich nicht aufnehmen. Macmillans Entgegenkommen, so teilte er Adenauer auf dessen Schreiben Anfang März mit, reiche ihm aus. Denn die entscheidenden Fragen wie die Landwirtschaft und das Commonwealth blieben ausgeklammert. Daß Adenauer ihm nach entsprechenden Fortschritten der bilateralen Expertengespräche die Ausweitung der Verhandlungen auf französische und auch italienische Sachverständige empfohlen hatte, ging ihm bereits zu weit, weil er kaum positive Resultate erwartete und vor zu hohen Hoffnungen warnte. Sollten die Gespräche multilateral fortgeführt werden, schien ihm die OECD allemal das beste Forum. Doch letztlich interessierte er sich dafür nur herzlich wenig. Viel wichtiger war für ihn jetzt, daß die auf der EWG-Regierungskonferenz ins Leben gerufenen Kommission ihre Arbeit aufnahm. Damit sie gute Arbeit leistete, bedurfte es natürlich der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit[43].

Eine Änderung dieser restriktiven Position gegenüber Großbritannien, dessen war man sich in der Bundesregierung sicher, würde es erst dann geben, wenn die Briten die Vertragsziele der EWG nicht gefährdeten und sie die sonstigen politischen Ziele der Franzosen unterstützten[44]. Davon konnte vorerst keine Rede sein.

[39] S. AN, 5 AG/165, Adenauer an de Gaulle, 27. 2. 1961; in französischer Übersetzung in: DDF 1961, Bd. 1, S. 323 f.; vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 24.
[40] ACDP, NL von Eckardt, I-010–006/4, Aufzeichnung des AA, 401–88.221/0, 30. 3. 1961.
[41] Ebd., Aufzeichnung dess., 200–80.00/183/61, 30. 3. 1961, Geheim.
[42] Bemerkung de Gaulles zu einer Aufzeichnung Debrés, 27. 2. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 48 f., hier S. 49; s.a. Soutou, Général de Gaulle, S. 132.
[43] S. de Gaulle an Adenauer, 9. 3. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 54 f.
[44] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010–006/4, Aufzeichnung des AA, 401–88.221/0, 30. 3. 1961.

„Mehr Supranationales bei den Franzosen herausholen"

Am 16. 3. fand im Hotel Majestic in Paris die erste Sitzung der von den Regierungschefs eingesetzten Kommission statt. Den Vorsitz übernahm Christian Fouchet, ein „Paladin" und bedingungsloser Anhänger de Gaulles[45], der 1951 in die Assemblée Nationale gewählt, 1954/55 Ministre des Affaires marocaines et tunesiennes geworden und 1957/58 als Beamter in den Quai d'Orsay eingetreten war. Seit der Regierungsübernahme de Gaulles wirkte der von deutschen Kollegen als „integere und ernste Persönlichkeit" geschätzte Diplomat[46] als Botschafter in Kopenhagen[47]. Aufgabe des Gremiums war es, bis Mai ein Programm für die regelmäßigen Tagungen der Regierungschefs bzw. der Minister auszuarbeiten und die anstehenden Probleme der europäischen Zusammenarbeit zu erörtern. Fouchets Instruktionen sahen vor, den Themenkreis nicht einzugrenzen, den Regierungskonsultationen permanenten Charakter zu verleihen und – sofern kein ständiges Sekretariat durchzusetzen sei – das Mandat der Kommission zu verlängern. Ausdrücklich abzulehnen hatte er die Direktwahl des Europäischen Parlaments sowie die Fusionierung der Gemeinschaften, damit keine europäische Regierung entstünde[48].

Die Order des Auswärtigen Amtes für den deutschen Delegationsleiter Jansen fiel weit weniger klar aus. Auf ihn selbst wirkte sie geradezu „schwimmend. Im Grunde habe ich carte blanche. Aber mit allen Risiken", notierte er in sein Tagebuch[49]. In einem Punkt stand die Bundesregierung eindeutig nicht auf der französischen Seite: bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments, die sie begrüßte, weil sie auf der Linie der von ihr verfolgten Integrationspolitik lag. Eine Realisierungschance sah man aber augenblicklich nicht[50].

Die Beratungen der Studiengruppe, die von der Presse bald den Namen „Fouchet-Kommission" erhalten sollte[51], ließen die Fronten der Pariser Regierungskonferenz vom Februar rasch wieder aufbrechen. Angesichts der sich neutralisierenden Haltungen der Niederlande und Frankreichs kam es der deutschen Delegation weniger auf die Durchsetzung eines bestimmten Kooperations- oder Unionsmodells als vielmehr auf die Vermittlung zwischen den Verfechtern der intergouvernementalen und der supranationalen Zusammenarbeit an. Dabei verfolgten Jansen und sein Stellvertreter Ophüls die Taktik, „mit Hilfe des holländischen Widerstandes mehr Supranationales bei den Franzosen herauszuholen". Allerdings hatten sie zur Kenntnis zu nehmen, daß Adenauer davon nicht viel hielt, denn seiner Meinung nach sollte man de Gaulle, seinem „solidesten Verbündeten", jetzt keine Schwierigkeiten machen[52].

[45] Seydoux, Erinnerungen, S. 255; s.a. PA, Ref. 700, Bd. 44, Berger an AA, 203–82.00 Ber. Nr. 1187/61, 12. 12. 1961; Fouchet, Mémoires, S. 196; ders., Plan Fouchet, S. 330.

[46] PA, Abt. 2, Bd. 237, Bl. 286f., Hausenstein an AA, 205–04 I Tgb.Nr. 4699/54, 24. 11. 1954.

[47] Vgl. Fouchet, Mémoires.

[48] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 132.

[49] Tb. Jansen, 16. 3. 1961, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 31.

[50] S. ebd., Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Aufzeichnung 200–91.40/0–3/61, 5. 6. 1961.

[51] S. Fouchet, Mémoires, S. 196; ders., Plan Fouchet, S. 330.

[52] Tb. Jansen, 22. 3. 1961, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 32.

Einer der fundamentalen Streitpunkte war das Verhältnis zu Großbritannien. Während die Niederlande periodische Treffen der Regierungschefs ohne britische Präsenz weiterhin ablehnten, betonten die Fünf mit Nachdruck, daß die Hinzuziehung Großbritanniens kein Grundsatzproblem, sondern eine Frage der Methode sei. Auch sie wünschten die Einbeziehung Londons in die politische Zusammenarbeit – oder taten zumindest so –, hielten sie aber erst dann für möglich, wenn das Verhältnis der Briten zur EWG positiv geklärt sei. Bis dahin, so meinten sie, könne man die politische Konsultation unter dem Dach der WEU pflegen[53].

Eine weitere Kontroverse entzündete sich am alten französischen Plan zur Errichtung eines permanenten Sekretariats. Da die Partner darin ein potentielles Instrument zur Gleichschaltung der Gemeinschaftskommissionen sahen, kam Fouchet den Bedenken in der zweiten Sitzung am 25. 3. anscheinend entgegen und akzeptierte, daß die Vorbereitung und Koordinierung der Regierungskonferenzen den politischen Direktoren der Außenministerien übertragen werden sollten[54]. Da insbesondere die Holländer großen Wert auf parallele Fortschritte im Gemeinschaftsbereich der bestehenden Verträge legten, etwa bei der Fusion der drei Gemeinschaften oder der Direktwahl zum Europaparlament, richtete die Fouchet-Kommission zur Prüfung dieser Fragen eine Unterkommission unter der Leitung von Ophüls ein, die ihre Arbeit am 5. 4. begann. Ein weiterer Unterausschuß unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministers Pescatore nahm sich der verstärkten Kooperation auf dem kulturellen Gebiet, der Einbeziehung der Europäischen Schulen in die geplante kulturelle Zusammenarbeit und der Schaffung der Europäischen Universität an[55], die bald auf die Opposition der deutschen Rektorenkonferenz und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft stieß[56].

In einer Atmosphäre zunehmender Verunsicherung in einigen Partnerstaaten trat im April eine Stagnation in den Verhandlungen ein. In Belgien wechselte die Regierung, und Spaak, der Ende Januar 1961 als Generalsekretär der NATO demissioniert hatte, übernahm wieder das Amt des Außenministers[57]. Frankreich wurde durch den Militärputsch in Algerien erschüttert und stand einige Tage am Abgrund[58]. Die Bundesrepublik sorgte sich um das „leicht ungünstiger" gewordene Klima zu den USA und bereitete sich auf die erste Begegnung Adenauers mit Kennedy vor. Jansen riet dem Kanzler dazu, in Washington „nicht die bilateralen Beziehungen USA-Bundesrepublik in den Vordergrund zu stellen", sondern sich als „Vorkämpfer der europäischen Einigung" und der deutsch-französischen Versöhnung zu präsentieren, da er in den USA stets mit einer „latenten Frankophilie" glaubte rechnen zu können[59].

[53] S. ebd., NL von Eckardt, I-010-006/4, Aufzeichnung 200-80.00/183/61, 30. 3. 1961, Geheim.
[54] S. ebd., NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 32f.
[55] S. ebd., NL von Eckardt, I-010-006/4, Aufzeichnung 200-80.00/183/61, 30. 3. 1961, Geheim; Bloes, „Plan Fouchet", S. 138; zum Problem der kulturellen europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der Fouchet-Pläne vgl. Defrance, La culture.
[56] S. BA, NL Blankenhorn Bd. 112, Bl. 244–247, Aufzeichnung, 15. 4. 1961.
[57] S. Spaak, Memoiren, S. 423–428 u. 441.
[58] Vgl. Kap. V.1.5.
[59] ACDP, NL Krone, I-028-055/5, Jansen an Krone, 4. 4. 1961.

Die Amerikaner begrüßten die Bemühungen der Europäer um eine engere politische Einigung, sofern die Atlantische Allianz nicht geschwächt würde[60]. Lebhaft befürworteten sie eine Teilnahme Englands an der europäischen Zusammenarbeit und sprachen sich auch für dessen volle Akzeptierung der politischen und institutionellen Verpflichtungen der Römischen Verträge aus[61]. Allein, über die Hürden eines solchen Beitritts waren sie sich offenbar nur rudimentär im klaren. Als Macmillan Kennedy in diesen Tagen schriftlich mitteilte, ein britischer Mitgliedsantrag werde nur dann erfolgreich sei, wenn de Gaulle erhebliche Konzessionen im nuklearpolitischen Bereich geboten würden, zerstörte der Präsident seine entsprechenden Hoffnungen sehr schnell[62]. Schon die Eisenhower-Administration hatte in London klargestellt, daß jede Lösung des problematischen Verhältnisses zwischen EWG und EFTA, sei es in Form einer Freihandelszone oder einer Zollunion, nur dann akzeptabel sei, wenn sie mit der politischen Verpflichtung Großbritanniens in Westeuropa ergänzt würde[63]. Die Kennedy-Regierung ging noch einen Schritt weiter, indem sie von den Briten den vollen Beitritt zur EWG erwartete[64]. Offensichtlich ging es ihr darum, Frankreichs Einfluß auszubalancieren. Eine Unterstützung der französischen Nuklearambitionen würde dieser Zielsetzung zuwiderlaufen.

Adenauer erhob die Aufnahme Englands in die EWG in seiner Unterredung mit Kennedy am Morgen des 13. 4. zur „politischen Notwendigkeit"; entsprechende Verhandlungen seien „dringend erwünscht". Zugleich aber ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, daß durch die englische Mitgliedschaft die politische und institutionelle Dynamik der EWG nicht geschwächt werden dürfe[65]. Wenn er den britischen Beitritt zur Gemeinschaft dementsprechend nach seiner Rückkehr am 21. 4. im Rahmen einer Regierungserklärung als „Gebot der Stunde"[66] bezeichnete, so entsprach dieses Gebot doch seines Erachtens kaum der Realität entsprach. Adenauer hielt es nämlich für fast ausgeschlossen, daß Macmillan dazu bereit sei, sich wirklich der europäischen Einheit zu verschreiben[67].

Der SPD-Opposition reichte das verbale Eintreten des Kanzlers für die Briten denn auch nicht aus. Ollenhauer vertrat im Deutschen Bundestag die Auffassung, man könne nicht einfach die Verantwortung für den gegenwärtigen Zustand England übertragen und die besonderen Interessen der EFTA-Staaten übergehen. Die

[60] S. Bowles an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1459, 24. 3. 1961, Official use only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 4.

[61] S. Rusk an Paris, Zirkulartel. 1546, 8. 4. 1961, Secret, in: ebd., S. 1035–1039; ders. an London, Tel. 4751, 8. 4. 1961, Secret, im Auszug in: ebd., S. 1039–1041; ders. an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1566, 12. 4. 1961, Secret, in: ebd., S. 4–6; Macmillan, Pointing the Way, S. 348–352; Kaiser, Großbritannien, S. 126–129; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 294f.

[62] Vgl. Kaiser, Austerlitz, S. 27f.

[63] Vgl. ebd., S. 21f.

[64] S. Kennedy an Macmillan, 22. 5. 1961, mitgeteilt in: Rusk an London, Tel. 5456, 23. 5. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 20f.

[65] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Carstens an Jansen, Vermerk, St.S. 395/61, 21. 4. 1961; vgl. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 12. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 228; Unterredung zwischen dens. vom 13. 4. 1961, Confidential, im Auszug in: ebd., S. 6–9; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 94.

[66] Regierungserklärung Adenauers, 21. 4. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 48, S. 8935–8938, hier S. 8936.

[67] S. Martin an Dep. of State, Tel. 1423, 24. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 21–23.

von ihm durchaus begrüßte engere Zusammenarbeit der Kontinentaleuropäer durfte seiner Meinung nach weder zu einer „neuen Spaltung des freien Europa" noch zu einer Entfremdung zu den USA führen[68].

Die für London enttäuschenden Erklärungen Washingtons führten an der Themse zu einem allmählichen, von starken Irritationen innerhalb der EFTA begleiteten[69] europapolitischen Umdenken. Nachdem die Expertengespräche zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Foreign Office Ende April keinerlei britische Konzessionsbereitschaft in den zentralen Problemen der Landwirtschaft und der Commonwealth-Präferenz zu erkennen gegeben hatten, verlief das britisch-französische Zusammentreffen am 2./3. 5. wesentlich harmonischer und positiver, so daß bereits von einer gewissen Annäherung in den wirtschaftlichen Fragen eines Beitritts zur EWG gesprochen werden konnte[70].

Wenige Tage zuvor, am 24. 4., hatte die Fouchet-Kommission ihre Arbeit mit einem Bericht abgeschlossen, der von den Außenministern am 28. 4. diskutiert werden sollte[71]. Das Dokument ließ die nach wie vor großen Differenzen zwischen den beteiligten Regierungen kaum verhüllt erkennen. Namentlich die Holländer erschwerten das Einvernehmen mit zahlreichen Bedenken. Als der Ausschuß gegen ihren Willen periodische Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs alle vier Monate anregte, machten sie einen Generalvorbehalt geltend, weil sie in der „Schaffung einer politischen Suprastruktur intergouvernementalen Charakters" das System der Europäischen Institutionen in Frage gestellt sahen. Darüber hinaus forderten die Niederlande eine Teilnahme Großbritanniens und eine Einschränkung der Diskussionsbreite auf die die Sechs direkt betreffenden Bereiche – ohne Erfolg, denn die Partner verständigten sich darauf, die Themenkreise ganz im Sinne de Gaulles nicht zu begrenzen. Abgesehen von der Fundamentalopposition Den Haags herrschte allgemein Einigkeit darüber, daß die Regierungskonferenzen „nicht zu einer gewohnheitsmäßigen Berufungsinstanz gegen die Gemeinschaftsinstitutionen" werden dürften. Mit Ausnahme der französischen sprachen sich alle Delegationen für eine Teilnahme dieser Institutionen an den Regierungschefkonferenzen bei den für sie relevanten Tagesordnungspunkten aus. Als Minimalforderung verlangten die Holländer schließlich die Ausklammerung der die Struktur und die Strategie der NATO berührenden Probleme sowie eine Verpflichtung zur Intensivierung der politischen Konsultationen innerhalb der WEU. Die Vorbereitung der Konferenzen gedachte die Kommission nicht in die Hände des von de Gaulle gewünschten Sekretariats, sondern in jene der politischen Direktoren der Außenministerien, praktisch also in ihre eigenen zu legen, was letztlich der französischen Rückfallposition entsprach. Uneinigkeit herrschte in der Frage der Fusion der Kommissionen und der Hohen Behörde, die von Fouchet und Pescatore abgelehnt worden war. Frankreich hielt nur eine förmliche Verschmelzung der wichtigsten Gemeinschaften EWG und EGKS für möglich. Und Luxemburg fürchtete um den Verlust des Sitzes der Montanunion. Auch eine

[68] Bundestagsrede Ollenhauers, 21. 4. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 48, S. 8938–8942, hier S. 8940.
[69] Vgl. Steininger, 1961, S. 12–29.
[70] Vgl. ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Aufzeichnung, o.D.; Lamb, Macmillan Years, S. 142f.; Steininger, 1961, S. 17.
[71] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 132.

baldige Entscheidung über die Direktwahl des Europäischen Parlaments durch die Regierungskonferenz im Mai lehnte Frankreich ab[72].

Hinsichtlich der kulturellen Zusammenarbeit sah die Kommission neben organisatorischen Maßnahmen wie der Bildung eines Rates der Erziehungsminister und eines Kultursachverständigen-Ausschusses eine Reihe von Einzelschritten, etwa die Verstärkung des Hochschulaustausches oder die Anrechnung von Studienzeiten und Diplomen vor. Bezüglich der Europäischen Universität erklärte sich Frankreich dazu bereit, dem zu errichtenden Institut die Befugnis zur Abnahme von Examen und der Verleihung des Doktorgrades zu geben. Die Bundesrepublik äußerte sich zwar grundsätzlich positiv zum angestrebten Programm, behielt sich aber aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Besonderheiten im Kultursektor eine endgültige Stellungnahme vor[73].

Angesichts der manifesten Meinungsverschiedenheiten wies de Gaulle Debré und Couve de Murville am Vorabend der Außenministerkonferenz mit Blick auf das anstehende Treffen der Regierungschefs an, dafür zu sorgen, daß es tatsächlich zu Beschlüssen über die „institution d'un concert organique et périodique des chefs d'Etat ou de gouvernement" sowie die Schaffung eines ständigen Sekretariats komme. Dieses Gremium, so offenbarte er seine evidenten Hintergedanken, müsse sich nicht nur von den Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften abheben; es sei auch dazu bestimmt „les survoler et attendant de les coiffer". Darüber hinaus verlangte er die Gewißheit, mit seinen Partnern auch über die Afrikapolitik sowie die europäische Verteidigung diskutieren zu können. Sollte er am 28. 4. nicht die notwendigen Garantien erhalten, wollte er sich – wie vorgesehen – nur mit Adenauer besprechen[74]. Mit dieser Direktive entfernte sich der General in zwei wichtigen Fragen von seiner letzten Position. Er begnügte sich nicht mehr damit, die Vorbereitung der Regierungskonsultationen den politischen Direktoren der Außenministerien zu überlassen und, weitaus folgenreicher, er kehrte zu seiner ursprünglichen Haltung zurück, die sicherheitspolitische Dimension in die Agenda aufzunehmen. Seine Motive lagen auf der Hand: Mit einer verteidigungspolitischen Dimension fiel Frankreich als einziger Nuklearmacht natürlich von selbst eine Sprecherrolle in der Politischen Union zu.

Wenige Stunden später beantragte Frankreich eine Verschiebung der Tagung der Außenminister[75], wahrscheinlich wegen des kurz zuvor ausgebrochenen Putsches in Algerien[76]. Die ungeachtet der Niederschlagung zutage tretende „militärische Ohnmacht Frankreichs" gab Anlaß zu der Befürchtung, daß de Gaulle seine atlantischen und europapolitischen Pläne jetzt erst recht durchfechten würde, um dem gedemütigten Offizierskorps und dem gekränkten Nationalge-

[72] Bericht der Fouchet-Kommission, o.D., ohne den Teil über die kulturelle Zusammenarbeit in: Europäisches Parlament, Politischer Ausschuß [Hg.], Politische Union, S. 7–9, hier S. 8; s.a. Bloes, „Plan Fouchet", S. 142–144; zum Verlauf der Ausschußsitzungen s. zusammenfassend: Aufzeichnung des AA, 200–80.00/312/61, 7. 6. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 853–857; Defrance, La culture, S. 293–295; Lang, Bemühungen, S. 129–131.

[73] Vgl. Aufzeichnung des AA, 200–80.00/312/61, 7. 6. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 855; Lang, Bemühungen, S. 131.

[74] De Gaulle an Debré u. Couve de Murville, 27. 4. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 76; s.a. Lucas, Europa, S. 145; Soutou, Général de Gaulle, S. 132.

[75] S. Kommuniqué des Auswärtigen Amtes, in: Bulletin 1961, S. 781.

[76] Vgl. Kap. V.1.5.

fühl eine Aufgabe aufzuzeigen[77]. Als die sechs Minister dann endlich am 5. 5. in Bonn zusammentrafen, erklärte sich Luns zu einer Mitwirkung in der Politischen Union bereit, sofern die Parallelität der Konsultationen zu den Beratungen mit Großbritannien in der WEU gesichert sei. Ansonsten zeigte er sich gegenüber den belgischen und deutschen Schlichtungsbemühungen völlig unzugänglich. Als Couve de Murville mit der Forderung nach Einbeziehung der Verteidigungsfragen in die politische Zusammenarbeit hervortrat, widersetzte sich Luns energisch, während von Brentano nachdrücklich dafür plädierte, das Tableau für die Regierungschefkonferenz allenfalls auf die strategischen Fragen zu beschränken. Weiterhin strittig blieben die Fusion der Gemeinschaften und die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Um einen Fehlschlag zu verhindern, beschlossen die Minister auf Vorschlag Couve de Murvilles, die für den 19. 5. geplante Regierungskonferenz in den Juli zu verschieben. In der Zwischenzeit sollte die Studienkommission ihre Arbeit fortsetzen; für die zweite Juni-Hälfte nahmen sie eine weitere Beratung in ihrem Kreis in Aussicht[78].

Im Auswärtige Amt sah man nun in Absprache mit einigen Unions-Abgeordneten den Zeitpunkt gekommen, an den Kanzler heranzutreten und ihm für dessen Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Ratschläge mit auf den Weg zu geben. Aus Sicht der Diplomaten schien es sinnvoll, die Materie nur allgemein anzureißen und de Gaulle zu empfehlen, ob die Grundlage der politischen Organisation Europas nicht durch ein „grundsätzliches Abkommen der Sechs" gefestigt werden könne[79]. Parallel dazu drängte Monnet den Kanzler über Krone dazu, dem General klarzumachen, daß es in Europa keine französische Vormachtstellung geben dürfe[80]. Adenauer sah das genauso und sagte dem Fraktionschef zu, mit de Gaulle darüber zu sprechen: „eine hegemoniale Stellung Frankreichs im kommenden Europa komme nicht in Frage"[81]. Übereinstimmung herrschte zwischen Adenauer und Monnet auch in der Frage des Verhältnisses zu Großbritannien. Während sich von Brentano am 16. 5. vor den Auslandskorrespondenten in Bonn für einen mittleren Weg zwischen einer vollen Partnerschaft und einer Assoziation einsetzte[82], wies Adenauer derartige Planungen zurück. „Andere Formen halte ich für ausgeschlossen", meinte er im Teegespräch[83]. Und auch Monnet mahnte den Bundesaußenminister, sich der Verantwortung zu stellen und gemeinsam mit Frankreich darauf hinzuwirken, daß England gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied der Gemeinschaft werde[84].

[77] ACDP, NL Krone, I-028-005/5, Blankenhorn an AA, FS Nr. 462, 4. 5. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD 1, S. 770–773, hier S. 771.

[78] S. Seydoux an MAE, Tel. 1948/53, 6. 5. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 573 f.; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 33 f.; Europäisches Parlament, Politischer Ausschuß [Hg.], Politische Union, S. 7; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 300 f.; Bloes, „Plan Fouchet", S. 141; Kommuniqué der EWG-Außenministerkonferenz, 5. 5. 1961, in: Bulletin 1961, S. 817; Soutou, Général de Gaulle, S. 133; zur holländischen Position s.a. Memorandum von Luns, 14. 4. 1961, im Auszug in: AdG 1961, S. 9090D.

[79] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 179, Bl. 254 f., Jansen an zu Guttenberg, 10. 5. 1961.

[80] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 495, Tb. 15. 5. 1961.

[81] Ebd., Tb. 17. 5. 1961.

[82] Vgl. AdG 1961, S. 9091E.

[83] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 505, Pressetee-Gespräch, 2. 6. 1961.

[84] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 52, Monnet an von Brentano, 17. 5. 1961, Personnelle.

„Grundlage einer europäischen verfassungsmäßigen Ordnung"

Der Besuch de Gaulles am 20. 5. 1961 in Bonn, sein erster Besuch in der Bundeshauptstadt, bot von Brentano eine erste, wenn auch kurze Gelegenheit dazu, den Mahnungen nachzukommen. Nicht einmal zwölf Stunden sollte der hohe Gast an diesem Pfingstsamstag am Rhein verweilen. Adenauer bereitete den Aufenthalt dennoch intensiver denn je vor, ließ das zur Begrüßung angetretene Wachbataillon eigens zu Ehren des Präsidenten um eine Kompanie vergrößern[85]. Doch der erhoffte Effekt blieb aus. Obwohl die Aufnahme durch die Bevölkerung, die seinen Weg vom Flugplatz nach Bonn säumte[86], freundlich war, wirkte de Gaulle verstimmt[87]. Daß der Kanzler im morgendlichen Vieraugengespräch in Rhöndorf erneut den Versuch unternahm, den General zu einer Umkehr in seiner NATO-Politik zu bewegen[88], war nicht dazu geeignet, ihn aufzuheitern.

Erst in der Plenarsitzung, die nach dem Imbiß, einer kurzen Ruhepause und einem Höflichkeitsbesuch de Gaulles bei Lübke[89] am späten Nachmittag begann, hellte sich seine Miene wieder auf. Von Brentano war es, der nach einem eindrucksvollen Plädoyer für die deutsch-französischen Beziehungen sich für eine vertragliche Absicherung der europäischen Zusammenarbeit mit einem Minimum an Institutionen aussprach. Im Bewußtsein des „Rückenwind[es] aus Washington" und der europafreundlicheren Töne aus London[90] empfahl er Adenauer und de Gaulle einen neuerlichen Appell an die Partner zur politischen Zusammenarbeit, wobei es bei den Themen seiner Ansicht nach keine Tabus geben durfte; selbst die Verteidigung müsse einbezogen werden. De Gaulle werden diese Worte gewiß ebenso überrascht wie erfreut haben. Dennoch drückte er auf die Bremse. Adenauer aber wollte das Tempo des Europa-Zuges nicht durch den langsamsten bestimmen lassen und meinte, die Bundesrepublik und Frankreich müßten einfach anfangen und schauen, wer zur Mitarbeit bereit sei. Schließlich kamen beide Regierungen überein, die Regierungskonferenz in die erste Julihälfte zu legen, wobei man das Treffen selbst dann stattfinden lassen wollte, wenn die Partner sich verweigerten. Einigkeit herrschte auch in der Frage der ökonomischen Zusammenarbeit. De Gaulle insistierte, daß die für den Jahreswechsel ins Auge gefaßte erneute Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes nur dann erfolgen könne, wenn vorher eine Einigung über die Bedingungen des Gemeinsamen Agrarmarktes erzielt worden sei, wobei dies natürlich erst nach den Bundestagswahlen erfolgen könne. Beide Seiten stimmten schließlich auch darin überein, ihre Ziele nicht durch die nach den jüngsten Unterhaus-Erklärungen von Heath zu erwartenden Beitrittsabsichten Großbritanniens zur EWG beeinträchtigen zu lassen. Eine Teilnahme Englands an der politischen Konsultation wurde abgelehnt, weil man von den Briten absichtliche Störungen oder den Anspruch auf eine Schiedsrichterrolle erwartete. Niemand im Saal rechnete mit einer Vollmitgliedschaft der Briten, wobei Couve de Murville gar offen zugab, daß ihm angesichts der sich verändernden

[85] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 167; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 33, Tb. 21. 5. 1961.
[86] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 168; Seydoux, Erinnerungen, S. 264.
[87] Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 111.
[88] Vgl. Kap. V.3.3.
[89] S. Kusterer, Kanzler, S. 169; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 33.
[90] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Strätling, 20. 5. 1961.

Gewichte nicht einmal die Teilnahme am Gemeinsamen Markt behagte[91]. Die vorher vollmundig angekündigte Klarstellung, es dürfe in Europa keine Hegemonialmacht geben, verkniff sich der Kanzler bezeichnenderweise[92].

De Gaulle äußerte sich nach der Rückkehr an die Seine natürlich sehr zufrieden und hoffte auf eine positive Ausstrahlung der konstruktiven Ergebnisse auf die Partner[93]. Am Horizont sah er eine neue Organisation Europas in wirtschaftlicher, politischer und vor allem militärischer Hinsicht, kein Europa wie es noch vor zehn Jahren gestaltet wurde, kein von der NATO und damit den Amerikanern abhängiges Konstrukt, sondern ein selbstbewußter und eigenverantwortlicher Kontinent[94]. Auch in Bonn herrschte eitel Sonnenschein. Die Sorgen des vergangenen Sommers und Herbstes in bezug auf de Gaulles europapolitische Ambitionen schienen behoben[95]. Der General hatte offenbar „grünes Licht" für die Fortsetzung des bisherigen Weges gegeben. Die politische Zusammenarbeit Europas war angestoßen, ohne daß die vorhandenen Institutionen darunter leiden würden. In der deutschen Diplomatie zog man aus diesem Befund die Konsequenz, daß die bisherige Nachgiebigkeit gegenüber den Holländern aufgegeben und sie „vor ihre Verantwortlichkeit" gestellt werden sollten[96]. Angesichts der sich verschärfenden Berlin-Krise plädierte Paul Frank von seinem neuen Dienstsitz New York dafür, Europa endlich auch „auf dem politischen Felde" zu einer handlungsfähigen Faktor zu entwickeln[97].

Mit dieser Zielsetzung gerieten Deutsche und Franzosen unweigerlich auf Kollisionskurs zu den Amerikanern, die mehr denn je ihre Führungsrolle im transatlantischen Verhältnis herauskehrten. Adenauer hatte diese „leadership" während seiner Gespräche in Washington im April nicht nur begrüßt, sondern geradezu gefordert. Von de Gaulle wurde Ähnliches im State Department nicht erwartet, ja man zeigte sich intern sogar bereit, Frankreich „a pre-eminent role [...] as Spokesman for and organizer of Western Europe" zuzugestehen[98], wobei die westeuropäische Integration unter französischer Führung nicht zuletzt dazu dienen sollte, die Deutschen vor einem Rückfall in den Nationalismus zu bewahren[99]. Die Grenze der amerikanischen Unterstützung war indes dort erreicht, wo die gaullistische Politik die Atlantische Gemeinschaft in Frage stellte[100]. So war es nicht verwunderlich, daß schon in den ersten Monaten der neuen Washingtoner Admi-

[91] S. Plenarsitzung vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 618–624; BA, NL Blankenhorn, Bd. 113, Bl. 124–129, Tb. 24. 5. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 850–852; in gekürzter Fassung in: Blankenhorn, Verständnis, S. 403–405; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 103–111; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 34; Bariéty, De Gaulle, S. 557; Unterhausrede von Heath, 17. 5. 1961, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1946–1961, S. 426f.; Vaïsse, Candidature, S. 131.

[92] Vgl. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 500, Tb. 23. 5. 1961.

[93] S. de Gaulle an Adenauer, 3. 6. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 92.

[94] S. Unterredung zwischen dems. und Alphand vom 24. 5. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 351.

[95] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 500, Tb. 23. 5. 1961.

[96] Tb. Jansen, 22. 5. 1961, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 35.

[97] Ebd., I-149–006 [VI]-1, Frank an Jansen, 31. 5. 1961.

[98] Zitiert nach: Conze, Herausforderung, S. 178.

[99] S. Aufzeichnung des Dep. of State, PDG-A/2, 27. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 656–659; Conze, Herausforderung, S. 178.

[100] Vgl. ebd., S. 179.

nistration Meinungsunterschiede zu Bonn und Paris hinsichtlich des Stellenwerts und der politischen Zielsetzung des europäischen Integrationsprozesses auftauchten. De Gaulle intonierte das Grundmuster dieser Kakophonie nur allzu deutlich, als er in seinen Memoiren den Besuch seines amerikanischen Kollegen in Paris Ende Mai mit den Worten beschrieb: „Im Grunde schlägt Kennedy mir vor, in jedem seiner Vorhaben eine Rolle zu übernehmen. Meine Antwort darauf lautet, Paris sei sicherlich zu einer engen Abstimmung mit Washington sehr bereit, aber was Frankreich tue, tue es aus eigenem Wollen."[101] Nur in einem Punkt waren sich die beiden Präsidenten einig: Europa brauchte die Einigung, um die Westdeutschen fest zu verankern. Und sie stimmten auch darin überein, daß die Briten der Gemeinschaft entweder ganz oder gar nicht angehören sollten. Eine Assoziation, die England gewisse Sonderrechte einräumte, war für sie nicht akzeptabel[102].

Heinrich Krone, dem Fraktionsvorsitzenden der Union, vermittelte der General kurz darauf während einer Privataudienz den Eindruck, er dächte an ein von Frankreich geführtes Europa mit Deutschland in „enger Sozietät", aber ohne England[103]. Ähnlich äußerte sich das französische Staatsoberhaupt, als er vom 20. bis 23. 6. den Bundespräsidenten zum Staatsbesuch in Paris empfing. Wenngleich de Gaulle nicht müde wurde, die historische Stunde für das bilaterale Verhältnis zu rühmen, so vergaß er doch nie, im zweiten Atemzug den europäischen Bezug herzustellen. „Ainsi l'Europe commence à s'accomplir du seul fait que l'Allemagne et la France se rejoignent." Dieses Europa, das ja nur ein Torso war, hatte eine Mission zu erfüllen, den Frieden zu sichern, Entspannung mit dem Ostteil des Kontinents einzuleiten und schließlich die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs in seine Mitte aufnehmen[104].

Während Lübke in Paris weilte, verhandelten britische und französische Experten über die Auswirkungen eines britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt[105]. Zwei Wochen später trafen sich die Außenminister der EWG-Staaten in Rom zur Vorbereitung der Regierungschefkonferenz. Die Arbeit der Fouchet-Kommission hatte in der Zwischenzeit „nur wenig positive Ergebnisse" erbracht[106]. Gewiß, Ende Mai hatte sich erste Bewegung in den zentralen Streitpunkten abgezeichnet, als Spaak gegenüber de Gaulle das Prinzip regelmäßiger Konsultationen ohne Begrenzung der Diskussionsthemen sowie den Gedanken eines Sekretariats in Paris akzeptierte, sofern die EWG-Organisationen in Brüssel angesiedelt würden[107].

[101] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 309.

[102] S. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 2. 6. 1961, US/MC/8, Secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 23–25; DDF 1961, Bd. 1, S. 707–710; ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001-052/2, Blankenhorn an AA, FS Nr. 589, 5. 6. 1961, Geheim, Citissime; BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 242–245, Tb. 5. 6. 1961; Conze, Herausforderung, S. 200; Vaïsse, Candidature, S. 131.

[103] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 507–509, hier S. 508, Tb. 14.–16. 6. 1961; vgl. Vaïsse, La grandeur, S. 245.

[104] Tischrede de Gaulles im Elysée, 20. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 325–327, hier S. 326; vgl. die ganz auf die deutsch-französische Versöhnung abgestimmte Erwiderung Lübkes, 20. 6. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1085; s.a. Kap. V.4.1.

[105] S. Couve de Murville an Auslandsmissionen, Zirkulartel. 86, 24. 6. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 934f.

[106] BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 53–57, Blankenhorn an von Brentano, 26. 6. 1961, Geheim, Persönlich.

[107] Vgl. ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001-052/2, Oppler an AA, FS Nr. 115, 23. 5.

Auf eine solche Kungelei mochten sich die übrigen Parteien aber nicht einlassen. Als Kompromiß zwischen dem französischen Wunsch nach einem politischen Sekretariat und dem holländischen Vorschlag, die Vorbereitungsarbeiten einer ad hoc zusammentretenden Kommission zu übertragen, dachte Bonn an die Schaffung eines sehr kleinen ständigen Arbeitsgremiums hoher Beamte, das ständig der Fouchet-Kommission berichten sollte. In bezug auf die Einbeziehung der Verteidigungspolitik deutete sich eine Hinwendung Italiens, Belgiens und Luxemburgs zur deutschen Auffassung an, wonach verbindliche strategische Beschlüsse ausgeklammert bleiben müßten. Selbst Frankreich schien sich dieser Beschränkung anzunähern[108]. Ende Juni kamen Bonn und Paris überein, die Vorbereitung der Gipfelkonferenzen den politischen Direktoren der Auswärtigen Ämter zu überantworten, ohne daß die Franzosen von ihrer Maximalposition eines Ständigen Sekretariats in Paris definitiv Abstand nahmen. Beide Regierungen waren sich auch darin einig, den neuen belgischen Vorschlag einer sofortigen Einbeziehung Großbritanniens in die politischen Konsultationen abzulehnen[109]. Die Frage, ob die Regierungschefs wie vorgesehen am 18. 7. zusammentreffen könnten, blieb aufgrund der holländischen Widerstände vorerst offen[110].

Der Druck der prekären weltpolitischen Lage wenige Wochen vor dem Mauerbau in Berlin schweißte die Antipoden zusammen. Am 10. 7. gelang es den Außenministern der Sechs in Rom, eine Tagesordnung für den Gipfel festzulegen, weil Den Haag und Paris weit aufeinander zugegangen waren. Auf der Basis eines Kompromißvorschlags der italienischen Gastgeber willigten die Niederländer in die Regierungskonferenz und in die Einbeziehung der Verteidigungspolitik als Tagesordnungspunkt ein, während die Franzosen nicht mehr auf der Einrichtung des Ständigen Sekretariats bestanden und akzeptierten, daß die strategischen sicherheitspolitischen Belange ausgeklammert würden. Sie billigten sogar die holländische Forderung, Großbritannien zur politischen Konsultation im Rahmen der WEU einzuladen. Der Erfolg der Zusammenkunft war wohl vornehmlich Spaak zu verdanken, der zunächst seinen niederländischen Kollegen unterstützte, dann aber eine vermittelnde Position einnahm. Er zeichnete auch dafür verantwortlich, daß die Fragen der Fusion der Gemeinschaften und der Direktwahl des Parlaments die Einigung nicht verhinderten[111].

De Gaulle nahm das Ergebnis einstweilen hin, zufrieden war er damit nicht. Denn wenn Europa tatsächlich jene Einheit werden sollte, von der alle sprachen, mußte es seiner Meinung nach eine eigene Identität in der Verteidigung erhalten. Europa brauchte hier eine Richtung, einen Plan und die notwendigen Mittel. Des-

1961, Verschlüsselt, NfD; ebd., Blankenhorn an dass., FS Nr. 553, 29. 5. 1961, Verschlüsselt; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 301.

[108] S. Aufzeichnung des AA, 200–80.00/312/61, 7. 6. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 854f.; Couve de Murville an Bousquet, Tel. 2106/10, 9. 6. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 750f.

[109] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 53–57, Blankenhorn an von Brentano, 26. 6. 1961, Geheim, Persönlich.

[110] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 534, Kanzler-Tee, 7. 7. 1961.

[111] Zur EWG-Außenministerkonferenz vom 10. 7. 1961 vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 35f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 301f.; Bloes, „Plan Fouchet", S. 148f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 134; Vaïsse, Candidature, S. 132; AdG 1961, S. 9214A.

halb nahm er sich vor, den Kollegen vorzuschlagen, daß die Studienkommission auch sicherheitspolitische Vorschläge unterbreiten solle[112].

Am 18. 7. trafen sich die Regierungschefs der Fünf mit dem französischen Präsidenten in Begleitung ihrer Außenminister in der Redoute in Bad Godesberg[113]. Von der „sehr vertrauensvollen und verständnisbereiten Atmosphäre", von der ein nach Abschluß der Konferenz abgefaßtes resümierendes Telegramm des Auswärtigen Amtes berichtet[114], konnte zu Beginn der Tagung keine Rede sein. Die Delegationen befaßten sich zunächst mit einer Deklaration, die die wichtigsten Ergebnisse des Berichts der Fouchet-Kommission in Beschlüsse umsetzen sollte. Von Bonner Seite angeregt, war sie von den Außenministern in Rom im Prinzip akzeptiert und am 16. 7. von der Kommission dann vorformuliert worden, wobei sich ein deutscher Entwurf weitgehend gegenüber einer französischen und einer italienischen Vorlage durchsetzte. Als entscheidend erwies sich dabei der Vorsatz, für die Zukunft eine Verbindung zwischen der politischen Konsultation und den Europäischen Gemeinschaften anzuvisieren[115].

Ungeachtet der Abstimmungen im Vorfeld erwies sich die Satz für Satz vollzogene Prüfung dieser sogenannten „Bonner Erklärung" durch die Staatsmänner als höchst schwierig. Wiederholt verlangten die Belgier, Holländer und Italiener Präzisierungen zu den strittigen Themen NATO, Gemeinsamer Markt und Beitritt Großbritanniens, stießen damit bei den Franzosen aber immer wieder auf taube Ohren. Geradezu symptomatisch für das Gerangel um Worte war wohl der Kampf um eine exakte Beschreibung des Verhältnisses zwischen der politischen Zusammenarbeit und den Europäischen Gemeinschaften. Als eine Delegation als Lösung den Terminus der parallelen Entwicklung vorschlug, hielt de Gaulle süffisant dagegen: „Les parallèles sont des droites qui ne se rejoignent jamais."[116]

Aus der französischen, aber auch der deutschen Sicht stellte sich das von einer „Lustfahrt" auf dem Rhein[117] unterbrochene stundenlangen Gezerre vornehmlich so dar, als ob die Niederlande sich als Protektor der supranationalen Einigung Europas gerierten und doch nur massiv nationale Interessen verfolgten[118]. Als Konferenzpräsident war Adenauer zu einer gewissen Neutralität verpflichtet; er hatte sich aber offensichtlich entschlossen, de Gaulle nicht zu enttäuschen. „Tantôt sarcastique, tantôt familièrement bourru"[119], bemühte er sich, die Debatte voranzutreiben, wobei er mit Luns nicht gerade zimperlich umsprang[120]. De Gaulle konnte es sich daher erlauben, eher zurückhaltend zu agieren. Er

[112] S. Aufzeichnung de Gaulle, 17. 7. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 107f.; Kusterer, Kanzler, S. 173–175; Soutou, Général de Gaulle, S. 133f.
[113] Zur personellen Zusammensetzung der sechs Delegationen vgl. AdG 1961, S. 9235A; Fouchet, Plan Fouchet, S. 331.
[114] BA, NL Blankenhorn, Bd. 116, Bl. 82–86, Jansen an diplomatische Vertretungen, Tel., 19. 7. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 860–863, hier S. 861.
[115] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 36; Bloes, „Plan Fouchet", S. 149; Soutou, Général de Gaulle, S. 134.
[116] Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 18. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 105–112, hier S. 109; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 176.
[117] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 241.
[118] S. Fouchet, Plan Fouchet, S. 332; Kusterer, Kanzler, S. 175f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 241.
[119] Fouchet, Mémoires, S. 198; s.a. ders., Plan Fouchet, S. 331.
[120] S. Kusterer, Kanzler, S. 175f.

wußte nur zu gut, daß ein zu forsches Auftreten seiner Sache nur abträglich wäre[121]. Endlich waren die semantischen Felsbrocken doch beseitigt, der Erfolg greifbar nahe, als das Thema Europäische Universität plötzlich ein Scheitern der Konferenz heraufbeschwor. Auf Vorschlag Adenauers einigte man sich schließlich auf die Gründung einer Hochschule italienischen Rechts in Florenz mit finanzieller Beteiligung der Sechs, womit sowohl die deutschen verfassungsrechtlichen Besonderheiten auf dem Kultursektor wie die französischen Bedenken gegen die Bezeichnung Universität umgangen wurden[122].

Am späten Abend erhielt die „Bonner Erklärung" dann endlich Kontur. Im ersten präambelhaften Teil gab sie ein Bekenntnis zur europäischen Integration und atlantischen Zusammenarbeit, wobei der Wunsch nach Beitritt anderer europäischer Staaten ausdrücklich unterstrichen wurde, sofern sie gleiche Verantwortung und gleiche Verpflichtungen zu übernehmen bereit waren. Ein zweiter Teil enthielt dann die eigentliche Beschlußfassung: Organisation der politischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer gemeinsamen Politik; regelmäßige Begegnungen der Regierungschefs ohne Begrenzung der Themenbereiche; Auftrag an die Studienkommission zur Ausarbeitung eines „Europäischen Statuts". Ohne feste Terminvorgabe wurde ein nächstes Regierungstreffen für Rom in Aussicht genommen. Im dritten Teil band die Deklaration schließlich das Europäische Parlament formell in die neue Form der Kooperation ein[123].

Darüber hinaus verabschiedeten die Regierungschefs eine zweite, kulturpolitische Erklärung. Sie war von den Beamten der Fouchet-Kommission am 16. 7. abgesegnet worden und beruhte in großen Zügen auf der Basis eines Entwurfs der Italiener, die die Kultur in diesen Tagen unerwartet und mit Erfolg hochspielten[124]. Das Dokument sah neben der Gründung der Florenzer Hochschule die Bildung eines Rates der Erziehungsminister bzw. der für die internationalen kulturellen Beziehungen zuständigen Ressortchefs und eines Kultursachverständigen vor[125].

Im weiteren Verlauf diskutierten die Politiker aktuelle politische, insbesondere sicherheitspolitische Angelegenheiten unter besonderer Berücksichtigung der Bedrohung Berlins. Dabei betonte de Gaulle die Notwendigkeit zur Bewahrung der NATO, machte aber keinen Hehl daraus, daß die Sechs bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung übernehmen müßten. Adenauer beeilte sich, die Diskussion über diese heikle Materie zu unterdrücken[126], um das Erreichte nicht noch zu gefährden. Er wußte nur zu gut, wie fragil der Konsens

[121] Vgl. Seydoux, Erinnerungen, S. 267.

[122] S. Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 18. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 112–120; BA, NL Blankenhorn, Bd. 116, Bl. 82–86, Jansen an diplomatische Vertretungen, Tel., 19. 7. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 862; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 42, Tb. 23. 7. 1961.

[123] S. Erklärung über die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit, 18. 7. 1961, in: EA 1961, S. D469f.

[124] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 36f.; Defrance, La culture, S. 295f.

[125] S. Erklärung über die kulturelle Zusammenarbeit, 18. 7. 1961, in: EA 1961, S. D470f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 116, Bl. 82–86, Jansen an diplomatische Vertretungen, Tel., 19. 7. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 862.

[126] S. Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 18. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 120–125; Spaak, Memoiren, S. 534.

war, wie rasch die mühselig kaschierten Dissonanzen wieder aufbrechen konnten.

Trotz der Genugtuung über die erzielten Resultate hielt sich die Freude bei den Regierungen in engen Grenzen. Frankreich hatte den Einstieg in die politische Kooperation erreicht, aber erhebliche Abstriche vom ursprünglichen Konzept hinnehmen müssen: ausdrückliche Betonung des Erhalts des bestehenden Gemeinschaftssystems; keine explizite Einbeziehung der Verteidigung; kein Plebiszit; keine den Regierungen zu unterstellende Spezialorganismen für Wirtschaft und Verteidigung[127]. Die Bundesregierung sah dennoch einem politisch einigen Europa die Tür geöffnet[128], hoffte gar darauf, daß diese „Grundlage einer europäischen verfassungsmäßigen Ordnung" noch im selben Jahr verabschiedet und den Parlamenten vorgelegt werden könnte[129]. Ein „Markstein in der Geschichte der europäischen Einigungsbewegung" schien gesetzt worden zu sein[130].

Auch die französische Regierung versprühte offiziell Zuversicht. Mit pragmatischen Schritten – so hieß es in einer Erklärung Couve de Murvilles vor der Assemblée Nationale – könnten die politischen Konsultationen nach und nach zu einer gemeinsamen Politik führen[131]. Die Opposition klatschte Beifall[132], die Presse sprach ihre Glückwünsche aus, wenngleich nicht alle so übertrieben euphorisch reagierten wie „Le Figaro", der ein „accord complet entre les Six pour une coopération politique renforcée" glaubte konstatieren zu können[133].

Intern gestand man sich in der Regierung indes ein, daß nur eine „Einigung über die Absichten" zustande gekommen sei; erst in der weiteren Arbeit der Fouchet-Kommission würde sich erweisen, ob die „Hintergedanken einiger Partner" die Übereinkunft nicht doch noch zerstören könnten[134]. Die Sorgen waren keineswegs übertrieben. Auch in Belgien neigte man angesichts der im Kern nicht behobenen Meinungsverschiedenheiten zur Skepsis und fürchtete vor allem um den Bestand der Brüsseler Kommission[135].

„Multiplicité des problèmes"

Mit dem am 31. 7. im Unterhaus bekanntgegebenen Beschluß des Kabinetts von Whitehall, Großbritannien werde Verhandlungen über die Mitgliedschaft in der EWG aufnehmen[136], erhöhte sich das Dissenspotential innerhalb der Sechserge-

[127] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 134f.

[128] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 116, Bl. 82–86, Jansen an diplomatische Vertretungen, Tel., 19. 7. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 862f.

[129] Erklärung von Brentanos im Deutschen Fernsehen, 18. 7. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1305.

[130] Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200-80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 866–871, hier 867.

[131] S. Rede Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 20. 7. 1961, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1961, Bd. 2, S. 1861–1864.

[132] S. Debatte der Assemblée Nationale, 20. 7. 1961, in: ebd., S. 1864–1882; AdG 1961, S. 9235B.

[133] „Le Figaro", 19. 7. 1961; s.a. „Le Monde", 20. 7. 1961, auch in: BDFD III, S. 658f.; zur Reaktion der französischen Presse vgl. de Araujo, Plan Fouchet, S. 20f.; Bloes, „Plan Fouchet", S. 152f.

[134] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 303; s.a. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 3619/29 etc., 24. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 139–141.

[135] S. Spaak, Memoiren, S. 533; AdG 1961, S. 9235B.

[136] S. Erklärung Macmillans vor dem Unterhaus, 31. 7. 1961, in: EA 1961, S. D471-D473; ders. an Kennedy, 28. 7. 1961, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 31; Lamb, Macmillan Years, S. 144–157.

meinschaft nicht unerheblich. Das am 9. 8. offiziell an den Vorsitzenden des EWG-Ministerrates, Ludwig Erhard, gerichtete Beitrittsgesuch, das notabene Sonderwünsche in bezug auf den Commonwealth und die Agrarfrage anmeldete[137], spiegelte in aller Schärfe die veränderte außenpolitische Konstellation der Inselmonarchie wider. Es war der „verzweifelte Versuch, die alte Rolle als Weltmacht und Hauptpartner der USA mit neuer Maske weiterzuspielen", und daher keine europäische Neuorientierung[138]. London reagierte damit nicht nur auf seine ungünstige wirtschaftliche Lage[139], sondern auch auf die weniger freundliche Haltung Washingtons sowie vor allem auf das sich bildende Kraftzentrum Bonn-Paris[140].

Die pro-englischen Bataillone in Bonn, Brüssel und Den Haag betrachteten diesen Akt natürlich als bedeutenden historischen Einschnitt. Erhard rühmte in seiner Empfangsbestätigung den „entscheidenden Schritt auf dem Wege zu einem engeren Zusammenschluß der Völker Europas"[141]. Für die Verfechter der politischen Konsultation à six sah das natürlich ganz anders aus. Jansen verlangte sofort eine strikte Parallelität zwischen den Beitrittsgesprächen und Fortschritten in der Fouchet-Kommission. Auch warnte er davor, den Engländern Avancen zu machen, bevor sie nicht endgültig der EWG beigetreten seien. „Wir müssen ihnen gegenüber positiv, liebenswürdig, aber fest auftreten."[142] Nicht alle seine Kollegen in der Koblenzer Straße dachten wie er. Harkort etwa plädierte dafür, den Briten mehr entgegenzukommen[143]. Und auch jene Politiker und Diplomaten, die auf der Seite Jansens standen, hatten angesichts der eskalierenden Berlin-Krise mit einzukalkulieren, daß die Bundesrepublik auf England angewiesen war[144].

Innerhalb der EWG verschärften sich die Fronten wieder. De Gaulle sprach Macmillan gegenüber vieldeutig von einer „multiplicité des problèmes", die sich durch Englands Entscheidung auftäte[145]. Couve de Murville drängte nach dem Mauerbau in Berlin darauf, die Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt erst zu Beginn des kommenden Jahres aufzunehmen. Denn zum einen hielt er schnelle Fortschritte wegen der Kraft absorbierenden Ost-West-Krise für kaum erreichbar. Zum anderen mußte die Gemeinschaft aus seiner Sicht zunächst das Agrarproblem in den Griff bekommen[146].

Mit diesem Kurs stieß die französische Regierung im In- und Ausland auf harten Widerstand. Volksrepublikaner und Radikale sprachen sich Anfang Oktober eindeutig gegen die die Einheit des Westens bedrohende Politik de Gaulles und für

[137] S. Macmillan an Erhard, 9. 8. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1473.
[138] Kaiser, Austerlitz, S. 23.
[139] S. von der Groeben, Aufbaujahre, S. 175 f.
[140] Zum internen britischen Meinungsbildungsprozeß vgl. ausführlich: Kaiser, Großbritannien, S. 104–150; Tratt, Macmillan Government, S. 170–187.
[141] Erhard an Macmillan, 14. 8. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1473; s.a. Koerfer, Kampf, S. 585.
[142] Tb. Jansen, 31. 7. 1961, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 43.
[143] S. Tb. dess., 7. 11. 1961, in: ebd., Anm. 102.
[144] Vgl. Kap. V.1.5.
[145] De Gaulle an Macmillan, 2. 8. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 121 f., hier S. 122; s.a. Vaïsse, La grandeur, S. 197.
[146] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 147 f., Blankenhorn an AA, Tel. 942, 22. 8. 1961.

ein demokratisch geeintes Europa aus[147]. Die Niederlande warteten jetzt mit der Forderung auf, die Beitrittsverhandlungen nicht bilateral zwischen der EWG und Großbritannien, sondern in einer Siebener-Konferenz durchzuführen. Der Ton verschärfte sich, als Frankreich im Gegensatz zu den übrigen Fünf von den Briten eine schriftliche Darlegung ihrer Wünsche verlangte, Brüssel als Verhandlungsort in Frage stellte und Bedenken hinsichtlich einer Beteiligung der EWG-Kommission erhob. Zwar verständigten sich die Partner schließlich doch auf deren Einbeziehung, gestanden Frankreich aber Ende September als Konzession zu, eine Präliminarsitzung in Paris abzuhalten, auf der der englische Minister Heath den eigenen Standpunkt präzisieren sollte. Erst danach sahen sie die Verlegung der Beratungen in die belgische Hauptstadt vor[148].

Am 10. 10. war es soweit. Als Vorsitzender des EWG-Ministerrates eröffnete Erhard im Quai d'Orsay die Verhandlungen zur Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Für ihn bereitete diese Zeremonie persönliche Genugtuung, leitete sie doch seiner Meinung nach „einen der bedeutungsvollsten Abschnitte, ja vielleicht ein[en] entscheidenden der europäischen Nachkriegsgeschichte" ein. So dezent wie möglich forderte er de Gaulle in einer kurzen Ansprache auf, sich diesmal nicht quer zu legen. „Was vor drei Jahren als ein Mißerfolg gelten konnte, würde dieses Mal ein schwerer Schaden für Europa sein."[149]

Im Elysée wirkte die Botschaft höchst unpassend. Nachdem Heath im Anschluß an Erhard sein Exposé über die englischen Sonderwünsche vorgetragen hatte[150], fragte man sich, was denn bei Erfüllung all dieser Forderungen von der Gemeinschaft noch übrigbleibe[151]. Der Bundeswirtschaftsminister sah zwar ebenfalls durchaus harte Auseinandersetzungen in den für den 8./9. 11. in Brüssel anberaumten Verhandlungen voraus, frohlockte aber, daß sich endlich die von ihm ja seit Jahren vertretene Überzeugung breit mache, man könne die verschiedenen Lebens- und Seinsbereiche der Völker und Menschen nicht „fein säuberlich in einzelnen Kästchen" auseinanderhalten[152]. Anders als de Gaulle war er eben fest davon überzeugt, daß es England tatsächlich ernst meinte[153].

Erhard war mit dieser Auffassung in Bonn nicht allein. Mit dem Eintritt der FDP in die nach den Bundestagswahlen vom September neu konturierte Bundesregierung gewann seine Position einen bedeutenden Fürsprecher. Um ihr Image einer „sehr nationalistischen"[154], antieuropäischen Partei abzustreifen, die 1957

[147] Vgl. Irving, Christian Democracy, S. 239; AdG 1961, S. 9380A.

[148] S. Boegner an MAE, Tel. 690/705, 28. 9. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 457–459; ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 43, Anm. 102; BA, NL Blankenhorn, Bd. 118, Bl. 147f., Blankenhorn an AA, Tel. 942, 22. 8. 1961; Bloes, „Plan Fouchet", S. 163f.; Koerfer, Kampf, S. 585.

[149] Ansprache Erhards im Quai d'Orsay, 10. 10. 1961, in: Erhard, Gedanken, S. 709–711, hier S. 709 u. 710; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 388; Koerfer, Kampf, S. 585; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 96f.

[150] S. Ansprache Heaths, 10. 10. 1961, in: EA 1961, S. D670f.; Lamb, Macmillan Years, S. 159–161.

[151] S. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 333.

[152] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/1, Erklärung Erhards in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 12. 10. 1961; s.a. Marcowitz, Option, S. 67.

[153] S. AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 11. 10. 1961, Très secret.

[154] Erklärung von Margulies in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 19. 9. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 114.

die EWG bekanntlich abgelehnt hatte, suchte die FDP seit 1960 nach neuem europapolitischen Profil auf der Basis des de Gaulle zugeschriebenen Konzepts des „Europa der Vaterländer"[155]. Vorsichtig begrüßte sie jetzt die vom General propagierte europäische Einigung auf der Basis starker, selbstbewußter Nationalstaaten[156] und wünschte, den Teilnehmerkreis an der europäischen Politik zu erweitern[157]. Ausdrücklich sprachen sich die Liberalen in den Koalitionsverhandlungen im Oktober unter ihrem neuen Vorsitzenden Erich Mende für die Aufnahme Großbritanniens in die EWG aus[158].

Auch von Brentano sah in der Rede von Heath einen „Wendepunkt in der britischen Politik"[159] und gab damit eine breite Stimmung in der Union wieder[160]. Einige seiner Mitarbeiter im Auswärtigen Amt neigten demgegenüber zu größter Vorsicht. Schon der „unerquickliche" Streit der EWG-Staaten über den Vorsitz während der Beitrittskonferenz und die Verteilung des Sprecheramtes innerhalb der Sechsergemeinschaft ließen die Schärfe der bevorstehenden Reibereien erahnen. Spaaks Versuch, sich mit dem Präsidentenamt zu schmücken, stieß in Paris, Rom und Bonn gleichermaßen auf Widerspruch. Denn Heaths Exposé hatte erhebliche Dissonanzen vorprogrammiert, und Spaak bot „keine Gewähr" für die erforderliche „äußerste Wachsamkeit", zumal Erhard erheblichen Druck ausübte, den Briten weit entgegenzukommen. Die Bundesregierung neigte daher zu dem französischen Vorschlag, die Position der Sechsergemeinschaft zu koordinieren. Denn damit kam der EWG-Kommission eine Schlüsselrolle zu, da sie den gesamten Brüsseler Apparat hinter sich hatte und über die größten Erfahrungen mit dem Vertragswerk verfügte[161].

„Fortschritt in abgedrängter Richtung": Der Fouchet-I-Plan

Vor diesem Hintergrund hatte am 28. 9. die erste Plenarsitzung der Fouchet-Kommission begonnen[162]. Nachdem eine Reihe organisatorischer Fragen geklärt und verschiedene Arbeitsgruppen gebildet worden waren, diskutierten die Delegationen informelle Arbeitspapiere, die von italienischer, deutscher, belgischer und luxemburgischer Seite als Stellungnahme zur „Bonner Erklärung" unterbreitet worden und zumindest aus französischer Sicht ausgesprochen supranational angelegt waren[163]. Es bestand Einvernehmen darüber, möglichst rasch voranzuschreiten, um die Ergebnisse Mitte November einer Regierungskonferenz vorzu-

[155] Erklärung Dörings in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 17. 9. 1960, in: ebd., S. 35.
[156] S. Memorandum Starkes, 5. 6. 1961, im Auszug in: BDFD III, S. 655–658.
[157] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/1, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 12. 10. 1961.
[158] S. das Papier der FDP für die Koalitionsverhandlungen, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 242; vgl. AdG 1961, S. 9443.
[159] Von Brentano an Adenauer, 21. 10. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 357–361, hier S. 358.
[160] Vgl. Marcowitz, Option, S. 66f.
[161] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Jansen an von Brentano, Aufzeichnung 200–81.12/6, 13. 10. 1961.
[162] Mitglieder waren Cattani (Italien), Holvoet (Belgien), Fouchet (Frankreich), Jansen (Bundesrepublik), Pescatore (Luxemburg) und Vos van Steenwijk (Niederlande). Zu den Verhandlungen bisher grundlegend Bloes, „Plan Fouchet", S. 175–364; Soutou, Général de Gaulle; s.a. de Araujo, Plan Fouchet; Dammers, Plans Fouchet; Mayer, Role; Silj, Puzzle.
[163] S. Fouchet, Plan Fouchet, S. 332; ders., Mémoires, S. 198.

legen. Hinsichtlich des zu schaffenden Statuts stimmte man überein, zwar keine definitive Verfassung, aber zumindest einen unabänderlichen Vertrag auszuarbeiten, der die Basis für weitere Schritte sein sollte. Die Mehrheit der Regierungen dachte dabei an ein sehr großes Ensemble, das zu einem späteren Zeitpunkt die bestehenden Institutionen überdachen könnte. Die Minderheit wünschte hingegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine festen Rahmenvorgaben[164].

Die Erosionen in der Atlantischen Allianz ließen im Auswärtigen Amt jetzt den Gedanken an eine spektakuläre Initiative reifen, die von Brentano bei de Gaulle lancieren sollte. Europa, so hieß es Anfang Oktober in einer geheimen Aufzeichnung des mittlerweile als Vortragender Legationsrat I. Klasse im Inlandsreferat des Auswärtigen Amtes tätigen Gerd Brand an den Noch-Außenminister von Brentano, müsse sich aus der Rolle des bloßen Objekts der Weltpolitik befreien und den Sprung zu einem kontinentaleuropäischen Staatenbund wagen, der später in einen Bundesstaat münden könne. Daher seien in der Sechsergemeinschaft zum 1. 1. 1962 Organe zum Zweck der Ausarbeitung einer Verfassung für einen Staatenbund innerhalb von acht Monaten mit folgendem Mindestgehalt zu berufen: Zwei-Kammer-System, legislative Befugnisse auf bestimmten Gebieten, gemeinsame Außenpolitik, Beistandspflicht, Oberbefehl des Staatenbundes über die Streitkräfte, Möglichkeit des Übergangs in einen Bundesstaat. Großbritannien blieb die Mitgliedschaft freigestellt. Die Billigung der Partner glaubte Brand dadurch herbeiführen zu können, „daß im Falle des Mißlingens eine deutsch-französische Union als der letzte Ausweg erscheint". Um die Zustimmung Frankreichs zu gewinnen, schien es ihm notwendig, die Ausnutzung des deutschen Wirtschaftspotentials für eine Atomstreitkraft anzubieten[165]. Konkrete Folgen scheint dieses sensationelle Projekt offenbar keine gehabt zu haben; möglicherweise machte die Demission von Brentanos als Außenminister seinem Vertrauten einen Strich durch die Rechnung. Und dennoch wirkt es höchst bemerkenswert sowohl in seinem Gehalt wie in seinen prophetischen Vorhersagen für den Fall des Fehlschlags einer Politischen Union: „eine deutsch-französische Union als der letzte Ausweg".

Zwei Wochen später legte Fouchet der Arbeitsgruppe „Statut" aufgrund wachsender Spannungen zwischen Frankreich und den Fünfen in Abwesenheit des holländischen Delegationschefs einen möglicherweise Adenauer vorab zur Kenntnis gebrachten ersten französischen Entwurf für das Europäische Statut vor, der wahrscheinlich aufgrund einer französischen Indiskretion Anfang November in die Presse gelangte[166]. Frankreich trat damit wie bereits im Mai und Oktober 1950 bei der Vorlage des Schuman- bzw. des Pleven-Plans die Flucht nach vorn an, um den Gang der Diskussionen in seinem Sinn zu steuern. Der achtzehn Artikel umfassende sogenannte „Fouchet-I-Plan" projektierte die Gründung einer konföderal strukturierten, unauflöslichen Union mit dem Ziel einer gemeinsamen

[164] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 44; Bloes, „Plan Fouchet", S. 188–190; Cattani, Essai, S. 392.

[165] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 179, Bl. 58–61, Brand an von Brentano, Aufzeichnung 991-80-33/18/61, 5. 10. 1961, Geheim.

[166] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 45; Bloes, „Plan Fouchet", S. 190 u. 192; Cattani, Essai, S. 392; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 303; Terrenoire, „Revisionsklausel", S. 67.

Außen- und Verteidigungspolitik sowie einer engen Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiet. Ein Rat sollte alle vier Monate auf der Ebene der Regierungschefs und in der Zwischenzeit je einmal im Kreis der Außenminister tagen. Dem Europäische Parlament wurde das Recht der mündlichen und schriftlichen Anfragen sowie der Empfehlungen und der jährlichen Entgegennahme eines Bericht des Rates zugestanden. Unterstützt wurden die Minister durch eine Politische Kommission hoher Beamter der Außenministerien; das umstrittene Sekretariat war also nicht vorgesehen, wohl aber eine Revisionsklausel, die nach drei Jahren die Veränderung des Statuts zwecks Verstärkung des Bundes ermöglichen sollte[167].

Fouchet unterstrich bei der Vorstellung des Plans am Morgen des 19. 10., daß er von de Gaulle gebilligt sei, allerdings nur eine Arbeitsgrundlage darstelle. Die Reaktion der anwesenden vier Partner fiel im allgemeinen günstig aus. Sie akzeptierten das Dokument als Diskussionsbasis, denn es stellte den einzigen ausformulierten Vertragstext dar und paßte in den Rahmen der „Bonner Erklärung". Allerdings wünschten sich namentlich die Deutschen und Italiener eine eindrucksvollere Ausgestaltung, um die Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Harmonie endete abrupt, als in der Nachmittagssitzung der holländische Delegierte dazustieß und ein großes Lamento anstimmte, weil er sich von Fouchet überfahren fühlte. Heftig attackiert von Jansen, warf Vos van Steenwijk Fouchet vor, die in den vergangenen Monaten mühsam erzielten Fortschritte wieder aufs Spiel zu setzen. Da er frühestens in einem Monat die Autorisierung seiner Regierung zur Fortsetzung der Beratungen glaubte vorweisen zu können, wurde die nächste Sitzung auf den 10. 11. gelegt[168].

Mit der zwanghaften Beratungspause bot sich für alle Beteiligten die Gelegenheit einer gründlichen Prüfung des französischen Konzepts. Die Bundesregierung begrüßte den Entwurf prinzipiell, obwohl die von den Franzosen vorgeschlagene Entwicklung in der Europapolitik als „Fortschritt in abgedrängter Richtung" daherkam. Denn sie wußte nur zu gut, daß die Alternative angesichts der gegenwärtigen Gewichtsverteilung „Stillstand" hieß[169]. Allerdings hielt sie „Ergänzungen und Abänderungen" für dringend notwendig[170], um die Verträge von Rom und Paris nicht zu gefährden, die Beteiligung der Kommissionen und der Hohen Behörde an der politischen Konsultationen der Regierungen zu gewährleisten und die Stellung des Europäischen Parlaments zu stärken. Konkret hieß das: Ergänzung des Entwurfs durch ein Organ als Vertreter der Gemeinschaftsinteressen; Sicherung der Zuständigkeiten der Gemeinschaften; Verklammerung der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung mit der Kooperation in der NATO; stärkere Betonung der föderativen Zielsetzung in der Revisionsklausel[171].

[167] S. Fouchet-I-Plan, unter dem Datum 2. 11. 1961 in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 363–370; eingehende Analyse in: Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 868–871; Bloes, „Plan Fouchet", S. 225–234.

[168] S. Aufzeichnung der Unterabt. Westeuropa im MAE, 20. 10. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 526–529; Bloes, „Plan Fouchet", S. 192f.; Cattani, Essai, S. 392; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 303.

[169] Artikel Deckert, in: „Mannheimer Morgen", 6. 12. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 660f., hier S. 661.

[170] Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 869; s.a. von Brentano an Adenauer, 21. 10. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 360.

[171] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, „Verlauf der Beratungen über eine Europäische Politi-

In Rom fügte man den Bonner Bedenken noch als ergänzende Forderungen die Direktwahl des Parlaments nach Ablauf der drei Jahre und das Mehrheitsprinzip bei Abstimmungen im Rat hinzu[172]. Den Haag verlangte jetzt mit Unterstützung von Brüssel sogar erstmals, London zur Teilnahme an den Verhandlungen über das Europäische Statut einzuladen[173]. Belgiens „völlige Kehrtwendung"[174] war offenbar zum Gutteil taktisch bedingt. An einer frühzeitigen Einbeziehung Englands konnte ihm nicht wirklich gelegen sein, weil es am stärksten auf Supranationalität drängte. Allerdings hielt Spaak es wohl für sinnvoll, sich auf Hollands Seite zu stellen, damit der nördliche Nachbar sich nicht völlig ins Abseits begab[175].

Fouchet zeigte sich nach der Wiederaufnahme der Gespräche am 10. 11. in vielen Punkten durchaus konzessionsbereit. Gemeinsam mit Jansen und seinen Kollegen aus Rom und Luxemburg dachte er aber nicht daran, London noch vor Abschluß der Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt an den gemeinsamen Tisch zu bitten. Aufgrund des von Heath bereits angemeldeten Interesses waren die Vier aber sehr wohl geneigt, die Briten auf dem laufenden zu halten. Selbst einen Gedankenaustausch im Rahmen der WEU schlossen sie nicht aus. Dennoch versteiften sich Holländer und Belgier jetzt darauf, nicht mehr an den materiellen Diskussionen über den Inhalt des Statuts mitzuwirken, und plädierten für eine Unterbrechung der Arbeit in der Studienkommission. Luxemburg schlug statt dessen vor, einen neuen Text auszuarbeiten. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, diese Aufgabe Frankreich zu übertragen, wobei der neue Entwurf sämtliche Standpunkte berücksichtigen und nicht mehr als Vorlage einer Delegation, sondern aller Delegationen gelten sollte. Die nächste Sitzung wurde auf den 29. 11. festgesetzt[176].

Seit dem 14. 11. stand Adenauer, der die „komische[n]" Holländer „englischer als die Engländer" empfand[177], einer neuen Koalitionsregierung mit einem selbstbewußten Außenminister namens Gerhard Schröder und einer FDP vor[178], der Schröders Amtsvorgänger von Brentano in europapolitischer Hinsicht derart mißtraute, daß er sich vehement dagegen aussprach, den Liberalen ein Europaministerium zu übertragen[179]. De Gaulle beglückwünschte den Kanzler höflich zu seiner erneuten Wahl und erhob ihn zum „grand artisan" der Politik der Verständigung, Kooperation und Freundschaft zwischen beiden Völkern „dont dépendent l'unité de l'Europe et le salut du monde libre"[180].

sche Union", o.D.; ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 46; Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 869f.

[172] Vgl. ausführlich: Schweizer, Gouvernement italien.

[173] Zur Haltung der Holländer und Belgier vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 194–201; Stelandre, La Belgique; ders., Pays.

[174] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 304.

[175] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 49.

[176] S. ebd., S. 46f.; ebd., „Verlauf der Beratungen über eine Europäische Politische Union", o.D.; Couve de Murville an Rom etc., Tel. 3538/49 etc., 14. 11. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 587–589; Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 867f.; zur Haltung der Briten gegenüber den Fouchet-Plänen vgl. Ludlow, Paradoxe anglais.

[177] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 42, Informationsgespräch, 13. 12. 1961.

[178] S. Kap. V.1.5.

[179] S. von Brentano an Adenauer, 21. 10. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 357–361; vgl. Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 23, 26, 233–235 u. 238.

[180] De Gaulle an Adenauer, 10. 11. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 163.

Diese Verständigung zwischen Bonn und Paris war für ihn um so wichtiger, als wenige Tage zuvor in Brüssel die offiziellen Verhandlungen über die Aufnahme Londons in die EWG begonnen hatten. Als Sprecher der Sechs erinnerte Staatssekretär Lahr vom Auswärtigen Amt in seiner Antwort auf die Rede Heaths vom 10. 10. die Briten daran, daß der EWG-Vertrag nicht auf eine Zoll-, sondern eine Wirtschaftsunion abziele. Die durch eine britische Mitgliedschaft erforderlichen Anpassungen könnten in Zusatzprotokollen geregelt werden, sofern es sich um vorübergehende Maßnahmen handele. Die Beitrittsverhandlungen dürften die Verwirklichung der EWG nicht bremsen[181].

Das klang unmißverständlich und ging de Gaulle doch nicht weit genug. In einem Treffen mit dem Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, unterstrich er am 16. 11. seine erheblichen Zweifel an der Opportunität einer englischen EWG-Mitgliedschaft zu den von Heath genannten Bedingungen[182]. Als Macmillan ihm wenige Tage später anläßlich einer Begegnung in Birch Grove erklärte, daß er den Beitritt vor allem aus politischen Gründen wünsche, fragte der General zurück, wie England sich denn dem politischen Europa zuwenden könne, wenn es nicht einmal den wirtschaftlichen Zusammenschluß vollständig akzeptiere. Falls man in Brüssel jetzt nicht zu einem Ergebnis gelange, sei das nicht weiter tragisch. Vielleicht, so versuchte er ihn zu vertrösten, gelinge es ja zu einem späteren Zeitpunkt. Doch genau dies wollte Macmillan auf keinen Fall, und seine Reaktion war höchst undiplomatisch. Wenn der Vertrag über den Beitritt nicht im nächsten Jahr zustande komme, werde sich Großbritannien den USA zuwenden und seine Truppen vom Kontinent abziehen[183]. Diese altbekannten Erpressungsversuche waren wohl kaum dazu geeignet, auf dem Kontinent Sympathie und Verständnis für die Briten zu wecken.

Es bleibt de Gaulles Geheimnis, wieso er, anstatt diese törichten britischen Drohungen für sich auszunutzen, die Stimmung der Partner mit eigener Interessenpolitik gegen sich aufbrachte und ausgerechnet jetzt den seit langem beschlossenen Eintritt in die zweite Übergangsperiode des Gemeinsamen Marktes von der Einbeziehung des Agrarbereichs abhängig machte. Seit Juni 1960 lagen Empfehlungen der EWG-Kommission für den Aufbau einer gemeinsamen Marktordnung auf dem Tisch des Ministerrates. Die immer wieder verzögerte Entscheidung konnte nun nicht mehr länger hinausgeschoben werden, da Frankreich unter dem Druck von Aufständen seiner wegen steigender unverkäuflicher Überschüsse aufgebrachten Bauern[184] eine Einigung über die Kommissionsvorschläge zur Vorbedingung für eine Ingangsetzung der zweiten Etappe des Gemeinsamen Marktes zum 31. 12. 1961 erhob[185].

In der Bundesrepublik stieß dieses Junktim auf starke Widerstände, weil es der deutschen Landwirtschaft ihres Schutzschirms gegen störende Einfuhren beraubte. Ein Öffnen der Märkte mußte tiefgreifende Folgen, sprich starke Einkom-

[181] S. Couve de Murville an Auslandsmissionen, Zirkulartel. 206, 12. 11. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 579–581; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 177f.
[182] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Hallstein vom 16. 11. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 599f.
[183] S. Unterredungen zwischen dems. und Macmillan vom 24./25. 11. 1961, Très secret, in: ebd., S. 639–656; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 317–319; Vaïsse, La grandeur, S. 198f.
[184] Vgl. Müller-Roschach, Europapolitik, S. 108.
[185] Vgl. AdG 1961, S. 9137A; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 260f.

menseinbußen nach sich ziehen, zumal die deutschen Bauern ihre Produktion mit Hilfe der vom Bundestag festgesetzten, weit über dem Niveau der übrigen Mitgliedstaaten liegenden Getreidepreise in den letzten Jahren hatten erheblich steigern können[186]. Während das Bundeswirtschaftsministerium und die an einem liberalen Außenhandel interessierten Kreise das vorgeschlagene Marktordnungssystem wegen der Abschöpfungsregeln und der starren Preis- und Absatzgarantien für zu protektionistisch hielten, sorgte sich das Landwirtschaftsministerium um die Zukunft ihrer Agrarklientel[187]. Auf der parteipolitischen Ebene machten sich insbesondere die Liberalen stark für die Bauern und warnten davor, sie „der EWG zu opfern"[188]. Ihrer Meinung nach durfte es weder unzumutbare Preissenkungen noch übermäßige staatlich subventionierte Agrarimporte geben[189]. Im Fall etwaiger Abmachungen zu Lasten der Landwirtschaft forderte die FDP von der Bundesregierung entsprechende Schadenersatzleistungen[190]. Die hielt sich zwar mit etwaigen Zusagen zurück, betonte aber die Notwendigkeit der Existenzsicherung für die deutschen Landwirte und der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen[191].

Nach den Bundestagswahlen vom September verhärtete sich die Position der Liberalen noch. Einige Abgeordnete stilisierten die Agrarfrage zum „Damoklesschwert für unser weiteres Bestehen auf dem Lande", erteilten der EWG-Agrarpolitik eine „klare Absage" und appellierten an die Regierung: „Da gibt es kein Jota zu verhandeln."[192] Die Partei nahm darauf Rücksicht und sprach sich dafür aus, keine weiteren Entscheidungen über die Beschleunigung der EWG-Agrarpolitik bis zur Klärung des englischen Beitritts zu treffen[193]. Während der Koalitionsverhandlungen wurde aber deutlich, daß diese harte Linie gegenüber der Union nicht durchsetzbar war. Daher schwenkte man wieder auf die alte Position um, bei irgendwelchen Abmachungen zu Lasten der deutschen Bauern Schadenersatz zu zahlen[194]. Ende Oktober einigten sich die Koalitionäre darauf, daß die landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik ungeachtet der Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag eine Kostendeckung erzielen müßten[195].

Im Auswärtigen Amt wurde diese Vereinbarung mit Sorge gesehen. Man befürchtete jetzt eine Verhärtung der deutschen Position in der Agrarfrage mit nachteiligen Folgen für das deutsch-französische Verhältnis. Zunehmend drängender brachte Frankreich seine Forderung vor, die viel höheren deutschen Preise den eigenen anzupassen. Zumindest Blankenhorn sah darin guten Grund und warf der

[186] Vgl. Müller-Roschach, Europapolitik, S. 109; Priebe, Unvernunft, S. 67f.
[187] Vgl. von der Groeben, Aufbaujahre, S. 146f.
[188] Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 10. 2. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 64.
[189] S. Memorandum Starkes, 5. 6. 1961, im Auszug in: BDFD III, S. 655–658.
[190] S. Bundestagserklärungen Mauks und von Margulies, 30. 6. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 49, S. 9739–9741 u. 9746–9749.
[191] S. Bundestagserklärungen Erhards und von Schwarz, 30. 6. 1961, in: ebd. S. 9741–9746.
[192] Erklärung Ertls in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 19. 9. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 115; s.a. Erklärung dess. in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 6. 10. 1961, in: ebd., S. 260.
[193] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 29. 9. 1961, in: ebd., S. 167.
[194] S. Erklärung Margulies in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 6. 10. 1961, in: ebd., S. 261.
[195] Vgl. Zusammenfassung des Koalitionsvertrags vom 20. 10. 1961, in: AdG 1961, S. 9444.

Bundesrepublik vor, mit ihrem nationalen Egoismus die gesamte wirtschaftliche Kooperation in der EWG in Frage zu stellen[196]. Dazu wollte es die Bundesregierung aber nicht kommen lassen. Ende November erklärte sie sich trotz schwerster Bedenken offiziell bereit, das Richtpreissystem für Getreide in der Bundesrepublik einzuführen, sofern gewisse Abfederungsmaßnahmen akzeptiert würden und die mengenmäßigen Regelungen vorerst aufrechterhalten blieben. Auch im Bereich der Schweinefleischproduktion signalisierte sie ein gewisses Einlenken, verlangte aber insgesamt als Gegenleistung für seine nicht unbeträchtlichen Konzessionen Fortschritte bei der Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen[197].

Wie nicht anders zu erwarten, verknüpften sich die Verhandlungen über die wirtschaftliche Integration Europas unauflöslich mit den Diskussionen über die Politische Union. Ende November regte Spaak an, die für den 29. 11. geplante nächste Sitzung der Fouchet-Kommission zu annullieren und die Frage des englischen Beitritts einer Außenministerkonferenz am 15. 12. zur Entscheidung vorzulegen. Seine Motive waren vielfältig. Auf der einen Seite befürchtete er, daß die Verhandlungen mit den Briten einen Anreiz für andere Staaten ausübten, ebenfalls in die EWG hineinzudrängen, ohne aber am politischen Aufbau Europas mitwirken zu wollen. Auf der anderen Seite betrachtete der Verfechter der Supranationalität den Fouchet-Plan als Rückschritt in der Entwicklung der politischen Einheit. Wenn man das französische Konzept umsetzte, spielte man seiner Meinung nach jenen Staaten in die Hand, die von der wirtschaftlichen Integration profitieren, die politische Einigung aber nicht unterstützen wollten. Die Konferenz sollte daher klären, ob die Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration ohne Mitgliedschaft in der politischen Union akzeptiert würde und ob der Fouchet-Plan tatsächlich zu einer politischen Einigung im Sinne der Römischen Verträge hinführen könne[198].

„Freier Weg für eine materielle Diskussion des Europäischen Statuts"

Am 5. 12., wenige Tage nach einer Audienz bei de Gaulle[199], legte Fouchet eine überarbeitete Fassung dieses Planes vor. Sie faßte seine in der Studienkommission gemachten Zugeständnisse schriftlich zusammen. Später schien den Verantwortlichen in Paris dieses Entgegenkommen so unpassend, daß sie es rasch vergaßen[200]. Der französische Diplomat erklärte sich in diesem revidierten Entwurf des Statuts aufgrund der Vorschläge der übrigen Delegationen dazu bereit, ein Generalsekretariat mit der Verpflichtung für die Mitgliedstaaten einzurichten, den internationalen Charakter der Tätigkeit des Generalsekretärs zu achten; einen Passus zu akzeptieren, der eine gemeinsame Verteidigungspolitik zur Stärkung der Atlantischen Allianz anstrebte; die Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat der Union hinzunehmen; die Revisionsbestimmung des Vertrags im

[196] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 122b, Bl. 128–132, Tb. 7. 11. 1961.
[197] S. Rede von Schwarz im EWG-Ministerrat, 30. 11. 1961, in: Bulletin 1961, S. 2125 f.
[198] S. MacArthur an Dep. of State, Tel. 954, 29. 11. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 51–53; Bloes, „Plan Fouchet", S. 248.
[199] Zur Datierung s. ebd., S. 253 f.
[200] Fouchet ging in seinen Memoiren mit keinem Wort auf diese revidierte Fassung ein (Fouchet, Mémoires, S. 199; ders., Plan Fouchet, S. 333).

Sinne einer fortschreitenden Integration der politischen Gemeinschaft auszubauen[201]. Auch im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit war man mit Ausnahme der Europäischen Universität mittlerweile zu positiven Ergebnissen gekommen. Es lagen inzwischen Entwürfe für drei Übereinkommen über die Organisation der europäischen kulturellen Zusammenarbeit, die Förderung des Hochschulaustausches und die Errichtung europäischer Lehr- und Forschungsinstitute vor[202]. Dennoch wurde Fouchet von belgischer und holländischer Seite vorgeworfen, seinen Auftrag zur Berücksichtigung aller Positionen nicht erfüllt und nur die Sichtweise Frankreichs dargelegt zu haben[203], was Spaak notabene nicht davon abhielt, dieses Papier in seinen Memoiren als „ausgezeichnet" zu rühmen[204]. Auch die Bundesrepublik, Italien und Luxemburg sahen die Verhandlungen durchaus auf dem richtigen Weg[205].

Bevor es nun zur entscheidenden Tagung der Außenminister kam, trafen sich de Gaulle und Adenauer am 9. 12. in Paris. Die französischen Hoffnungen waren recht hoch. Man erwartete von den Deutschen nicht nur mehr Entgegenkommen im Agrarsektor, da die bisherigen Vorschläge Lahrs in Brüssel als unzureichend galten, sondern auch Einigkeit in der Frage, wie die holländischen und belgischen Widerstände in der Fouchet-Kommission überwunden werden könnten[206]. Im Bundeskabinett hatte man sich zwar inzwischen zu einer grundsätzlichen Zustimmung zum Richtpreissystem durchgerungen. Der innerkoalitionäre Dissens war damit auch noch nicht behoben. Es bahnte sich sogar zwischen der Union und der FDP ein „Wettstreit [...] in bezug auf die Härte in der Agrarpolitik" an, den der Kanzler nicht einfach ignorieren konnte. Daher hatte er auch die Mahnungen Erhards sehr ernst zu nehmen, der ihn unmittelbar vor der Abreise an die Seine ersuchte, das strittigste Problem in Brüssel direkt mit de Gaulle zu besprechen: die Kontingentierung. Bonn verlangte nämlich, im Fall von Marktstörungen mengenmäßige Beschränkungen bei Getreide und Schweinefleisch gegenüber Dritten durchzuführen. Paris aber wollte keine autonome Interventionsmöglichkeit, sondern dieses Recht nur der Kommission zugestehen[207].

Nach einer sehr hitzigen Diskussion am Morgen über die Beseitigung der Berlin-Krise[208] wandten sich die beiden Staatsmänner am Nachmittag den europäischen Fragen zu. De Gaulle bat eindringlich um Verständnis für das französische Junktim zwischen der Beschleunigung der EWG und der Einführung des Gemeinsamen Agrarmarktes. Adenauer versagte sich etwaige Zusagen, unterstrich aber seine Hoffnung, in Brüssel eine Einigung zu erzielen. Einvernehmen

[201] S. AMAE, Europe 1961–1965, Questions Internationales, Bd. 1958, „Projet de traité établissant une Union d'Etats", o.D.; s.a. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, „Verlauf der Beratungen über eine Europäische Politische Union", o.D.; ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 46f. Bloes tituliert dieses Papier als „Fouchet II" (Bloes, „Plan Fouchet", S. 254).

[202] Vgl. Defrance, La culture, S. 297–301; Lang, Bemühungen, S. 134.

[203] S. Bloes, „Plan Fouchet", S. 255.

[204] Spaak, Memoiren, S. 535.

[205] S. Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200-80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 868–870; Cattani, Essai, S. 392.

[206] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 125b, Bl. 191–193, Unterredung zwischen Blankenhorn und Maillard vom 5. 12. 1961.

[207] L-E-S, NL Erhard, I 1)9, Erhard an Adenauer, 6. 12. 1961.

[208] Vgl. Kap. V.1.5.

herrschte zwischen ihnen hingegen bezüglich des britischen EWG-Beitritts. De Gaulle mißtraute Macmillans Absichten und warnte vor der Revolutionierung des inneren Gefüges der Gemeinschaft im Falle einer Einbeziehung des Commonwealth. Mit dezidierter Zustimmung des Kanzlers vertrat er die Auffassung, daß England nur dann in die EWG und den europäischen Bund aufgenommen werden könne, wenn das Commonwealth außen vor bliebe. Zum Fouchet-Plan überleitend, meinte der Präsident, gelänge es, bis zum Jahreswechsel das Problem der Agrarordnungen zu bereinigen, sollten die Regierungschefs kurz darauf zusammentreten, um ein Abkommen über die politische Zusammenarbeit zu treffen. Ausdrücklich versicherte er, nichts zu beschließen, was nicht vorher mit der Bundesrepublik abgesprochen sei. Adenauer stimmte dem Fahrplan zu, wobei er aber Widerstände von den Belgiern und Holländern erwartete[209].

An einen baldigen britischen EWG-Beitritt, das machte de Gaulle nach der Unterredung mit Adenauer auch Macmillan unmißverständlich klar, war also vorläufig nicht zu denken[210]. Da der Premierminister schon vorher mehrfach sein Desinteresse an einer frühen Mitwirkung in der Fouchet-Kommission angezeigt hatte[211], gab Spaak auf der Außenministerkonferenz der Sechs am 15. 12. seinen Widerstand auf und erklärte sich damit einverstanden, daß die Briten über den Verlauf der Verhandlungen lediglich unterrichtet werden. Er interpretierte das „préalable anglais" nun als Verpflichtung Großbritanniens zur Teilnahme an der Politischen Union nach dem EWG-Beitritt. Dank der vermittelnden und ausgleichenden Haltung Luxemburgs und Italiens war damit der „Weg frei für eine materielle Diskussion des [...] Europäischen Statuts". Die Minister gedachten sie nun so zu forcieren, daß die Studienkommission am 10. 1. 1962 einen gemeinsamen Vertragsentwurf verabschieden könne, der der nächsten Ministerkonferenz Mitte oder Ende Januar vorgelegt werden sollte. Ungeachtet der britischen Zurückhaltung machte Luns sein Plazet zu dieser Zusammenkunft von der Teilnahme des englischen Kollegen abhängig[212]. Der Fouchet-Ausschuß konnte also seine Arbeit fortsetzen, die Grundprobleme schienen gleichwohl noch nicht behoben. Die Holländer ließen sich lediglich „contrecoeur" von den Partnern mitziehen; die Belgier liebäugelten offenbar noch immer damit, die Briten mit ins Boot zu holen; und den Deutschen schien es vor allem um den Abschluß eines Vertrages, weniger um den Inhalt zu gehen. Auf einen Termin für das bereits auf der Bonner Konferenz im Juli in Aussicht genommene, von Adenauer und de Gaulle erneut angemahnte Gipfeltreffen der Sechs vermochte die Runde sich nicht zu einigen[213].

[209] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 12. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 703–708; Tb. Jansen, 11. 12. 1961, in: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 53; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 128–131; Kusterer, Kanzler, S. 196; Vaïsse, Candidature, S. 134.

[210] S. de Gaulle an Macmillan, 12. 12. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 172f.; Macmillan, End, S. 33f.

[211] S. Erklärung Heaths vor dem Unterhaus, 29. 11. 1961, in: Parliamentary Debates, House of Commons, Official Report, 1961, Bd. 650, Nr. 22, S. 412–421; Bloes, „Plan Fouchet", S. 246–248 u. 257.

[212] Jansen an Schröder, Aufzeichnung 200-80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 868.

[213] MAE an Bonn etc., Tel. 8383/95 etc., 20. 12. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 768–770, hier S. 770; s.a. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 50–52; Cattani, Essai,

Am Rhein gab man die Hoffnung aber nicht auf, diese dritte europäische Gipfelkonferenz doch noch im Februar, und zwar in Rom durchführen zu können[214]. Der Optimismus resultierte nicht zuletzt aus der französischen Konzilianz gegenüber den deutschen Forderungen nach Stärkung der gemeinschaftsfördernden Elemente im Europäischen Statut und einer Verbindung zur NATO. Fouchet behauptete Mitte Dezember gegenüber seinem deutschen Botschafterkollegen in Kopenhagen, Berger, gar, es bestehe mit Jansen über die Zielsetzung und den Modus procedendi „völlige Einigkeit"[215].

Die Bundesregierung pflichtete daher dem von Frankreich überarbeiteten Entwurf des Europäischen Statuts auch grundsätzlich bei, obwohl sie sich damit von ihrer früheren Einstellung zur Integration distanzierte[216]. Sie befürwortete das Konzept als ersten Schritt auf dem Weg zum politischen Zusammenschluß, der nach ihrer Meinung schließlich die Form einer Föderation annehmen mußte. Allerdings gab es aus ihrer Sicht nach wie vor noch beträchtlichen Korrekturbedarf: Sicherung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften; Beteiligung der Kommissionen und der Hohen Behörde an den Arbeiten im Rahmen des Bundes; Verstärkung der Stellung des Europäischen Parlaments; Hervorhebung der föderativen Zielsetzung in der Revisionsklausel unter anderem durch den Hinweis auf die Fusion der Exekutiven und das Ziel unmittelbarer Wahlen; Gleichschaltung der Mitgliedschaft im Bund mit derjenigen in den Gemeinschaften[217].

Ungeachtet des bemerkenswerten Aufeinanderzugehens der Parteien blieben die Gegensätze latent vorhanden. Die Niederlande waren an einer Politischen Union ohne Großbritannien weiterhin desinteressiert. Frankreich zielte immer noch auf die intergouvernemental strukturierte Politische Union, während die übrigen vier Partner mit eigenen Akzentverschiebungen an eine möglichst supranational ausgerichtete Union dachten[218]. Am 21. 12. sprach sich auch das Europäische Parlament für eine Verbesserung des Fouchet-Entwurfs im Sinne der deutschen Vorstellungen aus[219].

Derweil konnten die parallelen Agrarverhandlungen in Brüssel so weit vorangetrieben werden, daß Adenauer bereits einen erfolgreichen Abschluß innerhalb weniger Tagen erwartete[220]. Endlich, so glaubte er, schuf Europa die Basis für eine wirtschaftliche Einigung, damit auch für den politischen Aufbau und letztlich dafür, in den Fragen „der großen Politik ein Wort mitsprechen" zu können[221].

S. 392–394; Lang, Bemühungen, S. 133; Bloes, „Plan Fouchet", S. 257–260; Soutou, Général de Gaulle, S. 136.

214 S. Tb. Jansen, 16. 12. 1961, in: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 52.

215 PA, Ref. 700, Bd. 44, Berger an AA, 203–82.00 Ber.Nr. 1187/61, 12. 12. 1961.

216 S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-2, Jansen an Frank, 21. 12. 1961.

217 S. ders. an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/846/61, 29. 12. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 868–870; ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 53f.; Lang, Bemühungen, S. 133f.

218 Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 54.

219 S. Empfehlung des Europäischen Parlaments, 21. 12. 1961, in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 121–124; Bloes, „Plan Fouchet", S. 234–245; Gerbet, Construction, S. 241f.

220 S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 56f., Kanzler-Tee, 14. 12. 1961, Streng vertraulich; ebd., S. 62f., Informationsgespräch, 16. 12. 1961, Vertraulich.

221 Ebd., S. 57, Kanzler-Tee, 14. 12. 1961, Streng vertraulich.

Kurz darauf drohten seine großen Hoffnungen wieder zu zerplatzen. Als kurz vor Weihnachten eine Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen erzielt war, verlangte Couve de Murville plötzlich vor der Einwilligung in die zweite Etappe des Gemeinsamen Marktes die vollständige Festlegung der Marktordnungen im Agrarbereich. Selbst in Frankreich regte sich Widerstand. In der Assemblée Nationale warfen Abgeordnete der eigenen Regierung vor, sie zwinge die Bundesrepublik zu Zugeständnissen, die dessen wirtschaftlichen Interessen zuwiderliefen. Die Opposition brachte gar einen Tadelsantrag ein, um gegen die ihrer Auffassung nach Frankreich isolierende, die Atlantische Allianz gefährdende und die europäische Integration zerstörende Politik de Gaulles zu protestieren. Der Präsident konnte es verschmerzen. Dank der für ihn komfortablen Mehrheitsverhältnisse verpaßte die Motion am 16. 12. das erforderliche Quorum[222].

Trotz dieses Sieges von de Gaulle hielt Adenauer es für möglich, ihn zum Einlenken bewegen zu können. Auf Anraten von Lahr bat er ihn am 22. 12. schriftlich dazu, seine formalistische Position aufzugeben und sich mit einer Übereinstimmung über den Inhalt der Marktordnungen zu begnügen. Eine schriftliche Festlegung verzögere nur das Werk und untergrabe das erzielte Übereinkommen[223]. Doch der Kanzler überschätzte seine Einflußmöglichkeit. Die Antwort des Generals konnte nicht kühler ausfallen. Notfalls zum Abbruch der Verhandlungen bereit, macht er seinem „Hauptopponent[en]"[224] unmißverständlich klar, daß es keinen Kompromiß geben würde[225]. Wollte er den Integrationsprozeß nicht gefährden und eine angesichts des Berlin-Konflikts kaum wünschenswerte Krise in den deutsch-französischen Beziehungen heraufbeschwören, mußte Adenauer einlenken, wohl wissend, daß „Methoden in das Gemeinschaftsleben einzudringen drohen, die eindeutig gemeinschaftsfeindlich sind, und, konsequent angewandt, eine Gemeinschaft zerstören können"[226].

Als zum Jahreswechsel das umfangreiche Verordnungswerk noch immer nicht verabschiedet war, schlug Couve de Murville vor, die Uhr pro forma anzuhalten und die Verhandlungen unter deutschem Vorsitz noch zwei Wochen im Januar weiterzuführen[227]. In permanenter Tagung mit zermürbenden Nachtsitzungen gelang es dann im neuen Jahr, die entscheidenden Voraussetzungen für die gemeinsame Agrarpolitik zu schaffen. Am 14. 1. 1962 beschloß der EWG-Ministerrat unter dem Vorsitz Müller-Armacks bzw. Lahrs den schrittweisen Aufbau eines Gemeinsamen Agrarmarktes innerhalb von siebeneinhalb Jahren, die ersten gemeinsamen Marktordnungen und ein Finanzierungssystem für die Errichtung eines Ausrichtungs- und Garantiefonds. Im hart umkämpften Getreidebereich behielt sich die Bundesregierung die volle Entscheidungsfreiheit für eine vom Rat

[222] S. Debatte der Assemblée Nationale, 15./16. 12. 1961, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1961, Bd. 2, S. 5675–5694 u. 5699–5708; AdG 1961, S. 9554B.

[223] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 22. 12. 1961 (Übersetzung); s.a. Lahr an seine Schwester, 31. 12. 1961, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 351 f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 262 f.

[224] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 231.

[225] S. de Gaulle an Adenauer, 22. 12. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 174; die archivalische Vorlage weist das Datum 23. 12. 1961 auf (AN, 5 AG 1/165).

[226] Lahr an seine Schwester, 31. 12. 1961, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 353.

[227] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 371, Tb. 28. 12. 1961; Müller-Armack, Weg, S. 231–233; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 111.

erstmalig 1963 zu beschließende Preisannäherung vor, wobei vorläufig das deutsche Niveau im wesentlichen erhalten blieb[228]. Mit dieser Einigung waren zugleich die politischen Voraussetzungen für den Schritt von der ersten zur zweiten Stufe der Übergangszeit zum Gemeinsamen Markt geschaffen. Die Räte beschlossen ihn einstimmig mit der Wirkung, gewisse bisher einhellig zu fassende Entscheidungen des Rates nunmehr mit qualifizierter Mehrheit zu treffen. Dies war aus deutscher Sicht um so wichtiger, als man befürchtete, daß Frankreich am Ende der nächsten Integrationsphase das Entstehen des Gemeinsamen Marktes erneut anfechten könnte[229].

„Il n'y a que des Etats et leur union"

Wie berechtigt dieses Mißtrauen gegenüber der französischen Europapolitik war, verdeutlichte die auf den 18. 1 verschobene Sitzung der Studienkommission für die Politische Union. Im Gegensatz zu der von Fouchet oder Couve de Murville später lancierten Fama war es keineswegs eine angebliche Verhärtung der belgischen und holländischen Position[230], sondern eine Kehrtwende in der französischen Position, die das bisher Erreichte in Frage stellte. Gewiß, Spaaks öffentliche Schelte am „Europa der Vaterländer" und sein scharfes Plädoyer für die Supranationalität vom 10. 1. ließen klar erkennen, daß er seine Maximalposition noch nicht aufgegeben hatte[231]. Den Haag hielt ebenfalls an seinen Forderungen fest, ließ die Partner aber am 12. 1. immerhin wissen, daß man an der nächsten Sitzung der Fouchet-Kommission teilzunehmen gedenke, sofern die Kommission konstatieren würde, daß London sich damit begnüge, über den Verlauf informiert zu werden[232]. Dann aber stellte Paris plötzlich die Weichen um. Am 15. 1. billigte Couve de Murville eine abermals überarbeitete Fassung des Fouchet-Plans, die den letzten Stand der Diskussionen widerspiegelte, und schickte sie in den Elysée[233]. Als die Vorlage am 17. 1. nach einer Sitzung des Conseil de Ministres wieder im Quai d'Orsay eintraf, wies sie drei wesentliche Veränderungen auf. Den Bezug auf die Atlantische Allianz hatte der Präsident getilgt, zu der politischen, kulturellen und verteidigungspolitischen Zielsetzung der Union noch die wirtschaftliche ergänzt und in der Revisionsklausel den Hinweis auf die Wahrung der europäischen Verträge sowie gemeinschafts- und integrationsfördernde Elemente gestrichen. Darüber hinaus fiel das Generalsekretariat weg, die Rechte des Europäischen Parlaments wurden eingeschränkt. Damit gewann die Politische Union Kompetenzen, die bisher die EWG ausübte. Wesentliche Bestimmungen der Römischen Verträge waren in Frage gestellt, die Änderungswünsche der Fünf unberücksichtigt, den nationalen Regierungen noch mehr Rechte zugesprochen, und jegliche integrative Entwicklung der Union schien für die Zukunft blockiert[234].

[228] S. Lahr an seinen Bruder, 18. 1. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 353–355; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 262; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 148–156; Müller-Armack, Weg, S. 233; Müller-Roschach, Europapolitik, S. 111–113; AdG 1962, S. 9609E.
[229] S. Müller-Roschach, Europapolitik, S. 113; Bulletin 1962, S. 99.
[230] S. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 306; Fouchet, Mémoires, S. 199; ders., Plan Fouchet, S. 333.
[231] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 229.
[232] Vgl. ebd., S. 278f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 136.
[233] Vgl. ders., L'alliance incertaine, S. 188–190; ders., Général de Gaulle, S. 136f.
[234] S. Fouchet-II-Plan, 18. 1. 1962, in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 364–370; Bloes, „Plan Fouchet",

Couve de Murville empfand diesen Ukas de Gaulles als so unglücklich, daß seine Beamten im Gespräch mit ausländischen Diplomaten harten Widerstand empfahlen[235]. Debré hingegen, der in seinen Memoiren berichtet, die Entscheidung über die Änderungen sei in einem Gespräch zwischen dem Präsidenten, dem Premier- und dem Außenminister gefallen, trug den neuen Vertragsentwurf nicht nur mit, sondern begrüßte ihn ausdrücklich als das, was Frankreich stets gewollt habe: einen Vertrag, „qui soit clairement l'expression de la volonté politique des nations européennes"[236].

Über die Motive und Überlegungen, die de Gaulle zu dieser Kehrtwende veranlaßt haben, ist bereits viel spekuliert worden. Die These, der Präsident habe den Fouchet-I-Plan erst im Dezember studiert und dann korrigiert[237], kann gewiß schon deshalb nicht stimmen, weil Fouchet als „loyaler Gaullist" kaum ohne den Segen des Generals ein offizielles Papier unterbreitet hätte[238]. Wenn er sich nach der Entscheidung des Elysée nun „völlig niedergeschlagen" zeigte und „desavouiert" fühlte[239], so deutet das eher darauf hin, daß de Gaulle ihn einfach ins offene Messer hatte laufen lassen. Jansen sah auch Couve de Murville „überfahren", witterte Machenschaften Debrés mit dem Ziel, die durch den Übergang zur zweiten Phase des Gemeinsamen Marktes erzielte Stärkung der EWG aufzuheben. Vielleicht wolle der General auch ein „Europa der Vaterländer" durchsetzen. „Dafür besteht aber keine Chance. Das ganze Manöver ist dumm."[240]

Nicht der bald abgehalfterte Premierminister war für den brüsken Umschwung verantwortlich, wiewohl diesem doktrinären Europagegner die Zugeständnisse Fouchets nicht paßten[241]. Es war letztlich der Präsident mit einem „einsamen Entschluß ohne Begründung"[242] gewesen, der die Wende bewirkte. Couve de Murville gestand dies Blankenhorn Anfang Februar offen mit den Worten ein, der neue französische Vorschlag sei vom General „stark beeinflußt" worden[243]. De Gaulles Intervention resultierte aber nicht aus einer angeblich durch die belgisch-niederländische Forderung nach englischer Teilnahme verursachten „impasse"[244]. Worauf es ihm ankam, verdeutlicht vielmehr seine kleine Notiz vom 17. 1.: „Il n'y a que des Etats et leur union."[245] Dementsprechend hieß es im Protokoll des Conseil des Ministres vom selben Tag, Frankreich wolle eine Kooperation mit den fünf Partnern organisieren, „absorbant notamment les domaines particuliers où leur solidarité commence à s'instituer et visant à une union

S. 288–290; Lucas, Europa, S. 148f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 190f.; ders., Général de Gaulle, S. 137.

235 S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 56; s.a. Maillard, De Gaulle, S. 250.

236 Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 440; s.a. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Mertes an Jansen, 13. 1. 1962; ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 56.

237 Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 284f.

238 ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 55.

239 Maillard, De Gaulle, S. 250.

240 Tb. Jansen, 31. 1. 1962, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 78.

241 Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 286.

242 Lahr an seine Schwester, 22. 4. 1962, in: Lahr, Zeuge, S. 358.

243 BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 77f., Tb. 7. 2. 1962.

244 Vaïsse, Candidature, S. 134.

245 Notiz de Gaulles, 17. 1. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 197.

effective des Six Etats dans l'ordre de la politique, de l'économie, de la culture et de la défense"[246].

Damit wird klar, daß die Entscheidung vom 18. 1. eigentlich ein „Rückfall" zur Ausgangsposition vom Sommer 1960 war[247]. De Gaulle hatte sein eigentliches Ziel, die Kompetenzen der EWG zu beschneiden, nur aus taktischen Gründen zurückgestellt. Jetzt, nach dem Übergang des Gemeinsamen Marktes in die zweite Etappe und dem Kompromiß im Agrarbereich, sah er offenbar den Zeitpunkt gekommen, sein ursprüngliches Konzept wieder aufzugreifen. Um erfolgreich zu sein, bedurfte es natürlich in erster Linie der deutschen Unterstützung, aber er wußte nur zu gut, daß Adenauer seinerseits angesichts der sowjetischen Bedrohung und der amerikanischen Entspannungspolitik auf ihn, de Gaulle, angewiesen war[248].

Mit der Zurückweisung des prinzipiell gebilligten Fouchet-I-Plans und der impliziten „Desavouierung des Quai d'Orsay"[249] änderten sich in der Studienkommission mit einem Schlage Verhandlungssituation und -klima[250]. Fouchets Kollegen reagierten am 18. 1. verständlicherweise völlig konsterniert, mochte der Kommissionsvorsitzende, von der Wucht der Kritik offenbar überrascht, die Tragweite der Änderungen auch herunterspielen[251]. Sogar der ihm sonst so gewogene Jansen weigerte sich, den Fouchet-II-Plan, der „jede Kompromißbereitschaft vermissen" ließ[252], überhaupt zu diskutieren. Ein von ihm als Diskussionsgrundlage eingebrachtes Papier fand allerdings auch keine Unterstützung, und so beschlossen die Delegationen, sich bis zum 25. 1. zu vertagen[253].

Für Adenauer war diese Entwicklung eine bittere Enttäuschung. Hatte de Gaulle ihm nicht im Dezember versprochen, ihn *vor* jedem entscheidenden Schritt zu konsultieren? Hatte er, der Kanzler, nicht maßgeblich zu der Einigung über Landwirtschaft beigetragen und mit seiner Autorität die „egoistischen Interessen der deutschen Agrarwirtschaft" überwunden[254]? Noch am 17. 1. feierte er die Brüsseler Beschlüsse über die gemeinsame Agrarpolitik als entscheidenden Schritt für die Herbeiführung der wirtschaftlichen Einheit Europas, die die solideste Grundlage für die politische Einheit sei[255]. Die Vorlage des Fouchet-II-Planes am Tag danach wirkte auf ihn wie „eine kalte Dusche"[256]. Die von Frankreich konstruierte Politische Union galt als unannehmbar, weil sie der EWG übergeordnet war und mit ihrer lockeren Konstruktion die Europäischen Gemeinschaf-

[246] Protokoll des Conseil des Ministres vom 17. 1. 1962, in: ebd., S. 196f., hier S. 197; s.a. Soutou, Général de Gaulle, S. 137.
[247] PA, B 151, Bd. 1, Voigt an Schröder, Aufzeichnung 200-80.00/285/62, 21. 5. 1962, Geheim.
[248] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 191f.; ders., Général de Gaulle, S. 137f.; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 280f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 733.
[249] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 49.
[250] Vgl. Cattani, Essai, S. 394.
[251] S. Fouchet, Mémoires, S. 199f.; ders., Plan Fouchet, S. 333f.
[252] PA, B 151, Bd. 1, Voigt an Schröder, Aufzeichnung 200-80.00/285/62, 21. 5. 1962, Geheim.
[253] S. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 452/62 etc., 20. 1. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 36–39; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 60; Cattani, Essai, S. 394f.; Bloes, „Plan Fouchet", S. 283f.; Soutou, Général de Gaulle, S. 137; Vaïsse, De Gaulle, S. 664f.
[254] BA, NL Blankenhorn, Bd. 126a, Bl. 55–58, Tb. 16. 1. 1962.
[255] S. Regierungserklärung Adenauers, 17. 1. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 176f.
[256] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 97.

ten zu torpedieren drohte[257]. Daß der General wenig später bei Kennedy einen erneuten Vorstoß unternahm, um die trilaterale Konsultation zu beleben, konturierte das Bild einer ausschließlich nationale Interessen verfolgenden Politik noch stärker[258]. Die politische Einheit Europas, so wie Adenauer sie wünschte, schien in großer Gefahr. Was ihm blieb, war die Hoffnung, daß de Gaulle sein letztes Wort noch nicht gesprochen hatte[259]. Angesichts der vom Quai d'Orsay genährten Zuversicht, glaubte man im Auswärtigen Amt, bei einem harten Gegenkurs bis Mitte März doch noch zu einem positiven Abschluß der Arbeiten kommen zu können[260].

Danach sah es zunächst freilich nicht aus. Nachdem die holländische Presse aufgrund gezielter Indiskretionen vom neuen Fouchet-II-Plan berichtet hatte[261], machte sich in proeuropäischen Kreisen starker Unmut breit. Die Franzosen reagierten abermals mit einer Abwiegeltaktik[262] und hielten auch beim Treffen der Fouchet-Kommission vom 25. 1. an ihrem Konzept fest. Die Fünf präsentierten daraufhin einen vorläufigen Gegenentwurf, der die Grundbedenken am französischen Papier klar markierte: keine Abkoppelung der Politischen Union von den Mechanismen der EWG; Verhinderung eines Antagonismus zwischen der Politischen Union und der Atlantischen Allianz; Stärkung des Europäischen Parlaments und Schaffung des unabhängigen Generalsekretariats. Auf Initiative des italienischen Delegationsleiters und Generalsekretärs im italienischen Außenministerium, Cattani, beauftragte der Ausschuß schließlich die Arbeitsgruppe „Statut" unter der Leitung des belgischen Diplomaten Holvoet mit der Ausarbeitung eines beide Positionen gegenüberstellenden Vertragstextes und eines Berichtes[263].

Noch war also doch nicht aller Tage Abend. Auch Couve de Murville, der kurz darauf den deutschen Delegationsleiter zu sich bat, um sich die Gründe für die deutschen Widerstände darlegen zu lassen, hielt eine Einigung durchaus für möglich. Die Verhandlungen der Kommission sollten seiner Meinung nach am 19. 2. wieder aufgenommen und rasch abgeschlossen werden, so daß am 25. 2. eine Außenministertagung und spätestens am 15. 3. die Gipfelkonferenz in Rom stattfinden könnten[264]. In einer internen Aufzeichnung des Quai d'Orsay hieß es in diesen Tagen, jederzeit sei eine Einigung über einen Text erreichbar, der der vorletzten französischen Fassung sehr nahe komme, sofern man vorab die Zustimmung der Deutschen gewänne[265]. Strahlten das Ministerium und sein Leiter nur Zweckoptimismus aus, oder setzten sie auf ein Einlenken des Präsidenten?

[257] Vgl. Lahr an seine Schwester, 22. 4. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 358–360.
[258] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 13 f., Tb. 12. 2. 1962; Kap. V.3.3.
[259] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 281.
[260] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 60.
[261] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 290–293; de Araujo, Plan Fouchet, S. 25 f.
[262] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 293 u. 298–304.
[263] S. Couve de Murville an Bonn etc., Tel. 639/48 etc., 30. 1. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 60–63; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 60; Bloes, „Plan Fouchet", S. 295–298; der Vertragsentwurf der Fünf ist o.D. abgedruckt in: Europäisches Parlament, Politischer Ausschuß [Hg.], Politische Union, S. 20–24.
[264] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 61.
[265] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 138.

Es wirkte wie ein Warnschuß an die Adresse des Elysée, als der Fraktionsvorsitzende der Union Ende Januar vor dem Deutschen Bundestag davor warnte, die Schaffung einer Politischen Union auf Kosten der EWG zu betreiben[266]. Von Brentano machte sich damit sogar zum Sprachrohr der SPD-Opposition, die den Fouchet-Verhandlungen äußerst skeptisch gegenüberstanden und eine Vertiefung des Gegensatzes zwischen EWG und EFTA befürchtete. Zwar stimmte sie der Schaffung einer Politischen Union prinzipiell zu, aber nicht zu Lasten der bestehenden Institutionen[267]. Doch de Gaulle ließ sich in seinem Kurs nicht beirren, verschärfte den Ton sogar noch, als er am 5. 2. in einer Rundfunk- und Fernsehansprache einem lockeren Staatenbund das Wort redete, hart mit dem Konzept der Integration, mit der Brüsseler Technokratie und der NATO ins Gericht ging und seine Kritik schließlich in den berühmte Worten verdichtete, er wolle eine Kooperation der Staaten, ohne die es keine Einheit geben könne, „excepté dans des rêves, des parades ou des fictions"[268]. Frankreich, so gab Couve de Murville Blankenhorn gegenüber kurz darauf unmißverständlich zu verstehen, werde nicht jenen Kräften in Brüssel, Straßburg oder Washington die Hand reichen, die die EWG-Kommission über die Regierungen stellen wollten[269].

Damit vergrößerte er nur den Unmut seiner Partner und nicht zuletzt in der Bundesrepublik. Allerdings mußten die sich vorhalten lassen, daß sie es bisher nicht einmal geschafft hatten, einen eigenen Plan zu entwickeln, und Frankreich damit unweigerlich die Rolle des „Schrittmacher[s]" preisgaben[270]. Adenauer, der nach einem Herzinfarkt gesundheitlich schwer angeschlagen war und am Tag der Fernsehansprache des französischen Staatspräsidenten seine Amtsgeschäfte wieder aufgenommen hatte[271], flüchtete sich jetzt gegenüber Journalisten in Sarkasmus und machte sich lustig über de Gaulles „wunderbares Bild [...] von einem Europa, stärker als alles andere in der Welt und besser als alles andere in der Welt". Tiefe Skepsis erfüllte ihn inzwischen, ob man den General wirklich noch auf den Boden der Integration zerren könne[272].

Die Bundesrepublik sah sich in diesen Tagen nicht nur von Frankreich, sondern auch von den USA herausgefordert, einerseits politisch in der Berlin-Frage[273], andererseits ökonomisch durch den „Grand design" Präsident Kennedys. Die veränderten wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in der Welt hatten die USA zu der Überzeugung geführt, die transatlantischen Beziehungen neu gestalten zu müssen. Zunehmende Haushalts- und Zahlungsbilanzprobleme durch wachsende Militär- und Auslandshilfsausgaben ließen Washington auf den Plan kommen, von den Europäern eine größere Beteiligung an den Aufwendungen für Rüstung und Verteidigung zu verlangen. Zugleich unterstützten die USA den europäischen Integrationsprozeß in Richtung auf einen europäischen Bun-

266 S. Bundestagsrede von Brentanos, 31. 1. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 350–354.
267 Vgl. Bundestagsrede Birkelbachs, 31. 1. 1962, in: ebd., S. 354–360; Marcowitz, Option, S. 91 f.
268 Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 5. 2. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 382–387, hier S. 385; s.a. Mirow, Konzeptionen, S. 263 f.
269 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 77 f., Tb. 7. 2. 1962.
270 Artikel Fromms, in: „Die Welt", 14. 2. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 664–666, hier S. 665.
271 S. Poppinga, Mut, S. 386 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 711.
272 Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 92, Informationsgespräch, 8. 2. 1962.
273 Vgl. Kap. V.1.5.

desstaat. Dabei ging es ihnen nicht allein darum, den französischen Europaentwurf zu konterkarieren, sondern auch, der wirtschaftlichen und politischen Herausforderung des Gemeinsamen Marktes zu begegnen und eine politisch, wirtschaftlich und militärisch erstarkende Bundesrepublik in feste Strukturen einzubinden[274].

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatte das Weiße Haus im Herbst 1961 im Rahmen des GATT eine „Kennedy-Runde" inauguriert, die der Liberalisierung des Welthandels in einer transatlantischen Freihandelszone diente[275]. Um die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, unterbreitete die Regierung am 25. 1. 1962 dem Kongreß den „Trade Expansion Act", der den Abbau von Handelshemmnissen gegenüber der EWG erlauben sollte[276].

Anders als Erhard, der in Kennedy endlich einen „kongenialen Mitstreiter" beim Aufbau eines liberalisierten Welthandels gefunden zu haben glaubte[277], beobachtete Adenauer die Zoll- und Handelspolitik der Amerikaner mit großem Argwohn[278]. Die Mehrheit der Unionspolitiker betrachtete den amerikanischen Vorschlag hingegen als hoch willkommen. Dem de Gaulle unterstellten Ziel, Westeuropa zur ‚dritten Kraft' auszubauen, stand damit ein attraktives Gegenkonzept gegenüber[279]. Krone schimpfte in diesen Tagen bei Seydoux über die gesamte Politik des Generals, weil seiner Meinung nach noch vor dem Ende der Ära de Gaulle der „große Schritt zu Europa" hin getan sein müsse[280], „zum Europäischen Staatenbund, zu Europa als Staat"[281]. Und auch von Brentano äußerte sich vor der Fraktion sehr bitter über dessen Europapolitik[282]. Für die meisten Christdemokraten galt die Politische Union als „Dogma", an das zu rühren „eine[r] Sünde wider den Heiligen Geist" gleichkam. Und innerparteiliche Europakritiker, die auf die negativen Folgen für die deutsche Wiedervereinigung hinwiesen, wurden heftig attackiert[283]. Blankenhorn fühlte sich an die unfruchtbaren Diskussionen im Herbst 1958 bzw. Sommer 1960 erinnert und riet auf einer Konferenz der wichtigsten deutschen Botschafter am 9. 2., keine Generaldebatte über die Vor- und Nachteile der föderalen oder konföderalen Zusammenarbeit zu beginnen, sondern die bisherigen Standpunkte fest zu vertreten, auch auf die Gefahr hin, daß die Politische Union verschoben werden müsse[284].

[274] Vgl. Conze, Hegemonie, S. 328–330; ders., Herausforderung, S. 227–238; Grabbe, Unionsparteien, S. 321–326; Kaiser, Abhängigkeit; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 154–163.

[275] Vgl. Ketchum, Kennedy-Runde; Willmann, Kennedy-Runde; zur auswärtigen Wirtschaftspolitik Kennedys ausführlich: Borden, Defending Hegemony.

[276] Vgl. AdG 1962, S. 9631E; Borden, Defending Hegemony, S. 69–76; Conze, Herausforderung, S. 230–233; Winand, Eisenhower, S. 173–190.

[277] Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 97; s.a. Unterredung zwischen Erhard und Kennedy vom 8. 1. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 56–64.

[278] S. Ansprache Adenauers vor dem Engeren CDU-Bundesvorstand, 7. 2. 1962, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1961–1965, S. 137 f.; Koerfer, Kampf, S. 624 f.

[279] Vgl. Marcowitz, Option, S. 70.

[280] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 282 f.

[281] Krone, Tagebücher, S. 503, Tb. 28. 5. 1961.

[282] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 282 f.

[283] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 246, Bl. 179–183, Manteuffel-Szoege an von Brentano, 8. 1. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 662–664, hier S. 664.

[284] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962.

„Auf der Walstatt ein stagnierendes Europa"

Zur selben Stunde suchte der General der deutsch-französischen Baisse mit der überraschenden Bitte um eine baldige Zusammenkunft mit dem Kanzler ohne große Formalitäten auf deutschem Boden entgegenzuwirken[285]. Das Tête-à-tête schien um so notwendiger, als die Attentatsgefahr für de Gaulle nach der blutigen Anti-OAS-Demonstration in Paris vom Vortag wieder wuchs[286] und am Tag darauf im Elysée ein hochbrisantes Protokoll über sensationelle Eröffnungen von Bundesverteidigungsminister Strauß gegenüber seinem französischen Kollegen Messmer eintraf[287]. Angesichts der eigenen Lebensgefahr und der von Strauß angedrohten Fundamentalrevision der deutschen Außenpolitik nach einem Kanzlerwechsel in Bonn mußte de Gaulle bestrebt sein, die Bundesrepublik in der auslaufenden Adenauer-Ära so fest wie möglich zu binden. Selbst auf Eile bedacht, unterbreitete der Kanzler am 12. 2. den Vorschlag, das Treffen schon am 15. 2. in Baden-Baden abzuhalten[288].

Verabredungsgemäß machte er sich am vorgesehenen Termin in aller Frühe mit kleinem Stab per Zug ins Badische auf, während der Präsident im Flugzeug zum nahegelegenen Militärflughafen Lahr kam. Bei Schneeregen erwartete Adenauer seinen Gast vor dem Eingang der Villa Brenner[289]. Nachdem de Gaulle ihn im ersten Vieraugengespräch zu einem gemeinsamen deutsch-französischen Vorgehen in der Weltpolitik und mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA aufgefordert hatte[290], ging es in der Plenarsitzung am Nachmittag um die Arbeit an der Politischen Union. Von Jansen, der am 14. 2. mit der italienischen Regierung konferiert hatte, wußte Adenauer, daß Segni und Cattani vor allem auf zweierlei Wert legten: das Geschaffene in der EWG nicht zu gefährden und die militärische Zusammenarbeit in der NATO zu gewährleisten[291]. Damit konnte de Gaulle nur bedingt etwas anfangen. Er sprach sich für ein Europa der Staaten aus, das für Politik, Verteidigung, Kultur und auch für Wirtschaft zuständig sein sollte. Adenauer stimmte dem Prinzip zu, daß alle Rechte aus den Staaten und Völkern kämen, hielt es aber für völlig undurchführbar, die Wirtschaftspolitik schon jetzt in den europäischen Bund einzubringen, weil damit der EWG das Wasser abgegraben würde. Unterhalb der Ebene der Grundüberzeugungen kam der General dem Kanzler zumindest verbal weit entgegen. Er wolle das Bestehende nicht umwerfen. Der Vertragsentwurf dürfe sogar den Satz enthalten, daß die Gemeinschaften ihre Arbeiten fortsetzten, nicht aber, daß sie die Politik der Staaten bestimmten. Auch der Erwähnung der Atlantischen Allianz stimmte er zu, nicht aber einer Formulierung, wonach die Politische Union als „fraction" der Allianz geschaffen werde. Adenauer pflichtete den Darlegungen abermals bei. In der strittigen Frage des

[285] S. de Gaulle an Seydoux, 9. 2. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 206.
[286] Vgl. Kap. V.1.5.
[287] S. AN, 5 AG/161, Unterredung zwischen Messmer und Strauß vom 23. 1. 1962, Très secret. Messmer übersandte das Dokument laut beiliegender Notiz am 10. 2. 1962 an den Generalsekretär des Elysée, de Courcel. Zum Inhalt des Gesprächs vgl. Kap. V.3.3.
[288] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 13 f., Tb. 12. 2. 1962; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 97; Seydoux, Erinnerungen, S. 282.
[289] Vgl. Poppinga, Mut, S. 391 f.
[290] Vgl. Kap. V.1.5.
[291] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 64.

Einstimmigkeitsprinzips forderte de Gaulle mit seiner Billigung eine Formel, die das Zustandekommen politischer Entscheidungen nicht hindere, aber nicht die Drückebergerei ermutige. Beide Staatsmänner sprachen sich gegen ein autonomes Generalsekretariat und gegen eine Direktwahl zum Europäischen Parlament aus. Außerdem kamen sie überein, England nur dann in die Politische Union aufzunehmen, wenn es auf Privilegien verzichte. Adenauer gab seinen langjährigen Widerstand gegen ein Referendum auf und stellte eine notwendige Grundgesetzänderung in Aussicht. Schließlich beauftragten sie Fouchet und Jansen, einen gemeinsamen deutsch-französischen Text für das Europäische Statut zu entwerfen. De Gaulle gab bekannt, er werde mit Fanfani Kontakt aufnehmen, um ihn über die nun getroffene Abstimmung zu informieren. Seiner Meinung nach sollte die seit Monaten geplante Regierungskonferenz in Rom möglichst rasch stattfinden. Adenauer hingegen wollte erst die italienische Regierungsbildung abwarten[292], die wenige Tage später zu einem Mitte-Links-Kabinett unter Fanfani führte[293].

Schwarz betrachtet dieses Rendezvous in seiner bahnbrechenden Adenauer-Biographie als „den großen Durchbruch", weil von jetzt an bis zum Ende der Kanzlerschaft eine „vergleichsweise harmonische Zusammenarbeit" zwischen beiden geherrscht habe[294]. Köhler sieht in seiner Darstellung bereits die Weichenstellung zum Elysée-Vertrag und unterstellt Adenauer und de Gaulle, die politische Union nicht mehr wirklich angestrebt zu haben[295]. De facto war zwischen beiden Regierungen noch lange nicht „alles wieder im Lot"[296]. Selbst die offiziellen diplomatischen Kreise an der Seine verhehlten ungeachtet ihrer Zufriedenheit mit dem Ergebnis nicht die fortbestehenden „doktrinäre[n] Meinungsunterschiede", unterstrichen aber die Absicht beider Staatsmänner, das politische Einigungswerk nicht am Schulstreit zwischen supranationaler und intergouvernementaler Einigung scheitern zu lassen[297]. Die de Gaulles Konzept weitgehend kritisch beurteilenden Pariser Zeitungen rieten dazu, erst einmal das Ergebnis der bevorstehenden Sitzung der Fouchet-Kommission abzuwarten[298]. Auch in Bonn neigten Presse und Diplomatie zur Vorsicht[299]. Blankenhorn fragte sich gar, ob de Gaulle und Adenauer sich wirklich geeinigt oder „wie schon so oft" nur auf allgemeine Linien verständigt hätten[300]. Die SPD verwarf deren Übereinkunft und bezichtigte den Kanzler der Kapitulation vor den Europavorstellungen des Generals[301].

Adenauer hingegen setzte jetzt auf Pragmatismus, zeigte sich zuversichtlich, daß mit gutem Willen die richtigen Formeln gefunden werden könnten, um wei-

[292] Plenarsitzung vom 15. 2. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 163–170, hier S. 170; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 141–150; de Gaulle an Couve de Murville, Aufzeichnung, 16. 2. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 209; ders. an Fanfani, 17. 2. 1962, in: ebd., S. 212f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 734–736; Vaïsse, La grandeur, S. 199.

[293] Vgl. AdG 1962, S. 9686B.

[294] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 736.

[295] S. Köhler, Adenauer, S. 1186–1188.

[296] Kusterer, Kanzler, S. 209.

[297] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 264, Knoke an AA, FS Nr. 173, 16. 2. 1962.

[298] S. ebd.; Artikel Mannon, in: „Paris-presse/l'intransigeant", 16. 2. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 666–668.

[299] S. Artikel Strobel, in: „Die Welt", 17. 2. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 668f.

[300] BA, NL Blankenhorn, Bd. 128ab, Bl. 204, Tb. 15. 2. 1962.

[301] Vgl. Marcowitz, Option, S. 92.

terzuarbeiten[302]. „Die Sache ist jetzt beigebogen", hörte seine Sekretärin von ihm auf der Rückfahrt von Baden-Baden. „Wenn de Gaulle nur bald Algerien vom Halse hat. Dann wird vieles einfacher."[303] Der Kanzler stilisierte sich jetzt zum „gemäßigten" Europäer, in gleich weiter Distanz zu den „ganz wilde[n]" und den „Anti-Europäer[n]"[304]; und als solcher sprach er sich nun auch dezidiert gegen eine Direktwahl zum Europäischen Parlament aus, die er offenbar ohnehin nie von Herzen wollte: „Das hat doch keinen Sinn!"[305]

Entsprechend dem ihnen erteilten Auftrag begannen Fouchet und Jansen am 18. und 19. 2. die mühsame Suche nach Formulierungen für die strittigen Passagen des Vertragsentwurfs. Erste Vorschläge des französischen Diplomaten stießen bei seinem deutschen Kollegen auf energischen Widerstand. Jansen vermißte einen Hinweis auf die NATO im Zusammenhang mit der geplanten gemeinsamen Verteidigungspolitik, lehnte die Inserierung der Wirtschaft als Bundesziel in Artikel 2 ab und forderte eine stärkere Sicherung der bestehenden Gemeinschaften. Obwohl de Gaulle sich Fouchet gegenüber „sehr ungnädig" über diese Ansprüche äußerte, hielt Jansen sie aufrecht. Beide Diplomaten einigten sich schließlich auf eine Mischung aus der deutschen und französischen Fassung, nahmen die Ökonomie doch in den Kanon der Bundesziele auf, brachten den Hinweis auf die NATO in eine engere Verbindung zur geplanten Verteidigungspolitik und beschlossen eine Gesamtformel für den Erhalt der bestehenden Gemeinschaften. Abgesehen vom ersten Punkt, war Jansen durchaus zufrieden und erbat am 19. 2. die Zustimmung des Auswärtigen Amtes[306].

Nach erneuter Rücksprache Fouchets akzeptierte de Gaulle am selben Tag die deutsche Sicherungsklausel für die Gemeinschaft und beharrte auf der Fixierung der Wirtschaft als Bundesziel. Außerdem wollte er den Hinweis auf die Atlantische Allianz nur in die Präambel und ohne Bezug zur gemeinsamen Verteidigungspolitik aufgenommen wissen[307]. Jansen befürchtete nun, daß die EWG-Sicherungsklausel durch die Einbeziehung der Wirtschaft als Bundesziel wertlos werden könnte, und verlangte von Fouchet die Streichung. Da die von ihm erbetene Instruktion aus Bonn noch nicht eingetroffen war, weil Schröder im Urlaub und Carstens in Berlin weilten, verweigerte er in der morgendlichen Sitzung der Studienkommission am 20. 2. eine Antwort. Man einigte sich daher darauf, den strittigen Artikel 2 aus der Diskussion auszuklammern und der Ministerkonferenz zuzuschieben. Auch in den übrigen Punkten gab es keine Fortschritte, weder in der von Belgien und Italien massiv aufgeworfenen Frage eines unabhängigen Generalsekretariats noch in bezug auf die Revisionsklausel oder das Entscheidungssystem des Rates[308].

[302] Vgl. BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 229f., Adenauer an von Brentano, 28. 3. 1962; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 110, Informationsgespräch, 20. 2. 1962, Streng vertraulich; ebd., S. 125, Kanzler-Tee, 2. 3. 1962; ebd., S. 142, Informationsgespräch, 2. 3. 1962.

[303] Zitiert nach: Poppinga, Mut, S. 392.

[304] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 126, Kanzler-Tee, 2. 3. 1962.

[305] Ebd., S. 127.

[306] BA, NL Blankenhorn, Bd. 128a, Bl. 146–149, Jansen u. Blankenhorn an Carstens, Tel. 181, 19. 2. 1962, Citissime mit Vorrang, Geheim.

[307] S. ebd., Bl. 145, dies. an dens., Tel. 183, 19. 2. 1962, Citissime mit Vorrang, Geheim; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, „Verlauf der Beratungen über eine Europäische Politische Union", o.D.

[308] Vgl. ebd., Denkschrift Thomas Jansens, S. 65f.; Bloes, „Plan Fouchet", S. 308f.

Es war Jansen nicht unlieb, daß die Order aus Bonn erst nach dem Ende der Sitzung gegen Mittag in Paris eintraf. Denn die schriftliche Aufforderung festzubleiben und die Wirtschaft aus dem Zielkatalog zu streichen, wurde nachmittags telefonisch von Lahr revidiert, nachdem Adenauer die französische Position akzeptiert hatte[309]. Später machte der Kanzler Carstens dafür verantwortlich, daß er die Besprechung von Baden-Baden in diesem Punkt mißverstanden und „infolgedessen" durch falsche Weisungen an Jansen neue Differenzen in die Sitzung der Fouchet-Kommission hineingetragen habe[310]. Durch den zeitlichen Ablauf der Ereignisse wurde Jansen davon verschont, sich innerhalb weniger Stunden berichtigen zu müssen. Vor allem aber lag nun ein Trumpf in seiner Hand, den er nicht vorschnell wieder herzugeben gedachte[311].

Dem Auswärtigen Amt kam es darauf an, die Vermittlung zwischen den vier Partnern voranzutreiben und die Tragweite des Begriffs Wirtschaft abzuschwächen[312]. Der Kanzler witterte in dieser Taktik Anzeichen von Widerstand gegen seine profranzösische Politik, was für ihn um so inakzeptabler war, als sich jetzt parteiübergreifend eine Opposition um von Brentano und Mommer gegen zu große Konzessionen bildete[313]. In den Augen des Fraktionsvorsitzenden der Union war von dem, was die Regierungen im Rahmen der „Bonner Erklärung" 1961 beschlossen hatten, „so gut wie nichts übrig geblieben". Er argwöhnte, daß die „übergeordnete Aufgabe der NATO" ignoriert und die bestehenden europäischen Organisationen unterwandert werden könnten. Vor allem befürchtete er eine Wiederholung des 30. August 1954, das Scheitern eines ausgearbeiteten Vertrags zur Politischen Union in den Parlamenten der Partnerstaaten. Von Brentano war sich der Notwendigkeit zur Unterstützung de Gaulles in diesen Wochen der Liquidierung des Algerienkrieges sehr wohl bewußt. Er glaubte aber nicht daran, ihn innenpolitisch durch ein zu weites Entgegenkommen stärken zu können[314].

Den Kanzler konnte er mit seiner Argumentation nicht überzeugen. Adenauer ließ Fouchet ausrichten, er werde den französischen Plan ohne Vorbehalte akzeptieren[315]. Damit stellte er sich nicht nur in Gegensatz zu seinen Parteifreunden, sondern auch zu den übrigen Bündnispartnern in der EWG; und das zu einem Zeitpunkt, als in der Gemeinschaft der Eindruck wuchs, daß Frankreich weder die europäische Integration noch den britischen EWG-Beitritt wünsche, um die eigene Führung auf dem Kontinent nicht zu gefährden[316].

Nachdem die Arbeitsgruppe „Statut" sich am 27. 2. darauf verständigt hatte, die von ihr ausgearbeitete Gegenüberstellung und den einführenden Bericht am 15. 3. der Fouchet-Kommission und den Außenministern der Sechs am 20. 3. zur Billi-

[309] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 66; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 107, Informationsgespräch, 20. 2. 1962, Streng vertraulich.
[310] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 229f., Adenauer an von Brentano, 28. 3. 1962.
[311] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 66.
[312] Vgl. ebd., S. 67.
[313] S. Erklärung zur Europäischen Einigungspolitik, 11. 3. 1962, in: EA 1962, S. D256-D258; vgl. Marcowitz, Option, S. 67f.
[314] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 258f., von Brentano an Adenauer, 20. 3. 1962, Konzept; s.a. Marcowitz, Option, S. 68.
[315] S. Fouchet, Mémoires, S. 201; ders., Plan Fouchet, S. 334.
[316] Vgl. Rusk an Brüssel, Tel. 2200, 23. 2. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 65–67.

gung vorzulegen[317], begab sich Jansen Anfang März auf eine Rundreise in die Kapitalen der vier Partnerstaaten. Auf die größten Schwierigkeiten stieß er erwartungsgemäß in Den Haag, wo man sich strikt gegen die Aufnahme der Wirtschaft in den Zielkatalog der Union aussprach und eine klare Formulierung über die feste Bindung zur NATO verlangte[318]. Völlig unerwarteterweise war auch die Regierung in Rom nicht dazu bereit, der Politischen Union die Ökonomie als Kompetenzbereich zuzugestehen, obwohl der Bonner Emissär aufgrund neuer Order des Kanzlers entgegenhielt: „Gebt dem De Gaulle das Wort Wirtschaft, aber schränken wir es durch Formulierungen so ein, daß kein Schaden entsteht."[319] Einen Ausweg aus der Malaise glaubte Jansen in der Aktivierung einer von Monnet entwickelten Idee zu sehen: Die Regierungschefs sollten sich, sobald sie sich im Rat der Union mit Wirtschaft befaßten, als Rat der EWG konstituieren. Damit wären sie automatisch Organ der Gemeinschaft und implizit deren Verfahrensregeln unterworfen. Nach seiner Rückkehr nach Bonn am 10. 3. schlug er Adenauer vor, diesen Gedanken de Gaulle in einem Brief nahezubringen. Doch der Kanzler sandte das vom Ministerialdirektor entworfene Schreiben nicht ab[320].

Fünf Tage später traf sich die Fouchet-Kommission erneut. Ihr lagen die beiden Dokumente der Arbeitsgruppe „Statut" zur Prüfung vor, doch zu einer Einigung über die strittigen Punkte konnten sich die Delegationen nicht aufraffen. Von einer Vereinheitlichung der gemeinsamen Interessen und dem Ziel eines unabdingbar gemeinsamen Schicksals, wie die Vorlage der Fünf vorsah, wollte Frankreich ebenso wenig wissen wie von der Einführung des Amtes eines Generalsekretärs. Ungelöst blieben auch die Frage der Wirtschaft als Bundesziel, das Veto-Recht bei Entscheidungen des Rates und die Revisionsklausel[321]. Die Holländer forderten einmal mehr, die Engländer hinzuzuziehen, und zeigten sich ansonsten völlig unzugänglich. Die Italiener drohten gar für die Außenministerkonferenz mit einem Bruch der Verhandlungen, wenn die Franzosen nicht nachgäben. Cattani präsentierte eine neue Fassung des Artikels 2, in der die Wirtschaft fehlte, aber ein Zusatz eine periodische Gegenüberstellung der Auffassungen zu den Wirtschaftsfragen vorsah[322]. Als Couve de Murville die Warnung Cattanis zugetragen wurden, sagte er angeblich zu, sich für dessen Forderungen mit de Gaulle „zu schlagen"[323].

Mit dem Frieden von Evian, der den achtjährigen blutigen Algerienkrieg am 18. 3. beendete[324], waren die auf der französischen Außenpolitik lastenden militärischen und politischen Hypotheken getilgt. Nach Jahrzehnten der Kriegführung besaß Frankreich wieder freie Hand. Als er von Journalisten mit der These konfrontiert wurde, de Gaulle werde jetzt noch schwieriger, widersprach Adenauer vehement, gab aber sehr wohl zu, daß der General Probleme bereite, weil er „zu-

[317] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 309–314.
[318] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 68f.
[319] Tb. Jansen, 10. 3. 1962, zitiert nach: ebd., S. 69.
[320] Vgl. ebd., S. 67 u. 69; Unterredung zwischen Jansen und Soutou vom 13. 3. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 245–247
[321] S. Fouchet-III-Plan, 15. 3. 1962, in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 370–377; de Araujo, Plan Fouchet, S. 27–32; Bloes, „Plan Fouchet", S. 310–314 u. 317–324; Mirow, Konzeptionen, S. 266–268.
[322] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 70.
[323] Tb. Jansen, 15. 3. 1962, zitiert nach: ebd.
[324] Vgl. Kap. V.1.5.

viel für Frankreich verlangt"[325]. Zwei Tage später setzten sich die Außenminister der Sechs in Luxemburg zusammen, um die Ergebnisse der Fouchet-Kommission in einen Vorschlag für die Regierungskonferenz umzuwandeln. Schröder sah seine Aufgabe darin, Minimallösungen durchzusetzen. Doch nicht einmal das sollte den Ministern gelingen. Sowohl Segni als auch Couve de Murville verhielten sich starrköpfig. Daß Luns und Spaak bei den endlosen Diskussionen über die Vertragstexte ebenfalls keinen Zentimeter ihres Bodens preisgaben, bot keine Überraschung. So erreichte man nur einige kleinere textliche Veränderungen. Das wichtigste Zugeständnis an die Franzosen war die Aufgabe der Forderung nach einem unabhängigen Generalsekretär. Die drei Hauptfragen, das Verhältnis zur NATO, die Einbeziehung der Wirtschaft und die Revisionsklausel, blieben demgegenüber ungelöst. Immerhin einigte man sich auf eine neuerliche Konferenz für den 17. 4. in Paris[326]. Trotz des wenig ermutigenden Ergebnisses glaubte der Bundesaußenminister noch an seine Chance, den Durchbruch zu schaffen[327].

Die sah offenbar auch noch de Gaulle – wenn auch mit anderen Vorzeichen. Kurz nach der Zusammenkunft der Außenminister führte er Adenauer noch einmal schriftlich vor Augen, daß die Einheit Europas vor allem von den Regierungen in Bonn und Paris abhinge[328]: eine diplomatisch verbrämte Aufforderung zur Unterstützung seiner Position – und der Kanzler kam ihr unumwunden nach. Seinen ehemaligen Außenminister von Brentano, der ihn vor zu weitem Entgegenkommen warnte, wies er zurecht, man solle den General jetzt „möglichst in Ruhe lassen". Wie bei der EWG könne man auch bei der Politischen Union nur „Schritt für Schritt vorgehen"[329].

Als nächsten Partner ‚knöpfte' sich de Gaulle die Italiener vor und reiste dazu am 4. 4. in die Nähe von Turin, wohl wissend, daß der Gewinn des zweiten großen Mitglieds im Sechserclub bereits den Durchbruch bedeuten konnte. Der südöstliche Nachbar hatte auch deshalb für ihn besonderes Gewicht, weil die Studienkommission nach der Ernennung Fouchets am 18. 3. zum Hohen Kommissar in Algerien Cattani zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt hatte[330]. Die Aufgabe war für den General nicht leicht. Segnis Haltung hatte sich aus innenpolitischen Gründen verhärtet, und Fanfani ließ vorab in Paris erklären, er benötige zur Durchsetzung eines Unionsvertrags im Parlament eine Referenz zur NATO, die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Kompetenzen für die EWG und eine Integrationsperspektive nach der Revision in drei Jahren[331].

Offenbar auf Anraten des Quai d'Orsay, der eine Einigung mit dem Quirinal als wegweisend für die Fünf einschätzte, zeigte sich der französische Präsident überraschend nachgiebig. Er akzeptierte eine italienische Formulierung in der

[325] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 143, Informationsgespräch, 2. 3. 1962.
[326] S. MAE an Brüssel etc., Tel. 711/31 etc., 25. 3. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 330–335; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 71; Bloes, „Plan Fouchet", S. 324–332; Cattani, Essai, S. 395 f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 307–309; Lang, Bemühungen, S. 135; Spaak, Memoiren, S. 536–539.
[327] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 206, Schröder an von Oppenheim, 26. 3. 1962.
[328] S. de Gaulle an Adenauer, 24. 3. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 222.
[329] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 229 f., Adenauer an von Brentano, 28. 3. 1962.
[330] Vgl. Fouchet, Mémoires, S. 200; ders., Plan Fouchet, S. 334; Bloes, „Plan Fouchet", S. 343 f.
[331] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 139.

Präambel des Europäischen Statuts zur Atlantischen Allianz und eine neue Redaktion des Artikels 2, durch die die Erwähnung der Wirtschaft von den übrigen Bundeszielen getrennt und mit den Römischen Verträgen verbunden wurde. Außerdem billigte de Gaulle einen neuen Artikel 3 über die Garantie der bestehenden Verträge, lehnte aber die Forderungen Fanfanis zur Revisionsklausel und zum Stimmrecht im Rat ab[332]. Als Cattani die Ergebnisse der Konferenz am 5. 4. in der erstmals unter seinem Vorsitz tagenden Studienkommission ausbreitete, fiel die Reaktion höchst unterschiedlich aus. Jansen äußerte sich ausgesprochen zufrieden und betrachtete die Schwierigkeiten als überwunden. Seinem niederländischen Kollegen hingegen paßten die bilateralen Abmachungen zwischen Paris und Bonn bzw. Rom überhaupt nicht, weil sie ihn isolierten[333]. Zwei Tage später fuhr Fanfani zur weiteren Abstimmung nach Cadenabbia zu Adenauer. Der Kanzler stimmte den französisch-italienischen Absprachen zu und erklärte den Gegensatz zwischen dem „Europa der Vaterländer" und dem integrierten Europa für künstlich. Beide sahen den Erfolg der Verhandlungen über die Politische Union als gesichert an und nahmen bereits ein Gipfeltreffen für den 1. 6. in Aussicht[334]. Auch de Gaulle intensivierte noch einmal den Kontakt zur Bundesregierung, ließ Blankenhorn das Protokoll seiner Unterredung mit Fanfani aushändigen, empfing den deutschen Botschafter am 10. 4. zu einem Familienessen im kleinen Kreis und äußerte seine Hoffnung auf eine erfolgreiche Außenministerkonferenz am 17. 4., so daß die Regierungschefs den Unionsvertrag in Kürze unterzeichnen könnten[335]. Bei so vielen wohlmeinenden Gesten geizte auch Adenauer nicht mit Freundschaftsbekundungen. Als Ollenhauer ihn im Bundestag angriff, er huldige zu sehr de Gaulles Europakonzept, und dem Präsidenten vorwarf, er wolle den Stillstand der wirtschaftlichen Integration[336], hielt der Kanzler am 10. 4. scharf dagegen und bezeichnete die Gegenüberstellung zwischen dem „Europa der Vaterländer" und dem integrierten Europa für schlichtweg falsch[337]. Allerdings mochte ihm darin nicht jeder Unionsabgeordnete folgen. Von Brentano etwa gab ihm – wenn auch durch die Blume – zu verstehen, er werde im Notfall vor einer falschen Entwicklung in der Europapolitik warnen[338].

In Paris wurde dies als „Komplott" zwischen von Brentano und Ollenhauer empfunden[339]. Enttäuscht über die ausbleibenden Fortschritte auf dem Weg zum politischen Europa, unzufrieden mit Fanfani und Adenauer, beklagte sich de Gaulle wieder einmal um dieses unsichere, schwankende Deutschland, „le regard

[332] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Fanfani vom 4. 4. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 381–398; Burin des Roziers, Retour aux sources, S. 48; Cattani, Essai, S. 396f.; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 242; Bloes, „Plan Fouchet", S. 344–347; Soutou, Général de Gaulle, S. 140; Vaïsse, La grandeur, S. 185f.

[333] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 72; Bloes, „Plan Fouchet", S. 347f.

[334] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 72; Bloes, „Plan Fouchet", S. 348; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 736.

[335] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 130b, Bl. 79–82, Blankenhorn an Jansen, Tel. 389, 10. 4. 1962; ebd., Bl. 62, Tb. 10. 4. 1962.

[336] S. Bundestagsrede Ollenhauers, 10. 4. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 957f.

[337] S. Bundestagsrede Adenauers, 10. 4. 1962, in: ebd., S. 962f.

[338] S. Bundestagsrede von Brentanos, 10. 4. 1962, in: ebd., S. 966f.

[339] Maillard, De Gaulle, S. 252.

pour le moment tourné outre-Atlantique, jusqu'à ce que, trompée et irritée, elle se réfugie dans le neutralisme"[340]. Der Kanzler hatte daher allen Grund darauf zu hoffen, daß der Gegensatz zwischen den widerstreitenden Positionen in der Sechsergemeinschaft sich abwetzte.

Als positives Signal wirkte da die kurz darauf bekanntgegebene Demission des Spiritus rector des „Europa der Vaterländer", Michel Debré, der am 14. 4. durch Georges Pompidou ersetzt wurde. Gewiß resultierte dieser Wechsel im Matignon in erster Linie aus dem Wunsch de Gaulles, die mit dem Referendum über den Vertrag von Evian am 8. 4. eingeleitete neue Ära der Beziehungen zu Algerien mit einem unbelasteten Mann zu beginnen[341]. Der Austausch hatte aber auch Folgen für die Europapolitik. Denn zum einen wurde ein entschiedener Gegner jeglicher Integrationsbestimmungen aus dem Zentrum der Macht entfernt. Zum anderen ließ der Eintritt von MRP-Politikern wie Pierre Pflimlin und Maurice Schumann in die Regierung eine weichere Linie in der französischen Europapolitik erwarten[342].

Hinter den Kulissen bemühten sich Bonn und Rom weiterhin intensiv um einen Brückenschlag zu den Widerständlern in Den Haag und Brüssel, wobei es nach den letzten Zusagen aus Paris im wesentlichen um die Revisionsklausel und darum ging, das Mißtrauen gegen den französischen Präsidenten zu überwinden. Die Chancen standen offenbar nicht schlecht. Während Cattani auf der Basis der Unterredungen von Turin und Cadenabbia Kompromißvorschläge für die noch strittigen Artikel ausarbeitete[343], versuchte Schröder in Brüssel, Spaak von den Entwicklungsmöglichkeiten der Politischen Union zu überzeugen, und nahm durchaus vorsichtigen Optimismus mit an den Rhein[344].

In dieser Atmosphäre anscheinend oder scheinbar wachsender Konzessionsbereitschaft zumindest zwischen vier der sechs EWG-Staaten einerseits, eskalierender Mißstimmung zwischen Bonn und Washington in der Berlin-Frage andererseits[345], kam am 10. 4. heftiges Störfeuer aus London. In einer Sitzung des WEU-Rates warf Heath die Frage auf, ob es nicht doch besser sei, wenn die Briten an den Debatten über die politische Union teilnähmen[346]. In Bonn und Paris wurde diese Erklärung als unfreundlicher Akt betrachtet, nur darauf ausgerichtet, die Belgier und Niederländer in ihrer Opposition zu bestärken. Selbst Schröder, gewiß kein Gegner der Briten, reagierte umgehend und erklärte sich gegen ihre sofortige Aufnahme[347]. Spaak hingegen deutete jetzt Widerstand gegen die französische Position an, während Luns sich dezidiert für die Einbeziehung Englands aussprach[348]. Als Schröder ihn zwei Tage vor der entscheidenden Au-

[340] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 14. 4. 1962, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 374–376, hier S. 375.
[341] Vgl. Kap. V.1.5.
[342] Zu den Motiven der MRP-Politiker vgl. Irving, Christian Democracy, S. 196.
[343] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 359f.
[344] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 73.
[345] Vgl. Kap. V.1.5.
[346] S. Rede Heaths vor dem WEU-Rat, 10. 4. 1962, in: EA 1962, S. D258-D263; Bloes, „Plan Fouchet", S. 349–358; Camps, Diskussionen, S. 116–118; Lamb, Macmillan Years, S. 162–165; Silj, Puzzle, S. 67–79.
[347] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 74.
[348] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 360.

ßenministerkonferenz in der holländischen Botschaft in Paris besuchte, vermittelte der Holländer gleichwohl den Eindruck, als ob alles zu einem guten Ende kommen könne. Auch Spaak schien bereit einzulenken, sofern Couve de Murville die von ihm geforderte Revisionsklausel akzeptierte[349]. Vierundzwanzig Stunden später gab London zu erkennen, daß man doch nicht in der Studienkommission Platz nehmen, sondern lediglich mit den Sechs den Vertrag diskutieren wolle, bevor er definitiv festgelegt sei[350]. Schröder regte daraufhin bei Couve de Murville an, die Redaktion des Vertrags fortzusetzen, zwei oder drei Treffen mit den Engländern im Mai vorzusehen und das Abkommen dann im Juni zu unterzeichnen. Diesem Procedere mochte der Franzose aber nicht zustimmen, da er erst dann mit den Engländern reden wollte, wenn der Vertragstext ausgehandelt wäre[351].

Trotz aller bilateralen Bemühungen und monatelangen Verhandlungen gelang es den Außenministern am 17. 4. in Paris nicht, die bestehenden Differenzen beizulegen. Als Couve de Murville die Vermittlungsvorschläge Cattanis vorlegte, reagierten die Kleinen verschnupft, weil sie sich von den Großen bevormundet fühlten[352]. In dieser durch Mißtrauen vergifteten Stimmung brachte Spaak, der während der gesamten Konferenz aus deutscher und französischer Sicht eine besonders negative Haltung einnahm und sich als „Sprecher aller Neinsager" gerierte[353], noch vor der Diskussion des Vertragsentwurfs die Forderung einer Beteiligung der Engländer ein. Luns schloß sich ihm an. Als Schröder dann seinen Couve de Murville am Vortag unterbreiteten Vorschlag wiederholte und die Zustimmung von Italienern und Luxemburgern gewann, akzeptierten Belgier und Niederländer zwar die Fortsetzung der Verhandlungen ohne Engländer, verlangten jetzt aber, daß der Unterzeichnung des Vertrags und dessen Inkrafttreten der britische EWG-Beitritt vorauszugehen habe. Sodann setzte Spaak zu einem sehr negativen Statement über das Problem des Stimmrechts an, schloß dann allerdings mit dem Angebot, er sei bereit sich der Mehrheit zu beugen. Couve de Murville, der offenbar einen „besonders schlechten Tag" erwischt hatte, antwortete auf Spaak „so kalt und unverbindlich", daß der sich wiederum in seiner Haltung versteifte und geradezu „unerträglich" wurde[354]. Couve de Murville empfand das ganze Palaver nun als unsinnig und plädierte für einen Abbruch. Doch seine Kollegen bestanden darauf, nach der Mittagspause ohne die Delegationsmitglieder die Prüfung der Texte fortzusetzen. Tatsächlich gelangen am Nachmittag in der Frage des Verhältnisses zur NATO und hinsichtlich der Artikel 2 und 3 durchaus bemerkenswerte Fortschritte. Aber das Problem der Revision blieb ungeklärt. Vergeblich verlangten die Fünf von Frankreich die Zusage einer Vertiefung der Union nach Ablauf der drei Jahre. So blieb den Ministern nichts anderes übrig, als die Verhandlungen ohne neuen Konferenztermin und ohne Verlängerung des Man-

[349] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 74 f.
[350] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 140.
[351] Vgl. Vaïsse, Candidature, S. 135.
[352] S. die italienischen Änderungsvorschläge, 17. 4. 1962, in: Schwarz (Hg.), Aufbau, S. 378–380; Cattani, Essai, S. 397.
[353] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 242.
[354] Tb. Jansen, 26. 4. 1962, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 75.

dats der Studienkommission für gescheitert zu erklären[355] – „auf der Walstatt blieb ein stagnierendes Europa"[356].

Läßt man die von beiden Seiten seit der Präsentation des Fouchet-II-Planes akzeptierten Konzessionen Revue passieren, fällt es schwer zu glauben, daß dieser Fehlschlag „schon im Januar" vorprogrammiert gewesen wäre[357]. In Presse und Diplomatie sahen viele die Ursachen des Desasters weniger in den sachlichen Unterschieden als den persönlichen Ressentiments und dem Mißtrauen der Kleinen, von der Übereinstimmung der drei Großen überfahren zu werden[358]. Für den Quai d'Orsay war das Beitrittsgesuch der Briten ausschlaggebend für das Fiasko[359]. Sie hätten ein „doppeltes Spiel" gespielt und über Belgier und Niederländer das Scheitern verursacht[360], hieß es an der Seine. Spaak hatte auf der Konferenz erklärt, wenn man sich zur Integration durchringen könne, verzichte er auf die Mitgliedschaft Englands in der Union. Wenn man aber das integrierte Europa ablehne, verlange er dessen Aufnahme[361]. De Gaulle wollte weder das eine noch das andere. Wenn Großbritannien voll in den Club aufgenommen würde, bedeutete das nach Meinung des Generals das Ende Europas, weil die Inselmacht sich stets als Mittler zwischen dem Kontinent und den USA aufspielen und seine besonderen Beziehungen zum Commonwealth nicht aufgeben würde[362]. De Gaulle brauchte keinen transatlantischen Mediator, da er das Verhältnis zur westlichen Vormacht neu zu gestalten beabsichtigte; wie, das hatte er zwei Tage zuvor glasklar verdeutlicht, als er die Entscheidung traf, sich nicht an der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO zu beteiligen[363].

„Block Frankreich und Deutschland – hoffentlich unter Teilnahme Italiens und Luxemburgs"

Am Tag nach dem Pariser Debakel gab der Präsident im Ministerrat die Parole aus, man müsse abwarten, ob die Partner sich noch für die von Frankreich gewünschte „Europe européenne" entschieden[364]. Die Wiederaufnahme der Konsultationen - so hieß es im Quai d'Orsay - sei zum gegebenen Zeitpunkt durchaus möglich[365]. Auch das Auswärtige Amt bemühte sich um Schadensbegrenzung. Schröder beurteilte die bestehenden Differenzen über die Tragweite der Politischen Union sowie die Terminierung der Vertragsunterzeichnung am selben Tag

[355] S. Blankenhorn u. Jansen an AA, Tel. 441, 17. 4. 1962, VS-Vertraulich, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 879–881; MAE an Brüssel etc., Tel. 1084/96 etc., 24. 4. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 433–436; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 75f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 310f.; Spaak, Memoiren, S. 540–543; Bloes, „Plan Fouchet", S. 358–364; Soutou, Général de Gaulle, S. 140f.; Terrenoire, Revisionsklausel, S. 71f.

[356] „Neue Zürcher Zeitung", 21. 7. 1962.

[357] Conze, Herausforderung, S. 222.

[358] Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 425, Tb. 18. 4. 1962; „Le Monde", 19. 4. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 669f.; Artikel Benckiser, in: „FAZ", 19. 4. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 671f.

[359] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 141.

[360] BA, NL Blankenhorn, Bd. 130a, Bl. 12–14, Blankenhorn an AA, Tel., 19. 4. 1962, Geheim.

[361] S. Spaak, Memoiren, S. 541.

[362] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 377, Tb. 21. 4. 1962.

[363] Vgl. Soutou, Général de Gaulle, S. 141; Kap. V.3.3.

[364] Vgl. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 104–111 u. 115–117.

[365] Vgl. Bloes, „Plan Fouchet", S. 369f.

auf einer Pressekonferenz als „nicht unüberwindlich", zumal die Briten gegen das Statut zur Union keine Einwände hätten und auch nicht verlangten, die Verhandlungen bis zum EWG-Beitritt auszusetzen[366].

Skepsis war gleichwohl geboten. Blankenhorn sah niemanden, der wirklich an eine Einigung glaubte: weder an den baldigen Abschluß des Vertrags über die Politische Union noch an einen raschen Beitritts Englands zur EWG. Für ihn stand außer Frage, daß de Gaulle die Briten für den Rückschlag werde zahlen lassen[367]. Französische Diplomaten bestätigten ihn noch in diesem Urteil. Bei dem „unbeugsamen und auf jeden Pressionsversuch sehr empfindlich reagierenden Charakter" des Generals, so betonte etwa Soutou, müsse damit gerechnet werden, daß er sich für die Aufnahme Englands Zeit lasse, vielleicht sogar „jedes Interesse an diesem Beitritt verliere"[368].

Obwohl der Präsident jede weitere Beratung in der Studienkommission von einer vorherigen Entscheidung der Regierungen zur Europäischen Union abhängig machte[369], unterstützte er in den folgenden Wochen durchaus die mehr oder minder ehrlichen Bemühungen, das Projekt weiterzuführen. Georges Pompidou, frischgebackener Premierminister, sprach sich am 26. 4. in seiner ersten Regierungserklärung vor der Assemblée Nationale für die Politische Union und zugleich für die Fortexistenz der Atlantischen Allianz und der EWG aus[370]. Die Opposition hielt mit ihrer Kritik an der Europapolitik des Generals und seinem persönlichen Regime dennoch nicht hinter dem Berg. Zuviel kalkulierte Doppeldeutigkeit und entscheidende Verantwortung an der gegenwärtigen europapolitischen Flaute warf etwa Pleven der Regierung vor. Die Abstimmung zur Investitur der Regierung am 27. 4. verdeutlichte, wie sehr er den Abgeordneten aus dem Herzen sprach. Nur 259 Parlamentarier sprachen Pompidou bei 128 Gegenstimmen und 119 Enthaltungen das Vertrauen aus. Drei Viertel der Unabhängigen verweigerten ihm die Gefolgschaft[371].

Wenngleich de Gaulle die Tür zur Politischen Union noch nicht zugeschlagen hatte, konzentrierte er sich jetzt doch in erster Linie darauf, das Verhältnis zur Bundesrepublik zu pflegen. Unmittelbar nach dem Scheitern der Außenministertagung lud er Adenauer zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich ein und kündigte bereits für September seinen Gegenbesuch an[372]. Wenngleich der Präsident in diesen Tagen dem englischen Premier dieselbe Offerte machte[373], war seine Absicht, „das deutsch-französische Verhältnis nun bilateral in den Vordergrund zu stellen, [...] eindeutig."[374] Adenauer, „einsam in seiner Macht"[375], nahm das Ange-

[366] Pressekonferenz Schröders, 18. 4. 1962, in: Bulletin 1962, S. 653 f., hier S. 653.
[367] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 426, Tb. 18. 4. 1962.
[368] BA, NL Blankenhorn, Bd. 130a, Bl. 12–14, Blankenhorn an AA, Tel., 19. 4. 1962, Geheim.
[369] S. de Gaulle an Couve de Murville u. Maillard, 20. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 233; Soutou, Général de Gaulle, S. 141 f.
[370] S. Regierungserklärung Pompidous in der Assemblée Nationale, 26. 4. 1962, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1962, Bd. 1, S. 748 f.
[371] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 26./27. 4. 1962, in: ebd., S. 747–830; AdG 1962, S. 9829B; Bloes, „Plan Fouchet", S. 373–375.
[372] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 426 f., Tb. 18. 4. 1962; de Gaulle an Adenauer, 26. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 234 f.; Seydoux, Erinnerungen, S. 288.
[373] S. de Gaulle an Macmillan, 19. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 233.
[374] Blankenhorn, Verständnis, S. 426 f., Tb. 18. 4. 1962.

bot mit großer Freude an[376]. Allerdings setzte er jetzt noch nicht auf die Zweierunion, wie sie dann im Elysée-Vertrag Wirklichkeit werden sollte. „Nachdem durch die Briten die Belgier und Holländer gegen die politische Europäische Union, die von Anfang an überhaupt das Ziel der europäischen Maßnahmen war, aufgeputscht worden sind", so lautete vielmehr sein Motto, „bleibt nur der Block Frankreich und Deutschland – hoffentlich unter Teilnahme Italiens und Luxemburgs – übrig."[377] Des Kanzlers Gedanken kreisten mithin um jene Staatengruppe, die Coudenhove-Kalergi im Rahmen seines „Fralit"-Projekts vom März zusammengefaßt sehen wollte: eine Dreier-Union Frankreich-Deutschland-Italien[378]. „Fralit" beschäftigte auch die politische Führung in Paris, zumal die Idee aus der Paneuropa-Bewegung stammte, dessen französischem Zweig der Generalsekretär der gaullistischen UNR, Louis Terrenoire, vorstand und dessen Generalsekretär Alain Peyrefitte hieß, Informationsminister im Kabinett Pompidou[379]. Indem Couve de Murville den Gedanken der Dreier-Union am 10. 5. vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung allerdings für nicht sehr praktikabel erklärte, verlor das Projekt an Attraktivität. Doktrinäre Streitigkeiten, so lautete sein Credo, hätten keinen Sinn mehr. Die entscheidende Frage sei die nach der Größe der Gemeinschaft und damit nach dem Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt. Frankreich stehe dem positiv gegenüber unter der Bedingung, daß die Römischen Verträge respektiert würden[380].

Die kurzzeitig aufflackernde Hoffnung auf eine „gewisse Modifizierung" der französische Politik[381] wurde indes am 15. 5. jäh zerstört. Wütend über den Rückschlag seiner Europapolitik, wies de Gaulle einen supranationalen Bundesstaat auf einer Pressekonferenz mit sarkastischem Unterton definitiv in den Bereich „des mythes, des fictions, des parades". Wenngleich er sich gleichzeitig auch von dem ihm unterstellten „Europa der Vaterländer" distanzierte, ließ er keinen Zweifel daran, daß er allein ein Europa der Nationen und Staaten akzeptierte. Und dieses Europa der Sechs, ja das langfristig anzustrebende Europa vom Atlantik bis zum Ural hing seiner Meinung nach von der deutsch-französischen Solidarität ab. Über das britische Beitrittsgesuch zur EWG verlor er kein Wort[382].

De Gaulle glaubte fest an die machtpolitische Stärkung Frankreichs nach der Überwindung der algerischen Krise. Um diese wachsende politische Kraft politisch ungehindert zur Geltung zu bringen, durfte die Grande Nation keine Bindungen eingehen, die sie langfristig fesselten. Sie brauchte aber die politische Einigung Europas, in dem sie eine besondere Rolle zu spielen beabsichtigte, um ein

[375] Seydoux, Erinnerungen, S. 288.
[376] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 2. 5. 1962, Geheim; vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 260, ders. an dens., o.D., Entwurf.
[377] Aufzeichnung Adenauer, 24. 4. 1962, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 640f., hier S. 641; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 746f.
[378] Vgl. AdG 1962, S. 9936C; Bloes, „Plan Fouchet", S. 383f.
[379] Vgl. ebd., S. 393, Anm. 4; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 60.
[380] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 247, Blankenhorn an AA, FS Nr. 500, 11. 5. 1962, Verschlüsselt, Cito.
[381] Ebd., Bd. 259, Harkort an dass., FS Nr. 522, 15. 5. 1962.
[382] Pressekonferenz de Gaulles, 15. 5. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 402–426, hier S. 407; auszugsweise deutsche Übersetzung in: EA 1962, S. D239-D333; s.a. Mirow, Konzeptionen, S. 271–274.

dauerhaftes Mächtegleichgewicht zwischen den Blöcken herauszubilden und den Weltfrieden zu sichern. Erste Voraussetzung dazu war für de Gaulle die Verständigung mit Adenauer. Und seine Ausführungen enthielten implizit die Aufforderung an die Angelsachsen, sich mit der deutsch-französischen „Ehe" abzufinden[383]. „Vous verrez", ließ er seinen Informationsminister in diesen Tagen wissen, „qu'à la fin des fins, nous allons faire le plan Fouchet avec les Allemands."[384]

Mit seinem öffentlichkeitswirksamen Auftritt vom 15. 5. entfachte der Präsident nicht nur kritische Pressekommentare über die Widersprüche zwischen Zielen und Mitteln französischer Außenpolitik[385] bzw. über sein Plädoyer für „un directoire franco-allemand"[386]. Er provozierte auch den Austritt der MRP-Minister aus der Regierung und damit ein Schrumpfen seiner parlamentarischen Basis[387], weil die Volksrepublikaner – ebenso wie Unabhängige, Sozialisten oder Radikale – dem supranationalen Europa nachtrauerten und dessen Demokratisierung sowie die Einbeziehung Englands und die Bindung an die NATO verlangten[388]. Wenige Wochen später sprachen sich 293 Abgeordnete der Assemblée Nationale in einer scharfen Erklärung gegen die Europapolitik der Regierung aus und verließen dann aus Protest das Halbrund des Palais Bourbon. Frankreich, so hieß es in der Resolution, müsse einer Gemeinschaft angehören, die als demokratische Gemeinschaft der Völker und nicht als Konferenzserie im Stil der Diplomatie des 18. Jahrhunderts organisiert würde[389]. Dank der besonderen politischen Rahmenbedingungen und ausgeklügelten Verfassungsmechanismen blieb Pompidou der Sturz erspart. Sollte es den heterogenen Kräften der Opposition aber gelingen, eine konstruktive Mehrheit für ein tragfähiges Regierungsprogramm zu finden, so würde dem Präsidenten nur noch die Wahl zwischen dem Verzicht auf eine Machtausübung, die noch vom Buchstaben der Verfassung gedeckt war, und der Rückkehr aufs Altenteil nach Colombey-les-deux-Eglises bleiben[390].

In der Bundesregierung nahm die Unsicherheit über die Zukunft der Europapolitik zu. Daß Belgien und die Niederlande kein echtes Interesse an einer Fortsetzung der Fouchet-Plan-Verhandlungen besaßen, galt als ausgemacht. Wie aber sah es mit Frankreich aus[391]? Gewiß, de Gaulle zielte darauf ab, Europa in enger Gemeinschaft mit der Bundesrepublik zu einem „in sich geschlossenen Kraftzentrum" zu entwickeln. Zugleich lagen deutliche Anzeichen dafür vor, daß er einen

[383] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 233, Voigt an Carstens, Aufzeichnung 204-81.00/2/94.07/475/62, 21. 5. 1962.

[384] Zitiert nach: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 151.

[385] Vgl. Artikel Massip, in: „Le Figaro", 17. 5. 1962; Artikel Grosser, in: „Témoignage chrétien", 8. 6. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 680–682.

[386] Artikel Mehl, in: „Réforme", 26. 5. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 678–680, hier S. 680.

[387] Vgl. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 128–132; Bloes, „Plan Fouchet", S. 387.

[388] S. Bericht Legendre auf dem Parteitag der Indépendants et paysan vom 14.–16. 6. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 685–687; Dray Zeraffa, De Gaulle, S. 55; Irving, Christian Democracy, S. 194–198; Lucas, Europa, S. 153; Martinez, Indépendants, S. 64–68.

[389] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 13. 6. 1962, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1962, Bd. 2, S. 1664–1679; von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 175–179; s.a. Bloes, „Plan Fouchet", S. 388; Latte, Europapolitik, S. 176 f.

[390] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 272, Kutscher an AA, FS Nr. 640, 13. 6. 1962, Verschlüsselt, Citissime; vgl. Mirow, Konzeptionen, S. 579; Rémond, Frankreich, T. 2, S. 76–78.

[391] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 132a, Bl. 51 f., Carstens an Blankenhorn, St.S. 1369/62, 19. 5. 1962, Persönlich, Geheim.

„package deal" anvisierte und die Gespräche über die Politische Union vom Ausgang der Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt abhängig zu machen gedachte. Denn damit gewann er ein Druckmittel, um die Briten zu größerem Entgegenkommen in bezug auf die Weitergabe von Nukleargeheimnissen für den Bau der Force de frappe zu zwingen. Die Mitgliedschaft Großbritanniens schien den Franzosen nur akzeptabel, wenn die Briten ihre Sonderrolle in der transatlantischen Partnerschaft und im Commonwealth aufgäben. Von einem echten Willen zur Fortführung der Verhandlungen über die Politische Union konnte daher nach Meinung einiger Bonner Diplomaten auch bei Frankreich nicht die Rede sein. Sie plädierten daher dafür, die politische Einigung Europas „einstweilen zurückzustellen" und nur jene Teile des Statuts umzusetzen, die ohne Ratifizierung in Kraft gesetzt werden könnten. Im Gegensatz zur offiziellen Linie des Auswärtigen Amtes, die das Statut erst fertigzustellen und die Fragen der weiteren Prozedur anschließend zu entscheiden beabsichtigte, schwebte ihnen eine Regierungsübereinkunft der Sechs, notfalls auch ohne Belgien und die Niederlande vor. Dem „Fralit"-Plan Coudenhove-Kalergis erteilten sie eine eindeutige Absage, weil sie darin eine „ernste Gefahr für den europäischen Einigungsgedanken" sahen[392].

In dieser von Ungewißheit über die Absichten de Gaulles geprägten Situation traf im Auswärtigen Amt Ende Mai eine ‚Briefbombe' ein. Der Absender war Herbert Blankenhorn, der seine Depesche ausdrücklich nur zur persönlichen Unterrichtung Schröders und von Carstens abgeschickt hatte. Geriete sie in falsche Hände, so hieß es in einem Begleitschreiben an den Staatssekretär, würde sie ihm die Arbeit in Paris „außerordentlich erschweren". Blankenhorn hatte sich zur Abfassung seiner brisanten Depesche durchgerungen, weil ihn die Sorge umtrieb, die Bundesregierung könne Frankreich zuweit entgegenkommen und implizit eine Option zwischen den Franzosen und den Angelsachsen treffen[393]. Seine neunseitige Aufzeichnung über die französische Haltung zu Europa und der NATO glich in weiten Passagen einer scharfen Abrechnung mit de Gaulle. Mittelpunkt aller politischen Grundauffassungen des Generals, so der Botschafter, sei die französische Nation. Nach der Liquidierung des Algerienproblems ziele er offenbar verstärkt auf den Aufbau Kontinentaleuropas, um seinem Land eine seiner Geschichte und seiner „Grandeur" angemessene Mission zu übertragen. Ergänzung solle diese europäische Gemeinschaft durch die Allianz der drei Westmächte finden. Die NATO sei für ihn allenfalls eine technische Notwendigkeit, die angesichts der sowjetischen Bedrohung nicht abgeschafft werden dürfe. Um sein Ziel zu erreichen, betreibe er im Innern Frankreichs die Stärkung der Wirtschaft und den Aufbau einer atomaren Streitmacht. Nach außen suche er den Beistand von Partnern, strebe ein Bündnissystem an, dessen Kern eine enge deutsch-französische Solidarität sei, wobei das Schwergewicht eindeutig in Paris zu liegen habe. Nicht ganz sicher war sich Blankenhorn, ob de Gaulle wirklich an die Unvermeidbarkeit eines Konfliktes zwischen den Supermächten und die Möglichkeit glaubte, daß Europa als dritte Kraft die Rolle eines Schiedsrichters spielen könne.

[392] PA, B 151, Bd. 1, Voigt an Schröder, Aufzeichnung 200–80.00/285/62, 21. 5. 1962, Geheim, nebst Marginalie von Carstens.

[393] BA, NL Blankenhorn, Bd. 132a, Bl. 2, Blankenhorn an Carstens, 30. 5. 1962, Streng geheim, Persönlich.

Auf jeden Fall aber käme Deutschland in diesem Konzept eine Hauptrolle zu. De Gaulles feste Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage interpretierte der Botschafter denn auch als Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, daß es sich auf Frankreich verlassen könne. Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington seien ihm in dieser Frage gerade recht, könnten sie die Verbundenheit zwischen Bonn und Paris doch nur stärken[394].

Da ein Beitritt Englands zur EWG und zur Union diese Politik störte, erwartete Blankenhorn von de Gaulle den Aufbau entsprechender Hindernisse, die die Mitgliedschaft entweder vereitelten oder auf unabsehbare Zeit verschöben. Damit wäre der Weg zu einem von Frankreich dank der geschichtlichen Tradition, seiner „Grandeur" und des Besitzes der Atombombe legitim geführten Kontinentaleuropa frei. Dem östlichen Nachbarn käme die „klare Rolle" des „gefügige[n] Partner[s]" zu, der von der westlichen Supermacht gelöst werden solle. Gefangen von seiner düsteren Situationsanalyse, riet der Botschafter dringend dazu, den Kanzlerbesuch nach Frankreich zu verschieben. Er sorgte sich um die Sicherheit des Generals aufgrund des wachsenden Attentatsrisikos und befürchtete, Adenauer könne vor dem Hintergrund des Rücktritts der MRP-Minister in die innenpolitische Front zwischen Anhänger und Gegner einer supranationalen europäischen Integration geraten. Vor allem aber sah der Botschafter die Gefahr, daß der General die Visite nutzen könnte, „um ein zweiseitiges Bündnis abzuschließen"[395].

Seine Lagebeschreibung hätte durchaus auch aus der Feder eines SPD-Politikers stammen können. Auf ihrem Parteitag in Köln sprachen sich die Sozialdemokraten Ende Mai dezidiert für den Ausbau der bestehenden Gemeinschaftsorgane, einen britischen EWG-Beitritt und eine Politische Union, aber gegen eine exklusive Bindung zwischen Bonn und Paris aus[396]. Unter dem Beifall der Delegierten wetterte Guy Mollet als Gastredner der französischen Schwesterpartei über die nationalistische Außenpolitik des Generals und warf ihm vor, die westeuropäische Einigung zu blockieren[397].

Adenauer schätzte die Lage ganz anders ein. Auf dem Bundesparteitag seiner Partei in Dortmund betonte er Anfang Juni, daß die Aufnahme Englands in die EWG das Erreichte nicht gefährden dürfe, und verwahrte sich energisch gegen jene bereits aufkommenden Stimmen in Washington und London, die die Bundesrepublik zur Wahl zwischen Franzosen und Angelsachsen aufforderten. Denn ohne die deutsch-französische Freundschaft, ohne die „enge Verbundenheit zwischen dem französischen und deutschen Volk" könne es keine europäische Einheit geben[398]. Amerikanischen Bemühungen, ihn dazu zu bewegen, bei de Gaulle ein gutes Wort für die britische EWG-Mitgliedschaft einzulegen, gab er eine klare Absage[399]. Entsprechend kritisch betrachtete er denn auch die Bemühungen Cattanis, der im Mai und Juni eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte

[394] Ebd., Bl. 3–11, Aufzeichnung dess., 29. 5. 1962, Geheim.
[395] Ebd., Bl. 19–21, Aufzeichnung dess., 23. 5. 1962.
[396] S. Entschließung zur Europapolitik des Parteivorstandes der SPD, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Protokoll Parteitag 1962, S. 592 f.
[397] S. Rede Mollets auf dem SPD-Parteitag in Köln vom 26.–30. 5. 1962, in: ebd., S. 487–494.
[398] Rede Adenauers auf dem 11. Bundesparteitag der CDU, 3. 6. 1962, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 11. Bundesparteitag, S. 15–26, hier S. 25.
[399] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 240.

unternahm und den Regierungen für verschiedene Artikel des Europäischen Statuts neue Texte unterbreitete, wobei er sich in der Frage der Teilnahme Englands weitgehend an die Vorschläge Schröders hielt: Fertigstellung des Vertragstextes durch die Sechs, anschließend Gespräche mit Whitehall[400]. Als der italienische Diplomat am 30. 5. im Palais Schaumburg vorsprach, „zerpflückte" der Kanzler dessen Vorstellungen „ziemlich herb"[401]. Rom ließ dennoch nicht locker und bat in Bonn und Paris darum, sich der Sache erneut anzunehmen[402].

Anfang Juni kam plötzlich neue Bewegung in die stagnierenden Verhandlungen über die britische EWG-Mitgliedschaft. Hatte de Gaulle Großbritannien noch wenige Tage zuvor im Conseil des Ministres als Satelliten der USA verunglimpft[403], so mußte er jetzt erstaunt erkennen, wie Macmillan bei einem Staatsbesuch am 2./3. 6. im Schloß von Champs sämtliche politischen wie ökonomischen Beitrittsprobleme beseitigte. Der Premierminister akzeptierte einen gemeinsamen Außentarif, eine gemeinsame Außenpolitik und die Marktordnungen der Agrarpolitik. Ja, er präsentierte sich auch als vehementer Verfechter der Politischen Union. Doch dem General schmeckte das offensichtlich nicht. Macmillans pathetische Beschwerde, Europa brauche England offenbar nicht mehr, wollte er hingegen so nicht stehen lassen. Das Plädoyer des Premierministers für die europäische Zusammenarbeit beeindruckte den General zwar, seine Vorbehalte blieben aber bestehen: Ein Beitritt England in den Kreis der Sechs ändere alles[404].

Britische Zeitungsspekulationen, de Gaulle habe die Unterstützung des Beitrittsgesuchs gegen eine Kooperation im Nuklearbereich verkauft[405], entbehren allem Anschein nach der Grundlage. Gewiß sprach sich der General erneut für eine europäische Verteidigung aus, die auf der Grundlage der Atomstreitmächte jener europäischen Staaten beruhen sollte, die Kernwaffen besaßen: also Frankreich und England[406]. Aber er wollte beide Probleme nicht miteinander verknüpfen, sondern getrennt behandeln: Zwar interessierte ihn die atomare Zusammenarbeit mit England, aber nicht im westeuropäischen, sondern im atlantischen Rahmen, im Kreis der Großen. Dies hatte den doppelten Vorteil, die Engländer vom Kontinent fernzuhalten und die Deutschen nicht zur Nuklearmacht aufsteigen zu lassen. Couve de Murville stellte diesen Zusammenhang wenige Wochen später gegenüber Rusk unverhüllt her, als er meinte: Sollte es doch noch zu einer Politischen Union kommen, müsse natürlich auch die Nuklearverteidigung als Aufgabengebiet einbezogen werden, was gewiß erhebliche Schwierigkeiten mit der

[400] S. Änderungsvorschläge Cattanis, in: Europäisches Parlament, Politischer Ausschuß [Hg.], Politische Union, S. 47f.; ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 86f.; Cattani, Essai, S. 398; Vaïsse, De Gaulle, S. 667.

[401] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 120.

[402] S. MAE an Bonn etc., Tel. 4121/25 etc., 2. 6. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 551f.; Vaïsse, De Gaulle, S. 667.

[403] S. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 299, Tb. 30. 5. 1962.

[404] S. Unterredungen zwischen de Gaulle und Macmillan vom 2./3. 6. 1962 in: DDF 1962, Bd. 1, S. 554–571; Burin des Roziers, Retour aux sources, S. 148–150; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 335f.; Macmillan, End, S. 119–122; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 299–303, Tb. 6. 6. 1962; de Gaulle an Macmillan, 9. 6. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 239; Kommuniqué vom 3. 6. 1962, in: EA 1962, S. D341; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 326–329; de La Serre, De Gaulle, S. 193f.; Vaïsse, La grandeur, S. 200–202.

[405] Vgl. de La Serre, De Gaulle, S. 194.

[406] Vgl. Vaïsse, Candidature, S. 137.

Bundesrepublik aufwerfen würde. Leichter sei dieses Problem zu bewältigen, wenn Großbritannien mit im Boot sei[407]. Doch die Einbeziehung Großbritanniens in die Politische Union war ja eigentlich unerwünscht. Daher fällt es auch schwer, der These zu folgen, daß de Gaulles Europaprojekt keineswegs mehr vom Streben nach nationaler „Grandeur" gekennzeichnet gewesen sei, weil er eine „doppelte britisch-französische Führungsrolle" akzeptiert hätte[408].

Bezeichnenderweise legte sich Paris in der Folgezeit denn auch keineswegs fest, ob die EWG-Beitrittsverhandlungen mit London erfolgreich abgeschlossen werden könnten[409]. In Bonn mochte dies zwar im Kanzleramt gefallen, nicht aber im Auswärtigen Amt oder im Bundeswirtschaftsministerium. Erhard verkannte nicht die technischen Schwierigkeiten, schätzte sie aber als lösbar ein, sofern nur der politische Wille aufgebracht würde. „Und der politische Wille besteht, jedenfalls was die Mehrzahl der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angeht"[410]. Auch Schröder, der bereits auf dem CDU-Parteitag in einer großen Rede eine ähnliche Sicht der Dinge dargelegt hatte[411], hielt im Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen Rusk Ende Juni sowohl ein Einvernehmen mit den Briten wie auch einen Kompromiß über die Politische Union für möglich. Wichtig war es seiner Meinung nach, daß die BENELUX-Staaten ihre Einwände gegen rasche Fortschritte zurückzögen und der italienische Kompromißvorschlag umgesetzt würde[412].

Adenauer hielt weder etwas von den Empfehlungen Cattanis noch von den Wünschen Macmillans. Als der Premierminister ihm gegenüber die Absicht Anfang Juni andeutete, das Commonwealth eng an Europa anzuschließen, meinte der Kanzler zu seinem außenpolitischen Berater Osterheld, das „führe zu nichts". Worauf es jetzt ankomme, sei die feste Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich, „schon damit es nie mit Rußland zusammengehe, eventuell gegen uns"[413]. Daher schickte Adenauer den Ministerialdirektor kurz darauf in streng geheimer Mission, ohne das Auswärtige Amt oder die Botschaft einzuschalten, zu einem Blitzbesuch nach Paris, um de Gaulle einen handschriftlichen Brief zu übergeben. Darin brachte er seine Vorfreude auf „großartige Tage" in Frankreich zum Ausdruck und unterstrich seine Überzeugung, daß das Land nach der vollständigen Beseitigung des Algerienproblems bald „die Rolle in einem geeinten Europa übernehmen" werde, „die ihm zukommt"[414]. Der General, so instruierte

[407] S. Unterredung zwischen Rusk und Couve de Murville vom 20. 6. 1962, SET/MC/20, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 413–419; ders. an Dep. of State, Tel. Secto 16, 20. 6. 1962, Confidential, Priority, in: ebd., S. 108f.; Unterredung zwischen Rusk und Couve de Murville vom 20. 6. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 630f.

[408] Loth, De Gaulle und Europa, S. 652.

[409] S. Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 16, 20. 6. 1962, Confidential, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 108f.; Conseil des Ministres, 8. 8. 1962, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 303f.

[410] Interview Erhards mit der „Deutschen Welle", 25. 5. 1962, in: Bulletin 1962, S. 853f., hier S. 854.

[411] S. Rede Schröders auf dem CDU-Parteitag in Dortmund, 4. 6. 1962, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands, 11. Bundesparteitag, S. 70–82, mit falschem Datum auch in: Schröder, Welt, S. 216–230.

[412] S. Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 66, 22. 6. 1962, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 110f.

[413] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 123, Tb. 6. 6. 1962.

[414] AN, 5 AG/165, Adenauer an de Gaulle, 7. 6. 1962, Geheim; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 125; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 751.

er seinen Vertrauten mündlich, werde aus dieser Wendung und der Tatsache der Sendung Osterhelds schon „die richtigen Schlüsse ziehen". Natürlich könne er ihm nicht sagen, „daß Frankreich in Europa die erste Geige spielen solle; aber: Wir könnten sie doch nicht spielen!"[415]

Gegenüber Paul Reynaud, der am 9. 6. wieder einmal als Postillion de Gaulles fungierte, wurde Adenauer deutlicher: Frankreich komme die erste Rolle in Europa zu. Wenn England beitrete, werde ein Streit zwischen beiden Staaten um die Führung losbrechen. Vielleicht sei es ja möglich, die Insel mit der EWG zu assoziieren, ein Vollbeitritt sei aber kaum erreichbar. Die Politische Union könne eventuell im kleineren Rahmen mit Italien und Luxemburg begonnen werden, ohne Belgien und den Niederlanden den Zugang zu versperren. Das Wichtigste sei aber jetzt das Verhältnis zu Frankreich[416]. Übersetzt auf die Frage der Politischen Union hieß das jetzt, wenn nicht alle Sechs sich beteiligen wollten, müsse man eben mit dreien beginnen: „dann kommen die anderen schon nach. Aber man sollte anfangen!" Und dies war seiner Ansicht nach auch im Interesse der USA[417].

Wurde das jenseits des Atlantiks auch so gesehen? Die USA hatten die Beratungen der Fouchet-Kommission und die Verhandlungen über den englischen EWG-Beitritt mit Sympathie, aber Zurückhaltung verfolgt[418]. Nach dem Scheitern der Pariser Außenministerkonferenz zog sich Washington zunächst ganz auf die Reserve zurück. Zwar neigten die Amerikaner der belgischen Position hinsichtlich der französischen wie der englischen Politik zu, schätzten eine Intervention aber als kontraproduktiv ein[419]. Mitte Mai ging der stellvertretende Außenminister Ball dann aus der Deckung heraus und unterstrich im Gespräch mit seinem französischen Kollegen die Bedeutung der englischen EWG-Mitgliedschaft für die Einigung Europas. Couve de Murville setzte entgegen, Frankreich glaube, bei einer Beschränkung auf die Sechs einen höheren Integrationsgrad, eventuell sogar die Vereinigten Staaten von Europa mit einer fest gebundenen Bundesrepublik erreichen zu können. Mit der Öffnung für die Briten werde diese Zukunft verbaut, zumal dann auch die skandinavischen Staaten Eintritt begehrten. Dennoch aber sei Frankreich zur Aufnahme Englands bereit, sofern es die Römischen Verträge akzeptiere. Das italienische Terminprocedere in bezug auf den Beitritt und die Unterzeichnung des Vertrags über die Politische Union lehnte er hingegen ab. Ball mochte sich diesen Argumenten nicht vollständig verschließen. Die traditionellen anti-kontinentalen Ressentiments der Briten standen der politischen Integration Europas zweifellos im Wege. Und daher mußten sich die Amerikaner fragen, welchem Ziel sie im Zusammenhang mit der europäischen Einigung die Priorität ga-

[415] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 123, Tb. 6. 6. 1962.
[416] S. ebd., S. 126f., Tb. 9. 6. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 751–753.
[417] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 200, Informationsgespräch, 8. 6. 1962, Streng vertraulich; s.a. AdG 1962, S. 9936C.
[418] Vgl. Ball an Kennedy, Memorandum, 23. 8. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 32–39; Bowles an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 848, 3. 11. 1961, Confidential, in: ebd., S. 48f.; s.a. Costigliola, Kennedy, S. 260.
[419] Vgl. Rusk an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1844, 27. 4. 1962, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 82–84.

ben, die Fesselung Westdeutschlands oder die Etablierung eines Quasi-Festlanddegens mit Hilfe der Aufnahme Großbritanniens[420].

Daß sie sich für den britischen EWG-Beitritt entschieden, hing auch damit zusammen, daß sie mit ihrer Europapolitik noch andere, ganz handfeste Interessen verfolgten: England galt als Befürworter einer Liberalisierung des transatlantischen Handels und nützliches Gegengewicht zur französisch-deutschen Vorherrschaft. Den Einfluß, den Washington aufgrund der special relationship auf London ausübte, hoffte man in gewisser Hinsicht auf die westeuropäischen Demokratien ausdehnen zu können. Kaschiert als „Partner der USA", sollte Großbritannien in die Rolle eines Stellvertreters auf dem Kontinent schlüpfen[421]. Mit dieser Zielsetzung kollidierten die Amerikaner natürlich mit der Politik Frankreichs, die darauf hinauslief, den USA die uneingeschränkte Führungsrolle im Westen streitig zu machen. Auch für de Gaulle bekam die Frage der britischen Mitgliedschaft zur EWG damit eine fast fundamentale Bedeutung, freilich besetzt mit negativem Vorzeichen. Denn Kennedy trachtete offenbar danach, mit Hilfe Großbritanniens der Gemeinschaft „die Flügel zu stutzen"[422], und versuchte sogar, die Force de frappe unter Kontrolle zu bekommen[423]. Indem de Gaulle den Briten den Zutritt zum Kontinent versperrte, attackierte er die auf europäische Einigung und atlantische Partnerschaft ausgerichteten Ambitionen der Amerikaner.

Entscheidend für den Sieg in diesem machtpolitischen Wettstreit war aus der Sicht vieler Beobachter die Haltung der Bundesrepublik. Sollte es dem General gelingen, den Kanzler auf seine Seite zu ziehen, hatte er gewonnen; schlug sein Bemühen fehl, war er isoliert. In Washington war man sich sicher, daß Paris zur Durchbrechung dieser Isolation seine Politik ändern würde. Die Taktik Kennedys lief daher darauf hinaus, de Gaulle nicht frontal zu attackieren, sondern ihn selbst erkennen zu lassen, daß Adenauer nicht auf seiner Seite stünde. Dazu schien es wichtig, nicht länger als Protektor des britischen EWG-Beitritts aufzutreten[424] und klarzustellen, daß man Paris und Bonn nicht auseinander dividieren wolle[425]. Zur Umsetzung dieses Ziels machte sich der amerikanische Außenminister Mitte Juni auf den Weg zu einer längeren Rundreise durch Europa. Von Adenauer hörte Rusk, wie wichtig für ihn die Intensivierung der Beziehungen zu Frankreich sei, um es von einer Entente mit der Sowjetunion abzuhalten[426]. Schröder hingegen drängte auf Fortschritte bei der politischen Einigung in Europa und glaubte nach wie vor an ein Übereinkommen mit den Briten[427]. Es blieb beim frommen Wunsch.

[420] S. Unterredung zwischen Ball und Couve de Murville vom 21. 5. 1962, Confidential, in: ebd., S. 91–97; s.a. Unterredung zwischen Kennedy und Malraux vom 11. 5. 1962, Top secret, in: ebd., S. 695–701.

[421] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 233–236; Costigliola, Pursuit, S. 27.

[422] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 272, „Das französisch-amerikanische Verhältnis", o.D.

[423] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Aufzeichnung Hartlieb, 200-80.00/701/62, 29. 8. 1962, VS-Vertraulich; vgl. Kap. V.3.3.

[424] S. Unterredung zwischen Rusk und Alphand vom 28. 5. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 708–713; Unterredung zwischen dens. vom 31. 5. 1962, Secret, in: ebd., S. 713–718; „Scope paper" des Dep. of State, SET-D-1/1, 11. 6. 1962, Secret, in: ebd., S. 105–108.

[425] S. Rusk an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 8, 3. 7. 1962, Secret, in: ebd., S. 111–113.

[426] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 238–240.

[427] S. Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 66, 22. 6. 1962, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 110f.

Adenauer und de Gaulle suchten nämlich den bilateralen Alleingang, auch wenn der von Anfang an unter äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen stattfand. Stück für Stück hatte sich der Kanzler im Laufe der letzten zwei Jahre den europapolitischen Positionen des Generals genähert und damit am Ende seine eigenen Glaubensbekenntnisse aufgegeben. Taktisch bedingte Scheinzugeständnisse de Gaulles hatten eine Zeit lang den Eindruck entstehen lassen, als ob die Option des supranationalen europäischen Integrationsmodells offengehalten werden könnte. Als er im Januar 1962 die Maske abnahm und seine wahren Absichten offenlegte, versagte sich Adenauer der Opposition und schwenkte vollends auf seine Linie ein. Die Hauptursache für diese europapolitische Kehrtwende des Kanzlers lag gewiß in der amerikanischen Deutschlandpolitik begründet, d.h. in seinem wachsenden Mißtrauen gegenüber der Entspannungssehnsucht Kennedys, seiner Angst vor einer Verständigung der beiden Supermächte hinter dem Rücken der Europäer. Je löchriger der amerikanische Schutzschirm zu werden drohte, desto dringender bedurfte die Bundesrepublik eines Ersatzschirms, den nach Lage der Dinge nur Frankreich zu liefern in der Lage war. Hinzu trat freilich auch das sich wandelnde Selbstverständnis der beiden kontinentaleuropäischen Demokratien als gleichberechtigte Partner der westlichen Vormacht und damit die Frage nach ihrem Mitsprache- und Mitwirkungsrecht bei der Festlegung bzw. Umsetzung der westlichen Verteidigungsdoktrin, also nach der nuklearen Teilhabe.

V.3 NATO-Reform und Nuklearbewaffnung der Atlantischen Allianz 1958–1962

V.3.1 De Gaulles Triumviratsvorschlag 1958

„Ce que nous voulons, c'est une entente à trois"

Der Verlauf der Fouchet-Plan-Verhandlungen 1961/62 hatte eindeutig gezeigt, daß die Schaffung der Europäischen Politischen Union für den französischen Staatspräsidenten stets auch eine sicherheitspolitische Dimension besaß. Das europäische Europa, so wie er es anvisierte, mußte sich von der Bevormundung der USA befreien und verteidigungspolitische Autonomie gewinnen. Das transatlantische Band sollte nicht durchschnitten, aber anders gewebt, die Abhängigkeit von der westlichen Vormacht behoben werden. Dabei wies er Frankreich – natürlich – eine Schlüsselrolle als Bindeglied zwischen der Alten und der Neuen Welt zu. Um sein Ziel zu erreichen, wirkte der General in drei Richtungen: Aufbau einer nuklearen französischen Streitmacht; Neudefinierung des französischen Parts in der Atlantischen Allianz; Bildung einer schlagkräftigen europäischen Sicherheitskomponente[1].

Im Juni 1958 wirkte dies alles noch wirklichkeitsfremd. Frankreich war fest in die NATO integriert, besaß noch keine Atomwaffe und war soeben einem Bürgerkrieg entronnen. Dennoch ließ der neue starke Mann an der Seine mit seinen öffentlichen Stellungnahmen aufhorchen. Frankreich, so verkündete de Gaulle bei seinem ersten großen Auftritt nach der Regierungsübernahme am 13. 6., fühle sich als Teil der westlichen Welt, „auquel nous appartenons sans devoir nous y confiner"[2]. Galt ihm die nationale Souveränität bereits in Fragen der Europapolitik als unantastbar, so mußte sie erst recht in der Sicherheitspolitik gewahrt bleiben.

Ein starkes und unabhängiges Frankreich in der internationalen Staatengesellschaft bedurfte einer entsprechenden Instrumentierung, d.h. eines Mitspracherechtes an den strategischen Entscheidungen innerhalb der Atlantischen Allianz sowie insbesondere einer eigenen Atomstreitmacht. Die forcierte Entwicklung von Kernwaffen konnte keines der militärischen Probleme Frankreichs lösen. Sie besaß aber eine eminente politische Funktion in der nationalen Unabhängigkeits- und Großmachtpolitik de Gaulles; der Besitz der Bombe fungierte gewissermaßen als „eigentlicher Souveränitätsbeweis"[3] der Grande Nation. Schon von seinen Vorgängern Mendès France und Mollet nach den Demütigungen von Diên Biên Phu und am Suez-Kanal ins Visier genommen[4], sollte die Atomwaffe die Führungsrolle in Westeuropa namentlich gegenüber der Bundesrepublik absichern, das Selbstwertgefühl der Franzosen steigern und der Forderung nach mehr Mit-

[1] Zur Sicherheitspolitik de Gaulles vgl. vor allem Bozo, La France; De Gaulle en son siècle, Bd. 4 u. 5; Kohl, Nuclear diplomacy; Kolodziej, Policy; Schmitt, Frankreich, S. 111–229; Vaïsse, La grandeur.

[2] Ansprache de Gaulles an die Nation, 13. 6. 1958, in: L'Année politique 1958, S. 544f., hier S. 545; s.a. Kap. V.1.1.

[3] Strauß, Erinnerungen, S. 317; vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 155f. u. 173f.

[4] Vgl. Kap. III.4.3, III.4.4 u. IV.1.2.

sprache in der Allianz Nachdruck verleihen. Obwohl der General die Solidargemeinschaft der Atlantischen Allianz nicht aufkündigen mochte, stellte er die Schutzfunktion der NATO und die besondere Verantwortung der USA für Europa im Gegensatz zu den Staatsmännern der IV. Republik durchaus in Frage[5]. 1966 kehrte er der militärischen Integration den Rücken zu, „parce que l'OTAN ne donne pas une garantie de sécurité suffisante à l'Europe, alors qu'à l'inverse l'OTAN pourrait éventuellement créer un risque pour celle-ci"[6].

Daß der General das amerikanische Übergewicht in der militärischen Führung der Allianz kaum akzeptieren würde, galt in den NATO-Stäben an der Seine bereits im Juni 1958 als ausgemachte Sache[7]. In der amerikanischen Diplomatie befürchtete man zwar keinen bewußten französischen Bruch mit der NATO, erwartete aber Forderungen nach „Big Three meetings" und sah die Notwendigkeit einer Überprüfung der Weitergabe von Nuklearinformationen auf sich zukommen[8]. In Übereinstimmung mit den Briten gedachten die Amerikaner diese „tripartite relationship" mit Frankreich auf jene Bereiche zu beschränken, „where there exist an historical basis for it, such as in the Summit preparations and the reunification of Germany". Ansonsten wünschten sie, mit Paris bilateral zu verkehren, „and, when appropriate, through NATO"[9].

Dem weitverbreiteten Mißtrauen gegenüber dem zukünftigen Kurs der französischen Sicherheitspolitik[10] setzten die Verantwortlichen in Paris zunächst das Mittel der Kalmierung entgegen. Pinay versicherte dem amerikanischen Botschafter Houghton am 30. 5., de Gaulle akzeptiere die NATO, verlange aber für die französischen Militärs mehr Mitsprache[11]. Kurz darauf strich Außenminister Couve de Murville sowohl gegenüber dem deutschen Botschafter von Maltzan[12] als auch anläßlich seines Abschiedsbesuchs in Bonn bei Kanzler Adenauer abermals die Kontinuität der französischen Außenpolitik heraus und beteuerte, „daß Frankreich sich durch Gemeinschaftsverträge und Bündnissystem mit dem Westen als fest verbunden ansieht"[13]. Zur selben Zeit versicherte Botschafter Alphand in Washington, seine Regierung strebe den Besitz einiger Atombomben zur eigenen Verfügung, aber keine völlige Autonomie in bezug auf die Nuklearrüstung an[14].

[5] Zur französischen NATO-Politik der fünfziger Jahre vgl. umfassend: Bozo, La France, S. 25–70; Vaïsse/Mélandri/ders. (Hg.), La France et l'OTAN.

[6] Soubeyrol, Le Général de Gaulle, S. 139.

[7] Vgl. Jahn, An Adenauers Seite, S. 376f.

[8] Elbrick an Herter, Memorandum, 27. 5. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 17–20, hier S. 19; s.a. ders. an Dulles, Memorandum, 5. 6. 1958, Confidential, in: ebd., S. 26–28.

[9] Unterredung zwischen Eisenhower und Macmillan vom 9. 6. 1958, MCT MC/9, in: ebd., S. 815.

[10] Vgl. Leduc an Couve de Murville, Tel. 1284/91, 2. 6. 1958, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 705f.; Chauvel an dens., Tel. 1818/20, 4. 6. 1958, Priorité absolue, Urgent, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 728.

[11] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 5664, 31. 5. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 21; ders. an dass., Tel. 5673, 1. 6. 1958, Secret, in: ebd., S. 23f.; Lyon an dass., Tel. 5850, Confidential, in: ebd., S. 28f.

[12] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, von Maltzan an AA, FS Nr. 486, 6. 6. 1958, Verschlüsselt.

[13] Von Brentano an Washington, Tel. 750 Plurex, 16. 6. 1958, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 698; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Aufzeichnung Carstens, 204–81.00/1–94.07, 7. 6. 1958.

[14] S. Isenbergh an Dep. of State, Nr. 2129, 11. 6. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 30f.

Nur wenige Tage später wirkten diese Ausführungen freilich bereits wie Schnee von gestern. Am 17. 6. entschied ein „Conseil restreint", dem neben einigen Generalen auch der Président du Conseil de Gaulle und die Minister für Äußeres und Verteidigung, Couve de Murville und Guillaumat, angehörten, die Rolle Frankreichs in der Atlantischen Allianz zu überdenken. Die Zusammenarbeit auf dem Sektor der konventionellen Waffen sollte fortgesetzt, im Bereich der Atomrüstung aber eingestellt werden. Die Aufstellung nuklearer Mittelstreckenraketen in amerikanischen Basen auf französischem Territorium gemäß den NATO-Beschlüssen vom Dezember 1957 und dem NATO Dokument MC 70 galt nur unter der Bedingung als akzeptabel, daß Frankreich an der Ausarbeitung der Nuklearstrategie und an der militärischen Atomforschung beteiligt und das Kernwaffenpotential nicht, wie das McMahon-Gesetz es vorsah, unter amerikanische, sondern unter französische Kontrolle gestellt würde[15].

De Gaulle betrachtete die Machtverteilung in der NATO als unerträgliche machtpolitische Diskriminierung Frankreichs[16] und pochte auf weltpolitische Mitsprache. Er sei kein Gegner der Allianz, stellte er gegenüber dem ersten ausländischen Besucher im Matignon, NATO-Generalsekretär Spaak, am 23. 6. in aller Deutlichkeit fest. Aber der angelsächsische Einfluß sei dort zu groß. Frankreich nehme nicht den ihm gebührenden Platz ein. Insbesondere die Kommandostruktur und die Nuklearfrage seien unzulänglich geregelt[17].

Um den im Zuge der Suez-Krise zerstörten „tripartisme franco-anglo-américain" wiederherzustellen[18], empfing der Président du Conseil kurz darauf zunächst den englischen Premierminister, dann den amerikanischen Außenminister. Die Aussichten auf eine Einigung standen nicht gut, wie das in diesen Tagen bekanntgegebene Ergebnis der seit Monaten angekündigten Novellierung des McMahon Acts unter Beweis stellte. Denn die von amerikanischer Seite als großen Schritt nach vorn gefeierte Lockerung der Weitergabe sowohl von Nukleargeheimnissen als auch von Brennstoffen konnte an der Seine kaum befriedigen, weil das vom amerikanischen Kongreß beschlossene Amendment nur auf jene Staaten Anwendung finden durfte, die bereits substantielle atomare Fähigkeiten besaßen. Dies traf letztlich nur auf Großbritannien zu[19]. De Gaulle wollte diese unübersehbare Benachteiligung aber nicht hinnehmen. Er bestand darauf, die Gewichte innerhalb der NATO neu zu verteilen, und kündigte gegenüber Macmillan Ende Juni entsprechende Reorganisationsvorschläge an, die sich auf zwei Kernpunkte konzentrierten: Bildung eines Mechanismus für die allgemeine Orientierung und Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs der NATO. Das derzeitige Vertragsterritorium entspreche in keiner Weise den möglichen Konfliktherden,

[15] Vgl. Barbier, Négociations, S. 112f. mit Anm. 79; Bozo, Stratégies, S. 32; Vaïsse, Origines, S. 263f.; DDF 1958, Bd. 2, S. 621, Anm. 1; Aufzeichnung der Abt. Politik im MAE, 17. 12. 1959, in: ebd. 1959, Bd. 2, S. 736; vgl. Kap. IV.4.3.

[16] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 206; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 38–44.

[17] S. Memorandum Spaaks, in: Spaak, Memoiren, S. 387–391; Bozo, Stratégies, S. 32f.

[18] Alphand, L'étonnement d'être, S. 290, 27. 7. 1958.

[19] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 3624/28, 27. 6. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 843f.; Unterredung zwischen dems. und Dulles vom 27. 6. 1958, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 42–45; „Atomic Energy Act" (McMahon-Act), 2. 7. 1958, in: Udell (Bearb.), Atomic Energy Act, S. 129–132; s.a. AdG 1958, S. 7152D; Goldschmidt, Rivalités, S. 240.

weil Nordafrika, die Levante oder der Nahe bzw. Ferne Osten ausgeklammert seien. Damit einhergehen müsse ein Umbau der Kommandostrukturen. „Ce que nous voulons, c'est une entente à trois."[20] Zugleich pochte de Gaulle auf den Bau einer eigenen Atomwaffe, um die bisherige Monopolstellung der USA und Großbritanniens zu durchbrechen, und machte keinen Hehl daraus, daß er sich der zwischen Ost und West diskutierten Einstellung von Nukleartests nicht anschließen werde. Frankreich, so fügte er mit erhobenem Zeigefinger hinzu, sei nicht bereit, sich von den Partnern der Möglichkeit zum Aufbau einer Atommacht berauben zu lassen. Sollte dies geschehen, „il en résulterait qu'elle n'attacherait plus qu'un médiocre intérêt à l'Alliance atlantique". Über einen Teststopp wollte der General erst dann sprechen, wenn Frankreich über die ersten Bomben verfügte. Macmillan versuchte sofort zu beruhigen. Natürlich wolle England dem Nachbarn den Zutritt zum Club der Atommächte nicht versperren; es wünsche aber, diesen Kreis klein zu halten. Sei es nicht - so fragte er hintersinnig – vielleicht aus finanziellen Gründen doch sinnvoll, auf den Bau nationaler Waffen zu verzichten und sich statt dessen von den Amerikanern beliefern zu lassen. Der General wich aus. Wenn Frankreich erst einmal in derselben Situation wie England sei, könne es seine Haltung ändern. Sein Atompotential müsse nicht unbedingt aus eigener Produktion stammen. Wenn die USA Material zur Verfügung stellten, das ausschließlich unter französischer Aufsicht stünde, während die übrigen Elemente der Verteidigung doppelt kontrolliert würden, sei er zufrieden[21].

Gegenüber Dulles, der ihm wenige Tage später in Paris seine Aufwartung machte, wurde de Gaulle in seinen Ansprüchen nach einer Reform der Atlantischen Allianz und seinem unabänderlichen Willen zur nationalen Atommacht noch deutlicher. Wenn Frankreich seine weltpolitischen Interessen aufgebe, höre es auf, Frankreich zu sein. Es müsse an der Verteidigung der freien Welt in den entsprechenden Organen beteiligt sein, müsse weltpolitische Verantwortung tragen. Diese Aufgabe sei vor allem eine atomare; Frankreich werde daher in wenigen Monaten über Kernwaffen verfügen. Entsprechend dem Beschluß vom 17. 6. verlangte de Gaulle schließlich ein Mitspracherecht über die auf französischem oder deutschem Boden stationierten Atomwaffen sowie die Beteiligung an der globalen Sicherheit und der atomaren Strategieplanung der NATO, deren Geltungsbereich auf jeden Fall ausgedehnt werden müsse. Ausdrücklich billigte der General das amerikanische Angebot zur Übertragung von Kernwaffen auf einige NATO-Staaten, sofern nicht die USA oder die Allianz die Verfügungsgewalt für sich reklamierten[22]. Dulles verhielt sich zurückhaltend, hatte aber schon vor der Begegnung gegenüber Präsident Eisenhower dargelegt, daß die USA Frankreichs

[20] Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 30. 6. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 872–874, hier S. 874; s.a. Macmillan, Riding the Storm, S. 447–450; Kap. V.1.1.

[21] Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 29. 6. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 1, S. 862–868, hier S. 864; vgl. Aufzeichnung der Unterabt. Vereinte Nationen im MAE, Nr. 53, 2. 6. 1958, in: ebd., S. 709–715; Bozo, Stratégies, S. 32.

[22] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Dulles vom 5. 7. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 22–30; Unterredung zwischen dens. vom 5. 7. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 53–64; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 253–255; Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 14–39; Bozo, Stratégies, S. 33–35; Costigliola, France, S. 121 f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 631–634.

Forderungen in zwei Punkten nicht nachkommen könnten: hinsichtlich des Aufbaus einer nationalen Atommacht und des Vorschlags „for a US-UK-France triumvirate to run the world"[23].

Die Revision des McMahon-Gesetzes und das gleichzeitig abgeschlossene englisch-amerikanische Atomabkommen[24] bestärkten Frankreich im Gefühl der Diskriminierung. Anders als seine Vorgänger im Matignon setzte de Gaulle dem allerdings nicht den Versuch zur kontinentalen europäischen Atomzusammenarbeit entgegen – im Gegenteil: Anfang Juli stoppte er brüsk die trilaterale Nuklearkooperation mit Italien und der Bundesrepublik, weil er ihnen die Aufnahme in den Club der atomaren ‚Haves' nicht gönnte[25].

Während Paris Bonn gegenüber souveräne Handlungsfreiheit zur Schau stellte, führten die Amerikaner und Briten den Franzosen erneut eindrücklich vor Augen, daß sie sich ihren Vorstellungen nicht so ohne weiteres zu beugen gedachten. De Gaulles Warnungen bewußt überhörend und seine Forderungen nach Konsultation mißachtend, schickten die Angelsachsen Mitte Juli nach dem Sturz des prowestlichen Regimes im Irak amerikanische Marines in den Libanon und englische Luftlandetruppen nach Jordanien[26]. Mitte August kündigten sie darüber hinaus an, ihre Atomwaffentests zum 31. 10. einzustellen und in Ost-West-Verhandlungen über eine internationale Kontrolle von Nuklearversuchen einzutreten[27].

Diesem Diktat wollte sich de Gaulle freilich nicht beugen. Schon wenige Tage nach der Beendigung der trilateralen Nuklearkooperation mit Bonn und Rom hatte er angeordnet, daß die im April begonnenen Arbeiten für die Detonation der ersten französischen Atombombe[28] wie vorgesehen im Frühjahr 1960 abzuschließen seien[29]. Nach der Verlautbarung der Verbündeten über den Teststopp gab der Quai d'Orsay bekannt, Frankreich werde solange an seinem Atomprogramm festhalten, wie ein allgemeines Abkommen über die Herstellung von Kernbrennstoffen fehle[30]. Darüber hinaus machte er die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen abermals davon abhängig, ob Frankreich in der Nuklearfrage wie Großbritannien behandelt und die Frage der Entscheidungsgewalt im französischen Sinn entschieden würde[31].

Die Chancen dazu standen jedoch schlecht. Als de Gaulle einige Tage später vom Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lauris Norstad, die Dislozierung und Einsatzpläne der Atombomben in Frankreich erbat, fiel dessen

[23] Unterredung zwischen Dulles und Eisenhower vom 3. 7. 1958, Top secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 50–52, hier S. 51; s.a. ders. an dens., Tel. Dulte 1, 5. 7. 1958, Secret, im Auszug in: ebd., S. 69f.

[24] Vgl. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 2224/28, 7. 7. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 40f.

[25] Vgl. Kap. IV.4.3.

[26] Vgl. Eisenhower, Wagnis, S. 245–272; Macmillan, Riding the Storm, S. 502–537; Little, Finest Hour?

[27] S. Note der USA u. Großbritanniens an die Sowjetunion, 22. 8. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4, S. 1515; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 2802/06, 22. 8. 1958, Urgent, Secret, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 286f.

[28] Vgl. Kap. IV.4.3.

[29] Vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 457.

[30] S. Kommuniqué des Quai d'Orsay, 22. 8. 1958, in: AdG 1958, S. 7258.

[31] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 21. 8. 1958, Secret, 22. 8. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 280; Vaïsse, Origines, S. 264.

Antwort höchst ernüchternd aus: „Mon Général, je ne peux répondre à vos questions, à mon très grand regret". Kühl, aber bestimmt stellte de Gaulle daraufhin klar: „Mon général, c'est la dernière fois, dites-vous-le bien, qu'un responsable français s'entend faire une pareille réponse!"[32]

Die für ihn ganz unerträgliche Herabsetzung durch die Amerikaner führte dazu, daß de Gaulle sich auf die europäische Rüstungskooperation zurückbesann. Nachdem sich das „Commissariat à l'Energie Atomique" (CEA) bei einem noch von Strauß und Chaban-Delmas vereinbarten Besuch deutscher Nuklearexperten Ende Juli sehr offen im Informationsaustausch über das Programm zur Urananreicherung präsentiert hatte[33], signalisierte der französische Regierungschef Anfang August gegenüber seinem italienischen Kollegen Fanfani großes Interesse an einer Fortsetzung der von ihm soeben erst abgebrochenen trilateralen Zusammenarbeit[34]. Es schien also keineswegs völlig haltlos, als Fanfani Adenauer gegenüber kurz darauf zu berichten wußte, de Gaulle habe die gemeinsame Kernwaffenproduktion noch nicht ad acta gelegt. Angesichts des von Frankreich beschlossenen Baus der Isotopentrennanlage mit geschätzten Kosten von 100 Milliarden Francs[35] argwöhnte der italienische Ministerpräsident indes, der General wolle die deutschen und italienischen Finanzmittel bloß anzapfen, um zur einzigen Atommacht des westeuropäischen Kontinents aufzusteigen. Dies aber galt für ihn wie für Adenauer gleichermaßen als gänzlich inakzeptabel, da zwischen den drei Staaten ihrer Meinung nach völlige Gleichberechtigung in den sicherheitspolitischen Fragen herrschen mußte[36]. „De toute ce qui précède", so faßte Seydoux Ende August die von Unsicherheit geprägte Stimmungslage am Rhein zusammen, „il ressort que dans des domaines essentiels – rapport Est-Ouest, OTAN, politique européenne, bombe atomique et, ne l'oublions pas, réunification – on craint ici à la fois une discordance entre Paris et Bonn et une prétention française à jouer en Europe un rôle prédominant."[37]

Allerdings war sich der Kanzler sehr wohl bewußt, dem General in dessen Streben nach einer Stärkung der Großmachtrolle Frankreichs keine Steine in den Weg legen zu dürfen, weil de Gaulles Scheitern seines Erachtens unweigerlich die Gefahr einer Militärdiktatur oder Volksfront-Regierung heraufbeschwor[38]. Eine solche Entwicklung würde für die strategisch exponierte Bundesrepublik den Verlust ihres „zuverlässige[n] Hinterland[es]" bedeuten, ohne das sie sich weder militärisch noch politisch verteidigen konnte[39]. Während ihrer ersten Begegnung in Colombey-les-deux-Eglises Mitte September kam Adenauer de Gaulle in dessen Kritik an der Atlantischen Allianz weit entgegen. Die NATO habe ihn unglücklich

[32] Zitiert nach: Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 466; s.a. Weisenfeld, Charles de Gaulle, S. 77f.
[33] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 138.
[34] S. Unterredung zwischen Fanfani und de Gaulle vom 7. 8. 1958, Secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 245f.
[35] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Aufzeichnung Rhamm, 202–82.SL/1/9136/58, 22. 10. 1958.
[36] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 457f.; s.a. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 27, Bl. 34, Seydoux an MAE, Tel. 1971/72, 9. 9. 1958, Réservé.
[37] Ebd., Bl. 14–22, ders. an Couve de Murville, Nr. 1492, 28. 8. 1958.
[38] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, von Maltzan an AA, Pol 204 81.10/0 3671/58, 2. 9. 1958; vgl. Kap. V.1.1.
[39] BA, NL Blankenhorn, Bd. 90, Bl. 94f., Tb. 4. 9. 1958; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 311f., Tb. 4. 9. 1958.

gemacht, jahrelang sei sie von den USA vernachlässigt worden. Großbritannien verfolge eine unmögliche Politik, und in den USA würden Ideen verfolgt, die ihn erschaudern ließen. De Gaulle hatte es leicht, sich der Klage uneingeschränkt anzuschließen. Frankreich mache sich keine Illusionen über das Wohlwollen der Partner. Die Amerikaner blieben stets Amerikaner, England bleibe stets eine Insel. Beide Staatsmänner stimmten überein, daß Europa sich angesichts der Bedrohung aus dem Osten, des unsicheren Kurses der USA und der Mängel der Atlantischen Allianz einigen müsse, um sich gegenüber der westlichen wie der östlichen Vormacht behaupten zu können. Als de Gaulle dann erneut den Mangel an politischer Einheit der westlichen Welt bedauerte, versuchte Adenauer, ein wenig zurückzurudern. Man dürfe kein Instrument der Amerikaner sein, doch solange die allgemeine Abrüstung nicht vorwärtskomme, müsse man mit ihnen zusammengehen und an der NATO festhalten[40]. Für de Gaulle galt dieses Gebot so nicht: „Ce qui intéresse la France", beteuerte Couve de Murville im Parallelgespräch mit von Brentano, „c'est, au contraire, la non-reconnaissance du *statu quo*"[41].

Der Kanzler verließ den Ort der Begegnung dennoch tief befriedigt, offensichtlich überzeugt, eine gewisse gemeinsame Basis mit dem ihm zuvor so suspekten General gefunden zu haben. Freilich waren keineswegs alle Vorbehalte ausgeräumt. So hatte Adenauer wohlweislich darauf verzichtet, die Frage der trilateralen Nuklearkooperation anzusprechen. Und auch de Gaulle zog es vor, ihn nicht in all' seine Überlegungen einzuweihen. Von den Macmillan bereits avisierten Plänen zur Neuordnung der Entscheidungsprozesse in der Atlantischen Gemeinschaft war kein Wort gefallen, obwohl sie doch bereits fertig in der Schublade lagen.

„Instituer à l'échelon politique et stratégique mondial une organisation comprenant: les Etats-Unis, la Grande-Bretagne et la France"

Nur zwei Tage nach der Abreise des Kanzlers sandte der Président du Conseil dem englischen Premierminister und dem amerikanischen Präsidenten ein Memorandum, in dem er seine Gedanken zur NATO-Reform konkretisierte. Am 9. 9. hatte de Gaulle einen Entwurf verfaßt und ihn dann seinem Conseiller diplomatique Jean-Marc Boegner bzw. Couve de Murville zur Überarbeitung vorgelegt[42]. Dem Conseil des Ministres gegenüber deutete de Gaulle zwar die Existenz des Dokuments an, gab den Inhalt aber nicht preis[43]. Was stand nun in diesem streng geheimen Papier?

De Gaulle entfaltete seine Überlegungen von der Politik der westlichen Allianz im Nahen und Fernen Osten her und zog daraus die Schlußfolgerung, daß der

[40] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 9. 1958, Très secret, im Auszug in: DDF 1958, Bd. 2, S. 341–344; Unterredung zwischen dens. vom 14. 9. 1958, Streng geheim, in: BDFD I, S. 709f.; Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 427f. u. 430–432; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 222f.; Maillard, De Gaulle, S. 200–202; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 455; s.a. Kap. V.1.1 u. V.2.1.

[41] Unterredung zwischen Couve de Murville und von Brentano, 14. 9. 1958, Secret, Entwurf, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 345–351, hier S. 349.

[42] Vgl. Bozo, Stratégies, S. 36; Vaïsse, La grandeur, S. 117. Gegenüber Blankenhorn behauptete Joxe hingegen am 16. 10., Couve de Murville sei nicht eingeweiht gewesen (BA, NL Blankenhorn, Bd. 85b, Bl. 286f., Blankenhorn an von Brentano, 21. 10. 1958).

[43] Vgl. Tournoux, Tragédie, S. 319f.

Einsatzbereich der NATO, die er im übrigen wiederholt synonym als westliche Allianz oder Atlantische Allianz ansprach, wie er 1949 konzipiert worden sei, nicht mehr mit den aktuellen politischen und strategischen Realitäten übereinstimme. Daher hielt er es für notwendig, „qu'à l'échelon politique et stratégique mondial soit instituée une organisation comprenant: les Etats-Unis, la Grande-Bretagne et la France", die einerseits gemeinsame Entscheidungen in Fragen der globalen Sicherheitspolitik treffen und andererseits die strategischen Pläne insbesondere im Nuklearbereich ausarbeiten und nötigenfalls ausführen müsse. Zur Umsetzung seiner Überlegungen empfahl er die umgehende Aufnahme von Gesprächen mit den Angelsachsen auf der Ebene der Botschafter in Washington und der Standing Group der NATO[44].

In weiten Teilen nahm der französische Regierungschef damit die Politik seiner Vorgänger auf. Sowohl das Verlangen nach einer Ausdehnung der Einsatzzone bzw. nach Teilhabe an den Entscheidungsprozessen der NATO als auch das Infragestellen der militärischen Integration sowie des amerikanischen Atommonopols waren keineswegs neu. Originell war aber die vom Prestigedenken geleitete Form, in die er seine Forderungen kleidete; neu war auch die Grundeinstellung gegenüber der Atlantischen Allianz. Während die Kabinette der IV. Republik bisher darum bemüht gewesen waren, die Maximen ihrer Sicherheitspolitik mit denen der NATO in Einklang zu bringen, beabsichtigte de Gaulle, das Militärbündnis so umzubauen, daß Frankreich stets über eigene Truppen verfügte[45]. Dabei manifestierte sich schon jetzt die für seine spätere Außenpolitik kennzeichnende doppelte Zielsetzung: der Anspruch auf weltpolitisch-strategische Gleichberechtigung mit den Angelsachsen und das Streben nach der Führungsrolle in Westeuropa[46]. Die Bundesrepublik erhielt damit implizit die „Funktion eines Juniorpartners" zugewiesen, der die Ambitionen Frankreichs politisch und ökonomisch flankieren und dessen eigenes Sicherheitsbedürfnis in der Bindung an den Nachbarn Befriedigung finden sollte[47]. Es war kaum zu erwarten, daß die Verbündeten diese Konzeption unwidersprochen hinnehmen würden.

Eine Woche nach der Ausfertigung überreichten die französischen Botschafter in Washington und London das streng geheime Memorandum persönlich im Weißen Haus und in der Downing Street[48]. Zwei Tage später, am 27. 9., bat der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Joxe, den deutschen Gesandten Jansen zu sich, um ihn über die Aktion zu unterrichten. Nicht eben wahrheitsgemäß behauptete er, de Gaulle habe Eisenhower und Macmillan eine persönliche Botschaft zukommen lassen, die keine weiteren Besprechungen erfordere. Seine inhaltliche Zusammenfassung beschränkte er auf die beiden Punkte Ausdehnung des NATO-Einsatzge-

[44] Memorandum de Gaulles, o.D., in: DDF 1958, Bd. 2, S. 377. De Gaulle versandte das Memorandum am 17. 9. 1958 an Eisenhower und Macmillan (de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 82 u. 87). Vgl. den Entwurf vom 11. 9. 1958 in: ebd., S. 83f.; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 248f.; Eisenhower, Wagnis, S. 350f.

[45] Vgl. Bozo, Stratégies, S. 38–40 u. 42f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 640f.; Vaïsse, Origines, S. 257–268; ders., La politique française.

[46] Vgl. Lucas, Europa, S. 106; Soutou, Problèmes, S. 234.

[47] Linsel, Charles de Gaulle, S. 171.

[48] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 9926, 18. 9. 1958, Immédiat, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 383f. mit Anm. 3; Chauvel an Joxe, Tel. 3131/38, 25. 9. 1958, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 428–430; FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 81, Anm.

bietes und Verfügungsgewalt der Nuklearwaffen. Über den Triumviratsgedanken ließ er kein Wort fallen[49].

Mochte sich de Gaulle auch keiner Illusionen über das Gelingen seines Vorstoßes hingegeben haben, so hegte er doch größere Hoffnungen als etwa Couve de Murville[50]. Daher ist auch der mitunter geäußerte Verdacht unbegründet, der General habe sein Angebot gar nicht ernst gemeint, sondern den Fehlschlag provoziert, um dann der Öffentlichkeit gegenüber die enge deutsch-französische Verständigung legitimieren zu können[51]. Gegen diese These sprechen nicht nur die vorherige Sistierung der trilateralen Nuklearkooperation mit den Deutschen oder die Frankreich zugewiesene Rolle im Verhältnis zu den Angelsachsen, sondern auch der bis weit ins Jahr 1962 hinein wiederholt vorgetragene Versuch, der Idee des politisch-militärischen Dreierdirektoriums doch noch zum Durchbruch zu verhelfen, obwohl sich seit Jahren abzeichnete, daß der Initiative kein Erfolg beschieden sein würde.

Denn die Reaktionen der Partner fielen weitgehend negativ aus. Spaak, dem de Gaulle eine Abschrift des Memorandums am 24. 9. zur persönlichen Information übergeben hatte[52], fand insbesondere das Triumvirat „von grund auf schlecht", weil es die übrigen Partner zurücksetzte und angesichts der zu erwartenden französischen Unbeugsamkeit gegenüber den Entscheidungen der Angelsachsen bei einstimmig zu fassenden Beschlüssen zur Wirkungslosigkeit verdammt wäre[53]. Norstad befürchtete eine erhebliche Schwächung der NATO, wenn ihre Aufgaben den Vorschlägen de Gaulles gemäß ausgedehnt würden[54]. Dulles hielt sich zunächst bedeckt. Zwar stimmte er zu, daß es eine Organisation mit einer größeren geographischen Verantwortlichkeit als die NATO und mehr politischer Kompetenz als die UNO geben müsse. Doch zu de Gaulles Schlußfolgerungen mochte er sich nicht durchringen[55]. Und Macmillan konterte auf die Zustellung des Memorandums durch Chauvel mit der Frage: „Que pensent les Allemands de tout cela?" Für ihn war es völlig unmöglich, die Kooperation des Westens in den vitalen sicherheitspolitischen Bereichen auf drei Staaten zu beschränken, also die Deutschen ihrer Verantwortung zu entheben[56].

Mit Blick auf einen geplanten Besuch in Bonn sah sich der Premierminister in einem gewissen Dilemma. Allzu gern wollte er sich als Freund und Beschützer der Deutschen aufspielen, um den Kanzler im Gegenzug zur aktiven Hilfe bei der

[49] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 268f., von Maltzan an AA, FS, 27. 9. 1958, Streng geheim; Köhler, Adenauer, S. 1007.

[50] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 292, Tb. 12. 9. 1958; Chauvel, Commentaire, Bd. 3, S. 265; Bozo, Stratégies, S. 36f.; Lacouture, De Gaulle, Bd. 2, S. 641.

[51] Vgl. Soutou, Problèmes, S. 234f.

[52] S. Aufzeichnung des MAE, 25. 9. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 430; Spaak, Memoiren, S. 393–395.

[53] Ebd., S. 395.

[54] S. Unterredung zwischen Dulles und Norstad vom 26. 9. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 357f.

[55] S. Unterredung zwischen dems. und Spaak vom 27. 9. 1958, MC-9, Secret, in: ebd., S. 359f.; Unterredung zwischen dens. vom 27. 9. 1958, Secret, in: ebd., S. 360f.; Alphand an Joxe, 3. 10. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 468f.

[56] Chauvel an dens., Tel. 3131/38, 25. 9. 1958, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 428–430, hier S. 428; s.a. ders. an Couve de Murville, Tel. 3240/43, 7. 10. 1958, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 478f.

Durchsetzung seines Freihandelszonen-Konzepts zu bewegen, aber der General hatte sämtliche Adressaten des Memorandums zur Verschwiegenheit aufgefordert. So holte Macmillan vor seinem Abflug nach Bonn die Billigung de Gaulles ein, Adenauer über die Initiative informieren zu dürfen, ohne diesem freilich den Text auszuhändigen[57].

Macmillans Rechnung ging nur zum Teil auf. Als er Adenauer am 8. 10. seine Aufwartung machte, besaß der nämlich bereits von Blankenhorn eingehende Kenntnisse über das so geheime Dokument, weil Spaak es dem Botschafter zu lesen gegeben hatte. Hielt der Kanzler seine Erregung über de Gaulles Vorstoß noch am Nachmittag vor den beiden Delegationen zurück, so ließ er ihr nach dem Abendessen zu Ehren Macmillans im kleinen Kreis freien Lauf. „Äußerst scharf"[58] reagierte er über die „anachronistischen Ideen" der Generals[59]. „Aus diesen Plänen spreche eine Überheblichkeit, für die er, der Kanzler, nicht das geringste Verständnis habe."[60]

De Gaulles Vorstoß beunruhigte ihn aus vielerlei Gründen. Spaak hatte ihn noch vor dem Besuch in Colombey-les-deux-Eglises warnen und dringend empfehlen lassen, die Frage eines NATO-Direktoriums direkt anzusprechen[61]. Adenauer hatte den Rat in den Wind geschlagen. Nun fühlte er sich düpiert. Betroffenheit über den von ihm so empfundenen Vertrauensbruch machte sich bei ihm breit, dann aber auch das Gefühl, von den Verbündeten eben doch nicht als gleichberechtigte „Großmacht" akzeptiert zu werden. Schließlich stieg der Verdacht in ihm auf, auch im Westen könne sich eine durch die personelle Konstellation geförderte „anti-deutsche Allianz" bilden[62]. Macmillan hielt es für das beste, de Gaulle zu einer Neufassung seines Memorandums unter Auslassung der offensiven Teile zu bewegen. Den Gedanken des Triumvirats wollte er dadurch aushebeln, daß er sich mit Eisenhower darauf verständigte, es gäbe gar kein angelsächsisches Direktorat, also könne sich Frankreich ihm auch nicht anschließen[63].

Dies war natürlich „Spiegelfechterei", weil zwischen Briten und Amerikanern eben doch eine „gewisse Übereinstimmung" über die Absicht herrschte, mit den Franzosen über das Memorandum zu sprechen[64], wobei der Wille zum trilateralen

[57] S. de Gaulle an Macmillan, 6. 10. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 100; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3240/43, 7. 10. 1958, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 478f.; Macmillan, Riding the Storm, S. 453f. Es kann folglich keineswegs ausgeschlossen werden, wie Conze meint, daß Macmillan die Angelegenheit benutzte, um das Vertrauensverhältnis zwischen de Gaulle und Adenauer zu stören (Conze, Herausforderung, S. 77f., Anm. 55). Freilich bedurfte es nicht mehr der Informierung durch Macmillan, wie Bariéty vermutet, da Blankenhorn das Memorandum ja bereits gelesen hatte (Bariéty, Rolle, S. 23). Zu den Verhandlungen über die FHZ vgl. Kap. V.2.1.

[58] BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 239f., Tb. 8. 10. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 789f., hier S. 789.

[59] BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 137–141, Tb. 24. 10. 1958; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 327–329, Tb. 24. 10. 1958.

[60] BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 239f., Tb. 8. 10. 1958, im Auszug in: BDFD I, S. 789; vgl. die moderatere Fassung in: Blankenhorn, Verständnis, S. 324f., Tb. 8. 10. 1958; s.a. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2287/89, 14. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 514f.

[61] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 458f.

[62] Ebd., S. 461.

[63] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 239f., Tb. 8. 10. 1958, in: BDFD I, S. 789; Macmillan, Riding the Storm, S. 452–454; Bruce an Dep. of State, Tel. 777, 9. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 362f.; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 110.

[64] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 459.

Dialog in London gewiß stärker ausgeprägt war als in Washington: Nur einen Tag nach seinem Aufenthalt am Rhein bat Macmillan Dulles, möglichst bald mit den Beratungen zu beginnen[65].

Zur selben Stunde machte Adenauer seinem Unmut in einem Schreiben an de Gaulle Luft. Gern, so hieß es in einem Briefentwurf, erinnere er sich des „vertrauensvollen und aufrichtigen Gesprächs" von Colombey-les-deux-Eglises und der dortigen Absprache, den Gedankenaustausch „in aller Aufrichtigkeit" fortzusetzen: Vertrauen und Aufrichtigkeit, dies schien ihm dann doch nicht der richtige Ton[66]. So faßte er eine neue, wesentlich sachlichere Botschaft ab, ließ seine entschiedene Ablehnung des Triumviratsgedankens gar nur über diplomatische Kanäle nach Paris gelangen[67]. Betont vage äußerte sich Adenauer über die ihm zugegangenen Hinweise zum inkriminierten Memorandum, um bloß nicht die Quelle seiner Informationen preiszugeben und vor allem nicht den als neuen Botschafter in Paris auserkorenen Blankenhorn zu desavouieren. Eindringlich warnte er vor der „sehr störende[n] und unliebsame[n] öffentliche[n] Erörterung" der französischen Pläne und riet statt dessen zu einem vertraulichen Dialog mit Spaak über die Änderung der politischen Struktur der NATO[68]. Selbst die im Entwurf noch vorgesehene Diskussion auf der bevorstehenden NATO-Außenministerkonferenz schien ihm nicht mehr opportun[69].

Adenauers Bedenken stießen in Paris auf großes Verständnis – nur nicht beim Regierungschef. Zunächst bemühte sich Joxe nach dem Eingang des Schriftstücks darum, de Gaulle von den Knackpunkten seiner Initiative zu überzeugen. Als seine Anstrengungen fruchtlos blieben, wandte er sich an Mollet, der in einer längeren Unterredung mit de Gaulle ebenfalls sein Glück versuchte[70] – vergeblich. In seiner Antwort rief de Gaulle Adenauer am 15. 10. in Erinnerung, daß man sich in Colombey-les-deux-Eglises darüber unterhalten habe, wie schlecht die NATO ihre Aufgaben erfülle, und daß sie im Orient, in Nordafrika oder dem Roten Meer gar nicht aktiv sei. Daß Nordafrika nicht zur westlichen Sicherheitszone gehöre, stimme mit den aktuellen Realitäten nicht überein. Auch die exklusive nukleare Verfügungsgewalt der Amerikaner müsse geändert werden. Deshalb habe er Eisenhower und Macmillan das Memorandum geschickt „en raison de l'étendue des responsabilités mondiales, actuelles et éventuelles, de l'Amérique et de la Grande-Brétagne et, aussi pour la raison que ces deux puissances occidentales détiennent l'armement atomique". De Gaulle begrüßte die Beratungen zwischen Macmillan und Adenauer über diese Pläne und stellte nach der Beantwortung seines Memorandums durch die Angelsachsen einen Gedankenaustausch mit dem Kanzler

[65] S. Unterredung zwischen Caccia und Dulles vom 9. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, nebst „Editorial Note", in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 92–94.

[66] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Adenauer an de Gaulle, 9. 10. 1958, Entwurf.

[67] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2268/69, 11. 10. 1958, Secret, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 498f.

[68] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 10. 10. 1958, in französischer Übersetzung mitgeteilt in: Couve de Murville an Washington etc., Tel. 10999/11002 etc., 13. 10. 1958, Très urgent, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 503f.; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 232, Tb. 9. 10. 1958; StBKAH, NL Adenauer, 10.36, Adenauer an de Gaulle, 9. 10. 1958.

[69] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, ders. an dens., 9. 10. 1958, Entwurf.

[70] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 85b, Bl. 286f., Blankenhorn an von Brentano, 21. 10. 1958.

über die Möglichkeiten zur Organisierung der westlichen und vor allem europäischen Sicherheit in Aussicht[71].

Adenauer war mit dieser Replik nicht zufrieden. Bei einem Antrittsbesuch im Quai d'Orsay wiederholte Blankenhorn die negative Haltung der Bundesregierung zum Triumviratsgedanken. Gewiß bestünden globale Probleme, die der Lösung harrten. Doch sei es sinnvoller, sie auf der Ebene der Botschafter und militärischen Experten in Washington anzugehen, als ein neues dreiseitiges Gremium zu schaffen. Generalsekretär Joxe versuchte sich mit dem kaum überzeugenden Hinweis aus der Affäre zu ziehen, der Regierungschef habe sich die Konsequenzen seiner Initiative, über die das Außenministerium nicht unterrichtet worden sei[72], offenbar nicht genügend überlegt[73].

„Die Durchsetzung des französischen Plans dient der Befriedigung französischen Ehrgeizes, nicht aber der Stärkung der Atlantischen Allianz"

Vieles, wenn nicht alles hing nun davon ab, wie weit die Amerikaner den von Frankreich vorgezeichneten Weg mitzugehen bereit waren. Am Potomac sah man sich einem „europapolitischen Dilemma" gegenüber[74]. Das französische Konzept vollends zu akzeptieren, war ebenso unmöglich, wie es brüsk zurückzuweisen. De Gaulles Kritik am Zustand der NATO schien nicht unberechtigt, sein Lösungsmodell aber unannehmbar. Dulles willigte daher in die angeregte Konsultation mit den Botschaftern in Washington ein, wollte aber eine schriftliche Beantwortung des Memorandums vermeiden. Da er seine Absicht, auf Zeit zu spielen[75], nach der Besprechung Macmillans mit Adenauer als nicht mehr durchsetzbar ansah, regte er am 11. 10. in London informelle Diskussionen der drei Mächte in Washington an, wobei er die Einladung an de Gaulle mit „certain warning flags" auszustatten und darüber hinaus zum gegebenen Zeitpunkt Spaak, Adenauer und Fanfani über den Verlauf der Gespräche zu informieren gedachte[76]. Zwar erwartete er kaum annehmbare Ergebnisse, glaubte indes, sich den Beratungen nicht entziehen zu können[77].

Eisenhower stimmte diesem Kurs zu, verlangte allerdings eine vorherige Mitteilung an die Regierungen in Bonn und Rom sowie die Klarstellung, daß die Treffen allein der Erörterung, nicht aber der Umsetzung der Pläne de Gaulles dienten. Außerdem wies der Präsident seinen Außenminister an, die Beratungen nicht selbst zu führen. Dulles seinerseits hielt es nach diversen Unterredungen mit NATO-Vertretern plötzlich für besser, die Konsultationen nicht tri-, sondern bilateral mit Alphand zu führen. Doch damit stieß er auf den Widerstand seines englischen Kollegen Lloyd, der aus Rücksicht auf de Gaulle auf dreiseitige Gespräche drängte[78].

[71] De Gaulle an Adenauer, 15. 10. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 109f., hier S. 110.
[72] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 85b, Bl. 286f., Blankenhorn an von Brentano, 21. 10. 1958.
[73] S. ebd., Bd. 91, Bl. 191, Tb. 16. 10. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 326f., Tb. 16. 10. 1958.
[74] Conze, Herausforderung, S. 78.
[75] S. Dulles an London, Tel. 3587, 8. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 90f.
[76] Ders. an dass., Tel. 3694, 11. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 98f., hier S. 98.
[77] S. ders. an Spaak, 10. 10. 1958, Personal and Confidential, in: ebd., T. 1, S. 363f.; ders. an Macmillan, 15. 10. 1958, im Auszug in: ebd., T. 2, S. 94.
[78] S. „Editorial Note" u. Unterredung zwischen Caccia und Dulles vom 17. 10. 1958, Secret, Limit

Während der amerikanische Außenminister sich vornahm, die Marschroute am Rande des Begräbnisses von Papst Pius XII. in Rom mit seinen westlichen Kollegen abzustimmen, schaltete sich der NATO-Generalsekretär in die Diskussion ein. In einem langen, auch Dulles zugeleiteten Memorandum an de Gaulle erklärte sich Spaak mit dessen Zustandsbeschreibung weltpolitischer Gefahrenherde einverstanden, zog aber gänzlich andere Konsequenzen. Die Idee des Triumvirats hielt er für fatal, diskriminierend und nicht umsetzbar. Ein Dreimächtedirektorium bedeutete in seinen Augen das Ende der Atlantischen Allianz. Um die Unruhe in der Gemeinschaft nicht noch zu vergrößern, empfahl Spaak, die Debatte über die akzeptablen Gedanken de Gaulles nicht auf der Ebene der Botschafter in Washington, sondern in Ausschüssen der Atlantischen Allianz zu führen[79].

Auch der Bundesregierung schien die NATO das geeignete Forum. Da Frankreich diesen Vorschlag aber zurückwies, stimmte von Brentano Dulles gegenüber nolens volens dreiseitigen Diskussionen in Washington zu, sofern sie dazu dienten, die Franzosen von den Gefahren ihres Planes zu überzeugen[80]. Für den Außenminister und den Kanzler kam es jetzt vor allem darauf an, den Ausbau der politischen Konsultation in der NATO und die von de Gaulle angeschnittene Frage der globalen Planung voranzutreiben, ohne den Eindruck exklusiver Abmachungen zwischen den drei Westmächten entstehen zu lassen[81].

Nach seiner Rückkehr aus Rom stand für Dulles fest, die zentralen Forderungen Frankreichs nicht akzeptieren zu können. In seinem Antwortschreiben an de Gaulle ließ Eisenhower am 20. 10. keinen Zweifel, daß er weder das Triumvirat noch eine Änderung des NATO-Vertrags hinsichtlich des Einsatzgebietes wünsche. Auf die besonders heikle Nuklearfrage ging er bezeichnenderweise nicht ein[82]. Um die Franzosen aber nicht vor den Kopf zu stoßen, spielten die Amerikaner mit dem Gedanken, Alphand die Möglichkeit zu geben, einem Beamten des State Department und dem englischen Botschafter die eigenen Vorstellungen darzulegen. Dulles hoffte darauf, die Gespräche dann zugunsten einer breiteren Diskussion über die Verbesserung der NATO abbrechen zu können[83].

Macmillan hingegen hielt sich in seinem Schreiben an de Gaulle am selben Tag mit Kritik wesentlich mehr zurück und beschränkte sich darauf, zusätzliche Informationen zu erbitten[84]. Als Botschafter Jebb diese Botschaft im Matignon überbrachte, reagierte der Hausherr kühl, ja drohend. Frankreich wolle seine Bündnissysteme nicht zerstören, doch der Zustand der Atlantischen Allianz passe

Distribution, in: ebd., S. 99–103; Unterredung zwischen Alphand und dems. vom 17. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 103–105; Chauvel an MAE, Tel. 3344/51, 16. 10. 1958, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 532f.

79 S. Spaak an de Gaulle, Memorandum, 15. 10. 1958, in: ebd., S. 523–527; ders. an Dulles, mitgeteilt in: Burgess an dens., Tel. Polto 992, 15. 10. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 365f.; Spaak, Memoiren, S. 395–398.

80 S. Dulles an Dep. of State, Tel. Secto 5, 18. 10. 1958, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 105–107.

81 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 85b, Bl. 286f., Blankenhorn an von Brentano, 21. 10. 1958; ebd., Bd. 91, Bl. 137–141, Tb. 24. 10. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 327–329, Tb. 24. 10. 1958.

82 S. Eisenhower an de Gaulle, 20. 10. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 108f.

83 Vgl. ebd., S. 100.

84 S. Macmillan an de Gaulle, 20. 10. 1958, nebst Anlage, in französischer Übersetzung in: DDF 1958, Bd. 2, S. 558f.

ihm nicht. Wenn Macmillan ihm im Juni erklärt habe, England könne zum Rückzug aus der NATO gezwungen werden, wenn es nicht zur Freihandelszone komme, so halte er nun dagegen, Frankreich ziehe sich aus ihr zurück, wenn die NATO nicht reformiert werde[85].

Mehr und mehr verdichtete sich beim General der Verdacht, die Westmächte trachteten danach, seine Pläne zu verwässern. Mit undiplomatischer Schärfe bekräftigte er am Tag nach der Unterredung mit Jebb auf einer Pressekonferenz seine Entschlossenheit, Frankreich notfalls im Alleingang zur Nuklearmacht aufzubauen. Offen verdächtigte er Amerikaner, Briten und Sowjets der Komplizenschaft, die Franzosen mit Hilfe der Genfer Konferenz zur Einstellung von Kernwaffenversuchen aus dem Club der Atommächte heraushalten zu wollen. Frankreich werde die gigantische Unterlegenheit nicht hinnehmen, vielmehr schon in Kürze seine ersten Tests durchführen. Sei es erst einmal Nuklearmacht, fügte der General warnend hinzu, „nous aurons d'autant plus de moyens de faire sentir notre action dans les domaines qui nous sont chers et utiles à tous les hommes: celui de la sécurité mondiale et celui du désarmement"[86]. Sein politischer Berater Jean-Marc Boegner äußerte sich einige Tage später gegenüber einem amerikanischen Diplomaten noch drastischer. Die USA hätten anzuerkennen, daß Frankreich den ihm 1945 zugestandenen, während der IV. Republik aber verlorenen Platz als Großmacht wieder einnehmen werde. „Germany, which is less important militarily than France, and Italy [...] will have to get used to the fact that France will play the leading role on the Continent."[87]

Noch aber war es nicht soweit, noch brauchte man den östlichen Nachbarn auch sicherheitspolitisch. Als die Angelsachsen auf der Genfer Expertenkonferenz über die Verhinderung von Überraschungsangriffen erneut versuchten, ein befristetes Abkommen über die Einstellung von Atomversuchen durchzusetzen, und außerdem die Absicht zur Einrichtung einer Inspektionszone andeuteten, suchte Paris die Bonner Unterstützung[88], weil man wußte, wie wenig Adenauer von derartigen Abrüstungsverhandlungen hielt[89].

Ende Oktober unternahm de Gaulle einen neuen Versuch, die Direktoratsgespräche zu forcieren. Dulles erklärte sich erneut nur zu bilateralen Unterredungen mit Alphand bereit und verlangte vor der Hinzuziehung der Briten eine Sprachregelung für die Öffentlichkeit[90]. Derweil verständigte sich Adenauer mit Spaak darauf, die politische Struktur der Atlantischen Allianz unter Ausklammerung des Triumviratsgedanken mit Hilfe des Generalsekretärs auf die Tagesordnung der NATO-Ratskonferenz im Dezember zu setzen. Eile schien geboten, da der Inhalt des französischen Memorandums mittlerweile durch Indiskretionen in groben

[85] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Jebb vom 21. 10. 1958, 22. 10. 1958, Très secret, in: ebd., S. 564 f.

[86] Pressekonferenz dess. im Matignon, 23. 10. 1958, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 51–60, hier S. 58; s.a. Erklärung Mochs vor dem Politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung, 20. u. 22. 10. 1958, in: Notes et études documentaires, Nr. 2540, S. 20–22.

[87] Unterredung zwischen Boegner und Kidder vom 28. 10. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 112 f., hier S. 113.

[88] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, von Maltzan an AA, FS Nr. 897, 15. 10. 1958, Verschlüsselt.

[89] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2261/67, 10. 10. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 491 f.

[90] S. Dulles an Paris, Tel. 1508, 25. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 109 f.; Unterredung zwischen dems. und Caccia vom 27. 10. 1958, Secret, in: ebd., S. 111 f.

Zügen bekannt geworden war. Italienische und deutsche, dann auch französische und englische Zeitungen berichteten von den Aktionen hinter den Kulissen[91] und machten damit das Bestreben der Bundesregierung um Geheimhaltung zunichte[92]. Für die französische Diplomatie kaum überraschend, reagierte die deutsche Öffentlichkeit dezidiert ablehnend. Sie hatte sich mit der Nachkriegsordnung des weltmächtlichen Duopols arrangiert und verlangte Gleichberechtigung mit den Mächten der zweiten Reihe[93]. Genau diese Rangfolge stellte Frankreich aber in Frage.

Aktuell verschärfend wirkten sich nun zwei Probleme aus, welche die deutsch-französischen Beziehungen seit Monaten latent belasteten: die Frage der Stationierungskosten für die französischen Soldaten in der Bundesrepublik[94] und die beiderseitige Rüstungskooperation. Aus der Sicht der Bundesrepublik sollte die Zahlungen für die französischen Truppen, die 1957 noch in einer Höhe von 225 Millionen DM geflossen waren, künftig entfallen[95]. Frankreich wollte sich aber darauf nicht einlassen und brachte das leidige Thema Ende September mit sattsam bekannten Argumenten, insbesondere der Saumseligkeit der deutschen Aufrüstung und der dadurch bedingten erhöhten Abhängigkeit der Deutschen von der Schutzfunktion ausländischer Truppen, erneut auf den Tisch. Das Auswärtige Amt wies die französische Darstellung nachdrücklich zurück, prüfte allerdings die Möglichkeit einer Devisenhilfe an Frankreich, „wenn dies möglichst wenig mit den Stationierungskosten zu tun habe". Konkret dachte man an die noch nicht abgeschlossenen Konsultationen über den Ankauf des französischen Abfangjägers „Mirage" sowie an die Benutzung französischer Truppenübungsplätze und anderer militärischer Einrichtungen durch deutsche Soldaten[96].

Entgegen der vom Auswärtigen Amt genährten Hoffnung sprach sich der Verteidigungsminister indes aus Verärgerung über die französische Sistierung der trilateralen Nuklearkooperation nicht nur für die Bestellung des amerikanischen Konkurrenzproduktes „Starfighter F 104" aus, sondern ordnete auch noch die Einstellung sämtlicher Beratungen über den Ankauf französischer Rüstungsgüter an[97]. Immerhin hatte die Ermekeilstraße in Frankreich Materialien für rund 500 Millionen DM bestellt, von denen allein 230 Millionen DM auf einen Schützenpanzerwagen der Firma Hotchkiss-Brandt entfielen. Darüber hinaus schwebten Vertragsverhandlungen über etwa 260 Millionen DM[98].

[91] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 137–141, Tb. 24. 10. 1958; Blankenhorn, Verständnis, S. 327–329, Tb. 24. 10. 1958; Chauvel an Couve de Murville, Tel. 3445/47, 25. 10. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 575f.; Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2454/62, 26. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 580; AdG 1958, S. 7359C.

[92] Zur intern festgelegten Sprachregelung der Bundesregierung vgl. ACDP, NL von Eckardt, I-010–019/4, Aufzeichnung, o.D., Vertraulich.

[93] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2454/62, 26. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 580.

[94] Vgl. Kap. IV.1.2.

[95] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Aufzeichnung des Referats 410 im AA, o.D.

[96] Ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung, 30. 9. 1958.

[97] S. Strauß, Erinnerungen, S. 315–317; Schmückle, Pauken, S. 205–214; Bulletin 1958, S. 1984; Bossuat, Armements, S. 612f.; Kocs, Autonomy, S. 76–78; Soutou, L'alliance incertaine, S. 141f.

[98] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", 31. 10. 1958; vgl. Bossuat, Armements, S. 611.

Die Bonner Entscheidung gegen die „Mirage" löste in Paris heftigen Wirbel aus. Strauß machte keinen Hehl daraus, daß für ihn die Rüstungszusammenarbeit mit Frankreich stieg und fiel mit der Reaktivierung des nuklearpolitischen Teils des November-Protokolls von 1957[99]. Die aber kam für de Gaulle nicht in Frage. Als sich Bonn den Pariser Monita am Beschluß des Bundesverteidigungsministers unzugänglich zeigte, konterte der General und warf erneut die Frage der Stationierungskosten auf[100]. Da ein Kompensationsgeschäft im Rüstungsbereich vorläufig unmöglich schien, dachte die Bundesregierung vornehmlich an einen Finanzausgleich durch Wirtschaftshilfe[101]. Damit wollte sich Frankreich aber nicht begnügen. Als Reaktion deuteten sich „Schwankungen" bei einzelnen Rüstungsprojekten an, die insbesondere den Bereich der angewandten Kernphysik und der Waffenballistik in Mitleidenschaft zogen. Besonders betroffen war das deutsch-französische Abkommen über das Forschungsinstitut Saint-Louis vom 31. 3., mit dessen Billigung durch den Bundestag für Anfang Dezember gerechnet wurde[102], wohingegen die französische Ratifizierung völlig ungewiß war[103].

An einer tiefgreifenden Verschlechterung der Beziehungen hatten beide Regierungen angesichts der deutschlandpolitischen Offensive der Sowjetunion und des tobenden Algerienkrieges[104] oder des eskalierenden Konfliktes mit den Briten um die europäische Freihandelszone[105] aber kein Interesse. Als sich mit den Briefen von Eisenhower und Macmillan abzeichnete, daß die Angelsachsen mit dem Kern seiner sicherheitspolitischen Vorstellungen nicht einverstanden waren, drehte de Gaulle bei, ließ Adenauer sein brisantes Memorandum aushändigen[106] und kündigte am 27. 10. schriftlich an, ihn durch Seydoux über die Angelegenheit detailliert zu unterrichten[107]. Einflußreiche französische Militärs sprachen sich gegenüber dem Verteidigungsministerium sogar dafür aus, die ehedem vorgesehene Rüstungskooperation im Nuklearbereich vorerst auf den Bau der Isotopentrennanlage zu beschränken und das Problem der Waffenproduktion zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden[108].

Adenauer nutzte nur einen Tag später die Gelegenheit eines Besuchs von Joxe in Bonn, um schon jetzt seinen Standpunkt zur NATO-Reform darzulegen. Pikiert stellte er noch einmal klar, von de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises nicht über den Plan eines Dreierdirektoriums informiert worden zu sein. Ein solches Gremium sei für Frankreich wie für die Bundesrepublik mit großen Risiken behaftet: Paris müsse sich der Übermacht der Angelsachsen erwehren und Bonn sich mit dem Diskriminierungsvorwurf der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Als Joxe

[99] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 138; Kap. IV.4.3.
[100] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2454/62, 26. 10. 1958, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 578–580.
[101] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Aufzeichnung des Referats 410 im AA, o.D.; ebd., Aufzeichnung Schlitter, 22. 10. 1958.
[102] S. Bundestagsdebatte, 6. 11. 1958, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 2727.
[103] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 22–26, Aufzeichnung des Referats 406 im AA, o.D.
[104] Vgl. Kap. V.1.2.
[105] Vgl. Kap. V.2.1.
[106] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 137–141, Tb. 24. 10. 1958; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 327, Tb. 24. 10. 1958.
[107] S. de Gaulle an Adenauer, 27. 10. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 123f.
[108] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 138f.

ihm die Motive de Gaulles bei der Abfassung des Memorandums darlegte, warnte Adenauer vor der Gefahr eines von den Europäern provozierten Rückzugs der Amerikaner aus Europa und verlangte, unter allen Umständen konsultiert zu werden[109].

Der Kanzler beruhigte sich nun mit der irrigen Auffassung, der General habe die Entwicklung der letzten Jahre „noch nicht voll überschaut": politisch, weil die Bundesrepublik sich nicht mehr zurücksetzen ließ, militärisch, weil der Besitz der Atombombe keineswegs ausreichte, um machtpolitisch mit den USA gleichzuziehen. De Gaulle müsse sich halt noch einarbeiten und werde dann gewiß erkennen, daß der von ihm vorgeschlagene Weg „ungangbar" sei[110]. Adenauer fühlte sich sogar stark genug, um Joxes Klagen über das Verdikt von Strauß gegen die „Mirage" mit einem bedauernden Achselzucken zur Kenntnis zu nehmen. Als der Franzose die Bundesregierung aufforderte, das Thema offenzuhalten, solange die technischen Fragen noch nicht vollständig geklärt seien, verwies der Kanzler ihn kurzerhand an den Verteidigungsminister. Natürlich wußte er, daß der Beschluß der Ermekeilstraße nicht mehr zu revidieren war[111].

Noch mehr als Joxe legte Seydoux sein Exposé am 31. 10. im Palais Schaumburg auf Verständigung an und versuchte Adenauer vor Augen zu führen, daß es doch auch im Interesse der Bundesrepublik sei, wenn der Kontinent dank Frankreich an der globalen Politik und Strategie teilhabe. Um den Diskriminierungsvorwurf aus der Welt zu schaffen, wies der Botschafter auf die sehr intimen Beziehungen der beiden Nachbarn, durch die die Bundesrepublik eng mit der französischen Aktion verbunden werde. Doch alle schönen Worte konnten den Haken am französischen Konzept nicht wegreden: De Gaulle dachte nicht daran, Adenauer in das Direktorium mit aufzunehmen. Den französischen Führungsanspruch wollte der Kanzler indes nicht hinnehmen. Die Suez-Krise, so rief er dem Botschafter in Erinnerung, habe doch in bedrückender Weise gezeigt, daß sich die Amerikaner nicht festlegen ließen, auch nicht im Triumvirat. Nur die öffentliche Meinung der Partner und eine konzertierte Aktion der NATO seien dazu in der Lage, sie zu beeinflussen. Gerade Deutsche und Franzosen könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Gewiß sei die Bundesrepublik keine große Militärmacht, besitze aber ein beachtliches wirtschaftliches und finanzielles Gewicht[112]. Mit kaum verhüllter Ironie ließ Adenauer de Gaulle schließlich ausrichten, er möge sich mit seiner Initiative nicht blamieren[113].

Wenngleich sich der Bonner Regierungschef bemüht hatte, seine ablehnende Haltung gegenüber dem Memorandum des Generals vor allem mit internationalen Faktoren zu erklären, wurde der Pariser Botschafter doch das Gefühl nicht

[109] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2483/88, 28. 10. 1958, Très secret, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 590f.; Köhler, Adenauer, S. 1009.

[110] BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b, Bl. 21, von Etzdorf an Washington, FS 1467 Plurex, 24. 11. 1958, Geheim; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 462.

[111] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2489/500, 28. 10. 1958, Réservé, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 594–597; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 463.

[112] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2536/54, 31. 10. 1958, Très secret, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 610–613; Seydoux, Erinnerungen, S. 213f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 462.

[113] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 2563/67, 1. 11. 1958, Très secret, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 616f.

los, Adenauers Position sei durch die simple Angst bestimmt, daß die Bundesrepublik im Falle eines Erfolgs von de Gaulle einen niedrigeren Rang als Frankreich einnähme[114]. Wie dem auch sei, aus der Sicht der Bundesregierung gab es nach den Präzisierungen des französischen Spitzendiplomaten keinen Grund, von der bisherigen Position abzuweichen. Gewiß, de Gaulle hatte die Unzulänglichkeit der Atlantischen Allianz im Blick. Er glaubte aber vor allem, einen Anspruch auf einen dem Selbstverständnis Frankreichs entsprechenden Rang in der Welt zu besitzen und die Führungsebene in der NATO gemäß der französischen Verfassungsänderung straffen zu müssen. Das ihm zugewiesene zentrale Ziel einer Vorherrschaft der drei Westmächte analog der angelsächsischen Position im Zweiten Weltkrieg galt aus deutscher Sicht aber als anachronistisch und machtpolitisch unfundiert. Frankreich besaß nicht das Potential, eine solche Rolle auszufüllen. „Die Durchsetzung des französischen Plans", so hieß es im Auswärtigen Amt, „würde wohl der Befriedigung französischen Ehrgeizes, nicht aber der Stärkung unserer Allianz dienen." Denn diese Stärke beruhe auf der Achtung vor der Gleichberechtigung ihrer Mitglieder. Die Bundesregierung hatte nichts gegen Konsultationen im kleinen Kreis, wohl aber etwas gegen eine „einheitliche Befehlsgewalt der Drei". Um den französischen Forderungen entgegenzukommen, dachte sie auf Anregung des Bundesverteidigungsministeriums daran, Frankreich den Vorschlag zu unterbreiten, der Standing Group in Washington einen Generalstab beizugeben, die Luftverteidigung des NATO-Raumes einem zentralen Oberbefehlshaber zu unterstellen und die See- und Luftstreitkräfte in den verschiedenen Befehlsbereichen in jeweils einer Hand zu vereinigen[115].

Eher zugeknöpft agierte Bonn hinsichtlich der von Paris noch immer nicht aufgegebenen Hoffnung, die „Mirage III" doch noch verkaufen zu können. Ganz bewußt hatten die Franzosen die Entscheidung von Strauß als – noch nicht endgültigen – politischen Willensakt zugunsten der rüstungstechnischen Zusammenarbeit mit den USA dargestellt[116]. Anfang November zerstörte der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages ihren Optimismus und gab sein Plazet zum Dekret des Ministeriums[117]. Beiden Regierungen ging es nunmehr vornehmlich darum, Ersatz für die Frankreich entgangenen 250 Millionen DM zu beschaffen[118]. Wie Strauß in einer eingehenden Unterredung mit deutschen und französischen Diplomaten in Paris Mitte November darlegte, war die bilaterale Rüstungszusammenarbeit insgesamt durchaus auf gutem Wege. Die Bundesregierung hatte Aufträge in einer Höhe von 520 Millionen Mark vergeben; über weitere 390 Millionen Mark liefen Verhandlungen mit guter Aussicht auf Abschluß. Sie bezog 1800 Hotchkiss-Panzer und hatte soeben einen Vertrag über die gemeinsame Entwicklung eines Prototyps für einen Standard-Panzer von 30 Tonnen unterzeichnet[119], wobei Bonn seine Zustimmung zu diesem Vorhaben vom uneingeschränk-

[114] S. ebd.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 462.
[115] BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b, Bl. 37–41, Aufzeichnung von Etzdorf, 301-83-03/1199/58, 23. 11. 1958, Geheim.
[116] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 228, von Rosenthal an BMVg Fü B II 4, Mil. Az. 04-10-05 FRA, 13. 11. 1958.
[117] S. Bulletin 1958, S. 2069 u. 2341.
[118] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 22–26, Aufzeichnung des Referats 406 im AA, o.D.
[119] S. ebd., Bd. 92b, Bl. 76–77, 79–84, Unterredung bei Botschafter Blankenhorn vom 19. 11. 1958,

ten und unentgeltlichen Nachbaurecht abhängig machte[120]. Darüber hinaus war die zweiseitige Konzeption eines schweren Hubschraubers sowie des „Atar Volant" beschlossen. Außerdem erklärte sich Strauß bereit, auf die Einführung der amerikanischen „Nike"-Raketen zu verzichten. Als er dann den Vorschlag unterbreitete, eine gemeinsame Weiterentwicklung der „Mirage" auf der Basis eines amerikanischen Flugzeugs ins Auge zu fassen, verhielten sich die Franzosen rezeptiv. Seine Anregung zum beiderseitigen Bau eines Atom-U-Bootes, mit dem er offenbar erneut den Fuß in die Tür der Nuklearkooperation setzen wollte, stieß bei seinen Gesprächspartnern auf Ablehnung. „Ziel der französischen Politik", so lautete ihre Begründung, „sei es, gleichzeitig die französisch-deutsche Zusammenarbeit so vollständig wie möglich zu gestalten und die Lösung der großen Fragen wie Wiedervereinigung nicht zu kompromittieren." Das Zusammenwirken auf dem Gebiet der Atomwaffen müsse daher „besser der Zukunft vorbehalte[n]" bleiben. Strauß zeigte zwar Verständnis für die französischen Bedenken, machte aber geltend, daß der von de Gaulle nun angestrebte „Alleingang" ihm ebenso wenig passe wie die brüskierende Form der Sistierung vom Juli. Frankreich könne nicht so tun, als ob der heikle Punkt der Nuklearkooperation nur irrtümlich in das Protokoll vom April gekommen sei. Notwendig sei nun eine offene Aussprache über diesen Punkt und dann die Suche nach einer neuen Lösung[121].

Anders als vom Auswärtigen Amt und vom Bundesverteidigungsministerium geplant, sprach Adenauer diese Fragen bei de Gaulles Besuch in Bad Kreuznach am 26. 11. nicht an. Die Krise bei den FHZ-Verhandlungen und das sowjetische Berlin-Ultimatum hatten die vorgesehene Tagesordnung stark verändert[122]. Auch die NATO-Reform, von de Gaulle ursprünglich als Hauptthema geplant[123], rückte in den Hintergrund. Die Angelegenheit war aber Adenauer viel zu wichtig, als daß er sie nicht berührt hätte. Die USA, so stellte er im Vieraugengespräch rundweg klar, akzeptierten keine Konsultationen, wenn es sich um vitale Interessen handele – mit niemandem. Gewiß seien dreiseitige Beratungen notwendig, doch Frankreich sei gut beraten, sie nicht prinzipiell einzufordern. Wieder einmal sorgte sich der Kanzler um den Isolationismus der Amerikaner. Wenn sie sich vom Kontinent zurückzögen, sei Europa verloren. Seinen Gast erreichte er mit diesen Warnungen nicht. Frankreich stehe den USA zur Seite, wenn Rußland drohe, meinte de Gaulle lapidar, aber es mißtraue der amerikanischen Politik. Amerika, das sei eine andere Welt, Deutschland und Frankreich stünden viel näher zueinan-

20. 11. 1958, im Auszug, in: BDFD I, S. 790. Der Vertrag vom 27. 10. blieb folgenlos. Beide Staaten entwickelten ab 1961 eigene Panzer, und zwar den AMX 30 bzw. Leopard 1 (Bossuat, Armements, S. 611).

120 S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", o.D.

121 BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b, Bl. 76–84, Unterredung bei Botschafter Blankenhorn vom 19. 11. 1958, 20. 11. 1958, im Auszug, in: BDFD I, S. 790–794, hier S. 793 u. 794; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 21, Unterredung zwischen van Scherpenberg und Couve de Murville vom 19. 11. 1958; Soutou, L'alliance incertaine, S. 141. Zum Gesamtvolumen der deutsch-französischen Rüstungskooperation vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 27–32, „Gemeinsame deutsch-französische Forschungs- und Entwicklungsarbeiten", o.D.; ebd., Bl. 22–26, Aufzeichnung des Referats 406 im AA, o.D.

122 Vgl. Kap. V.1.2 u. V.2.1.

123 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 18f., Unterredung zwischen van Scherpenberg und Couve de Murville vom 19. 11. 1958.

der als zu den USA. Die Atlantische Allianz diene der politischen und militärischen Führung der Amerikaner, sie seien jedoch nicht zur Führung der Welt bestimmt. Sie trieben ihr eigenes Spiel, sonst nichts. Entweder akzeptiere Eisenhower die Konsultation mit ihm, oder er ziehe sich allmählich aus der NATO zurück. Je weiter Frankreich seine moralische Gesundung vorantreibe, desto mehr wünsche es eine nationale Verteidigung. Nur aufgrund der nationalen Stärke, die ihm aus seiner Unabhängigkeit und Größe erwachse, könne Frankreich solidarisch handeln. Dies bedeute nicht, daß es keine Allianzen wünsche, aber die Bündnisse müßten auf Kooperation und nicht auf Integration beruhen. Adenauer versagte sich auf diese beißende Philippika gegen die westliche Führungsmacht eine Replik. Beide Staatsmänner hatten ihre Positionen ausgetauscht, eine Debatte, gar ein Streitgespräch war unerwünscht[124]. Im Kommuniqué fehlten denn auch bezeichnenderweise die noch im Entwurf vorhandenen Hinweise auf die Diskussion des französischen Memorandums und damit auch auf die Übereinstimmung, alle Vorschläge im NATO-Rat erörtern zu wollen[125].

„France has to reserve its right to ‚denounce' NATO or seek a revision of the treaty"

In de Gaulles Position machte sich also eine erhebliche Verhärtung bemerkbar, obwohl Eisenhower sich mittlerweile bereit erklärt hatte, in die trilateralen Konsultationen einzusteigen. Eine Unterhaltung zwischen Alphand und Dulles Ende Oktober gab dazu den Ausschlag. Der General, so hatte der Botschafter dem Außenminister am 31. 10. dargelegt, strebe keine geographische Ausdehnung der NATO-Verantwortung an, sondern dreiseitige strategische Militärplanungen unter Einbeziehung Afrikas und des Nahen Ostens sowie politische Planungen ohne direkte Beteiligung anderer NATO-Staaten. Es gehe ihn um eine effektivere Konsultation zwischen den drei Staaten, die außereuropäische Verantwortung trügen und Atommächte seien bzw. in naher Zukunft würden. Frankreich werde diese Fragen mit Deutschland und Italien nicht in derselben Weise besprechen wie mit den USA und Großbritannien. Wenn notwendig könnten die Entscheidungen dem NATO-Rat zur Kenntnis gebracht werden. Im Kern aber ziele der General auf geheime Vereinbarungen über Gebiete außerhalb der NATO. In den Augen von Dulles stellten sich die Absichten Frankreichs damit in einem ganz neuen Licht dar. Indem de Gaulle das institutionelle Gebäude der NATO verließ, sah Dulles den trilateralen Rahmen als gerechtfertigt und stimmte den dreiseitigen Konsultationen zu[126].

In Paris zeigte man sich verständlicherweise erfreut über das Washingtoner Angebot. Da man keine raschen Ergebnisse erwartete, instruierte Couve de Murville

[124] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 26. 11. 1958, Très secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 757f.; Unterredung zwischen dens. vom 26. 11. 1958, in: ebd., S. 759–763; Linsel, Charles de Gaulle, S. 158f.; Kap. V.1.2 u. V.2.1.

[125] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010–019/4, Entwurf des Kommuniqués zur Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 26. 11. 1958; Kommuniqué zur Unterredung zwischen dens. vom 26. 11. 1958, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 140f.

[126] S. Dulles an Paris, Tel. 1594, 31. 10. 1958, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 113–115; DDF 1958, Bd. 2, S. 620, Anm. 2.

Alphand Anfang November, in den ersten Gesprächsrunden vor allem die eigene Ausgangslage mit Härte zu vertreten. Die politischen Konsultationen sollten zu gemeinsamen Entscheidungen führen, ohne die nationale Verantwortung zu beschneiden. Militärisch wolle Frankreich die globale Strategie des Westens, die letztlich eine amerikanische sei, ersetzt und seine eigene Stellung in der NATO aufgewertet sehen. Dazu schloß der Außenminister eine Revision des NATO-Vertrags nicht aus[127].

Gegenüber seinem britischen Kollegen Lloyd unterstrich Couve de Murville am 6. 11., de Gaulle plane nicht die Schaffung eines neuen Gremiums, sondern wünsche die bereits im Bereich der Abrüstung oder der Deutschlandfrage bestehende organisierte Konsultation auf andere gemeinsame Interessenfelder auszudehnen. Ziel müsse die Erarbeitung einer einvernehmlichen Position sein, ohne sie den übrigen NATO-Staaten zu oktroyieren. Freilich könne davon ausgegangen werden, daß die Partner folgten, wenn die Drei dieselbe Haltung einnähmen. Beide Minister verständigten sich auf den Beginn dreiseitiger Beratungen, wobei Lloyd dringend dazu riet, den Faktor der strategischen Planungen und den institutionellen Aspekt öffentlich möglichst unterzubelichten, und Couve de Murville die Hoffnung aussprach, eine Diskussion der französischen Überlegungen im NATO-Ministerrat verhindern zu können[128].

Es dauerte noch einmal vier Wochen, bis die drei Mächte am 4. 12. ihre informellen Gespräche über de Gaulles Triumviratsvorschlag aufnahmen. Der Teilnehmerkreis war von seiten der Angelsachsen nicht eben hochrangig besetzt. Neben Alphand saßen der Deputy Under Secretary of State, Murphy, und der englische Geschäftsträger Hood am Tisch. Daß ausgerechnet Murphy die amerikanischen Farben vertrat, kam beinahe einem Affront gleich, galt er doch als „de Gaulle's wartime nemesis"[129], der außerdem mit seiner Vermittlungsaktion nach der Bombardierung von Sakhiet Sidi Yussef im Frühjahr 1958 zum Sturz der Regierung Gaillard beigetragen hatte[130].

Der Auftakt begann nicht gerade verheißungsvoll. Alphand bat mit der Begründung, man bespreche keine NATO-Angelegenheiten, um Stillschweigen gegenüber der Allianz. Murphy und Hood mochten sich dem Gesuch jedoch nicht anschließen und verhinderten eine Entscheidung. Alphand legte dann in langen Ausführungen Beweggründe und Zielsetzungen der Pläne seiner Regierung dar, die im Kern auf „a system of organized consultation with a regular schedule" hinausliefen. Off the record bezeichnete er als seine persönliche Auffassung, de Gaulle wünsche, mit Eisenhower und Macmillan ein Verhältnis zu entwickeln, wie Roosevelt, Churchill und Stalin es im Zweiten Weltkrieg gepflegt hätten. Über die Form der Zusammenarbeit ließ er sich nicht weiter aus, zumal die Gesprächspartner keine Institutionalisierung wünschten. Murphy behauptete ziem-

[127] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 11795/800, 3. 11. 1958, Réservé, Sans distribution, in: ebd., S. 620f.

[128] S. Unterredung zwischen dems. und Lloyd vom 6. 11. 1958, Secret, Personal, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 116f.; Unterredung zwischen Joxe und Herter vom 20. 11. 1958, Confidential, in: ebd., S. 119–121; BA, NL Blankenhorn, Bd. 94, Bl. 18f., Unterredung zwischen van Scherpenberg und Couve de Murville vom 19. 11. 1958.

[129] Costigliola, France, S. 125.

[130] Vgl. Kap. IV.1.4.

lich eindeutig, de Gaulle gehe es gar nicht um Konsultation, sondern darum, „to set up common policies and common programs of action". Hood äußerte den Verdacht, der General ziele auf militärische Planungen, die weit über seine (Hoods) Kompetenz hinausreichten. Er hoffe nur, daß nicht mit dem NATO-Vertrag gespielt werde. Doch Alphand ließ sich nicht einschüchtern und hielt ganz im Sinne der ihm erteilten Instruktionen dagegen. Wenn die Gemeinschaft sich nicht in der gewünschten Weise ändere, werde seine Regierung ihr Interesse an der NATO einfrieren. „In short, France has to reserve its right to ‚denounce' NATO or seek a revision of the treaty." Es könne doch nicht in Frankreichs Interesse sein, die NATO zu zerstören, fuhr Hood ihn daraufhin an, und Murphy wetterte, Paris werfe zwei völlig verschiedene Dinge in einen Topf – das Triumvirat und die Vertragsrevision. Alphand wehrte sich. Frankreich wolle die Stärkung der westlichen Verteidigung. Die NATO sei dazu nicht in der Lage. Wenn die trilaterale Organisation nicht ohne eine Revision des Washingtoner Abkommens geschaffen werden könne, müsse es eben geändert werden[131].

Auf der Basis einer Weisung de Gaulles beauftragte das Außenministerium den Botschafter wenige Tage später, mit den Partnern zunächst zwei prinzipielle Fragen zu klären. Könne man ein Aktionsprogramm hinsichtlich der globalen Probleme aufstellen, und seien die drei Mächte im Fall eines militärischen Konfliktes bereit, sich auf eine gemeinsame Strategie insbesondere beim Einsatz von Nuklearwaffen zu einigen? Nach einem positiven Bescheid wollte der General über Organisationsform und Ausdehnung des NATO-Einsatzgebietes entscheiden[132]. Da sich Murphy und der britische Botschafter Caccia bei der nächsten Unterredung am 10. 12. nicht zur Beantwortung in der Lage sahen, stagnierten die Konsultationen. Ein weiteres Treffen wurde nicht fixiert, da die Angelsachsen die Diskussion zunächst am Rande der NATO-Ratskonferenz auf höchster Ebene fortzusetzen gedachten[133].

Dulles war nach dieser Runde aufs höchste alarmiert. De Gaulle entwickelte sich in seinen Augen „increasingly troublesome", und auch Eisenhower hielt ihn zu den unmöglichsten Aktionen für fähig[134]. Vorsicht war um so mehr geboten, als der General sich durch das jüngste Verhalten der Amerikaner in der UNO hinsichtlich der Algerien- und der Guineafrage wieder einmal darin bestätigt sehen konnte, daß es den USA an Solidaritätsbewußtsein mangelte[135]. Als der

[131] Unterredung zwischen Alphand, Hood und Murphy vom 4. 12. 1958, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 128–137, hier S. 133, 135 u. 136; s.a. Alphand an Couve de Murville, Tel. 6980/7007, 4. 12. 1958, Secret, Priorité, Diffusion restreinte, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 802–808; Bozo, Stratégies, S. 42.

[132] S. de Gaulle an Alphand, Aufzeichnung, 10. 12. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 147f.; DDF 1958, Bd. 2, S. 833, Anm. 3.

[133] S. Unterredung zwischen Alphand, Caccia und Murphy vom 10. 12. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 138–144; ders. an Couve de Murville, Tel. 7105/20, 10. 12. 1958, Immédiat, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 833–836.

[134] Unterredung zwischen Dulles und Eisenhower vom 12. 12. 1958, Top secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 145.

[135] Obwohl Frankreich der UNO das Recht zur Debatte der Algerienfrage absprach, kam es auf Antrag asiatischer und afrikanischer Staaten im Dezember zu einer Aussprache und zur Abstimmung einer proalgerischen Resolution, bei der die USA sich der Stimme enthielten (Aufzeichnung der Französischen Delegation bei der UNO, 13. 12. 1958, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 858–866; AdG 1958, S. 7441B); vgl. Kap. V.1.4.

amerikanische Außenminister dem präsumtiven französischen Staatspräsidenten am 15. 12. die Aufwartung machte, ließ de Gaulle keinen Zweifel an seiner Verdrossenheit über die Atlantische Allianz und verlangte erneut „pourparlers organiques" und „a common strategic understanding". Frankreich könne es nicht hinnehmen, daß ein Atomkrieg ausbreche, ohne daß man von den Verbündeten konsultiert worden sei. Die NATO entsprach seiner Meinung nach nicht mehr den Zeitverhältnissen, weil sie Frankreichs Wiedererstarken und seine Fähigkeit zur Übernahme einer größeren Rolle in der Welt nicht genügend berücksichtigte. Wenn nun gegen die dreiseitige Konsultation das Argument ins Feld geführt werde, sie provoziere ähnliche Ansprüche anderer Staaten, so sähe er in Wirklichkeit nur einen einzigen – die Bundesrepublik. Ihr aber sprach er das Recht zur vollen Mitbestimmung schlichtweg ab, sei sie doch geteilt, ohne Grenzen, nicht völlig souverän und ohne außereuropäische Interessen. Wie Frankreich zu verfahren gedachte, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden, darüber ließ der General den Minister nicht im unklaren: Man werde die NATO nicht zerstören, aber auch nicht mehr zu ihrem Funktionieren beitragen. Dulles sprach sich daraufhin für die Ausweitung der Konsultation in der Atlantischen Allianz, aber dezidiert gegen eine formelle und organische Institutionalisierung aus[136]. Zwei Tage später schlug er Couve de Murville vor, nach dem Jahreswechsel in den dreiseitigen Besprechungen die verschiedenen globalen Konfliktzonen einzeln zu untersuchen[137]. Enttäuscht berichtete er Eisenhower von seinem „most unsatisfactory meeting" mit de Gaulle[138] und schürte damit noch die Wut des amerikanischen Präsidenten über seinen französischen Kollegen. Die ganze Welt, so warf er de Gaulle in einem Schreiben an Dulles vor, wolle er mit einigen Partnern kontrollieren, obwohl er nicht einmal in der Lage sei, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen[139].

Während das Erreichte in Paris durchaus als bescheidener Erfolg gefeiert wurde[140], beobachtete man in Bonn hingegen mit ohnmächtigem Entsetzen, wie der westliche Nachbar mit Weltmachtallüren der Bundesrepublik die Gleichberechtigung streitig machte und die Nordatlantische Allianz in ihren Festen erschütterte. Nicht, daß Adenauer das westliche Sicherheitssystem ohne Fehl und Tadel fand – im Gegenteil. Nur, am Ende seines Schadensberichtes zur Lage der NATO stand anders als bei de Gaulle kein kategorisches Entweder-Oder, kein Infragestellen der Gemeinschaft, sondern ein vermittelndes Sowohl-als-auch, also der Auftrag, die Gewichte neu zu verteilen, das Bündnis zu reformieren, aber ihm um Gottes Willen bloß nicht die Gefolgschaft aufzukündigen. Anders als Frankreich konnte sich der Frontstaat Bundesrepublik eben nicht hinter dem Rücken eines Nachbarn verstecken. Da die Gunst der geographischen Lage dem Hexagon

[136] Unterredung zwischen de Gaulle und Dulles vom 15. 12. 1958, USDel/MC/15, Secret, Limited Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 146–153, hier S. 149, auch in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 46–58.

[137] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Dulles vom 17. 12. 1958, Secret, in: DDF 1958, Bd. 2, S. 893 f.

[138] Dulles an Dep. of State, Tel. Dulte 2, 15. 12. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 154 f., hier S. 154.

[139] S. Eisenhower an Dulles, 16. 12. 1958, im Auszug in: ebd., S. 155, Anm. 5.

[140] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 294, Tb. 3. 1. 1959.

im Zeitalter der Interkontinentalwaffen indes militärisch nur bedingten Schutz gewährte und de Gaulle stets betonte, im Konfliktfall an der Seite der Allianz zu stehen, wirkte seine Politik auf die Verbündeten wie ein gigantischer Machtpoker mit egomanischen, realitätsfremden Zügen. Anstatt in konkrete Verhandlungen über die Forderungen des Generals einzutreten, setzten sie ihre Hoffnung auf die „mäßigend[e] und bremsend[e]" Einflußnahme seiner Entourage und erlagen damit dem fatalen Irrtum, de Gaulles Berater könnten ihn von seinen „Extratouren"[141] und „rather extreme views" abbringen[142].

[141] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 189, Blankenhorn an AA, Pol 204–83.00 4869/58, 28. 11. 1958.
[142] Dulles an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Dulte 5, 17. 12. 1958, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 398f., hier S. 399.

V.3.2 Ausbau der NATO zur Vierten Atommacht? 1959/60

„Il faut réorganiser l'Alliance atlantique sur la base de la coopération et non de l'intégration"

Es war kaum zu erwarten, daß Charles de Gaulle nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten und den Frankreichs Reputation zweifellos stärkenden tiefgreifenden wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Jahreswechsels 1958/59[1] seine globalen Ziele zurücknehmen würde. Daß mit Michel Debré jetzt „kein Freund des Atlantischen Bündnisses" ins Matignon einzog[2], verhieß für die westliche Sicherheitsgemeinschaft nichts Gutes, auch wenn man in Rechnung stellt, daß die Handlungsmarge des Premierministers in der Verteidigungspolitik zwar groß, seine Entscheidungsfreiheit aber schwach war. Des Präsidenten „domaine réservé" blieb stets erhalten. Das Verhältnis zwischen dem Chef im Elysée und dem im Matignon kann daher zurecht mit dem eines „général commandant des forces et son chef d'état-major"[3] verglichen werden.

Ganz im Sinne seines Mentors klagte der Premierminister in seiner ersten Regierungserklärung am 15. 1. unter dem starken Beifall der Abgeordneten von den Verbündeten Gleichberechtigung und Solidarität insbesondere in Algerien ein. Aufgabe der Atlantischen Allianz, so Debré, sei die Herstellung eines friedlichen Gleichgewichts in der Welt[4]. Die Zuhörer fühlten sich an de Gaulles Ansprache zur Nation im Juni 1958 erinnert. Frankreich wollte den Preis seiner Zugehörigkeit zur Allianz selbst bestimmen und sich auf keinen Fall durch sie fesseln lassen[5].

Die unverhüllten französischen Drohungen mit dem Austritt aus der NATO Mitte Dezember hatten die USA dazu veranlaßt, den abgerissenen trilateralen Gesprächsfaden nach dem Jahreswechsel wiederaufzunehmen. Ohne große Begeisterung billigte de Gaulle ihren Vorschlag, die Konsultationen auf einzelne Konfliktregionen - zunächst den Fernen Osten – zu konzentrieren und die Frage des institutionellen Rahmens in den Hintergrund zu stellen. Im Gegenzug verlangte er aber die parallele Aufnahme von strategischen Planungen für den Kriegsfall etwa in Nordafrika oder im Mittleren Osten. Dies wurde jedoch weder von den USA noch vom NATO-Oberbefehlshaber gewünscht[6].

Schon bald stellte sich heraus, daß die politischen Beratungen für die Franzosen nur einen Aufgalopp bedeuteten. Wirklich zentral war für sie die Mitsprache an der Ausarbeitung einer globalen Strategie und an der Entscheidung über den Nuklearkrieg, die sie über eine mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattete Standing

[1] Vgl. Kap. V.1.2 u. V.2.1.

[2] BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 269–271, Blankenhorn an Adenauer, 7. 1. 1959; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 341 f., Tb. 7. 1. 1959.

[3] Fourquet, Rapports, S. 196; vgl. Messmer, Rapports, S. 185–189.

[4] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 15. 1. 1959, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1958, Bd. 4, S. 29.

[5] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Carstens an von Brentano, Aufzeichnung 204–81.00/2/94.07, 17. 1. 1959; vgl. Kap. V.3.1.

[6] S. Unterredung zwischen Dulles und Alphand vom 7. 1. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 156–159; Unterredung zwischen dens. vom 9. 1. 1959, Secret, in: ebd., S. 160–162 mit Anm. 2; Alphand an Couve de Murville, Tel. 106/44, 7. 1. 1959, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 25–27; Alphand, L'étonnement d'être, S. 295, Tb. 8. 1. 1959.

Group der NATO zu erreichen gedachten. Darüber hinaus ging es dem General um die radikale Umgestaltung der Seestreitkräfte im westlichen Mittelmeer mit dem Ziel, die dort stationierte integrierte französische Marine analog zu den angelsächsischen Flotten wieder unter ein nationales Kommando zu stellen. Dabei schreckte er auch nicht davor zurück, wieder einmal mit einer Revision seiner atlantischen Politik zu drohen: „S'il n'intervient pas, nous devons entièrement réserver notre liberté d'action."[7]

Am 22. 1. legte Alphand die Forderungen de Gaulles aufgrund neuer Instruktionen im State Department vor: Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung der globalen Strategie; Koordinierung der militärischen Schauplätze und des Einsatzes der Waffen durch ein französisches und britisches Mitglied der Standing Group sowie einen amerikanischen Offizier; Änderung der Kommandostruktur bei der Mittelmeerflotte. Die Reaktion von Dulles fiel nicht gerade ermutigend aus. Für die französischen Mittelmeerstreitkräfte fühlte er sich nicht zuständig. Und von der gewünschten Einbeziehung von Militärs in die strategischen Diskussionen hielt er gar nichts. Darüber hinaus gab er Alphand zu verstehen, daß die USA in strategischen Fragen allenfalls dazu bereit seien, Frankreich zu informieren. Doch damit gab sich der Botschafter nicht zufrieden; es ging ihm nicht um Informationen, sondern um eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Natürlich, meinte der Außenminister ungerührt, bleibe es den Franzosen unbenommen, auf die Amerikaner einzuwirken, um bestimmte Entscheidungen zu verändern[8]. De Gaulle hatte offenbar nichts anderes erwartet. Er betrachtete das Gesprächsergebnis durchaus als Fortschritt, wenngleich das Ziel, die Wiederherstellung des alten „concert des puissances", das über Krieg und Frieden und den Einsatz der Atombombe entscheiden sollte, noch lange nicht erreicht war[9].

Am 3. 2. begann dann die erste Runde der eigentlichen trilateralen Unterredungen. Teilnehmer waren wie bei den Vorgesprächen im Dezember 1958 Alphand, Murphy und Caccia, wobei diesmal auch Offiziere am Tisch saßen[10]. Zwei Probleme standen im Mittelpunkt der Diskussionen: der französische Wunsch nach einem Dialog vor dem Einsatz von Nuklearwaffen und der Status der französischen Mittelmeerflotte. Gegenüber dem ersten Ansinnen präsentierten sich die Amerikaner völlig unzugänglich. Eine Abstimmung mit den Verbündeten oder gar ein Vetorecht gestanden sie niemandem zu. Allenfalls, so instruierte Dulles die Botschaft in Paris, sei man bereit, die NATO zu konsultieren, „if time permitted"[11].

[7] Couve de Murville an Alphand, Tel. 551/59, 18. 1. 1959, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 65–68, hier S. 68; s.a. Wall, Relations franco-américaines, S. 84.

[8] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 435/451, 23. 1. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 88–92; Unterredung zwischen dems. und Dulles vom 22. 1. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 164–166; Dulles an Eisenhower, Memorandum, 23. 1. 1959, Secret, in: ebd., T. 1, S. 408; Eisenhower an Dulles, 26. 1. 1959, Secret, in: ebd., S. 408 f.

[9] Alphand, L'étonnement d'être, S. 300 f., hier S. 300, Tb. 9. 2. 1959. Dieselbe Einschätzung wurde auch im State Department gehegt (Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 2. 5. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 206).

[10] S. Unterredung zwischen Murphy, Alphand und Caccia vom 3. 2. 1959, Secret, in: ebd., S. 169–172; Unterredung zwischen dems. vom 3. 2. 1959, Secret, in: ebd., S. 173–180; Berichte über die dreiseitigen Konsultationen vom 5.–7. 2. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 163–181; Bozo, Stratégies, S. 52.

[11] Dulles an Paris, Tel. 2609. 7. 2. 1959, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 172, Anm. 4.

Wesentlich konzilianter zeigte sich Washington hinsichtlich der Flottenfrage. Anläßlich einer Rundreise durch Europa sagte Dulles einige Tage später im Elysée sogar eine Neuverhandlung des Problems in der NATO zu, um eine Parität zwischen den amerikanischen und französischen Einheiten zu erreichen. Während de Gaulle diese Erklärung ausdrücklich begrüßte, äußerte sich Debré sehr kritisch und verlangte größere Handlungsfreiheit für die französische Kriegsmarine, weil man in Algerien ohne Solidarität der Verbündeten auskommen müsse[12]. Dulles nahm diese Töne offenbar nicht ernst, setzte auf den Präsidenten und glaubte daran, ihn doch noch stärker mit der NATO verbinden zu können. Als Adenauer ihm kurz darauf aus Sorge um den Bestand der Atlantischen Allianz eine baldige Verlängerung des NATO-Vertrags empfahl, wies der amerikanische Außenminister dies energisch zurück. Denn er wollte dem General kein neues Forum für Reformvorschläge bieten[13].

Kurz darauf mußte Dulles erkennen, daß des Kanzlers pessimistische Situationsanalyse eher den Tatsachen entsprach als sein Zweckoptimismus. Ende Februar sickerte nämlich durch, Frankreich beabsichtige, seine Mittelmeerflotte der NATO-Kontrolle zu entziehen[14]. „L'OTAN", so erklärte de Gaulle dem italienischen Ministerpräsidenten Segni wenig später diesen bereits am 7. 1. gefällten Beschluß, „ne couvre pas les responsabilités africaines de la France; c'est pour cela que la France est obligé de disposer de sa flotte."[15] Frankreich sah seine Beziehungen zu Algerien und zur Communauté im Fall eines militärischen Konfliktes nicht genügend gesichert, weil der französischen Flotte durch die NATO Aufgaben zugewiesen wurden, die damit nicht in Einklang zu bringen waren[16].

Prompt und unmißverständlich beantworteten die USA die Drohung mit der Gegendrohung, die trilateralen Erörterungen und die Ende Januar angelaufenen Verhandlungen über ein bilaterales Nuklearabkommen zu beenden[17]. Doch de Gaulle ließ sich weder davon noch von der Aufforderung Spaaks bekehren, „de rassembler l'Occident"[18]. Da der Fortgang der Flottenverhandlungen ergab, daß die Gleichstellung der französischen mit der amerikanischen Seestreitkraft im

[12] S. ders. an Eisenhower, mitgeteilt in: ders. an Dep. of State, Tel. Dulte 8, 6. 2. 1959, in französischer Übersetzung in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 68–71; im Auszug ohne Hinweis auf die kritische Äußerung Debrés in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 181f.

[13] S. Unterredung zwischen Dulles und Adenauer vom 8. 2. 1959, SVE/MC-15, in: ebd., Bd. 8, S. 348.

[14] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Spaak vom 28. 2. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 247f.; Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 2449, 2. 3. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 412.

[15] Unterredung zwischen de Gaulle und Segni vom 20. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 398–401, hier S. 401; zur Beschlußfassung vgl. Aufzeichnung der Generaldirektion Politik im MAE, 12. 8. 1959, in: ebd., Bd. 2, S. 169; Bozo, Stratégies, S. 59. Die Entscheidung fiel gegen den ausdrücklichen Willen des Generalstabschefs Ely (Amerikanische Botschaft Paris an Dep. of State, Tel. 3172, 3. 3. 1959, Secret, Priority, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 416).

[16] S. Unterredung zwischen Debré und Macmillan vom 13. 4. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 498–501.

[17] S. Alphand an Couve de Murville, Tel. 1211/18, 3. 3. 1959, Immédiat, Réservé, Diffusion restreinte, in: ebd., S. 259–261; Unterredung zwischen dems. und Herter vom 3. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 416–418; Herter an Eisenhower, Memorandum, 4. 3. 1959, Secret, in: ebd., S. 419f.; Unterredung zwischen Merchant und Alphand vom 3. 3. 1959, Confidential, in: ebd., T. 2, S. 182.

[18] Unterredung zwischen de Gaulle und Spaak vom 28. 2. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 247.

Mittelmeer Frankreich keine Handlungsfreiheit bot, teilte Paris dem NATO-Rat mit einer Verzögerung von zwei Tagen am 6. 3. mit, daß es die sogenannten „earmarked" Verbände, die nicht in die NATO integriert, sondern für den Einsatzfall reserviert waren, im Kriegsfall nicht der NATO unterstellen wolle[19]. Wenngleich die Amerikaner sich davor hüteten, jetzt einen diplomatischen Krieg zu entfesseln, ließen sie doch keinen Zweifel daran, wie wenig sie von der französischen Behauptung hielten, der Beschluß habe kaum Auswirkungen. Für sie bedeutete die Aktion vielmehr „a psychological blow at NATO" zur Unzeit[20].

Als de Gaulle am 4. 3. mit Adenauer in Marly-le-Roi zusammentraf, war der französische Teilrückzug aus der NATO offenbar kein Thema. Vielleicht hatte der General die ursprünglich für diesen Tag vorgesehene Botschaft an den NATO-Rat gerade deshalb hinausgezögert, um die Begegnung mit dem Kanzler nicht zu belasten. Was Adenauer von ihm hörte, war dennoch starker Tobak. Als der Kanzler die Atlantische Allianz zur Einheit und Standfestigkeit gegenüber der sowjetischen Herausforderung aufrief, meinte der Präsident trocken: Ob die Atlantische Allianz fortexistiere oder nicht, wichtiger sei, Frankreich und die Bundesrepublik stünden zusammen. Zwar besäßen sie nicht die Machtmittel wie andere Staaten, doch die Zukunft gehöre ihnen[21].

Frankreichs „Extratouren" konnten kaum Adenauers Billigung finden, wenngleich er dessen Verstimmung über die Ungleichgewichte in der Atlantischen Allianz durchaus teilte. Über das „NATO-Gefüge" nachzudenken, so meinte er im vertrauten Kreise des Bundesvorstands seiner Partei eine Woche später, da habe de Gaulle „völlig recht"[22]. Auch der Wunsch nach engem Zusammenstehen, etwa bei der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich, wurde von ihm geteilt. Mitte Dezember 1958 hatten die Verteidigungsminister Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik noch einmal beschlossen, die Kooperation auf dem konventionellen Sektor zu forcieren. Ende Januar 1959 war von französischen und deutschen Flugzeugfirmen das Programm für den Bau des Transportflugzeugs „Transall" unterzeichnet worden[23]. Wenige Tage später billigte der Deutsche Bundestag in Zweiter und Dritter Lesung das Abkommen über das Forschungsinstitut Saint-Louis, gegen die Stimmen der Opposition, die eine Ausdehnung der Institutsaufgaben auf die atomare Waffentechnik befürchtete[24]. Mitte Februar

[19] Note der französischen Regierung, 6. 3. 1959, mitgeteilt in: Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 2536, 6. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 420f., hier S. 421; s.a. DDF 1959, Bd. 1, S. 261, Anm. 4; AdG 1959, S. 7603B; Bozo, La France, S. 70f.; ders., Stratégies, S. 58f.; Colard/Daille, Le général de Gaulle, S. 69f.; Doise/Vaïsse, Diplomatie, S. 603f.

[20] Unterredung zwischen Merchant und Alphand vom 4. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 183f., hier S. 183; s.a. Lyon an Dep. of State, Tel. 3238, 6. 3. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 184f.; ders. an dass., Tel. 3241, 7. 3. 1959, Secret, in: ebd., T. 1, S. 422f.; Eisenhower an de Gaulle, 19. 3. 1959, mitgeteilt in: Herter an Paris, Tel. 3470, Secret, in: ebd., S. 438f.; Direktiven Debrés, 20. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 385f.

[21] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 3. 1959, Très secret, in: ebd., S. 278f.; Lyon an Dep. of State, Tel. 3216, 5. 3. 1959, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 8, S. 425–427; Bariéty, De Gaulle, S. 546; Linsel, Charles de Gaulle, S. 166.

[22] Erklärung Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 11. 3. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 382 u. 383; s.a. Marcowitz, Option, S. 112.

[23] Vgl. Bittner, Bilanz, S. 114f.; Kocs, Autonomy, S. 78–80.

[24] S. Bundestagsdebatte, 30. 1. 1959, in: BT, Sten. Ber., Bd. 42, S. 3261–3263; Erklärung Mommers in der Sitzung der SPD-Fraktion, 27. 1. 1959, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 191.

regte Debré gegenüber Blankenhorn den Ausbau der Rüstungskooperation vor allem auf dem Gebiet des Nachschubs bzw. der Infrastruktur an und lockte mit der Aussicht, durch die Verstärkung der gemeinsamen militärischen Anstrengungen auch mehr politischen Einfluß in der Allianz zu gewinnen. Ob es allerdings diplomatisch klug von ihm war, daran zu erinnern, daß die Bundesrepublik ohne das große und gesicherte Hinterland namens Frankreich nicht wirksam verteidigt werden könne, sei dahingestellt[25]. Letztlich waren beide Nachbarn aufeinander angewiesen.

Die Belehrungen der Franzosen wirkten um so unangebrachter, als die Amerikaner ihnen jetzt deutlich die Muskeln zeigten, obwohl de Gaulle soeben erst eine Lanze für die Atlantische Allianz gebrochen hatte. Ohne sie, so unterstrich er am 10. 3. gegenüber Macmillan, stünden sich USA und Sowjetunion allein gegenüber, und die Folge wäre entweder eine Aufteilung in Interessensphären oder Krieg. „Cela dit, il faut réorganiser l'Alliance atlantique sur la base de la coopération et non de l'intégration, mais il faut la sauvegarder"[26]. Washington mochte sich mit diesen verbalen Solidaritätsbekundungen nicht begnügen und ließ seiner Verärgerung über das Pariser Gebaren freien Lauf. Die trilateralen Erörterungen wurden auf Eis gelegt, ebenso die Verhandlungen über das Nuklearabkommen[27]. Der seit 1957 mehrfach vorgetragene französische Wunsch nach einem atomgetriebenen U-Boot blieb gleichermaßen vorerst unerfüllt[28].

Frankreich hielt dagegen und gab jetzt dem Aufbau der Atomstreitmacht absoluten Vorrang. Am 17. 3. entschied de Gaulle in Gegenwart weniger Minister und Offiziere: „La priorité absolue sera consacrée à la réalisation de la force de frappe et à la fabrication de la bombe atomique."[29] Als Eisenhower ihn nur eine Woche später wissen ließ, er sei mit Macmillan übereingekommen, die trilateralen Beratungen am 9. 4. wieder aufzunehmen[30], drehte de Gaulle die Daumenschrauben weiter an. Ende März, der Termin für die Konsultationen war mittlerweile auf den 15. 4. verschoben worden, setzte Couve de Murville den amtierenden amerikanischen Außenminister Herter davon in Kenntnis, Frankreich sei mehr an den militärischen denn den politischen Aspekten der Sicherheit interessiert. Es gehe ihm jetzt in erster Linie um die dreiseitige Koordinierung der Verteidigungsmaßnahmen, während die Reorganisation der NATO später erfolgen könne. Die Beratungen auf der Botschafterebene reichten ihm dazu offenbar nicht mehr aus. Am be-

[25] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 346, Tb. 16. 2. 1959.

[26] Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 10. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 316–322, hier S. 322; vgl. demgegenüber: Macmillan, Riding the Storm, S. 638.

[27] S. Herter an Paris, Tel. 3256, 6. 3. 1959, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 186f.; ders. an dass., Tel. 3320, 11. 3. 1959, Secret, Distribution, in: ebd., S. 188; Unterredung zwischen Alphand und Murphy vom 11. 3. 1959, Secret, in: ebd., T. 1, S. 428–432; ders. an Couve de Murville, Tel. 1353/63, 11. 3. 1959, Secret, Réservé, Diffusion restreinte, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 335–338.

[28] S. Unterredung zwischen Herter und Jacquinot vom 18. 3. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 189f.; „French Submarine Reactor", 19. 3. 1959, Confidential, in: ebd., S. 190f.; Unterredung zwischen Herter und McCone vom 23. 4. 1959, Secret, in: ebd., S. 194f.; Alphand an Couve de Murville, Tel. 1510/14, 18. 3. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 373–375; vgl. Costigliola, France, S. 125f.; Goldschmidt, Rivalités, S. 242f.

[29] Zitiert nach: Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 461.

[30] Vgl. FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 191.

sten sei es, meinte Couve de Murville, wenn beide Staatschefs sich darüber unterhielten[31].

De Gaulle zielte mit diesem Vorstoß darauf ab, die militärische Integrationsstruktur der NATO aufzuweichen und nur noch auf Material bzw. Infrastruktur anzuwenden. Die Verteidigung des Hexagons sollte wieder einem nationalen Kommando unterstellt werden, weil die Integration der Streitkräfte seiner Meinung nach die Gefahr heraufbeschwor, daß die Militärs die nationale Verantwortung aus dem Blick verlören: „il serait dangereux de dénationaliser l'armée". Für die Entscheidung über Krieg und Frieden, meinte Debré am 13. 4. gegenüber Macmillan, müsse so schnell wie möglich ein neuer Konsultationsmechanismus geschaffen werden, und zwar außerhalb der NATO und ohne deutsche Beteiligung[32].

Dementsprechend erhielt Alphand jetzt den Auftrag, gegenüber Briten und Amerikanern auf die Entwicklung einer globalen Sicherheitsstrategie zu drängen, eine Neustrukturierung der Kommandostruktur im Mittelmeerraum sowie die Ausarbeitung präziser militärischer Kriegsplanungen anzumahnen und noch einmal auf Vorabkonsultationen bei drohendem Atomkrieg zu bestehen. Zur Durchführung empfahlen die Franzosen die Einrichtung eines trilateralen Generalsekretariats außerhalb der NATO, das in enger Fühlung mit der Standing Group arbeiten sollte[33]. Die Angelsachsen sahen sich aber zu entsprechenden Entscheidungen nicht in der Lage. Trotz mehrtägiger Konsultation endete die zweite Runde der dreiseitigen Gespräche daher Mitte April mit dem Beschluß, die Erörterung in Kürze fortzuführen[34].

Die Bundesrepublik verfolgte die Kontakte der Westmächte nur als außenstehender Beobachter, freilich mit erheblichen Bedenken. De Gaulle beabsichtigte, eine stärkere Rolle zu spielen und das gegenwärtige System der militärischen Integration umzuwandeln. Parallel zur Verstärkung der europäischen Kooperation mit Bonn und Rom suchte er auf der globalen Ebene die Zusammenarbeit mit Washington bzw. London und zielte darauf ab, „Drehscheibe und Mittelpunkt" des transatlantischen Bündnissystems zu werden[35]. Als Debré Anfang Mai zu seinem ersten Arbeitsbesuch nach Bonn kam, war von der NATO und den französischen Plänen keine Rede[36]. Dies entsprach ganz der französischen Maxime, daß die Bundesrepublik keine global operierende Macht sei.

Derweil spitzte sich die Auseinandersetzung über die Aufstellung von NATO-Mittelstreckenraketen auf französischem Boden zu. Vor dem Hintergrund der verschärften Berlin-Krise erachtete Norstad es seit Mitte März als zwingend notwendig, die vorgesehene atomare Aufrüstung von neun amerikanischen Ge-

[31] S. Unterredung zwischen Herter und Couve de Murville vom 31. 3. 1959, USDel/MC/23, Confidential, in: ebd., S. 192f.

[32] Unterredung zwischen Debré und Macmillan vom 13. 4. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 498–501, hier S. 499.

[33] S. Direktiven des MAE, 31. 3. 1959, in: ebd., S. 439–443.

[34] S. Berichte über die dreiseitigen Konsultationen vom 16.–21. 4. 1959, Très secret, in: ebd., S. 521–540; Alphand an Couve de Murville, Tel. 2102/06, 21. 4. 1959, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 519–521; Unterredung zwischen Murphy, Joxe und Caccia vom 16. 4. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 14, S. 45–51; Bozo, Stratégies, S. 52; Wall, Relations franco-américaines, S. 86f.

[35] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 109, Jansen an AA, Pol 204–83.00/2290/59, 20. 4. 1959.

[36] S. Kap. V.1.2 u. V.2.2.

schwadern rasch umzusetzen[37]. Doch de Gaulle sah den Nutzen derartiger Waffen disproportional zu den Folgen für die französische Souveränität. Ließ er auch intern durchblicken, die Lagerung außerhalb der amerikanischen Basen unter französischer Kontrolle durchaus akzeptieren zu können[38], machte Debré in seinem Namen eine positive Antwort gegenüber dem neuen amerikanischen Außenminister Herter am 1. 5. von einer befriedigenden Klärung seiner Forderungen nach Solidarität in Nordafrika, in der Sicherheitspolitik und den laufenden Nuklearverhandlungen abhängig[39]. Mochte sich Herter auch über dieses „unpleasant meeting" bei Eisenhower beschweren, so konnte der Präsident der französischen Politik sogar noch Sympathie abgewinnen, da sie sich gegen „senseless limitations" des amerikanischen Kongresses zur Wehr setzte. Letztlich stand für Eisenhower aber nicht die Frage von Antipathie oder Sympathie im Vordergrund, sondern die Überzeugung, von den Verbündeten nicht zuletzt wegen der geographischen Lage abhängig zu sein. Die Zeiten, als Roosevelt oder Churchill nicht einmal für de Gaulle zu sprechen waren, gehörten der Vergangenheit an. Nun standen ihre Nachfolger einer Person mit einem Messias-Komplex gegenüber, „picturing himself as a cross between Napoleon and Joan of Arc", der offenbar nur noch zu denken bereit war „in terms of ‚Glory, Honor, France'"[40].

Bald darauf billigte Eisenhower ein Übereinkommen, das Frankreich für zehn Jahre angereichertes Uran für die Entwicklung und den Betrieb einer Fabrik für nuklear betriebene U-Boote sicherte, wobei die USA aber nur ein Drittel der zugesicherten Menge liefern sollten[41]. De Gaulle betrachtete dies offenbar nur als Auftakt für weitere Vereinbarungen und regte bei seinem Bewunderer im Weißen Haus am 25. 5. erneut einen Dialog über die von ihm aufgestellten Maximen französischer Sicherheitspolitik an: atomare Bewaffnung und Ausdehnung des französischen Einflußbereiches. Abermals betonte er, die NATO keineswegs zerstören zu wollen. Frankreich gehe es aufgrund seiner besonderen Interessen und Verpflichtungen vielmehr um die Einrichtung eigener Kommandostellen für das Mittelmeer, für Nord- sowie für Schwarzafrika, schließlich für den Indischen Ozean und den Pazifik. De Gaulle bedauerte die amerikanische Renitenz im Nuklearbereich und machte unumwunden klar, daß er der Aufstellung der Mittelstreckenraketen solange widerstehen werde, wie ein befriedigendes Abkommen über die Atomkooperation fehle[42].

Mit diesem Schreiben sahen die USA ihre Taktik in Frage gestellt, die trilateralen Beratungen weiterzuführen, ohne die Beziehungen zu den übrigen Partnern zu kompromittieren. Wieder einmal fühlte man sich am Potomac dem Dilemma

[37] Vgl. Alphand an Couve de Murville, Tel. 2143/44, 22. 4. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 542 mit Anm. 1; Norstad an Debré, 17. 4. 1959, im Auszug in: ebd.; Houghton an Couve de Murville, o.D., Entwurf, in: ebd., S. 564 f.

[38] S. Aufzeichnung de Gaulle, 29. 4. 1959, Très secret, in: ebd., S. 563 f.

[39] S. Unterredung zwischen Debré und Herter vom 1. 5. 1959, Très secret, in: ebd., S. 587–592; Unterredung zwischen dens. vom 1. 5. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 195–203.

[40] Unterredung zwischen Eisenhower und Herter vom 2. 5. 1959, Top secret, im Auszug in: ebd., S. 203–207, hier S. 203, 204 u. 206.

[41] Vgl. ebd., S. 212; Goldschmidt, Rivalités. S. 243; Bozo, Stratégies, S. 55.

[42] S. de Gaulle an Eisenhower, 25. 5. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 225–228; mit Klassifikation „Très secret" und Postscriptum auch in: DDF 1959, Bd. 1, S. 692–694; s.a. de Gaulle an Debré, 21. 4. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 214 f.; Bozo, La France, S. 72 f.

ausgesetzt, den französischen Forderungen nicht völlig entsprechen, sie aber auch nicht gänzlich zurückweisen zu können, um keine drastischen Schritte des unberechenbaren Mannes im Elysée zu provozieren. Auf Vorschlag von Staatssekretär Dillon ging Eisenhower am 5. 6. auf de Gaulles Angebot eines bilateralen Meinungsaustausches ein, machte ihn aber davon abhängig, das Gespräch am Rande einer etwaigen Gipfelkonferenz durchzuführen[43]. Nur vier Tage später sah man sich dazu gezwungen, auch in der Stationierungsfrage nachzugeben. Als Alphand am 9. 6. noch einmal darauf beharrte, weltweit an den Einsatzplanungen für Atomwaffen beteiligt zu sein, entschloß sich Norstad dazu, die neun fraglichen amerikanischen Jagdbombengeschwader aus Frankreich abzuziehen und nach Großbritannien bzw. in die Bundesrepublik zu verlegen[44]. Die unvorteilhafte Publizität dieser Entscheidung veranlaßte die französische Regierung dazu, die Partner auf die Unzulänglichkeit der Befehlsstruktur in der Atlantischen Allianz hinsichtlich eines Atomkriegs aufmerksam zu machen[45].

Adenauer mußte davon gar nicht erst überzeugt werden. Die alleinige Entscheidungsgewalt der Angelsachsen über Krieg und Frieden, so ließ er sich kurz darauf im vertraulichen Teegespräch mit Journalisten entlocken, sei „kein sehr erfreulicher Zustand". Es bestehe die Notwendigkeit, „daß sich Amerika und England einmal mit de Gaulle aussprechen". Noch besser sei freilich ein Viermächte-Direktorium, sofern nicht andere Partner zurückgesetzt würden[46]. Für eine solche Problemlösung fand sich freilich nirgendwo ein Fürsprecher, weder in Washington oder in London noch in Paris.

„Develop a ‚European deterrent' based on French atomic weapons"

Je näher der Termin des Eintritts Frankreichs ins nukleare Zeitalter heranrückte – die zuständigen Stellen rechneten mit einer ersten Testzündung am Ende des Winters[47] –, desto unnachgiebiger verfolgte de Gaulle seinen Kurs gegenüber den USA. Pressemeldungen, die die Aussichten auf einen Kompromiß „recht optimistisch" beurteilten[48], entbehrten jeglicher Grundlage. Nachdem monatelanges Drängen auf eine weniger algerienfreundliche Politik in Washington nichts gefruchtet hatte[49], drohte de Gaulle Ende Juli nach der erneuten Eingabe einer Alge-

[43] S. Dillon an Eisenhower, Memorandum, o.D., Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 232; Eisenhower an de Gaulle, 5. 6. 1959, Secret, in: ebd., S. 233f.

[44] S. Unterredung zwischen Norstad und Murphy vom 8. 6. 1959, Secret, in: ebd., T. 1, S. 459f.; Alphand an Couve de Murville, Tel. 2808/12, 9. 6. 1959, Très secret, Diffusion restreinte, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 787f. Die Entscheidung wurde dem NATO-Rat am 8. 7. 1959 bekanntgegeben (AdG 1959, S. 7624D).

[45] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 82, 20. 6. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 859f.; Unterredung zwischen de Gaulle und Gronchi vom 24. 6. 1959, Très secret, in: ebd., S. 875.

[46] ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Mrs. Gruson vom 16. 6. 1959; vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 78f., Informationsgespräch, 12. 6. 1959; Informationsgespräch zwischen dems. und Mulliken vom 16. 6. 1959, im Auszug in: ebd., S. 616f., Anm. 20; s.a. Marcowitz, Option, S. 110–112.

[47] S. Rundfunkansprache Guillaumats, 3. 7. 1959, im Auszug in: AdG 1959, S. 7819C; Perrin an de Gaulle, Aufzeichnung 2 K 128, 27. 7. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 175–178.

[48] „Pariser Kurier", 11. 7. 1959.

[49] S. Debré an Houghton, 28. 4. 1959, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 562f.; Unterredung zwischen dems. und Lyon vom 1. 6. 1959, 16. 6. 1959, Secret, nebst Anlage in: ebd., S. 819–821; Alphand an Couve

rienresolution bei der UNO[50] mit dem kompletten Rückzug aus der NATO, wenn die USA sich bei der Debatte wie im vorangegangenen Jahr in die Enthaltung flüchteten. Das von den Amerikanern in der Zwischenzeit zugestandene Vetorecht beim Einsatz der Atomwaffen verhöhnte er als eine „plaisanterie"; letztlich entscheide doch der amerikanische Präsident, und er allein. Abermals betonte der General seine Unzufriedenheit mit der trilateralen Konsultation auf der Botschafterebene und verlangte „une concertation entre chefs d'Etat"[51]. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ließ der Präsident über diplomatische Kanäle die Nachricht streuen, seine Atompolitik ziele darauf ab, „to develop a ‚European deterrent' based on French atomic weapons. Under this scheme, France will be the only European country to develop and produce atomic weapons, and she will receive financial assistance in this effort from other European countries, notably Germany and Italy". Die französischen Waffen stünden den Partnern in derselben Weise zur Verfügung wie die amerikanischen den NATO-Mitgliedern[52].

Der Fehlschlag der Genfer Außenministertagung am 5. 8.[53] hatte den amerikanischen Fahrplan ziemlich durcheinander gebracht. Die Gipfelkonferenz war nicht mehr in Sicht, und damit fehlte Eisenhower die Fassade, hinter der er de Gaulles Forderung nach einem Vieraugengespräch über die globale Strategie nachzukommen beabsichtigte. Als Ausweg aus dem Dilemma bot sich seine Einladung an Chruschtschow in die USA an, die es notwendig erscheinen ließ, sich vorher innerhalb des Westens abzustimmen. Eisenhower gedachte dazu, Adenauer, de Gaulle und Macmillan einzeln aufzusuchen. Der General stimmte dem Treffen zu und schlug als Termin die ersten Septembertage vor[54].

Mit Bekanntwerden des Datums schaltete sich der NATO-Generalsekretär in die Angelegenheit ein, weil ihn die Entwicklung des französisch-amerikanischen Verhältnisses äußerst beunruhigte. De Gaulles Analyse der Unzulänglichkeiten der Atlantischen Allianz stimmte er voll und ganz zu. Nur dessen Conclusio, das Triumvirat, mochte Spaak nicht billigen. Die von ihm im Juli entwickelten Vermittlungsvorschläge waren aber in Paris wie in Washington gleichermaßen auf Widerstand gestoßen, weil man nicht willens war, von der eigenen Position abzurücken[55]. Da der Generalsekretär befürchtete, die Amerikaner schätzten die Psy-

de Murville, Tel. 3018/21, 22. 6. 1959, Réservé, in: ebd., S. 863 f.; Wall, Relations franco-américaines, S. 63 f.

50 S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Nr. 23, 22. 7. 1959, nebst Zirkular, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 84–89.

51 Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 25. 7. 1959, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 303–305, hier S. 304 u. 305; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 20. 8. 1959, in: ebd., S. 308–310; zur Algerien-Debatte der UNO im Dezember 1958 vgl. Kap. V.3.1.

52 Unterredung zwischen Stoessel und Manac'h vom 31. 7. 1959, US/MC/160, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 237 f., hier S. 238.

53 S. Kap. V.1.3.

54 S. Kap. V.1.4.

55 S. Spaak an de Gaulle, Aide-mémoire, 16. 7. 1959, in: DDF 1959, S. 56–59; de Leusse an de Rose, 24. 7. 1959, nebst Aufzeichnung, 20. 7. 1959, Très secret, in: ebd., S. 100–103; Aufzeichnung der Abt. Politik im MAE, 30. 9. 1959, in: ebd., S. 405–408; Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 135, 17. 7. 1959, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 467 f.; Dillon an Paris, Tel. Topol 141, 18. 7. 1959, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 468 f.; Burgess an Dep. of State, Tel. Polto 165, 20. 7. 1959, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 470–473; Spaak, Memoiren, S. 399–402.

chologie des Generals falsch ein, wandte er sich an Adenauer mit der Bitte, Eisenhower auf seine Begegnung mit de Gaulle vorzubereiten[56].

Spaaks Gesuch war kaum erforderlich. Der Kanzler hatte sich bereits vorher fest vorgenommen, beim amerikanischen Präsidenten um Verständnis für den französischen Staatschef zu werben. Immer wieder betonte er in diesen Tagen gegenüber europäischen Politikern die absolute Notwendigkeit, dem General gemeinsam zu helfen. Frankreich dürfe bei der Abstimmung über die UNO-Resolution zu Algerien auf keinen Fall in die Minderheit geraten. Selbst das Triumvirat, so berichtete der deutsche Botschafter in Rom, Klaiber, seinem französischen Kollegen Palewski nach einem Treffen Adenauers mit dem italienischen Regierungschef Segni in Cadenabbia, sei für Deutschland kein Problem, sofern auf Italien und die BENELUX-Staaten Rücksicht genommen würde. Auch hinsichtlich der französischen Atombombe sähe die Bundesregierung nur Vorteile. Adenauer wolle mit Eisenhower reden, damit die USA den Franzosen Genugtuung gäben[57].

Gewiß fiel die Darstellung Klaibers zu positiv aus, denn das Direktorium wollte Adenauer zweifellos nicht. Er war sich aber mit Norstad, Stikker oder Pella darin einig, daß den französischen Forderungen in anderer Form entgegengekommen werden müsse[58]. Eisenhower gegenüber setzte sich der Kanzler so energisch für de Gaulles Algerienpolitik[59] ein, daß ihm fortan der Ruf eines „Gaullisten" vorauseilte[60]. In Bonn stieß er damit nicht nur auf Wohlwollen. In dem Maße wie des Generals „Ruhm und Ehre"-Politik als völlig unzeitgemäß verurteilt wurde, warf man dem Kanzler vor, sich in dessen Schlepptau nehmen zu lassen und das eherne Gesetz guter Beziehungen zu den USA zu mißachten[61]. Wiederholt sah sich die Bundesregierung in diesen Tagen genötigt zu versichern, daß sie am Bau der französischen Bombe weder in technischer noch in finanzieller Hinsicht beteiligt sei[62]. „Wieder einmal versucht Frankreich", so geißelte Friedrich Sieburg Ende August die Pariser Außenpolitik, „seine Interessen mit denen der übrigen Welt gleichzusetzen und diese Welt zu einer Pflichterfüllung gegen Frankreich aufzufordern, die dieses Land gegenüber der Welt nicht bewiesen hat."[63] Es handelte sich dabei nicht um die Stimme eines isolierten Journalisten. Selbst innerhalb der CDU dachte man mitunter so. „De Gaulle geht eigene Wege", notierte der Fraktionsvorsitzende Krone in seinem Tagebuch. „Jetzt kündigt er eigene Atomversuche an. Wir müssen schon Europa mit ihm bauen, er aber auch mit uns"[64].

Die Besprechungen zwischen der französischen und amerikanischen Führung Anfang September erbrachten ungeachtet allen äußeren Pomps und Prunks in den zentralen Streitpunkten keine Annäherung. De Gaulles Versuch, Eisenhower zu einer einvernehmlichen Haltung gegenüber Algerien zu bewegen, blieb ohne

[56] S. Spaak an Adenauer, o.D., in: ebd., S. 412–415.
[57] S. Palewski an Couve de Murville, Tel. 868/71, 26. 8. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 230f.
[58] S. de Leusse an ders., Tel. 235, 1. 9. 1959, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 253f.
[59] S. Kap. V.1.4.
[60] S. de Leusse an Couve de Murville, Tel. 235, 1. 9. 1959, Très secret, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 253 mit Anm. 4.
[61] Artikel Sieburgs, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28. 8. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 634–636, hier S. 634.
[62] Vgl. Bulletin 1959, S. 1484 u. 1518.
[63] Artikel Sieburgs, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28. 8. 1959, auch in: BDFD III, S. 635.
[64] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 372, Tb. 11. 8. 1959.

greifbares Resultat. In bezug auf die NATO zeigte der Amerikaner nach dem Plädoyer des Franzosen für eine graduelle Überprüfung der Allianz zwar Verständnis für dessen Ausführungen zum Spannungsverhältnis zwischen Integration und Souveränität, machte aber klar, daß es eine Koalition alten Stils nicht mehr geben könne. Als de Gaulle die nukleare Verfügungsgewalt ansprach, versicherte Eisenhower, den atomaren Schlüssel niemals ohne Absprache mit den Verbündeten umzudrehen, außer bei einem Überraschungsangriff gegen die USA. Eine Institutionalisierung der trilateralen Konsultationen lehnte er ab, stimmte allerdings einer direkten Telefonleitung zwischen Weißem Haus und Elysée zu, wie Alphand sie als Zeichen des „tripartisme" zwischen London, Paris und Washington angeregt hatte. Außerdem schlug er die Einrichtung von Ad-hoc-Stabsausschüssen vor. De Gaulle sprach sich dafür aus, die militärischen Fragen von der Standing Group, die politischen Probleme hingegen von den drei Botschaftern in Washington behandeln zu lassen. Die Regierungen könnten dann die Schlußfolgerungen ziehen, ohne die NATO-Organisation zu tangieren. Eisenhower ließ dies unkommentiert und erklärte lediglich sein Bedauern, Frankreich wegen der gesetzlichen Restriktionen nicht weiter entgegenkommen zu können. De Gaulle erwiderte kühl, er bitte um nichts[65], und setzte seinen Gast bei einem ungemein offenen Kamingespräch in Rambouillet tags darauf davon in Kenntnis, daß Frankreich im März seine erste Atombombe zur Explosion bringen wolle[66]. Auch ein Teststopp-Abkommen, so betonte er am folgenden Morgen, könne ihn nicht zur Einstellung des Programms bewegen. Erst bei einer wirklichen Abrüstung werde sich Frankreich beteiligen[67].

Aus der Bonner Perspektive wirkten die Belastungen innerhalb der NATO nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten in Paris gemindert[68]. Hoffnungen auf eine Lockerung der sicherheitspolitischen Positionen de Gaulles[69] erfüllten sich aber nicht. Ein Briefwechsel der beiden Präsidenten über die Lagerung nuklearer amerikanischer Waffen auf französischem Boden und die Neustrukturierung des Mittelmeerkommandos blieb ebenso „sans résultat"[70] wie der bilaterale Meinungsaustausch über das Nuklearabkommen[71]. Eisenhower, so ließ de

[65] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower vom 2. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 275–279; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Très secret, in: ebd., S. 280–283; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 255–262; Unterredung zwischen dens. vom 2. 9. 1959, US/MC/26, Top secret, Limited Distribution, in: ebd., S. 262–268, auch in: Ledwidge, De Gaulle et les Américains, S. 81–92; vgl. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 259–261; Alphand, L'étonnement d'être, S. 315–317, Tb. 29. 11. 1959; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 351–353. Zu Alphands Vorschlag der telefonischen Direktleitung zwischen den drei Kapitalen s. ders., L'étonnement d'être, S. 315, Tb. 30. 8. 1959.

[66] Vgl. Walters, Mission, S. 313–316.

[67] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower vom 4. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 293 f.; Unterredung zwischen dens. vom 4. 9. 1959, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 273 f.

[68] S. PA, BStS, Bd. 342, Referat von Carstens auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.

[69] S. ACDP, NL Jansen, I-149–003 [V]-2, Jansen an Globke, 9. 9. 1959.

[70] Alphand, L'étonnement d'être, S. 316, Tb. 29. 11. 1959; s.a. Eisenhower an de Gaulle, 21. 9. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 283–285; de Gaulle an Eisenhower, 6. 10. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 262–265.

[71] S. Aufzeichnung de Rose, 4. 9. 1959, Très secret, nebst Anlage, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 302–305; Aufzeichnungen der Abt. Politik im MAE, 27. 11. 1959, in: ebd., S. 626–630.

Gaulle Adenauer am 7. 9. betont skeptisch wissen, scheine sich dem Gedanken einer Reform der Atlantischen Allianz zu nähern. Wenn sich denn eines Tages etwas Positives abzeichne, werde er es ihn natürlich wissen lassen[72].

Obwohl sich Eisenhower und Macmillan nun darauf verständigten, die trilateralen Erörterungen informell über Fragen jenseits der NATO fortzusetzen, sofern keine neuen Institutionen geschaffen würden[73], sah de Gaulle nach dem für ihn enttäuschenden Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten kaum noch eine Chance, sein Memorandum vom September 1958 bald umzusetzen. Anders als es sich dem Bundeskanzler und den deutschen Diplomaten darstellte[74], gab er die Idee des Dreierdirektoriums indes nicht auf. Im Oktober setzten Diplomaten der drei Westmächte ihre Unterredungen in Washington fort, zunächst über Marokko und Tunesien, schließlich über Laos[75]. Noch immer hielten die Amerikaner daran fest, auf die französischen Forderungen mit gewissem Entgegenkommen und nicht mit Gegendruck zu reagieren. Die Erwartung, mit dieser Konzilianz Frankreich für eine entschiedene Unterstützung der eigenen Politik zu gewinnen[76], schlug aber fehl. Denn das angebotene Maß an Zugeständnissen reichte de Gaulle nicht zuletzt im Bereich der Nuklearrüstung bei weitem nicht aus.

„Il faut que la défense de la France soit française"

Die Aussicht auf den Aufstieg Frankreichs zur dritten Atommacht im Westen und die Fruchtlosigkeit der trilateralen Konsultationen ließen im Herbst 1959 die militärische Führung der Atlantischen Allianz auf den Plan treten. Am 13. 10. legte der Oberkommandierende General Norstad der Standing Group die Forderung nach 450 Mittelstreckenraketen vor, die darauf hinauslief, die französischen Nuklearpläne obsolet zu machen und statt dessen die NATO zur vierten Nuklearmacht auszubauen[77].

Die Bundesregierung unterstützte diese Initiative verständlicherweise von Anfang an. Sowohl Adenauer als auch Strauß sahen im „Norstad-Plan" die Möglichkeit, den nichtnuklearen Status der Bundesrepublik auf Dauer zu revidieren, ohne dabei auf eine nationale Nuklearstreitmacht hinzuarbeiten. Gleichzeitig hofften sie darauf, daß die französischen und britischen Atomprogramme politisch und militärisch entwertet würden. Ein aktives Drängen schien ihnen aber

[72] S. de Gaulle an Adenauer, 7. 9. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 253 f.

[73] S. Eisenhower an Macmillan, mitgeteilt in: Herter an London, Tel. 2107, 11. 9. 1959, Secret, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 277–279; Macmillan an Eisenhower, 16. 9. 1959, Secret, in: ebd., S. 282 f.; Eisenhower an Macmillan, mitgeteilt in: Herter an London, Tel. 2433, 24. 9. 1959, Secret, Priority, in: ebd., S. 285 f.

[74] S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 16. 9. 1959, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 391; ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an Globke, 9. 9. 1959; Marcowitz, Option, S. 112 f.

[75] S. Aufzeichnung des Generalsekretariats im MAE, 22. 9. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 373 f.; Alphand an Couve de Murville, Tel. 4732/35, 14. 10. 1959, Réservé, in: ebd., S. 450 f.; Couve de Murville an Alphand, Tel. 11735/41, 22. 10. 1959, Réservé, in: ebd., S. 495 f.; FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 288 f.

[76] Vgl. National Security Report NSC 5910/1, 4. 11. 1959, Secret, in: ebd., S. 296–310; Conze, Herausforderung, S. 119 f.

[77] Vgl. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 42, Aufzeichnung des BMVg Fü B III 3-Az. 31–50–10–33 Tgb.Nr. 5/60, 5. 1. 1960, Streng geheim, Entwurf; Hoppe, Teilhabe, S. 37 f.; vgl. Winand, Eisenhower, S. 213–215.

aus vielfältigen Erwägungen inopportun. Innenpolitisch drohten Schwierigkeiten, da Norstads Vorhaben ausschließlich landgestützte Systeme vorsah, die schwerpunktmäßig auf deutschem Boden stationiert werden sollten[78], was notwendigerweise mit dem Widerstand der SPD-Opposition gegen die nukleare Aufrüstung der Bundeswehr kollidieren mußte[79]. Außenpolitisch sah man sich zur Rücksicht auf de Gaulle genötigt, der jetzt verstärkt auf die nationale, zugleich aber auch auf die europäische Karte setzte, um die USA zur Billigung des Tripartisme zu zwingen[80].

„Il faut que la défense de la France soit française". Mit dieser am 3. 11. vor der Militärakademie Saint Cyr intonierten Fanfare des Präsidenten gab es keinen Zweifel mehr: Frankreich nahm sein Schicksal in die eigenen nuklear bewehrten Hände und verweigerte sich dem Integrationssystem der NATO[81]. Neben der Überzeugung, daß es eine nationale Unabhängigkeit ohne Atomwaffe nicht geben konnte, lag de Gaulles Motivation vor allem ein tiefes Mißtrauen gegenüber den USA zugrunde, das er nur eine Woche später auf seiner Pressekonferenz im Elysée breit entfaltete, als er der westlichen Vormacht sogar die Absicht zum Arrangement mit dem weltmächtlichen Antipoden im Osten unterstellte. Der Bau der „Force de frappe" bedeutete für ihn in diesem Sinne einen Beitrag zur Wiederherstellung des Weltgleichgewichts[82]. Das wahre Jalta würde es vielleicht erst im nuklearen Zeitalter geben. Und Frankreich, so glaubte der französische Präsident offenbar, hatte die historische Aufgabe zu erfüllen, dieser Gefahr entgegenzutreten, damit Europa im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung der Supermächte weder die Vernichtung noch die Degradierung zu einem hilflosen Objekt drohte[83].

Mit diesen ganz auf die nationale Souveränität setzenden Reden eckte de Gaulle sowohl im eigenen Land als auch im Atlantischen Bündnis heftig an. Sogar der französische Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte Europa Mitte, General Valluy, stellte sich öffentlich gegen die Politik des französischen Präsidenten[84]. In der UNO forderten 60 Nationen, darunter etliche Verbündete, Frankreich verklausuliert in der Form, aber unmißverständlich in der Sache auf, von der bevorstehenden Probeexplosion in der Sahara Abstand zu nehmen[85]. Und in Frankreich selbst galt ganz überwiegend jenes Urteil, das Raymond Aron im „Figaro" fällte: Eine Verteidigungspolitik sei nur im größeren Rahmen einer europäischen oder atlantischen Gemeinschaft sinnvoll[86]. Frankreich, so sekundierte Carl

[78] Vgl. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 39, Unterredung zwischen Strauß und Norstad vom 20. 11. 1959, 3. 12. 1959 (Auszug); Hoppe, Teilhabe, S. 38f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 105f.

[79] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 475–482; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 90–95.

[80] Vgl. Soutou, Problèmes, S. 236.

[81] Ansprache de Gaulles vor der Militärakademie Saint Cyr, 3. 11. 1959, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 125–129, hier S. 126.

[82] S. Pressekonferenz dess. im Elysée, 10. 11. 1959, in: ebd., S. 133–135; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 458–460.

[83] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 190, Jansen an AA, Pol 204–81.10/4978/59, 12. 11. 1959; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 467.

[84] Vgl. Herter an Eisenhower, Memorandum, 1. 12. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 314f.

[85] Vgl. AdG 1961, S. 8065B.

[86] S. Artikel Aron, in: „Le Figaro", 18. 11. 1959.

Weiss im „Kölner Stadtanzeiger", handele „selbstsüchtig", was „zumindest unzeitgemäß" sei[87]. Weder die höheren Offiziere noch Politiker oder Publizisten wollten sich an der Seine mit dem General solidarisieren. Pinay nahm die Reden gar zum Anlaß, de Gaulle die Gefolgschaft aufzukündigen. Schon am 8. 11. hatte er die Deklarationen im Conseil des Ministres formal wie inhaltlich verurteilt – formal, weil sie ohne Absprache mit den Ministern gehalten worden waren, inhaltlich, weil sie das Prinzip der NATO aufgaben. Als sich der Präsident über die Einmischung des Finanzministers in die Außenpolitik mokierte, hielt der dagegen, Frankreich sei weder wirtschaftlich noch finanziell in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Ein Abzug der Amerikaner sei unter allen Umständen zu verhindern[88]. Der Bruch war vollzogen, wenngleich die Demission erst Mitte Januar erfolgte[89].

In diplomatischen Kreisen an der Seine wurde de Gaulles „Eskapaden" vielfach die Absicht zugeschoben, Amerikaner und Engländer zu Änderungen im NATO-Gefüge zu „zwingen". Andere Stimmen sahen darin den Beweis, daß er eben doch ein Mann des 19. Jahrhunderts sei, der keinen Zugang zur gegenwärtig erforderlichen Integrationsidee fände. Außenminister Couve de Murville stellte den Vorstoß des Generals gegenüber der Deutschen Botschaft als Teil einer Strategie dar, der Armee ein neues Ideal für die demnächst wegfallende „raison d'être" des Algerienkrieges zu geben[90]. Eine solche rein funktionalistische Betrachtungsweise vermag de Gaulles Beweggründe nicht erschöpfend zu erklären. Ohne der Bombe jeglichen identitätsstiftenden Charakter absprechen zu wollen, ging es dem General doch weniger um die Ideale seiner Gefolgschaft als um seine eigenen, weniger um die Liquidierung der kolonialen Vergangenheit Algeriens als um die Gestaltung der globalen Zukunft Frankreichs.

Ungeachtet aller Beteuerungen, die Allianz nicht sprengen zu wollen, versetzte de Gaulle die NATO in tiefe Existenzängste[91]. Anders etwa als sein amerikanischer Kollege Houghton[92] sah Blankenhorn mit dem Rücktritt Pinays „das Feld nun einmal frei für die sehr viel radikalere Politik der Umgebung de Gaulles, die sowohl NATO als auch der europäischen Integration gegnerisch" gegenüberstünde[93]. Die Art und Weise wie der General jetzt mit dem unbotmäßigen Valluy umsprang, gab dem deutschen Botschafter recht. Valluys Kritik hielt de Gaulle nämlich für derart „inconvenante et intempestive", daß er Debré sofort beauftragte, Maßnahmen zu ergreifen „pour sanctionner cette attitude"[94].

Als Eisenhower sich bei ihm über das den USA entgegengebrachte Mißtrauen und den Vorwurf der Weltteilungspläne beschwerte[95], brachte de Gaulle zwar sein Bedauern darüber zum Ausdruck, nahm aber ansonsten keinen Deut von seinen

[87] Artikel Weiss, in: „Kölner Stadtanzeiger", 23. 11. 1959.
[88] Vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 82f.; Rimbaud, Pinay, S. 416; Tournoux, Tragédie, S. 315–320.
[89] S. Rimbaud, Pinay, S. 419–427.
[90] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Jansen an AA, Pol 204–83/5105/59, 20. 11. 1959; in diesem Sinne auch: Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 80.
[91] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Jansen an AA, Pol 204–83/5105/59, 20. 11. 1959.
[92] S. Houghton an Dep. of State, Tel. 3124, 13. 1. 1960, Confidential, Priority, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 323–325.
[93] BA, NL Blankenhorn, Bd. 99, Bl. 157–161, Tb. 9. 1. 1960.
[94] De Gaulle an Debré, 25. 11. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 284.
[95] S. Eisenhower an de Gaulle, 17. 11. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 311–313.

Aussagen zurück – im Gegenteil: Den Aufbau der Force de frappe, so warf er Eisenhower am 24. 11. schriftlich vor, müsse Frankreich ganz allein finanzieren, weil seine Verbündeten ihrerseits nicht das erforderliche Vertrauen aufbrächten, um ihm zu helfen. Und außerdem: Wer könne schon voraussagen, wie die USA im Konfliktfall reagierten. In den Ersten Weltkrieg seien sie schließlich erst 1917 gezogen, und am Zweiten hätten sie sich in dem Moment beteiligt, als Frankreich bereits achtzehn Monate besetzt gewesen sei[96]. Letzte Hoffnungen, mit Eisenhowers Besuch in Paris seien die grundlegenden Probleme beseitigt worden, lösten sich in Luft auf. Die französisch-amerikanischen Beziehungen erreichten den „freezing point"[97].

Daß die Pariser NATO-Politik auch in Bonn als „beunruhigend" galt, kann kaum verwundern[98]. Für die Bundesrepublik bot die Allianz nicht nur Sicherheit und die Garantie der Freiheit, sondern auch die „einzige Chance, aus einem Objekt wieder zu einem Subjekt der internationalen Politik zu werden"[99]. Frankreich hingegen strebte eine autonome Militärpolitik an und dachte der Bundesrepublik dabei die „Rolle der vornehmsten Hilfsmacht" zu[100]. Damit gefährdete es nicht nur den westlichen Zusammenhalt; es forcierte mit seiner durch die Größe und Würde der französischen Nation legitimierten Verteidigungspolitik und seinem Anspruch auf eine Führungsrolle womöglich auch den deutschen Nationalismus[101]. Allerdings gab es am Rhein auch Stimmen, die nicht leugnen wollten, daß der General durch die Stärkung Frankreichs zumindest subjektiv die Festigung des Westens anstrebe. Jahrelang, so hieß es im Auswärtigen Amt, habe man die Schwäche des westlichen Nachbarn beklagt. Nun, da er sich anschicke, diese Kraftlosigkeit zu überwinden, bedürfe er der Unterstützung, weil er erhebliches Gewicht bei den Bemühungen des Westens um die Wahrung des Friedens haben könne[102].

Trotz der breiten Betroffenheit über die französische Politik herrschte in Bonn wie in Washington, ja selbst in Paris doch noch Zuversicht, man könne die in der Zwischenzeit zur Vorbereitung des Ost-West-Gipfels für Mitte Dezember anberaumten Gespräche der vier westlichen Staats- und Regierungschefs dazu nutzen, de Gaulles „calculated policy of non-cooperation in defense matters" Paroli zu bieten[103]. Unter deutschen, aber auch französischen Diplomaten setzte man vor allem auf das persönliche Verhältnis zwischen Kanzler und General und hoffte, Adenauer werde bereits anläßlich einer Reise an die Seine zu Beginn des Monats einen offenen Dialog mit de Gaulle über die „besorgniserregende[n] Aspekte" der französischen Außenpolitik führen[104].

[96] S. de Gaulle an Eisenhower, 24. 11. 1959, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 283 f.
[97] Costigliola, France, S. 126.
[98] ACDP, NL Mertes, I-403-017/1, Jansen an von Brentano, o.D. Vgl. die an das Auswärtige Amt gerichtete entschärfte Fassung, in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 78–81, Paris an AA, FS Nr. 983, 24. 11. 1959 (Auszug).
[99] PA, BStS, Bd. 342, Referat van Scherpenberg auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.
[100] Ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Aufzeichnung Hartlieb, 9. 11. 1959, Unter Verschluß.
[101] ACDP, NL Mertes, I-403-017/1, Jansen an von Brentano, o.D.
[102] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 230, Aufzeichnung des Referats 301 im AA, 301–81–03.3/1762/59, 27. 10. 1959; Linsel, Charles de Gaulle, S. 174 f.
[103] Gates an Eisenhower, Memorandum, 17. 12. 1959, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 315 f., hier S. 315; s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 207, Jansen an AA, Pol 204–83/5105/59, 20. 11. 1959.
[104] BA, NL Blankenhorn, Bd. 97a, Bl. 82–84, ders. an dass., FS Nr. 984, 24. 11. 1959, Geheim.

Verlief die Aussprache mit Debré am Morgen des 1. 12. noch betont harmonisch[105], schlug die Stimmung am Nachmittag schlagartig um, als die französischen Gastgeber für eine von den Amerikanern unabhängige europäische Verteidigung unter französisch-deutscher Führung plädierten. Adenauer selbst hatte die Diskussion entfacht, indem er auf Berichte seines Botschafters in Washington, Grewe, hinwies, wonach die USA ihre Truppen nicht für alle Zeiten in Europa stationiert lassen wollten. Debré und Couve de Murville bot dies eine willkommene Bestätigung für ihre These von der Reformbedürftigkeit der NATO. Bonn und Paris müßten die Hauptverantwortung der europäischen Verteidigung tragen und größere Anstrengungen im Bereich der Strategie, der Bewaffnung und der Generalstabskontakte unternehmen. Wieder einmal zeigte sich, daß Adenauer den Zustand der NATO ähnlich pessimistisch beurteilte, aber andere Schlußfolgerungen zog. Für ihn war es völlig unmöglich, daß Deutsche und Franzosen eine von den Amerikanern hinterlassene Lücke schließen konnten. Schon aus finanziellen Erwägungen waren die europäischen Staaten seiner Ansicht nach nicht dazu fähig, ein nukleares Gleichgewicht zur Sowjetunion herzustellen. Der Kanzler beurteilte die Lage wesentlich kritischer als seine französischen Gesprächspartner, hielt Europa aber gleichzeitig für viel abhängiger von den Amerikanern. Debré und Couve de Murville mochten sich seiner Schwarzseherei nicht anschließen; für sie gab es keinen Grund zu zweifeln, daß Europa aufgrund seiner Möglichkeiten neue Verantwortungen übernehmen könne, ohne sich völlig von den USA abzukoppeln[106].

Adenauer war von den Ausführungen der französischen Politiker aufs höchste alarmiert. Selbst der von ihm als realistisch denkender Mann geschätzte Joxe sprach sich für die Verteidigung Europas durch eine „Union Frankreich-Deutschland" aus[107]. „Wollen die aus NATO austreten und mit uns allein Allianz machen", fragte der Kanzler die in einer Ruhepause eilig herzitierten von Brentano und Jansen in seinem Appartement. Der Gesandte wiegelte ab. Nicht de Gaulle, nur Debré sei Fürsprecher dieser unrealistischen Gedanken. Adenauer schien sich da nicht so sicher. Sollte der General ähnliche Überlegungen hegen, „dann gibt es schönen Krach"[108].

Nachdem er seine Minister vorgeschickt hatte, „pour porter le choc"[109], bemühte sich der Präsident am nächsten Morgen in seinem knapp dreistündigen Rendezvous mit dem Kanzler redlich, die Wogen zu glätten, ohne sich aber von der von Debré skizzierten Politik zu distanzieren. Abermals betonte er die Unverzichtbarkeit der NATO für die Verteidigung Europas, abermals verlangte er Anpassungen an die gewandelten weltpolitischen Gegebenheiten, etwa in Afrika. Auch im System der Verteidigung hielt er Veränderungen für unabänderlich. In seiner Kritik am Status quo stand Adenauer ihm in nichts nach. Die NATO zeige

[105] Vgl. Kap. V.1.4.

[106] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 1. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 651–656; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 15f.; „Neue Zürcher Zeitung", 3. 12. 1959, auch in: DzD, IV. Reihe, Bd. 3, S. 729–731; Bariéty, De Gaulle, S. 550.

[107] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 16.

[108] Zitiert nach: Tb. Jansen, 3. 12. 1959, in: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 11.

[109] Bariéty, De Gaulle, S. 550.

Ermüdungserscheinungen und sei viel zu kompliziert. Es sei gut, wenn der General Reformempfehlungen unterbreite. Doch damit erschöpfte sich das Maß der Gemeinsamkeit. Der Kanzler wollte diese Vorschläge ausdrücklich auf die Gestaltung der NATO angewandt wissen; de Gaulles Aspirationen hingegen gingen weit über deren Einsatzbereich hinaus. Außerdem pochte der Präsident auf die europäische Verteidigung mit einer starken, atomar bewehrten nationalen Komponente, während der Kanzler die europäische Sicherheit ohne amerikanischen Schutzschirm für bedroht hielt und auf eine Fortentwicklung der NATO im politischen wie waffentechnischen Bereich setzte[110].

Wenn die Konferenz für den Kanzler „in vollständiger Harmonie" endete, wie er es in seinen Erinnerungen behauptet[111], dann gewiß deshalb, weil der General in den übrigen Problemkreisen, vor allem der „deutschen Frage" und der Debatte über die Gipfelkonferenz, sich als verläßlicher Partner präsentierte. Allerdings gibt es auch Anzeichen dafür, daß sich Adenauer von de Gaulles Aura hatte einnebeln lassen. Gegenüber französischen Diplomaten äußerte er sich nach der Rückkehr nach Bonn „très satisfait" und zeigte sich vor allem überrascht, wie der General eine nationale Politik ohne Nationalismus führe. Seine Sorgen über die französische NATO-Politik seien fast vollständig verschwunden[112]. Gegenüber der Fraktion rühmte er gar, de Gaulles Äußerungen zur NATO-Reform hätten „Hand und Fuß" gehabt[113]. Im Teegespräch bekundete er wenige Tage später ausdrücklich Verständnis dafür, wenn de Gaulle sich die Frage stelle, ob die gegenwärtige Konstruktion der NATO noch zeitgemäß sei[114]. Ein Informationserlaß des Auswärtigen Amtes an die diplomatischen Vertretungen sprach hingegen wesentlich zurückhaltender davon, die Unterredungen hätten die Gelegenheit geboten, die wichtigsten Fragen zu erörtern „und weitgehend zu klären"[115].

Die Konferenz der vier westlichen Staats- und Regierungschefs drei Wochen später stand zwar ganz im Zeichen der Suche nach einer gemeinsamen Position gegenüber der Sowjetunion[116], doch konnte man über die schweren Störungen im inneratlantischen Verhältnis natürlich nicht einfach hinweggehen. Überschattet von Anschuldigungen des Vorsitzenden der amerikanischen Stabschefs, General Twining, gegen die französische NATO-Politik[117], von der neuerlichen amerikanischen Enthaltung bei der Abstimmung der UNO-Vollversammlung zur jüngsten Algerienresolution[118] und der abermaligen französischen Kritik am Prinzip

[110] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 661–663; Plenarsitzung vom 2. 12. 1959, in: ebd., S. 667 f.; Couve de Murville an Washington etc., Tel. 14010/19 etc., 9. 12. 1959, Réservé, in: ebd., S. 694–696; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 17–22; vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 550.

[111] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 21.

[112] Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3578/80, 4. 12. 1959, Confidentiel, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 679.

[113] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1008/2, Rede Adenauers vor der CDU/CSU-Fraktion, 8. 12. 1959.

[114] S. Teegespräche 1959–1961, S. 146, Informationsgespräch, 8. 12. 1959.

[115] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 208, Müller-Roschach an alle diplomatischen Vertretungen, 204–82.20/94.07, 21. 12. 1959.

[116] Vgl. Kap. V.1.4.

[117] S. Couve de Murville an Alphand, Tel. 14159/62, 11. 12. 1959, Très secret, Priorité, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 704 f.; AdG 1959, S. 8099C.

[118] S. Bérard an Couve de Murville, Tel. 3016/20, 14. 12. 1959, Réservé, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 714 f.;

der militärischen Integration[119], trafen sich Eisenhower und de Gaulle schon am ersten Tag zu einem Zwiegespräch, um den Riß zu kitten, den das amerikanische Votum in der UNO verursacht hatte[120]. Als de Gaulle erneut geheime trilaterale Konsultationen einforderte, eine Überprüfung der Kommandostruktur verlangte und auf der Force de frappe beharrte, bot Eisenhower ihm den höchsten Posten von SHAPE an. Doch der General wies die Offerte zurück, weil sie ihn daran hinderte, eine eigenständige Rolle in der Atlantischen Allianz zu spielen[121].

Als er am folgenden Morgen gegenüber Eisenhower und Macmillan abermals auf die Notwendigkeit dreiseitiger Beratungen zurückkam, schlug der amerikanische Präsident die Bildung einer „tripartite machinery on a clandestine basis", bestehend aus besonders kompetenten Wirtschafts- und Finanzexperten, ohne Verbindung zur NATO vor. Überrascht über dieses Angebot, stimmte Macmillan sofort zu. Auch de Gaulle äußerte sich über die Organisation „very satisfied"[122]. Sie reichte ihm aber noch nicht aus, und so empfahl er die Einrichtung einer weiteren Geheimgruppe für Militärfragen. Dies stieß bei Eisenhower auf erhebliche Bedenken, da ein Bekanntwerden eines solchen Gremiums in der NATO seines Erachtens einen desaströsen Eindruck hervorriefe. Doch de Gaulle paßte die ständige Rücksichtnahme auf die übrigen Mitgliedstaaten nicht, da doch nur die großen Drei weltweite Interessen verfolgten. Als er wieder einmal über die von Eifersucht gekennzeichnete Geheimniskrämerei der Angelsachsen im Atombereich herzog, verwies ihn Eisenhower auf die Überlegungen Norstads, der NATO eigene Nuklearwaffen zur Verfügung zu stellen. Das McMahon-Gesetz verlange zwar, die Schlüssel in den Händen der Amerikaner zu belassen, doch sei dies letztlich illusorisch, da sich die Stationierungsmächte doch gewiß des Schlüssels bemächtigten. De Gaulle fand diese Ausführungen zwar hochinteressant. Norstads Plan besaß aber in seinen Augen zwei Haken. Für Frankreich bot er zuwenig, da er ihm die nationale Verantwortung über Atomwaffen verwehrte; für die Bundesrepublik möglicherweise aber zuviel, da de Gaulle ihr den Besitz dieser Waffen vorzuenthalten gedachte. So blieb am Ende der Unterredung lediglich die Übereinkunft, ein „Policy Making Committee" auf sehr hoher Ebene zu gründen[123].

Daß de Gaulle die Gelegenheit nutzte, um seine alte Idee des Dreierdirektoriums wieder aufzufrischen, konnte Adenauer natürlich nicht behagen. Die drei westlichen Staatsmänner zogen es denn auch vor, ihn gar nicht erst einzuweihen. Als Partner im Kreise der Großen war Deutschland nicht erwünscht, wohl aber

Aufzeichnung der Unterabt. Vereinte Nationen und internationale Organisationen, 28. 12. 1959, in: ebd., S. 798–800; EA 1959, S. Z188.

[119] Zu de Gaulles Erklärung vor den Fraktionsführern der Nationalversammlung vom 15. 12. 1959 s. AdG 1959, S. 8114A.

[120] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 317, Tb. 17. 12. 1959.

[121] S. Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 19. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 760f.; Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 14, 21. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 317f.

[122] Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 20. 12. 1959, Top secret, im Auszug in: ebd., S. 319; s.a. Herter an Couve de Murville, 30. 12. 1959, Secret, im Auszug in: ebd., S. 322f.; Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 20. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 765; Macmillan, Pointing the Way, S. 106f. u. 112–114.

[123] Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 20. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 769–771, hier S. 771.

als Vermittler zwischen den Streithähnen in Paris und Washington. Während Adenauer gegenüber Eisenhower erneut um Verständnis für de Gaulles Algerienpolitik warb, hoffte der Amerikaner seinerseits, der Deutsche könne den Franzosen doch noch von den Vorteilen des „Norstad-Planes" überzeugen[124].

„Les Etats-Unis conçoivent l'Alliance atlantique comme une organisation dans laquelle ils devaient avoir des responsabilités exclusives et le contrôle de tout"

Die Trübungen innerhalb der Atlantischen Allianz waren also keineswegs beseitigt. Sie resultierten nicht zuletzt aus der Tatsache, daß das inzwischen zehn Jahre alte Bündnis nicht mehr den Anforderungen einer veränderten Zeit entsprach[125]. Der Reformbedarf bestand vor allem in bezug auf das amerikanische Entscheidungsmonopol beim Einsatz von Atomwaffen sowie in der Frage der Nuklearrüstung. Über Ausgestaltung und Ausmaß gingen die Vorstellungen weit auseinander, auch zwischen Bonn und Paris. Während Frankreich auf die Force de frappe setzte und das Prinzip der Integration aufzuheben gedachte, hielt die Bundesrepublik an der Gemeinschaft strikt fest[126] und suchte ihr Heil in den Vorstellungen Norstads über die Ausrüstung der NATO mit Mid-Range Ballistic Missile Weapons (MRBM)[127]. Dem französischen Alleingang konnte und wollte sich die Bundesrepublik nicht in den Weg stellen. Ihr Mißtrauen gegen die USA gebot ihr vielmehr, auf französische Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen und auf eine Beschleunigung der europäischen Integration zu setzen. Als de Gaulle, der „Connétable de l'ère nucléaire", am 13. 2. 1960 die erste französische Atombombenexplosion bei Reggane, mehr als 1000 km südlich von Algier in der Sahara, mit einem „Hourra pour la France!" begrüßte[128], forderte Adenauer zwar verstärkte Anstrengungen zur atomaren Abrüstung[129]. Doch während die internationalen Reaktionen von Protesten, Bedauern und Naserümpfen[130] oder der Angst vor einer „Atom-Kettenreaktion" gekennzeichnet waren[131], beschränkte sich die Bundesregierung auf die Feststellung: „Frankreich hat das unbestreitbare Recht, zu seiner eigenen Verteidigung diejenigen Waffen zu entwickeln, die es zur Erfüllung seiner Verteidigungsaufgaben für notwendig hält." Allerdings legte sie Wert auf die Feststellung, daß sie an der Herstellung der Bombe weder teilgenommen noch sie gefördert hätte[132].

[124] S. Herter an Dep. of State, Tel. Cahto 16, 21. 12. 1959, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 149–151.

[125] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 182, Kanzler-Tee, 5. 2. 1960.

[126] S. BA, NL Blankenhorn, Nd. 98a, Bl. 1–10, Tb. 31. 12. 1959; Blankenhorn, Verständnis, S. 353–356, Tb. 31. 12. 1959.

[127] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 38, Aktenvermerk des BMVg Fü B III, 31. 10. 1959; ebd., Nr. 42, Aufzeichnung dess. Az. 31–50–10–33 Tgb.Nr. 5/60, 5. 1. 1960, Streng geheim, Entwurf; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 106f.

[128] Zitiert nach: Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 106; s.a. AdG 1960, S. 8213B. Ein zweiter Test erfolgte am 1. 4. 1960 (ebd., S. 8310B). Zu den französischen Nuklearversuchen vgl. ausführlich: Le Baut, Essais.

[129] Vgl. Marcowitz, Option, S. 110.

[130] Vgl. Dejean an Couve de Murville, Tel. 698/10, 14. 2. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 174; Goldschmidt, Complexe, S. 155f.; AdG 1960, S. 8218A.

[131] „Der Tag", 16. 2. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 702–704, hier S. 704; s.a. Artikel Schwelien, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. 2. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 700–702.

[132] Van Scherpenberg an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ St.S. -0181/60, 14. 2. 1960, Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 808f., hier S. 808.

Das sah die SPD-Opposition ganz anders. Noch immer den Leitideen von einem Disengagement in Zentraleuropa und weltweiter Abrüstung als Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung verhaftet, kritisierte sie die französischen Atomrüstungspläne schon seit Monaten[133] und trat für eine Begrenzung der Atommächte auf die Nuklearwaffen besitzenden Staaten ein. Nach Meinung der Sozialdemokraten sollte es bis zu einer endgültigen Regelung bei der bestehenden Arbeitsteilung im Atlantischen Bündnis zwischen Haves und Have-nots bleiben. Frankreichs Ruhmsucht lehnte die SPD um so mehr ab, als sie nicht nur die Abrüstungsverhandlungen belastete, sondern auch das europäisch-afrikanische Verhältnis gefährdete[134]. Die Partei wußte sich dabei einig mit einem Großteil der deutschen Öffentlichkeit, dem Frankreichs „missionarisches Sendungsbedürfnis" unheimlich vorkam[135]. Die Kommentare zum ersten französischen Atomtest fielen entsprechend drastisch aus: „Bornierter Stolz", überschrieb der Chefredakteur des „Vorwärts" seinen Artikel[136], und Helmut Schmidt erklärte die Gründe für das französische Nuklearbedürfnis in seinem wenige Monate später erschienenen Buch „Verteidigung oder Vergeltung" mit den Worten: „verletzter Stolz und das französische Prestigebedürfnis"[137].

Die Bundesregierung sah sich damit zu einem schwierigen Spagat zwischen internationalen wie innenpolitischen Erfordernissen, Rücksicht auf die französische Freundschaft wie die innerdeutsche Stimmungslage genötigt. Vor dem Hintergrund einer seit Monaten andauernden Kampagne gegen Atombombenversuche in der Sahara[138] hatte Tunesien Ende Januar von Frankreich den Abzug sämtlicher in der Basis bei Bizerta stationierten Truppen gefordert, war damit aber nicht durchgedrungen[139]. Die Bundesregierung hätte sich gern aus der Sache herausgehalten, wurde aber schon bald von beiden Streithähnen hineingezogen. Denn nachdem Tunis in Bonn die eigene Sicht der Dinge dargelegt hatte, meinte der Quai d'Orsay, dem Auswärtigen Amt Hilfestellung bei der Formulierung der deutschen Reaktion leisten zu müssen. Als das Amt dann die Idee einer Einschaltung der NATO lancierte, schrillten in Paris sämtliche Alarmglocken. Einer solchen Einmischung, so stellte Couve de Murville umgehend klar, werde man sich strikt widersetzen[140].

Es wirkte beinahe wie eine Retourkutsche, als Frankreich seinerseits kurz darauf in den Chor der vielen Kritiker des deutschen Planes zur Nutzung militärischer Versorgungsbasen im Nicht-NATO-Mitglied Spanien einstimmte[141] – und

[133] Vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 364–367 u. 370–372.
[134] Vgl. Marcowitz, Option, S. 132f.
[135] Artikel Penk, in: „Hamburger Echo", 15. 2. 1960.
[136] Artikel von Puttkamer, in: „Vorwärts", 19. 2. 1960.
[137] Schmidt, Verteidigung, S. 99.
[138] Vgl. Aufzeichnung der Unterabt. Afrika im MAE, 4. 2. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 134–137.
[139] S. Couve de Murville an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 12, 5. 2. 1960, in: ebd., S. 137–140; ders. an Boegner, Tel. 438/50, 4. 2. 1960, Réservé, in: ebd., S. 128–132; Boegner an Couve de Murville, Tel. 633/46, 16. 2. 1960, Priorité absolue, Réservé, in: ebd., S. 184–187; Couve de Murville an Tunis, Tel. 662/68, 19. 2. 1960, Diffusion restreinte, Très secret, in: ebd., S. 194f.; ders. an de Leusse, Tel. 195, 25. 2. 1960, Urgent, in: ebd., S. 210f.; ders. an Tunis, Tel. 815/18, 25. 2. 1960, Réservé, in: ebd., S. 212f.
[140] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 706/10, 19. 2. 1960, in: ebd., S. 195f.
[141] Vgl. Sitzung der SPD-Fraktion, 8. 3. 1960, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 400; AdG 1960, S. 8236D.

damit einen doppelten Erfolg erzielte. Denn einerseits trug Paris mit dazu bei, das Vorhaben zu kippen[142]; andererseits nahm man bald darauf mit Bonn Verhandlungen über die Bereitstellung von französischen Flugplätzen für die Bundeswehr auf und band die Bundesrepublik damit militärpolitisch noch enger[143].

In den USA wurde diese Entwicklung durchaus kritisch gesehen. Frankreichs Eintritt in den erlauchten Club der Atommächte hatte die USA dazu gezwungen, die Nuklearpläne der Allianz zu forcieren, um jeglicher Nachahmung, für die namentlich die Bundesrepublik in Frage kam, sofort den Boden zu entziehen. Am 3. 2. sprach sich Eisenhower auf einer Pressekonferenz so offenherzig für die Weitergabe von Informationen zur Herstellung von Nuklearwaffen an Bündnispartner aus[144], daß Adenauer darin einen ersten Ansatz zu einer Verständigung und zu einer „erhebliche[n] Änderung der ganzen NATO-Organisation" erblickte[145]. Wenige Tage später stellte Norstad in einem Schreiben an die Standing Group der NATO eine Teilhabe an der Produktion von MRBM-Raketen in Aussicht und bat um die Zustimmung der Staaten zu einer Lagerung der nuklearen Sprengköpfe auf ihrem Gebiet. Eine Entscheidung sollte bis Mitte März fallen[146].

Die Vorstellungen des SACEUR waren im Bündnis bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen. Vor allem Großbritannien sperrte sich gegen jeden Versuch, den Einfluß der NATO auf nukleare Entscheidungen über jene Systeme zu stärken, die die Sowjetunion vom Kontinent aus direkt bedrohen konnten[147]. Frankreich verhielt sich ebenfalls sehr ablehnend, weil die MRBM-Raketen nur zur Deckung des Bedarfs des SACEUR, nicht aber für nationale Zwecke gedacht waren[148], und weil ihm der Gedanke an die Beteiligung der Bundesrepublik an der europäischen Produktion wegen des Dominoeffektes nicht behagte. Denn wenn die WEU Bonn jetzt das nach dem Pariser Vertrag von 1954 notwendige Einverständnis zur Mitwirkung an der Herstellung einer ballistischen Rakete erteilte, so lautete das Pariser Kalkül, wäre es in Zukunft kaum mehr möglich, derartige Genehmigungen in anderen Verbotsbereichen zu verwehren[149].

Daß Frankreich letztlich kein Interesse am Konzept Norstads besaß, machte de Gaulle dann Mitte März in aller Deutlichkeit klar, als er bei einem Wochenendbesuch des britischen Premierministers in Rambouillet den Wunsch nach einer bilateralen Kooperation im Nuklearbereich zu erkennen gab. Da Macmillan das Ansinnen unter Hinweis auf die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den USA zurückwies[150], verlangte der General wenige Tage danach in einem Conseil de Défense die Schaffung des ersten Teils der Force de frappe. Debré drängte dar-

[142] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1024/32, 10. 3. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 250f.
[143] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010–002/2, Informationsgespräch zwischen Adenauer und Frank Moraes vom 9. 5. 1960.
[144] S. Pressekonferenz Eisenhowers, 3. 2. 1960, im Auszug in: AdG 1960, S. 8196E.
[145] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 183, Kanzler-Tee, 5. 2. 1960.
[146] Vgl. DDF 1960, Bd. 1, S. 322, Anm. 1; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 107.
[147] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 40.
[148] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 43, Unterredung zwischen Strauß und Messmer vom 28. 3. 1960, Fü B III 3–168/60, Streng geheim.
[149] Vgl. DDF 1960, Bd. 1, S. 322, Anm. 2.
[150] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Macmillan vom 13. 3. 1960, Très secret, in: ebd., S. 303f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 181f.; Kaiser, Großbritannien, S. 139.

aufhin, ein „loi de programme" auszuarbeiten, um die parlamentarische Prozedur zu beschleunigen[151].

Parallel dazu trieb Frankreich nun die konventionelle Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik voran, die durch de Gaulles Veto gegen die trilaterale Nuklearkooperation im Juli 1958 einen so herben Rückschlag erlitten hatte, daß von den vielfältigen Objekten allein die Ausrüstung der Bundeswehr mit dem französischen Hubschrauber Alouette übriggeblieben war[152]. Um den brachliegenden Kontakten „eine neue Chance" zu geben"[153], hatte de Gaulle Anfang Februar 1960 mit Messmer einen neuen Verteidigungsminister ernannt, weil der zur Pflege der deutsch-französischen Beziehungen angeblich „besser" geeignet war als sein Vorgänger Guillaumat[154]. Zwar galt auch der neue Chef in der Rue Saint Dominique nicht eben als konziliant und Freund der Deutschen. Man sagte ihm aber nach, eine getreuer Exekutor de Gaullescher Politik zu sein[155].

Nachdem sich Messmer deutschen Diplomaten gegenüber besonders an der Flugzeugkooperation interessiert gezeigt hatte[156], verständigte er sich am 28. 3. mit Strauß unter strengster Geheimhaltung auf die Einrichtung einer militärpolitischen Studiengruppe zur Erweiterung der Austausch- und Ausbildungsmaßnahmen auf bilateraler Ebene. Außerdem erörterten sie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Produktion im Rüstungssektor. Messmer bezeichnete sie als „sehr delikat", da Frankreich von der amerikanischen Außenhilfe abhänge und zugleich an der Fertigung eigenen Geräts interessiert sei, gab aber eine gewisse Neigung zu bi- und trilateralen Vereinbarungen zu erkennen. Sodann berichtete er, daß die deutschen Wünsche auf logistischem Gebiet im französischen Ministerrat positiv beschieden worden seien und der Quai d'Orsay ein Rahmenabkommen vorbereite. Als einziges konkretes Resultat der Besprechung unterzeichneten die beiden Minister ein Abkommen über die gemeinsame Herstellung des Transportflugzeuges „Transall". Strauß erneuerte das bereits im November 1958 bekundete Interesse an der Einführung eines Standardpanzers und an einer späteren Kooperation hinsichtlich einer taktischen Mittelstreckenrakete[157].

Ende März kristallisierte sich heraus, daß Frankreich und Großbritannien das MRBM-Projekt Norstads wegen der für sie unbefriedigenden Eigentumsfrage ablehnten[158] und die Briten sich statt dessen um die Lieferung amerikanischer Skybolt- bzw. Polaris-Raketen bemühten[159]. Um die zunehmend massiver vorgetra-

[151] S. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 378.
[152] Vgl. Bulletin 1958, S. 2069.
[153] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-2, Jansen an Strauß, 18. 3. 1960, Vertraulich, Konzept.
[154] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 57, Strauß an Adenauer, 5. 2. 1960.
[155] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-2, Jansen an Strauß, 18. 3. 1960, Vertraulich, Konzept.
[156] S. ebd., ders. an dens., 23. 3. 1960; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, ders. an AA, FS Nr. 313, 24. 3. 1960, Verschlüsselt, Citissime.
[157] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 43, Unterredung zwischen Strauß und Messmer vom 28. 3. 1960, Fü B III 3–168/60, Streng geheim; Strauß, Erinnerungen, S. 317; Pommerin, La France, S. 273 f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 157 f.; ders., De Gaulle, S. 495; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 55. Zum „Transall"-Programm vgl. Bittner, Bilanz, S. 114 f.; Bossuat, Armements, S. 613; Kocs, Autonomy, S. 78–80.
[158] S. Unterredung zwischen Messmer und Norstad vom 24. 3. 1960, 25. 3. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 327 f.
[159] S. Herter an Eisenhower, Memorandum, 27. 3. 1960, Top secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2,

genen Nuklearaspirationen der Bündnispartner einzudämmen, legte der amerikanische Verteidigungsminister Gates den Kollegen der NATO-Staaten am 1. 4. einen neuen Plan vor, der zwei Alternativen aufwies, wobei die USA die erste Lösung bevorzugten: Fabrikation der Flugkörper vom Typ Polaris in den USA und Verkauf an die europäischen Staaten oder amerikanische Hilfe bei der Herstellung europäischer Mittelstreckenraketen. Als Voraussetzung für eine Realisierung des Vorhabens forderte Washington die Annahme des Gesamtprogramms durch den NATO-Rat sowie die permanente Unterstellung der Raketen, Abschußbasen und entsprechenden Einheiten unter das Kommando des SACEUR. Die Partner sollten außerdem einer Dislozierung der Waffen auf ihrem Territorium zustimmen, den Verbleib der nuklearen Gefechtsköpfe unter der Kontrolle der USA billigen und der Ausarbeitung der Einsatzpläne von SHAPE beipflichten[160].

In der Bonner Ermekeilstraße beurteilte man die Vorschläge des Pentagons höchst positiv. In einer von ihm Mitte Mai dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt zugestellten Direktive an den NATO-Botschafter von Walther sprach sich Strauß unter finanziellen und temporären Erwägungen für die von den Amerikanern favorisierte Alternative der Herstellung und Lieferung der Polaris durch die USA und eine gemeinsame europäische NATO-Produktion der Abschußgestelle aus. Eine spätere europäische Fabrikation der Flugkörper mochte er nicht ausschließen. Besonderen Wert legte er auf die Möglichkeit eines „beweglichen Einsatzes" des Waffensystems, wobei ein Zusammengehen mit Frankreich, eventuell auch mit Großbritannien als unerläßlich galt. Vor einer Anerkennung des Gesamtprogramms, der Dislozierung und der Sicherstellung von Sondermunitionslagern erwartete er aber konkrete Empfehlungen von der Standing Group und dem SACEUR über die Art und den Umfang der deutschen Beteiligung[161]. Die Bundeswehrführung plädierte aus sicherheitspolitischen Gründen gegen eine Dislozierung auf deutschem Boden und für eine Stationierung der Polaris auf schwimmenden Basen im freien Seeraum[162].

Briten und Franzosen reagierten weit weniger positiv, ohne das Angebot aber sogleich zurückzuweisen[163]. Messmer stimmte anläßlich der ersten Beratungen darüber Anfang April einer Zusammenarbeit mit SHAPE unter der Voraussetzung prinzipiell zu, daß die französischen Bedingungen gewahrt würden. Eine offizielle Antwort behielt er sich vor[164]. Sie konnte kaum positiv ausfallen. Denn Frankreich hätte die Raketen nicht der Force de frappe zuführen dürfen. Eine An-

S. 860f.; Unterredung zwischen dems. und Macmillan vom 28. 3. 1960, Top secret, in: ebd., S. 861–863; Eisenhower an Macmillan, Memorandum, 29. 3. 1960, Top secret, nebst Anhang, in: ebd., S. 863f.; Macmillan an Eisenhower, Memorandum, 29. 3. 1960, Top secret, in: ebd., S. 865.

[160] Zu den Vorschlägen von Gates auf der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister vom 1. 4. 1960 vgl. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 45, Aufzeichnung zur Bundesverteidigungsratssitzung vom 10. 5. 1960, Fü B III 3 Az. 31–50–10–33 Tgb.Nr. 124/60, 6. 5. 1960, Streng geheim; DDF 1960, Bd. 1, S. 407, Anm. 3; FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 582, Anm. 5; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 107f.

[161] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 44, Strauß an von Etzdorf, Fü B III 3 Az. 31–50–10–33 Tgb.Nr. /60, Mai 1960, Streng geheim, Entwurf; s.a. ebd., Nr. 45, Aufzeichnung zur Bundesverteidigungsratssitzung vom 10. 5. 1960, Fü B III 3 Az. 31–50–10–33 Tgb.Nr. 124/60, 6. 5. 1960, Streng geheim.

[162] Vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 108f.

[163] S. Chauvel an Couve de Murville, Nr. 472/P.A.N., 4. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 407–409.

[164] Vgl. ebd., S. 407, Anm. 3.

nahme des Gates-Vorschlags bedeutete mithin die Aufgabe der eigenen Atompläne, weil es finanziell nicht tragbar war, Polaris zu kaufen und gleichzeitig Raketen für die eigene Nutzung zu entwickeln[165]. Vage Signale Washington über eine gewisse nukleare Kooperationsbereitschaft schreckten Paris allerdings davor zurück, zu abweisend zu reagieren, zumal man sich sehr wohl bewußt war, mit einem etwaigen Alleingang auch andere Staaten, nicht zuletzt die Bundesrepublik, zu animieren, den Sprung in den Atomclub zu wagen. Daher sprach sich der Quai d'Orsay mit Blick auf ein in Genf vorbereitetes Teststoppabkommen energisch dafür aus, die Unterzeichnung des Vertrags nur dann zu verweigern, wenn die amerikanischen Hilfszusagen unzureichend ausfielen. Um den Druck auf die USA nicht nachzulassen, empfahl das Ministerium die Fortsetzung der eigenen Versuchsserie[166].

Über das Ausmaß des amerikanischen Willens zur Zusammenarbeit herrschte in der französischen Führung offener Dissens. Während Alphand seine Hoffnung auf ein Entgegenkommen Washingtons mittlerweile eingebüßt hatte, vertrat Guillaumat die Ansicht, man solle die Tür auf keinen Fall voreilig zuschlagen[167]. Um sich mehr Klarheit zu verschaffen, wandte sich Paris Anfang April sogar offiziös an Bonn[168]. Sollten die Deutschen tatsächlich die erbetenen Sondierungen durchgeführt haben, so waren sie schon bald überflüssig. Am 14. 4. unterstrich Herter gegenüber Couve de Murville, daß die USA das McMahon-Gesetz nicht zu lokkern gedachten[169]. De Gaulle billigte daraufhin die Pläne des Armeeministeriums zum Bau einer Mittelstreckenrakete und gab ihnen hohe Priorität. Für Frankreich war die Gates-Offerte folglich aus politischen, finanziellen und technischen Erwägungen vom Tisch. Es blieb nur die Frage, ob sie rundherum zurückgewiesen oder mit Gegenvorschlägen beantwortet werden sollte[170].

Der fehlgeschlagene Ost-West-Gipfel in Paris Mitte Mai[171] war für de Gaulle dann das endgültige Fanal, daß Frankreich von nun an aus eigener Kraft bestehen und eine wirksame nukleare Streitmacht aufbauen müsse[172]. Gleichzeitig ging er jetzt auch auf Eisenhowers neue Initiative zur Belebung der trilateralen Erörterungen ein, die seit Monaten ungeachtet vielfältiger französischer, aber auch englischer Anstrengungen aufgrund des amerikanischen Desinteresses ruhten[173]. Das Scheitern der Gipfelkonferenz vor Augen, schlug Eisenhower unmittelbar vor der Verabschiedung von de Gaulle am 18. 5. nach Absprache mit Macmillan[174] eine engere Konsultation der drei Westmächte mit Hilfe eines effektiven Mecha-

[165] Vgl. Aufzeichnung Spaak, 3. 6. 1960, Secret, in: ebd., S. 772–774.
[166] S. Aufzeichnung der Abt. Politik im MAE, 8. 4. 1960, in: ebd., S. 441–443; zum amerikanischen Interesse an einer bilateralen Zusammenarbeit s.a. Isenbergh an Dep. of State, Nr. 1603, 14. 4. 1960, Confidential, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 331–335.
[167] Vgl. Bozo, Stratégies, S. 56.
[168] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006-[VII]-2, Jansen an Strauß, 2. 4. 1960, Persönlich, Konzept.
[169] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 15. 4. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 336–339.
[170] S. Aufzeichnung der Abt. Politik im MAE, 29. 4. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 539–542.
[171] Vgl. Kap. V.1.4.
[172] S. de Gaulle an Sohn Philippe, 18. 5. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 358f.
[173] Vgl. Unterredung zwischen dems. und Macmillan vom 13. 3. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 303f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 181f.; FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 326f.
[174] S. Eisenhower an Macmillan, 18. 2. 1960, Secret, im Auszug in: ebd., S. 328; Macmillan an Eisenhower, 14. 3. 1960, Top secret, im Auszug in: ebd., S. 329f.

nismus vor, ohne aber den Verbündeten den Eindruck zu geben, als ob man ein „triumvirat pour diriger le monde" errichten wolle. De Gaulle stimmte der Initiative zu, verlangte aber mit Blick auf die nahenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen, sie als dauerhafte Institution unabhängig von den führenden Personen der drei Staaten einzurichten. Ein Versuch Eisenhowers, die Gespräche auf die Ebene der Außenminister zu verlegen, prallte bei de Gaulle trocken ab. Nicht die Minister, sondern die Staatschefs seien gefordert: „En fait, la réalité mondiale de l'Occident est ici. Elle est autour de cette table. Elle est l'accord des trois chefs d'Etat ou de gouvernement. C'est qu'il faudrait organiser." Bevor man auseinanderging, stellte der General konkrete Vorschläge für die nächsten Wochen in Aussicht[175].

Noch also war das Konzept des Dreierdirektoriums nicht „versackt"[176]. Gewiß spürte de Gaulle, daß Eisenhower die französische Absicht, die NATO umzugestalten und die amerikanische Hegemonie auszuhebeln, nicht akzeptierte. Er sah aber auch, wie Macmillan am 19. 5. gegenüber Debré unterstrich, den Plan des Triumvirats nun verwirklichen zu wollen[177]. Der englische Premierminister hatte es plötzlich eilig. Ohne die avisierte Botschaft de Gaulles abzuwarten, schickte er dem General und dem Präsidenten wenige Tage später ein Memorandum, das seine Vorstellungen über das Procedere konkretisierte. Die Hauptaufgabe der Konsultationen übertrug er neben den Treffen der Staatschefs regelmäßig im Abstand von zwei bis drei Monaten stattfindenden Außenministertagungen. Die Konferenzen der Staatschefs sollten nicht wie Gipfeltreffen wirken, also nicht durch Kommuniqués und Parlamentserklärungen begleitet sein[178]. Macmillan wußte natürlich, wie argwöhnisch die europäischen Verbündeten die Aktionen der Westmächte beobachteten. Als die drei Außenminister sich am 1. 6. am Rande der SEATO-Konferenz separat trafen, löste das bei einigen Partnern „des soupçons et des démarches" aus. Couve de Murville sah nicht zuletzt bei den Deutschen wachsende Unruhe, was ihn aber nicht davon abhielt, ein neues Treffen à trois anläßlich der UN-Vollversammlung im September anzuregen[179].

Vielleicht war es das Mißtrauen der europäischen Verbündeten, das de Gaulle dazu bewog, seine Botschaft zur trilateralen Konsultation hinauszuzögern. Erst am 11. 6. sandte er seine Schreiben nach Washington und London ab. Er wiederholte darin noch einmal seinen Wunsch nach regelmäßigen, von hohen Beamten vorbereiteten Treffen der drei Außenminister sowie Begegnungen der Staats- und Regierungschefs und fügte die Forderung hinzu, die Beratungen durch die Vertei-

[175] Konferenz zwischen Eisenhower, de Gaulle und Macmillan vom 18. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 684f., hier S. 685; s.a. Konferenz zwischen dens. vom 18. 5. 1960, Secret, Eyes only, in: FRUS 1958–1960, Bd. 9, S. 494–497; Unterredung zwischen Eisenhower und de Gaulle vom 18. 5. 1960, Top secret, in: ebd., Bd. 7, T. 2, S. 364f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 212.

[176] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 538.

[177] S. Unterredung zwischen Macmillan und Debré vom 19. 5. 1960, 24. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 721–723.

[178] S. ders. an de Gaulle, 25. 5. 1960 (Übersetzung), nebst Anlage, in: ebd., S. 723f.; ders. an Eisenhower, 25. 5. 1960, Top secret, nebst Anlage, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 370f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 241–243.

[179] Unterredung zwischen Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 1. 6. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 746–751, hier S. 746; s.a. Unterredung zwischen Couve de Murville und Herter vom 2. 6. 1960, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 382.

digungsminister bzw. Stabschefs auf den militärischen Bereich ausdehnen. Die Tagesordnung sollte durch die Standing Group konzipiert werden[180].

Macmillan begrüßte das Schriftstück und hoffte darauf, den Mechanismus der dreiseitigen Unterredungen noch vor dem Ende der Amtszeit von Eisenhower ins Werk zu setzten. Allein die von de Gaulle angeregte Planung der Außenministerberatungen durch einen hohen Beamten behagte ihm nicht, weil sie zuviel Aufsehen erregte[181]. Eisenhowers Monitum ging bezeichnenderweise in eine andere Richtung. Er erhob Bedenken gegenüber der Nutzung des NATO-Gremiums, weil er dadurch die Geheimhaltung bedroht sah[182]. Obwohl de Gaulle sofort präzisierte, daß nicht die Standing Group selbst, sondern ihre drei Mitglieder in Aktion träten und Washington natürlich auch eine andere Person benennen könne[183], zögerte das State Department aus Sorge um „major dislocation of NATO alliance", diese Forderungen zu erfüllen. Letztlich ging es dem Außenministerium dabei weniger um den Rahmen, als um den Inhalt des geplanten Gedankenaustauschs. Denn in den Bereichen der strategischen Planungen und Nuklearkooperation war eine Befriedigung der französischen Wünsche aus seiner Sicht kaum möglich[184].

Eisenhower ging trotzdem auf de Gaulles Wunsch militärischer Konsultationen ein, weil er selbstkritisch zugab, daß die bisherige Verweigerungshaltung der Angelsachsen der NATO nur geschadet hatte. Ende Juni empfahl er in einem Schreiben an Macmillan, die Beratungen auf der Ebene hoher Offiziere in Washington aufzunehmen. Gegen die Beteiligung des französischen Vertreters der Standing Group hatte er nichts einzuwenden. Das war zwar nicht die organisierte globale Strategieplanung, wie sie de Gaulle vorschwebte, aber immerhin ein Schritt vorwärts[185]. Und Eisenhower hoffte, durch diese Anbahnung einer echten dreiseitigen strategischen Diskussion den General im Gegenzug zu mehr Zusammenarbeit in der NATO zu bewegen[186].

Adenauer hatte diese Bemühungen zur Reanimierung des de Gaulleschen Triumviratsplan seit Anfang Juni mit Argwohn und Verdruß beobachtet. Das State Department wollte der Deutschen Botschaft gegenüber Presseberichte über gewisse Zusagen Eisenhowers zwar nicht bestätigen. Doch gab es für Grewe keinen Zweifel daran, daß ein intensiverer französisch-amerikanischer Gedankenaustausch am Potomac durchaus begrüßt und auch die trilateralen

[180] S. de Gaulle an Eisenhower, übermittelt in: Couve de Murville an Alphand, Tel. 8400/03, 11. 6. 1960, Très secret, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 803 f.; de Gaulle an Macmillan, übermittelt in: Couve de Murville an Chauvel, Tel. 6921/26, 11. 6. 1960, Très secret, Réservé, in: ebd., S. 804 f.; englischsprachige Übersetzungen beider Briefe unter dem Datum 10. 6. 1960 in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 384–386; Macmillan, Pointing the Way, S. 244 f.

[181] S. Chauvel an Couve de Murville, Tel. 1776/83, 15. 6. 1960, Très secret, Réservé, Sans distribution, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 812 f.

[182] S. Eisenhower an de Gaulle, 18. 6. 1960, im Auszug, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 386, Anm. 5.

[183] S. Unterredung zwischen Herter und Alphand vom 24. 6. 1960, Secret, in: ebd., S. 390–392.

[184] Dillon an Paris, Tel. 5366, 17. 6. 1960, Secret, in: ebd., S. 386–388, hier S. 387 f.

[185] S. Eisenhower an Macmillan, übermittelt in: Herter an London, Tel. 9966, 30. 6. 1960, Secret, in: ebd., S. 395 f.; Macmillan, Pointing the Way, S. 245 f.

[186] S. Telefongespräch zwischen Eisenhower und Herter vom 1. 7. 1960, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 397.

Erörterungen mit England nach dem gescheiterten Gipfel als notwendig angesehen wurden[187].

Die Haltung der Bundesregierung war keinesfalls einhellig. Von Brentano sah keinen Anlaß zur Sorge, erkannte an, daß es durchaus Politikfelder gab, auf denen die drei Staaten besondere Interessen besaßen. An eine Institutionalisierung mochte er wegen des zu erwartenden Widerstandes der anderen NATO-Staaten nicht glauben[188]. Außerdem hatte ein Anfang Mai stattgefundenes Rendezvous zwischen Strauß und Messmer verdeutlicht, daß de Gaulle auch an einer intensivieren Abstimmung der deutschen und französischen Sicherheitspolitik interessiert war, freilich vor allem im Rüstungsbereich, wo man ein Rahmenabkommen über die Nutzung von logistischen Installationen, Übungseinrichtungen und Versuchszentren in Frankreich durch die Bundeswehr vorbereitete oder an die Kooperation bei der Prüfung eines Senkrechtstarters dachte[189].

Demgegenüber reagierte Carstens weniger gelassen, meinte, man müsse den Franzosen gegenüber Flagge zeigen und ihnen klarzumachen, daß Bonn kein Gremium akzeptieren könne, das präjudizierende Entscheidungen für die westliche Sicherheit ohne deutsche Beteiligung träfe. Die Gefahr der Institutionalisierung wollte er nicht ausschließen[190]. Auch Adenauer reagierte ungehalten. Wenngleich ihm konkrete Informationen über die Unterredungen de Gaulles mit Eisenhower und Macmillan fehlten und der General ihm gegenüber Mitte Mai angedeutet hatte, eine organisierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auch im europäischen Rahmen anzugehen[191], gefiel es dem Kanzler überhaupt nicht, mitansehen zu müssen, wie sich der Präsident „wieder seinen ehemaligen Freunden in der Entente näher[t]e"[192]. Verhindern konnte er diese Avancen natürlich nicht, und daher hieß die Sprachregelung des Auswärtigen Amtes, man könne die „Dreier-Konsultationen" akzeptieren, solange sie „nicht institutionalisiert" seien und die übrigen Partner in den sie interessierenden Fragen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt würden[193].

Genau dies aber hatte sich bereits angedeutet, als Couve de Murville anläßlich seiner Begegnung mit Herter und Lloyd am 1. 6. in Washington den Gates-Plan mit der Begründung ablehnte, Frankreich wolle sich der Kontrolle nicht unterwerfen und wünsche keine Waffen „de portée stratégique (I.R.B.M.)" auf deutschem Boden. Herter hielt dagegen, daß die Allianz nicht gestärkt, sondern geschwächt werde, wenn alle Mitglieder Raketen unter nationaler Verfügungsgewalt

[187] S. PA, Ref. 700, Bd. 1687, Grewe an AA, FS Nr. 1231, 2. 6. 1960, Verschlüsselt, Citissime; AMAE, Europe 1944–1960, URSS, Bd. 245, Bl. 172–174, Unterabt. Osteuropa im MAE an Vertretung bei der NATO, Aufzeichnung, 27. 6. 1960 (Konzept JBR).

[188] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 63, von Brentano an Carstens, MB 728/60, 8. 6. 1960, Konzept.

[189] S. Seydoux an Couve de Murville, Tel. 1793, 4. 5. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 555f.; Kommuniqué des Bundesministeriums für Verteidigung, in: Bulletin 1960, S. 830.

[190] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Carstens an Zimmer, 11. 6. 1960.

[191] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 642; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 46; Soutou, L'alliance incertaine, S. 158f.; ders., Problèmes, S. 237.

[192] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 428, Tb. 19. 6. 1960.

[193] PA, Ref. 700, Bd. 1687, van Scherpenberg an von Brentano, Aufzeichnung St.S. 762/60, 23. 6. 1960.

besäßen. Als Lloyd seinem französischen Kollegen vorhielt, er diskriminiere die Deutschen, zog sich Couve de Murville kühl auf das Argument zurück, es sei alles eine Frage der Menge. Wenn nur wenige Raketen aufgestellt würden, könne die Bundesrepublik ruhig außen vor bleiben. Immerhin gestand er zu, das Problem offen mit den Deutschen erörtern zu müssen[194].

Eine solche Diskussion unter den vier Westmächten ließ aber auf sich warten. Bei einer Unterrichtung der NATO-Botschafter über den Gates-Vorschlag durch Norstad wurde allerdings bekannt, daß als Einsatzräume aus „geographischen" Gründen nur Frankreich, England, Italien und das östliche Mittelmeer vorgesehen, während die Bundesrepublik, die Türkei und Skandinavien auf den Schaubildern ausgespart waren[195]. Dies kam den Vorstellungen der Bundesregierung insofern entgegen, als sie eine Stationierung auf deutschem Boden strikt ablehnte. Allerdings wünschte sie im Grunde auch keine Dislozierung in den Nachbarstaaten, drängte vielmehr darauf, daß für die Raketen nur bewegliche Abschußvorrichtungen, z. B. auf Schiffen, installiert würden. Großen Wert legte sie auf eine baldige Entscheidung nicht zuletzt über die Form der Kontrolle und der Einsatzbefehle[196]. Dabei war zumindest für das Bundesverteidigungsministerium klar, daß man die eigene Beteiligung nur in enger Abstimmung mit Frankreich anmelden könne[197].

Frankreich aber ging in der Frage der Nuklearrüstung seiner eigenen Wege. Am 10. 6. konkretisierte de Gaulle seine Atompläne im Komitee für Nationale Verteidigung mit einem Dreistufenkonzept: in einer ersten Phase Ausrüstung einiger „Mirage IV"-Maschinen mit Atombomben; in einer zweiten dann Herstellung von Mittel- und Langstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen; schließlich Entwicklung einer Wasserstoffbombe in zwei bis drei Jahren[198].

Um den Riß zwischen Frankreich und der Allianz nicht größer werden zu lassen, schaltete sich jetzt einmal mehr Generalsekretär Spaak in die Debatte ein. Seines Erachtens hatte Gates die französischen Besorgnisse einfach „ignoriert" und damit einen „schweren psychologischen Fehler" begangen[199]. In Absprache mit der französischen Vertretung bei der NATO unterbreitete er daher den Amerikanern den Vorschlag, die Franzosen zumindest bei der Fabrikation der Raketen zu unterstützen, wenn das McMahon-Gesetz schon die Hilfe bei der Fabrikation der Sprengköpfe nicht erlaube[200]. Beim Adressaten stieß die Initiative auf wenig Gegenliebe. Zwar erwogen die USA, dem französischen Wunsch nach Lieferung angereicherten Urans U-235 nachzukommen, befürchteten aber, mit derartigen Zu-

[194] Unterredung zwischen Couve de Murville, Herter und Lloyd vom 1. 6. 1960, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 747–749, hier S. 748; s.a. Unterredung zwischen dens. vom 1. 6. 1960, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 372–379.

[195] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 47, Vorlage zur Sitzung des Bundesverteidigungsrates vom 8. 7. 1960, Entwurf.

[196] S. ebd., Nr. 49, von Brentano an Adenauer, 301-/44/60, 8. 6. 1960, Streng geheim; ebd., Adenauer an Strauß, 4–37830–22/60 VI, 10. 6. 1960, Streng geheim; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 109.

[197] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 47, Vorlage zur Sitzung des Bundesverteidigungsrates vom 8. 7. 1960, Entwurf; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 108.

[198] Vgl. AdG 1960, S. 8454C.

[199] Spaak, Memoiren, S. 403.

[200] S. Aufzeichnung Spaak, 3. 6. 1960, Secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 772–774; Spaak, Memoiren, S. 403.

geständnissen die Nuklearambitionen anderer Staaten, vor allem der Bundesrepublik, nur anzustacheln. Außerdem glaubten sie nicht daran, daß Spaaks Anregung de Gaulle in seiner „‚all or nothing' attitude" zufriedenstellen und zur Billigung der Gates-Pläne bewegen könne[201].

Demgegenüber unterstellte de Gaulle den Amerikanern – nicht zu Unrecht –, letztlich doch nicht zu einer mit seinen Interessen kompatiblen Aufwertung des Angebotes bereit zu sein, und in gewisser Hinsicht zeigte er sogar Verständnis für ihre Haltung[202]. Sein Verdacht bestätigte sich noch, als Herter Alphands drängende Bitte, die Frage der amerikanischen Nuklearhilfe zu beschleunigen, Ende Juni hinhaltend beschied[203]. Wenig später lehnte Eisenhower Spaaks Empfehlung offiziell ab und bat ihn zugleich um eine Verschiebung der Diskussion über den Gates-Plan. Der NATO-Generalsekretär zeigte sich sehr enttäuscht und sah nun kaum noch eine Chance, Frankreich in die Pläne einbinden zu können[204].

Sein Pessimismus war völlig berechtigt. Gewiß, im Elysée sah man durchaus die Vorteile der Offerte des Pentagons, vor allem die finanziellen Einsparungen. Aber die Nachteile wogen zu schwer[205]. Als Spaak de Gaulle am 21. 7. die Gates-Vorschläge schmackhaft zu machen versuchte, schlug ihm „resignierte Skepsis" entgegen[206]. Die westliche Vormacht, beklagte sich der General, sei nicht bereit, dem europäischen Partner den Aufstieg zur Atommacht zu erleichtern. Folglich bleibe ihm nichts anderes übrig, als den Weg allein zu gehen. Spaak hielt mit seiner Enttäuschung über die Amerikaner nicht hinter dem Berg. Höchst bedauerlich sei es, daß die USA „concevaient de plus en plus l'Alliance atlantique comme une organisation dans laquelle ils devaient avoir des responsabilités exclusives et le contrôle de tout"[207]. Zwei Tage später legte die Regierung Debré dem Finanzausschuß der Nationalversammlung den Entwurf der „loi de programme" über die „Force de frappe" mit einem für die Haushaltsjahre 1960 bis 1964 geschätzten Gesamtvolumen für Rüstungsinvestitionen von 31 Milliarden Francs vor. Zwölf Milliarden Francs sollten danach bereits jetzt festgelegt werden, von denen etwa sechs Milliarden Francs auf die Nuklearrüstung entfielen[208].

[201] Unterredung zwischen Kohler und Hood vom 20. 6. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 388f., hier S. 389; s.a. Unterredung bei Herter vom 20. 5. 1960, US/MC/39, Official Use Only, im Auszug in: ebd., S. 365f.; Unterredung bei dems. vom 20. 5. 1960, US/MC/41, Secret, im Auszug in: ebd., S. 367f.; Unterredung zwischen dems. und Alphand vom 20. 5. 1960, Secret, in: ebd., S. 368f.; Unterredung zwischen dems. und Couve de Murville vom 2. 6. 1960, USDel/MC/16, Secret, im Auszug in: ebd., 380f.; Unterredung zwischen Dillon und Spaak vom 15. 6. 1960, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: ebd., T. 1, S. 596–598; vgl. DDF 1960, Bd. 1, S. 774, Anm. 2.

[202] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 20. 5. 1960, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 332f.

[203] S. Unterredung zwischen Herter und dems. vom 24. 6. 1960, 25. 6. 1960, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 392, Anm. 4.

[204] S. Nolting an Dep. of State, 5. 7. 1960, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: ebd., T. 1, S. 599f.; vgl. Spaak, Memoiren, S. 404–406.

[205] S. Aufzeichnung der Ständigen Vertretung Frankreichs bei der NATO, 1. 8. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 182.

[206] Spaak, Memoiren, S. 406.

[207] Unterredung zwischen de Gaulle und Spaak vom 21. 7. 1960, Très secret, 25. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 140f., hier S. 141; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 381f., Tb. 25. 7. 1960; Spaak, Memoiren, S. 406f.

[208] S. das am 6. 12. 1960 in der Assemblée Nationale gebilligte Programmgesetz, in: EA 1961, S. D33f.; vgl. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 378f.; Schütze, Atombewaffnung, S. 207.

Trotz dieses hohen Prozentsatzes galt die Summe aus Sicht des deutschen Militärattachés in Paris als unzulänglich und führte bei ihm zu einer höchst bedenklichen Schlußfolgerung. „Entweder soll force de frappe gar kein wirklich militärischer Machtfaktor, sondern lediglich politisches Manövrierinstrument werden; oder die französische Verteidigungskonzeption steuert tatsächlich auf eindeutigen Vorrang des nuklearen Krieges zu und vernachlässigt klassische Streitkräfte“[209]. In der Ermekeilstraße entschied man sich unmißverständlich für die erste Alternative. Strauß wies der Entscheidung de Gaulles zum Bau der „bombinette“ eindeutig politische Motive zu: Der Besitz der Force de frappe avancierte in seinen Augen zum „eigentlichen Souveränitätsausweis“ Frankreichs[210], wenngleich diese Souveränität nicht zuletzt auf dem Schutz durch die NATO beruhte[211].

„Une union entre la France et l'Allemagne qui ne reste pas, non plus, dépourvue d'armes nucléaires“

So ganz allein wollte Frankreich den Schritt zur Atommacht aber doch nicht wagen. Schon am 31. 5. hatte sich de Gaulle in einer Rundfunk- und Fernsehansprache für eine europäische, und das hieß insbesondere deutsch-französische Verteidigungskooperation stark gemacht[212]. Angesichts der für 1961 erwarteten sowjetischen Überlegenheit im Bereich der strategischen Waffen und der dann unter veränderten Vorzeichen wieder aufzunehmenden Viermächteverhandlungen unterstrich sein Chef d'état-major particulier, General Olié, Anfang Juli, welch wichtige Rolle Frankreich bei diesen Konsultationen spielen könne, sofern es ihm gelinge, das westliche Europa verteidigungspolitisch zu organisieren. „En matière militaire, une convergence de moyens [...] pourrait permettre de constituer, sous l'égide de la France un puissant ensemble européen de dissuasion qui relèverait l'instrument américain dont l'emploi n'est pas assuré.“[213] Am 18. 7. regte de Gaulle in einem Schreiben an Adenauer an, sich über europäische Fragen und die NATO-Reform direkt abzustimmen[214].

Der Kanzler machte in diesen Wochen keinen Hehl daraus, daß er die NATO in der bestehenden Form nicht für lebensfähig hielt[215]. Als Seydoux ihm am 20. 7. eine Einladung de Gaulles nach Rambouillet überbrachte, sagte Adenauer zunächst zu[216], geriet dann in seiner Wut über de Gaulles Triumviratsgedanken und über die Diskriminierung Blankenhorns bei einem Empfang anläßlich des Nationalfeiertages aber ins Schwanken[217]. Debré brachte das Faß vollends zum Überlaufen, indem er am 25. 7. vor der Nationalversammlung nicht nur abermals den Gedanken des Dreierdirektoriums ventilierte, sondern auch die Allianz zwischen den USA,

[209] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 280, Blankenhorn an AA, FS Nr. 744, 25. 7. 1960, Verschlüsselt, Cito.
[210] Strauß, Erinnerungen, S. 317.
[211] Ebd., S. 319; s.a. Linsel, Charles de Gaulles, S. 172f.
[212] S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles im Elysée, 31. 5. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 220f.
[213] Zitiert nach: Soutou, L'alliance incertaine, S. 156.
[214] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 18. 7. 1960, Très secret; Blankenhorn, Verständnis, S. 380f., Tb. 21. 7. 1960.
[215] S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 6. 7. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 703f.
[216] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 243f.
[217] Vgl. Kap. V.1.5.

Großbritannien und Frankreich als „dans la nature des choses" bezeichnete[218]. Zu allem Überfluß wurde der Deutschen Botschaft zur selben Stunde bekannt, daß der Premierminister zwei Tage zuvor bei der Vorstellung des „loi-programme" im Finanzausschuß die Staaten in zwei Kategorien eingeteilt hatte, in diejenigen, die über Atomraketen verfügten, und jene, die sie nicht besäßen; „nur die erstgenannten hätten ein Recht mitzureden, da die anderen nur Satelliten seien"[219].

Daß de Gaulle so unverfroren „auf die französische Hegemonie in Europa" abzielte, führte am Rhein zu einem Aufschrei der Empörung[220]. Frankreich wollte die Bundesrepublik offenbar auf den „Platz eines Juniorpartners, ja sogar auf den Platz eines Bundesgenossen minderen Rechts" verweisen[221]. „Tief betroffen" schickte Adenauer Blankenhorn umgehend zu Debré und legte scharfen Protest gegen diese die Freundschaft beider Staaten gefährdende Erklärung ein. Den Besuch in Rambouillet gedachte er jetzt abzusagen[222]. Persönlich gekränkt, beschwerte sich der Kanzler auch beim französischen Botschafter und diskreditierte gegenüber dem Bruder des ehemaligen amerikanischen Außenministers Dulles das Dreierkollegium als das Ende der NATO[223].

Debré bemühte sich nach Kräften, die deutsche Aufregung über seine Regierungserklärung abzuschwächen. Paris wolle doch nur eine Abstimmung mit London und Washington außerhalb des NATO-Gebietes und in den Moskau betreffenden Fragen – die Militärpolitik ließ er unerwähnt. Die Force de frappe sei eine Notwendigkeit, um von den Amerikanern unabhängig zu sein und auch im europäischen Interesse abschreckend zu wirken. Ausdrücklich begrüßte er eine klärende Aussprache zwischen Adenauer und de Gaulle Ende Juli und schlug einen eigenen Besuch in Bonn Ende August/Anfang September vor[224]. Besprechungen zwischen Kanzler und Premierminister hielt Blankenhorn im gegenwärtigen Stadium aber für „wertlos", da Debré seiner Ansicht nach Deutschland gegenüber „mit großer Reserve erfüllt" war. Um so wichtiger erschien ihm die Begegnung zwischen Adenauer und de Gaulle, zumal auch Couve de Murville sich für eine umgehende Bereinigung der eingetretenen „echte[n] psychologische[n] Krise" durch die beiden Staatsmänner aussprach[225].

Der Kanzler lenkte schließlich ein und flog am 29. 7. mit kleiner Delegation doch nach Rambouillet. Trotz der betont herzlichen Begrüßung hielt er es allerdings zunächst für angezeigt, sich noch einmal seinen Verdruß von der Seele zu reden, insbesondere über Debrés unreflektierte Äußerung von den Satellitenstaaten.

[218] Regierungserklärung Debrés vor der Assemblée Nationale, 25. 7. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960, Bd. 3, S. 2204; auszugsweise deutsche Übersetzung in: EA 1960, S. D235-D237.

[219] Zitiert nach: PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 280, Blankenhorn an AA, FS Nr. 744, 25. 7. 1960, Verschlüsselt, Cito; vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 172; AdG 1960, S. 8541A.

[220] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 438, Tb. 28. 7. 1960.

[221] Blankenhorn an von Brentano u. van Scherpenberg, FS Nr. 754, 27. 7. 1960, Geheim, Citissime mit Vorrang, in: BDFD I, S. 817–819, hier S. 818.

[222] BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 37f., van Scherpenberg an Blankenhorn, FS Nr. 432, 26. 7. 1960, Geheim, Persönlich, Citissime mit Vorrang.

[223] Vgl. Seydoux, Erinnerungen, S. 243f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 537 u. 564.

[224] Blankenhorn an von Brentano u. van Scherpenberg, FS Nr. 754, 27. 7. 1960, Geheim, Citissime mit Vorrang, in: BDFD I, S. 818; s.a. Marcowitz, Option, S. 53.

[225] BA, NL Blankenhorn, Bd. 102, Bl. 30f., Blankenhorn an von Brentano u. van Scherpenberg, FS, 27. 7. 1960, Geheim, Citissime mit Vorrang.

Wenn die Bundesrepublik sich 1954 zu einem Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen bereit erklärt habe, gelte das doch nur rebus sic stantibus. Wenn das Ungleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich im Rüstungsbereich fortbestehe, d.h. Frankreich für die nukleare, die Bundesrepublik aber für die konventionelle Rüstung zuständig sei, werde das die Moral der Bundeswehr belasten. Im Gegensatz zur Darstellung in Adenauers „Erinnerungen" blieb de Gaulle die Antwort nicht schuldig. Debré, so führte er aus, habe sagen wollen, wenn es zu keiner Abrüstung komme, sähe Frankreich sich gezwungen, eigene Atomwaffen zu produzieren, um nicht abhängig zu sein. „D'ailleurs, il est plus que probable que, dans ce cas, un jour viendra où l'Allemagne prétendra en avoir, elle aussi." Nach dieser überraschenden, ja sensationellen Wendung fand man zu altbekannter Harmonie zurück, die durch das beiderseitige Lamento an der atlantischen Sicherheitsgemeinschaft noch genährt wurde. Für den General war die bestehende NATO-Organisation nichts anderes als eine Filiale Amerikas. Ob die Amerikaner im Ernstfall die Sicherheit Europas garantierten, sei höchst ungewiß. Die NATO müsse daher reformiert, die Integration könne nicht fortgesetzt werden. Europa sei dazu aufgerufen, seine Position zu stärken. Adenauer stimmte der Kritik zu, gab allerdings zu bedenken, daß das französische Nuklearpotential nicht ausreiche und außerdem die konventionelle Rüstung weitergehen müsse. De Gaulle präzisierte, nicht die Atlantische Allianz, sondern die NATO sei abzuschaffen. Selbst wenn Europa nicht genügend atomare und konventionelle Waffen besäße, dürfe die Basis seiner Verteidigung doch nicht vom Wohlwollen des amerikanischen Präsidenten abhängen. Und außerdem: Um das nukleare Ungleichgewicht zur westlichen Vormacht auszugleichen, müsse Europa eben aufholen. Dabei dachte er im eklatanten Widerspruch zu seinen bisherigen Bemühungen, die Bundesrepublik aus dem Kreis der Atommächte herauszuhalten, nun sogar daran, sie eines Tages in den Club aufzunehmen. „Cette situation implique incontestablement une union entre la France et l'Allemagne et impliquera sans doute qu'à partir d'un certain moment, celle-ci ne reste pas, non plus, dépourvue d'armes nucléaires". Auf Adenauers Frage, ob Frankreich seine Atomwaffen der NATO zur Verfügung stellen werde, antwortete de Gaulle klar und deutlich „Non!" Dem Kanzler behagte das nicht, weil er sich um eine Isolierung des westlichen Nachbarn und wachsende Unzufriedenheit im eigenen Lande sorgte. Natürlich, so versuchte de Gaulle ihn zu beruhigen, würden französische Truppen trotz aller Selbständigkeit im Ernstfall für die gemeinsame Aufgabe mitkämpfen. Deutschland bilde die Vorhut, Frankreich die zweite Reihe, die Hauptkampflinie. Schließlich kamen sie überein, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen abzuwarten und dann einen gemeinsamen Reformplan für die NATO zu unterbreiten[226].

Gewiß ging es de Gaulle bei seinem erstaunlichen Angebot in erster Linie darum, Adenauers Wut aufzufangen und die deutsch-französische Freundschaft zu retten. Ob sich sein Motiv darin erschöpft[227], erscheint eher fraglich. Für die

[226] Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 29. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 163–168, hier S. 165 u. 166; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 59f.; Bariéty, De Gaulle, S. 552f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 566; Soutou, L'alliance incertaine, S. 159f.; ders., De Gaulle, S. 496–499.

[227] S. Bariéty, De Gaulle, S. 553; Maillard, De Gaulle, S. 243f.

Verwirklichung seiner nationalen und europäischen Visionen benötigte er die Unterstützung der Deutschen, von denen er kaum erwarten konnte, daß sie sich mit einem Butterbrot abspeisen ließen.

Worauf er wirklich zusteuerte, zeigte das am nächsten Mittag Adenauer offenbarte Neun-Punkte-Exposé über die europäische Zusammenarbeit. Wenngleich de Gaulle darin die gemeinsame Verteidigung ganz zuletzt nannte[228], bedeutete dies keineswegs, daß er in der Sicherheitspolitik „mit niemandem zusammenarbeiten" wollte[229]. Die amerikanische Integration in der Atlantischen Allianz, so führte er Adenauer zur Erklärung aus, müsse beendet werden. Europa sei gefordert, eine neue Basis auszuarbeiten, die auf vier Pfeilern ruhe, nämlich den vier großen Staaten mit ausgeprägter nationaler Persönlichkeit und unterschiedlicher geographischer, politischer und moralischer Stellung in der Welt. Deutschland bilde die Avantgarde nach Osten; Frankreich sei mit seinem östlichen Nachbarn für die Vorneverteidigung zuständig, habe aber auch noch andere Verpflichtungen; Großbritanniens Hauptaufgabe liege in der Sicherung der See, während die USA die Reserve übernähmen[230]. Als der Präsident in der abschließenden Plenarsitzung gewisse Vorbehalte gegenüber dieser Konzeption bei Außenminister von Brentano bemerkte, reagierte er recht ungehalten: Frankreich könne nach den amerikanischen Wahlen auf keinen Fall in der NATO der jetzigen Form verbleiben[231].

Nach der Rückkehr nach Bonn braute sich rasch ein Unwetter über Adenauer zusammen. Daß die Opposition dezidiert gegen die französischen NATO-Pläne und für die enge Verbundenheit mit den USA eintrat[232], hätte der Kanzler noch verschmerzen können, wenn nicht auch im Kabinett und in der Union eine „Welle der Entrüstung" hochgeschwappt wäre[233]. Von Brentano drohte gar mit Rücktritt nach den Bundestagswahlen[234]. Krone mutete de Gaulles NATO-Reform „tödlich gefährlich" an: „Das heißt, den Amerikanern den Stuhl vor die Tür Europas setzen", obwohl doch die Europäer auf Amerika angewiesen waren. Globke teilte seine Einwände. Als Adenauer sich den Einwänden gegenüber unzugänglich zeigte und die von de Gaulle dargelegte Entwicklung gar als „selbstverständlich und notwendig" charakterisierte[235], war das Maß aber für den Fraktionsvorsitzenden voll. In einem für seine Verhältnisse sehr energischen Brief warnte er den Kanzler am 2. 8. vor der Gefahr des amerikanischen Isolationismus und bezeichnete de Gaulles Pläne als „weder militärisch noch politisch gerechtfertigt"[236]. Adenauer reagierte postwendend und wiegelte ab. „Über das NATO-Gespräch

[228] S. Aufzeichnung de Gaulle, 30. 7. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 382f.; Kap. V.2.2.
[229] Köhler, Adenauer, S. 1074.
[230] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 30. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 174–176; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 62–65; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 569f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 161–166.
[231] S. Plenarsitzung vom 30. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 176–179; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 67, Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 570; vgl. Kap. V.2.2 u. V.4.1.
[232] Vgl. Marcowitz, Option, S. 133.
[233] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 571.
[234] S. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 439, Tb. 1. 8. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 573.
[235] ACDP, NL Krone, I-028–006/4, Aufzeichnung Krone, 1. 8. 1960; s.a. Marcowitz, Option, S. 55f.
[236] ACDP, NL Krone, I-028–006/4, Krone an Adenauer, 2. 8. 1960.

brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen." Natürlich werde man bald miteinander das Thema diskutieren[237].

Dann kamen aber auch ihm Bedenken. Nach einem Treffen mit Laloy wußte Blankenhorn am 5. 8. zu berichten, de Gaulle denke tatsächlich an eine radikale Änderung der NATO, an die Aufgabe des militärisch integrierten Oberkommandos in Friedenszeiten durch ein Koordinationsorgan der verschiedenen Generalstäbe: „Mit einem Wort: Das Ende der NATO und damit als natürliche Folge der Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa". Für den Botschafter war klar, daß man den Franzosen auf diesem Weg nicht folgen durfte, mochte der Kanzler auch den Eindruck erweckt haben, als akzeptiere er diese Überlegungen[238]. Um sein Gesicht zu wahren, sprach Adenauer jetzt von „offensichtliche[n] Mißverständnisse[n]"[239] und schickte van Scherpenberg nach Paris, um die Unklarheiten mit Couve de Murville auszuräumen. Der Versuch des Staatssekretärs, den französischen Absichten den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er eine Abstimmung der beiderseitigen Überlegungen anregte, war sofort gegenstandslos, weil Couve de Murville über kein konkretes Konzept verfügte. Eins aber war für ihn klar: Der deutsche Gedanke einer stärkeren Einschaltung der europäischen Staaten bei gewissen grundsätzlichen Entscheidungen der NATO reichte Frankreich nicht aus. De Gaulle zielte offenbar darauf ab, den gemeinsamen Oberbefehl in Friedenszeiten durch eine lose Koordinierung der Generalstäbe ohne einheitliche Führung und ohne gemeinsamen Unterbau zu ersetzen. Eine solche „einer Auflösung nahekommenden Aufweichung der militärischen NATO-Organisation", daran ließ van Scherpenberg keinen Zweifel, würde es mit der Bundesrepublik nicht geben. Da er den Eindruck gewann, als ob Couve de Murville selbst nicht wohl bei der Konzeption de Gaulles war, vertiefte er die Beratungen nicht weiter. Man beließ es bei der Vereinbarung, eine Studiengruppe für die weitere Behandlung der NATO-Reform einzusetzen, die allerdings erst dann die Arbeit aufnehmen sollte, wenn de Gaulle konkrete Vorstellungen entwickelt hätte. Der Außenminister wirkte geradezu erleichtert, nunmehr den beim General entstandenen falschen Eindruck deutscher Unterstützung ausräumen zu können[240].

Nach der Rückkehr van Scherpenbergs glaubte Adenauer, erstmals Klarheit darüber gewonnen zu haben, was der General wirklich wollte, und das Ergebnis war keineswegs erfreulich: „Auflösung von SHAPE" und Reduktion des politischen und militärischen Einflusses der NATO. Beides war natürlich gerade für die Bundesrepublik „außerordentlich gefährlich", weil ihre Aufrüstung für die Nachbarn nur bei fester Integration in den Westen erträglich wirkte[241]. Seine Berater schürten noch sein Mißtrauen: „Hier trennen sich die Wege", meinte

[237] Ebd., I-028-007/2, Adenauer an Krone, 3. 8. 1960; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 573; Kap. V.2.2.

[238] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 313f., Tb. 5. 8. 1960; s.a. Marcowitz, Option, S. 114; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 574.

[239] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 67.

[240] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 304–312, Unterredung zwischen Couve de Murville und van Scherpenberg vom 6. 8. 1960, Geheim; s.a. ebd., Bl. 303, Tb. 6. 8. 1960; Unterredung zwischen dens. vom 6. 8. 1960, 8. 8. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 204–206; Blankenhorn, Verständnis, S. 384, Tb. 6. 8. 1960; Marcowitz, Option, S. 114; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 575; Kap. V.2.2.

[241] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 276–280, Tb. 15. 8. 1960.

Krone. „Das westliche Bündnis und das, was dieses erfordert, will zuerst bedacht sein."[242].

Als Adenauer jetzt demonstrativ den Kontakt zu Macmillan suchte, ließ de Gaulle den Premierminister über diplomatische Kanäle vor dem Kanzler warnen[243] und lud ihn kurzerhand zu einem Dreier-Gipfel mit Eisenhower[244]. Damit hatte er in den Augen des Amerikaners jetzt endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Er wollte offenbar ein Triumvirat, das Entscheidungen traf, die NATO kontrollierte und sich auf eine gemeinsame Politik in den weltpolitischen Gremien wie der UNO verständigte. Für sich beanspruchte er völlige Handlungsfreiheit, verlangte aber von den Partnern Solidarität[245]. In Übereinstimmung mit seinem englischen Kollegen hielt Eisenhower es für ratsam, vorläufig nicht auf die Einladung zu reagieren. Macmillan stand derartigen Treffen zwar grundsätzlich sehr wohlwollend gegenüber[246], teilte aber wie Eisenhower mit Adenauer die Auffassung, man könne auf die transatlantische Zusammenarbeit nicht verzichten. „L'Europe", so stellte van Scherpenberg gegenüber dem französischen Geschäftsträger Leduc das zentrale Ergebnis der Unterredung zwischen Kanzler und Premierminister klar, „avait besoin de l'appui des Etats-Unis. Tous les efforts devaient être faits pour maintenir le lien entre les deux côtes de l'Atlantique."[247]

Natürlich wußten die führenden Köpfe in Bonn und Washington, daß sie dem Pariser Vordenker etwas anbieten mußten, wollten sie ihn auf den Pfad der atlantischen Tugenden zurückholen. Wenige Tage nach dem Besuch Macmillans wandte sich Adenauer schriftlich an de Gaulle und berichtete ihm von einem Tête-à-tête mit dem amerikanischen Botschafter, in dem Dowling ihn von dem Auftrag des State Departments an den früheren Chef des Planungsstabes und Harvard-Professors Bowie zur Ausarbeitung von NATO-Reform-Vorschlägen informiert hatte. Adenauer betrachtete die übereilte Ausarbeitung eigener Pläne jetzt für falsch, dachte vielmehr daran, auf der Grundlage einer baldigen deutsch-französischen Abstimmung im Laufe der nächsten Monate Konzepte mit den NATO-Partnern auszutauschen, um sie dann dem neuen amerikanischen Präsidenten präsentieren zu können[248]. Innerparteilichen Kritikern gegenüber behauptete der Kanzler, der General habe ihm zwischenzeitlich „vollständig befriedigende Erklärungen" über seine sicherheitspolitischen Absichten gegeben[249]. Krone sah hier „bedenklich[e]" Anzeichen eines Taktierens[250] und bemühte sich daher in seinen Kontakten mit französischen Diplomaten darum, dem Eindruck

[242] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 441, Tb. 24. 8. 1960.
[243] S. Macmillan, Pointing the Way, S. 247f., Tb. 11. 8. 1960.
[244] S. de Gaulle an Eisenhower, 9. 8. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 388–390; ders. an Macmillan, 9. 8. 1960, in: ebd., S. 390f.; Soutou, Problèmes, S. 238.
[245] S. Telefongespräch zwischen Eisenhower und Herter vom 10. 8. 1960, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 402–405; Memorandum dess., 10. 8. 1960, Secret, in: ebd., S. 405f.
[246] S. Macmillan an Eisenhower, 13. 8. 1960, Top secret, in: ebd., S. 406f.; ders. an de Gaulle, 12. 8. 1960, im Auszug in: Macmillan, Pointing the Way, S. 248.
[247] AMAE, DE-CE 1945–1960, Bd. 630, Bl. 218–219, Leduc an MAE, Tel. 3303/10, 12. 8. 1960, Secret, Réservé.
[248] S. Adenauer an de Gaulle, 15. 8. 1960, Geheim, in: BDFD I, S. 824–826.
[249] Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 23. 8. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 776.
[250] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 442, Tb. 30. 8. 1960.

vorzubeugen, als stimme die Bundesregierung den NATO-Plänen de Gaulles zu. Deutschland und Europa, so betonte er Ende August gegenüber Seydoux, könnten ihre Sicherheit und Freiheit nur im Rahmen der NATO und unter klarer Berücksichtigung der amerikanischen Macht wahren[251].

Mit seiner großen Pressekonferenz vom 5. 9. machte de Gaulle abermals klar, daß das nicht seine Politik war. Nachdem Eisenhower sein Angebot eines westlichen Gipfels am 30. 8. mit Entschiedenheit bis auf weiteres abgelehnt und auf die Widersprüche seiner Forderungen hingewiesen hatte[252], verlangte der französische Präsident nun öffentlich eine Revision des NATO-Vertrags in zwei Punkten: die geographische Ausdehnung über die europäischen Grenzen hinaus sowie die Aufhebung des Systems der militärischen Integration. Darüber hinaus bekräftigte er noch einmal die Absicht, selbst über Nuklearwaffen verfügen zu wollen[253]. Letzteres hielt ihn im übrigen nicht ab, einen Tag später ein Abkommen mit den USA zu akzeptieren, das die französischen Truppen in der Bundesrepublik mit amerikanischen nuklearfähigen Waffen unter der Bedingung ausrüstete, diese Truppen von einem NATO-„stockpile" unter amerikanischer Kontrolle zu beliefern. Was er auf dem eigenen Terrain nicht hinzunehmen bereit war, akzeptierte er auf deutschem Boden, da der Kontrakt die nationale Souveränität nur marginal tangierte und den Zugang zum amerikanischen Nuklearpotential ermöglichte[254]. Waren die Konzessionen nur groß genug, sei es durch substantielle Hilfe beim Bau der Force de frappe oder durch Überlassung der Polaris-Raketen zur eigenen Verfügung, konnte er sich sogar eine Beteiligung am Gates-Konzept vorstellen. Freilich kam für Frankreich auch dann nicht die Stationierung von NATO-MRBM-Systemen auf dem eigenen Territorium in Frage, allenfalls die Ausrüstung seiner Truppen in Deutschland[255].

Man habe keine Eile mit der NATO-Reform, versicherte Couve de Murville Blankenhorn am Tage nach der Pressekonferenz auf dessen große Bedenken hin. Die deutschen Vorbehalte schienen ihm im übrigen nicht von Dauer. Bonns Haltung zur NATO, dessen zeigte er sich gewiß, könne sich in Zukunft durchaus ändern, „wenn einmal eine starke deutsche nationale Armee bestehe und man nicht mehr gewillt sei, die Bevormundung durch amerikanische Militärs hinzunehmen"[256]. Machte sich Paris tatsächlich ein „völlig falsches Bild" von den sicherheitspolitischen Bedürfnissen Bonns[257]? Hatte Adenauer nicht in Rambouillet nuklearpolitische Wünsche angedeutet und seinem Unmut über die amerikanische Hegemonie freien Lauf gelassen?

[251] S. ACDP, NL Krone, I-028-006/4, Aufzeichnung Krone, 31. 8. 1960.
[252] S. Eisenhower an de Gaulle, 30. 8. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 413–417; Unterredung zwischen Macmillan und Merchant vom 17. 8. 1960, Top secret, in: ebd., S. 408–412; Macmillan, Pointing the Way, S. 248 f.
[253] S. Pressekonferenz de Gaulles, 5. 9. 1960, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 247–250.
[254] S. Herter an Eisenhower, Memorandum, 14. 9. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 418 f.
[255] S. Aufzeichnung der Französischen Delegation im NATO-Rat, Nr. 805, 16. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 351 f.
[256] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 225–227, Tb. 6. 9. 1960.
[257] Marcowitz, Option, S. 115; s.a. Mahncke, Mitwirkung, S. 46.

Washingtons Gegenoffensive

Selbst jene Politiker am Rhein, die die Politik des Generals hart kritisierten, mahnten dazu, auf den „Verbündeten und Nachbar[n]" Rücksicht zu nehmen[258]. Man durfte ihn nicht brüskieren, mußte ihn aber davon überzeugen, „daß die Bundesregierung nicht daran dächte, die europäischen Verträge zu ändern oder die NATO aufzugeben". Letzteres schien auch deshalb unsinnig, weil die USA nun als Reaktion auf den nuklearen Alleingang Frankreichs mit einem neuen Vorschlag zum Aufbau einer Nuklearmacht unter dem Dach der Allianz aufwarteten. Am 9. 9. traf sich Adenauer in Begleitung Blankenhorns in der Villa des holländischen NATO-Botschafters Stikker am Comer See mit der zivilen und militärischen Führungsspitze der Allianz, um über die Zukunft des Bündnisses zu beraten. Nachdem Norstad ein unmißverständliches Plädoyer für die militärische Integration abgeliefert hatte, forderte Adenauer die USA auf, Frankreich im atomaren Sektor entgegenzukommen. Norstad setzte die Runde daraufhin davon in Kenntnis, daß er Eisenhower den Vorschlag unterbreitet hatte, „fünf Mitgliedern des NATO-Paktes atomare Sprengköpfe zur gemeinsamen Verfügung [zu] überlasse[n]", über deren Einsatz diese Fünf, d.h. die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien, gemeinsam mit Einstimmigkeit zu entscheiden hätten. Die Sprengköpfe sollten in verschiedenen Ländern lagern, aber von Amerikanern bewacht bleiben. SACEUR dachte zunächst an die Verlegung von sechs bis acht U-Booten in europäische Gewässer, von denen Polaris-Raketen abgeschossen werden konnten. Adenauer war von dem Plan durchaus angetan, weil er de Gaulles Triumviratsprojekt torpedierte und das amerikanische Atommonopol brach[259]. Spaak hingegen hielt den Kanzler für „blind" gegenüber den Absichten des Generals[260] und glaubte nicht daran, die Franzosen mit diesem Angebot zufriedenstellen zu können. Adenauer erklärte sich daraufhin bereit, die Verhandlungen mit de Gaulle Ende Oktober selbst zu führen. Sollte dieser wider Erwarten stur bleiben, mußten die übrigen NATO-Staaten Adenauers Ansicht nach den Weg allein beschreiten[261].

Die fehlende Bereitschaft der Deutschen, auf die sicherheitspolitischen Pläne Frankreichs einzugehen, und ihre strikte Weigerung, in der von ihm angeregten europäischen Regierungskommission für militärische Angelegenheiten mitzuwirken[262], veranlaßten de Gaulle Mitte September, diesen Teil seiner Europa-Initiative zurückzustellen und allem Drängen Adenauers auf den in Rambouillet vereinbarten Gedankenaustausch über die NATO-Reform auszuweichen[263]. Am

[258] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 443, Tb. 6. 9. 1960.

[259] BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 829–831, hier S. 829 u. 830; s.a. Spaak, Memoiren, S. 416f.; Stikker, Bausteine, S. 388f.; Köhler, Adenauer, S. 1077–1079; Marcowitz, Option, S. 116f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 576–580.

[260] Spaak, Memoiren, S. 417.

[261] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 191–196, Tb. 9. 9. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 831; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 447f., Tb. 21. 9. 1960.

[262] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Müller-Roschach u. Jansen an Carstens, Tel., 10. 9. 1960, Geheim; Unterredung zwischen dems. und de Carbonnel vom 9./10. 9. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 311.

[263] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 157–163, Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 17. 9. 1960, St.S. 2732/60, 19. 9. 1960, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 832–835; Unterredung zwischen dens. vom 17. 9. 1960, 19. 9. 1960, Secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 370f.;

22. 9. unterstrich Debré gegenüber Blankenhorn, man könne die Debatte zurückstellen, zumal keine Verbindung zu der in Angriff genommenen europäischen Zusammenarbeit bestehe. Der Botschafter widersprach dem energisch, beabsichtigte Frankreich doch, der europäischen politischen Organisation auch die strategische Planung für die Verteidigung Westeuropas zu übertragen. Dies wiederum bestätigte der Premierminister mit der Begründung, man müsse sich für den Fall des amerikanischen Rückzugs vorbereiten[264].

Für die Bundesregierung wie für die Bonner Parteien war dieses Vorhaben unhaltbar, weil sie davon ausgingen, daß eine „kleinere NATO in der großen NATO [...] die letztere sprengen" würde[265]. Eine größere Unabhängigkeit der europäischen Bündnispartner, die zur Lockerung der Allianz oder der Beziehungen zu den USA führte, dürfe es nicht geben, hieße es in der SPD. Die integrationsfeindlichen Äußerungen de Gaulles liefen den Interessen der Bundesrepublik zuwider[266]. Auch in der Union wurde der Ruf nach der Notwendigkeit der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit mit den USA innerhalb der NATO zunehmend lauter[267]. Innenpolitisch hart bedrängt, versuchte Adenauer daraufhin, das sozialdemokratische Eintreten für die Nordatlantische Allianz als „Schwindel" zu verkaufen, kam aber nicht umhin, sich von der „geradezu beängstigend[en]" NATO-Politik de Gaulles zu distanzieren[268].

Der lehrte ihn jetzt tatsächlich das Fürchten. Kurz bevor Adenauer die Hiobsbotschaft über Debrés Äußerungen gegenüber Blankenhorn erreichte, meldete der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Europa-Mitte, General Speidel, sein neuer französischer Vorgesetzter General Challe, Oberbefehlshaber der Gesamtstreitkräfte Europa-Mitte, habe gefordert, daß die Leiter der NATO-Teilstreitkräfte künftig nur noch als seine ihm direkt unterstellten Adjoints dienen sollten. Darüber hinaus, wußte Speidel zu berichten, plane Frankreich den Rückzug seiner Truppen von deutschem Boden hinter die Rheingrenze, was letztlich nur bedeuten könne, daß es sich am Krieg um Deutschland nicht beteiligen wolle. Deutschland werde als Glacis für die einzig entscheidende Schlacht, die um Frankreich, betrachtet[269]. Wenngleich die Glaubwürdigkeit der Vorwürfe angezweifelt werden kann[270] – Adenauer nahm sie sehr ernst. Er hatte sein Vertrauen in de Gaulle nun „restlos verloren" und hielt es für angezeigt, das Thema NATO ganz in den Mittelpunkt des bevorstehenden Besuchs von Debré zu stellen[271].

Seydoux an Couve de Murville, Tel. 3967/72, 21. 9. 1960, Confidentiel, Réservé, in: ebd., S. 380f.; BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 138–141, Tb. 17. 9. 1960; Soutou, L'alliance incertaine, S. 171.

264 S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 87–89, Blankenhorn an von Brentano u. Carstens, Tel., 22. 9. 1960, Streng geheim.

265 Ebd., Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; s.a. Diskussion zwischen Bundespolitikern im „Saarländischen Rundfunk" vom 19. 9. 1960, im Auszug in: BDFD III, S. 641–648; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 583.

266 Vgl. Klotzbach, Weg, S. 554–556; Marcowitz, Option, S. 133.

267 Vgl. ebd., S. 117f.; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 447, Tb. 20. 9. 1960.

268 Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 22. 9. 1960, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 850 u. 812; s.a. Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 448, Tb. 26. 9. 1960.

269 Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 14–21, Blankenhorn an von Brentano u. Carstens, Tel., 28. 9. 1960 Streng geheim; Speidel, Zeit, S. 385–387; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 581–583.

270 Soutou, De Gaulle, S. 497.

271 BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 77f., Tb. 24. 9. 1960; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 583f.

Diese Entscheidung fiel ihm gewiß um so leichter, als er über Norstad hörte, daß Eisenhower sich inzwischen persönlich mit dem Plan zur Übertragung von Atomwaffen auf einige Allianzmitglieder befaßte[272]. Dazu lag ihm neben den Vorschlägen Norstads auch der alternative Bericht Bowies vor. Dessen Überlegungen, die die Grundlage für die spätere MLF bildeten, gingen von der Überzeugung aus, daß die Bewahrung des amerikanischen Monopols und der zentralen Kontrolle angesichts der veränderten strategischen Situation das beste Mittel zur Aufrechterhaltung strategischer Abschreckung seien. Zu diesem Zwecke dachte Bowie daran, das bestehende britische und französische Atompotential in einem europäischen Gemeinschaftsprojekt aufzufangen. Eine Nuklearstreitmacht der NATO sollte die Gefahr weiterer atomarer Proliferation innerhalb der Allianz mindern. Insbesondere die Bundesrepublik mußte seines Erachtens davon abgehalten werden, diesbezüglich eigene Wege außerhalb des Bündnisses oder in Zusammenarbeit mit Frankreich zu gehen. Als Lösung schlug er im Gegensatz zu Norstad keine land-, sondern eine seegestützte Streitmacht, eine SACEUR unterstellte, multilaterale mit Polaris-Raketen ausgestattete U-Bootflotte vor. Formal behielten die USA weiterhin die Kontrolle über die Sprengköpfe, wobei ihm wie Norstad eine Instanz mit europäischer Beteiligung als oberstem Entscheidungsgremium vorschwebte[273], die aber den USA ein Vetorecht einzuräumen hatte[274].

Angesichts der notwendigen Prüfungen der unterschiedlichen Konzepte war es kaum verwunderlich, daß Eisenhower einen von Norstad angekündigten Brief an Adenauer hinauszögerte. Verunsichert und unsicher drängte der Kanzler beim amerikanischen Botschafter auf die Abfassung des Schreibens. Während er dem Weißen Haus die Nachricht sandte, daß sich seine Wege jetzt von de Gaulle trennten[275], ließ er in Elysée und Quai d'Orsay durchblicken, er sehe dem Besuch Debrés mit äußerster Zurückhaltung entgegen[276]. Couve de Murville bemühte sich daher Blankenhorn gegenüber energisch, aber innerlich wohl selbst nicht überzeugt, die de Gaulle unterstellte Absicht zur Auflösung der gegenwärtigen Struktur der NATO in Abrede zu stellen. Entschieden widersprach er der These Debrés, die geplante europäische politische Organisation müsse für den Fall eines amerikanischen Abzugs auch strategische Planungen übernehmen. Nach seinem Dafürhalten diente die von de Gaulle vorgesehene europäische Militärkommission lediglich dazu, Fragen der Einrichtung von Basen und gemeinsamen Waffenproduktionen zu diskutieren[277].

[272] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 13, Blankenhorn an von Brentano, Tel., 28. 9. 1960, Citissime, Streng geheim; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 584.

[273] S. Bericht Bowies, August 1960, Secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 622–627; Unterredung zwischen Eisenhower und dems. vom 16. 8. 1960, Top secret, in: ebd., S. 611–614; vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 41 f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 74; Winand, Eisenhower, S. 216 f.

[274] S. Unterredung zwischen Eisenhower, Bowie und Norstad vom 12. 9. 1960, Top secret, im Auszug in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 628–632; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 110.

[275] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 584.

[276] AN, 5 AG 1/160, Unterredung zwischen Blankenhorn und „le Conseiller Diplomatique" (Maillard?) vom 27. 9. 1960, Très secret.

[277] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 103, Bl. 14–21, ders. an von Brentano u. Carstens, Tel., 28. 9. 1960, Streng geheim.

„Sur cette voie, la République fédérale ne peut pas suivre la France"

Mit der zunehmenden Kritik im Ausland wuchsen auch im Innern Frankreichs die Vorbehalte gegenüber der Verteidigungskonzeption der Regierung. Die Öffentlichkeit sorgte sich um einen deutschen Nachahmeffekt und äußerte den Verdacht, daß die Verteidigungspolitik des Bundesverteidigungsministers atomar abgestützt eines Tages auch zur Rückeroberung der deutschen Ostgebiete mißbraucht werden könnte[278]. Der Verteidigungsausschuß der Nationalversammlung verlangte Ende September, die Beschäftigung mit dem Programmgesetz von der Beantwortung einer Reihe von Fragen durch die Regierung abhängig zu machen, die die finanzielle Machbarkeit des Programms, die Ausgewogenheit zwischen konventioneller und atomarer Rüstung und die Kompatibilität zur NATO beinhalteten[279]. Paul Reynaud, der Ausschußvorsitzende, gewann nach einer mehrtägigen Inspektionsreise bei den französischen Truppen in Deutschland einen derart schlechten Eindruck, daß er die These vertrat, Frankreich habe viel wichtigere Aufgaben, als mit der Sowjetunion in einen atomaren Rüstungswettlauf einzutreten[280].

Um das Feuer nicht noch anzufachen, wies de Gaulle Debré jetzt an, das Tempo bei den verteidigungspolitischen Konsultationen auf europäischer Ebene zu verlangsamen. Enttäuscht über die Rücksicht des Kanzlers auf die USA, bedauerte der General, ihm gegenüber seine Pläne in Rambouillet so freimütig dargelegt zu haben. „Je le croyais plus vraiment européen que, sans doute, il ne l'est en réalité."[281] Um das Terrain für Debrés Besuch in Bonn zu bereiten, schickte de Gaulle nun Reynaud in inoffizieller Mission zu Adenauer. Hätte der Emissär gewußt, was ihn erwartete, hätte er sich vielleicht nicht vereinnahmen lassen: Das Vertrauen zur französischen Regierung in Deutschland sei „stark gesunken", hörte er vom Kanzler. Der General erschüttere die Grundmauern seiner Politik, laufe einer Utopie nach, wenn er glaube, Frankreich könne der Sowjetunion mit seiner Force de frappe standhalten. Notwendig sei vielmehr, mit vereinten Kräften von den Amerikanern die Zustimmung zur Verwendung amerikanischer Atomwaffen zu erhalten[282]. Bei Adenauer kamen jetzt sogar wieder jene Ängste hoch, die er bereits im Sommer 1958 gehegt, aber nach Colombey-les-deux-Eglises verdrängt hatte: de Gaulle ziele auf ein Europa der dritten Kraft und strebe auf dieser Basis die „Verständigung Frankreichs mit Moskau" an[283].

Mit dieser Kritik an den französischen Atomplänen stand der Kanzler ganz im Einklang mit den Unionsparteien, in denen nukleare Alleingänge selbst von jenen Abgeordneten verworfen wurden, die man in nicht allzu ferner Zukunft mit dem

[278] Vgl. Artikel Bosquets in: „L'Express", 1. 9. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 705–708.
[279] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Blankenhorn an AA, FS Nr. 949, 28. 9. 1960, Verschlüsselt.
[280] S. Unterredung zwischen Adenauer und Reynaud vom 3. 10. 1960, mitgeteilt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 116–126, Bach an Blankenhorn, FS Nr. 548, 4. 10. 1960, Geheim.
[281] De Gaulle an Debré, Direktiven, 30. 9. 1960, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 398f., hier S. 399; s.a. Soutou, L'alliance incertaine, S. 172.
[282] Unterredung zwischen Adenauer und Reynaud vom 3. 10. 1960, übermittelt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 116–126, Bach an Blankenhorn, FS Nr. 548, 4. 10. 1960, Geheim; s.a. Marcowitz, Option, S. 116.
[283] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 450, Tb. 3. 10. 1960.

Etikett des „Gaullisten" belegen sollte[284]. Auf Seydoux wirkte die sich am Rhein ausbreitende Mißstimmung so allgegenwärtig, daß sie ihm bereits absichtlich übertrieben schien[285].

Der Besuch des französischen Premierministers in Bonn fand folglich unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen statt. Schon die erste Aussprache am Morgen des 7. 10. im Palais Schaumburg begann entsprechend „gereizt"[286], der Kanzler redete „Tacheles"[287]. Adenauer stellte seine Ausführungen ganz in den Bann einer von ihm nach den amerikanischen Präsidentenwahlen erwarteten „schweren Krise"[288] um Berlin, die den Westen dazu zwinge, alles zu vermeiden, was seine Geschlossenheit gefährde. Dem Gedanken einer Strukturveränderung der Allianz im Sinne einer Koalition nationaler Verteidigungssysteme erteilte er eine klare Absage. Das amerikanische Nukleareinsatzmonopol empfand er zwar als überholt. Doch dachte er eben nicht wie de Gaulle an eine europäische Atomstreitmacht, sondern in Anlehnung an Norstad an die Möglichkeit, einem Teil der NATO-Mitglieder Nuklearwaffen zur gemeinsamen Nutzung ohne amerikanische Zustimmung zu geben[289]. Da Eisenhower in dem soeben eingegangenen Brief trotz wohlwollender Worte kein grünes Licht für die NATO-Atomstreitkräfte gegeben, mit dem Abzug der amerikanischen Truppen bei der Aufhebung des Integrationsprinzips gedroht und zur Erörterung von Reformvorschlägen die Intensivierung der Konsultation im NATO-Rat angeregt hatte[290], bat Adenauer seinen Gast, gemeinsam in Washington vorstellig zu werden, damit einige NATO-Staaten im Ernstfall nukleare Sprengköpfe ohne vorherige Zustimmung des Präsidenten zum Einsatz bringen könnten. Doch Debré nahm das lediglich zur Kenntnis. Auch in den anderen NATO-betreffenden Punkten gab es kaum eine Annäherung. Adenauer beharrte auf dem Prinzip der Integration, Debré erneuerte die Kritik an der NATO, an ihrer geographischen Beschränktheit, dem amerikanischen Atommonopol und dem Integrationssystem, das in seinen Augen auf Dauer zu einer Schwächung des Bündnisses führen würde, weil die Nationen das Gefühl für die Eigenverantwortlichkeit bei der Verteidigung verlören. Nur die Frage der Einsatzbefugnis bei den Atomwaffen sah Adenauer ähnlich, und er verlangte deshalb, daß Deutsche und Franzosen gemeinsam auf die Amerikaner einwirken müßten, um den „Strick, mit dem man angebunden sei", loszuwerden[291]. Der „Dialog der Taubstummen" war beendet. Hatte Adenauer in bezug auf de Gaulle bereits „resigniert"[292]?

[284] Vgl. Marcowitz, Option, S. 118.
[285] S. AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 75, Seydoux an MAE, Tel. 4285/86, 5. 10. 1960, Confidentiel, Réservé.
[286] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 203.
[287] BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 245–248, Tb. 7./8. 10. 1960; s.a. Kosthorst, Brentano, S. 339.
[288] Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 836–839, hier S. 837.
[289] S. Unterredung zwischen dems. und Debré vom 7. 10. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 467–471; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 70f.; Köhler, Adenauer, S. 1080.
[290] S. Eisenhower an Adenauer, mitgeteilt in: Dillon an Bonn, Tel. 628, 6. 10. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 645–647; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 584f.
[291] Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 75; s.a. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 7. 10. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 467; Couve de Murville, Außenpolitik, 203f.; Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 439; Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 838f.; Bariéty, De Gaulle, S. 555; Soutou, Problèmes, S. 239f.
[292] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 586.

Die nach diesem „schlechten Start“[293] noch gespanntere Atmosphäre verschlechterte sich weiter, als während der Besprechung am Nachmittag im größeren Kreise Nachrichten über eine Rede de Gaulles in Grenoble eintrafen, in der der General volle Handlungsfreiheit für Frankreich und ein Vetorecht beim Einsatz von Atombomben durch den Westen gefordert hatte[294]. Der Kanzler betrachtete daraufhin die Fortsetzung der Unterredung als sinnlos: „Sur cette voie, la République fédérale ne peut pas suivre la France.“[295] Debrés Versuch, die Angelegenheit zu bagatellisieren, nutzte nichts. Adenauer wurde zunehmend wütender und giftete ihn an, de Gaulle habe ihn enttäuscht, er wolle gar keine Kooperation mit Deutschland, wolle Frankreich vielmehr zur einzigen Atommacht Westeuropas machen, „et contre qui la bombe atomique sinon contre l'Allemagne?“[296] Debré hielt dagegen, das französische Nuklearpotential trage zur Stärkung Europas bei und sei geeignet, den Sowjets Respekt einzuflößen. Frankreichs Schicksal sei nicht getrennt von dem seiner Nachbarn zu sehen. Die Auseinandersetzung verlief so heftig, daß sogar das Abendessen verschoben werden mußte. Dank der Souveränität des Premierministers konnte der offene Eklat vermieden werden. Mit einer Eloge auf den Kanzler bei Tisch rettete er die Situation[297].

War Adenauers Wut nur gespielt, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die ihn sein Wunsch nach Einvernehmen mit de Gaulle und mit Eisenhower gebracht hatte[298]? Indem Debré im Kommuniqué vom 8. 10. schließlich der Formulierung zustimmte, die Atlantische Allianz sei Grundlage der europäischen Sicherheit, die nur durch gemeinsame und von einem einheitlichen Willen geleitete Anstrengungen aller Partner gewährleistet werden könne, kam er Adenauer gewiß weit entgegen[299]. Wie begrenzt der Wert dieses Zugeständnisses war, zeigte sich indes nur einen Tag später. Nachdem der Kanzler noch am Tage der Abreise des Premierministers erneut versucht hatte, den General in einem langen Schreiben auf den Pfad der transatlantischen Tugenden zurückzuholen, und dabei, wie in Paris wohlwollend vermerkt wurde, den Begriff der Integration sorgfältig vermied[300], kam schon am 9. 10. aus dem fernen Chambéry ein neuer Fanfarenstoß de Gaulles. Abermals sprach er sich für eine nationale, auf dem Besitz von Atomwaffen beruhende Verteidigung aus und bediente sich zu allem Überfluß auch noch einer Sprache, die schon wenige Wochen zuvor in Bonn erhebliche Verstimmung

[293] BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 245–248, Tb. 7./8. 10. 1960.

[294] S. Rede de Gaulles in Grenoble, 7. 10. 1960, im Auszug in: Jouve, Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe, Bd. 2, S. 244; BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 102–104, Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 1850 Plurex, 9. 10. 1960, Geheim.

[295] Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 7. 10. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 471–480, hier S. 476.

[296] Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 423.

[297] S. Unterredung zwischen Adenauer und Debré vom 7. 10. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 471–480; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 76; Seydoux, Erinnerungen, S. 250; Tischrede Debrés, 7. 10. 1960 (Übersetzung), in: Bulletin 1960, S. 1846; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 586f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 173; ders., De Gaulle, S. 500.

[298] Vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 555.

[299] S. Kommuniqué zu den Unterredungen zwischen Adenauer und Debré, 8. 10. 1960, in: Bulletin 1960, S. 1845.

[300] S. ders. an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 836–839; de Leusse an London etc., Tel. 13198/07 etc., 12. 10. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 491–493; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bl. 84–86, ders. an dass. etc., Tel. 13200/07 etc., 12. 10. 1960, Réservé; vgl. Marcowitz, Option, S. 117f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 587.

erzeugt hatte: „Ohne sie [Kernwaffen] wären wir keine europäische Macht mehr, keine souveräne Nation, sondern lediglich ein integrierter Satellit."[301]

De Gaulles jüngste Verlautbarungen, denen er noch dadurch Nachdruck verlieh, daß er der NATO jetzt untersagte, Feuerbefehle für französische Flugzeuge ohne seine Einwilligung zu erteilen[302], stellten unmißverständlich unter Beweis, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris fortbestanden[303]. Seydoux warnte in Paris davor zu glauben, man könne nach der klaren Aussprache zwischen Adenauer und Debré einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Neue Konflikte wirkten vorprogrammiert, weil die Pflege der Beziehungen zu den USA für die Bundesrepublik „primordial" blieb[304]. An der Seine war man sich dieses Kernpunktes des deutsch-französischen Dissenses sehr wohl bewußt. Während Adenauer und die Mehrheit der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik die USA als Garanten der eigenen Sicherheit und à la longue der deutschen Einheit ansahen, zielte de Gaulle im Gegensatz dazu auf ein von den USA unabhängiges Europa, „adoptant à l'égard de l'Est comme de l'Ouest l'attitude d'indépendance qu'il a adoptée pour la France"[305].

Wie die am 13. 10. beginnenden Beratungen der Assemblée Nationale über das „loi programme" für die atomare Ausrüstung der französischen Armee verdeutlichten, war de Gaulles Konzept innenpolitisch keineswegs unumstritten. Mit Verve mußte sich Debré in seiner Regierungserklärung der Behauptung der Opposition erwehren, Frankreich wende sich mit dem Bau der Force de frappe von Europa und der NATO ab[306]. In der deutschen Diplomatie bewertete man die Rede durchaus „positiv", weil der Premierminister sich zur NATO und zu den europäischen Verträgen bekannt hatte[307]. Um diese Konfession nicht sofort wieder zu konterkarieren, reagierte das Auswärtige Amt prompt mit einem Dementi, als die französische Presse von dem angeblichen Plan eines deutsch-amerikanischen Atomkondominiums berichtete[308]. Außerdem wandte sich Adenauer am 17. 10. an Eisenhower und forderte ihn eindringlich dazu auf, bis Mitte November eine Initiative zum Aufbau einer atomaren Streitmacht der NATO zu präsentieren, die er seinerseits dann Anfang Dezember gegenüber de Gaulle zu empfehlen gedachte[309].

Wider Erwarten wurde Debrés Vortrag von den Abgeordneten im vollbesetzten Palais Bourbon in der am Tag darauf beginnenden Aussprache mit äußerster Kühle aufgenommen. Sie hatte sich schon im Haushaltsausschuß angekündigt, der

[301] Rede de Gaulles in Chambéry, 9. 10. 1960, im Auszug in: AdG 1960, S. 8687A.
[302] Vgl. Doise/Vaïsse, Diplomatie, S. 605.
[303] S. Artikel Botta, in: „Rheinischer Merkur", 14. 10. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 650–653.
[304] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 90, Seydoux an MAE, Tel. 4384/87, 12. 10. 1960.
[305] Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 425; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 250f.
[306] S. Regierungserklärung Debrés in der Assemblée Nationale, 13. 10. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960, Bd. 4, S. 2512–2517; in deutscher Übersetzung in: EA 1961, S. D18-D33; s.a. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 380–382.
[307] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Blankenhorn an AA, FS Nr. 993, 13. 10. 1960, Citissime, Verschlüsselt.
[308] S. ebd., Bd. 258, Jansen an Carstens, Aufzeichnung 204–82.00/94.07, 13. 10. 1960, nebst Anlage.
[309] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 97–99, Adenauer an Eisenhower, 17. 10. 1960, Entwurf.

dem General eine Beschönigung der Kosten vorwarf; nicht zwölf, sondern fünfzig Milliarden Francs würde die Force de frappe verschlingen[310]. Nach Ablehnung eines Antrages auf Vertagung der Debatte verlangten die Sozialisten in Übereinstimmung mit allen Parteien außer der UNR, den Gesetzentwurf den Ausschüssen zu überweisen und in der Zwischenzeit die Möglichkeiten zur Bildung einer integrierten Atomstreitmacht der NATO zu prüfen. Da nur vereinzelte Abgeordnete der Gaullisten wie Jean-Paul Palewski sich für den Regierungsentwurf aussprachen, erbat Debré vom Conseil des Ministres die Genehmigung, die Vertrauensfrage stellen zu dürfen. Unter schärfstem Protest der Opposition beendete er mit Billigung des Kabinetts in den frühen Morgenstunden des 20. 10. abrupt die Debatte und nahm damit dem Plenum die Möglichkeit zur Diskussion über den gegnerischen Antrag. Unter dem Druck der Parlamentarier billigte Debré schließlich jedoch einen Zusatz zur Präambel des Gesetzentwurfes, der bestimmte, daß die Regierung sich erneut für eine enge Zusammenarbeit mit der Atlantischen Allianz einsetzen werde[311]. Nur in einem Punkt, so registrierte die deutsche Diplomatie mit großer Genugtuung, waren sich die Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten in dieser „bedeutendste[n] Auseinandersetzung über die Verteidigungspolitik Frankreichs" seit der EVG-Debatte einig: der Notwendigkeit eines engen deutsch-französischen Einvernehmens. Die Bundesrepublik war keine Bedrohung mehr, sondern ein vitales Element der französischen Sicherheit[312].

Ein gegen die Regierung eingebrachter Tadelsantrag ließ die technischen Fragen der atomaren Bewaffnung in den Hintergrund treten und konzentrierte sich auf den Vorwurf, dem Matignon gehe es weniger darum, die notwendigen Finanzmittel zu erhalten, als vielmehr, die parlamentarische Billigung eines neuen Konzepts französischer Europapolitik zu gewinnen[313]. Vor dem Hintergrund der schwierigen Lage in Algerien und den fatalen Konsequenzen eines Sturzes des Kabinetts schreckten zahlreiche Parlamentarier dann doch davor zurück, den Antrag am 24. 10. zu unterstützen, und verhalfen der Regierung aus der Klemme[314].

Anfang November schwoll die innerfranzösische Kritik am verteidigungspolitischen Kurs de Gaulles erneut an. Im Senat warfen zahlreiche Volksvertreter dem Staatspräsidenten vor, mit der Force de frappe einer Illusion hinterherzulaufen, die eine Gefahr für die Bevölkerung bedeute; sie gefährde die europäische Zusammenarbeit und verschwende Unsummen. Schließlich entschieden sich die Senatoren nahezu mit Zweidrittelmehrheit für die Vertagung der Aussprache[315]. Der

[310] S. Artikel Bottas, in: „Rheinischer Merkur", 14. 10. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 650–653.

[311] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 18./19. 10. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960, Bd. 4, S. 2547–2649; Wortwechsel zwischen Palewski und dem MRP-Abgeordneten Simonnet, 19. 10. 1960, im Auszug auch in: BDFD III, S. 709f.; Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 382f.; ausführlich zur Gesamtdebatte: Barbier, Débat atomique, S. 60–68; Schütze, Atombewaffnung.

[312] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Weinhold an Jansen, Aufzeichnung 204–84.00/94.07, 25. 10. 1960; s.a. ebd., Blankenhorn an AA, FS Nr. 1022, 20. 10. 1960, Verschlüsselt.

[313] S. ebd., Bd. 281, ders. an AA, FS Nr. 1025, 22. 10. 1960, Citissime, Verschlüsselt; AdG 1960, S. 8720; Schütze, Atombewaffnung, S. 208.

[314] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 24. 10. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960, Bd. 4, S. 2720–2750; Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 383; Latte, Europapolitik, S. 146 u. 150; Schütze, Atombewaffnung, S. 208f.

[315] Vgl. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 383; AdG 1960, S. 8753A.

eingeschaltete Vermittlungsausschuß kam zu keinem Ergebnis, weil Debré sich zweier Zusatzanträge verweigerte, die zunächst Verhandlungen mit den Verbündeten über eine atlantische Nuklearstreitmacht vorsahen[316]. Damit lag der Schwarze Peter wie im Palais Bourbon.

Adenauer, der de Gaulle jetzt durchaus zutraute, das unbotmäßige Parlament aufzulösen[317], ‚kommentierte' das Geschehen aus der Ferne mit einem öffentlichen Appell für eine möglichst weitgehende Integration der NATO und die amerikanische Führungsrolle in der Atlantischen Allianz sowie für den Aufbau einer gemeinsamen Atommacht[318]. Auch die SPD-Opposition wandte sich in diesen Tagen massiv gegen die französischen Nuklearpläne, aber ebenso entschieden kritisierte sie den Wunsch der Bundesregierung nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Für die Sozialdemokraten ging es in erster Linie um eine Verstärkung der NATO-Integration in engster Anlehnung an die USA[319]. Die Liberalen taten es ihnen gleich und plädierten gegen die nukleare Ausrüstung deutscher Soldaten, da sie allein in der konventionellen Bewaffnung eine Entsprechung für die gegenwärtige Lage auf dem Kontinent sahen[320].

Demgegenüber kreiste die innenpolitisch-parlamentarische Auseinandersetzung in Frankreich nicht um die Frage, Ablehnung oder Befürwortung einer atomaren Aufrüstung der Armee, sondern um den Gegensatz zwischen den Befürwortern einer nationalen und einer integrierten Nuklearstreitmacht. Als Mitte November im Palais Bourbon die Zweite Lesung über die französische Verteidigungspolitik begann, stellte Debré sogleich die Vertrauensfrage und kam damit einem Vertagungsantrag der Opposition zuvor. Einen Vermittlungsvorschlag des MRP, der eine Integration oder zumindest eine Absprache über die Atomrüstung im Rahmen der NATO zur Vorbedingung für den Aufbau französischer Kernwaffen machte, lehnte der Premierminister mit der Begründung ab, eine europäische Force de frappe sei nicht möglich, weil die Bundesrepublik sich wegen der Pariser Verträge nicht beteiligen könne. Norstads Pläne bezeichnete er als unrealistisch. Nur die eigenständige atomare Streitmacht Frankreichs könne die USA zur Zusammenarbeit in der strategischen Sicherheitspolitik bewegen. Nachdem ein erneuter Tadelsantrag am 22. 11. die nötige Mehrheit verfehlt hatte, ging der Entwurf des Programmgesetzes erneut in den Senat, der die Kabinettsvorlage am 30. 11. wiederum mit einem Antrag auf Vertagung der Debatte zurückwies[321].

Bei der Dritten Lesung am 6. 12. machte die Regierung abermals vom Recht der Vertrauensfrage Gebrauch, während ihre Widersacher erneut einen Tadelsantrag stellten. Als es zur Abstimmung kam, verfehlte die Opposition die verfassungsmäßige Mehrheit von 277 Stimmen recht deutlich. Nur 215 Abgeordneten votier-

[316] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1139, 23. 11. 1960, Verschlüsselt; Schütze, Atombewaffnung, S. 209; EA 1961, S. D17.

[317] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 347, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960.

[318] Vgl. AdG 1960, S. 8753E; s.a. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 350–352, Kanzler-Tee, 10. 11. 1960.

[319] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 555 f.; Marcowitz, Option, S. 133 f.

[320] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 3. 12. 1960, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 48 f.

[321] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1139, 23. 11. 1960, Verschlüsselt; Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 383; EA 1961, S. D17.

ten gegen die Regierung. Damit war das Gesetz angenommen[322]. Die zweifellos „bedeutsamste politische Auseinandersetzung" zwischen Exekutive und Legislative seit Beginn der V. Republik war beendet. Zum ersten Mal war der Mechanismus der neuen Verfassung zur praktischen Anwendung gekommen, und die Regierung konnte trotz härtester parlamentarischer Widerstände, die in der IV. Republik unweigerlich zum Rücktritt des Kabinetts geführt hätten, ihren Willen durchsetzen[323].

Die deutschen Reaktionen auf diesen wichtigen innenpolitischen Erfolg für den französischen Präsidenten fielen recht unterschiedlich aus. Adenauer forderte erneut den Ausbau der NATO mit eigenen atomaren Abschreckungswaffen und warnte Frankreich vor einer Desintegration der NATO[324]. Mit „kultivierte[r]" Mißstimmung lehnte er eine für Anfang Dezember vereinbarte Begegnung mit de Gaulle krankheitshalber ab[325]. Strauß hingegen betonte Ende November im Verteidigungsrat, man solle das Gemeinsame in den beiderseitigen Beziehungen stärker als das Trennende hervorheben. Und auch Jansen beklagte sich über Adenauers starke NATO-Fixierung[326]. Blankenhorn reduzierte die bestehenden Divergenzen vor der Diplomatischen Presse in Paris lediglich auf die Methoden, nicht aber auf die Ziele der Sicherheitspolitik und bezeichnete sie als lösbar[327]. Von Brentano ging davon aus, daß sich de Gaulle angesichts der unfertigen Pläne der Amerikaner kurz vor dem Regierungswechsel kaum von seinen Konzepten abbringen lasse. Daher riet er dem Kanzler dazu, im Kreise der Sechs auch über die NATO-Atomstreitmacht, vor allem aber über eine verstärkte politische Konsultation in der Allianz zu diskutieren[328].

Ungeachtet des tiefgreifenden deutsch-französischen Konfliktes in der Sicherheitspolitik florierte das Geschäft der beiderseitigen Rüstungszusammenarbeit bemerkenswert gut. Am 25. 10. hatten Bonn und Paris zwei in der Geschichte der beiden Völker „wahrhaft beispiellose"[329] geheime logistische Rahmenabkommen unterzeichnet. Das erste erlaubte der Bundeswehr die Materialeinlagerung und Benutzung französischer Flughäfen, womit ihr aber keine Stützpunkte oder Abschußbasen zur Verfügung gestellt wurden. Der zweite, von „geradezu historische[r] Bedeutung"[330] gekennzeichnete Vertrag gestattete der Bundeswehr, Manöver mit vier Bataillonen auf den ostfranzösischen Übungsplätzen Mourmelon und Sissone, also den Schlachtfeldern des Ersten und Zweiten Weltkriegs, durchzuführen[331]. Wegen der im Vorfeld nicht geringen politischen und psychologischen Be-

[322] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 6. 12. 1960, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1960/61, Bd. 5, S. 4330–4334; AdG 1960, S. 8454C; vgl. Debré, Mémoires, Bd. 3, S. 383; Messmer, Général de Gaulle, S. 95.

[323] Schütze, Atombewaffnung, S. 207.

[324] S. ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Ansprache Adenauers vor der deutsch-britischen Presse in Bonn, 31. 10. 1960; AdG 1960, S. 8735A.

[325] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 24; vgl. Kap. V.2.2.

[326] Vgl. ebd., I-149-006 [VI]-1, Jansen an Blankenhorn, 1. 12. 1960; Marcowitz, Option, S. 61 u. 119.

[327] S. Ansprache Blankenhorns vor der Diplomatischen Presse in Paris, 30. 11. 1960, im Auszug in: AdG 1960, S. 8789C.

[328] S. BA, NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 133–135, von Brentano an Adenauer, MB 1577/60, 1. 12. 1960, Geheim.

[329] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 202; s.a. Soutou, Problèmes, S. 238.

[330] BA, NL Blankenhorn, Bd. 104, Bl. 40, Tb. 25. 10. 1960.

[331] S. von Etzdorf an diplomatische Vertretungen, Tel. AZ 301-81-02-6/94.07/2140/60, 26. 10. 1960,

denken[332] sah Adenauer im Abschluß zu recht den „Beweis eines ganz großen Fortschritts des Gedankens der Gemeinsamkeit und des Zusammengehörens"[333]. Er achtete aber behutsam darauf, nicht das Mißtrauen der Amerikaner zu wekken[334].

Mit Spannung schaute der Kanzler nun auf die obligatorische Dezembertagung des NATO-Ministerrats. Spaak hatte am 23. 11. in Washington eindringlich darum gebeten, endlich einen Plan zur nuklearen Mitbestimmung vorzulegen[335]. Herter kam dem Drängen nach und empfahl den Verbündeten am 16. 12. in Paris den Aufbau einer multilateralen Atomflotte. In Abänderung der Konzepte Norstads und Bowies sah sein Projekt die Assignierung von fünf U-Booten mit Polaris-Raketen der NATO nach Abschluß des laufenden Entwicklungsprogramms vor. Danach sollten zusätzlich einhundert von den Europäern gekaufte amerikanische MRBM auf multinational bemannten Schiffen und U-Booten der Europäer stationiert werden, allerdings erst nach einer Vereinbarung über ein Freigabeverfahren für die Nuklearwaffen. Vor allem in diesem Punkt unterschied sich Herters Angebot von den Offerten Norstads und Bowies, weil er die U-Boote nicht mehr der NATO-Kontrollinstanz unterstellen wollte und für die übrigen Mittelstrekkenraketen eine Art Zweischlüsselsystem vorsah. Die Trägerraketen blieben in den Händen der betreffenden Streitkräfte, die Sprengköpfe aber in amerikanischer Obhut, bis die Europäer einen Weg zur gemeinsamen politischen Beaufsichtigung ausgearbeitet hätten[336].

Wie nach der Norstad-Initiative fiel die Reaktion der Verbündeten mit Ausnahme der Bundesrepublik und Italiens, mit Abstrichen auch der Türkei, Belgiens und der Niederlande, sehr verhalten aus. Allein von Brentano bezeichnete das Angebot als „big step forward"[337]. Wenngleich das Angebot wohl kaum den deutschen Erwartungen entsprach, wurde es auch von Strauß ausdrücklich als Ausgangspunkt begrüßt, um möglichst bald konkrete Entscheidungen über ein Verfahren zur politischen Kontrolle der Nuklearwaffen zu treffen[338]. Für die Bundesregierung ging es eben um zweierlei, um den gleichberechtigten Status in der Allianz und um mehr Sicherheit getreu der vom Verteidigungsminister ausgegebenen Devise: „Wir wollen nicht das Fußvolk der Atomritter sein und auf keinen Fall der Schießplatz *aller* Atommächte"[339].

Verschlüsselt, in: BDFD I, S. 840; PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 281, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1039, 25. 10. 1960, Citissime, Verschlüsselt; Bulletin 1960, S. 1969; Soutou, L'alliance incertaine, S. 166f.

[332] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 60, Tb. 6. 11. 1958.

[333] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 391, Interview zwischen Adenauer und Botrot vom 24. 11. 1960, Vertraulich.

[334] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 107b, Bl. 157–163, Unterredung zwischen Carstens und Couve de Murville vom 17. 9. 1960, St.S. 2732/60, 19. 9. 1960, Geheim, im Auszug in: BDFD I, S. 835.

[335] Vgl. Mahncke, Mitwirkung, S. 78.

[336] S. US-Delegation an Dep. of State, Airgram Polto A-234, 17. 12. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 674–682; de Leusse an MAE, Tel. 645, 16. 12. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 750f.; Hoppe, Teilhabe, S. 42f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 78f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 110f.; Winand, Eisenhower, S. 217f.

[337] US-Delegation an Dep. of State, Tel. Polto 871, 17. 12. 1960, Secret, in: FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 1, S. 682f., hier S. 683; s.a. de Leusse an MAE, Tel. 645, 16. 12. 1960, Réservé, in: DDF 1960, Bd. 751f.; vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 43; Barbier, Force multilatérale, S. 4f.

[338] Vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 268.

[339] Zitiert nach: Schmückle, Pauken, S. 237.

Frankreich bewertete das Projekt erwartungsgemäß negativ, weil die USA zwar inzwischen zu trilateralen Erörterungen auf der Ebene hoher politischer Beamter bzw. der Außenminister bereit waren[340], den Partnern aber keine paritätische Mitsprache bei den Nuklearwaffen zugestanden. Für de Gaulle war das Angebot nicht mehr als „faux-semblant". Niemals, monierte er am 21. 12. gegenüber Alphand, gäben Präsident oder Kongreß die Verantwortung für die Benutzung der Bombe aus der Hand. Als der Botschafter ihm riet, die Offerte dennoch anzunehmen, um dadurch im Gegenzug an die amerikanischen Nukleargeheimnisse und insbesondere an die Raketen heranzukommen, lehnte der General ab. „Il faut continuer notre progression, y compris la mise au point des fusées qui commence et pour laquelle j'ai de l'espoir."[341]

Von dem „großen Interesse", das die Verbündeten laut Kommuniqué der NATO-Ratstagung dem amerikanischen Angebot entgegenbrachten, konnte keine Rede sein[342]. Die USA blieben in der Frage der europäischen Mitsprache eindeutig hinter der in Aussicht gestellten Einflußnahme zurück. Norstads ursprüngliches Konzept, Kernwaffen der Verfügungsgewalt des SACEUR zu übertragen, wurde durch das Angebot Herters, der NATO Polaris-U-Boote zu assignieren, „weitgehend verwischt"[343] und war damit insbesondere für Großbritannien und Frankreich völlig uninteressant[344]. Außerdem entsprach der „Herter-Plan" nicht den Forderungen Norstads nach einer landgestützten Nuklearstreitmacht aus mobilen MRBM, wie sie unter anderem auch Spaak befürwortet hatte.

Am Ende des Jahres 1960 mußten die europäischen Staaten ihre Hoffnungen auf den neuen amerikanischen Präsidenten Kennedy richten, der seit seinem Wahlsieg am 8. 11.[345] auf die Amtsübergabe wartete. Würde es ihm gelingen, den nuklearpolitischen Grundkonflikt in der Allianz zwischen dem eigenen Bemühen um Eindämmung jeglicher atomarer Proliferation und den entgegengesetzten Ansprüchen der Verbündeten zu beseitigen? Konnte er es schaffen, amerikanische und europäische, französische und deutsche Interessen so in Einklang zu bringen, daß die NATO nicht weiter geschwächt, Frankreich vor einem weiteren Abdriften bewahrt und der Anspruch der Bundesrepublik auf Mitsprache befriedigt würde? Noch war die Situation offen. Bonn hatte sich allen Avancen in Richtung auf eine europäische Verteidigungsidentität vorläufig entzogen, und selbst Paris dachte – ungeachtet aller Selbständigkeitsmanifestationen – noch nicht daran, sämtliche Brücken zur transatlantischen Gemeinschaft und deren Vormacht abzubrechen.

[340] Zu den trilateralen Konsultationen vom 20.–22. 9. u. 14./15. 12. 1960 s. FRUS 1958–1960, Bd. 7, T. 2, S. 419 u. 430.

[341] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 21. 12. 1960, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 343; s.a. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 57.

[342] Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung vom 16.–18. 12. 1960, in: EA 1961, S. D15f., hier S. D16.

[343] Mahncke, Mitwirkung, S. 80.

[344] Vgl. Barbier, Force multilatérale, S. 5; Hoppe, Teilhabe, S. 43; Mahncke, Mitwirkung, S. 81f.

[345] S. AdG 1960, S. 8751B.

V.3.3 Der Kampf um die Nuklearteilhabe 1961/62

Von der „massive retaliation" zur „flexible response"

Mit der Amtseinführung John F. Kennedys am 20. 1. 1961[1] wurden die Karten in der Atlantischen Allianz neu gemischt. Denn die sich bereits unter seinem Vorgänger anmeldenden neuen globalen Sicherheitsherausforderungen wurden vom Weißen Haus nun mit neuen Antworten versehen. Mit der Verfügbarkeit einsatzfähiger strategischer Kernwaffen hatte die Sowjetunion den USA ihre Unverwundbarkeit genommen. Selbst bei einem auf Europa beschränkten Konflikt bestand für Washington die Gefahr, zur Geisel einer Moskauer Vergeltungsdrohung zu werden[2]. Während seines Wahlkampfes hatte Kennedy zu erkennen gegeben, daß er den allmählichen Verlust des atomaren Vorteils durch den raschen Aufbau einer „second strike capability" ausgleichen, die nukleare Schwelle anheben, die amerikanischen Streitkräfte umformen, den Rüstungswettlauf stoppen und die Spannungen zwischen Ost und West abbauen wollte[3]. Schwierig gestaltete sich aber nicht nur das Verhältnis zum weltmächtlichen Antagonisten. Auch die Atlantische Allianz befand sich in einem kritischen Stadium. Die USA hatten ihr Nuklearmonopol verloren und sahen sich einem zunehmend stärkeren Ruf der Verbündeten nach atomarer Teilhabe ausgesetzt. Da die Träger der Kernwaffen zu veralten begannen, zeichnete sich für Kennedy der Konflikt ab, entweder die sicherheitspolitische Strategie generell zu ändern oder den Forderungen Norstads zuzustimmen[4], der zunächst für ein landgestütztes System neuer MRMB-Waffen plädierte[5] und den Präsidenten dann für einen Plan zu gewinnen suchte, wonach die USA 150 bis 180 Polaris-Raketen auf U-Booten stationierten, während die Europäer die Verantwortung für die Aufrüstung mit den neuen MRBM-Waffen übernähmen[6].

Nach seinem Einzug ins Weiße Haus erklärte Kennedy die NATO zum Eckstein und Fundament seiner Politik. Als seine sicherheitspolitischen Prioritäten gab er die Stärkung der nuklearen Abschreckung, die Schaffung flexiblerer militärischer Optionen auf konventionellem Gebiet und die zentrale Kontrolle über das Nuklearpotential aus. Um dem aus der Pattsituation resultierenden strategischen Dilemma zu entgehen, sprach er sich für eine Abkehr von der Strategie der „massive retaliation" und für die Entwicklung von abgestuften militärischen Reaktionsformen aus. Damit zielte er darauf ab, sich dem Automatismus der nuklearen Eskalation zu entziehen und davor zu schützen, von den Europäern in einen Atomkrieg verwickelt zu werden[7].

[1] Vgl. AdG 1961, S. 8872D.
[2] Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 31–35.
[3] S. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 76f.; zur Präsidentschaftswahlkampagne Kennedys vgl. ausführlich: White, Making of a President; s.a. Biermann, John F. Kennedy, S. 54–62.
[4] Vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 78f.
[5] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 61, von Walther an AA, FS Nr. 250, 26. 1. 1961, Streng geheim; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 111.
[6] S. Unterredung zwischen Norstad und Rusk vom 1. 2. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 253–256.
[7] Vgl. Antrittsrede Kennedys, 20. 1. 1961, in: EA 1961, S. D88-D90; Pressekonferenz dess., 9. 2. 1961, in: AdG 1961, S. 8910B; Botschaft dess. an den NATO-Rat, 15. 2. 1961, in: EA 1961, S. D281-D283; Biermann, John F. Kennedy, S. 65–68 u. 72–80.

Implizit wandte er sich damit sowohl gegen die Forderungen der NATO nach Ausrüstung mit MRBM-Raketen als auch gegen die französischen Nuklearpläne. De Gaulles Wunsch nach einer neuen Form der Triple Entente widersprach aus Sicht Kennedys nicht nur der gewachsenen Bedeutung Deutschlands und Italiens, er ignorierte auch die geographische und militärische Bedeutung der kleineren europäischen NATO-Staaten und tendierte dazu, den Rahmen gegenseitiger Verteidigungsverträge zu unterminieren. Die USA planten daher, die trilateralen Konsultationen zu beenden, sofern Frankreich den bisherigen Verlauf nicht als wirklich fruchtbar bewertete[8].

Obwohl er mit den ersten Gesprächsrunden keineswegs zufrieden war, dachte der General aber nicht daran, das Forum der dreiseitigen Beratungen jetzt aufzugeben[9]. Washington sah sich daher gezwungen, darauf einzugehen, hielt sich aber deutlich zurück, als Paris abermals die Einbeziehung der militärisch-strategischen Planung anregte[10]. Darauf aber kam es de Gaulle vor allem an. Zeichen des guten Willens, wie die Entsendung General Gavins als Botschafter nach Paris, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kennedy die Arcana imperii noch sorgsamer behütete als einst Eisenhower. Die Geste kam auch nicht an, fragte man sich in der französischen Diplomatie doch, ob Kennedy nicht wisse, daß man de Gaulle mit einem Militär als Diplomaten kaum eine Freude bereiten könne, weil er sich selbst vor allem als „un grand civil" verstand[11].

Mit dem von Frankreich Anfang Februar initiierten Neubeginn in der politischen Zusammenarbeit der Sechsergemeinschaft sahen sich die USA mit ihrem Sicherheitskonzept offen herausgefordert. Kennedy reagierte darauf am Vorabend der Pariser EWG-Regierungskonferenz mit einer Botschaft an Adenauer, in der er die Atlantische Allianz als „principal cornerstone of human freedom in our world" und die NATO als „keystone of the Atlantic Community" pries. Unmißverständlich stellte er heraus, daß die von ihm befürwortete europäische Einigung für ihn vornehmlich instrumentellen Charakter zwecks Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft besaß[12]. Die Bundesregierung mochte sich dieser Einstellung aber nur bedingt anschließen. Ja, es deutete sich nun ein allmähliches „changement d'orientation" zugunsten einer genuin europäischen Kooperation mit starker verteidigungspolitischer Komponente in engster Abstimmung mit Frankreich ab[13], das sowohl vom Kanzler als auch von Spitzenmilitärs forciert wurde.

Aus Sorge, Frankreich könne sich gleichsam hinter der Force de frappe verstecken und die konventionelle Verteidigung vernachlässigen, hatte die hohe deutsche Generalität bereits im Herbst 1960 großes Interesse an einem engen

[8] S. Kohler an Rusk, Memorandum, 24. 1. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 641–644.
[9] S. Entwurf einer Instruktion an Alphand, Ende Januar 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 29–34; vgl. zum Folgenden ausführlich Vaïsse, La grandeur, S. 139–152.
[10] S. Unterredung zwischen Alphand und Rusk vom 28. 2. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 645–648; Alphand an Couve de Murville, Tel. 1013/19, 28. 2. 1961, Secret, Réservé, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 267f.
[11] Alphand, L'étonnement d'être, S. 350, Tb. 25. 5. 1961.
[12] Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 1360, 7. 2. 1961, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 258–260, hier S. 258 u. 259; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 24; Conze, Herausforderung, S. 174f.
[13] Soutou, L'alliance incertaine, S. 176.

strategischen Meinungsaustausch mit ihren französischen Kollegen bekundet[14]. Mitte Dezember vereinbarten der Generalinspekteur der Bundeswehr, Heusinger, und der Chef des französischen Generalstabs, Ely, die Einrichtung einer ständigen Kommission als „oberstes lenkendes Organ der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit"[15]. Wenige Tage später unterzeichneten Bonn und Paris ein Abkommen über die gemeinsame Produktion eines Überschallsenkrechtstarters[16]. Am 25. 1. 1961 erklärte sich die Bundesregierung bereit, im Rahmen der politischen Konsultationen der Sechsergemeinschaft auch über den Einsatz von Atomwaffen zu sprechen, wenngleich die Atlantische Allianz natürlich zu bewahren sei[17]. Kurz darauf fand die erste deutsch-französischen Militärtagung auf der Ebene der Generalstäbler statt, auf der Heusinger zur Überraschung der französischen Kameraden betonte, daß Europa eines nicht fernen Tages sicherheitspolitisch auf sich selbst gestellt sei, weil die äußere Unterstützung fehle[18]. Auch Strauß sprach sich jetzt für eine enge bilaterale Verzahnung im militärischen Bereich aus, wenn auch aus anderen Motiven. Da er den Franzosen unterstellte, die Bundesrepublik mit der Überlassung ihrer Übungsplätze „in ein Abhängigkeitsverhältnis" zu bringen und sie als „Vorfeld für die Verteidigung Frankreichs" zu benutzen, sah er in der Kooperation eine Chance, die Franzosen „eng an uns zu binden" und mit ihnen die Voraussetzungen für die Verteidigung im Rahmen der NATO zu verbessern[19]. Adenauer nahm sich dieser Gedanken an und plädierte nun für eine sehr enge und dauerhafte deutsch-französische Freundschaft, ohne „aus der Bundesrepublik einen französischen Satellitenstaat zu machen". Frankreich müsse sich daran gewöhnen, so betonte er Anfang Februar gegenüber Blankenhorn, „in uns einen gleichberechtigten und gleichverpflichteten Partner und Freund zu sehen"[20].

Als de Gaulle auf der Konferenz der EWG-Regierungschefs erkannte, daß die Bundesrepublik mitsamt den anderen Partnern den Erhalt der Allianz zur Grundbedingung für den Beginn der politischen Organisation erhoben, billigte er ihnen zu, daß die NATO „unentbehrlich" sei[21]. Der Eintritt in die politische Konsultation war ihm diese Zusage wert. Auf sie kam es ihm an, wobei er sie anders als die Amerikaner eben nicht als Schritt zur Stärkung der NATO begriff, sondern als Auftakt zur Verwirklichung seines Leitbildes von einem europäischen Europa. Ein Konflikt mit den USA war damit vorprogrammiert, denn sie ließen nach der Konferenz keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie die Zusammenarbeit der

[14] Vgl. ebd., S. 167.
[15] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 54, Heusinger an Ely, 18. 12. 1960.
[16] Vgl. AdG 1960, S. 8826A.
[17] S. Unterredung zwischen Blankenhorn und Maillard vom 25. 1. 1961, 26. 1. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 101–103.
[18] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 177f.
[19] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 55, Strauß an Adenauer, Tgb. Nr. 489/61, 7. 2. 1961, VS-Vertraulich; s.a. Pommerin, La France, S. 274.
[20] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 211f., Tb. 6. 2. 1961.
[21] Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Staaten vom 10./11. 2. 1961, 2–200–80.10/21/61, 15. 2. 1961, in: BDFD I, S. 844–850, hier S. 848; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 50, Aufzeichnung Jansen, 2–200–80.10/20/61, 15. 2. 1961; BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 165–169, Tb. 10. 2. 1961; vgl. Kap. V.2.3.

Sechs auf politischem oder militärischem Gebiet nur dann zu unterstützen beabsichtigten, wenn sie der NATO zugute käme[22].

Anstatt der Tendenz einiger europäischer Partner zu mehr sicherheitspolitischer Selbständigkeit durch konkrete Angebote im nuklearen Bereich das Wasser abzugraben, traten die Amerikaner kurz darauf auf die Bremse. Ende Februar wurden durch eine Indiskretion Empfehlungen von Rusk an Verteidigungsminister McNamara vom 4. 2. bekannt[23], in denen der Außenminister sich für eine Verminderung der Gefahr eines Atomkrieges durch Verstärkung der konventionellen Streitkräfte in der NATO ausgesprochen hatte. Als das Bundesverteidigungsministerium diese Gedankenspiele scharf kritisierte[24], verwahrte sich von Brentano bei Adenauer gegen derartige in sein Ressort reichende politische Erklärungen, die seiner Ansicht nach in Washington nur kontraproduktiv wirkten[25]. Sein Protest richtete sich indes nur gegen die Form, nicht gegen den Inhalt. Wie Strauß oder Adenauer[26] verlangte auch von Brentano eine Ausrüstung der NATO mit taktischen Atomwaffen in Anlehnung an die Vorstellungen Norstads, wobei er bedauerte, daß die Realisierung der deutschen Wünsche durch die zögerliche Haltung der übrigen NATO-Staaten und den Alleingang Frankreichs nicht eben erleichtert wurde[27]. Aus Furcht vor einer noch mehr auftrumpfenden Politik de Gaulles nach der sich abzeichnenden Beilegung des Algerienkonflikts[28] setzte die Bundesregierung weiterhin auf eine Liberalisierung des McMahon-Gesetzes, von der man sich eine enge Koordinierung der drei westlichen Atomstreitkräfte erhoffte[29].

Eine Änderung der verfahrenen Lage war aber nicht in Sicht. Kennedy hielt an der restriktiven Politik Eisenhowers fest, verschärfte sie noch, und de Gaulle blieb seiner im Memorandum vom September 1958 festgelegten Politik treu: Lockerung der Bindungen zur NATO, Herauslösung der französischen Streitkräfte aus der Integration, Aufstellung einer eigenen Atommacht, Schaffung eines Triumvirats als zentraler westlicher Lenkungsinstanz und nicht zuletzt eine „general tripartite military planning on a worldwide scale"[30]. Anfang März forderte der ehemalige Verteidigungsminister und jetzige Parlamentspräsident Chaban-Delmas im Auftrag de Gaulles Kennedy zu einer „fundamental reconstruction" der Atlantischen Allianz auf und verlangte „most complete coordination" zwischen den drei Westmächten, „by decisions taken beforehand at the level of the conception of policies and not belatedly at the level of their implementation". Als Ersatz für das ameri-

[22] S. Bowles an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1459, 24. 3. 1961, Official use only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 2–4; Conze, Herausforderung, S. 177.

[23] Vgl. AdG 1961, S. 8960C.

[24] S. Interview Heusingers, in: Bulletin 1961, S. 385f.; Ansprache Schmückles im „Westdeutschen Rundfunk", in: ebd., S. 393f.

[25] S. von Brentano an Adenauer, 4. 3. 1961, im Auszug in: Baring, Bundeskanzler, S. 306.

[26] S. Pressekonferenz Adenauers, 10. 3. 1961, in: Bulletin 1961, S. 458f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 107.

[27] S. von Brentano an Adenauer, 23. 3. 1961, in: Baring, Bundeskanzler, S. 310–312.

[28] Vgl. Kap. V.1.5.

[29] ACDP, NL von Eckardt, I-010–006/4, Aufzeichnung des AA, 301–83–03/426/61, 6. 4. 1961, Geheim.

[30] Unterredung zwischen Alphand und Rusk vom 15. 3. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 266–269, hier S. 267; s.a. ders. an Couve de Murville, Tel. 1285/81 [sic!], Très secret, Réservé, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 356–358.

kanische globale Entscheidungsmonopol drängte Chaban-Delmas auf die Einrichtung von Einflußsphären entlang geographischer Grenzen, wobei Frankreich sich insbesondere für Nordafrika und Europa zuständig fühlte[31]. Die amerikanischen Eindämmungsabsichten bei der Proliferation von Atomwaffen, so ergänzte Alphand wenige Tage später, würden von de Gaulle durchaus unterstützt, sofern die Force de frappe nicht davon betroffen wäre. Vom Aufbau der NATO zur vierten Atommacht hielte der General aber nichts, weil er sich nicht vorstellen könne, wie Kennedy der NATO ein Vetorecht über den Einsatz amerikanischer Atomwaffen zugestehe[32]. Widersetzen, dies zeigte ein Beschluß des Conseil des Ministres vom 21. 3., wollte sich de Gaulle dem Bau einer NATO-Nuklearstreitmacht aber nicht[33].

Anfang April legte der ehemalige Außenminister Acheson im Auftrag Kennedys einen Bericht vor[34], der nach zahlreichen Änderungen am 21. 4. vom Präsidenten als offizielle Direktive zur NATO-Reform gebilligt werden sollte. Entsprechend den Interessen des Weißen Hauses an einem größeren Spektrum militärischer Optionen und der Sorge um die Proliferation von Nuklearwaffen betonte der Report die konventionelle Komponente der atlantischen Verteidigung, unterstrich die Notwendigkeit zur zentralen Kontrolle von Kernwaffen der NATO und insistierte auf dem amerikanischen Veto über nationale europäische Nuklearstreitkräfte[35]. Die Argumente Bowies und anderer Anhänger einer multilateralen Lösung zum Problem der Nuklearteilhabe hatten nur wenig Gehör gefunden. In ihrer Mehrheit sprach sich Achesons Studiengruppe dafür aus, die zentrale Kontrollgewalt beim Präsidenten zu belassen und die Europäer allenfalls an der nuklearen Einsatzplanung zu beteiligen[36]. Indem der Bericht die gültige NATO-Politik mit ihrer starken Betonung der nuklearen Waffen zur Seite drückte und die verteidigungspolitischen Prioritäten in Richtung der „flexible response" verschob, legte er den Herter-Plan vom Dezember 1960 und die Vorschläge Bowies und Norstads vorläufig auf Eis, weil sie den Bedingungen klarer Kontrolle und schneller Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen widersprachen[37].

Damit mochten sich die Anhänger dieser Konzepte aber nicht abfinden. Spaak hatte bereits Ende Februar die Prüfung der Pläne Herters oder Norstads angemahnt[38]. Als Kennedy sich dann am 25. 3. vor der UNO für eine vollständige Ab-

[31] Unterredung zwischen Kennedy und Chaban-Delmas vom 10. 3. 1961, Confidential, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 648–653, hier S. 649f.; s.a. Bozo, Stratégies, S. 73; Costigliola, France, S. 124; ders, Kennedy, S. 257.

[32] S. Unterredung zwischen Alphand und Rusk vom 15. 3. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 266–269; ders. an Couve de Murville, Tel. 1285/81 [sic!], Très secret, Réservé, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 356–358.

[33] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 224.

[34] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 44f. Zur Tätigkeit Achesons als Berater der Regierung Kennedy vgl. ausführlich Brinkley, Acheson, S. 113–202.

[35] S. Bericht Acheson, 20. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 285–291; vgl. Biermann, John F. Kennedy, S. 76f.; Conze, Herausforderung, S. 185f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 77; s.a. die den Wunsch nach nuklearer Überlegenheit widerspiegelnde Botschaft Kennedys an den Kongreß, 28. 3. 1961, in: EA 1961, S. D252-D264.

[36] S. Wohlstetter, Teilnahme; Winand, Eisenhower, S. 223–233.

[37] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 44–49.

[38] S. Unterredung zwischen Kennedy und Spaak vom 21. 2. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 260–266; Blankenhorn, Verständnis, S. 401f., Tb. 1. 3. 1961.

rüstung unter besonderer Berücksichtigung der Nuklearwaffen aussprach und das schnelle Vorantreiben eines Teststoppabkommens forderte[39], hieß es in der Presse, der Gedanke einer NATO-Atommacht sei von ihm begraben worden[40]. Das von Rusk und seinem europaorientierten Stellvertreter Ball geführte State Department begann daraufhin aus Furcht, Adenauer und Strauß könnten sich auf die Seite de Gaulles schlagen, im Sinne der Vorschläge Herters Druck auf den Präsidenten auszuüben[41]. Acheson selbst erweckte am 9. 4. in Rhöndorf bei Adenauer mit einem Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft, zur NATO und zur europäischen Integration, ja sogar zum Festhalten am Gedanken einer atomaren NATO-Streitmacht[42] den Eindruck, als strebten die USA „geradezu eine ‚Verschmelzung' mit Europa an, politisch wie wirtschaftlich und militärisch"[43]. Der Kanzler ließ sich davon dermaßen blenden, daß er tags darauf vor der Presse Verständnis dafür aufbrachte, wenn der Umbau der NATO zur Atommacht „zunächst etwas zurückgestellt" würde[44].

Damit traf er zwar den Geschmack der Opposition[45], nicht aber den des Bundesverteidigungsministeriums. In der Ermekeilstraße war man über die Vorstellungen des Weißen Hauses nämlich höchst besorgt. Washington wollte nicht nur die Nuklearwaffen bis zum Einsatz unter seiner alleinigen Kontrolle behalten, sondern angesichts der Moskauer militärtechnischen Fortschritte auch die atomare Schwelle erhöhen, und zog damit die Möglichkeit eines konventionellen Konflikts in Erwägung. Dies aber galt unter den deutschen Militärs als unannehmbar. Sie hielten am Ausbau der NATO zur Atommacht als einem wichtigen „Zwischenziel" fest, das aus deutscher Sicht folgende Anforderungen erfüllen mußte: Ausrüstung mit atomaren Waffen, schnelle Reaktionsfähigkeit, freie Verfügungsgewalt für den SACEUR mit entsprechendem Beschluß der politischen Führung, keine Diskriminierung des atomaren gegenüber dem konventionellen Kriegswerkzeug[46].

In der SPD-Opposition wurde die neue amerikanische Sicherheitskonzeption hingegen dezidiert begrüßt. Die Sozialdemokraten verteidigten die Abkehr von der „massive retaliation" zur „flexible response" und die Einführung einer „Pause" im atomaren Schlagabtausch als notwendige Folge des Patts der Supermächte[47]. Dementsprechend lehnten sie die französischen Nuklearpläne entschieden ab, weil jegliche Proliferation ihrer Auffassung nach destabilisierend auf die internationale Politik wirkte und die französischen Nuklearwaffen keine Ab-

[39] Zur Rede Kennedys vor der UNO vom 25. 3. 1961 vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 77f.
[40] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 49.
[41] Vgl. ebd., S. 49f.
[42] S. Acheson an Kennedy u. Rusk, mitgeteilt in: Dowling an Dep. of State, Tel. 1632, 10. 4. 1961, Secret, Priority, Limited Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 269–272.
[43] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 482, Tb. 10. 4. 1961; s.a. Grabbe, Unionsparteien, S. 270; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 632f.
[44] Zitiert nach: Grabbe, Unionsparteien, S. 271.
[45] Vgl. ebd., S. 375.
[46] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 60, Chef des Stabes an Speidel, Fü B III 1, Tgb.Nr. 126/61, 12. 4. 1961; s.a. Hoppe, Teilhabe, S. 50; Soutou, L'alliance incertaine, S. 181; ders., De Gaulle, S. 502f.; zur Haltung von Strauß vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 269f.
[47] Vgl. ebd., S. 373–380; Marcowitz, Option, S. 133f.; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 158–167.

schreckungswirkung ausübten, sehr wohl aber den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz schwächten[48]. Eine integrierte NATO-Atomstreitmacht mochte die SPD nur als Gegenmittel zum „Alptraum einer unabhängigen französischen nuklearen Streitmacht"[49] und zur Verhinderung weiterer nationaler Nuklearambitionen akzeptieren, wobei zumindest ihr verteidigungspolitischer Sprecher Helmut Schmidt einräumte, daß es gewichtige politische Gründe für das europäische Verlangen nach Mitsprache beim Einsatz von Kernwaffen gäbe, nämlich nicht zuletzt das gesunkene Vertrauen in die amerikanische Sicherheitsgarantie[50].

Wenige Tage nach dem Besuch Achesons reiste Adenauer zu ersten Besprechungen mit Kennedy in die USA[51]. In seinen Briefing-Papieren hatte das State Department den Präsidenten vorab immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, dem Kanzler die Freundschaft der USA, die Notwendigkeit der Atlantischen Allianz und der amerikanischen Präsenz in Europa zu versichern, um ihn nicht in die Arme des französischen Präsidenten zu treiben[52]. Kennedy nahm sich des Ratschlags an und beruhigte Adenauer am 12. 4., daß die Atomwaffen nicht abgezogen würden. Er machte aber auch keinen Hehl aus seiner Absicht, den konventionellen Streitkräften mehr Gewicht zu verleihen und die Kontrolle der Nuklearrüstung zu verstärken[53]. Konkret zielten seine Überlegungen darauf ab, die taktischen Kernwaffen aus dem Divisionsverband herauszulösen und alle Einsatzentscheidungen in Washington zu zentralisieren[54]. Beide Seiten waren sich darin einig, die NATO als politisches Organ auszubauen. Adenauer wies den USA ausdrücklich die Führungsrolle in der transatlantischen Allianz zu und meinte, man müsse de Gaulle davon überzeugen, daß das Schicksal Frankreichs am besten in einem Bündnis wie der NATO aufgehoben sei[55]. Washington wollte die NATO also als Instrument amerikanischer Führung reformiert wissen. Und Bonn unterstützte dieses Vorhaben angesichts der eigenen exponierten Lage und der sowjetischen Bedrohung. Zugleich unterstrich der Kanzler aber in einer abschließenden Unterredung mit dem Präsidenten am 13. 4. auch sein fortdauerndes Interesse an den Plänen einer NATO-Atommacht gemäß dem Vorschlag Norstads, selbst wenn dessen Konzept vorerst aufgeschoben sei[56].

Mit den französischen Vorstellungen waren diese Erwägungen kaum in Einklang zu bringen. Als Acheson de Gaulle am 20. 4. die Grundzüge seines Berichts über die NATO darlegte, hielt der Präsident mit seinen Reserven an den politischen Reformvorschlägen nicht hinter dem Berg. Diplomatie mußte sich seines

[48] Vgl. Schmidt, Verteidigung, S. 98–102; Bellers, Reformpolitik, S. 356–365; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 173.

[49] Schmidt, Verteidigung, S. 99; vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 372–374; Marcowitz, Option, S. 135–137.

[50] S. Schmidt, Verteidigung, S. 76f. u. 98; Erklärung Schmidts in der Sitzung der SPD-Fraktion, 14. 3. 1961, in: Hölscher (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 539.

[51] Vgl. Kap. V.1.5.

[52] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 188.

[53] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 12. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 272–277; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 92f.

[54] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 636.

[55] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 12. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 278–280; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 93–96; Conze, Herausforderung, S. 193.

[56] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 636.

Erachtens auf der intergouvernementalen Ebene und nicht in internationalen Organisationen abspielen. Als Acheson ihm dann die Planungen zur Übertragung von Nuklearraketen auf die NATO darlegte, beließ es der General bei der Frage, wie denn die englischen Atomwaffen in dieses System integriert werden sollten[57]. Wer den Text seiner großen Pressekonferenz vom 11. 4. gelesen hatte, wußte bereits, was er von derartigen Konzepten hielt: Recht auf nationale Verteidigung und für Frankreich zugleich auf eine Nuklearstreitmacht, Änderung der Einsatzmodalitäten für Kernwaffen, Ausdehnung der geographischen Zuständigkeit der NATO über die europäischen Grenzen hinaus, so lauteten die Punkte, die er in der Atlantischen Allianz geändert sehen wollte[58].

Einmal mehr stieß de Gaulle die Verbündeten damit vor den Kopf, und die Reaktionen fielen auch in Bonn eindeutig negativ aus. Im Auswärtigen Amt bemängelte man sein ständiges Kritisieren der NATO ohne Vorlage konkreter Beiträge zur Reformdiskussion. Frankreichs Anspruch auf nationale Verteidigung schien völlig unsinnig, ja gefährlich, da sie einerseits unzulänglich bleiben mußte, andererseits aber „zwangsläufig zur Zerstörung der NATO" führte. Sein Mitspracherecht beim Einsatz nuklearer Waffen galt zwar als völlig legitim, doch warf das Amt ihm vor, sich an den laufenden Erörterungen nicht aktiv zu beteiligen. Entschieden ablehnend standen die Beamten seiner Forderung nach einer weltweiten, strategischen Planung durch die drei Westmächte und nach einem eigenen Kernwaffenpotential gegenüber. Denn die doppelte Begründung de Gaulles, man benötige die Waffen zur Abschreckung und für seinen Weltmachtstatus, bewerteten sie als „falsch": „Frankreich ist keine Weltmacht; es würde erst eine werden, wenn es über unbeschränkte Kernwaffenvorräte sowie über die erforderlichen Beförderungsmittel (Raketen) verfügte."[59].

Auch Adenauer machte jetzt mobil gegen de Gaulle und bezeichnete ein Dreierdirektorium auf dem nuklearen Gebiet am 16. 4. im amerikanischen Fernsehen als „unmöglich"[60]. Gewiß sprach er damit seinen Gastgebern aus dem Herzen. Während London dazu neigte, die Existenz der Force de frappe anzuerkennen, die Nuklearwaffenpolitik gegenüber Paris zu ändern und das Problem trilateral anzugehen[61], um damit die französische Zusage zum britischen EWG-Beitritt zu erkaufen[62], bewertete Washington die Pariser Politik als stete Herausforderung für sein Bemühen um Zentralisierung und Kontrolle militärischer und nuklearer Entscheidungen. Die amerikanischen Motive waren vielfältig: Sorge vor einer erhöhten Kriegsgefahr durch technisches Versagen oder politische Fehleinschätzungen; Interesse an allgemeiner Abrüstung; Gefährdung des politischen Zusammenhalts der Allianz; Furcht vor deutschen Begehrlichkeiten angesichts eines

[57] S. Gavin an Dep. of State, Tel. 4522, 20. 4. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 291–295; Bozo, Stratégies, S. 73f.

[58] S. Pressekonferenz de Gaulles, 11. 4. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 294–300; in deutscher Übersetzung im Auszug in: EA 1961, S. D289f.; Gavin an Dep. of State, Tel. 4494, 19. 4. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 283f.

[59] ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Aufzeichnung des Referats 301 im AA, 301–83–03/589/61, o.D., Geheim.

[60] Interview Adenauers mit „NBC", 16. 4. 1961, in: Bulletin 1961, S. 694.

[61] S. Rusk an London, Tel. 5217, 5. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 300.

[62] Vgl. Kap. V.2.3.

absehbaren Kanzlerwechsels in Bonn[63]. Im State Department war man sich sehr wohl bewußt, de Gaulle durch verweigerte Hilfestellung nicht von seinem Nuklearprogramm abbringen zu können. Im Gegensatz zu einigen Diplomaten hielt Rusk aber nichts von eigenen Hilfsleistungen, da sie das französische Atomprogramm seines Erachtens beschleunigten und die Deutschen dazu animierten, in die Force de frappe und nicht in die NATO zu investieren oder gar amerikanische Mittel für ein eigenes Atomprogramm zu fordern. Er setzte vielmehr darauf, daß die horrenden Kosten Frankreich in der Post-de-Gaulle-Zeit zur Umkehr zwingen würden. Bis dahin sollte dem General ein weltweit größerer politischer Einfluß und mehr Mitsprache über den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO eingeräumt werden[64].

Angesichts der französischen Intransigenz und der von Strauß Ende April erneuerten deutschen Forderungen nach atomarer Mitsprache[65] drängten Rusk und Ball, der nun zu einem der wichtigsten Fürsprecher atomarer Teilhabe der NATO wurde[66], bei Kennedy auf die Weiterverfolgung des Herter-Plans. Auf der NATO-Ratstagung Anfang Mai in Oslo sprach sich der Außenminister sowohl für die Stärkung der konventionellen Streitkräfte der NATO als auch für die Notwendigkeit zum Aufbau einer gemeinsamen Nuklearstreitkraft aus und bekundete die Absicht der USA, das europäische NATO-Gebiet mit Polaris-Raketen zu verteidigen. Den Vorschlag zum Ankauf von 100 amerikanischen Polaris-Raketen durch die westeuropäischen Verbündeten erneuerte er aber nicht[67]. Kennedy griff seine Erwägungen wenige Tage später in Ottawa auf und plädierte für die Bereitstellung von fünf U-Booten mit Polaris-Raketen, „die jeder Art von vereinbarten NATO-Richtlinien und Anweisungen bezüglich ihrer Kontrolle und Verwendung unterstehen". Darüber hinaus erklärte er sich dazu bereit, eine NATO-Seestreitkraft mit Raketen zu schaffen, „die in Eigentum und Kontrolle in echtem Sinne multilateral wäre, wenn dies von unseren Verbündeten gewünscht und als durchführbar angesehen würde, nachdem die nichtnuklearen Ziele der NATO erreicht worden sind"[68].

Angesichts der zahlreichen Vorbedingungen, die Kennedy genannt hatte, war es höchst ungewiß, ob er sein Ziel, die Franzosen vom Bau einer Force de frappe abzubringen und die Deutschen von der Nachahmung abzuhalten[69], wirklich erreichte. Es war nämlich nicht mehr von den landgestützten MRBM die Rede, die Norstad avisiert hatte[70], was aus Sicht der Bundesrepublik um so gefährlicher war,

[63] S. Rusk an Paris, Tel. 4770, 5. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 655 f.; Conze, Herausforderung, S. 197; Winand, Eisenhower, S. 219.

[64] S. Rusk an Paris, Tel. 4770, 5. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 655 f.; vgl. Conze, Herausforderung, S. 198.

[65] Vgl. Pressekonferenz von Strauß, 26. 4. 1961, in: Bulletin 1961, S. 783 f.

[66] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 51.

[67] S. Bowles an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1793, 12. 5. 1961, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 302 f.; Kommuniqué der Tagung des NATO-Ministerrates vom 8.–10. 5. 1961, in: EA 1961, S. D318 f.

[68] Rede Kennedys vor dem kanadischen Parlament, 17. 5. 1961, auszugsweise Übersetzung in: ebd., S. D320-D322, hier S. D320; s.a. Barbier, Force multilatérale, S. 5 f.; Hoppe, Teilhabe, S. 51.

[69] Vgl. Unterredung zwischen Kennedy und Bowie vom 15. 3. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 366.

[70] S. Unterredung zwischen dems. und Finletter vom 14. 6. 1961, Secret, in: ebd., S. 321.

als die neue Verteidigungsstrategie als Abbau der amerikanischen Verpflichtungen und mangelnde Bereitschaft der USA zum atomaren Schutz Europas interpretiert werden konnte. Strauß erneuerte daher Mitte Mai in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" noch einmal seine Forderung nach einem Festhalten an der Abschreckungsdoktrin und wies die Verteidigung Europas mit konventionellen Waffen als unmöglich zurück[71].

„Il faut donc que l'Europe ait sa défense propre"

Je weiter die Verwirklichung einer schlagkräftigen NATO-Atomstreitmacht in die Ferne rückte, desto intensiver beschäftigte sich die Bundesregierung mit der von Frankreich angestrebten europäischen Sicherheitsgemeinschaft. Ende April hatte de Gaulle Debré und Couve de Murville mit Blick auf ein im Rahmen der Sechsergemeinschaft geplantes Treffen der Regierungschefs zur Förderung der politischen Zusammenarbeit angewiesen, in den vorbereitenden Beratungen auf der Ebene der Außenminister dafür zu sorgen, daß auch die europäische Verteidigung auf die Tagesordnung gesetzt würde[72]. Damit kehrte er zu seiner schon im Sommer 1960 vertretenen, dann aber zurückgestellten Position zurück, daß Europa eine eigene verteidigungspolitische Identität aufbauen müsse, wobei Frankreich als einziger Nuklearmacht quasi von selbst eine Sprecherrolle zufiele.

Als Couve de Murville auf der Außenministertagung der EWG-Staaten am 5. 5. die Forderung des Generals vorstellte, war es allein von Brentano, der dazu bereit war, ihm zu folgen. Nur die strategischen Fragen sollten nach seinem Dafürhalten aus dem Themenkreis der europäischen Kooperation ausgeklammert bleiben[73]. Adenauer sprach sich jetzt intern dafür aus, den USA das alleinige Verfügungsrecht über den Einsatz atomarer Waffen zu entreißen und de Gaulles Force de frappe „mit etwa 100 Millionen Mark zu unterstützen". Strauß glaubte gar, eigene Haushaltsmittel dafür verwenden zu können, ohne daß es bemerkt würde[74]. Neben der amerikanischen Intransigenz und der begrüßten Perspektive einer europäischen Verteidigungspolitik spielte für das Umdenken der Bundesregierung gewiß auch die Überzeugung eine Rolle, de Gaulle nach der Niederschlagung des Putsches in Algerien Ende April[75] stützen zu müssen. In dieser Hinsicht betrachtete Bonn die Force de frappe auch unter dem Aspekt der innenpolitischen Stabilisierung. Blankenhorn schien sie durchaus dazu geeignet, das gedemütigte Offizierskorps zu besänftigen, die „kalte Liquidierung der militärtechnisch veralteten, durch den Indochin[a]- und Algerienkrieg politisierten Offiziers-Kaders psychologisch ab[zu]schirmen und die soldatische Passion der

[71] S. Interview von Strauß mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", 13. 5. 1961; AdG 1961, S. 9084A.

[72] S. de Gaulle an Debré u. Couve de Murville, 27. 4. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 76; Kap. V.2.3.

[73] S. Seydoux an MAE, Tel. 1948/53, 6. 5. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 573 f.; Aufzeichnung des AA, 200–80.00/312/61, 7. 6. 1961, Geheim, in: BDFD I, S. 854 f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 179; Kap. V.2.3.

[74] Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 496, Tb. 17. 5. 1961.

[75] Vgl. Kap. V.1.5.

selbstbewußten jüngeren Offiziers-Generation im Sinne der modernen Wehrerfordernisse" zu leiten[76].

Das Interesse an der militärischen Zusammenarbeit nährte sich darüber hinaus auch aus den technischen Kooperationsprojekten[77] und den nicht nur erfreulichen Erfahrungen der deutsch-französischen Generalstabsbesprechungen. Bei der zweiten, Mitte Mai stattfindenden Tagung waren die Teilnehmer sich einig, daß ein massiver nuklearer Angriff der Sowjetunion von der Allianz sofort mit einem nuklearen Gegenschlag beantwortet werden müsse. Eine „Pause" zwischen der konventionellen und der atomaren Kriegführung sei so kurz wie möglich zu halten, die „Schwelle" anzuheben. Ein eklatanter Dissens bestand in der Runde indes in der Frage des Einsatzgebietes der Kernwaffen, da die französischen Generale an eine „Atomsperre" mit taktischen Atomwaffen an der Demarkationsgrenze dachten. Für Strauß machte sich damit das alte „Maginot-Denken in neuer Form" bemerkbar. Bei einem Angriff Moskaus mußte seiner Ansicht nach der Krieg „gegen den Kommunismus (nicht gegen die kommunist[isch] beherrschten Völker) in das kommunistische Gebiet getragen werden"[78].

Kurz darauf gab der Minister gegenüber seinem französischen Kollegen Messmer zu erkennen, daß Adenauer mit de Gaulle bei dessen bevorstehendem Besuch in Bonn die Möglichkeiten deutsch-französischer Zusammenarbeit auch auf dem nuklearen Gebiet ansprechen wolle[79]. Vielleicht schob er den Kanzler nur vor, um seine eigenen Ambitionen zu kaschieren, Ambitionen, die notabene nicht nur in seinem Ministerium existierten. Paul Frank etwa, der mittlerweile in New York seinen Dienst versah, riet dem Auswärtigen Amt Ende Mai, endlich aufzuhören, die Forderung des Elysée nach Atomwaffen als eine Angelegenheit des nationalen Prestiges zu betrachten. „Wir müssen vielmehr uns mit de Gaulle zusammensetzen, um mit ihm zu beraten, wie wir gemeinsam zu gemeinsamen Atomwaffen kommen können." Grundsätzlich hielt Frank es für das beste, wenn man von der von ihm selbst lange im Amt propagierten Unterscheidung zwischen Kooperation und Kollaboration Abstand nähme. „Selbst wenn der deutsch-französische Block und damit der europäische Block nur um den Preis der Kollaboration zu erreichen ist, sollten wir uns nicht abschrecken lassen."[80] Die Franzosen dachten aber nicht daran, auf diese Aspirationen einzugehen. Als Seydoux sie telegraphisch bestätigte, teilte der Quai d'Orsay umgehend mit, für derartige Gedankenspiele stehe der Präsident nicht zur Verfügung[81].

Bei den Unterredungen, die de Gaulle am 20. 5. in der Bundeshauptstadt mit Adenauer führte, waren diese Erwägungen laut den vorliegenden Protokollen kein Thema. Der Verlauf der Visite war auch nicht dazu angetan, derartig weitrei-

[76] ACDP, NL Krone, I-028-005/5, Blankenhorn an AA, Nr. 462, 4. 5. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 770–773, hier S. 772.

[77] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 125b, Vermerk Kaminskis, 5. 12. 1961; AdG 1961, S. 9091C; Bossuat, Armements, S. 613; Soutou, L'alliance incertaine, S. 167.

[78] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 67, Schnez an Strauß, Kurzbericht Fü B III 1-Az. 31-01-00-01, Tgb.Nr. 1863/61, Geheim, 5. 6. 1961, mit Marginalie von Strauß; s.a. Pommerin, La France, S. 274f.; Soutou, De Gaulle, S. 503; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 113.

[79] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 182f.

[80] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Frank an Jansen, 31. 5. 1961.

[81] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 182f.

chende Projekte in die Welt zu setzen. De Gaulles ohnehin getrübte Stimmung[82] sollte sich noch verschlechtern, als der Kanzler im morgendlichen Vieraugengespräch erneut den Versuch unternahm, seinen Gast zu einer Umkehr in der Haltung zur Atlantischen Allianz zu bewegen. Die von Frankreich seit bald drei Jahren verfolgte NATO-Politik hatte dem Westen aus deutscher Sicht „erheblichen Schaden" zugefügt. De Gaulle erwartete von seinen Bündnispartnern Solidarität in der Beilegung der Algerienkrise; konnte die Bundesregierung nicht als Gegenleistung von ihm die Achtung der deutschen Interessen verlangen[83]? Mit der von Kennedy avisierten Reorganisation der NATO und dem Angebot zur nuklearen Teilhabe entfiel nach Meinung Adenauers der Grund für die französische Zurückhaltung. Die Zeit der Nationalstaaten sei vorbei, hielt er ihm vor, stieß damit aber auf Granit. Zum einen unterstellte der Franzose den Amerikanern, daß sie wohl kaum für die europäische Sache ihren Kopf hinhalten würden, zum anderen sah er die Notwendigkeit, „de rendre à la France la volonté d'assurer elle-même sa défense". De Gaulle ging gar so weit, den Putsch der Offiziere in Algerien Ende April mit ihrer Frustration über die NATO zu erklären. Der alte Konfliktherd zwischen beiden Staatsmännern war damit wieder angefacht. De Gaulle bestand auf nationale Souveränität, und Adenauer sorgte sich um die Außenwirkung gegenüber der Sowjetunion. Daß Frankreich im Konfliktfall an der Seite des Westens mitzukämpfen gedachte, reichte ihm nicht aus. Zum Konfliktfall durfte es gar nicht erst kommen, und deshalb war die Einheit des Westens oberstes Gebot. Straußens Interesse an einer bilateralen Nuklearkooperation erneuerte der Kanzler nicht – im Gegenteil. Frankreich solle seine finanziellen Ressourcen doch nicht in die Force de frappe, sondern die Sozialpolitik stecken, hielt er dem Präsidenten schulmeisterlich vor. Die nukleare Aufrüstung könne man schließlich von den Amerikanern erhalten[84]. Von Brentano war es, der die Atmosphäre in der Plenarsitzung am späten Nachmittag ein wenig rettete, als er sich für eine vertragliche Verankerung der europäischen Zusammenarbeit ohne Tabus aussprach und selbst die Verteidigung einbezogen sehen wollte[85].

De Gaulle hörte dies gewiß gern; was er aber von den Ermahnungen Adenauers hielt, machte er kurz darauf im Dialog mit Alphand deutlich. Geradezu verächtlich wetterte er gegen das „système de mythes" der NATO. Aufgrund der Verwundbarkeit der USA sei es fraglich, ob die Amerikaner für Europa in den Krieg zögen. Daher benötige Europa seine eigene Verteidigung, „fondée sur la défense des nations qui la composent, et alliée à l'Amérique". Letztlich lief dies Konzept auf die Abschaffung der NATO, nicht der Atlantischen Allianz hinaus: „il ne s'agit pas de faire sauter l'O.T.A.N. avant que nous ayons mis en place le système d'alliance qui s'y substituera". Vordringlich war für den General – als Mittel der Abschreckung wie als Zeichen der nationalen Souveränität – der Aufbau der eige-

[82] Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 111.

[83] ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001-052/2, Aufzeichnung des Referats 301 im AA, 301-83-03/589/61, o.D., Geheim.

[84] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 612–618, hier S. 616; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 101–103; Krone, Tagebücher, Bd. 1, S. 500, Tb. 23. 5. 1961; Bariéty, De Gaulle, S. 556f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 179f. u. 183.

[85] S. Plenarsitzung vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 618–624; Kap. V.2.3.

nen Force de frappe. Der in der NATO diskutierten Idee eines „pool atomique" gedachte er sich erst dann anzuschließen, wenn die USA ihr gesamtes Atomarsenal hineingäben[86].

Spaak gewann nach Konsultationen mit de Gaulle Ende Mai den Eindruck, dessen Haltung zur NATO könne nur noch durch den forcierten politischen Zusammenschluß Europas und die Einbeziehung der Sicherheitspolitik geändert werden[87]. Die Begegnungen zwischen dem französischen und amerikanischen Präsidenten in Paris in den Tagen danach brachten denn auch in bezug auf die NATO-Reform keine Annäherung. Die ihm von den USA zugedachte „Rolle" mochte Frankreich nicht spielen, da es sich doch darauf versteifte, alles, was es tat, „aus eigenem Wollen" zu tun[88]. Frankreich forderte eine andere NATO, eigene Atomwaffen und eine auf der nationalen Verteidigung beruhende europäische Sicherheit, in der die Bundesrepublik die Speerspitze und Frankreich die zweite Abwehrlinie bildete. Als Kennedy darauf hinwies, daß die Ausrüstung der großen europäischen Staaten mit Nuklearwaffen unweigerlich zum Neutralismus der kleinen führen müsse, fiel de Gaulle ihm geradezu ins Wort: Natürlich dürfe Deutschland keine Atomwaffen bekommen. Als der Amerikaner ihm dann eine europäische Nuklearstreitkraft schmackhaft zu machen versuchte und ihn zum Sprecher Europas in der Debatte über die Mitsprache beim Einsatz beförderte, winkte der Franzose ab. Denn zum Verzicht auf die Force de frappe war er eben nicht bereit, zumal er keineswegs davon überzeugt war, ob die USA die Alte Welt im Ernstfall tatsächlich mit nuklearen Waffen verteidigten[89]. Ihm schwebte vielmehr vor, daß die drei Westmächte über nationale Nuklearstreitkräfte verfügten und gemeinsam einen Einsatzplan ausarbeiteten. Kennedy aber mochte die nuklearen Have-nots nicht übergehen und verwies auf die Möglichkeit zur Ausrüstung der NATO mit Polaris-Raketen. Dies aber genügte de Gaulle nicht, da es sich dabei um amerikanische Waffen unter amerikanischer Kontrolle handelte. So blieb am Ende nur die Bereitschaft Kennedys zu einer Belebung der trilateralen Beratungen[90]. Dabei beabsichtigten die USA, mehr Gewicht auf die Substanz denn die Form zu legen und auch den wachsenden Mitspracheinteressen der Bundesrepublik Rechnung zu tragen[91]. In beiden Punkten unterlag Washington aber einer Fehleinschätzung, weil es de Gaulle eben immer auch um die Form und den Statusunterschied zur Bundesrepublik ging[92].

[86] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 24. 5. 1961, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 350–354, hier S. 351, 352 u. 354.

[87] S. ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001-052/2, Blankenhorn an AA, FS Nr. 553, 29. 5. 1961, Verschlüsselt.

[88] De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 309.

[89] S. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 1. 6. 1961, US/MC/4, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 309–316; DDF 1961, Bd. 1, S. 687–694; ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001-052/2, Blankenhorn an AA, FS Nr. 589, 5. 6. 1961, Geheim, Citissime; Biermann, John F. Kennedy, S. 112; Costigliola, Kennedy, S. 255.

[90] S. Unterredung zwischen Kennedy und de Gaulle vom 2. 6. 1961, US/MC/7, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 662–667; DDF 1961, Bd. 1, S. 695–700; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 311f.; Bozo, Stratégies, S. 75f.; Conze, Herausforderung, S. 200.

[91] S. „Talking Points" PDG-A/2, 27. 5. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 658f.

[92] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 198.

Das Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien[93] und die Art der Umsetzung der vom amerikanischen Präsidenten angeregten Belebung der dreiseitigen Konsultation ließen das Vertrauen seines französischen Pendants nicht steigen. Die von Rusk Mitte Juni vorgeschlagenen regelmäßigen Treffen der drei Außenminister bzw. Unterredungen zwischen ihm und den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens entsprachen kaum de Gaulles Vorstellungen. Ihm kam es auf die Schaffung eines permanenten Organs für die Prüfung der globalen politischen und strategischen Probleme sowie zur Vorbereitung der Minister- und Gipfelkonferenzen der Drei an. Davon aber war bei Rusk mit keinem Wort die Rede. „[C']est tout à fait passé sous silence, c'est-à-dire abandonné", berichtete de Gaulle an Debré. Die Konsequenzen für ihn waren klar. Die USA änderten ihre Haltung - wenn überhaupt – erst dann, wenn Frankreich sein Nuklearpotential vergrößerte[94].

Immerhin erneuerte Kennedy Ende Juni vor dem Hintergrund verschärfter Spannungen um Berlin seinen Wunsch nach engerem Einvernehmen und schlug de Gaulle ein Treffen mit Macmillan für den Herbst vor[95]. Darüber hinaus versicherte er ihm, im Fall einer Kriegsgefahr alles unternehmen zu wollen, um Frankreich und die anderen Verbündeten zu konsultieren[96]. De Gaulle erwiderte den Wunsch nach einem dreiseitigen Gipfel[97], entnahm aber einer Unterhaltung mit Rusk einige Wochen später, daß die USA die Erörterung weiterhin in erster Linie auf der Ebene der Botschafter und Außenminister abzuhalten gedachten. Ihm aber schwebte ein spezielles Organ vor, wie die Alliierten es nach dem Versailler Vertrag in permanenter Sitzung über politische und wirtschaftliche Frage einberufen hatten[98].

Die amerikanische Unzugänglichkeit trug mit dazu bei, daß de Gaulle Mitte Juli einen neuen Versuch startete, um die Partner der Sechsergemeinschaft zum Aufbau einer europäischen Verteidigungsidentität zu ermuntern. „Il faut d'abord une Europe qui ait sa défense", forderte er die in Bad Godesberg versammelten Regierungschefs der EWG-Staaten am 18. 7. auf[99]. Um die Verbündeten nicht völlig abzuschrecken, betonte er zugleich die Notwendigkeit der engen Verbindung zu den USA und des Erhalts der NATO. Zugleich aber machte er keinen Hehl daraus, daß die Sechs seines Erachtens bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung übernehmen müßten und die Fouchet-Kommission sicherheitspolitische Vorschläge unterbreiten solle. Zur Konkretisierung skizzierte er ein militä-

[93] Vgl. Kap. V.1.5.

[94] De Gaulle an Debré u. Couve de Murville, Aufzeichnung, 13. 6. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 96; s.a. Alphand, L'étonnement d'être, S. 355, Tb. 18. 6. 1961.

[95] S. Kennedy an de Gaulle, 30. 6. 1961, mitgeteilt in: Rusk an Paris, Tel. 16, 2. 7. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 670f.; vgl. Kap. V.1.5.

[96] S. Kennedy an de Gaulle, 30. 6. 1961, mitgeteilt in: Rusk an Paris, Tel. 17, 2. 7. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 672.

[97] S. de Gaulle an Kennedy, 6. 7. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 102f.; de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 313f.; Alphand, L'étonnement d'être, S. 360, Tb. 23. 7. 1961.

[98] S. Rusk an Kennedy, Tel. Secto 36, 7. 8. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 673; Unterredung zwischen de Gaulle und Rusk vom 8. 8. 1961, US/MC/13, Secret, in: ebd., Bd. 14, S. 312–316; DDF 1961, Bd. 2, S. 280–286.

[99] Aufzeichnung de Gaulle, 17. 7. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 107f., hier S. 108; s.a. Soutou, L'alliance incertaine, S. 186; Kap. V.2.3.

risches Organisationsschema, das er Adenauer bereits im Juli 1960 in Rambouillet dargelegt hatte: ein ausreichend verteidigungsfähiger europäischer Kern in Assoziation mit den USA[100].

Doch damit fühlten sich einige Partner bereits überfordert. Nur mit Mühe war es den Außenministern vorab gelungen, das Thema überhaupt auf die Tagesordnung der Regierungskonferenz zu setzen[101]. Als Spaak und sein holländischer Kollege Luns jetzt erhebliche Bedenken gegen den Versuch einer „militärische[n] Vereinigung Europas"[102] äußerten, beeilte sich Adenauer, die Diskussion über dieses heikle Thema zu unterdrücken, um die Vereinbarungen zur politischen Konsultation nicht zu gefährden. Mit dem erreichten Ergebnis konnte de Gaulle denn auch nur partiell zufrieden sein. Er hatte zwar den Einstieg in die politische europäische Kooperation erreicht, sich aber zum Erhalt des bestehenden Gemeinschaftssystems bekennen müssen und keine explizite Einbeziehung der Verteidigung in den Gemeinschaftsrahmen erhalten; sie war freilich auch nicht dezidiert ausgeschlossen[103].

Anstatt diese Frankreich-skeptische Stimmung der Europäer mit großzügigen Mitspracheangeboten zu füttern, stießen die Amerikaner die Verbündeten gewissermaßen noch vor den Kopf und setzten weiterhin auf das eigene Atomwaffeneinsatzmonopol. Forderungen des neuen NATO-Generalsekretärs Stikker nach einer Ausrüstung mit landgestützten MRBM wies Kennedy Mitte Juni zurück und forderte verstärkte Anstrengungen bei der konventionellen Aufrüstung[104].

„Baldmöglichste Verwirklichung einer NATO-Atomstreitmacht"

In ihrem Spagat zwischen den beiden wichtigsten Verbündeten lehnte die Bundesrepublik den auf die nationale Verteidigungssouveränität pochenden Standpunkt Frankreichs ebenso ab wie den Versuch der USA, die konventionelle Komponente der europäischen Abschreckung auf Kosten der nuklearen auszubauen[105]. Anfang Juli forderte der Kanzler den amerikanischen NATO-Botschafter zur Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen im Sinne Norstads auf. Doch der Diplomat verhielt sich rezeptiv und verwies darauf, daß man europäische Vorschläge erwarte, die dann im NATO-Rat diskutiert werden könnten[106]. Adenauer bestand kurz darauf im Bundesvorstand seiner Partei auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Nuklearwaffen, wobei er kein Alleinverfügungs-[107], sondern ein Mitspracherecht verlangte. Das Einsatzkommando stellte er sich so vor, daß dem traditionell von den USA gestellten Oberbefehlshaber der NATO Europäer zu-

[100] S. Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 18. 7. 1961, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 120–125; BA, NL Blankenhorn, Bd. 116, Bl. 82–86, Jansen an diplomatische Vertretungen, Tel., 19. 7. 1961, VS-Vertraulich, im Auszug in: BDFD I, S. 862; Soutou, De Gaulle, S. 503.

[101] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 35 f.; Kap. V.2.3.

[102] Spaak, Memoiren, S. 534.

[103] Vgl. Kap. V.2.3; Soutou, L'alliance incertaine, S. 186–188.

[104] S. Unterredung zwischen Kennedy und Stikker vom 16. 6. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 322 f.

[105] S. Interview von Strauß mit „Rheinische Post", 10. 6. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1031 f.

[106] S. Dowling an Dep. of State, Tel. 21, 5. 7. 1961, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 323–325.

[107] S. Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 11. 7. 1961, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1957–1961, S. 942 f.

geteilt werden müßten. Von einem Europäer an der Spitze der Allianz wollte er indes nichts wissen, weil das die Amerikaner in den Isolationismus triebe[108].

Aus Rücksicht auf die Haltung Frankreichs und wegen der ihre Aufmerksamkeit absorbierenden Berlin-Krise vermied die Bundesregierung bis zum Herbst 1961 bewußt, die Nuklearfrage in der Allianz aktiv voranzutreiben. Als sich Washington aber durch den Bau der Berliner Mauer und die Strategiedebatte bestärkt sah, die eigene Einsatzkontrolle auf keinen Fall aufweichen zu lassen, der konventionellen Option des Bündnisses klare Priorität zu geben, die Nichtverbreitung von Kernwaffen vertraglich zu fixieren und den deutschen Verzicht auf den Mitbesitz an Nuklearwaffen festzuschreiben, sah die Bundesregierung den Zeitpunkt gekommen, ihren Wunsch nach einer europäischen Mitspracheinstanz für nuklearstrategische Entscheidungen offensiver zu vertreten[109]. Da die Amerikaner ihre außenpolitischen Interessen nicht mehr völlig mit denen der Partner glaubten identifizieren zu können, wuchs bei den Deutschen die Angst vor einem Auseinanderfallen des europäisch-atlantischen Ordnungssystems. Die Frage, wie man den Gefahren begegnen sollte, wurde höchst unterschiedlich beantwortet. Während die Bundesregierung offiziell an ihrem transatlantischen, amerika-zentrierten Kurs festhielt, wurden in der Union Stimmen laut, die den drohenden Zusammenbruch der Atlantischen Allianz europäisch abzufedern gedachten: Europa mußte sich aus der Rolle des bloßen Objekts der Weltpolitik befreien und den Sprung zu einem Staatenbund, später zu einem Bundesstaat wagen. Die Zustimmung de Gaulles glaubten diese Politiker dadurch gewinnen zu können, daß sie die Ausnutzung des deutschen Wirtschaftspotentials für den Aufbau der europäischen Atomstreitkraft anzubieten beabsichtigten[110].

Derweil ging Frankreich jetzt noch mehr seiner eigenen Wege, rüstete die Force de frappe mit Bomben, Flugzeugen und Trägerwaffen aus, um Ende 1961 eine „réelle puissance militaire française" vorweisen zu können[111]. Am 23. 11. erklärte de Gaulle in einer Rede in Straßburg, man habe damit begonnen, eine nukleare Boden-, See- und Luftinterventionsmacht zu entwickeln, die zu jeder Zeit und überall operieren könne[112]. James Gavin, amerikanischer Botschafter in Paris, der verzweifelt nach Mitteln suchte, um die wachsenden französisch-amerikanischen Friktionen zu beseitigen[113], empfahl seiner Regierung, Frankreich zu militärischen Zwecken ein Quantum angereicherten Urans zur Verfügung zu stellen, um die französische Opposition gegen die NATO aufzuweichen und den Partner davon abzuhalten, allein oder mit deutscher Hilfe das nationale Nuklearprogramm

[108] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 527f., Informationsgespräch, 8. 6. 1961.

[109] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 71, Fü B III an Generalinspekteur, Sprechzettel für die Sitzung des Bundesverteidigungsrates Tgb.Nr. 366/61, 30. 8. 1961, Streng geheim; ebd., Nr. 72, Aufzeichnung von Strauß, Fü B III Tgb.Nr. 473/61, 25. 9. 1961, Streng geheim; Hoppe, Teilhabe, S. 52 u. 56; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 88f.

[110] S. BA, NL zu Guttenberg, Bd. 179, Bl. 58–61, Brand an von Brentano, Aufzeichnung 991–80–33/18/61, 5. 10. 1961, Geheim; zum wachsenden europäischen Mißtrauen gegenüber der Verteidigungsbereitschaft der USA s.a. Gavin an Dep. of State, Tel. 2054, 16. 10. 1961, Secret, Limit Distribution, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 333.

[111] De Gaulle an Kennedy, 21. 10. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 155–158, hier S. 158.

[112] S. Rede dess. in Straßburg, 23. 11. 1961, in: L'Année politique 1961, S. 675f.; AdG 1961, S. 9502A.

[113] Vgl. Gavin an Dep. of State, Tel. 2440, 6. 11. 1961, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 674–677.

weiterzutreiben. Sowohl Norstad als auch Rusk und Kennedy lehnten den von Gavin empfohlenen Weg aber mit dem alten Argument ab, man wolle die Proliferation der Nuklearwaffen nicht auch noch fördern[114]. Um die Option des Acheson-Berichts vom April offenzuhalten, war Washington allenfalls dazu bereit, Polaris-Raketen auf U-Booten zur Verfügung zu stellen. Landgestützte MRBM sollten der NATO vorenthalten bleiben, weil sie zu nationalen Begehrlichkeiten insbesondere in der Bundesrepublik bzw. zu französischen Hilfsforderungen für die Force de frappe führen konnten[115].

Mit diesem Kurs waren die Amerikaner aber nicht in der Lage, die deutschen Ambitionen einzudämmen. Die Bundesregierung forderte nun nicht nur eine verstärkte politische Konsultation und militärische Integration innerhalb des Atlantischen Bündnisses[116]. Sie belebte auch nach den Bundestagswahlen den Gedanken des Ausbaus der Allianz zur vierten Atommacht wieder neu und sprach sich für die Unterstützung der Pläne Norstads über das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten am Einsatz von Nuklearwaffen aus[117]. Im Bundesverteidigungsministerium nahm man Kennedys Ottawa-Rede vom Mai Anfang November als Anknüpfungspunkt, um auf der Basis der Vorschläge Norstads und Herters eine deutsche Position auszuarbeiten. Man befürwortete dabei ganz im Sinne des Bowie-Planes aus politischen Erwägungen nicht die von Norstad favorisierte landgestützte, sondern eine seegestützte Streitmacht, um damit die bestehenden Widerstände im Bündnis gegen eine massierte Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden aufzuheben. Landgestützte MRBM sollten lediglich in geringer Zahl aufgestellt werden. Das Ziel war es, auf der kommenden NATO-Ratskonferenz einen entsprechenden Beschluß über die Gründung eines nuklearen Einsatzverbandes der Allianz herbeizuführen[118].

Aus politischen wie militärischen Erwägungen, so führte Adenauer Mitte November im Teegespräch mit Journalisten aus, müsse die NATO die Möglichkeit erhalten, ohne vorherige Ermächtigung durch den amerikanischen Präsidenten den Gebrauch von Kernwaffen zu beschließen. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearer Technologie hielt er vorerst nicht für angezeigt[119]. Als er kurz darauf die Gelegenheit hatte, das Thema mit Kennedy persönlich zu besprechen, schnitt er die Mitsprachefrage nur mit großer Vorsicht an. Der Präsident äußerte sich sehr reserviert und bestärkte ihn darin, den Verzicht auf eigene Atomwaffen aufrechtzuerhalten[120]. Daß Kennedy den Deutschen wenige Tage später in einem

[114] S. Rusk an Gavin, Tel. 3090, 29. 11. 1961, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 678f.; Kaplan, Point de vue, S. 327f.

[115] S. Rusk an McNamara, 29. 10. 1961, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 333–335.

[116] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/1, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 12. 10. 1961.

[117] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 6. 10. 1961, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 242, 271–276 u. 282–286; Zusammenfassung des Koalitionsvertrags vom 20. 10. 1961, in: AdG 1961, S. 9444; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 681.

[118] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 80, Deutscher Militärischer Vertreter in der Standing Group der NATO an Strauß, FS Nr. 584/61geh, 8. 11. 1961, Geheim; ebd., Nr. 81, Foertsch an Strauß, Fü B III 1-Az.: 31–02–02–16, Tgb.Nr. 609/61, 17. 11. 1961; Hoppe, Teilhabe, S. 58f.

[119] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 34f., Informationsgespräch, 16. 11. 1961; Artikel Gruson, in: „New York Times", 17. 11. 1961, übersetzt in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 944f.

[120] S. Unterredung zwischen Kennedy und Adenauer vom 20. 11. 1961, Secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 14, S. 592; Unterredung zwischen dens. vom 21. 11. 1961, Secret, in: ebd., S. 616f.

Interview mit dem Schwiegersohn Chruschtschows nukleare Ambitionen unterstellte[121], schürte natürlich das Mißtrauen Bonns gegenüber der Washingtoner Sicherheitsgarantie und gab dem Verlangen nach einer Umsetzung der Vorschläge Norstads und Herters neuen Auftrieb[122]. Aus Verärgerung über die Illoyalität der Amerikaner forderte der Kanzler daraufhin mit undiplomatischer Schärfe in mehreren Interviews eine einheitliche Kontrolle der NATO über die in Europa stationierten Atomwaffen[123].

Großen Wirbel löste Ende November eine Initiative aus, die Strauß im Rahmen einer Vorlesung vor der Georgetown University lancierte. Nach einem Seitenhieb auf die „Farce de frappe" und die „Anbetung des Begriffs der Souveränität" à la française regte der Bundesverteidigungsminister den Ausbau der NATO zu einer militärische, politische, ja wirtschaftliche Aufgaben erfüllenden „Atlantischen Union" mit einer parlamentarisch zu überwachenden Spitzeninstitution an, die u.a. Fragen der NATO-Strategie, der Kontrolle und den Einsatz der Atomwaffen zu klären hätte[124]. Straußens Vision wurde im In- und Ausland scharf kritisiert. Adenauer empfand sie als völlig unrealistisch: „Wenn man zuviel zusammenbringt, platzt manchmal die ganze Geschichte."[125] Von Brentano hielt die Rede aus vielerlei Gründen für „töricht und gefährlich". Er glaubte nicht an die Bereitschaft der Amerikaner zur Teilung der Souveränität und befürchtete außerdem, die Vorlesung von Strauß könne in Frankreich als Indiz für eine neue deutsche Großmannssucht gelten. In den Augen des neuen Fraktionsvorsitzenden der Union mußte es jetzt vor allem darauf ankommen, daß die Westeuropäer sich einigten, bevor sie an die Zusammenarbeit mit den Nordamerikanern dachten[126].

Nur in einem Punkt entsprach die Rede von Strauß der Linie des Kabinetts: in der Forderung nach atomarer Teilhabe der NATO. Am 29. 11. forderte Erhard in einer für den erkrankten Adenauer im Bundestag verlesenen Regierungserklärung erneut die „baldmöglichst[e]" Verwirklichung einer NATO-Atomstreitmacht[127]. Die SPD-Opposition befürwortete eine deutsche Mitsprache bei den vitalen Fragen des Einsatzes von Nuklearwaffen, wollte den Deutschen aber keinen Finger am Abzug zugestehen[128]. Der Koalition war dies aber zu wenig. Ihre Hoffnungen richteten sich jetzt auf die anstehende NATO-Ratstagung in Paris, doch die Franzosen machten mit einem Paukenschlag schon vorab klar, daß mit ihnen nicht zu rechnen war.

Nachdem Adenauer nach seiner Genesung bei einem Besuch in Paris am 9. 12. de Gaulle unter Hinweis auf die fragwürdige amerikanische nukleare Überlegen-

[121] S. Interview Kennedys mit Adschubej, 25. 11. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 985–998; Grabbe, Unionsparteien, S. 274f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 707; vgl. Kap. V.1.5.
[122] S. Grewe, Rückblenden, S. 515.
[123] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 58.
[124] Vorlesung von Strauß in der Georgetown University, 27. 11. 1961, in: Bulletin 1961, S. 2097–2101, hier S. 2100, 2098 u. 2101; vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 273f.; Marcowitz, Option, S. 120f.; s.a. Fernsehinterview mit Strauß, 4. 12. 1961, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 7, S. 1051–1057; Mahncke, Mitwirkung, S. 111f.
[125] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 126, Kanzler-Tee, 2. 3. 1962.
[126] Zitiert nach: Marcowitz, Option, S. 121.
[127] Regierungserklärung Erhards, 29. 11. 1961, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 32.
[128] Vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 375f.

heit erneut indirekt zu europäischer Aktivität ermahnt hatte[129], wetterte Debré drei Tage später im Senat gegen das amerikanische und das europäische Unverständnis über die französische Verteidigungspolitik und setzte dem Integrationsgebaren der Partner ein klares Plädoyer für die nationale Verteidigung entgegen[130]. Tags darauf goß auch Norstad eine große Portion Wasser in den deutschen Wein, als er die Frage der atomaren Souveränität der NATO als noch nicht entscheidungsreif bezeichnete[131]. Strauß drängte die Verbündeten daraufhin im Konferenzsaal dazu, die Prüfung der Ausrüstung mit Atomwaffen zu beschleunigen, und drohte gar, es dem Vorbild der Franzosen und Engländer gleichzutun[132]. Auch der Auftritt von General Foertsch im NATO-Militärausschuß in derselben Woche verdeutlichte den Amerikanern, daß die Deutschen nicht mehr so ohne weiteres zu vertrösten waren[133].

Wenngleich der Bundesverteidigungsminister wohl kaum endgültige Entscheidungen erwartet hatte, fielen die Reaktionen auf sein Manöver höchst enttäuschend aus. Ganz im Sinne der jüngsten amerikanischen Verteidigungsdiskussion erklärte sein amerikanischer Kollege McNamara die Strategie der massiven Vergeltung für überholt und sprach sich für die „flexible response" mit eindeutiger Priorität des konventionellen Faktors aus. General Lemnitzer, der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, prognostizierte in einem Schreiben an Kennedy noch stärkere Anstrengungen der Deutschen, „to be accepted fully into all aspects of NATO military activity"[134]. McNamara und Rusk erneuerten zwar das Angebot von fünf U-Booten mit Polarisraketen für die NATO und versicherten die Bereitschaft zur gemeinsamen Prüfung des Mitspracheproblems. Doch nahm McNamara deren Ergebnis gewissermaßen vorweg, indem er die amerikanische Nuklearkraft als völlig ausreichend bezeichnete[135].

Die USA hatten also kein wirkliches Interesse, die deutschen Ansprüche zu erfüllen[136]. Um den aufmüpfigen Bündnispartner ruhigzustellen, versuchten sie statt dessen erneut, auch Frankreich von den Vorzügen der multilateralen Nuklearstreitmacht zu überzeugen und ihm zu suggerieren, daß damit die Option auf die nationale Atomrüstung offen bleiben könne. Doch als Kennedy am 31. 12. de Gaulle seine Weigerung zur Hilfe am Aufbau der Force de frappe mit dem Hinweis begründete, man könne der Bundesrepublik nicht vorenthalten, was man Frankreich zugestehe[137], hatte er seinen letzten Kredit verspielt. Wie konnte der amerikanische Präsident angesichts der Geschichte des 20. Jahr-

[129] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 12. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 2, S. 696 f.; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 120.
[130] S. Rede Debrés im Senat, 12. 12. 1961, in: JO, Sénat, Déb. parl. 1961, Bd. 2, S. 2453–2458; AdG 1961, S. 9543F.
[131] Vgl. ebd., S. 9546D.
[132] Vgl. ebd., S. 9548; Hoppe, Teilhabe, S. 60; Mahncke, Mitwirkung, S. 112–114.
[133] S. Lemnitzer an Kennedy, Memorandum CM-470–61, 20. 12. 1961, Top secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 346–351.
[134] Ebd., S. 351.
[135] S. Dep. of State Paper DNM D-0/1, 1. 12. 1961, Secret, in: ebd., S. 335–339; Rusk an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1135, 19. 12. 1961, Confidential, in: ebd., S. 342–344.
[136] Vgl. ders. an NATO-Vertretung, Tel. Topol 968, 8. 1. 1962, Secret, in: ebd., S. 353–355.
[137] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 225 u. 227.

hunderts bloß Deutschland und Frankreich in einen Topf werfen[138]? Seine Antwort ließ nichts zu wünschen übrig: Mitte Januar 1962 formulierte der französische Verteidigungsrat definitiv den Plan einer nationalen Kernwaffenstreitmacht[139].

„Fabrication en France des armes nucléaires, utilisables par l'Armee Allemande comme par l'Armée Française"

Wenige Tage später kam es in Bonn zu einem sensationellen Treffen zwischen Messmer und Strauß. Für den Bundesverteidigungsminister gab es nach den jüngsten amerikanischen Erklärungen keinen Zweifel mehr, daß der westliche Hegemon nicht daran dachte, seine Vormachtstellung aufzugeben und einer NATO-Atommacht zuzustimmen[140]. Strauß war über dies Machtarroganz der Amerikaner so aufgebracht, daß er gegenüber seinem französischen Kollegen mit einer Fundamentalrevision der deutschen Außenpolitik drohte. Die Bundesrepublik könne nicht ständig im Schlepptau einer Macht sein, die nicht sage oder nicht wisse, wohin die Reise gehe. Adenauer sei der letzte in Bonn, der den Amerikanern blindes Vertrauen entgegenbringe. Auf Messmers Frage, wie er sich die neue Politik vorstelle, antwortete Strauß ohne Zögern, man werde Frankreich bitten, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu formulieren, „et de la mettre en oeuvre graçe à la fabrication en France et par la France des armes nucléaires nécessaires à cette politique et utilisables, en cas de conflit, par l'Armée Allemande comme par l'Armée Française". Als Messmer erwiderte, Frankreich werde eine entsprechende Anfrage zurückweisen, ging Strauß noch einen Schritt weiter und warnte ihn davor, die Bundesrepublik zu einer noch tiefgreifenderen Korrektur ihrer Außenpolitik zu zwingen – wenn Adenauer erst abgetreten sei, spätestens in den nächsten vier Jahren! Zutiefst irritiert und beunruhigt kehrte der französische Minister nach Paris zurück. Bonn wollte die Bevormundung Washingtons offenbar mit Pariser Hilfe abstreifen und war notfalls bereit, nach dem Abgang des Kanzlers auch in Moskau anzuklopfen[141].

De Gaulle forcierte daraufhin den Aufbau der Force de frappe, gab am 5. 2. bekannt, Ende 1962 über eine erste operationelle Einheit zu verfügen[142], und ließ einen Tag später Macmillan mit dem Vorschlag abblitzen, die von ihm Kennedy gegenüber erneut angemahnte trilaterale Konsultation[143] nunmehr auch im Bereich der Abrüstung nuklearer Waffen aufzunehmen. Denn dahinter verbarg sich für den General der offensichtliche Versuch, den Kreis der Atommächte geschlossen zu halten[144]. Im Gegenzug verlangte er die Reduzierung der amerikanischen Truppenstärke auf französischem Boden und ordnete an, in der nationalen Sicher-

[138] S. de Gaulle an Kennedy, 11. 1. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 191–195; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 733.
[139] S. Kommuniqué der Präsidentschaft der Republik, 19. 1. 1962, in: AdG 1962, S. 9622A.
[140] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 60; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 92–94.
[141] AN, 5 AG/161, Unterredung zwischen Messmer und Strauß vom 23. 1. 1962, Très secret; s.a. Soutou, L'alliance incertaine, S. 204 f.
[142] S. Rundfunk- und Fernsehansprache de Gaulles, 5. 2. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 385.
[143] S. ders. an Kennedy, 11. 1. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 191–195.
[144] S. ders. an Macmillan, 6. 2. 1962, in: ebd., S. 203–205.

heit den Wünschen der Amerikaner nur unter der Bedingung zuzustimmen, „d'être les maîtres chez nous"[145].

De Gaulles Revitalisierung des Dreierdirektoriums, sein Beharren auf der Force de frappe und die parallel erfolgende Torpedierung des ersten Fouchet-Plans[146] führten in Bonn zu einer tiefen Verstimmung. Sämtliche Maßnahmen waren ohne vorherige Absprache erfolgt und deuteten einen Rückfall der französischen Außenpolitik in den Herbst 1958 bzw. den Sommer 1960 an[147]. Als der Präsident den bis zu seinen Ohren vordringenden Verdruß der Deutschen durch eine überraschende Initiative zu einem Treffen mit Adenauer aufzufangen versuchte, nahm der Kanzler das Angebot zwar sofort an, unterstrich aber im Kreis seiner Vertrauten, er werde von seiner Linie nicht abgehen[148].

Folglich stand die kurzfristig auf den 15. 2. anberaumte Begegnung von Baden-Baden unter keinem guten Stern, und der Himmel sollte sich zunächst nicht aufklaren. Die Konferenz begann am Morgen mit Schuldzuweisungen de Gaulles. Kein gutes Haar ließ er an der Amerika-Hörigkeit der Deutschen. Bonn verlasse sich ganz auf die NATO, glaube noch immer an eine nukleare Ausrüstung der Allianz und damit an die eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Paris habe den Glauben an diese Organisation und an Washington verloren. De Gaulle hielt es sogar für möglich, daß Kennedy eines Tages die Neutralisierung Deutschlands akzeptiere, „ne serait-ce que pour empêcher l'armée allemande de disposer d'engins nucléaires". Adenauer pflichtete bei, daß die Amerikaner mehr auf ihre Verbündeten hören müßten, und begrüßte de Gaulles Vorschlag eines deutsch-französischen Zusammengehens in gewissen sehr wesentlichen Fragen. Auf dessen Forderung nach nationaler Souveränität in der Verteidigung und einer von den USA unabhängigen europäischen Politik ging er aber nicht ein[149].

Am Nachmittag nahm der General ein Stück seiner Kritik wieder zurück. Natürlich bräuchten Deutsche und Franzosen die Atlantische Gemeinschaft. Sie sei aber zur Zeit nicht in Ordnung. Frankreich werde daher die Frage der NATO-Reform erneut aufwerfen, wenn um Berlin Ruhe eingekehrt sei und Kennedy seine Schwierigkeiten bereinigt habe. Wieder einmal betonte de Gaulle seine Zweifel, ob die Amerikaner Atomwaffen zur Verteidigung Deutschlands einsetzten, und er schürte noch die Sorgen Adenauers, indem er fast genüßlich unterstrich, daß die Bundesrepublik aufgrund der auf ihrem Boden stationierten Atomwaffen Gefahr liefe, ausgelöscht zu werden, ohne auch nur ein Wort sagen zu dürfen[150].

Es will so scheinen, als ob de Gaulles Insistieren auf ein möglichst einträchtiges Handeln beider Regierungen und seine breiten Ausführungen über die Unzuläng-

[145] Aufzeichnung dess., 7. 2. 1962, in: ebd., S. 205; s.a. ders. an Debré u.a., Aufzeichnung, 18. 9. 1961, in: ebd., S. 142; ders. an dens. u. Couve de Murville, Aufzeichnung, 4. 10. 1961, in: ebd., S. 147; ders. an dens., Aufzeichnung, 26. 10. 1961, in: ebd., S. 159.

[146] Vgl. Kap. V.2.3.

[147] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 57–61, Tb. 9. 2. 1962.

[148] S. ebd., Bl. 13–14, Tb. 12. 2. 1962.

[149] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 15. 2. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 157–162, hier S. 161; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 136–141; s.a. Kap. V.1.5 u. V.2.3.

[150] S. Plenarsitzung vom 15. 2. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 169f.; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 149f.

lichkeit der NATO auch eine Replik auf die für ihn beunruhigenden Forderungen von Strauß gegenüber Messmer waren. Ohne es offen auszusprechen, suchte er allem Anschein nach Wege, Adenauer davon zu überzeugen, daß Kennedy die deutschen Forderungen nicht erfüllen, er, de Gaulle, seine Offerten hingegen einhalten würde. Worin aber bestand sein Angebot? War er bereit, der Bundesrepublik jene nukleare Mitsprache zuzugestehen, die die USA ihr verweigerten? Gewiß besaß die Force de frappe für ihn von Anfang an „eine europäische Funktion"[151]. Es fällt aber schwer zu glauben, daß er sie nur solange unter nationale Befehlsgewalt zu stellen beabsichtigte, wie ein demokratisch legitimierter Entscheidungsträger auf europäischer Ebene fehlte. Sollte den Deutschen tatsächlich nur für die Zeit des Aufbaus der Force de frappe die Verfügungsgewalt über Atomwaffen vorenthalten bleiben[152]?

Für Adenauer bedeutete die Beteiligung an der französischen Atomstreitmacht eine, sicherlich aber nicht die prioritäre Option, um seine Forderung nach nuklearer Teilhabe zu realisieren. Zumindest nach außen hin setzte er weiterhin auf die NATO, meinte im Pressegespräch mit Blick auf Frankreich, es habe doch gar keinen Sinn, sein Geld für eine nationale Atomstreitmacht auszugeben, die stets zehn Jahre hinter der Entwicklung jener der Supermächte herhinke[153]. Eine Beteiligung an der Force de frappe lehnte er coram publico mit der Begründung ab, der militärische Wert sei fragwürdig, und politisch entfache ein solcher Schritt nur Mißtrauen in den USA[154]. Der innenpolitischen Zustimmung konnte er mit dieser Position gewiß sein. Für die SPD war die französische Nuklearpolitik schiere Verschwendung und Ausdruck eines übersteigerten Prestigebedürfnisses. Allein die Nordatlantische Allianz durfte ihrer Ansicht nach für Sicherheitsfragen zuständig sein[155], wobei die Verantwortung für einen Einsatz der nuklearen Sprengköpfe beim amerikanischen Präsidenten zu liegen hatte[156]. Auf ihrem Parteitag in Köln sprachen sich die Sozialdemokraten Ende Mai in einer Entschließung zur Sicherheitspolitik gegen jede Proliferation von Atomwaffen und für die transatlantische Solidarität aus[157]. Brandt unterstrich die Notwendigkeit zur engen Bindung an die USA und forderte in kaum verhüllter Anspielung auf de Gaulle, die Bundesrepublik müsse die „verbindenden und nicht die auseinanderstrebenden Kräfte" der Allianz stützen[158].

Je mehr die NATO die Mitsprache der Nicht-Nuklearmächte bzw. die Schaffung einer gemeinsamen Atomstreitmacht beschäftigte und je stärker sie die Angst vor einer deutsch-französischen Nuklearkooperation umtrieb, desto zielstrebiger suchten die Amerikaner die nach ihrem Dafürhalten unrealistischen Vorstellungen der Europäer mittels sogenannter „Guidelines" über den Einsatz der Atom-

[151] Loth, De Gaulle, S. 651.
[152] Als These formuliert in ebd.
[153] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 107, Informationsgespräch, 20. 2. 1962.
[154] Ebd., S. 143 f., Kanzler-Tee, 2. 3. 1962.
[155] Vgl. Marcowitz, Option, S. 138.
[156] Vgl. Pommerin, La France, S. 276; Steinhoff/ders., Strategiewechsel, S. 129.
[157] S. Entschließung zur Außen- und Sicherheitspolitik des Parteivorstands der SPD, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.), Protokoll Parteitag 1962, S. 600 f.
[158] Rede Brandts auf dem SPD-Parteitag in Köln vom 26.–30. 5. 1962, in: ebd., S. 56–86, hier S. 61.

waffen einzugrenzen[159]. Sie wanderten dabei auf einem schmalen Grat. Als Kennedys Berater Kissinger am 18. 2. bei Adenauer im Palais Schaumburg vorsprach, um noch einmal den geringen militärischen Sinn einer NATO-Nuklearstreitmacht zu unterstreichen, machte der Kanzler keinen Hehl aus seiner Absicht, notfalls auch die französische Karte zu spielen, wenn die deutschen Mitspracheforderungen nicht erfüllt würden[160].

Noch weit schwieriger gestaltete sich für die Amerikaner der Umgang mit de Gaulle. Als Gavin ihn wenige Tage später einmal mehr von den Vorzügen einer multilateralen Nuklearstreitmacht zu überzeugen versuchte, reagierte der General äußerst kühl und desinteressiert[161]. Sein Premierminister schob die diplomatische Etikette im Gespräch mit amerikanischen Journalisten Ende Februar völlig beiseite, bezeichnete die amerikanische Sicherheitspolitik als töricht und darauf ausgerichtet, Frankreich den Zugang zum Club der Atommächte zu versperren. Zwar spielte er seine Aussagen Gavin gegenüber kurz darauf wieder herunter, unterstrich aber erneut die fundamentale Bedeutung der Force de frappe. Frankreich, die Bundesrepublik und die übrigen europäischen Verbündeten müßten die Fähigkeit besitzen, sich mit eigenen Kernwaffen zu verteidigen. Auf die Frage des Botschafters nach der Wahrscheinlichkeit eines französisch-deutschen Atomprogramms verwies er auf die vertragsmäßigen Beschränkungen für die Bundesrepublik und die katastrophalen, kriegsfördernden Konsequenzen, wenn die Deutschen Nuklearwaffen besäßen[162]. Die Unzugänglichkeit der Franzosen, so kabelte Gavin nach seinen Unterredungen im Elysée und Matignon ins State Department, nähme in dem Maße zu, wie die eigene Nuklearkapazität wuchs[163]. Daher riet er seiner Regierung, nicht nur dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesrepublik im Fall einer Wahl zwischen Paris und Washington stets für die USA optierte[164]. Er empfahl auch erneut, de Gaulle auf breiter Basis eine gleichberechtigte Militärkooperation anzubieten[165]. Doch Kennedy schätzte die beiderseitigen Beziehungen so schlecht ein, daß es seines Erachtens gar keinen Sinn hatte, den Dialog in der Nuklearfrage zu suchen[166].

Auch den Deutschen gegenüber verhielt sich der amerikanische Präsident restriktiv. Als sie Anfang März im NATO-Rat einen Konsultationsmechanismus zwischen Bonn und Washington über das Freigabeverfahren für Nuklearwaffen vorschlugen, winkten die Amerikaner ab[167]. Verärgert über das Mauern Kennedys, forderte Strauß Norstad daraufhin mit Blick auf die kommende NATO-Mi-

[159] Vgl. Unterredung zwischen Rusk und Stikker vom 5. 2. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 357–360; Unterredung zwischen Kennedy und dems. vom 6. 2. 1962, Secret, in: ebd., S. 360–364; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 94 f.

[160] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 224; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 96.

[161] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Gavin vom 20. 2. 1962, Très secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 197–199; Gavin an Dep. of State, Tel. 3972, 21. 2. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 364 f.

[162] S. ders. an dass., Tel. 4219, 9. 3. 1962, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 685 f.

[163] S. ders. an dass., Tel. 3972, 21. 2. 1962, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 364 f.; Soutou, L'alliance incertaine, S. 224 f.

[164] S. Gavin an Dep. of State, Tel. 3973, 21. 2. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 680–682.

[165] S. ders. an Kennedy, 9. 3. 1962, Secret, in: ebd., S. 687 f.

[166] S. Ball an Gavin, Tel. 4920, 14. 3. 1962, Secret, in: ebd., S. 688.

[167] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 60 f.

nisterratssitzung in Athen zur Abstimmung der beiderseitigen Marschrichtung auf und erbat Information über Anzahl und Sprengkraft der auf deutschem Boden lagernden Atomsprengköpfe – ein deutliches Zeichen für die Absicht Bonns, über die Vorgänge im eigenen Haus Bescheid wissen zu wollen[168]. Die Amerikaner besaßen nicht nur daran kein Interesse, sie fragten sich inzwischen auch, ob es nach dem französischen Alleingang überhaupt noch richtig sei, mit den Deutschen eine multilaterale Nuklearstreitmacht aufzubauen. Bowie, der die Gefahr einer französisch-deutschen Nuklearkooperation sehr gering einschätzte, hielt ein attraktives MRBM-Projekt aus politischen Erwägungen für höchst sinnvoll. Kennedy und McNamara hingegen betrachteten das Problem eher unter militärischen Aspekten und kamen daher zu dem Schluß, man solle die Finanzmittel der Allianz besser in die konventionelle Aufrüstung stecken[169].

Damit aber schürten sie in der Gemeinschaft zunehmenden Verdruß. Als der amerikanische NATO-Botschafter Finletter Ende März versuchte, unter seinen Kollegen Einvernehmen über die vom State Department und Pentagon vorbereiteten Guidelines[170] herbeizuführen, stieß er auf offene Ablehnung. Der französische Vertreter gab kühl zu Protokoll, Frankreich werde nicht über Guidelines sprechen, weil die ausschließliche Verfügungsgewalt der Nuklearwaffen bei den Amerikanern bleibe. Sein deutscher Kollege wiederholte die Forderung nach einer besseren Kommandostruktur, damit die Allianz einen drohenden massiven konventionellen Angriff nuklear zurückschlagen könne. Finletter erklärte die Konzeption der „massive retaliation" abermals für überholt und offenbarte damit zum ersten Mal offiziell die Existenz der neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption. Aus der Sicht der Verbündeten ergab sich damit ganz klar, daß die USA zunächst alle Möglichkeiten eines konventionellen Krieges ausschöpfen wollten, bevor sie bereit waren, Nuklearwaffen einzusetzen[171].

„Alors pas de bombe européenne et aucune intention d'aider les Allemands à posséder leur propre force nucléaire"

Aufgrund der mangelnden Unterstützung der Partner entschloß sich die amerikanische Regierung nun auf Druck des ‚europäischen' Flügels im State Department dazu, den Herter-Vorschlag von 1960 in der veränderten Form einer Multilateralen Nuklearstreitmacht (MLF) der NATO wiederzubeleben. Den ersten Anstoß dazu hatte ein Besuch des französischen Generals Lavaud im März in Washington gegeben. Um die Kosten von 320 Millionen Dollar für die Stationierung amerikanischer Soldaten auf französischem Boden zu kompensieren, wollte Frankreich nur dann amerikanische Rüstungsgüter kaufen, wenn es diese zur technischen Unterstützung für das eigene Nuklearprogramm verwenden konnte. Obwohl die

[168] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 88, Unterredung zwischen Norstad und Strauß vom 6. 3. 1962, Fü B III 1 – Az. Tgb.Nr. 111/62, 5. 3. 1962, Streng geheim; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 96.

[169] S. Unterredung zwischen Kennedy und Bowie vom 15. 3. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 366–368.

[170] S. Aufzeichnung des Dep. of State u. des Pentagon, 22. 3. 1962, Secret, in: ebd., S. 384–387.

[171] Vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 96–98; zur französischen Ablehnung der Guidelines s.a. Unterredung zwischen Kennedy und Rusk vom 16. 4. 1962, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 377–380.

USA diesen Gedanken ablehnten[172], nahmen ihn Ball und andere Gleichgesinnte zum Anlaß, in einer Vorlage für Kennedy die MLF als Alternative zu den französischen Plänen vorzuschlagen[173]. Maxwell Taylor, Kennedys Militärberater, riet dem Präsidenten nach einer zweiwöchigen Europatour Ende März, die Restriktionen für Frankreich im Nuklearbereich als Gegenleistung für eine loyale Kooperation in der NATO und eine Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht zu lockern. Den Deutschen gegenüber empfahl er ein Entgegenkommen durch Unterstützung der Vorwärtsverteidigung, wie Norstad sie vorschlug. Darüber hinaus plädierte Taylor für Mitspracherechte bei der Kontrolle und die Annahme einer Erklärung über die Prinzipien des Gebrauchs von Atomwaffen[174].

Dieses Konzept entsprach in seinem zweiten Teil durchaus dem Minimalprogramm der Bundesregierung für die nukleare Mitbestimmung, wie Strauß es am 6. 4. im Deutschen Bundestag formulierte: „Information, Garantie und ein gewisses Mitsprachbestimmungsrecht bei den Spielregeln"[175]. Und es war sogar für die SPD-Opposition tragbar, obwohl sie prinzipiell eher der Stärkung der konventionellen Rüstungskomponente zuneigte[176]. Auch Rusk stimmte jetzt aus politischen Gründen der Notwendigkeit einer multilateralen Nuklearstreitmacht zu. Die von Taylor geforderte rasche Aufstellung der MLF lehnte er aber ebenso ab wie eine Unterstützung Frankreichs, die in seinen Augen zwangsläufig dazu führte, daß auch die Deutschen entsprechende Zusagen verlangten[177].

Die Furcht vor deutschen Ansprüchen war es auch, die den Außenminister dazu veranlaßte, dem Präsidenten von einem Eingehen auf das Triumviratskonzept de Gaulles abzuraten. Da der General auf die nationale Karte setzte, hielten Rusk und sein Kollege aus dem Pentagon eine Änderung der französischen NATO-Politik im Sinne Taylors für wenig wahrscheinlich. Kennedy schloß sich dieser Auffassung im Gespräch mit Rusk und McNamara am 16. 4. an. Um die Mitspracheforderungen der Europäer zufriedenzustellen, kam die Runde überein, Pläne für eine NATO-Flotte von Überseeschiffen mit Polaris-Raketen zu entwikkeln, deren finanzielle Lasten zu einem erheblichen Teil die Verbündeten zu übernehmen hätten. Da sich Kennedy die Kontrolle über die Waffen vorzubehalten gedachte, lehnte er auch einen Passus der Guidelines ab, der die amerikanische Bereitschaft zur Akzeptierung einer gewissen gemeinsamen Aufsicht der Allianz über die MRBM signalisierte[178].

Kennedys Verhärtung gegenüber Frankreich korrespondierte sehr genau mit der Position de Gaulles zu den USA. Als Alphand den General Mitte April vor dem Hintergrund der Meinungsfindung in Washington dazu zu bewegen ver-

[172] Vgl. Bozo, Stratégies, S. 82–84; Kohl, Nuclear diplomacy, S. 217f.; Schmitt, Frankreich, S. 134f.
[173] Vgl. Barbier, Force mulilatérale, S. 6; Hoppe, Teilhabe, S. 82; Schmitt, Frankreich, S. 142.
[174] S. Taylor an Kennedy, 3. 4. 1962, nebst Anlagen, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 368–373.
[175] Bundestagsrede von Strauß, 6. 4. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 50, S. 941; s.a. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 173f., Informationsgespräch, 13. 4. 1962, Vertraulich.
[176] Vgl. Wilker, Sicherheitspolitik, S. 175 u. 166f.
[177] S. Rusk an Kennedy, Memorandum, 13. 4. 1962, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 374–376.
[178] S. Unterredung zwischen dens. vom 16. 4. 1962, Top secret, in: ebd., S. 377–380; McGeorge Bundy an Rusk u. McNamara, National Security Action Memorandum Nr. 147, 18. 4. 1962, nebst Anlage, in: ebd., S. 384–387; vgl. Barbier, Force multilatérale, S. 6f.; Haftendorn, Projekt, S. 421. Zu den technischen Daten der Schiffe vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 125f.

suchte, die Probleme in einem Tête-à-tête mit Kennedy auszuräumen, verwies ihn de Gaulle auf die enttäuschenden Ergebnisse der Mission Lavauds. Eine Alternative zum nationalen Alleingang, zum Bau der französischen Atomwaffe, gab es für ihn nicht mehr[179]. Damit einher ging beim französischen Präsidenten auch ein Wandel in der Einschätzung der amerikanischen Strategieänderung. Hatte Paris im Vorjahr eine Aufweichung der Doktrin der massiven Vergeltung noch mit gewissem Wohlwollen bewertet, sofern das Prinzip der Abschreckung gewahrt und die Glaubwürdigkeit erhöht würde, gewannen die Verantwortlichen seit dem Jahreswechsel mehr und mehr den Eindruck, als ob es Washington um weit mehr als um eine bloße Aufweichung der massiven Vergeltung ging. Offenbar schätzten die USA einen konventionellen oder einen nuklearen, aber die Zivilbevölkerung verschonenden Krieg in Europa als führbar ein. Ein solches Szenario galt aber aus der französischen Perspektive als völlig unrealistisch, weil es nicht nur erhebliche Gebietseinbußen in der ersten, konventionell geführten Kriegsphase, sondern auch den Verlust der taktischen Atomwaffen vor ihrem Einsatz heraufbeschwor[180].

Da sich mit der veränderten Haltung Frankreichs zur amerikanischen Strategiedebatte eine Interessenkonvergenz zur Bundesrepublik ergab, trachtete Washington sofort danach, sie zu hintertreiben und Paris gegenüber Bonn anzuschwärzen. Im Gespräch mit Außenminister Schröder stellte Rusk noch einmal klar, daß die USA Frankreich beim Aufbau der Force de frappe nicht helfen würden. Das Festhalten an der Politik der Non-Proliferation begründete er aber nicht mit der intern stets geäußerten Sorge vor einem deutschen Nachahmen, sondern mit der Unzuverlässigkeit der Franzosen. De Gaulle widersetze sich der europäischen Integration, fordere das Triumvirat und eine NATO-Reform in nationalistischer Manier[181].

Nachdem NATO-Generalsekretär Stikker kurz vor der Athener NATO-Konferenz Präsident Kennedy noch einmal auf die Unruhe in der Allianz über die amerikanische Verteidigungspolitik aufmerksam gemacht hatte[182], zeigte sich McNamara in seinem Eröffnungsreferat zwar betont konziliant, machte aber keine Abstriche an der eigentlichen Zielsetzung, die konventionellen Kräfte der Allianz zu stärken und vor dem Aufbau nationaler Atomstreitkräfte zu warnen. Allerdings befürwortete er die Prüfung einer MRBM-Streitkraft in Europa und sagte die Übertragung der Masse ihrer Polaris-Flotte auf den Supreme Allied Commander Atlantic (SACLANT) zu. Entsprechend den jetzt verabschiedeten Guidelines verpflichteten sich die USA zum Einsatz von Nuklearwaffen in drei Fällen, wobei nur im zweiten und dritten eine vorherige Absprache der Verbündeten vorgesehen war: bei einem Nuklearangriff auf die Allianz; bei einer umfassenden konventionellen Attacke des Gegners; bei einer nicht durch konventionelle Streitkräfte aufzuhaltenden gegnerischen Aggression[183].

[179] S. Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 14. 4. 1962, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 375.
[180] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 218f.
[181] S. Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 24, 4. 5. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 690f.
[182] Vgl. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 99.
[183] S. Rede McNamaras in Athen, 5. 5. 1962, in: Trachtenberg (Hg.), Development, S. 563–587; vgl.

Die Rede des amerikanischen Verteidigungsministers konnte die Sorgen der Deutschen und Franzosen natürlich nicht beheben. Paris verweigerte sich den Guidelines total[184], während Bonn ihnen im Prinzip zustimmte[185], wobei Strauß den Schwerpunkt auf den Wunsch nach Information und Garantie, weniger auf Mitsprache legte, obwohl das doch für ihn das wichtigste Ziel war[186]. Nach der Konferenz näherte sich die deutsche Position der französischen aber stark an. Im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium ging die Angst um, die USA verteidigten Europa eben nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Bei der konventionellen Unterlegenheit der NATO stand zu befürchten, daß ein sowjetischer konventioneller Angriff beträchtliche Raumgewinne gerade in Deutschland verzeichnete. Das Einlegen einer Pause vor dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen galt als „nicht tragbar". Um Moskau von einer konventionellen Attacke abzuhalten, hielt die Bonner Regierung sowohl die Vorwärtsverteidigung als auch die Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte mit taktischen Kernwaffen für erforderlich, wobei deren Einsatz früh zu erfolgen hatte, um große Gebietsverluste zu vermeiden[187]. Schröder ließ nach seiner Rückkehr aus Athen in Bonn keinen Zweifel an seiner Unzufriedenheit mit den amerikanischen Zusagen und betonte, die Bundesrepublik werde sich nicht ins nukleare Abseits schicken lassen[188]. Strauß, dem es vornehmlich darum ging, ein Abgehen von der Strategie der „massive retaliation" und der Verringerung der in Europa stationierten Nuklearwaffen zu verhindern[189], bekräftigte in einem Fernsehinterview die Notwendigkeit zum sofortigen Einsatz der Atomwaffen. Die bis auf weiteres beim amerikanischen Präsidenten verbleibende Verfügungsgewalt dürfe nicht bedeuten, daß die Deutschen keine Mitspracherechte erhielten. In dieser Hinsicht bewertete er die Ergebnisse der Konferenz allenfalls als Ausgangspunkt weiterer Diskussionen[190]. Die Bundesregierung unterstützte zwar die amerikanischen MRBM-Pläne, wollte sich aber nicht unnötig exponieren[191].

In Paris fiel die Manöverkritik über die Athener Konferenz noch weit schärfer aus. Da die Amerikaner die strikte Begrenzung und Kontrolle des nuklearen Potentials in Zentraleuropa anstrebten, brauchte Frankreich seine eigene atomare Streitkraft „tous azimuts"[192]. De Gaulle beließ es aber nicht mehr bei dem seit

NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 96, Analyse des BMVg Fü B III 8 Tgb.Nr. 276/62, 22. 5. 1962, Streng geheim; Macmillan, End, S. 334–336; Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung, 6. 5. 1962, in: Bulletin 1962, S. 709f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 37–40; Mahncke, Mitwirkung, S. 122–126; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 173–177; Soutou, L'alliance incertaine, S. 214–217; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 99–102.

184 Vgl. Bozo, Stratégies, S. 85; Soutou, L'alliance incertaine, S. 219.

185 Vgl. Ball an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 1920, 9. 5. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 389–393.

186 Vgl. Mahncke, Mitwirkung, S. 119–122.

187 NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 97, Besprechungen zwischen AA und BMVg vom 1./2. 6. 1962, Fü B III 8 Az. 31–08–11 Tgb.Nr. 2884/62, 15. 6. 1962, Geheim; vgl. Soutou, De Gaulle, S. 506; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 102f.

188 Vgl. Marcowitz, Option, S. 124.

189 Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 41f.

190 S. Interview Strauß mit dem „Deutschen Fernsehen", 7. 5. 1962, in: Bulletin 1962, S. 733f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 126–128.

191 S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 97, Besprechungen zwischen AA und BMVg vom 1./2. 6. 1962, Fü B III 8 Az. 31–08–11 Tgb.Nr. 2884/62, 15. 6. 1962, Geheim.

192 Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 9. 5. 1962, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle,

Monaten gebetsmühlenartig vorgetragenen sicherheitspolitischen Credo, er setzte jetzt angesichts der inzwischen gescheiterten Verhandlungen über die Europäische Politische Union[193] auf ein enges Bündnis zur Bundesrepublik. Die Deutschen, so instruierte er seine Berater, müßten sich von der Schimäre des amerikanischen Atomschutzschirms befreien und daran mitwirken, eine europäische Sicherheitspolitik zu konzipieren[194]. Eine deutsche Verfügungsgewalt über Kernwaffen hatte er dabei ganz offensichtlich nicht im Blick, und als Basis der europäischen Verteidigung betrachtete er das französische und britische Nuklearpotential[195], wobei er die Zusammenarbeit mit den Briten nicht im westeuropäischen Rahmen, sondern im Kreis der Großen anstrebte. Denn dies hatte den doppelten Vorteil, die Engländer vom Kontinent fernzuhalten und die Deutschen nicht zur Atommacht aufsteigen zu lassen[196].

Obwohl das Weiße Haus angesichts der sich rapide verschlechternden Beziehungen mit dem Elysée nach Wegen zur Kalmierung suchte[197], sah de Gaulle jetzt keinen Grund mehr zur Rücksichtnahme. Die USA, erklärte der Präsident am 16. 5. gegenüber dem amerikanischen Botschafter, sollten sich aus den westeuropäischen Angelegenheiten heraushalten und ihr Gewicht nur im Ernstfall einbringen[198]. Frankreich, so hatte er einem Paukenschlag gleich bereits am Tag zuvor auf einer großen Pressekonferenz dargelegt, benötige eine eigene Atomstreitmacht, weil man sich der Bereitschaft der Amerikaner zur Verteidigung Europas nicht sicher sein könne. Der Frage nach einer deutsch-französischen Nuklearkooperation wich er mit der Formulierung aus, man habe gegenwärtig keine Atomwaffen an die Bundesrepublik zu vergeben. Eine Lieferung zu einem späteren Zeitpunkt schloß er also bewußt nicht aus[199].

Außer sich vor Wut ließ Kennedy de Gaulle daraufhin ausrichten, er denke nicht daran, sich dem Druck zu beugen. Es gehe nicht an, diplomatisch abwesend, militärisch aber präsent zu sein. Und wenn die Deutschen die Idee einer Achse Bonn-Paris akzeptierten, müsse ihnen klargemacht werden, daß die USA ihre deutschlandpolitischen Verpflichtungen und sicherheitspolitischen Garantien nicht aufrechterhielten[200]. De Gaulles Replik ließ an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Während in früheren Zeiten die Gefahr des amerikanischen Isolationismus bestanden habe, meinte er gegenüber Gavin am 26. 5., fürchte er jetzt das Gegen-

S. 290; s.a. Aufzeichnung der Hauptabteilung Politik im MAE, 17. 5. 1962, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 493–495.

193 Vgl. Kap. V.2.3.

194 S. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 287 f., Tb. 9. 5. 1962.

195 Vgl. Vaïsse, Candidature, S. 137.

196 S. Unterredung zwischen Rusk und Couve de Murville vom 20. 6. 1962, SET/MC/20, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 413–419; ders. an Dep. of State, Tel. Secto 16, 20. 6. 1962, Confidential, Priority, in: ebd., S. 108 f.

197 S. Ball an Rusk, Tel. Tosec 95, 5. 5. 1962, Secret, Priority, Eyes only, No Distribution, in: ebd., S. 691 f.; Rusk an Ball, Secto 69, 6. 5. 1962, Secret, Priority, No Distribution, in: ebd., S. 692 f.; Ball an Paris, Tel. 5984, 9. 5. 1962, Secret, Priority, in: ebd., S. 694; Unterredung zwischen Kennedy und Malraux vom 11. 5. 1962, Top secret, in: ebd., S. 695–701.

198 S. Gavin an Dep. of State, Tel. 5425, 16. 5. 1962, Secret, in: ebd., S. 702 f.; Bozo, Stratégies, S. 89; Costigliola, Kennedy, S. 258 f.

199 S. Pressekonferenz de Gaulles im Elysée-Palast, 15. 5. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 412–415.

200 S. Kennedy an Gavin, Tel. 6203, 18. 5. 1962, Top secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, S. 704; Bozo, Stratégies, S. 89; Costigliola, Kennedy, S. 259.

teil, nämlich eine zu exzessive Rolle der USA in Europa, so daß der Kontinent zum Protektorat herabsinke. Die Amerikaner hätten Verhandlungen mit den Sowjets über Berlin vorangetrieben, obwohl Deutsche und Franzosen dies nicht wünschten. Sie lehnten den Aufbau einer französischen Atomstreitmacht ab, obwohl Frankreich für sich selbst verantwortlich sei. Damit brach er die Unterhaltung abrupt ab warf den ihm durchaus gewogenen Botschafter hinaus. Dessen Rat an Kennedy ließ Böses ahnen: „If there ever has been need for an agonizing reappraisal of our policy vis-à-vis Europe certainly it is now."[201] Angesichts dieser Eskalation fällt es schwer, dem in der Literatur mitunter geäußerten Urteil zu folgen, es habe mehr Möglichkeiten der Entspannung zwischen Frankreich und den USA gegeben als weithin angenommen[202]. Aus der Sicht der westlichen Supermacht stellte sich das Problem so dar, als ob der französische Staatspräsident die amerikanische Führung in Frage stellte[203]. Eine Teilung ihrer Macht kam für die USA aber nicht in Frage.

De Gaulles Philippika stieß weder in Washington[204] noch in Bonn auf Wohlwollen. In einer Zeit unverminderter sowjetischer Pressionen war die Bundesregierung auf eine intakte oder zumindest intakt wirkende westliche Solidargemeinschaft vital angewiesen. Frankreich aber erweckte den Eindruck, als wolle es Westeuropa einen, um die Bevormundung der USA abzustreifen und Osteuropa auszubalancieren. Da es sich anschickte, die einzige Atommacht in der europäischen Gemeinschaft zu werden, kam ihm fast zwangsläufig die Rolle eines „primus inter pares"[205] zu; daß Frankreich der Bundesrepublik eine echte Teilhabe an der Force de frappe gewähren würde, galt als „höchst zweifelhaft"[206]. De Gaulles Vorstellungen liefen auf ein Konzept der dritten Kraft hinaus, das in Bonn sowohl aus politischen wie aus militärischen Erwägungen auf erhebliche Bedenken stieß: militärisch, weil man Westeuropa nicht in der Lage sah, allein zu bestehen, und politisch, weil es den eigenen Anspruch auf Gleichberechtigung tangierte[207] bzw. Europa von den USA trennte[208].

Als Rusk Strauß Anfang Juni direkt auf die Ernsthaftigkeit der deutsch-französischen Nuklearkooperation ansprach, stellte der Verteidigungsminister jegliche Bemühungen in Abrede und unterstrich, es habe von keiner Seite auch nur die leisesten Andeutungen gegeben[209]. Das entsprach zwar nicht der Wahrheit, aber Auswärtiges Amt und Bundesverteidigungsministerium waren sich mittlerweile

[201] Gavin an Rusk, Tel. 5700, 28. 5. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 705–707, hier S. 707; s.a. Unterredung zwischen de Gaulle und Gavin vom 26. 5. 1962, Très secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 536–539.

[202] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 227–229.

[203] Vgl. Costigliola, Kennedy, S. 259.

[204] S. Pressekonferenz Kennedys, 17. 5. 1962, in: EA 1962, S. D358-D362.

[205] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 95, Analyse des BMVg Fü B III 8 Tgb.Nr. 277/62, 21. 5. 1962, Streng geheim.

[206] BA, NL Blankenhorn, Bd. 132a, Bl. 3–11, Aufzeichnung Blankenhorn, 29. 5. 1962, Geheim.

[207] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 95, Analyse des BMVg, Fü B III 8 Tgb.Nr. 277/62, 21. 5. 1962, Streng geheim; Pommerin, La France, S. 276 f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 128 f.

[208] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 97, Besprechungen zwischen AA und BMVg vom 1./2. 6. 1962, Fü B III 8 Az. 31-08-11 Tgb.Nr. 2884/62, 15. 6. 1962, Geheim.

[209] S. Unterredung zwischen Rusk und Strauß vom 9. 6. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 399–407.

darin einig, daß eine Beteiligung an der Force de frappe „sehr schwerwiegende Nachteile" brächte und die Sicherheit der Bundesrepublik nicht erhöhte. Entscheidend für diese Einschätzung war die Überzeugung, der sowjetischen Militärmaschinerie nicht wirklich Paroli bieten zu können. Das Ergebnis wäre eine „Atomstreitmacht dritten Ranges", die den Gegner zu einem Präventivschlag reizen könnte, sofern sie nicht fester Bestandteil der NATO wäre. Im Fall einer Sprengung der Allianz geriete die Bundesrepublik in eine „untragbare Abhängigkeit von Frankreich", das „kein auch nur annähernder Ersatz für den Verlust des Bündnispartners USA wäre"[210].

Um die Unruhe im Bündnis zu beseitigen, versuchten die USA Mitte Juni in einem allerdings nur halbherzigen Doppelschlag, ihre Vorstellungen von der MLF zu präzisieren und den Verbündeten die neue amerikanische Strategie nahezubringen. Am 15. 6. stellte Finletter dem NATO-Rat die Bereitschaft seiner Regierung zum Aufbau einer „multilaterally owned, financed, controlled, and manned sea-borne MRBM force" dar[211], deren finanzielle Hauptlast die Verbündeten tragen sollten, ohne in der Stärkung der konventionellen Schlagkraft nachlassen zu dürfen[212]. Die zahlreichen Bedingungen, welche die USA mit der Aufstellung der MRBM-Streitmacht verknüpften, und eine den Sinn des Angebots offen infragestellende Rede McNamaras[213] führten nicht nur in Bonn zu der Überzeugung, daß Washington es doch nicht ernst meine[214]. Die unerwartet negative Reaktion der Nicht-Nuklearen veranlaßte Rusk dazu, sofort nach Europa zu fliegen, um den Partnern die neue MLF-Initiative vor Ort zu erläutern. In Paris machte Couve de Murville keinen Hehl aus der französischen Ablehnung. Die amerikanischen Zusagen von Athen betrachtete er als kaum der Rede Wert, und das MRBM-Projekt hielt er für völlig unverständlich. Im Zentrum des französischen Interesses stand noch immer die Frage nach dem Besitz und dem Einsatzrecht der Atomwaffen. Solange Europa nicht über eine politische Gestalt verfügte, sah der Minister für Frankreich keine Möglichkeit, die Debatte über den amerikanischen Vorschlag aufzunehmen. Sollte es aber doch noch zu einer Politischen Union kommen, waren seines Erachtens zunächst einmal die Europäer selbst gefordert, die Verteidigung zu organisieren. Couve de Murville gab offen zu, daß die dann unvermeidliche Nuklearfrage erhebliche Schwierigkeiten mit der Bundesrepublik aufwerfen würde, die leichter bewältigt werden könnten, wenn Großbritannien Mitglied der Union sei. Doch dessen Einbeziehung war ihm eigentlich unerwünscht, hätte sie doch den unerfreulichen Effekt, daß die Politische Union dann nur ein lockerer Staatenbund bliebe[215].

[210] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 97, Besprechungen zwischen AA und BMVg vom 1./2. 6. 1962, Fü B III 8 Az. 31-08-11 Tgb.Nr. 2884/62, 15. 6. 1962, Geheim.

[211] Instruktionen für Finletter, o.D., Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 408–411, hier S. 410; s.a. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 115.

[212] S. Kennedy an Finletter, mitgeteilt in: Rusk an NATO-Mission, Tel. Topol 1922, 14. 6. 1962, Top secret, No Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 407f.

[213] S. Rede McNamaras vor der Universität Michigan, 16. 6. 1962, in: EA 1962, S. D363-D371.

[214] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 98, Stellungnahme des BMVg zur Finletter-Rede vom 15. 6. 1962, Fü B III 8 Tgb.Nr. 232/62, 18. 6. 1962, Streng geheim; Couve de Murville an de Leusse, Tel. 470, 22. 6. 1962, Très secret, in: DDF 1962, Bd. 1, S. 647–649; Hoppe, Teilhabe, S. 61f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 116.

[215] S. Unterredung zwischen Rusk und Couve de Murville vom 20. 6. 1962, Secret, in: DDF 1962,

De Gaulle äußerte sich seinem Washingtoner Botschafter gegenüber noch schärfer: Die Zeiten, in denen die Amerikaner den Europäern ihre „leadership" aufzwingen könnten, seien vorbei. Wenn Kennedy den Aufbau der Force de frappe als unfreundlichen Akt verstehe, untergrabe er alle Bemühungen, die eisigen Beziehungen wieder zu erwärmen. An die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht glaube er nicht, weil den Europäern der Wille dazu fehle. „Alors pas de bombe européenne et aucune intention d'aider les Allemands à posséder leur propre force nucléaire."[216]

Zu den Europäern zählten nicht zuletzt die Deutschen, die sich weiterhin stärker auf die multilaterale Lösung des Nuklearproblems konzentrierten. Kurz bevor Rusk in Bonn eintraf, hatte Adenauer noch einmal im Teegespräch klargestellt, daß er keinesfalls auf ewig zu den nuklearen Habenichtsen zählen wollte. Ja, er spekulierte gar darüber, die USA könnten den vier Nicht-Nuklearen in der EWG Atomwaffen zum Einsatz ohne amerikanische Mitbestimmung zur Verfügung stellen[217]. Die Offerte Finletters war davon weit entfernt. Als Rusk im Palais Schaumburg vorsprach, erinnerte ihn der Kanzler bezeichnenderweise an Norstads Angebot vom September 1960, das Eisenhower nicht weiterverfolgt hatte. Adenauer bedauerte dies ganz offensichtlich und trat nun dem alleinigen amerikanischen Einsatzrecht mit dem etwas künstlichen Argument entgegen, der amerikanische Präsident könne im Notfall verhindert sein, den Abschuß anzuordnen. Ein gewisses Maß an Mitsprache war für ihn unabdingbar, und Adenauer bat seinen Gast darum, das deutsche Begehren in erster Linie unter dem militärischen, weniger unter einem politischen Aspekt oder gar dem des Prestiges zu betrachten[218].

Die amerikanische Beschwichtigungsstrategie fruchtete also nicht. Rusk flog mit der Überzeugung nach Hause, daß die Deutschen zukünftig erheblichen Druck ausüben und sich jegliche Handlungsfreiheit erhalten würden. Sollte es nicht zu einem befriedigenden MLF-Konzept kommen, schien ein nationales deutsches Nuklearprogramm unvermeidlich[219]. Mit dem Anspruch angetreten, den Club der Atommächte nicht auszuweiten, die Kontrolle der Kernwaffen zu stärken und die Verbündeten zu vermehrten Anstrengungen im konventionellen Rüstungsbereich anzuhalten, sah sich die Kennedy-Administration Mitte 1962 beinahe ohnmächtig zunehmenden Erosionserscheinungen in der transatlantischen Allianz gegenüber. Frankreich hatte die amerikanischen Offerten als das

Bd. 1, S. 617–638; Unterredung zwischen dens. vom 20. 6. 1962, SET/MC/20, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 413–419; ders. an Dep. of State, Tel. Secto 16, 20. 6. 1962, Confidential, Priority, in: ebd., S. 108 f. Daß der amerikanische Außenminister Paris auf seiner Tour ausgelassen habe, um Frankreich zu isolieren, wie Hoppe schreibt, beruht auf einem Irrtum (Hoppe, Teilhabe, S. 83).

[216] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 26. 6. 1962, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 379–381, hier S. 379 u. 380. Kennedy hatte nicht den Bau der Force de frappe als solche, sondern die amerikanische Beteiligung als unfreundlichen Akt gegenüber den Interessen der Allianz bezeichnet (Bozo, Stratégies, S. 86).

[217] S. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 197 f., Informationsgespräch, 8. 6. 1962, Streng vertraulich; Marcowitz, Option, S. 123 f.

[218] S. Unterredung zwischen Rusk und Adenauer vom 22. 6. 1962, SET/MC/25, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 419–422; ders. an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 8, 3. 7. 1962, Secret, in: ebd., S. 111–113.

[219] S. Bruce an Dep. of State, Tel. Secto 81, 26. 6. 1962, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 423–425.

entlarvt, was sie waren: Scheinangebote, Beruhigungspillen. Deshalb ging man nun seiner eigenen Wege. Die USA ließen die Franzosen ziehen, weil sie den von de Gaulle für das Bleiben geforderten Preis nicht zu zahlen bereit waren – gewiß, um das Prinzip der Non-Proliferation nicht auszuhöhlen, vor allem aber, um das Einsatzmonopol nicht mit der Bundesrepublik teilen zu müssen. Anders als Paris war Bonn aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen nicht dazu in der Lage, seinem ungeduldigen Drängen nach atomarer Mitsprache durch die Drohung eines Alleingangs Nachdruck zu verleihen. Man bedurfte der Fürsprache, die man bisher vornehmlich in Washington gesucht hatte – vergeblich. Vielleicht eröffnete sich ja mit der von de Gaulle gewünschten Intensivierung des deutsch-französischen Verhältnisses doch noch eine Chance, zum Ziel – sprich zur Nuklearteilhabe – zu gelangen.

V.4 Das Scheitern des deutsch-französischen „Zweibundes" 1962/63

V.4.1 Staatsbesuche: Adenauer in Frankreich – de Gaulle in der Bundesrepublik

„Définir une méthode pour régulariser à l'avenir la coopération de la France et de l'Allemagne"

Der von den verantwortlichen Politikern in Bonn und Paris im Sommer 1962 beschrittene Weg zum bilateralen Bündnis stand mit der seit dreizehn Jahren von beiden Regierungen gepflegten multilateralen Verständigungspolitik in eklatantem Widerspruch[1]. Und doch war er latent schon seit 1950 vorhanden, als Adenauer durch seine Interviews mit Kingsbury-Smith Aufsehen erregte oder Blankenhorn im Zuge des Korea-Krieges für den Katastrophenfall die „sofortige politische Fusion Deutschlands und Frankreichs" anmahnte[2]. Bestimmend für die Außenpolitik der noch jungen Bundesrepublik wurde indes der Erkenntnis, daß die deutsch-französische Aussöhnung zwar erste Voraussetzung für den Aufbau eines geeinten Europa sei und die bestehenden Schwierigkeiten abgebaut werden müßten, die Beziehungen aber keinen exklusiven Anstrich bekommen dürften. Gleichwohl verlor die Vision von einer bilateralen Allianz nicht ihren Reiz. Die seit Mitte der fünfziger Jahre von einzelnen Ministern bzw. Beamten in Bonn oder etwa von Coudenhove-Kalergi entwickelten Initiativen mit dem Ziel eines Zweibundes[3], eines „in den Verfassungen beider Länder verankerten ewigen Friedensbündnis[ses]"[4] oder „eines föderativen Zusammenschlus[ses] beider Nationen"[5] blieben aber ohne Resonanz, weil die Bundesregierung den Unmut der ausgeschlossenen Mitglieder in der Sechsergemeinschaft bzw. fehlende politische Akzeptanz in der Bundesrepublik wie in Frankreich fürchtete. Als Richtschnur galt bis 1962 das von von Brentano 1957 geprägte Wort, der Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen sei „in erster Linie im Rahmen der allgemeinen Politik der europäischen Einigung und nicht in Form eines spektakulären Bilateralismus" fortzusetzen[6].

Allen bisherigen Erkenntnissen zufolge besaß diese Kursbestimmung auch für die IV. Französische Republik ihre Gültigkeit. Als Coudenhove-Kalergi sich im September 1958 an de Gaulle mit dem Vorschlag der Gründung eines zweiseitigen Komitees zur Förderung einer deutsch-französischen Entente wandte, verwies der General ihn an den Außenminister[7] und verfolgte das Ansinnen nicht weiter.

[1] Vgl. Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 170.
[2] BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 220, Tb. 20. 7. 1950; vgl. Kap. III.4.1.
[3] S. ACDP, NL von Merkatz, I-148–116/01, Coudenhove-Kalergi an Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs, Memorandum, 20. 9. 1955; vgl. Coudenhove-Kalergi, Leben, S. 342; ders., Weltmacht, S. 151; Unterredung zwischen Vertretern der Europa-Union Deutschlands und Coudenhove-Kalergi vom 28. 3. 1963, 31. 3. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 770–773.
[4] Von Brentano an Oberländer, zu 302.82.00/94.07/547/57, 11. 3. 1957, Entwurf, in: BDFD I, S. 633–635, hier S. 633; vgl. Kap. IV.2.3.
[5] Aufzeichnung Hartlieb, 200–80.00/0/5/58, 17. 5. 1958, in: BDFD I, S. 640–642, hier S. 641; vgl. IV.2.3.
[6] Von Brentano an Oberländer, zu 302.82.00/94.07/547/57, 11. 3. 1957, Entwurf, in: BDFD I, S. 634; vgl. Kap. IV.2.3.
[7] S. de Gaulle an Coudenhove-Kalergi, 27. 9. 1958, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 8, S. 92f.

Auch die Bundesregierung erteilte dem Plan eine eindeutige Absage, weil man die übrigen Partner in der Europäischen Gemeinschaft „nicht preisgeben" wollte[8].

Allerdings ließen Adenauer und de Gaulle in der historischen Begegnung von Colombey-les-deux-Eglises klar erkennen, daß sie mit dem Status quo nicht zufrieden waren. Beide Staatsmänner waren sich der in historischer Dimension wahrlich wunderbaren „étroite entente franco-allemande" vollbewußt, die in die Politik und Psychologie von Deutschen und Franzosen ja „un élément fondamentalement nouveau" einführte[9]. Im Quai d'Orsay feierten die Beamten die „réconciliation franco-allemande" als „une des caractéristiques nouvelles les plus frappantes du monde de l'après-guerre"[10]; im Auswärtigen Amt rühmten ihre Kollegen die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes als die vielleicht „größte Leistung von zehn Jahren Außenpolitik" unter Adenauer[11]. Dennoch erachteten Adenauer und de Gaulle eine Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen in möglichst vielen Politikfeldern als wünschenswert. Für den Kanzler bedeutete dies die kontinuierliche Fortentwicklung der Beziehungen zum wichtigsten Nachbarn ohne Aufgabe oder Vernachlässigung der multilateralen Bindungen in der Atlantischen Allianz oder der EWG. Für den General hingegen ging es nicht nur um die kontinuierliche Fortschreibung der Deutschlandpolitik seiner Vorgänger, sondern auch um die Umsetzung eines intergouvernemental ausgerichteten Außenpolitikverständnisses, das den Beziehungen zur Bundesrepublik einen wichtigen, aber keinen singulären Stellenwert zumaß. Und de Gaulle war es, der nach dem Treffen darauf drängte, die Vereinbarung in die Tat umzusetzen, wobei er in erster Linie an die Belebung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sowie der Kulturkommission, an die Schaffung einer gemeinsamen Parlamentariergruppe und an regelmäßige Konsultationen auf hoher diplomatischer Ebene dachte[12].

Daß die Instruktion, die Blankenhorn anläßlich der Neubesetzung des Pariser Botschafterpostens im November 1958 mit auf den Weg gegeben wurde, in weiten Bereichen jener entsprach, die sein Vorgänger von Maltzan 1955 erhalten hatte, spiegelte eindrucksvoll die Kontinuität der deutschen Frankreichpolitik wider. Umfang und Vielfalt der Themen stellten aber ebenso imposant unter Beweis, wie sich das zwischenstaatliche Verhältnis in den letzten Jahre in der Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik, aber auch in den Bereichen Atomenergie, Rüstung oder Kultur und Wissenschaft entwickelt hatte[13]. Dieser gewachsenen Bedeutung entsprach auch die Tatsache, daß die Bundesregierung vor der Entsen-

[8] Carstens an Blankenhorn, 20. 11. 1958, in: BDFD I, S. 796.

[9] Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower vom 2. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 283 f., hier S. 284.

[10] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 22–27, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 27. 11. 1959 (Konzept JDJ).

[11] PA, BStS, Bd. 342, Referat van Scherpenberg auf der Botschafterkonferenz vom 12.–18. 10. 1959, VS-NfD.

[12] S. ebd., Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 157, Aufzeichnung dess., 21. 10. 1958; ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Carstens an Referat 204 im AA, Aufzeichnung 204–82.00, 27. 10. 1958; ebd., Ref. 600, Bd. 187, AZ 600/80/SL/1 94.07, Frank an Referat 112 etc. im AA, 204.82.00/94.07, 15. 11. 1958.

[13] S. ebd., Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Abt. 2 im AA, „Nachtrag zur Instruktion für den deutschen Botschafter in Paris aus dem Jahre 1955", o.D.

dung des neuen Amtsinhabers beschloß, einen Kabinettsausschuß für deutsch-französische Politik als Grundlage seiner Tätigkeit einzurichten[14].

Bei den Ende November 1958 von Staatssekretär van Scherpenberg und Botschafter Seydoux aufgenommenen und Anfang Februar 1959 fortgesetzten diplomatischen Gesprächen zur Förderung des beiderseitigen Verhältnisses stand die Große Politik nicht auf der Tagesordnung. Vielmehr ging es um die Arbeit der gemeinsamen Wirtschaftskommission und des Ständigen Kulturausschusses, um die Gründung einer Parlamentariergruppe, die stärkere Förderung des Centre d'Etudes de Politique Etrangère und um eine „Popularisierung" der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit[15]. Auf Anregung Blankenhorns nahmen die Regierungen im Frühjahr 1959 außerdem noch die Zusammenführung der Jugend in den Kanon auf[16] und vereinbarten für das Jahr 1960 ein großes Jugendtreffen beiderseits des Rheins[17].

Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten verstärkte de Gaulle die intergouvernementale Komponente in den deutsch-französischen Beziehungen und gab ihnen damit eine gegen die multilateralen europäischen Organisationen gerichtete Spitze. So regte Premierminister Debré kurz nach seiner Ernennung im Februar 1959 gegenüber Blankenhorn an, die begonnenen Gespräche zwischen beiden Regierungen „in regelmäßigen Zeitabständen" fortzusetzen[18]. Und de Gaulle selbst unterstrich kurz darauf bei seiner Begegnung mit Adenauer in Marly-le-Roi nach einem heftigen Lamento gegen die Atlantische Allianz, ob sie fortexistiere oder nicht, sei eher nebensächlich; wichtiger sei, Frankreich und die Bundesrepublik stünden zusammen. Zwar besäßen sie nicht die Machtmittel wie andere, doch die Zukunft gehöre ihnen[19].

Eine derart enge Bindung stieß aber am Rhein weiterhin aus vielerlei Gründen auf erhebliche Vorbehalte, sei es, weil man Paris eindeutig als den nehmenden und Bonn als den gebenden Teil der Partnerschaft betrachtete, sei es, weil man die abschreckende Wirkung des „Gespenst[es] eines deutsch-französischen Kondominiums" auf die Verbündeten in EWG, WEU oder NATO befürchtete[20]. Es gab aber auch sehr wohl Stimmen, die de Gaulles Angebot begrüßten und es auch nicht verwerflich fanden, daß der General implizit französische Interessenpolitik betrieb. Kluge Beobachter wie Josef Jansen sahen gerade darin eine erfreuliche

[14] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 91, Bl. 232, Tb. 9. 10. 1958.

[15] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 202, Frank an Paris, 204.82.00/94.07, 26. 11. 1958, Konzept; ebd., Aufzeichnung der Abt. 2 im AA, 204.82.00/94.07, 12. 2. 1959; AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 28, Bl. 10–15, Seydoux an Couve de Murville, Nr. 355, 18. 2. 1959. Zur Arbeit des Centre d'Etudes de Politique Etrangère vgl. BA, NL zu Guttenberg, Bd. 111, Bl. 72–84, Deutsch-französische Gespräche vom 12./13. 12. 1958, 23. 1. 1959, im Auszug in: BDFD III, S. 562–565.

[16] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 95, Bl. 138–148, Tb. 3. 2. 1959.

[17] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 345–348, Tb. 16. 2. 1959, im Auszug auch in: BDFD I, S. 799–801.

[18] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 56, Unterredung zwischen Blankenhorn und Debré vom 16. 2. 1959.

[19] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 3. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 278 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 546; Linsel, Charles de Gaulle, S. 166.

[20] Artikel von „Sipax", in: „Nürnberger Nachrichten", 23. 5. 1959, im Auszug auch in: BDFD III, S. 587 f., hier S. 585.

Perspektive: „Wenn de Gaulle und Frankreich ihre Zusammenarbeit mit uns auf reale eigene Interessen basieren, halte ich das für eine solide und tragfähige Basis. Eine Zusammenarbeit aus lauter Freundschaft und gutem Willen würde ich nicht sehr hoch einschätzen."[21] Weitaus gefährlich war es seiner Meinung nach, wenn der General die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes als erreicht ansähe oder die Pflege der Beziehungen vernachlässigte, weil dem Kanzler und den ihm Gleichgesinnten mit ihrem profranzösischen Kurs sogar in der eigenen Partei die nötige Unterstützung versagt würde[22].

Jansens Befürchtungen waren nicht unberechtigt. Nach dem Debakel der Präsidentschaftskandidatur im Sommer 1959 verlor Adenauer – der Garant der deutsch-französischen Entente – in Paris erheblich an Ansehen[23]. An der Seine ging die Sorge um, das Werk der Verständigung werde etwa unter einem Bundeskanzler Erhard nicht fortgesetzt. Galt bis dato die Lage in Frankreich als versöhnungshemmend, wirkte nun die Situation in der Bundesrepublik als Störfaktor für die Weiterentwicklung der Nachbarschaft[24]. Im Quai d'Orsay nahmen die Beamten zwar bereits die Langzeitperspektive einer „fusion économique" zwischen beiden Staaten, ja unter Umständen gar einer „certaine intégration politique des deux pays" ins Visier. Sie schlossen aber keineswegs aus, daß die deutsche Außenpolitik mit dem Ausscheiden des amtierenden Bonner Regierungschefs nicht in eine andere Richtung gelenkt werde. „Pour un Strauß ou pour un Erhard la vérité fondamentale est que l'Allemagne est désormais ‚salonfähig'". Zwar waren die Zeiten des Deutschen Reiches unwiederbringlich vorbei; die industrielle Produktion, die Dynamik und die technischen Fähigkeiten machten die Bundesrepublik aber zu einer „puissance de premier rang [...] dont l'appoint est capable de faire pencher la balance". Indem das Ministerium die wachsame Hege der französisch-deutschen Beziehungen anmahnte, zielte es stets auch darauf, die Westbindung der Bundesrepublik zu sichern[25]. Dies galt im übrigen auch in umgekehrter Richtung. Denn während die Franzosen nie die Furcht ganz losließ, die Deutschen könnten sich – forciert von nationalistischen oder ökonomischen Triebkräften – nach dem Abgang Adenauers wie Anno 1922 dem Osten zuwenden[26], sahen die Deutschen mit ihrem Kanzler an der Spitze die zumindest latente Gefahr einer Wiederaufnahme der französisch-sowjetischen Allianz von 1892/94 bzw. 1944.

Als Antidoton gegen die Gespenster der Vergangenheit schwebte den beiden führenden Politikern in Bonn und Paris ein breitgefächertes Geflecht staatlicher wie gesellschaftlicher Kontakte zur Verbesserung der Atmosphäre zwischen beiden Völkern vor, wobei sie der Zusammenführung der Jugend, aber auch dem Ausbau der Kulturzentren oder dem Austausch von Studenten eine besondere

[21] ACDP, NL Jansen, I-149-003-[V]-2, Jansen an Obermann, 15. 4. 1959.
[22] S. ebd., ders, an Burgbacher, 5. 8. 1959.
[23] S. Leduc an Couve de Murville, Tel. 1525/34, 5. 6. 1959, Urgent, in: DDF 1959, Bd. 1, S. 773–775.
[24] S. ACDP, NL Jansen, I-149-003 [V]-2, Jansen an Globke, 11. 9. 1959.
[25] AMAE, Europe 1944–1960, Allemagne 1956–1960, Bd. 29, Bl. 22–27, Aufzeichnung der Unterabt. Zentraleuropa im MAE, 27. 11. 1959 (Konzept JDJ); s.a. Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower vom 2. 9. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 283f.
[26] S. Krone, Tagebücher, S. 507f., Tb. 14.–16. 6. 1961.

Rolle zuwiesen[27]. Adenauer zielte dabei, wie er de Gaulle Anfang Dezember 1959 darlegte, nicht auf eine feste Organisation, sondern auf eine Reihe von Vereinbarungen, die zur Harmonisierung der beiderseitigen Politik führen sollten. Dem General reichte dieses Programm nicht aus, da er über die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit hinaus auch an eine vertraglich abgesicherte politische, ja sogar – als Zukunftsperspektive – an eine verteidigungspolitische Kooperation dachte[28]. Am 2. 12. sprach er sich dafür aus, „pour définir une méthode pour régulariser à l'avenir la coopération de la France et de l'Allemagne", ohne die Existenz der übrigen Staaten vergessen zu wollen[29]. Daß de Gaulle sogar eine deutsch-französische „Union" vorschlug[30], läßt sich aus den Protokollen nicht entnehmen. Adenauer zeigte sich gleichwohl hoch erfreut und versicherte, die Bundesrepublik werde den nun beginnenden gemeinsamen Weg nicht verlassen[31].

Zunächst blieb es bei den vagen Absichtsbekundungen. Angesichts der scharfen französischen Kritik an der mehrheitlich „frankreichfeindlich[en]" deutschen Öffentlichkeit, wie sie sich während des algerischen Aufstandes Ende Januar 1960 manifestierte, plädierte Frank für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, „um die positiven Aspekte des deutsch-französischen Verhältnisses herauszustellen" und das Gemeinschaftswerk, das seiner Meinung nach lediglich „vom persönlichen Verhältnis der beiden leitenden Staatsmänner und der Gemeinsamkeit der Bedrohung getragen" wurde, breiter abzusichern[32]. Nicht allen Kollegen gefiel dieses Engagement. Einige Diplomaten des Auswärtigen Amtes mißbilligten eine gelenkte PR-Kampagne, weil sie ihrer Meinung nach den Anschein erwecken konnte, die Bundesrepublik wolle sich „Frankreich völlig in die Arme werfen"[33]. Anderen, namentlich Blankenhorn, paßte die ganze Richtung der Adenauerschen Frankreichpolitik nicht, da der Kanzler ihrer Meinung nach die sonstigen auswärtigen Beziehungen, insbesondere zu Großbritannien, vernachlässigte[34].

Ganz im Sinne Blankenhorns dürfte hingegen die Intensivierung der Jugendkontakte gewesen sein, die Mitte April der französische Hohe Kommissar für Jugend und Sport, Maurice Herzog, und Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Würmeling mit dem Ziel der wechselseitigen Aufnahme von Kindergruppen in Ferienlagern in Angriff nahmen[35]. Auch die Unterzeichnung bilateraler Abkommen wie etwa das über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen oder jenes über Grenzabfertigungsstellen bzw. Gemeinschafts- und Betriebsbahnhöfe an der gemeinsamen Grenze[36] bot für die Gegner der exklusi-

[27] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 1. 12. 1959, in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 15; Kusterer, Kanzler, S. 91 f.; Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 171 f.

[28] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 2. 12. 1959, Très secret, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 663 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 550 f.; Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 172.

[29] Plenarsitzung vom 2. 12. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 669.

[30] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 10.

[31] S. Plenarsitzung vom 2. 12. 1959, in: DDF 1959, Bd. 2, S. 669; Bariéty, De Gaulle, S. 551.

[32] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Frank an Müller-Roschach, Aufzeichnung 204-82.00/94.07, 8. 2. 1960, Konzept.

[33] Ebd., von Nostitz an dens., Notiz, 1. 4. 1960, Konzept.

[34] S. AMAE, Europe, Allemagne 1956–1960, Bd. 30, Bl. 10, Seydoux an MAE, Tel. 1833/34, 5. 5. 1960, Confidentiel, Réservé.

[35] S. Kommuniqué des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen, in: Bulletin 1960, S. 738; Kommuniqué dess., in: ebd., S. 2152.

[36] S. Kommuniqués des Auswärtigen Amtes, in: ebd., S. 462 u. 1790.

ven Entente mit Frankreich keinen Anlaß zur Kritik. Anders verhielt es sich hingegen mit den im Frühsommer 1960 wieder aufgenommenen Bemühungen um eine verstärkte Rüstungszusammenarbeit, die latent auch eine gegen die beiderseitige Mitgliedschaft in der NATO gerichtete Spitze besaß[37], weil de Gaulle sie nicht auf die waffentechnische Kooperation beschränkt wissen, sondern, wie er Adenauer am Vortag des Pariser Ost-West-Gipfels am 14. 5. andeutete, auf das große Thema der europäischen Verteidigung erstreckt sehen wollte[38].

Der Kanzler war für ein solches Ansinnen sehr wohl empfänglich. Mitte Juni sprach er sich gegenüber Monnet aus Sorge um die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen nach seinem Abgang von der Bühne der Macht dafür aus, die Kooperation zwischen Bonn und Paris noch enger zu gestalten. Die von ihm erwünschte „stärkere Verflechtung" zwischen den Nachbarn war bisher auf keinen fruchtbaren Boden gestoßen. Geradezu pikiert beschwerte er sich darüber, daß de Gaulle auf seine Anregungen vom Dezember 1959 nicht reagiert habe. Konkret zielte er jetzt nicht so sehr auf die kulturelle denn die politisch-militärische Zusammenarbeit. Er dachte an die sofortige Einrichtung von deutschen Ausbildungsbasen in Frankreich, die Errichtung eines militärisch-technischen Verwaltungsrates, die gemeinsame Ausbildung französischer und deutscher Offiziere auf allen Ebenen, eine gemeinsame Politik bezüglich Afrikas, der Oder-Neiße-Linie, Algeriens und der Beziehungen zu den USA. Ja er sprach bereits von einem von den Parlamenten zu ratifizierenden deutsch-französischen „Freundschaftsvertrag (traité d'amitié et de liquidation du passé)"[39].

Wenige Wochen später schien de Gaulle ihn doch zu erhören. Am 29. 7. forderte er Adenauer bei ihrem berühmten Treffen von Rambouillet zu einer Institutionalisierung und Intensivierung ihrer „coopération régulière" auf. Obwohl er die vom Kanzler gewünschte gemeinsame Waffenproduktion bezeichnenderweise vorläufig auszuklammern gedachte, war Adenauer von seinen Gedanken so angetan, daß er im Anschluß an die von de Gaulle entwickelte Skizze einer organisierten europäischen Zusammenarbeit energisch forderte, der zwischenstaatlichen Ebene innerhalb des europäischen Rahmens einen speziellen Platz einzuräumen. Der Kanzler wünschte sich eine „coopération organisée" zwischen Deutschland und Frankreich ohne Beteiligung Englands, „car rien de bon n'en résulterait". De Gaulle stimmte zu, der bilateralen Kooperation besonderes Gewicht zu verleihen[40]. Als der General in der Schlußsitzung am 30. 7. noch einmal das Projekt der europäischen Einigung aufzeichnete, mahnte der Kanzler abermals zunächst die zweiseitige Verständigung an. De Gaulle faßte das Ergebnis dann mit den Worten zusammen, man plane eine europäische Zusammenarbeit auf der Basis der deutsch-französischen Übereinstimmung. Daneben gebe es dann die eigentlich bilaterale Kooperation, über die man Stillschweigen bewahren wolle[41].

[37] Vgl. Kap. V.3.2.

[38] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 14. 5. 1960, Très secret, in: DDF 1960, Bd. 1, S. 642; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 46.

[39] BA, NL Blankenhorn, Bd. 101, Bl. 31–35, Tb. 14. 6. 1960, im Auszug in: BDFD I, S. 809–812, hier S. 811; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 370–372, Tb. 14. 6. 1960; Marcowitz, Option, S. 51 f.

[40] Unterredung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 29. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 168–173, hier S. 170; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 566.

[41] S. Schlußsitzung zwischen de Gaulle und Adenauer vom 30. 7. 1960, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 176–

Laut Aussage des persönlichen Referenten von Adenauer, Bach, schlug de Gaulle während dieser Unterredung gar eine Zweier-Union zwischen den beiden Nachbarn mit einer Staatsangehörigkeit und drei gemeinsamen Ressorts – Außenpolitik, Verteidigung und Finanzen – vor. Der Kanzler habe diesen Plan nicht akzeptiert und seine Erwähnung im Gesprächsprotokoll nachträglich untersagt[42]. Dokumentarische Belege liegen über diese sensationelle Offerte nicht vor, und man ist geneigt, de Gaulles engem Mitarbeiter Pierre Maillard zuzustimmen, der die Existenz dieses Angebots in das Reich der Fabeln weist[43].

Ungeachtet der sich im Nachgang ergebenden tiefgreifenden Differenzen in der Europa- und NATO-Politik hielten beide Regierungen unterhalb der Ebene strategischer Entscheidungen daran fest, die politische, aber auch die militärische Zusammenarbeit weiter zu „vertiefen"[44]. Die geheimen logistischen Rahmenabkommen vom Herbst, mit denen der Bundeswehr unter anderem die ostfranzösischen Übungsplätze Mourmelon und Sissone, also die Schlachtfelder des Ersten und Zweiten Weltkriegs, geöffnet wurden, die von den militärischen Spitzen Mitte Dezember vereinbarte Einrichtung einer ständigen Kommission der Führungsstäbe der Bundeswehr und der französischen Armee oder das kurz darauf verabschiedete Abkommen über die gemeinsame Produktion eines Überschallsenkrechtstarters bildeten für die Ausbildung einer beiderseitigen Sicherheitspartnerschaft wichtige Marksteine[45]. Beide Seiten verfolgten damit nicht nur ökonomische oder sicherheitspolitische Interessen gegenüber einem gemeinsamen Gegner, sondern offensichtlich auch machtpolitische Ambitionen zur Stärkung der eigenen Position im westlichen Bündnis und verknüpften sie mit der Absicht, den Nachbarn von außenpolitischen Abenteuern abzuhalten[46].

Während die militärischen Beziehungen im Laufe des Jahres 1960 gute Fortschritte machten, gerieten die ökonomischen Kontakte in eine Flaute. Nachdem mit dem Wegfall der Überseeterritorien Marokko und Tunesien sowie dem Verlust der Saar 1959 eine neue Rechnung aufgemacht worden war, gestaltete sich die beiderseitige Handelsbilanz für Frankreich zunehmend defizitär[47]. Die Regierung hoffte darauf, die fiskalischen Schwierigkeiten mit wachsenden Agrarexporten in die Bundesrepublik beheben zu können, und konzentrierte sich dabei vornehmlich auf eine Ausweitung des Getreideabkommens vom 25. 2. 1959[48] sowie eine Erhöhung der Fleischexporte[49]. Obwohl Paris seine Forderungen zunehmend

179; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 65–67; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 569f.; ders., Präsident de Gaulle, S. 172f.

[42] Vgl. Bariéty, Rolle, S. 24; Kusterer, Kanzler, S. 139–142; Schwarz (Hg.), Adenauers Regierungsstil, S. 87f. u. 100–104; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 567f.

[43] Vgl. Bariéty, De Gaulle, S. 553f.

[44] Adenauer an de Gaulle, 8. 10. 1960, Entwurf, in: BDFD I, S. 836–839, hier S. 839.

[45] Vgl. Kap. V.3.2.

[46] Vgl. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 55, Strauß an Adenauer, Tgb. Nr. 489/61, 7. 2. 1961, VS-Vertraulich.

[47] Vgl. Aufzeichnung Lemperière, 29. 12. 1960, in: BDFD II, S. 537–546.

[48] S. deutsch-französisches Getreideabkommen, 25. 2. 1959, in: Bundesanzeiger 1959, Nr. 68; Bulletin 1959, S. 654; Vermerk Wrücks, 14. 3. 1959, in: BDFD II, S. 527f.

[49] S. Biclet an Baumgartner, Nr. 8528, 8. 11. 1960, in: ebd., S. 528–532; von Brentano an Schwarz, MB 1285/60, 29. 11. 1960, Konzept, in: ebd., S. 532f.

drängender vortrug, kam Bonn den Wünschen kaum entgegen und entfachte damit im Winter 1960 einen handfesten Streit[50].

Mit der für die Bereinigung des angesammelten Konfliktstoffes in der Europa- und Sicherheitspolitik äußerst wichtigen Begegnung zwischen Kanzler und General am 9. 2. und dem gemeinsamen Ringen um die Fortsetzung der europäischen politischen Zusammenarbeit auf der Regierungskonferenz am 10./11. 2. 1961 gewann das beiderseitige Verhältnis wieder neuen Schwung. Adenauer sprach sich jetzt ausdrücklich für eine sehr enge, dauerhafte deutsch-französische Freundschaft aus; ja er bekundete intern sogar offene Sympathie für das Nachbarland, zu dem er sich trotz geringer persönlicher Kenntnis hingezogen fühlte, ohne sich von ihm vereinnahmen zu lassen. De Gaulle, so stellte er Anfang Februar gegenüber Blankenhorn fest, dürfe aus der Bundesrepublik keinen „französischen Satellitenstaat" machen; es müsse sich vielmehr daran gewöhnen, „in uns einen gleichberechtigten und gleichverpflichteten Partner und Freund zu sehen"[51].

Es erscheint mehr als fraglich, ob sich der General jemals an diesen Gedanken gewöhnt hat. Sein Weltmachtanspruch, das ihn versinnbildlichende Streben nach einer nationalen Atomwaffe, seine sorgsam gehütete Verantwortung für Deutschland als Ganzes hoben die Grande Nation in seinen Augen markant vom ganz auf Europa fixierten, dem ABC-Waffenverzicht verpflichteten Provisorium jenseits des Rheins ab. Gleichwohl war auch ihm an einer weiteren Verstärkung der zwischenstaatlichen Beziehungen gelegen, wie ein Mitte Februar verabredetes neues Treffen mit Adenauer[52] und die am 15. 2. bekanntgegebene Einladung Bundespräsident Lübkes zu einem offiziellen Besuch Frankreichs verdeutlichten[53]. Gerade die letztere Offerte galt nicht nur im französischen Selbstverständnis als eine besondere Ehre. Weder zur Kaiserzeit noch während der Weimarer Republik hatte Frankreich eine ähnliche Geste gemacht. Eingedenk der ja keineswegs vergessenen historischen Belastungen zwischen den beiden Staaten hatten auch die Verantwortlichen der IV. und der V. Republik es bisher als „zu riskant" empfunden, die Staatsoberhäupter der Bundesrepublik, Heuss oder Lübke, zu empfangen. Und so mancher Diplomat bewertete das Verhältnis noch immer als so schwierig, daß er meinte, nur de Gaulle habe die Statur besessen, sich zu diesem Schritt durchringen zu können[54].

Vielleicht übertrug er damit aber auch nur die eigenen (Vor-)Urteile auf die Öffentlichkeit. Denn wenn sich das bilaterale Verhältnis im Frühjahr 1961 – abgesehen von den fortbestehenden unterschiedlichen Auffassungen in der Europa- und der NATO-Frage – „bestens" gestaltete, so lag das eben nicht nur daran, daß

[50] S. Wormser an van Scherpenberg, Tel. 6463/74, 8. 12. 1960, Personnelle, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 721–723; Abt. für Auswärtige Wirtschaftsbeziehungen im Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Angelegenheiten an Baumgartner, Aufzeichnung, 16. 12. 1960, in: ebd., S. 753–755; AMAE, DE-CE, Bd. 650, Seydoux an MAE, Tel. 5426, 9. 12. 1960; ebd., Bd. 653, Bl. 263–266, MAE an Bonn u. Brüssel, Tel. 6586/96 u. 730/39, 16. 12. 1960, Immédiat; ebd., Bl. 275–279, Aufzeichnung der Abt. wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten im MAE, 16. 12. 1960 (Konzept OW).

[51] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 211 f., Tb. 6. 2. 1961.

[52] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Jansen an Rom etc., Tel. AZ 2–200–80.10/22/61, 21. 2. 1961.

[53] S. Kommuniqué der Pressestelle des Bundespräsidenten, in: Bulletin 1961, S. 273.

[54] Seydoux, Erinnerungen, S. 257.

Frankreichs Haltung zur Berlin-Frage ohne Tadel war, daß die Ausbildung deutscher Einheiten in Mourmelon und Sissone, wo in den nächsten Monaten immerhin 12000 deutsche Soldaten üben sollten, weiter intensiviert wurde, daß die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Militärtransport- oder Seeaufklärungsflugzeugen, Panzern und elektronischem Kriegführungsgerät vorangetrieben oder der gemeinsame Außenhandel gesteigert werden konnte. Es lag eben auch an der vorteilhaften Entwicklung auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung und der Kultur[55]. Daß die französische Presse in ihrer Berichterstattung über den Anfang April eröffneten Eichmann-Prozeß in Jerusalem eine bemerkenswerte Objektivität an den Tag legte[56], bestätigte den „tiefe[n] Sinneswandel" des französischen Volkes gegenüber dem östlichen Nachbarn[57]. Das klägliche Scheitern der großangelegten kommunistischen Agitation gegen die Stationierung der Bundeswehreinheiten in den ostfranzösischen Gebieten[58], die während und nach dem Ersten Weltkrieg besonders deutschfeindlich eingestellt waren, mußte ebenfalls als großer Erfolg der auf Verständigung ausgerichteten französischen Politiker angesehen werden. Anders als in den frühen fünfziger Jahren beteiligten sich daran jetzt nicht nur Volksrepublikaner und Sozialisten; auch konservative und gaullistische Kräfte stellten sich in den Dienst der Entente[59] und folgen damit dem Vorbild ihres großen Führers, der sich Anfang März Adenauer gegenüber gar davon überzeugt zeigte, „qu'il s'agit, pour nous deux, de faire en sorte que l'Allemagne et la France unissent désormais leur puissance à mesure qu'elles la recouvrent"[60].

„Que l'Allemagne et la France unissent désormais leur puissance"

De Gaulles Wunsch wurde von Adenauer uneingeschränkt erwidert. Beide Regierungen strebten nun eine von den persönlichen Freundschaften der Staatenlenker unabhängige Zusammenarbeit an, die für sie auch die Funktion eines Sicherungsnetzes für den Fall eines Fehlschlags der von ihnen ins Visier genommenen europäischen Politischen Union annahm. Als sich die beiden Staatsmänner am 20. 5. in Adenauers Privathaus in Rhöndorf trafen, machte der Hausherr keinen Hehl aus seiner Abneigung, das Tempo des Zuges in den Verhandlungen über die Politische Union durch den langsamsten Wagen bestimmen lassen zu wollen. Man müsse mit der Organisation Europas halt anfangen und schauen, wer zur Mitarbeit bereit sei. De Gaulle ging auf diesen Gedanken in der Plenarsitzung am Nachmittag ein und benutzte dabei sicherlich mit Bedacht den Begriff „entente". Insgesamt zeichnete sich deutlich die Linie ab, daß im Fall des Scheiterns der Pläne zur politischen Or-

[55] BA, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 42–44, Tb. 22. 2. 1961; zur deutsch-französischen Rüstungskooperation s.a. AdG 1961, S. 9091C.

[56] Zur französischen Berichterstattung über den am 11. 4. 1961 begonnenen Prozeß gegen den SS-Obersturmbannführer Eichmann in Jerusalem vgl. „Le Monde", 12. 4. 1961; zum Prozeßverlauf vgl. Less (Hg.), Schuldig; von Lang (Hg.), Eichmann-Protokoll.

[57] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Mertes an Lübke, Aufzeichnung, 30. 5. 1961.

[58] Vgl. Erklärung des Stellvertretenden Außenministers der DDR, Winzer, vom 27. 10. 1960, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 5, S. 459f.; Dejean an Couve de Murville, Tel. 4561/69, 7. 11. 1960, Réservé, Sans diffusion, in: DDF 1960, Bd. 2, S. 573f.; ACDP, NL von Eckardt, I-010–006/4, Aufzeichnung des Referats 204 im AA, 204–82.00/94.07/265/61, April 1961, VS-Vertraulich.

[59] Vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Mertes an Lübke, Aufzeichnung, 30. 5. 1961.

[60] De Gaulle an Adenauer, 9. 3. 1961, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 54f., hier S. 55.

ganisation Europas die Kooperation zu zweit angegangen würde[61]. Bonn und Paris taten damit einen weiteren „sehr erheblichen Schritt aufeinander zu"[62]. „Die Bereitschaft des französischen Volkes zur Zusammenarbeit mit Deutschland", hieß es in einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes Anfang Juni, „ist niemals in der Geschichte der beiden Länder so groß gewesen, wie dies z. Zt. der Fall ist". Es bestand dennoch kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Da die außenpolitischen Interessen der Nachbarn keineswegs identisch waren, bedurfte das beiderseitige Verhältnis stetiger Fürsorge. Und auch das Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals mußte in der öffentlichen Meinung noch fester verankert werden[63].

Daß die Schatten der Vergangenheit noch nicht völlig verschwunden waren, verdeutlichten auch die Schwierigkeiten bei der Festlegung des Termins für den Lübke-Besuch. Mitte März hatte de Gaulle das ursprünglich vorgesehene Datum des 28. 6. auf den 21. 6. vorgezogen, weil der Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages seiner Meinung nach in der Bundesrepublik Reminiszenzen aufwecken konnte[64]. Nachdem sich beide Seite schließlich auf den 20. 6. als Ankunftstag verständigt hatten, widmete der General dem Ablauf der Visite mit protokollarischer Sorgfalt, politischer Umsicht und menschlichem Takt ganz besondere Aufmerksamkeit, um ihn bewußt aus der protokollarischen Routine herauszuheben[65]. Lübke, der sich auf diesen seit Jahrhunderten ersten amtlichen und freundschaftlichen Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes an der Seine ebenfalls mit großem Eifer vorbereitete und sogar Französischunterricht nahm[66], zeigte sich im Vorfeld dennoch sehr skeptisch über den Ausgang der Reise. Obwohl Blankenhorn sich nach Kräften darum bemühte, ihn davon zu überzeugen, daß der General die Visite zu einem spektakulären Erfolg zu machen gedachte, fiel es dem Bundespräsidenten sichtlich schwer, sich auf diesen Neuanfang in den deutsch-französischen Beziehungen einzulassen. „Falsche Geschichtsvorstellungen, unnötige Ressentiments, Festklammern an Vorstellungen über Größe und Bedeutung vergangener historischer Vorgänge" versperrten ihm offenbar die Einsicht, daß es in Paris nicht auf grundsätzliche politische Erklärungen oder gar Aktionen, sondern „auf natürliches, selbstverständliches menschliches Auftreten" ankam. Zu allem Überfluß brachte das Protokoll des Quai d'Orsay das Bundespräsidialamt auch noch dadurch in Verlegenheit, daß es für das von Lübke zu gebende große Abendessen deutsche Spezialitäten forderte. Die Auswahl fiel schwer und dann beim französischen Koch des Quai d'Orsay glatt durch, weil der sich weigerte, Rehrücken zuzubereiten. So entschied man sich für ein französisches

[61] Unterredung zwischen dens. vom 20. 5. 1961, Très secret, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 618–624, hier S. 620; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 103–111; Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 173; vgl. Kap. V.2.3 u. V.3.3.

[62] BA, NL Blankenhorn, Bd. 113, Bl. 124–129, Tb. 24. 5. 1961, im Auszug in: BDFD I, S. 850–853, hier S. 851; s.a. die gekürzte Fassung in: Blankenhorn, Verständnis, S. 404 f.

[63] ACDP, Materialien zur Außenpolitik, VIII-001–052/2, Aufzeichnung 204–82.00/94.07/1164/61, 2. 6. 1961, VS-NfD.

[64] S. PA, Botschaft Paris, Bd. 5243, Knoke an AA, Tel. 249, 13. 3. 1961, Geheim, Citissime mit Vorrang; ebd., Braun an Paris, Tel. 8973, 14. 3. 1961, Geheim.

[65] Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 406, Tb. 23. 6. 1961.

[66] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 258 f.

Diner, dem zwar die deutsche Geschmacksnote fehlte, das aber den Verantwortlichen die Gewißheit gab, niemandem den Magen zu verderben[67].

Bei strahlendem Sommerwetter kam Lübke am 20. 6. in Begleitung von Brentanos und von Eckardts an die Seine[68]. Schon mit dem Willkommensgruß auf dem Flughafen Orly setzte sein Gastgeber ein Zeichen, rühmte die außergewöhnliche, aber auch notwendige Wandlung der beiderseitigen Beziehungen und sah wieder einmal wie schon 1934 in seinem Werk „Vers l'Armée de Métier" oder 1958 in seiner Instruktion an Seydoux die Zeit gekommen, daß beide Staaten gemeinsam zum Wohle der Menschheit viele und große Dinge bewältigten[69]. Anläßlich einer Tischrede im Elysée sprach der Präsident tags darauf gar davon, er werde von einem gewissen Schwindel befallen, wenn er die Kluft zwischen dem einstigen und jetzigen Verhältnis der Nachbarn ermesse[70]. Lübke spielte diesen Ball zurück und durchmaß bei einem Empfang im Pariser Rathaus die Tiefe der erreichten Versöhnung, die eben nicht nur zwei Volkswirtschaften zu Partnern, zwei Armeen zu Verbündeten, sondern eben auch zwei Völker zu Freunden habe werden lassen[71]. Leitmotivartig betonten die beiden Präsidenten in ihren Unterredungen und Ansprachen immer wieder die verbindenden Elemente zwischen Deutschen und Franzosen: die Erkenntnis von der Schicksalsgemeinschaft der freien europäischen Völker angesichts äußerer Bedrohung, das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Kultur, die politische und soziale Notwendigkeit einer eng verflochtenen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Nicht unerwähnt blieb der deutsch-französische Gegensatz früherer Jahre, wobei der Blick in die Vergangenheit aber sogleich eine Wendung in die Gegenwart erhielt, indem de Gaulle und Lübke die Verurteilung totalitärer Herrschaft zum Anlaß nahmen, den Primat der Menschenwürde als Fundament der Politik ihrer Völker herauszukehren[72]. Einen gewissen Höhepunkt erreichten die Lobeshymnen, als der General in einer feierlichen Rede im Elysée das deutsche Volk ostentativ von der verbrecherischen Politik des NS-Regimes unterschied und die soldatischen und moralischen Leistungen der Deutschen ehrend hervorhob[73].

Lübke machte mit seinem bescheidenen Auftreten einen guten Eindruck, wobei der ruhige Einfluß seiner als „liebenswürdig, kultiviert und polyglott"[74] geschätzten Frau nicht unwesentlich zum Erfolg des Besuches beitrug[75]. Daß die Visite reibungslos verlief und in der französischen Öffentlichkeit so freundlich aufgenommen wurde, war aber nicht nur der zurückhaltenden und würdigen Haltung des

[67] BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 158f., Tb. 14. 6. 1961.
[68] Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 406, Tb. 23. 6. 1961; AdG 1961, S. 9175A.
[69] S. Ansprache de Gaulles zur Begrüßung Lübkes, 20. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 324; vgl. Kap. V.1.1.
[70] S. Tischrede dess. im Elysée, 21. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 325.
[71] S. Ansprache Lübkes im Pariser Rathaus, 21. 6. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1101f.
[72] S. Unterredung zwischen de Gaulle und dems. vom 20. 6. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 928f.; Plenarsitzung vom 20. 6. 1961, in: ebd., S. 930–932; Unterredung zwischen dens. vom 21. 6. 1961, in: ebd., S. 932f.; Ansprachen und Toasts ders. vom 20. u. 21. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 324–327; Bulletin 1961, S. 1085–1087, 1101f. u. 1121.
[73] S. Tischrede de Gaulles vom 20. 6. 1961, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 326.
[74] Seydoux, Erinnerungen, S. 258.
[75] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 407, Tb. 23. 6. 1961; Blankenhorn an AA, Pol 001–83.00/2952/61, 27. 6. 1961, Konzept, in: BDFD I, S. 859.

deutschen Präsidentenehepaares zu verdanken, sondern gewiß auch ein Verdienst des französischen Gastgebers, der dank seiner „warmherzigen Haltung" ein Gutteil vorhandener Ressentiments auszuräumen wußte[76]. Mitunter trug bereits die geschickte Regie de Gaulles dazu bei, derartige Animositäten schon im Keim zu ersticken. Um jeden Anlaß zu Agitationen durch deutsch-feindliche Kräfte von vornherein auszuschalten, wich er in protokollarischen Details vom sonst Üblichen durchaus ab. So wurde die Kranzniederlegung am Grab des Unbekannten Soldaten besonders schlicht gehalten[77] und Lübkes Wunsch zu einem Abstecher nach Versailles als inopportun verworfen[78]. Der Erfolg gab dem General recht. Denn daß es zu keiner Störung des Besuchs kam und niemand wagte, eine der zahlreichen deutschen Flaggen zu beschädigen, durfte als „gelungene Probe für die Popularität deutsch-französischer Zusammenarbeit" gewertet werden[79]. Da die Medien die Haltung des Bundespräsidenten während der nationalsozialistischen Herrschaft positiv herausstellten[80], bot seine Person keine Angriffsflächen. Überschwengliche Jubelstürme gab es freilich nicht, konnten auch nicht erwartet werden. Lübke war von der Pariser Öffentlichkeit und ihrem Interesse an seinem Aufenthalt[81] dennoch so angetan, daß er sie unmittelbar nach seiner Rückkehr öffentlich würdigte[82].

Der Blick auf die zukünftigen Aufgaben und Gefahren beherrschte nicht nur die amtlichen Verlautbarungen beider Präsidenten, sondern auch die meisten Kommentare der französischen und deutschen Presse. Für viele Blätter bildete dieser „historische" Besuch[83] geradezu „un symbole" für die in gut zehn Jahren mühsam errungenen Ergebnisse der Versöhnung, die keineswegs auf die Ebene der Staatenlenker beschränkt geblieben, sondern tief ins Leben beider Völker verankert waren[84]. Diesem Urteil schloß sich die deutsche und französische Diplomatie dezidiert an. Bonn sah den Aufenthalt Lübkes nicht nur als „krönenden Abschluß der seit 1948 sorgsam entwickelten und ununterbrochen gewachsenen Verständigung", sondern auch als „Ausgangspunkt für eine weitere Festigung und Vertiefung des engen deutsch-französischen Zusammenwirkens", ja als „Markstein in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen"[85]. Paris stimmte in diesen Tenor – wenn auch weniger euphorisch – durchaus ein und bewertete den Besuch als „vollen Erfolg" und „sehr wichtigen Impuls für die weitere deutsch-französische Zusammenarbeit"[86].

Noch dachten die politischen Führungen dies- und jenseits des Rheins dabei nicht an ein exklusives Bündnis. Noch fuhren sie doppelgleisig auf die Fortfüh-

[76] PA, Botschaft Paris, Bd. 5243, ders. an dass., FS Nr. 707, 26. 6. 1961, Citissime.
[77] S. Blankenhorn an AA, Pol 001–83.00/2952/61, 27. 6. 1961, Konzept, in: BDFD I, S. 858.
[78] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 259.
[79] Blankenhorn an AA, Pol 001–83.00/2952/61, 27. 6. 1961, Konzept, in: BDFD I, S. 858.
[80] Vgl. „Neue Tagespost", 20. 6. 1961; „L'Aurore", 21. 6. 1961; „L'Humanité", 22. 6. 1961.
[81] S. Blankenhorn an AA, Pol 001–83.00/2952/61, 27. 6. 1961, Konzept, in: BDFD I, S. 859.
[82] S. Erklärung Lübkes, 23. 6. 1961, in: AdG 1961, S. 9176.
[83] Artikel Wesemann, in: „Frankfurter Rundschau", 20. 6. 1961.
[84] Artikel Peyret, in: „L'Economie", 22. 6. 1961, im Auszug auch in: BDFD III, S. 597f., hier S. 597.
[85] Blankenhorn an AA, Pol 001–83.00/2952/61, 27. 6. 1961, Konzept, in: BDFD I, S. 857–860, hier S. 857; vgl. Lübke an de Gaulle, Tel., 23. 6. 1961, in: Bulletin 1961, S. 1101; de Gaulle an Lübke, Tel. (Übersetzung), in: ebd., S. 1109.
[86] BA, NL Blankenhorn, Bd. 114, Bl. 53–57, Blankenhorn an von Brentano, 26. 6. 1961, Persönlich, Geheim; vgl. de La Tournelle an Couve de Murville, Nr. 136/EU, 27. 6. 1961, in: DDF 1961, Bd. 1, S. 964.

rung der europäischen Integration *und* den Ausbau der bilateralen Kooperation zu. Die Erfolge ließen auf der zwischenstaatlichen Ebene bisweilen zu wünschen übrig. Erhebliche Defizite machten sich z. B. in den Kulturbeziehungen bemerkbar, die eindeutig hinter den Ergebnissen der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit herhinkten, weil die Bundesrepublik in diesem Bereich finanziell wie personell viel zu wenig tat[87]. Von dem im Kulturabkommen 1954 beschlossenen kulturpolitischen Gleichgewicht konnte keine Rede sein. Wie ein negatives Symbol wirkte das Goethehaus an der Avenue d'Jéna in Paris, das nach der Rückgabe an die Bundesregierung 1957 zunächst lange Jahre nicht benutzbar und dann für die Erfordernisse viel zu klein war. Da ein geplanter Neubau auf sich warten ließ[88], wurde im Frühjahr 1962 in aller Stille eine kleine Dépendance im Quartier Latin in Betrieb genommen, und dieser bescheidene Rahmen spiegelte die Maxime bundesdeutscher Kulturpolitik in Frankreich bemerkenswert genau wider. Dazu paßte denn auch, daß den 21 französischen Kulturinstituten und -zentren in der Bundesrepublik im Mai 1962 drei deutsche in Paris, Lille und Marseille gegenüberstanden[89] – trotz des seit Jahren artikulierten französischen Wunsches nach einer stärkeren deutschen Präsenz[90]. Daß die Französische Botschaft in Bonn allein in der Kulturabteilung Mitte 1961 25 Personen beschäftigte, während die Deutsche Botschaft in Paris gerade einmal sieben Mitarbeiter im Kulturreferat besaß, sprach ebenfalls für sich[91]. Blankenhorn hielt die deutsche Zurückhaltung nicht nur nicht für gerechtfertigt, sondern für gefährlich. Denn die Fundamente der beiderseitigen Versöhnung wirkten noch immer recht instabil. Auch geringfügige Anlässe reichten bisweilen aus, um in Frankreich Mißtrauen, Zweifel und Ressentiments zu wecken. Ganz im Sinne seines Vorvorgängers Hausenstein drängte der Botschafter seit Herbst 1961 mit lebhafter Unterstützung des französischen Außenministers auf die Forcierung des Kulturaustausches durch den Ausbau der Kulturinstitute sowie die Verstärkung der konsularischen Vertretungen[92].

„Un véritable accord franco-allemand"

Nicht nur die staatlich geförderten Kulturbeziehungen, auch die Rüstungszusammenarbeit kochte auf Sparflamme. Ob es sich um den seit 1958 in der Diskussion befindlichen Bau eines 30-Tonnen-Panzers oder den Kauf eines französischen Hubschraubers handelte, zu definitiven Abschlüssen war es bisher nicht gekommen. Höchst enttäuschend verliefen – zumindest für den Bundesverteidigungsminister – auch seine wiederholten Versuche, die Franzosen zu einer Zusammenarbeit im Nuklearwaffenbereich zu bewegen[93]. Als Strauß seinem französischen

[87] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 122b, Bl. 128–132, Tb. 7. 11. 1961.
[88] Vgl. Artikel Rosenberg, in: Wochenbeilage zur „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", 29. 4. 1961.
[89] Vgl. Artikel Bökenkamp, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16. 5. 1962.
[90] Vgl. PA, NL Hausenstein, Bd. 22, Bl. 98–101, Mühlenhöver an Paris, Vermerk 600–80 SL/1–94.07, 1. 12. 1960.
[91] S. ebd., Bl. 107–110, Knoke an AA, Ku 600–80.40/8081/61, 7. 3. 1961, Konzept.
[92] S. ebd., Bl. 125 f., Blankenhorn an GK Marseille etc., Ku 600–80.40, 11. 10. 1961; ebd., Bl. 143–147, Vermerk dess., 11. 1. 1962; ebd., Bl. 149–151, Hoppe an Blankenhorn, Vermerk Ku 600–80.30, 28. 5. 1962; BA, NL Blankenhorn, Bd. 128b, Bl. 77 f., Tb. 7. 2. 1962; Blankenhorn, Verständnis, S. 422 f., Tb. 10. 1. 1962.
[93] S. Kap. V.3.3.

Kollegen Messmer am 23. 1. 1962 gar in erpresserischer Manier mit einer Fundamentalrevision deutscher Außenpolitik in der Ära nach Adenauer drohte[94] und de Gaulle kurz darauf mit seinem revidierten Fouchet-Plan Schiffbruch erlitt[95], reagierte der General Mitte Februar mit dem vorsichtig formulierten Angebot an den Kanzler, sich fortan stärker auf die bilateralen Gemeinsamkeiten zu konzentrieren. „Il manque incontestablement quelque chose dans la politique du monde d'aujourd'hui: un véritable accord franco-allemand". Da man sich damit von der seit Jahren verfolgten europäischen Linie löste, schränkte Adenauer den „accord" trotz seiner grundsätzlich positiven Antwort auf „certains problèmes" und die Zielsetzung ein, Einfluß auf Moskau, Washington und London nehmen zu können. Der General pflichtete dem bei und fügte rasch zur Beruhigung des Kanzlers hinzu, es gehe ihm nicht um die Abkoppelung von den USA, die man natürlich als Verbündeten brauche[96].

Eine „Weichenstellung"[97] zum Elysée-Vertrag war dies noch nicht. Aber der Gedanke des bilateralen Zusammengehens gewann in den Köpfen beider Staatsmänner zunehmend klarere Konturen, um nach dem definitiven Fehlschlag der Fouchet-Pläne auf der EWG-Außenministertagung im April bei ihnen konkrete Gestalt anzunehmen. Unmittelbar nach dieser Pleite lud der französische Staatspräsident den Kanzler zu einer offiziellen Visite nach Frankreich ein und kündigte zugleich einen offiziellen Gegenbesuch für den September an[98]. Wenngleich er in diesen Tagen dem englischen Premierminister dieselbe Offerte machte[99], war seine Absicht, „das deutsch-französische Verhältnis nun bilateral in den Vordergrund zu stellen, [...] eindeutig"[100]. Beinahe wie ein Fanal wirkte seine Mitte April vollzogene Entscheidung, seinen Botschafter in Bonn, François Seydoux, Anfang Juli durch den Botschafter in Madrid, Roland de Margerie, zu ersetzen. De Gaulle kannte de Margerie seit dem Zweiten Weltkrieg, als er selbst Staatssekretär im Kriegsministerium, de Margerie Kabinettschef Paul Reynauds gewesen war. Zwar hatte der Berufsdiplomat stets eine gewisse Distanz zum General gehalten und sich ihm weder nach dem Waffenstillstand noch später angeschlossen. Dennoch schätzte de Gaulle ihn und fürchtete jetzt offenbar, daß der mittlerweile Dreiundsiebzigjährige aus dem Amt scheiden könne. Um das zu verhindern und diese „personnage le plus marquant et le plus controversé de la ‚carrière'" an sich zu binden, übertrug er ihm den herausgehobenen Posten als Vertreter Frankreichs in der Bundesrepublik[101]. Am Rhein wurde de Margeries „Deutschland gegenüber besonders aufgeschlossene Haltung" gerühmt[102], aber es war gewiß auch nicht in

[94] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Messmer und Strauß vom 23. 1. 1962, Très secret; vgl. Kap. V.3.3.
[95] S. Kap. V.2.3.
[96] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 15. 2. 1962, Secret, in: DDF 1962, Bd. 2, S. 157–162, hier S. 161 u. 162; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 140f.
[97] Köhler, Adenauer, S. 1186.
[98] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 426f., Tb. 18. 4. 1962; de Gaulle an Adenauer, 26. 4. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 234f.
[99] S. ders. an Macmillan, 19. 4. 1962, in: ebd., S. 233.
[100] Blankenhorn, Verständnis, S. 426f., Tb. 18. 4. 1962.
[101] Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 291; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 287f.
[102] PA, Abt. 2, Bd. 283, Bl. 560, Hausenstein an AA, 205–00 I Nr. 4078/54, 12. 10. 1954.

Vergessenheit geraten, daß er es im Herbst 1955 abgelehnt hatte, als Nachfolger von François-Poncet an den Rhein zu wechseln[103].

„Einsam in seiner Macht"[104], nahm Adenauer das Angebot zur Tour de France mit großer Freude an, setzte allerdings noch immer nicht auf eine Zweierallianz. Noch besaß er ein Fünkchen Hoffnung, die Politische Union mit Italien und Luxemburg bauen zu können[105]. Anfang Mai schlug er als Termin seiner Reise die erste Juliwoche vor. Um „die wachsende Verbundenheit unserer beiden Völker" hervorzuheben, stimmte er außerdem sofort der Anregung de Gaulles zu, den Aufenthalt in Paris mit einer Fahrt in die Provinz zu verbinden[106].

Hatte de Gaulle sich bei seinem Vorstoß im Februar noch ausdrücklich auf die Freundschaft zu den USA berufen, so besaß dieses Besuchsprojekt für ihn wie für Adenauer eine klare antiamerikanische Spitze. Anders als Außenminister Schröder, der zu engerem Einvernehmen mit der westlichen Vormacht mahnte, tadelte der Kanzler deren Außenpolitik vor dem Hintergrund der wachsenden Irritationen in der Berlin-Frage inhaltlich wie methodisch und zog den Schluß: „Das Verhältnis zwischen USA und Frankreich verschlechtert sich immer mehr und damit auch das Verhältnis zwischen uns und den Vereinigten Staaten"[107]. Je zerrütteter sich das Verhältnis zu den USA gestaltete, desto wichtiger wurde für den deutschen Regierungschef der Faktor Frankreich. Anfang Mai kalkulierte er erstmals ein, „mit den Amerikanern einige Jahre in Spannung zu leben" und verstärkt „auf das deutsch-französische und das europäische Pferd setzen" zu müssen[108]. Daß diese Hinwendung keineswegs nur der Sorge vor amerikanischer Unzuverlässigkeit entsprang, sondern auch der Ungewißheit gegenüber der zukünftigen Politik Frankreichs, verdeutlicht ein langen Monolog, den Adenauer in diesen Tagen vor der Spitze des Auswärtigen Amtes in seinem Urlaubsort Cadenabbia hielt. Anläßlich einer außenpolitischen Tour d'horizon erinnerte er an die französisch-russische Allianz von 1892 und zog dann die Schlußfolgerung, „wir müßten uns voll an Frankreich anschließen, damit diese [sic!] sich nicht von uns abwende". Schröder ließ diese These nicht gelten, weil sie seiner Meinung nach weder der Bedeutung der Beziehungen zu den USA noch zur Sechsergemeinschaft Rechnung trug. Und auch Staatssekretär Lahr hielt des Kanzlers Argumente für falsch. Widerspruch aber war das Letzte, was Adenauer hören wollte. Wütend verließ er den Salon in der Villa Collina und blieb für eine Stunde unsichtbar[109].

Die Kritik seiner Berater änderte nichts an seiner politisch-historischen Analyse. Wenn Deutsche und Franzosen eng aneinander gebunden seien, so unterstrich Adenauer Anfang Juni gegenüber Paul Reynaud, könne Frankreich nicht mit Rußland liebäugeln[110]. Im Teegespräch redete er am 8. 6. ungeniert einer

[103] Vgl. Kap. IV.1.2.
[104] Seydoux, Erinnerungen, S. 288.
[105] Vgl. Kap. V.2.3.
[106] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 2. 5. 1962, Geheim; vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 260, ders. an dens., o.D., Entwurf.
[107] Aufzeichnung dess., 24. 4. 1962, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 640f., hier S. 641; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 746f.
[108] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 111, Tb. 8. 5. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 747.
[109] Lahr an seine Schwester, 8. 5. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 360f., hier S. 360; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 112, Tb. 8. 5. 1962.
[110] S. ebd., S. 126f., Tb. 9. 6. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 751–753.

„Achse Bonn-Paris" das Wort; sie sei notwendig, um zu verhindern, daß nach dem Abgang des leitenden Staatsmanns an der Seine eine eventuell eher linksgerichtete Regierung mit der Sowjetunion paktiere[111]. Glaubte er wirklich, was er sagte? Oder beschwor er nur deshalb die Gefahr der russisch-französischen Allianz, damit er ein deutsch-französisches Bündnis legitimieren konnte? Ohne die Instrumentalisierung geschichtsmächtiger Bilder durch Adenauer völlig negieren zu wollen – der 1876 geborene alte Herr war viel zu sehr historischen Traditionen verhaftet, von der Offenheit der Geschichte überzeugt, aber auch aktuellen Verbündeten viel zu mißtrauisch gegenüber, als daß er ein Renversement des alliances völlig ausgeschlossen hätte. Wie sollte ein Politiker, der selbst den Koalitionswechsel in sein Kalkül – wen auch nur als Reservatio mentalis – miteinbezieht, seine Partner auf ewig als bündnistreu einschätzen?

Indem Adenauer nun die langjährig gehaltene außenpolitische Linie des Ausgleichs zwischen den Westmächten zugunsten einer „ziemlich ungeschützten Option für einen deutsch-französischen Zweibund"[112] verließ, stieß er im Innern Deutschlands allenthalben auf harten Widerstand. Der SPD paßte es nicht, daß de Gaulle eine Hegemonialstellung auf dem Kontinent anstrebte und als Sprecher des freien Europa im Kreis der Weltmächte aufzutreten gedachte[113]. Für die FDP hatte Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf dem Bundesparteitag seiner Partei Ende Mai bereits die Regierungen in Bonn und Paris vor einer „Allianz der Isolierten" gewarnt, „in der die Bundesrepublik nur eine Satellitenrolle spielen würde". Im Namen seiner Partei forderte er ein „Europa der Vaterländer", von dem de Gaulle sich gerade distanzierte hatte[114].

Auch im Kreis seiner Vertrauten fand der Kanzler mit seinem Kurs kaum Zustimmung. Blankenhorn registrierte Mitte Juni bei einem Aufenthalt in Bonn „sehr groß[e]" Besorgnisse über den Schwenk Adenauers. In einem persönlichen Gespräch mit ihm warnte der Botschafter den Kanzler ausdrücklich vor dem Versuch des Generals, ihn zu einer „Allianz zu dritt oder zu gar zu zweit zu gewinnen". Diese Politik widersprach seiner Meinung nach nicht nur der bisherigen deutschen Außenpolitik, sie spaltete auch Westeuropa in zwei Gruppen. Notwendig sei jetzt vielmehr, den im April abgerissenen Faden wieder aufzunehmen und die politische Konstruktion Europas zu sechst voranzutreiben. Doch Adenauer ließ sich nicht überzeugen. Sein Mißtrauen gegenüber der Deutschlandpolitik der USA, seine Bedenken gegenüber einem englischen EWG-Beitritt, seine „Furcht vor einem Vakuum in Europa" waren zu groß. Auf Blankenhorn wirkten die Argumente des Kanzlers nicht eben überzeugend. Sehr alt schien Adenauer geworden zu sein und kaum noch in der Lage, die Konsequenzen seiner Politik voll zu überblicken[115].

[111] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 199, Informationsgespräch, 8. 6. 1962, Streng vertraulich.
[112] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 710; s.a. ebd., S. 720f.
[113] Vgl. Marcowitz, Option, S. 93.
[114] Rede Scheels auf dem Bundesparteitag der FDP vom 23.–25. 5. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 673–677, hier S. 674 u. 673; Kap. V.2.3.
[115] Tb. Blankenhorn, 13. 6. 1962, in: BDFD I, S. 905f., hier S. 905 u. 906; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 127f., Tb. 14. 6. 1962; Seydoux, Erinnerungen, S. 292; Köhler, Adenauer, S. 1190f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 753 u. 756.

Gewiß war Adenauer nicht frei von einer fast sentimentalen Beweihräucherung des in den Beziehungen zu Frankreich nach dem Krieg Erreichten[116]. Die Hinwendung zum westlichen Nachbarn war aber nicht das Produkt von Rührseligkeit eines senilen Mannes, sondern der Angst: der Angst vor der Schutzlosigkeit als nuklearer Habenichts, der Angst, den einzig wahren Bundesgenossen verlieren zu können, der Angst vor der von ihm niemals ganz ausgeschlossenen französisch-russischen Allianz!

Freilich mußte er sich fühlen wie ein einsamer Rufer in der Wüste, stand er mit seiner Sicht der Dinge in diesen Wochen doch ziemlich isoliert dar. Für die Presse darf wohl als meinungsführend betrachtet werden, was die „Augsburger Allgemeine" in die Worte kleidete: „nicht das gute deutsch-französische Verhältnis steht [...] heute zur Debatte, sondern die Ziele, für die Frankreichs Staatschef de Gaulle dieses Verhältnis einspannen möchte."[117] In der classe politique überwogen ähnlich kritische Töne. Der ehemalige Außenminister von Brentano sprach sich Mitte Juni öffentlich entschieden gegen die Umsetzung des Fouchet-Plans im kleinen Kreis, für die Fortentwicklung der Sechsergemeinschaft und die Aufnahme Großbritanniens in die EWG aus[118]. Für den jetzigen Fraktionsvorsitzenden der Union konnte die deutsch-französische Zusammenarbeit wohl die Grundlage, aber nicht das Ziel der deutschen Europapolitik sein. Nichts, so warnte er den Kanzler am 22. 6. postalisch, dürfe unternommen werden, was die organische Entwicklung der Sechs störe. In höchstmoderner Terminologie schwebten ihm zwei „konzentrische Kreise" vor, ein innerer des wirtschaftlich wie politisch geeinten Europa der Sieben, und ein äußerer jener Staaten, mit denen die Gemeinschaft bilaterale Verträge abschließen könne[119]. Eine Resolution von Jean Monnets „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", an der von Brentano mitgewirkt hatte, faßte diese Vorstellungen pragmatisch zusammen[120]. Außenminister Schröder sekundierte von Brentano auf einem Treffen deutscher und französischer katholischer Publizisten[121], nahm aber insgesamt die verlassene Position des Ausgleichs ein. Dezidiert probritisch und transatlantisch agitierte hingegen Ludwig Erhard[122]. Selbst Krone und Globke rieten dem Kanzler zur Zurückhaltung gegenüber de Gaulle[123]. Das Auswärtige Amt bemühte sich ebenfalls, den Kanzler von einem zu engen Zusammengehen mit Frankreich abzubringen[124]. Sogar ein so klarer Verfechter der deutsch-französischen Entente wie Jansen sprach sich dafür aus, die Briten möglichst bald in die EWG und die Politische Union aufzunehmen, damit der potentielle Nachfolger Adenauers ein be-

[116] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 128, Tb. 14. 6. 1962.
[117] Artikel Holland, in: „Augsburger Allgemeine", 14. 6. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 683 f., hier S. 683.
[118] Vgl. AdG 1962, S. 9936C.
[119] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 142–147, von Brentano an Adenauer, 22. 6. 1962.
[120] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 83 f.; Erklärung des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa", 26. 6. 1962, in: EA 1962, S. D348-D350; Roussel, Jean Monnet, S. 741 f.
[121] Vgl. AdG 1962, S. 9936C; s.a. Seydoux, Erinnerungen, S. 291.
[122] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 721.
[123] Vgl. ebd., S. 751.
[124] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 130; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 756.

stelltes Gelände vorfände und die bisherige Europapolitik nicht durch „Fehlentwicklungen" in Frage gestellt würde[125].

In der deutschen Außenpolitik entbrannte ein regelrechter Streit um die Meinungsführerschaft. Es verging beinahe kein Tag, an dem die Spitzen der Regierung nicht ihre unterschiedliche Sicht zum Thema Frankreich, England und Europa der Presse vorführten. Am 18. 6., 25. 6. und 28. 6. breitete Adenauer, der sich durch Kennedys Drohungen im „Hähnchen-Krieg" mit der EWG[126] in seiner anti-amerikanischen Stimmung bestätigt sah, seine Pläne wieder einmal im Teegespräch aus, wobei er ihnen jetzt auch eine nuklearpolitische Komponente beigab. Da Deutschland „nicht beliebt" war in der Welt, schätzte der Kanzler es zwar als töricht ein, jetzt Atomwaffen zu verlangen. „Aber man muß wirklich mal die Entwicklung abwarten"[127]. Schröder replizierte am 23. 6. im „Hessischen Rundfunk"[128] und am 27. 6. in einer Fragestunde des Bundestages mit distanzierenden Ausführungen zur engeren Zusammenarbeit der drei großen kontinentalen Staaten[129]. Die Opposition frohlockte, sie könne die Regierung zu einer klaren außenpolitischen Kursbestimmung zwingen und die außenpolitische Prärogative des Kanzlers beschneiden[130]. Mit Unbehagen registrierte Adenauer die Anzeichen einer gegen ihn gerichteten europapolitischen großen Koalition, blieb aber unbeirrt auf seiner Linie: aus Mißtrauen gegenüber den USA und England, wegen seiner nicht versiegenden Furcht vor einer Hinwendung Frankreichs nach Osten, aber eben auch in der Hoffnung auf Mitsprache in der Bündnis- und Weltpolitik durch Anlehnung an den atomar gerüsteten westlichen Anrainer[131].

De Gaulle stimmte in die von Adenauer intonierte Melodie mit kräftiger Stimme ein. Im Gespräch mit Seydoux bediente er sich zur Begründung einer Sprache, die der Adenauers sehr ähnlich war: Die Verständigung beider Staaten müsse so fest verankert sein, „daß niemand auf den Gedanken käme, das eine Land gegen das andere auszuspielen"[132]. Wie umsichtig der General sein Volk auf den neuen Kurs präparierte, verdeutlichte sein „gemessene[s]" Auftreten am 19. 5. in Oradour-sur-Glane. Indem er gerade jetzt, wenige Wochen vor der Ankunft des Kanzlers in Paris, einen Ort der größten nationalsozialistischen Greueltaten auf französischem Boden aufsuchte, sandte er ein untrügliches Signal nach Bonn, daß auch dieses verwüstete und von ihm 1945 zu einer nationalen Gedenkstätte bestimmte Dorf kein belastendes Mahnmal mehr darstellte. Ohne französische Gefühle zu verletzten, verzichtete er auf jede Betonung der moralischen Verantwortung der Deutschen, wiederholte seine aus dem Zweiten Weltkrieg bekannte Deutung des Nationalsozialismus als spezifische Krise der modernen europäischen Zivilisationsgeschichte und zog „einen Schlußstrich unter dieses düstere

[125] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Jansen an Krone, 19. 6. 1962, Konzept.
[126] Zum „Chicken War" zwischen der EWG und den USA über die Einfuhr gefrorener Hähnchen nach Europa vgl. Borden, Defending Hegemony, S. 79f.; Winand, Eisenhower, S. 299–302.
[127] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 215, Kanzler-Tee, 18. 6. 1962, Streng vertraulich; s.a. ebd., S. 220–232, Informationsgespräch, 28. 6. 1962, Streng vertraulich; ACDP, NL von Eckardt, I-010-002/2, Informationsgespräch, 25. 6. 1962, Streng vertraulich.
[128] S. Interview Schröders mit dem „Hessischen Rundfunk", 23. 6. 1962, in: Bulletin 1962, S. 982f.
[129] S. Bundestagsrede dess., 27. 6. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 51, S. 1482–1485.
[130] Vgl. Marcowitz, Option, S. 94.
[131] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 89.
[132] Seydoux, Erinnerungen, S. 293.

Kapitel" deutsch-französischer Geschichte[133]. Bei einer Reise durch die Franche-Comté räumte er vier Wochen darauf ausdrücklich eine französische Mitschuld an der früheren Feindschaft ein und rühmte das Wunder der Verständigung, das jetzt vollendet werde. Indem ausgerechnet der „erste Widerstandskämpfer" Frankreichs diese wichtige Erklärung abgab, machte er sie „psychologisch unangreifbar" und verlieh ihr erhebliche politische Wirkung. Nur die kommunistische Presse griff de Gaulles Akt der Versöhnung, der offenbar der Grundstimmung der weit überwiegenden Mehrheit der Franzosen entsprach, scharf an, während die demokratischen Zeitungen seine Äußerungen über den definitiven Charakter der Verständigung herausstellten[134].

Wie Meinungsumfragen bestätigten, konfrontierte der General seine Landsleute nicht völlig unvorbereitet mit seiner prodeutschen Offensive. Das Ansehen der Bundesrepublik hatte sich in Frankreich in den letzten Jahren langsam aber sicher verbessert. Die Bereitschaft zur Verständigung war bemerkenswerterweise auf dem Lande breiter als im Bürgertum, in der Geschäftswelt demonstrativer als in der Beamtenschaft ausgeprägt. Dabei folgten die Franzosen der Deutschlandpolitik ihrer Regierung offenbar eher aus Gründen der Vernunft, denn des Gefühls. Anzeichen wachsender Zuneigung gegenüber den Nachbarn gab es kaum[135]. Neben dem Wunsch enger Kooperation und dem Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit spielten dem Urteil der deutschen Diplomatie zufolge auch die in der jüngsten Vergangenheit erzielten „erfreuliche[n] Ergebnisse" in den Kulturbeziehungen und bemerkenswerte ökonomische Resultate ein Rolle. Der Warenaustausch über den Rhein war in den letzten Jahren stetig gewachsen, wobei insbesondere die schrittweise Einführung der Zollunion und die Einigung auf eine gemeinsame liberale Außenhandelspolitik gegenüber Dritten als wichtiges Stimulans wirkte. Seit dem Inkrafttreten der EWG hatten sich die deutschen Einfuhren aus Frankreich verdoppelt, die deutschen Ausfuhren nach Frankreich stiegen um rund 71%. Die Bundesrepublik agierte weiterhin als Frankreichs bester Kunde und sein wichtigster Lieferant, während Frankreich im deutschen Außenhandel auf der Einfuhrseite hinter den USA den zweiten Platz einnahm, bei den Exporten aber Platz eins[136].

Die Belastungen der Vergangenheit waren nicht vergessen, aber sie wirkten doch vornehmlich in der Generation der Älteren fort, während die Jüngeren sich der Zukunft offener zuwandten. Dennoch durfte in der Werbung um die französische Freundschaft nicht nachgelassen werden[137], wie jene Kommentare de Gaulle nahestehender Presseorgane verdeutlichten, die sich mit einem Anflug von Geringschätzigkeit fragten, ob man mit diesen Deutschen, die sich mehr vom Mittelmeerstrand denn vom „Drang nach Osten" anziehen ließen, wirklich dauerhaft verbunden sein könnte. „C'est une nouvelle métamorphose du peuple le moins statique, le plus ‚arlequin' du monde."[138]

[133] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 233, Voigt an von Brentano, Aufzeichnung 204–81.00/2/94.07/469/62, 25. 5. 1962.
[134] BA, NL Blankenhorn, Bd. 134b, Bl. 26f., Blankenhorn an AA, Tel. 653, 16. 6. 1962.
[135] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, ders. an dass., Pr 204–81.38/2169/62, Ang.II, 7. 6. 1962.
[136] Ebd., Bd. 259, „Aufzeichnung über Frankreich" 204–82.03/94.07, o.D.; ebd., Bd. 271, Aufzeichnung Voigt, 204–83.00/94.07/325/62, 11. 4. 1962, Konzept.
[137] S. ebd., Bd. 258, Blankenhorn an AA, Pr 204–81.38/2169/62, Ang.II, 7. 6. 1962.
[138] „Paris-presse/L'intransigeant", 4. 7. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 870f., hier S. 870.

„Les Français et les Allemands doivent devenir des frères"

Adenauer und de Gaulle machten sich dieses Gebot nun mit Tatkraft zu eigen und leiteten damit eine klare Wende in der Außenpolitik ihrer Regierungen ein. Für den Kanzler hatte der amerikanische Schutzpatron ungeachtet aller Dispute bisher als sakrosankt gegolten, und de Gaulle hatte bisher keinen Hehl daraus gemacht, daß es für ihn doch zunächst und in erster Linie um den weltpolitischen Dialog mit den USA und Großbritannien ging. Jetzt aber konzentrierten sie ihre Blicke ganz auf den Partner und vollzogen einen deutlichen Kurswechsel in Richtung auf ein exklusives Zweierbündnis. Die Ursachen dafür waren vielfältig: das Mißtrauen gegenüber dem Entspannungskurs der USA; der vergebliche Anlauf zur europäischen politischen Zusammenarbeit, den de Gaulle als verpaßte Chance für Europa beklagte[139]; die gemeinsame Ablehnung eines britischen EWG-Beitritts; die beiderseitige Sorge vor Moskauer Sirenengesängen; der Wunsch nach einer Zweier-Allianz, die als historisch wirksame Kraft auch den Tag ihres eigenen Abdankens überdauern sollte. Die deutsch-französische Verständigung, so hatte Adenauer diesen Gedanken bereits Mitte Mai im Gespräch mit dem französischen Leitartikler René Lauret artikuliert, „ist nicht für die Wirren des Tages bestimmt, sondern sie ist für die Dauer bestimmt, für Europa"[140].

In diesem Sinne legte der französische Präsident die Reise des Bundeskanzlers nach Frankreich wie einen ihm protokollarisch gar nicht zustehenden Staatsbesuch an. Nicht Lübke, Adenauer sei für ihn Deutschland, meinte er Ende Juni gegenüber seinem Informationsminister Peyrefitte und fuhr dann fort. „Nous allons sceller solennellement la réconciliation des deux peuples. [...] Les Français et les Allemands doivent devenir des frères." Gewiß, vielfach würden die Deutschen als Erbfeinde betrachtet, doch seien sie in historischer Perspektive erst nach 1870 Gegner der Franzosen geworden. Die wahren Erbfeinde, das seien die Engländer, die vom Hundertjährigen Krieg bis zur Faschoda-Krise Frankreich bekämpft hätten[141].

Schon die Begrüßung Adenauers am Abend des 2. 7. auf dem Flughafen Orly setzte ein deutliches Zeichen. Obwohl der Präsident dem Protokoll nach über dem Bundeskanzler stand, empfing er ihn bei strahlendem Sommerwetter mitsamt seinem Kabinett am Flugzeug und begleitete ihn im offenen Wagen mit einer Abteilung der Republikanischen Garde, ab Madelaine ergänzt durch eine Kavallerie-Eskorte, durch fahnengeschmückte und von Zuschauern gesäumte Straßen zum Quai d'Orsay, wo Adenauer sein Quartier nahm – auch das sonst nur Staatsoberhäuptern vorbehalten[142]. Obwohl Route und Uhrzeit der Fahrt so ausgewählt worden waren, daß sie die höchstmögliche Aufmerksamkeit der Pariser Bevölkerung erregen mußten[143], fand das „glanzvolle Schauspiel"[144] nur freundlichen,

[139] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 134a, Bl. 185f., Blankenhorn an AA, Tel. 687, 21. 6. 1962, Citissime.
[140] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 190, Informationsgespräch, 17. 5. 1962.
[141] Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 27. 6. 1962, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 152–154, hier S. 153.
[142] Vgl. das Programm des Besuchs vom 2.–8. 7. 1962, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 234–236; Bulletin 1962, S. 1041; Ansprachen Adenauers und de Gaulles auf dem Flughafen, 2. 7. 1962, in: ebd., S. 1033; de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 427; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 220f.
[143] S. Burin des Roziers, Retour aux sources, S. 138f.; Artikel Montaron, in: Témoignage chrétien", 6. 7. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 614f.

aber nicht enthusiastischen Beifall der Menge. Einige kommunistische Agitatoren versuchten die Fahrt gar im Bezirk Le Kremlin-Bicêtre mit deutschfeindlichen Parolen zu stören, doch Adenauer und de Gaulle ließen sich davon nicht beeinflussen[145]. Als störend mußte der Kanzler allerdings die Tatsache empfinden, daß der Präsident bei der Vorstellung der deutschen Delegation in Orly dem Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte, Speidel, ostentativ die Hand verweigert und ihn damit zur persona non grata gestempelt hatte[146]. Die Ablösung von seinem Posten in Fontainebleau war damit nicht mehr zu vermeiden, auch wenn sie sich noch ein gutes Jahr hinzog[147].

Von derartigen Irritationen abgesehen, inszenierte de Gaulle den Aufenthalt seines Gastes als eine „große Demonstration deutsch-französischer Versöhnung"[148], was sich am folgenden Morgen erneut zeigen sollte, als der Kanzler von seinen französischen Begleitern im Quai d'Orsay abgeholt und zum Elysée-Palast chauffiert wurde. Symbolisch erhöhte der Hausherr die Anfahrt in den Innenhof und ließ Adenauer diesmal nicht wie sonst von der Rue du Faubourg St. Honoré, sondern von den Champs-Elysées durch den Park des Palais zur Freitreppe geleiten[149]. Anschließend begannen die politischen Gespräche mit einer zweistündigen Begegnung ohne Tagesordnung unter vier Augen. Zunächst wandte man sich noch einmal den gescheiterten Verhandlungen über den Fouchet-Plan zu. Beide Staatsmänner waren sich darin einig, den Kompromißvorschlägen Italiens zur Schaffung der Politischen Union nicht zu folgen, weil sie England keine Schiedsrichterrolle zubilligen mochten. Da sie die Briten in die EWG nur ungern, in die Politische Union aber überhaupt nicht aufzunehmen gedachten, riet Adenauer zur Abhaltung einer Konferenz der sechs Regierungschefs, um die Dissenspunkte festzuhalten. Gelänge kein Übereinkommen über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten, müßten halt jene handeln, die sich einig seien. De Gaulle hielt eine solche Konferenz für zu gefährlich, weil er einen erneuten Mißerfolg fürchtete. Adenauer aber drängte dazu, das Risiko auf sich zu nehmen, zeigte sich gar gewiß, daß Luxemburg und Italien, vielleicht sogar Belgien mitzögen. Schließlich gab der General nach und stimmte zu, Fanfani um die Einberufung einer Gipfelkonferenz der Sechsergemeinschaft nach Rom zu bitten[150].

Es war also der Gast, der den Eröffnungszug im „Schachspiel deutsch-französische Union" setzte. Doch der Gastgeber ließ mit seinem Gegenzug nicht lang auf sich warten. Mehr noch als dieses erste Tête-à-tête stellten die Ansprachen beim festlichen Diner am Abend im Elysée-Palast unter Beweis, um was es beiden ging. De Gaulle hatte seine Rede gewissenhaft vorbereitet, ihre Wirkung gar an Seydoux ausprobiert[151]. Geradezu dramatisch der Beginn dieser Apotheose, die

[144] Poppinga, Mut, S. 433.
[145] S. ebd.
[146] Vgl. Schmückle, Pauken, S. 251; Speidel, Zeit, S. 403; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 757.
[147] Vgl. von Herwarth, Erinnerungen, S. 276; Schmückle, Pauken, S. 252; Speidel, Zeit, S. 412–415.
[148] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 758.
[149] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 222.
[150] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 3. 7. 1962, Très secret; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 158–167; Kusterer, Kanzler, S. 222–225; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 762; Vaïsse, Candidature, S. 138.
[151] Vgl. Seydoux, Erinnerungen, S. 293 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 759.

gleichzeitig einem Glaubensbekenntnis glich: Ein Moment der Wahrheit sei gekommen. De Gaulle entrollte das bedrückende Panorama langer Jahrhunderte deutsch-französischer Zwietracht, dem er die Vision einer deutsch-französischen „union" in einem geeinten Europa gegenüberstellte. Und dann folgte eine Eloge auf seinen Gast, wie der sie wohl nie zuvor und nie wieder von so hoher Warte gehört hatte und hören sollte[152]. Adenauer mühte sich nach Kräften, nach diesem rhetorischen Glanzstück nicht zu sehr abzufallen, ohne aber krampfhaft zu versuchen, den Stil des Homme de lettres auf dem französischen Präsidentensessel nachzuahmen. Rückhaltlos schloß er sich dessen Rückblick und Zukunftsbeschreibung an, ermahnte beide Staaten, jeden Gedanken an Rivalität auszuschalten und die Aufgaben zu erfüllen, die man gemeinsam angehen könne[153]. Mit einem Empfang von 2000 Gästen ging der offizielle Teil des Tages zu Ende. Ergriffen von den Bildern des Tages saß Adenauer anschließend noch längere Zeit mit dem von de Gaulle verliehenen Großkreuz der Ehrenlegion an der Brust im Kreis der ihn begleitenden Familienmitglieder, seiner Sekretärin und des Deutschen Botschafters in seinem Salon und ließ die Ereignisse Revue passieren. Der Ton für die folgenden Tage war jetzt vorgegeben: noch einmal ein letzter Versuch zur Schaffung einer Politischen Union zu Sechst, gleichzeitig aber – und nach dem wohl beiderseits erwarteten Scheitern dieses Bemühens verstärkt – Ausbau der bilateralen Beziehungen zur „Union"[154].

Ungeachtet des nur kurzen Schlafs ging der Kanzler am folgenden Morgen ausgeruht, ja gelöst in die zweite Vieraugenbesprechung[155] und zog eine scharfe Attacke gegen die NATO und die neue amerikanische Verteidigungsstrategie der „flexible response" vom Leder. Einem Gespräch mit Norstad am Vorabend beim Empfang im Elysée hatte er entnommen, daß selbst der höchste NATO-General von den USA keine nukleare Mitsprache für die Verbündeten mehr erwartete. Vielsagend erinnerte Adenauer de Gaulle nun daran, den Verzicht auf ABC-Waffen 1954 nur „rebus sic stantibus" gegeben zu haben, und ließ implizit einfließen, daß er nicht für alle Tage daran gebunden sei. Nachdem er sich dann vehement von einer ausschließlich konventionellen Ausrüstung der deutschen Truppen distanziert hatte, kam er wieder auf den Gedanken der bilateralen Zusammenarbeit zu sprechen und verknüpfte ihn in doppelter Hinsicht mit der kommunistischen Gefahr. Beide Staaten müßten eine anti-sowjetische Bastion bilden und so stark verklammert sein, daß weder Bonn noch Paris mit Moskau gemeinsame Sache machen könne. Um dies zu gewährleisten, sei ein ohne Einschaltung der Parlamente abzuschließender „accord de consultations réciproques portant spécialement sur le problème communiste" notwendig, dem sich gewiß auch seine Nachfolger verpflichtet fühlten. Für die Dauer seiner Amtszeit wünschte er sich die Konsultationen direkt zwischen ihm und dem Präsidenten. De Gaulle fand den Gedanken zwar hoch interessant, verhielt sich aber reserviert. Statt dessen kam er auf die Un-

[152] Tischrede de Gaulles im Elysée, 3. 7. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 428–430, hier S. 429; in deutscher Übersetzung in: EA 1962, S. D351f.; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 226–228; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 759–761.

[153] S. Tischrede Adenauers im Elysée, 3. 7. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1042; Kusterer, Kanzler, S. 228f.

[154] Vgl. Poppinga, Mut, S. 434f.

[155] Vgl. ebd., S. 436.

zulänglichkeiten der NATO und der amerikanischen Verteidigungsstrategien zu sprechen. Frankreich traue den amerikanischen Zusicherungen nicht und baue daher seine eigene Atomwaffe, die ungeachtet ihrer fehlenden Quantität allein durch ihre Existenz bereits abschreckend wirke. Die amerikanischen Angebote zum Ausbau der NATO zur vierten Atommacht seien nur Scheinangebote, weil die USA den Schlüssel zum Einsatz der Nuklearwaffen niemals mit anderen teilen würden. Einmal mehr stellte er klar, daß im Falle einer politischen Organisation zwischen Bonn und Paris oder zwischen den Sechs auch die Frage der Verteidigung überprüft werden müsse, ohne damit die Atlantische Allianz in Frage zu stellen. Adenauer hielt eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit à six kaum für möglich, weil die Geheimhaltung nicht gewahrt bliebe und die USA Verdacht schöpften. Ob er sie sich zu zweit vorstellen konnte, sagte er nicht[156]. Dem inzwischen zugänglichen Protokoll zufolge, hatte er die Frage ja schon vorher ausführlicher angesprochen, als bisher bekannt war[157] und von ihm öffentlich zugegeben wurde[158]. Und de Gaulle kam ihm durchaus weit entgegen, ohne aber klare Angebote auf den Tisch zu legen. Eine Teilhabe an der Force de frappe, dies hatten seine Gespräche mit amerikanischen oder britischen Politikern ebenso gezeigt wie die vergeblichen Versuche von Strauß[159], wollte er den Deutschen im Grunde nicht zugestehen, wenngleich er sie durchaus als Druckmittel gegenüber den Angelsachsen einsetzte. Es ging ihm wohl eher um eine gemeinsame Sicherheitspolitik und Strategie, à la longue vielleicht auch um eine atomare Rüstung der Bundeswehr[160].

Das Gespräch war beendet. Adenauer fuhr anschließend mit dem Schiff zum Pariser Rathaus, wo der Stadtrat und 2000 Gäste auf ihn warteten. Am späten Nachmittag ging es dann nach einer eindrucksvollen Kranzniederlegung unter dem Triumphbogen am Grabmal des Unbekannten Soldaten zum Schloß nach Versailles. Abends trafen sich Kanzler und General zum Festdiner im Quai d'Orsay, um anschließend in die Oper zu gehen, wo die Gladiatoren unter den Klängen des „Triumphmarsches" aus Verdis „Aida" empfangen wurden[161].

Am folgenden Morgen kamen sie zur dritten Begegnung zusammen. Jenseits des Atlantiks hatte Kennedy inzwischen in seiner berühmten Rede von Philadelphia die Atlantische Partnerschaft beschworen und die europäische Integration sowie die Aufnahme Englands in die EWG gefordert[162]. In Paris ließ man sich davon nicht beeindrucken. Adenauer und de Gaulle waren fest davon überzeugt,

[156] AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 7. 1962, Très secret; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 167–172; Kusterer, Kanzler, S. 229–235; Bariéty, De Gaulle, S. 559; Köhler, Adenauer, S. 1192; Soutou, L'alliance incertaine, S. 221–224; ders., De Gaulle, S. 507; Vaïsse, La grandeur, S. 250.

[157] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 131.

[158] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 244, Informationsgespräch, 20. 7. 1962.

[159] Vgl. Kap. V.3.1–V.3.3.

[160] Zu der noch nicht definitiv geklärten Frage über die Bereitschaft de Gaulles zur nuklearen Zusammenarbeit vgl. Carstens, Erinnerungen, S. 255.

[161] Vgl. Programm des Besuchs vom 4. 7. 1962, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 235; Ansprache Adenauers im Pariser Rathaus, 4. 7. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1050; Ansprache dess. im „Deutschen Fernsehen", 5. 7. 1962, in: ebd., S. 1058; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 236–240; Poppinga, Mut, S. 437f.

[162] S. Rede Kennedys in Philadelphia, 4. 7. 1962, in: EA 1962, S. D373–376; Marcowitz, Herausforderung, S. 229f.; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 162f.

daß es Kennedy eben nicht um die Errichtung eines gleichberechtigten transatlantischen Verhältnisses ging, sondern um die Bewältigung der amerikanischen Wirtschaftsprobleme, der Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits und letztlich um die Erneuerung der eigenen Hegemonialposition, wobei England die Rolle eines Handlangers auf dem Kontinent zukam[163]. Um so wichtiger war für sie die Stärkung des deutsch-französischen Verhältnisses. De Gaulles Schweigen zu seinem Konsultationsangebot vom Vortag wollte Adenauer nicht so ohne weiteres hinnehmen. Er startete einen neuen Anlauf, hängte die Offerte aber jetzt tiefer auf. Er habe ein solches Abkommen nicht im Wortsinn, sondern lediglich als Basis gemeint, damit die Vertreter beider Regierungen in den internationalen Verhandlungen engen Kontakt hielten. Adenauer unterstrich erneut die Bedeutung der Verklammerung der Nachbarn und hob die Notwendigkeit hervor, die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu steigern, insbesondere bei Jugendorganisationen und Städtepartnerschaften[164].

Der Präsident nahm den Plan des Konsultationsabkommens erst in der anschließenden Plenarsitzung auf und stellte dem Kanzler die Kardinalfrage, ob er bereit sei, eine zweiseitige „Union politique" abzuschließen, wenn die in Aussicht genommene Gipfelkonferenz in Rom nichts bringe. Adenauer zögerte zunächst, meinte, Luxemburg werde gewiß mitmachen, sagte dann aber „nettement: Oui. Nous serions prêts à accepter cette union restreinte en laissant la place ouverte aux autres membres". De Gaulle zeigte sich sehr zufrieden. Damit war gesichert, daß bei einem Scheitern der Konferenz zumindest eine „Union franco-allemande" herauskäme[165]. Schröder hielt die Zusage Adenauers für „sensationell"[166] und unterstrich nach dem Ende der Sitzung in einem kurzen Gespräch mit de Gaulle die Notwendigkeit, zunächst mit aller Kraft die Politische Union zu sechst anzusteuern[167]. Gegenüber dem Dolmetscher Kusterer wurde er deutlicher: „Wir eignen uns nun mal nicht zum Juniorpartner."[168]

Ein Kommuniqué faßte die Ergebnisse der dreitägigen Gespräche zum Abschluß des politischen Teils von Adenauers Frankreichaufenthalt zusammen. Man bekannte sich zu engstem Zusammenwirken und betonte ausdrücklich das Ziel der Wiedervereinigung[169]. Letzteres war freilich nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Als Jansen Couve de Murville darauf aufmerksam machte, daß die französische Fassung von der Einigung in einer Situation eines allgemeinen Friedens, der deutsche Text aber von Wiedervereinigung im Zeichen der Entspannung

[163] Vgl. Marcowitz, Herausforderung, S. 230.

[164] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 5. 7. 1962, Très secret; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 172–174; Jansen, Entstehung, S. 258f.; Kusterer, Kanzler, S. 240–242.

[165] AN, 5 AG 1/161, Plenarsitzung vom 5. 7. 1962, Très secret; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 138, Bl. 195–200, Tb. 8. 7. 1962; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 208f.; Kusterer, Kanzler, S. 242–245; Maillard, De Gaulle, S. 263f.; Bariéty, De Gaulle, S. 559f.; Köhler, Adenauer, S. 1192f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 763; Soutou, Général de Gaulle, S. 142; Vaïsse, La grandeur, S. 251. Entgegen der Darstellung Osterhelds floß diese Passage doch in das Protokoll ein (Osterheld, „Ich gehe ...", S. 132, Tb. 15. 7. 1962).

[166] Ebd.

[167] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 138, Bl. 195–200, Tb. 8. 7. 1962.

[168] Zitiert nach: Kusterer, Kanzler, S. 201; s.a. Marcowitz, Option, S. 72.

[169] S. Kommuniqué zum Besuch Adenauers in Frankreich, 5. 7. 1962, in: EA 1962, S. D352f.

sprach, meinte der Minister lakonisch: Der allgemeine Friede sei wohl auf lange Sicht kaum vorstellbar, „so daß damit auch die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt wird"[170].

Nach der Politik folgte der kulturelle Teil des Besuchs – die Fahrt in die Provinz. Alle von Adenauer angesteuerten Orte hatten in der Vergangenheit besondere Bedeutung für die beiderseitige Gegnerschaft besessen. Anders als von de Gaulle ursprünglich gewünscht, interessierte er sich nicht für Marseille oder die Industrieanlagen von Dünkirchen[171], sondern fuhr zunächst im Journalistentroß per Sonderzug nach Rouen, wo er die wiederaufgebaute Kathedrale besichtigte. Sodann zog es ihn per Flugzeug nach Bordeaux, Zufluchtsort der französischen Regierungen in den Kriegen gegen Deutschland 1870/71, 1915 und 1940, wo er unter anderem die Präfektur, das denkmalgeschützte Château de La Brède – Domizil Charles-Louis de Secondats, besser bekannt als Baron de La Brède et de Montesquieu – und das Weingut Château Margaux besuchte[172]. Am 8. 7., dem letzten Tag seiner Tour de France, stand dann der zweite Höhepunkt auf dem Programm: Auf dem Truppenübungsplatz Mourmelon in der Champagne, der schon so viele blutige Schlachten beider Völker erlitten hatte, nahm er mit de Gaulle eine deutsch-französische Militärparade ab. Nicht wenige in der Umgebung des Generals hatten in der Vorbereitungsphase entsetzt auf diese Idee reagiert. Doch de Gaulle wollte das Bild der vereint aufmarschierenden Soldaten, um jenes der gegeneinander kämpfenden aus den Köpfen zu verbannen[173]. Adenauer war die Symbolik dieses Tages so wichtig, daß er sich gegen den Rat des Auswärtigen Amtes nach Rücksprache mit Strauß dagegen aussprach, die deutschen Truppen sowohl die Bundes- als auch die NATO-Flagge zeigen zu lassen: „Warum soll ich de Gaulle noch am letzten Tag verärgern."[174] Zusammen waren de Gaulle, in Uniform, und Adenauer, im dunklen Anzug, im offenen Wagen auf dem sonnenüberfluteten Manöverfeld angekommen. Seite an Seite schritten sie eine Front von Fallschirmjägern ab, um dann die Parade von 600 Panzern sowie deutschen und französischen Truppenteilen abzunehmen[175] – notabene ohne Frauen, denen die Anwesenheit untersagt war[176], und ohne alliierte Befehlshaber, die man nicht eingeladen hatte[177]. Vom Schlachtfeld fuhren sie sinnigerweise direkt zum Hochamt in die Krönungsstätte zahlreicher fränkischer Könige, der Kathedrale des nahen Reims. Nur ein Abstecher ins Rathaus der Stadt unterbrach die martialische Szene auf dem Schlachtfeld und den „Weiheakt"[178] der Messe. De Gaulle, wieder im An-

[170] PA, Ref. 700, Bd. 1678, Arbeitsgruppe Deutschland und Berlin im AA an Carstens, AB-80.50/2 VS-NfD, 10. 7. 1962, VS-NfD.
[171] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 295.
[172] Vgl. ACDP, NL Mertes, I-403-021/2, Aufzeichnung Jansen, 2–204–82.20/94.07/763/62, 23. 8. 1962; Bulletin 1962, S. 1068; Programm des Besuchs vom 6. u. 7. 7. 1962, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 235 f.; Kusterer, Kanzler, S. 245 f.; Poppinga, Mut, S. 439 f.
[173] S. Seydoux, Erinnerungen, S. 296.
[174] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 130, Tb. 1. 7. 1962; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 248.
[175] S. de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 224 f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 134, Tb. 15. 7. 1962; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 155, Tb. 6. 7. 1962; Bulletin 1962, S. 1065; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 304.
[176] S. Poppinga, Mut, S. 441.
[177] S. Speidel, Zeit, S. 405; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 757.
[178] Seydoux, Erinnerungen, S. 297.

zug, und Adenauer vor zwei mit rotem Samt bezogenen Gebetsstühlen gegenüber dem Sessel des Erzbischofs von Reims – ein Bild, das um die Welt ging[179].

Anschließend begaben sich beide zu einem feierlichen Bankett der Stadt in die Präfektur[180] und fuhren dann gemeinsam zwecks Verabschiedung zum Flughafen. Schon jetzt zeigte sich de Gaulle von der „grande réussite" der Reise überzeugt[181], und Adenauer replizierte in einem Danktelegramm mit der Gewißheit, sie werde „einen starken Einfluß" auf die Politik beider Staaten nehmen[182]. Mit tiefer innerer Bewegung ließ er wenige Tage später in einem ausführlicheren Dankschreiben seinen historischen Aufenthalt noch einmal Revue passieren[183]. De Gaulle nahm die Gelegenheit wahr, um ihn in seiner Antwort umgehend aufzufordern, das nunmehr erreichte „fait historique capital" in konkrete Politik umzusetzen, „c'est-à-dire la coopération croissante de nos deux pays dans tous les domaines". Der Monat September, sein Rückbesuch in Deutschland, mußte die Entscheidung bringen[184].

„... daß diejenigen einen Anfang zur Europäische Union machen, die dazu bereit sind"

Adenauer kehrte mit dem Gefühl nach Hause zurück, die Versöhnung zwischen beiden Völkern sei nun besiegelt, aber nicht auf ewig gesichert. Da nicht alle Franzosen den Kurs der Regierung ohne Bitterkeit und Schmerz akzeptierten, müsse die Verständigung „täglich neu errungen werden"[185]. Von den Verabredungen über eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen war in seinen Reiseberichten vor der Presse oder im Kabinett zunächst nicht die Rede; um so mehr aber von der Notwendigkeit, einen deutsch-französischen Damm gegen das Vordringen des Kommunismus zu errichten. Auch in der Frage des englischen EWG-Beitritts hielt er mit seiner Meinung hinter dem Berg, sprach lediglich von einer komplizierten Frage, die mit allem Realitätssinn geprüft werden müsse[186].

So war es nicht verwunderlich, daß die Bewertung seines Besuchs im In- und Ausland zunächst durchaus positiv ausfiel[187]. Die über Jahre gewachsene deutsch-französische Freundschaft war glanzvoll gefeiert, die Tür zur europäischen Inte-

[179] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 134, Tb. 15. 7. 1962; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 156, Tb. 6. 7. 1962; Poppinga, Mut, S. 441 f.; Bulletin 1962, S. 1065; Programm des Besuchs vom 8. 7. 1962, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 236; das Photo in: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 755.

[180] S. Kusterer, Kanzler, S. 249; Tischreden de Gaulles und Adenauers, 8. 7. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1066 u. 1068.

[181] Ansprache de Gaulles in Reims, 8. 7. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 3, S. 430 f., hier S. 431; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 138, Bl. 188 f., Tb. 8. 7. 1962; Blankenhorn, Verständnis, S. 427 f., Tb. 8. 7. 1962.

[182] Adenauer an de Gaulle, Tel., 8. 7. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1077; s.a. PA, Botschaft Paris, Bd. 5245, ders. an Pompidou, o.D.

[183] S. AN, 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 12. 7. 1962, Geheim, im Auszug in: Poppinga, Mut, S. 442 f.

[184] De Gaulle an Adenauer, 15. 7. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 248 f., hier S. 247.

[185] Seydoux, Erinnerungen, S. 298.

[186] Zum Bericht Adenauers vor dem Bundeskabinett vom 11. 7. 1962 s. Erklärung der Bundesregierung, in: Bulletin 1962, S. 1081; s.a. Ansprache Adenauers vor der Bundespressekonferenz, 10. 7. 1962, in: ebd., S. 1081 f. u. 1084.

[187] Vgl. ACDP, NL Mertes, I-403-021/2, Aufzeichnung Jansen, 2-204-82.20/94.07/763/62, 23. 8. 1962; Conze, Herausforderung, S. 243 f.

gration und zur Einbindung Großbritanniens offengehalten worden, folglich die Hoffnung berechtigt, daß Frankreich und Deutschland sich zwar als „Kern", nicht aber als „Vormund" des geeinten Europa verstanden[188]. „Le mariage franco-allemand s'est déroulé en deux actes: militaire à Mourmelon, religieux à Reims"[189].

Freilich gab es auch kritische Stimmen, denen es nicht paßte, daß nun so getan wurde, als ob die Ära der deutsch-französischen Aussöhnung mit de Gaulle und nicht mit Schuman begonnen worden sei. Wenn der General die Freundschaft zum Kanzler so grandios zelebriere, hieß es in französischen Zeitungen, dann deshalb, weil er ihn brauche. Und Adenauer akzeptiere das Schauspiel, weil er de Gaulles bedürfe. Auf der Strecke bleibe die europäische Integration: „Pauvre Europe!"[190] Mit der Europapolitik des Generals haderte auch die Opposition im Palais Bourbon. Als die Regierung am 12. 7. dem Parlament die Forderung zur Bewilligung von 200 Millionen Francs für das Isotopenzentrum Pierrelatte vorlegte, brachten Sozialisten, Volksrepublikaner, Radikale und Unabhängige einen Mißtrauensantrag gegen die Schaffung der nationalen Atomstreitmacht ein. Pompidou und Couve de Murville sahen sich sowohl vor der Kammer als auch dem Auswärtigen Ausschuß zu beschwichtigenden Erklärungen genötigt und stilisierten die Force de frappe zur ersten Stufe einer europäischen Atommacht. Ein Teil der oppositionellen Abgeordneten stimmte daraufhin gegen den Mißtrauensantrag und versagte ihm am 16. 7. die notwendige Mehrheit[191]. Dennoch zeigte die Debatte eindrucksvoll, daß de Gaulle trotz seiner Machtfülle „immer einsamer" wurde. Die Kritik an seiner Politik reichte bis in die Reihen der Gaullisten. Allein seiner Unentbehrlichkeit und der Zerstrittenheit der Opposition verdankte die Regierung, daß sie den Kopf in letzter Minute noch einmal aus der Schlinge hatte ziehen können[192].

Auch in Bonn machte sich nun eine regierungskritische Haltung bemerkbar. Daß der Klassenfeind im anderen Teil Deutschlands Adenauers Reise mit ätzender Propaganda begleitet hatte[193], mußte das Kanzleramt nicht sorgen, wenngleich sich damit bereits jenes verheerende Echo ankündigte, das der Elysée-Vertrag im Ausland auslösen sollte. Beunruhigend waren aber für den Kanzler die im eigenen Lager aufkommenden Bedenken gegen den von ihm forcierten Bilateralismus. Zunächst hatte die Union ihren Vorsitzenden geradezu hymnisch gefeiert, für einen kurzen Augenblick den außenpolitischen Streit vergessen[194]. Nach einigen Tagen der Besinnung brachen die Grabenkämpfe wieder auf. Schröder etwa befürwortete die Freundschaft zu Frankreich, wünschte sie sich aber im Rahmen der umfassenderen westeuropäischen Zusammenarbeit. Folglich suchte er nach Möglichkeiten zur Rettung der Europäischen Union und zu einem positiven Abschluß

[188] Artikel Reissenberger, in: „Kölnische Rundschau", 6. 7. 1962; s.a. „Le Monde", 7. 7. 1962.
[189] Artikel Michal, in: „Paris presse/l'intransigeant", 10. 7. 1962.
[190] Artikel Montaron, in: „Témoignage chrétien", 6. 7. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 615.
[191] S. Debatte der Assemblée Nationale, 12., 13. u. 16. 7. 1962, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1962, Bd. 2, S. 2369–2438, 2449f., 2481–2523. Zur Rede Couve de Murvilles im Auswärtigen Ausschuß der Assemblée Nationale vom 12. 7. 1962 vgl. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 282, Weinhold an Referat 301 im AA, 204–84.02/94.07/62, 18. 7. 1962, Konzept; s.a. Lucas, Europa, S. 145f.
[192] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, „Aufzeichnung über Frankreich" 204–82.03/94.07, o.D.
[193] S. Interview Königs mit „ADN", 5. 7. 1962, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 776f.
[194] Vgl. Marcowitz, Option, S. 70f.

des britischen EWG-Beitritts[195]. Auch Blankenhorn hielt dies für vordringlich und warnte vor einer Kehrtwende in der Europapolitik[196]. Wie nicht anders zu erwarten, leistete die Sozialdemokratie kräftige Schützenhilfe. In einer eher seltenen Aktion sozialistischer Verbrüderung über die Staatsgrenzen hinaus veröffentlichte die SPD am 2. 7. mit der SFIO eine Erklärung, in der sie sich entschieden dagegen aussprach, die deutsch-französische Verständigung nur als Vorgang zwischen zwei Nationalstaaten, als Überbau der Europäischen Gemeinschaft oder gar als reine Militärallianz zu begreifen. Die beiderseitige Verständigung habe nur dann einen Sinn, wenn sie eine große politische und wirtschaftliche europäische Gemeinschaft zum Ziel habe, die ihrerseits fest mit der Atlantischen Gemeinschaft verbunden sei[197].

Adenauer hielt trotz der innenpolitischen und innergouvernementalen Vorbehalte an seinem Kurs fest, wobei nun als gesichert gelten kann, was bisher nur vermutet wurde[198]: Die Annäherung an Frankreich diente auch dazu, die USA in der Nuklearfrage zum Einlenken zu bewegen. „Er braucht Fr[an]kr[eich]," so notierte Jansen Mitte Juli in seinem Tagebuch, „um USA gegenüber Druck ausüben zu können."[199] Wie de Gaulle wolle er die Atomwaffe bzw. ein Mitspracherecht und demonstriere daher den engen Schulterschluß mit ihm. Allerdings gehe es dem Kanzler nicht nur um eine Instrumentalisierung des beiderseitigen Verhältnisses, sondern auch darum, den Nachbarn festzulegen, um ihn vor einem „russischen Flirt" zu immunisieren[200]. Die nukleare Frage war also gewiß nicht das alleinige Ziel, aber womöglich „le but essentiel de la manoeuvre"[201].

Um die Kritiker ruhigzustellen, wandte sich Adenauer am 10. 7. verabredungsgemäß an Fanfani und schlug ihm die zweite Septemberhälfte als Termin für das ins Auge gefaßte europäische Regierungstreffen vor. Der Kanzler wollte also die letzte Chance zur europäischen Zusammenarbeit im größeren Rahmen nicht ungenutzt verstreichen lassen. Aber schon die Datierung spiegelt seine Priorität zugunsten der deutsch-französischen Beziehungen klar wider. Denn der Gegenbesuch de Gaulles, darauf hatten sich die beiden Staatsmänner am 5. 7. verständigt, sollte Anfang September stattfinden[202]. Daß der Kanzler vom italienischen Regierungschef außerdem verlangte, den Einstieg in die Politische Union nicht von der Mitgliedschaft Englands in der EWG abhängig zu machen, war nicht dazu angetan, die Verhandlungen der Sechs zu erleichtern[203]. Vor der Presse oder vor Partei-

[195] S. Interview Schröders mit dem „NDR"-Fernsehen, 15. 7. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1113 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 721.

[196] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 138, Bl. 188 f., Tb. 8. 7. 1962; Blankenhorn, Verständnis, S. 428, Tb. 8. 7. 1962.

[197] S. Gemeinsame Erklärung von SPD und SFIO, 2. 7. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 687–689; AdG 1962, S. 9968; Marcowitz, Option, S. 95.

[198] Vgl. Soutou, Problèmes, S. 245.

[199] Tb. Jansen, 12. 7. 1962, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 90.

[200] Tb. dess., 13. 7. 1962, zitiert nach: ebd.

[201] Soutou, Problèmes, S. 245.

[202] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 5. 7. 1962, Très secret; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 174.

[203] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 215, Adenauer an Fanfani, 10. 7. 1962, mitgeteilt in: Müller-Roschach an Rom, FS Nr. 190, 11. 7. 1962, Geheim, Citissime mit Vorrang; vgl. ACDP, NL Jansen,

gremien betonte er zwar in diesen Tagen, er wünsche die Aufnahme der Briten; er ließ aber nichts unversucht, die Bevölkerung über die „gewaltigen Veränderungen" dieses Schrittes für die Gemeinschaft und die unliebsamen Folgen für die deutsche Wirtschaft aufzuklären[204]. Auch Macmillan gegenüber signalisierte der Kanzler die Bereitschaft zur Prüfung dieser Frage[205]. Doch von der Einrichtung eines entsprechenden Kabinettsausschusses mußte er umgehend Abstand nehmen, weil sich eine von ihm selbst, Schröder und Erhard solidarisch getragene Politik als Schimäre erwies[206]. Der Dissens im Kabinett sowie das Gefühl, von einem kommenden Mann ausmanövriert zu werden, ließ beim Kanzler Ende Juli gar den Gedanken an die Ablösung seines Außenministers aufkommen[207].

Derweil bemühten sich die Regierungen in Rom und Brüssel, das Unmögliche doch noch zu ermöglichen und die Gespräche über die Politische Union wieder in Gang zu bringen. Am 25. 7. bestand Fanfani in seiner Antwort an Adenauer bzw. de Gaulle aus Rücksicht auf Belgien darauf, vor der Gipfelkonferenz eine Außenministertagung abzuhalten und die Pläne zur Politischen Union England offiziell mitzuteilen[208]. Spaak agierte jetzt auf eigene Faust, wandte sich am 24. 7. schriftlich an de Gaulle und reiste zwei Tage später direkt zu Adenauer[209]. Im Verlauf der Unterredung mit dem Kanzler machte er bedeutende Zugeständnisse. Er verzichtete auf die Forderung nach einem britischen EWG-Beitritt vor der Gründung der Politischen Union und bestand auch nicht mehr darauf, daß alle EWG-Staaten Mitglied der Union sein müßten. Offenbar bereit, Spaaks Plan zur Einrichtung einer von den Regierungen unabhängigen politischen Kommission im Rahmen des Fouchet-Plans näher zu prüfen[210], teilte Adenauer de Gaulle am 27. 7. mit, er habe nichts gegen eine Regierungskonferenz unter Einbeziehung der Außenminister und halte den baldigen Abschluß „für dringend erwünscht". Um nicht den Eindruck eines Umfallers zu erwecken, regte er zugleich an, während des bevorstehenden Deutschlandbesuches auf den Gedanken der „Schaffung der Solidarität" zwischen beiden Staaten zurückzukommen[211].

Während der Kanzler also prioritär die deutsch-französische Verständigung im Blick hatte, die Tür aber für die Politische Union offenzuhalten gedachte, wollte der General weder von Spaaks noch von Fanfanis Überlegungen etwas wissen und lehnte sowohl den Gedanken der unabhängigen politischen Kommission als auch

I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 93; Jansen, Entstehung, S. 259f.; s.a. de Gaulle an Fanfani, 10. 7. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 246f.; Vaïsse, De Gaulle, S. 667.

[204] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 242, Informationsgespräch, 20. 7. 1962; s.a. Marcowitz, Option, S. 69.

[205] S. Adenauer an Macmillan, 16. 7. 1962, auszugsweise Übersetzung in: Macmillan, End, S. 123; Buffet, „Histoire d'amour", S. 93.

[206] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 138f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 764.

[207] Vgl. ebd., S. 721f.

[208] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 94f.; Jansen, Entstehung, S. 260; Soutou, Général de Gaulle, S. 142.

[209] S. Spaak an de Gaulle, 24. 7. 1962, in: Spaak, Memoiren, S. 543–545; ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 96f.; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 157; Jansen, Entstehung, S. 261; Soutou, Général de Gaulle, S. 142f.

[210] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 97; Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 248–255, Kanzler-Tee, 27. 7. 1962, Streng vertraulich; Poppinga, Mut, S. 445f.; Spaak, Memoiren, S. 546; Jansen, Entstehung, S. 261; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 763.

[211] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 27. 7. 1962, Geheim.

den der Außenministerkonferenz ab[212]. Frankreich sah die Verhandlungen über die Politische Union in der „Sackgasse" und bestand nun darauf, wie Couve de Murville es Schröder gegenüber erklärte, „daß diejenigen einen Anfang machten, die dazu bereit seien"[213]. Ohne Zustimmung des Generals, daran gab es für den Kanzler keinen Zweifel, konnte der Fouchet-Plan nicht mehr wiederbelebt werden.

Seine Absicht, sich trotz widriger Umstände auf die Zweier-Union mit Frankreich einzulassen, erlebte jetzt einen kräftigen Schub durch die härtere Gangart, die die USA in der Nuklearfrage anschlugen. Wie Rusk Finletter am 19. 7. zur Sprachregelung im NATO-Rat instruierte, machten die USA den Aufbau einer MLF weiterhin davon abhängig, daß sie eng mit den anderen Atomstreitkräften verbunden sein und die konventionelle Aufrüstung nicht beeinträchtigt würde[214]. Wenige Tage später war der in Bonn noch immer vorhandene Traum einer nuklearen Streitmacht unter dem Dach der NATO ausgeträumt. Der plötzliche Rücktritt Norstads wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten mit der amerikanischen Regierung[215] und die Ernennung General Lemnitzers zu seinem Nachfolger sowie die Bestellung Maxwell Taylors zu dessen Nachfolger als Vorsitzendem der Joint Chiefs of Staff stießen in Bonn und Paris auf heftige Kritik. Der seit Monaten schwärende transatlantische Streit zwischen dem von Washington favorisierten Konzept einer Atlantischen Gemeinschaft mit einem politisch, militärisch und wirtschaftlich starken, aber unter eigener Dominanz stehenden europäischen Pfeiler und dem von Paris verfolgten Ziel der „Europäisierung Europas" trat in eine neue Stufe ein[216]. De Gaulle, der die allenthalben sichtbaren Anzeichen einer Erosion in Europa und der Atlantischen Allianz als Bestätigung für seine These sah, daß die Integration nur ein Mythos sei[217], legte umgehend offiziellen Protest gegen die Eigenmächtigkeit der Amerikaner ein[218]. Adenauer enthielt sich zwar eines derartigen Schrittes, bewertete die personellen Veränderungen in der NATO-Spitze indes gleichermaßen als gefahrverheißenden Beleg einer unberechenbaren amerikanischen Politik, zumal Taylor als einer der stärksten Befürworter der neuen amerikanischen Verteidigungsstrategie galt[219]. Strauß beeilte sich, um in einer Rede an der Universität Bonn noch einmal klarzustellen, daß die

[212] S. ebd., de Gaulle an Fanfani, 30. 7. 1962; ebd., ders. an Adenauer, 30. 7. 1962; ders. an Burin des Roziers, 26. 7. 1962, Aufzeichnung, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 254; ders. an Spaak, 30. 7. 1962, in: ebd., S. 256–258; Apostille de Gaulles, o.D., in: ebd., S. 259; Spaak, Memoiren, S. 546; Soutou, Général de Gaulle, S. 142f.; Vaïsse, De Gaulle, S. 667f.

[213] Carstens an AA, Tel. 465, 22. 7. 1962, in: BDFD I, S. 915f., hier S. 916; Vaïsse, Candidature, S. 138f. Zur Haltung Schröders s.a. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 259, Fischer an Referat 204 im AA, Aufzeichnung, 25. 7. 1962.

[214] S. Rusk an Finletter, Tel. Topol 128, 19. 7. 1962, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 435–438; Kennedy an Macmillan, 7. 8. 1962, Secret, in: ebd., S. 439f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 132f.; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 116f.

[215] Vgl. Memorandum für Kennedy, o.D., in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 430–434.

[216] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 201f.

[217] S. de Gaulle an Debré, 25. 7. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 253f.

[218] S. ders. an Pompidou u. Couve de Murville, Aufzeichnung, 19. 7. 1962, in: ebd., S. 250; Kommuniqué des Elysée, 21. 7. 1962, in: ebd., S. 251f.; de Gaulle an Burin des Roziers, Aufzeichnung, 23. 7. 1962, in: ebd., S. 253; Bozo, Stratégies, S. 93.

[219] Vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 253, Kanzler-Tee, 27. 7. 1962, Streng vertraulich; ebd., S. 272–274, Informationsgespräch, 20. 8. 1962, Streng vertraulich; Conze, Herausforderung, S. 248f.; Grabbe, Unionsparteien, S. 278; Mahncke, Mitwirkung, S. 101–103.

NATO keinen konventionellen Krieg auf europäischem Boden zulassen dürfe[220]. Mitte August forderte er ein gemeinsames nukleares Verteidigungssystem mit gleichen Rechten und Pflichten für die Partner, ohne sich festzulegen, ob er nun die multilaterale atlantische oder eine europäisch-amerikanische Variante favorisierte. Selbst die Möglichkeit eines selbständigen nuklearen Kurses oder einer deutsch-französischen Kooperation hielt er offen[221].

Diese letzte Option gewann nun in Teilen der Union, aber auch in der Ermekeilstraße wachsenden Zuspruch. Aus Enttäuschung über die unzureichenden Mitspracheangebote der Amerikaner in der Nuklearfrage zielten Verteidigungspolitiker der Christdemokraten und Beamte des Verteidigungsministeriums darauf ab, die französische Atomstreitmacht als „Kern einer nuklearen EVG" zu betrachten[222]. Sollte Frankreich eine Beteiligung an der Force de frappe anbieten und damit nicht ausschließlich nationale Ziele verfolgen, galt die Annahme der Offerte als wünschenswert[223]. Der Chef des Hauses machte sich diese Auffassung allmählich zu eigen, und auch sein Parteifreund zu Guttenberg sprach sich nun für eine „atomare EVG unter zentraler europäischer Autorität" als Partner der USA aus[224]. Atlantisch orientierte Christdemokraten wie Birrenbach hingegen traten weiterhin als Verfechter der multilateral-atlantischen MLF auf, für die sich auch französische Politiker wie Pinay, Edgar Faure oder Mollet einsetzten[225]. Ähnlich denkende Diplomaten sahen bereits Gefahr im Verzuge und machten gegen eine angeblich bevorstehende Zweier-Union mobil.

Deutsch-französischer „accord de principe" nach dem Vorbild der „Entente Cordiale Franco-Britannique"

Auslösendes Element für ihre diplomatischen Aktivitäten war ein Gespräch zwischen Blankenhorn und Couve de Murville, der am 31. 7., dem Vortag der Wiederaufnahme der Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt, keinen Hehl darüber machte, daß er mit mindestens zwölfmonatigen Beratungen rechnete. Angesichts der Blockade der Fouchet-Pläne gab es für den deutschen Botschafter nur eine Konsequenz: Der General war auf ein kontinentaleuropäisches Bündnis mit deutsch-französischer Allianz aus, um auf der Basis einer sehr engen Bindung der zwei Nachbarn den Ausgleich mit der Sowjetunion zu suchen. Blankenhorn hielt diese Politik für ebenso gefährlich wie unrealistisch, weil sie das deutsch-französische Stärkepotential überschätzte, den Rückzug der Amerikaner mitsamt ihrer schwersten Atomwaffen vorprogrammierte und Europa „in zwei recht kümmerliche Allianzsysteme" teilte[226]. Auch jenseits des Rheins unterstellte man dem General derartige politische Ziele. Monnet etwa, den Blankenhorn Ende August über die geheimen Absprachen Adenauers und de

[220] Vgl. AdG 1962, S. 10016A; Mahncke, Mitwirkung, S. 103.
[221] S. Artikel von Strauß in: „Welt am Sonntag", 13. 8. 1962, auch in: Bulletin 1962, S. 1265; Mahncke, Mitwirkung, S. 105.
[222] Grabbe, Unionsparteien, S. 279.
[223] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 97, Aufzeichnung des BMVg, Fü B III 1 LO, 23. 8. 1962.
[224] Artikel zu Guttenberg, in: „Welt am Sonntag", 19. 8. 1962; s.a. Grabbe, Unionsparteien, S. 279.
[225] Vgl. Pommerin, La France, S. 277.
[226] BA, NL Blankenhorn, Bd. 138, Bl. 4–6, Tb. 31. 7. 1962; s.a. Köhler, Adenauer, S. 1193.

Gaulles in Kenntnis setzte[227], stimmte seiner Sicht der Dinge vollends zu: „s'accorder avec les Russes, réunifier l'Allemagne, se dégager de l'Amérique"[228]. In der französischen Diplomatie teilte man Monnets Sorgen zwar nicht, war aber über die jüngste Entwicklung der französischen Außenpolitik ebenfalls nicht glücklich. Sowohl Couve de Murville als auch de Margerie sprachen sich dagegen aus, schon während des Deutschlandbesuchs ein zweiseitiges Abkommen zu beschließen. Der neue Bonner Botschafter machte gar gegenüber seinem deutschen Pendant in Paris keinen Hehl daraus, daß seine Vorstellungen über Europa und die Atlantische Allianz „grundverschieden" von denen des Generals seien. Blankenhorn wandte sich daher mit einem streng geheimen Schreiben an Außenminister Schröder, in dem er offenbar einen Verbündeten sah, und warnte ihn vor dem bevorstehenden Versuch de Gaulles, die Deutschland-Reise als „psychologische Vorbereitung der Durchführung seiner Idee eines zweiseitigen deutsch-französischen Bündnis[ses]" zu nutzen. Da Blankenhorn im Bundestag „erhebliche Widerstände" gegen die Entente à deux vorhersah, gab es seiner Meinung nach nur die Möglichkeit, eine Übergangslösung für die Politische Union zustande zu bringen[229]. Ähnlich äußerte er sich auch gegenüber Bundespräsident Lübke[230].

Seine Einschätzung der Stimmgewichte im Parlament war keineswegs aus der Luft gegriffen. Denn nicht nur die Union, sondern auch die SPD-Opposition konnte mit de Gaulles Europapolitik mehrheitlich nicht allzu viel anfangen, fand sie anachronistisch, während Kennedys Konzept des „Grand design" geradezu euphorisch bejubelt wurde[231]. Blankenhorns Schreckgespenst französischer Ostpolitik war hingegen zumindest für den Augenblick angesichts verschärfter Spannungen zwischen Ost und West in Berlin und Kuba bar jeglicher Realität. Am 17. 8. erschossen Volkspolizisten den DDR-Bürger Peter Fechter bei einem Fluchtversuch und ließen ihn verbluten. Es kam zu Demonstrationen und Protestschritten der Westmächte in Moskau[232]. Zehn Tage später wandte sich Adenauer an de Gaulle und übersandte ihm ein Schreiben an Chruschtschow über diesen Vorfall mit der Bitte, seinen Einfluß geltend zu machen, damit keine weiteren Opfer zu beklagen wären[233]. Der Präsident sagte ihm umgehend zu, bei seinem Deutschlandbesuch auch das Berlin-Problem anzusprechen[234].

Diese Bereitschaft schien um so wertvoller, als die Lage der Spree-Stadt wieder einmal weltpolitische Bedeutung bekam. Meldungen der deutschen Vertretung auf Kuba über ausgedehnte sowjetische Waffenlieferungen und den Bau von Raketenbasen führten am Rhein nämlich zu der Besorgnis, die Sowjetunion könne

[227] Vgl. Roussel, Jean Monnet, S. 742f.
[228] Alphand, L'étonnement d'être, S. 386f., hier S. 387, Tb. 2. 9. 1962; s.a. Roussel, Jean Monnet, S. 744.
[229] BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 37–39, Blankenhorn an Schröder, 2. 8. 1962, Streng geheim, Persönlich; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 764.
[230] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 32, Tb. 1. 9. 1962.
[231] Vgl. Marcowitz, Option, S. 70 u. 93; Grabbe, Unionsparteien, S. 404–407.
[232] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 137; AdG 1962, S. 10044.
[233] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 28. 8. 1962, Geheim; ders. an Chruschtschow, 28. 8. 1962, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 976. Auch Kennedy setzte er von dem Vorfall in Kenntnis (Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 574, Anm. 4).
[234] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 1. 9. 1962, Très secret.

Berlin im Fall einer Konfrontation mit den USA über Kuba als Faustpfand benutzen[235]. Angesichts derartiger Befürchtungen war es kaum überraschend, daß Adenauer in der Frage der britischen EWG-Mitgliedschaft de Gaulle keine Schwierigkeiten bereitete und nicht unzufrieden registrierte, wie die Brüsseler Verhandlungen Anfang August auf den Herbst verschoben wurden[236]. Der Kanzler sprach sich zwar nach wie vor für den Beitritt aus, kaprizierte sich jetzt aber intern noch mehr als zuvor darauf, bei den Verhandlungen müßten die deutschen Wirtschaftsinteressen „nachdrücklich wahrgenommen" werden. Während das Landwirtschaftsministerium angesichts der für die deutschen Bauern drohenden Nachteile beipflichtete und für ein Hinausschieben der britischen Aufnahme plädierte[237], stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, man könne den Briten die Tür nicht verschließen, sofern sie den EWG-Vertrag in seinen wesentlichen Teilen annähmen[238]. Im Fraktionsvorstand der CDU äußerte der Kanzler kurz darauf ganz offen erneut schwere politische wie ökonomische Bedenken und beschwor sogar die Gefahr einer britisch-französischen Gruppenbildung herauf, die am besten im Sinne eines divide et impera durch den Ausschluß Englands verhindert würde. Doch der allgemeine Tenor selbst bei so unterschiedlichen politischen Köpfen wie Schröder und von Brentano ging in die entgegengesetzte Richtung: England würde die Stabilität der Gemeinschaft erhöhen und Europa politisch aufwerten[239].

Daß dieser Dissens nur einen Tag später aufgrund einer Indiskretion in den Zeitungen zu lesen war, mußte den Kanzler erzürnen[240]. Zur Wut über die Unbotmäßigkeit seiner Parteifreunde gesellte sich Resignation über die Auflösungserscheinungen seiner Macht. Um so wichtiger erschien es ihm, nicht auch noch die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu verlieren[241]. Daß er dabei auch zu unlauteren Mitteln griff und die Verschlechterung der Beziehungen zu London in Kauf nahm, zeigte sein Fernsehinterview vom 28. 8., in dem er die Trennung der Frage der britischen Aufnahme in die EWG von der zur Politischen Union empfahl[242]. In der Fraktion regte sich scharfer Widerspruch[243]. Schröder distanzierte sich erstmals öffentlich von seinem Regierungschef und sprach sich dafür aus, England so bald wie möglich die Tür zur EWG wie zur Politischen Union zu öffnen[244]. Auch im Quai d'Orsay rümpfte man die Nase über Adenauers Vorstoß und sorgte sich darum, de Gaulle könne dessen Vorbild nachahmen, obwohl er

[235] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 137f.
[236] Vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 336–338; Interview Hallsteins mit der „Deutschen Welle", 5. 8. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1234; Lamb, Macmillan Years, S. 168–176; Vaïsse, Candidature, S. 139.
[237] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 208, Ressortbesprechung im AA vom 28. 8. 1962, 200–81.12/6/2435, 6. 9. 1962.
[238] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Aufzeichnung Hartlieb, 200–80.00/701/62, 29. 8. 1962, VS-Vertraulich.
[239] Vgl. Poppinga, Mut, S. 447f.; Koerfer, Kampf, S. 664; Marcowitz, Option, S. 69.
[240] S. Adenauer an von Brentano, 24. 8. 1962, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 664f.
[241] Vgl. ebd., S. 665–667.
[242] S. Interview Adenauers mit dem „Norddeutschen Rundfunk", 28. 8. 1962, im Auszug in: AdG 1962, S. 10057E.
[243] Vgl. Poppinga, Mut, S. 449f.; Koerfer, Kampf, S. 667.
[244] S. Interview Schröders mit dem „Sonntagsblatt", 29. 8. 1962, im Auszug in: AdG 1962, S. 10057E.

bisher zumindest in der Öffentlichkeit mehr Zurückhaltung hatte walten lassen[245].

Angesichts der sowjetischen Berlin-Offensive plädierten Beamte des Auswärtigen Amtes dafür, doch noch einmal einen letzten Versuch zu starten, die Politische Union mit Hilfe einer Außenministerkonferenz zu retten. Für den Fall des Scheiterns faßte man schon jetzt in der Koblenzer Straße „ein deutsch-französisches Regierungsabkommen über politische Zusammenarbeit" ins Auge, zu dem Wilhelm Hartlieb bereits ein schriftliches Konzept mit gewissen Elementen aus den Fouchet-Plänen ausarbeitete: periodische Beratungen der Staats- und Regierungschefs sowie der zuständigen Minister; Vorbereitung der Beratungspunkte durch eine permanente Kommission hoher Beamter. Eine Sprengung der EWG befürchtete er nicht, glaubte vielmehr daran, die übrigen Partner in diesen „Zweibund" hineinziehen zu können. Hartlieb sah bei seiner Initiative allerdings zwei Unbekannte: de Gaulle, von dem er nicht wußte, wie weit er gehen würde, und die parlamentarische bzw. öffentliche Meinung, deren gegenwärtig negative Einstellung sich seiner Meinung nach durchaus noch ändern konnte. Alternativ dazu empfahl er die Forderung an Großbritannien, als Preis für den Beitritt zur EWG auch die Mitgliedschaft in der Politischen Union zu akzeptieren. Den Vorteil dieses „kühn[en]" Planes erkannte er in der Chance, Einfluß auf ein etwaiges europäisches *„Atomdirektorium"* zu bekommen, da er sowohl Frankreich als auch Großbritannien unterstellte, den Deutschen Zugang zu ihren Kernwaffen zu verwehren[246].

Der Kanzler suchte zwar ebenfalls mehr Einfluß auf die westeuropäischen Nuklearpotentiale, aber offenbar nicht um den Preis einen Aufnahme der Briten in die Politische Union. Damit stand er klar im Gegensatz zu seinem Außenminister, der sie mit ins europäische Boot zu nehmen wünschte, um nicht allein auf Frankreich angewiesen zu sein. Im Widerspruch zu Adenauer glaubte Schröder auch nicht an die Gefahr eines auf die Kontrolle Deutschlands gerichteten engen Zusammengehens zwischen Frankreich und England im Nuklearbereich, sah vielmehr die Chance, aus der britisch-französischen Rivalität Nutzen zu ziehen[247].

Das gescheiterte Attentat auf den französischen Staatspräsidenten bei Petit Clamart in der Nähe von Paris am 22. 8. wenige Tage vor seiner Abreise nach Bonn gab den Bestrebungen um eine dauerhafte Absicherung der deutsch-französischen Beziehungen geradezu dramatische Züge[248]. Den beiden Hauptdarstellern auf der politischen Bühne an Rhein und Seine wurde damit noch einmal schlagartig klar, wie wichtig es war, ihr gemeinsames Ziel möglichst rasch umzusetzen. Ein „starkes Bekenntnis der Solidarität beider Völker" sollte der Staatsbesuch in den Augen Adenauers ausstrahlen, und dementsprechend intensiv bereitete er die Vi-

[245] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 142, Bl. 125f., Knoke an Schröder, Carstens u. Blankenhorn, FS Nr. 1001, 31. 8. 1962, Geheim, Verschlüsselt, Citissime.

[246] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Aufzeichnung Hartlieb, 200–80.00/701/62, 29. 8. 1962, VS-Vertraulich; s.a. ebd., I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 99–102; Jansen, Entstehung, S. 262f.

[247] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 102; Jansen, Entstehung, S. 263.

[248] Vgl. Adenauer an de Gaulle, Tel., o.D., in: Bulletin 1962, S. 1325; de Gaulle an Adenauer, Tel., o.D., in: ebd., S. 1341. Zum Hergang des Attentatversuchs vgl. Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 274–282.

site vor[249]. Auch de Gaulle präparierte sich sehr gewissenhaft, sammelte Material über die Aufenthaltsorte, frischte seine Deutschkenntnisse auf, um nicht jenes Mißgeschick zu wiederholen, das ihm im Juli 1960 in Rambouillet widerfahren war. Als er Adenauer damals nach der Begrüßung im Schloßpark zum Château begleitete, fragte er ihn auf Deutsch „Wie gehen Sie“, statt „Wie geht es ihnen“, worauf Adenauer irritiert erwiderte: „Zu Fuß“[250].

Ja, der General lernte seine Ansprachen unter den gestrengen Ohren seines Mitarbeiters Pierre Maillard sogar auswendig, weil er in der Öffentlichkeit trotz erheblicher Sehbehinderung keine Brille trug[251]. Von seinem Informationsminister verlangte er eine „bonne ‚couverture‘“ durch Presse und Fernsehen und wußte in seiner aufgeräumten Stimmung im Vorfeld der Reise Peyrefitte geradezu Sensationelles zur deutschen Teilung zu berichten. Deutschland sei stets von Fremden beherrscht worden, von Preußen, einem Österreicher und jetzt von Amerikanern und Russen. Doch die Teilung sei unnatürlich und werde nicht mehr lange dauern. Natürlich strebe das egoistische Interesse Frankreichs danach, die Teilung möglichst lang aufrechtzuerhalten. Doch sei sie nicht für die Ewigkeit. Adenauer glaube das zwar, doch darin habe er Unrecht. Die Zukunft werde ihn widerlegen, Deutschland werde sich wieder einigen[252].

In politischer Hinsicht hatte der General inzwischen wohl auch aufgrund der Meldungen seines Botschafters aus Bonn die Idee spektakulärer Erklärungen oder gar eines Allianzvertrages fallengelassen. Wie de Margerie Anfang September gegenüber Blankenhorn ausführte, sollte der Besuch statt dessen konkrete Fortschritte im Bereich des Jugendaustausches, bei der Anerkennung der Hochschuldiplome, aber auch auf dem Gebiet der Verteidigung bringen. Anders als den britischen EWG-Beitritt, den de Gaulle für „unvermeidbar“ hielt, betrachtete er den Ausführungen de Margeries zufolge die Politische Union für „erledigt“ und dachte auch nicht daran, gemeinsam mit Adenauer eine neue Initiative zur Reform der NATO zu starten[253]. Wenige Tage zuvor hatte der Präsident in einer vorbereitenden Besprechung mit den Ministern für Äußeres, Verteidigung, Erziehung und Jugend die Bereiche abgesteckt, in denen er die bilaterale Kooperation zu forcieren wünschte: In der Außenpolitik seien die Hauptinteressen durch die Regierungen systematisch abzustimmen. In der Verteidigung solle die „solidarité évidente“ in eine „solidarité organisée“ umgewandelt werden. In der Kultur gelte es, eine besondere Zusammenarbeit in der Wissenschaft, der Kunst und auf der Ebene der Universitäten anzustreben. Schließlich hoffte er auf eine Intensivierung der „Contacts humains“. Als Resultat der Koordinierung schwebte ihm ein „accord de principe“ gemäß dem Vorbild der „Entente Cordiale Franco-Britannique“ vor[254].

[249] Blankenhorn, Verständnis, S. 428, Tb. 1. 9. 1962.
[250] Zitiert nach: Tournoux, Tragédie, S. 461.
[251] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 37–39, Blankenhorn an Schröder, 2. 8. 1962, Streng geheim, Persönlich; Blankenhorn, Verständnis, S. 428 f., Tb. 1. 9. 1962; Maillard, De Gaulle, S. 223; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 160, Tb. 3. 9. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 765.
[252] Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 159–161, hier S. 159, Tb. 3. 9. 1962.
[253] BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 30 f., Unterredung zwischen Blankenhorn und de Margerie vom 3. 9. 1962; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 428 f., Tb. 1. 9. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 764 f.
[254] AN, 5 AG 1/161, Unterredung bei de Gaulle vom 31. 8. 1962; s.a. Linsel, Charles de Gaulle, S. 201.

Adenauer, der nun vorsorglich Kennedy den Nutzen der deutsch-französischen Verständigung vor Augen führte und in mehreren Interviews unterstrich, daß sie gegen niemanden gerichtet sei[255], dachte offenbar ähnlich und spielte daher wieder einmal mit dem Gedanken, Schröder auszuwechseln, weil ihn der Außenminister und mit ihm eine Mehrheit in Fraktion und Kabinett „blockiert[en]"[256]. Er tat es nicht, denn er wußte natürlich um seinen beschränkten Handlungsspielraum. Selbst die frankophile Minderheit in Adenauers Umgebung hegte Zweifel, ob der General der Bonner Europapolitik nicht schadete, und hoffte darauf, der Kanzler könne ihn zu einer positiveren Haltung betreffend der Politischen Union bewegen[257].

Deutsch-französische „Union" als Kern eines europäischen Europa

Am späten Vormittag des 4. 9., über zwei Jahre, nachdem in der Bundesregierung erste Gedanken in diese Richtung gelenkt worden waren[258], begann de Gaulles denkwürdiger Staatsbesuch, der erste eines französischen Staatsoberhauptes in der Bundesrepublik, wie Lübke nicht vergaß, bei der Begrüßung auf dem streng gesicherten Flughafen Köln-Bonn herauszukehren[259]. Sein Gast war sich dieser historischen Dimension natürlich voll bewußt und verlieh der Visite in seiner Replik in Anwesenheit des Bundeskabinetts und seiner Delegation kurzerhand „un caractère extraordinaire"[260]. Nachdem die militärischen Ehren erwiesen und die Nationalhymnen verklungen waren, schlängelte sich die Wagenkolonne mit beiden Präsidenten an der Spitze durch fahnengeschmückte Straßen, die bereits seit Stunden von Schulklassen, Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Vereinen und der Bevölkerung umliegender Orte umsäumt wurden. Der Weg führte sie über Troisdorf, Siegburg und Bonn zu Schloß Ernich, dem Sitz des Französischen Botschafters, wo de Gaulle während seines Aufenthaltes in Bonn domizilierte[261].

Da Pompidou nicht mitgekommen war, fuhr Adenauer – ohne protokollarischen Partner – direkt ins Kanzleramt[262] und war auch nicht zugegen, als es am Nachmittag in die Villa Hammerschmidt zu einem Beinaheeklat kam. Ohne Feingefühl für das glatte diplomatische Parkett, meinte der Bundespräsident beim ersten Gedankenaustausch mit seinem französischen Pendant nicht nur sofort sein Herz über die Wahl Ben Bellas zum Staatspräsidenten in Algerien ausschütten,

[255] S. Adenauer an Kennedy, 23. 8. 1962, im Auszug in: Conze, Herausforderung, S. 244f.; Interview dess. mit „Deutsche Welle", 3. 9. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1385; Ansprache dess. im „Deutschen Fernsehen", 3. 9. 1962, in: ebd., S. 1386.

[256] Tb. Jansen, 2. 9. 1962, zitiert nach: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 103; s.a. BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 30f., Unterredung zwischen Blankenhorn und de Margerie vom 3. 9. 1962; vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 428f., Tb. 1. 9. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 764f.

[257] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 103; Jansen, Entstehung, S. 263.

[258] S. BA, NL von Brentano, Bd. 158, Bl. 81, von Brentano an Adenauer, MB 607/60, 23. 5. 1960, Geheim.

[259] S. Ansprache Lübkes auf dem Flughafen Köln-Bonn, 4. 9. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1393.

[260] Ansprache de Gaulles auf dem Flughafen Köln-Bonn, 4. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 3; in deutscher Übersetzung in: Bulletin 1962, S. 1393f.

[261] Vgl. Flohic, Souvenirs, S. 110; von Herwarth, Erinnerungen, S. 273f.; Kusterer, Kanzler, S. 254; Bulletin 1962, S. 1394.

[262] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 252f.

sondern auch vehement den Beitritt Englands zur EWG und zur Politischen Union fordern zu müssen. De Gaulle erwiderte kühl, wenn man Europa wolle, dürften die Briten nicht aufgenommen werden, denn sonst unterwerfe man Europa der amerikanischen Politik. Lübke insistierte, Deutsche und Franzosen könnten nicht allein europäische Politik machen, und er warnte vor gravierenden innenpolitischen Konsequenzen, sollte Großbritannien der Eintritt verwehrt werden[263].

Verärgert über den verpatzten Auftakt[264], der ihm nachdrücklich vor Augen führte, wie wenig Unterstützung Adenauers Kurs in der Bundesrepublik genoß, fuhr de Gaulle zur Redoute nach Bad Godesberg, wo ihm das Diplomatische Korps vorgestellt wurde[265]. Nicht bereit, Lübkes Monitum hinzunehmen, setzte er mit der ersten großen Ansprache am Abend anläßlich des festlichen Diners auf Schloß Augustusburg in Brühl einen unüberhörbaren Kontrapunkt: ein beeindruckendes Plädoyer für die „union" der beiden Nachbarn, als Damm gegen die sowjetische Bedrohung, als Basis für den „môle de puissance et de prospérité" in Europa, als Ausgangspunkt für eine Perspektive der Entspannung und des Friedens auf dem Kontinent vom Atlantik bis zum Ural[266]. Daß diese „déclaration capitale" der ganzen Reise[267] nicht allen in Bonn gefiel, war zu erwarten. Daß Staatssekretär Carstens den Sprachendienst des Auswärtigen Amtes im Auftrag Schröders anwies, das Wort „union" in der deutschen Fassung auf keinen Fall mit „Union", sondern mit „Zusammenschluß" zu übersetzen[268], muß dennoch als erstaunlich vermerkt werden. Doch auch mit dieser Sprachregelung wars das Publikum zufrieden, brach in „anhaltenden Beifall" aus[269]. Hatte es überhaupt begriffen, was de Gaulle ihm nicht als Vision, als Utopie, sondern als konkretes Projekt vor Augen geführt hatte: die deutsch-französische Union als Kern eines von angelsächsischer Bevormundung freien europäischen Europa vom Atlantik bis zum Ural?!

Am nächsten Morgen, der Vortag war mit einem großen Empfang von 2000 Gästen und einem Großen Zapfenstreich ausgeklungen[270], begannen dann die politischen Gespräche zwischen Kanzler und General. Natürlich kam Adenauer zunächst noch einmal auf de Gaulles fulminante Ansprache vom Vorabend zurück, mit der er sich ausdrücklich solidarisch erklärte. Danach versuchte er, den Eindruck der Ausführungen Lübkes über England zurechtzurücken. Beide stimmten darin überein, daß der Beitritt Großbritanniens die Gemeinschaft völlig verändere, und Adenauer machte keinen Hehl aus seiner Abneigung, dies zuzulassen. Viel wichtiger waren ihm angesichts der Stagnation der Politischen Union Fortschritte im deutsch-französischen Verhältnis. Als er seinen Wunsch nach einer fe-

[263] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Lübke und de Gaulle vom 4. 9. 1962, Très secret; Flohic, Souvenirs, S. 110; von Herwarth, Erinnerungen, S. 274; Kusterer, Kanzler, S. 253; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 765; Vaïsse, La grandeur, S. 252.
[264] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 140.
[265] Vgl. Bulletin 1962, S. 1403.
[266] Tischrede de Gaulles auf Schloß Brühl, 4. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 4–6, hier S. 4 u. 5; in deutscher Übersetzung in: Bulletin 1962, S. 1402f.; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, Bd. 765.
[267] Flohic, Souvenirs, S. 111.
[268] Kusterer, Kanzler, S. 201 u. 254.
[269] Ebd., S. 257.
[270] S. ebd.; Bulletin 1962, S. 1403.

sten Abmachung zwischen beiden Staaten über eine dauerhafte Verbindung und einer abgestimmten Politik gegenüber dem Osten äußerte, hakte de Gaulle nach, wollte wie im Juli im Elysée von ihm Genaueres wissen. Wie solle man sich dieses Arrangement vorstellen, ohne die Idee der Sechsergemeinschaft und des englischen Beitritts auszuschließen? Adenauer empfahl ein „gentlemen's agreement", das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei. Das wiederum reichte de Gaulle nicht aus. Auch er wünschte sich zwar keinen feierlichen Vertrag, meinte aber, das Agreement bestehe bereits; es müsse etwas Praktisches hinzukommen, ein Mechanismus zur Konzertierung der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit auf dem Feld der Erziehungspolitik. Gerade der Jugend- und Erziehungssektor schien ihm von höchster Bedeutung. Ausdrücklich unterstrichen beide Staatsmänner noch einmal, ihre Absichten nicht in einem Vertrag, sondern in Form eines Protokolls oder eines Memorandums fixieren zu wollen. De Gaulle erklärte sich bereit, demnächst einen Entwurf aufzusetzen, der von den Außenministern anschließend beraten werden sollte, um die einzelnen Themen zusammenzustellen. Zur Besiegelung der nicht zur Veröffentlichung bestimmten Vereinbarung nahmen beide Staatsmänner einen Briefwechsel in Aussicht[271].

Im Grunde waren sie schon jetzt zu einem weiter gehenden Abkommen bereit, hielten es aber angesichts der sich formierenden Widerstände in Bonn sowie der laufenden Verhandlungen mit London für ratsam, sich zunächst noch zu bescheiden[272]. Nur eine verschwindende Minderheit mochte am Rhein auf einen „Rundumschlag" des Kanzlers und auf die Unterstützung durch „das Volk" hoffen[273]. Adenauer tat es nicht. De Gaulle hingegen kämpfte tatsächlich „um die Seele der Deutschen"[274], träufelte Balsam in ihre Wunden, sprach hier wie dort in einfachen, verständlichen Worten anerkennend über ihre Geschichte, Leistungen, auch Opfer und gab ihnen damit „ein gutes Stück ihres Selbstbewußtseins zurück"[275]. So präsentierte er sich bei einem Auftritt auf dem Bonner Marktplatz vor 10000 Zuhörern ganz populistisch und zog die begeisterten Zuhörer mit pathetischen Ausrufen an „das große deutsche Volk" und einem Bad in der Menge unter Mißachtung sämtlicher Sicherheitsvorkehrungen in den Bann[276].

Von Bonn ging es noch am selben Tag mit dem Wagen nach Köln, wo der Präsident, vom strömenden Regen bis auf die Haut durchnäßt, weil er weder Schirm noch Mantel wünschte, vor 50000 Bürgern erneut die „Vereinigung" zwischen Deutschland und Frankreich beschwor und den ihn begleitenden Kanzler als gro-

[271] AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 5. 9. 1962, Très secret; s.a. Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 177–181; Kusterer, Kanzler, S. 258–264; Bariéty, De Gaulle, S. 560; Köhler, Adenauer, S. 1194f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 765 u. 767; ders., Präsident de Gaulle, S. 174; Vaïsse, La grandeur, S. 252f.

[272] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 264; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 767.

[273] Kusterer, Kanzler, S. 264.

[274] Von Herwarth, Erinnerungen, S. 274.

[275] Blankenhorn, Verständnis, S. 429, Tb. 4.–9. 9. 1962; vgl. Kiersch, De Gaulle; Linsel, Charles de Gaulle, S. 197f.

[276] Ansprache de Gaulles vor dem Bonner Rathaus, 5. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 6f., hier S. 6; s.a. Flohic, Souvenirs, S. 111; Kusterer, Kanzler, S. 264f.; Poppinga, Mut, S. 452f.; Bulletin 1962, S. 1411.

ßen Deutschen und Europäer feierte[277]. Nach dem Essen im Gürzenich und der Besichtigung des Doms fuhr man zum Tee nach Rhöndorf zurück. Am Abend gab Adenauer dann ein festliches Diner auf dem Petersberg. Es sollte mit bitterem Beigeschmack enden, weil von Brentano, mit dem de Gaulle nach der Aufhebung der Tafel zum Auftakt seiner Einzelgespräche zu reden wünschte, der Einladung nicht gefolgt war[278].

Am dritten Tag der Tour d'Allemagne ging es bei gleichbleibend schlechtem Wetter rheinabwärts nach Düsseldorf zur Stadtrundfahrt und zum Haus des Ministerpräsidenten sowie nach Duisburg-Hamborn zur Begegnung mit Stahlkochern in der Thyssen-Hütte – erste symbolische Verneigung vor dem deutschen Föderalismus und der werktätigen Bevölkerung, zugleich aber auch Reise in jenen Teil Deutschlands, der in besonderer Weise Zankapfel zwischen den Nachbarn gewesen war[279].

Adenauer und de Gaulle nutzten die Schiffahrt von Köln auf der „MS Deutschland" zu einem zweiten Vieraugengespräch. Der Kanzler beklagte sich über die Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses und äußerte seine durch die Abberufung Norstads noch geschürte Besorgnis über die Bereitschaft der USA, Europa nuklear zu verteidigen. Auch auf den General wirkte Kennedy unsicher; Europa im Stich zu lassen, das mochte er ihm nun doch nicht unterstellen, obwohl er seit Jahren das Gegenteil gepredigt hatte. Adenauer weihte ihn dann in seine streng vertrauliche Initiative gegenüber Chruschtschow mit dem Ziel eines zehnjährigen Waffenstillstandes in der „deutschen Frage" ein. De Gaulle zeigte sich darüber geradezu irritiert, weil es ihm völlig unverständlich war, wie die Westdeutschen die nationale Frage hinter jene der Lebensumstände ihrer ostdeutschen Brüder stellen konnten[280].

Nachmittags kehrten sie mit dem Sonderzug nach Bonn zurück. Abends traf man sich zum Festbankett[281]. Am nächsten Morgen flog der hohe Gast nach Hamburg. Trotz kritischer Stimmen auch in Paris hatte er auf diesem Abstecher in die „Hochburg der Anglophilie und der Überseeperspektive"[282] bestanden. Eine Fahrt nach Berlin lehnte er hingegen ab, obwohl sie in der deutschen Diplomatie mitunter als „unerläßlich" gehandelt wurde, um jene Stimmen zum Schweigen zu bringen, die behaupteten, Frankreich liefere zur Verteidigung der Frontstadt an

[277] Ansprache de Gaulles vor dem Kölner Rathaus, 5. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 7f., hier S. 8; s.a. Flohic, Souvenirs, S. 111f.; von Herwarth, Erinnerungen, S. 275; Kusterer, Kanzler, S. 266f.; Bulletin 1962, S. 1411f.; Artikel Chartier, in: „Le Parisien libéré", 6. 9. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 989–991.

[278] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 268.

[279] S. Ansprachen de Gaulles in Düsseldorf u. Duisburg, 6. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 9–11; Flohic, Souvenirs, S. 112; von Herwarth, Erinnerungen, S. 275; Kusterer, Kanzler, S. 271–273; Bulletin 1962, S. 1418f.

[280] S. PA, B 151, Bd. 1, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 6. 9. 1962, 115–92A/62, 12. 9. 1962; AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen dens. vom 6. 9. 1962, Très secret; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 181–184; Kusterer, Kanzler, S. 268–271; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 767.

[281] Über den Ort des Banketts liegen unterschiedliche Angaben vor. Nach Kusterer fand es auf Schloß Ernich statt, Lahr und das „Bulletin" verlegen es in die Redoute in Bad Godesberg (Kusterer, Kanzler, S. 273; Lahr an seinen Bruder, 9. 9. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 363f.; Bulletin 1962, S. 1419).

[282] Kusterer, Kanzler, S. 273.

der Spree nur Worte[283]. Resultierte diese Entscheidung tatsächlich aus einer „innere[n] ‚Hemmung'" gegenüber dem Herzen Preußens? Sorgte er sich um eine Aufheizung der Stimmung in der geteilten Stadt und sowjetische Gegenaktionen? Scheute er sich gar davor, als Staatsoberhaupt einer Besatzungsmacht auftreten zu müssen?[284] Oder war es die Rücksicht auf die Sowjetunion, die de Gaulle von einer Reise an die Spree abhielt? Gegenüber dem Regierenden Bürgermeister sollte der General sein Fernbleiben später damit begründen, daß der Charakter des Deutschlandbesuchs durch die von ihm in Berlin erwartete „explosion locale d'émotion" vollkommen verändert worden wäre. Außerdem sei ein entsprechender Besuchswunsch nicht offiziell an ihn herangetragen worden[285]. Beide Argumente wirken wenig überzeugend. Couve de Murville erklärte die Entscheidung des Generals gegenüber der Presse denn auch sowohl mit der Furcht vor sowjetischen Reaktionen als auch mit der französischen Auffassung, daß Berlin eben nicht nur Teil der „deutschen Frage", sondern auch des Ost-West-Konflikts sei[286]. Wer die Bemühungen der Bundesregierungen zur Stärkung der Verbindungen zwischen dem Bund und der alten Reichshauptstadt etwa durch das Abhalten von Parlamentssitzungen als töricht bezeichnete und stets Wert darauf legte, daß Berlin nicht Teil der Bundesrepublik sei, von dem konnte natürlich kein ostentatives Bekenntnis für die Einheit erwartet werden.

Statt dessen also Hamburg. Wenngleich die Hanse-Stadt ihm eine Ansprache an die Bevölkerung verweigerte, ließ er sich von der Begeisterung der über 50000 Menschen auf dem Rathausplatz zu kurzen Begrüßungsworten hinreißen. Nach einer Rede vor der Handelskammer und dem Übersee-Club im Auditorium Maximum der Universität nebst anschließender Hafenrundfahrt[287] ging es zur Führungsakademie der Bundeswehr nach Blankenese, womit der General der alten Idee des Kanzlers nach einem Besuch bei der Truppe halbwegs entsprach. Auch hier, im Kreis der Stabsoffiziere, ging es ihm um die Idee der deutsch-französischen Union. In Anlehnung an eine Empfehlung Adenauers, der ihn am 5. 9. um einige Bemerkungen über die Rüstungsgemeinschaft gebeten hatte, um Strauß mehr für die bilaterale Kooperation einzunehmen[288], forderte der General unter Hinweis auf die gemeinsame Bedrohung „la coopération organique de nos armées en vue d'une seule et même défense" und die „solidarité de nos armes"[289]. Der denkwürdige Tag endete mit einem abendlichen Essen im Rathaus[290].

[283] PA, Botschaft Paris, Bd. 5244, Mertes an Blankenhorn, Vermerk, 28. 6. 1962.

[284] Kusterer, Kanzler, S. 275; ähnlich argumentierend Maillard, der die Entscheidung de Gaulles als „Fehler" bezeichnet (Maillard, De Gaulle, S. 226); s.a. Buffet, De Gaulle, S. 537f.

[285] AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Brandt und de Gaulle vom 24. 4. 1963, Très secret.

[286] S. Interview Couve de Murvilles mit „Welt am Sonntag", 2. 9. 1962, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 995; AdG 1962, S. 10093D.

[287] Vgl. Flohic, Souvenirs, S. 112; Kusterer, Kanzler, S. 275–277; Ansprache de Gaulles im Auditorium Maximum, 7. 9. 1962, in: ebd., S. 277f.; Bulletin 1962, S. 1429.

[288] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 5. 9. 1962, Très secret; Kusterer, Kanzler, S. 263.

[289] Ansprache de Gaulles vor der Bundeswehr Führungsakademie, 7. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 12f., hier S. 13; s.a. Flohic, Souvenirs, S. 112f.; Kusterer, Kanzler, S. 279f.; Soutou, Problèmes, S. 245.

[290] S. Flohic, Souvenirs, S. 114; Kusterer, Kanzler, S. 280f.; Bulletin 1962, S. 1429f.

Am nächsten Morgen stand ein Flug ans andere Ende der Republik in die bayerische Hauptstadt auf dem Programm. Auf dem Odeonsplatz riß der französische Präsident die Zuschauer bei strahlendem Sonnenschein zu derartigen Jubelstürmen hin[291], daß Schröder mit süßsaurem Lächeln kommentierte: „Nun haben wir gedacht, de Gaulle bringt uns die Vereinigung, da nimmt er uns Bayern weg."[292] Einem Besuch in der Alten Pinakothek schlossen sich das Abendessen und eine Festvorstellung im Cuvilliétheater an. Am folgenden Morgen ging es nach dem Hochamt im Liebfrauendom zum Truppenübungsplatz Münsingen zur Visite französischer Soldaten. Nach der anschließenden Begrüßung durch die baden-württembergische Regierung in der Villa Reitzenstein fand als letzter Programmpunkt eines denkwürdigen Staatsbesuchs eine große Kundgebung mit 20000 Jugendlichen im Schloßhof von Ludwigsburg statt, an der auch Lübke, Adenauer und Altbundespräsident Heuss teilnahmen[293]. Noch einmal bäumte sich der General zu einem großen Kraftakt auf, mußte aber dem unglaublichen Energieverschleiß der letzten Tage Tribut zollen und drohte beinahe zusammenzusinken[294]. Wiederholt vom Jubel der begeisterten Menge unterbrochen, rief er ihr in seiner memorierten und auf deutsch gehaltenen Rede zu, man habe einen Strich unter die Vergangenheit gezogen, um die Zukunft zu gestalten. Aufgabe der Regierungen sei es, die Solidarität beider Staaten zu organisieren. Doch die Jugend sei dazu berufen, ihr einen lebensfähigen Inhalt zu geben[295].

Erschöpft, aber glücklich über diesen krönenden Abschluß ließ sich de Gaulle anschließend von Adenauer zum Flughafen bringen. Nach einigen Minuten der Stille rühmte der General während der Fahrt noch einmal die Leistung des Kanzlers beim Aufbau der Bundesrepublik und nannte ihn einen großen Mann. „La réalité", so schweifte er kurz vor der Ankunft in philosophische Gedanken über die Größe historischer Persönlichkeiten ab, „réside dans les faits et non dans les hommes. Un grand homme ne peut être grand que s'il accepte la réalité comme telle, pour la former ensuite."[296] Am Airport angekommen, begleiteten Lübke und Adenauer ihren Gast bis zur Maschine und verabschiedeten ihn[297]. De Gaulles Deutschlandbesuch war zu Ende.

Die Wirkung auf die Bevölkerung hatte die kühnsten Erwartungen in Bonn und Paris weit übertroffen. „Spontan entwickelt[e]" Begeisterung hatte rasch „explosionsartige Formen" angenommen[298] und der Visite die Form einer Kundgebung verliehen, eines „jubelnden Volksfestes, ja eines großartigen Triumphzuges"[299].

[291] S. Ansprache de Gaulles in München, 8. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 14f.; Flohic, Souvenirs, S. 114; Kusterer, Kanzler, S. 282f.; Bulletin 1962, S. 1430.

[292] Zitiert nach: Kusterer, Kanzler, S. 283; s.a. Lahr an seinen Bruder, 9. 9. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 364.

[293] S. Flohic, Souvenirs, S. 115–117; Kusterer, Kanzler, S. 284f.; Bulletin 1962, S. 1430f.

[294] S. Kusterer, Kanzler, S. 287f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 141, Tb. 17. 9. 1962.

[295] S. Ansprache de Gaulles in Ludwigsburg, 9. 9. 1962, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 15–18; vgl. Maillard, De Gaulle, S. 225f.; Picht, De Gaulle.

[296] Zitiert nach: Kusterer, Kanzler, S. 79.

[297] S. Flohic, Souvenirs, S. 117; Kusterer, Kanzler, S. 288f.; Bulletin 1962, S. 1431.

[298] PA, Abg.-Liste, Tef. 204, Bd. 263, Jansen an Paris etc., FS Nr. 3118 Plurex, 8. 9. 1962, Citissime, Verschlüsselt; s.a. ebd., Aufzeichnung 204-82.21/94.07/7-3/920/62, 21. 9. 1962; BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 26f., Tb. 10. 9. 1962.

[299] Lahr an seinen Bruder, 9. 9. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 363; s.a. Artikel Adenauer, in: „Christ und Welt", o.D. abgedruckt in: Bulletin 1962, S. 1449.

Der durch die Reisen Lübkes und Adenauers nach Frankreich vollzogene Akt der Versöhnung galt nun als feierlich besiegelt und von den breiten Massen akzeptiert[300]. In seinen etwa fünfzehn öffentlichen Reden, darunter sechs in deutscher Sprache, hatte der französische Staatspräsident immer wieder auf die Gemeinsamkeit der bilateralen Interessen rekurriert, die Notwendigkeit engster Gemeinschaft als Grundlage der Einigung Europas betont und die Aussöhnung als Herzensangelegenheit beider Völker herausgestrichen. In innerer Übereinstimmung mit dem Kanzler stellte er damit die Weichen auf die bilaterale Union, ohne aber die Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft offiziell abschreiben zu können. Das gemeinsame Kommuniqué vom 7. 9. betonte bezeichnenderweise den beiderseitigen Wunsch, die Verhandlungen über die Europäische Union so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen, und beschränkte sich hinsichtlich der deutsch-französischen Verständigung auf die Feststellung, man werde „praktische Maßnahmen" ergreifen, „um die bestehende Bande wirksam zu verstärken"[301]. Der Eiertanz zwischen eigenem Wollen und äußeren Zwängen war noch nicht beendet.

[300] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 263, Jansen an Paris etc., FS Nr. 3118 Plurex, 8. 9. 1962, Citissime, Verschlüsselt.

[301] Gemeinsames Kommuniqué, 7. 9. 1962, in: EA 1962, S. D457; s.a. Gemeinsames Kommuniqué, 9. 9. 1962, in: ebd., S. D459f.

V.4.2 Protokoll oder Vertrag? Die Verhandlungen über das deutsch-französische Freundschaftsabkommen

Der Dämon der „Achse Paris-Bonn"

Wie zur Beschwichtigung der Bedenken im In- und Ausland gegen die sich anbahnende Zweier-Union verwahrte sich Adenauer in einer Nachlese zum Besuch de Gaulles öffentlich gegen die von ihm selbst noch vor wenigen Monaten benutzte, jetzt aber als „gefährlich" eingestufte Terminologie „Achse Paris-Bonn"[1], sekundiert durch Pariser Verlautbarungen, daß man sich nicht in eine Exklusivität zurückziehe[2]. Während der Sprecher der Bundesregierung, von Hase, versicherte, es sei nicht an Institutionen oder besondere Abmachungen gedacht[3], empfahl der französische Außenminister Couve de Murville seinem italienischen Kollegen als Beruhigungstablette die Bildung eines „bloc des trois grands"[4]. Das Auswärtige Amt trug den Auslandsmissionen noch vor der Rückreise de Gaulles als Sprachregelung auf, etwaige Befürchtungen über eine zu starke Betonung der Bilateralität als „unberechtigt" zurückzuweisen. Die Bundesrepublik sei vielmehr gewillt, mit jedem ihrer Partner ein ähnliches Verhältnis einzugehen und die europäische Einigungspolitik fortzusetzen. Sie betrachte die enge Zusammenarbeit mit Frankreich aber als „conditio sine qua non für den Aufbau der europäischen Gemeinschaft"[5].

Intern sah man im übrigen nicht nur den europa-, sondern auch einen deutschlandpolitischen Impetus: Die Aufwertung der Bundesrepublik bedeutete eine wertvolle Unterstützung im Kampf gegen die Kampagnen des Ostblocks[6]. Aufhalten ließen sie sich aber nicht. Gerade im östlichen Europa formierte sich jetzt noch energischer als nach Adenauers Frankreich-Besuch harscher Protest. Ost-Berlin identifizierte die „Achse Bonn-Paris" mit der „Achse Hitlers und Mussolinis" und wetterte gegen angebliche Bestrebungen zum Aufbau einer Rüstungsgemeinschaft, die den „westdeutschen Militaristen" die Chance böte, den Verbündeten „in ein gemeinsames Abenteuer hineinziehen"[7]. Bei der Regierung des mit Frankreich traditionell freundschaftlich verbundenen Polen regte sich „düstere Betroffenheit" über die geplante deutsch-französische Zusammenarbeit in Politik und Verteidigung[8]. Und der Kreml unterstellte Kanzleramt und Elysée die Absicht zur Zuspitzung der internationalen Lage und zur Forcierung des Wettrüstens[9].

Sogar in der französischen Presse überwogen trotz der allgemein „sehr gut[en]" Aufnahme des Besuchs in der Öffentlichkeit[10] kritische Stimmen. Einige warnten

[1] Artikel Adenauer, in: „Christ und Welt", o.D. abgedruckt in: Bulletin 1962, S. 1449; vgl. Kap. V.4.1.
[2] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Jansen an Blankenhorn, 14. 9. 1962.
[3] Erklärung von Hases, 7. 9. 1962, in: EA 1962, S. D458f.; s.a. Jansen, Entstehung, S. 264f.
[4] Vaïsse, De Gaulle, S. 668.
[5] PA, Abg.-Liste, Ref. 204, Bd. 263, Jansen an Paris etc., FS Nr. 3118 Plurex, 8. 9. 1962, Citissime, Verschlüsselt.
[6] S. ebd., Aufzeichnung 204-82.21/94.07/7-3/920/62, 21. 9. 1962.
[7] Rede Ulbrichts auf der 16. deutschen Arbeiterkonferenz, 8. 9. 1962, im Auszug in: DzD, IV. Reihe, Bd. 8, S. 1054-1964, hier S. 1062f.
[8] Rede Cyrankiewiczs in Majdanek, 16. 9. 1962, im Auszug in: ebd., S. 1084f., hier S. 1084.
[9] S. Erklärung von „TASS", 18. 9. 1962, in: ebd., S. 1095-1099.
[10] PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Konsularkonferenz vom 1./2. 10. 1962.

de Gaulle davor, den deutschen Militarismus und Irredentismus mit dem Versuchsballon einer atomaren Kooperation zu schüren[11]. Andere verkündeten in großen Lettern: „L'Europe sans l'Angleterre: un risque trop grand pour nous"[12].

Die Stimmung im deutschen Blätterwald war insgesamt positiver. Man dankte de Gaulle dafür, das deutsche Nationalgefühl aufgerichtet zu haben[13]. Aber auch jene Organe, die der Aussöhnung positiv gegenüberstanden, ermahnten die Bundesregierung, die europäische Integration darüber nicht zu vergessen: „Man muß das eine tun und das andere nicht lassen." Gefordert seien freilich nicht nur Adenauer und de Gaulle, „die auf eine rasche Vermählung beider Teile des Reiches Karls des Großen drängen", sondern auch die Engländer und die Amerikaner, indem sie ihre bisherige Europapolitik änderten[14]. Diesem Tenor entsprach auch die Haltung der SPD-Opposition. Zwar begrüßte sie den Besuch des französischen Staatsoberhauptes ohne Vorbehalte, forderte die Bundesregierung aber dazu auf, die zweiseitige Verständigung jetzt als Motor für die europäische Einigung und die Erweiterung der EWG zu nutzen[15].

Das Gros dieser Hoffnungen, Sorgen und Befürchtungen wurde in den Regierungszentralen dies- und jenseits des Rheins durchaus geteilt. Couve de Murville sprach sich in einem Danktelegramm an Schröder Mitte September für ein „resserrement des liens si étroite dans beaucoup des domaines qui unissent nos deux pays" aus[16]; doch von Zweibund war bei ihm nicht die Rede. Gewiß wußte er um die diesbezüglichen Antipathien seines Kollegen; allerdings gingen offenbar auch ihm oder zumindest seinem Ministerium die Bestrebungen des Herrn im Elysée zu weit. In einem Memorandum unterstrich der Quai d'Orsay am 6. 9. eindeutig, daß die Tür zur Politischen Union weiter offen stehe. Außerdem erwies sich das von den Beamten zusammengetragene Programm für die bilaterale Zusammenarbeit als weit weniger ehrgeizig als das von de Gaulle in Deutschland vorgestellte: Gespräche auf Ministerebene auf den Gebieten Außenpolitik, Verteidigung, Kultur und Jugend. In der Sicherheitspolitik beschränkte man sich auf gemeinsame Übungen und den Austausch von Offizieren. Als einzig echter Fortschritt konnte lediglich die Absicht gewertet werden, die Konsultationen der Stäbe zu „konkreten Ergebnissen in Form von gemeinsamen Dokumenten" zu führen[17].

Zurückhaltung charakterisierte auch die Haltung ihrer deutschen Kollegen. Sogar bei jenen Diplomaten, die wie Jansen oder Lahr in der deutsch-französischen Verständigung in erster Linie Chancen zu erkennen glaubten, machte sich ein Unbehagen breit, die europäische Integration könne auf der Strecke bleiben[18]. Sie begrüßten das „neue Verhältnis zu Frankreich", waren aber nicht dazu bereit, die

[11] S. „Le Monde", 10. 9. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 714 f.; „Le Monde", 11. 9. 1962, im Auszug auch in: AdG 1962, S. 10096; vgl. dagegen „Courrier de la Nouvelle République", September 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 619–621.

[12] „L'Aurore", 5. 9. 1962.

[13] Vgl. Noack, Fremder, S. 85.

[14] „Industriekurier", 8. 9. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 616–618, hier S. 617 u. 618.

[15] Vgl. Marcowitz, Option, S. 95.

[16] PA, Abg.-Liste, Ref. 204, Bd. 263, Couve de Murville an Schröder, Tel., 10. 11. 1962 [sic!].

[17] Zitiert nach: Soutou, De Gaulle, Adenauer, S. 508; s.a. ders., Général de Gaulle, S. 143.

[18] Vgl. Tb. Jansen, 8. 9. 1962, in: ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 106; Jansen, Entstehung, S. 265; Lahr an seinen Bruder, 9. 9. 1962, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 366.

Beziehungen zu Großbritannien schleifen zu lassen. Voraussetzung dafür war aber, daß die Briten die enge deutsch-französische Verbindung als definitiv betrachteten und jede Spekulation aufgaben, auf dem Kontinent „ein eigenes Spiel" spielen zu können. Waren sie dazu bereit, sah Jansen eine gute Chance für eine „vernünftige Klärung der Problematik Kontinentaleuropa-England"[19]. Kritischere Geister wie Blankenhorn anerkannten zwar die ausgesprochen gute Qualität der derzeitigen deutsch-französischen Beziehungen[20]. Sie befürchteten aber – wie im übrigen auch Monnet[21] –, daß de Gaulle die Abneigung der Bundesrepublik gegen ein ausschließliches Zusammengehen mit Frankreich nicht respektieren würde[22].

Adenauer mochte derartige Skrupel nicht teilen. Der glänzende Erfolg des Staatsbesuchs verschaffte ihm zumindest kurzfristig gegenüber den Gegnern seiner Frankreichpolitik „wieder Luft"[23]. Mit unverkennbarer Genugtuung sah er seinen Kurs am 11. 9. im Kabinett durch Volkes Stimme bestätigt. Doch selbst seine Getreuen Globke und Krone mochten dem nicht mehr folgen[24]. Nur de Gaulle spendete ihm Trost und rühmte seine Visite im Danktelegramm an Lübke als „Anfang einer Ära enger Beziehungen"[25]. Noch immer faszinierte ihn der unglaubliche Enthusiasmus der Deutschen[26], in dem er „un long et obscur attrait de ce peuple pour la France" glaubte erkennen zu können, ohne sich aber sicher zu sein, ob die Franzosen seine Empfindung teilten[27]. Allerdings sah er auch deutlich, daß die Stimmung im Volk von der Bundesregierung nur bedingt geteilt wurde. Gewiß, da war die exzeptionelle Person des Kanzlers, aber wie lange würde er noch die Politik bestimmen? Eile war geboten[28], bekam Adenauer seine schwächer werdende Stellung im Machtgefüge der Bonner Republik doch jetzt deutlich zu spüren. In der Koalition, ja selbst innerhalb seiner eigenen Partei wurde laut über seine Ablösung nachgedacht und ihm in Erinnerung gerufen, daß er als „Kanzler auf Abruf" ein Jahr zuvor für 1963 seinen Rücktritt angekündigt hatte[29].

Unterstützung gewann Adenauer hingegen jetzt vor allem von den Anhängern einer europäischen Atomstreitmacht. Aus Sorge um die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft hatte sich NATO-Generalsekretär Stikker wenige Tage zuvor in einem Memorandum gegen die Vertagung der Aufstellung von Mittelstreckenraketen gewandt und für eine baldige Entscheidung über den potentiellen Einsatz von Nuklearwaffen ausgesprochen. Da ihm eine nukleare Streitmacht der NATO nur sinnvoll erschien, wenn die drei Westmächte sich aktiv daran beteiligten, regte er als Lösung des Problems eine Initiative dieser drei Staaten an. Im Bundesverteidi-

[19] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-2, Jansen an Blankenhorn, 11. 9. 1962.
[20] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 258, Konsularkonferenz vom 1./2. 10. 1962.
[21] S. Blankenhorn, Verständnis, S. 431 f., Tb. 15. 10. 1962; Roussel, Jean Monnet, S. 744 f.
[22] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 148, Bl. 26 f., Tb. 10. 9. 1962.
[23] Tb. Jansen, 8. 9. 1962, in: ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 106; s.a. Jansen, Entstehung, S. 265.
[24] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 768.
[25] De Gaulle an Lübke, Tel., 10. 9. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1427.
[26] S. ders. an seine Schwester Mme. Cailliau, 19. 9. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 261 f.; Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 162, Tb. 12. 9. 1962.
[27] S. de Gaulle an d'Ormesson, 21. 9. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 263.
[28] S. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 160–163, Tb. 3. 9. 1962.
[29] Buchstab, „Zauber", S. 99; vgl. Koerfer, Kampf, S. 668–674.

gungsministerium wurde das Dokument „sehr positiv" bewertet, da es zu erkennen gab, daß es den deutschen Vorstellungen entsprach, durch ein höheres Maß an Abschreckung mehr Sicherheit für Europa zu erreichen[30]. Als Wortführer der europäischen nicht-nuklearen Allianzmitglieder schien Strauß entschlossen, eine Front gegen die USA aufzubauen, um sie zu einer klaren Stellungnahme zu den MRBM-Waffen zu zwingen[31].

Als der NATO-Rat das Memorandum Stikkers am 18. 9 zum ersten Mal behandelte, unterstrich der deutsche Vertreter die Bereitschaft zur Teilnahme an einer integrierten NATO-Streitmacht mit atlantischem Charakter und amerikanischer Beteiligung, deutete zugleich aber den Wunsch an, nicht nur seegestützte Systeme aufzustellen. Da sich das Gremium am Ende jedoch wieder einmal nur darauf einigte, in den nächsten Monate in eine nähere Prüfung einzutreten[32], verfestigte sich bei einigen Unionspolitikern in Bonn der Eindruck, man müsse jetzt stärker auf die Force de frappe setzen und sie als Nukleus einer europäischen Verteidigungsorganisation ausbauen. Strauß nahm allmählich Abschied von seiner Vorstellung einer amerikanisch-europäischen Nuklearkooperation und schwenkte auf eine von ihm schon seit Jahren als Option angedachte von den USA unabhängige europäische Streitmacht um[33]. Damit setzte er sich in einen Gegensatz sowohl zur SPD-Opposition, die von dem Dissens in der Koalition profitierte und sich als atlantische Alternative zur Regierung profilierte, als auch zu den atlantisch orientierten Christdemokraten[34], die aus politischen, sicherheitspolitischen oder ökonomischen Erwägungen am Bündnis mit den USA festhielten. Erhard etwa bezeichnete die Aussicht auf die vom „Trade Expansion Act" eingeleitete Möglichkeit zur Handelsliberalisierung bei einem Aufenthalt in Washington Mitte September als „fine development" und unterstrich die Notwendigkeit zum britischen EWG-Beitritt. Zur Frage der englischen Mitwirkung in der Politischen Union hielt er sich zum Verdruß der Amerikaner, die fest mit der Vollmitgliedschaft rechneten, bewußt bedeckt[35]. Die Bundesregierung plädierte zwar offiziell dezidiert für die Aufnahme Großbritanniens in die EWG, die Schröder gar wiederholt als vordringlichstes Anliegen bezeichnete. Auch hielt sie im Einvernehmen mit den Bundestagsfraktionen, den Interessenverbänden der Industrie, den Gewerkschaften und der öffentlichen Meinung an der Zielvorstellung eines geeinten Westeuropa als einem „wuchtigen Pfeiler auf dieser Seite des Atlantiks" fest. Die Politische Union aber plante Bonn zunächst einmal zurückzustellen[36].

Allein Adenauer gedachte die Briten aus beiden Institutionen herauszuhalten. Als der englische Verhandlungsführer Heath ihn Ende September in Cadenabbia

[30] NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 105, Aufzeichnung Bertram, Fü B III 8, Tgb.Nr. 4348/62, 7. 9. 1962, Geheim; s.a. Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 117–119.

[31] Vgl. ebd., S. 119.

[32] S. Finletter an Dep. of State, Tel. Polto 309, 18. 9. 1962, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 444–446.

[33] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 130; Marcowitz, Option, S. 124f.

[34] Vgl. ebd., S. 138–140.

[35] Unterredung zwischen Erhard und Ball vom 14. 9. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 116–121, hier S. 117.

[36] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Rede Schröders in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 2. 10. 1962; s.a. Rede dess. in der Beratenden Versammlung der WEU, 24. 9. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1513f.; Jansen, Entstehung, S. 263; Marcowitz, Option, S. 70 u. 95.

aufsuchte, riet er ihm unverhohlen zum Verzicht auf den Gemeinsamen Markt: „Wenn ich Premierminister wäre, würde ich den Beitritt wahrscheinlich gar nicht anstreben."[37] Dem Nationalen Sicherheitsberater Kennedys, Bundy, gegenüber, lieferte er Anfang Oktober die entwaffnende Begründung. England passe nicht zu den kontinentalen Staaten und werde außerdem gewiß mit Frankreich um die Führung rivalisieren. Bundy ließ das nicht gelten, denn seiner Meinung nach gab es in den nächsten fünfzehn Jahren nur eine Führungsmacht in Europa: die USA[38]! Das aber war das letzte, was Adenauer hören wollte, betrachtete er die Zeiten der amerikanischen Hegemonie in Westeuropa doch inzwischen als passé. So verstärkten die USA mit der Überheblichkeit einer Supermacht noch die Neigung des Kanzlers nach enger Kooperation mit den Franzosen, um die Bevormundung endgültig abzustreifen.

„Besiegelung der deutsch-französischen Versöhnung in allen Lebensbereichen der beiden Völker"

Derweil beschloß der Conseil des Ministres am 12. 9. unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten gemäß den Absprachen von Bonn die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen[39]. Acht Tage später schickte de Gaulle einen auf den 19. 9. datierten sechsseitigen Entwurf eines Protokolls über die organisierte Zusammenarbeit auf den Gebieten Außenpolitik, Verteidigung sowie Jugend und Kultur, das ohne Abschluß eines Regierungsabkommens durch einen Schriftwechsel in Kraft gesetzt werden sollte. Das Papier lehnte sich an den letzten Fouchet-Plan an, war aber thematisch breiter und organisatorisch straffer. Als grundsätzliches Ziel visierte es die deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen politischen Gebieten an. Konkret bedeutete dies: Systematisierung der Konsultationen in der Europapolitik und den Beziehungen zur Sowjetunion; Ausarbeitung gemeinsamer Dokumente zur Verteidigungspolitik, Gründung deutsch-französischer Zentren für operative Forschung, Vervielfältigung des Personentransfers zwischen den Streitkräften und der Rüstungszusammenarbeit; Förderung des Fremdsprachenunterrichts, der Jugendaustauschprogramme und der Äquivalenz der Diplome. Zwecks Formulierung der notwendigen Richtlinien und Kontrolle der Vorhaben sah das Memorandum Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs alle sechs Monate vor. Die Außenminister sollten sich in dreimonatigen Abständen konsultieren, um die Entwicklung der Zusammenarbeit zu überwachen. Außerdem waren Begegnungen der Generalstabschefs sowie der für Sport- und Jugendfragen zuständigen Minister alle zwei, der Verteidigungs- und der Erziehungsminister alle drei Monate geplant[40].

In einem kurzen Zwischenbescheid äußerte sich Adenauer am 28. 9. erstaunt, daß de Gaulle schon so rasch „ein so umfangreiches und wertvolles Programm" habe ausarbeiten lassen, und kündigte an, bald ausführlicher zum deutsch-franzö-

[37] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 147, Tb. 29. 9. 1962.
[38] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 292f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 147f., Tb. 2. 10. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 770.
[39] S. PA, Abg.-Liste Ref. 204, Bd. 263, Aufzeichnung 204–82.21/94.07/7–3/920/62, 21. 9. 1962.
[40] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 20. 9. 1962, Très secret; ebd., Memorandum, 19. 9. 1962; vgl. AdG 1962, S. 10131A; Maillard, De Gaulle, S. 268f.; Bariéty, De Gaulle, S. 560f.

sischen Zusammengehen, der „Frage Nr. 1" seiner Politik, Stellung zu nehmen[41]. Obwohl er diese Prioritäten am gleichen Tag in zwei Schreiben an Krone bzw. Globke wiederholte, gefolgt von der Reorganisation der NATO, den Beziehungen zu den USA, dem Verhältnis zur Sowjetunion und anderen Problemen[42], gingen die Arbeiten am deutschen Antwortmemorandum nur mühsam vorwärts. Der Grund für die Verzögerung hatte wohl weniger mit dem Tempo der Bonner Ministerialbürokratie zu tun als mit den vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den zuständigen Ressorts und der innenpolitischen Krise, in die die Bundesregierung durch die „Spiegel-Affäre"[43] geriet. Von „Tatendrang"[44] war bei Adenauer in bezug auf die Umsetzung des mit de Gaulle Besprochenen jedenfalls nicht viel zu spüren. Allein Jansen machte sich so seine Gedanken und sprach sich dafür aus, wirklich Tiefgreifendes in den beiderseitigen Zusammenarbeit anzustreben. „Mit deutsch-französischen Hausfrauennachmittagen werden wir kaum weiterkommen."[45].

Der Kanzler wünschte dies gewiß auch, zollte aber der allgemeinen Stimmung am Rhein deutlichen Tribut, als er in seiner Regierungserklärung am 9. 10. eine sorgfältige Prüfung des englischen Beitrittsgesuchs in Aussicht stellte, die Verhandlungen über die Politische Union aufschob und abermals unterstrich, daß die Kooperation mit Frankreich „gegen niemanden in der Welt gerichtet" sei, sondern dem Wohle zweier ehemals verfeindeter Staaten wie dem Zusammenwachsen Europas diene und damit einen Damm gegen den Kommunismus schaffe[46]. Acht Tage später wandte er sich ohne nähere Begründung für seine Saumseligkeit erneut an de Gaulle und avisierte seine eingehende Replik auf dessen Memorandum für Anfang November. Eine erste gründliche Aussprache der Außenminister könne dann in der zweiten Monatshälfte stattfinden[47]. Um die mittlerweile grassierende Verstimmung in Paris aufzufangen, versicherte er dem General in einem erheblich warmherzigeren, handschriftlich verfaßten zweiten Schreiben vom selben Tag, er widme sich der „Union Frankreich-Deutschland [...] mit ganzer Kraft" und sehe darin das „Fundament der Sicherheit und der Freiheit für unsere beiden Völker, für Europa, für den freien Westen"[48].

De Gaulle blieb dennoch verschnupft, da ihm die Angelegenheit nicht schnell genug voranging. „Pour pousser les feux", ließ er jetzt eine interministerielle Kommission unter der Leitung François Seydouxs gründen[49]. Daß die Wahl auf den vor wenigen Monaten aus Bonn zurückgekehrten Botschafter fiel, war in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Sie signalisierte Kontinuität und stellte gleichzeitig einen Affront gegen die Atlantische Allianz dar. Denn Seydoux nahm diese Funktion wahr, obwohl er offiziell zum Ständigen Vertreter im NATO-Rat er-

[41] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 28. 9. 1962; vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 146.
[42] Vgl. Köhler, Adenauer, S. 1195 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 768 f.
[43] Vgl. Schoenbaum, „Abgrund"; Schoeps, Spiegel-Affäre; Seifert (Hg.), Spiegel-Affäre; zur französischen Einschätzung vgl. Artikel Aubert de la Rue, in: „Réforme", 17. 11. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 998–1000.
[44] Köhler, Adenauer, S. 1196.
[45] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Jansen an Blankenhorn, 14. 9. 1962.
[46] Regierungserklärung Adenauers, 9. 10. 1962, in: BT, Sten. Ber., Bd. 51, S. 1638.
[47] S. AN, 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 17. 10. 1962.
[48] Ebd., ders. an dens., 17. 10. 1962.
[49] Bariéty, De Gaulle, S. 561.

nannt worden war. „Bei der NATO", so erklärte Couve de Murville die Sicht de Gaulles, „nun ja, müssen wir schon vertreten sein. Aber die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ist in unseren Augen eine ganz andere Sache."[50] Damit stieß er aber aus Sicht verantwortlicher deutscher Militärs an einen wunden Punkt. Sie gedachten die von Frankreich gewünschte bilaterale Zusammenarbeit im sicherheitspolitisch-strategischen Bereich nämlich nur dann einzugehen, wenn sie in den Rahmen der NATO eingebettet werden konnte, um, wie General Foertsch es in einer Besprechung zwischen Auswärtigem Amt und Verteidigungsministerium formulierte, de Gaulle „zu einer NATO-konformen Haltung zu überzeugen"[51].

Für Adenauer galt diese Position wohl kaum. Vielleicht überschätzte der General aber des Kanzlers Handlungsspielräume, er, der am 10. 10. kurzerhand das Parlament auflöste, weil die Abgeordneten es gewagt hatten, sich seinem Plan der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk zu widersetzen[52]. Mit dem Referendum vom 28. 10. gelang ihm dann die plebiszitäre Durchsetzung seines Ziels und damit die weitere „Entparlamentarisierung" der französischen Politik[53]; „demokratisch und französisch – kaum republikanisch", titelte die deutsche Presse und meinte, das französische Regierungssystem sei nicht mehr parlamentarisch zu nennen[54]. Mit den Wahlen zur Assemblée Nationale im November sicherte der Präsident seine Machtposition dann vollends ab. Während die alten Parteien mit Ausnahme von Kommunisten und Radikalen erhebliche Verluste hinnehmen mußten, gelang es der gaullistischen UNR als erster Partei der französischen Nachkriegsgeschichte, die absolute Mehrheit der Sitze im Palais Bourbon zu erringen[55].

Der Ausbruch der Kuba-Krise am 22. 10.[56] erhöhte noch de Gaulles Ungeduld, und so schickte er dem Kanzler am 26. 10. eine erste Mahnung, die er zur Abfederung des unfeinen Eindrucks in eine Analyse der Geschehnisse in der Karibik einbettete. Hielt er es mittel- und langfristig durchaus für möglich, daß die direkte Bedrohung des amerikanischen Kontinents einen günstigen Effekt auf die Politik der USA ausüben könne, stand er doch zunächst einmal ganz im Banne der Furcht vor einem Übergreifen der Krise auf Europa[57]. Adenauer, der der Kuba-Krise ebenfalls eine heilsame Wirkung für die USA zusprach, ließ sich erneut viel Zeit.

[50] Zitiert nach: Seydoux, Botschafter, S. 18.

[51] PA, B 151, Bd. 1, Unterredung zwischen AA und BMVg vom 2. 11. 1962, 200-80.11/713/62, Geheim.

[52] Vgl. Rémond, Frankreich, T. 2, S. 78–82.

[53] Lucas, Europa, S. 186.

[54] Artikel Sternberger, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31. 10. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 993–995, hier S. 993.

[55] Vgl. Rémond, Frankreich, T. 2, S. 82–88; Ergebnis der Wahlen zur Assemblée Nationale vom 18. u. 25. 11. 1962 in: AdG 1962, S. 10266E.

[56] Zur Kuba-Krise, die durch die amerikanische Seeblockade Kubas vom 22. 10. 1962 (Rundfunk- und Fernsehansprache Kennedys, 22. 10. 1962, in: EA 1962, S. D568-D572) als Folge der Errichtung sowjetischer Raketenbasen ausgelöst worden war, vgl. Beschloss, Powergame, S. 387–565; Biermann, John F. Kennedy, S. 158–211; Blight/Welch, Brink; Chang/Kornbluth (Hg.), Cuban Missile Crisis; Greiner, Kuba-Krise; Vaïsse (Hg.), L'Europe.

[57] S. de Gaulle an Adenauer, 26. 10. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 270f.; vgl. ders. an Macmillan, 22. 10. 1962, in: ebd., S. 269; Erklärung des Conseil des Ministres, 24. 10. 1962, in: ebd., S. 270; de Gaulle an Kennedy, 1. 12. 1962, in: ebd., S. 278f.; Vaïsse, Hirondelle.

Am 5. 11. verkündete er in einem weiteren Hinhaltebrief, er wolle die beiderseitige Zusammenarbeit „auf allen Gebieten [...] erweitern und [...] vertiefen“[58]. Drei Tage später war das deutsche Memorandum endlich fertiggestellt. Am 12. 11. ließ es der Kanzler durch Blankenhorn im Elysée überreichen[59].

Die Bundesregierung hob darin die grundsätzliche Übereinstimmung mit der französischen Vorlage und dem prinzipiellen Ziel der Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten hervor, um die „Besiegelung der deutsch-französischen Versöhnung [...] so bald und so konkret wie möglich in allen Lebensbereichen der beiden Völker“ wirken zu lassen. Trotz der mittlerweile ins Land gegangenen langen Wochen, sah sie sich aber nicht dazu in der Lage, auf die ausführlichen Anregungen der französischen Vorlage en détail einzugehen. Und auch in den groben Zügen waren die Vorbehalte Bonns nicht zu übersehen. So billigte man die von Paris gewünschte Systematisierung der bisherigen Konsultationen nur unter der Maßgabe, daß die Konsultationen mit anderen Partnern davon unberührt blieben. In bezug auf die Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor, über die sich Adenauer im übrigen laut Begleitschreiben mit de Gaulle demnächst persönlich zu unterhalten gedachte, bestand die Bundesregierung darauf, sie in den Rahmen der NATO einzubinden. In der Fremdsprachenfrage betonte sie, sich mit den Bundesländern ins Benehmen setzen zu müssen. Angesichts des noch erheblichen Abstimmungsbedarfs war es nicht verwunderlich, daß der Kanzler den Termin für das Treffen der beiden Außenminister nunmehr auf Anfang Dezember verschob[60].

De Gaulle benutzte die Gelegenheit der Audienz für Blankenhorn, um vor dem Hintergrund der mittlerweile beendeten Kuba-Krise zu einer großen Rückschau in die Geschichte auszuholen und ihm in gewiß irritierenden Ausführungen die Friedfertigkeit des russischen Volkes vor Augen zu führen. „Hiergegen sprächen auch nicht etwa die kommunistischen, weltrevolutionären Absichten und Ziele“, fügte er zum Abschluß hinzu, „denn in all diesen Fragen sei die sowjetische Politik im wesentlichen von rein nationalen Interessen und Überlegungen bestimmt.“[61]

Am Tag nach der Unterredung zwischen de Gaulle und Blankenhorn flog Adenauer zu Konsultationen mit Kennedy in die USA. Lange Zeit hatten sich die Amerikaner sowohl hinsichtlich der Verhandlungen über die Aufnahme der Briten in die EWG[62] als auch der zunehmend engeren deutsch-französischen Kooperation bedeckt gehalten. Aus den Berichten und Informationen, die man über de Gaulles Staatsbesuch in der Bundesrepublik erhielt, mußte Washington zwei Schlüsse ziehen: Londons EWG-Mitgliedschaft war noch keineswegs perfekt,

[58] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 5. 11. 1962; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 773.

[59] S. Tb. Blankenhorn, 12. 11. 1962, in: BDFD I, S. 920f.

[60] PA, B 151, Bd. 1, Memorandum der Bundesregierung, 8. 11. 1962, Geheim; s.a. ebd., Gegenüberstellung des deutschen mit dem französischen Memorandum, 200–80.11/775/62, 28. 11. 1962, Geheim; AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 8. 11. 1962; Lang, Bemühungen, S. 137; Soutou, L'alliance incertaine, S. 242f.

[61] Tb. Blankenhorn, 12. 11. 1962, in: BDFD I, S. 920f., hier S. 921; s.a. Linsel, Charles de Gaulle, S. 177.

[62] Vgl. Rusk an EWG-Vertretung, Tel. Busec 54, 31. 7. 1962, Secret, Eyes only, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 113–116.

und die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris würde sich künftig noch intensivieren[63]. Während man sich dem Drängen der Engländer auf Unterstützung in der Beitrittsfrage durchaus anschloß[64], hielt man sich gegenüber der deutsch-französischen Annäherung noch zurück. Solange nicht die Gefahr eines geschlossenen bilateralen Systems bestand, begrüßte das State Department die engen Beziehungen der beiden Rheinanrainer. Nur langsam dämmerte es am Potomac, daß Adenauer den der deutsch-amerikanischen Partnerschaft bisher eingeräumten unbedingten Vorrang zugunsten der deutsch-französischen Freundschaft aufzugeben bereit war[65].

Es war in dieser Hinsicht nicht gerade vertrauensbildend, daß die Presse zur Ankunft Adenauers in Washington wesentliche Inhalte seines Memorandums an de Gaulle veröffentlichte. Und es konnte dem Kanzler auch kaum recht sein, wenn sie in durchaus zutreffender Analyse von einer Zusammenarbeit mit einem „unwiderruflichen Element" sprach, ja von der Gefahr der Exklusivität und dem Argwohn der Partnerstaaten sinnierte[66]. Natürlich bemühte sich die Bundesregierung nach Kräften, den Verdacht einer ausschließlichen deutsch-französischen Verständigung sofort auszuräumen und die Kompatibilität mit EWG bzw. NATO herauszukehren[67]. Dennoch verlief die erste Sitzung zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten am 14. 11. nicht zuletzt wegen der Meinungsverschiedenheiten über die atomare Teilhabe der Europäer ziemlich unharmonisch.

Aufgrund der Initiative Stikkers vom September hatten Arbeitsgruppen des Pentagon und des State Department inzwischen die technischen Möglichkeiten zur Realisierung des MLF-Projekts geprüft und sich ungeachtet erheblicher Bedenken in den Spitzen der Ministerien für eine Überseeflotte mit 200 Polaris-Raketen und multinational gemischten Mannschaften sowie einem Vetorecht der Amerikaner beim Einsatz der Waffen ausgesprochen[68]. Die Reaktionen der Europäer auf diese Vorschläge fielen höchst unterschiedlich aus. Paris blieb ohne offizielle Mitteilung und ignorierte die Vorschläge; Brüssel äußerte sich im ganzen positiv; in Rom herrschte Skepsis vor, und aus London kam Ablehnung[69].

In Bonn waren die Meinungen geteilt. Während die Opposition bei ihrem Nein gegen eine europäische Nuklearstreitmacht blieb und sich statt dessen für die Mitwirkung der Bündnispartner im Planungsstadium des Nukleareinsatzes aussprach, ohne daraus ein nationales Mitbestimmungsrecht ableiten zu wollen[70],

[63] Vgl. Unterredung zwischen Erhard und Ball vom 14. 9. 1962, Secret, in: ebd., S. 116–121; Gavin an Dep. of State, Tel. 1408, 20. 9. 1962, Secret, Priority, Limit Distribution, in: ebd., S. 736f.; Conze, Herausforderung, S. 249f.

[64] Vgl. Bruce an Schaetzel, 1. 11. 1962, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 122f.; Lamb, Macmillan Years, S. 177.

[65] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 245f. u. 250; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 190–192.

[66] Artikel Loch, in: „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung", 16. 11. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 690f., hier S. 690.

[67] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 145, Bl. 83, Tb. 13. 11. 1962; AdG 1962, S. 10233A; Bariéty, De Gaulle, S. 561.

[68] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 83–85; s.a. Finletter an Dep. of State, Tel. Polto 476, 18. 10. 1962, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 447f.

[69] Vgl. Barbier, Force multilatérale, S. 7f.; Hoppe, Teilhabe, S. 85.

[70] Vgl. Rede Brandts in der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD, 5. 9. 1962, im Auszug in: BDFD III, S. 712–714; Hoppe, Teilhabe, S. 85f., Wilker, Sicherheitspolitik, S. 175–177.

wurde der MLF-Vorschlag von der Bundesregierung mit Adenauer, Schröder und Strauß an der Spitze im Oktober begrüßt. Allerdings bemängelte man in der Ermekeilstraße sowohl die ausschließlich für Überseeschiffe konzipierte Lösung als auch das amerikanische Vetorecht[71]. Dem Bundesverteidigungsministerium schwebte nicht nur eine Mitsprache der Europäer beim Einsatz der Waffen vor; es plädierte auch für eine gemischte Dislozierung zu Land und zu See auf Kriegsschiffen und U-Booten[72].

Seit der Kuba-Krise rückte das MLF-Projekt bei den Amerikaner wieder in den Hintergrund, und Kennedy ließ Adenauer sein gesunkenes Interesse deutlich spüren. Als der Kanzler die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen verlangte, drängte der Präsident auf den raschen Aufbau konventioneller Potentiale[73]. Ziemlich fordernd trat er auch in der Frage des englischen EWG-Beitritts auf, in gewisser Hinsicht sogar auf deutschen Wunsch. Da die Brüsseler Verhandlungen stagnierten, weil Paris und London gleichermaßen mauerten[74], hatte Schröder kurz zuvor Ball darum ersucht, den Kanzler durch den Präsidenten von der Unterstützung des französischen Kurses abzubringen[75]. Kennedy mußte dazu kaum überredet werden. Sollten die Europäer die Briten auskreisen, so warnte er mit erhobenem Zeigefinger, sei ein Sieg der gegen die EWG eingestellten Labour-Party bei den nächsten Unterhauswahlen vorprogrammiert. England müsse aber fest mit den kontinentalen Staaten verbunden werden, zumal die Entwicklung in Frankreich keineswegs sicher sei. Adenauer pflichtete der Analyse uneingeschränkt bei und sagte volle Unterstützung zu. Er unterstrich aber sogleich, daß er keinerlei Erfolgsgarantie geben könne, und begehrte von Macmillan mehr Flexibilität insbesondere in der Agrarfrage[76]. Wie ernst es ihm damit war, zeigte ein nach seiner Rückkehr in Bonn verfaßter Reisebericht an de Gaulle. Adenauer betonte darin Kennedys Drängen in der England-Frage, ließ aber die von ihm selbst gezeigte Konzilianz bezeichnenderweise unerwähnt[77].

Der außen- wie innenpolitisch wachsende Druck zwang den Kanzler zu weiterem Lavieren. Am 19. 11. verließen die Liberalen aus Protest gegen die Verwicklung des Bundesverteidigungsministers in die „Spiegel-Affäre" die Koalition, wollten damit insgeheim aber auch den Kanzlerwechsel ins Werk setzen[78]. Erst vier Wochen später schienen die Wogen nach einem heftigen „Flirt" zwischen Adenauer und der SPD[79] mit der Umbildung der Regierung wieder geglättet, wo-

[71] Vgl. Haftendorn, Projekt, S. 421f.; Hoppe, Teilhabe, S. 86; Kelleher, Germany, S. 190f.

[72] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 117, „Atlantische oder europäische Atomstreitmacht", o.D.; Hoppe, Teilhabe, S. 84; Soutou, De Gaulle, Adenauer, S. 511.

[73] S. Unterredung zwischen Adenauer und Kennedy vom 14. 11. 1962, Secret, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 450–454; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 162; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 773f.

[74] S. Bruce an Schaetzel, 1. 11. 1962, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 122f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 340; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 189f.; Camps, Phase, S. 127–132; Lamb, Macmillan Years, S. 178–187.

[75] S. Ball an Kennedy, Memorandum, 15. 11. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 124.

[76] S. Unterredung zwischen Adenauer und dems. vom 15. 11. 1962, Secret, in: ebd., S. 124–128; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 161f.

[77] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 20. 11. 1962, im Auszug in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 586, Anm. 35; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 774.

[78] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 684–686; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 790.

[79] Ebd., S. 795.

bei die Ersetzung von Strauß durch den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein von Hassel auf Mitte Januar 1963 terminiert wurde[80] und Adenauer seinen Rücktritt für den Herbst 1963 vorankündigte[81]. Sollte der Alte Herr nunmehr auf Ruhe an der innenpolitischen Front gehofft haben, so mußte er sich schon bald eines Besseren belehren lassen. Der „Kampf ums Kanzleramt" zwischen Adenauer und Erhard setzte erst richtig ein[82] und verknäulte sich unentwirrbar mit dem seit Monaten schwelenden Streit um die Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik zwischen den sogenannten „Atlantikern" und den „Gaullisten". Mochten sich der Kanzler und sein Vize auch noch in der gemeinsamen Ablehnung des jüngsten Memorandums der EWG-Kommission über die zweite Entwicklungsstufe der Sechser-Gemeinschaft[83] einig sein[84], in der Frage der Annäherung an Frankreich bestand offener Dissens. Erhard hielt sie für verhängnisvoll und kämpfte für die Einbeziehung Englands in den Gemeinsamen Markt[85]. Auch Schröder forderte den Beitritt Großbritanniens weiterhin mit Vehemenz[86].

Doch die Verhandlungen in Brüssel kamen nicht voran[87], was sowohl in Bonn als auch in London beunruhigte. In der Union forderten atlantisch orientierte Abgeordnete wie Kurt Birrenbach den Parteivorsitzenden dazu auf, sein Gewicht beim General in die Waagschale zu werfen, um den „hinhaltende[n] Widerstand der französischen Delegation" aufzuheben. Für sie lag der britische Beitritt im vitalen Interesse der Bundesrepublik, weil nur so ein geeintes Westeuropa als zweite Säule der Atlantischen Partnerschaft entstehen konnte[88]. Einträchtig mit ihren Kollegen von der SPD unterzeichneten sie jetzt eine neuerliche Erklärung des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa", die sich im Sinne Monnets noch einmal für die britische EWG-Mitgliedschaft und die Partnerschaft mit den Amerikanern aussprach[89]. Adenauer dagegen sah die Lage ganz anders, schob die Schwierigkeiten in Brüssel vor allem London in die Schuhe[90]. „Europa darf nicht zur Melkkuh Indiens werden", meinte er mit einem Seitenhieb auf die britische Commonwealth-Präferenz gegenüber seinem außenpolitischen Berater Osterheld[91]. Mag er auch keine unüberwindlichen Vorbehalte gegen England gehegt haben, so war ihm die Freundschaft zu Frankreich doch erheblich wichtiger. Endlich böte sie die Chance, „unter die Vergangenheit einen Strich zu machen", schrieb er de Gaulle Anfang Dezember zum Dank für die Entlassung der letzten

[80] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 686–706; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 790–810.
[81] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 166, Tb. 6. 12. 1962; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 811.
[82] Koerfer, Kampf, hier S. 707.
[83] S. Memorandum der EWG-Kommission, 24. 10. 1962, im Auszug in: EA 1963, S. D63-D68; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 206–209.
[84] S. Unterredung zwischen Adenauer und Kennedy vom 15. 11. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 125; AN, 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 20. 11. 1962; Rede Erhards vor dem Europäischen Parlament, 20. 11. 1962, in: Erhard, Gedanken, S. 770–780.
[85] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 707 f.
[86] S. Pressekonferenz Schröders, 27. 11. 1962, in: Bulletin 1962, S. 1885 f.
[87] Vgl. AdG 1962, S. 10308A; Ball an Kennedy, 10. 12. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 138 f.
[88] StBKAH, NL Adenauer, 10.06, Birrenbach an Adenauer, 7. 12. 1962; s.a. Marcowitz, Option, S. 73.
[89] S. Erklärung des „Aktionskomitées für die Vereinigten Staaten von Europa", 18. 12. 1962, in: EA 1963, S. D79-D82; Marcowitz, Option, S. 73 u. 95 f.
[90] S. StBKAH, NL Adenauer, 10.06, Adenauer an Birrenbach, 31. 12. 1962.
[91] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 176, Tb. 8. 1. 1963.

deutschen Kriegsverbrecher aus französischer Haft[92]. Diese Fokussierung entsprang keiner Gefühlsduselei, sondern dem politischen Kalkül, daß de Gaulle die deutsche Politik aus eigenem Interesse mehr unterstützte als Kennedy[93].

Gleichwohl, die von Beamten der beiden Außenministerien mittlerweile geführten Gespräche über die vorliegenden Memoranden boten keinen Anlaß zu großen Erwartungen. An der Seine zeigte man sich über die deutschen Vorstellungen sehr enttäuscht, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Sprachenfrage[94]. Als Jansen Anfang Dezember zur Vorbereitung des Treffens der beiden Außenminister an die Seine reiste, traf er im Quai d'Orsay und im Elysée zwar auf eine große Bereitschaft zur zweiseitigen Verständigung. Er hörte aber auch von der Sorge, de Gaulle könne ihr eine nationalistische Note geben[95]. Im Gegenzug setzte sich bei seinen Gesprächspartnern der Eindruck fest, als ob die Bundesregierung die Zusammenarbeit insbesondere in militärischer wie kulturpolitischer Hinsicht unter dem Druck der innenpolitischen Widerstände in einer sehr viel begrenzteren Perspektive als Frankreich wünschte[96]. Als Hemmschuh galt namentlich der Bundesaußenminister, von dem man nicht recht wußte, ob er den Kurs des Kanzlers mittragen werde[97]. Da Jansen nach Bonn berichtet hatte, de Gaulle lehne den britischen EWG-Beitritt augenblicklich ab[98], fuhr Schröder Mitte Dezember mit der Absicht nach Paris, Couve de Murville eine verbindliche Zusage zum britischen EWG-Beitritt und eine positivere Einstellung zur NATO abzufordern[99]. Doch er verzichtete schließlich wohl in der Erkenntnis darauf, daß er sich dem Willen Adenauers und de Gaulles allenfalls um den Preis einer nachdrücklichen Brüskierung der Franzosen widersetzen konnte. Zugleich geboten auch seine ostpolitischen Ambitionen in Richtung Polen und Ungarn zur Zurückhaltung, weil er auf die Unterstützung der Franzosen hoffte[100].

Bei der Beratung des Programms zur Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen definierte Couve de Murville am 17. 12. als Ziel der gemeinsamen Politik die Herstellung einer „position commune", wann immer sie möglich sei. Schröder betrachtete die gegenseitige Konsultation als Herzstück dieser Kooperation und erklärte sich mit den vorgesehenen regelmäßigen Treffen der Ressortminister prinzipiell einverstanden. Nur für den Kulturbereich machte er mit Rücksicht auf die Kulturhoheit der Länder einen Vorbehalt geltend. Seine Idee gemeinsamer diplomatischer Vertretungen in Drittstaaten fand Couve de Murville zwar interessant, wichtiger erschien ihm aber die Formulierung einer einigen Po-

[92] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 5. 12. 1962, Vertraulich. Es handelte sich um Carl Albrecht Oberg und Helmut Knochen.
[93] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 169, Tb. 28. 12. 1962.
[94] S. AMAE, Europe 1961–1965, Allemagne, Bd. 1574, Sitzung der interministeriellen Kommission vom 19. 11. 1962.
[95] Vgl. Jansen, Entstehung, S. 265 f.
[96] S. AN, 5 AG 1/161, Aufzeichnung Maillard, 3. 12. 1962.
[97] S. Seydoux, Botschafter, S. 19 f.
[98] Vgl. Aufzeichnung Jansen, 5. 12. 1962, im Auszug in: AAPD 1963, S. 67 f., Anm. 2; Hölscher, Krisenmanagement, S. 13.
[99] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-1, Denkschrift Thomas Jansens, S. 107; Jansen, Entstehung, S. 266.
[100] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 16. 12. 1962, Confidentiel.

sition gegenüber Dritten. Die Minister verständigten sich schließlich auf den Modus der Konsultationen und die Grundzüge einer Übereinkunft mit den Schwerpunkten Außenpolitik, Verteidigung, Erziehungs- und Jugendfragen. Analog zu dem in Paris bereits unter Seydoux bestehenden Komitee sollte jetzt auch in Bonn ein interministerieller Ausschuß zur Koordinierung der Kontakte zwischen den deutschen und französischen Ressorts unter der Leitung von Jansen eingerichtet werden. Von einem Vertrag war weiterhin keine Rede; vielmehr sprach man von einem Protokoll zur internen Unterrichtung der Regierungen und eventuell von einem Kommuniqué, das die großen Linien der Vereinbarung der Öffentlichkeit präsentieren konnte. Um die Dokumente zu verabschieden, nahmen die Minister ein Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer am 21./22. 1. 1963 in Paris in Aussicht, wobei Couve de Murville auch die Einbeziehung der Minister für Äußeres, Verteidigung, Erziehung und unter Umständen der Finanzen und der Wirtschaft anregte[101].

Mit der Bekanntgabe dieses Datums ließen sich beide Regierungen bis zum 3. 1. 1963 Zeit[102]. Innen- wie außenpolitische Turbulenzen in den letzten Wochen des alten und den ersten Tagen des neuen Jahres legten nahe, abwartende Vorsicht walten zu lassen. In den Kanzleien am Rhein und an der Seine geriet vieles in Fluß. Adenauer vermochte sich von der durch die Spiegel-Affäre ausgegangenen innenpolitischen Schwächung nicht mehr zu erholen und mußte erkennen, daß seine Zeit als Kanzler ablief und die präsumtiven Nachfolger Erhard oder Schröder die Entente mit Frankreich kaum in dem von ihm gewünschten Maße zu pflegen beabsichtigten. Der Außenminister erwies sich zwar als loyaler Mitarbeiter, betrachtete die Annäherung an Frankreich aber gewiß nicht wie der Kanzler als Auftakt zu einem sehr engen Zusammenschluß. Um so dringender erschien es Adenauer, dieses Ziel noch in der ihm verbleibenden Zeit, also möglichst rasch, zu erreichen.

De Gaulle hingegen befand sich angesichts der politischen und ökonomischen Stabilisierung der V. Republik und nicht zuletzt dank des Waffenstillstandes in Algerien innenpolitisch in einer wesentlich besseren Position. Das Referendum vom 28. 10. über die Verfassungsänderung zur Direktwahl des Präsidenten und die Parlamentswahlen im November hatten seine Machtposition in jüngster Zeit erheblich gefestigt[103]. „La France", so schrieb er dem Botschafter in London, de Courcel, zum Jahreswechsel nicht ohne Stolz, „commence 1963 avec divers atouts en main."[104] Indem er ebenfalls bald auf ein exklusives Bündnis setzte, reagierte er vor allem auf die jüngste Entwicklung in den Verhandlungen zum britischen EWG-Beitritt und in der MLF-Frage.

[101] Ebd., Unterredung zwischen dens. vom 17. 12. 1962, Confidentiel; vgl. Couve de Murville, Außenpolitik, S. 210; Bulletin 1962, S. 2001 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 561; Jansen, Entstehung, S. 266; Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 175. Wenn Seydoux in seinen Memoiren de Gaulle bereits am 23. 11. 1962 von einem „Vertrag" sprechen läßt, kann es sich wohl nur um ein Versehen oder eine fehlerhafte Übersetzung handeln (Seydoux, Botschafter, S. 20).

[102] S. AN, 5 AG 1/161, Lucet an Bonn, Tel. 1, 2. 1. 1963; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 187.

[103] Vgl. Kap. V.1.5.

[104] De Gaulle an de Courcel, 4. 1. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 299; s.a. ders. an Debré, 4. 1. 1963, in: ebd.

Das Nassau-Abkommen und seine Folgen

Besorgt über die negativen Auswirkungen der innenpolitischen Stärkung de Gaulles auf die Brüsseler Verhandlungen hatte Macmillan mit ihm Mitte November ein Treffen vereinbart[105]. Während der Premierminister die am 15./16. 12. in Rambouillet stattfindenden Gespräche vornehmlich dazu nutzte, um den General zu mehr Konzilianz in der Europapolitik zu bewegen, trachtete der französische Präsident danach, den britischen Regierungschef aus der nuklearen Umklammerung der Amerikaner zu befreien. Noch zu Zeiten Eisenhowers hatte Großbritannien das Angebot der USA angenommen, die Luftwaffe mit der in Entwicklung befindlichen Skybolt-Rakete zu modernisieren, was implizit dem Verzicht auf ein eigenes Trägersystem für die Nuklearköpfe gleichkam. Inzwischen waren Kennedy und McNamara aber zu dem Schluß gekommen, das Skybolt-Programm vor dem Hintergrund der erfolgreich verlaufenen Entwicklung der Polaris-Rakete zu stoppen[106]. In diesem Sinne hatten sie Macmillan wenige Tage vor dessen Abreise nach Frankreich über Probleme bei der Skybolt-Rakete unterrichtet[107]. Der Premierminister versuchte daraufhin, dem General den Gedanken einer engen britisch-französischen Nuklearkooperation schmackhaft zu machen. Als de Gaulle keinen Zweifel daran ließ, daß er die Force de frappe auf keinen Fall preiszugeben bereit war, strich sein Gast im Gegenzug die englische Hilfsbedürftigkeit gegenüber den Amerikanern heraus. De Gaulle schloß daraus, England wolle seine besonderen Beziehungen zu den USA nicht aufzugeben, gleichzeitig aber auf dem Kontinent mitmischen. Als Macmillan ihn dann auf die Aufnahme in die EWG ansprach, lehnte er sie unverblümt bis auf weiteres ab[108].

Wenige Tage später kündigte der französische Präsident seinem Informationsminister an, er werde am 14. 1. vor die Presse treten und dort sowohl die Frage des englischen EWG-Beitritts als auch jene der französischen Position zur MLF beantworten: „Ce sont les deux questions essentielles, je veux les *vider* toutes les deux."[109] Die zentralen Themen der berühmt-berüchtigten Pressekonferenz de Gaulles, die soviel Staub aufwirbeln sollte, standen also den Aussagen Peyrefittes zufolge bereits Mitte Dezember fest. Ihr Tonfall dürfte sich durch gewisse Ereignisse der folgenden Tage fernab von Paris noch erheblich verschärft haben.

Aus Gründen der politischen Rücksichtnahme auf Macmillan, dessen Regierung durch die amerikanische Nuklearpolitik in Turbulenzen geriet, entschloß sich Kennedy nämlich, ihm bei einem Treffen in Nassau die Fortsetzung des Skybolt-Programms unter der Maßgabe der hälftigen Kostenübernahme anzubieten.

[105] S. ders. an Macmillan, 22. 11. 1962, in: de ebd., S. 275 f.; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 340; Macmillan, End, S. 337 f.

[106] S. Memorandum des Dep. of State, 31. 10. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 1083–1085; Aufzeichnung McNamara, 9. 11. 1962, Secret, in: ebd., S. 1085 f.; Rusk an dens., 24. 11. 1962, Secret, in: ebd., S. 1086–1088; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 432–435; Neustadt, Alliance, S. 30–47; zur amerikanisch-britischen Nuklearkooperation einführend: Gowing, Nuclear Weapons.

[107] Vgl. Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 435–437; Neustadt, Alliance, S. 47–49; AdG 1962, S. 10299A.

[108] Vgl. Burin des Roziers, Retour aux sources, S. 153 f.; Macmillan, End, S. 345–355; Kommuniqué in: AdG 1962, S. 10311B; Bozo, Stratégies, S. 96–98; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 429–432; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 332–335; Lamb, Macmillan Years, S. 189–193; Vaïsse, Candidature, S. 141–147.

[109] Unterredung zwischen Peyrefitte und de Gaulle vom 19. 12. 1962, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 336.

Macmillan, der „very much upset" aus Rambouillet abgereist war[110], lehnte aber ab, weil er wußte, daß den USA Skybolt nicht mehr genügte. Statt dessen verlangte er Polaris-Raketen unter Beibehaltung der britischen nuklearen Unabhängigkeit und nicht, wie die Amerikaner es wünschten, eingebunden in eine multilaterale Atomstreitmacht. Entgegen den Warnungen der an der Integration Englands in den kontinentalen Einigungsprozeß interessierten Beamten des State Department um Ball sah sich Kennedy gezwungen, die britischen Forderungen weitgehend anzunehmen. Großbritannien erhielt die Polaris, aber ohne Sprengkopf, und behielt sich das unabhängige Verfügungsrecht vor. Die vorhandenen britischen Nuklearstreitkräfte sollten der Atlantischen Allianz zusammen mit einigen amerikanischen Kernwaffen als Teil einer multinationalen Atomstreitmacht (MNF) zugeordnet werden. Zugleich erklärten sich beide Seiten zur Entwicklung der NATO-Atomstreitmacht (MLF) bereit. Durch die Parallelität der beiden Systeme war einer unterschiedlichen Auslegung des Nassau-Abkommens von vornherein Tür und Tor geöffnet[111].

Im Bewußtsein des schweren Schadens, den dieses Übereinkommen bezüglich der französischen Haltung zum englischen EWG-Beitritt anrichten würde[112], schrieb Kennedy noch von Nassau aus an de Gaulle, um ihm in gewisser Anerkennung des Triumviratkonzepts und vager Form ebenfalls Polaris-Raketen ohne Sprengkopf zu offerieren. Was Frankreich damit ohne die erforderlichen nuklear ausgerüsteten U-Boote und ohne die für Polaris geeigneten Sprengköpfe machen sollte, blieb sein Geheimnis[113]. Vier Tage später wandte sich der Präsident auch an den Kanzler, um ihn über das Abkommen mit Macmillan sowie das Schreiben an de Gaulle zu informieren und der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß nunmehr ein bedeutender Schritt in Richtung auf die von Bonn gewünschte multilaterale Atomstreitmacht gesetzt worden sei[114].

Mit ihrem als „major turning point" der eigenen Politik verkauften Angebot wollten die USA die zunehmend ungestümer auf Nuklearteilhabe drängende Bundesrepublik vom westlichen Nachbarn trennen, zugleich Frankreich besänftigen[115] und offenbar für ein Teststoppabkommen gewinnen, das man mit der So-

[110] Zitiert nach: PA, B 151, Bd. 1, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1469, 20. 12. 1962, Geheim.

[111] S. Unterredung zwischen Kennedy, McNamara und Ball vom 16. 12. 1962, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 1088–1091; Unterredung zwischen dems. und Macmillan vom 19. 12. 1962, Secret, in: ebd., S. 1091–1101; Unterredung zwischen dens. vom 19. 12. 1962, Secret, in: ebd., S. 1102–1105; US-Delegation an Ball, Tel. 1, 19. 12. 1962, Secret, in: ebd., S. 1106 f.; Rusk an dens., Tel. 27, 20. 12. 1962, Secret, Priority, Eyes only, in: ebd., S. 1108; Unterredung zwischen Kennedy und Macmillan vom 20. 12. 1962, Secret, in: ebd., S. 1109–1112; Kommuniqué und Gemeinsame Erklärung, 21. 12. 1962, in: EA 1963, S. D30-D32; vgl. Ball, Disziplin, S. 109–115; ders., Past, S. 266–268; Macmillan, End, S. 355–362; Haftendorn, Kernwaffen, S. 115 f.; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 437–443; Lamb, Macmillan Years, S. 311–316; Mahncke, Mitwirkung, S. 136–139; Neustadt, Alliance, S. 50–55.

[112] Vgl. Ball, Past, S. 268; Conze, Herausforderung, S. 255.

[113] S. Kennedy an de Gaulle, mitgeteilt in: Ball an Paris, Tel. 4, 20. 12. 1962, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 1112–1114; Barbier, Force multilatérale, S. 9; Bozo, Stratégies, S. 99; zu den französischen Planungen zum Bau eines U-Bootes vgl. Vaïsse, Filière.

[114] S. Kennedy an Adenauer, 24. 12. 1962, mitgeteilt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 149, Bl. 74–76, Müller-Roschach an Blankenhorn, FS Nr. 738, 29. 12. 1912, Geheim, Verschlüsselt, Citissime; s.a. Rusk an Bonn, Tel. 1436, 21. 12. 1962, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 467 f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 168.

[115] Rusk an Paris, Tel. 3198, 1. 1. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 743 f., hier S. 743; vgl.

wjetunion anstrebte[116]. Mit diesem Coup traf der amerikanische Präsident zwar den Geschmack linkssozialistischer Kreise in Frankreich, die bereits vor einer abrüstungszerstörenden Nuklearkooperation „gaullo-straussienne" warnten[117]. Aber er verkannte völlig die Stimmung der französischen Regierungsspitze. Der Verlauf der Kuba-Krise hatte das Prestige der westlichen Vormacht in Europa zwar angehoben, aber zugleich deutlich unter Beweis gestellt, daß die USA ihre Entscheidungen am Rande des Nuklearkrieges ohne echte Konsultation mit den Verbündeten fällten[118]. Ein Versuch der französischen Diplomatie, die Amerikaner zu einem System der politischen Verständigung zu drängen, in das auch die Deutschen aufgenommen werden sollten, war im November fehlgeschlagen[119]. In dem Maße, wie sich bei de Gaulle das Gefühl der amerikanischen Dominanz verstärkte, wuchs die Abneigung, sich ihr unterzuordnen. Den 1958 eingeleiteten Versuch, ein Triumvirat der drei westlichen Nuklearmächte aufzubauen, erachtete er jetzt für vollends illusorisch[120]. Demgegenüber zog er aus dem Ende der Krise den Schluß, daß die Sowjetunion nicht an einem Krieg interessiert und für Europa eine Öffnung nach Osten möglich sei[121].

Obwohl das amerikanische Angebot das französische Gewicht in der Waagschale der Nuklearmächte aufwertete[122], fiel die Pariser Reaktion reserviert aus. Der Quai d'Orsay zeigte sich dem State Department gegenüber zwar interessiert. Couve de Murville ließ aber unmißverständlich erkennen, daß man Europa nicht zur amerikanischen Bastion verkommen lassen[123] und eine gründliche Prüfung des Angebots vornehmen wolle. Eines war schon jetzt klar. Die Chancen der Briten zum EWG-Beitritt waren durch das Nassau-Abkommen nicht eben gestiegen[124]. In den Augen des Generals hatten sie Europa verraten und sich als unabhängige europäische Nation aufgegeben[125]. Dementsprechend teilte de Gaulle Adenauer zwischen den Jahren mit, er werde sich auf Kennedys Offerte abwartend verhalten[126].

Für die Bundesrepublik stellte sich der Fall naturgemäß anders dar. Jüngste Reden des amerikanischen Verteidigungsministers[127] hatten in Bonn den bereits vorhandenen Eindruck bestärkt, Washington wolle das Nuklearmonopol bis auf wei-

Conze, Herausforderung, S. 255; Costigliola, Kennedy, S. 264; Soutou, L'alliance incertaine, S. 235f.

116 Vgl. Barbier, Force multilatérale, S. 9.

117 Artikel Bourdet, in: „France-Obervateur", 20. 12. 1962, im Auszug auch in: BDFD III, S. 716.

118 S. de Gaulle an Macmillan, 6. 11. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 272; Alphand, L'étonnement d'être, S. 388, Tb. 22. 12. 1962; Conze, Herausforderung, S. 251; Costigliola, Kennedy, S. 261.

119 Vgl. ebd., S. 263.

120 S. de Gaulle an Macmillan, 6. 11. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 272; Bozo, Stratégies, S. 94f.

121 Vgl. Costigliola, France, S. 128f.; ders., Pursuit, S. 47.

122 Vgl. Artikel Rovan, in: „Mannheimer Morgen", 29. 12. 1962.

123 Vgl. Alphand, L'étonnement d'être, S. 389, Tb. 22. 12. 1962; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 51f.; Conze, Herausforderung, S. 255f.; Lamb, Macmillan Years, S. 319.

124 Vgl. Bozo, Stratégies, S. 99f.

125 Vgl. Costigliola, Kennedy, S. 264.

126 S. Knoke an AA, FS Nr. 1486, 27. 12. 1962, Geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 921–924.

127 S. „Scope Paper" des Dep. of State, LSP/S-3, 6. 12. 1962, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 454–458; Rusk an dass., Tel. Secto 22, 15. 12. 1962, Secret, Priority, in: ebd., S. 458–460; ders. an Rom, Tel. 1151, 18. 12. 1962, Top secret, in: ebd., S. 460f.; ders. an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. CA-6704, 20. 12. 1962, Secet, in: ebd., S. 462–467; Barbier, Force multilatérale, S. 8; Mahncke, Mitwirkung, S. 134–136.

teres behalten und allein über die Form eines etwaigen militärischen Konfliktes bestimmen[128]. Da die deutschen Militärs eine Vorwärtsverteidigung ohne nukleare Komponente als unmöglich betrachteten[129] und der Kanzler die Mitsprache bei den Atomwaffen aus politischen Erwägungen als unerläßlich bewertete, um die Bundesrepublik nicht zur „Macht dritten Ranges" absteigen zu lassen, glaubte die Bundesregierung die MLF nicht ausschlagen zu können[130]. Adenauer begrüßte daher in seiner Antwort an Kennedy die Entscheidung zugunsten der europäischen Atommacht, verlangte aber die Klärung einer Reihe von Fragen[131]. Daß er nicht euphorischer reagierte, hing nicht zuletzt mit de Gaulle zusammen. Verweigerte sich Frankreich dem Angebot, wären Spannungen in der Allianz vorprogrammiert. Nähme es aber an, drohten jenes Triumvirat und jene Diskriminierung, die der Kanzler seit de Gaulles Memorandum vom September 1958 heftig bekämpfte[132].

Wiederholt suchte der Kanzler in diesen aufregenden weihnachtlichen Tagen den direkten Kontakt zum General. Am 19. 12. übermittelte er ihm nach einem kleinen Weihnachtskonzert zweier Schülerchöre aus Toulouse und Berlin im Palais Schaumburg herzliche Festtagsgrüße[133]. Zwei Tage später erinnerte er mit Glückwünschen zum Neuen Jahr noch einmal an die im ablaufenden Jahr vollbrachte „Besiegelung der deutsch-französischen Gemeinschaft" und „Freundschaft", deren Zustimmung durch die Bevölkerung „alle Erwartungen übertroffen" habe[134]. De Gaulle sah dies in seiner Erwiderung ähnlich, richtete den Blick aber sofort auf die noch zu bewältigende Aufgabe und die Bedeutung der für Mitte Januar vereinbarten Begegnung in Paris[135]. Am 29. 12. revanchierte sich Adenauer und ließ ihm als besonderen Vertrauensbeweis eine Abschrift seines Briefes an Kennedy übermitteln[136].

Mittlerweile herrschte an der Seine die Auffassung vor, die USA wollten der britischen Atomstreitmacht mit dem Nassau-Abkommen „den Garaus" machen. Der britischen Verfügungsklausel im Fall nationaler Interessen wurde keine wesentliche Bedeutung beigemessen. Vielmehr glaubte man, daß sich am Potomac die Linie McNamaras gegenüber der Norstads durchsetzen und das Konzept eines multilateralen NATO-MRBM-Systems in Europa aufgegeben werde. In einer gewissen Analogie zum Vorgehen des Kanzleramtes riet der Quai d'Orsay dem Elysée Ende des Jahres, dem Weißen Haus zunächst nur einen Zwischenbescheid zu senden und um Klärung bestimmter Fragen, vor allem der nach der Kontrolle,

[128] Vgl. Pommerin, La France, S. 278.
[129] Vgl. Steinhoff/ders., Strategiewechsel, S. 146 f.
[130] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 176, Tb. 14. 1. 1963.
[131] S. Adenauer an Kennedy, 24. 12. 1962, mitgeteilt in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 149, Bl. 77, Müller-Roschach an Blankenhorn, FS Nr. 738, 29. 12. 1912, Geheim, Verschlüsselt, Citissime.
[132] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 168.
[133] S. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 19. 12. 1962; vgl. Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 297, Kanzler-Tee, 19. 12. 1962, Streng vertraulich.
[134] Adenauer an de Gaulle, 21. 12. 1962, übermittelt in: AN, 5 AG 1/165, Blankenhorn an dens., 21. 12. 1962; o.D. abgedruckt in: Bulletin 1962, S. 2022.
[135] S. de Gaulle an Adenauer, 22. 12. 1962, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 285 f.; Bariéty, De Gaulle, S. 561 f.
[136] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 149, Bl. 74–77, Müller-Roschach an Blankenhorn, FS Nr. 738, 29. 12. 1962, Geheim, Verschlüsselt, Citissime.

zu bitten[137]. Nachdem eine diplomatische Sondierung Alphands bei Kennedy am 30. 12. wenig verheißungsvoll verlaufen war[138], fiel die Antwort de Gaulles entsprechend zurückhaltend aus. Der General verwies am 2. 1. 1963 auf die wegen der fehlenden Sprengköpfe erst in einigen Jahren bestehende Möglichkeit, das amerikanische Angebot zu nutzen, schlug die Offerte aber nicht gänzlich aus[139].

Wenngleich der Quai d'Orsay der Deutschen Botschaft beteuerte, daß das definitive Urteil noch völlig offen sei und letztlich von einer Güterabwägung de Gaulles abhänge, wie er am schnellsten in den Besitz der atomaren Sprengköpfe komme[140], lief der Entscheidungsprozeß doch rasch auf ein „Non" hinaus. Im ersten Conseil des Ministres nach dem Jahreswechsel riet Couve de Murville dazu, das amerikanische Angebot ohne Eile und in der gehörigen Form abzulehnen. Pompidou beklagte vor allem die mangelnde Attraktivität angesichts fehlender Sprengköpfe und U-Boote. De Gaulle pflichtete dem bei und sprach sich angesichts der augenblicklichen Nutzlosigkeit der Offerte dagegen aus, sich an die Amerikaner zu binden[141]. Da dieser Beschluß nicht an die Öffentlichkeit drang, schürten die Franzosen bei den Amerikanern die Hoffnung auf eine Wende in ihrer NATO-Politik. Zwar sah man in Washington langwierige Verhandlungen voraus, setzte aber darauf, daß de Gaulle in der Zwischenzeit den nun in die entscheidende Verhandlungsrunde gehenden[142] englischen EWG-Beitritt nicht torpedierte[143]. Um ihm das Nassau-Abkommen noch schmackhafter zu machen, versicherte Ball Couve de Murville am 10. 1., daß die französischen Nuklearwaffen nicht völlig in die NATO-Streitmacht integriert werden müßten, im Notfall sogar wieder abgezogen werden könnten[144].

Angesichts der noch scheinbar offenen Lage war es für Bonn natürlich dringend geboten, die Tür zur MLF nicht zuzuschlagen. Adenauer fuhr in diesen Tagen entsprechend zweigleisig: Prüfung von Chancen bzw. Gefahren der Nuklearstreitmacht und endgültige Fixierung des deutsch-französischen Konsultationsabkommens, wohingegen Großbritannien nun „demonstrativ links liegen" gelassen[145] wurde.

Im Vordergrund der außenpolitischen Grundorientierung des Kanzlers stand eindeutig das Verhältnis zu Frankreich. Mittlerweile näherte er sich dem Gedanken, mit dem General nicht bloß ein kabinettsinternes Protokoll, sondern einen völkerrechtlichen Vertrag einzugehen. Osterheld hatte ihn nämlich um den Jah-

[137] Knoke an AA, FS Nr. 1486, 27. 12. 1962, Geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 922.
[138] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 390f., Tb. 31. 12. 1962; Bozo, Stratégies, S. 100; Costigliola, Kennedy, S. 264; Soutou, L'alliance incertaine, S. 236.
[139] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 149, Bl. 32, de Gaulle an Kennedy, 2. 1. 1963. Als Zeichen des engen Vertrauens zu Adenauer ließ de Gaulle das Schreiben unter strengster Geheimhaltung nur noch ihm zukommen (ebd., Bl. 31, Blankenhorn an AA, FS Nr. 24, 4. 1. 1963, Geheim, Citissime). S. a. Presseerklärung Peyrefittes, 3. 1. 1963, in: AdG 1963, S. 10340A; Bohlen an Dep. of State, Tel. 2684, 4. 1. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 745–748.
[140] S. Knoke an AA, FS Nr. 1486, 27. 12. 1962, Geheim, Citissime, in: BDFD I, S. 923f.
[141] Vgl. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 338–343, Tb. 3. 1. 1963.
[142] Vgl. Voigt an Schröder, Aufzeichnung 202–84–81/45/63, 8. 1. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 34f.; Hölscher, Krisenmanagement, S. 13f.
[143] Vgl. Costigliola, Kennedy, S. 264.
[144] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 236; s.a. Finletter an Dep. of State, Zirkulartel. Polto 27, 11. 1. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 471–474.
[145] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 814.

reswechsel herum darauf hingewiesen, daß das vorliegende Dokument nach Ansicht einiger Juristen des Auswärtigen Amtes gemäß Artikel 59 GG ratifizierungsbedürftig sei, da es die politischen Beziehungen des Bundes berühre. Reagierte er zunächst abweisend, fand der Kanzler dann wohl unter dem Einfluß von Globke nach wenigen Tagen Gefallen an dem Gedanken, die Übereinkunft auf die Ebene eines Staatsvertrages zu heben. Denn damit meinte er gewissermaßen drei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: Er vermied einen etwaigen Verfassungsstreit, band jene Abgeordnete in der Koalition mit ein, die sich sonst übergangen gefühlt hätten, und verpflichtete vor allem seine Nachfolger zur Fortsetzung des von ihm vorgezeichneten Weges[146]. Adenauer ging jetzt sogar noch einen Schritt weiter und dachte in geradezu gaullistischer Diktion bei seiner Geburtstagscour am 4. 1. laut darüber nach, das deutsch-französische Verhältnis zur Keimzelle einer ganz Europa umfassenden Union zu machen[147]. De Gaulle gratulierte aus der Ferne mit den Worten, er hoffe, die kommende Begegnung werde neue Fortschritte in Richtung auf die Verwirklichung des gemeinsam angefangenen Werkes bringen[148].

Von der Absicht des Kanzlers zur Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrags drang zunächst nichts nach außen. Als der französische Botschafter am 7. 1. in der Koblenzer Straße den Entwurf eines gemeinsamen Protokolls über die deutsch-französische Zusammenarbeit einreichte[149], riet das Auswärtige Amt in einem Kommentar mit Rücksicht auf Artikel 59 GG ausdrücklich davon ab, im Text vom Abschluß eines Abkommens zu sprechen. Inhaltlich bestand indes weitgehender Konsens. Daß das französische Konzept in einem Punkt über die bisherigen Vorschläge hinausging und bemerkenswerterweise von Konsultation in allen wichtigen außenpolitischen Fragen und nicht mehr nur in Fragen von gemeinsamem Interesse sprach, kam den deutschen Vorstellungen durchaus entgegen. Nicht aufgenommen hatte Paris indes die Bonner Bitte nach gemeinsamer Wahrnehmung der Interessen in Drittstaaten, in denen einer der beiden Partner keine Vertretung besaß. Im Gegenzug lehnte das Auswärtige Amt die Pläne des Quai d'Orsay über die verteidigungspolitische Konsultation als zu weitgehend ab und verlangte, sie in den Bezugsrahmen der NATO zu stellen. Auch der seit Jahren bestehende französische Wunsch nach einer Stärkung des Französischunterrichts an deutschen Schulen konnte aufgrund der Kulturkompetenz der Länder so nicht akzeptiert werden[150].

Um die Öffentlichkeit über den Inhalt des nach dem Willen Adenauers und de Gaulles geheimzuhaltenden Protokolls zu informieren, arbeitete das Auswärtige Amt nun für die Unterzeichner eine Gemeinsame Erklärung aus, die den Text in

[146] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 174; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 817f.; ders., Präsident de Gaulle, S. 176.

[147] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 177f., Tb. 8. 1. 1963.

[148] S. de Gaulle an Adenauer, Tel., o.D., in: Bulletin 1963, S. 33.

[149] S. PA, B 150, Bd. 1, Jansen an Carstens, 200–80.11/22/63, 7. 1. 1963, Geheim.

[150] S. Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Entwurf 200–80.11/22/63, 7. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 19–29. Zu der seit Jahren strittigen Fremdsprachenproblematik vgl. Lappenküper, „Sprachlose Freundschaft?"; zur Bedeutung der Frage für de Gaulle vgl. Seydoux, Botschafter, S. 20; zur Zuständigkeit von Bund und Ländern für den Kulturteil des Elysée-vertrags vgl. Sattler, Zusammenarbeitsvertrag.

seinen wesentlichen Punkten zusammenfaßte und in einer Präambel die allgemeine Zielsetzung der Zusammenarbeit darlegte[151]. Zur weiteren Abstimmung traf sich Jansen am 11. und 12. 1. mit dem Leiter der Politischen Abteilung im Quai d'Orsay, Lucet, in Bonn. Weder das Protokoll noch die Gemeinsame Erklärung waren definitiv festgelegt[152]. Mitunter in der Literatur aufgestellte Behauptungen, die französische Seite habe jetzt von einem Abkommen, gar von einem „regelrechten Vertrag" gesprochen[153], entbehren der Grundlage. Beide Parteien stimmten vielmehr darin überein, es bei der Form eines Gemeinsamen Protokolls zu belassen und keinen völkerrechtlichen Vertrag abzuschließen. Allerdings warfen die Beamten des Auswärtigen Amtes intern erneut die Frage auf, ob die Dokumente verabschiedet werden könnten, ohne daß damit die Ratifizierungsbedürftigkeit gegeben sei[154]. Einvernehmen herrschte zwischen Jansen und Lucet im Prinzip auch über die Ausdehnung der politischen Konsultation auf alle wichtigen Bereiche der Außenpolitik. Ohne Einigung blieb aber die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung und der Strategie, da Paris den von Bonn geforderten Rahmen der Atlantischen Allianz nicht akzeptierte. Auch der Dissens über den für de Gaulle evident wichtigen Fremdsprachenunterricht konnte nicht behoben werden. Außerdem verweigerte sich Lucet dem Wunsch Jansens nach einer Formulierung, derzufolge die EWG-Partner über die Entwicklung der beiderseitigen Zusammenarbeit zu unterrichten seien. Einer Prüfung bedurfte schließlich noch der Text einer von ihm vorgelegten Gemeinsamen Weisung an die Vertreter beider Länder in Drittstaaten und internationalen Organisationen[155].

In einem Punkt traten die Meinungsunterschiede nun besonders kraß zutage: der Sicherheitspolitik. Am 14. 1. willigte Adenauer im klaren Gegensatz zu Gaulle in das amerikanische MLF-Angebot ein, beeilte sich aber gegenüber de Margerie, die Kompatibilität zwischen MLF und Force de frappe für die Sicherung des deutschen Territoriums herauszukehren[156]. Gewiß, die bisherigen Prüfungen des Projekts durch die Bundesregierung waren keineswegs euphorisch ausgefallen[157]. Auch in der Opposition traf die MLF auf Vorbehalte. Die SPD sah sie allenfalls als zweitbeste Lösung des nuklearen Problems, da sie die Mitsprache eher als Ein-

[151] S. Gemeinsame Erklärung, Entwurf 200–80.11/25/63, 7. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 29–31; PA, B 150, Bd. 1, Gemeinsame Erklärung, Entwurf 200–80.11/25/63, 10. 1. 1963, Geheim.

[152] S. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 65/63, 10. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 42f.; PA, B 150, Bd. 1, Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Entwurf 200–80.11/45/63, 12. 1. 1963, Geheim, Konzept; ebd., Gemeinsame Erklärung, Entwurf 200–80.11/42/63, 12. 1. 1963, Geheim, Konzept; ebd., Übereinstimmende Weisung, 200–80.11/43/63, 12. 1. 1963, Geheim, Konzept.

[153] Köhler, Adenauer, S. 1196.

[154] S. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 65/63, 10. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 42f.

[155] S. Jansen an dens., Aufzeichnung 200–80.11/40/63, 12. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 56–60; AN, 5 AG/161, Aufzeichnung der Abt. Europa im MAE, 16. 1. 1963.

[156] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 253.

[157] S. PA, B 150, Bd. 1, Strauß an Schröder, Fü B III Tgb.Nr. 30/63, 3. 1. 1963, Geheim, nebst Anlage; Carstens an dens., Aufzeichnung St.S. 3065I/62, 4. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 5–8; Müller-Roschach an dens., Aufzeichnung 301–81–08–0/154/63, 10. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 51–54; von Schmoller an dens., Aufzeichnung 301–81–08–0/154I/63, 12. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 64–67; Dep. of State an Bonn, Tel. 1569, 10. 1. 1963, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 468–471; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 179f., Tb. 14. 1. 1963; NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 119, Rede von Hassels vor dem Bundessicherheitsrat, Fü B III 1 Az 31–01–00–03 Tgb.Nr. 37/63, 23. 1. 1963, Streng geheim.

flußnahme auf das amerikanische Atompotential im Sinne eines Zweischlüsselsystems verstanden wissen wollte, nicht aber als physische Mitwirkung in einer europäisch-atlantischen Nuklearstreitmacht[158]. Demgegenüber beharrte Adenauer im Gespräch mit dem Staatssekretär des State Department, Ball, der ihm die Offerte jetzt mit einem persönlichen Schreiben Kennedys offiziell vorlegte, auf seinen alten Forderungen: Unterstellung einer NATO-Atommacht unter den SACEUR, gleichberechtigte Mitsprache für die Bundesrepublik, weitere Ausstattung der Bundeswehr mit Gefechtsfeldwaffen und Einführung mobiler landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa. Der MLF stimmte der Kanzler im Grundsatz zu, weil er damit die fortgesetzte Treue zur Atlantischen Partnerschaft unter Beweis stellen, die Verteidigung Westeuropas noch fester mit derjenigen der USA verbinden und vor allem nuklearen Mitbesitz sichern konnte, da die theoretische Alternative einer westeuropäischen Atomstreitmacht angesichts der französischen Haltung allenfalls als Zukunftsoption vorhanden war[159].

Die „Bombe aus dem Elysée"

Daß Adenauer ungeachtet aller Bedenken seine Zustimmung zum MLF-Projekt zu diesem Zeitpunkt bereits gab, hing auch mit den dramatischen Ereignissen dieser Stunden in Paris zusammen. Denn während er mit Ball konferierte, trafen im Palais Schaumburg beunruhigende Agenturmeldungen über eine Pressekonferenz ein, die de Gaulle soeben im Elysée-Palast hielt. Innenpolitisch gestärkt und außenpolitisch durch das Verhalten Macmillans in Rambouillet bzw. Nassau persönlich getroffen, sah der General den Zeitpunkt gekommen, die Fronten sowohl gegenüber den Briten als auch den Amerikanern definitiv zu klären. Wie das Ergebnis ausfiele, darüber hatte er schon im Vorfeld durch seine Herolde Auskunft gegeben: Am 9. 1. kündigte Informationsminister Peyrefitte nach einer Sitzung des Conseil des Ministres[160] eine „conférence de choc" an[161]. Und sein Kollege aus dem Landwirtschaftsressort, Pisani, meinte in diesen Tagen dem britischen Botschafter Soames bei einem Verbalausflug in die Tierhaltung vor Augen führen zu müssen, daß der gallische Hahn seine Monopolstellung auf dem europäischen Hühnerhof nicht aufzugeben gedächte. Wenn England in die EWG hineinkäme, gäbe es aber zwei Hähne. „Alors – ce n'est pas aussi agréable."[162] Eingedenk der von Willy Brandt im Zusammenhang mit dem zweiten britischen Beitrittsantrag 1967 überlieferten Aufforderung des seinerzeitigen britischen Außenministers Brown, die Bundesrepublik solle Großbritannien in die EWG hereinholen, „so we can take the lead"[163], war Pisanis Befürchtung keineswegs übertrieben.

[158] S. Rede Erlers in der SPD-Fraktionssitzung vom 15. 1. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 206–225; Grabbe, Unionsparteien, S. 408 f.; Marcowitz, Option, S. 140 f.

[159] S. PA, B 150, Bd. 1, Carstens an diplomatische Vertretungen, FS St.S. 85/63, 14. 1. 1963, Geheim, Verschlüsselt, Citissime; Dowling an Dep. of State, Tel. 1791, 14. 1. 1963, Secret, Priority, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 478–482; Ball, Disziplin, S. 90–91; ders., Past, S. 269 f.; Grewe, Rückblenden, S. 614 f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 180; vgl. Conze, Herausforderung, S. 256 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 117; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 188 f. u. 192 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 729 u. 812 f.

[160] Vgl. Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 349 f.

[161] Zitiert nach: Steininger, Großbritannien, S. 87.

[162] Zitiert nach: Macmillan, End, S. 365, Tb. 12. 1. 1963; vgl. Maillard, De Gaulle, S. 230.

[163] Zitiert nach: Brandt, Erinnerungen, S. 453.

Nun am 14. 1., dem Jahrestag seines großen Erfolgs in der europäischen Landwirtschaftspolitik[164], dem Tag der Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien[165] und des Berichts von Kennedy zur Lage der Nation[166], trat de Gaulle vor 500 Journalisten und 300 Gäste, um ihnen seine Sicht zu den aktuellen Fragen der Weltpolitik darzulegen. Als erster Paukenschlag: England. Mochte die Meinung seiner Minister über die Erweiterung der Sechser-Gemeinschaft auch durchaus günstig sein[167], lehnte der Präsident den EWG-Beitritt Großbritanniens jetzt in ernstem Ton dezidiert ab. Seine Begründung, Britannien sei ob seines maritimen und insularen Charakters aus ökonomischen Gründen nicht zur Aufnahme in die Gemeinschaft geeignet, wirkte äußerst fadenscheinig. Realiter erklärte sich sein Veto denn auch eher aus der Angst vor der britischen Konkurrenz im Kampf um die Hegemonie in Europa. Letzthin fürchtete er aber weniger den englischen als den amerikanischen Hahn auf dem europäischen Hühnerhof, sprich die Amerikanisierung des Kontinents. Deshalb verweigerte er sich in seinem Rundumschlag jetzt auch dem Nassau-Abkommen, wobei seine Argumentation, Frankreich besäße weder die notwendigen U-Boote noch die Sprengköpfe, abermals vorgeschoben war. In Wirklichkeit sah er die nationale Autonomie der Force de frappe in Frage gestellt. Außerdem wußte er natürlich nur zu gut, daß die Annahme des MLF-Angebots unweigerlich auch den Briten die Türen zur EWG öffnen würde. Als Kontrastprogramm zu diesem doppelten Nein präsentierte er dann mit angehobener Stimme und Blick auf die kommende Begegnung mit Adenauer die deutsch-französische Solidarität, beeilte sich aber mit der Feststellung, daß diesem großen Werk nichts Exklusives anhafte, es vielmehr Vorbild für die Kooperation der Sechser-Gemeinschaft sein könne[168]. Verpaßte der General mit dieser schroffen Abfuhr wirklich – wie mitunter in der Literatur gemutmaßt wird – eine einzigartige Gelegenheit, doch noch zu der seit Jahren erhofften trilateralen Nuklearkooperation zu kommen[169]? De Gaulle sah diese Chance nicht, und das jahrelange Hinhalten der Amerikaner scheint ihm recht zu geben.

Die „Bombe aus dem Elysée" verursachte im Palais Schaumburg, wo Adenauer und Ball immer noch zusammensaßen, Konsternierung[170]. Daß de Gaulle den Termin bewußt so gewählt hatte, um sein bevorstehendes Treffen mit dem Kanzler aufzuwerten[171], mag man kaum glauben. Gewiß wollte er ihm mit seiner auch im Quai d'Orsay als „Donnerschlag" empfundenen Pressekonferenz[172] aber auch keine Schwierigkeiten bereiten. Daß er Adenauer „eine Art Schützenhilfe"

[164] Vgl. Kap. V.2.3.
[165] S. Müller-Armack, Weg, S. 238f.; Lahr, Zeuge, S. 372, Tb. 14. 1. 1962; Camps, Phase, S. 135.
[166] S. Botschaft Kennedys zur Lage der Nation, 14. 1. 1963, im Auszug in: EA 1963, S. D57-D62.
[167] Vgl. Steininger, Großbritannien, S. 93f.; Vaisse, Candidature, S. 149f.
[168] S. Pressekonferenz de Gaulles, 14. 1. 1963, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 61–79; auszugsweise deutsche Übersetzung in: EA 1963, S. D87-D94; s.a. Knoke an AA, FS Nr. 80, 14. 1. 1963, Cito, in: AAPD 1963, S. 67–72; Unterredung zwischen Peyrefitte und de Gaulle vom 16. 1. 1963, in: Peyrefitte, C'était de Gaulle, S. 351–356; Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 337f.; Mirow, Konzeptionen, S. 155–158.
[169] Vgl. Soutou, L'alliance incertaine, S. 236f. u. 239.
[170] Grewe, Rückblenden, S. 615.
[171] S. Köhler, Adenauer, S. 1197.
[172] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 265; s.a. Maillard, De Gaulle, S. 271.

glaubte geben zu können, indem er für ihn in der Englandfrage seinen „breiten Buckel" hinhielt[173], erscheint ebenfalls wenig wahrscheinlich. Auf jeden Fall überschätzte er die Machtstellung des Kanzlers[174], der nun starken Angriffen ausgesetzt wurde, weil sich mit dem spektakulären Auftritt des Generals der politische Kontext der deutsch-französischen Verständigung völlig veränderte. Peyrefitte hatte nicht zuviel versprochen. De Gaulles Ausführungen, vor allem die Art und Weise des Vortrags, lösten in den Kapitalen der westlichen Welt einen regelrechten Schock aus. Wie könne man sich bloß von jenen Völkern trennen, so hielten französische Zeitungen dem Staatspräsidenten vor, die in dramatischen Zeiten an seiner Seite gestanden hätten[175]. „Le Monde" sah die Gefahr einer Isolierung Frankreichs, mochte aber zugleich die Chance zu einem bipolaren Atlantizismus und zu einer Annäherung zwischen einem selbständigen Europa und der Sowjetunion nicht ausschließen[176]. Andere Kommentatoren plädierten direkt für eine Wahl zwischen „communauté atlantique" und „pacte franco-germano-soviétique", warfen de Gaulle aber vor, er setze sich zwischen alle Stühle, verweigere sich den Briten und den Osteuropäern, gebe den amerikanischen Schutz auf, ohne sich mit den Sowjets verständigt zu haben[177].

An der Themse war man über das Gebaren des Herrn im Elysée in der Sache kaum überrascht, zumal man seit einigen Jahren die Französische Botschaft abhören ließ. Der Tonfall des Generals schockierte aber sehr wohl[178] ebenso wie in Italien und den BENELUX-Staaten[179]. In Washington verursachte die „frankness and brutality", mit der er Kennedys „Grand design" torpedierte und die „special relationship" zwischen Bonn und Paris propagierte[180], ebenfalls große Erregung. Während sie ihre Entrüstung im diplomatischen Verkehr mit den Verbündeten offen zur Schau stellten, hielten sich die Amerikaner in öffentlichen Kommentaren aber merklich zurück, um de Gaulle nicht noch mehr herauszufordern[181]. Nicht Frankreich, sondern die Bundesrepublik geriet ins Fadenkreuz, weil man von ihr nicht nur Hilfe für den Stapellauf der MLF, sondern auch für den britischen EWG-Beitritt forderte[182].

Eine ähnliche Erwartungshaltung machte sich auch in der Bundesrepublik breit. In der Presse verlangten selbst jene Organe, die eine dauerhafte freundschaftliche Bindung zu Frankreich wünschten, von der Bundesregierung, dem

[173] Kusterer, Kanzler, S. 305.
[174] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 183; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 818. Daß de Gaulle die Wirkung seiner Pressekonferenz auf Adenauers Machtposition nicht beunruhigte, wie Blankenhorn meint, läßt sich nicht bestätigen (BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963).
[175] S. Artikel Bony, in: „L'Aurore", 15. 1. 1963", im Auszug auch in: BDFD III, S. 719–721.
[176] S. Artikel „Sirius", in: „Le Monde", 16. 1. 1963", im Auszug auch in: BDFD III, S. 721f.
[177] Artikel Servan-Schreiber, in: „L'Express", 17. 1. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 725–728, hier S. 727.
[178] Vgl. Davis, The ‚Problem of de Gaulle'; Steininger, Großbritannien, S. 88 u. 96f.
[179] Vgl. ebd., S. 95.
[180] Bohlen an Dep. of State, Tel. 2804, 15. 1. 1963, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 141–143, hier S. 143.
[181] S. Unterredung zwischen Rusk und Fanfani vom 16. 1. 1963, Secret, in: ebd., S. 144–146; ders. an diplomatische Vertretungen, Tel. 1227, 19. 1. 1963, Limit Official Use, in: ebd., S. 146–148.
[182] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 1646, 18. 1. 1963, Secret, Eyes only, in: ebd., S. 482–484; Rusk an Paris, Tel. 3528, 19. 1. 1963, Secret, Limit Distribution, in: ebd., S. 748f.

doppelten Nein des französischen Staatspräsidenten nicht zu folgen[183]. Die SPD-Opposition attackierte die Pressekonferenz des Generals als empfindlichen Schlag, wenn nicht als Todesstoß gegen die europäische Einigung und den von ihr lebhaft befürworteten „Grand design" Kennedys[184]. Adenauer, der zum Jahreswechsel von de Gaulles Absicht zur Pressekonferenz erfahren hatte[185], tadelte dessen Ausführungen intern später als „schrecklich"[186] und als „Fehler"[187]. Jetzt aber stellte sich der Kanzler unverrückbar an die Seite des Generals und geriet damit in dezidierten Gegensatz zur innenpolitischen und innerparteilichen Fronde, die sich gegen die so empfundene „Umarmungspolitik" de Gaulles stemmte, weil sie befürchtete, er könne die Bonner Regierung zur „Option für Paris zwingen"[188]. Außenminister Schröder, der sich von der Philippika de Gaulles düpiert fühlen mußte, weil er sich in den Tagen zuvor in diversen Gesprächen mit ausländischen Kollegen für den baldigen Abschluß der Brüsseler Verhandlungen stark gemacht und die Sorgen vor einer „Achse Paris-Bonn" zerstreut hatte[189], erklärte am 15. 1. ohne Abstimmung mit dem Kanzler in der belgischen Hauptstadt, die Bundesregierung werde sich bemühen, den Beitritt Englands zu erleichtern[190].

Obwohl ihn diese Erklärung, der sich von Brentano in der Fraktion sachlich anschloß[191], gewaltig ärgerte, hielt sich der Kanzler mit einem Verdikt zurück[192]. Einen Streit mit dem Außenminister konnte er sich zu diesem Zeitpunkt auch nicht leisten, mußte doch am Tag darauf das deutsch-französische Abkommen über die nächste Hürde gebracht werden, und die hieß Kabinett. Alle bisherigen Versuche, einer Entscheidung zwischen Frankreich und England auszuweichen, waren hinfällig. Die Polarisierung innerhalb der Union ging bereits so weit, daß die einen die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Eis legen wollten, während eine Minderheit gerade jetzt die nukleare Kooperation mit Paris anstrebte[193]. Adenauer sah sich mit der Forderung konfrontiert, den Besuch in Paris zu verschieben, und er konnte sich lebhaft ausmalen, wie schwierig die Ratifikationsdebatte zum Freundschaftsabkommen werden würde. Daß die vorliegenden Texte, und zwar sowohl das Protokoll als auch die Gemeinsame Erklärung, als zustim-

[183] S. Artikel Benckiser, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 17. 1. 1963", im Auszug auch in: BDFD III, S. 723f.

[184] S. Rede Erlers in der SPD-Fraktionssitzung vom 15. 1. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 207; Marcowitz, Option, S. 96 u. 98.

[185] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Rede Adenauers in der Fraktionssitzung der CDU/CSU vom 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD I, S. 966. Laut Nachrichtendienst der Zeitung „Die Welt" kündigte de Gaulle die mehrfach verschobene Pressekonferenz am 2. 1. 1963 für den 14. 1. 1963 an („Die Welt", 3. 1. 1963).

[186] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 340, Informationsgespräch, 11. 3. 1963, Streng vertraulich.

[187] Ebd., S. 350, Informationsgespräch, 30. 5. 1963, Streng vertraulich; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 216, Tb. 3. 6. 1963.

[188] Grewe, Rückblenden, S. 618; vgl. Marcowitz, Option, S. 96.

[189] S. von Etzdorf an Schröder, FS Nr. 274, 9. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 39–42; Jansen an diplomatische Vertretungen, 204–82.21/94.12/49/63, 14. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 79–81; Lahr an seinen Bruder, 9. 1. 1963, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 370f.; AdG 1963, S. 10349C u. 10351A; Hölscher, Krisenmanagement, S. 14f.

[190] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 183; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 818.

[191] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 15. 1. 1963.

[192] Vgl. Köhler, Adenauer, S. 1198.

[193] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 818f.

mungsbedürftig gelten mußten, sofern sie nicht in bloße Absichtsbekundungen umgewandelt würden, war aufgrund der Prüfungen durch die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes mittlerweile unumstößlich[194].

Als die Bundesregierung am 16. 1. zusammentraf, lag ihr ein Papier des Auswärtigen Amtes vor, das den Stand der Verhandlungen über die deutsch-französischen Zusammenarbeit zwischen Jansen und Lucet vom 11./12. 1. zusammenfaßte und als Ziel noch immer ein Protokoll anvisierte[195]. Allerdings hatten die beiden Beamten am 15. 1. erneut miteinander konferiert und dabei nicht unwichtige Vereinbarungen getroffen. In der Frage der strategischen Kooperation akzeptierte das Auswärtige Amt den französischen Wunsch nach Bilateralität und begnügte sich mit einer mündlichen Zusicherung des Festhaltens an der einheitlichen NATO-Konzeption sowie dem Streichen eines Halbsatzes, der von einer gemeinsamen Militärkonzeption sprach. In bezug auf die von Paris beabsichtigte enge Rüstungszusammenarbeit war Bonn bereit, zumindest eine entsprechende Willensbekundung abzugeben, ebenso hinsichtlich des Französischunterrichts. Im Gegenzug akzeptierten die Franzosen die deutsche Bitte nach Konsultierung der Partner über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen. Strittig war hingegen weiterhin die von Frankreich abgelehnte Einbeziehung eines Hinweises auf die Politische Union. Als neuer Punkt war der vom Quai d'Orsay und auch von Blankenhorn in die Diskussion gebrachte Vorschlag aufgenommen worden, ein deutsch-französisches Austausch- und Förderungswerk für Schüler, Studenten, junge Handwerker und Arbeiter ins Leben zu rufen[196]. Die von Brentano entwickelte Idee einer Art Olympisches Dorf als deutsch-französischer Begegnungsstätte hatte sich demgegenüber nicht durchgesetzt[197].

Tatsächlich gelang es Adenauer mit einer großen Kraftanstrengung noch einmal, den in der Union ausgebrochenen „Krieg zwischen dem atlantischen und dem gaullistischen Lager"[198] beizulegen. Nach einer beeindruckenden Rückschau auf die wechselvolle, immer wieder kriegerische Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen und dem Hinweis auf die Akzeptierung des MLF-Projekts stimmte die Ministerrunde der Unterzeichnung des Protokolls am 16. 1. nach einer positiven Stellungnahme Schröders zu, willigte auch in die von Adenauer als eventuell notwendig bezeichnete formelle Ratifikation durch das Parlament ein[199].

Es war der Sache des Kanzlers gewiß nicht dienlich, daß de Gaulle das sich zusammenbrauende Unwetter als „Kollektivpsychose" abtat[200] und die Lage noch zuspitzte. Mit dem Auftritt Couve de Murvilles in Brüssel am 17. 1. und seiner Forderung nach einer unbefristeten Vertagung der englischen Beitrittsverhand-

[194] S. von Haeften an Carstens, D 5–19/63, 14. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 73 f.; PA, B 150, Bd. 1, ders. an dens., D V-23/63, 16. 1. 1963, Geheim.

[195] S. ebd., Schröder an die Bundesminister u. Globke, 200–80.11/46/63, 14. 1. 1963, Geheim; Aufzeichnung des Referats 200 im AA, 200–80.11/46/63, 14. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 82–85.

[196] S. Jansen an Schröder, Aufzeichnung I A-200–80.11/50/63, 15. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 86–89; zur Entstehung des sich daraus entwickelnden Deutsch-französischen Jugendwerkes vgl. Plum, Jugend.

[197] S. BA, NL von Brentano, Bd. 24, Bl. 85 f., Jansen an von Brentano, 13. 11. 1962.

[198] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 819.

[199] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 183 f.; Bulletin 1963, S. 85.

[200] Maillard, De Gaulle, S. 273.

lungen zerstoben die Hoffnungen der Delegationen, durch ein „business as usual" aus der Sackgasse herauszukommen. Die Fünf konterten mit dem Vorschlag, von einer Arbeitsgruppe der Sechs, Großbritanniens und der EWG-Kommission bis zum 28. 1. Empfehlungen zur Lösung der Probleme ausarbeiten zu lassen, zogen ihn aber sofort wieder zurück, weil Frankreich seine Zustimmung von einer vorherigen Suspension abhängig machte. Am 18. 1 beschlossen die Sechs, die Entscheidung über die Fortsetzung oder unbefristete Unterbrechung der Verhandlungen auf den 28. 1. zu verschieben, wobei Couve de Murville keinen Hehl daraus machte, daß er eine Weiterführung für zwecklos hielt[201].

Ins internationale Schußfeld geriet aber nicht die unangreifbar wirkende französische, sondern die deutsche Regierung. Am Rhein wurde laut darüber nachgedacht, dem Kanzler von der Reise nach Paris abzuraten. Die SPD-Opposition legte ihm die Verschiebung der Fahrt nahe[202]; Angehörige der Koalition ließen durchsickern, wenn der Besuch schon nicht abgesagt werden könne, solle doch zumindest die Unterzeichnung des Abkommens vertagt werden[203]. Adenauer sah sich daher genötigt, am 18. 1. die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen und den Bundestagspräsidenten zu sich zu bitten. Dem von Mende unterstützten Verlangen Erlers nach einem Aufschub der Reisepläne zeigte er sich völlig verschlossen. Zwar sprach er sich auf Anraten seiner Berater für die Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen aus, machte aber keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber dem Beitritt der Briten zum Gemeinsamen Markt. Wichtiger erschien ihm jetzt gar die Aufgabe, mit den Polen in ein möglichst gutes Verhältnis zu kommen. Schützenhilfe bekam der Kanzler dabei vor allem von seinem Außenminister, der zwar heftig über de Gaulles Pressekonferenz schimpfte, den Kollegen aber vor Augen führte, daß die Bundesrepublik Frankreich als engen Verbündeten verlöre, wenn man nun einen Rückzieher machte. Die Runde stimmte daraufhin dem deutsch-französischen Abkommen zu, forderte aber – mit Ausnahme von Brentanos –, das Dokument nicht jetzt zu unterschreiben. Adenauer setzte sich darüber hinweg und willigte auch nur vage in den Vorschlag von Brentanos ein, mit de Gaulle über den englischen Beitritt zu sprechen[204].

Trotz energischer Versuche von seiten der deutschen Industrie und der Wirtschaftsverbände[205], aber auch von Kennedy[206], Rusk[207], McCloy, Acheson[208] oder

[201] S. Lahr an Schröder, FS Nr. 87, 17. 1. 1963, Geheim, Citissime mit Vorrang, in: AAPD 1963, S. 96; Aufzeichnung Voigt, 200–81.12/6/193/63, 18. 1. 1963, in: ebd., S. 97–102; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 343; Lahr, Zeuge, S. 372, Tb. 17. 1. 1962; Macmillan, End, S. 366; AdG 1963, S. 10366A; Camps, Phase, S. 145–147; Hölscher, Krisenmanagement, S. 16f.; Steininger, Großbritannien, S. 98–103.

[202] S. SPD-Fraktionssitzung vom 18. 1. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 232f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 184.

[203] Vgl. ebd., S. 184f.; Bauer, Beziehungen, S. 117; Marcowitz, Option, S. 75; Steininger, Großbritannien, S. 97f.

[204] S. Kommuniqué, 18. 1. 1963, in: AdG 1963, S. 10377; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 22. 1. 1963; AdL, Fraktionsprotokolle, Bd. 14664, Sitzung der FDP-Fraktion vom 22. 1. 1963; SPD-Fraktionssitzung vom 22. 1. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 236f.; Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 474f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 185f., Tb. 27. 1. 1963; Koerfer, Kampf, S. 711f.

[205] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 187; Bauer, Beziehungen, S. 118.

[206] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 1646, 18. 1. 1963, Secret, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 482–484.

Steel[209], hielt der Kanzler an seinem Fahrplan fest und ließ nun in Paris offiziell seinen Wunsch vortragen, kein Protokoll, sondern einen Vertrag abzuschließen[210]. Monnet und Hallstein bestürmten ihn daraufhin nach seiner Ankunft in Paris am Abend des 20. 1., zwischen dem deutsch-französischen Abkommen und dem englischen EWG-Beitritt ein Junktim herzustellen. Doch Adenauer ließ sich nicht erweichen[211] und setzte sich auch über die von britischer Seite noch geschürten[212] massiven Warnungen des Auswärtigen Amtes vor den katastrophalen Konsequenzen eines Scheiterns der Verhandlungen für die deutsche Außenpolitik und die europäische Integration hinweg[213]. Dies ging nun aber selbst einem so frankophilen Diplomaten wie Jansen zu weit. Wenngleich er eine Verschiebung der Unterzeichnung des Abkommens für völlig unmöglich hielt, machte er Schröder darauf aufmerksam, daß in Bonn starke Widerstände erwartet werden müßten, wenn de Gaulle nicht nachgebe. „Der Bundestag kann das Abkommen, ohne es abzulehnen, auf Eis legen."[214] Auch von Brentano beeilte sich nach einer Sitzung des Fraktionsvorstandes, dem bereits an der Seine weilenden Kanzler aus Sorge um die Gefährdung des europäischen Einigungswerkes und der transatlantischen Solidarität „die dringende Bitte" der Parteifreunde zu übermitteln, daß die unterbrochenen Verhandlungen in Brüssel wieder aufgenommen würden[215]. Carstens tat es ihm nach[216]. Doch für Adenauer war das Thema spätestens in dem Moment passé, als er kurz vor der Anreise von Peyrefitte erfahren hatte, de Gaulle sähe den britischen Beitritt erst in einigen Jahren. Eine Störung der nun mit „größtmögliche[r] Publizität" zu feiernden „Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft" wollte der Kanzler nicht hinnehmen[217].

„Voilà le début de l'*intégration*. Mais cette fois-ci sur des bases *réelles*, c'est-à-dire les Etats"

Adenauer war mit großem Troß gekommen: die Minister Schröder, von Hassel, Heck, die Staatssekretäre von Hase, Carstens, die Ministerialdirektoren Jansen und Sattler sowie Botschafter Ophüls[218]. Einige Delegationsmitglieder wirkten „sorgenvoll und nervös", insbesondere Schröder schien schwer an der Belastung

[207] S. Knappstein an Schröder, FS Nr. 188, 19. 1. 1962, Geheim, Citissime, in: AAPD 1963, S. 104f.; Unterredung zwischen Rusk und Alphand vom 19. 1. 1963, Secret, Eyes only, im Auszug in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 750–573; Hölscher, Krisenmanagement, S. 17.

[208] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 187; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 820.

[209] Vgl. Steininger, Großbritannien, S. 97–107.

[210] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 820.

[211] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; Blankenhorn, Verständnis, S. 437f., Tb. 20. 1. 1963; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 820f.

[212] S. von Etzdorf an AA, FS Nr. 69, 21. 1. 1963, Geheim, Cito, in: AAPD 1963, S. 134–136.

[213] S. Aufzeichnung Lahr, St.S. 123/63, 19. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 105–108; Hölscher, Krisenmanagement, S. 19.

[214] Jansen an Schröder, Aufzeichnung D I 200–80.11/101/63, 20. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 108f., hier S. 109; Hölscher, Krisenmanagement, S. 18.

[215] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 53f., von Brentano an Adenauer, Tel., 21. 1. 1963, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang; s.a. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 215, ders. an dens., 22. 1. 1963, Persönlich; Bauer, Beziehungen, S. 119.

[216] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 306f.

[217] Von Hase an AA, FS Nr. 120, 19. 1. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 103; vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 19f.

[218] Vgl. Bulletin 1963, S. 95.

im Verhältnis zu den Angelsachsen zu tragen[219]. Nicht so der Kanzler. In seinen Begrüßungsworten auf dem Flughafen in Orly, wo Pompidou ihn empfing, nahm er erstmals öffentlich das ominöse Wort „Vertrag" in den Mund[220]. In einer Erklärung für das Deutsche und das Französische Fernsehens begnügte er sich hingegen am selben Tag mit der Ankündigung eines „umfangreiche[n] Abkommen[s]"[221], woraufhin Schröder in einem Interview mit dem „Westdeutschen Rundfunk" Wert auf die Feststellung legte, dieses Abkommen werde „dem Bundestag zur Ratifizierung vorgelegt"[222]. Ob auch die Assemblée Nationale damit befaßt würde, stand noch dahin. Den gesetzlichen Bestimmungen zufolge war die französische Regierung nicht dazu gezwungen, das Dokument ins Parlament einzubringen. Sie wußte aber von dem deutschen Wunsch einer Gleichbehandlung, wobei sich aus Bonner Sicht der Ausweg anbot, das Abkommen ohne Abstimmung von den Volksvertretern debattieren zu lassen[223].

Am Morgen des 21. 1. trafen sich General und Kanzler zur Vieraugenbesprechung im Elysée. De Gaulle zeigte sich beeindruckt von Adenauers Worten in Orly, und der Gast erneuerte seinen Wunsch nach einem Vertrag[224]. Dann erging er sich in einem langatmigen Lamento über die amerikanische Politik, lästerte über Kennedys Briefe, mit denen der Präsident versuche, ihn für seine strategischen und nuklearen Vorstellungen zu gewinnen. Der General stimmte in diesen Chor ein und erklärte damit auch die Notwendigkeit zum Bau der Force de frappe. Adenauer versuchte nun vorsichtig, de Gaulles Haltung zu einer deutschen Nuklearwaffe auszuloten, sprach von großen Bedenken gegenüber der MLF, betonte – wie schon so oft – die zeitliche Begrenzung der deutschen Verpflichtung zum ABC-Verzicht und kam dann endlich zum Kern: Was hielte Frankreich davon, wenn die Bundesrepublik eine eigene Rakete entwickelte. De Gaulle betrachtete den Bau deutscher Atomwaffen als unabwendbar, wenn es nicht zur Abrüstung käme, verschwieg aber nicht seine Sorgen um die erheblichen Konsequenzen dieses Schrittes für die internationalen Beziehungen allgemein und insbesondere im Verhältnis zum Ostblock. Dann aber revidierte er seine Meinung, weil Adenauer betonte, er meine nicht Bomben, sondern Raketen. Die schätzte de Gaulle als völlig ungefährlich ein, sah darin gar das Feld einer direkten bilateralen Kooperation. Zusammenarbeit wünschte er sich nicht nur auf dem Rüstungssektor, sondern auch in der Sicherheitspolitik. Die Bundesrepublik müsse bei der Verteidigung Europas die Avantgarde bilden, Frankreich als Atommacht in der zweiten Reihe stehen. Nach derart hochfliegenden Plänen begaben sich die beiden Staatsmänner zum Schluß ihres Treffens kurz in die Niederungen des unerquicklichen Verhältnisses zu Großbritannien, dem der eine mißtraute und der andere wieder einmal die maritime Natur vorhielt[225].

[219] Poppinga, Mut, S. 478f.
[220] Rede Adenauers in Orly, 20. 1. 1963, in: Bulletin 1963, S. 109.
[221] Erklärung dess. für das Deutsche und das Französische Fernsehen, 20. 1. 1963, in: ebd., S. 101.
[222] Interview Schröders mit dem „Westdeutschen Rundfunk", 20. 1. 1963, in: ebd., S. 102.
[223] S. PA, B 150, Bd. 2, Jansen an Schröder, Aufzeichnung zu D I 200–80.11/101/63, 20. 1. 1963, Geheim.
[224] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 307.
[225] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 1. 1963, 115-A.12/63, 25. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 111–123; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 199–204; BA, NL Blan-

Während Adenauer und de Gaulle ihr Einvernehmen zur globalen Lage bekräftigten, zeigten sich in den parallelen Konsultationen der Ressortminister deutliche Diskrepanzen. So nutzte der neue Bundesverteidigungsminister von Hassel die Gelegenheit des Gesprächs mit seinem französischen Kollegen Messmer nicht nur dazu, Bedenken gegen die französische Absicht anzumelden, die aus Algerien abgezogenen Divisionen nicht der NATO zu unterstellen. Anders als Messmer hielt von Hassel auch nichts davon, neben der Front am Eisernen Vorhang noch eine „Tiefenstaffelung" bis einschließlich Frankreich einzurichten, da er den Kampf an der Elbe als entscheidend bewertete[226]. Wenngleich also das Bewußtsein von der strategischen Schicksalsgemeinschaft Frankreich und die Bundesrepublik einte, so trennte sie doch die französische Konzeption von den zwei aufeinander folgenden Schlachten[227].

Zur gleichen Zeit verhandelten die Außenminister mit ihren Beraterstäben über den definitiven Inhalt des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens, an dem Jansen und Lucet schon seit dem 19. 1. feilten. Mehr und mehr nahm es jetzt „den Charakter eines ratifikationsbedürftigen feierlichen Vertrags" an[228], in den nun auch die Absicht zum Aufbau eines Jugendwerkes mit aufgenommen wurde[229], während die gemeinsame Weisung an die Vertretungen in Drittstaaten erst im März auf die Tagesordnung zurückgeholt und im September definitiv abgehen sollte[230]. Als die Delegationen dann am Nachmittag zur ersten Plenarsitzung zusammenkamen, begrüßte de Gaulle nicht nur die Disposition des Dokuments, sondern auch die von Adenauer geplante Ratifizierung. Ja, er stellte seinerseits die Befassung des Parlaments, ja sogar ein Referendum in Aussicht, und betonte, daß es ihm mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor allem um die gemeinsame Verteidigung und die wirkliche Vertiefung der Beziehungen zwischen den Völkern gehe, also insbesondere um die Erziehung der Jugend. Die Frage nach der Form der Unterzeichnung sollten die Experten am nächsten Tag klären[231]. Ein „sehr freundschaftliches Abendessen" im Elysée rundete den Tag ab[232].

kenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; Kusterer, Kanzler, S. 307–313; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 188f.

226 NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 120, Unterredungen zwischen von Hassel und Messmer vom 21./22. 1. 1963, Fü B III 8 Az 31–08–44 Tgb.Nr. 780/63, 29. 1. 1963, Geheim; s.a. Soutou, L'alliance incertaine, S. 255.

227 Vgl. ebd., S. 249.

228 BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; s.a. PA, B 150, Bd. 2, Gemeinsame Erklärung, Entwurf 200–80.11/42^{IIc}/63, 21. 1. 1963, Geheim.

229 S. ebd., Bd. 1, Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Entwurf 200–80.11/45^{I}/63, 16. 1. 1963, Geheim; ebd., Bd. 2, Gemeinsame Erklärung, Entwurf 200–80.11/42^{IIa}/63, 18. 1. 1963, Geheim; ebd., Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit, Entwurf 200–80.11/45^{IIa}/63, 18. 1. 1963, Geheim; ebd., Jansen an Schröder, Aufzeichnung zu D I 200–80.11/101/63, 20. 1. 1963, Geheim.

230 S. ebd., Bd. 4, ders. an Carstens, Aufzeichnung I A 1–200.80.11/270/63, 1. 3. 1963, Geheim; ebd., Ref. 600, Bd. 410, AZ IV 1–88/1024/1, ders. an diplomatische Vertretungen, I A 1–80.11/0/63, 9. 9. 1963.

231 S. Elysée-Konferenz vom 21. 1. 1963, 2–200–80.11/99/63, 24. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 124–128; BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 211f.; Kusterer, Kanzler, S. 313–317; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 189f., Tb. 21. 1. 1963; Bariéty, De Gaulle, S. 563; Schwarz, Präsident de Gaulle, S. 178f.

232 BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; s.a. Tischreden Adenauers und de Gaulles, in: Bulletin 1963, S. 109f.; Tagesprogramm in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 317.

Am folgenden Morgen konferierten Adenauer und de Gaulle zunächst erneut unter vier Augen. Es ging wieder um das Problem der MLF und den englischen EWG-Beitritt, aber auch um die Möglichkeit der deutsch-französischen Nuklearkooperation. Der Kanzler bekräftigte seine Vorbehalte gegenüber den Plänen der USA, die Polaris der MLF ausschließlich auf U-Booten zu stationieren, und unterstrich sein Interesse an landgestützten Mittelstreckenraketen. Der General unterstellte den Amerikanern, die Kernwaffen letztlich in den eigenen Händen behalten zu wollen, und warnte vor den Gefahren, wenn die europäischen Armeen über den Einsatz der Atombomben nicht selbst entscheiden könnten. Adenauer sah dies gewiß auch so, doch seine Konsequenzen fielen anders aus. Ungeachtet aller Bedenken blieb er bei seiner Ball gegebenen Zustimmung zur MLF mit der Begründung, die Bundesrepublik sei gebundener als Frankreich. De Gaulle ging darauf nicht ein, hob statt dessen erneut die Notwendigkeit einer genügend engen europäischen Zusammenarbeit auch auf dem Verteidigungssektor hervor. Da Europa mit dem Nassau-Abkommen seine Chance verspielt hatte, eine atomare Persönlichkeit zu werden, war dies für ihn zwar Zukunftsmusik. Er gab aber seine Hoffnung nicht auf, daß sich die Europäer, sprich Deutsche und Franzosen, der erdrückenden amerikanischen Übermacht doch eines Tages erwehrten und zu einer wirklichen Zusammenarbeit fänden. Adenauer stimmte der Lageeinschätzung zu, ging aber auf diese vorsichtigen Absichtsbekundungen zur Errichtung einer deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft nicht ein. Die Abhängigkeit von den USA, so lautete sein Motto, zwinge die Bundesrepublik zur Bündnistreue gegenüber der NATO. Folglich durfte es die beiderseitige Verteidigungsgemeinschaft nur innerhalb der Allianz geben. Anstatt sich auf de Gaulles Angebot zur bilateralen Selbständigkeit einzulassen, versuchte der Kanzler, den General ins Bündnis zurückzuholen. Frankreich, redete er ihm ins Gewissen, dürfe seine Einflußmöglichkeiten nicht unterschätzen. Die USA seien sehr wohl dazu bereit, auf dessen Wort zu hören. De Gaulle stimmte dem zu; glaubte er aber wirklich daran, mit den Amerikanern ins Reine kommen zu können?

Wie von der amerikanischen, britischen, ja sogar von der französischen Regierung von ihm erwartet worden war, kam Adenauer dann auf die englische EWG-Mitgliedschaft zu sprechen. Die allerorten erwünschte harte Position ließ er indes gänzlich vermissen, unterstrich vielmehr einigermaßen unwirsch, er verlange jetzt von den zuständigen Ministern in seinem Kabinett und auch von der Industrie eine klare Stellungnahme über den Nutzen des britischen Beitritts für die EWG und die Bundesrepublik. Worauf es ihm jetzt ankam, war die Beruhigung der aufgeregten Gemüter, damit die Verhandlungen in Brüssel fortgesetzt werden konnten. De Gaulle, der Schröder am Vortag die Zusage gegeben hatte, daß die EWG-Kommission den Auftrag erhalten sollte, eine Bilanz der Verhandlungen aufzustellen und eventuell konstruktive Vorschläge zu machen, empfand den Zeitpunkt für die Aufnahme nach wie vor als unpassend. Adenauer hatte zwar de facto nur Argumente gegen den Beitritt parat, sprach sich aber doch dafür aus, der EWG-Kommission die Weisung im Sinne Schröders zu erteilen. Aus Rücksicht auf den Kanzler erklärte sich der General bereit, eine Formel mitzutragen, die seiner Pressekonferenz nicht widersprach, aber den Eindruck vermittelte, als bliebe die Tür offen. Vorrangig schien ihm aber die Verabschiedung der noch offenen EWG-

Agrarmarktordnungen, wobei für ihn im Grundsatz bereits feststand, daß der Conseil des Ministres in seiner nächsten Sitzung am 24. 1. die Anwendung der Römischen Verträge als Voraussetzung für Verhandlungen mit beitrittswilligen Staaten verlangen und Couve de Murville diese Forderung dann in Brüssel vortragen würde[233].

Nach dem Mittagessen in der Residenz des Deutschen Botschafters und Einzelgesprächen de Gaulles mit den Bonner Ministern[234] faßte der General in der zweiten Plenarsitzung am späten Nachmittag die Ergebnisse seines Gespräches mit dem Kanzler über die Europapolitik noch einmal zusammen: Vollendung des Gemeinsamen Marktes und Prüfung der Konsequenzen des britischen Beitritts für die EWG durch die Kommission – Zeitgewinn und Augenwischerei lautete also die Parole[235].

Dann kam endlich der große Moment. Gegen 17.30 Uhr begaben sich beide Staatsmänner mit ihren Begleitern in den Salon Murat, um in Anwesenheit von Presse und Fernsehen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zu verabschieden. Ob die Bonner Delegation von der Entscheidung zum Abschluß eines Vertrags tatsächlich so überrascht wurde, daß sie das erforderliche blau gerahmte Papier ebenso vergaß wie die zugehörige Ledermappe mit dem Bundesadler, sei dahingestellt[236]. Richtig ist jedenfalls, daß an dem Text noch wegen der strittigen Frage des Sprachunterrichts bis zur letzten Minute gefeilt worden war; jetzt lag er unterschriftsreif vor, auf rot eingerahmtem französischem Papier. Adenauer, de Gaulle, Pompidou, Couve de Murville und Schröder unterzeichneten, während die Gemeinsame Erklärung auf Wunsch der Gastgeber nur von den Chefs der Delegationen signiert wurde. Nach der bereits vorher vereinbarten, etwas steif wirkenden Accolade der beiden Staatsmänner und einem Glas Champagner ging die kurze Zeremonie zu Ende[237].

Im Gegensatz zur Urfassung vom 7. 1. faßte die Gemeinsame Erklärung den Vertrag nun nicht mehr in seinen wesentlichen Punkten zusammen, sondern beschränkte sich auf die um einige Absätze ergänzte Präambel über die allgemeinen Absichten der Zusammenarbeit, wobei das Ziel der globalen Friedenswahrung bemerkenswerterweise nicht mehr enthalten, dafür aber ein Passus über die Bedeutung der Jugend für die Festigung der beiderseitigen Freundschaft aufgenommen worden war[238]. Im Vertragstext verpflichteten sich beide Regierungen den ursprünglichen französischen Vorstellungen entsprechend zur stetigen Konsultation

[233] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 22. 1. 1963, 115-A.14/63, 25. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 137–148; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 204–210; Kusterer, Kanzler, S. 312f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 190, Tb. 22. 1. 1963; Hölscher, Krisenmanagement, S. 20f.

[234] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963.

[235] S. Elyséekonferenz vom 22. 1. 1963, I A 1 (200)-80.11/100/63, 24. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 148–151; BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 190f., Tb. 22. 1. 1963; Hölscher, Krisenmanagement, S. 21.

[236] S. Mitteilung Fischers, in: Schwarz (Hg.), Adenauer und Frankreich, S. 48; Köhler, Adenauer, S. 1200; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 821f.

[237] S. PA, B 150, Jansen an Schröder, Aufzeichnung I A-200–80.11, 22. 1. 1963; BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; Blankenhorn, Verständnis, S. 438f., Tb. 22. 1. 1963; Kusterer, Kanzler, S. 322; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 191, Tb. 23. 1. 1963; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 822; Tagesprogramm vom 22. 1. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 318.

[238] S. Gemeinsame Erklärung Adenauers und de Gaulles, 22. 1. 1963, in: BDFD I, S. 950f.

mit dem Ziel einer gleichgerichteten Haltung in allen wichtigen außenpolitischen Fragen. In die Schlußbestimmungen des ohne Kündigungsklausel versehenen Kontrakts aufgenommen wurde zusätzlich ein Passus, wonach beide Regierungen die EWG-Mitglieder über die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit laufend unterrichteten. Unerfüllt blieb der deutsche Wunsch, die Wahrnehmung der Interessen in Drittstaaten vertraglich aufzunehmen, in denen einer der beiden Partner keine Vertretung unterhielt. Ebenso wenig setzte sich Bonn in der heiklen Frage der Verteidigungszusammenarbeit mit der Forderung durch, das Ziel gemeinsamer strategischer und taktischer Verteidigungskonzeptionen in den Rahmen der NATO zu betten. Aber auch Paris hatte schlußendlich Abstriche zu machen. Die Bitte, Französisch als erste lebende Fremdsprache an den deutschen Schulen einzuführen, konnte die Bundesregierung mit Rücksicht auf die Kulturkompetenz der Länder nur in Form einer Absichtserklärung erfüllen[239].

Vergleicht man den Vertrag, zu dessen Inkrafttreten es der gegenseitigen Mitteilung über die dazu erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen bedurfte, in seinem Anwendungsbereich und seinen organisatorischen Bestimmungen mit den Fouchet-Plänen, so lassen sich auffallende Übereinstimmungen feststellen. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Gebiete der Außen-, Verteidigungs-, Erziehungs- und Jugendpolitik. Ihre Verwirklichung erfolgt durch regelmäßige Konferenzen der Staats- und Regierungschefs sowie der Ressortminister. Mit Ausnahme des in Aussicht genommenen Austausch- und Förderungswerkes waren zwischenstaatliche Institutionen nicht vorgesehen. Das Kernstück des Vertrags bildet die Konsultationsverpflichtung[240]. In bezug auf die von seinen Protagonisten verfolgten Zielsetzungen besaß er „une ambiguïté fondamentale“[241] zwischen eher positiv angelegten französischen und mehr negativ ausgerichteten deutschen Interessen: Adenauer ging es natürlich um die deutsch-französische Versöhnung, vor allem aber um die Bindung seiner Nachfolger, um eine erste Etappe auf dem Weg zur Zusammenarbeit der Sechs, eine Rückversicherung gegenüber amerikanischen Entspannungstendenzen und eine Möglichkeit, Frankreich vor einem völligen Abdriften aus der Atlantischen Allianz, gar einem Schwenk nach Osten zu bewahren. De Gaulle teilte wohl die erste und letzte Absicht: Versöhnung und Bindung. Im Kern bedeutete der Vertrag für ihn aber eine machtvolle Basis für ein von den USA unabhängiges Europa[242].

Nach einer kurzen Erfrischungspause wurde die für die Unterzeichnungszeremonie unterbrochene Sitzung wieder aufgenommen, um offene Verfahrensfragen zu erörtern[243]. Abends standen für Adenauer Gespräche mit Blankenhorn und Carstens sowie ein Empfang französischer Parlamentarier auf dem Programm[244]. Am nächsten Morgen traf sich der Kanzler erneut mit dem General zu einem knapp halbstündigen Tête-à-tête, in dem er sich sehr löblich über die Unterredung mit den Abgeordneten ausließ und sich fast neidisch über die verfassungs-

[239] S. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit, 22. 1. 1963, in: ebd., S. 951–955.
[240] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 124–130.
[241] Soutou, Problèmes, S. 248.
[242] Vgl. ders., De Gaulle, Adenauer, S. 509f.; ders., Problèmes, S. 248f.
[243] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 322 u. 470, Anm. 53.
[244] S. Tagesprogramm, 22. 1. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 318.

mäßige Situation des französischen Präsidenten äußerte. Beide würdigten noch einmal die große Bedeutung des Vertrages. De Gaulle warnte aber sogleich davor, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Notwendig sei es jetzt, den Text mit Leben zu erfüllen, damit niemand auf die Idee komme, ihn rückgängig zu machen. Nach der Besiegelung der Aussöhnung käme es für die Nachbarn darauf an, einen europäischen Ehrgeiz zu entwickeln, um von den USA unabhängig zu werden. Mit dem Versprechen Adenauers, sich nach der Rückkehr an den Rhein umgehend um die Ratifizierung des Vertrages zu bemühen[245], gingen beide Staatsmänner zum abschließenden Gespräch in den erweiterten Kreis, in dem sie sich noch einmal der Frage der Europäischen Politischen Union widmeten und für einen Neubeginn plädierten[246].

Gegen elf Uhr verabschiedete der General den Kanzler im Elysée[247]. „Voilà le début de l'*intégration*", meinte der General tiefsinnig; „et c'est mois qui le dis. Mais cette fois-ci sur des bases *réelles*, c'est-à-dire les Etats"[248]. Drei „schicksalschwangere" Besuchstage gingen ihrem Ende entgegen[249]. „Man treffe sich also nach der Ratifikation, von jetzt an gerechnet in etwa 6 Monaten", hatte Adenauer in der Plenarsitzung tags zuvor versichert. Als de Gaulle skeptisch nachhakte, der Termin könne natürlich nur gewahrt werden, wenn der Bundestag den Vertrag bis dahin gebilligt habe, reagierte er ebenso voreilig wie entrüstet mit „selbstverständlich"[250]. Selbstverständlich, das sollten die nächsten Wochen in Bonn indes zeigen, war die Ratifikation des Elysée-Vertrages für die deutschen Volksvertreter aber ganz und gar nicht.

[245] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 23. 1. 1963; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 210f.; Kusterer, Kanzler, S. 323–325.
[246] Vgl. ebd. S. 325f.
[247] S. Tagesprogramm, 23. 1. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 319.
[248] Zitiert nach: Kusterer, Kanzler, S. 323; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 191, Tb. 23. 1. 1963.
[249] Kusterer, Kanzler, S. 326.
[250] Elyséekonferenz vom 22. 1. 1963, I A 1 (200)-80.11/100/63, 24. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 149.

V.4.3 „Atlantiker" versus „Gaullisten" in Bonn. „Gaullisten" gegen „Anti-Gaullisten" in Paris: Die innenpolitisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen um den Elysée-Vertrag

Der Widerstand formiert sich

Adenauer bezeichnete den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag rückblikkend als Hauptwerk seiner Kanzlerschaft[1]. In historischer Perspektive mag man diese Wertung mit Fug bezweifeln, eher an das Montan-Abkommen von 1951, die Römischen Verträge von 1957 und vor allem an das Pariser Vertragswerk von 1954 denken, das der Bundesrepublik die Befreiung vom Besatzungsstatut und den Beitritt zur NATO brachte. Gleichwohl gibt es keinen Grund, das Elysée-Abkommen in seiner Bedeutung so herabzustufen, daß es gleichsam als ein „überflüssiger Vertrag" erscheint[2], hat es sich doch in jahrzehntelanger Erprobung als tragfähiges Gerüst der deutsch-französischen „Entente élémentaire" bewährt[3]. Wie berechtigt ist es aber, gewissermaßen ins andere Extrem zu verfallen und den Elysée-Vertrag unter geschichtlichem Blickwinkel als „Zweibund"[4] zu bezeichnen?

Natürlich wirft der Transfer dieses der europäischen Großmachtpolitik des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entlehnten Begriffs das Problem der Vergleichbarkeit auf[5]. Das Frankreich de Gaulles war nicht die Habsburger Monarchie Kaiser Franz Josephs und die Bundesrepublik Adenauers nicht das Hohenzollern-Reich Bismarcks und Wilhelms II. Vor allem fehlte dem von Adenauer und de Gaulle unterzeichneten Dokument völlig jene bellizistische Komponente, die dem Zweibund von den politischen und militärischen Führungen in Berlin und Wien vor dem Ersten Weltkrieg verliehen wurde. Von Bismarck als Kriegsverhütungsallianz konzipiert, entwickelte er sich nach seinem Abgang in der Hand seiner Nachfolger mehr und mehr zu einer Kriegführungsallianz mit dem Ziel, die deutschen Weltmacht- bzw. Großmachtambitionen militärisch durchzusetzen. Dennoch liegen gewisse Analogien auf der Hand: das wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Bestreben Adenauers und de Gaulles, auf der weltpolitischen Bühne als militärisch-politisches Schwergewicht mitzuspielen; der Faktor Rußland respektive Sowjetunion; das latente Mißtrauen beider Staatsmänner gegenüber dem jeweiligen Partner jenseits des Rheins; ihr Bemühen, ihn zu binden, um ihn vor dem Abdriften in gegnerische Koalitionen abzuhalten.

Ob sich ihre geheimen oder offenen Zielsetzungen würden erreichen lassen, hing natürlich zunächst und vor allem von der Billigung des Vertrags durch den Deutschen Bundestag ab. Nachdem die beiden Protagonisten den Glücksmoment

[1] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 192; s.a. Ansprache Adenauers im Deutschen Fernsehen, 23. 1. 1963, in: Bulletin 1963, S. 129f.

[2] Ziebura, Beziehungen, S. 109 (1. Aufl.). In der Neuauflage ersetzte der Autor diese Wertung durch die Formulierung „Der Freundschaftsvertrag: gute Absichten auf geduldigem Papier" (ebd., S. 157).

[3] Vgl. Schwarz, Entente, S. 17–28.

[4] In diesem Sinne bereits zeitgenössisch ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Aufzeichnung Hartlieb, 200-80.00/701/62, 29. 8. 1962, VS-Vertraulich; s.a. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 767; vgl. Kap. V.4.1.

[5] Vgl. Köhler, Adenauer, S. 1203.

im Salon Murat ausgekostet hatten und in den tagespolitischen Alltag zurückgekehrt waren, trachteten sie danach, der Öffentlichkeit und den Partnern gegenüber ihren „personal treaty"[6] verträglich erscheinen zu lassen. De Gaulle erklärte das Freundschaftsabkommen bei einem Empfang von Abgeordneten im Elysée mit der Notwendigkeit, die Bundesrepublik zu verankern, damit sie nicht abgleite[7]. Adenauer rühmte es im Deutschen Fernsehen als einzigartig, ja als eines der wertvollsten der deutschen Nachkriegszeit[8], sprach in einem sofort veröffentlichten Danktelegramm an de Gaulle von einem fortan wachsenden echten Zusammengehörigkeitsgefühl, „das den Belastungen der Zukunft standhalten wird"[9].

Beiden Staatsmännern ging es mit diesen Verlautbarungen, die sie noch über ihre Sprecher mit dem Angebot zum Beitritt Dritter ergänzten[10], vor allem um eines: um eine möglichst rasche und reibungslose Ratifikation und die Überwindung der vorhandenen Widerstandspotentiale. Gewiß, eine vom Bundespresseamt in Auftrag gegebene Meinungsumfrage in den Monaten Januar und Februar erbrachte ein ausgesprochen positives Frankreichbild der deutschen Bevölkerung[11]. Doch zum Elysée-Vertrag überwogen in politischen Kreisen wie in der deutschen und französischen Öffentlichkeit die kritischen Kommentare[12]. Der Jubelruf über ein epochemachendes Ereignis blieb weitgehend aus. Das Spektrum des Presseechos reichte von wohlwollenden Stimmen, etwa im „Rheinischen Merkur", in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", „La Croix" oder „La Nation", die den Vertrag immerhin als Markstein der beiderseitigen Aussöhnung feierten und betonten, daß die europäische Zusammenarbeit nur auf der deutsch-französischen gebaut werden könne[13], über Abwägen, Distanz und Skepsis angesichts der exklusiven Elemente des Vertrags oder der Sorge vor französischer Hegemonie, wie sie in Frankreich von „Combat" oder „Le Populaire de Paris", in der Bundesrepublik von der „Welt" oder der „Frankfurter Rundschau" angemeldet wurden[14], bis hin zu offener Ablehnung, in der sich kommunistische Kampfblätter in Frankreich mit liberalen und christdemokratischen Organen in der Bundesrepublik trafen. „Notre peuple ne ratifiera pas", drohte die kommunistische „L'Humanité"[15]. Und „Die Zeit" oder „Christ und Welt" rieten zu ähnlichen Reaktionen, weil sie die

6 Serfaty, France, S. 131.
7 Vgl. AdG 1963, S. 10374A.
8 S. Ansprache Adenauers im „Deutschen Fernsehen", 23. 1. 1963, in: Bulletin 1963, S. 129f.
9 Ders. an de Gaulle, Tel., 23. 1. 1963, in: ebd., S. 129; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 194.
10 Vgl. Bulletin 1963, S. 119.
11 Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149-006-[VI]-1, Jansen an Carstens, Aufzeichnung I A 3-82.00/94.07, 29. 4. 1963; Dokumente 19 (1963), S. 113.
12 Einen Überblick über die Pressestimmen bieten: Bahu-Leyser, De Gaulle, S. 150–153; dies., L'opinion française et le traité franco-allemand en 1963; Bauer, Beziehungen, S. 130–145; Dreyfus, L'opinion allemande; Lemercier, Année, S. 189–200.
13 S. „Rheinischer Merkur", 25. 1. 1963; „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24. 1. 1963; Artikel Wenger, in: „La Croix", 24. 1. 1963; „La Nation", 24. 1. 1963; Bauer, Beziehungen, S. 133–135, 140 u. 144f.
14 S. „Die Welt", 24. 1. 1963; „Frankfurter Rundschau", 24. 1. 1963; „Combat", 21. 1. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 728f.; „Combat", 23. 1. 1963; Artikel Fuzier, in: „Le Populaire de Paris", 23. 1. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 730f.; Bauer, Beziehungen, S. 132f., 135f. u. 142f.
15 „L'Humanité", 23. 1. 1963; s.a. „L'Humanité", 24. 1. 1963; Bauer, Beziehungen, S. 141.

Bundesrepublik nicht ins Schlepptau Frankreichs genommen sehen wollten[16]. Diese Stimmenvielfalt der veröffentlichten Meinung spiegelte sich auch in einer Umfrage unter prominenten Franzosen und Deutschen im Frühjahr 1963 wider[17], während eine demoskopische Erhebung in der französischen Bevölkerung Ende Januar eine wesentlich höhere Zustimmung zum Elysée-Vertrag ergab. Immerhin 61% der Befragten bezeichneten das Abkommen als wünschenswert[18].

In den Regierungszentralen dies- und jenseits des Atlantiks konnte von einer solch positiven Einschätzung keine Rede sein. Für sie war die deutsch-französische Ehe eine höchst „unerwünschte Liaison"[19]. Im Ostblock lief die Propagandamaschinerie auf Hochtouren und attackierte den „aggressive[n] Pakt Bonn-Paris" als Besiegelung der „Verschwörung der Haupttriebkräfte der westeuropäischen Reaktion gegen den Frieden und die Entspannung"[20]. Im Westen fiel der Ton zwar weniger klassenkämpferisch, aber keineswegs freundlicher aus. Die italienische Regierung fühlte sich durch das Abkommen „düpiert und überfahren", verurteilte es als schädlich für die europäische Integration und die Atlantische Allianz[21]. Der belgische Senat rügte die deutsch-französische Blockbildung und verlangte ein erfolgreiches Ende der Beratungen über den britischen EWG-Beitritt[22]. Die Niederlande beklagten sich über die ungleiche Behandlung in der Sechsergemeinschaft und setzten nun ebenfalls auf den Abschluß der Brüsseler Verhandlungen[23]. Gerade für die „Kleinen" der Sechser-Gemeinschaft galten Exklusivität und Dominanz des deutsch-französischen Verhältnisses als unerträglich. Neben der Angst vor der Bevormundung sprach aus der Verstimmung ein tiefes Mißtrauen gegen die letzten Absichten der französischen Europapolitik, das nicht eben abnahm, als die gaullistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament beschlossen, ihre bisherige Bindung an eine europäische ‚Fraktion' zu lösen und als einzige eine rein nationale Gruppe zu bilden[24]. In der Hoffnung getäuscht, der innenpolitische Druck werde Adenauer von der Unterzeichnung des Abkommens abhalten, den Kanzler möglicherweise aus dem Amt hebeln[25], hielt sich Großbritannien zunächst mit einer Stellungnahme zurück[26], obwohl Macmillan seine gesamte Politik ruiniert und Europa vor der Unterwerfung unter französischer Hegemonie sah[27].

Ausgesprochen heftig geriet die Reaktion hingegen in den USA, obwohl sich Bonn gerade um die Haltung Washingtons besonders bemüht hatte. Schon vor

[16] S. „Die Zeit", 25. 1. 1963; Artikel Mehnert, in: „Christ und Welt", 8. 2. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 761–763; Bauer, Beziehungen, S. 138f.
[17] S. Dokumente 19 (1963), S. 114–136; Bauer, Beziehungen, S. 145–157.
[18] Vgl. ebd., S. 158f.; Dreyfus, L'opinion française.
[19] Kosthorst, „Unerwünschte Liaison".
[20] Erklärung des Außenministeriums der DDR, 24. 1. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 68f., hier S. 68.
[21] Carstens an Klaiber, FS St.S. 69/63, 25. 1. 1963, Citissime, in: AAPD 1963, S. 180; s.a. Unterredung zwischen Adenauer und Guidotti vom 28. 1. 1963, Geheim, in: ebd., S. 195–199; AdG 1963, S. 10377A.
[22] S. Resolution des belgischen Senats, 24. 1. 1963, in: ebd., S. 10373B; Spaak, Memoiren, S. 567–569.
[23] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 162.
[24] Vgl. BA, NL von Brentano, Bd. 27, Bl. 139f., Krekeler an von Brentano, 3. 5. 1963.
[25] Vgl. Bange, Interests, S. 230.
[26] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 164.
[27] S. Macmillan, End, S. 366f., Tb. 28. 1. 1963; Bruce an Dep. of State, Tel. 2890, 31. 1. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 1128–1130.

seiner Abfahrt nach Paris hatte Adenauer Kennedy zu einem Deutschlandbesuch eingeladen, was der Präsident auch umgehend annahm[28]. Noch von Paris aus beeilte er sich nicht nur, ihn über Abschluß und Inhalt des Elysée-Vertrages zu unterrichten. Er beteuerte auch erneut, zur MLF zu stehen, sich „nachdrücklich" für einen positiven Ausgang der britischen Beitrittsverhandlungen einsetzen und darum bemühen zu wollen, daß die EWG-Kommission einen Bericht über den Stand der Verhandlungen ausarbeite[29]. Doch im Weißen Haus mochte man diesen beschönigenden Worten nicht glauben. Nur in einer zur Veröffentlichung bestimmten ersten Einschätzung begrüßten die USA das Abkommen als Besiegelung der deutsch-französischen Versöhnung[30]. Ansonsten herrschte keineswegs Gelassenheit[31], sondern Verdruß und Entrüstung. Intern zieh Kennedy de Gaulle nationalegoistischer Motive, die ihm um so verwerflicher anmuteten, als der General den Schutz der Amerikaner nicht missen mochte. Wenngleich er durchaus würdigte, daß de Gaulle damit auch die Deutschen vor einem Abdriften nach Osten abhielt, bewertete der Präsident den Abschluß als Reaktion auf die Weigerung der Angelsachsen zum Triumvirat, zugleich als klare Bedrohung der NATO. Zwecks Bewahrung der eigenen hegemonialen Stellung gegenüber Europa kam es seines Erachtens jetzt darauf an, den britischen EWG-Beitritt umzusetzen und insbesondere die multilaterale Atomstreitmacht unter Dach unter Fach zu bringen. Der MLF wurde dabei die Doppelfunktion zuteil, den Einfluß der Amerikaner auf dem Kontinent und ihre Vormachtstellung in der NATO abzusichern[32]. Beinahe panisch suchte Kennedy nach Gegenmitteln, um den General davon abzuhalten, die Amerikaner aus Europa herauszudrängen und einen „deal" mit den Sowjets auszuhandeln. Wie schon so oft in den vergangenen Monaten zielte er aber nicht auf die Franzosen, die er kaum glaubte stoppen zu können, sondern auf die Deutschen, denen er durchaus zutraute, ihnen auf dem Weg nach Osten zu folgen. Es war Ball, der im Exekutivausschuß des Nationalen Sicherheitsrates am 25. 1. das entsprechende Waffenarsenal öffnete: vorzeitiger Rücktritt Adenauers, dem er vorhielt, „entirely out of tune" zu sein, oder Nicht-Ratifikation des Elysée-Vertrages, sofern de Gaulle den Engländern die Tür zur EWG versperrte[33].

Dementsprechend übel gelaunt empfing der amerikanische Präsident den Deutschen Botschafter, als der ihm den Beschwichtigungsbrief des Kanzlers vom 22. 1. überbrachte. Offen warf er der Bundesrepublik vor, mit Frankreich jenes Direktorium und exklusive Verhältnis einzugehen, das die USA trotz wiederholter französischer Angebote abgelehnt hätten[34]. Daß Kennedy mit seiner Auffassung nicht

[28] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 186; Conze, Herausforderung, S. 259.

[29] Adenauer an Kennedy, MB 243/63, 22. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 153–155, hier S. 154; s.a. Hölscher, Krisenmanagement, S. 22.

[30] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 259f.

[31] Vgl. dagegen ebd., S. 259–261.

[32] S. Erklärung Kennedys in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates vom 22. 1. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 485f.; Conze, Herausforderung, S. 259; Winand, Eisenhower, S. 332f.

[33] Sitzung des Exekutivkomitees des Nationalen Sicherheitsrates vom 25. 1. 1963, Zusammenfassung Nr. 38, Teil 2, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 487–491, hier S. 490. Zu den de Gaulle amerikanischerseits unterstellten politischen Absichten vgl. Ball, Past, S. 271; Costigliola, Pursuit, S. 50.

[34] S. Knappstein an Schröder u. Carstens, FS Nr. 213, 23. 1. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 162–165.

isoliert dastand, sollte Knappstein nach dieser „längste[n] und härteste[n] Auseinandersetzung" seiner Diplomatenlaufbahn[35] dann im State Department erfahren. Auch Rusk hielt mit seiner Besorgnis nicht hinter dem Berg, wenngleich er – nach Kennedys Kopfwäsche kein Wunder – insgesamt gelassener wirkte[36]. Der Deutsche Botschafter führte die „tiefgehende Irritation" der Amerikaner vor allem auf das bei ihnen entstandene Gefühl zurück, die bisher als lästig, aber ignorierbar eingeschätzte Politik Frankreichs nun beachten zu müssen, weil sie durch die deutsche Unterstützung wirkliches Gewicht bekam[37]. Der Knackpunkt war für sie die baldige Aufnahme der Briten in die EWG, wobei Washington in erster Linie auf Erhard und Schröder setzte[38].

Adenauer zeigte sich über die harsche Reaktion im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Dowling, der nun demonstrativ zur Berichterstattung nach Washington zurückbeordert wurde, mit übertrieben wirkender Verblüffung „einfach platt". Niemand hatte seiner Ansicht nach aufgrund der Abmachungen des Elysée-Vertrages am Potomac einen Grund, gekränkt zu sein. Frankreich sei dazu verpflichtet, die Bundesrepublik vor wichtigen Entscheidungen zu konsultieren. (Glaubte der Kanzler wirklich, den General von seinem auf die nationale Souveränität ausgerichteten Kurs abzubringen?) Außerdem habe de Gaulle zugestimmt, sich stärker an den NATO-Sitzungen zu beteiligen. (Dazu war der General doch wohl nur bereit, wenn die Deutschen mitzogen und die Amerikaner endlich ihr Hegemonialgebaren aufgaben. Beides aber war kaum zu erwarten). Natürlich könnten die Verhandlungen in Brüssel über den britischen EWG-Beitritt nach einer Schamfrist wieder aufgenommen werden. Freilich, diese Spitze mochte er sich nicht verkneifen, seien die Briten es gewesen, die die Teilnahme an der europäischen Einigung zweimal ausgeschlagen hätten[39].

Diese Zugeständnisse reichten aber selbst seinen Parteifreunden und Beratern nicht aus. Adenauer, so verlangte der durchaus wohlmeinende von Brentano in voller Anerkennung der Verdienste des Kanzlers beim Abschluß des Elysée-Vertrages, müsse nun alles tun, „um den falschen Eindruck zu zerstören, als bilde sich eine deutsch-französische Allianz, die irgendwann im Gegensatz zur gemeinsamen europäischen Politik oder gar im Gegensatz zur atlantischen Politik stehen könne"[40]. Weniger zurückhaltend äußerte sich Adenauers alter Wegbegleiter Blankenhorn, dessen wortreiche Kritik sich gegen beide Urheber des Vertrags richtete. Für ihn gab es keinen Zweifel: Der General wollte ein kontinentaleuropäisches Bündnis unter französischer Führung mit dem Kern der deutsch-französischen Entente. Der Kanzler ließ sich darauf ein, obwohl damit nach Meinung

[35] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, ders. an Jansen, 7. 1. 1964.

[36] S. ders. an Schröder u. Carstens, FS Nr. 214, 23. 1. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 166–169; Dep. of State an Bonn, Tel. 1698, 23. 1. 1963, Secret, Priority, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 148–151.

[37] Knappstein an Schröder u. Carstens, FS Nr. 255, 25. 1. 1963, Citissime, in: AAPD 1963, S. 187–189, hier S. 187.

[38] S. Rusk an Bonn, Tel. 1712, 24. 1. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 151–153.

[39] Unterredung zwischen Adenauer und Dowling vom 24. 1. 1963, 115-16.A/63, Geheim, in: AAPD 1963, S. 173–179, hier S. 173; s.a. Köhler, Adenauer, S. 1202; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 823.

[40] BA, NL von Brentano, Bd. 159, Bl. 50 f., von Brentano an Adenauer, 23. 1. 1963, Persönlich, Konzept, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 714; s.a. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/2, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 22. 1. 1963.

des Botschafters der Abzug der Amerikaner aus Europa bzw. das Ende der NATO vorgezeichnet waren und der von de Gaulle à la longue erhoffte Ausgleich mit der Sowjetunion eindeutig auf Kosten Deutschlands ginge, weil er auf dem Status quo beruhte. Adenauer hatte sich aus seiner Sicht von de Gaulle verführen, ja ins Schlepptau nehmen lassen und implizit sein eigenes Werk, die europäische Integration gleichberechtigter Staaten, in Frage gestellt. „Wir haben zwar die deutsch-französische Zusammenarbeit; wir haben aber einen verstimmten Teil [in der europäischen Gemeinschaft], ein tief verärgertes Belgien, ein aggressiv negatives Holland. Wir sind auf dem besten Wege, unsere guten Beziehungen zu Großbritannien zu verschlechtern, ja vielleicht zu verlieren, und wir haben trotz aller Bekenntnisse, ja auch trotz der Bereitschaft, an der multilateralen atomaren Streitkraft mitzuwirken, in den Vereinigten Staaten in wachsendem Maße Mißtrauen und feindselige Gefühle ausgelöst, die sich nach meiner Auffassung zwangsweise noch verstärken müssen, wenn etwa der Abbruch der Verhandlungen in Brüssel Wirklichkeit werden sollte." Die Verantwortung für diese „schlechte Außenpolitik" übertrug er namentlich dem Herrn im Palais Schaumburg, der offenbar altersbedingt nicht mehr in der Lage war, die komplexe Lage zu übersehen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen[41].

Im Gespräch mit dem neuen Secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères, Habib-Deloncle, warf der Botschafter dem General vor, nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne im April 1962 die politische Gemeinschaft nicht mehr wirklich gewollt zu haben und statt dessen auf die bilaterale Ebene umgeschwenkt zu sein. Gleichwohl schloß Blankenhorn nicht aus, daß das Elysée-Abkommen Schule machen und durch eine Reihe weiterer Kontrakte ergänzt werden könne, „couronnés ensuite par une fusion". Habib-Deloncle widersprach ihm vehement. De Gaulle habe sehr wohl den Vertrag à six anvisiert, angesichts der Hindernisse aber nach Wegen gesucht, „d'aller de l'avant, en passant outre à l'obstruction de la Belgique et des Pays-Bas". Die Entwicklungsmöglichkeit des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens schätzte er weit weniger optimistisch ein, wies ihm aber ebenfalls die Funktion zu, Basis für zukünftige Abmachungen zu sein[42].

Daß Kennedy auf Adenauers Schreiben mit einem „schulmeisterlichen und arroganten Brief" antwortete und ihm die Optionsfrage stellte, gab dem Kanzler eine deutliche Warnung[43], seine Karten nicht zu überreizen. So wurde er nicht müde, Washington zu signalisieren, Paris werde den Auftrag an die EWG-Kommission zur Bestandsaufnahme der offenen Fragen und zur Formulierung von Lösungsvorschlägen zustimmen. Ja, er sah gar Anzeichen für einen französischen Beitritt zur MLF[44]. Derartige Behauptungen wirken wie eine illusionäre Fehleinschätzung der Haltung de Gaulles, mögen aber auch wider besseres Wissen als Mittel zur Kalmierung der aufgeheizten Stimmung jenseits des Atlantiks gestreut

[41] BA, NL Blankenhorn, Bd. 152, Bl. 71–77, Tb. 28. 1. 1963; s.a. Blankenhorn, Verständnis, S. 439f., Tb. 28. 1. 1963; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 822f.

[42] AN, 5 AG 1/161, Aufzeichnung Habib-Deloncle, 13. 2. 1963.

[43] Krone, Aufzeichnungen, S. 173, Tb. 25. 1. 1963. Zum Schreiben Kennedys vom 22. 1. 1963 vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 823.

[44] S. Adenauer an McCloy, 28. 1. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 202–203; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 320–333, Informationsgespräch, 29. 1. 1963; Hölscher, Krisenmanagement, S. 22f.

worden sein. Mit der Debatte der französischen Assemblée Nationale vom 24. 1. hatten sie ihre Glaubwürdigkeit jedoch weitgehend verloren.

„Schwarze Stunde für Europa"

Im Namen der Regierung unterstrich Couve de Murville den Aussöhnungscharakter des Elysée-Vertrages als Schlußstrich unter eine tausendjährige Geschichte kriegerischer Nachbarschaft, begründete noch einmal die ablehnende Haltung zum britischen EWG-Beitritt und betonte die Notwendigkeit einer nationalen Atomstreitmacht[45]. Daß die gaullistischen Abgeordneten der Parole ihres großen Führers gemäß die Aufnahme Englands in den Gemeinsamen Markt wegen der Commonwealth-Bindungen verwarfen, war kaum verwunderlich[46]. Auch wenn der General mit seinen wirtschaftspolitisch vorgeschobenen Einwänden in der Öffentlichkeit[47], in Industrie- und Agrarkreisen[48], sogar bei der außenpolitischen Opposition kaum auf Widerspruch stieß, so warfen Sozialisten, Volksrepublikaner und Radikale der Regierung doch vor, die Verhandlungen vorschnell abgebrochen und nicht auf die Assoziierung Großbritanniens hingearbeitet zu haben. Vielen schien dessen Einbindung schon deshalb notwendig, um das wachsende Gewicht der Wirtschaftsmacht Bundesrepublik auszutarieren, da sie Frankreich als kontinentaleuropäische Ordnungsmacht überfordert sahen. Auch auf die Nuklearfrage hatten sie andere Antworten parat als die Regierung. Viele Abgeordnete bewerteten das amerikanische Angebot als Ouvertüre, die zumindest angehört werden mußte[49]. Um die 1954 mit dem Scheitern der EVG verlorengegangene Rolle der europäischen Vormacht wieder zu gewinnen, so schrieb der ehemalige Regierungschef Pleven dem Staatspräsidenten ins Stammbuch, müsse Frankreich die Interessen der Kleinen in der EWG respektieren, auf die Öffnung der Europäischen Gemeinschaft hinwirken und diese Konföderation bzw. Föderation in die Atlantische Allianz einbinden. Selbst wenn man das Nassau-Abkommen ablehne, sei auf kommende Verhandlungen zu setzen[50]. Nicht Frankreich, so wetterte François Mitterrand vom „Rassemblement Démocratique", habe die Rolle des „leader de l'Europe" inne, sondern die Bundesrepublik. Denn durch den Elysée-Vertrag werde ihr die Rolle eines Schiedsrichters in den Beziehungen zu den USA und den europäischen Partnern zugewiesen. Hinsichtlich des Nassau-Abkommens stand der zukünftige Präsidentschaftskandidat in der Sache zwar ganz auf der Seite des Generals. In der Form aber machte er ihm schwere Vorwürfe und hielt die Art und Weise der französischen Ablehnung für völlig unangemessen[51].

[45] S. Rede Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 24. 1. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1629–1632 u. 1662–1666, in deutscher Übersetzung in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1961–1963, S. 252–258; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 344.

[46] Vgl. Rede de la Malènes in der Assemblée Nationale, 24. 1. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1651–1654.

[47] Vgl. Bahu-Leyser, De Gaulle, S. 189–191.

[48] Vgl. Aufzeichnung Blankenhorn, 15. 2. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 315–323.

[49] S. Debatte in der Assemblée Nationale, 24. 1. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1635–1667; Barbier, Débat atomique, S. 76–80.

[50] S. Rede Plevens in der Assemblée Nationale, 24. 1. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1655–1657; Bougeard, René Pleven, S. 369f.

[51] Rede Mitterrands in der Assemblée Nationale, 24. 1. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1648–1654, hier S. 1651, im Auszug auch in: BDFD III, S. 734–736.

Deutsche Beobachter der innenpolitischen Szene in Frankreich zeigten sich nach der Debatte überzeugt, daß de Gaulles parlamentarische Gegner die Einbeziehung Englands nur aus Opposition zu seiner Person forderten, sie de facto aber nicht wollten[52]. Und ein weiteres schien aus ihrer Sicht klar: Alle Parteien teilten mit dem Präsidenten den Anspruch auf ein europäisches Eigengewicht in der Allianz, auf Unabhängigkeit gegenüber den USA und den Aufbau der Force de frappe. Auf Kritik stieß hingegen die fehlende längerfristige Perspektive eines europäischen Bundesstaates und das Verharren in der nationalen Kategorie. Jansen zog aus dieser Analyse gar den wagemutigen Schluß: Ganz Frankreich wolle die enge Partnerschaft mit Deutschland, die Verteidigung der Römischen Verträge und der in ihnen enthaltenen politischen Integrationselemente, wehre sich aber gegen die Konzeption des atlantischen Freihandelsraumes[53].

Die deutsche Presse sah nach dem neuerlichen Nein der Franzosen zur britischen EWG-Mitgliedschaft „kein[en] Grund zum Enthusiasmus" und malte schon die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen den Kanzler an die Wand[54]. Obwohl die französische Diplomatie jetzt deutlich zum Ausdruck brachte, der EWG-Kommission kein Mandat für eine Erarbeitung von Lösungsvorschlägen übertragen zu wollen[55], stellte Adenauer in einer Sondersitzung des Bundeskabinetts am 25. 1. Zugeständnisse de Gaulles in Aussicht. Schröder beurteilte die Lage weit skeptischer, hielt aber nichts davon, Frankreich mit der Drohung einer Nicht-Ratifizierung des Elysée-Vertrages unter Druck zu setzen. Auch Erhard mochte sich der parlamentarischen Billigung nicht in den Weg stellen, forderte jedoch einen wesentlich härteren Kurs gegenüber dem General[56]. Einmütig sprach sich die Ministerrunde schließlich dafür aus, die Brüsseler Verhandlungen mit dem Ziel eines positiven Ergebnisses fortzusetzen[57].

Im Fraktionsvorstand der Union feierte Adenauer den deutsch-französischen Vertrag am selben Tag als erste Etappe zur europäischen Einigung, kritisierte erstmals de Gaulles Skandalpressekonferenz vom 14. 1. und betonte, es käme jetzt auf die Brüsseler Sitzung am 28. 1. an, nach der die Verhandlungen mit London bald wieder aufgenommen werden sollten. Mit viel Kreide im Mund wünschte er die Aufnahme Großbritanniens, weil sie den deutschen Interessen entspreche. Wenngleich sich keiner der Anwesenden gegen das Elysée-Abkommen stellte, ließen sie doch erkennen, daß die Bundesrepublik sich nicht nur auf Frankreich konzentrieren dürfe. Dabei machten sich unter den Vorständlern erste Diskrepanzen in bezug auf das weitere Procedere bemerkbar. Schröders Parole lautete, man müsse den Vertrag passieren lassen und dann mit den Franzosen um die Gestaltung Europas ringen. Erhard äußerte sich erheblich kritischer, plädierte für ein Verschieben der parlamentarischen Behandlung: De Gaulle denke in überholten Ka-

[52] S. Ansprache Sonnenhols in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 462.
[53] S. PA, B 150, Bd. 3, Jansen an Carstens, Aufzeichnung I-IA 1–80.11/257/63geh, 26. 2. 1963, Geheim.
[54] Artikel Wessel, in: „Münchner Merkur", 25. 1. 1963.
[55] Vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 23.
[56] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 414; Hölscher, Krisenmanagement, S. 23; Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 292.
[57] S. Erklärung von Hases, 25. 1. 1963, in: Bulletin 1963, S. 149.

tegorien, könne sich das im Gegensatz zu den Deutschen auch leisten. Die Bundesrepublik aber sei bei einem Ausschluß der Briten der Verlierer[58].

Mit dem Verlauf der Brüsseler Außenministertagung vom 28. 1. sollte sich der Unmut Erhards, und nicht nur seiner, beträchtlich steigern. Schon der Beginn der Sitzung gestaltete sich äußerst frostig. Trotz wiederholter Nachfragen war Couve de Murville nicht bereit, eindeutig Auskunft darüber zu geben, ob der französische Wunsch nach einer Unterbrechung de facto eine Vertagung sine die bedeute. Schröder, der kurz zuvor von Rusk noch einmal schriftlich auf die katastrophalen Folgen eines Scheiterns aufmerksam gemacht worden war, bemühte sich um Kalmierung der hochgehenden Wogen und erneuerte den bekannten Vorschlag, von der EWG-Kommission eine Stellungnahme zu den offenen Fragen einzuholen. Anders als zwischen de Gaulle und Adenauer besprochen, aber ganz im Sinne der amerikanischen Position, empfahl er darüber hinaus, den entsprechenden Bericht innerhalb von drei Wochen zu erstellen und den sieben Regierungen zugehen zu lassen, die dann innerhalb von zehn Tagen wieder zusammenkommen sollten. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte sein französischer Kollege das Verfahren als einziger ab, weil er weder einen Bericht der Kommission noch die Weiterleitung an Großbritannien und vor allem nicht die Anberaumung eines neuen Konferenztermins wünschte. Trotz stundenlanger, dramatischer, von mehreren bilateralen Gesprächsrunden auch zwischen Schröder und Couve de Murville unterbrochener Verhandlungen ließ er sich nicht erweichen. So blieb den Fünfen zum Schluß nur die Versicherung an London, alles zu tun, um die Kontakte nicht abreißen zu lassen[59]. Überlegungen, die Krise durch eine Isolierung Frankreichs zu lösen und eine neue Sechsergemeinschaft mit England zu bilden, wurden rasch wieder verworfen[60].

Adenauer, der sich trotz entsprechender Ratschläge in seiner Umgebung nicht dazu hatte aufraffen können, selbst nach Brüssel zu fahren[61], warf später den Beteiligten „geringe Klugheit" vor und stellte „geradezu wütend" die Behauptung auf, allein die Forderung der Fünf nach Vorlage des Kommissionsberichts an England habe das Scheitern verursacht[62]. Dieser Tadel spiegelte weniger die Wahrheit als den Versuch des Kanzlers wider, von seiner eigenen Verantwortung abzulenken, die letztlich darin bestand, de Gaulle in Paris nicht Paroli geboten zu haben.

[58] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsvorstandsprotokolle, VIII-001–1504/1, Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands vom 25. 1. 1963; Marcowitz, Option, S. 77; Patz, Kontrolle, S. 76.

[59] S. Konferenz der EWG-Außenminister in Brüssel, GB 200–401/60.02, 28./29. 1. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 203–215; Schröder an diplomatische Vertretungen, FS St.S 79/63, 30. 1. 1963, in: ebd., S. 222–226; ders. an Heath, 31. 1. 1963, in: ebd., S. 232; PA, B 150, Bd. 2, Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 201/63, 30. 1. 1963, Geheim; EA 1963, S. D114-D119; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 265 f. u. 344 f.; Macmillan, End, S. 367 f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 195 f.; Camps, Phase, S. 151–154; Hölscher, Krisenmanagement, S. 26 f.; Steininger, Großbritannien, S. 115–117. Zur Intervention Rusks s. Rusk an US-Vertretung bei der EWG, Tel. Busec 312, 28. 1. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 153 f.; Schröder an Rusk, 1. 2. 1963, in: AAPD 1963, S. 239 f.

[60] Vgl. Lahr, Zeuge, S. 377, Tb. 29. 1. 1963; Müller-Armack, Weg, S. 239 f.; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 414.

[61] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 194.

[62] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 443, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich; s.a. ebd., S. 445 u. ebd., S. 340 f., Informationsgespräch, 11. 3. 1963, Streng vertraulich; Hölscher, Krisenmanagement, S. 27.

Im Elysée und im Quai d'Orsay galt es als unstrittig, daß sich die beiden Staatsmänner weder über Fristen noch über den Kreis der Berichtsempfänger verständigt hatten[63].

Die Reaktionen dies- und jenseits des Atlantiks auf die französische Konfrontationspolitik fielen entsprechend harsch aus[64]. In der Presse wurde de Gaulles Politik gar mit Hitler verglichen, und manche Kommentatoren gingen so weit, die Analogie auf Adenauer auszudehnen[65]. Andere, die sich weniger forsch äußerten, kamen nicht umhin, dem Kanzler ein „Fiasko der deutschen Außenpolitik" vorzuhalten[66]. Als Schuldiger galt aber gemeinhin der Herr im Elysée. Selbst Regionalzeitungen verurteilten dessen Haltung „anfänglich fast allgemein"[67]. Und so mancher Bonner Diplomat dachte gewiß ähnlich[68], wenngleich vereinzelte Kollegen auch an die britische Verantwortlichkeit am Desaster erinnerten und betonten, daß die von allen so gewünschte europäische Integration mit den Engländern keineswegs, mit de Gaulle aber sehr wohl möglich sei[69]. Die deutsch-französische Kooperation, so meinte etwa Jansen, das sei die „Taube in der Hand", die Zusammenarbeit mit England aber bloß „der Spatz auf dem Dach", und er wunderte sich über die „Hysterie der deutschen Presse, diese rätselhafte Anglomanie"[70]. Die aufkommenden Bedenken gegen den Elysée-Vertrag hielt er für „unbegründet", weil beide Partner sich nicht dazu verpflichtet hätten, nur noch gemeinsam zu handeln[71]. Auf keinen Fall, so redete er von Brentano ins Gewissen, dürfe das Abkommen an den englischen Beitritt zur EWG geknüpft werden[72].

Doch dies war unter den Bonner Diplomaten eine Einzelstimme, die im Chor der Kritiker völlig unterging[73]. Schröder beklagte nach dem Brüsseler Fehlschlag vor laufenden Kameras den massiven Rückschlag und machte Frankreich zum Vorwurf, den Zeitpunkt für den britischen Beitritt nach eigenem Gutdünken festlegen zu wollen[74]. Sichtlich betroffen über das ‚Roma locuta, causa finita' Couve de Murvilles erklärte Erhard im Deutschen Fernsehen: „Die Verhandlungen sind an ihrem Ende, einem sehr traurigen Ende angelangt. Es hat fast wie eine Trauerfeier angemutet [...] es ist eine schwarze Stunde Europas."[75] Obwohl Erhard der

[63] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 153b, Bl. 184f., Tb. 1. 2. 1963.
[64] S. Erklärung des Dep. of State, 30. 1. 1963, in: EA 1963, S. D120; Rundfunk- und Fernseherklärung Macmillans, 30. 1. 1963, im Auszug in: ebd., S. D120-D122; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 448–450.
[65] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 196.
[66] Artikel Dönhoff, in: „Die Zeit", 1. 2. 1963.
[67] Jahn an Adenauer, Erhard, Schröder, von Hassel, Globke, Westrick u. von Hase, Bericht der ADK zur politischen Lage Mitte 1963, 5. 7. 1963, in: Jahn, An Adenauers Seite, S. 456–459, hier S. 456.
[68] Vgl. Blankenhorn, Verständnis, S. 440–442, Tb. 1. 2. 1963; Lahr, Zeuge, S. 373–378, Tb. 29. 1. 1963; AsD, NL Erler, Bd. 195, Günter Schütze an Erler, 2. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 736–739.
[69] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VII]-2, Aufzeichnung, 30. 1. 1963.
[70] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 180, Bl. 175f., Jansen an zu Guttenberg, 1. 2. 1963; s.a. ebd., NL von Brentano, Bd. 24, ders. an von Brentano, 2. 2. 1963.
[71] Aufzeichnung dess., I A 1–86.11/673/63, 29. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 443–446, hier S. 445.
[72] S. BA, NL von Brentano, Bd. 24, ders. an von Brentano, 2. 2. 1963.
[73] Vgl. Carstens, Erinnerungen, S. 229.
[74] S. Erklärung Schröders im „Deutschen Fernsehen", 29. 1. 1963, in: Bulletin 1963, S. 165f.
[75] Erklärung Erhards im „Deutschen Fernsehen", 29. 1. 1963, in: ebd., S. 166f.; vgl. Koerfer, Kampf, S. 715; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 146; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 98.

‚dies ater' von Brüssel „mit einer echten, tiefen menschlichen Trauer" erfüllte[76], verließ er die Stätte seiner Niederlage „in der Rolle des triumphierenden Verlierers". Denn zum einen konnte der Minister jeden Vorwurf einer Mitschuld an dem Eklat zu Recht mit dem Hinweis abwehren, er sei schließlich stets für England eingetreten. Zum anderen hatte die Koinzidenz des Scheiterns der Beitrittsverhandlungen und der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages seines Erachtens eindrucksvoll bestätigt, „welches Unglück durch die allzu sehr forcierte Kanzler-Politik [...] verursacht" worden war[77]. Wenngleich Erhard die deutsch-französische Versöhnung als Eckpfeiler europäischer Einigkeit befürwortete, so akzeptierte er ihre Funktion als Dominante in der europäischen Politik doch nur unter der „selbstverständlichen Voraussetzung", daß sie „eingebettet ist in ein friedlich geeintes und sich weitendes, harmonisch zusammenarbeitendes Europa und daß dieses Europa wieder in engster Verbindung zu der atlantischen Welt stehen müsse"[78]. Ausgehend von der bilateralen Versöhnung und auf die atlantische Partnerschaft zusteuernd, propagierte er die wirtschaftliche Integration der EWG, wobei dem geeinten Markt die historische Aufgabe und Funktion zufiel, „über diesen ersten Impuls hinaus weiterzugreifen und das zusammenzufassen, was nun einmal zusammengehört, nämlich das ganze freie Europa"[79].

In seinem Zorn dachte der Minister jetzt im kleinen Kreis sogar laut über die Nicht-Ratifizierung des Elysée-Vertrages nach. Schröder bremste ihn, wenngleich auch er dafür plädierte, dem Vertrag jegliche gegen die atlantische Partnerschaft gerichtete Spitze zu nehmen[80]. In diesem Sinne versicherte der Bundesaußenminister seinem französischen Kollegen am 1. 2., er wünsche die parlamentarische Billigung ohne größere Schwierigkeiten, fordere ihn aber dazu auf, konstruktiv an Lösungen der Krise um den britischen EWG-Beitritt mitzuwirken[81]. Erhard hingegen schlug einen härteren Ton an. In der Kabinettssitzung am 30. 1. unterstellte er de Gaulle, die Deutschen genauso unter sein Joch zu zwingen, wie Hitler es dreißig Jahre zuvor mit den Europäern getan habe. Energisch focht er für eine scharfe Resolution zugunsten der Fortsetzung der europäischen Einigung und der baldigen Aufnahme Englands in den Gemeinsamen Markt[82]. Die Runde mochte ihm darin nicht folgen. Regierungssprecher von Hase stellte nach der Sitzung vor der Presse dezidiert fest, die Bundesregierung befürworte eine rasche Billigung des Elysée-Vertrages und kenne keine Differenzen über dessen Anwendung[83].

[76] Rede Erhards vor der Vollversammlung des DIHT, 5. 2. 1963, in: Erhard, Wirken, S. 220–228, hier S. 222; s.a. Interview dess. mit dem „Südwestfunk", 2. 2. 1963, in: BDFD II, S. 938–940.
[77] „Der Spiegel" (1963), Nr. 6, S. 17; s.a. Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 98.
[78] Ansprache Erhards auf der 14. Spielwarenmesse in Nürnberg, 9. 2. 1963, zitiert nach: Koerfer, Kampf, S. 723; vgl. Lukomski, Ludwig Erhard, S. 247.
[79] Erhard, Das ganze freie Europa; s.a. Rede dess. in Stockholm, 23. 3. 1963, in: Bulletin 1963, S. 609f. u. 612–615; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 100.
[80] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 716.
[81] S. Schröder an Couve de Murville, 1. 2. 1963, in: AAPD 1963, S. 238.
[82] Vgl. von Hase, Ludwig Erhard, S. 294f.; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 197; Koerfer, Kampf, S. 716f.; Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 292f.
[83] S. Bulletin 1963, S. 173f.

„Die Achse Bonn-Paris ist das Ende aller europäischen Politik"

Die Atempause für Adenauer dauerte nur kurz. Zunehmend heftiger wurde die Kritik am deutsch-französischen Freundschaftsabkommen im In- und Ausland vorgetragen, immer öfter mit der Frage nach der Ratifizierung verbunden. Ost-Berlin schoß scharf gegen die „Kriegsachse" Adenauer-de Gaulle[84]. Moskau verwahrte sich in Noten an die Bundesrepublik und an Frankreich gegen die französische Hilfe zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr, sprach von einem „Kriegsvertrag" gegen den europäischen Frieden[85] und stieß damit in der französischen Öffentlichkeit nicht nur auf Widerspruch[86]. In Bonn wurden diese Ausfälle mitunter geradezu erleichtert aufgenommen, galten sie doch als Beleg dafür, daß der Nutzen des deutsch-französischen Bündnisses dem in der Atlantischen Allianz angerichteten Schaden bei weitem überstieg. Denn die sowjetische Freude über die von de Gaulle ausgelösten Turbulenzen in der westlichen Gemeinschaft reichte offenbar nicht aus, um die Angst vor dem „Schreckgespenst einer von der Elbe bis zum Atlantik reichenden deutsch-französischen Entente-Cordiale" zu besiegen[87]. Daß Warschau und Prag sich der Kritik der östlichen Vormacht dann in gebührendem Abstand anschlossen[88], konnte in Bonn angesichts der Entspannungsbemühungen zu den Satellitenstaaten und namentlich zu Polen natürlich keine Genugtuung hervorrufen[89]. Erst mittel- und langfristig sollte die von de Gaulle und Adenauer ins Werk gesetzte Aussöhnungspolitik der Bundesrepublik dank des historisch gefestigten Renommees ihres westlichen Nachbarn in den östlichen Satellitenstaaten zum Vorteil gereichen, ihre Reputation verbessern und ihr aufgrund der Konsultationsklausel viel vom Schrecken des Revanchismus nehmen[90].

Noch unangenehmer als die Anfeindungen aus dem Osten waren für die Bundesregierung die Attacken aus dem Westen. Von niederländischer Seite wurde in Bonn die Frage aufgeworfen, ob der Bundestag die Ratifizierung des Elysée-Vertrages nicht verweigern oder zumindest mit der Bedingung versehen könne, daß die deutsche Beteiligung an den vertraglich vereinbarten Ministerkonferenzen vom Beitritt Englands zur EWG abhängig gemacht würde[91]. Großbritannien forderte auf diplomatischem und publizistischem Wege in einer „manic-depres-

[84] Erklärung der Regierung der DDR, 31. 1. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 70–73, hier S. 71; s.a. Bauer, Beziehungen, S. 169f.

[85] Regierung der UdSSR an Regierung Frankreichs, Note, 5. 2. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 92–98, hier S. 98; s.a. dies. an Bundesregierung, Note, 5. 2. 1963, in: ebd., S. 86–92; PA, B 150, Bd. 3, Blankenhorn an AA, FS Nr. 206, 1. 2. 1963, Citissime mit Vorrang, Geheim; Groepper an Schröder, FS Nr. 112, 7. 2. 1963, Cito, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 282–284; Bauer, Beziehungen, S. 167–169.

[86] S. Artikel Lavergne, in: „La tribune des nations", 15. 2. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 764f.

[87] Groepper an AA, 120/63, 19. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 418–421, hier S. 421. Dieselbe Einschätzung auch bei Jansen (PA, B 150, Jansen an Carstens, Aufzeichnung I-IA 1–80.11/257/63geh, 26. 2. 1963, Geheim).

[88] S. Regierung der Tschechoslowakei an Regierung Frankreichs, Note, 14. 2. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 119–123; Regierung Polens an diess., Note, 25. 2. 1963, in: ebd., S. 131–133.

[89] Zu den „Anfänge[n] einer neuen Ostpolitik" durch die Bundesregierung vgl. Lindemann, Anfänge.

[90] Vgl. Linsel, Charles de Gaulle, S. 213–227.

[91] S. BA, NL von Brentano, Bd. 27, Bl. 46f., van Kleffens an von Brentano, 29. 1. 1963, Vertraulich.

sive“[92] Stimmung unverblümt, das Freundschaftsabkommen auf jeden Fall zu entwerten[93]. In den USA warnten selbst wohlmeinende Stimmen die Bundesregierung mit unüberhörbarer Schärfe davor, den Vertrag unverändert den Abgeordneten vorzulegen. Das State Department setzte in einer Neubewertung seiner Europapolitik auf eine Intensivierung der Beziehungen zwischen London, Bonn und Rom mit Hilfe der MLF[94], zog aber auch die Errichtung des Triumvirats ins Kalkül. Im Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrats meinte Kennedy am 31. 1., man dürfe den Deutschen nicht erlauben, zu tun und zu lassen, was sie wollten. Mit wirtschaftlichem Druck seien sie zur Räson zu bringen; eine Verschiebung oder Revision des Elysée-Vertrages lehnte er ab. Ball, dem das ungenügend schien, brachte die Möglichkeit ins Gespräch, eine Korrektur der verteidigungspolitischen Teile des Abkommens zu verlangen[95]. General Clay hatte sich bereits einige Tage energisch gegen die Berlin-Klausel ausgesprochen, die seiner Meinung nach die Viermächteverantwortung derart massiv bedrohte, daß er gar „das Ende Berlins“ vor Augen sah[96].

Am 1. 2. wandte sich Kennedy erneut schriftlich an Adenauer und attackierte mit ungewöhnlicher Schärfe die „hostility of certain European leaders“. Um den sich in den USA ausbreitenden isolationistischen Tendenzen zu begegnen, erwartete er von der Bundesregierung in der Frage der MLF, der Handelspolitik und der europäischen Einigung klare Unterstützung[97]. Die Sonderaudienz, in der Dowling das Schreiben am 4. 2. im Palais Schaumburg überreichte, verlief jedoch keineswegs nach dem Geschmack des Präsidenten. Mochte man in Adenauers Umgebung auch den Eindruck gewinnen, er habe die vorgetragenen Befürchtungen „ebenso klug wie entschieden“ zurechtgewiesen[98], kabelte der Botschafter das vernichtende Urteil nach Hause, der Kanzler sei völlig unzugänglich und habe sich in ständigen Wiederholungen darin ergangen, daß die deutsche und französische Freundschaft zu den USA außer Frage stehe[99]. Daher empfahl Dowling jetzt, die Deutschen im unklaren über die amerikanische Politik zu belassen und vor allem Erhard diskret zu ermutigen, die Billigung des Elysée-Vertrages von zwei Bedingungen abhängig zu machen: der Bereitschaft zur Verabschiedung einer Resolution über den britischen EWG-Beitritt und der Zusage, daß die sicherheitspolitischen Teile des Freundschaftsabkommens nicht den NATO-Vertrag untergraben würden[100].

Daß die Unzufriedenheit mit Adenauer in den westlichen Kapitalen wuchs, blieb auch de Gaulle nicht verborgen. Noch am selben Tag warnte der französische Botschafter ihn im Auftrag seines Präsidenten vor der britischen Absicht,

[92] Bange, Interests, S. 232.
[93] Vgl. ebd., S. 232–235.
[94] S. Rusk an Rom, Tel. 1440, 30. 1. 1963, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 155 f.
[95] S. Sitzung des Exekutivkomitees des Nationalen Sicherheitsrates vom 31. 1. 1963, Zusammenfassung Nr. 39, Top secret, in: ebd., S. 156–163.
[96] Zitiert nach: Knappstein an AA, FS Nr. 274, 28. 1. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 200 f., hier S. 200.
[97] S. Kennedy an Adenauer, 1. 2. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 164 f.
[98] Osterheld, „Ich gehe ...“, S. 200, Tb. 10. 2. 1963; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 823 f.
[99] Vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 165, Anm. 1.
[100] S. Sitzung des Exekutivkomitees des Nationalen Sicherheitsrates vom 5. 2. 1963, Zusammenfassung Nr. 40, Top secret, in: ebd., S. 176.

innerhalb von vierzehn Tagen mit amerikanischer Hilfe eine Regierungskrise in Bonn auszulösen, wenn das Ratifikationsgesetz vorgelegt werde. Adenauer mochte das nicht glauben. Obwohl er zugeben mußte, daß es zumindest beim Koalitionspartner FDP Überlegungen mit dem Ziel einer Vertragsänderung gab, bestand für ihn kein Zweifel an der parlamentarischen Billigung. Spätestens im Mai glaubte er alle drei Lesungen erfolgreich bestritten zu haben. „Sollte dies nicht der Fall sein", so versicherte er de Margerie, werde er „zurücktreten". Als der Botschafter das Angebot unterbreitete, den General „durch eine Geste oder eine Rede" helfen zu lassen, bedankte sich der Kanzler artig und zog dann offen über de Gaulles Pressekonferenz vom 14. 1. her[101].

Die Bedenken der Liberalen ließen sich in drei Kategorien einteilen: Bedauern über die Koinzidenz zwischen dem Abschluß des Vertrags und dem Ende der Brüsseler Verhandlungen; Sorge vor dem Ansehensverlust in der angelsächsischen Welt; Mißtrauen, ja sogar noch Erbfeindschaftsdenken gegenüber Frankreich[102]. Mende erklärte Anfang Februar im Bundesvorstand seiner Partei, man dürfe sich nicht in die Lage drängen lassen, „uns zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen", und schlug eine gemäßigte Linie vor[103]. Dehler, der die „Achse Bonn-Paris" als „das Ende aller europäischen Politik" geißelte[104], verlangte eine genaue Überprüfung der Kompatibilität zwischen den bestehenden Abkommen und dem Elysée-Vertrag[105]. Sein Parteifreund Margulies sah hingegen trotz aller Kritik keine Alternative zur Ratifizierung, mochte der Elysée-Vertrag auch „zum gegenwärtigen Zeitpunkt überflüssig" sein. Nicht von ihm sollte man sich seiner Ansicht nach trennen, sondern vom Bundeskanzler und seiner Separatpolitik[106]. Angesichts der weitreichenden Folgen jeder Entscheidung einigte sich das Gremium schließlich darauf, das Freundschaftsabkommen durch die zuständigen Parteiinstanzen gründlich zu durchleuchten[107].

Die Kuh war für die Regierung also noch nicht vom Eis, zumal auch die Haltung der SPD noch unübersichtlich wirkte. Bereits am 22. 1. hatte Wehner die Parole ausgegeben, dem Vertrag könne nur zugestimmt werden, wenn er dem „Weiterwachsen Europas nicht entgegenstehe"[108]. Ein Unterausschuß des Fraktionsarbeitskreises „Außenpolitik" diskutierte Anfang Februar 26 Alternativvor-

[101] Unterredung zwischen Adenauer und de Margerie vom 4. 2. 1963, Z A 5–19.A/63, Geheim, in: AAPD 1963, S. 244–249, hier S. 245; s.a. Hölscher, Krisenmanagement, S. 29f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 824.

[102] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 434.

[103] Erklärung Mendes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 1. 2. 1963, in: ebd., S. 425; s.a. Mende, Wende, S. 79.

[104] Erklärung Dehlers in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 1. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 425.

[105] Rede dess. in der Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses, 2. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 742–744, hier S. 743. Zur Haltung Dehlers vgl. Wengst, Thomas Dehler und der Elysée-Vertrag, hier S. 239.

[106] Rede von Margulies in der Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses, 2. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 740–742, hier S. 742.

[107] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 1. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 426; s.a. AdL, FDP-Bundestagsfraktionsprotokolle, Bd. 14664, Sitzung der FDP-Fraktion vom 5. 2. 1963.

[108] Erklärung Wehners in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 22. 1. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 237.

stellungen von der puren Ablehnung über den Aufschub der Ratifizierung bis zu einem neuen Vertragstext[109]. Ollenhauer verlangte in den Sitzungen der Fraktion und des Partei- und Fraktionsvorstandes am 5. 2. abermals eine Gewähr, daß die europäische Zusammenarbeit und die atlantische Partnerschaft nicht gefährdet werden. Wenngleich er sich dezidiert zur deutsch-französischen Freundschaft bekannte, durfte de Gaulle, der nach seinem Dafürhalten ausschließlich für das Fiasko der Brüsseler Verhandlungen verantwortlich war, auf keinen Fall einen Freibrief für seine europapolitischen Pläne erhalten, die auf die Entfremdung von den USA als dem wichtigsten deutschen Verbündeten hinausliefen. Brandt bezeichnete den Vertrag mit der Begründung als überflüssig, die beiderseitige Freundschaft habe schon vorher bestanden. Um die tiefe Krise in der transatlantischen Gemeinschaft abzumildern, empfahl er, die parlamentarische Billigung frühestens nach der Sommerpause durchzuführen. Noch kritischer äußerte sich Mommer, der das Abkommen für unannehmbar hielt. Da er eine Ablehnung aber kaum glaubte öffentlich vermitteln zu können, plädierte er dafür, es unter Ausnutzung des Dissenses in der Union auf Eis zu legen und später Zusatzverträge auszuhandeln. Wehner und auch Ollenhauer rieten schließlich zu einem dilatorischen und moderaten Verhalten gegenüber der Regierung, um die Union selbst zu einer entsprechenden Entscheidung zu zwingen[110]. Taktisches Ziel der Sozialdemokraten war es also, sich als atlantisch-orientierte, aber keineswegs frankophobe Partei zu profilieren und den Dissens unter den Christdemokraten auszunutzen[111].

Wie tief diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union reichten, verdeutlichte jetzt ein Doppelschlag des Bundeswirtschaftsministers in der Fraktion und der Presse. Für Erhard, der sich auffallend häufig mit dem amerikanischen Botschafter traf[112], schien das Maß des Erträglichen voll. Zwar war er mit seiner Vorstellung von der „Entpolitisierung" einer auch den neutralen europäischen Staaten offenstehenden Wirtschaftsgemeinschaft zu diesem Zeitpunkt gescheitert[113], gab sich aber nicht geschlagen. „Aus innerer Gewissensnot"[114] ging er vielmehr zur Offensive über und zündete am 5. 2. eine „Zeitbombe"[115]. In einem bereits am 2. 2. aufgezeichneten Interview mit dem Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung", Kempski, attackierte Erhard mit äußerster Schärfe den von de Gaulle und Adenauer gefahrenen Kurs exklusiver zweiseitiger Abmachungen. Nur eine Politik der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit versetze die Staaten in die Lage, ihr Schicksal zu meistern. „Der Bilateralismus ist tot." Seine Abrechnung mit dem „historischen Mißverständnis", daß die Macht im nationa-

[109] Vgl. Patz, Kontrolle, S. 87.

[110] S. AsD, SPD-Parteivorstand, Nr. 23, Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes des SPD vom 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 746–751; Sitzung der SPD-Fraktion vom 5. 2. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 244–249; vgl. Klotzbach, Weg, S. 561–563; Marcowitz, Option, S. 98–100.

[111] Vgl. Bellers, Reformpolitik, S. 378–384; Bouvier, Godesberg, S. 198–219.

[112] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 171; Koerfer, Kampf, S. 723.

[113] Erhard an Röpke, 23. 2. 1963, zitiert nach: Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 147. Zu seiner Haltung gegenüber den Neutralen s.a. Erhard, Gedanken, S. 738–742.

[114] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Erklärung dess. in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 752–759, hier S. 754; s.a. „Der Spiegel" (1963), Nr. 7, S. 17.

[115] Koerfer, Kampf, S. 718; vgl. „Der Spiegel" (1963), Nr. 7, S. 16f.

len Bereich „schon ein Wert in sich selbst" sei, gipfelte schließlich in der Forderung, den Elysée-Vertrag gründlich auf alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen zu durchleuchten und auf Absprachen mit den USA hinzuwirken, um die Europa erstickende „Verkrustung" aufzusprengen[116]. Wie er am selben Tag vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages ausführte, sorgte er sich vor allem um die ökonomischen Folgen der europäischen Krise. Denn vor dem Hintergrund eines in den letzten Jahren dramatisch sinkenden Außenhandelsüberschusses hatte allein der starke Gewinn im Handel mit der EFTA eine negative Außenhandelsbilanz verhindert[117]. Der Nutzen der EWG fiel demgegenüber – gerade auch im Vergleich mit Frankreich – wesentlich geringer aus. So lieferte Bonn 60% des Aufkommens aus den Abschöpfungsbeiträgen zur Agrarfinanzierung, Paris aber nur 6%. Demgegenüber hatte die Bundesrepublik von 1958 bis 1962 34% zur Entwicklungshilfe an die afrikanischen Staaten beigesteuert, am Auftragsvolumen der EWG aus diesen Staaten aber nur mit 4,3% partizipiert, Frankreich aber mit 75%[118]. Folglich konnte seiner Ansicht nach das Gebot der Stunde nur die Öffnung der Märkte zur Kleinen Freihandelszone, letztlich eine globale Handelsliberalisierung sein.

In der Fraktionssitzung der Union vom selben Tag zeigte sich, daß Erhard keineswegs allein mit seiner Ansicht stand, wenngleich der Ton seiner geharnischten Kritik der Mehrheit zu weit ging. Adenauer tat so, als ob es das Interview gar nicht gäbe, schilderte vielmehr den Ablauf der letzten Wochen. Ebenso entschieden wie seine MLF-Zusage verteidigte er die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages und versuchte die aufgebrachten Gemüter einerseits mit der parlamentarischen Behandlung durch den Bundestag, der Offenheit der britischen Beitrittsfrage sowie der seines Erachtens noch nicht definitiven Absage Frankreichs an die multilaterale Streitkraft zu beruhigen. Breiten Raum nahm wieder einmal die historische Motivierung des Freundschaftsabkommens durch die russisch-französische Allianz in seinen Ausführungen ein: der Besuch der französischen Flotte in Kronstadt 1892, die russisch-französische Marinekonvention 1892/93 und de Gaulles Visite in Moskau 1944[119].

Trotz des lebhaften Beifalls, den das Protokoll der Sitzung ausweist, waren die Parteifreunde keineswegs mit Adenauer einer Meinung – im Gegenteil. Der seit Monaten schwelende Streit zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" sollte nun Formen annehmen, die die Partei an den Rand einer ernsten Krise führ-

[116] Interview Erhards in: „Süddeutsche Zeitung", 5. 2. 1963, auch in: Erhard, Gedanken, S. 787–794, hier S. 791 u. 792; vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 415f.; Koerfer, Kampf, S. 718–720; Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer", S. 99; s.a. Interview Erhards mit dem „Südwestdeutschen Rundfunk", 2. 2. 1963, in: BDFD II, S. 938–940.

[117] S. Rede dess. vor der Vollversammlung des DIHT, 5. 2. 1963, in: Erhard, Wirken, S. 220–228.

[118] S. Erklärung Leuzes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 465f.; Lahr an Schröder, Aufzeichnung St.S. 617/62 II, 22. 8. 1962, in: BDFD II, S. 933; ders. an Jansen u. Sachs, Vermerk St.S. 289/63, 18. 3. 1963, in: AAPD 1963, S. 416f.

[119] S. ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD I, S. 961–968; Marcowitz, Option, S. 80f. u. 126f. Zum Besuch der französischen Flotte vom 23. 7.–8. 8. 1891 in Kronstadt vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1891, S. 274–276; zur russisch-französischen Marinekonvention und zur Allianz von 1944 vgl. Kap. III.1.3 bzw. II.

ten[120]. Von Brentano begrüßte das deutsch-französische Verhältnis als „einen der Schlüsselpunkte der Europapolitik". Zugleich unterstrich er aber, daß damit nicht die Partnerschaft zu den USA und die europäische Integration gefährdet werden dürften[121], wobei er die EWG zunächst nicht für alle Beitrittswilligen, sondern nur für Großbritannien geöffnet sehen sollte[122]. Erhard hielt sich ob der heftigen Schelte wegen seines Zeitungsinterviews weitgehend zurück. Seinen Part als Scharfmacher übernahm nun Birrenbach, der bereits Ende Januar Kennedys Berater Acheson schriftlich dazu ermuntert hatte, de Gaulle von seiner Vision eines deutsch-französischen Blocks als Kern einer europäischen Dritten Kraft mit dem Angebot einer nuklearen Zusammenarbeit abzubringen[123]. Jetzt bezeichnete er Adenauers beschönigende Darstellung der Krise als völlig unangemessen und eine abgestimmte Politik zwischen Bonn und Paris insbesondere im Verteidigungsbereich als unmöglich. Der Kanzler wirkte nicht gerade überzeugend, als er die Unterschiede in der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik und Frankreichs ebenso kleinredete wie die durch den Elysée-Vertrag eingegangene Bindung und dann auch noch de Gaulles unbedingte Amerika-Treue beschwor. „Ich verstehe Sie wirklich nicht, Herr Birrenbach, daß Sie glauben, wir seien jetzt auf Tod und Leben absolut mit Frankreich verheiratet. Das ist doch Unsinn." Genau dies gewollt zu haben, wurde ihm aber nicht zu Unrecht von vielen in der Fraktion unterstellt. Gleichwohl, das zeigte der Verlauf der Sitzung sehr deutlich, standen die Parteifreunde trotz allen Unmuts nicht auf Erhards Seite und dachten nicht daran, den Elysée-Vertrag zu kippen. Freilich gab es auch nur wenige, die ihn uneingeschränkt begrüßten, die Umwandlung der Atlantischen Allianz in eine europäisch-amerikanische Partnerschaft verlangten und gerade auch im verteidigungspolitischen Bereich echte Chancen einer bilateralen Zusammenarbeit sahen wie zu Guttenberg[124].

„Für die Aussöhnung mit Frankreich – gegen den Elysée-Vertrag"

Prominente CDU-Abgeordnete wie von Brentano setzten jetzt darauf, daß die für den 6. 2. anberaumte außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestags „eine gewisse Klärung" brächte und die „Hysterie" in Bonn sich wieder legte[125]. Ein Brückenschlag mit der Opposition schien ihnen notwendig, um sodann die Position der Bundesrepublik in der westlichen Allianz festzulegen[126]. Parallel dazu

[120] Vgl. Buchstab, „Zauber", S. 99f.

[121] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Erklärung von Brentanos in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 752; s.a. Marcowitz, Option, S. 81 u. 127.

[122] S. BA, NL von Brentano, Bd. 24, von Brentano an Jansen, 11. 2. 1963.

[123] S. ACDP, NL Birrenbach, I-433–10/1, Birrenbach an Acheson, 31. 1. 1963; Roussel, Jean Monnet, S. 747; Schulz, Freundschaft, S. 314.

[124] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 5. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 752–759, hier S. 756; s.a. Marcowitz, Option, S. 81f. u. 127f. Zur Haltung Birrenbachs s.a. Birrenbach an von Brentano, 7. 2. 1963, in: BDFD III, S. 759f.; BA, NL von Brentano, Bd. 166, von Brentano an Birrenbach, 7. 2. 1963, Persönlich; Birrenbach, Sondermissionen, S. 170f.; Schulz, Freundschaft, S. 314–327.

[125] BA, NL von Brentano, Bd. 27, von Brentano an Knappstein, 5. 2. 1963; s.a. Marcowitz, Option, S. 80.

[126] Vgl. Patz, Kontrolle, S. 78f.

suchte die Bundesregierung den Kontakt zu den Amerikanern. In Anlehnung an eine Anregung Osterhelds[127] schickte Adenauer am 3. 2. Carstens als Sondergesandten zu einer mehrtägigen Reise nach Washington, um der dortigen Führung bündige Loyalitätsbeweise zu übermitteln, Befürchtungen vor einer etwaigen „Wende der deutschen Politik" auszuräumen und zugleich die Anwürfe gegen de Gaulles Politik als haltlos darzustellen[128]. Der Staatssekretär stand der vom Kanzler verfochtenen Frankreichpolitik keineswegs unkritisch gegenüber, ermahnte ihn bisweilen im Vieraugengespräch auch dazu, „de Gaulle gegenüber mißtrauischer" zu sein[129]. Von frankophilen Mitarbeitern wurde ihm daher vorgeworfen, sich zu sehr an die Linie Schröders zu adaptieren[130]. Die französische Diplomatie sollte ihm später unterstellen, dem Elysée-Vertrag am Potomac inhaltlich widersprochen zu haben[131].

In seinen fünfzehn Gesprächen mit etwa neunzig Personen kam zweierlei immer wieder sehr klar heraus: Die Amerikaner lehnten den außenpolitischen Kurs de Gaulles scharf ab und warfen den Deutschen vor, sich durch das Freundschaftsabkommen mit dessen Politik zu identifizieren[132]. Carstens' gegenteilige Beteuerungen hielten sie nur für glaubwürdig, wenn sie sich im Ratifikationsverfahren niederschlügen[133]. Daher unterbreitete der deutsche Staatssekretär dem amerikanischen Außenminister am 5. 2. einen als persönlich deklarierten Vorschlag, der in ähnlicher Form bereits in der Presse gehandelt wurde[134], also nicht „der erste Vorschlag zur Verwässerung des Vertrages"[135] war: Der Bundestag sollte demnach mit der Ratifikation, die Carstens im Gegensatz zu Adenauer auf Ende Juni datierte, eine Resolution über die deutschen Verpflichtungen gegenüber der westlichen Allianz verabschieden. Obwohl der Staatssekretär versicherte, daß der Elysée-Vertrag letztlich nur prozedural sei, reichte Rusk eine solche Entschließung nicht aus[136]. Carstens spielte daher mit dem Gedanken, einige Änderungen vorzuschlagen. Doch das Kanzleramt legte sich quer, weil für den 7. 2. eine Debatte über das Freundschaftsabkommen im Bundesrat vorgesehen war. Käme sie nicht zustande, drohte eine dreiwöchige Verzögerung. Globke entschied daher, alles soweit vorzubereiten, daß Adenauer den Entwurf des Ratifikationsgesetzes spätestens am 8. 2. unterzeichnen konnte. Etwaige Modifikationen von Carstens sollten dann nachträglich eingearbeitet werden. Auf dessen Anraten empfahl Schröder daraufhin eine einzige und eher unbedeutende Änderung des Textes[137].

[127] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 197.
[128] Unterredung zwischen Carstens und Tyler vom 5. 2. 1963, St.S. 313/63, Geheim, in: AAPD 1963, S. 269–273, hier S. 270; s.a. ders. an Schröder u. Lahr, FS Nr. 375, 6. 2. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 273–275; Carstens, Erinnerungen, S. 251f.
[129] Ebd., S. 228.
[130] S. ACDP, NL Jansen, I-149–008, Tb. 16. 1. 1963.
[131] Vgl. Seydoux, Botschafter, S. 26.
[132] S. Aufzeichnung Carstens, St.S. 282/63, 9. 2. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 289–294.
[133] S. Unterredung zwischen dems. und Tyler vom 5. 2. 1963, St.S. 313/63, Geheim, in: ebd., S. 269–273, hier S. 271.
[134] Vgl. „Tagesspiegel", 3. 2. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 744–746.
[135] Köhler, Adenauer, S. 1203.
[136] S. Unterredung zwischen Carstens und Rusk vom 5. 2. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 182–187; vgl. Bange, Interests, S. 243; Winand, Eisenhower, S. 334f.
[137] Vgl. Bange, Interests, S. 243f.

Nachdem das Bundeskabinett den Gesetzesentwurf verabschiedet und zur Weiterleitung an den Bundesrat freigegeben hatte[138], bemühte sich Adenauer in seiner Regierungserklärung an jenem 6. 2. vor allem um zweierlei: Rechtfertigung für die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages und Herauskehren der Offenheit in der Beitrittsfrage mit Großbritannien. Zugleich unterstrich er die entscheidende Bedeutung der USA für die deutsche Sicherheit und lobte das Nassau-Abkommen als großen Schritt zur Schaffung einer wirksamen multilateralen Nuklearstreitmacht der NATO[139]. Der Verlauf der Debatte tags darauf zeigte eindrucksvoll, daß die überwiegende Mehrheit im Hohen Haus die deutsch-französische Freundschaft als Ausgangspunkt der europäischen Integration begrüßte. Sie forderte aber zugleich dezidiert die intensive Fortsetzung der transatlantischen Partnerschaft und der Bemühungen um England[140]. Für die SPD machte Ollenhauer klar, daß seiner Fraktion einseitige Erklärungen des Bundestages, wie Gerstenmaier sie derweil vorgeschlagen hatte[141], oder des Bundeskabinetts nicht genügten. Die Opposition erwartete vielmehr von beiden Regierungen „verbindlich[e]" Erklärungen als Teil dieses Vertrages, wonach er die sonstigen vertraglichen Verpflichtungen „in ihrem Wert und ihrer Praxis nicht beeinträchtig[e]"[142]. Nicht einmal von Brentano wollte dem widersprechen. Er forderte zwar die Ratifizierung „in gebührender Weise", machte sie aber von einer vorherigen Prüfung etwaiger Auswirkungen auf andere Abkommen abhängig[143]. Für die FDP betonte Mende, der Elysée-Vertrag könne „nur Ausgangsstation der europäischen Zusammenarbeit" sein, „niemals Endstation europäischer Sehnsucht"[144].

Im Kabinett unternahm Erhard am 7. 2. den Versuch, seine Kollegen dafür zu gewinnen, mit der französischen Regierung vor der parlamentarischen Billigung des Freundschaftsabkommens eine gemeinsame Erklärung zur NATO und zur EWG-Erweiterung auszuhandeln, drang damit aber nicht durch[145]. Als er anschließend von seiten liberaler und sozialdemokratischer Abgeordneter um Dehler und Mommer dazu ermuntert wurde, sich für ein Konstruktives Mißtrauensvotum gegen den Kanzler bereitzustellen, wich der Minister zurück. Für einen solchen Frontalangriff war er nicht zu haben, wohl aber für eine Abschwächung des deutsch-französischen Abkommens[146], wie sie im interparteilichen Diskurs mehr und mehr Kontur gewann. Bei einem Gespräch mit Bundespräsident Lübke sprachen sich die Fraktionsvorsitzenden am 7. 2. mit Zustimmung von Brentanos für eine ergänzende Erklärung zum Elysée-Vertrag aus[147]. Ollenhauer berichtete

[138] S. AdG 1963, S. 10399D.
[139] S. Regierungserklärung Adenauers, 6. 2. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 52, S. 2574–2577; zur Auseinandersetzung zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt über die Redaktion der Erklärung vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 198f.; Bange, Interests, S. 237–239.
[140] S. Bundestagsdebatte, 7. 2. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 52, S. 2594–2643; Patz, Kontrolle, S. 79f.
[141] S. SPD-Fraktionssitzung vom 5. 2. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 248.
[142] Bundestagsrede Ollenhauers, 7. 2. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 52, S. 2594–2604, hier S. 2604.
[143] Bundestagsrede von Brentanos, 7. 2. 1963, in: ebd., S. 2604–2610, hier S. 2607.
[144] Bundestagsrede Mendes, 7. 2. 1963, in: ebd., S. 2610–2615, hier S. 2611.
[145] Vgl. Koerfer, Kampf, S. 721.
[146] Vgl. ebd., S. 722f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 824.
[147] Vgl. Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 253f., Anm. 4.

der Fraktion kurz darauf von der Absicht, „durch eine Art von Zusatzprotokoll" die Vereinbarkeit des Freundschaftsabkommens mit anderen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik festzuschreiben[148]. Mommer verlangte erneut mehr. Ihm war inzwischen zu Ohren gekommen, daß in den ersten Entwürfen des Vertrags Klauseln enthalten gewesen seien, die die Verträglichkeit mit EWG und NATO betonten, dann aber auf Antrag der Franzosen und mit Billigung des Kanzlers wieder gestrichen worden seien. Nach seiner Auffassung mußten diese Bestimmungen wieder „in den Vertrag bzw. in ein Zusatzprotokoll hineingebracht werden", selbst um den Preis eines Scheiterns[149]. Doch soweit wollte in der Fraktion kaum jemand gehen[150].

Die durch Pressepolemiken nach dem Motto „Für die Aussöhnung – gegen den Vertrag"[151] angeheizte parteipolitisch-parlamentarische Auseinandersetzung über die Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik im allgemeinen, das Verhältnis in Frankreich im besonderen wurde jenseits des Rheins verständlicherweise mit großem Unbehagen beobachtet. Die französische Presse warnte gar davor, alte, längst verheilte Wunden wieder aufzureißen[152]. Der Quai d'Orsay machte keinen Hehl daraus, daß der Vertrag an Bedeutung natürlich einbüßte, wenn der Bundestag mit der Ratifizierung eine Resolution über die Notwendigkeit des britischen EWG-Beitritts und die Unversehrtheit der atlantischen Partnerschaft meinte verabschieden zu müssen. Höchst verärgert reagierte man auf die Behauptung, die nun aufbrausende „Hysterie" sei durch den Wunsch Adenauers nach einer vertraglichen Fixierung des ausgearbeiteten Protokolls ausgelöst worden[153]. Gegenüber der Diplomatischen Presse stellte Premierminister Pompidou am 5. 2. noch einmal dezidiert klar, Frankreich stehe fest zu seiner Politik und halte das Geschrei über den blockierten britischen EWG-Beitritt für völlig überzogen. Selbstbewußt sah er keinen Grund für eine Isolierung Frankreichs und verlangte, jetzt erst einmal den Gemeinsamen Markt zu konsolidieren[154]. Vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale verteidigte Couve de Murville kurz darauf sein Verhalten in Brüssel mit der Begründung, die Fünf hätten ihm nicht abgesprochene Vorschläge über die Einschaltung der Kommission unterbreitet. Außerdem, und damit kam er der Sache wohl näher, habe Großbritannien nicht klar genug zu erkennen gegeben, ob es sich tatsächlich von den USA und dem Commonwealth lösen und ein wirkliches Europa mitbauen wolle[155]. Ja, er behauptete gar, die Fünf hätten unter englischem Einfluß eine Verfahrensformel verhindert, die es erlaubte, die Beitrittsverhandlungen nicht abzubrechen. Als sein

[148] Rede Ollenhauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 12. 2. 1963, in: ebd., S. 253.
[149] Erklärung Mommers in der SPD-Fraktionssitzung vom 12. 2. 1963, in: ebd., S. 255; vgl. zu diesen Bestrebungen Bauer, Beziehungen, S. 179f.; s.a. Marcowitz, Option, S. 101.
[150] S. SPD-Fraktionssitzung vom 12. 2. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 256.
[151] Artikel Mehnert, in: „Christ und Welt", 8. 2. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 761–763, hier S. 761.
[152] S. Artikel Peyret, in: „L'Economie", 7. 2. 1963.
[153] BA, NL Blankenhorn, Bd. 153b, Bl. 73–79, Unterredung mit de Margerie vom 7. 2. 1963.
[154] S. Erklärung Pompidous vor der Diplomatischen Presse in Paris, 5. 2. 1963, in deutscher Übersetzung in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1961–1963, S. 275–280.
[155] Vgl. Blankenhorn an AA, FS Nr. 238, 7. 2. 1963, Citissime, in: AAPD 1963, S. 280–282.

deutscher Kollege Schröder von dieser Darstellung erfuhr, lautete sein Kommentar: ein „starkes Stück"[156]!

Für Blankenhorn gab es nach diesen Verlautbarungen der französischen Regierung keinen Zweifel mehr daran, daß de Gaulle die für ihn günstige innenpolitische Situation geschickt ausnutzte, um mit der Verwirklichung seines europäischen Konzepts zu beginnen: Errichtung eines kontinentalen, wesentlich auf bilateralen Abmachungen basierenden Bündnisgeflechts mit bevorzugter Stellung des deutsch-französischen Vertrags und besonderer Hervorhebung der militärischen Klauseln; Verwirklichung eines eigenständigen, kontinental-europäischen Bündnis- und Verteidigungssystems unter französischer Führung und mit Ausschluß Großbritanniens; Erhalt des wirtschaftlichen Interessenzusammenschlusses europäischer Staaten ohne Ausbau der supranationalen Elemente; Unabhängigkeit von den USA und der integrierten NATO-Struktur, ohne die Mitgliedschaft zur Atlantischen Allianz aufzukündigen[157].

Mit dieser Konzeption, dies hatte die jüngste Bundestagssitzung eindringlich gezeigt, waren die außenpolitischen Vorstellungen der meisten deutschen Politiker nicht zur Deckung zu bringen. Nur einen Tag nach der Debatte unterstrich der Bundesrat die vorhandene Diskrepanz noch einmal, als er die Bundesregierung in einer Resolution ersuchte, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien beizutragen[158]. Angesichts des klaren Willens beider Kammern setzten im Auswärtigen Amt vielfältige Aktivitäten ein, um den Forderungen nach einer Solidaritätserklärung für die NATO und den britischen EWG-Beitritt nachzukommen. Im Mittelpunkt stand ungeachtet der klaren Pariser Signale gegen die Fortsetzung der Verhandlungen mit London[159] einerseits die mitunter auch mit anti-französischen Spitzen durchsetzte energische Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse, in der sich das deutsche Verhältnis zu Großbritannien befand[160], andererseits das Bemühen um einen deutsch-amerikanischen „Gegenpol" zum Elysée-Vertrag in sicherheitspolitischer Hinsicht, um die Amerikaner vom Abzug aus Europa abzuhalten[161]. Daß Kennedy Carstens am 7. 2. mit einem ziemlich kritischen Fernsehinterview gewissermaßen auf die Heimreise schickte, mußte in Bonn als untrügliches Zeichen dafür gelten, wie wichtig die Kurskorrek-

[156] PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 215, Voigt an Schröder, Aufzeichnung 200–81.12/6/591/63, 14. 2. 1963, Marginalie Schröders.

[157] S. Aufzeichnung Blankenhorn, 15. 2. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 315–323. Adressat der Aufzeichnung war Carstens (BA, NL Blankenhorn, Bd. 153a, Bl. 11, ders. an dens., 15. 2. 1963, Persönlich).

[158] S. Resolution des Bundesrates, 8. 2. 1963, in: Bulletin 1963, S. 229.

[159] Vgl. Blankenhorn an Lahr, 12. 2. 1963, in: AAPD 1963, S. 294f.; Hölscher, Krisenmanagement, S. 35f.

[160] Zur Fortsetzung der bi- und multilateralen Verhandlungen über die Anbindung Großbritanniens an die EWG vgl. Schröder an Heath, 31. 1. 1963, in: AAPD 1963, S. 232; Lahr an Washington, FS 200–80.11/141/63, 4. 2. 1963, Geheim, in: ebd., S. 251–253; Voigt an Carstens, Aufzeichnung Dg I A 200–81.12/6/195/63, 4. 2. 1963, VS-Vertraulich, in: ebd., S. 253–257; Harkort an AA, GB 200/401–60.02–7/63, 4. 2. 1963, Geheim, in: ebd., S. 258–263; von Etzdorf an Lahr, FS Nr. 123, 5. 2. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 264–266; Unterredung zwischen Lahr und Roll vom 8. 2. 1963, Dg I A 2000–81.12/6/260/63, VS-Vertraulich, in: ebd., S. 285–288; Hölscher, Krisenmanagement, S. 31–34.

[161] Schmidt-Pauli an Krapf, Vermerk St.S 93/63, 4. 2. 1963, Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 249f., hier S. 249; s.a. Rusk an Bonn, Tel. 1773, 1. 2. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 166f.

tur war[162]. „Wir hätten die Wahl gehabt, heißt es von jenseits des Atlantiks [...], und wir hätten uns für de Gaulle entschieden. Das ist nicht richtig; das ist eigentlich eine Unverschämtheit [...] Wir müssen ganz rasch und entschieden von diesem Dampfer herunter!", notierte Osterheld in seinem Tagebuch[163].

Die Amerikaner ließen nicht locker. Vom State Department zur Überprüfung der eigenen Europapolitik beauftragt[164], legte Botschafter Bruce seiner Regierung am 9. 2. einen Bericht vor, der wenige Wochen später vom Nationalen Sicherheitsrat gebilligt wurde und damit als Basis für die zukünftige Politik figurierte. Der Diplomat sprach sich nicht nur entschieden für die Fortsetzung der transatlantischen Partnerschaft und der europäischen Integration, sondern auch dafür aus, den Verbündeten Gleichberechtigung zuzugestehen und die eigene Prädominanz aufzugeben. Zugleich plädierte er gegen die Torpedierung des Elysée-Vertrages, aber für eine Bundestagsresolution mit einem klaren deutschen Bekenntnis zur NATO, zur MLF und zum britischen EWG-Beitritt. Bonn betrachtete er eindeutig als wichtigsten kontinentaleuropäischen Partner, während Paris links liegen gelassen werden sollte[165].

Dieser Marschroute entsprechend teilte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Gilpatric dem Bundeskanzler am 13. 2. mit, Präsident Kennedy beabsichtige an der bisherigen Europapolitik festzuhalten, verlange aber von ihm den öffentlichen Beweis der westlichen Eintracht. Es gehe ihm vor allem um die Weiterentwicklung der MLF sowie eine stärkere Einbindung der atomaren Have-nots in Planung und Programmierung der der NATO zur Verfügung stehenden amerikanischen nuklearen Streitkräfte. Adenauer versuchte daraufhin, mit überzeugendem Bekenntnis zur Freundschaft mit den USA und altbekannten Argumenten der Kritik am Elysée-Vertrag den Wind aus den Segeln zu nehmen: Der Hauptgrund für die bilaterale Zusammenarbeit sei die Notwendigkeit zur festen Bindung beider Staaten, um etwaige Kooperationen mit der östlichen Supermacht zu vereiteln. Dank jahrzehntelanger Erfahrungen versiert im politischen Geschäft, scheute er dabei auch nicht davor zurück, der Wahrheit eine bisweilen problematische Wendung zu geben, so etwa, wenn er nun de Gaulle die Initiative zum Abschluß des Elysée-Vertrages in die Schuhe schob. Nach der Triumphreise durch Deutschland habe der General angeregt, die Zusammenarbeit auf einem Papier zusammenzufassen. Dies sei nun geschehen, der Vertrag liege vor. Auch seine Verabredung mit de Gaulle über die Brüsseler Verabredung kam der Wahrheit nur bedingt nahe, meinte er doch, der Vorschlag sei fehlgeschlagen, weil Couve de Murville die Mitarbeit Englands an der Ausarbeitung eines Berichts der EWG-Kommission abgelehnt habe. Von englischer Mitarbeit war nicht die Rede, und daß er

[162] S. Pressekonferenz Kennedys, 7. 2. 1963, in: von Siegler, Dokumentation der Europäischen Integration 1961–1963, S. 290f.

[163] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 201, Tb. 10. 2. 1963.

[164] S. Sitzung des Exekutivkomitees des Nationalen Sicherheitsrates vom 5. 2. 1963, Zusammenfassung Nr. 40, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 173–179; Kennedy an Bruce, Instruktionen, 5. 2. 1963, Secret, in: ebd., S. 180f.; Conze, Herausforderung, S. 260f.; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 201.

[165] Zu dem Bericht von Bruce vom 9. 2. 1963 vgl. FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 188; Conze, Herausforderung, S. 261–265; Costigliola, Kennedy, S. 265; ders., Pursuit, S. 50f.; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 201–205.

selbst in Paris den Eindruck erweckt hatte, als sollten die Verhandlungen längere Zeit ruhen, verschwieg er geflissentlich[166].

Adenauers Konzilianz gegenüber den USA hing gewiß auch mit den ihn beunruhigenden Nachrichten über neue Kontakte zwischen Washington und Moskau zusammen. So hatte sich Kennedy nicht nur über die mit ihm im November getroffene Vereinbarung hinweggesetzt, vorerst keine Initiative zur Wiederaufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Berlin zu starten[167]. Er plante auch noch mit Chruschtschow den Abschluß einer bilateralen Deklaration zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, die klar zu Lasten der Nicht-Nuklearmächte ging und für Bonn neben dem ABC-Produktionsverbot von 1954 nun noch einen Erwerbsverzicht implizierte[168]. Trotz der drohenden „beträchtliche[n] Selbstbindung" glaubte die Bundesregierung den Vorschlag nicht ablehnen zu können, sofern er weltweit akzeptiert würde, um nicht in den Verdacht zu geraten, man wolle sich Atomwaffen zulegen. Da Paris aber umgehend Bedenken gegen ein entsprechendes Abkommen anmeldete, schien die Gefahr gering[169].

„Wir müssen den Kropf des Elysée-Vertrages schlucken, weil wir es uns nicht leisten können, gegen die deutsch-französische Verständigung zu sein"

Für die Anhänger der engen Freundschaft zu Frankreich bot dies nur einen neuerlichen Beleg für die Bedeutung der deutsch-französischen Entente[170]. Doch das Gros der Bonner Politiker war derartigen Argumenten nicht zugänglich. Im Gegenteil, am Rhein mehrten sich die Anzeichen, daß der Elysée-Vertrag nicht pur et simple die parlamentarischen Klippen umfahren würde, wenngleich die deutschen „Gaullisten" wie zu Guttenberg Morgenluft witterten, als die „pro-englische Hysterie" allmählich abebbte. Gewiß, Mommer war in der SPD mit der Forderung nach einer Ablehnung des Vertrags ebenso aufgelaufen wie Erhard in der Union. Daß zu Guttenberg aber von seiner eigenen Partei massiv daran gehindert worden war, in der letzten Bundestagsdebatte das Wort zu ergreifen, sprach Bände[171]. Und die dezidierten Gegner des Elysée-Vertrages gaben in ihrem Widerstand keineswegs nach. In einer Unterredung mit von Brentano verlangten Erhard und auch Hallstein am 18. 2., dem Text einen Annex oder Briefwechsel über die Nichtbeeinträchtigung der deutschen Mitwirkung in NATO und EWG beizugeben. Mit einer einseitigen Erklärung des Bundestages gaben sie sich nicht zufrieden[172].

Drei Tage später beriet der im Bundesrat federführende Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten das Ratifikationsgesetz. Dabei regte das SPD-geführte Hes-

[166] S. Unterredung zwischen Adenauer und Gilpatric vom 13. 2. 1963, Z A 5 (115)-22.A/63, Geheim, in: AAPD 1963, S. 302–312; s.a. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 126, Unterredung zwischen Gilpatric und von Hassel vom 13. 2. 1963, Fü B III 8 Az. 31–08–41–01, Tgb. Nr. 925/63.

[167] S. Knappstein an AA, FS Nr. 379, 7. 2. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 276–279; Carstens an Washington, FS Nr. 220, 12. 2. 1963, Citissime mit Vorrang, Geheim, in: ebd., S. 296–298; Unterredung zwischen Adenauer und Gilpatric vom 13. 2. 1963, Z A 5 (115)-22.A/63, Geheim, in: ebd., S. 311f.

[168] S. Krapf an Carstens, Aufzeichnung 302–82–13/801/63, 19. 2. 1963, Geheim, in: ebd., S. 335–337.

[169] PA, B 150, Bd. 3, Carstens an Washington etc., FS Nr. 610, 16. 2. 1963, VS-Vertraulich.

[170] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 203, Tb. 17. u. 25. 2. 1963.

[171] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 180, Bl. 172f., zu Guttenberg an Jansen, 14. 2. 1963.

[172] S. Aufzeichnung Meyer-Cording, E 37/63, 18. 2. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 332–334; Bange, Interests, S. 258f.

sen an, einen ergänzenden Vorbehalt zu formulieren, demzufolge alle Bestimmungen des Elysée-Vertrages mit den übrigen internationalen Abkommen der Bundesrepublik in Übereinstimmung seien. Da die geladenen Verfassungsjuristen des Auswärtigen Amtes aber die Kompatibilität als gegeben ansahen, stimmte die Majorität der Länder gegen diesen Vorschlag, der eine Vertragsänderung zur Folge gehabt hätte. Statt dessen votierte der Ausschuß mehrheitlich für eine vom CDU-regierten Nordrhein-Westfalen empfohlene und von Carstens verfaßte Entschließung, in der die Bundesregierung dazu aufgefordert wurde, darauf hinzuwirken, daß durch die Anwendung des Vertrags die großen Ziele der bundesdeutschen Außenpolitik gefördert würden: Atlantische Partnerschaft; Integrierung der Streitkräfte in der NATO; Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens; Abbau der Handelsschranken im Rahmen des GATT; Wiederherstellung der deutschen Einheit[173]. Damit verwarf das Gremium auch einen Vorschlag des FDP-Politikers Leverenz, der sich für einen mittleren Weg zwischen dieser reinen Willensbekundung und der von Hessen beabsichtigten Vertragsänderung ausgesprochen und eine Präambel zum Ratifikationsgesetz empfohlen hatte[174]. Auch Carlo Schmid machte sich in diesen Tagen in der Presse für einen solchen Schritt stark[175].

Vor dem Hintergrund des völkerrechtlich unverbindlichen, rein deklaratorischen Entschließungsentwurfes der Länderkammer nahm der Bundesvorstand der FDP am 22. 2. einen ersten Bericht des Bundeshauptausschusses der Partei über den Elysée-Vertrag entgegen, der ebenfalls die Verträglichkeit mit den übrigen bundesdeutschen Abkommen konstatierte. Ganz im Sinne der Argumente Adenauers rühmte der Berichterstatter des Ausschusses, Achenbach, daß Frankreich nun erstmals eine Bindung mit Deutschland eingehe und damit eine Verständigung zwischen Paris und Moskau kaum mehr möglich sei. Außerdem sah er angesichts der Bonner Zusage zur Mitarbeit an der MLF keinerlei Gefahr für eine Trennung von Washington[176]. Der für die verteidigungspolitischen Teile des Freundschaftsabkommens zuständige Mit-Berichterstatter Schultz zog indes ein kritischeres Fazit. In seinen Augen war der Vertrag unnötig, da er von zwei ohnehin vertraglich verbundenen Staaten abgeschlossen worden war. In gewisser Hinsicht hielt er ihn gar für schädlich, weil die Sicherheit der Bundesrepublik von den USA abhängig und deren „Goodwill durch den Vertrag inzwischen im Wert noch etwas teurer geworden" sei als vorher[177]. Namentlich Dehler pflichtete ihm in der anschließenden Aussprache mit heftigen Anschuldigungen gegen die Bundesre-

[173] Zur Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates vom 21. 2. 1963 vgl. Ansprache Leverenz in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 446–448; Text des Entschließungsentwurfs, 21. 2. 1963, in: ebd., S. 432; Carstens, Erinnerungen, S. 253; s.a. Bange, Interests, S. 250–254; Bauer, Beziehungen, S. 177f.; Patz, Kontrolle, S. 81f.

[174] Vgl. Ansprache von Leverenz in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 447 u. 480.

[175] Vgl. Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 253, Anm. 4; Schmid, Erinnerungen, S. 744; Weber, Carlo Schmid, S. 666.

[176] S. Ansprache Achenbachs in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 431–441.

[177] Ansprache von Schultz in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 441–446, hier S. 446.

gierung bei. „Dieser Vertrag ist überflüssig wie ein bayerischer Kropf!" Voller Emotionen wetterte er gegen die „Brüderküsse" zwischen de Gaulle und Adenauer, giftete gegen die Opfer, die deren Abmachung den Deutschen in wirtschaftlicher Hinsicht aufbürden werde. „Er wird hochgelobt, hochgesteigert als ein Dokument der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Welch eine Irreführung der Öffentlichkeit!"[178]

Dies ging einigen Parteifreunden nun doch zu weit. Sie hielten Dehler entgegen, er verstehe nichts von der französischen Mentalität. Als Rationalisten brauchten die Franzosen etwas Geschriebenes. „Die deutsch-französische Verständigung existiert nicht, ohne daß ein Vertragswerk darüber da ist." Außerdem konnte Frankreich ihrer Meinung nach dank seiner guten Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten behilflich sein, den Deutschen bei ihrem Bemühen um ein besseres Verhältnis zu den östlichen Nachbarn die Tür zu öffnen[179]. Andere Vorstandsmitglieder machten sich indes das ökonomische Argument Dehlers zu eigen und warfen de Gaulle vor, er vereitele die aus wirtschaftlichen Gründen dringend notwendige Liberalisierung des Handels mit dem EFTA-Raum[180]. Mehrheitlich aber stimmte der Bundesvorstand für die Ratifikation des Vertrages gemäß dem Diktum Mendes: „Der Kropf ist da; wir müssen ihn schlucken, weil wir uns nicht leisten können, gegen die deutsch-französische Verständigung zu sein."[181] Allerdings war klar, daß in noch zu bestimmender Form als Änderung des Ratifikationsgesetzes, Präambel oder Entschließung des Bundestages jene Punkte anzubringen waren, auf die es der Partei ankam: die Atlantische Gemeinschaft, der Beitritt Englands und die Wiedervereinigung[182].

In der Stunde der Legislative wirkte die Regierungsspitze „ganz alt und verbraucht". Die anstrengende Kabinettsbildung, der Kampf um die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens und insbesondere die bittere Einsicht von der unaufhaltsam zu Ende gehenden Kanzlerschaft gruben bei Adenauer tiefe Spuren[183]. Die deftige Niederlage der Christdemokraten bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. 2.[184] ließ die Frage nach einem vorzeitigen Kanzlerwechsel in der Union erneut aufleben[185]. Aber Adenauer hatte das Kämpfen noch nicht verlernt. Als Erhard Ende Februar in Brüssel einmal mehr sich vom Elysée-Vertrag distanzierte und für den britischen EWG-Beitritt stark machte, rief ihm der Kanzler postwendend seine Richtlinienkompetenz in Erinnerung[186]. Doch der Wirtschaftsminister wollte sich nicht mehr schurigeln lassen und teilte Adenauer mit, er sei sich mit Schröder in der europäischen Einigungspolitik völlig einig und ziehe es nun vor, der Kabinettssitzung am nächsten

[178] Ansprache Dehlers in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 450 u. 451.
[179] Erklärung Erbes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 469f., hier S. 469.
[180] S. Erklärung Leuzes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 465f.
[181] Erklärung Mendes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 478.
[182] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 22. 2. 1963, in: ebd., S. 460, 463f., 467f., 484–486; AdL, FDP-Bundestagsfraktionsprotokolle, Bd. 14664, Sitzung der FDP-Fraktion vom 19. 2. 1963.
[183] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 204, Tb. 18. 2. 1963.
[184] S. das Wahlergebnis in: Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 408.
[185] Vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 417–420; Koerfer, Kampf, S. 724–731.
[186] S. Adenauer an Erhard, 26. 2. 1963, in: Koerfer, Kampf, S. 724; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 420; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 826.

Tag fernzubleiben[187]. Am 1. 3. griff Erhard mit einem langen Brief an von Brentano aktiv in die Debatte über die Kanzlernachfolge ein und drohte offen mit dem Bruch, falls die Union ihn bei der Entscheidung übergehen sollte. In bezug auf den Elysée-Vertrag gab er klar zu verstehen, daß er ihn nicht widerrufen, aber „in unmißverständlicher Form vor jeder falschen Deutung" befreien wolle[188].

Zur selben Stunde billigte der Bundesrat nach dreizehnstündiger Aussprache den Entwurf des Ratifikationsgesetzes zum Elysée-Vertrag in ersten Lesung und nahm bei Stimmenthaltungen von Hamburg, Hessen bzw. Niedersachsen die von den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung empfohlene Resolution an. Die von Hessen als Sprecher der SPD-regierten Länder eingebrachte Initiative, den Artikel 1 des Gesetzes zu ergänzen, wurde ebenso verworfen wie ein Antrag vom Hamburg, die in der Entschließung enthaltenen Grundsatzforderungen in eine Präambel zum Gesetz aufzunehmen[189].

Vor dem Hintergrund neuer Attacken gegen das deutsch-französische Bündnis aus dem Kreis der Sechsergemeinschaft[190] und wiederholter Verlautbarungen von Adenauer, der Elysée-Vertrag sei eingedenk des Flottenbesuches von Kronstadt und de Gaulles Moskau-Visite 1944 notwendig als Bollwerk gegen die Sowjetunion und als Fundament für ein vereintes Europa[191], spitzte sich die Bonner Diskussion über die parlamentarische Handhabung des Abkommens jetzt zu. Zwar gab es bereits erste deutsch-französische Kontakte zur späteren Durchführung des Vertrags auf ministerieller Ebene [192], doch hütete sich die Bundesregierung davor den Eindruck zu erweckten, als greife sie der Entscheidung der parlamentarischen Körperschaften vor[193].

Ende Februar hatte in Bonn eine Unterredung zwischen Birrenbach und Monnet stattgefunden, an der von sozialdemokratischer Seite Wehner teilnahm. Erzürnt über eine Erklärung Couve de Murville, wonach die Sechsergemeinschaft nicht mehr existiere, brachte Monnet einen Entwurf für eine parlamentarische Erklärung zum Elysée-Vertrag mit. Von seiner ursprünglichen Vorstellung, die Ratifikation des Bundestages von einer Erklärung beider Regierungen über die Ver-

[187] S. L-E-S, NL Erhard, I.1)9, Erhard an Adenauer, 27. 2. 1963, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 725; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 420; Laitenberger, Ludwig Erhard, S. 147f.

[188] BA, NL von Brentano, Bd. 239, Erhard an von Brentano, 1. 3. 1963, im Auszug in: Koerfer, Kampf, S. 732–734; s.a. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 420f.; Marcowitz, Option, S. 82f.

[189] Zur Bundesratssitzung vom 1. 3. 1963 vgl. Bulletin 1963, S. 361, 369f. u. 372–375; Bange, Interests, S. 255–258; Grabbe, Unionsparteien, S. 416f.; Patz, Kontrolle, S. 82f.

[190] S. Interview Spaaks mit dem „Westdeutschen Rundfunk", 8. 3. 1963, im Auszug in: von Siegler, Europäische politische Einigung, S. 210f.; Rede von Schaus in der luxemburgischen Abgeordnetenkammer, 12. 3. 1963, in: ebd., S. 211–213; Erklärung des Verbindungsbüros der Sozialistischen Parteien in der EWG, 14. 3. 1963, in: ebd., S. 213f.; Rede Hallsteins vor dem Europäischen Parlament, 27. 3. 1963, im Auszug in: ebd., S. 215–217; Bauer, Beziehungen, S. 161f.; Patz, Kontrolle, S. 83f.

[191] S. Rede Adenauers im Bundesrat, 1. 3. 1963, im Auszug in: Bulletin 1963, S. 372f.; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 339f., Informationsgespräch, 11. 3. 1963, Streng vertraulich; Unterredung zwischen dems. und McGhee vom 18. 5. 1963, 20. 5. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 199–201; ACDP, VII-002-003/1, Rede dess. vor der CDU-Rheinland, 27. 5. 1963.

[192] S. Kommuniqués der Bundesministerien für wissenschaftliche Forschung und für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 14. u. 21. 3. 1963, in: Bulletin 1963, S. 422 u. 463; Interview von Lenz mit „Südwestfunk", 20. 3. 1963, in: ebd., S. 473; Interview Scheels mit „Südwestfunk", 23. 3. 1963, in: ebd., S. 485f.

[193] S. PA, B 150, Bd. 5, Jansen an Schröder, Aufzeichnung I A 1–80.11/768/63, 9. 4. 1963, VS-Vertraulich.

bindung des Vertrags zur europäischen Integration und Atlantischen Allianz abhängig zu machen, mußte er Abschied nehmen, weil es in der Runde als aussichtslos galt, de Gaulle zu einer solchen Deklaration zu veranlassen. Deshalb verständigten sich Monnet und Birrenbach darauf, zumindest die Bundesregierung zu einer solchen Stellungnahme zu verpflichten[194].

Anfang März setzte sich Wehner in der SPD dafür ein, den Elysée-Vertrag so abzufassen, wie er ursprünglich von deutscher Seite anvisiert worden sei. Dazu hielt er eine Einfügung in das Ratifizierungsgesetz für notwendig; eine vorangestellte Präambel oder eine Entschließung erschien ihm unzureichend. Auch Ollenhauer und Erler sprachen sich für eine Zusatzklausel aus[195]. In der Fraktionssitzung vom 18. 3. forderte Brandt, der Vertrag dürfe die Verantwortlichkeit der Vier Mächte für Berlin nicht beeinträchtigen[196]. Prinzipiell beließ die Partei es indes bei der Taktik, die Kritiker in der Union durch Kooperation zu stärken, auf keinen Fall aber als Gegner der deutsch-französischen Versöhnung aufzutreten, zumal auch die französische Schwesterpartei trotz ihrer Opposition zum Vertrag nicht zur Ablehnung riet. Die von Mommer vertretene härtere Linie blieb in der Minderheit[197].

Bei den Liberalen liefen die Diskussionen im Arbeitskreis I auf eine Präambel hinaus, während in der Fraktion noch Dissens herrschte zwischen denen, die dieses Verfahren einer Bundestagsresolution vorzogen, jenen, die sich um die Reaktion Frankreichs sorgten, und jenen, denen die Präambel nicht genügte[198]. Am 23. 3. schloß sich der Bundesvorstand einem Votum des Arbeitskreises an, dem Ratifikationsgesetz eine Präambel hinzuzufügen, die auf die Übereinstimmung des Vertrags mit den Bestrebungen zur deutschen Einheit hinweisen sollte. Außerdem mußte der Bundestag „in geeigneter und wirksamer Weise" deutlich machen, daß der Vertrag nicht zu einer Beeinträchtigung bereits bestehender Vertragsverpflichtungen führen dürfe[199].

Ähnlich verhielt es sich in Teilen der Christdemokratie. Namentlich Birrenbach plädierte nach den Gesprächen mit Monnet dafür, den Elysée-Vertrag nicht durch eine Parlamentsresolution, sondern durch eine Präambel im Ratifikationsgesetz unmißverständlich zu erläutern[200]. Adenauer hingegen reagierte auf diese Vorstellungen gänzlich abweisend. Ihm kam es darauf an, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag möglichst unversehrt über die Parlamentshindernisse zu hieven. Im Bundesvorstand seiner Partei trat er der wachsenden Skepsis mit der

[194] Vgl. Schulz, Freundschaft, S. 318–321; der Entwurf Monnets im Faksimile ebd., S. 320.

[195] S. AsD, SPD-Parteivorstand, Nr. 23, Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 8./9. 3. 1963; Marcowitz, Option, S. 101–103.

[196] S. Erklärung Brandts in der SPD-Fraktionssitzung vom 18. 3. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 280.

[197] S. AsD, SPD-Parteivorstand, Nr. 23, Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 21. 3. 1963; ebd., Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 11. 5. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 784–786; Marcowitz, Option, S. 102; Patz, Kontrolle, S. 84 f.

[198] S. AdL, FDP-Bundestagsfraktionsprotokolle, Bd. 14664, Sitzung der FDP-Fraktion vom 5. 3. 1963; ebd., Sitzung der FDP-Fraktion vom 23. 4. 1963.

[199] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 23. 3. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 487.

[200] S. ACDP, NL Birrenbach, I-433–51/1, Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963; Schulz, Freundschaft, S. 321.

Behauptung entgegen, der Eintritt Großbritanniens in die EWG werde „schon in absehbarer Zeit erfolgen"[201]. Die seit Wochen anhaltende Einflußnahme Washingtons hinter den Kulissen in Bonn[202] zwang ihn allerdings zu einer nochmaligen Solidaritätsbekundung an die Adresse der USA. Zu diesem Zweck reiste der Vorsitzende der Unionsfraktion, von Brentano, Ende März über den Atlantik, um noch einmal den festen Willen der Bundesrepublik zu beteuern, die Atlantische Allianz nicht auf dem Altar der deutsch-französischen Freundschaft opfern zu wollen. Als Rusk seiner Hoffnung Ausdruck gab, der Bundestag möge sämtliche Mißverständnisse beseitigen, stellte von Brentano zwei Lösungsmodelle gegenüber. Die Einfügung eines Artikels ins Ratifikationsgesetz, von der er aber nicht sicher war, ob sie nach internationalem Recht Gültigkeit besäße, oder eine Bundestagsresolution, die den Vertrag authentisch interpretierte und von der Bundesregierung vor der Ratifikation akzeptiert würde. Etwaige französische Irritationen müßten ertragen werden. Rusk enthielt sich einer Präferenz und beließ es bei dem Wunsch einer „clear legislative record of intent"[203], wobei es Washington wohl weniger um die Form als vielmehr um die Sache ging: ein klares Bekenntnis der Deutschen zur Fortsetzung der bisherigen transatlantischen Partnerschaft[204].

Keine „Präambel des Selbstverständlichen"

Damit lag der Schwarze Peter wieder bei den Deutschen, die nun entscheiden mußten, in welcher Art und Weise sie dieses Bekenntnis abzugeben gedachten. Im Auswärtigen Amt plädierte Jansen Anfang April in Anlehnung an ein Gutachten der Rechtsabteilung dafür, möglichst die verfassungsrechtlich unbedenklichste Lösung einer vom Vertragstext unabhängigen besonderen Entschließung des Bundestages anzustreben, da sie keine staatsrechtlich relevante Bedingung für die Zustimmung bedeutete. Eine Präambel mochte der Ministerialdirektor hingegen „nur äußerstenfalls in Erwägung" ziehen, „wenn andernfalls die Ratifikation des Vertrags gefährdet wäre". Dezidiert abgelehnt, weil mit dem Verfassungsrecht nicht vereinbar, wurden von ihm etwaige Zusätze zum Ratifikationsgesetz, mit denen der Bundestag der Regierung Auflagen machte oder Weisungen zur Durchführung von Maßnahmen erteilte, die zur Zuständigkeit der Exekutive gehörten[205].

Aus seinen Kontakten mit französischen Diplomaten wußte der Beamte, daß auch in Paris die Absicht bestand, die Einordnung des Vertrags in den Rahmen der Einigung Europas und der atlantischen Zusammenarbeit anläßlich der parlamentarischen Ratifizierung zum Ausdruck zu bringen. Allerdings dachte Frankreich

[201] Ansprache Adenauers in der Sitzung des CDU-Bundesvorstands, 14. 3. 1963, in: Buchstab (Bearb.), Protokolle 1961–1965, S. 403.

[202] Vgl. Schertz, Deutschlandpolitik, S. 206–210; dagegen Carstens, Erinnerungen, S. 253 f.

[203] Unterredung zwischen von Brentano und Rusk vom 22. 3. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 190–194, hier S. 191; zur Skepsis von Brentanos gegenüber der Rechtsgültigkeit einer Ergänzung zum Ratifikationsgesetz s.a. BA, NL von Brentano, Bd. 27, Bl. 44 f., von Brentano an van Kleffens, 4. 3. 1963.

[204] Vgl. Conze, Herausforderung, S. 271 f.

[205] PA, B 150, Bd. 5, Jansen an Schröder, Aufzeichnung I A 1–80.11/701/63, 2. 4. 1963, VS-Vertraulich; s.a. ebd., von Haeften an Jansen, Aufzeichnung V 1–80.24/2–215/63, 1. 4. 1963, VS-Vertraulich; Aufzeichnung Jansen, I A 1–86.11/673/63, 29. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 443–446.

dabei weder an eine Resolution noch an eine Präambel, weil erstere nach der französischen Konstitution nur über Gesetzentwürfe und bei einem Mißtrauensvotum möglich, letztere den französischen Parlamentsgepflogenheiten fremd war. Statt dessen beabsichtigte die Regierung, das Ratifikationsgesetz dem Parlament mit einem Exposé des motifs, einer Begründung vorzulegen, die noch der Billigung durch den Außenminister und den Staatspräsidenten bedurfte[206]. Implizit warnte Paris Bonn mit diesen Informationen davor, den von deutscher Seite beabsichtigten Vorbehalt über das für den französischen Partner zumutbare Maß festzuschreiben. Wie hartnäckig man dabei seine Interessen zu vertreten bereit war, zeigte das in diesen Tagen beendete wochenlange Tauziehen zwischen dem Quai d'Orsay und dem Auswärtigen Amt über die zuerst von Clay, dann auch von Brandt beanstandete Berlin-Klausel des Elysée-Vertrages. Paris stimmte zu, in der Bonner Viermächtegruppe Erklärungen über die Nichttangierung der westalliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in Berlin abzugeben, war aber im Gegensatz zu Bonn nicht bereit, den von angelsächsischer Seite geäußerten Wunsch nach einer Veröffentlichung dieser Deklaration zu erfüllen, weil man das dahinter vermutete Mißtrauen nicht akzeptierte[207].

Da das Problem der Ratifikation in Bonn nun keinen weiteren Aufschub erlaubte, reiste die Koalitionsspitze vor dem Hintergrund der externen Abstimmung mit den USA und der internen Prüfung im Auswärtigen Amt am 4. 4. zum urlaubenden Adenauer nach Cadenabbia. Nur von Brentano, Erhard und Gerstenmaier machten sich nicht auf den beschwerlichen Flug nach Mailand mit anschließender Autofahrt ans Westufer des Comer Sees. Die Pilgergruppe wußte natürlich, worum es jetzt ging: ostentatives Bekenntnis, wie ernst man die Besorgnisse der Partner nahm, und Sicherstellung einer möglichst breiten Mehrheit im Bundestag, um die Geschlossenheit der deutschen Außenpolitik zu demonstrieren[208]. Der Kanzler sah der Runde mit einigem Unmut und Befürchtungen entgegen[209], entschied sich dann für den Angriff als die beste Verteidigung und steigerte sich im Verlauf der Beratungen geradezu in „Potenzphantasien"[210]. Plädierte er in diesen für ihn zunehmend schwieriger werdenden Wochen in öffentlicher Rede aus taktischen Erwägungen meist dafür, den Elysée-Vertrag unabhängig von jeder Tagespolitik als „Schlußstein [...] unter eine jahrelange Arbeit" zu betrachten, an der alle Parteien mitgewirkt hätten[211], entrollte er vor den in der Villa La Collina versammelten Außenpolitikern in langen Ausführungen eine große Vision: Das deutsch-französische Freundschaftsabkommen lasse „ein neues Kraftzentrum" in Europa entstehen, das der Bundesrepublik mehr Mitsprache in der internationalen Politik verschaffe. „Und das ist von uns gewollt!" Allerdings gab er durchaus

[206] S. PA, B 150, Bd. 5, ders. an Schröder, Aufzeichnung I A 1–80.11/768/63, 9. 4. 1963, VS-Vertraulich.

[207] S. Carstens an dens., Vermerk St.S 388/63, 27. 2. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 353f.; Aufzeichnung Oncken, II 1 (700) 84.25–230/63, 25. 3. 1963, Geheim, in: ebd., S. 429–431; PA, B 150, Bd. 5, Reinkemeyer an Paris etc., FS AZ II 1–84.25–230^{II}/63, 5. 4. 1963, Geheim; Haftendorn, Instrumentarium, S. 58f.

[208] Vgl. BA, NL von Brentano, Bd. 27, Bl. 139f., Krekeler an von Brentano, 3. 5. 1963.

[209] S. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 208, Tb. 21. 4. 1963.

[210] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 815.

[211] Rede Adenauers im Bundesrat, 1. 3. 1963, im Auszug in: Bulletin 1963, S. 373; s.a. Marcowitz, Option, S. 71, Anm. 141.

zu, mit Frankreich keineswegs in allen Fragen einig zu sein und dem Rechnung tragen zu müssen[212]. Daß die Koalitionäre ihm aber nicht, wie er seinem Sohn Paul in diesen Tagen schrieb, „auf den Knien" für den Vertrag dankten[213], zeigte sich in der äußerst lebhaften Diskussion über die Frage der Ratifikationsprozedur. Nach dem für die Koalition sehr peinlichen Auseinanderfallen bei der Abstimmung des Bundestages über das Röhrenembargo gegen die Sowjetunion vom 18. 3.[214] war klar, daß man sich eine Wiederholung nicht leisten konnte, die Ratifikation also sichergestellt werden mußte. Die diskutierte Alternative lautete analog der Vorlage von Jansen: Resolution oder Präambel, wobei Adenauer zunächst beides ablehnte und Schröder im Sinne der Rechtsabteilung seines Hauses gegen die letzte Lösung votierte. Mende hingegen prophezeite für den Fall eines Verzichts auf eine Präambel ein ähnliches Desaster wie Mitte März. Andere stimmten ihm dezidiert zu, und Adenauer leistete schließlich keinen Widerstand. In richtiger Einschätzung der Mehrheitsverhältnisse im Inland und der hohen Erwartungen im Ausland, aber auch mit der aus Paris signalisierten ähnlichen Verfahrensweise im Rücken, stimmte er nach stundenlangen Diskussionen, für viele Beobachter dennoch überraschend schnell, einer kurzen Präambel zu, die neben der Bekräftigung der deutsch-französischen Freundschaft ein klares Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, zur europäischen Einigung und zur NATO beinhalten sollte. Sozusagen als Gegenleistung billigten die FDP-Parlamentarier den wenige Tage zuvor gemeinsam mit der SPD im Ältestenrat des Bundestages diskutierten Vorschlag der CDU, die erste Lesung des Ratifikationsgesetzes am 25. 4. abzuhalten[215].

Daß dieser Beschluß de facto eine „persönliche Niederlage" für ihn bedeutete[216], wollte der Kanzler natürlich nicht eingestehen. Gegenüber seinem Sohn Paul meinte er kurz darauf, die Präambel sei „kein Schade, nützt aber, um Stimmen zu gewinnen"[217]. Wie peinlich ihm die Angelegenheit tatsächlich war, verdeutlicht ein handgeschriebener Brief an de Gaulle, in dem sich Adenauer am Tage nach der Besprechung brüstete, die Koalitionsparteien hätten der Verabschiedung des Elysée-Vertrages unisono zugestimmt; die Verabschiedung könne im Mai oder Juni erfolgen – über die Präambel verlor er kein Wort[218]. Nein, sie war für ihn keine „Präambel des Selbstverständlichen", wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" meinte, denn anders als sie sah der Kanzler in dem Vertrag keineswegs etwas „Anachronistisches"[219].

Am 9. 4. übernahm Schröder die undankbare Aufgabe, Couve de Murville reinen Wein einzuschenken und seine Billigung einzuholen. Im Auswärtigen Amt

[212] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 208, Tb. 4. 4. 1963.
[213] Adenauer an Sohn Paul, 1. 4. 1963, im Auszug in: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 833.
[214] Zum innenpolitischen Streit über den Export deutscher Stahlröhren an die Sowjetunion vgl. ausführlich: Kosthorst, Primat.
[215] S. BA, NL von Brentano, Bd. 46, Bl. 254–256, Aufzeichnung Schmücker, 6. 4. 1963; Kommuniqué, 4. 4. 1963, in: AdG 1963, S. 10512D; Mende, Wende, S. 84–86; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 208f. mit Tb. 4. u. 21. 4. 1963; Bange, Interests, S. 262–264; Patz, Kontrolle, S. 85–88; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 833f.
[216] Lahr an seine Schwester, 10. 4. 1963, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 379.
[217] Adenauer an Sohn Paul, 8. 4. 1963, im Auszug in: Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 834.
[218] S. AN, 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 5. 4. 1963.
[219] Artikel Benckiser, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6. 4. 1963.

war man bisher davon ausgegangen, die Präambel auf zwei Absätze zu beschränken, die den Vertrag als Movens zur deutsch-französischen Aussöhnung, Förderung der europäischen Einigung und Stärkung der atlantischen Allianz bezeichneten[220]. Nach der Tagung in Cadenabbia und den jüngsten interfraktionellen Besprechungen war aber klar, daß die Präambel auch das Ziel der Wiedervereinigung ansprechen müsse. Jansen empfahl daher Schröder am 9. 4. einen Entwurf, dem der Inhalt der Entschließung des Bundesrats vom 1. 3. zugrunde lag und neben diesen drei Punkten auch noch den Frieden in der Welt reklamierte[221].

Schröder nahm dieses Konzept in seinem Gespräch mit Couve de Murville auf und behauptete, die Präambel werde inhaltlich der Resolution des Bundesrates entsprechen. Sein Pendant nahm das zur Kenntnis und erhob keine Einwände. Passen konnte den Franzosen dieses Vorgehen der Deutschen gewiß nicht. Obwohl auch an der Seine mittlerweile der Ruf nach einer ähnlichen parlamentarischen Prozedur laut geworden war, hielt die Regierung daran fest, dem Parlament den Vertrag lediglich mit einer Begründung zuzuleiten, wonach er weder die europäische noch die atlantische Politik gefährde. Aus taktischen Erwägungen empfahl der Außenminister seinem deutschen Kollegen, die Debatte des Bundestages vor der in den letzten April- oder ersten Maitagen vorgesehenen Aussprache der Assemblée Nationale abzuhalten, damit die deutschen Parlamentarier keine Gelegenheit zur Kritik am unterschiedlichen Verfahren erhielten[222]. Unterbinden konnte er derartige Beanstandungen damit aber nicht. Allen Spiegelfechtereien zum Trotz waren die völkerrechtlichen Diskrepanzen der parlamentarischen Behandlung so evident, daß die Presse sie bereits als Beweis für den fundamentalen Widerspruch des Vertrages handelte, „qui pourrait à la longue lui être fatale"[223].

Tags darauf gab Adenauer erstmals öffentlich den Beschluß der Bundesregierung zu, dem Ratifikationsgesetz eine Präambel beizugeben. Obwohl er sich natürlich darüber im klaren war, daß die einseitige Modifikation des Vertrags nicht nur völkerrechtlich unüblich, sondern eigentlich „skandalös"[224] war, versuchte der Kanzler nicht, das Ruder doch noch herumzureißen. Im Gegensatz zu jenen Ratgebern, die es als besser ansahen, „ehrliche Gegenstimmen gegen den Pakt in der Schlußlesung hinzunehmen, als das ganze Vertragswerk einstimmig anzunehmen, ihm aber eine für den Partner beleidigende Präambel beizufügen"[225], glaubte er ganz offensichtlich nicht an die Möglichkeit, den Vertrag ohne diesen Zusatz über die parlamentarischen Hürden zu bringen. So verlagerte er sich aufs Beschwichtigen. Die Regierungsspitze setzte dabei offensichtlich auf die juristische Unkenntnis sowohl der eigenen Bevölkerung als auch des französischen Partners und erweckte den Eindruck, als ob der nunmehr ins Auge gefaßte Text letztlich

[220] S. Aufzeichnung Jansen, I A 1–86.11/673/63, 29. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 443–446; PA, B 150, Bd. 5, ders. an Schröder, Aufzeichnung I-IA 1–80.11/701/63, 2. 4. 1963, VS-Vertraulich.

[221] S. ebd., ders. an dens., Aufzeichnung I A 1–80.11/768/63, 9. 4. 1963, VS-Vertraulich.

[222] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Schröder vom 9. 4. 1963, Z A 5–45.A/63, in: AAPD 1963, S. 467f.; zum Ruf nach einem analogen Ratifikationsverfahren vgl. „Le Monde", 6. 4. 1963.

[223] Ebd.

[224] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 825.

[225] Artikel Wenger, in: „Rheinischer Merkur", 3. 5. 1963.

mit der Entschließung des Bundesrats vom 1. 3. identisch sei[226]. In einer Ansprache vor der „Association de la Presse Diplomatique Française" suggerierte Schröder seinen Zuhörer gar, die Frage Resolution oder Präambel sei juristisch wie politisch wenig bedeutend, und außerdem nähmen die Vorbereitungen auf der französischen Seite „etwa die gleiche Richtung"[227].

Obwohl die Präambel für de Gaulle „eine herbe Enttäuschung" darstellte, weil sein Plan eines von Frankreich geführten Europa mit einem Juniorpartner Bundesrepublik damit gestorben war[228], bedankte sich der General beim Kanzler am 10. 4. über die gute Nachricht der gesicherten parlamentarischen Abstimmung und erinnerte ihn daran, nach der formellen Ratifikation zwecks Verwirklichung der Zusammenarbeit in Bonn zusammenkommen zu wollen[229]. Gegenüber dem Kanzlerkandidaten der SPD reagierte der General hingegen weniger freundlich. Als Brandt am 24. 4. seine Aufwartung machte, beklagte sich de Gaulle heftig über die Reaktion von Teilen der deutschen Parteien auf den Elysée-Vertrag[230]. In der Presse las sich seine Kritik ohne jede diplomatische Verbrämung so: De Gaulle „trouvait vexant ce préambule car, affirmait-il, il y voyait une espèce de méfiance à l'égard de la recitude de ses intentions atlantiques et européennes"[231]. Zwei Jahre später faßte der General seine Klage gegenüber Brandt in die unmißverständlichen Worte, die Präambel habe den Vertrag „weitgehend entwertet und das gemeinsame Handeln von anderen abhängig gemacht"[232].

Nachdem die Koalition ihre Bereitschaft zur Ergänzung des Ratifikationsgesetzes bekannt gegeben hatte, begann in der Opposition eine Diskussion, inwiefern damit den eigenen Vorstellungen bereits Genüge geleistet werde oder ob die Maximalforderung nach einer staatsrechtlichen Wirksamkeit und völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Präambel gestellt werden müsse. Ollenhauer verlangte am 23. 4. in der Fraktion eine Prüfung, ob der Zusatz „in Form einer Präambel, eines zusätzlichen Artikels oder eines Interpretationsgesetzes" beantragt werde[233]. Im Gegensatz zu einigen Genossen, die einen Zusatzartikel einzufügen wünschten, betrachtete Carlo Schmid eine Präambel als ebenso ausreichend wie ein dem Vertrag angefügtes Interpretationsgesetz, sofern es notifiziert, also von Frankreich offiziell oder stillschweigend bejaht werde. Nur ein Sozialdemokrat lehnte den Vertrag ganz ab, weil der seiner Meinung nach als Krönung der französischen Europapolitik die europäische Einigung sabotierte[234].

[226] S. Interview Adenauers mit Ernst Weisenfeld, 10. 4. 1963, in: Bulletin 1963, S. 593.
[227] Ansprache Schröders vor der „Association de la Presse Diplomatique Française" in Paris, 10. 4. 1963, in: ebd., S. 591.
[228] Lahr an seine Schwester, 10. 4. 1963, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 379.
[229] S. de Gaulle an Adenauer, 10. 4. 1963, in: Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, nach S. 160.
[230] S. AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Brandt und de Gaulle vom 24. 4. 1963, Très secret; Brandt, Begegnungen, S. 138; s.a. ders., Erinnerungen, S. 256; Marcowitz, Option, S. 104–106.
[231] Artikel von Clarus, in: „Le capital", 13. 5. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 786–788, hier S. 787.
[232] Brandt, Erinnerungen, S. 257.
[233] Erklärung Ollenhauers in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 23. 4. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 290; s.a. AsD, SPD-Parteivorstand, Nr. 23, Erklärung dess. in der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 26. 4. 1963; zur völkerrechtlichen Seite des Problems vgl. Patz, Kontrolle, S. 91–95.
[234] S. Sitzung der SPD-Fraktion vom 23. 4. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 291.

Zwei Tage später begann im Deutschen Bundestag die Erste Lesung des Elysée-Vertrages. Adenauer feierte den Vertrag als „Ereignis ersten Ranges für unser Land und auch für Europa und [...] für die ganze freie Welt" - und bekam dafür anhaltenden lebhaften Beifall aus den eigenen Reihen[235]. Erhard, der zwei Tage zuvor nach wochenlangem Tauziehen und heftiger Gegenwehr des Kanzlers, aber mit beifälligem Applaus aus den USA durch die Union zum Nachfolger gekürt worden war[236], schüttelte ihm gar demonstrativ die Hand[237]. Anders als der Regierungschef auf Abruf sprachen die übrigen Redner indes nicht nur vom Nutzen des Vertrags, sondern auch von der Notwendigkeit, ihm den Charakter eines „Fremdkörper[s]" in der deutschen Außenpolitik durch die Einschaltung einer Präambel zu nehmen. Aus der Sicht der Union sollte die Bundesratsentschließung dem Grundsatz nach dem Ratifikationsgesetz vorangestellt werden, wobei es dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags überlassen bleiben mußte, den Text in die endgültige Form zu gießen[238]. Auch die Sozialdemokratie bemühte sich mit Verve darum, sich als Partei der deutsch-französischen Verständigung zu präsentieren, verlangte aber zugleich, in den kommenden Ausschußberatungen in einer für die Regierung „rechtlich verbindlichen Form klarzustellen", daß das Abkommen in das bestehende Vertragsnetz eingepaßt werde. Die Art und Weise einer solchen Klarstellung ließ Wehner offen[239]. Für die FDP erklärte Mende, die deutsch-französische Freundschaft habe dieses Vertrages eigentlich nicht bedurft. Die von der SPD aufgestellten Bedingungen sah er durch die im Prinzip beschlossene Präambel als erfüllt an. Auf Zurufe Wehners sprach er sich dafür aus, die Ausschußberatungen nicht auf die lange Bank zu schieben, um die Ratifikation bis zur parlamentarischen Pfingstpause abzuschließen[240]. Schröder versuchte anschließend geschickt, den Blick der Abgeordneten vom Ratifikationsgesetz abzulenken und ihnen vor Augen zu führen, daß die tatsächliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wichtiger sei als die Sezierung eines Dokuments[241].

Für Adenauer bedeutete diese Debatte eine letzte Zäsur in seiner langen Kanzlerschaft. Innenpolitisch geriet er durch sie und die Nominierung Erhards zum Kanzler „ins Abseits"[242]. Außenpolitisch sollte sich die Lage der Bundesrepublik insofern beruhigen, als die an seine Person geknüpften Befürchtungen in den USA jetzt abebbten[243], zumal die Bundesregierung am Tage vor der Parlamentsdebatte offiziell ihr Plazet zur MLF gegeben hatte[244].

[235] Bundestagsrede Adenauers, 25. 4. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3417–3419, hier S. 3419; s.a. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 213 f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 839.
[236] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 210–212; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 422–425; Köhler, Adenauer, S. 1206–1213; Koerfer, Kampf, S. 735–747; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 826–839.
[237] Vgl. Artikel Wenger, in: „Rheinischer Merkur", 3. 5. 1963.
[238] Bundestagsrede Majonicas, 25. 4. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3419–3424, hier S. 3423.
[239] Bundestagsrede Wehners, 25. 4. 1963, in: ebd., S. 3424–3434, hier S. 3434; vgl. Bellers, Reformpolitik, S. 394; Grabbe, Unionsparteien, S. 414 f.
[240] S. Bundestagsrede Mendes, 25. 4. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3434–3438.
[241] S. Bundestagsrede Schröders, 25. 4. 1963, in: ebd., S. 3438–3441.
[242] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 839.
[243] Vgl. Ansprache Erlers in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 7. 5. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 297.
[244] Vgl. Kap. V.4.4.

„Hoher Preis“ für eine „eindrucksvolle Mehrheit“

Alles kam nun auf die Beratungen der zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages an. Ollenhauer erneuerte am Tag nach der Parlamentsaussprache im Vorstand der SPD seine Forderung nach einer Prüfung, ob die von der Union akzeptierte Präambel das gleiche Gewicht wie ein neuer Artikel habe oder die Ziele der SPD verwässere und in welchem Maß sie Frankreich binde. Während Carlo Schmid dazu riet, die Bundesregierung durch einen vertraglichen Zusatz zu verpflichten, die vom Bundestag vorgenommenen Ergänzungen ausdrücklich der französischen Regierung mitzuteilen, schätzte Ollenhauer die Chance zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Vorstellungen gering ein. Deshalb sprach er sich dafür aus, das endgültige Abstimmungsverhalten der Fraktion erst nach den Ausschußberatungen festzulegen[245].

Die Union, das ließen die Ende April beginnenden Diskussionen im Auswärtigen Ausschuß erkennen, operierte nun auf zwei Linien. Auf der einen unterstrich von Merkatz die Distanz zu de Gaulles ablehnender Haltung gegenüber dem Prinzip der Supranationalität; auf der anderen bekräftigten Furler und Majonica die Vereinbarkeit des Elysée-Vertrages mit den Grundsätzen der übrigen internationalen Abkommen. Namens der Bundesregierung widersprach Carstens außerdem der Befürchtung der EWG-Kommission, der Konsultationsmechanismus des Elysée-Abkommens könnte die Römischen Verträge beeinträchtigen. Für die Opposition versuchte Erler zunächst, eine Modifikation des Ratifizierungsgesetzes durchzusetzen, was aber von der Mehrheit abgelehnt wurde. Da er Anfang Mai bei einem Besuch in den USA erfuhr, wie ruhig die amerikanische Regierung den Vertrag inzwischen betrachtete und wie wenig Rückendeckung seine Partei für weitreichende Änderungsvorschläge besaß, konzentrierte er sich im Ausschuß fortan ganz auf den Inhalt der Präambel. Der von Majonica und Achenbach eingebrachte Koalitionsentwurf stimmte abgesehen von geringfügigen stilistischen Änderungen mit dem Text der Bundesratsentschließung vom 1. 3. überein. Demgegenüber enthielt die von Erler vorgebrachte Version zusätzlich die Feststellung, daß durch den Elysée-Vertrag die Rechte und Pflichten der bestehenden multilateralen Verträge nicht berührt würden. Dem wollte die Union ebensowenig folgen wie der sozialdemokratischen Forderung nach einer Notifikation des Ratifikationsgesetzes. Schließlich einigte sich der Ausschuß darauf, die Präambel als integrierenden Gesetzesbestandteil mit gleicher Bindekraft anzusehen. Am 8. 5. verabschiedete das Gremium den von Birrenbach und Erler abgestimmten definitiven Text[246].

Für die Befürworter des Abkommens in der Union entrichteten die Christdemokraten damit „einen allzu hohen Preis“. Denn die Präambel ging weit über die erläuternde Entschließung des Bundesrates hinaus und nahm „eine höchst bedenkliche Beeinträchtigung des Vertragswerkes“ vor, wie etwa P. W. Wenger im

[245] S. Rede Ollenhauers in der Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 26. 4. 1963, im Auszug in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 290f., Anm. 10; Marcowitz, Option, S. 103.

[246] Zu den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses vgl. Sitzung der SPD-Fraktion vom 7. 5. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 297f. mit Anm. 16; ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001–1009/2, Erklärung Kopfs in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 14. 5. 1963; Grabbe, Unionsparteien, S. 417f.; Marcowitz, Option, S. 103f.

CDU-nahen „Rheinischen Merkur" monierte[247]. In der SPD zeigte man sich verständlicherweise hoch zufrieden mit einem Ergebnis, das die Partei zwei Wochen zuvor noch für kaum erreichbar gehalten hatte. Parteivorstand und Fraktion verzichteten denn auch auf die Forderung, die Präambel der französischen Regierung ausdrücklich mitzuteilen. Man begnügte sich damit – und rechnete es sich als Verdienst hoch an –, daß der Elysée-Vertrag nun nicht mehr die internationale Wirkung hatte wie zuvor[248].

Tatsächlich fiel die am 16. 5. vom Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses, Furler, in den Deutschen Bundestag eingebrachte Präambel nicht nur viel ausführlicher aus als die ersten Entwürfe des Auswärtigen Amtes. Sie war in ihrer Tragweite, verglichen etwa mit einer bloßen Bundestagsresolution, auch „sehr weitgehend". Die nun bei der Abstimmung zu erwartende „sehr eindrucksvolle Mehrheit"[249] bot gewiß keinen hinreichenden Ersatz für den Bedeutungsverlust, den der Vertrag durch diesen Eingriff erlitt. Absatz 1 stimmte mit der Entschließung des Bundesrates überein und betonte die durch das Abkommen erfolgte Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft. Absatz 2 unterstrich die Verträglichkeit mit den Rechten und Pflichten der übrigen deutschen multilateralen Kontrakte. Artikel 3 verkündete den Willen, durch die Anwendung des Vertrags die von der Bundesrepublik mit ihren Partnern seit Jahren verfolgten großen Ziele zu fördern, nämlich die atlantische Partnerschaft, die Wiederherstellung der deutschen Einheit, die europäische Einigung, den Abbau der globalen Handelsschranken. Artikel 4 bekräftigte die Auffassung, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit dem Frieden in der Welt diene[250].

Für die SPD, die sich aus der Sicht zahlreicher politischer Beobachter in den letzten Wochen von einer „Opposition in der Bewährung" zur „Regierungspartei im Wartestand" gemausert hatte[251], kehrte Carlo Schmid in der abschließenden Lesung noch einmal die Bindewirkung der Präambel heraus und charakterisierte das Freundschaftsabkommen „als Instrument einer positiven europäischen Integrationspolitik und atlantischen Verteidigungspolitik"[252]. Anders als Wehner, der zunächst seine Bedenken darlegte und dann seine Zustimmung mit der Begründung erklärte, die Vorbehalte seien ausgeräumt [253], stellte von Brentano in seiner Ansprache die Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen in den Vordergrund. Um Relativierung der Präambel bemüht, verwies der Fraktionsvorsitzende der Union sodann auf das von der französischen Regierung mittlerweile vorgelegte „Exposé des motifs", das den Elysée-Vertrag als Fundament der europäi-

[247] Artikel Wenger, in: „Rheinischer Merkur", 3. 5. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 781–784, hier S. 782.

[248] S. AsD, SPD-Parteivorstand, Nr. 23, Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 11. 5. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 784–786; Sitzung der SPD-Fraktion vom 14. 5. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 303.

[249] BA, NL von Brentano, Bd. 27, Bl. 136 f., von Brentano an Krekeler, 10. 5. 1963, Vertraulich; s.a. Bundestagsrede Furlers, 16. 5. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3742–3745.

[250] S. Gesetz zu der Gemeinsamen Erklärung und zum Vertrag vom 22. 1. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, 15. 6. 1963, in: BDFD III, S. 793–795.

[251] Marcowitz, Option, S. 108.

[252] Bundestagsrede Schmids, 16. 5. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3745; Weber, Carlo Schmid, S. 666 f.

[253] S. Bundestagsrede Wehners, 16. 5. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3745–3748.

schen Einigung bezeichnete[254]. Auch Mende suggerierte mit seinen kurzen Ausführungen, als ob Frankreich den Vertrag so interpretiere wie die Bundesrepublik[255].

Nur der Kanzler mochte in den Chor der Zufriedenen nicht einstimmen. Wenige Tage vor der Debatte hatte er dem französischen Informationsminister den Wortlaut der Präambel mit den Worten schmackhaft zu machen versucht, jetzt werde der Vertrag einstimmig angenommen. Ob sie notwendig sei, sei dahin gestellt, aber der Inhalt des Abkommens ändere sich dadurch nicht. Für seine Zurückhaltung in den letzten Wochen wartete er dann mit der erstaunlichen Erklärung auf, die SFIO habe Druck auf die SPD ausgeübt, dem Vertrag ablehnend gegenüberzustehen. „Cette intervention a joué un rôle déterminant. C'est pourquoi j'ai gardé le silence dans l'affaire de ce préambule, qui était absolument superflu, mais qui permettait à la SPD de voter en faveur du traité malgré ses liens avec la SFIO". Nun, da der Vertrag gesichert sei, hoffe er darauf, die deutsch-französische Verbindung zu einer „source de force (kraftquelle) [sic!]" zu machen. Wie er sich das in der ihm verbleibenden Zeit als Kanzler vorstellte, sagte er nicht[256].

Im Parlamentsplenum zog sich Adenauer auf die Bemerkung zurück, niemand habe jemals daran gedacht, die bestehenden internationalen Verträge der Bundesrepublik zu beeinträchtigen. Ansonsten beließ er es unter Verdrehung der historischen Tatsachen bei Schuldzuweisungen an die Adresse der Partnerstaaten: die USA, weil sie sich jetzt über einen Vertrag beschwerten, obwohl Rusk ihm gegenüber im Sommer 1962 doch ein engeres deutsch-französisches Verhältnis als wünschenswert bezeichnet hatte; die Niederländer, weil die sich den Fouchet-Plänen widersetzt hätten; die Italiener, weil sie sich geweigert hätten, die Staats- und Regierungschefs nach Rom einzuladen. Nur einen sprach er von jeglicher Schuld frei – de Gaulle[257]!

Ohne weitere Aussprache verabschiedete der Bundestag das Ratifikationsgesetz dann am späten Vormittag in der Dritten Lesung „gegen einige Stimmen bei einigen Enthaltungen mit der großer Mehrheit", wie der Vizepräsident dem Hohen Haus verkündete. Das Protokoll verzeichnete „Beifall im ganzen Haus, bei dem sich die Abgeordneten der CDU/CSU erheben"[258]. Auch für den Kanzler ein erhebender Moment? Man zögert angesichts des entrichteten Preises, mag er auch selbst von einem „wirklich großen Tag"[259] gesprochen haben. Offensichtlich war dies Teil seiner Taktik, die Tragweite der Ratifikationsprozedur zu minimieren. Auch de Gaulle, dem er am 17. 5. vom Ausgang der Debatte berichtete, versuchte er davon zu überzeugen, daß die Präambel sie in der Umsetzung ihrer Absichten nicht behindere[260]. Selbst nach dem Kanzlerwechsel, so hatte er Peyrefitte bereits eine Woche zuvor versichert, werde sich daran nichts ändern: Erhard werde näm-

[254] S. Bundestagsrede von Brentanos, 16. 5. 1963, in: ebd., S. 3748–3752.
[255] S. Bundestagsrede Mendes, 16. 5. 1963, in: ebd., S. 3752f.
[256] AN, 5 AG 1/161, Unterredung zwischen Adenauer und Peyrefitte vom 10. 5. 1963, 12. 5. 1963.
[257] S. Bundestagsrede dess., 16. 5. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 3753f.
[258] Bundestagsdebatte, 16. 5. 1963, in: ebd., S. 3754. Nach Osterheld gab es vier Enthaltungen und vier Gegenstimmen (Osterheld, „Ich gehe ...", S. 218).
[259] Ansprache Adenauers auf der VII. Deutsch-französischen Konferenz, 24. 5. 1963, in: Bulletin 1963, S. 798.
[260] S. AN, 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 17. 5. 1963.

lich in der Person des „Nestor national un censeur impitoyable" haben[261]. Natürlich war es notwendig, die Monate bis zu seinem Ausscheiden kraftvoll zu nutzen, um den Vertrag mit Leben zu erfüllen. Deshalb lud Adenauer de Gaulle jetzt auch im Widerspruch zu den Vereinbarungen vom Januar und zu zwei Schreiben vom 8. 5.[262] vor dem Hintergrund der für den 31. 5 vorgesehenen abschließenden Bundesratssitzung schon für die erste Junihälfte nach Bonn ein[263].

Pflichtgemäß beglückwünschte der General den Kanzler zur Abstimmung im Bundestag, hatte es aber mit der nächsten Begegnung nicht so eilig. Die auf Mitte Juni angesetzte Ratifikationsdebatte in der Assemblée Nationale, anschließende Reisen durch Frankreich – in denen er wieder einmal die Vision von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural, von „détente, peut-être entente et – qui sait? plus tard, une coopération" mit der Sowjetunion aufscheinen ließ[264] – und der Besuch des Königs von Marokko schlossen aus seiner Sicht ein Treffen zum vorgeschlagenen Datum aus[265]. De facto stand aber nicht der prallgefüllte Terminkalender des Präsidenten, sondern seine Verärgerung über den Deutschen Bundestag der Begegnung mit dem Kanzler im Wege. Mit der Präambel des Gesetzes zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag hatte die bundesdeutsche Legislative eine gravierende Kurskorrektur der von der Spitze der Exekutive ursprünglich gewünschten Fahrtrichtung vollzogen. Das Schicksal des von Adenauer und de Gaulle geplanten Alleingangs war damit besiegelt. In der französischen Presse hieß es bereits, das beiderseitige Verhältnis sei „en panne", der Vertrag nur noch ein Stück Papier. Ob der Schaden wieder behoben werden konnte, stand in den Sternen. „Le rapprochement territorial étant fait, le rapprochement humain décanté par les siècles est en vue, il est inexorable, mais il est probablement dit qu'il sera l'oeuvre de plusieurs générations et non celle d'un homme."[266]

Diese Einschätzung war keineswegs nur in der Journaille vertreten. Couve de Murville beurteilte die Präambel als Inbegriff der „deutsche[n] politische[n] Zerrissenheit"[267], Seydoux als „massive Rückkehr des ‚Atlantismus'"[268]. Maillard glaubte gar, der Text sei in den USA verfaßt und von Monnet nach Bonn gebracht worden[269]. Allerdings unterschied man bei seinem Wettern über die Deutschen jenseits des Rheins offenbar sehr genau zwischen dem Volk und der „classe politique", den Meinungsmachern in Regierung, Parlament und Presse[270]. Anfang Juni, der Bundesrat hatte das Ratifikationsgesetz zum Elysée-Vertrag inzwischen mit Zustimmung der Ständigen Konferenz der Kultusminister[271] in letzter Lesung ein-

[261] Ebd., 5 AG 1/161, Unterredung zwischen dems. und Peyrefitte vom 10. 5. 1963, 12. 5. 1963.
[262] S. ebd., 5 AG 1/165, ders. an de Gaulle, 8. 5. 1963; ebd., Adenauer an de Gaulle, 8. 5. 1963.
[263] S. ebd., ders. an de Gaulle, 17. 5. 1963.
[264] Ansprache de Gaulles in Poitiers, 15. 6. 1963, im Auszug in: Jouve, Le Général de Gaulle, Bd. 2, S. 303; AdG 1963, S. 10639C.
[265] S. de Gaulle an Adenauer, 17. 5. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 333; ders. an dens., 21. 5. 1963, in: ebd., S. 334f.
[266] Artikel Clarus, in: „Le capital", 13. 5. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 786; zur Haltung der französischen Presse s.a. Bauer, Beziehungen, S. 187.
[267] Couve de Murville, Außenpolitik, S. 213.
[268] Seydoux, Botschafter, S. 29.
[269] S. Maillard, De Gaulle, S. 279.
[270] Vgl. Seydoux, Botschafter, S. 26; Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro", 24. 6. 1963.
[271] S. Archiv der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Bonn, Fachliche Stellungnahme der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 10. 5. 1963.

stimmig gebilligt[272], instruierte de Gaulle de Margerie, im Ton höflich und verbindlich, in der Sache aber heftig zunächst bei Jansen[273] und dann bei Adenauer Klage über die mangelnde deutsche Würdigung der französischen Annahme des Abkommens zu führen. Viele Bonner Politiker hätten sich in London und Washington für das Abkommen geradezu entschuldigt und nichts unversucht gelassen, es abzuwerten und auszuhöhlen. Das kommende Treffen der Regierungen – das nun am 4./5. 7. stattfinden sollte – sei der Test, ob und wieweit das Arrangement aktiviert und die seit der Unterzeichnung verlorene Zeit wieder eingeholt werden könne[274]. Der Präsident wußte natürlich nur zu gut, wie sehr Frankreich des engen Bundes mit Deutschland bedurfte, um sich vollends im Kreis der Großen zu etablieren. Und die Erkenntnis, daß die Deutschen diesen Bund eben nicht schließen wollten, trug gewiß zu seiner Verärgerung bei, löste ihn vielleicht sogar aus[275].

Mochte der General dem Kanzler auch aus dem Herzen gesprochen haben, wollte Adenauer die Rüge doch nicht auf sich sitzen lassen, antwortete seinerseits mit einer Klage über die von den Alliierten zu verantwortenden Grundgesetzbestimmungen in bezug auf den Abschluß internationaler Abmachungen, ließ sich gar dazu herab, de Gaulle selbst für die aufbrausende innenpolitische Stimmung am Rhein und am Potomac mit seiner Pressekonferenz vom 14. 1. verantwortlich zu machen. Aber er hatte auch Freundliches für ihn: Die Bundesrepublik sei aufgrund ihrer Vergangenheit vorläufig nicht dazu in der Lage, eine führende Rolle in Europa zu spielen, könne ihre Potenz nur mittelbar durch Frankreich zur Geltung bringen[276].

Wie die Ratifikationsdebatte der Assemblée Nationale Mitte Juni verdeutlichte, war es – Adenauer hatte es mit seiner Spitze gegen das Grundgesetz angedeutet –, wohl vornehmlich die unterschiedliche Verfassungswirklichkeit in Frankreich, die de Gaulle davor bewahrte, den Parteien ähnliche Konzessionen machen zu müssen. Im Mitte Mai veröffentlichten „Exposé des motifs" hatte die Regierung die Unterzeichnung des Abkommens als „Markstein eines historischen Wendepunktes" in den deutsch-französischen Beziehungen gewürdigt, die Aussöhnung zwischen den Nachbarn als notwendige Voraussetzung für die europäische Einheit bezeichnet und unterstrichen, daß früher eingegangene vertragliche Verpflichtungen insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung durch die Abmachungen nicht tangiert würden. „Der deutsch-französische Vertrag ist insoweit ein grundlegendes Element der europäischen Konstruktion. Die von ihm geschaffene Organisation will keinesfalls exklusiv sein, sondern bleibt im Gegenteil zum Beitritt offen."[277]

[272] S. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-2, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates vom 30. 5. 1963, AA 19–1–9/63, 30. 5. 1963, VS-NfD; Bulletin 1963, S. 845; AdG 1963, S. 10605G.

[273] S. Jansen an Carstens, Aufzeichnung I I A 1–82.21/94.07/635/63, 6. 6. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 615f.

[274] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Margerie vom 11. 6. 1963, Z A 5–71 A/63, 14. 6. 1963, Streng geheim, in: ebd., S. 617–629; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 219f., Tb. 14. 6. 1963. Zur Terminierung der beiderseitigen Konferenz s. AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 28. 5. 1963.

[275] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 220f.

[276] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Margerie vom 11. 6. 1963, Z A 5–71 A/63, 14. 6. 1963, Streng geheim, in: ebd., S. 617–629; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 219f., Tb. 14. 6. 1963.

[277] Erklärung der Regierung Frankreichs, 14. 5. 1963, in deutscher Übersetzung in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 337–340, hier S. 338 u. 340; Bauer, Beziehungen, S. 188–190.

Da der Außenpolitische Ausschuß der Assemblée Nationale den Vertrag mit großer Mehrheit nur gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialisten, die sich als sein konsequentester Gegner im demokratischen Spektrum der Parteien entpuppten[278], angenommen hatte, war wegen der parlamentarischen Sitzverteilung mit Überraschungen kaum mehr zu rechnen. Allerdings kündigte die demokratische Opposition an, einen Vertagungsantrag einzubringen, um auf diese Weise die Regierung zu zwingen, dem Abkommen nach dem deutschen Muster eine Präambel voranzustellen. Doch handelte es sich dabei nur um ein taktisches Manöver ohne Tragweite. Die Mißbilligung galt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse als sicher[279] und wurde vom Ältestenrat der Nationalversammlung auch prompt ausgesprochen[280].

Die am 12. 6. begonnene, bis in die frühen Morgenstunden des 14. 6. dauernde Debatte im Palais Bourbon entwickelte sich dann zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über den außenpolitischen Kurs der Grande Nation und machte die Gegensätze beider Seiten eindrucksvoll deutlich. Für die Regierung traten insbesondere Pompidou, Couve de Murville und die UNR-Abgeordneten de la Malène bzw. Terrenoire in den Ring. Sie verteidigten den Kurs des Präsidenten und feierten das deutsch-französische Abkommen nicht nur als Symbol der Aussöhnung, sondern wieder einmal auch als notwendiges Bindeglied, das den Nachbarn vor einem Abdriften nach Osten bewahren sollte. Ihre Ausführungen ließen allerdings sehr wohl spüren, daß die Haltung des Präsidenten auch unter Gaullisten bisweilen als belastend empfunden wurde. Pompidou ließ mit der Erklärung aufhorchen, Frankreich wisse um die langfristige Notwendigkeit einer Föderation Europas, die möglicherweise integriert sei. Zum ersten Mal deutete er damit die Möglichkeit eines integrierten Europas als Endziel der Einigungsbestrebungen an. Für die Opposition reichten derartige Verbalzugeständnisse aber nicht aus. Namens der supranationalen Europäer und der Anhänger der militärischen Integration in der Atlantischen Allianz setzten sich Mollet, Maurice Faure und Pflimlin mit der Politik de Gaulles hart auseinander. Sie befürchteten, der Elysée-Vertrag werde als ein bilaterales Bündnis klassisch-gouvernementalen Stils die westeuropäische Gemeinschaft in Frage stellen. Zu ihren stärksten Waffen zählte der Hinweis auf die in der Präambel zum deutschen Ratifikationsgesetz zum Ausdruck gebrachte Einmütigkeit des Bundestags zur deutsch-französischen Verständigung, zur europäischen Integration und zur atlantischen Partnerschaft. Die Bedenken der Anti-Gaullisten inklusive der Kommunisten trafen sich in einem Punkt: in der Besorgnis, die prosperierende, aber nicht saturierte Bundesrepublik könne das Bündnis mit Frankreich in ihrem Interesse instrumentalisieren. Man bejahte zwar unisono die bilaterale Aussöhnung, wobei die supranationalen Europäer ihre wegbereitenden Leistungen in der IV. Republik hervorhoben, die Gaullisten hingegen die seit ihrer Machtübernahme erzielte Krönung und Verankerung des Versöhnungswerkes im Volke betonten. In der Opposition war der aus Erfahrung, Angst und Bewunderung gemischte Kom-

[278] Vgl. Gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und Fraktion der SFIO vom 12. 6. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 788–791.
[279] Vgl. Artikel Frisch, in: „Frankfurter Neue Presse", 10. 6. 1963.
[280] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 193 f.

plex gegenüber dem Nachbarn aber nicht so weit überwunden, daß die Parlamentarier die Notwendigkeit zur europäischen Integration nicht auch mit der Sorge um einen wiederauflebenden deutschen Nationalismus begründet hätten. Einzig die Errichtung einer föderalen europäischen Gemeinschaft war in ihren Augen dazu in der Lage, dem vorzubeugen. Bei der Abstimmung fiel die Front der Gegner wieder auseinander. Der MRP votierte für den Vertrag, wollte de Gaulles Position nicht schwächen und entdeckte im Abkommen echte Wirkungsmöglichkeiten. Die Radikalsozialisten enthielten sich, da sie die Möglichkeit einer Annäherung an den General in der Europafrage weniger optimistisch sahen. Die SFIO stimmte mit nein, weil sie strikt auf die atlantische Linie setzte und mit ihrem Anti-Gaullismus sich wohl auch bessere Chancen bei den KPF-Wählern ausrechnete. Am Ende wurde der Vertrag mit 325 gegen 107 Stimmen bei 42 Enthaltungen angenommen[281]. Eine Woche später, am 20. 6., passierte er auch den Senat[282].

Aus der Sicht deutscher Beobachter lieferte die parlamentarische Redeschlacht bemerkenswerte Anzeichen dafür, die französische Politik doch noch im Sinne einer faktischen Integration Europas beeinflussen zu können. Pompidous aufsehenerregende Erklärung war kein Ausrutscher, wie ähnliche Stellungnahmen von Mitgliedern seiner Regierung in den folgenden Tagen verdeutlichten. Sie kündigten zwar noch keine Wende in der französischen Europapolitik an, ließen aber erkennen, daß die Regierung der aus vielerlei Motiven proeuropäischen Stimmung im Lande Tribut zollte. Zum einen war die Idee der Vereinigten Staaten von Europa offenbar populärer, als es nach außen zum Ausdruck kam. Zum anderen sorgten sich viele Franzosen um eine nationale Politik Deutschlands. In Finanzkreisen befürchtete man außerdem den ruinösen Charakter einer rein nationalen Force de frappe. Schließlich kam noch das Problem der Aufnahme Englands in die kontinentale Gemeinschaft hinzu, das nur im Rahmen einer Politik der echten Integration möglich schien[283].

Fünf Monate nach dem Abschluß war der Elysée-Vertrag endlich unter Dach und Fach. Doch das, was nach dem Austausch der Urkunden zwischen Schröder und de Margerie am 2. 7. in Kraft trat[284], war kaum noch mit jener Kraftquelle gleichzusetzen, die seine Protagonisten im Salon Murat freigelegt hatten. Sie wieder zuzuschütten, ganz oder doch zumindest zum Teil, war das Bestreben flinker Hände in Bonn und Paris, London und Washington, Ost-Berlin und Moskau gewesen, die um ihre Macht, ihren Einfluß oder um ihre Sicherheit fürchteten. Daß es ihnen tatsächlich gelang, hing vor allem mit drei Faktoren zusammen: dem von außen, insbesondere den USA, unterstützten innerdeutschen Feldzug gegen den Vertrag; dem rasanten Machtverfall Adenauers; der Konfrontationspolitik de Gaulles. Erst mit dem von ihm zu verantwortenden Abbruch der Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt gewann die Kampagne gegen das deutsch-fran-

[281] S. Debatte der Assemblée Nationale vom 12.–14. 6. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 3, S. 3311–3319 u. 3334–3363; vgl. Bahu-Leyser, De Gaulle, S. 70–73; Bauer, Beziehungen, S. 188–194; Latte, Europapolitik, S. 156f.; Lucas, Europa, S. 210–212.

[282] S. Debatte des Sénat vom 20. 6. 1963, in: JO, Sénat, Déb. parl. 1963, Bd. 2, S. 1378–1414; AdG 1963, S. 10631A.

[283] S. PA, B 150, Bd. 7, Blankenhorn an AA, FS Nr. 864, 14. 6. 1963, Verschlüsselt, Geheim; ebd., ders. an dass., Pol 200–724/63 VSV, 25. 6. 1963, VS-Vertraulich.

[284] S. Kommuniqué des Auswärtigen Amtes, in: Bulletin 1963, S. 1029.

zösische Freundschaftsabkommen volle Fahrt. Adenauers Hoffnung auf Zeitgewinn mit Hilfe der Prüfung durch die EWG-Kommission war der Boden entzogen. Den Vertrag komplett zu kippen, kam zwar nur wenigen Politikern in den Sinn. Aber das ‚Waffenarsenal' lehrte die Strategen in Kanzleramt und Elysée auch so das Fürchten: Vertragsrevision, Zusatzprotokoll oder Bundestagsresolution. Alle Bemühungen des Kanzlers, die Fronde mit verbalen Solidaritätsbekundungen für die Atlantische Allianz und die EWG oder Potenzphantasien über das Kraftzentrum Deutschland-Frankreich zu befriedigen, fruchteten nichts. Angesichts der gegnerischen Übermacht stimmte Adenauer nach der Sondierungsreise von Brentanos in die USA Anfang April darin zu, die ‚Flügel' des Elysée-Vertrages mit einer Präambel zu kappen, um Schlimmeres zu verhüten. Ex post fühlte sich eine stattliche Anzahl von Politikern mehr oder weniger berechtigt als Vater dieses Gedankens, in vorderster Front Kurt Birrenbach, Fritz Erler, Jean Monnet und Carlo Schmid[285]. Ob sich die innenpolitische Opposition damit zufrieden gäbe, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher. Schließlich begnügte sie sich doch mit einer Präambel, weil sie den von der Union vorgelegten Entwurf nicht unwesentlich im Sinne ihrer Vorstellungen umändern konnte und ihr die notwendige Unterstützung von seiten der USA fehlte, dem Elysée-Vertrag weitergehendere Fesseln anzulegen. So fanden Koalition und Opposition eine Basis, auf der sie den Vertrag mit überwältigender Mehrheit gemeinsam passieren lassen konnten. Wenn Adenauer dies als große Errungenschaft pries und de Gaulle außerdem suggerierte, er werde trotz Präambel selbst nach dem Kanzlerwechsel die Fäden weiterhin in der Halt behalten, spiegelte das seine Ohnmacht, aber auch seine Selbstüberschätzung wider. Der General nahm ihm dies im Juni auch nicht ab. Allerdings hielt er sich bis dahin mit einer Reaktion zurück, da der Inhalt der Präambel erst Anfang Mai klare Konturen gewonnen und Adenauer ihn über Wochen in den Glauben versetzt hatte, sie werde der Bundesratsresolution vom 1. 3. entsprechen. Je mehr sich abzeichnete, wie stark die deutschen Volksvertreter das Freundschaftsabkommen wirklich zurechtstutzten, desto lauter artikulierte der französische Staatspräsident seinen Unmut über die Politik der Bundesregierung. Direkten Einfluß auf den Gang der Entwicklung zugunsten des Abkommens, gewissermaßen als Gegengewicht zu den Amerikanern, nahm er offenbar nicht. Innenpolitisch hätte er es sich angesichts der bestehenden Machtverhältnisse trotz der an der Seine vorhandenen Vorbehalte gegen den Elysée-Vertrag durchaus leisten können. Er tat es nicht und trug damit allem Anschein der Überzeugung Rechnung, durch eine Intervention den Widerstand am Rhein und am Potomac nur noch zu schüren. Die Phase der von Adenauer beinahe allein gegen starken äußeren Druck durchgesetzten Politik der Zweier-Allianz mit Frankreich war vorbei.

[285] S. Birrenbach, Sondermissionen, S. 170–172; Monnet, Erinnerungen, S. 593; Schmid, Erinnerungen, S. 744; Patz, Kontrolle, S. 77 u. 89f.; Roussel, Jean Monnet, S. 748f.; Schulz, Freundschaft, S. 314–324; Weber, Carlo Schmid, S. 665–667.

V.4.4 Europa – Sicherheit – Abrüstung: Deutsch-französische Dissonanzen zum Ausklang der Ära Adenauer

Französisches „Völkerrechtsdelikt" gegenüber Deutschland: Die Affäre Argoud

Mochte de Gaulle Adenauer den Abschluß des Ratifikationsverfahrens zum Elysée-Vertrag durch den französischen Senat auch mit Freude und Stolz verkünden[1], sah er der bevorstehenden ersten Konsultationsrunde der Regierungen doch mit banger Erwartung entgegen. Jetzt mußte sich erweisen, ob der durch die deutsche Präambel in seiner Wirkungsmächtigkeit stark beeinträchtigte Vertrag noch „lebendig" war[2] oder ob die Beziehungen zur Bundesrepublik und mit ihr die Einigung Europas in der Sackgasse steckten[3]. „Puissons-nous", so mahnte der General den Kanzler am 22. 6. eindringlich, „lors de nos prochaines rencontres à Bonn, réussir à faire avancer, aussi largement que possible, la grande oeuvre franco-allemande et, par là même, européenne que, désormais, nos deux pays et nos deux gouvernements ont à accomplir en commun!"[4] Was blieb Adenauer anderes übrig, als Zuversicht zu versprühen: Das Treffen könne „eine gute Grundlage für die Weiterarbeit aufgrund dieses Vertrages schaffen". Die dauernde Zusammenarbeit sei ja „das Wesentliche" des Abkommens[5].

Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es auf beiden Seiten erheblicher Anstrengungen. Denn das zwischenstaatliche Verhältnis war im Schatten der Diskussion um die Ratifizierungsmodalitäten in den letzten Monaten in heftige Turbulenzen geraten, die die ganze Bandbreite des Beziehungsgeflechts erfaßten. Den Auftakt zu den Spannungen bildeten Mitte Februar Agenturmeldungen, wonach Couve de Murville vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Assemblée Nationale bekräftigt hatte, Frankreich halte in der Frage der Oder-Neiße-Grenze an dem von de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 25. 3. 1959 formulierten Kurs fest[6]. Carstens wies Blankenhorn daraufhin an, beim Außenminister vorstellig zu werden und zum Ausdruck zu bringen, daß der deutschen Position damit nicht hinreichend Rechnung getragen werde[7]. Das Auswärtige Amt besann sich dann aber eines besseren und begnügte sich mit der Versicherung des Quai d'Orsay, der Standpunkt der Regierung habe sich seit 1959 nicht geändert. Von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie könne „keine Rede" sein[8]. Tatsächlich aber war dieses Thema für französische Politiker kein Tabu. Frei von etwaigen regierungsamtlichen Rücksichten ließen Parlamentarier des „Comité des Amis de la Pologne" im Gespräch mit Unionsabgeordneten im Mai keinen Zweifel daran, daß die Grenze am besten de facto sanktioniert werde[9].

[1] S. AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 22. 6. 1963, Très secret, im Auszug in: Adenauer, Dokumente, S. 186f.
[2] BA, NL Blankenhorn, Bd. 158a, Bl. 172f., Tb. 18. 6. 1963.
[3] Vgl. Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro", 24. 6. 1963.
[4] AN, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 22. 6. 1963, Très secret.
[5] Ebd., Adenauer an de Gaulle, 25. 6. 1963.
[6] S. Blankenhorn an AA, FS Nr. 238, 7. 2. 1963, Citissime, in: AAPD 1963, S. 281f. mit Anm. 11; vgl. Kap. V.1.2.
[7] S. PA, B 150, Bd. 3, Carstens an Paris, FS Nr. 102, 13. 2. 1963, VS-Vertraulich.
[8] Ebd., Voigt an Carstens, Aufzeichnung Dg I A-204–82.00/94.07/305/63, 15.2.1963, VS-Vertraulich.
[9] S. Unterredung zwischen Abgeordneten der CDU und Vertretern des „Comité des Amis de la Pologne" vom 23. 5. 1963, 6. 6. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 621–624.

Der Dissens über die deutsche Ostgrenze war noch nicht ganz beigelegt, als die Entführung eines der höchsten Führers der „Organisation de l'Armée Secrète" (OAS) am 26. 2. aus München in Bonn „tiefe Empörung" auslöste[10]. Antoine Argoud, der ehemalige Panzeroberst der französischen Armee und Organisator des Putsches gegen de Gaulle vom April 1961[11], war nach zunächst nicht bestätigten Meldungen von französischen Geheimpolizisten gekidnappt und mit Gewalt nach Paris verbracht worden. Natürlich hatte es in den beiderseitigen Beziehungen schon mehrfach ähnliche Übergriffe gegeben, die keineswegs immer nur von Frankreich ausgegangen waren, etwa die „Schnaebele-Affäre" 1887[12]. Doch anders als zur Zeit der notorisch schlechten Beziehungen beider Staaten in der ausgehenden Bismarck-Ära paßte dieses „Völkerrechtsdelikt"[13] wenige Wochen nach der feierlichen Accolade zwischen Adenauer und de Gaulle einfach nicht in die politische Landschaft. Ob der Staatspräsident wirklich, wie der politisch Verantwortliche für den Coup, Verteidigungsminister Messmer, in seinen Memoiren behauptet, vorher nicht eingeweiht worden war, sei dahin gestellt. De Gaulle billigte die Entscheidung auf jeden Fall, wenngleich ihm die Art der Aktion nicht paßte[14].

Daß der Fall Argoud in den kommenden Wochen und Monaten so „viel Wirbel" in der deutschen Öffentlichkeit auslöste, lag vor allem an dem implizit erbrachten Beweis der Besatzermentalität, den Frankreich der Bundesrepublik gegenüber offenbar noch immer nicht völlig abgelegt hatte[15]. Die von der französischen Polizei in Umlauf gesetzte Behauptung, Argoud sei von ihr auf einem Lastwagen gefesselt in Paris gefunden und dann verhaftet worden, konnte schnell als Märchen entlarvt werden. In Bonn setzten nicht nur staatsanwaltschaftliche Ermittlungen über die etwaige Verletzung deutscher Gesetze ein[16], sondern auch parlamentarische Dispute über französische Eigenmächtigkeiten auf deutschem Territorium. Am 8. 3. sah sich die Bundesregierung in der Fragestunde des Bundestages höchst peinlicher Eingaben von SPD-Parlamentariern ausgesetzt, die nicht nur die Frage der Rückführung Argouds aufwarfen, sondern vom Bundesjustizminister Bucher auch Auskunft darüber erbaten, was er sich eigentlich vom Elysée-Vertrag verspreche, wenn kurz nach der Unterzeichnung französische Staatsorgane die deutschen Hoheitsrechte derart flagrant verletzten[17]. Angesichts der nicht befriedigenden Antworten und der noch nicht geklärten Umstände der Münchener Ereignisse beantragte die Opposition fünf Tage später eine erste Kleine Anfrage, die sich nach den Aussichten einer Anzeige der Anwälte Argouds wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung erkundigte[18]. Nachdem zwei Noten der Deutschen Botschaft in Paris vom Quai d'Orsay unbeantwortet geblieben waren[19], beantwortete Bucher die Anfrage am 28. 3. mit dem Hinweis, es

[10] Bauer, Beziehungen, S. 182.
[11] Vgl. Kap. V.1.5.
[12] Vgl. Hildebrand, Reich, S. 108.
[13] Vermerk von Carstens St.S. 2298/63, 29. 11. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 1512.
[14] S. Messmer, Mémoires, S. 278–280.
[15] Carstens, Erinnerungen, S. 254.
[16] Vgl. AdG 1963, S. 10435B.
[17] S. Fragestunde des Bundestages, 8. 3. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 52, S. 2902–2904.
[18] S. Sitzung der SPD-Fraktion vom 5. 3. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 265 mit Anm. 41; AdG 1963, S. 10510F.
[19] Vgl. ebd., S. 10855K.

bestehe keinerlei Möglichkeit zur Überstellung Argouds aus Frankreich; auch der Weg einer Auslieferung könne aus rechtlichen Gründen nicht beschritten werden. Ob eine Rückführung möglich sei, müßten die Ermittlungen der zuständigen Behörden ergeben[20].

Nach zwei weiteren Kleinen Anfragen der Sozialdemokraten[21] mußte der Justizminister Ende September zugeben, daß der Sachverhalt weiter nicht geklärt sei, weil Frankreich weder auf ein Rechtshilfeersuchen des Oberstaatsanwaltes in München noch auf drei Noten der Deutschen Botschaft reagiert habe[22]. Dies nahm die SPD schließlich im November zum Anlaß, im Bundestag unter Hinweis auf die Pflicht zur Selbstachtung der Bundesrepublik als souveränem Staat einen Antrag auf Rückführung Argouds zu stellen[23]. Für die Bundesregierung konnte Carstens nur den Sachstand noch einmal darlegen und darauf verweisen, die französische Regierung habe sich bisher außerstande gesehen, das Rechtshilfeersuchen zu beantworten[24]. Selbst aus den Reihen der Union mußte er sich daraufhin sagen lassen, daß die Bundesrepublik es trotz der verwerflichen Handlungen Argouds als Rechtsstaat nicht hinnehmen könne, „Illegalität mit Illegalität [zu] beantworten"[25], und, wie die SPD assistierte, die deutsch-französische Freundschaft in ein schiefes Licht geraten zu lassen[26].

Daraufhin nahm der Staatssekretär die Sache selbst in die Hand, um sie zu „erledigen". Anfang Dezember forderte er vom französischen Botschafter für den Fall einer nicht möglichen Rückstellung Argouds eine Entschuldigung Frankreichs, die Bestrafung der Verantwortlichen und den Ausschluß einer Wiederholung[27]. Doch das Gespräch führte zu heftigen gegenseitigen Vorwürfen über die Versäumnisse der deutschen und französischen Behörden, die schließlich in die Drohung von Carstens mündeten, bei einer Nichtbeachtung des Rechtshilfegesuchs die Rücküberstellung offiziell beantragen zu müssen[28]. Auch eine Intervention Jansens bei Maillard brachte nicht den gewünschten Erfolg[29]. Paris erklärte sich Mitte Dezember lediglich bereit, ein etwaiges Todesurteil nicht zu vollstrecken[30].

Das französische Verhalten im Fall Argoud, der nach der Verurteilung des OAS-Aktivisten zu lebenslanger Haft und der sofortigen Überreichung des deutschen Antrags auf Rücküberstellung am 30. 12. eine neue Qualität ge-

[20] S. Fragestunde des Bundestages, 28. 3. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 52, S. 3185; Bundestagserklärung von Carstens, 6. 11. 1963, in: ebd., Bd. 53, S. 4343; AdG 1963, S. 10510F.

[21] S. Sitzung der SPD-Fraktion vom 26. 6. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 325 mit Anm. 36.

[22] S. Fragestunde des Bundestages, 9. 10. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 4088; AdG 1963, S. 10855K.

[23] S. Sitzung der SPD-Fraktion vom 15. 10. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 353 mit Anm. 19; Bundestagserklärung Heinemanns, 6. 11. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 4342.

[24] S. Bundestagserklärung von Carstens, 6. 11. 1963, in: ebd., S. 4343.

[25] Bundestagserklärung Gradls, 6. 11. 1963, in: ebd., S. 4343–4346, hier S. 4344.

[26] S. Bundestagserklärung Erlers, 6. 11. 1963, in: ebd., S. 4347.

[27] Vermerk von Carstens St.S. 2298/63, 29. 11. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 1511f., hier S. 1511.

[28] S. ders. an Klaiber, FS Nr. 789, 2. 12. 1963, Citissime, VS-Vertraulich, in: ebd., S. 1522–1524.

[29] S. ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Maillard, 5. 12. 1963.

[30] S. Carstens an Paris, FS Nr. 850, 19. 12. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 1660f.; ders., Erinnerungen, S. 254.

wann[31], war um so fragwürdiger, als Paris seinerseits im Frühjahr 1963 äußerst pikiert reagierte, als Bonn einen Antwortentwurf auf die sowjetische Protestnote vom 5. 2. zum Elysée-Vertrag[32] ohne abschließende Konsultation nach Washington übermittelt hatte, um ihn in der dortigen Botschaftergruppe der Vier Westmächte besprechen zu lassen. Damit übergingen die Deutschen nicht nur den Wunsch der Franzosen nach einer gleichzeitigen Vorlage beider Entwürfe in Washington bzw. der definitiven Fassung der Note in Moskau, sondern untergruben auch ihre Absicht, sich mit der Beantwortung Zeit zu lassen[33].

Am Rhein stieß die Kritik auf erhebliche Verwunderung. Offenbar besaß man dort ein anderes Verständnis über Sinn und Zweck derartiger Konsultationen, wie schon die differenzierende Begrifflichkeit des Auswärtigen Amtes unter Beweis stellte. Aus seiner Sicht stand zu befürchten, „daß der Konsultationsmechanismus leicht zu schwerfällig werden kann, wenn wir Vorkonsultationen dieser Art zu perfektionistisch betreiben". Die „Vorkonsultation" mit Frankreich sollte demnach lediglich als Vorabstimmung auf die allgemeine Linie beschränkt werden und nicht zu einer Verlangsamung des Beratungsprozesses führen, während die Feinabstimmung dann in der „Hauptkonsultation" mit der Botschaftergruppe in Washington zu erfolgen hatte, die weiterhin „in allen Deutschland und Berlin betreffenden Fragen als das zentrale Konsultationsgremium" betrachtet wurde[34].

Dies aber war eben keineswegs im Sinne der französischen Diplomatie, die die Botschaftergruppe „nur zur *Information* und nicht zur Konsultation" einzuschalten beabsichtigte. Die deutschen Kollegen hielten dieses Gremium aber für eminent wichtig und wollten nicht riskieren, es durch eine etwaige Verärgerung der Angelsachsen über die deutsch-französischen Vorkonsultationen in ihrem Bestand zu gefährden[35]. Schließlich wurde nicht einmal der äußere Schein gewahrt. Obwohl die Bundesregierung zugesagt hatte, mit der Übergabe ihrer Antwortnote an die Sowjetunion zu warten, bis auch Frankreich dazu bereit sei[36], übermittelte sie das Schriftstück einen Tag vor dem Partner[37].

Blockade der Gemeinschaft infolge französischer „préalables"

Wie in diesen Fragen der Etikette ging die Bundesrepublik jetzt auch in den wahrhaft politischen Problemfeldern – der Europa- und der Sicherheitspolitik – auf Distanz zum westlichen Nachbarn. Kontrovers diskutiert wurde zwischen Bonn und Paris etwa die EWG-Entwicklungshilfe an die Türkei, die Frankreich wesentlich niedriger halten wollte als die Bundesrepublik, da sie ihre finanziellen

[31] S. Carstens an Paris, FS Nr. 850, 19. 12. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 1660f. mit Anm. 6. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen s. AAPD 1964, S. 30–32, 216–219, 238–241, 394f. u. 610.

[32] Vgl. Kap. V.4.3.

[33] S. PA, B 150, Bd. 4, Kutscher an AA, FS Nr. 398, 15. 3. 1963, Verschlüsselt, VS-Vertraulich.

[34] Krapf an Paris, FS Nr. 943, 16. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 414–416, hier S. 415 u. 416.

[35] PA, B 150, Bd. 4, Vermerk dess. zu FS Nr. 943 an Paris vom 16. 3. 1963, 16. 3. 1963, VS-Vertraulich.

[36] S. ebd., ders. an Paris, FS Nr. 943, 16. 3. 1963, Verschlüsselt, Citissime mit Vorrang, VS-Vertraulich.

[37] S. Bundesregierung an Regierung der UdSSR, Note, 29. 3. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 225–228; Regierung Frankreichs an dies., Note, 30. 3. 1963, in: ebd., S. 232f.

Ressourcen lieber andernorts einsetzen wollte[38] und die Türkei als „Faß ohne Boden“ betrachtete[39]. Doch diese Dissonanz war eine quantité négligeable im Vergleich zum wieder aufflammenden Streit über das Verhältnis der EWG zu Großbritannien. Anfang März schloß Bonn den eigenen Denkprozeß mit der Entscheidung ab, einen Interessenausgleich zwischen Paris auf der einen und London sowie den übrigen Partnern auf der anderen Seite herzustellen. Neben der tatkräftigen Fortsetzung der wirtschaftlichen Integration, wie die Franzosen sie wünschten, legten die Deutschen auch großen Wert darauf, die Verbindung zu den Briten zu festigen[40]. Ein achtstündiges Gespräch der Staatssekretäre Lahr und Müller-Armack vom Auswärtigen Amt bzw. Wirtschaftsministerium mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung im Quai d'Orsay, Wormser, am 9. 3. zeigte aber in aller Deutlichkeit, daß Frankreich an einer ökonomischen Anbindung der Briten keinerlei Interesse hatte. Auch an der Herstellung regelmäßiger Kontakte zwischen den Sechs und Großbritannien zeigte sich Wormser desinteressiert. Ganz im Sinne der de Gaulleschen Vorgabe, zunächst die EWG zu konsolidieren und erst dann an eine Erweiterung heranzugehen, verlangte er seinerseits entschieden Fortschritte bei der Verabschiedung der noch ausstehenden Marktordnungen im Agrarbereich und die schleunigste Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit den afrikanischen Staaten, die auf Wunsch der Italiener und Niederländer Ende Februar im EWG-Rat verschoben worden war. Lediglich in bezug auf die Kennedy-Runde nahm er eine entgegenkommende Haltung ein. Lahr und Müller-Armack wiesen demgegenüber auf die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Interessen aller Mitgliedstaaten hin und machten deutlich, daß an Vorleistungen gegenüber Frankreich nicht mehr zu denken sei. Ob diese Botschaft in Paris verstanden würde, schien ihnen zweifelhaft. „Wenn Frankreich daran festhält“, so schloß Lahr seine Gesprächsaufzeichnung, „‚préalables' zu fordern, und zwar auf den Gebieten, die in einem überwiegenden französischen Interesse liegen, ist zu befürchten, daß die Gemeinschaft in eine weitere und noch schwerere Krise gerät.“[41]

Das magere Ergebnis dieser Unterredung löste im Bundeskabinett einen Dissens über die Möglichkeit aus, den Nachbarn doch noch zu einem konstruktiven Dialog über die Beziehungen zur Inselmonarchie zu bewegen. Während Schröder sich durchaus optimistisch zeigte, sah Erhard dazu keinerlei Chancen mehr[42]. Der Gang der Dinge gab Erhard recht. Als Schröder auf italienische und britische Initiative hin Sondierungen aufnahm, um eine Sondersitzung des WEU-Ministerrats zur Besprechung der europäischen Lage nach Bonn einzuberufen, teilte der Quai d'Orsay am 22. 3. mit, daß Couve de Murville nicht teilnähme, sofern es um die Klärung des Verhältnisses zu Großbritannien gehe. Das Auswärtige Amt beugte

[38] S. Schröder an Couve de Murville, St.S. 338/63, 3. 4. 1963, in: AAPD 1963, S. 452–454.
[39] Unterredung zwischen dens. vom 9. 4. 1963, Z A 5–45.A/63, in: ebd., S. 469.
[40] Vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 33.
[41] Lahr an Schröder, Aufzeichnung St.S. 227/63, 9. 3. 1963, in: AAPD 1963, S. 371–375, hier S. 374 f.; s.a. ders. an Globke, St.S. 245/63, 11. 3. 1963, Konzept, in: ebd., S. 395 f.; Hölscher, Krisenmanagement, S. 36. Zur Vertagung der Unterzeichnung des am 20. 12. 1962 paraphierten Assoziierungsabkommens mit 18 afrikanischen Staaten vgl. AdG 1962, S. 10320A; ebd. 1963, S. 10439A.
[42] S. PA, Abg.-Liste Ministerbüro, Bd. 208, Erhard an Schröder, 12. 3. 1963; Hölscher, Krisenmanagement, S. 36.

sich dem Veto und sagte die Konferenz am folgenden Tag ab[43]. In der Bundesregierung wurde daraufhin der Ruf laut, Frankreich auf dem Agrarsektor unter Druck zu setzen und so zu einer positiveren Ausgestaltung der Außenbeziehungen zu Großbritannien zu zwingen. Landwirtschaftsminister Schwarz plädierte dafür, in der EWG-Agrarpolitik eine härtere Gangart gegenüber de Gaulle einzuleiten und ihm zu verdeutlichen, daß nach dem Abbruch der Brüsseler Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt nicht einfach zur Tagesordnung zurückgekehrt werden könne[44]. Ein interministerieller Meinungsaustausch förderte allerdings klar zutage, daß man aufgrund der eigenen Interessen allenfalls auf eine Tempodrosselung bei der Entwicklung der gemeinsamen Marktordnungen hinwirken konnte und die Forderung nach einer liberalen Gestaltung der EWG-Außenbeziehungen im wesentlich politisch durchzusetzen hatte[45].

Ende März sandte Paris doch gewisse Konzessionssignale. Die Franzosen waren bereit, im Rahmen des aufzustellenden Arbeitsprogramms der EWG gewisse zollpolitische Ergebnisse der Verhandlungen mit England umzusetzen, eine großzügigere Finanzhilfe für die Türkei ins Auge zu fassen und positiv an der Vorbereitung der Kennedy-Runde zum Abbau der weltweiten Handelshindernisse mitzuwirken. Im Auswärtigen Amt gewann man den Eindruck, als ob de Gaulle sich allmählich auf die von Schröder und Erhard vertretene Richtung einstelle. Zwar reichten den Beamten die Zugeständnisse nicht aus; sie bewerteten es aber als positiv, wenn der Staatspräsident anerkannte, mit „einseitigen ‚préalables' die Gemeinschaft völlig [zu] blockieren"[46]. Um die Krise in der EWG zu überwinden, präsentierte Schröder den Partnern Anfang April einen Plan des „synchronisierten Fortschritts", der das kommunitäre Prinzip des gleichmäßigen Fortschritts der Gemeinschaft und der Interessen der Mitglieder betonte. Besonderes Augenmerk legte Schröder auf den Gleichschritt von Agrar- und Handelspolitik. Er stimmte dem Eintritt in die Kennedy-Runde zu und empfahl, die Kontakte mit England im Rahmen der WEU fortzusetzen[47].

Das Arbeitsprogramm des Bundesaußenministers ging Frankreich nicht zuletzt in bezug auf die Verbindung zu Großbritannien zu weit. Couve de Murville unterbreitete ihm am 9. 4. den Vorschlag, zur Aufrechterhaltung des Dialogs mit den Briten unter dem Dach der EFTA in Genf eine ständige Verbindungsstelle einzurichten. Schröder nahm dies mit zögerlichem Wohlwollen auf, hielt aber daran fest, auch in Brüssel zu siebt miteinander zu sprechen[48]. Dementsprechend setzte er sich Anfang Mai auf der EWG-Ministerratssitzung für regelmäßige Kontakte

[43] Vgl. AdG 1963, S. 10498A; Bulletin 1963, S. 918; Hölscher, Krisenmanagement, S. 37.

[44] S. Schwarz an Schröder, VII A 2–37/63, 4. 3. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 365–368.

[45] Vgl. Hölscher, Krisenmanagement, S. 37f.

[46] S. Lahr an Schröder, Aufzeichnung St.S. 327/63, 28. 3. 1963, in: AAPD 1963, S. 437–441; Hölscher, Krisenmanagement, S. 38f.

[47] S. Rede Schröders in Luxemburg, 2. 4. 1963, in: Bulletin 1963, S. 545–548; Ansprache dess. vor der „Association de la Presse Diplomatique Française" in Paris, 10. 4. 1963, in: ebd., S. 591–593; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 266; von der Groeben, Aufbaujahre, S. 211; Lahr an seine Schwester, 10. 4. 1963, im Auszug in: Lahr, Zeuge, S. 378f.; EA 1963, S. Z100f.; Hölscher, Krisenmanagement, S. 39f.

[48] S. Unterredung zwischen Schröder und Couve de Murville vom 9. 4. 1963, Z A 5–45.A/63, in: AAPD 1963, S. 469; Unterredung zwischen dems. und Lord Home vom 10. 4. 1963, Z A 5–46.A/63, in: ebd., S. 473.

zwischen den Ständigen Vertretern im EWG-Rat und dem Leiter der britischen Vertretung bei der EWG ein, konnte sich aber gegen den französischen Widerstand nicht durchsetzen. Als die deutsche Delegation anschließend zur Revanche versuchte, sich allen Anträgen zu widersetzen, die eine Forcierung der agrarpolitischen Integration gegenüber der allgemeinen Entwicklung in der EWG vorsah, drohte der französische Abgesandte mit einem Scheitern der Kennedy-Runde. Die Deutschen willigten daher in die vorrangige Festigung der Strukturen der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik und in den Aufschub der Regelung der zukünftigen Kontakte zwischen EWG und Großbritannien ein. Der Ministerrat verabschiedete daraufhin ein Arbeitsprogramm, das bis zum Ende des Jahres weitere Fortschritte bei der Errichtung eines gemeinsamen Agrarmarktes und die Festlegung einer einvernehmlichen Haltung zur Kennedy-Runde vorsah. Die Frage der Beziehungen zu England blieb ungeklärt[49].

Die MLF im Trockendock

Ohne jegliche Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte verliefen auch die deutsch-französischen Gespräche über die multilaterale Atomstreitmacht. Mit der Ende Februar getroffenen amerikanischen Entscheidung, den Bündnispartnern ein offizielles Angebot zum Aufbau der MLF zu unterbreiten[50], zeichnete sich bereits ab, daß das ihr zugrundeliegende Kalkül[51] den politischen Realitäten schon nicht mehr entsprach. In Paris bzw. London waren die Regierungen gar nicht oder nur bedingt an der MLF interessiert, und in Bonn sahen sich die Protagonisten nuklearer Mitspracheforderungen unter erheblichem innenpolitischen Druck. Die FDP stand der MLF ziemlich kritisch gegenüber, sah zwar den politischen Nutzen, aber auch die erheblichen finanziellen Belastungen und den geringen militärischen Wert[52]. Auch die SPD stellte die Effektivität entschieden in Zweifel, räumte ihr aber in politischer Hinsicht ganz im Sinne der Amerikaner Priorität ein und verwarf damit sämtliche Aspirationen zum Aufbau einer europäischen oder gar nationalen Nuklearstreitmacht[53]. In der Regierung betrachteten die „atlantischen" Vertreter, allen voran von Hassel und Schröder, die MLF insbesondere unter dem Aspekt, eine engere Verzahnung europäischer und amerikanischer Sicherheitsinteressen durchzusetzen und zugleich die Force de frappe politisch zu entwerten. Ungeachtet ihrer grundsätzlichen Befürwortung erhoben sie aber eine Reihe von Bedenken, die sich vor allem auf den Wunsch nach landgestützten

[49] Vgl. Harkort an Schröder, FS Nr. 754, 11. 5. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 523–526 mit Anm. 3 u. 6; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 267; Hölscher, Krisenmanagement, S. 40.

[50] Vgl. Sitzung des Exekutivkomitees des Nationalen Sicherheitsrates vom 12. 2. 1963, Zusammenfassung Nr. 41, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 494–502; Unterredung bei Kennedy vom 18. 2. 1963, Secret, in: ebd., S. 502–506; Unterredung bei dems. vom 21. 2. 1963, Secret, in: ebd., S. 507f.; ders. an Merchant, Memorandum, 21. 2. 1963, Secret, in: ebd., S. 509–511; Costigliola, Pursuit, S. 51.

[51] Zu den amerikanischen Motiven vgl. ausführlich Hoppe, Teilhabe, S. 102–112; Mahncke, Mitwirkung, S. 146–154.

[52] S. Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, 23. 3. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 488.

[53] Vgl. Grabbe, Unionsparteien, S. 409–413; Hoppe, Teilhabe, S. 134f.; Marcowitz, Option, S. 141–145; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 178.

Systemen und die Einsatzkontrolle bezogen[54]. In Anerkennung des von den USA vorläufig kaum aufgegebenen Vetorechts sprach sich der Bundesverteidigungsminister Mitte März öffentlich dafür aus, in der Aufbauphase der MLF jedem Partner ein solches Privileg einzugestehen, während später zum System der Mehrheitsentscheidung übergegangen werden sollte[55].

Frankreich mochte sich diesen Vorstellungen nicht anschließen. Als von Hassel seine Position kurz darauf gegenüber seinem französischen Kollegen insbesondere mit dem Argument bekräftigte, man müsse alles tun, um den isolationistischen Tendenzen in den USA zu begegnen, zeigte sich Messmer zwar aufgeschlossen, dachte aber nicht daran, sie zu übernehmen. Zum einen hielt er das Vetorecht der Amerikaner für völlig unannehmbar, da es der Streitmacht seiner Meinung nach jede Abschreckungskraft nahm. Zum anderen galten die finanziellen Kosten für Frankreich als nicht tragbar, da der Aufbau der Force de frappe die vorhandenen Mittel völlig absorbierte. Von Hassels Bitte, wenigstens an der Prüfung der MLF mitzuwirken, wies Messmer entschieden zurück[56].

Nachdem der von der amerikanischen Regierung zum Hauptverhandler für die MLF ernannte Livingston Merchant[57] in diesen Tagen eine Sondierungsreise durch die europäischen Staaten mit ermutigendem Ergebnis in Bonn, klarer Ablehnung in Paris und mehr oder minder großen Bedenken in den übrigen Kapitalen abgeschlossen hatte[58], forcierte Kennedy das Projekt mit dem Ziel, vor allem von den Deutschen eine bindende Zusage zu erhalten. Am 29. 3. schlug er Adenauer vor, während seines für den Sommer geplanten Europabesuchs ein allgemeines vorläufiges Abkommen auszuhandeln. Zugleich sprach er sich für die Überwasserversion aus, da die Polaris-U-Boot-Flotte für den weltweiten Einsatz geschaffen war, die MLF hingegen in europäischen Gewässern stationiert werden sollte. Kennedy betonte den Vetovorbehalt und die für ihn innenpolitisch notwendige deutliche deutsche Kooperationsbereitschaft[59]. In seiner ohne Absprache mit dem Bundesverteidigungsministerium[60] verfaßten Antwort erklärte sich der Kanzler am 4. 4. bereit, ein solches Arrangement abzuschließen und einen wesent-

[54] S. NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 119, Rede von Hassels vor dem Bundessicherheitsrat, Fü B III 1 Az. 31–01–00–03 Tgb.Nr. 37/63, 23. 1. 1963, Streng geheim; ebd., Nr. 126, Unterredung zwischen dems., Gilpatric und Schröder vom 13. 2. 1963, Fü B III 8 Az. 31–08–41–01 Tgb. Nr. 925/63; Unterredung zwischen dems. und Kennedy vom 25. 2. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 511–516; Merchant an Rusk, Memorandum, 20. 3. 1963, Secret, in: ebd., S. 529–537; Schmückle, Pauken, S. 274f.; Hoppe, Teilhabe, S. 122–127; Mahncke, Mitwirkung, S. 141–146; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 152–155.

[55] S. Artikel von Hassel, 14. 3. 1963, in: Bulletin 1963, S. 421f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 144f. u. 160f.

[56] S. Unterredung zwischen von Hassel und Messmer vom 20. 3. 1963, 23. 3. 1963, in: BDFD I, S. 968–970.

[57] Vgl. AdG 1963, S. 10374B.

[58] S. Krapf an Knappstein u. Blankenhorn, FS Nr. 872 Plurex, 12. 3. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 399–403; Merchant an Rusk, Memorandum, 20. 3. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 529–537; Unterredung bei Kennedy vom 22. 3. 1963, Top secret, in: ebd., S. 537–542; Haftendorn, Kernwaffen, S. 119f.; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 212f.; Winand, Eisenhower, S. 342–344.

[59] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 2336, 29. 3. 1963, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 542–546; Hoppe, Teilhabe, S. 128.

[60] S. Hopf an Carstens, III 8–31–08–41–01/2068/63, 17. 4. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 491–493.

lichen Teil der finanziellen Lasten zu tragen. Abstimmungsbedarf sah er noch in bezug auf die Einsatzentscheidung sowie die Trägerraketen[61].

Für de Gaulle hingegen besaß das multilaterale Atombündnis weder auf Überseeschiffen noch auf U-Booten Attraktivität. Und auch die von den Briten favorisierte multi*nationale* Streitmacht bewertete er als inakzeptabel, weil sie die eigene nationale Handlungsfreiheit beeinträchtigte. Gegen dieses Beharren auf die nationale Souveränität konnten die USA nichts unternehmen. Höchst ungehalten reagierten sie aber, als Frankreich Bedenken gegen eine deutsche MLF-Teilnahme äußerte und ihnen vorhielt, sie würden den deutschen Appetit auf Kernwaffen noch steigern. Wenn sich die Franzosen nicht an der MLF beteiligen wollten, schallte es vom Potomac an die Seine, sei das ihre Sache; wenn sie aber die Mitwirkung der Deutschen und Italiener obstruierten, würde man nicht tatenlos bleiben[62]. Washington erhöhte den Druck und verlangte im Mai Aufklärung darüber, ob der Elysée-Vertrag geheime militärische Zusatzklauseln über eine Nuklearkooperation enthielte[63]. Derartige Geheimabsprachen wurden dies- und jenseits des Rheins vehement bestritten. Nicht Frankreich, sondern die USA würden der Bundesrepublik zum Besitz atomarer Waffen verhelfen, beteuerte Couve de Murville am 25. 5. gegenüber Kennedy[64]. Der Nuklearbereich, versicherte er wenige Wochen in der Assemblée Nationale, sei durch das Abkommen ausgeschlossen[65].

Dem Worte nach mag das zwar stimmen, gedanklich miteinkalkuliert hatten seine Protagonisten im Elysée und Palais Schaumburg die ‚Kernfrage' der internationalen Beziehungen aber sehr wohl. Neben allen taktischen Erwägungen zur Beeinflussung der deutschen Debatte über die Ratifikation des Elysée-Vertrages entsprach es durchaus einem Stück Realität, als der französische Informationsminister Peyrefitte Mitte April wenige Tage nach der schriftlichen Zusage des Kanzlers an den amerikanischen Präsidenten öffentlich die Möglichkeit eines kollektiven atomaren Sicherheitssystems für Europa und die Bereitschaft Frankreichs zum Verzicht auf die Force de frappe durchschimmern ließ, sofern eine verantwortliche politische europäische Autorität geschaffen würde. Aus der Umgebung de Gaulles verlautete dazu, der General begrüße eine derartige Verteidigungsgemeinschaft, sei aber bei den Partnern bisher auf ein negatives Echo gestoßen, obwohl er selbst die logische Konsequenz dieses Konzepts akzeptiere, „die politische Integration mit einer weitgehend föderalen Lösung"[66]. Messmer stellte kurz

[61] S. Adenauer an Kennedy, 4. 4. 1963, in amerikanischer Übersetzung mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 2408, 5. 4. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 551–553; Kurzanalyse beider Briefe in: NHP-Dokumentensammlung Bonn, Nr. 134, Aufzeichnung des BMVg Fü B III 8 Az. 31-08-41-01 Tgb.Nr. 2193/63, 20. 4. 1963; s.a. Haftendorn, Projekt, S. 426; Hoppe, Teilhabe, S. 128.

[62] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Rusk vom 7. 4. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 556–559; Unterredung zwischen dems. und Schröder vom 9. 4. 1963, Z A 5-45.A/63, in: AAPD 1963, S. 470f. Zur Unterscheidung zwischen multinationaler und mulitilateraler Atomstreitmacht s. Kap. V.4.2 u. Rusk an diplomatische Vertretungen, Tel. 1773, 15. 4. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 559f.

[63] S. Jansen an Knappstein, FS Nr. 981, 29. 5. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 599.

[64] S. Unterredung zwischen Couve de Murville und Kennedy vom 25. 5. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 773; Couve de Murville, Außenpolitik, S. 80; Conze, Herausforderung, S. 277f.

[65] S. Rede Couve de Murvilles in der Assemblée Nationale, 12. 6. 1963, in: JO, Ass. Nat., Déb. parl. 1963, Bd. 3, S. 3319; Linsel, Charles de Gaulle, S. 207.

[66] BA, NL zu Guttenberg, Bd. 68, Bl. 54, Frisch an zu Guttenberg, 16. 4. 1963.

darauf in einem Zeitschriftenaufsatz die Forderung auf, Europa müsse zum gegebenen Zeitpunkt über Atomwaffen verfügen, wobei die Force de frappe ihr Kernstück bilde[67].

Unter den Bonner „Gaullisten" entfachten diese Verlautbarungen neue Hoffnung auf eine europäische Atomstreitmacht. Zu Guttenberg etwa verbreitete die Auffassung, de Gaulle sei eben doch kein Nationalist alter Prägung und halte eine europäische Lösung des Problems für möglich[68]. Er strebe keine Dritte Kraft zwischen den Supermächten, sondern ein Europa an, das an der Seite der USA zur Abwehr der sowjetischen Gefahr beitragen würde[69]. Ein solches Projekt, daß die Existenz einer kontinentalen politischen Union voraussetzte, besaß gegenüber der von den Amerikanern vorgeschlagenen MLF in seinen Augen einen entscheidenden Vorteil: es bot den Europäern echte Mitsprache[70].

Wenngleich diese auch in der Presse artikulierte[71] und von Frankreich unterstützte[72] Position in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig war, muß die Frage gestellt werden, ob Bonn in diesen Monaten eine Gelegenheit verpaßt hat, mit Paris in eine echte Nuklearkooperation einzusteigen. Gewiß, Frankreich benötigte den Nachbarn zur Umsetzung seiner europapolitischen Visionen und mußte erkennen, daß die Bundesrepublik von den USA wegen der MLF hofiert wurde. Bot sich aber damit tatsächlich die Möglichkeit einer Partizipation an der Force de frappe, nicht im Sinne eines Mitbesitzes oder eines ausgedehnten Mitbestimmungsrechtes, aber als Teilhabe an der Entwicklung, aus der sich dann langfristig nach der Schaffung einer europäischen politischen Union auch der Mitbesitz hätte ergeben können? Wer von einer verpaßten Chance spricht[73], überschätzt die Machtposition der Bonner Republik und ihre Rolle im westlichen Bündnis ganz erheblich. Als Frontstaat im Ost-West-Konflikt besaß sie wohl kaum die Mittel, um für Frankreich nuklear zu optieren, ohne das Sicherheitsnetz der USA zu verlieren. Die Einflußnahme Washingtons auf den bundesdeutschen Ratifikationsprozeß zum Elysée-Vertrag zeigt sehr deutlich, wie eng die Souveränitätsgrenzen der Bundesrepublik gesteckt waren. Frankreich hingegen war souverän und konnte sich außerdem hinter einem Verteidigungsglacis verstecken. „Nous voulons nous doter d'une force atomique propre", erklärte de Gaulle Ende April klipp und klar gegenüber Alphand. „Les Américains voudraient mettre sous leur contrôle les forces atomiques nationales de l'Ouest". Sollten sie die multilaterale Streitmacht ruhig bauen; Frankreich würde nicht daran mitwirken[74].

[67] S. Artikel Messmer, in: „Revue de Défense Nationale", Mai 1963, auszugsweise deutsche Übersetzung in: EA 1963, S. D305-D312; Soutou, De Gaulle, Adenauer, S. 514f.

[68] S. BA, NL zu Guttenberg, Bd. 68, Bl. 53, zu Guttenberg an Frisch, 25. 4. 1963; vgl. Marcowitz, Option, S. 128f.

[69] S. ACDP, NL Krone, I-028-006/4, Aufsatz zu Guttenbergs, 24. 2. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 766–770.

[70] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 133f.

[71] S. Artikel Weinstein, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6. 5. 1963.

[72] S. Jansen an Schröder, Aufzeichnung I A 3–82.00/94.07/1036/63, 15. 5. 1963, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 542–544.

[73] Vgl. Marcowitz, Attitude, S. 163.

[74] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 30. 4. 1963, in: Alphand, L'étonnement d'être, S. 396–398, hier S. 397.

Für die Bundesrepublik sah die Lage anders aus, und dementsprechend handelte sie. Nachdem eine amerikanische Expertendelegation Mitte April in Bonn über die technischen Daten der MLF aufgeklärt hatte[75], beschloß das Bundeskabinett am 24. 4. die deutsche Beteiligung und sprach sich für eine Kostenübernahme von 30% aus[76]. Sechs Tage später setzte Adenauer Kennedy von der Entscheidung zur Mitwirkung am Aufbau einer MLF-Überwasserflotte in Kenntnis und akzeptierte, den Feuerbefehl von der Genehmigung der Hauptteilnehmerstaaten abhängig zu machen. Für die Zukunft wollte er eine andere Regelung aber nicht ausschließen[77]. Ungeachtet dieses prinzipiellen Einverständnisses waren diverse Streitpunkte zwischen Bonn und Washington über die Umsetzung des Projektes und seines Verhältnisses zur konventionellen Aufrüstung noch nicht ausgeräumt[78]. Dennoch war dem Präsidenten die Zusage des Kanzlers hochwillkommen, betrachtete er die MLF doch im Vergleich aller denkbaren Konzepte deutscher Nuklearteilhabe als „the only safe one"[79]. In seiner Antwort vom 5. 5. stimmte er den Ausführungen Adenauers zu, betonte aber, vor dem Eintritt in konkrete Konsultationen zunächst Gespräche mit Macmillan führen zu müssen. Bis zum Herbst glaubte er dann zu einer vertraglichen Vereinbarung gelangen zu können[80].

Die, abgesehen von der Bundesrepublik und Italien, starke Zurückhaltung der Verbündeten ließ es indes als fraglich erscheinen, ob der amerikanische Fahrplan tatsächlich eingehalten werden konnte[81]. Als der Ministerrat der NATO Ende Mai in Ottawa zusammentraf, stand die MLF bezeichnenderweise ganz im Schatten der Diskussion über eine schnelle Verwirklichung der multinational-interalliierten Atomstreitmacht mittels Assignierung von drei amerikanischen Polaris-U-Booten an SACEUR[82]. Von Hassel stimmte dieser IANF zu, unterstrich aber noch einmal die positive deutsche Haltung zur MLF, obwohl in seinem Ministerium die Bedenken sowohl hinsichtlich der Einsatzkontrolle als auch des -bereichs nicht ausgeräumt waren[83]. Sein Plädoyer verhallte weithin ungehört, weil auch die USA nach der Verabschiedung des deutschen Ratifikationsgesetzes zum

[75] S. Unterredung bei Kennedy vom 24. 4. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 561–564; Hoppe, Teilhabe, S. 130f.

[76] Vgl. AAPD 1963, S. 492f. mit Anm. 9.

[77] S. Adenauer an Kennedy, 30. 4. 1963, in: ebd., S. 505–507; Hoppe, Teilhabe, S. 131; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 129.

[78] S. Unterredung zwischen Rusk und dems. vom 10. 4. 1963, Z A 5–47.A/63, in: ebd., S. 477; Hopf an Carstens, III 8–31–08–41–01/2068/63, 17. 4. 1963, Geheim, in: ebd., S. 491–493; Carstens an Schröder, Vermerk 792/03, 3. 5. 1963, Geheim, in: ebd., S. 514f., Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 130.

[79] Kennedy an Macmillan, im Auszug mitgeteilt in: Rusk an London, Tel. 6389, 29. 5. 1963, Secret, Priority, Eyes only, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 590f., hier S. 590.

[80] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 131; Steinhoff/Pommerin, Strategiewechsel, S. 129. Zu den britisch-amerikanischen Kontakten vgl. Unterredung mit Tyler vom 6. 5. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 570–572; Kennedy an Macmillan, mitgeteilt in: Bundy an de Zulueta, 10. 5. 1963, Secret, Eyes only, in: ebd., S. 572–575.

[81] Vgl. Unterredung zwischen Rusk und Home vom 23. 5. 1963, US/MC/14, Secret, in: ebd., S. 579–582; Winand, Eisenhower, S. 346f.

[82] S. Rusk an diplomatische Vertretungen, Zirkular CA-13427, 29. 5. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 587–589; Unterredung zwischen Schröder und Couve de Murville vom 21. 5. 1963, MB 1478/63, VS-Vertraulich, in: AAPD 1963, S. 579f. mit Anm. 5; Hauserlaß Krapfs II 7–81–00–2/2288[I]/63, 5. 6. 1963, Geheim, in: ebd., S. 613–615; Kommuniqué zur Tagung des NATO-Ministerrates vom 24. 5. 1963, in: EA 1963, S. D266f.; Mahncke, Mitwirkung, S. 172–174.

[83] Vgl. Hoppe, Teilhabe, S. 139–141.

Elysée-Vertrag plötzlich ihr Interesse an der MLF verloren. Mit Blick auf den bevorstehenden Trip nach Europa riet Bundy dem Präsidenten Mitte Juni dazu, hinhaltend zu operieren[84]. Da auf dem Alten Kontinent außer Bonn kein NATO-Partner bereit war, ein Abkommen über die MLF einzugehen, nahm sich Kennedy dieses Rates an und verständigte sich Ende Juni mit Adenauer darauf, die Diskussionen mit den Partnern bis zum Herbst in Washington fortzusetzen[85]. Die wenige Tage zuvor beendete triumphale Reise des amerikanischen Präsidenten durch die Bundesrepublik[86] konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutschen Mitsprachewünsche damit einmal mehr auf Eis lagen.

„Les traités sont comme les jeunes filles et comme les roses:
ça dure ce que ça dure"

Die Revitalisierung der nuklearpolitischen Avancen in Richtung Frankreich hätte den deutschen Forderungen gewiß Nachdruck verliehen. Indes, die innenpolitische Stimmungslage in Bonn ließ dies ebenso wenig zu wie die „Malaise", in der sich die deutsch-französischen Beziehungen befanden[87]. In seiner Wut über die Entwertung des Elysée-Vertrages durch den Deutschen Bundestag ließ der General wenige Tage vor seiner Fahrt nach Bonn über seinen Informationsminister gegenüber der Presse durchblicken, er werde Adenauer die „Vertrauensfrage" stellen; „wenn Deutschland nicht bereit sei, seinen Wünschen zu entsprechen, [müsse] man mit einer ‚rupture' rechnen". Bar jeglicher diplomatischer Gepflogenheiten warnte Peyrefitte die Bundesrepublik davor, das Freundschaftsabkommen nicht anzuwenden[88]. In einem „ungewöhnlich bösartigen" Artikel, der nach den sicheren Informationen Blankenhorns ebenfalls auf Peyrefitte zurückging[89], bekräftige die politische Wochenzeitschrift „Nouveau Candide" die Absichten de Gaulles „in ungewöhnlich drohendem Ton"[90].

Der Deutsche Botschafter sah in diesen Erklärungen hauptsächlich ein taktisches Spiel des Staatspräsidenten, um den Kanzler unter psychologischen Druck zu setzen[91]. Wenngleich er die Optionsfrage nicht völlig ausschließen mochte, glaubte er daran, der General werde aus Rücksicht auf seinen letzten Bundes-

[84] S. Bundy an Kennedy, Memorandum, 15. 6. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 592–595; Barbier, Force multilatérale, S. 12f.; Costigliola, Pursuit, S. 52; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 213f.; Winand, Eisenhower, S. 348f.

[85] S. Carstens an Paris etc., FS Nr. 2050 Plurex, 24. 6. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 671–673; ders. an London etc., FS Nr. 2049 Plurex, 24. 6. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 764–676; Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 8, 25. 6. 1963, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 597f.; Unterredung zwischen Kennedy und Macmillan vom 30. 6. 1963, PET/MC/17, Secret, in: ebd., S. 599–601; Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 31, 1. 7. 1963, Secret, Eyes only, in: ebd., S. 601f.; Conze, Herausforderung, S. 283; Haftendorn, Projekt, S. 427; Hoppe, Teilhabe, S. 141–143.

[86] Zum Besuch Kennedys in der Bundesrepublik vom 23.–26. 6. 1963 s. AAPD 1963, Nr. 206–208; FRUS 1961–1963, Bd. 13, Nr. 203; Kennedy, Glanz, S. 167–226; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 225–233; Kommuniqué vom 24. 6. 1963, in: Bulletin, 1963, S. 971.

[87] Tb. Blankenhorn, 27. 6. 1963, in: BDFD I, S. 970–972, hier S. 970.

[88] Ebd., S. 971; s.a. AdG 1963, S. 10659D.

[89] PA, B 150, Bd. 7, Blankenhorn an AA, FS Nr. 915, 26. 6. 1963, Verschlüsselt, Geheim.

[90] Tb. Blankenhorn, 27. 6. 1963, in: BDFD I, S. 971; zum Artikel von „Nouveau Candide" vgl. AdG 1963, S. 10659D.

[91] S. BA, NL Blankenhorn, Bd,158a, Bl. 63–65, Tb. 28. 6. 1963.

genossen in seinen Gesprächen am Rhein einen ruhigen Ton anschlagen. Zuviel Harmonie war aus Sicht Blankenhorns indes unpassend. Da er die Außenpolitik beider Staaten in den entscheidenden Fragen nämlich als „grundverschieden“ bewertete, kam es seiner Meinung nach darauf an, die Freundschaft zu den Franzosen und zu den Angelsachsen als unteilbare Einheit darzustellen[92]. Dem Kanzler traute er dieses schwierige Geschäft nicht zu, und auch vom Bundeswirtschaftsminister, der sich nach der Kanzlernominierung als Wahrer der deutsch-französischen Verständigung darzustellen versuchte[93], erwartete er diesbezüglich nichts. So setzte Blankenhorn seine Hoffnungen vor allem darauf, daß Schröder und von Hassel den deutschen Standpunkt mit der notwendigen Klarheit vertraten[94].

Daß von Adenauer derartige Bekenntnisse nicht erwartet werden konnten, bekam der neuernannte amerikanische Botschafter McGhee zu spüren, als er es wagte, bei seinem Antrittsbesuch die bilaterale Exklusivität des Elysée-Vertrages zu monieren. Völlig undiplomatisch wies der Kanzler dessen Besorgnisse zurück und reagierte äußerst ungehalten über die amerikanische Kritik am französischen Staatspräsidenten[95]. Mußte er sich nicht düpiert fühlen, als de Gaulle am 19. 6. ohne Konsultation mit ihm die im Ärmel-Kanal stehenden Flotteneinheiten aus der NATO zurückzog[96]? Bot es nicht Anlaß zum Nachdenken, daß Messmer bei einem Besuch in Bonn am Tage zuvor von Hassel über diese im deutschen Empfinden „schädlich[e]“ Entscheidung nicht einmal verständigt hatte[97]? Und damit nicht genug: Kurz vor de Gaulles Ankunft in Bonn wußte die Presse zu berichten, der Präsident habe anläßlich eines Empfanges im Elysée Verträge – in Anspielung auf das in Kraft getretene Freundschaftsabkommen – mit jungen Mädchen und Rosen verglichen, die ihre Zeit dauerten: „Les traités [...] sont comme les jeunes filles et comme les roses: ça dure ce que ça dure.“[98]

Adenauer versuchte ihn nun per Rundfunk und Fernsehen mit einem Willkommensgruß auf Französisch zu besänftigen[99]. Doch an de Gaulles Stimmung änderte er damit nichts. Wie wenig der General noch vom Abkommen mit dem Kanzler erwartete, zeigt ein Memento, in dem er am Vorabend der Reise zentrale Zukunftsaufgaben festhielt: Regelung der Agrarfrage; Aufbau der Force de frappe; Beziehungen zu Großbritannien sowie eventuell „relance de l'union politique“[100] im Sinne einer Erweiterung des Elysée-Vertrages auf die Sechsergemein-

92 Tb. Blankenhorn, 27. 6. 1963, in: BDFD I, S. 971.

93 Vgl. Ansprache Erhards auf der VII. Deutsch-französischen Konferenz, 26. 5. 1963, in: Erhard, Gedanken, S. 809; Bulletin 1963, S. 821.

94 S. Tb. Blankenhorn, 27. 6. 1963, in: BDFD I, S. 971.

95 S. Unterredung zwischen Adenauer und McGhee vom 18. 5. 1963, 20. 5. 1963, Confidential, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 199–201.

96 Zu der am 21. 6. bekanntgegebenen Entscheidung der französischen Regierung vom 15. 6. 1963, die eigenen Seestreitkräfte im Nordatlantik dem NATO-Oberbefehl zu entziehen, vgl. L'Année politique 1963, S. 267 f.; AdG 1963, S. 10649A; s.a. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 1047/63, 15. 6. 1963, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 631 f.; Rusk an diplomatische Vertretungen, Zirkulartel. 2155, 15. 6. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 775 f.

97 Carstens an Washington etc., FS Nr. 2033 Plurex, 22. 6. 1963, Citissime mit Vorrang, Geheim, in: AAPD 1963, S. 654–656, hier S. 655. Zum Besuch Messmers in der Bundesrepublik vom 19.–21. 6. 1963 vgl. Kommuniqué des BMVg, in: Bulletin 1963, S. 945; s.a. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 7. 1963, I A 1–80.11/925/63, 4. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 709–713.

98 Zitiert nach: Lacouture, De Gaulle, Bd. 3, S. 308; s.a. „Die Welt“, 3. 7. 1963.

99 S. Rundfunk- und Fernsehansprache Adenauers, 3. 7. 1963, in: Bulletin 1963, S. 1038.

100 Memento de Gaulles, 2. 7. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 346.

schaft in der Form eines Europäischen Rats der Regierungen[101], wobei diese Wiederbelebung seiner Ansicht nach allenfalls von der Bundesrepublik angestoßen werden konnte[102]. Die deutsch-französischen Beziehungen erwähnte er mit keinem Wort. Die Regierungskonferenz in Bonn mußte erweisen, ob das am 22. 1. entzündete Feuer bereits erloschen war oder die Glut doch noch ausreichte, um es zum Wohle der beiderseitigen Verständigung wieder auflodern zu lassen.

„Der Rausch ist vorbei"

Der General kam zu dieser ersten Konsultationsrunde im Rahmen des Elysée-Vertrages, der fünfzehnten Begegnung mit dem Kanzler insgesamt, im großen Troß. Neben dem Premierminister begleiteten ihn vier weitere Minister und eine Reihe hoher Beamter[103]. Gleich nach der Ankunft begannen im Palais Schaumburg die Einzelberatungen in Arbeitsgruppen[104], während sich die beiden Staatsmänner zu ihrem einzigen Gespräch unter vier Augen in Adenauers Arbeitszimmer zurückzogen. Die Stimmung war trotz aller Herzlichkeit gedämpft. Der Hausherr berichtete über die, wie er fand, alles in allem gut verlaufene Visite Kennedys, und enthüllte dann unter strengster Geheimhaltung das jüngst von Smirnow dem langjährigen Deutschen Botschafter in Moskau, Kroll, gemachte Angebot zur Entwicklung normaler Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie die von Chruschtschow signalisierte Bereitschaft, in Bonn über Adenauers Burgfriedensplan aus dem Vorjahr zu sprechen. De Gaulle riet durchaus zu, den Kontakten nicht aus dem Weg zu gehen. Vor einem Besuch Chruschtschows in Bonn schreckte er aber zurück. Dem Gedanken des Burgfriedens stand er zwar positiv gegenüber; an eine dauerhafte Lösung der „deutschen Frage" mochte er aber vorerst nicht glauben, da die Deutschen nicht die Teilung und die Sowjets nicht die Einheit akzeptierten. Als er dann wieder einmal über die Möglichkeit eines Friedens mit Rußland sinnierte, wenn die kommunistische Ideologie versiegt sei, gab Adenauer zu bedenken, daß auch ein nichtkommunistisches Rußland aggressive Politik betreiben könne. Daher hoffte er sogar auf eine baldige Fertigstellung der Force de frappe. Eine Wiederaufnahme der Gespräche über die Europäische Politische Union hielt er für sinnlos, und de Gaulle pflichtete dem bei. Adenauers abermaliger Bitte um eine stärkere Mitarbeit in der NATO kam de Gaulle nicht nach. Ja, er machte keinen Hehl daraus, daß er die in Bonn und Paris unterschiedlich ausfallende Bewertung der Atlantischen Allianz, des Aufbaus einer nationalen Atomstreitmacht oder der Herauslösung von Truppenteilen aus der NATO als unvermeidbar betrachtete. Ebenso sicher schien ihm indes à la longue auch die Emanzipation der Bundesrepublik von der jetzigen NATO-Organisation mit ih-

[101] S. Rusk an diplomatische Missionen, Zirkulartel. 2153, 14. 6. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 203.

[102] S. BA, NL Blankenhorn, Bd. 158a, Bl. 172f., Tb. 18. 6. 1963; PA, B 150, Bd. 8, Blankenhorn an AA, FS Nr. 953, 1. 7. 1963, Verschlüsselt, Geheim; Aufzeichnung Jansen, I A 1 80.00/720I/63, 28. 6. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 684–686.

[103] S. Besuchsprogramm nebst Personenliste der französischen Delegation in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 380–383.

[104] S. PA, B 150, Bd. 8, Unterredung zwischen von Hassel und Messmer vom 4. 7. 1963, II 7–81–33/2843/63, 4. 7. 1963, Geheim; ebd., Arbeitsbesprechung zwischen einer deutschen und einer französischen Delegation vom 4. 7. 1963, I A 3–82.00/94.07/781/63, 6. 8. 1963, Entwurf.

rem rein amerikanischen Oberbefehl, wobei die Übernahme der Eigenverantwortung durch die Bundesregierung natürlich mit der französischen und der amerikanischen Politik abgestimmt sein müsse. Der Kanzler ging darauf nicht ein, wieso sollte er. De Gaulles Visionen mochten bei der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages realistisch wirken; jetzt waren sie utopisch. In gewisser Weise gab ihr Urheber dies sogar selbst zu, als er nach einem Seitenhieb des Kanzlers auf seinen Nachfolger, den er offen als ungeeignet titulierte, das zweistündige Gespräche mit den Worten beendete, die zukünftige deutsche Politik wirke auf ihn wie ein Fragezeichen[105].

Nach einem inoffiziellen Frühstück mit Adenauer auf Schloß Ernich[106] konferierte de Gaulle dort mit dem, der ihm ein Fragezeichen war – Erhard. Und der Verlauf der ursprünglich gar nicht vorgesehenen, dann aber absichtlich ziemlich lange[107] dauernden Unterredung bot kaum Anlaß, seine Besorgnisse zu zerstreuen. Natürlich bekannte sich der designierte Bonner Regierungschef zur deutsch-französischen Verständigung als Basis der europäischen Einigung. Doch entwertete er dies Bekenntnis sofort wieder mit der Bemerkung, er wünsche auch die wirtschaftliche Einigung des ganzen freien Europa und die enge Zusammenarbeit mit den USA. De Gaulle hingegen setzte den Schwerpunkt in Anlehnung an sein Memento auf die Integration der Sechs und die Regelung der Agrarfrage. Erhard sah das ganz anders, betonte auch die Notwendigkeit, die Politische Union Europas trotz der gegenwärtigen Flaute nicht völlig aus dem Blick zu verlieren. Nicht eben vertraut mit der Europapolitik des Generals, meinte er ihm gewissermaßen als Mahnung mit auf den Weg geben zu müssen, daß für eine Konzeption wie ein „Europa der Vaterländer" kein Raum vorhanden sei[108].

Am Nachmittag berichteten die Ressortchefs beider Regierungen dann in einer zweistündigen Plenarsitzung über ihre Einzelbesprechungen. Den Anfang machten die für Jugendfragen zuständigen Bundesminister Heck und Staatssekretär Herzog, die letzte Hand am Vertrag über das „Deutsch-französische Jugendwerk" gelegt hatten. Anschließend informierten der Bevollmächtigte des Bundes für kulturelle Angelegenheiten, Ministerpräsident Kiesinger, und Erziehungsminister Fouchet über die durch den bundesdeutschen Föderalismus hervorgerufenen Probleme bei der Förderung der französischen Sprache an Schulen und Universitäten, woraufhin de Gaulle wenig Verständnis dafür zeigte, daß der Deutschunterricht in Frankreich zu, der Französischunterricht in Deutschland hingegen abnahm. Von größeren Schwierigkeiten berichteten auch die Verteidigungsminister von Hassel und Messmer. Während sie in bezug auf die Strategie beider Armeen und den Personalaustausch zwischen den Truppen sehr weitreichende Übereinstimmungen

[105] S. Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 4. 7. 1963, Z A 5–76.A/63, 9. 7. 1963, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 689–702; Adenauer, Erinnerungen 1959–1963, S. 221–230; Kusterer, Kanzler, S. 341–347; Lucas, Europa, S. 217f. Zu den Kontakten zwischen Smirnow und Kroll s. Aufzeichnungen Kroll, 21. u. 25. 6. 1963, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 644–646 u. 682f.; Kroll, Lebenserinnerungen, S. 582; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 840–846.

[106] Vgl. Bulletin 1963, S. 1037.

[107] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 347; Maillard, De Gaulle, S. 281.

[108] Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 4. 7. 1963, MB 728/63, 11. 7. 1963, in: AAPD 1963, S. 702–705, hier S. 704; vgl. Der Spiegel (1963), Nr. 28, S. 16; Interview Erhards mit dem „Zweiten Deutschen Fernsehen", 4. 7. 1963, im Auszug in: AdG 1963, S. 10679.

erzielt hatten, bestanden auf dem Gebiet der Rüstung aufgrund der verschiedenen industriellen Struktur sowie der internationalen bzw. innenpolitischen Verflechtungen erhebliche Diskrepanzen. Neben zwei erfolgreich abgeschlossenen Projekten, darunter die „Transall", konstatierten sie als Fehlschlag die Entwicklung zweier Panzer. Aus Sorge um ein allmähliches Einschlafen der Kooperation drängten sie dazu, schnell neue Objekte ins Leben zu rufen. Der geschäftsmäßig-sachliche Ton endete abrupt, als de Gaulle – pikiert über von Hassels Kritik an der ohne vorherige Konsultation erfolgten Zurückziehung der französischen Atlantikflotte aus der NATO - der Bundesregierung vorhielt, die Einwilligung zur Mitarbeit an der MLF ebenfalls ohne Absprache gegeben zu haben. Eine solche Gleichsetzung der Verfehlungen wollte Adenauer aber nicht akzeptieren. Daher erinnerte er daran, den USA seine Zusage bereits am 14. 1., also vor der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages erteilt zu haben. Die offizielle Billigung vom 24. 4. überging er geflissentlich. Nach dieser atmosphärischen Störung faßten die Minister für Wirtschaft und Landwirtschaft die am Morgen im Stile einer „Bauernversammlung"[109] geführten Diskussionen zu den anstehenden Marktordnungen in der EWG zusammen, wobei abermals Meinungsunterschiede zutage traten. Gegen 19 Uhr vertagte Adenauer die Sitzung auf den nächsten Vormittag, da der Kabinettssaal für das Abendessen vorbereitet werden mußte[110].

Trotz aller Dissonanzen äußerte sich der Kanzler bei Tisch „sehr zufrieden" über die Tagesbilanz. Ganz auf Harmonie bedacht, nutzte er die Gelegenheit, um in einer sehr launigen Rede auf die Rosen-Metapher des Generals zu sprechen zu kommen. Natürlich attackierte er nicht ihn, sondern die das Bonmot veröffentlichenden Zeitungen, die ganz offensichtlich nichts von der Blumenzucht verstünden. Gewiß hätten die Rosen ihre Zeit, aber seien doch zugleich „die ausdauerndste Pflanze, die wir überhaupt haben". Und deshalb schien ihm der Vergleich der deutsch-französischen Beziehungen mit der Rose durchaus, aber im entgegengesetzten Sinne passend. „Diese Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist wie eine Rose, die immer wieder Blüten bringt, die immer wieder Knospen treibt und wiederum Blüten bringt und die alle Winterhärte glänzend übersteht." Die enge Verbundenheit beider Staaten, so schloß er in ernsterer Diktion mit erneutem Rückgriff auf seinen Metaphernschatz, wirke wie „ein neuer Kraftimpuls"[111]. De Gaulle blieb gar nichts anderes übrig, als das Bild wieder aufzugreifen, ja noch strahlender erscheinen zu lassen. „Notre traité n'est pas une rose, il n'est même pas un rosier, il est une roseraie. [...] une roseraie dure très longtemps quand on le veut et aussi longtemps qu'elle dure, elle fleurit."[112]

Der Ausflug in die Poesie konnte die harten Fakten nicht verdrängen. Wie schnell die Rosen zu verblühen pflegen, zeigte sich am folgenden Morgen in der wieder aufgenommenen Plenarsitzung über die Europapolitik. Schröder beharrte im Sinne seines Synchronisierungsprogramms auf einer zeitlichen Abstimmung

[109] So äußerte sich Pompidou in der Plenarsitzung vom 5. 7. 1963 (AAPD 1963, S. 719).
[110] S. Plenarsitzung vom 4. 7. 1963, I A 1–80.11/925/63, 4. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 709–717; BA, NL Blankenhorn, Bd. 159b, Bl. 57–58, Aufzeichnung Hartig V B/4-f 6900–85/63, 4. 7. 1963, VS-NfD; Kusterer, Kanzler, S. 347f.
[111] Tischrede Adenauers, 4. 7. 1963, in: Bulletin 1963, S. 1050f., hier S. 1050.
[112] Tischrede de Gaulles, 4. 7. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 347–349, hier S. 348.

zwischen der inneren Entwicklung der EWG und deren Außenbeziehungen. De Gaulle aber machte unumwunden klar, daß es ihm vornehmlich um den Gemeinsamen Markt und die Agrarpolitik ging. Damit erregte er sogar bei Adenauer Widerspruch, der den EWG-Vertrag sich nicht in der Regelung der Landwirtschaftsfragen erschöpfen lassen wollte. Schröders Vorschlag, das Verhältnis zwischen den Briten und der Gemeinschaft über die Ständigen Vertreter bei der EWG in Brüssel zu pflegen, schien den Franzosen inakzeptabel. Als Couve de Murville die WEU als Informationsplattform und Kontaktstelle für die sieben Staaten ins Gespräch brachte, reagierten sowohl Schröder als auch Adenauer reserviert. Als sich der Kanzler dann erdreistete, nach dem Sinn dieser Kontakte zu den Briten zu fragen, fuhr ihm Erhard sofort in die Parade. De Gaulle lobte daraufhin dessen Hartnäckigkeit, mahnte aber zur Vorsicht und bemühte sich, die Vorzüge der WEU für die Beziehungen zu Großbritannien aufzuzeigen. Nun aber fühlte sich der Bundeswirtschaftsminister auf den Schlips getreten und meinte gekränkt, er hoffe, de Gaulles Bemerkung sei nicht als Tadel gemeint[113].

Glücklicherweise endete die erste deutsch-französische Regierungskonferenz nach dem Abschluß des Elysée-Vertrages nicht mit dieser Kakophonie der Stimmen, sondern der ebenso symbolträchtigen wie dauerhaften Unterzeichnung des Abkommens über das deutsch-französische Jugendwerk durch die beiden Außenminister vor Presse und Fernsehen[114]. Abgesehen von dieser Blüte wies der im Januar gepflanzte Rosenstock ansonsten noch kaum Knospen auf. Gewiß, die französische Delegation hatte sich bemüht, das offiziell und in der Presse geäußerte Mißvergnügen durch eine konstruktivere Haltung zu ersetzen. Befürchtungen, es könne zu einer Fortsetzung der scharfen Wortwechsel kommen, entpuppten sich als unbegründet. Aber ebenso deutlich hatte sich gezeigt, daß es in den beiden zentralen Fragen, der Europa- und der Sicherheitspolitik, zwischen Bonn und Paris keinen Konsens gab[115]. Daß dieser Befund nicht nur für die Exekutiven, sondern auch für die Legislativen galt, stellte eine fast zeitgleich abgehaltene Konferenz gaullistischer und christdemokratischer Parlamentarier im Schloß „La Celle St. Cloud" unter Beweis[116]. Die Kluft zwischen den außenpolitischen Konzeptionen war dank des gegenseitigen Verständnisses und der Rücksichtnahme zweier alter Männer überbrückt worden. Dies mochten auch Adenauer und de Gaulle denken, als sie weit weniger hochgestimmt als im September 1962 oder im Januar 1963 auf der Fahrt zum Flughafen das Erreichte Revue passieren ließen. Nahen Beobachtern blieb die beiderseitige Enttäuschung nicht verborgen, wobei die Stimmung bei Adenauer gewiß noch dadurch eine Spur gedämpfter ausfiel, weil nun sein letzter großer internationaler Auftritt beendet war. Ob von den jahre-

[113] S. Plenarsitzung vom 5. 7. 1963, I A 1–80.11/925/63, 5. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 718–728; Kusterer, Kanzler, S. 350–354; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 235f., Tb. 7. 7. 1963; Hölscher, Krisenmanagement, S. 41f.

[114] S. Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerkes, 5. 7. 1963, in: BDFD I, S. 988–992; zur Gründungsgeschichte vgl. Plum, Jugend.

[115] Vgl. BA, NL Blankenhorn, Bd. 159b, Bl. 119f., Tb. 8. 7. 1963; Kommuniqué, 6. 7. 1963, in: Bulletin 1963, S. 1045; Interview Schröders mit dem „Westdeutschen Rundfunk", 7. 7. 1963, in: ebd., S. 1059f.

[116] S. Gespräch zwischen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion und der UNR/UDT-Fraktion vom 3./4. 7. 1963, 7. 7. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 795–802.

langen Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung neben dem neuen Jugendwerk „Brauchbares" blieb, mußte sich erst in der Zukunft zeigen[117]. „Der Rausch ist vorbei", titelte, stellvertretend für viele Presseorgane, „Die Welt" am 6. 7.[118]. Wie bescheiden man geworden war, verdeutlichte ein Kommentar des ehemaligen französischen Botschafters François-Poncet, der den Wert der Bonner Begegnung vor allem darin sah, daß das Gebäude der beiderseitigen Beziehungen trotz aller Risse nicht dauerhaft beschädigt worden sei[119]. Konnte nicht auch eine „Freundschaft ohne Illusionen" von Dauer sein[120]?

Aus Sicht der sich auf den Machtwechsel in Bonn vorbereitenden neuen Riege ging es jetzt vor allem darum, de Gaulle zu mehr Rücksicht auf die deutschen Wünsche zu ermahnen, um das „ungleichgewichtige" Partnerschaftsverhältnis besser austarieren zu können[121]. Auch im Quai d'Orsay gab es Stimmen, etwa die von Laloy, die den Ausgleich wünschten und die so empfundene „Isolierung" Frankreichs stark bedauerten[122].

„Le mythe du traité franco-allemand est mort"

Daß diese Isolierung letztlich eine von de Gaulle betriebene Auskreisung war, manifestierte sich vor allem bei den jetzt auf Anregung Kennedys fortgesetzten Verhandlungen über ein atomares Teststopp-Abkommen[123]. Nachdem die seit Jahren geführten Gespräche über ein Verbot nuklearer Versuchsexplosionen im März 1963 in eine Sackgasse geraten waren, hatten die Angelsachsen den Sowjets den Vorschlag unterbreitet, sich in trilateralen Verhandlungen auf den Abschluß eines Teststopp-Abkommens als Auftakt zu weiterreichenden Rüstungskontrollgesprächen zu konzentrieren[124]. Am 2. 7. nahm Chruschtschow diesen Gedanken auf, empfahl seinerseits ein Teilteststopp-Abkommen in der Atmosphäre, im Weltraum sowie unter Wasser und verband dies mit der Forderung nach einem Nichtangriffspakt zwischen beiden Sicherheitssystemen[125].

Am Rhein wurde rasch erkannt, daß mit dieser von Kennedy bereits am 3. 7. schriftlich an Adenauer mitgeteilten[126] Wende in der sowjetischen Haltung Ungemach für die deutsche Politik drohte. Durch den Verzicht auf die Einbeziehung

[117] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 237.
[118] Artikel Schröders, in: „Die Welt", 6. 7. 1963; s.a. Artikel Trautmanns, in: „Der Volkswirt", 12. 7. 1963, in: BDFD III, S. 803–806.
[119] Vgl. Bauer, Beziehungen, S. 202.
[120] Artikel Schröders, in: „Die Welt", 6. 7. 1963.
[121] BA, NL Blankenhorn, Bd. 159b, Bl. 119f., Tb. 8. 7. 1963.
[122] Blankenhorn an Schröder, MB 2042/63, 10. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 735–737, hier S. 735; BA, NL Blankenhorn, Bd. 159b, Bl. 115–117, Tb. 10. 7. 1963.
[123] S. Rede Kennedys in Washington, 10. 6. 1963, in: Kennedy, Glanz, S. 97–103; Knappstein an Schröder, FS Nr. 1714, 18. 6. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 638f.; Beschloss, Powergame, S. 588–591.
[124] Vgl. die Dokumente in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, passim; s.a. Macmillan, End, S. 456–475; Rusk, As I saw it, S. 255; Haftendorn, Sicherheit, S. 618–621; Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 505–512; Lamb, Macmillan Years, S. 362f.; Pautsch, Sog, S. 119f.; Vaïsse, La France et le traité de Moscou, S. 41–50.
[125] S. Rede Chruschtschows in Ost-Berlin, 2. 7. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 490–507; Pautsch, Sog, S. 121.
[126] S. Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Rusk an Bonn, Tel. 39, 3. 7. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, S. 764f.

der unterirdischen Versuche entfiel nämlich der Streitpunkt der Inspektionen. Implizit stieg die Chance eines Verhandlungserfolgs, der für Bonn höchst unerwünschte Konsequenzen zeitigen konnte. Zum einen bestand die Gefahr, daß Washington seine bisher ablehnende Haltung in der Frage des Nichtangriffsabkommens überdachte und damit zu einer erheblichen Aufwertung Ost-Berlins als einem der Vertragspartner beitrüge[127]. Zum anderen schoben die USA mit der sich rasch verbessernden Aussicht auf einen Vertragsabschluß die MLF mehr und mehr auf die lange Bank, weil sie dem Ziel der Eindämmung der Nuklearproliferation zuwiderlief[128].

So war es nur zu verständlich, daß die am 15. 7. von den drei Mächten in Moskau aufgenommenen Verhandlungen[129] in den nächsten Wochen ganz in den Mittelpunkt der Adenauerschen Außenpolitik gerieten, während er sich den europäischen Fragen „nur noch am Rande" widmete[130]. Zunächst beherrschte die Furcht vor einem Junktim zwischen dem Nichtangriffspakt und dem Teststopp-Abkommen die Bonner Szene; seine deutschlandpolitischen Implikationen wurden hingegen am Rhein nicht sofort erkannt, da man eine etwaige Vereinbarung nur für die Atommächte als bindend ansah[131], wohl auch, weil der Bundesregierung wichtige Aspekte des angestrebten Übereinkommens lange Zeit verborgen blieben. Dazu gehörte neben der Aufgabe des Gedankens an einen unterirdischen Teststopp vor allem der Beschluß, alle drei Verhandlungspartner als Depositarmächte des Kontraktes anzuerkennen. Dies hatte für die Unterzeichner den Vorteil, möglichst viele Staaten auf den Inhalt verpflichten zu können, wobei die Sowjets wohl vornehmlich China, die Angelsachsen aber Frankreich und die Bundesrepublik im Blick hatten[132].

Erst zwei Tage vor der Paraphierung des Abkommens vom 25. 7.[133] ging Adenauer ein Schreiben Kennedys zu, in dem der Präsident sein Interesse an einer frühzeitigen Mitunterzeichnung durch die Bundesrepublik bekundete[134], ein Interesse, das ganz offensichtlich aus der weiterhin vorhandenen Sorge um eine nukleare Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris genährt wurde[135]. Die Bundesregierung wurde von dieser Absicht völlig überrascht[136]. Adenauer reagierte sehr zurückhaltend, zumal Kennedy es unterlassen hatte, ihm den Wortlaut des Vertrags vorzulegen[137]. Nach vagen Andeutungen über die Bereitschaft, dem Ge-

[127] S. Krapf an Carstens, Aufzeichnung II 8-82.07/2815/63, 3. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 687–689; zur Haltung der Bundesregierung vgl. ausführlich Pautsch, Sog.

[128] S. Bundy an Kennedy, Memorandum, 15. 6. 1963, Secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 592–595; ders. an Rusk, Memorandum, 11. 7. 1963, Secret, in: ebd., S. 603 f.; Conze, Herausforderung, S. 283; Costigliola, Pursuit, S. 52; Hoppe, Teilhabe, S. 143 f.; Schertz, Deutschlandpolitik, S. 223 f.

[129] S. die Dokumente in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, S. 768–777, 779–790, 796–851 u. 853–863; Carstens an Schröder, Vermerk St.S 1216/63, 16. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 756 f.; Macmillan, End, S. 476–485; Beschloss, Powergame, S. 613–619.

[130] Hölscher, Krisenmanagement, S. 43.

[131] S. Schröder an Rusk, MB 1690/63, 8. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 730–732.

[132] Vgl. Beschloss, Powergame, S. 618 f.; Pautsch, Sog, S. 123 f.

[133] S. Kommuniqué über die Drei-Mächte-Verhandlungen, 25. 7. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 578.

[134] Vgl. AAPD 1963, S. 776, Anm. 3; Pautsch, Sog, S. 124.

[135] Vgl. ebd., S. 149 f.

[136] S. Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 2536 Plurex, 2. 8. 1963, Citissime, in: AAPD 1963, S. 884 f.

[137] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 240 f., Tb. 23. 7. 1963.

such zu folgen, bat er den Präsidenten in seiner Antwort lediglich darum, die Gefahr einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die vorgesehene Beitrittsklausel auszuschließen. Dies schien ihm nicht nur aus deutschlandpolitischen Erwägungen, sondern auch aus der Überlegung wichtig, „daß für Frankreich die Fassung der Beitrittsklausel von Bedeutung sein würde“[138]. Wieso fügte der Kanzler diesen unvermittelten Hinweis auf Frankreich ein? Doch wohl aus der Überlegung, mit ihm seiner Argumentation mehr Gewicht zu verleihen, aber wahrscheinlich auch, weil er den Beitritt zum Teststopp-Abkommen wohl für unvermeidbar hielt, ihn dann aber möglichst mit dem Partner durchführen wollte, der seinerseits gewiß nur dann zu diesem Schritt bereit wäre, wenn die Force de frappe nicht in Frage gestellt würde[139].

Die USA dachten aber nicht daran, der deutschen Bitte zu entsprechen, zielten sie doch gerade darauf ab, alle Regierungen und Behörden inklusive der DDR in den Vertrag aufzunehmen, wobei die Unterzeichnung eines multilateralen Abkommens nicht notwendigerweise die Anerkennung der Signatarstaaten implizierte[140]. Washington stellte die eigenen rüstungspolitischen Ziele ganz offensichtlich über jahrelang gültige deutschlandpolitische Maximen. Der hegemoniale Umgang mit dem eigenen Verbündeten wurde Bonn schmerzhaft deutlich, als man den Text des Abkommens erst einen Tag nach der Paraphierung und dann auch noch durch die Presse erfuhr[141]. Erst jetzt wurde dem Auswärtigen Amt von amerikanischer Seite auch eine Interpretation der Beitrittsbestimmungen übergeben, nach der die drei Signatarstaaten als Depositarmächte fungierten und alle drei die Beitrittsurkunde eines anderen Staates zurückweisen konnten, wodurch eine bindende Übereinkunft zwischen ihnen und den von ihnen anerkannten Vertragsparteien entstanden[142].

Während Adenauer nun keinen Zweifel daran ließ, daß er das Abkommen strikt ablehnte und als einen Triumph Chruschtschows auffaßte[143], gar mit Rücktritt drohte[144], stellte das Auswärtige Amt die Mitunterzeichnung nach dem Inkrafttreten des Abkommens in Aussicht, sofern die Anerkennung der DDR vermieden würde[145]. Damit drohte der Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ erneut aufzubrechen. In der Kabinettssitzung am 31. 7. sprach sich Schröder für den

[138] Adenauer an Kennedy, St.S. 671/63, 24. 7. 1963, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 776f., hier S. 777.

[139] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 847.

[140] Vgl. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 1270/63, 24. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 778f.

[141] S. Unterredung zwischen Schröder und Bundy vom 20. 9. 1963, Z A 5–103.A/63, 20. 9. 1963, Geheim, in: ebd., S. 1151.

[142] S. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 1304/63, 26. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 789f.

[143] S. Unterredung zwischen Adenauer und Nixon vom 26. 7. 1963, Z A 5–82.A/63, 26. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 782–788; Unterredung zwischen dems. und McNamara vom 31. 7. 1963, Z A 5–84.A/63, 31. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 853–865; Osterheld, „Ich gehe ...“, S. 243f.; Pautsch, Sog, S. 128f.; Köhler, Adenauer, S. 1214–1216; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 846–848.

[144] Vgl. Krone, Aufzeichnungen, S. 179, Tb. 13. 8. 1963; Osterheld, „Ich gehe ...“, S. 252, Tb. 12. 8. 1963; Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 449, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich; Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 9. 1963, Z A 5–100.A/63, 21. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1200.

[145] S. Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 2482 Plurex, 26. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 790–792; Schröder an Rusk, St.S. 1321/63, 29. 7. 1963, Geheim, in: ebd., S. 809f.; Carstens an diplomatische Vertretungen, FS Nr. 2053 Plurex, 30. 7. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 847f.

Beitritt aus, wohingegen Adenauer größte Bedenken äußerte und immerhin durchsetzte, daß man ohne Beschlußfassung auseinanderging[146]. Für die strikten Gegner des Vertrags, neben dem Kanzler auch von Brentano, Krone und Strauß, ging es vornehmlich darum, die unzumutbaren deutschlandpolitischen Zugeständnisse und eine weitere Einschränkung der nuklearpolitischen Optionen abzuwehren[147]. Demgegenüber wurde das Abkommen von den „Atlantikern" in der Union, aber auch vom Koalitionspartner FDP und der SPD-Opposition begrüßt oder doch zumindest einer Selbstisolierung vorgezogen[148]. Daneben gab es in Bonn indes auch jene ratlosen oder doch zumindest unsicheren Politiker wie den FDP-Abgeordneten Margulies, für die beide Wege deutscher Außenpolitik kein Königsweg waren. Die von Adenauer gewünschte Fortsetzung des integrierten Kleineuropa unter französischer Führung ließ seines Erachtens eine eingeengte, aber einigermaßen sichere Position erwarten, während die Alternative, die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den USA unter breiterer europäischer Zusammenarbeit größere Chancen zur Durchsetzung eigener politischer Ziele bot, aber für die Deutschen mit dem Risiko behaftet schien, vor dem Hintergrund fortschreitender Entspannung für die Amerikaner „eines Tages völlig uninteressant zu sein"[149].

Da aber auch die Gegner des Teststopp-Abkommens angesichts der nach dessen Unterzeichnung am 5. 8.[150] forcierten amerikanischen Pressionen[151] keinerlei praktikable Alternative sahen, stimmte das Kabinett trotz des französischen Ratschlags, es bei einer Absichtserklärung zu belassen[152], dem Beitritt nach intensiven Verhandlungen mit den Angelsachsen[153] am 16. 8. doch zu[154]. Die bereits am 8. 8. vollzogene Signatur der DDR vermochte die Bundesrepublik nicht zu verhindern. Die USA und Großbritannien waren lediglich dazu bereit, offiziell zu erklären, es gäbe zwischen ihnen und der DDR keinerlei Vertragsbeziehungen[155].

[146] Vgl. Adenauer an von Brentano, 31. 7. 1963, Streng vertraulich, in: AAPD 1963, S. 866f.; Krone, Aufzeichnungen, S. 177, Tb. 31. 7. 1963; Pressekonferenz von Hases, 31. 7. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 579–585; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 242f.; Grabbe, Unionsparteien, S. 346; Haftendorn, Sicherheit, S. 624f.; Pautsch, Sog, S. 130.

[147] Vgl. von Brentano an Adenauer, 28. 7. 1963, Persönlich, in: AAPD 1963, S. 806–808; Krone, Aufzeichnungen, S. 177, Tb. 31. 7. 1963; Hoppe, Teilhabe, S. 146f.

[148] S. Erklärung Erlers in der Sitzung der SPD-Fraktion vom 11. 6. 1963, in: Potthoff (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1961–1963, S. 307; AsD, NL Erler, Bd. 197, Erler an Noack, 9. 10. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 815f.; Erklärung Mendes in der Sitzung des FDP-Bundesvorstands, 26. 9. 1963, in: Schiffers (Bearb.), Sitzungsprotokolle 1960–1967, S. 537f.; Brandt, Begegnungen, S. 77f.; Hoppe, Teilhabe, S. 148; Pautsch, Sog, S. 131; Wilker, Sicherheitspolitik, S. 193–196.

[149] Margulies an Maier, 5. 8. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 692f., hier S. 693.

[150] S. „Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser", 5. 8. 1963, in: EA 1963, S. D407f.

[151] S. Lilienfeld an Schröder, FS Nr. 2114, 27. 7. 1963, Citissime mit Vorrang, Geheim, in: AAPD 1963, S. 802–804; Unterredung zwischen Schröder und McGhee vom 3. 8. 1963, Z A 5–87.A/63, 3. 8. 1963, Geheim, in: ebd., S. 905–909; Kennedy an Adenauer, mitgeteilt in: Ball an Dowling, Tel. 374, 6. 8. 1963, in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, S. 870–872; Pautsch, Sog, S. 149.

[152] S. Knoke an AA, FS Nr. 1074, 29. 7. 1963, Geheim, Citissime, in: AAPD 1963, S. 816f.; Blankenhorn an AA, FS Nr. 1092, 2. 8. 1963, Geheim, in: ebd., S. 887f.

[153] Vgl. Osterheld, „Ich gehe ...", S. 246–252; Grabbe, Unionsparteien, S. 346f.; Haftendorn, Sicherheit, S. 625–628; Pautsch, Sog, S. 131–146.

[154] S. Schröder an Rusk, St.S. 1494[I]/63, 17. 8. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1039–1041; Bulletin 1963, S. 1281. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte am 19. 8. 1963 (ebd., S. 1289). Vgl. Haftendorn, Sicherheit, S. 628–632; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 848–850.

[155] S. Erklärung des Dep. of State, 2. 8. 1963, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 9, S. 605f.; Erklärung des

Pfleglicher als mit den Deutschen gingen die Angelsachsen mit den Franzosen um. Vor dem Hintergrund einer für den 29. 7. angekündigten Pressekonferenz de Gaulles übermittelten Macmillan und Kennedy ihm aus Sorge vor einer Wiederholung des Desasters vom 14. 1. nicht nur das Angebot, in direkten Gesprächen die durch das Abkommen aufgeworfenen Probleme zu erörtern[156]. Sie versuchten auch, ihm den Beitritt durch die „Weitergabe des atomaren ‚know-how'" schmackhaft zu machen[157]. Obwohl einzelne Beamte im Quai d'Orsay aus zunehmendem Verdruß über den Eigensinn des Präsidenten einen solchen Handel wohl gerne abgeschlossen hätten[158], gab de Gaulle am 29. 7. klar zu verstehen, daß er das Abkommen weder zu unterzeichnen noch ihm beizutreten gedachte, weil er nicht einsah, warum die Angelsachsen ihr Nuklearpotential behielten, die im Aufbau befindliche Force de frappe aber sterben sollte[159]. Erst wenn die Atommächte sich über Rüstungskontrollmaßnahmen hinaus zu echten Abrüstungsschritten durchrängen, so erklärte Couve de Murville vor der Außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung, sei Frankreich dazu bereit, seine eigenen Atomversuche einzustellen[160].

De Gaulles Absage entsprach also seinen seit Jahren gültigen rüstungspolitischen Prinzipien: Nur eine kontrollierte und nichtdiskriminierende nukleare Abrüstung war für ihn akzeptabel[161]. Sie hing aber auch mit deutschlandpolitischen Überlegungen zusammen. In seiner Replik an Kennedy und Macmillan wies er die angelsächsischen Angebote mit dem Argument zurück, er dächte nicht daran, sich einem etwaigen Nichtangriffspakt anzuschließen, der die europäische Teilung und die „fiction d'une République démocratique allemande'" festige[162].

Während im badischen Neuenburg die Freigabe einer neuen Rheinbrücke für den Straßenverkehr von den Regierungen als Erfolg der deutsch-französischen Zusammenarbeit gefeiert wurde[163], schien der Bau politischer ‚Brücken', der politische Verkehr zwischen Bonn und Paris, eher lahmgelegt. De Gaulles Erklärungen führten am Rhein in doppelter Hinsicht zu Verdruß: formell, weil sie wieder einmal ohne vorherige Konsultation abgegeben worden waren, und inhaltlich, weil sie die außenpolitische Kluft zwischen beiden Staaten abermals deutlich werden ließen. Dabei stieß sich die Bundesregierung nicht nur an der Haltung des

Foreign Office, 3. 8. 1963, in: ebd., S. 607f.; Rusk an Dep. of State, Tel. Secto 59, 10. 8. 1963, Secret, Priority, in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, S. 873–876; Carstens an Schröder, Vermerk St.S 1433/63, 12. 8. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 989; Pautsch, Sog, S. 133 u. 147f.

156 S. Kennedy an de Gaulle, 25. 7. 1963, Top secret, in: FRUS 1961–1963, Bd. 7, S. 851–853.

157 Knoke an Schröder, FS Nr. 1068, 27. 7. 1963, Citissime, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 805f., hier S. 805; s.a. Thierfelder an AA, FS Nr. 659, 25. 7. 1963, Citissime, Geheim, in: ebd., S. 780f.; Beschloss, Powergame, S. 619; Pautsch, Sog, S. 127 u. 150; Vaïsse, La France et le traité de Moscou, S. 51.

158 S. Knoke an Schröder, FS Nr. 1068, 27. 7. 1963, Citissime, Streng geheim, in: AAPD 1963, S. 805f.

159 S. Pressekonferenz de Gaulles, 29. 7. 1963, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 125–127; auszugsweise deutsche Übersetzung in: EA 1963, S. D408-D416; s.a. Alphand, L'étonnement d'être, S. 399f., Tb. 31. 7. 1963; Vaïsse, La France et le traité de Moscou, S. 51f.

160 Vgl. AdG 1963, S. 10720f.

161 Vgl. Goldschmidt, Position, S. 114–118; Colard/Guilhaudis, De Gaulle, S. 110–114.

162 De Gaulle an Kennedy, 4. 8. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 356–358, hier S. 357; s.a. ders. an Macmillan, 4. 8. 1963, in: ebd., S. 355f.; PA, B 150, Bd. 10, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1109, 7. 8. 1963, Citissime, Streng geheim; Goldschmidt, Position, S. 116; Lucas, Europa, S. 215f.

163 S. Ansprache Seebohms zur Eröffnung der Rheinbrücke bei Neuenburg, 17. 8. 1963, in: Bulletin 1963, S. 1297f.

Präsidenten gegenüber dem Teststopp-Abkommen. Auch sein kategorisches Nein zum Nichtangriffspakt paßte ihr ungeachtet aller Übereinstimmung in der Sache nicht. Denn sie hatte aus den letzten Wochen die Lehre gezogen, die amerikanische Politik nur beeinflussen zu können, wenn man sich aktiv in die Verhandlungen und Diskussionen einschaltete. Sollte das Nichtangriffsabkommen im Sog der Entspannungsbemühungen der Supermächte ebenso wenig zu vermeiden sein wie das Teststopp-Abkommen, dann war es aus der Bonner Sicht eben allemal besser mitzumischen und nicht einfach nein zu sagen[164]. Dies entsprach im übrigen auch der Haltung der SPD-Opposition, die ihre Aufgabe darin sah, den „westlichen Vormann" USA nicht „mit übertriebenem Mißtrauen zu quälen", sondern ihm beim Gespräch mit der östlichen Vormacht „hilfreich zur Seite zu stehen"[165].

In Paris wurden die Dinge aber anders gesehen. Weder der Präsident noch der Außenminister wollte etwas von einem Nichtsangriffsabkommen wissen[166]. Allzu einseitig lagen ihrer Meinung nach die Vorteile der Verträge auf der Seite der Supermächte. Für die Sowjetunion bedeuteten sie die Bestätigung von Jalta und einen weiteren Schritt zur Anerkennung der DDR, für die USA finanzpolitische Begünstigungen. Für Europa hingegen bestand die Gefahr des Disengagement, schließlich der Neutralisierung Deutschlands als Vorstufe zur Neutralisierung des westlichen Subkontinents. Natürlich war auch de Gaulle im Prinzip für die Entspannung zwischen den Blöcken. Doch von der Realisierung der von ihm wenige Monate zuvor aufgezeichneten Vision der Détente, Entente, ja Kooperation mit der Sowjetunion sah er sich noch meilenweit entfernt. Dazu bedurfte es zunächst einer Veränderung der Moskauer Politik. Doch niemand wollte dies offenbar im westlichen Lager erkennen, nicht einmal die Bonner Führung, mit der er Mitte August gegenüber Alphand hart ins Gericht ging. Die Bundesrepublik, so meinte der General mit beißender Kritik, „a les reins cassés; ses politiciens sont encore inférieurs à ceux qui sévissaient en France sous la IVe République; ils ne savent où aller mais en définitive se rallient à tous les accords passés entre Soviétiques et Américains."[167]

Mag sich das Teststopp-Abkommen auch aus der historischen Rückschau lediglich als „recht spontane[r] Ausdruck einer, allerdings begrenzten, Entspannungsbereitschaft" der Supermächte ausnehmen[168], so stand der General mit seiner Einschätzung über den für Europa drohenden Schaden keineswegs allein. In Bonn fühlten sich die Kritiker des Abkommens nicht minder an Versailles oder Jalta erinnert[169]. Adenauer tat sich denn auch sichtlich schwer, de Gaulles Verstimmung über den neuerlichen Sieg der deutschen „Atlantiker" zu kalmieren. Er habe sich, so schrieb er ihm am 14. 8., zur Billigung durchgerungen, nachdem diverse Gespräche mit amerikanischen Politikern und Diplomaten ein „befriedigen-

[164] S. Carstens an Paris, FS Nr. 2579 Plurex, 6. 8. 1963, Citissime, Geheim, in: AAPD 1963, S. 939f.; Schröder an NATO-Vertretung Paris, FS Nr. 2710 Plurex, 17. 8. 1963, Geheim, in: ebd., S. 1041f.

[165] AsD, NL Erler, Bd. 197, Erler an Noack, 9. 10. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 815.

[166] S. PA, B 150, Bd. 10, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1110, 8. 8. 1963, Geheim, im Auszug in: AAPD 1963, S. 940, Anm. 7; Alphand, L'étonnement d'être, S. 400, Tb. 9. 8. 1963.

[167] Unterredung zwischen de Gaulle und Alphand vom 20. 8. 1963, in: ebd., S. 401–405, hier S. 402.

[168] Pautsch, Sog, S. 151.

[169] S. Krone, Aufzeichnungen, S. 178, Tb. 4. u. 6. 8. 1963; Conze, Herausforderung, S. 288f.; Pautsch, Sog, S. 151.

des Ergebnis" erzielt hätten. Nun ersuche er ihn um Unterstützung für die kommenden Beratungen über den Nichtangriffspakt in der NATO. „Ich glaube Kennedy, aber nicht allen seinen Beratern."[170] Für den Kanzler galt gewiß jene Stimmung, die „Le Monde" irrtümlicherweise auf die gesamte Bundesregierung übertrug: „Une confiance soupçonneuse" gegenüber den USA; in Washington ständig neue Sicherheitsbeweise verlangend und notfalls bereit, sich Paris anzuschließen[171].

Wenn der Kanzler nun den Beistand des Generals suchte, so hatte das nicht nur den Grund, sich mit seiner Hilfe vor neuerlichen unliebsamen Überraschungen von seiten der USA zu schützen. Ihm ging es noch um etwas anderes – um die Festigung der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft. Je mehr die Amerikaner zu erkennen gaben, daß die MLF für sie an Bedeutung verlor, und den Deutschen damit drohte, „den letzten Zeitpunkt zu verpassen, zu dem eine Beteiligung am Besitz und Gebrauch nuklearer Waffen möglich war"[172], desto offensiver bemühte sich Adenauer um das französische Nuklearpotential. Einen Tag nach dem Schreiben an de Gaulle überraschte er Journalisten mit einem bemerkenswert klaren Plädoyer für die Force de frappe[173] und bekundete Interesse an einer europäischen Atomstreitmacht[174]. Daß er damit abermals den Unmut der Amerikaner entfachte, störte ihn offenbar wenig – im Gegenteil. Osterheld hatte nämlich inzwischen von Knappstein erfahren, daß sich in den USA nicht zuletzt wegen des Elysée-Vertrages die Tendenz entwickelte, freundlich zu den Deutschen zu sein. Sie waren ja nicht nur wegen ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu mächtigen Partnern, sondern durch den Vertrag mit den Franzosen „geradezu begehrenswert" geworden. „Man mußte sie umwerben und nett zu ihnen sein"[175]. Daß die Amerikaner weder beim Teststopp-Abkommen noch in bezug auf die nukleare Mitsprache im Bündnis etwas von dieser Nettigkeit hatten spüren lassen, wurde geflissentlich übergangen. „Ein Volk und ein Land in so schwieriger Lage wie wir", hörte das Kabinett von Adenauer in diesen Wochen, „muß es darauf ankommen lassen, daß sich andere über uns ärgern. Man braucht uns. Frankreichs Kurswert ist durch die Vertretung seiner Interessen nur gestiegen."[176] Hatte der Präsident, so kleidete der Kanzler auf Abruf diese Gedanken nun im Teegespräch in seine bildhafte Sprache, mit seinem Starrsinn bei den USA nicht größere Konzessionen erhalten, „als wenn er immer nur wie ein dressierter Hund Männchen macht?"[177] Die Botschaft klang unmißverständlich: Pochen auf Eigenständigkeit gegenüber den Amerikanern und Buhlen um die Gunst der Franzosen. „Wir müssen unser Verhalten zu Frankreich aktivieren", notierte Krone am 18. 8. in seinem Tagebuch[178].

[170] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 14. 8. 1963.
[171] „Le Monde", 13. 8. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 806 f., hier S. 806.
[172] Aufzeichnung Grewe, 20-08-2/3248/63, 26. 7. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 793–801, hier S. 801. Zur weiteren Entwicklung der MLF-Diskussion, die 1966 mit dem Einschläfern des Projektes endete, vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 123–370; Hoppe, Teilhabe, S. 151–369.
[173] S. Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 434, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich.
[174] Vgl. Marcowitz, Option, S. 129 f.
[175] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Knappstein an Jansen, 7. 1. 1964.
[176] Zitiert nach: Osterheld, „Ich gehe ...", S. 243, Tb. 31. 7. 1963.
[177] Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 434, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich.
[178] Krone, Aufzeichnungen, S. 181, Tb. 18. 8. 1963.

Die Rahmenbedingungen waren freilich nicht eben günstig. Trotz allen Bemühens, offiziell Verständnis für den deutschen Entschluß zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens zu bekunden[179], ließ Paris unverkennbare Anzeichen von „Verbitterung" und Müdigkeit erkennen[180]. De Gaulle wußte seit der Verabschiedung der Präambel zum Ratifikationsgesetz des Elysée-Vertrages nur zu gut, daß die Position Adenauers in Bonn nicht mehrheitsfähig war. Die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens hatte ihm diesen Umstand erneut schmerzhaft vor Augen geführt, wobei diesmal selbst der Kanzler sich nach anfänglichem Widerstand auf die Seite der „Atlantiker" geschlagen hatte. In der französischen Presse sprach man bereits von der Liquidation des Freundschaftsabkommens und dem Ende des karolingischen Traumes: „Le mythe du traité franco-allemand est mort."[181] Deutsche Kommentatoren warfen die Frage auf, wie lange de Gaulle noch die Rolle des getreuen Eckart zu spielen bereit sei, hinter dessen Schild sich die Deutschen in den Auseinandersetzungen mit den Amerikanern zunächst versteckten, um dann mit wehenden Fahnen zu ihnen überzulaufen[182].

Mitte August unternahm die Bundesregierung einen neuen, diesmal von Schröder gestarteten Anlauf, mit den Franzosen eine möglichst einheitliche westeuropäisch-kontinentale Linie gegenüber der anglo-amerikanischen Entspannungspolitik aufzubauen[183]. Denn die „Selbstisolierung" mochte aus französischer Sicht durchaus von Vorteil sein, aus der deutschen Perspektive galt sie mit Blick auf die westliche Einheit als höchst bedenklich[184]. De Gaulle ging darauf aber nicht ein. Anders als Adenauer es ihm gegenüber dargestellt hatte, empfand er die amerikanischen Zusicherungen höchst unbefriedigend, unterstellte Kennedy vielmehr die Absicht zur Hegemonie und zum Disengagement, fragte sich, ob es Frankreichs Schicksal sei, zur großen Schweiz zu werden oder mit seinen Partnern Europa zu bauen[185]. In einem persönlichen Schreiben mahnte er den Kanzler am 23. 8. eindringlich zur Vorsicht gegenüber der angelsächsischen Entspannungspolitik, sah er doch die vitalen Interessen Deutschlands, Frankreichs und ganz Europas bedroht. Einem bilateralen Dialog wollte er sich nicht entziehen, der Bitte um Unterstützung in der NATO wich er aber erneut aus[186].

Die Unzugänglichkeit des Generals hing gewiß auch damit zusammen, daß den Bestrebungen der Bundesrepublik die innere Kohärenz und Überzeugungskraft fehlte, wie sich in diesen Tagen anhand des deutsch-amerikanischen „Memorandum of Understanding" über die „Erarbeitung eines Systems für die Kriegsvorsorgeunterstützung" nachweisen ließ[187]. War es für die Franzosen schon höchst bedauerlich, von diesem Logistikabkommen erst Wochen später, dann auch nur in Teilen und von den Amerikanern erfahren zu müssen, galt es geradezu als Sakri-

[179] S. „La Nation", 21. 8. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 811 f.
[180] Artikel Horlacher, in: „Stuttgarter Zeitung", 14. 8. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 808 f., hier S. 808.
[181] Artikel Hermanns, in: „Libération", 20. 8. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 809–811, hier S. 811.
[182] S. Artikel Horlacher, in: „Stuttgarter Zeitung", 14. 8. 1963, im Auszug auch in: BDFD III, S. 808 f.
[183] S. Schröder an Couve de Murville, MB 2196/63, 15. 8. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1029 f.
[184] PA, B 150, Bd. 11, Aufzeichnung Blankenhorn, 14. 8. 1963, Geheim.
[185] S. Alphand, L'étonnement d'être, S. 406 f., Tb. 23. u. 26. 8. 1963.
[186] S. de Gaulle an Adenauer, 23. 8. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 363 f.
[187] S. PA, B 150, Bd. 9, „Memorandum of Understanding", 1. 8. 1963, Geheim.

leg, als die USA den – falschen – Eindruck erweckten, mit dem Abkommen auch die beabsichtigte Reorganisation der eigenen Nachschublinie in Frankreich abwickeln zu wollen[188]. Frankreich machte daraufhin nicht nur ein „moralisches Anrecht" auf vorherige Unterrichtung durch die Bundesrepublik geltend[189]; es stellte auch klar, weder eine Anwendung dieses Arrangements auf französischem Territorium zuzulassen noch Deutschen oder Amerikanern zusätzliche logistische Rechte abzutreten[190]. Niemals, so entrüstete sich Couve de Murville gegenüber Schröder, würde Frankreich es wagen, mit den USA eine Vereinbarung einzugehen, die das deutsche Hoheitsgebiet berühre[191].

Im Auswärtigen Amt wurden die Klagen über die mangelnde Unterrichtung als durchaus berechtigt anerkannt; die reservierte Informationspolitik des tonangebenden Bundesverteidigungsministeriums und des Pentagon hatte aber offenbar keine Möglichkeit geboten, der Konsultationspflicht besser nachzukommen[192]. Man gab intern auch zu, im Rahmen des Abkommens die in Frankreich liegenden amerikanischen Einrichtungen sehr wohl vermehrt nutzen zu wollen[193]. Als Schröder Mitte September anläßlich der im Elysée-Vertrag vorgesehenen regelmäßigen Treffen mit Couve de Murville in Paris konferierte, entschuldigte er sich gewissermaßen auf dessen Vorhaltungen für das Verhalten der Ermekeilstraße und kündigte an, die Federführung für derartige Angelegenheiten demnächst selbst zu übernehmen[194]. Besorgt über ein Ausgreifen der „Krise" in der militärischen Zusammenarbeit auf andere Felder der Kooperation und in Anbetracht der in logistischer Hinsicht weitgehenden deutschen Abhängigkeit von Frankreich bemühte sich die Bundesregierung mit Vehemenz um Kalmierung[195]. Tatsächlich wich nach etlichen Wochen die durch das Gefühl des Übergangenseins emotional aufgeladene französische Einstellung zum deutsch-amerikanischen Logistikabkommen einer nüchterneren Beurteilung[196]. Die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen beiden Regierungen in Grundfragen der Außenpolitik waren damit freilich nicht behoben[197].

Aus der französischen Sicht zeichnete weniger die deutsche als vielmehr die amerikanische Regierung für diese Diskrepanzen verantwortlich, weil sie offenbar

[188] Vgl. ebd., Bd. 12, Unterredung zwischen Jansen und Lucet vom 11. 9. 1963, I A 1–80.11/1119/63, Geheim; Reinkemeyer an Carstens, Aufzeichnung II 7–81–02–6/91.36/4399/63, 12. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1103–1105; Blankenhorn an Schröder, Aufzeichnung Pol I A 3–83.00, 21. 10. 1963, in: ebd., S. 1357, im Auszug auch in: BDFD I, S. 1001 f.

[189] PA, B 150, Bd. 12, Blankenhorn an AA, FS Nr. 1236, 9. 9. 1963, Verschlüsselt, Geheim.

[190] S. de Gaulle an Pompidou, Couve de Murville, Messmer, Maillard u. Gauthier, 11. 9. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 371; PA, B 150, Bd. 13, Blankenhorn an Schröder u. Carstens, FS Nr. 1292, 20. 9. 1963, Verschlüsselt, Geheim.

[191] Vgl. AAPD 1963, S. 1105, Anm. 14.

[192] Vgl. Reinkemeyer an Carstens, Aufzeichnung II 7–81–02–6/91.36/4399/63, 12. 9. 1963, Geheim, in: ebd., S. 1103–1105.

[193] S. PA, B 150, Bd. 12, ders. an Paris, Tel. AZ II 7–81–24–1/91.36/4425/63, 13. 9. 1963, Geheim.

[194] Vgl. AAPD 1963, S. 1105, Anm. 14.

[195] S. PA, B 150, Bd. 14, Jansen an Krapf, I A 1–80.11/1182/63, 4. 10. 1963, Geheim; ebd., von Hassel an Messmer, Fü B III 8 Tgb.Nr. 5489/63, 5. 10. 1963, Geheim.

[196] S. ebd., Bd. 13, Blankenhorn an Schröder u. Carstens, FS Nr. 1292, 20. 9. 1963, Verschlüsselt, Geheim; Carstens an von Hassel, St.S. 1792/63, 2. 10. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1272–1274 mit Anm. 7.

[197] S. Lahr an Paris etc., Drahterlaß Plurex Nr. 3053, 18. 9. 1963, Cito, Geheim, in: ebd., S. 1139–1142; Runderlaß dess., Plurex Nr. 3052, 18. 9. 1963, in: ebd., S. 1142 f.

mit einer breit angelegten Propagandakampagne versuchte, Bonn eine Option zwischen Paris und Washington aufzuzwingen[198]. Niemand aus der deutschen Führungsriege trat den Amerikanern entgegen, sei es, weil man seine Wahl längst getroffen hatte, oder weil man sich nicht (mehr) dazu aufbäumen konnte, Paroli zu bieten. Zur letzten Gruppe gehörte sicherlich der Alte Herr aus Rhöndorf, der nun wochenlanges „Abfeiern eines Regierungschefs"[199] im In- und Ausland über sich ergehen ließ.

„Es gibt keine andere europäische Realität als Deutschland und Frankreich"

Am 21. 9. machte sich Adenauer zu seinem Abschiedsbesuch bei de Gaulle nach Rambouillet auf den Weg. Nach einem viertägigen Besuch in Rom[200] war dies seine letzte Auslandsreise als Kanzler. Die Orte waren natürlich mit Bedacht ausgesucht worden. Weder zu den Holländern oder Belgiern zog es ihn, verständlicherweise auch nicht zu den Engländern[201]. Und selbst von einer Visite bei der alten Schutzmacht USA wollte er nichts wissen: „Was soll ich denn da?"[202] De Gaulle bemühte sich nach Kräften, sich für die Ortswahl erkenntlich zu zeigen und zugleich dem Augenblick für Adenauer ein wenig die Schwere zu nehmen. Noch einmal holte er ihn persönlich vom Militärflughafen Villacoublay ab und fuhr mit ihm bei schönem Spätsommerwetter im Auto nach Rambouillet. Im Jagdschloß waren nur dessen Gattin, einige Mitarbeiter und ein Dolmetscher anwesend. Auch der Kanzler kam mit kleiner Delegation[203].

Der General leitete das sofort beginnende Vieraugengespräch mit einer Freundlichkeit ein, die an Adenauers Ausführungen gegenüber Peyrefitte vom 10. 5. anknüpften[204]. Natürlich werde des Kanzlers politisches Wirken mit seinem Abschied aus dem Palais Schaumburg nicht enden. Werde aber auch, so fragte er rhetorisch suggestiv, das gemeinsam angefangene Werk nach ihnen weitergehen? Natürlich war Adenauer empfänglich für diese Worte, zeigte sich tief bewegt, sprach erstmals von der persönlichen Freundschaft zu de Gaulle und wies selbstbewußt darauf hin, als Vorsitzender der CDU und Bundestagsabgeordneter an der deutsch-französischen Verständigung weiterarbeiten zu wollen. Geradezu abrupt kam er dann auf das zu sprechen, was ihm besonders am Herzen lag: die „Verklammerung auf dem militärischen Gebiet". De Gaulle erwiderte darauf das, was er seit Jahren bereits predigte: Atlantische Allianz und transatlantische Partnerschaft seien zwar notwendig, aber Deutschland und Frankreich müßten im Bündnis „aus eigenem Recht bestehen". Wenngleich diese Auffassung in Bonn zur Zeit nicht gern gehört werde, fügte der General hinzu, sei er hoffnungsfroh, daß die Bundesrepublik sich dieser Aufgabe an-

[198] S. Bohlen an Rusk, Tel. 1455, 15. 9. 1963, Secret, Limit Distribution, in: FRUS 1961–1963, Bd. 13, S. 780f.
[199] Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 854; zum Ablauf der Abschiedsfeiern s. ebd., S. 858–868; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 266–270.
[200] Vgl. Unterredung zwischen Adenauer und Papst Paul VI. vom 17. 9. 1963, 47/63, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1133–1135; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 255f.; Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 856f.
[201] Vgl. ebd., S. 855.
[202] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 452, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich.
[203] Vgl. Osterheld, Abschiedsbesuch, S. 610.
[204] Vgl. Kap. V.4.3.

schlösse, je stärker der französische Partner werde und die USA sich zurückzögen[205].

Nach „munteren, freundschaftlichen und unpolitischen Essensunterhaltungen" in familiärer Runde, Mittagsruhe und einem Rundgang durch den Schloßpark[206] ging es gegen 16.00 Uhr mit den privaten, „aber auch hochpolitisch[en]"[207] Gesprächen weiter. Adenauer legte in einem breiten, später de Gaulle über de Margerie als Memorandum ausgehändigten Vortrag über die Wirtschaftsentwicklung Rußlands dar, daß der Westen der östlichen Vormacht die bitter nötige Wirtschaftshilfe nur bei einer Änderung ihrer Politik gewähren dürfe[208]. Der Präsident pflichtete der Situationsanlayse bei, sah die Notwendigkeit einer bilateralen Strategie für den westlichen Umgang mit der Sowjetunion, fragte sich allerdings einmal mehr, ob es in der Bundesrepublik nicht insbesondere bei den Industriekapitänen einen starken Hang zur ökonomischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gebe. Der Kanzler gestand dies zu, hielt es aber durchaus für möglich, den Widerstand dieser Kreise zu brechen. „Das derzeitige Entspannungsgerede halte er für lächerlich." Man müsse Rußland „an die Kandare nehmen", Wirtschaftshilfe nur dann leisten, wenn es zur echten Abrüstung, zur Öffnung des Landes und zur Wiedervereinigung Deutschlands bereit sei. De Gaulle waren diese Gedanken sehr wohl sympathisch, doch argwöhnte er, sie fänden nach dem Kanzlerwechsel in Bonn in der deutschen Politik keinen Anklang mehr. Erhard würde die Politik trotz seines Mißtrauens gegenüber der östlichen Supermacht doch im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt eines umfassenden Welthandels beurteilen. Adenauer sah darin kein Problem, da er glaubte, dem deutschen Volk rasch klarmachen zu können, durch das von ihm befürwortete Vorgehen die Rüstungslast zu senken. In engem Konnex zu diesen Überlegungen stand bei ihm das Problem der deutschen Einheit, die seiner Ansicht nach in den nächsten zehn Jahren erreicht sein müßte, wolle man nationalistische Auswüchse vermeiden. Auch de Gaulle witterte bei einem Verschleppen der „deutschen Frage" Gefahr im Verzuge, entweder in Form des Ultranationalismus oder der Bereitschaft zum Arrangement mit den Sowjets; beide Wege führten seiner Meinung nach zur Neutralisierung Deutschlands und damit Europas, das folglich verloren sei. Wenngleich er nicht ausschließen mochte, daß die Sowjetunion eines Tages zum Friedensschluß mit dem Westen und notabene zur deutschen Einheit bereit sei, gab es für ihn keinen Grund zu voreiliger Euphorie. Deshalb verweigerte er sich auch der von den Angelsachsen vorbereiteten Ost-West-Gespräche. Dies aber war das Stichwort, das beide Staatsmänner aus visionären Zukunftsbeschreibungen wieder in die Realität zurückholte. Denn die weitgehende Übereinstimmung in der weltpolitischen Analyse und der beiderseitige Wunsch, den Elysée-Vertrag weiterzuentwickeln, konnte ja nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr die deutsch-französi-

[205] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 9. 1963, Z A 5-99.A/63, 21. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1185–1187, hier S. 1186; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 356–359.

[206] Ebd., S. 359.

[207] ACDP, CDU/CSU-Fraktionsprotokolle, VIII-001-1009/3, Rede Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion, 24. 9. 1963.

[208] S. Ausführungen dess. in Rambouillet, St.S. 1780/63, 21. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1187–1192; Kusterer, Kanzler, S. 359f.; Osterheld, Abschiedsbesuch, S. 609–611; ders., „Ich gehe ...", S. 257f.; Poppinga, Mut, S. 554f.

sche Verständigung in den letzten Monaten gelitten hatte. Offen kritisierte de Gaulle die deutsche Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens, sprach die stagnierenden Verhandlungen über die europäische Agrarpolitik und das deutsch-amerikanische Logistikabkommen an. Unmißverständlich forderte er dazu auf, den derzeitigen Zustand der deutsch-französischen Beziehungen zu ändern: „Es gebe keine andere europäische Realität als Deutschland und Frankreich. Die anderen zählten nicht, sie bedeuteten nichts."[209] Italien, Belgien, Niederlande – eine quantité négligeable! Europa, das waren seinem aus dem 19. Jahrhundert entlehnten Politikverständnis zufolge nur die ‚Großmächte' Bundesrepublik, Frankreich, und wohl auch Rußland. Sie galt es zusammenzuführen, um den machtpolitischen Wettstreit mit den Angelsachsen, diesen Nicht-Europäern, aufnehmen zu können.

Nach einem dreistündigen intensiven Meinungsaustausch gingen die beiden Herren zu Tisch, um sich anschließend mit ihren Begleitungen per Film in die Luft zu erheben – „La France en ballon"[210]. Am nächsten Morgen besuchten sie zunächst die sonntägliche Messe in der Schloßkapelle. Nach einem Spaziergang im Park nahmen sie ihre politische Unterredung wieder auf, zunächst unter vier Augen, später zusammen mit Couve de Murville und Joxe. De Gaulle brachte das Gespräch erneut auf die Notwendigkeit zur Intensivierung des deutsch-französischen Verhältnisses. Adenauer hatte darauf nichts anderes zu bieten als die nochmalige Versicherung, auch Erhard werde den bisherigen Kurs beibehalten. Welchen Kurs meinte er, den am 22. 1. beschlossenen, von dem sich die Bundesregierung inzwischen weit entfernt hatte? Dann ging es abermals um die militärpolitische Zusammenarbeit, was einmal mehr bewies, daß sie für beide Staatsmänner letztlich den Kern der bilateralen Kooperation ausmachte. Der General zeigte sich mehr denn je von der Zurückhaltung der Amerikaner beim Einsatz von Nuklearwaffen im Kampf um Europa überzeugt. Die MLF bedeutete für ihn nur ein Scheinangebot, da sie die Verfügungsgewalt bei den USA beließ. Der Kanzler gestand ein, mit seiner Absicht, Kennedy durch die Zustimmung zur MLF „festzunageln", gescheitert zu sein. Zwei Schlüsse zog er daraus: Zurückhalten der Wirtschaftshilfe für den Osten, um ihn zum Einlenken zu zwingen, und raschest möglicher Aufbau der französischen Nuklearstreitmacht. Die logische Ergänzung dieses Konzepts, eine deutsche Beteiligung an der Force de frappe, wurde weder von Adenauer noch von de Gaulle angesprochen[211]. Sie hing aber dennoch in der Luft, wie die sich in den folgenden Wochen mehrenden Äußerungen französischer Politiker über den Plan einer europäischen Atomstreitmacht verdeutlichten[212].

Die beiden Staatsmänner sparten das Thema aus, um ihre Karten nicht völlig offenlegen zu müssen, und begaben sich dann zum abschließenden Essen, das in

[209] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 9. 1963, Z A 5–100.A/63, 21. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1192–1202, hier S. 1193 u. 1200; s.a. Krone, Aufzeichnungen, S. 181 f., Tb. 21. u. 22. 9. 1963; Osterheld, „Ich gehe ...", S. 259 f.; Kusterer, Kanzler, S. 360–372.

[210] S. ebd., S. 372.

[211] Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 22. 9. 1963, Z A 5–101.A/63, 22. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1202–1210, hier S. 1207; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 372–376; Osterheld, Abschiedsbesuch, S. 612 f.

[212] S. Rede Habib-Deloncles vor der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, 23. 9. 1963, in: EA 1963, S. D546-D550; Toast de Gaulles zu Ehren der Großherzogin von Luxemburg, 2. 10. 1963, in: de Gaulle, Discours, Bd. 4, S. 142; Blankenhorn an Schröder, Aufzeichnung Pol I A 3–83.00, 21. 10. 1963, in: AAPD 1963, S. 1345–1358.

einer von „tiefer Freundschaft und menschlicher Verbundenheit geprägte[n] Atmosphäre" stattfand[213]. Einer Hommage gleich, erhob der Hausherr das Glas zu Ehren seines Gastes mit den Worten: „Nous vous remercions de tout ce que vous avez dit ici et qui nous est precieux". Um dann, hochpolitisch, das anzusprechen, worauf es in den Beziehungen zwischen Staaten vor allem ankommt: Vertrauen. „Nous avons confiance en vous et nous vous prions d'avoir confiance en nous."[214] Eine gewisse Melancholie lag über der Szene. Allzu bewußt war den beiden alten Herren, wie vieles, was sie einst glaubten erreichen zu können, definitiv unerreicht blieb. Laut und vernehmlich an ihr Ohr dringende „Klänge der Vergänglichkeit"[215] verstärkten noch diese Empfindung: der Tod Robert Schumans am 4. 9.[216], die sich seit Monaten abzeichnende und am 9. 10. angekündigte Demission des kranken Harold Macmillan[217].

„Adenauer s'en va, mais la ligne Adenauer continue. Tout autre chemin conduit à Munich, et l'Europe à l'enfer"

Auch Adenauers Zeit lief ab. Am 10. 10. setzte er Lübke davon in Kenntnis, seine Amtsgeschäfte mit Ablauf des 15. 10. zu beenden[218]. Der Abschied des ersten Bonner Regierungschefs der Nachkriegszeit aus dem Kanzleramt war für die Bundesrepublik, aber auch für Frankreich ein wichtiger Einschnitt. De Gaulle sandte ihm am Tag vor dem Rücktritt einen Gruß mit der Versicherung des Gefühls der Bewunderung, des Vertrauens und der Freundschaft[219]. Die französische Presse blickte in ihrer Berichterstattung über den Bonner Kanzlerwechsel über die Tagesaktualität hinaus auf die vergangenen vierzehn Jahre zurück und bemühte sich dabei – von rechts bis links – meist um ein ausgewogenes Urteil. Der nationalistische „Carrefour" rechnete es dem Alten Herrn aus Rhöndorf hoch an, das Wort „boche" aus dem französischen Sprachschatz eliminiert zu haben, sah aber ansonsten dessen außenpolitische Ziele der letzten drei Jahre, die europäische Einigung und das feste Bündnis mit Frankreich, nicht erreicht und begleitete seinen Abschied daher mit den als Mahnung verstandenen Worten: „Adenauer s'en va, mais la ligne Adenauer continue. Tout autre chemin conduit à Munich, et l'Europe à l'enfer."[220] Auf der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums pries „France-Observateur" bei allen Vorbehalten Adenauers Ablehnung des deutschen Chauvinismus und seinen Erfolg, das zerschlagene Deutschland zu neuer Stärke aufgerichtet zu haben[221]. „Le peuple français", so rief Adenauers alter, nicht immer bequemer Weggefährte François-Poncet ihm im

[213] Kusterer, Kanzler, S. 376.
[214] Tischrede de Gaulles, 22. 9. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 373f., hier S. 373; s.a. Kusterer, Kanzler, S. 377.
[215] Osterheld, „Ich gehe ...", S. 261.
[216] Vgl. Adenauer an de Gaulle, Tel., o.D. abgedruckt in: Bulletin 1963, S. 1379; s.a. Poppinga, Mut, S. 543f.
[217] Vgl. Horne, Macmillan, Bd. 2, S. 535–566.
[218] S. Adenauer an Lübke, 10. 10. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 454.
[219] S. de Gaulle an Adenauer, 14. 10. 1963, in: de Gaulle, Lettres, Bd. 9, S. 378.
[220] Artikel Cabanes, in: „Carrefour", 16. 10. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 817–820, hier S. 818 u. 820.
[221] S. Artikel Sandoz, in: „France-Observateur", 17. 10. 1963, im Auszug in: BDFD III, S. 812f.

„Figaro" zu, „lui en sait gré. Il le remercie. Il lui rend hommage et, en pensée, il lui serre la main."[222]

In Bonn sorgten sich die „Gaullisten" schon bald darum, daß das Werk der Verständigung mit Frankreich „zusammenbricht" und jene, die den „Prozeß des Abgleitens" nicht wichtig nähmen, „sich ein falsches Bild über die Möglichkeiten und die gegenwärtige Position unseres Staates" machten. In ihren Augen hatte Adenauer die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses ja nicht als Selbstzweck betrieben, sondern weil er von der Gebrechlichkeit des westdeutschen Staatswesens überzeugt gewesen sei und das „Dritte Reich" noch immer dunkle Schatten warf. Für sie bot die Aussöhnung mit Frankreich, dem ehemaligen ‚Erbfeind', dank seines großen Ansehens in der Welt daher auch die Möglichkeit, die Bundesrepublik als neues Deutschland zu präsentieren. Folglich war die Politik der Verständigung aus ihrer Sicht durch und durch rational und nicht von Gefühlen geleitet, wie die Gegner der Entente behaupteten. „Ohne das enge Verhältnis zu Frankreich werden wir nackt und bloß auf dem Teppich sitzen, denn ohne dieses Verhältnis wird auch die EWG zerbrechen. Was sind wir ohne die EWG und ohne das deutsch-französische enge Verhältnis auf dem internationalen Markt wert."[223]

Adenauers Nachfolger mochten sich an derartige Glaubensgrundsätze nicht halten. Ein Fragenkatalog des Auswärtigen Amtes als Grundlage zur Einweisung des künftigen Kanzlers in die deutsche Außenpolitik bestätigte die bereits im letzten Treffen zwischen Couve de Murville und Schröder sichtbar werdende Tendenz, daß Bonn der Freundschaft zu Washington eindeutig die Priorität gab, zu Paris sich aber auf „freundschaftliche Gesten" beschränkte[224]. Die ohne den französischen Kollegen am 27. 9. durchgeführte Konferenz der drei westlichen Außenminister ließ die neue Schwerpunktsetzung der deutschen Außenpolitik offen zutage treten[225]. Zunehmende Irritationen zwischen Bonn und Paris waren die zwangsläufige Folge[226]. Daß die Anfang des Jahres geborene Idee, die beiderseitigen Auslandsmissionen per Erlaß zur Zusammenarbeit aufzufordern, inzwischen umgesetzt worden war, viele Missionsleiter aber „schon längst auf anglo-amerikanischem Kurs" lagen und das deutsch-französische Verhältnis „abgeschrieben" hatten[227], paßte ins Bild.

Allerdings gab auch ermutigende Zeichen. Die im deutsch-französischen Freundschaftsabkommen institutionalisierten politischen Konsultationen waren inzwischen auf alle Ebenen „in befriedigender Weise angelaufen"[228]. Über den Kanzlerwechsel in Bonn hinaus, dies unterstrich ein ausführlicher Bericht Blankenhorns, des zum Monatsende scheidenden Deutschen Botschafters in Paris, gab

[222] Artikel François-Poncet, in: „Le Figaro", 23. 9. 1963, auch in: BDFD III, S. 812–815, hier S. 815.
[223] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Jansen an Knappstein, 2. 1. 1964.
[224] Aufzeichnung von Carstens u. Lahr St.S. 1673/63, 13. 9. 1963, Geheim, in: AAPD 1963, S. 1110–1117, hier S. 1114.
[225] S. Unterredung zwischen Home, Rusk und Schröder vom 27. 9. 1963, Z A 5-117.A/63, 27. 9. 1963, Geheim, in: ebd., S. 1236–1253.
[226] Vgl. Carstens an Schröder, Aufzeichnung St.S. 1756/63, 25. 9. 1963, Geheim, in: ebd., S. 1228 f. mit Anm. 5.
[227] ACDP, NL Jansen, I-149-006 [VI]-1, Böx an Jansen, 3. 10. 1963.
[228] PA, B 150, Bd. 12, „Stand der deutsch-französischen Beziehungen", I A 1-80.11/0-1089/63, 16. 9. 1963, Geheim.

es eben zwischen den beiden Nachbarn ein breites Feld gemeinsamer Interessen[229]. Wie die Instruktionen an seinen Nachfolger Klaiber verdeutlichten, bestanden aber auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. In der Deutschlandpolitik stimmten beide Seiten in der Verteidigung der Bundesrepublik und Berlins sowie darin überein, die Spaltung Deutschlands nicht zu vertiefen. Deren Überwindung gehörte hingegen gewiß nicht zu den zentralen französischen Zielen. Frankreich betrieb zwar keine bewußte Obstruktion der deutschen Einheit, billigte sie aber nur in der Form eines nicht neutralisierten, westlich gebundenen Gesamtdeutschland ohne die Gebiete jenseits von Oder und Neiße. Ein weiterer Dissens lag in der Entspannungspolitik vor. Anders als Paris pflichtete die neue Riege in Bonn dem Kurs Washingtons im Zuge der von Schröder jetzt ausgerufenen „Außenpolitik der Bewegung"[230] bei, mochte auch der eine oder andere deutsche Politiker und Diplomat sich als „Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik"[231] fühlen und die Sorge äußern, daß die Bundesrepublik mit Hilfe dieser Politik der Isolierung „kräftig Nachschub" leiste[232], ja sogar die „progressive Selbstzerstörung" fördere[233]. In Paris zeigte man zwar ein gewisses Verständnis für diese stärker auf die amerikanische Ostpolitik ausgerichtete Haltung, doch hatte das Gespräch de Gaulles mit Adenauer nur zu deutlich die Befürchtung aufblitzen lassen, die Deutschen könnten von merkantilen Interessen dereinst zur Aufkündigung der westlichen Solidarität verführt werden. Adenauer selbst drängte denn auch vor seiner Demission den Westen ganz energisch dazu, die wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion auszunutzen und den Konkurrenten weiter „runtergehen" zu lassen[234], was indes selbst alte Gefolgsleute wie Krone geradezu „absonderlich" fanden[235].

Klare Gegensätze bestanden zwischen Bonn und Paris des weiteren in ihrer Position gegenüber der NATO, aus der sich Frankreich mehr und mehr herauslöste, wohingegen die Bundesrepublik fest auf die multilaterale Kooperation setzte. Meinungsverschiedenheiten gab es schließlich auch in der europäischen Wirtschaftspolitik, die de Gaulle weit weniger als Erhard oder Schröder in den Kontext der globalen Handelspolitik zu stellen bereit war. In den Europäischen Gemeinschaften bewerteten die Deutschen ihrerseits den westlichen Nachbarn zwar als „wichtigsten Partner", wünschten aber nichts zu unternehmen, was einen späteren britischen Beitritt behinderte[236].

Mochte Erhard Frankreich in seiner ersten Regierungserklärung als frisch gekürter Bundeskanzler am 18. 10. auch als unentbehrlichen Verbündeten deutscher Europapolitik preisen und den deutsch-französischen Vertrag zum Motor einer Neubelebung der Europapolitik stilisieren, so ließ er doch keinen Zweifel über

[229] S. Blankenhorn an Schröder, Aufzeichnung Pol I A 3–83.00, 21. 10. 1963, in: AAPD 1963, S. 1345–1358; Blankenhorn, Verständnis, S. 445–449, Tb. 1. 11. 1963.

[230] Interview Schröders im „Norddeutschen Rundfunk", 4. 11. 1963, in: Bulletin 1963, S. 1736–1739, hier S. 1736; vgl. ausführlich Lindemann, Anfänge.

[231] Krone, Aufzeichnungen, S. 178, Tb. 5. 8. 1963.

[232] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Böx an Jansen, 3. 10. 1963.

[233] Ebd., Mertes an dens., 26. 9. 1963.

[234] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 451, Informationsgespräch, 15. 8. 1963, Vertraulich; vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 851 f.

[235] Krone, Aufzeichnungen, S. 181, Tb. 21. 9. 1963.

[236] PA, B 150, Bd. 15, Schröder an Klaiber, I A 3–82.01/94.07/1270/63, Oktober 1963, Geheim.

seine Absicht aufkommen, Rücksicht auf die USA als unersetzlichen Sicherheitspartner nehmen und die Einigung aller freien Völker Europas anstreben zu wollen[237]. Für seinen Vorgänger wich er damit von der von ihm definierten reinen Lehre deutscher Frankreichpolitik weit ab. „Wir liegen dicht an dicht", hatte Adenauer wenige Tage vor seinem Rücktritt den Journalisten im letzten Teegespräch als Kanzler in die Federn diktiert. „Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal Frankreichs gegenüber dem Osten und das Schicksal Frankreichs ist das Schicksal Deutschlands. Darüber kann man gar kein Wort verlieren."[238]

Dementsprechend bemühte er sich fortan, den atlantischen Kurs seines ungeliebten Nachfolgers umzulenken, soweit es sein Amt als CDU-Parteivorsitzender zuließ, und löste damit vollauf jenes Versprechen ein, das er de Gaulle am 15. 10. gegeben hatte: „Mein politischer Einfluß wird immer unserem großen Werk gelten."[239] Der Staatspräsident dankte es ihm mit einer einzigartigen Auszeichnung: Von ihm inspiriert, wurde Adenauer, als erster Deutscher seit fast hundert Jahren und als erster deutscher Staatsmann überhaupt, am 9. 11. 1964 feierlich als assoziiertes Ehrenmitglied in die „Académie des sciences morales et politiques" des „Institut de France" aufgenommen[240]. Frankreich ehrte damit einen Mann, der mit einem kongenialen Partner einen Schlußstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit gezogen und die Grundlage für einen in die Zukunft reichenden Anfang geschaffen hatte. Mit dem Elysée-Vertrag schien das, was früher Wunsch und Traum war, Realpolitik zu werden. Seine Protagonisten mußten sich allerdings fragen lassen, ob sie ihre Zeitgenossen nicht überforderten[241].

Noch immer trauern deutsche „Gaullisten" Adenauer und den von seinen Nachfolgern angeblich vertanen Chancen im deutsch-französischen Verhältnis nach. Sie brandmarken die Weigerung, mit dem Nachbarn eine wirklich gemeinsame Politik zu konzipieren, und nehmen in einer grandiosen Fehleinschätzung allen Ernstes an, mit ihm den historischen Prozeß des Zerfalls der Sowjetunion und damit der Wiedererlangung der deutschen Einheit hätten beschleunigen zu können[242]. Gewiß war es abwegig, in den USA „den braven Schüler" zu spielen, um so eines Tages „Juniorpartner der Vereinigten Staaten in Europa zu werden", was dem einen oder anderen Bundespolitiker offenbar vorschwebte. Nicht minder falsch war aber das Streben nach einem autarken Klein-Europa der Sechs unter deutsch-französischer Führung. Das Ziel deutscher Frankreichpolitik kann nur lauten: „ein Vereinigtes Europa in einer atlantischen Partnerschaft mit Amerika"[243].

[237] S. Regierungserklärung Erhards, 18. 10. 1963, in: BT, Sten. Ber., Bd. 53, S. 4192–4208; vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 41–50.
[238] Adenauer, Teegespräche 1961–1963, S. 462, Informationsgespräch, 11. 10. 1963, Vertraulich.
[239] AN, 5 AG 1/165, Adenauer an de Gaulle, 15. 10. 1963.
[240] S. Klaiber an Schröder, FS Nr. 1751, 9. 11. 1964 Citissime, Geheim, in: AAPD 1964, S. 1248–1250; Unterredung zwischen Adenauer und de Gaulle vom 9. 11. 1964, Z A 5–130.A/64, 11. 11. 1964, in: ebd., S. 1255–1262; Kusterer, Kanzler, S. 377–381.
[241] Vgl. ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Aufzeichnung Frank, Ende 1963.
[242] Vgl. Kusterer, Kanzler, S. 381 f.
[243] ACDP, NL Jansen, I-149–006 [VI]-1, Knappstein an Jansen, 7. 1. 1964.

VI. Schlußbetrachtung

Fassen wir nun die Ergebnisse dieser weit ausgreifenden Studie über fast zwei Jahrzehnte deutsch-französischer Nachkriegsbeziehungen in der gebotenen Kürze zusammen, bietet sich ein vielschichtiges, mitunter verwirrendes Bild. Vom Ausgangspunkt des Jahres 1949 betrachtet, handelt es sich zweifellos um eine „Erfolgsstory". Mit der in historischer Dimension wahrlich wunderbaren „étroite entente franco-allemande" führten die verantwortlichen Staatsmänner in Bonn und Paris in die Politik und Psychologie von Deutschen und Franzosen ein grundlegend neues Element ein. Und dennoch verfehlten sie ihr am Ende verfolgtes Ziel, ein enges Exklusivbündnis mit einer starken sicherheitspolitischen Komponente zu schaffen, weil sie ihre politische Umwelt damit überforderten.

Die aus dem Zerfall des karolingischen Frankenreiches hervorgegangenen Zwillinge Deutschland und Frankreich hatten sich im Laufe der Jahrhunderte auseinandergelebt, aber trotz wiederholter militärischer Konflikte nicht miteinander überworfen. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte im beiderseitigen Verhältnis ungeachtet der nationalistischen Aufladungen jenes positive Bild vor, das Madame de Staël 1814 von Deutschland publizistisch verbreitet hatte. Mit dem Faktum des neuen Machtstaates in der Mitte Europas entstand nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 ein neues, das der „Erbfeindschaft", die sich wie ein Bleigewicht auf die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Bereiche der wechselseitigen Beziehungen legen sollte. Der Erste Weltkrieg brannte sie mit seinen Verheerungen, Stellungsschlachten und Hekatomben menschlicher Opfer ins kollektive Gedächtnis der beiden Nachbarn tief ein. Die Regelungen des Versailler Vertrages waren nicht dazu angetan, die Spannungen abzubauen. Während Deutschland die Friedensbestimmungen als indiskutabel betrachtete, gingen sie Frankreich nicht weit genug. Die Pariser Verhandlungsstrategie, die darauf abzielte, die langfristig befürchtete Unterlegenheit gegenüber Berlin durch eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Schwächung zu verhindern, hatte sich nicht erfüllt. Deutschland war geschlagen, jedoch nicht zerstört. Frankreich war zur führenden Militärmacht auf dem Kontinent aufgestiegen, konnte seine Sicherheit aber nur mit Hilfe der Alliierten gewährleisten. Nachdem 1923 der französische Versuch, den Versailler Vertrag mit dem Ziel einer Sicherheitsgarantie und Trennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland zu modifizieren, gescheitert war, brach sich auf beiden Seiten des Rheins eine zur Besonnenheit neigende Politik ihre Bahn. Ein mit den Namen Gustav Stresemann und Aristide Briand verknüpfter erster Erfolg war ihr 1925 mit der Konferenz von Locarno beschieden. Ein Jahr später unternahmen die beiden Protagonisten der Verständigung mit ihrem Plan von Thoiry einen Anlauf zu einem umfassenden bilateralen Interessenausgleich. Der Tod Stresemanns 1929 und der Rücktritt Briands 1932 ließen den

notabene nie von innenpolitischen Mehrheiten getragenen Geist von Locarno indes wieder dahinschwinden. Das Deutsche Reich forcierte seine Revisionspolitik, und Frankreich begann mit dem Bau der „Maginotlinie"[1].

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 entwickelten sich die deutsch-französischen Beziehungen zunächst widersprüchlich. Hitler hatte zwar in „Mein Kampf" die Absicht skizziert, Frankreich als Machtfaktor auszuschalten, um die Flankenbedrohung während der angestrebten Expansion nach Osten zu beseitigen. Jetzt aber gab er dieses Ziel zeitweise auf und begann, den Nachbarn zu umwerben. Ein gutes Einvernehmen, so sein Kalkül, würde die für das „Dritte Reich" während der Aufrüstungsphase bestehende Gefahr eines Überfalls minimieren. Außerdem ging er offenbar davon aus, Rußland auch ohne Krieg gegen Frankreich nach einer Einigung mit England angreifen zu können. Obwohl Berlin und Paris 1938 ein Nichtangriffsabkommen schlossen, änderte Hitler ein Jahr darauf den Kurs von Kooperation auf Konfrontation. Um seinen Grundplan, die Aufteilung weltpolitischer Interessensphären zwischen Großbritannien als der führenden See- und Kolonialmacht und Deutschland als der Vormacht auf dem Kontinent durchzusetzen, trachtete er nun danach, Frankreich zu zerschlagen, um England gefügig zu machen und dann sein Ausgreifen nach „Lebensraum im Osten" einzuleiten. Sechs Wochen nach dem Ende der „drôle de guerre" war der Krieg entschieden. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Wald von Compiègne brachte Frankreich im Juni 1940 die Teilung, Besatzung und Ausbeutung. Trotz der Repressalien blieben die deutschen Zielvorstellungen indes diffus. Wiederholt spielte Hitler mit dem Gedanken, den Franzosen eine Erleichterung des Waffenstillstandsregimes, gar einen Friedensvertrag zuzugestehen und sie in den Krieg gegen England einzubeziehen. Letztlich aber beließ er es auch nach der Gesamtbesetzung im Herbst 1943 und dem Einbau willfähriger Elemente in die Vichy-Regierung im Winter 1943/44 bei vagen Versprechungen. Mehr und mehr Franzosen wichen aufgrund des mangelnden deutschen Entgegenkommens in die Haltung des „Attentisme" oder schlossen sich der Résistance an. Nach dem Beginn der alliierten Landung im Juni 1944 ging der Partisanenkrieg in den allgemeinen bewaffneten Volksaufstand über. Ende August mußten sich die Deutschen unter dem Druck der vorwärtsrückenden Alliierten aus Frankreich zurückziehen[2].

Ungeachtet der drei mörderischen Waffengänge innerhalb von acht Jahrzehnten hatten die beiden Nachbarn ihre gegenseitige Faszination nicht völlig abgelegt. Selbst nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, nach militärischer Erniedrigung und Deportationen, Zwangsrekrutierungen und Verschleppungen gab es in Frankreich noch weitblickende Mahner in den Parteien, der Publizistik, auch in den Ministerien und im Generalstab, die energisch davon abrieten, gegenüber den Deutschen die Politik der Zwischenkriegszeit zu wiederholen. Bei der Mehrheit der Franzosen überwogen hingegen Mißtrauen, bisweilen sogar Haß und Rachegefühle. Wenn die classe politique im allgemeinen, die Regierung de Gaulle im besonderen dieser Stimmungslage im Rahmen einer harten Deutschlandpolitik

[1] Vgl. Bariéty, Relations; Knipping, Deutschland; Wurm, Sicherheitspolitik.
[2] Vgl. Burrin, La France; Duroselle, L'abîme; Jäckel, Frankreich.

nachgab, tat sie dies aber nicht nur aus innenpolitisch motivierter Berechnung, sondern vor allem aus außenpolitischem Kalkül: Frankreich zielte darauf ab, die „deutsche Gefahr" endgültig zu beseitigen und sich zugleich eine gewisse Vormachtstellung in Europa zu sichern. Deutschland sollte politisch wie wirtschaftlich dauerhaft schwach bleiben.

Daß es Frankreich nicht gelang, diese Ambitionen erfolgreich umzusetzen, lag vor allem an den radikal veränderten Machtverhältnissen. Die globale Kräfteverteilung hatte sich zugunsten der aufsteigenden Weltmächte USA und Sowjetunion verschoben; die alten Großmächte waren auf einen minderen Rang zurückgefallen. Gewiß, Frankreich besaß ein Mitspracherecht für Deutschland als Ganzes und einen Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat, aber die ihm gewährte Gleichberechtigung war eher formal denn durch die eigene Macht abgesichert.

Mit dem aufkommenden Kalten Krieg wurde die Realisierung der auf Dominanz ausgerichteten französischen Deutschlandpolitik nicht nur zusehends fragwürdiger, sondern auch zunehmend schwieriger. Die unter dem Rubrum einer „doppelten Deutschlandpolitik" geführte Forschungsdiskussion über Kontinuität bzw. Diskontinuität des Pariser Vorgehens zwischen 1944 und 1950 ist zwar noch nicht abgeschlossen. Gleichwohl kann auf der Basis der zur Verfügung stehenden Erkenntnisse keine Rede davon sein, daß bereits 1945 eine Neuorientierung in Richtung auf das Integrationskonzept stattgefunden habe. Die entscheidenden Wegmarken setzte Paris vielmehr nach den aus seiner Sicht enttäuschenden internationalen Konferenzen 1947/48. Verantwortlich für den von Außenminister Bidault eingeleiteten und von seinem Nachfolger Schuman fortgesetzten Veränderungsprozeß zeichneten in erster Linie die Einsicht in die Unhaltbarkeit der eigenen Position, aber auch der wachsende Druck der Amerikaner, die fortan wiederholt als Mittler wirkten, um die beiden sogenannten „Erbfeinde" zusammenzuführen – fünfzehn Jahre später indes die neuen „Erbfreunde" mit Zwang davon abhielten, sich zu vermählen.

Die 1949 gefundene vorläufige Lösung der „deutschen Frage" blieb weit hinter den französischen Wünschen zurück. Östlich des Rheins gab es wieder einen Staat, zwar nur ein Provisorium und föderal strukturiert, aber einheitlich verfaßt und regiert. Akzeptabel war dieses Gebilde für Frankreich nur deshalb, weil seine Verbündeten den französischen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trugen. Sein vorrangiges Ziel gegenüber der Bundesrepublik mußte es daher sein, das nun geschaffene Geflecht von Kontrollorganen zu konservieren und einen Beitritt Westdeutschlands zur inzwischen gegründeten Nordatlantischen Allianz auf absehbare Zeit auszuschließen. Da sein deutschlandpolitisches „double-bind" – einem (Zentral-)Staat zuzustimmen, ihn aber eigentlich nicht zu wollen – bestehen blieb, gewann für Frankreich der Faktor Europa fundamentale Bedeutung. Nicht aus originärem Europaidealismus, vielmehr zur Fortführung nationalstaatlicher Politik mit anderen Mitteln, d. h. vor allem zur Westbindung der Bundesrepublik, strebte Schuman die europäische Einigung an. Dabei dachte er noch nicht an ein Kleineuropa der sechs Kontinentalmächte, sondern visierte als Gegengewicht zu einem potentiell übermächtigen Deutschland eine enge Verbindung mit England an.

Wenngleich Schuman zu den wenigen französischen Politikern gehörte, die die Aussöhnung mit dem östlichen Nachbarn als ein zentrales Gebot ihrer Außen-

politik begriffen, machte er sie sich allen späteren Mythen zum Trotz nicht so zur Herzensangelegenheit, daß er die französischen Interessen dabei vergessen hätte. Dies lag neben seinem eigenen Patriotismus natürlich auch an der chronischen Instabilität der Kabinette in der IV. Republik, deren Manövrierräume gegenüber dem Parlament von der Verfassung weit stärker eingeschränkt waren, als das für die Regierungen in Bonn galt. Dabei konnte sich die Exekutive in ihrer Verständigungspolitik gegenüber Deutschland vor dem Hintergrund einer zersplitterten, heterogenen Parteienlandschaft in der Anfangsphase vorwiegend auf die Radikalsozialisten und Christdemokraten, mit Abstrichen auch auf die Sozialisten stützen. Erst nach der Regierungsübernahme de Gaulles 1958 stellten sich darüber hinaus gaullistische Kräfte in den Dienst eines gutnachbarschaftlichen Verhältnisses, wobei sie – wie die Abstimmung über den Elysée-Vertrag 1963 erweisen sollte – in der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik schließlich sogar weiter zu gehen bereit waren als etwa die Volksrepublikaner, die Partei Robert Schumans. Insgesamt läßt sich in bezug auf die Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative im deutsch-französischen Vergleich für den Untersuchungszeitraum eine institutionell wie personell bedingte gegenläufige Entwicklung ausmachen: In Frankreich wurde mit der Verfassungsreform von 1958 und der Entstehung der V. Republik die Stellung des Präsidenten aufgewertet, während der Bundeskanzler die Richtlinienkompetenz seit 1962 weitgehend einbüßte.

Die Handlungsspielräume der für die Deutschlandpolitik der IV. Republik maßgeblichen französischen Außenminister wurden freilich nicht nur durch die Machtfülle des Parlaments, sondern auch durch die Heterogenität der Kabinette und die Beamten im Quai d'Orsay eingeschränkt. Deren wiederholt ausgefochtene Machtkämpfe über den Kurs der Europapolitik verdeutlichen sehr anschaulich, wie wenig loyal führende Köpfe des Ministeriums ihrem Chef gegenüber mitunter agierten.

In Bonn ließen sich derartige Streitigkeiten zumindest in den frühen fünfziger Jahren nicht feststellen. Mit Hilfe der Monopolisierung der Beziehungen zur Alliierten Hohen Kommission und seines internen „Schottensystems" beherrschte Adenauer in seiner Doppelfunktion als Kanzler, seit 1951 auch als Außenminister, die auswärtige Politik weitgehend. Trotz diverser Meinungsverschiedenheiten mit einzelnen Ministern wie Erhard und Kaiser etwa über die Europa- oder Saarpolitik setzte er sich mit seinen Ansichten letztlich durch. Das Verhältnis zu Frankreich spielt in dieser Hinsicht eine Sonderrolle. Mit der von ihm selbst energisch betriebenen exklusiven Hinwendung zu de Gaulle 1962/63 versuchte der Kanzler, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik in eine neue Richtung zu lenken, wobei der etappenweise Autoritätsverlust seinen Willen zur Kooperation mit dem Nachbarn eher noch verstärkte. Abgesehen von dieser Endphase seiner Kanzlerschaft besaß er – anders als seine französischen Verhandlungspartner – im Kabinett, in der Koalition und in der eigenen Fraktion über lange Jahre breiten Rückhalt. Demgegenüber sprach sich die SPD-Opposition ungeachtet ihrer im Prinzip prowestlichen Haltung in den konkreten Streitfragen zwischen Bonn und Paris – Gleichberechtigung, Verteidigung, Saar, anfangs auch europäische Integration – immer wieder gegen die Kooperation mit Frankreich aus. Erst die Institutionalisierung der „Entente personnelle" zwischen Adenauer und de Gaulle im

Rahmen des Elysée-Vertrages förderte den Brückenschlag zwischen den deutschen Parteien, weil sie an der multilateral-transatlantisch ausgelegten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht rütteln lassen wollten.

Leitendes Motiv für die von den verantwortlichen Politikern in Paris, aber auch in Bonn seit den frühen fünfziger Jahren betriebene Politik der Verständigung war nicht vornehmlich die Aussöhnung oder die Beendigung einer historischen Fehlentwicklung im Verhältnis der beiden Völker. Im Vordergrund stand die machtpolitische Gewißheit, den neuen Herausforderungen der Nachkriegszeit, des Kalten Krieges und der bipolar geordneten Staatenwelt, nur gemeinsam gewachsen zu sein. Für die Franzosen warf diese Erkenntnis insofern ein Dilemma auf, als das beiderseitige Verhältnis ungeachtet der Ende der vierziger Jahre eingeleiteten prinzipiellen Wende in den deutsch-französischen Beziehungen noch über Jahre von Ängsten, Ressentiments und Friktionen gekennzeichnet blieb. Frankreich klammerte sich an den Status quo, sperrte sich gegen allzu forsch anmutende Bemühungen der Angelsachsen wie der Deutschen um eine rasche Eingliederung in die westliche Staatenwelt und trug sich insgeheim mit dem Gedanken einer alternativen, d. h. auf die Neutralisierung ausgerichteten Deutschlandpolitik.

Frankreichs Haltung zur „deutschen Frage" nimmt sich mithin komplizierter aus, als vielfach angenommen wurde. Die Behauptung, es habe sich seit 1949 mit der Fortdauer der deutschen Teilung arrangiert und seine Bereitschaft zur Unterstützung der Wiedervereinigung nur in dem Bewußtsein demonstriert, daß die Sowjetunion die westlichen Bedingungen niemals akzeptieren würde, kann in dieser pauschalen Einseitigkeit nicht aufrechterhalten werden. Frankreichs Deutschlandpolitik war im Untersuchungszeitraum nie eindimensional angelegt: Stets hielt es sich die Option der deutschen Einheit unter militärisch neutralem, politisch möglichst westlichem Vorzeichen offen. Denn einerseits empfand man das komplementäre Gegenstück zur deutschen Teilung, die europäische Integration, vielfach als Fessel für die eigene Großmachtpolitik; andererseits schätzte man den Wunsch der Deutschen nach staatlicher Einheit relativ hoch ein und unterstellte ihnen deshalb in der unauslöschlichen Furcht vor einer Wiederauflage der „Rapallo"-Politik die Absicht zum „rapprochement" mit der Sowjetunion.

Für die Jahre von 1949 bis 1956 kann daher mit einiger Berechtigung von einer „doppelten Deutschlandpolitik" in einem ganz anderen Sinne gesprochen werden, als es mitunter für die Zeit von 1944 bis 1950 getan wird. Neben der offiziellen – und sich langfristig letztlich durchsetzenden – Politik der Westbindung der Bundesrepublik trachtete Frankreich stets auch nach einer Annäherung an die Sowjetunion. Staatspräsident Auriol war in dieser Hinsicht kein irregeleiteter Einzelkämpfer ohne Macht und Einfluß. In der zersplitterten Parteienlandschaft, der stark polarisierten Öffentlichkeit und den oberen Etagen des Außenministeriums gab es nicht wenige Befürworter einer solchen Politik. Wenngleich das für die Westbindung Bonns von Paris zu erbringende Opfer des Souveränitätsverlustes durch die europäische Integration und der Anerkennung der amerikanischen Vorherrschaft für die Wortführer der von 1946 bis 1958 regierenden, kaum konsensfähigen Mitte-Rechts- bzw. Mitte-Links-Koalitionen noch akzeptabel gewesen sein mag, so galten für die Kommunisten – im gesamten Zeitraum stärkste Partei – und für die Gaullisten, die seit 1951 Auftrieb bekamen, offenbar andere Gesetze.

Auch für Auriol, Edgar Faure, Parodi, Seydoux, in Abstufungen selbst Mendès France und Mollet, lag in der Verständigung mit Moskau eine echte oder wenigstens taktisch einsetzbare Alternative französischer Außenpolitik. Doch ihre entsprechenden Bemühungen 1951 im Palais Marbre Rose, 1954 und 1955 in Genf sowie 1956 in Moskau scheiterten stets an der Intransigenz der Sowjets.

Alternativlos auf die Westintegration der Bundesrepublik und damit die deutsche Teilung setzten hingegen nur ganz wenige französische Politiker wie etwa Sauvagnargues. Selbst Schuman oder Bidault bezogen die Verständigung mit dem Kreml in ihr Kalkül ein. Im Grunde aber fanden sie sich mit der Spaltung ab und wünschten, die Bundesrepublik fest in die westliche Staatengemeinschaft einzufügen, das Besatzungsstatut möglichst lange zu bewahren und den ob seiner Dynamik Angst einflößenden deutschen Konkurrenten in Schach zu halten.

Es war zweifellos ein kluger Zug Adenauers, in den ersten Wochen nach der Amtsübernahme auf die psychologischen Gegebenheiten bei den Franzosen starke Rücksicht zu nehmen. Der gegen innenpolitischen Widerstand durchgesetzte deutsche Beitritt zur Ruhrbehörde oder die Bereitwilligkeit zur Mitgliedschaft im Europarat präsentierten den Kanzler als konzilianten Politiker. In den Augen der Franzosen hob er sich damit vorteilhaft von Oppositionsführer Schumacher ab, der sich mit seinem Anspruch auf Gleichberechtigung und nationale Selbstbestimmung ins Abseits stellte. Natürlich war Adenauer ebensowenig ein „Kanzler der Alliierten" wie Schumacher ein „Hitler de gauche". In der französischen Perzeption setzten sich diese Vorstellungen – positiv wie negativ – aber fest und beeinflußten die Politik der Pariser Kabinette gegenüber der Bonner Republik nicht unwesentlich. Trieben sie auch hartnäckig nationale Interessenpolitik, wußten sie doch sehr gut, was sie am amtierenden deutschen Regierungschef hatten.

Westbindung, Amerikaorientierung, Gleichberechtigung, Mitwirkung am Zusammenschluß Europas lauteten dessen außenpolitische Leitvorstellungen in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft. Unterhalb dieser Ebene spielte die grundlegende Änderung der Beziehungen zu Frankreich eine herausragende Rolle. Mehr als das Moment der Völkerverständigung, das ihm gleichwohl keineswegs fremd war, zählte für ihn das politische Motiv, ohne Ausgleich mit Frankreich Europa nicht einigen und somit keine Sicherheit gewinnen zu können. Frankreichpolitik war für den mit einem ausgeprägten „Potsdam-" und – wenn man es so nennen darf – „Kronstadt-Komplex" behafteten Bonner Regierungschef in diesem Sinne stets auch ein Antidoton gegen eine französisch-sowjetische Einkreisung. Ausgangs der 40er Jahre überwog bestimmt der erste, weil die Bundesrepublik sich infolge des Souveränitätsvorbehaltes der Besatzungsmächte der latenten Gefahr einer Verständigung der Alliierten über ihren Kopf hinweg ausgesetzt sah. Aber auch Frankreich vermochte die Fähigkeit zur eigenständigen Gestaltung außenpolitischer Verhältnisse in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre aufgrund der äußeren Belastungen und inneren Instabilität nur in begrenztem Maße zu behaupten. Gleichwohl konnte es diese Schwäche im Rahmen der internationalen Verhandlungen über Deutschland wiederholt in eine Position der Stärke umwandeln, weil die Verbündeten den ihnen keineswegs fremden Gedanken zur Auskreisung des bisweilen sehr unbotmäßig-unbe-

quemen Verbündeten stets wieder verwarfen und implizit auf dessen Forderungen eingingen.

Im Positiven wie im Negativen starken Einfluß auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen übten die Amerikaner aus. In den ersten Jahren nach dem Krieg trugen sie mit ihrer „Stabilisierungspolitik" nicht unerheblich dazu bei, daß die beiden Nachbarn am Rhein den Weg zueinander fanden. Selten direkt eingreifend, meist im Hintergrund auf die Verbündeten einwirkend, agierten sie wiederholt – im ureigensten Interesse – als Makler, wie sich insbesondere in der Europa- und Saarpolitik zeigte. Nach 1955 förderten die Amerikaner die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich eher unfreiwillig, und zwar mit ihrer am Rhein wie an der Seine Besorgnisse erregenden neuen Entspannungs- und Sicherheitspolitik. Wie in einem System kommunizierender Röhren rückten Bonn und Paris um so enger zusammen, je stärker sie sich durch den Ost-West-Konflikt bedroht fühlten bzw. je intensiver USA und Sowjetunion ihnen den Eindruck einer exklusiven Verständigung vermittelten.

In der Frühphase der Bundesrepublik war von einem Tauwetter zwischen Washington und Moskau indes noch nichts zu spüren. Nicht die USA, sondern Frankreich war für die Bundesrepublik der Unsicherheitsfaktor im westlichen Bündnis. Um das Eis zu brechen, baute Adenauer angesichts der erheblichen politischen Konfliktpotentiale auf die europäische Verständigung, ökonomische Zusammenarbeit und kulturelle Annäherung. Die Erfolge fielen zunächst spärlich aus. Der bereits im Herbst 1949 ins Visier genommene Beitritt zum Europarat ließ auf sich warten; das angestrebte Kulturabkommen sollte erst 1954 realisiert werden, und auch die Wirtschaftskontakte kamen angesichts mengenmäßiger Kontingentierungen, kurzfristiger Handelsverträge und fehlender Niederlassungsmöglichkeiten nur langsam in Schwung. Der von Adenauer im Rahmen der Verhandlungen über das Petersberger Abkommen gesammelte Kredit schien bald wieder aufgebraucht, weil Frankreich sich nicht mit der am Horizont auftauchenden Perspektive einer in wenigen Jahren souveränen, möglicherweise sogar wiederbewaffneten Bundesrepublik abfinden wollte. Schuman bremste daher Anfang 1950 nicht nur die angelsächsischen Ambitionen zur Lockerung des Besatzungsstatuts. Er verbat sich auch jegliche Diskussion über eine deutsche Remilitarisierung und bemühte sich darum, dem durch den allmählichen politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik an der Saar ausgelösten Druck entgegenzuwirken.

Während die breite Masse der Franzosen die Saarfrage eher indifferent betrachtete, sah die politische Klasse in der Saar einen „Trostpreis" für entgangene Reparationen, aber auch einen Hebel, um die eigene Machtposition gegenüber Bonn zu stärken. Dem Kanzler galt die Saar als nachrangiges Problem und als Manövriermasse im Rahmen seiner Verständigungspolitik gegenüber Frankreich. Allerdings hatte er zu berücksichtigen, daß einige Kabinettsmitglieder, namentlich der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, oder sein für die Justiz zuständiger Kollege Thomas Dehler, die Angelegenheit völlig anders beurteilten. Für sie wie auch für die SPD-Opposition mußte die Bundesregierung der französischen Saarpolitik schon wegen der präjudizierenden Wirkung auf die deutsche Ostgrenze schärfer entgegentreten. Adenauer dachte nicht daran, das ohnehin nur mühsam zu erwerbende internationale Vertrauen durch nationale Parolen aufs

Spiel zu setzen. Er hoffte darauf, das Problem ruhenlassen zu können und später mit Saarbrücken und Paris gemeinsam zu bereinigen. Der in der deutschen Presse, den Parteien, aber auch der Industrie durch Frankreichs Offensive ausgelöste Sturm zwang ihn aber dazu, Flagge zu zeigen.

Sein Gegenzug ließ nicht lange auf sich warten, fiel aber ganz anders aus, als zu erwarten gewesen war. In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith reflektierte er Anfang März 1950 laut über die ebenso sensationelle wie wirklichkeitsfremde Möglichkeit einer deutsch-französischen Union und versuchte damit ganz offensichtlich, sich in Paris wie Washington als Vorkämpfer der deutsch-französischen Aussöhnung zu stilisieren. Nach diesem Zukkerbrot ließ er sofort die Peitsche knallen, attackierte die französische Saarpolitik als verkappte Annexion, verlangte erneut ein Mitspracherecht bei der Lösung des Problems, versicherte dann aber außerdem, wegen der Spannungen in der Saarfrage auf keinen Fall den europäischen Zusammenschluß gefährden zu wollen. Genau darin unterschied sich der Kanzler ungeachtet aller Interessenkonvergenz in der Sache vom Oppositionsführer. Denn Schumacher ordnete die europäische Integration nicht nur der Wiedervereinigung, sondern auch einer für Deutschland günstigen Lösung der Saarfrage eindeutig unter.

Ähnlich doppelgleisig fuhr Adenauer im Winter 1949/50 auf dem schwierigsten aller deutsch-französischen Konfliktfelder der Nachkriegszeit: der Sicherheitspolitik. Er begehrte eine Schutzgarantie der Besatzungsmächte für die Bundesrepublik in dem Bewußtsein, daß die Alliierten zu der erforderlichen Verstärkung ihrer Verbände nicht in der Lage sein würden, und signalisierte die Bereitschaft, notfalls deutsche Kontingente im Rahmen einer westeuropäischen Armee zur Verfügung zu stellen. Für Frankreich kam ein deutscher Verteidigungsbeitrag aus psychologischen, sicherheitspolitischen und eminent politischen Erwägungen offiziell nicht in Frage. Intern aber war man sich in der Regierung aus Mißtrauen gegenüber den USA keineswegs einig, ob der NATO-Vertrag von 1949 wirklich ausreichenden Schutz gegen äußere Gefahren bot. Je hartnäckiger die Angelsachsen, insbesondere die Briten, im Frühjahr 1950 für eine deutsche Wiederbewaffnung und zugleich für eine Revision des Besatzungsstatuts plädierten, desto dringlicher wurde für die Franzosen die Notwendigkeit, ihre Position zu überprüfen.

Am Ende dieses Denkprozesses stand Anfang Mai die Entscheidung, den Status quo der Besatzungsherrschaft vorerst zu bewahren. Frühestens Ende des Jahres sollte in eine erneute Diskussion über die sukzessive Übertragung von zusätzlichen Rechten auf die Bundesregierung eingetreten werden, wobei Paris der Bonner Republik à la longue eine nicht vertraglich fixierte und damit revozierbare Quasi-Souveränität ohne Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz zuzugestehen beabsichtigte. Auf der Londoner Außenministerkonferenz willigte Schuman Mitte Mai in die Einrichtung eines Studienausschusses für die Vorarbeiten zur Revision des Besatzungsstatuts ein, setzte sich aber ansonsten gegenüber seinen Kollegen Acheson und Bevin weitgehend durch. Daß ihm dies gelang, lag nicht zuletzt an dem von ihm kurz zuvor veröffentlichten Schuman-Plan.

Der französische Außenminister wußte um die Notwendigkeit, den Deutschen mehr entgegenkommen zu müssen. Über das Wie wurde in seinem Ministerium indes heftig gestritten. Schuman entschied sich schließlich für den von Jean Mon-

net ausgearbeiteten Plan zur supranationalen Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie in Westeuropa. Wenngleich die ökonomischen Aspekte dieses Konzeptes – die Sorge vor einer wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik und die Sicherung des Kohlenachschubs – nicht unterschätzt werden dürfen, so lagen der Initiative doch vor allem politische Motive zugrunde. „Europa" diente Monnet und Schuman als Zauberformel, um ihre restriktive Deutschlandpolitik durchzusetzen und die Nachbarn vom Anspruch auf Souveränität und Wiederbewaffnung abzulenken. Auch Adenauer – der dem Schuman-Plan sofort begeistert zustimmte – verfolgte mit dem Projekt keineswegs primär europapolitische Ambitionen, sondern hauptsächlich handfeste ‚nationale' Ziele. Natürlich besaßen die Regierungen in Bonn und Paris auch ein Interesse an der Einigung der kontinentalen Demokratien. „Europa" stellte für sie ein multifunktionales Vehikel dar, das den zwingend notwendigen Rahmen für Annäherung, Ausgleich bzw. Überwachung des Partners bot und darüber hinaus geeint einen attraktiven Bündnispartner für die USA darstellte, deren Schutz gegenüber potentieller östlicher Pression dringend erforderlich war. Für die Bundesrepublik kam natürlich noch die Überlegung hinzu, vorläufig allein im europäischen Kontext Gleichberechtigung und Souveränität zu gewinnen. In diesem Sinne war die europäische Kooperation „Katalysator und zugleich positive Nutzanwendung der deutsch-französischen Aussöhnung". Adenauer und Schuman glaubten an die Vorbildfunktion einer erfolgreichen Integration im Montanbereich für andere Wirtschaftsgebiete, erwarteten auch Auftrieb für ein politisches, vielleicht sogar ein militärisches Zusammengehen. Außerdem trug die gegenseitige Kontrolle über Kohle und Stahl zur Vertrauensbildung bei. Für die Bundesrepublik besaß der Plan schließlich den zusätzlichen Vorteil, daß er mit Teilen des Besatzungsstatuts kollidierte und damit den Weg zur vollen Entfaltung ihres industriellen Potentials wie zur politischen Souveränität ebnete.

Trotz der von den Anhängern einer liberalen Weltwirtschaftsordnung im Bundeswirtschaftsministerium und in der deutschen Industrie angemeldeten Bedenken fiel die Reaktion in der Bundesrepublik alles in allem positiv aus. Nur die SPD warnte vor der Errichtung eines internationalen Kartells. Demgegenüber besaß das Vorhaben in Frankreich kompromißlose Gegner auf der äußersten Linken und Rechten; aber auch Teile der „Section Française de l'Internationale Ouvrière" (SFIO) und der Stahl- bzw. Chemieindustrie zeigten sich skeptisch.

Die mit dem Beginn der Schuman-Plan-Konferenz im Juni 1950 einsetzende kurzfristige Hausse im Verhältnis zwischen Bonn und Paris schlug schon drei Monate später wieder in eine Baisse um. Verantwortlich dafür zeichneten einerseits die wachsende Macht der Bundesrepublik durch die infolge des ausgebrochenen Koreakrieges unabweislich gewordene amerikanische Forderung einer deutschen Wiederbewaffnung, andererseits die nicht nur aus Bonner Sicht vorhandenen Widersprüche in der Pariser Deutschlandpolitik: Zwar betrachteten die Franzosen ihre Nachbarn im Rahmen des Schuman-Plans als gleichgestellt, trachteten aber ansonsten nach Kräften, diese Gleichberechtigung abzuwehren. Die IV. Republik gab ihre Großmachtambitionen mit der Entscheidung für die Mitwirkung an der europäischen Integration nicht auf. Letztlich gestand keine französische Regierung von 1949 bis 1963 dem östlichen Nachbarn volle Gleich-

berechtigung zu. Sämtliche Kabinette beharrten aus Gründen des Prestiges wie der Sicherheit auf einer Vormachtstellung und legitimierten dies mit der nationalen Grandeur, dem Status als Kolonialmacht, der Zugehörigkeit zu den „Großen Vier" oder dem Aufbau der „Force de frappe".

Während Schuman nun danach strebte, das Besatzungsstatut in einem neuen Licht erscheinen zu lassen, gewissermaßen als Sicherungssystem für die Demokratie und die Erlangung der staatlichen Einheit, zielte Adenauer darauf ab, die Beziehungen Deutschlands zu den Besatzungsmächten auf eine vertragliche, mit ihnen gemeinsam ausgehandelte Grundlage zu stellen. In engstem Konnex dazu stand die Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Ende August 1950 legte der Kanzler ein Angebot zur Aufstellung deutscher Truppen im Rahmen einer westeuropäischen Armee vor und versuchte damit implizit auch, die Ablösung des Besatzungsstatuts voranzutreiben. Schumacher ging sogar noch einen Schritt weiter und propagierte eine offensive Militärstrategie, die auf den Grundelementen Gleichberechtigung, Vorwärtsverteidigung und Schicksalsgemeinschaft ruhte.

Obwohl die USA den deutschen Begehren im Rahmen eines aus der Erhöhung der Militärhilfe und der Forderung nach verstärkten europäischen, auch westdeutschen Rüstungsanstrengungen bestehenden „package deal" entgegenkamen und eine NATO-Truppe mit nationalen Verbänden der Mitgliedstaaten in den Blick nahmen, gelang es Schuman auf der New Yorker Außenministerkonferenz im September erneut, einen Halteerfolg zu verbuchen. Acheson akzeptierte die vorläufige Ablehnung der Ansprüche Adenauers, verlangte aber bis Ende Oktober eine endgültige Entscheidung der Westmächte über die deutsche Remilitarisierung.

Die negativen Auswirkungen dieses Ergebnisses auf den Gang der Verhandlungen über den Schuman-Plan, den die Bundesrepublik jetzt mehr oder minder offen in Frage stellte, zwangen Frankreich zu einer erneuten Überprüfung seiner Position. Je nach politischer Couleur fiel das Ergebnis höchst unterschiedlich aus. Es pendelte zwischen dem Streben nach militärischer Neutralisierung eines geeinten Deutschland und der Forderung nach Einbettung deutscher Divisionen in eine europäische Armee. Unter dem Druck der Amerikaner setzte sich nach dem Verlust des für die französische Armee im Indochinakrieg wichtigen Stützpunkts Cao Bang schließlich eine supranationale europäische Linie durch. Mitte Oktober gelang es dem Président du Conseil Pleven und Außenminister Schuman, auch die Hardliner im Kabinett wie Verteidigungsminister Moch davon zu überzeugen, daß man sich der deutschen Wiederbewaffnung nicht länger verweigern könne. Da Frankreich seine Verteidigungskapazitäten in Europa um so stärker reduzieren mußte, je tiefer es in den indochinesischen Sumpf hineinglitt, ergab sich angesichts der kaum noch abzuwendenden deutschen Aufrüstung die Gefahr einer militärischen Unterlegenheit gegenüber der Bundesrepublik. Um ihr zu entgehen, präsentierte Pleven Ende Oktober den Plan einer supranational organisierten westeuropäischen Verteidigung, die letztlich darauf hinauslief, deutsche Soldaten auszuheben, ohne eine deutsche Armee aufzustellen, und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zunichte zu machen.

Mit Hilfe der die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht diskriminierenden Bestimmungen gelang es der französischen Regierung, das Projekt über die parlamentarischen Hürden zu hieven. Kurzfristig erzielten Schuman und Pleven – die

an die Theorie der spezialisierten Gemeinschaften mit supranationalen Funktionen als Methode der europäischen Einigung glaubten – ein nicht unbeträchtliches Ergebnis: Sie verhinderten den Ausbruch einer Regierungskrise und einen Konflikt mit den USA. Mittel- und langfristig beschworen sie aber die Gefahr herauf, die populäre Idee der europäischen Einigung durch die unpopuläre des deutschen Wehrbeitrags in Mitleidenschaft zu ziehen.

Während der supranationale Ansatz und der implizite Schutz vor einem erstarkenden Deutschland bei den Partnern durchaus Zustimmung fanden, stießen die vorgeschlagenen Modalitäten und die für Bonn nachteiligen Faktoren – vor allem die im Prinzip nicht für Frankreich geltende Integration der Armeen auf der Basis kleinstmöglicher Einheiten sowie die Nichtaufnahme der Bundesrepublik in die NATO – auf ihren Widerstand. Im Gegensatz zur SPD hielt sich der Kanzler trotz fundamentaler Einwände mit öffentlichen Bedenken gegen den Pleven-Plan sehr zurück, was ihm um so leichter fiel, als die amerikanische Reaktion negativ ausfiel. Adenauers Vorsicht erklärte sich freilich auch aus dem Anfang November von der Sowjetunion lancierten Vorschlag zur Einberufung einer Außenministerkonferenz der Vier Mächte mit dem Ziel der Einigung und Demilitarisierung Deutschlands, der nicht nur in der deutschen und französischen Öffentlichkeit ein günstiges Echo fand. Statt dem französischen Verteidigungskonzept die Stirn zu bieten, forcierte der deutsche Regierungschef seine Forderung nach einer Revision des Besatzungsstatuts und beanspruchte außerdem den Abschluß eines nicht widerrufbaren Sicherheitspaktes.

Der Kanzler provozierte dadurch scharfe Auseinandersetzungen mit Frankreich, das nun auf die Abhaltung der Viererkonferenz drängte und stärker als bisher eine Détente mit der Sowjetunion sowie eine Entmilitarisierung Gesamtdeutschlands als Option ins Visier nahm. Adenauer sah daraufhin Gefahr im Verzuge und suchte den engen Schulterschluß zu den USA, von dem er sich eine irreversible Westbindung der Bundesrepublik versprach. Seine Hoffnungen erlitten aber einen schweren Dämpfer, als Schuman sich Mitte Dezember auf der Außenministerkonferenz in Brüssel einer vertraglich abgesicherten Neuregelung der deutsch-alliierten Beziehungen strikt widersetzte und lediglich in eine Prüfung der Substitution des Besatzungsstatuts einwilligte. Acheson und Bevin begnügten sich mit dieser Übereinkunft, weil Frankreich gewisse Zugeständnisse hinsichtlich des Integrationsniveaus und des Tempos der Aufstellung deutscher Truppen machte. Im Gegenzug erhielt es dafür von den Angelsachsen die Zusage, daß der Pleven-Plan in modifizierter Form weiter verfolgt werde.

Die im Januar und Februar 1951 auf verschiedenen Schauplätzen beginnenden Verhandlungen über die Revision des Besatzungsstatuts, die Errichtung einer Europäischen Armee bzw. die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen einer Atlantischen Streitmacht standen zunächst ganz im Schatten der anhaltenden sowjetischen Notenoffensive. Frankreich bemühte sich nicht nur nach Kräften darum, die Frage der deutschen Wiederbewaffnung auf das Gleis der Europa-Armee zu lenken; es unternahm offenbar auch einen Versuch, das Problem auf der im März im Pariser Palais Marbre Rose eröffneten Konferenz der vier Außenminister-Stellvertreter durch eine Verständigung mit der Sowjetunion gänzlich aus der Welt zu schaffen. Selbst Schuman, der entschiedene Verfechter einer festen deutschen

Westbindung, sah sich genötigt, der auf die Neutralisierung eines entmilitarisierten Gesamtdeutschland ausgerichteten Stimmung im Lande Rechnung zu tragen. Die Starrköpfigkeit der sowjetischen Vertreter schweißte die drei westlichen Delegationen indes zusammen. Mitte Juni erklärten sie die Tagung für gescheitert, hielten aber die Einladung zu einer Außenministerkonferenz à quatre aus Rücksicht auf die französische wie deutsche Öffentlichkeit aufrecht.

Angesichts der in Frankreich fortbestehenden Vorbehalte gegenüber der deutschen Aufrüstung und der dort als schmerzhaft empfundenen Preisgabe eigener Souveränitätsrechte im Rahmen der Europäischen Armee gab es für die Bundesregierung keinen Anlaß zur Entwarnung, zumal die Wahlen zur Assemblée Nationale im Sommer 1951 einen Rechtsruck erbrachten, den proeuropäischen Kräften um Schuman eine herbe Abfuhr erteilten und insgesamt zu einer Polarisierung zwischen den Kommunisten auf der linken und den Gaullisten auf der rechten Seite des parteipolitischen Spektrums führten. Es war kaum zu erwarten, daß Stalin die deutsche Wiederbewaffnung nicht doch noch mit weitreichenden Angeboten zu vereiteln trachten würde.

An diesem Befund änderte letztlich auch die im April vollzogene Unterzeichnung des Montanvertrages nichts. Die seit September 1950 schleppend verlaufenden Verhandlungen konnten wohl nur deshalb erfolgreich abgeschlossen werden, weil sich Adenauer in den zentralen Konfliktfeldern – der Entflechtung der deutschen Montanindustrie und der Verbundwirtschaft – unter massivem Druck der Amerikaner gegen eine geschlossene Front von SPD, Gewerkschaften und betroffenen Unternehmern im März 1951 zu einem Kompromiß durchgerungen hatte. Im Gegenzug willigte Schuman in einen bei der Unterzeichnung des Abkommens am 18. 4. vollzogenen Briefwechsel ein, mit dem Frankreich erstmals offiziell dem deutschen Rechtsstandpunkt zur Saarfrage in einem internationalen Vertrag Geltung verschaffte, wonach die definitive Regelung des Problems nur durch einen Friedens- oder gleichartigen Vertrag unter Einbeziehung der Bundesrepublik erfolgen könne. Dem von französischer Seite geförderten Bestreben der Saar nach internationaler Anerkennung war nun vorerst ein Riegel vorgeschoben.

Adenauer und Schuman bewerteten die Gründung der Montanunion nicht nur als „neuen Abschnitt der europäischen Geschichte", sondern auch als Auftakt für ein neues Kapitel im deutsch-französischen Verhältnis. Tatsächlich leistete die am Ende Juli 1952 in Kraft tretende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl einer doppelten Revolution Vorschub. Durch die Gründung des einheitlichen Marktes verbesserte sie den Lebensstandard in den angeschlossenen Volkswirtschaften und bedeutete einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung auf eine supranationale Gemeinschaft. Dem politischen Zweck der Verhinderung politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht verpflichtet, verminderte die EGKS die französische Angst vor der westdeutschen Montanindustrie und trug auf diese Weise zur Entspannung im beiderseitigen Verhältnis bei. Aus diesem zunächst negativen entwickelte der Schuman-Plan ein positives Ziel, nämlich die Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls zwischen mehreren Partnerländern durch Fusionierung staatlicher Souveränität.

Nicht allen deutschen und französischen Politikern schien dies eine wünschenswerte Perspektive zu sein. Die SPD ging seit April 1951 zum Verdruß der

französischen Schwesterpartei, aber auch deutscher Gewerkschafter zu einer totalen Ablehnung über und brandmarkte die Montanunion als konservativ-klerikal-kapitalistisch-kartellistischen Pakt und als Ausgeburt französischen Hegemoniestrebens. Auch in Frankreich drohte die Stimmung durch eine Fronde der Stahlindustrie und taktisch-parlamentarische Ränke bei dezidierter Opposition von Kommunisten und Gaullisten gegen den Schuman-Plan umzuschlagen, wobei sich die Kritik vielfach mit dem Vorwurf vermischte, Schuman habe die französische Saarpolitik kompromittiert. Schließlich gelang es der Bonner und der Pariser Regierung im Winter 1951/52 doch, das Vertragswerk über die parlamentarischen Hürden zu heben. Trotz aller Differenzen hatten die Verhandlungen und das anschließende Ratifizierungsverfahren in den Augen der auf die Westbindung der Bundesrepublik ausgerichteten französischen Politiker einmal mehr unter Beweis gestellt, wie wichtig der deutsche Regierungschef für Frankreich war. In dem Maße, wie das negative Bild Schumachers sich verfestigte, nahm das positive Adenauers konkretere Gestalt an.

Die internationalen Verhandlungsrunden in Bonn und Paris über die Revision des Besatzungsstatuts bzw. die deutsche Wiederbewaffnung waren in der ersten Hälfte des Jahres 1951 wegen der Parlamentswahlen in Frankreich und der Vorkonferenz im Palais Marbre Rose nur mühsam vorangekommen. Im Sommer zeichnete sich in den USA eine bedeutende und für die Bundesrepublik weitreichende Kehrtwende in bezug auf die europäische Verteidigungskonzeption ab, die aus dem Zusammenwirken Monnets mit einer Gruppe von amerikanischen Regierungsvertretern resultierte. Das Anwachsen nationalistischer und antimilitärischer Strömungen bei den Deutschen sowie der anhaltende Widerstand der Franzosen gegen die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO führten am Potomac zu der Überzeugung, man müsse den Deutschen weitgehende Gleichberechtigung anbieten und die Wiederbewaffnung im europäischen Rahmen konzipieren. Anfang August beschloß Washington ein Stufenprogramm, wonach eine im Rahmen der NATO tätige Europäische Verteidigungsstreitkraft geschaffen, ein Plan zur schnellstmöglichen Aufstellung deutscher Kontingente vorgelegt und ein Arrangement über die weitgehende deutsche Souveränität getroffen werden sollte.

Die Bundesregierung wurde von diesem Schwenk völlig überrascht. Der Kanzler und seine militärischen Berater hatten zwar die Alternative zwischen der Teilnahme an der Europa-Armee und dem Aufbau eines atlantischen Kontingents gesehen. Sie wußten aber nicht, daß die von ihnen bevorzugte amerikanische Option nur durch die Ablehnung des französischen Angebots realisiert werden konnte. Adenauer hatte seine Delegation auf der Pariser Pleven-Plan-Konferenz zu dilatorischem Verhandeln aufgefordert, ohne zu ahnen, daß der Entschluß zugunsten einer atlantischen Variante nicht negativ durch das Scheitern dieser Verhandlungen, sondern positiv durch den Erfolg der deutsch-alliierten Beratungen auf dem Petersberg bei Bonn erzielt werden mußte; diese aber wurden mit der amerikanischen Entscheidung zugunsten der Pleven-Plan-Konferenz nun in ein völlig neues Licht gerückt.

Mit der Washingtoner Außenministerkonferenz Mitte September 1951 war Adenauers Hoffnung auf eine umfassende Änderung des Besatzungsregimes, den

Abschluß eines Sicherheitsvertrages und die Gewährung der politischen und militärischen Gleichberechtigung in der westlichen Staatengemeinschaft zerstoben. Schuman entwickelte zwar im Herbst den Plan einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, die eben auch dazu dienen sollte, westdeutsche Souveränität und Wiederbewaffnung für Frankreich erträglicher zu gestalten. Ansonsten aber legte er sich wieder einmal quer. Adenauer warf ihm daraufhin vor, ein Doppelspiel zu treiben, indem er parallel zur europäischen Integration ein Bündnis mit Moskau anstrebe. Vor dem Hintergrund des Wandels in der amerikanischen Sicherheitspolitik, aber auch der von der Sowjetunion neu angefachten Notenoffensive hatte er gleichwohl keine andere Wahl, als seinen Entwurf eines Sicherheitsvertrags zurückzuziehen. Denn die von der DDR Mitte September unter dem Schlagwort „Deutsche an einen Tisch" angeregte Debatte über die Durchführung freier Wahlen zu einer Nationalversammlung besaß für manche deutsche und französische Kreise soviel Attraktivität, daß es dem Kanzler jetzt vorrangig darauf ankam, die Verhandlungen über das Besatzungsstatut und den Wehrbeitrag möglichst rasch zu beenden.

Staatspräsident Auriol hingegen versuchte jetzt abermals, eine Verständigung mit dem Kreml anzubahnen. Der Hebel war für ihn die deutsche Remilitarisierung, da er, wie auch der Generalsekretär im Quai d'Orsay, Parodi, oder Botschafter Massigli, davon ausging, daß Moskau zu umfassenden Konzessionen, ja selbst zu einer politisch-ökonomischen Integration Deutschlands in den Westen bereit sei, wenn nur die Aufrüstung torpediert würde. Auch die Kommunisten, einige Sozialisten und zahlreiche Gaullisten bevorzugten die Entente mit Moskau, um die deutsche Wiederbewaffnung zu durchkreuzen und ein von Frankreich und der Sowjetunion geführtes europäisches Sicherheitssystem im Sinne der historischen französisch-russischen Allianz zu schaffen.

Für Schuman war das kein Thema. Doch seine Macht war höchst begrenzt. Von großer Inflation geplagt, durch den Indochinakrieg ausgelaugt und besorgt über das rasche Wiedererstarken der Wirtschaftsmacht Deutschland, richteten viele Franzosen ihren Unmut gegen die USA und das von ihnen favorisierte System der Westbindung. Das Gefühl, der eigene Großmachtstatus schwinde dahin, vergrößerte noch die ohnehin vorhandene Zerrissenheit im Lande. Nach dem Jahreswechsel 1951/52 lösten sich innerhalb von drei Monaten drei Kabinette im Amt ab. Mitte Februar sah sich die Regierung in der großen Europadebatte der Assemblée Nationale einer geschlossenen Front von Kommunisten und Gaullisten gegenüber, während die übrigen Fraktionen von den Sozialisten bis zu den Gemäßigten gespalten waren. In bezug auf Deutschland ließen sich einmal mehr die beiden widerstreitenden Tendenzen: Integration in den Westen versus Kontrolle durch eine Viermächtevereinbarung mit den Sowjets, erkennen. Beide Optionen verband das gemeinsame Ziel, den Großmachtstatus Frankreichs zu erhalten und die Hierarchie gegenüber dem östlichen Nachbarn festzuschreiben.

In der Debatte über die Stalin-Noten vom Frühjahr und Sommer 1952 zeigte sich die auf Westbindung der Bundesrepublik ausgerichtete Gruppe um Schuman erneut am längeren Hebel. Dabei wurde nun jenes Konzept der „double sécurité" vollends entfaltet, das subkutan bereits seit der Gründung der Bundesrepublik existierte: Die deutsche Teilung garantierte Frankreichs Sicherheit vor Deutsch-

land, die Westbindung der Bundesrepublik seine Sicherheit vor der Sowjetunion. Unter dem Eindruck eines „renversement" der bisherigen Moskauer Politik mit dem Ziel einer Kontrolle Gesamtdeutschlands durch die Vier Mächte entschied sich Paris für eine möglichst rasche Umsetzung der Bonner Westintegration und die anschließende Aufnahme von Gesprächen mit der Sowjetunion. Für den Bundeskanzler kam ein Ausloten der Kreml-Offensive ebenfalls nicht in Frage; auch er setzte auf eine baldige Unterzeichnung der Westverträge, während die SPD-Opposition lautstark für die Viermächtekonferenz, Abhaltung freier Wahlen in beiden Teilen Deutschlands, Unabhängigkeit und Schaffung einer Nationalarmee plädierte.

Die von Adenauer als historisches Ereignis für Europa, für das deutsch-französische Verhältnis und für die Bundesrepublik, von Schuman als weiterer wichtiger Schritt zur Einigung Europas gefeierten Verträge über die Beziehungen der Bundesrepublik mit den Drei Mächten und über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 26./27. 5. 1952 stießen beiderseits des Rheins auf herbe Kritik. Die SPD lehnte die Abkommen rundweg ab, weil sie ihrer Meinung nach weder Gleichberechtigung noch Partnerschaft brachten und den Weg zur Wiedervereinigung verbauten. Vielen Franzosen mutete der von Frankreich zu entrichtende Preis des erneuten Souveränitätsverlusts zu hoch, das erreichte Sicherheitssystem zu löchrig an. Auriol verbreitete Horrorszenarien von einem militaristischen Deutschland, das Frankreich mit der EVG in einen Krieg zur Rückeroberung seiner Ostgebiete hineinziehe. Als scharfe Widersacher gegen eine rasche Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft galten auch hohe Beamte im Quai d'Orsay, namentlich Parodi, die die Bedrohung durch die Sowjetunion noch immer dem Mißtrauen gegenüber Deutschland nachordneten, und die Militärs, denen die Effizienz der EVG Sorgen bereitete. Von seiten der Parteien wurde die EVG besonders heftig durch die Gaullisten attackiert. De Gaulle wetterte gegen die französische „Verzichtpolitik" und beklagte sich, daß die Bundesrepublik Souveränität und Gleichberechtigung ohne jegliche Gegenleistung gewänne.

Schuman konnte diese auf die nationale Eigenständigkeit *und* gegen die Westbindung der Bundesrepublik eingestellten einflußreichen Kräfte nicht ignorieren. Im Gegensatz zu Adenauer sah er denn auch keinen Grund, die beiden Verträge beschleunigt über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Er empfahl vielmehr die Aufnahme von Viermächtegesprächen, um mit Hilfe ihres antizipierten Fehlschlags den Boden für die Ratifikation zu bereiten. Schuman wollte also die Integration der Bundesrepublik in den Westen, ohne die Brücken zur östlichen Vormacht abzubrechen. Denn dies hätte Frankreich nicht nur eines Kontrollmittels gegenüber dem Nachbarn beraubt, sondern der Sowjetunion auch die Möglichkeit geboten, die deutsche Sehnsucht nach staatlicher Einheit auszunutzen.

Adenauer dagegen betrachtete die rasche parlamentarische Absegnung des EVG-Abkommens als notwendig, um der SPD, aber auch den gegen die Verträge eingestellten französischen Kreisen den Wind aus den Segeln zu nehmen. In seinem außenpolitischen Weltbild kristallisierten sich jetzt drei Axiome heraus: die Furcht vor der Einigung der Vier Mächte auf Kosten Deutschlands, die Notwendigkeit der europäischen Einigung, und – als Kernelement Adenauerscher Ost-

und Deutschlandpolitik – die Überzeugung, daß die Sowjetunion zur friedlichen Lösung der europäischen Streitfragen eines Tages bereit sein werde, sobald sie mit ihrer Politik der Drohungen oder Lockungen nicht reüssiere.

Als der Deutsche Bundestag die Debatte hinauszögerte, versuchte Adenauer, zur Verbesserung der politischen Stimmungslage zwischen Bonn und Paris – wieder einmal – die kulturelle und vor allem wirtschaftliche Kooperation voranzutreiben. Während die kulturelle Zusammenarbeit wegen des noch immer nicht abgeschlossenen Kulturabkommens stagnierte, hatten sich die ökonomischen Beziehungen sehr erfreulich entwickelt, war die Bundesrepublik doch innerhalb der letzten zwei Jahre zum besten Abnehmer französischer Waren aufgestiegen. Indem der Kanzler die industriellen Verflechtungen weiter zu intensivieren wünschte und ein besonderes Augenmerk auf die Rüstungswirtschaft legte, beabsichtigte er, sowohl das Mißtrauen der Franzosen gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung als auch ihren Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem zu neuer Dynamik findenden Nachbarn abzubauen.

Parallel dazu bemühte sich die Bundesregierung mehr oder minder erfolgsorientiert um eine Bereinigung der Saarfrage. Schon im März 1952 hatten Schuman und Adenauer bilaterale Verhandlungen mit dem Ziel einer Umwandlung des Saargebietes in eine selbstverwaltete Region unter dem Ministerkomitee des Europarates verabredet. Auf welch glattem Eis sich beide Politiker bewegten, verdeutlichten die harten Vorwürfe, denen sie sich sofort ausgesetzt sahen. Die SPD, die prodeutschen Parteien an der Saar, in gewissem Maße auch Kaiser, warfen dem Kanzler vor, er schreibe die Saar ab. Und Schuman mußte sich von Hardlinern wie dem gaullistischen Senator Michel Debré vorhalten lassen, Europäisierung bedeute letztlich nichts anderes als Verzicht. Nach drängenden Mahnungen der Amerikaner, die um die Ratifizierung der Westverträge fürchteten, entwickelten die Franzosen den Plan, das Saargebiet in einen „District of Columbia" für die europäischen Institutionen umzufunktionieren. Die Anfang August aufgenommenen deutsch-französischen Konsultationen spiegelten von Anfang an das nach wie vor nicht überwundene Mißtrauen zwischen beiden Seiten wider. Als kaum lösbarer Konfliktstoff erwies sich die von Adenauer verlangte Herstellung demokratischer Zustände und die Zulassung der prodeutschen Parteien. Schuman hingegen wollte erst eine Einigung in den Hauptpunkten eines europäischen Saarstatuts festzurren, das seiner Ansicht nach insbesondere die Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und der Saar sowie deren Autonomie in inneren Angelegenheiten bestätigen sollte.

Einseitige Schuldzuweisungen über das Mißlingen der Verhandlungen Ende Oktober gehen an der historischen Realität vorbei. Adenauer war am Zustandekommen einer europäischen Lösung sehr wohl interessiert, aber unter dem Druck der innenpolitischen Fronde und der prodeutschen Saarparteien nicht dazu bereit, an seinen Grundprinzipien zu rütteln, zumal die Ratifikation der Westverträge höchst unsicher wirkte. Die um Vermittlung bemühten Westmächte sahen Frankreich in der Bringschuld, ohne sich aber prononciert für die Deutschen zu engagieren. Schumans Konzessionen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß das europäische Statut für gewisse Kreise in Paris lediglich die Funktion eines Feigenblatts besaß, hinter dem sich die politische Separation der Saar

von Deutschland sowie deren wirtschaftliche Orientierung nach Frankreich fortsetzen sollten.

Der französische Außenminister zog aus der Stagnation seiner Saar- und Deutschlandpolitik den Schluß, noch stärker auf die europäische Karte setzen zu müssen. In enger Abstimmung mit dem italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi hatte er bereits im Juli 1952 die Ausarbeitung eines Statuts über eine Europäische Politische Gemeinschaft angeregt, der sich dann im Herbst eine „Ad-hoc-Kommission" der sechs EGKS-Staaten annahm. Schumans Initiative wurde sowohl von der amerikanischen wie von der deutschen Regierung lebhaft begrüßt. Die SPD-Opposition, lehnte sie brüsk ab, weil sie den Franzosen unterstellte, letztlich nur die Vorherrschaft in Westeuropa und die Verhinderung der deutschen Einheit anstreben. Adenauer wünschte demgegenüber die Fortsetzung der Einigungspolitik schon deshalb, weil sie die einzig denkbare Chance war, Souveränität zu erreichen. Das neue Vorhaben bot die Gelegenheit, das Schwergewicht von der militärischen auf die politische Integration zu verschieben, und entsprach dem deutschen Bedürfnis, die europäische Einigung auf der Basis der deutsch-französischen Annäherung fortzuschreiben, um ein französisch-sowjetisches „rapprochement" oder eine Verständigung der Großen auf Kosten Deutschlands abzuwehren.

Das Projekt erschien Adenauer um so wichtiger, als er nach dem Fehlschlag der Saarverhandlungen und dem Anfang Oktober von der Assemblée Nationale gefaßten Beschluß, die Ratifikationsdebatte über die Westverträge auf unbestimmte Zeit zu verschieben, nun erstmals ein Scheitern der EVG ins Kalkül zog. Den in einem solchen Fall unausweichlichen Aufbau einer deutschen Nationalarmee betrachtete er innen- wie außenpolitisch als Unglück: In der Bundesrepublik stärkte er die Militaristen und in Frankreich schürte er die Gefahr, aus Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik eventuell mit der Sowjetunion zu paktieren. Um nicht selbst für einen Schiffbruch der EVG verantwortlich gemacht zu werden, zielte Adenauer darauf ab, das parlamentarische Verfahren in Bonn beschleunigt zu beenden. Doch erst im März 1953 sollte er dieses Ziel erreichen.

Derweil hatten sich in Frankreich die Ratifikationsaussichten mit dem abnehmenden Gefühl der äußeren Bedrohung weiter verschlechtert. Seit dem Sommer 1952 bemühten sich die EVG-kritischen Beamten im Quai d'Orsay um Seydoux mit Verve, die französische Außenpolitik in eine neue Richtung zu lenken, um die kleineuropäische Einigung und das System der integrierten Verteidigung zu unterminieren. Wie diffizil sich die innenpolitisch-parlamentarische Lage darstellte, zeigte sich Ende 1952 beim Sturz der Regierung Pinay. Die Volksrepublikaner, die die Verteidigungsgemeinschaft ganz überwiegend befürworteten, warfen dem Regierungschef vor, den EVG-Vertrag nicht ratifiziert zu haben. Radikalsozialisten, Kommunisten und Gaullisten verübelten ihm hingegen, daß er ihn überhaupt unterschrieben hatte.

Mit der Investitur der von den Gaullisten mitgetragenen Regierung René Mayer Anfang 1953 trat für das Schicksal des EVG-Vertrags eine gewisse Vorentscheidung ein. Denn mit dem von Mayer als Preis für seine Wahl bezahlten Wechsel im Amt des Außenministers von Schuman zu Bidault erlitt die proeuropäische Richtung der französischen Außenpolitik eine erhebliche Schwächung. Die Geg-

ner der – politischen wie militärischen – supranationalen Integration hatten nun ein leichteres Spiel. Während Minister wie Teitgen, der Staatssekretär im Quai d'Orsay, Maurice Schumann, und Botschafter Alphand das Projekt weiter verteidigten, nahm Bidault eine Mittlerposition ein. Frankreich mußte in seinen Augen die Rolle als global agierende Großmacht bewahren, zugleich aber an der europäischen Einigung führend mitwirken.

Mayer machte die Ratifikation der Westverträge nun von zahlreichen Vorbedingungen abhängig: einer Übereinkunft mit Adenauer über ein europäisches Saarstatut, einer engeren Mitwirkung Großbritanniens und der Verabschiedung von Zusatzprotokollen, die Frankreich gewisse Vorrechte zusichern sollten. Den „anti-cédistes" reichte das nicht aus. Im Quai d'Orsay verlangten einige Spitzenfunktionäre die Aushöhlung der supranationalen Elemente des EVG-Vertrages und die Partizipation Großbritanniens, andere gar die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion und billigten dafür der Bundesrepublik den Beitritt zur NATO sowie nationale Truppen zu.

Adenauer lehnte die von Mayer aufgestellten Forderungen keineswegs ab. Er pflichtete einer „organischen Weiterentwicklung" des EVG-Vertrags ausdrücklich bei, löste damit aber einen scharfen Disput mit der neuen amerikanischen Regierung unter Eisenhower aus. Den USA ging es nicht nur um die Absicherung der Westintegration der Bundesrepublik und eine rasche Wiederbewaffnung, sondern auch um eine dauerhafte Friedensordnung in Europa, für die Außenminister Dulles eine supranationale Verklammerung von Deutschen und Franzosen unabdingbar erschien. Aus Angst vor der von ihm angedrohten Wende in der amerikanischen Europapolitik schwenkte der Kanzler rasch auf dessen Linie ein und wurde nunmehr zu einem resoluten Verfechter der EVG, nicht im Sinne eines naiven Integrationsidealisten, sondern aus „bedingungsloser Anerkennung der amerikanischen Führung".

Frankreichs Partner akzeptierten daraufhin eine Reihe von Zusatzprotokollen, bestanden aber darauf, Geist und Buchstaben des Vertrages nicht in Frage zu stellen. Konkret bedeutete dies, daß sie dem schwierigen Verbündeten weder die erwünschte volle Verfügungsgewalt über die Streitkräfte noch die Autonomie in der Rüstungsproduktion zubilligten; der Weg zum Aufbau einer Atomstreitmacht blieb Paris verwehrt. Die von Mayer angemahnte Lösung der Saarfrage ließ ebenfalls auf sich warten, weil Bonn sie nicht ohne echte Aussicht auf einen Durchbruch bei der Ratifikation der EVG auszuhandeln bereit war.

Nach dem Tode Stalins im März 1953 sank das französische Interesse an den Westverträgen aufgrund der sich mehrenden Symptome einer politischen Entspannung zwischen den Blöcken weiter ab. Erneut traten Überlegungen in den Vordergrund, die von Moskau eingeleitete Détente-Kampagne offensiv aufzugreifen. Während Seydoux die Meinung vertrat, eine Viererkonferenz sei noch vor der Ratifikation der Verträge sinnvoll, durfte die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Sowjetunion in den Augen von Sauvagnargues allenfalls danach erfolgen, um die Westbindung der Bundesrepublik nicht zu gefährden. Andere Beamte des Außenministeriums liebäugelten hingegen wie der Staatspräsident abermals mit dem Gedanken der Neutralisierung Deutschlands. Bidault lehnte sie dezidiert ab, sperrte sich aber zugleich gegen den Anfang März fertiggestellten Satzungs-

entwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft und wurde darin von Beratern wie Seydoux, Chauvel oder Massigli bestärkt, die die sich formierende integrierte Sechsergemeinschaft als Angriff auf Rang und Größe der Grande Nation begriffen.

Demgegenüber sah die Bundesregierung in dem Dokument, an dem der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, von Brentano, maßgeblich mitgewirkt hatte, als akzeptable Basis für weitere Beratungen. Sie setzte sich damit klar von der Position der Opposition ab, die zu den früheren Argumenten gegen die Europäische Politische Gemeinschaft noch ein neues hinzufügte: Rücksichtnahme auf die Sowjetunion. Während Adenauer seinen Willen zur Forcierung der Integration bekräftigte, weil die östliche Bedrohung auch nach dem Tode von Stalin seines Erachtens nicht geringer geworden war, pochte die SPD auf eine baldige Viermächtekonferenz. Nach dem als äußerst riskant empfundenen Entspannungsvorstoß des britischen Premierministers Churchill Mitte Mai verschob der Kanzler nicht zuletzt aus Rücksicht auf französische Vorbehalte seine europapolitische Mittelposition zwischen dem Beharrungsstreben der traditionellen Diplomaten und dem Vorwärtsdrängen der Europa-Parlamentarier zugunsten der ersten Gruppe und näherte sich der Haltung Bidaults an. Eine Aufweichung der deutschen Position schien ebenso notwendig wie sinnvoll: notwendig, weil sich mit dem Sturz der Regierung Mayer Ende Mai und der anschließenden sechswöchigen Regierungskrise eine Flaute in der französischen Europapolitik abzeichnete, ja die Integration für viele Franzosen mit dem in der Bundesrepublik aufkommenden Überlegenheitsgefühl ihren positiven Charakter verlor; sinnvoll, weil Zersetzungserscheinungen im gaullistischen Lager, das erstmals Minister für die neue Regierung Laniel stellte, in Bonn neue Hoffnung hinsichtlich der Ratifizierung des EVG-Vertrags aufkeimen ließ.

Allerdings konnte den Verlautbarungen der Parteien keine grundlegende Änderung der festgefahrenen Situation entnommen werden: Die Radikalsozialisten machten ihre Zustimmung von der Annahme eines internationalen Statuts der Saar und der Schaffung einer europäischen politischen Autorität abhängig. Die Gaullisten sprachen sich gegen die EPG aus, und die Sozialisten stimmten der Europa-Armee im Grundsatz zu, sofern eine politische Gemeinschaft mit beschränkten, aber realen Vollmachten entstünde, die Zusammenarbeit zwischen der EVG und Großbritannien sowie eine Sicherheitsgarantie der USA gewährleistet seien.

Vor diesem Hintergrund machte sich Adenauer Anfang Juli 1953 zum Vorreiter auf der hochschwappenden Entspannungswelle und lancierte den spektakulären Plan einer Viermächtekonferenz über Deutschland sowie eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der EVG. Nach den gewonnenen Bundestagswahlen vom September regte er darüber hinaus die Bildung eines europäischen Distriktes an der Saar als Sitz der supranationalen Organisationen unter Einbeziehung einiger französischer Landstriche an. Die Fortdauer der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion glaubte er Frankreich durch die Garantie bestimmter Sonderrechte abtrotzen zu können. Außerdem grübelte der in seinem Amt grandios bestätigte Kanzler erneut über eine Vertiefung des Verhältnisses zum westlichen Nachbarn, wobei er neben längst vertrauten Vorhaben auf

wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet jetzt auch mit dem „Gedanken einer engeren bündnisähnlichen Verpflichtung" beider Länder spielte.

In Frankreich fehlten für derart weitreichende Pläne indes nicht nur kongeniale Ansprechpartner, sondern auch die politischen Voraussetzungen. Gewiß gab es selbstkritische Politiker, die durchgreifende Reformen zur Behebung der inneren Malaise anmahnten; es mangelte ihnen aber an Entschlossenheit und Unterstützung. Allzu häufig wurden sie von jenen Stimmen übertönt, die Deutschland schon wieder auf dem Sprung zur Hegemonie sahen. Auriol etwa verstieg sich in seiner Germanophobie zu der aberwitzigen Tirade, die Deutschen hätten Adenauer nur seines Nationalismus wegen wiedergewählt! Ernsthafter, weil weniger ressentimentgeladen, wirkt das Urteil des französischen Hohen Kommissars in Bonn, François-Poncet, der offen Bewunderung für den siegreichen Kanzler bekundete, sich allerdings fragte, ob die auf der ökonomischen Stabilität ruhende „sagesse politique" der Deutschen auch in Krisenzeiten Bestand haben würde.

Die von Adenauer anvisierte Lösung der Saarfrage ließ auf sich warten. Gegenseitiger Argwohn und der Druck der jeweiligen innenpolitischen Gegner einer Europäisierung, aber auch die Verknüpfung mit der EVG-Problematik, hielten beide Regierungen monatelang davon ab, ihre Verhandlungsbereitschaft auszuloten. Mit der Perspektive der von den Vier Mächten mittlerweile vereinbarten Außenministerkonferenz nahm Adenauer dann angesichts der stagnierenden Verhandlungen über die EPG im Herbst von seinen grundlegenden Vorschlägen zur europäischen Sicherheitspolitik wieder Abstand und lehnte nun auch eine Verknüpfung mit der „deutschen Frage" auf der Viererkonferenz ab. Er hatte sich ohnehin eher contre coeur für die Tagung ausgesprochen; letzten Endes wünschte er unter den gegebenen Voraussetzungen keine Einigung über Deutschland. Da ihm die Erlangung der deutschen Einheit nur zu seinen Konditionen – also fest im Westen verankert – akzeptabel erschien, nahm er in Kauf, daß Deutschland geteilt blieb, und beschränkte sich darauf, die Tür zur Wiedervereinigung offenzuhalten.

In seiner Konsequenz entsprach dieser Kurs durchaus der Position der im Quai d'Orsay damals tonangebenden Kräfte. Angesichts der Weigerung der Westmächte und der Sowjetunion, über substantielle Abstriche ihrer jeweiligen Deutschlandpolitik mit sich reden zu lassen, mündeten die Viermächtegespräche auf der Berliner Außenministerkonferenz im Januar/Februar 1954 rasch in einer Sackgasse. Als Hauptverfechter westlicher Unnachgiebigkeit entpuppte sich zur Überraschung vieler Beobachter der französische Außenminister, der sogar sowjetische Andeutungen über ein Tauschgeschäft zwischen dem Fallenlassen der EVG und einem Friedensschluß in Indochina ignorierte. Da es dem Westen allerdings nicht gelang, der Öffentlichkeit gegenüber der Sowjetunion die Alleinschuld am Stillstand in der „deutschen Frage" zuzuschieben, blieb der erhoffte Auftrieb für die EVG-Ratifikation aus. Wie wenig Sympathie dem supranationalen Integrationskonzept in Frankreich noch entgegengebracht wurde, verdeutlicht die Tatsache, daß die Sechsergemeinschaft Anfang März auf französischen Vorschlag hin die weitere Behandlung der EPG vertagte und damit de facto zu Grabe trug.

Die Geschichte der europäischen Integration in den fünfziger und sechziger Jahren von der Montanunion bis zu den Fouchet-Plänen stellt anschaulich unter

Beweis, daß ihr Erfolg hauptsächlich von den beiden großen westeuropäischen Demokratien abhing. Schuman hatte mit seinem Vorstoß vom August 1951 in Richtung auf eine Europäische Politische Gemeinschaft den technokratischen Teilgemeinschaften die demokratische Legitimation verschaffen und vor allem die Beaufsichtigung über die sich abzeichnende deutsche Wiederbewaffnung sicherstellen wollen. Seine Initiative war von Anfang an mit dem Dilemma behaftet, daß die Grande Nation ihre Rolle als europapolitischen Vorreiter nur ausfüllen konnte, wenn sie einen Teil ihrer Unabhängigkeit abgab. Dieses Opfer schien ihr aber bloß erträglich, sofern es der Kontrolle der Bundesrepublik diente. Nach der Unterzeichnung des Pariser Vertrages benutzte Frankreich die EPG darüber hinaus als Vehikel für die EVG-Ratifizierung. Aufgrund dieser instrumentalen Doppelfunktion verlor die EPG mit der sich an der Seine wandelnden Einstellung zur Verteidigungsgemeinschaft und zur Aufgabe nationaler Souveränität schlechthin ihre Bedeutung. Die EPG scheiterte somit an den Veränderungen der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sowie an der Mutation Frankreichs vom Initiator zum Bremser der europäischen Integration.

Die Bundesrepublik stellte sich dieser Entwicklung nicht in den Weg, ja ließ selbst den letzten Willen vermissen, dem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Im Gegensatz zur Opposition hatte die Regierung zwar zunächst Interesse an der politischen Einigung gezeigt und auch die Abgabe von Kompetenzen akzeptiert, sofern der Grundsatz der Gleichheit gewahrt war. Mit der nachlassenden Unterstützung Frankreichs schwand aber seit Mai 1953 ihre Neigung, sich für die Regelung der zu lösenden schwierigen Probleme mit aller Kraft einzusetzen. Vor dem Hintergrund der internationalen Lage verlor die EPG für den Kanzler ihren genuin europapolitischen Impetus und trat in den Dienst weiterer außenpolitischer Ambitionen. Ohne das Konzept der europäischen Integration vollends aufzugeben, stemmte er sich schließlich nicht gegen das Mißlingen, da die Souveränität der Bundesrepublik nicht vom Zustandekommen der EPG, sondern von der Ratifizierung der EVG abhing.

Doch auch die EVG wurde zunehmend unwahrscheinlicher, seitdem im Herbst 1953 mit dem immer offener diskutierten „New Look" in der amerikanischen Verteidigungskonzeption, d.h. der stärkeren Betonung nuklearer Abschreckung, eine völlig neue Komponente in die französische Sicherheitsdiskussion eingetreten war. Sie verstärkte noch die Abneigung gegen die Integration der französischen Truppen und ließ zugleich – fünf Jahre vor de Gaulles berühmtem Triumviratsvorschlag – den Ruf nach einer kollektiven Führung der westlichen Strategie im Sinne einer „direction à trois" aufkommen. Angesichts der unverhüllten Drohung der USA mit einem „agonizing reappraisal" ihrer Europapolitik schien der französischen Regierung ein Neuverhandeln des EVG-Vertrags ausgeschlossen. Um die Kritik der unversöhnlichen Gegner aufzufangen, ging sie statt dessen den Weg, mit Hilfe von Anwendungsregeln das Inkrafttreten hinauszuzögern bzw. die Vertragsklauseln zu modifizieren.

Der Fall der französischen Dschungelfestung Diên Biên Phu Anfang Mai 1954 und die Verweigerung militärischer Unterstützung der dort eingeschlossenen Truppen seitens der USA ließen den Ruf nach einer nationalen nuklearen Streitmacht lauter denn je erschallen. Militärische Kreise, in denen vereinzelte Stimmen

bereits seit 1950 den Bau einer französischen Atombombe gefordert hatten, fanden mit derartigen Vorstellungen nun auch in der classe politique zunehmend Gehör. Der von Mahnungen der Amerikaner begleitete Versuch Adenauers, mit dem der EVG gewogenen stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten Teitgen nun eine Regelung zur Europäisierung der Saar herbeizuführen, bewies zwar einmal mehr, daß sie für den Kanzler Verhandlungsmasse zur Verwirklichung übergeordneter außenpolitischer Bestrebungen war. Seine auch gegen Widerstand in den eigenen Reihen durchgesetzte Einigung mit Teitgen blieb indes folgenlos, weil der Minimalkompromiß zu einem Zeitpunkt kam, als die innerlich ohnehin zerrissene Pariser Regierung um das eigene Überleben, die Abwicklung des Indochinakrieges und einen ehrenhaften Ausstieg aus der EVG kämpfte. Wenige Wochen nach der Katastrophe von Diên Biên Phu nun auch noch die Saar zu opfern, überstieg für sie das Maß des Erträglichen.

Washington und Bonn klammerten sich offiziell weiterhin an der EVG fest und verständigten sich darauf, Paris mit wachsendem Druck endlich zur Ratifikation zu bewegen. Gleichzeitig arbeiteten amerikanische, britische und deutsche Diplomaten gemeinsam an der Auflösung des Junktims zwischen dem EVG- und dem Generalvertrag. Der im Juni ins Amt berufene neue französische Regierungschef Pierre Mendès France sah sich gezwungen, dieser Politik der Faits accomplis entgegenzutreten. Obwohl er persönlich kein Freund der EVG war, unternahm er einen letzten Versuch, das Vertragswerk nicht im Sinne einer „ratification pure et simple", sondern eines Ausgleichs zwischen den verfeindeten „cédistes" und „anticédistes" zu retten. Da er aber vorab auf der Genfer Indochina-Konferenz im Juli 1954 mit dem sowjetischen Außenminister Molotow einen Waffenstillstand aushandelte, setzte er sich dem Verdacht aus, er habe eine Neutralisierung Deutschlands zugestanden und die EVG zugunsten des Kriegsendes in Fernost geopfert. Nach den bisher zugänglichen Quellen gibt es keine Beweise, die die von Adenauer noch in seinen Memoiren erneuerten Verdächtigungen rechtfertigen. Allerdings darf durchaus die kontrafaktische Frage gestellt werden, ob es nicht abermals – wie schon 1951 im Palais Marbre Rose, 1955 auf der Genfer Gipfelkonferenz oder 1956 gegenüber der Regierung Mollet – die Unbeweglichkeit der Sowjetunion war, die Frankreich von einer Auflockerung, gar Wende seiner Ostpolitik abhielt.

Anstatt sich auf politische Abenteuer einzulassen, arbeitete Mendès France jetzt Punkt für Punkt den Katalog seiner zentralen außenpolitischen Probleme ab. Wegen der unüberbrückbaren Dissonanzen zwischen Anhängern und Gegnern der EVG beauftragte er zwei Mitarbeiter mit der Erstellung von Anwendungsprotokollen, die er den Unterzeichnerstaaten des Vertrags auf der für August nach Brüssel einberufenen Außenministerkonferenz zu präsentieren gedachte. Als die Sowjets mit einer neuen Viermächtekonferenz lockten, beschloß er, zunächst die Assemblée Nationale über die EVG entscheiden zu lassen. Die Durchführung der Konferenz sollte dann noch vor dem endgültigen Abschluß des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens erfolgen.

Unter dem Einfluß der die EVG ablehnenden Berater ließ er es zu, daß die Anwendungsprotokolle noch in letzter Minute nicht unwesentlich abgeändert wurden. Für die Verbündeten waren die französischen Vorschläge dadurch unannehmbar geworden, weil sie darauf hinausliefen, von der EVG nur noch die

äußere Hülle zu erhalten. Entscheidend für die Ablehnung der Vorlage war die Position Adenauers, die gleichermaßen aus dem Druck der Amerikaner wie dem ihm von den französischen EVG-Anhängern falsch vermittelten Eindruck resultierte, Mendès France könne den Vertrag doch noch im Palais Bourbon durchbringen, sofern man ihm nur energisch genug entgegenträte. Darin aber sollte sich der Kanzler irren! Ohne überhaupt die Aussprache eröffnet zu haben, gab die Nationalversammlung dem Abkommen am 30. 8. 1954 den Todesstoß.

Die größte ideologisch-politische „querelle" Frankreichs seit der „Dreyfus-Affäre" an der Jahrhundertwende hatte ein unrühmliches Ende genommen. Die SPD, die schon seit Monaten Viermächte-Verhandlungen eindeutig die Priorität gegenüber der Westbindung gab, bejubelte das Ergebnis mit einer Mischung aus Schadenfreude und Euphorie. Adenauer hingegen war zutiefst erschüttert und machte für diesen Tiefpunkt deutsch-französischer Beziehungen Mendès France verantwortlich – gewiß zu Unrecht. Schon im Sommer 1952 war Sand ins Getriebe der EVG gekommen, und schon damals hatten Mitarbeiter Adenauers begonnen, nach Auswegen zu suchen. Nach dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Administration Anfang 1953 wurde die Suche notgedrungen abgebrochen. Der Bundesregierung blieb unter den gegebenen Umständen gar nichts anderes übrig, als an der EVG festzuhalten, wobei ihr Optimismus sicherlich auch durch diplomatische Berichte aus Paris genährt wurde, die bis zum Sommer 1954 nie die Hoffnung auf einen Erfolg in der Assemblée Nationale aufgaben.

Besaß der Vertrag tatsächlich jemals eine Chance, das Plazet des französischen Parlaments zu erhalten? Ex post bedauerte Adenauer, das Abkommen von deutscher Seite nicht schon 1952 ratifiziert zu haben. Gewiß hätte eine frühzeitige parlamentarische Billigung am Rhein die Verantwortlichen an der Seine zusätzlich unter Druck gesetzt und ihnen vor allem die Möglichkeit genommen, auf ein Scheitern in Bonn zu spekulieren. Mit dem Regierungswechsel in Frankreich vom Januar 1953 und dem Ausscheiden Schumans aus dem Kabinett verlor die Lobby der „cédistes" ihr wichtigstes Zugpferd. Adenauer war in dieser Situation zu beträchtlichen Zugeständnissen bereit, wurde aber brüsk von Dulles gestoppt. In Frankreich formierte sich die Opposition in allen politischen Lagern und trug mit zunehmender Intransigenz ihre ebenso vielschichtigen wie diffusen Forderungen vor. In einigen Kreisen wurde die deutsche Aufrüstung prinzipiell abgelehnt; andere wähnten die Voraussetzungen für die Remilitarisierung des Nachbarn aufgrund der sich wandelnden internationalen Lage im Gefolge von Stalins Tod überholt; eine dritte Gruppe erachtete die Konzeption des Pleven-Plans im Pariser Vertrag als unzureichend umgesetzt. Gegen die EVG sprachen die Beschneidung der eigenen Souveränität, die fehlende Teilnahme Großbritanniens, die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa oder die Rücksicht auf die Sowjetunion. Entsprechend dem eigenen Grad der Abneigung entwickelten die „anti-cédistes" Alternativen, die von einer Ersetzung des supranationalen Elements durch die Assoziation nationaler Armeen über die Beschränkung der Integration auf die Rüstung in Friedens- und das Personal in Kriegszeiten bis zur Bewahrung des EVG-Vertrags in einer gemäßigten Version reichten.

Maßgeblich für den Entscheidungsprozeß an der Seine waren die sich innerhalb von vier Jahren fundamental verändernden internationalen Rahmenbedingungen:

Der Korea-Krieg, der 1950 nicht unwesentlich zur Initiative Plevens beigetragen hatte, war mittlerweile friedvolleren Zeiten gewichen. Mit der Weigerung der Angelsachsen, auf die französischen Sicherheitsansprüche einzugehen, und dem hartnäckigen Verlangen der USA nach Ratifizierung der EVG verstärkte sich die Phalanx der Gegner, die durch die amerikanische Ablehnung einer militärischen Unterstützung in Indochina weiteren Zulauf bekam. Die mit der „New-Look"-Strategie einhergehende Nuklearisierung der Kriegführung verschärfte die Spannungen. Frankreich konnte kein Interesse an dem drohenden Truppenabzug der USA haben und war zugleich zur Wahrung der eigenen Stellung in der Atlantischen Allianz darauf bedacht, den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht in die Wege zu leiten. Dafür aber war die supranationale EVG ein Hindernis. Mehr und mehr galt eine durch geeignete Kautelen abgesicherte Einbindung der Bundesrepublik in die NATO als geringeres Übel, zumal die Aussicht auf ein nukleares Mitspracherecht den gewünschten Sicherheitsvorsprung zu gewährleisten schien. So zerschellte die EVG nicht an einem Zuwenig, sondern einem Zuviel an Supranationalität, weil sie mit der Entwicklung der zum Symbol für die nationale Grandeur wie für den eigenen Rang im Konzert der Mächtigen stilisierten Kernwaffen nicht vereinbar war.

Mit ungeahnter Energie gelang es den Westmächten nach dem Fiasko innerhalb weniger Wochen, eine tragfähige Ersatzlösung zu finden. Adenauer fand nach Momenten tiefer Niedergeschlagenheit rasch zu alter Kraft zurück und setzte auf den baldigen Gewinn der Souveränität und der Wehrhoheit, aber auch auf einen neuen Anlauf zur europäischen Einigung. Die vom britischen Außenminister Eden ins Visier genommene Trennung von Deutschland- und Sicherheitsfrage kam für Adenauer nicht in Betracht. Wenngleich er aus Sorge um einen französischen Einspruch gegen einen deutschen NATO-Beitritt die Möglichkeit eines indirekten Einbaus in die Atlantische Gemeinschaft prüfen ließ, strebte der Kanzler den direkten Zugang an und war daher bereit, gewisse Beschränkungen freiwillig zuzugestehen.

Mendès France erschien das Bonner Programm nicht annehmbar. Eine vollständige Souveränität schied schon deshalb aus, weil sie die deutsche Teilung zementierte und jegliche Chance zur friedvollen Einigung Deutschlands in Übereinstimmung mit der Sowjetunion raubte. Sein Ziel war vielmehr die Konservierung von Grundelementen des Besatzungsstatuts und das Offenhalten der „deutschen Frage". Als ebenso problematisch galt auch Adenauers Forderung nach Wehrhoheit. Die von Eden schließlich angeregte Lösung einer Erweiterung und Umwidmung des ursprünglich gegen eine neue deutsche Aggression konzipierten Brüsseler Paktes von 1948 zur Westeuropäischen Union (WEU) entsprach hingegen ganz den Vorstellungen des Président du Conseil. Ja, sie war im Kern ein französisches Konzept, das von seinen Beratern schon Wochen zuvor entwickelt worden war.

Auf der Ende September beginnenden Londoner Konferenz gab Mendès France den fünf Jahre lang geübten Widerstand gegen die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nordatlantische Allianz nach zähem Feilschen erst auf, als die Verbündeten seine Forderung nach Einrichtung einer Rüstungskontrollbehörde unter dem Dach der WEU guthießen, Eden eine permanente britische Truppenprä-

senz auf dem Kontinent und Adenauer den Verzicht auf die Produktion von ABC-Waffen zusagten. Vier Wochen später wurden die schwer erkämpften Vereinbarungen in Paris schriftlich fixiert. Entscheidend für das beachtliche Ergebnis des diplomatischen Ringens war der politische Wille der Angelsachsen und Deutschen, die sich trotz des Desasters vom 30. 8. erstaunlich selbstbewußt gerierenden Franzosen auf keinen Fall aus der westlichen Staatengemeinschaft verbannen zu wollen.

Am Rande der Konferenz von Paris trafen Adenauer und Mendès France langfristig bedeutsame Vereinbarungen zur Ankurbelung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, unterzeichneten das seit Jahren angestrebte Kulturabkommen und bereinigten die Saarfrage, deren geplanter Europäisierung mit dem Scheitern von EPG und EVG das Fundament entzogen worden war. Der in äußerst schwierigen Unterredungen mühsam gefundene Kompromiß überantwortete die Außen- und Verteidigungspolitik der Saar einem neutralen Kommissar im Rahmen der WEU; die Währungsunion zwischen dem Saargebiet und Frankreich sollte bestehen bleiben. Unter dem Druck französischer Drohungen konzedierte Adenauer außerdem eine Volksabstimmung über dieses Abkommen. Als Gegenleistung gestand Mendès France eine Revisionsklausel zu, derzufolge eine Änderung des Saarstatuts nach einem zweiten Referendum anläßlich eines Friedensvertrages über Gesamtdeutschland im Prinzip möglich sein sollte.

Adenauer stellte mit diesem Resultat, das er sich in einem fintenreichen Verwirrspiel von nach Paris gerufenen Vertretern aller Bundestagsfraktionen absegnen ließ, erneut unter Beweis, daß der Saarfrage im Gesamtkontext seiner Außenpolitik nur eine begrenzte Bedeutung zukam. Sein zentrales Interesse richtete sich auf die Wiedererlangung der Souveränität und die Remilitarisierung, also auf den Eintritt der Bundesrepublik in den Areopag der „Großmächte". Bewußt ging er das Risiko einer völligen Abtrennung der Saar ein. Wenngleich er von den mit Mendès France vereinbarten freien Landtagswahlen an der Saar einiges erwartete, wirkt Adenauers nachträgliche Rechtfertigung, seine Hoffnung habe in einer Ablehnung des Statuts durch die Saarbevölkerung gelegen, unglaubwürdig. Sicherlich spielte der Kanzler in der Saarpolitik mit mehreren Karten, und eine davon hieß Rückkehr der Saar nach Deutschland. Aber ebenso gewiß war sie nicht sein Trumpfas. Angesichts der innenpolitischen und innerkoalitionären Widerstände gegen die als unecht empfundene Europäisierung blieb ihm letztlich gar nichts anderes übrig, als die Chance zur „kleinen Wiedervereinigung" potentiell offenzuhalten, obwohl sie kein stetig verfolgtes Ziel von ihm war.

Zum ersten Mal seit 1945 hatten Deutsche und Franzosen im Zeichen einer sich anbahnenden Renationalisierung europäischer Politik in bilateralen Verhandlungen die Fähigkeit zur direkten Zusammenarbeit demonstriert, ohne das Fangnetz europäischer Sicherheitssysteme in Anspruch zu nehmen. Die Bedeutung dieser geschichtsmächtigen Tage von Paris wurde indes in den Wochen darauf vom innenpolitischen Kampf um die Ratifikation der Verträge verdeckt. In Bonn trat die Etablierung der jungen Bundesrepublik als beinahe „normale" europäische Mittelmacht für viele Politiker hinter den deutschen Konzessionen in der Saarfrage bzw. die aufzubringenden Kosten in der Deutschlandpolitik zurück. Insbesondere bei den Sozialdemokraten stand das Gesamturteil über die Verträge eindeutig

im Schatten der Frage, welche Rückwirkungen auf die Teilung Deutschlands zu gewärtigen seien. Sie reagierten daher mit der Forderung nach Viermächteverhandlungen über eine Wiedervereinigung und die Integrierung Deutschlands in ein kollektives Sicherheitssystem.

Von seiten der Union und der FDP wurde nicht zuletzt das Saarabkommen kritisiert, weil es die faktische Abtrennung des Saargebietes unter dem Deckmantel der Europäisierung sanktionierte. Adenauer begegnete der Kritik nicht nur mit dem Hinweis auf die Abschaffung des Besatzungsregimes, sondern auch mit Lobeshymnen auf die beseitigten Fesseln der EVG, ja mit Großmachtszenarien, die seine europapolitischen Überzeugungen in ein diffuses Licht rücken. Schließlich gelang es ihm doch, die Zustimmungsgesetze nach heftigen Auseinandersetzungen über die Prioritäten deutscher Außenpolitik im Spannungsfeld von Westbindung und Wiedervereinigung im Februar 1955 durch den Deutschen Bundestag zu schleusen.

Weitaus prekärer gestaltete sich die Lage für Mendès France, weil die Anhänger der EVG sich mit der größeren Entscheidungsfreiheit der Bundesrepublik nicht abfinden wollten und der Ausbruch des Bürgerkrieges in Algerien Anfang November 1954 ebenso wie der zur selben Zeit lancierte neue Moskauer Vorstoß zur Einberufung einer Viermächtekonferenz die innenpolitische Situation gehörig durcheinander wirbelten. Um den Boden für die von ihm bis zum Jahreswechsel in Aussicht gestellte Ratifikation der Pariser Verträge zu bereiten, startete der Regierungschef ohne ausreichende Absprache mit den Partnern eine außenpolitische Entlastungsoffensive in Richtung auf eine für Mai 1955 angeregte neue Viermächte-Konferenz mit der Perspektive eines europäischen Sicherheitssystems. Damit distanzierte er sich von dem bisher gültigen Konzept der „double sécurité" gegenüber Deutschland und der Sowjetunion und entfernte sich auch von dem eher militärisch geprägten Konfliktmanagement der USA. Er akzeptierte die These Moskaus, daß die Schaffung eines Sicherheitssystems Bedingung für die deutsche Einheit sei. Mehr noch: Mendès France war offenbar unter dem Einfluß einiger Mitarbeiter bestrebt, sich in gewisser Weise sowjetischerseits rückzuversichern, obwohl er der westlichen Allianz treu zur Seite stand und gleichzeitig daran dachte, die deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Der Erfolg gab ihm insofern recht, als die Assemblée Nationale die Pariser Verträge Ende Dezember 1954 gegen die Stimmen vornehmlich der Kommunisten und der Volksrepublikaner passieren ließ. Kaum sechs Wochen später wurde er von einer heterogenen Koalition aus Gegnern der deutschen Aufrüstung und Anhängern der europäischen Integration gestürzt.

Adenauer kam der Rücktritt des von ihm einst so Angefeindeten höchst ungelegen. Monatelang als unzuverlässiger Kantonist verunglimpft und als Befürworter eines „marchandage planétaire" verdächtigt, wurde Mendès France inzwischen als Staatsmann geschätzt, der allein dazu befähigt schien, die Verträge durch die noch im Conseil de la République zu überwindenden Klippen zu manövrieren. Entsprechend tief gruben sich seine Sorgenfalten ein, als der Kreml vor der Ratifikationsdebatte der zweite französischen Kammer einen neuen Störversuch unternahm und sich bemühte, über die offene Österreichfrage zu neuen Viermächtegesprächen zu gelangen. Denn an der Seine gab es noch immer Politiker und

Diplomaten, die die soeben gegossenen Fundamente der Pariser Deutschlandpolitik wieder zu erschüttern gedachten und mit der Neutralisierung eines prowestlich ausgerichteten einigen Deutschlands liebäugelten. Selbst der neue Regierungschef Edgar Faure ventilierte im Gegensatz zu Außenminister Pinay derartige Gedanken, nicht weil er der Wiedervereinigung Sympathie entgegenbrachte, sondern ein geteiltes Deutschland als Gefahrenherd einstufte. Auf die dann im März 1955 anberaumte Aussprache des Conseil de la République über die Pariser Verträge sollten derartige Überlegungen letztlich keine Auswirkungen haben, um so mehr aber auf die im Juli stattfindende Genfer Gipfelkonferenz.

Zwei Monate zuvor, am 5. 5. 1955, waren die Pariser Verträge in Kraft getreten. Die Bundesrepublik wurde feierlich in die NATO aufgenommen, streifte das Gros der besatzungsrechtlichen Fesseln ab und nannte sich „souverän". Im Selbstverständnis der Regierungen von Bonn und Paris begann für das gemeinsame Verhältnis damit eine neue Ära, in der die Ressentiments der vergangenen Jahre zugunsten des entschiedenen Willens zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und „bonne entente franco-allemande" zurücktreten sollten. Wie fällt nun die Bilanz für das damit beendete Kapitel deutsch-französischer Nachkriegsbeziehungen aus?

Verglichen mit den Jahren nach 1918, ging die „psychologische Bereinigung" der Atmosphäre im bilateralen Verhältnis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs rascher voran. Als wichtiger Katalysator fungierte dabei die Europapolitik. Aus dem Gefühl der Ohnmacht hatte sich in Frankreich nach 1945 der Wunsch nach einem einheitlichen Europa entwickelt. Er wurde um so stärker, als man erkannte, daß der Verlust der eigenen Weltmachtstellung durch Schrittmacherdienste bei der europäischen Einigung zum Teil kompensiert werden konnte. Das Beharren der Briten auf ihrer nationalstaatlichen Souveränität zwang die Franzosen dazu, sich den Deutschen zuzuwenden, weil ohne deren Mitwirkung die Kooperation Westeuropas zum Scheitern verurteilt war.

Neben der Europapolitik trugen auch die seit 1950 stetig zunehmenden Wirtschaftskontakte zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bonn und Paris bei. Die lange gemeinsame Grenze begünstigte den wirtschaftlichen Austausch ebenso wie der komplementäre Charakter beider Ökonomien. Frankreich war zum Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse und Lieferanten von Agrarprodukten prädestiniert. Außerdem verfügte es mit seinem Kolonialreich über einen lukrativen Expansionsraum. Das seit 1953 unausgesprochen vorhandene Do-ut-des zwischen einem verstärkten deutschen Import französischer Agrarprodukte und steigenden Zuwachsraten beim Absatz gewerblicher deutscher Güter in Frankreich führte zu einem rasant steigenden Warenfluß. Noch im selben Jahr löste die Bundesrepublik Großbritannien als ersten Handelspartner Frankreichs ab.

Als dritter Aktivposten wirkte der Kulturaustausch. Der in den ersten Nachkriegsjahren für Frankreich zentrale Stellenwert der Kulturpolitik gegenüber Deutschland war indes inzwischen gesunken, was sich in den sehr beschränkten Mitteln widerspiegelte, die Frankreich zur Förderung eigener Kulturleistungen in der Bundesrepublik zur Verfügung stellte. Auch deutsche Finanzquellen sprudelten eher gemächlich. In den Jahren nach 1955 sollten die Ergebnisse im Bereich der staatlich geförderten Kulturpolitik noch magerer ausfallen. Erst der Elysée-

Vertrag verlieh den Kulturbeziehungen neuen Schwung. Mit Rücksicht auf die schweren historischen Belastungen standen die Aktivitäten zunächst ganz im Zeichen von unverfänglichen Konzerten, Ausstellungen oder Vorträgen sowie des Sprachunterrichts – dies allerdings ungleichgewichtig, denn Französischkurse in der Bundesrepublik stachen Deutschlektionen in Frankreich bei weitem aus. Die seit 1950 begonnene Gründung von Städtepartnerschaften und der staatlich begünstigte Jugendaustausch schufen die Basis für direkte menschliche Kontakte zwischen breiteren Bevölkerungsschichten. Mit der teilweisen Beseitigung des Paß- und Sichtvermerkzwangs 1953 legten die Regierungen den Grundstein für einen reibungslosen Reiseverkehr.

Der zunehmende Kulturaustausch und die allmähliche Verflechtung der deutschen und französischen Wirtschaft trugen mit dazu bei, das beiderseitige Verhältnis zu entkrampfen. Ein gemeinsames kulturelles Erbe und die Einsicht, politisch wie wirtschaftlich aufeinander angewiesen zu sein, schufen allmählich ein Vertrauensklima, das es den Nachbarn erlaubte, die anstehenden politischen Probleme konstruktiv anzugehen. Um sie zu lösen, bedurfte es hingegen mehr als handelspolitischer Zuwachsraten und kultureller Begegnungen, nämlich des politischen Willens der Verantwortlichen in Bonn und Paris, die nur allzu oft von der Opposition in den eigenen Reihen, im Parlament und in der öffentlichen Meinung an einem forscheren Vorangehen gehindert wurden. Die Pariser Verträge bildeten eine Basis, von der aus die von zahlreichen politischen Belastungen befreite deutsch-französische Politik ihren Weg in bessere Zeiten nehmen konnte. Die „Hypothek des Mißtrauens" war aber noch keineswegs getilgt.

Wenngleich die deutsch-französischen Beziehungen mit dem 5. 5. 1955 auf eine neue Grundlage gestellt worden waren, blieben sie abhängig von dem überwölbenden Ost-West-Konflikt, in dem nun ebenfalls eine neue Ära einsetzte. Aufschluß über die Verständigungsbereitschaft zwischen den Blöcken mußte die für Juli nach Genf einberufene Gipfelkonferenz der Vier Mächte geben. Die Erwartungen der Bundesregierung lagen sehr niedrig. Adenauer präsentierte sich nach außen hin als Verfechter der deutschen Einigung, gab aber intern Frieden und Freiheit der Westdeutschen eindeutig die Priorität. Eine gleichermaßen doppelbödige Politik betrieb auch Frankreich. Offiziell befürwortete es die Wiedervereinigung Deutschlands, de facto erachteten zumindest die Anhänger einer Westbindung der Bundesrepublik die staatliche Einheit des östlichen Anrainers nicht als wünschenswert. Allerdings konnten sie sich gegenüber den Andersdenkenden in Regierung, Ministerialbürokratien, Parteien oder öffentlicher Meinung nie vollständig durchsetzen. Frankreichs Deutschlandpolitik blieb fürderhin mehrdimensional und kalkulierte neben dem Status quo auch andere Modelle zur Lösung der „deutschen Frage" ein. Dies zeigte sich beispielsweise, als Faure in Genf entgegen allen Absprachen die Nichterhöhung des militärischen Potentials Deutschlands für den Fall der Wiedervereinigung in Aussicht stellte und damit französische Verhandlungsbereitschaft signalisierte. Lehnte sich der Président du Conseil nur deshalb so weit aus dem Fenster, weil er davon ausging, daß für Amerikaner und Deutsche das westliche Bündnis nicht zur Disposition stand? Paris war sich keineswegs sicher, ob Bonn nicht doch eines Tages Moskauer Sirenengesängen erliegen würde. Der fast achtzigjährige Adenauer mochte in dieser Hinsicht unver-

dächtig sein – obwohl auch er sein außenpolitisches Repertoire jetzt um die Option einer direkten Verständigung mit der Sowjetunion anreicherte –, aber seinen etwaigen Nachfolgern traute man sehr wohl zu, sich sowjetischen Angeboten zur deutschen Einheit nicht zu verschließen. Aus französischer Sicht erschien es da allemal besser, vor den Deutschen an der Moskwa „anzukommen".

Die französische Regierung benötigte für eine neue Deutschlandpolitik freilich einen kongenialen Mitspieler jenseits des Eisernen Vorhangs. Doch dort ging man auf die angedeuteten Offerten nicht ein. Die Sowjetunion versteifte sich auf die Zwei-Staaten-Theorie und wies alle Vorschläge der Westmächte zurück, die deutsche Wiedervereinigung mit einem Europäischen Sicherheitssystem zu verbinden. Für Adenauer, aber auch für Pinay gab es trotz des nun spukenden „Geistes von Genf" keinen Anlaß zu Optimismus. Angesichts der ihnen völlig unverständlichen positiveren Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik durch Eisenhower und Eden zogen sie den Schluß, gegenüber der östlichen Vormacht eine enge Kooperation pflegen und – trotz unverkennbarer Anzeichen für eine Renationalisierung der Außenpolitik – vor allem die europäische Integration voranzutreiben zu müssen.

Adenauer hielt an der Fortsetzung der europäischen Einigung fest, weil die außen-, sicherheits- und außenwirtschaftspolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik nach einer solchen Politik verlangten. Es half ihm dabei, daß neben den Christdemokraten jetzt auch die Sozialdemokraten Europa nicht länger die kalte Schulter zeigten. Kritik kam hingegen von den Liberalen, aber auch aus dem eigenen Kabinett, in dem zwischen Anhängern eines institutionellen bzw. funktionalen Integrationsansatzes ein jahrelanger Streit über den richtigen Kurs der Bonner Europapolitik entbrannte.

Der Anstoß zur Wiederbelebung der europäischen Kooperation, die bald unter dem Schlagwort der „relance européenne" firmierte, ging indes nicht von Adenauer, sondern von Monnet aus, der im Winter 1954/55 den Entschluß faßte, die im Rahmen des Schuman-Plans begonnene Integration auf den Verkehrssektor und die klassischen Energiebereiche auszudehnen und mit der Schaffung einer neuen Behörde für die friedliche Nutzung der Atomenergie zu verknüpfen. Die Motive, die Frankreich veranlaßten, sich dieses Konzeptes anzunehmen, entsprangen erneut zuvörderst seiner Staatsräson. Es ging ihm angesichts knapper Ressourcen in Europa um die optimale Nutzung der herkömmlichen Energie, aber eben auch um die Kontrolle der deutschen Atomindustrie, da Frankreich damit rechnete, den eigenen Entwicklungsvorsprung in der Nuklearforschung bald zu verlieren.

Das Echo bei den Verbündeten klang nicht gerade euphorisch. Die Niederlande konterten gar mit einem Gegenentwurf zwecks Bildung einer Zollunion. Anfang Juni 1955 sprach sich die Sechsergemeinschaft auf der Konferenz in Messina für die Umsetzung beider Ansätze aus. Die zur weiteren Beratung dieses Beschlusses konstituierte Regierungskommission brachte die nicht ausgeräumten Meinungsverschiedenheiten jedoch rasch wieder zum Vorschein. Paris stand dem Projekt des Gemeinsamen Marktes distanziert gegenüber und wartete im Oktober mit einem umfangreichen Forderungskatalog auf, der das Vorhaben hinauszögern sollte. Bonn bekundete wenig Interesse an der Atomgemeinschaft, wobei das

Bundeswirtschaftsministerium unter Erhard grundsätzliche Bedenken gegen die Weiterführung der sektoralen Integration anmeldete und Adenauer befürchtete, die für ihn vorrangige politische Einigung werde durch die Forcierung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses nur behindert.

Ein Konflikt zwischen der Bundesrepublik und Frankreich schien vorprogrammiert. Ohnehin war das Verhältnis vor dem Hintergrund heftiger Auseinandersetzungen im Vorfeld des anstehenden Referendums über das Saarstatut angespannt. Angesichts der für Ende Oktober anstehenden Außenministertagung der Vier Mächte konnte sich Bonn gerade jetzt keinen Streit mit Paris leisten, da Eisenhower zum Entspannungsapostel mutierte, während Pinay sich als verläßlicher Partner präsentierte. Adenauer griff daher in einem nur schwer durchschaubaren Doppelspiel öffentlich in den Kampf um die Saar ein und empfahl der dortigen Bevölkerung wiederholt ein Ja zum Saarstatut. Damit stand der Kanzler in Bonn indes – abgesehen von einigen Beratern aus der CDU – ziemlich allein. Auch die Saarländer wollten ihm auf diesem Weg nicht folgen und lehnten das Saarstatut schließlich mit großer Mehrheit ab. Die von der Bundesrepublik entfaltete politisch-ökonomische Sogwirkung, aber auch die kaum als demokratisch zu bezeichnenden Verhältnisse an der Saar hatten in der Bevölkerung einen Stimmungsumschwung bewirkt, der von den prodeutschen Parteien in ihrem Kampf gegen die „Hoffmann-Demokratur" noch genährt worden war.

Der Ausgang der Volksabstimmung bedeutete für den deutschen Regierungschef eine herbe Schlappe. Adenauers spätere Behauptung, er habe trotz seiner anderslautenden öffentlichen Äußerungen insgeheim auf die Ablehnung des Saarstatuts vertraut, entspricht ebensowenig den Realitäten wie die Klage seiner Gegner, er sei zur Preisgabe der Saar ohne weiteres bereit gewesen. Nicht die Zielvorgabe, sondern die Frage nach der Rangordnung der Saarfrage im größeren außenpolitischen Zusammenhang unterschied den Kanzler von seinen Kritikern. Im Oktober 1955 wünschte er sich zweifelsohne ein Ja zum Saarstatut; aber ebenso gewiß wollte er das Provisorium einer zeitweilig autonomen Saar rechtlich offenhalten.

Der Ausgang des Referendums, die Forderungen national geprägter Kreise in Bonn nach direkten Verhandlungen mit Moskau im Anschluß an seine Sowjetunionreise vom September 1955 sowie der Wunsch, den Westen zu beruhigen, bewogen Adenauer nach dem Fehlschlag der Genfer Außenministerkonferenz dazu, der europäischen Einigung neuen Schub zu geben. Bei Pinay rannte er mit seiner Absicht aufgrund zunehmender neutralistischer Tendenzen bei den deutschen Sozialdemokraten offene Türen ein. Der Ost-West-Verhandlungsmarathon hatte bei beiden Politikern das Gefühl der gegenseitigen Abhängigkeit erheblich verstärkt. Die Mittlerstellung zwischen den Blöcken als Schimäre begreifend, sah sich Frankreich angesichts seiner ökonomischen, außen- und sicherheitspolitischen Schwierigkeiten mehr und mehr auf seinen Nachbarn angewiesen. In der Bundesrepublik dachten einige Politiker aufgrund der internationalen Krisenszenarien, unverkennbarer Vorboten eines exklusiven Dialogs der Weltmächte sowie der auf Selbständigkeit fixierten Politik der Engländer insgeheim sogar schon darüber nach, die Beziehungen zu Frankreich in einem ewigen Friedenspakt vertraglich abzusichern. Die Bundesregierung wollte soweit zwar (noch) nicht gehen, strebte aber ebenfalls eine intensivere Entente à deux mit dem Ziel einer engeren Abstim-

mung der beiderseitigen Außenpolitik an, sofern sie bei den Partnern keine Mißverständnisse heraufbeschwor. Mitte November verständigte sich Adenauer mit Pinay darauf, der bilateralen Zusammenarbeit und der „relance européenne" neuen Elan zu verleihen, um sich insbesondere gegen unliebsame Auswirkungen des grassierenden Entspannungsfiebers zu schützen.

Mit den französischen Parlamentswahlen Anfang Januar 1956, die den Sozialisten zwar die Regierungsmacht, aber keine stabile Mehrheit brachten, und die Extremisten von rechts und links als große Sieger sahen, wurde dieses Ergebnis indes wieder in Frage gestellt. Adenauer ordnete zwar mit Blick auf die innenpolitischen Streitigkeiten über den Kurs der Europa- und Deutschlandpolitik Mitte Januar an, die Resolution von Messina entschlossen umzusetzen, und verband diese Order aus Rücksicht auf die nationalen Anliegen der SPD sowie auf den europapolitischen Brückenschlag zu ihr mit dem Argument, deutsche Interessen mit einem einigen Westeuropa besser vertreten zu können. Doch die Anfang Februar von Guy Mollet aus zwei heterogenen Blöcken gebildete Mitte-Links-Koalition strebte zu neuen Ufern. Sie wich nun von der alten Politik der „double sécurité" ab und mißachtete dabei geflissentlich deutsche Empfindlichkeiten. Während die Bundesregierung darauf Wert legte, das Junktim zwischen Wiedervereinigung und Abrüstung unangetastet zu lassen, sprachen sich Mollet und sein Außenminister Christian Pineau öffentlich für eine Revision des statischen Konzepts der westlichen Koexistenzphilosophie aus. Sie bevorzugten die Abrüstung gegenüber der Wiedervereinigung und spielten abermals auf die von Adenauer so gefürchtete Neutralisierung Gesamtdeutschlands an.

Erst ein ernüchternd verlaufender Besuch Mitte Mai in Moskau brachte die Pariser Führung wieder auf den Pfad der Entente mit dem Bonner Partner zurück. Die desillusionierenden Ergebnisse der französischen Détentepolitik und die Spannungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses, die im Sommer mit der „Radford-Krise" einen ersten Höhepunkt erreichten, zwangen ebenso zum Zusammenrücken wie die jeweiligen innenpolitischen Schwierigkeiten der beiden Nachbarn. Mollet sah sich wachsenden Problemen in Algerien gegenüber und zur weiteren Liquidation des französischen Kolonialreichs genötigt. Adenauer durchlitt ein lang andauerndes politisches wie persönliches Tief, das nach dem im Frühjahr 1956 vollzogenen Bruch zwischen Christdemokraten und Liberalen zeitweilig die Ausmaße einer Kanzlerdämmerung anzunehmen drohte.

Die Zuspitzung der Weltpolitik mit der Doppelkrise am Suez-Kanal und in Ungarn im Herbst 1956 führte Deutsche und Franzosen vor dem Hintergrund zunehmender Indizien für eine gewisse amerikanisch-sowjetische „Komplizenschaft" vollends vor Augen, wie abhängig man voneinander war. Indem Adenauer Mollet Anfang November auf dem Höhepunkt der Suez-Krise persönlich zur Seite stand, brachte er nicht nur die Festigkeit der „bonne entente" symbolisch zum Ausdruck; er bereitete auch den Boden für eine beispiellose Phase deutsch-französischer Zusammenarbeit. Nachdem beide Regierungen wenige Tage zuvor nach monatelangen harten Verhandlungen einen neuen Saarvertrag unterzeichnet hatten, gelang nun auch ein Durchbruch bei den nicht zuletzt aufgrund französischer Sonderwünsche festgefahrenen Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Außerdem lockte Frankreich mit einer umfassenden

Rüstungskooperation, so daß sich sogar die Perspektive einer politischen Föderation Europas inklusive einer sicherheitspolitischen Komponente auftat.

Mit der Einbeziehung des Saarlandes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes am 1. 1. 1957 wurde das letzte gravierende Konfliktpotential zwischen Deutschen und Franzosen aus der Nachkriegszeit beseitigt. Damit war die Bahn frei, die in den Wochen zuvor vereinbarten Projekte aktiv anzugehen. Die Zusammenarbeit funktionierte immer dann besonders reibungslos, wenn gemeinsame sicherheits- und machtpolitische Interessen bedroht schienen oder die Verteidigung gegenüber dem angelsächsischen Tandem gefragt war. In der Deutschlandpolitik hingegen mußte schon die Behauptung des Status quo gegen sowjetische Unterminierungsbestrebungen und amerikanisch-englische Konzilianz im neuen Jahr als Erfolg gelten. Zu einer offensiven Umsetzung des Wiedervereinigungspostulats waren beide Regierungen weder willens noch fähig. Angesichts der in der Bundesrepublik auflebenden Neutralisierungstendenzen achteten Bonn und Paris aber behutsam darauf, den Deutschen nicht das Gefühl zu vermitteln, als sei die Tür zur staatlichen Einheit unwiderruflich verriegelt.

Gleichzeitig setzten die beiden Regierungen auf die europäische Integration, die mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge Ende März 1957 ein neues Stadium erreichte. Nie zuvor hatten souveräne Staaten sich so umfassend politisch und wirtschaftlich miteinander verbunden. Eine kleine Gruppe überzeugter Europäer hatte eine Reihe äußerer und innerer Rahmenbedingungen – die diskrete Unterstützung der Amerikaner, die Suez-Krise, aber auch die Beilegung der Saarfrage – als Pressionsmittel benutzt, um in den monatelangen Regierungsberatungen auch schwierigste Detailfragen zu klären. Sie konnte dies freilich nur tun, weil sie Rückendeckung von ihren Regierungschefs in Paris und Bonn erhielt, die sich gegen interne Opponenten und innenpolitische Widerstände durchzusetzen wußten. Mollet und Pineau erklärten sich mit den Römischen Verträgen einverstanden, da sie die Chance boten, „mehrere Fliegen mit einer Klappe" zu schlagen. Der Gemeinsame Markt garantierte Absatz für die eigenen Agrarüberschüsse und war als Morgengabe für die parallel vereinbarte Europäische Atomgemeinschaft unabdingbar. EURATOM wiederum war nicht so eng konzipiert, daß die nationale Souveränität im militärischen Bereich eingeschränkt wurde, aber eng genug, um die deutschen Kenntnisse „anzuzapfen" und die deutsche Kernindustrie zu überwachen. So diente EURATOM sowohl dem Aufbau einer zur Aufrechterhaltung der eigenen Großmachtposition unentbehrlich erscheinenden Nuklearstreitmacht als auch der „Eindämmung der deutschen Gefahr".

Auch bei Adenauer standen wie schon im Rahmen der Verhandlungen über die Montanunion die politischen Motive zweifelsohne im Vordergrund. Für die Bundesrepublik war die Mitarbeit am Einigungswerk notwendig, weil so die Rückkehr in die Staatengemeinschaft vollendet und ein europäisches Sicherungsnetz gegenüber der sowjetisch-amerikanischen Verständigung aufgebaut werden konnte. Wirtschaftliche Überlegungen traten hinter diesen Erwägungen zurück, obwohl der Kanzler wußte, wie abhängig die Bundesrepublik als exportorientiertes Land vom europäischen Markt war. Politische Gründe waren auch dafür verantwortlich, daß Adenauer in den bald darauf aufgenommenen internationalen Beratungen über eine Großbritannien einschließende europäische Freihandels-

zone gegen heftigen innenpolitischen und koalitionsinternen Widerstand an der „kleineuropäischen" Ordnung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung festhielt. Gesamtpolitisch standen ihm die Franzosen eben näher als die Briten.

Dies zeigte sich nicht nur in der Deutschland- und Entspannungspolitik, sondern auch bei dem 1956 einsetzenden Tête-à-tête in der atomaren Rüstungspolitik. Der Ausgang der Suez-Krise hatte den Regierungen in Bonn und Paris nachdrücklich vor Augen geführt, wie wichtig es war, über Nuklearwaffen zu verfügen, wollte man nicht den beiden Supermächten ausgeliefert sein. Da die USA ihnen eine atomare Teilhabe verwehrten, suchten die Nachbarn auf französische Initiative hin die bilaterale Zusammenarbeit. Zu den energischsten Fürsprechern zählte auf der deutschen Seite neben dem Kanzler namentlich der neuernannte Verteidigungsminister Strauß, der Mitte Januar 1957 mit seinem französischen Kollegen Bourgès-Maunoury eine Vereinbarung abschloß, die sich auf den Bau von Panzern und Flugzeugen, aber auch auf die Fabrikation von atomarer Rüstung und Raketen erstreckte. Die Ende Februar von Großbritannien angekündigten militärischen Umrüstungspläne gaben diesen Bestrebungen zusätzliche Nahrung. Der angedrohte Abzug erheblicher Teile der Rheinarmee schwächte die westeuropäische Sicherheit und schürte die Furcht der Franzosen vor einem militärisch zu starken Deutschland. Die Absicht Englands, nuklear aufzurüsten, konfrontierte Bonn und Paris mit der irritierenden Aussicht, machtpolitisch gegenüber London ins Hintertreffen zu geraten. Mitte Februar 1957 kamen Adenauer und Mollet deshalb überein, den Besitz von Kernwaffen anzustreben.

Die am Rhein und an der Seine vor dem Hintergrund erfolgreicher Tests sowjetischer Interkontinentalwaffen gehegte Furcht vor einem amerikanischen Rückzug aus Europa trieb die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Herbst 1957 stetig vorwärts. Ende November einigten sich die Verteidigungsminister Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens auf ein streng geheimes Protokoll über die Kooperation im konventionellen wie nuklearen Rüstungsbereich. Trotz amerikanischer, aber auch innerdeutscher Vorbehalte gingen die dreiseitigen Verhandlungen angesichts der fortbestehenden Weigerung der Amerikaner zur atomaren Mitsprache zügig weiter. Am Ostermontag 1958 paraphierten die drei Minister ein Abkommen über die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Atomwaffen. Allerdings zeichnete sich ab, daß Frankreich aufgrund gewisser Signale aus den USA wieder stärker auf die transatlantische Karte setzte, die zumindest von Matignon und Quai d'Orsay ohnehin nie völlig beiseite gelegt worden war. Das Verteidigungsministerium, das die trilaterale Rüstungspolitik demgegenüber zeitweise mit einer anti-amerikanischen Spitze betrieb, schwenkte allmählich auf dieselbe Linie ein.

Adenauer schien der Besitz von Kernwaffen nicht nur verteidigungspolitisch zwingend notwendig, sondern auch machtpolitisch unverzichtbar. Aus Mißtrauen gegenüber Washington und London hatte er das Pariser Angebot dankbar aufgegriffen, wenngleich er sicherlich nicht wünschte, die Sicherheitspartnerschaft mit den USA aufs Spiel zu setzen. Beiderseits des Rheins ging es den politisch Verantwortlichen darum, alternative Wege auszukundschaften, um über den Einsatz von Atomwaffen mitsprechen oder gar verfügen zu können. Niemand erwog ernst-

haft, den amerikanischen Atomschirm aufzugeben, und nur wenige waren bereit, für die Bombe eine Konfrontation mit den USA zu riskieren. Nach dem Zusammenbruch der IV. Republik waren die Abmachungen schon bald wertlos. Anfang Juli ließ sie der neue Regierungschef de Gaulle sistieren. Vier Jahre später sollten die Bonner Protagonisten der deutsch-französischen Nuklearkooperation unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen einen neuen Versuch starten – diesmal mit de Gaulle. Der Erfolg blieb ihnen gleichwohl abermals verwehrt.

Im Zeichen einer bemerkenswerten Hausse ihrer Beziehungen war es der Bundesrepublik und Frankreich in der 1955 einsetzenden „Phase konstruktiver Zusammenarbeit" gelungen, nicht nur aus der Vergangenheit überkommene bilaterale Streitpunkte zu beseitigen, sondern auch mit Kraft und Eigenständigkeit in die Zukunft gerichtete schöpferische Beiträge zu einer gemeinsamen Politik zu leisten. Ob in der Behandlung der „deutschen Frage" oder in der Nordafrikapolitik, in der Saarfrage, der europäischen Integration oder auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion: meist zogen Bonn und Paris an einem Strang, so daß es kaum gerechtfertigt erscheint, die Bonner Außenpolitik dieser Jahre als vornehmlich atlantisch orientiert zu bezeichnen.

Auch in der Wirtschaftspolitik hatte sich das beiderseitige Verhältnis gefestigt, was sich institutionell in der Einrichtung des von Adenauer und Mendès France 1954 beschlossenen Wirtschaftskomitees, rechtlich in den Verträgen zur Saarfrage, zur Schiffbarmachung der Mosel, zum Ausbau des Oberrheins und im Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag manifestierte. In der französischen Außenhandelsbilanz rangierte die Bundesrepublik als bester Kunde und zweitbester Lieferant. Im Gegenzug schob sich Frankreich als ihr Außenhandelspartner stetig weiter nach vorn und stand 1957 als Absatzmarkt deutscher Industrieprodukte auf dem vierten Platz. Dank der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollte sich diese positive Entwicklung noch erheblich beschleunigen. Ende 1958 war die Französische Union zum zweitgrößten Kunden und Lieferanten der Bundesrepublik aufgestiegen. Dabei wirkte sich das ökonomische Gefälle zwischen den beiden Nachbarn, von denen der eine „zeitweise zum Almosenempfänger" herabsank, während der andere die Früchte des „Wirtschaftswunders" genoß, zwiespältig aus: Es bedrohte die bilaterale Machtbalance, trug aber zugleich zur integrativen Kontrolle bei. Der wirtschaftliche Aufschwung der Bonner Republik wurde an der Seine mit Bewunderung, aber auch mit Unbehagen beobachtet, weil er „die unruhige Großmacht" partiell von der „offenen Wunde" der deutschen Teilung ablenkte, aber von den Wirtschaftskapitänen auch dazu benutzt werden konnte, ihrem ökonomisch motivierten „Drang nach Osten" politisches Gehör zu verschaffen.

Zu intimer Klausur nicht zuletzt von der sich verschärfenden globalen Großwetterlage und der unübersehbaren Tendenz der westlichen Vormacht zu einer exklusiven Verständigung mit dem östlichen Hegemon ermuntert, scheuten die beiden Nachbarn vor dem letzten Schritt, einem bilateralen Bündnis, indes noch zurück. Dies rührte nicht daher, daß ihr „frontales Gegenüber" sich nun „in eine Rücken-an-Rücken-Position" verwandelt hätte. Es lag vornehmlich an der Unzeitgemäßheit dieses Gedankens und dem nie ganz aufgegebenen Zweifel an den letzten Zielen des Partners sowie damit einhergehend an dem zwar nicht völlig

identischen, aber in beiden Kapitalen vorhandenen Wunsch, die Verbindungen zu den übrigen Partnern nicht zu belasten.

Die Maikrise des Jahres 1958 in Frankreich schien die seit Mitte 1956 ausgezeichneten deutsch-französischen Beziehungen zumindest in politischer Hinsicht in längst überwunden geglaubte Zeiten zurückzuwerfen. Verantwortlich für die abrupt eintretende Eiszeit zeichnete die Regierungsübernahme Charles de Gaulles. Entgegen dem langlebigen Mythos von der Freundschaft zwischen ihm und Adenauer begegnete der Kanzler dem General anfänglich mit abgrundtiefem Mißtrauen. Mit de Gaulle verband er nicht nur die deutsch-sowjetische Allianz des Jahres 1944, sondern auch die auf Dominanz ausgerichtete französische Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegszeit und eine auf nationale Grandeur, Prestige und Unabhängigkeit zielende Außenpolitik, die den Lebensnerv der auf Integration angelegten europäischen und transatlantischen Bündnissysteme durchtrennen konnte.

De Gaulles öffentliche Auftritte im Juni, das Stoppen der deutsch-französischen Nuklearkooperation Anfang Juli und seine in diesen Wochen stattfindenden Unterredungen mit englischen und amerikanischen Regierungsvertretern ließen erkennen, daß in Paris tatsächlich ein neuer Wind wehte. Der General fühlte sich zwar dem Westen verbunden, machte aber einen Anspruch auf globale Verantwortung geltend, verlangte eine Reform der Atlantischen Allianz und verlieh seinem Willen zur nationalen Atomstreitmacht Ausdruck.

Die im September 1958 in Colombey-les-deux-Eglises stattfindende Zusammenkunft sollte aus rational kaum nachvollziehbaren Gründen das Verhältnis zwischen Adenauer und de Gaulle grundlegend ändern. Beide Staatsmänner stimmten in ihrer Lageanalyse überein, daß eine auf der engen deutsch-französischen Partnerschaft beruhende Einigung Europas angesichts der Bedrohung aus dem Osten, der vermeintlichen Unzuverlässigkeit der USA und der mangelnden Effizienz der NATO unverzichtbar sei. Deshalb sprachen sie sich für eine Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen in möglichst vielen Politikfeldern aus. Für den Kanzler bedeutete dies die kontinuierliche Fortentwicklung der Beziehungen zum wichtigsten Nachbarn ohne Aufgabe oder Vernachlässigung der multilateralen Bindungen in der Atlantischen Allianz oder der EWG. Für den General hingegen ging es nicht so sehr um die Fortschreibung der Politik seiner Vorgänger, sondern um die Umsetzung eines intergouvernemental ausgerichteten Verständnisses von Außenpolitik, das dem Verhältnis zur Bundesrepublik einen wichtigen, aber keinen singulären Stellenwert zumaß.

Rational bleibt dieses Damaskus-Erlebnis für Adenauer unerklärlich. Augenzeugen der historischen Begegnung sprachen später von einem Wunder. Das nach monatelangem Vorgeplänkel absichtlich auf die geistigen Grundlagen ihrer Politik beschränkte mehrstündige Tête-à-tête erlaubt kaum den Schluß, der Kanzler habe den Président du Conseil als „homme de certitudes" kennengelernt. Dem rückschauenden Betrachter drängt sich der Eindruck auf, der Kanzler habe den General vor der Begegnung ebenso verzerrt beurteilt wie unmittelbar nachher – nur mit einem anderen Vorzeichen. Da sich seine übertriebene Angst, mit de Gaulle nicht zurechtkommen zu können, als unberechtigt erwies, scheint Adenauer in seiner Erleichterung über das Vorgefundene gleichsam überreagiert zu haben. Denkt

man an seine entrüstete Reaktion auf de Gaulles Triumviratsvorschlag nur wenige Tage später oder an die vielfachen Reibungspunkte in den nächsten Jahren, fällt es schwer zu glauben, Argwohn und Mißtrauen hätten sich nach wenigen Stunden persönlichen Beisammenseins verflüchtigt.

Ein starkes und unabhängiges Frankreich, wie es de Gaulle vorschwebte, bedurfte eines entsprechenden Mitspracherechts an den strategischen Entscheidungen innerhalb der Atlantischen Allianz. Der Besitz von Kernwaffen fungierte als Souveränitätsbeweis der Grande Nation, die der Forderung nach mehr Mitbestimmung Nachdruck verleihen und die Führungsrolle in Westeuropa namentlich gegenüber der Bundesrepublik absichern sollte. Mit dem von ihm nun lancierten Direktoriumsvorschlag beabsichtigte de Gaulle, das Militärbündnis so umzubauen, daß Frankreich stets über eigene Truppen verfügte und gleichberechtigt an den weltpolitisch-strategischen Entscheidungen mitwirkte. Die Bundesrepublik erhielt damit implizit die Funktion eines Juniorpartners zugewiesen, der die Ambitionen Frankreichs politisch und ökonomisch zu flankieren habe und dessen eigenes Sicherheitsbedürfnis auch in der Bindung an den Nachbarn Befriedigung finden sollte.

Als der Kanzler von diesen Plänen erfuhr, fühlte er sich verständlicherweise getäuscht. Auch er hatte am westlichen Sicherheitssystem durchaus manches zu beanstanden. Allein, sein Schadensbericht zur Lage der NATO mündete – anders als im Falle de Gaulles – nicht in einem kategorischen Entweder-Oder, einem Infragestellen der Gemeinschaft, sondern in einem vermittelnden Sowohl-als-auch; es galt, das Bündnis zu reformieren, mitnichten es abzuschaffen. Wenngleich die Gunst der geographischen Lage auch dem Hexagon im Zeitalter der Interkontinentalwaffen militärisch nur noch bedingten Schutz bot, besaß es gegenüber dem Frontstaat Bundesrepublik doch immerhin den Vorteil, sich für eine gewisse Zeit hinter dem Schild des Nachbarn verstecken zu können.

An einer tiefgreifenden Verschlechterung ihrer Beziehungen hatten die Regierungen in Bonn und Paris im Herbst 1958 angesichts der deutschlandpolitischen Offensive der Sowjetunion und des Algerienkrieges sowie des eskalierenden Konfliktes mit den Briten um die europäische Freihandelszone kein Interesse. Insbesondere die von Moskau initiierte Berlin-Krise erwies sich für ihre Verständigung als äußerst wirksame Klammer und hatte maßgeblichen Anteil daran, daß die Bundesregierung weiterhin auf die Entente mit Frankreich setzte. Während de Gaulle der Bundesrepublik gegen sowjetische Pressionen als treuer Verfechter defensiver deutschlandpolitischer Interessen beistand, zeigte er sich gegenüber offensiven, der Wiedererlangung der deutschen Einheit dienenden Plänen, sehr reserviert. Seine Absicht, den Kalten Krieg und die Spaltung Europas langfristig zu beenden, schloß ein einheitliches deutsches Staatsgebilde perspektivisch zwar ein. Die Aufhebung der deutschen Teilung zählte aber gewiß nicht zu seinen Nahzielen, wiewohl die nationalen Bestrebungen der Deutschen ihn stets dazu bewogen, die Option der Wiedervereinigung offenzuhalten. Deshalb reagierte er auf Chruschtschows Drohungen nicht mit Konzilianz wie Macmillan und – cum grano salis – Eisenhower, sondern mit unmißverständlicher Härte und der Bereitschaft zum militärischen, ja sogar zum nuklearen Schlagabtausch. Seine Festigkeit entsprang verschiedenen Motiven: Zum einen lehnte er es aus prinzipiellen Erwä-

gungen und wegen seiner Erinnerungen an die gescheiterte Appeasementpolitik der Jahre 1938/39 ab, unter Druck zu verhandeln; zum anderen sah er kaum Ansatzpunkte für Fortschritte im Ost-West-Dialog, weil der Status von Berlin seines Erachtens nicht angetastet werden durfte. Außerdem glaubte er sich um so mehr zur Machtdemonstration in der Lage, als er davon ausging, daß Moskau vor einem Krieg zurückschreckte. Darüber hinaus lag seiner Absage an jegliche Konzessionen ein genuin deutschlandpolitisches Motiv zugrunde. Der Westen mußte dem deutschen Volk seine Verbundenheit demonstrieren, um es davon abzuhalten, aus der westlichen Staatengemeinschaft auszuscheren. Willfährigkeit gegenüber dem Osten unterminierte das Vertrauen der Bundesrepublik in die Allianz und war geeignet, sie der Sowjetunion in die Arme zu treiben. Die von der SPD Mitte März 1959 veröffentlichten Vorschläge zur Denuklearisierung Deutschlands und zur Einordnung in ein kollektives Sicherheitssystem boten de Gaulle ein warnendes Beispiel dafür, wie berechtigt sein Mißtrauen gegenüber dem Nachbarvolk war.

Natürlich stellte er diesen Beistand in den Dienst seiner eigenen machtpolitischen Ambitionen. Eine solche Instrumentalisierung mußte für Adenauer um so unangenehmer sein, als die Ansichten der Bundesrepublik und Frankreichs in zentralen Punkten ihrer Staatsräson keineswegs übereinstimmten. Dies zeigte sich ein ums andere Mal etwa in der Algerienfrage. Wiederholt an ihn herangetragene Forderungen, den General zu einer liberaleren Lösung des Konfliktes zu ermuntern, lehnte der Kanzler stets ab. Denn seines Erachtens mußte es die Aufgabe der Bundesregierung sein, alles zu vermeiden, was einem „Dolchstoß in den Rücken Frankreichs" gleichkam, ohne die arabische Welt zu brüskieren und ohne den Eindruck zu erwecken, sie verlange für die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht, mißbillige aber den Unabhängigkeitskampf der Algerier. Adenauer übte vor allem deshalb Nachsicht gegenüber de Gaulle, weil er sich der eigenen Schwäche im Ost-West-Konflikt bewußt war; Frankreich scheute sich nicht, die Teilung Deutschlands in einem Atemzug mit dem Algerienkrieg zu nennen und damit unausgesprochen ein Junktim herzuleiten. Man wußte in Paris natürlich nur zu gut, daß das Ausmaß der jeweiligen Anlehnungsbedürftigkeit nicht identisch war: Frankreich konnte seine nationale Wunde selbst heilen, die Bundesrepublik war auf äußere Hilfe angewiesen.

Während der General von der Bundesrepublik für das algerische „gâchis" ein Höchstmaß an Rücksicht forderte, ließ er in der Behandlung des zentralen Anliegens der Deutschen diesen Takt bisweilen arg vermissen. Ende März 1959 erklärte er die Wiedervereinigung Deutschlands zum „destin normal du peuple allemand", machte sie indessen von der Anerkennung der bestehenden Grenzen und damit auch der Oder-Neiße-Linie abhängig. Mochte für nachfolgende Generationen die Sentenz über die Wiedervereinigung unter dem Eindruck der gefallenen Berliner Mauer de Gaulles Weitblick und prinzipielles Eintreten für die deutsche Einheit belegen, so konnte die Regierung Adenauer ihr Entsetzen kaum verbergen. Wenn auch nicht dem Worte, aber doch dem Sinne nach hatte der Präsident die Deutschen öffentlich dazu aufgefordert, von den Gebieten jenseits der Oder und Neiße Abschied zu nehmen. Der Umsetzung des im Sommer 1959 von Bonner Seite artikulierten Gedankens einer gemeinsamen Ostpolitik – die bereits im Winter 1955/56 zwischen Adenauer und Pinay ins Visier genommen und zwei Jahre spä-

ter mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen durch Frankreich nach dem Abbruch der jugoslawisch-deutschen Beziehungen exemplarisch umgesetzt worden war – wurde damit der Boden entzogen.

Auch in der Europapolitik besaßen Bonn und Paris unterschiedliche Konzepte. De Gaulles Europaidee, die vom Prinzip nationalstaatlicher Souveränität ausging, strebte in einem „Zweistufenplan" zunächst einen Zusammenschluß der durch gemeinsame Ideale, Kultur und Zivilisation verbundenen westeuropäischen Staaten an. Diesem Verband, der von einem durch Grandeur und moralische wie machtpolitische Überlegenheit prädestinierten Frankreich geführt werden sollte, wies er die Aufgabe eines Schiedsrichters zwischen den Supermächten sowie die Funktion einer unabhängigen „Dritten Kraft" zur Austarierung des Weltgleichgewichts zu. In einer zweiten Phase der europäischen Einigung steuerte der General sodann eine von der „détente" über die „entente" zur „coopération" führende Öffnung nach Osten zum Zweck der Errichtung eines gesamteuropäischen Staatensystems an. Entgegen einer zählebigen Fama definierte er dieses Konzert der Mächte nicht als ein „Europa der Vaterländer", sondern als ein „Europa der Staaten", dessen Ausdehnung in seinen Augen vom Atlantik bis zum Ural reichte. Eine solche „Europe européenne" erforderte, wie de Gaulle sehr wohl wußte, Maßnahmen zur Konsolidierung der Alten Welt. Vor allem mußte das Europa der Sechs über die wirtschaftliche Kooperation hinaus in anderen Bereichen so miteinander verzahnt werden, daß es sowohl seinen Ressourcen nach als auch durch seine kollektive Handlungsfähigkeit den USA und der Sowjetunion Paroli bieten konnte. Natürlich vermochte Frankreich diese Leistung nicht allein zu vollbringen; es bedurfte eines starken Partners, der angesichts der „special relationship" zwischen Großbritannien und den USA nur Bundesrepublik Deutschland heißen konnte.

Neben diesen machtpolitischen Motiven lagen de Gaulles Europapolitik indes auch handfeste wirtschaftliche Interessen zugrunde. Trotz der nach Kriegsende aufgenommenen Modernisierungspolitik war Frankreich noch immer ein weitgehend agrarisch strukturiertes Land, dessen industrielle Rückständigkeit seinen Führungsanspruch gerade gegenüber der Bundesrepublik zu beeinträchtigen drohte. Daher bekannte sich der General aus der Einsicht in die zum machtpolitischen Aufstieg unabdingbare Erneuerung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur EWG. Nichtsdestoweniger brach er die zwischen der Sechsergemeinschaft und Großbritannien geführten Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone im November 1958 ab, weil er die politische wie ökonomische Konkurrenz der Briten fürchtete.

Adenauer konnte dieses erste französische Nein gegen eine Brücke zwischen dem Kontinent und der Insel nicht gefallen, denn er wünschte keine Vertiefung der Kluft zwischen der EWG und den übrigen europäischen Staaten. Obwohl der Bundestag und namhafte Minister wie Erhard für die Freihandelszone plädierten, stellte sich der Kanzler trotzdem auf die Seite de Gaulles; denn dieser gewährte ihm in der Berlin-Krise Rückendeckung, während Macmillan einen weichen Kurs gegenüber der Sowjetunion propagierte. Seit dem Frühjahr 1959 zeichnete sich ein gewisses Quid pro quo zwischen französischer Hilfe in der Berlin- bzw. Deutschlandfrage und deutscher Unterstützung bezüglich der europäischen Kooperation ab.

Aus diesem Grunde ging die Bundesregierung bei der Anbahnung neuer europapolitischer Entwicklungen – die auf einen mit eigenen Institutionen ausgestatteten europäischen Bund hinauslaufen sollten – äußerst behutsam vor. Dies schien um so mehr geboten, als mit der Wahl de Gaulles zum Staatspräsidenten und der Ernennung Michel Debrés zum Premierminister im Januar 1959 derartige Bestrebungen kaum Durchsetzungschancen besaßen. Debré respektierte zwar die bestehenden europäischen Verträge, war aber nicht bereit, dem von ihnen skizzierten politischen Weg zu folgen. Sein ganz dem Credo der „Europe des patries" verpflichteter Vorschlag regelmäßiger Konsultationen der Regierungschefs als Mittel zur Erreichung echter Solidarität wirkte aus Bonner Sicht ebenso ernüchternd wie unzulänglich.

Wenn Adenauer eine engere europäische Verflechtung wünschte und den europäischen Integrationsprozeß geradezu als Axiom deutscher Außenpolitik betrachtete, so lag dieser Auffassung kein hehrer Europaidealismus zugrunde, sondern die Sorge vor amerikanischem Isolationismus und sowjetischen Verlockungen. De Gaulle hingegen ging es nicht um Integration, vielmehr um eine organisierte Zusammenarbeit der Regierungen – europapolitisch im Rahmen der Sechsergemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik, sicherheitspolitisch im Kreis der drei Westmächte. Als sein Triumviratsplan bei den Angelsachsen ohne Resonanz blieb, verlieh Frankreich seinen Forderungen im Frühjahr 1959 mit dem Rückzug der Mittelmeerflotte aus dem NATO-Verband und der Entscheidung über den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht Nachdruck. Vor dem Hintergrund des Fehlschlags der Genfer Außenministerkonferenz – die ein vorläufiges Ende westlicher Wiedervereinigungspolitik markierte und die Staatsräson der Bonner Republik, mit der europäischen und atlantischen Integration Souveränität und nationale Einheit zu finden, in Frage stellte –, der sich abzeichnenden Entspannung zwischen Moskau und Washington sowie der stockenden Bemühungen um eine NATO-Reform verfestigte sich bei de Gaulle im Herbst 1959 die Überzeugung, Westeuropa zu einem handelnden Subjekt der Weltpolitik aufbauen zu müssen, wobei er Frankreich ganz selbstverständlich die Rolle der Vormacht reservierte. Die Bundesregierung begrüßte den Plan, hielt es jedoch aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen für notwendig, sowohl die bestehenden europäischen Institutionen als auch die Briten in die Beratungen einzubeziehen; die Franzosen lehnten aber beides ab. So verständigten sich die Sechs im November lediglich auf das Prinzip periodischer Konferenzen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, weder die Beziehungen zu England noch zur NATO zu beeinträchtigen. Militärische Fragen der Allianz blieben im Konsultationskatalog ausgespart.

Die fehlende Bereitschaft der europäischen Partner zum Aufbau einer „Europe européenne", die Fruchtlosigkeit der trilateralen Beratungen mit den Angelsachsen und die unzureichenden Zugeständnisse der Amerikaner in bezug auf die nukleare Mitsprache der Europäer veranlaßten de Gaulle, sich verstärkt auf die Entwicklung einer nuklear ausgerüsteten Streitmacht zu konzentrieren. Neben der Überzeugung, daß es eine nationale Unabhängigkeit ohne Atomwaffe nicht geben konnte, resultierte diese Entscheidung vor allem aus einem tiefen Mißtrauen gegenüber den USA. Der Bau der „Force de frappe" bedeutete für de Gaulle einen

Beitrag zur Wiederherstellung des Weltgleichgewichts und eine Rückversicherung für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung der Supermächte.

Die Bundesrepublik strebte zwar ebenfalls die Revision ihres Status als nuklearer „Have-not" an, arbeitete aber nicht auf eine nationale Kernwaffe hin. Daher begrüßte sie die Absicht der USA, der Atlantischen Allianz Mittelstreckenraketen als Grundstock für eine eigene Nuklearmacht anzubieten. De Gaulle hielt diesen „Norstad-Plan" indes für inakzeptabel, weil er die für ihn entscheidende Frage der Verfügungsgewalt nicht in seinem Sinne löste. Mit der durch die Größe und Würde der französischen Nation legitimierten, ganz auf die nationale Souveränität setzenden Sicherheitspolitik erregte der General im eigenen Land und bei den Verbündeten Anstoß. Für die Bundesrepublik bot die Allianz nicht nur Sicherheit und die Garantie der Freiheit, sondern auch die einzige Chance, wieder zu einer festen Größe der internationalen Politik zu werden. Frankreich hingegen strebte eine autonome Militärpolitik an und sah für den Nachbarn die „Rolle der vornehmsten Hilfsmacht" vor. Damit gefährdete es den westlichen Zusammenhalt und forcierte womöglich den deutschen Nationalismus.

Als Debré Anfang Dezember 1959 Adenauer gegenüber für eine von den Amerikanern unabhängige europäische Verteidigung unter französisch-deutscher Führung plädierte, zeigte sich erneut, daß der Kanzler den Zustand der NATO ähnlich pessimistisch wie der Premierminister beurteilte, ohne die gleichen Konsequenzen daraus zu ziehen. Schon aus finanziellen Erwägungen waren die europäischen Staaten seiner Ansicht nach nicht in der Lage, allein ein nukleares Gegengewicht zur Sowjetunion darzustellen. Wenn der Kanzler dennoch auch fürderhin die Zusammenarbeit mit dem General suchte, ja sogar der von ihm angeregten weitflächigen Intensivierung der bilateralen Kooperation zustimmte, so lag das vor allem daran, daß sich de Gaulle als verläßlicher Partner bei der Abwehr der sowjetischen Aggressionspolitik bewährte, wohingegen Eisenhower und Macmillan zusehends auf deutschlandpolitische Abwege gerieten. Als die Angelsachsen Ende 1959 auf die Abhaltung eines Ost-West-Gipfels drängten, schloß sich der deutsche Regierungschef – und in seinem Gefolge der französische Staatspräsident – dem Wunsch nolens volens an, warnte aber vor zu hohen Erwartungen, da er im Kreml keinerlei Indizien für einen echten Verständigungswillen ausmachen konnte.

Die gescheiterte Pariser Gipfelkonferenz vom Mai 1960 und die Vorboten westlichen Appeasements nahm de Gaulle dann zum Anlaß, seine seit langem verfolgten sicherheits- und europapolitischen Ambitionen konkret umzusetzen: Zum einen leitete er die Gesetzgebungsverfahren für den Bau der „Force de frappe" ein, zum anderen forderte er die Westmächte dazu auf, ein Dreierdirektorium auf der Ebene der Staatschefs einzurichten. Parallel dazu regte de Gaulle bei Adenauer eine Abstimmung über europäische Fragen und eine NATO-Reform an. Das Wiederaufleben des Triumviratsgedankens und despektierliche Äußerungen Debrés über den Rang nicht-nuklearer Staaten hatten die zwischen beiden Staatsmännern im Vorfeld des Gipfels gepflegte Harmonie in Bonn innerhalb weniger Wochen in eine tiefgreifende Verstimmung umschlagen lassen. Wie schon im Sommer 1958 zögerte der Kanzler, die Einladung zu den bilateralen Konsultationen anzunehmen, willigte dann aber doch ein und ließ sich im Tête-à-tête erneut von der Aura des Generals fesseln. Das Treffen in Rambouillet Ende Juli wirkt

ähnlich rätselhaft wie das von Colombey-les-deux-Eglises zwei Jahre zuvor. Obwohl Adenauer sich kurz vorher Monnet gegenüber für eine enge politisch-militärische Zusammenarbeit, ja für einen von den Parlamenten zu ratifizierenden deutsch-französischen „Freundschaftsvertrag" ausgesprochen hatte, trat er die Reise nach Paris nur widerwillig an. Als bekehrter Paulus kehrte er nach Bonn zurück und mußte sich dann innerhalb weniger Tage von seiner Entourage sagen lassen, de Gaulle habe ihn aufs Glatteis geführt.

Der General wußte, wie er den Kanzler umgarnen konnte. Er präsentierte sich als strikter Verteidiger gegen die sowjetische Pressionspolitik, schürte Adenauers Unzufriedenheit mit der angelsächsischen Solidarität, regte regelmäßige deutsch-französische Beratungen an und gab gar zu erkennen, daß der Bundesrepublik nicht für alle Zeiten Nuklearwaffen vorenthalten werden könnten. Als Konsequenz seiner Lageanalyse legte er das Projekt einer engstmöglichen europäischen Kooperation mit einer nuklearpolitischen Komponente vor, das die Lage des Kontinents fundamental verändern sollte: Vorgesehen war die Einigung Westeuropas, d. h. im wesentlichen Deutschlands und Frankreichs, auf der Basis intergouvernementaler Zusammenarbeit in der Absicht, eine politische wie sicherheitspolitische Identität und nukleare Verteidigungsfähigkeit zu schaffen. Als Adenauer der zweiseitigen Kooperation die Priorität gegenüber der europäischen Zusammenarbeit gab, kleidete de Gaulle das Ergebnis ihres Gedankenaustauschs in die Worte, geplant sei eine europäische Zusammenarbeit auf der Basis der „entente franco-allemande". Daneben gebe es dann die bilaterale Kooperation.

Gewiß ging es dem General bei seinem erstaunlichen Angebot in erster Linie darum, den abgekühlten deutsch-französischen Beziehungen neues Leben einzuhauchen. Ob seine Motive sich darauf reduzieren lassen, erscheint eher fraglich. Für die Verwirklichung seiner nationalen und europäischen Visionen benötigte de Gaulle den Beistand der Deutschen, von denen er kaum erwarten konnte, daß sie ihm keine Gegenleistung abverlangten. Kernstück der neuen europäischen Ordnung war in seinem Verständnis die verteidigungspolitische Autonomie und damit die tatsächliche Unabhängigkeit Europas von der amerikanischen Führungsmacht. Der Nukleus seiner Gedanken lag in der Bildung einer Konföderation, die von der angestrebten NATO-Reform nicht zu trennen war. Der Staatspräsident reagierte mit seinem kontinentaleuropäischen „Hegemonialkonzept" – in dem sich der frisch erworbene Status einer Nuklearmacht widerspiegelte – auf die Bestrebungen der USA, der eigenen Präponderanz im Bündnis durch eine Umgestaltung der Allianz den Stachel zu nehmen. De Gaulle attackierte die europapolitischen Maximen der Amerikaner und stellte dem von England geführten Europa der Sieben das Europa der Sechs unter französischer Dominanz entgegen.

Adenauer widersprach de Gaulles Plänen nicht, weil er die Harmonie nicht stören und die bestehenden Dissonanzen nicht vertiefen wollte. Vielleicht hatte er dessen Denken in seiner Tragweite auch nicht erfaßt. Erst nach seiner Rückkehr wurde ihm von seinen Beratern deutlich vor Augen geführt, auf was er sich eingelassen hatte: eine hochgradige Gefährdung der bisherigen europäischen Kooperation mit potentieller Rückwendung zu einer mehr oder minder nationalstaatlichen Politik. Wenn der Kanzler politischen Freunden gegenüber eingestand, jetzt habe er sein Vertrauen in den General „restlos verloren", fragt man sich unwillkürlich,

wie es um das Verhältnis der beiden Staatsmänner eigentlich bestellt war. Es bleibt schwer nachzuvollziehen, wie der Kanzler sein Vertrauen innerhalb weniger Tage „restlos" verlieren konnte, um es dann ebenso schnell wiederzufinden und mit dem General ‚vertrauensvoll' an der Zukunft Europas zu bauen. Als des Rätsels Lösung bieten sich zwei Denkmodelle an: entweder war Adenauer völlig sprunghaft in seinem Empfinden gegenüber de Gaulle, oder er hat ihm letztlich nie wirklich getraut...

Nachdem sie sich zusätzliche Informationen über die Pläne des französischen Staatspräsidenten verschafft hatte, stellte die Bundesregierung klar, daß sie seinem Projekt nicht folgen werde; sie beharrte auf der Unantastbarkeit der Verträge, deren beschleunigter Umsetzung sowie dem Abbau der bestehenden Spannungen zwischen der EWG und der inzwischen von Großbritannien mitgegründeten Kleinen Freihandelszone (EFTA).

Trotz aller Dissonanzen – dies darf keineswegs übersehen werden – kam es gerade jetzt zwischen Bonn und Paris zum Abschluß höchst bemerkenswerter militärischer Vereinbarungen. Die geheimen logistischen Rahmenabkommen, mit denen der Bundeswehr unter anderem die ostfranzösischen Übungsplätze Mourmelon und Sissone zugänglich gemacht wurden, sowie die bald darauf von den militärischen Spitzen beschlossene Einrichtung einer ständigen Kommission aus Mitgliedern der Führungsstäbe beider Armeen bildeten für die Formierung einer beiderseitigen Sicherheitspartnerschaft wichtige Marksteine. Die Verantwortlichen verfolgten damit aber nicht nur verteidigungspolitische Interessen gegenüber einem gemeinsamen Gegner, sondern offensichtlich auch machtpolitische Ambitionen zur Stärkung der eigenen Position im westlichen Bündnis und verknüpften dies mit der Absicht, den Nachbarn von außenpolitischen Abenteuern abzuhalten.

Vor dem Hintergrund innen- wie außenpolitischer Kritik an seiner Europakonzeption wies de Gaulle im Herbst 1960 Debré an, deren Verwirklichung vorerst ruhen zu lassen. Bonn entzog sich daraufhin allen Avancen in Richtung auf eine europäisch definierte Verteidigung, und selbst Paris dachte – ungeachtet aller Selbständigkeitsmanifestationen – nicht daran, sämtliche Brücken zur transatlantischen Gemeinschaft und deren Vormacht abzubrechen.

Die in Kanzleramt und Elysée-Palast mit Skepsis verfolgte Wachablösung im Weißen Haus einerseits, das von de Gaulle mit Bravour gewonnene Referendum über die Selbstbestimmung der algerischen Bevölkerung Anfang Januar andererseits bewogen Bonn und Paris kurz nach dem Jahreswechsel 1961 dazu, wieder aufeinander zuzugehen und eine Regierungskonferenz der EWG-Staaten für Anfang Februar anzuberaumen. Die Egoismen in der westlichen Allianz, das Ende der Moskauer Schonfrist für Berlin und die Propagandakampagne der Sowjets gegen die Deutschen hatten in Adenauer das Gefühl einer gewissen Isolierung erweckt und damit die Notwendigkeit zur Kontaktaufnahme mit de Gaulle erhöht. Engste Vertraute ermunterte er abermals, sich Gedanken über eine interimistische „Österreich-Lösung" für die DDR zu machen, und erwog zur Lancierung des Plans eine deutsche oder französische Initiative.

Als sich der Kanzler und der General Anfang Februar 1961 in Paris trafen, war dies allerdings kein Thema. Vielmehr nahm de Gaulle nun seinen Europaplan vom

Herbst 1960 wieder auf und regte die organisierte Zusammenarbeit der sechs westeuropäischen Staaten im Rahmen regelmäßiger Konferenzen der Regierungschefs und Ressortminister an. Die Behandlung der Verteidigungspolitik wünschte er aus Rücksicht auf die Vorbehalte der Partner vorläufig auszuklammern. Während die „Kleinen" der Sechsergemeinschaft Bedenken in bezug auf die Auskreisung Großbritanniens und die Fortexistenz von EWG und NATO anmeldeten, erklärte sich Adenauer mit dem Vorhaben einverstanden. An einem Mitwirken der Briten war ihm nicht gelegen, weil Macmillan sich in der Berlin-Frage diskreditiert hatte und Adenauer davon überzeugt war, daß die Briten das politische Ziel der EWG – einen supranational geprägten europäischen Bundesstaat – niemals akzeptierten. Natürlich wollte der Kanzler die Gegensätze zwischen den beiden europäischen Wirtschaftssystemen abbauen, doch selbst dabei sollte seines Erachtens auf die französischen Wirtschaftsprobleme Rücksicht genommen werden.

Wenn sich der Kanzler jetzt intern für eine gleichberechtigte und gleichverpflichtende Partnerschaft mit Frankreich aussprach, stellt sich die Frage, ob er den Ehrgeiz des Generals nicht unterschätzte. De Gaulles Weltmachtanspruch, das ihn versinnbildlichende Streben nach einer nationalen Atomstreitmacht, die vom französischen Präsidenten sorgsam gehütete Verantwortung für Deutschland als Ganzes hoben die Grande Nation in den Augen des Generals vom ganz auf Europa fixierten, dem ABC-Waffen-Verzicht unterworfenen Provisorium jenseits des Rheins markant ab. Gleichwohl war auch ihm an einer weiteren Vertiefung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik gelegen.

Je unnachgiebiger die Amerikaner im Zuge ihrer verteidigungspolitischen Abkehr von der „massive retaliation" zur „flexible response" auf die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtrolle pochten, zugleich die Westeuropäer zur Lastenteilung zwangen, ohne deren Forderung nach nuklearer Teilhabe nachzukommen, und ihnen obendrein den Eindruck einer Verständigung mit der Sowjetunion vermittelten, desto stärker entwickelte sich zwischen den Regierungen in Washington und Bonn bzw. Paris im Frühsommer 1961 eine gewisse Entfremdung. De Gaulle beanspruchte offen ein Recht auf eine nationale Nuklearstreitmacht, die Änderung der Einsatzmodalitäten für Kernwaffen in der Allianz und die Ausdehnung der geographischen Zuständigkeit der NATO über die europäischen Grenzen hinaus. In Bonn verteidigte die SPD-Opposition zwar die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Amerikaner und die Einführung einer „Pause" im atomaren Schlagabtausch als notwendige Folge des atomaren Patts der Supermächte. Der Bundesregierung galten diese Pläne indes als indiskutabel, weil sie in ihnen die Gefahr eines konventionellen Gefechts mit der Sowjetunion in Zentraleuropa erblickte.

Als die Verwirklichung einer effizienten NATO-Atom-Streitmacht in weite Ferne rückte, kehrte de Gaulle im Mai 1961 zu der schon im Sommer 1960 vorübergehend vertretenen Position zurück, Europa müsse eine eigene verteidigungspolitische Identität aufbauen. Die Bundesregierung erklärte sich damit einverstanden, sofern die strategischen Fragen beiseite gelassen würden. Intern sprach sich Adenauer dafür aus, den USA das alleinige Verfügungsrecht über den Einsatz atomarer Waffen zu entwinden und die Force de frappe finanziell zu unterstützen. Da vorsichtige Sondierungen bei den Franzosen negativ ausgingen,

fuhr die Bundesregierung doppelgleisig. Sie unterstützte den Europaplan des Generals inklusive der verteidigungspolitischen Komponente und ließ die Absicht erkennen, die politische Organisation Europas notfalls zu zweit in Angriff zu nehmen. Gleichzeitig drängte sie auf den Aufbau der NATO zur Vierten Atommacht und verlangte ein Mitwirkungsrecht.

Indem nun am Horizont ein wirtschaftlich, politisch und vor allem militärisch geeinter westeuropäischer Sub-Kontinent auftauchte, gerieten Deutsche und Franzosen unweigerlich auf Kollisionskurs zu den Amerikanern. Diese begrüßten zwar die europäische Einigung und waren auch bereit, den Franzosen eine gewisse Führungsrolle in Westeuropa zuzugestehen, nicht zuletzt, um die Deutschen vor einem Rückfall in den Nationalismus zu bewahren. Die Grenze der amerikanischen Toleranz war indes dort erreicht, wo die gaullistische Politik die Atlantische Gemeinschaft in Frage stellte. Als Kennedy Anfang Juni 1961 de Gaulle eine europäische Nuklearstreitkraft schmackhaft zu machen versuchte und ihn zum Sprecher Europas in der Debatte über die Mitbestimmung beim Einsatz der Waffen beförderte, winkte der Franzose ab. Denn zum Verzicht auf die Force de frappe war er nicht zu bewegen, zumal er den Amerikanern unterstellte, Europa im Ernstfall nicht mit nuklearen Waffen verteidigen zu wollen.

Wenige Wochen später verständigte sich die Sechsergemeinschaft in Bonn unter dem Eindruck der prekären Lage in Berlin auf die Organisation der politischen Zusammenarbeit und beauftragte eine Regierungskommission mit der Ausarbeitung eines „Europäischen Statuts". Die Frage der verteidigungspolitischen Aufgaben der Europäischen Politischen Union blieb in der Schwebe, weil Adenauer als Gastgeber eine Diskussion über dieses heikle Thema unterdrückte. Noch blieb er bei seiner Politik des Spagats zwischen den beiden wichtigsten Verbündeten USA und Frankreich. Aufgrund der gefährlichen Zuspitzung in Berlin im Zuge des Mauerbaus im August 1961 – bei der sich Frankreich im übrigen wie die beiden anderen Westmächte auf Protestnoten und eine symbolische Truppenverstärkung beschränkte – und der in Washington und London geführten Diskussion über weitreichende deutschlandpolitische Angebote an Moskau hütete sich der Kanzler aus Furcht vor einer Eskalation davor, die Amerikaner zu verprellen.

Zusätzliches Konfliktpotential ergab sich mit dem Ende Juli 1961 verkündeten Beschluß der Briten, Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der EWG aufzunehmen; die wenig englandfreundliche Position Adenauers geriet in der nach den Bundestagswahlen vom September umgebildeten Bundesregierung unter Beschuß, während die anglophile Haltung Erhards von der nun am Kabinettstisch sitzenden FDP gestützt wurde. Die Drohung Macmillans, die britischen Truppen vom Kontinent abzuziehen, wenn sein Land nicht zur EWG zugelassen würde, war kaum dazu geeignet, bei Adenauer Sympathie und Verständnis für die britische Politik zu wecken. Um so stärker bemühte er sich jetzt darum, nicht nur aktiv an der Fortentwicklung der europäischen Zusammenarbeit mitzuwirken, sondern auch de Gaulle zur Teilnahme an den von Angelsachsen und Sowjets derweil aufgenommenen Ost-West-Gesprächen zu bewegen. Ihre Unterredung Anfang Dezember 1961 zeigte aber unmißverständlich, daß der General deutschlandpolitisch unbeschadet der Gefahr eines Konfliktes mit dem Kanzler eigene Wege zu gehen beabsichtigte, weil er Verhandlungen mit dem Osten zum gegenwärtigen

Zeitpunkt strikt ablehnte, da sie nach seinem Dafürhalten à la longue zur Kapitulation des Westens führten. Als Kennedy ihm gegenüber dann Ende des Jahres die Verweigerung jedweder Hilfe beim Aufbau der Force de frappe damit begründete, der Bundesrepublik könne nicht vorenthalten werden, was man Frankreich zugestehe, beging der amerikanische Präsident aus der Sicht des Generals eine außerordentliche Torheit. Wie konnte er in Anbetracht der Geschichte des 20. Jahrhunderts bloß Deutschland und Frankreich auf eine Stufe stellen?

De Gaulles Antwort ließ nichts zu wünschen übrig: Mitte Januar 1962 formulierte der französische Verteidigungsrat definitiv den Plan einer nationalen Kernwaffenstreitmacht. Zur selben Zeit legte sich Paris auch in der Europapolitik fest und torpedierte den von der Regierungskommission der Sechsergemeinschaft im November ausgearbeiteten Entwurf über eine Europäische Politische Union. In einer vom französischen Verhandlungsführer Fouchet vorgelegten Neufassung (Fouchet-II-Plan) fehlten der Hinweis auf die Atlantische Allianz sowie auf die Wahrung der europäischen Verträge und wichtige Passagen mit integrationsfördernden Elementen. Im Gegenzug wurde die politische, kulturelle und verteidigungspolitische Zielsetzung der Union noch um die wirtschaftliche ergänzt, womit sie Kompetenzen gewänne, die bisher die EWG ausübte.

Taktisch bedingte Scheinzugeständnisse des Generals hatten eine Zeitlang den Eindruck entstehen lassen, als ob die Option des supranationalen europäischen Integrationsmodells offengehalten werden könnte. Als er seine wahren Absichten jetzt enthüllte, tat er es nicht – wie sein Außenminister behauptete – aus Anlaß einer angeblich durch die belgisch-niederländische Forderung nach englischer Teilnahme verursachten „impasse". Seine Kehrtwende war vielmehr ein Rückfall auf die Ausgangsposition vom Sommer 1960. Nach dem Mitte Januar 1961 vollzogenen Übergang des Gemeinsamen Marktes in die zweite Integrationsetappe und dem gleichzeitig mit den Partnern erzielten Kompromiß in der europäischen Agrarpolitik sah er offenbar den Zeitpunkt gekommen, auf sein ursprüngliches Konzept zurückzugreifen. Um es durchzusetzen, bedurfte Frankreich der deutschen Unterstützung. De Gaulle wußte freilich nur zu gut, daß Adenauer ihm angesichts der sowjetischen Bedrohung und der amerikanischen Entspannungspolitik kaum einen Korb geben konnte.

Als der General von der dennoch tiefen deutschen Verstimmung erfuhr, die noch durch einen erneuten französischen Vorstoß zugunsten einer trilateralen Konsultation mit den Angelsachsen erheblich verschärft wurde, meldete er sich beim Kanzler mit der überraschenden Bitte um ein baldiges Rendezvous auf deutschem Boden. Das Tête-à-tête schien ihm um so notwendiger, als Strauß kurz zuvor gegenüber seinem französischen Kollegen Messmer mit einer Fundamentalrevision der deutschen Außenpolitik nach einem Kanzlerwechsel für den Fall gedroht hatte, daß die Franzosen eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit den Deutschen ablehnten.

Beim Treffen mit Adenauer in Baden-Baden Mitte Februar wartete de Gaulle mit dem bemerkenswerten Angebot zu einem „véritable accord franco-allemand" auf; damit wollte der französische Staatspräsident den Groll des deutschen Regierungschefs besänftigen und die Bundesrepublik fest an Frankreich binden. Adenauer reagierte zunächst unter Hinweis auf die innenpolitischen Vorbehalte gegen-

über einer bilateralen Abmachung sehr zurückhaltend und grenzte dann den Rahmen des Zusammengehens auf „certaines problèmes" und die Absicht zur Einflußnahme auf die Politik der Amerikaner, Briten und Sowjets ein. De Gaulle pflichtete dem bei und fügte rasch zur Beruhigung hinzu, es gehe nicht um eine Abkoppelung von den USA. Noch war mit dieser Begegnung keine Weichenstellung für den Elysée-Vertrag verbunden. Aber der Gedanke des bilateralen Zusammengehens gewann in den Köpfen beider Staatsmänner zunehmend klarere Konturen.

Wesentlich zur Festigung der persönlichen Entente zwischen Adenauer und de Gaulle trug die amerikanische Berlin-Politik bei, wenngleich die Sondierungen zwischen den Supermächten allmählich im Sande verliefen und die kritischste Phase der langwierigen Spannungen um die alte Reichshauptstadt jetzt endete. Die Rettung des Westteils der Stadt war wohl hauptsächlich dem französischen Staatspräsidenten zu verdanken, der sich am Verhandlungspoker nicht beteiligt hatte, weil er sich nicht an den Verhandlungstisch zwingen ließ, die Kriegsbereitschaft der Sowjets niedriger einschätzte als die Verbündeten und ihn Furcht vor einem Abdriften der Deutschen infolge westlicher Konzessionen erfüllte, obwohl die Deutschen de facto jeglichen bellizistischen und nationalistischen Neigungen abhold waren. Da die Intransigenz des Generals den Kanzler seinerseits davon abhielt, den zu großen Konzessionen bereiten Angelsachsen grünes Licht zu erteilen, schreckten die Amerikaner schließlich aus Sorge um den völligen Zusammenbruch der westlichen Staatengemeinschaft davor zurück, den kontinentalen Bündnispartner zu übergehen. Ob der Westen mit der Übernahme der französischen Position völliger Unnachgiebigkeit mehr hätte erreichen, vielleicht sogar den Mauerbau verhindern können, läßt sich erst beim Vorliegen eindeutiger Erkenntnisse über den in Ost und West vorhandenen bzw. perzipierten Willen beantworten, ob man für Berlin notfalls mit nuklearen Waffen in den Krieg gezogen wäre. De Gaulle konnte die „Bereitschaft zum Untergang" gewiß deshalb so laut bekunden, weil er die sowjetische Friedenssehnsucht recht hoch veranschlagte und die Hauptlast einer Konflagration den Amerikanern übertrug. Letztlich aber ließ er sich ebensowenig in die Karten blicken wie Adenauer. Der Rütli-Schwur um Berlin blieb beiden Staatsmännern erspart.

Als die Amerikaner dann im April 1962 mit dem Plan einer Zugangsbehörde den Eindruck erweckten, an der Spree zu großen Konzessionen gegenüber den Sowjets geneigt zu sein, setzte Adenauer vollends aufs französische Pferd. De Gaulle stellte sich jetzt nicht nur in der Berlin-Frage auf seine Seite. Er forcierte nun auch aus Mißtrauen gegenüber der Doktrin der „flexible response" gegen die Empfehlung einiger Berater den Bau der französischen Atomwaffe und wob nach dem Scheitern der Fouchet-Kommission Mitte desselben Monats parallel zu seiner klaren Absage an eine supranationale europäische Integration am bilateralen Faden nach Bonn. Für den General war dies auch Ausdruck einer gegen die uneingeschränkte Führungsrolle der USA im Westen und deren Unterstützung des britischen EWG-Beitritts gerichteten Politik. Die Amerikaner waren nicht dazu bereit, der französischen Forderung nach Gleichberechtigung nachzugeben, versuchten vielmehr, mit Hilfe der englischen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der Europäischen Politischen Union die eigene Vorherrschaft abzusichern. Als sie sahen, daß Deutsche und Franzosen danach trachteten,

ihr Leitseil zu kappen, setzten sie den Hebel bemerkenswerterweise nicht in Paris, sondern in Bonn an. Die Taktik Washingtons war es, den General nicht frontal zu attackieren. Vielmehr sollte er selbst erkennen, daß der Kanzler ihm die Gefolgschaft am Ende doch verweigerte. Erfolg war den USA mit diesem Vorgehen indes erst ein Jahr später beschieden, als der Deutsche Bundestag dem Elysée-Vertrag mit der Präambel zum Ratifikationsgesetz die „Flügel" stutzte.

Im Sommer 1962 ließen sich Bonn und Paris hingegen nicht aufhalten. Mit seiner Einladung Adenauers zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich im Juli und der Ankündigung eines offiziellen Gegenbesuchs im September stellte de Gaulle das deutsch-französische Verhältnis nun ostentativ in den Vordergrund. Die Deutschen, so ließ er gegenüber Beratern verlauten, müßten sich von der Schimäre des amerikanischen Atomschutzschirms befreien und daran mitwirken, eine europäische Sicherheitspolitik zu konzipieren. Eine deutsche Verfügungsgewalt über Kernwaffen hatte er dabei nicht im Blick. Als Basis der europäischen Verteidigung galten ihm vielmehr das französische und britische Nuklearpotential, wobei er die atomare Zusammenarbeit mit den Briten nicht im westeuropäischen Rahmen, sondern im Areopag der Großen anstrebte. Denn dies hatte den doppelten Vorteil, die Engländer vom Kontinent fernzuhalten und die Deutschen nicht zur Nuklearmacht aufsteigen zu lassen.

Adenauer nahm das Angebot an, hoffte aber darauf, die Zweier-Union mit Frankreich mit dem Feigenblatt einer italienischen oder luxemburgischen Mitgliedschaft verhüllen zu können. Er wußte nur zu gut, wie wenig Sympathien ein bilaterales Bündnis in der Bundesrepublik genoß. Denn im Grunde stand er mit seiner Frankreichpolitik ziemlich isoliert da. Der SPD paßte es nicht, daß de Gaulle eine Hegemonialstellung auf dem Kontinent anstrebte und als Sprachrohr des freien Europa im innersten Zirkel der Weltmächte aufzutreten gedachte. Kennedys Konzept einer transatlantischen Partnerschaft („Grand design") wurde von den Sozialdemokraten hingegen geradezu euphorisch bejubelt. Auch weite Teile der Union und wichtige Kabinettsmitglieder wie Schröder und Erhard plädierten für eine sorgsame Pflege des Verhältnisses zu den USA, die Fortsetzung der Bemühungen um die politische Einigung in Europa und ein Übereinkommen mit den Briten. Dabei leiteten den Chef des Auswärtigen Amtes allem Anschein nach vornehmlich politische und sicherheitspolitische Erwägungen, während es dem Bundeswirtschaftsminister eher um die Liberalisierung des europäischen und globalen Handels ging.

Der Kanzler argumentierte ähnlich wie sein Außenminister, wobei seine Analyse der Weltlage indes zu anderen Ergebnissen kam. Die Hauptursache für die Hinwendung des Kanzlers zu Frankreich lag unzweifelhaft in seinem wachsenden Mißtrauen gegen die Entspannungspolitik Kennedys, seiner Angst vor einer Verständigung der beiden Supermächte hinter dem Rücken der Europäer. Je löchriger der amerikanische Schutzschirm zu werden drohte, desto dringender bedurfte die Bundesrepublik eines atomaren Ersatzparapluies, den nach Lage der Dinge nur Frankreich zu liefern imstande war. Für Adenauer bedeutete die Beteiligung an der französischen Atomstreitmacht eine, sicherlich aber nicht seine prioritäre Option, um die Forderung nach atomarer Teilhabe zu realisieren. Da dies keinesfalls ausgereicht hätte, der sowjetischen Militärmaschinerie Paroli zu bieten, strebte er

gleichzeitig danach, sich eine Mitsprache am amerikanischen Projekt der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) zu verschaffen. Neben diesen strategisch-sicherheitspolitischen Erwägungen spielte für den Kanzler natürlich auch die damit in engem Zusammenhang stehende politische Überlegung eine Rolle, daß die Bundesrepublik nach dem Scheitern der Verhandlungen über den Fouchet-Plan eines Partners bedurfte; dies konnte unter den gegebenen Umständen nur Frankreich sein, das nach dem Ende des Algerienkrieges im März 1962 erheblich an Handlungsfreiheit und damit an Attraktivität gewonnen hatte.

Adenauer operierte zur Begründung des von ihm jetzt eingeschlagenen Weges vielfach mit dem Argument, Bonn müsse die Beziehungen zu Paris intensivieren und es dadurch von einer Entente mit Moskau abhalten. Beschwor er die Gefahr der russisch-französischen Allianz nur deshalb, um ein deutsch-französisches Bündnis zu legitimieren? Ohne die Instrumentalisierung geschichtsmächtiger Bilder durch ihn völlig negieren zu wollen – der 1876 geborene „alte Herr" war viel zu sehr historischen Traditionen verhaftet, von der Offenheit der Geschichte überzeugt, aber auch aktuellen Verbündeten gegenüber viel zu mißtrauisch, als daß er ein „renversement des alliances" völlig ausgeschlossen hätte. Wie sollte ein Politiker, der selbst den Wechsel des Allianzpartners in sein Kalkül – wenn auch nur als Reservatio mentalis – mit einschloß, seine Partner auf ewig als bündnistreu einschätzen? Im übrigen war die Sorge vor Moskauer Sirenengesängen fraglos auch für de Gaulle ein wichtiges Motiv bei der von ihm jetzt angesteuerten engen Verbindung mit der Bonner Republik, ein Motiv, das sich mit dem Wunsch verband, eine Zweier-Allianz zu schaffen, die als historisch wirksame Kraft auch den Tag seines und Adenauers – möglicherweise gar nicht mehr so fernen – Abdankens überdauern sollte.

Letztlich resultierte Adenauers Anlehnung an de Gaulle nicht aus Frankophilie oder aus realitätsferner Einschätzung der Politik des Generals, sondern aus Angst: der Angst vor der Schutzlosigkeit des nuklearen Habenichts Bundesrepublik Deutschland, der Angst, den derzeit einzig wahren Bundesgenossen verlieren zu können, der Angst vor der von ihm niemals ganz ausgeschlossenen französisch-russischen Allianz!

Der von den verantwortlichen Politikern in Bonn und Paris im Sommer 1962 beschrittene Weg zum bilateralen Bündnis stand in eklatantem Widerspruch zu der seit dreizehn Jahren von beiden Regierungen gepflegten multilateralen Verständigungspolitik. Und doch war er latent schon seit 1950 vorhanden, als Adenauer durch seine Interviews mit Kingsbury-Smith Aufsehen erregt hatte. Bestimmend für die Außenpolitik der beiden Nachbarn wurde indes die Erkenntnis, daß die deutsch-französische Aussöhnung zwar erste Voraussetzung für den Aufbau eines geeinten Europa sei, die Beziehungen aber keinen exklusiven Anstrich bekommen dürften. Nach der Regierungsübernahme de Gaulles im Sommer 1958 gab es allerdings schon bald erste Symptome dafür, daß der General auf eine weitgefächerte Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit drängte. Im Frühjahr 1959 nahm er den schon von Pinay 1955 angeregten Gedanken regelmäßiger Konsultationen à deux wieder auf, was in Bonn dem einen oder anderen Politiker bzw. Diplomaten bereits zu weit ging, weil man sich um die gleichwertige Pflege der sonstigen auswärtigen Beziehungen sorgte.

Adenauers staatsbesuchähnliche Visite in Frankreich Anfang Juli 1962 setzte erste Wegmarken. Der Kanzler verständigte sich mit dem General zwar noch einmal auf einen letzten Versuch zur Schaffung einer Politischen Union zu sechst; sie hatten sich aber bereits mit dessen Fehlschlag insgeheim abgefunden und visierten darum den Ausbau der bilateralen Beziehungen zur „Union" an. Wie ein rohes Ei behandelten sie das Thema der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit, wobei Adenauer offenbar zu diesem Zeitpunkt keine Mitarbeit an der Force de frappe anstrebte, sondern eher darauf abzielte, mit Hilfe der Annäherung an Frankreich die USA in der Nuklearfrage zum Einlenken zu bewegen. Washington zerstörte aber kurz darauf den in Bonn noch immer vorhandenen Traum einer nuklearen Streitmacht unter dem Dach der NATO und bestärkte einige Verteidigungspolitiker in der Union wie Strauß in der Absicht, mittels der französischen Atomstreitmacht eine „nukleare EVG" aufzubauen. Infolge ihres aus Egoismus und Kurzsichtigkeit geborenen kategorischen Neins zu einer atomaren Proliferation im eigenen Lager trieben die Amerikaner Deutsche und Franzosen einander in die Arme.

Anläßlich seines triumphalen Staatsbesuchs in der Bundesrepublik im September desselben Jahres präsentierte de Gaulle Adenauer das konkrete Projekt einer deutsch-französischen Union als Nukleus eines europäischen Europa vom Atlantik bis zum Ural! Als der Kanzler mit dem Wunsch nach einer festen Abmachung zwischen beiden Staaten in Form eines geheimen „gentlemen's agreement" replizierte, regte der General einen darüber hinausgehenden Mechanismus zur Konzertierung der Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik sowie eine enge Zusammenarbeit auf dem Feld der Erziehung an. Beide Staatsmänner unterstrichen, ihre Absichten nicht in einem Vertrag, sondern in einem Protokoll oder einem Memorandum fixieren zu wollen, das von den Außenministerien vorbereitet werden sollte.

Wie Meinungsumfragen bestätigten, konfrontierte der General seine Landsleute mit der nun beschrittenen Bilateralisierung der Beziehungen zu Westdeutschland nicht völlig unvorbereitet. Das Ansehen der Bundesrepublik in Frankreich hatte sich in den letzten Jahren allmählich verbessert. Daß die französische Presse in ihrer Berichterstattung über den im April 1961 begonnenen Eichmann-Prozeß in Jerusalem eine bemerkenswerte Objektivität an den Tag legte, spiegelte einen beachtlichen Sinneswandel des französischen Volkes gegenüber dem östlichen Nachbarn wider. Das klägliche Scheitern der großangelegten kommunistischen Agitation gegen die Stationierung der Bundeswehreinheiten in den ostfranzösischen Manövergebieten mußte ebenfalls als Erfolg der auf Verständigung ausgerichteten politischen Kreise Frankreichs angesehen werden. Die Bereitschaft zur Aussöhnung war bemerkenswerterweise auf dem Lande breiter als in den Städten, in der Geschäftswelt stärker ausgeprägt als in der Beamtenschaft, wobei sie insgesamt eher aus Gründen der Vernunft denn des Gefühls existierte.

Im Spätherbst 1962 nahmen Diplomaten beider Außenministerien konkrete Verhandlungen über die vorgelegten Memoranden zur Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen auf: Das monatelange Zögern der deutschen Seite und der Verlauf der Beratungen verdeutlichen indes sehr anschaulich, wie wenig Unterstützung dem Kanzler in seiner Frankreichpolitik innerhalb der Bundesregie-

rung zuteil wurde. Noch war er stark genug, seinen Willen durchzusetzen. Trotz erheblicher Vorbehalte stimmte sich Schröder Mitte Dezember mit Couve de Murville über die Grundzüge eines Protokolls ab, das durch einen einfachen Schriftwechsel in Kraft gesetzt werden sollte. Zur Verabschiedung der Dokumente nahmen die Minister ein Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer für Januar 1963 in Paris in Aussicht.

Die Ereignisse der letzten Wochen des alten und der ersten Tage des neuen Jahres bewirkten dann in den Kanzleien am Rhein und an der Seine ein tiefgreifendes Umdenken über den Charakter der einzugehenden Vereinbarung. Adenauer erlitt durch die sogenannte „Spiegelaffäre" eine innenpolitische Niederlage und mußte erkennen, daß seine präsumtiven Nachfolger Erhard und Schröder die Entente mit Frankreich kaum pflegen würden. Als die Juristen des Auswärtigen Amtes Anfang Januar darauf aufmerksam machten, daß das ausgearbeitete Protokoll ratifizierungsbedürftig sei, ergriff Adenauer die Chance, das deutsch-französische Verhältnis auf der Basis eines Staatsvertrags dauerhaft zu verankern.

De Gaulle hingegen befand sich angesichts der politischen und ökonomischen Stabilisierung der V. Republik innenpolitisch in einer wesentlich besseren Lage. Indem er dennoch ebenfalls auf ein festes Bündnis setzte, reagierte er vor allem auf außenpolitische Entwicklungen: Im Dezember 1962 trafen die Angelsachsen auf den Bermudas Vereinbarungen über die Lieferung von Polaris-Raketen an London, was de Gaulle als britischen Ausverkauf nationaler Interessen verstand. Mitte Januar 1963 stimmte Adenauer prinzipiell der MLF zu und stellte dadurch seine Treue zur Atlantischen Partnerschaft unter Beweis. In seiner aufsehenerregenden Pressekonferenz vom 14. 1. wies de Gaulle den ihm von Kennedy angebotenen Beitritt zum Nassau-Abkommen entschieden zurück, sprach sich dezidiert gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens aus und pries die deutsch-französische Entente. Trotz energischer Versuche in Bonn, den Kanzler nach der Philippika des Präsidenten von der geplanten Reise an die Seine abzubringen, hielt Adenauer an seinem Besuch fest und fuhr mit der Absicht nach Paris, de Gaulle von der Notwendigkeit eines Staatsvertrags zu überzeugen. Beim ersten Vieraugengespräch am 21. 1. über die neue Marschroute ins Bild gesetzt, willigte der Präsident sofort ein. Einen Tag später unterzeichneten sie im Elysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

Sein Herzstück war die Konsultationsverpflichtung, die beide Regierungen dazu zwang, auch in schweren Zeiten miteinander über anstehende Probleme zu beraten. In bezug auf die von seinen Protagonisten verfolgten Zielsetzungen besaß der Vertrag eine gewisse Doppeldeutigkeit zwischen eher positiv angelegten französischen und mehr negativ ausgerichteten deutschen Interessen: Adenauer ging es natürlich um die deutsch-französische Versöhnung, vor allem aber um die Bindung seiner Nachfolger, eine erste Etappe auf dem Weg zur Zusammenarbeit der Sechs, eine Rückversicherung gegenüber amerikanischen Entspannungstendenzen und eine Möglichkeit, Frankreich vor einem völligen Abdriften von der Atlantischen Allianz, gar einem Schwenk nach Osten, zu bewahren. De Gaulle teilte wohl die erste und letzte Absicht: Versöhnung und Bindung. Im Kern bedeutete der Vertrag für ihn aber eine machtvolle Basis, ein von den USA unabhängiges Europa zu errichten.

Das von den beiden Staatsmännern eingegangene Bündnis war gewiß keine „Liebesheirat", sondern eine „Vernunftehe", in seiner Anlage zwangsläufige Folge einer immer engeren Kooperation, in der konkreten Umsetzung als Staatsvertrag situationsbedingte Entscheidung zweier Politiker. Adenauer gab den bisher anerkannten Vorrang der Allianz mit Washington auf, wollte aber keinen Bruch mit Kennedy provozieren. Im Spagat zwischen den beiden wichtigsten deutschen Verbündeten verlagerte der Kanzler zwar sein Gewicht, optierte aber aus deutschland- und sicherheitspolitischen Erwägungen nicht vollends für Frankreich. Für de Gaulle – dank geographischer, politischer und verfassungsrechtlicher Faktoren weitaus souveräner in seinem Handeln – bedeutete die Vollendung des Elysée-Vertrages hingegen einen ersten Schritt zur Loslösung von den USA, ohne daß er die Sicherheitspartnerschaft mit Amerika im Verteidigungsfall aufzukündigen gedachte.

Der Abschluß dieses Abkommens, das die Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarn offiziell besiegelte, resultierte aus dem Willen des Generals und des Kanzlers, denen nicht nur deshalb für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen nach 1958 entscheidende Bedeutung zukommt. Mag ihr persönliches Verhältnis mit rationalen Kategorien allein auch nicht zu erklären und Adenauer der Aura de Gaulles wiederholt erlegen sein – ihre „Entente personnelle" beruhte nicht auf Mißverständnissen, sondern auf Kalkül. Wenngleich es den im Elysée-Vertrag festgesetzten Konsultationsmechanismus in lockerer Form bereits gab, suchten beide Staatsmänner dessen schriftliche Fixierung, weil die grundlegenden Optionen der deutschen und französischen Außenpolitik nicht übereinstimmten. Ihnen dies als Verdienst zuzubilligen, heißt implizit, es der patriarchalischen Kanzlerdemokratie Adenauerscher Prägung und dem von der Autorität der Staatsspitze geprägten Präsidialsystem de Gaulles mit seiner „domaine réservé" zuzuweisen.

Das Anfang Juli 1963 in Kraft tretende Freundschaftsabkommen war freilich kaum noch mit jener „Kraftquelle" gleichzusetzen, die seine Schöpfer im Januar freigelegt hatten. Sie wieder zuzuschütten, ganz oder doch zumindest zum Teil, war das Bestreben flinker Hände in Bonn und Paris, London und Washington, Ost-Berlin und Moskau gewesen, die um ihre Macht, ihren Einfluß oder um ihre Sicherheit fürchteten. Mochten die Kommentatoren und Regierungen dies- und jenseits des Atlantiks die Besiegelung der Versöhnung zwischen den beiden Nachbarn auch begrüßen: sie kritisierten doch die Exklusivität und Präponderanz des deutsch-französischen Verhältnisses mit seiner potentiell anti-britischen und -amerikanischen Spitze.

Daß es tatsächlich gelang, dem Vertrag die „Zähne zu ziehen", hing vor allem mit drei Faktoren zusammen: dem von außen, insbesondere den USA, unterstützten innenpolitischen Feldzug gegen den Vertrag in der Bundesrepublik; dem rasanten Machtverfall des Bundeskanzlers; der Konfrontationspolitik des französischen Präsidenten. Erst mit dem von de Gaulle zu verantwortenden Abbruch der Verhandlungen über den britischen EWG-Beitritt Ende Januar gewann die Kampagne gegen das Freundschaftsabkommen volle Fahrt. Adenauers Hoffnung auf Zeitgewinn mit Hilfe der Prüfung durch die EWG-Kommission war der Boden entzogen. Den Vertrag komplett zu kippen, kam zwar nur wenigen Politikern in

den Sinn. Aber das ‚Waffenarsenal' lehrte die Strategen in Kanzleramt und Elysée-Palast auch so das Fürchten: Vertragsrevision, Zusatzprotokoll oder Bundestagsresolution. Alle Bemühungen des Kanzlers, die Fronde mit verbalen Solidaritätsbekundungen für die Atlantische Allianz und die europäische Gemeinschaft oder Potenzphantasien über das Kraftzentrum Deutschland-Frankreich zu befriedigen, fruchteten nicht. Am Ende eines langen, in enger Abstimmung mit den USA vollzogenen, parteiübergreifenden Meinungsbildungsprozesses entschieden sich Exekutive und Legislative in Bonn schließlich für die Vorschaltung einer Präambel zum Ratifikationsgesetz des Vertrags und gingen damit einen mittleren Weg zwischen den diskutierten Alternativen. Koalition und Opposition fanden damit eine Basis, auf der sie das Abkommen mit überwältigender Mehrheit gemeinsam passieren lassen konnten. Seit April Kanzler auf Abruf, beugte sich Adenauer den bestehenden Machtverhältnissen und nahm die Vorgaben hin. Die Phase der von ihm gegen starken äußeren Druck beinahe allein durchgesetzten Politik der Zweier-Allianz mit Frankreich war vorbei. Wenn er de Gaulle suggerierte, er werde trotz Präambel nach dem bevorstehenden Kanzlerwechsel die Fäden weiterhin in der Hand behalten, zeugt dies für ein gerüttelt Maß an Ohnmacht wie an Selbstüberschätzung.

Auch in Paris dachten Regierung und Parlament darüber nach, den deutsch-französischen Vertrag in den Rahmen der Einigung Europas und der atlantischen Zusammenarbeit einzubetten. Aus verfassungsmäßigen Gründen konnte sich de Gaulle indes damit begnügen, das Ratifikationsgesetz den Abgeordneten lediglich mit einem Exposé des motifs vorzulegen. Der Opposition reichten die darin enthaltenen Zugeständnisse gleichwohl nicht aus. Die Befürworter eines supranationalen Europa und die Anhänger der atlantischen militärischen Allianz im Palais Bourbon fürchteten um die Zukunft der westeuropäischen Gemeinschaft. Die Anti-Gaullisten von MRP, SFIO, Radikalen und Kommunisten trieb die Sorge um, die prosperierende, aber nicht saturierte Bundesrepublik könne das Bündnis mit Frankreich in ihrem Interesse instrumentalisieren. Allein, die Machtverteilung der V. Republik war nicht so, daß sie sich mit ihren Vorbehalten hätten durchsetzen können.

Über publizistische und diplomatische Kanäle ließ de Gaulle seinen Unmut über das Verhalten des Deutschen Bundestags Adenauer deutlich wissen. Der vom Kanzler befürchtete Bruch blieb aber aus, obwohl die erste Regierungskonferenz im Rahmen des Vertrages Anfang Juli 1963 trotz des dabei unterzeichneten Abkommens zur Errichtung eines gemeinsamen Jugendwerkes die Kluft zwischen den außenpolitischen Konzeptionen beider Regierungen drastisch demonstrierte. Das Ausmaß der Divergenzen zeigte sich noch einmal in aller Klarheit, als die Bundesrepublik dem von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion Anfang August abgeschlossenen Teststopp-Abkommen nolens volens beitrat, wohingegen Frankreich sich die Freiheit nahm, nicht zu unterzeichnen. Schon vor dem Kanzlerwechsel im Oktober trat damit offen zutage, daß der Wunsch Adenauers und de Gaulles, der Freundschaftsvertrag möge eine neue Ära in den deutsch-französischen Beziehungen einleiten, mit den internationalen Rahmenbedingungen und außenpolitischen Interessen beider Staaten nicht in Einklang zu bringen war. Adenauer reagierte darauf in seinen letzten Amtswochen mit einer

beinahe rückhaltlosen Hinwendung zu Frankreich. Im Bewußtsein seiner ablaufenden Amtszeit entledigte er sich bisheriger Rücksichtnahmen, wartete intern mit einem bemerkenswerten Plädoyer für die Force de frappe auf und bekundete Sympathie für eine europäische Atomstreitmacht. Auch de Gaulle befürwortete im letzten Rendezvous während der Kanzlerschaft Adenauers im September 1963 ein eigenständiges deutsch-französisches Bündnis. Das heikle Thema einer deutschen Beteiligung an der französischen Atomstreitmacht sparten beide Staatsmänner indes aus, obwohl es der Klärung harrte.

Mag auch die von Adenauer rückblickend vorgenommene Bewertung des Elysée-Vertrages als Hauptwerk seiner Kanzlerschaft in historischer Perspektive mit Fug und Recht bezweifelt werden, so gibt es keinen Anlaß, das Abkommen in seiner Bedeutung so herabzustufen, daß es gleichsam als überflüssig erscheint. Kanzler und General hatten einen Schlußstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit gezogen und die Grundlage für einen in die Zukunft weisenden Anfang geschaffen. Sie mußten sich allerdings fragen lassen, ob sie ihre Zeitgenossen nicht überfordert hatten.

Um das Gebäude der deutsch-französischen Verständigung weiterzubauen, mußte (und muß) der Vertrag mit Leben erfüllt werden. Doch nach dem Rücktritt Adenauers kamen die Arbeiten zum Erliegen. Unter seinem Nachfolger Erhard gerieten die beiderseitigen Beziehungen in eine dreijährige Periode dauernder Konflikte, die sich vor allem in der Europapolitik, aber auch der Sicherheits- und Ostpolitik entluden. Neben globalen Aspekten zeichneten namentlich die unterschiedlichen Persönlichkeitsstrukturen von de Gaulle und Erhard sowie ihre Europakonzeptionen für die Mißhelligkeiten verantwortlich. Während der hünenhafte, selbst „grandeur" personifizierende General in Paris mit seiner Programmatik der „l'Europe de patries" konsequent darauf hinwirkte, das russisch-amerikanische Duopol durch ein neues Gleichgewicht zu ersetzen, in dem ein wirtschaftlich und militärisch wiedererstarktes, die Nationalstaatlichkeit bewahrendes Europa unter der Ägide Frankreichs gleichberechtigt neben den antagonistischen Weltmächten stehen sollte, strebte der homo oeconomicus in Bonn ein gleichermaßen visionäres „Europa der Freien und Gleichen" in enger Partnerschaft mit den USA an. De Gaulles Angebot eines bilateralen Bündnisses als Kern einer späteren Föderation lehnte Erhard 1964 höchst undiplomatisch ab und schürte damit den innenpolitischen Kampf zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten". Auch den Köder einer Beteiligung an der „Force de frappe" ließ er unbeachtet liegen. In seinem ausgeprägten Selbstbewußtsein glaubte Erhard dennoch, die deutsch-französischen Beziehungen trotz seiner ostentativen Freundschaft zum amerikanischen Präsidenten Johnson in den Dienst seiner Europapolitik stellen zu können. Innerhalb weniger Jahre sollte sich dies als Trugschluß erweisen. Seine Verbindung zum General war zerrüttet; und auch das Verhältnis zu Johnson hielt den Belastungen nicht stand. Als die Bundesrepublik im Herbst 1966 in die Gefahr geriet, isoliert zu werden, sah sich Erhard zum Rücktritt genötigt[3].

Im Einklang mit Außenminister Willy Brandt ging es seinem Nachfolger Kurt Georg Kiesinger darum, dem Zwang zur Option für einen der beiden wichtigsten

[3] Vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition.

Verbündeten auszuweichen und sich weder auf die atlantische noch die gaullistische Karte festlegen zu lassen. Kiesingers bündnispolitischer Pragmatismus setzte sich von Erhards Amerika-Hörigkeit ebenso ab wie von Adenauers Frankreichbindung. Gleichwohl hoffte er darauf, das Verhältnis zu de Gaulle zu reaktivieren, um mit ihm auf die Herstellung einer gesamteuropäischen Friedensordnung hinzuarbeiten. Trotz des spürbaren Klimawechsels war sich der Kanzler der Grenzen der deutsch-französischen Kooperation dabei durchaus bewußt. De Gaulles Austritt aus der militärischen Integration der NATO, sein Flirt mit dem „ewigen Rußland" 1966 und sein abermaliges Veto gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens 1967 boten reichlich Stoff für kontroverse Diskussionen. Der deutsche Traum von einer gemeinsamen Ostpolitik war rasch ausgeträumt, da Frankreich seine Unterstützung von einem Einschwenken der Bundesrepublik auf eine antiamerikanische Linie in den großen Fragen der Weltpolitik abhängig machte. Zu schweren Dissonanzen kam es 1968 im Zuge der Niederschlagung des „Prager Frühlings", als de Gaulle den Deutschen eine Mitschuld an der Invasion des Warschauer Paktes gab und eine Auflösung der Blöcke sowie die Überwindung der Teilung von Jalta verlangte. Als die Bundesrepublik kurz darauf ihre ökonomische Potenz erstmals seit zwanzig Jahren in politische Macht umsetzte, ging in Frankreich wieder einmal das Schreckgespenst einer drohenden deutschen Hegemonie um. De Gaulle reagierte darauf mit dem Versuch einer Wiederannäherung an die Angelsachsen. Doch seinen Sondierungen stießen auf wenig Gehör[4].

Mit dem Rücktritt des ersten Präsidenten der V. Republik im Frühjahr und der Abwahl der Großen Koalition im Herbst 1969 wurden die Karten der deutsch-französischen Beziehungen unter dem Gespann Brandt-Pompidou neu gemischt. Bestimmte Grundkonstanten – das persönliche Verhältnis der führenden Politiker dies- und jenseits des Rheins; das Dreiecksverhältnis zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den USA; der Ost-West-Konflikt – strahlten freilich auch weiterhin auf das Verhältnis der Nachbarn aus. Die von Bonn forsch betriebene „neue Ostpolitik" und seine Fixierung auf die Supermächte wurden in Paris höchst mißtrauisch beobachtet. Da eine gemeinsame Konzeption in zentralen Fragen der Sicherheitspolitik fehlte, grassierten abermals das Rapallo-Syndrom und die Furcht vor einem wirtschaftspolitisch motivierten deutschen „Drang nach Osten". Pompidou, dessen Verhältnis zu Brandt distanziert blieb, richtete seine Entspannungspolitik konsequent auf die Multilateralisierung des Détenteprozesses aus, betrieb eine neuerliche „relance européenne", die Großbritannien in die EG bringen und den Konsultationsmechanismus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit installieren sollte, und zielte darauf, die Bundesrepublik im Rahmen des Elysée-Vertrages noch enger an Frankreich zu binden. Dennoch setzte sich insgesamt die seit Ende 1963 vorwaltende Tendenz einer Relativierung des beiderseitigen Verhältnisses fort[5].

Dies sollte sich unter dem 1974 die Regierungsgeschäfte in Bonn und Paris übernehmenden „Tandem" Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing" wieder ändern. In gewisser Weise von Vorteil war, daß beide Staatsmänner eine kriti-

[4] Vgl. ebd.
[5] Vgl. Meimeth, Entspannungspolitik; Simonian, Privileged partnership; Wilkens, Nachbar.

sche Haltung gegenüber den USA einnahmen und das „Dreiecks-Dilemma" implizit abschwächten. Vor dem Hintergrund der Krise des Weltwährungssystems und zunehmender ökonomischer Probleme der EG-Staaten zielten sie, persönlich freundschaftlich verbunden, gemeinsam darauf ab, die wirtschaftspolitischen Turbulenzen einzudämmen und Europas Handlungsfähigkeit zu sichern. Um dem Primat des Ökonomischen entgegenzuwirken, regten sie sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene neue Beratungsinstanzen der Staats- und Regierungschefs an - die G7-Treffen bzw. den „Europäischen Rat" -, die trotz mancher nicht erfüllten Erwartung bis auf den heutigen Tag ihre Existenz bewahrt haben. Darüber hinaus brachten sie die Gründung des Europäischen Währungssystems auf den Weg, das die politische Eigenständigkeit Europas stärken sollte, ohne der Rolle als Nukleus einer europäischen Währungsunion gerecht zu werden. Schließlich intensivierten Giscard d'Estaing und Schmidt im Zeichen zunehmender Friktionen innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft und zwischen den Supermächten seit Anfang der achtziger Jahre die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ziel eines militärischen Allianzvertrags. Die Verschärfung des Ost-West-Konflikts bereitete ihren Hoffnungen auf ein Mehr an europäischer Autonomie jedoch ein harsches Ende[6].

Der Machtwechsel in Frankreich 1981 von Giscard d'Estaing zu François Mitterrand und die innerdeutsche Debatte über den NATO-Doppelbeschluß ließen die verheißungsvollen Ansätze in der Sicherheitspolitik schnell versiegen. Abermals kamen in Frankreich Befürchtungen hoch, die Bundesrepublik könne aus dem westlichen Bündnis ausscheren. Dabei richteten sich die Sorgen vornehmlich gegen Teile der Sozialdemokratie und die Friedensbewegung. Kurz nach dem Sturz des diesbezüglich unverdächtigen Schmidt nutzte Mitterrand einen Auftritt im Deutschen Bundestag dazu, der christdemokratisch-liberalen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl im Kampf gegen die Opposition den Rücken zu stärken. Trotz unterschiedlicher parteipolitischer Vorzeichen intensivierten Kohl und Mitterrand die enge Zusammenarbeit und verhalfen den deutsch-französischen Beziehungen damit zu einer neuen „Blütezeit". Insbesondere in der Verteidigungskooperation gelang ihnen eine Reihe konkreter Ergebnisse, durch die sich die Nachbarn wie Ende der fünfziger oder Anfang der sechziger Jahre einem wirklichen strategischen Übereinkommen annäherten. Bescheiden fielen hingegen die Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union aus, obwohl die weltpolitischen Probleme dringend nach einer europäischen Stimme verlangten. Mitterrand stellte sich zwar der Herausforderung und trachtete danach, die Einigung voranzutreiben. Doch seine Vorstellungen stießen in Bonn nur auf wenig Gegenliebe. Einmal mehr zeigte sich, daß die Integration Europas den Anschub der deutsch-französischen Entente benötigte. Stockte der Motor, stagnierte der Prozeß. Mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 wurden bestehende Verfahren und Strukturen bloß pragmatisch fortgeschrieben. Die im Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments von 1984 geweckten Hoffnungen blieben unerfüllt. Von einer vitalen europäischen Leitidee war kaum noch etwas zu spüren[7].

[6] Vgl. Meimeth, Entspannungspolitik; Simonian, Privileged partnership.
[7] Vgl. Bauer, Sicherheitspolitik; Ehrhart, Herausforderung; ders., „Deutsche Frage; Gordon, Part-

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/90 veränderten die Geschäftsgrundlage der deutsch-französischen Beziehungen fundamental. Deutschland gewann durch den Zusammenschluß eines Volkes von 80 Millionen zwangsläufig die Rolle des ökonomisch mächtigsten Staates in Europa. Frankreich verlor seine Funktion als Garantiemacht Berlins und für Deutschland als Ganzes. Während die Wiedervereinigung von einer großen Mehrheit der französischen Bevölkerung begrüßt wurde, agierte die classe politique sehr zögerlich. Mitunter schürte sie sogar alte Ängste und ließ ein „Viertes Reich" entstehen. Auch Mitterrand war von solchen Sorgen nicht frei. Mit aller Macht verfolgte er das Ziel, Deutschland mittels europäischer Integration fest zu binden. Anfang Dezember 1989 verlangte er gar, die Stärkung der Gemeinschaft müsse Vorrang vor der deutschen Einheit haben. Tiefgreifende Irritationen waren die Folge. Nur mühsam faßte das deutsch-französische Tandem wieder Tritt und setzte nach dem Abschluß der deutschen Einheit 1991/92 auf die Beschleunigung der europäischen Einigung, um die Westbindung der Bundesrepublik zu zementieren[8].

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sieht sich das „couple franco-allemand"[9] im Zeichen eines wachsenden Trends zur Renationalisierung großen Herausforderungen gegenüber. Auf der Basis des Freundschaftsabkommens von 1963 ist ein dichtes Netz von Kontakten und Beziehungen entstanden, das in seiner Spannweite und Intensität einmalig unter souveränen Staaten sein dürfte. Mit dem Elysée-Vertrag ist das, was früher Wunsch und Traum war, heute Realpolitik geworden. Gleichwohl bedarf das beiderseitige Verhältnis stetiger Pflege. Stillstand bedeutet Rückschritt. Ohne deutsch-französische Übereinstimmung – dies hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder herausgestellt – gibt es keine Fortschritte in der europäischen Politik. Noch immer fehlt aber eine einige Strategie bei der Erweiterung der Europäischen Union, ein gemeinsames Bild von der europäischen Gesellschaft, von einer global wettbewerbsfähigen Wirtschaftsordnung oder einer Neubestimmung der transatlantischen Partnerschaft[10]. Noch immer ist in Frankreich die Angst vor Deutschland nicht begraben[11]. Nicht nur deshalb wäre es fatal, wenn die seit Jahrzehnten hochgehaltene „Staatsvokabel" der deutsch-französischen Freundschaft in der Bundesrepublik von „Geschichtsverächter[n]" historisiert, also zur Bedeutungslosigkeit degradiert würde[12].

nerschaft; Guérin-Sendelbach, Tandem; Leimbacher, Allianz; McCarthy (Hg.), France-Germany; Picht/Wessels (Hg.), Motor; Soutou, Alliance incertaine.

8 Vgl. die hervorragende Einleitung zur Sonderedition Deutsche Einheit (Küsters, Entscheidung).

9 Ménudier (Hg.), Couple.

10 Vgl. Bloemer, Abschied; Rouget, „Schwierige Nachbarschaft".

11 Vgl. Delmas, Guerre.

12 Artikel Ross, in: „Die Zeit", 26. 8. 1999.

VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Bundesrepublik Deutschland

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin (ACDP)

Nachlaß Birrenbach
I-433–10/1, 51/1

Nachlaß von Eckardt
I-010–002/1, 002/2, 006/4, 007/1, 007/2, 019/2, 019/4

Nachlaß Gerstenmaier
I-210–015

Nachlaß Krone
I-028–005/5, 006/4, 007/2, 009/3, 012/11, 016/1, 055/4, 055/5, 056/2, 076/1

Nachlaß Lenz
I-172–058/1, 058/2, 071/1

Nachlaß Jansen
I-149–003-V-1 bis V-4, 006-VI-1 bis VI-2, 006-VII-1 bis VII-2

Nachlaß von Merkatz
I-148–116/01

Nachlaß Mertes
I-403–013/2, 017/1 bis 017/3, 018/1, 018/2, 019/1, 019/2, 020/1, 020/3, 020/4, 021/1, 021/2

Materialien zur Außenpolitik
VIII-001–052/2

CDU/CSU-Fraktionsprotokolle
VIII-001–1006/1 bis 1009/3

CDU/CSU-Fraktionsvorstandsprotokolle
VIII-001–1501/1 bis 1504/1

Arbeitskreis V Außenpolitik
VIII-006–001/1, 001/12

Archiv des deutschen Liberalismus Gummersbach (AdL)

FDP-Bundestagsfraktionsprotokolle
Bd. 14664

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (AsD)

SPD-Bundestagsfraktion Sitzungsprotokolle
Nr. 23, 25

SPD-Parteivorstand Sitzungsprotokolle
Bd. 15, 23

Nachlaß Erler
Bd. 176, 181, 195, 197, 223

Nachlaß Mommer
Nr. 10, 19

Nachlaß Schumacher
Bd. 50

Archiv der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder Bonn

Dokumente zum Elysée-Vertrag

Berlin-Document-Center (BDC)

Bestand Reichsschrifttumskammer

Personalakte Hausenstein

Bundesarchiv Koblenz (BA)

B 136 Bundeskanzleramt
Bd. 1310, 2049, 2055–2058, 2070, 2074, 2076f., 2080, 3581, 3624, 3952

Nachlaß Blankenhorn
Bd. 1a-15b, 18a-41b, 43–162

Nachlaß Blücher
Bd. 82, 142, 302

Nachlaß von Brentano
Bd. 3, 24, 27, 32, 44, 46, 57, 100, 104, 109, 121, 123, 156–159, 163–165, 186

Nachlaß Carstens
Bd. 643f.

Nachlaß Etzel
Bd. 84

Nachlaß Furler
Bd. 140, 142

Nachlaß zu Guttenberg
Bd. 68, 179f.

Nachlaß Hallstein
Bd. 121–129

Dokumentationsstelle Nuclear History Program Bonn (NHP)

Dokumente zum Nuclear History Program

Landeshauptarchiv Koblenz

Nachlaß Altmeier
Bd. 107

Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn (L-E-S)

Nachlaß Erhard
I 1)4, I 1)6 bis I 1)9, I 4)41, I 4)46, NE 47, NE 79, NE 954n

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA)

Büro Staatssekretäre
Bd. 14, 116–119, 124, 155–157, 159, 161f., 211–214, 216–221, 229–233, 239, 267, 281–283, 338, 340–343, 345–347, 349f., 352, 354, 359f., 362, 364

Abgabeliste Ministerbüro
Bd. 14, 48–53, 55–58, 62f., 65, 118–120, 122f., 155–157, 259

Politische Abteilung (Abt.2)
Bd. 126f., 150, 157f., 204–212, 219–227, 236f., 248f., 266f., 269–275, 277–281, 283, 297–299, 360–368, 382f., 478, 484–490, 497, 515–518, 520–523, 527–536, 539–546, 553, 562, 573f., 581–583, 609, 744f., 747, 815–819, 838–842, 845, 851f., 854–865, 867, 870, 873–876, 888, 891f., 899–918, 942–944, 963, 969–9976, 979–983, 987–996, 1011, 1018–1020, 1023, 1042f., 1045, 1055, 1063f., 1250–1254, 1263, 1299, 1303f., 1306, 1308, 1310, 1312–1322, 1344, 1406–1408, 1411, 1415f., 1441–1444, 1446f., 1467, 1505–1507, 1512, 1709

Referat 200
AZ 80.00/0, 80.12/1, 80.17, 80.19, 80.SL/6, 81.00, 81.SR 3, 81.11 Bd. 1–15, 83.SM/0 Bd. 1, 85.11/0 Bd. 1–2, 87.SL/5 94.07

Abgabeliste Referat 200
Bd. 1, 20, 41, 87–89, 103, 224, 226, 265, 299, 343, 347

Abgabeliste Referat 202
Bd. 1, 27, 52, 220

Abgabeliste Referat 204
Bd. 2, 5–10, 12–14, 184–229, 233f., 240–242, 247, 255f., 258–261, 263, 264, 266f., 271–274, 280–282, 353–356, 360

Referat 204
AZ 514–01/22, 515–04a

Referat 205
Bd. 12, AZ 82.00, 82.20, 82.22, 82.50, 84.02

Referat 210
AZ 81.12/1–4, 81.13/2, 81.13/2–3, 86.00 Bd. 1–4

Referat 213
AZ 1040 Bd. 1–3

B 14 Referat 211
Bd. 2, 31, 41, 58, 68, 75

B 14 Referat 217
AZ 372–08E Bd. 1f., 4

B 14 Sekretariat für Fragen des Pleven-Plans (SFPP)
Bd. 4–23, 28–45, 48–73, 78–84

B 17 Referat 219/Referat 208/Materialsammlung Blankenhorn
Bd. 1–5, 8, 10, 16, 22f., 31, 36–38, 40, 43–47, 65, 121, 126, 128, 130, 132, 134, 136f., 139, 141, 151f., 154f., 157–159, 170

Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans (SFSP)
Bd. 6f., 53–57, 62f., 67, 72, 77–79, 83f., 93–96, 98–100, 102–105, 160, 177, 232, 234, 286–289

B 150 Aktenkopien 1963
Bd. 1–15

B 151 Aktenkopien 1962
Bd. 1

Länderabteilung (Abt.3)
AZ 100–14, 105–04, 202–03 Bd. 1–3, 5–10, AZ 205–00/22 Bd. 1–9, AZ 205–04/22 Bd. 1f., AZ 210–01/22 Bd. 1–4, AZ 210–02/22 Bd. 1, AZ 211–00/22 Bd. 1–4, AZ 212–19 Bd. 1–12, AZ 214–01, 214–01, 214–02, 214–03, 215–03/22 Bd. 1f., AZ 221–01 Bd. 1–3, AZ 221–02, 221–09 Bd. 1–5, 7–9, AZ 221–15, 221–20, 223–00 Bd. 1–11, AZ 223–00 E, 224–00, 226–08, 230–00/22, 230–04, 230–07 Bd. 1–9, AZ 230–07 E, 230–12 Bd. 1–5, AZ 230–12a Bd. 1f., AZ 230–12e Bd. 1, AZ 232–00 Bd. 1–12, AZ 240–03. 246–04, Bd. 1f., AZ 372–08E, 372–13E Bd. 1–8, AZ 740–09, 752–00/22, 752–01 Bd. 2–4, AZ 752–03 Bd. 1–3

Handelspolitische Abteilung (Abt.4)
Referat 401 Bd. 29–32, 133, 284

Rechtsabteilung (Abt.5)
Referat 500 V 1 Bd. 52, 68, 133
Referat 500 Bd. 646 AZ V 1 83 SV 88
Referat 503 Bd. 684 AZ 80 SL/5 94.07

Kulturabteilung (Abt.6)
Referat 600 Bd. 4–11, 17f., 26, 35–37, 132–134, 145–149, 152f., 187, 201–204, 216, 263, 315, 368, 409–416, 422–424, 435, 437f., 463–466, 545f.

Ostabteilung (Abt.7)
Referat 700 Bd. 1–3, 20–21a, 26–26a, 28, 44–44a, 44c, 45, 136–139a, 150f., 169f., 176–178, 232, 240f., 1678–1681, 1685–1678

Botschaft Paris
Bd. 5243–5245

Nachlaß Hausenstein
Bd. 1–5, 7–30, 33–50

Nachlaß von Maltzan
Bd. 1–3

Nachlaß von Kessel
Ordner [1]-[3]

Nachlaß Theo Kordt
Bd. 8, 11, 13, 23

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Bonn

Biographisches Archiv

Sammlung Adenauer

Schiller-Nationalmuseum/Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA)

Nachlaß Hausenstein
66.1752, 66.1774f., 66.1813, 66.1847, 66.1879, 66.1983, 66.1885, 66.1902, 66.1941, 66.1945, 66.1967, 66.1999, 66.2048, 66.2064, 66.2098, 66.2143f., 66.2159, 66.2184, 66.2217, 66.2257, 66.2277, 66.2309, 66.2315, 66.2562, 66.2602f., 66.3273, 66.3321, 66.3387, 66.3397, 66.3519, x84.112f.

Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus Rhöndorf (StBKAH)

Nachlaß Adenauer
02.02, 06.08, 10.01, 10.02, 10.04–10.06, 10.11, 10.24, 10.26, 10.28, 10.36, 10.38, 10.40, 11.02, 12.08, 12.09, III 21, III 22, III 38

Frankreich

Archives du Ministère des Affaires Etrangeres Paris (AMAE)

Série Europe 1944–1960, Sous-Série Allemagne
Bd. 120–147, 182–199, 201–209, 337–346, 351–355, 370–396, 418 f., 425, 436 f., 764 f., 769, 796, 904–920, 937–950, 1031–1049

Série Europe 1944–1960, Sous-Série Allemagne 1956–1960
Bd. 1–4, 24–30, 36–39, 45–49

Série Europe 1961–1965, Sous-Série Allemagne
Bd. 1574

Série Europe 1944–1960, Sous-Série Généralités
Bd. 67–78, 110–115, 132–134, 136–153, 155–157, 159–166, 170, 173 f., 184–189, 193

Série Europe 1944–1960, Sous-Série Sarre
Bd. 220–224, 232–235, 238 f., 266–279

Série Europe 1944–1960, Sous-Série URSS
Bd. 241–245, 268

Série Europe 1961–1965, Questions Internationales
Bd. 1958

Série Direction des Affaires économiques et financières, Service de coopération économique 1945–1960 (DE-CE)
Bd. 508, 516, 611–616, 628–630, 650, 653, 701 f., 711, 723, 726

Secrétariat des Conférences (Nations Unies/Organisations Internationales NUOI)
Bd. 72–74, 79 f., 631

Papiers Robert Schumann [sic!] PA-AP 073
Bd. 1–4

Papiers René Massigli PA-AP 217
Bd. 68–71, 76, 78

Papiers René Roux PA-AP 210
Bd. 4 f.

Centre d'Accueil et de Recherches des Archives Nationales Paris (AN)

5 AG Papiers Charles de Gaulle
carton 1/160, 1/161, 1/165, 1/167 (par Extraits)

Archives personnelles René Mayer 363 AP
carton 17, 22–30, 37 f.

Archives personnelles Georges Bidault 457 AP
carton 30 f., 34–36, 38–40, 44, 47 f., 50

81 AJ Activités du Commissariat du Plan
carton 137, 148

Institut Pierre Mendès France Paris (IPMF)

Documents Pierre Mendès France (DPMF)

Dossier Accords Londres/Paris/Sarre carton 1 f.

Dossier CED carton 1–3

Dossier EURATOM/Energie atomique

Dossier Défense nationale carton 1

Office Universitaire de Recherche Socialiste Paris (OURS)

Comité Directeur SFIO, Bd. 7

C 7 1 MM u. C 7 2 MM Congrès National SFIO

Service Historique de l'Armée de Terre Vincennes (SHAT)

Forces Françaises d'occupation en Allemagne
3 U 4, 7, 8, 29, 30, 52

Archives Départementales de la Moselle Metz (ADM)

Papiers Robert Schuman
34 J 16–18, 21–23

Schweiz

Fondation Jean Monnet Lausanne (FJM)

AMG Le Plan Schuman (1950–1952)
1/2/1 bis 1/2/9, 8/3/2, 24/4/2

2. Gedruckte Quellen

2.1 Dokumentationen, Editionen, Quellensammlungen

Adenauer, Konrad: Dokumente aus vier Epochen deutscher Geschichte. Führer durch die Ausstellung und Wohnhaus in Rhöndorf, Bad Honnef/Rhöndorf [3]1981

Ders.: „Es mußte alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1950–1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986

Ders.: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1990

Ders.: „... um den Frieden zu gewinnen". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1994

Ders.: „Stetigkeit in der Politik". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998

Ders.: Teegespräche 1950–1954, 1955–1958, 1959–1961, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, 1961–1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1984–1992

Ders.: Seine Zeit – sein Werk. Ausstellung aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5. Januar 1976, bearb. von Everhard Kleinertz und Hugo Stehkämper, hg. vom Historischen Archiv der Stadt Köln, Köln 1976

Ders./Heuss, Theodor: Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1997

Ad-hoc-Versammlung, beauftragt mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft: Sitzungsperiode Januar 1953, Sitzungsprotokolle, Sitzungsdokumente, Straßburg 1953

Dies.: Sitzungsperiode März 1953, Bd. 1 u. 2, Straßburg 1953

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, Bd. 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll u. Manfred Nebelin, München – Wien 1989

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50, hg. von Hans-Peter Schwarz, bearb. von Daniel Kosthorst u. Michael F. Feldkamp, München 1997

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hg. von Hans-Peter Schwarz, bearb. von Mechthild Lindemann u. Ilse Dorothee Pautsch, München 1994

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964, hg. von Hans-Peter Schwarz, bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995

Annales de Assemblée Nationale, Débats 1949, Bd. 8, Paris 1950

L'Année politique 1946–1963, Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France du 1er Janvier, Paris 1946 u. 1950–1964

Annuaire Diplomatique et Consulaire, Bd. 52–68, Paris 1949–1964

Die Außenministerkonferenz in Genf vom 27. Oktober bis 16. November 1955, Dokumente und Materialien, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn o.J.

Der Auswärtige Ausschuß im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Wolfgang Hölscher, 2 Halbbde., Düsseldorf 1998

Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972

Beyer, Henry: Robert Schuman. L'Europe par la réconciliation franco-allemande, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986

von Bismarck, Otto: Die gesammelten Werke, Bd. 10, bearb. von Wilhelm Schüssler, Berlin 1928

Böhmer, Otto/Duden, Konrad/Janssen, Hermann (Bearb.): Deutsches Vermögen im Ausland. Internationale Vereinbarungen und ausländische Gesetzgebung, hg. vom Bundesministerium der Justiz, 3 Bde., Köln o.J.

Bossuat, Gérard: D'Alger à Rome (1943–1957). Choix de documents, Paris 1989

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951–1963

Bundesgesetzblatt 1950–1963

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, hg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, Bd. 1 Außenpolitik und Diplomatie, bearb. von Ulrich Lappenküper, Bd. 2 Wirtschaft, bearb. von Andreas Wilkens, Bd. 3 Parteien, Öffentlichkeit, Kultur, bearb. von Herbert Elzer, Bd. 4 Materialien, Register, Bibliographien (Erschließungsband), bearb. von Herbert Elzer in Zusammenarbeit mit Ulrich Lappenküper und Andreas Wilkens, München 1997 u. 1999

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1998

Chang, Laurence/Kornbluth, Peter (Hg.): The Cuban Missile Crisis, 1962. A National Security Archive documents reader, New York 1992

Christ, Herbert/Liebe, Elisabeth (Hg.): Fremdsprachenunterricht in amtlichen Verlautbarungen, Augsburg 1981

Christlich Demokratische Union Deutschlands: 8. Bundesparteitag der CDU, 18.–21. September 1958 Kiel, Hamburg 1958

Dies.: 9. Bundesparteitag der CDU, 26.–29. April 1960 Karlsruhe, Hamburg 1960

Dies.: 10. Bundesparteitag der CDU, 24.–27. April 1961 Köln, Hamburg 1961

Dischler, Ludwig: Das Saarland 1945–1956, Eine Darstellung der historischen Entwicklung mit den wichtigsten Dokumenten, 2 Bde., Hamburg 1956

La Documentation française. Notes et études documentaires, hg. von der Présidence du Conseil, Direction de la Documentation, Ministère des affaires étrangères, Service d'information et de presse, Paris 1949–1963

Documents de la Conférence des Quatre ministres des Affaires étrangères de France, des Etats-Unis d'Amérique, du Royaume Uni et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques tenue à Genève du 11 mai au 20 juin et du 13 juillet au 5 août 1959, hg. vom Ministère des Affaires Etrangères, Paris 1959

Documents diplomatiques français 1871–1914, 1e série, Bd. 9 u. 10, hg. vom Ministère des Affaires étrangères, Commission de Publication des Documents relatifs aux Origines de la Guerre de 1914, Paris 1939 u. 1945

Documents diplomatiques français 1954–1962, Bd. 1–21, hg. vom Ministère des Affaires étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1987–1998

Documents on British Policy Overseas, hg. von Roger Bullen, M.E. Pelly, 2. Serie, Bd. 1–3, London 1986–1989

Dokumente zur Außenministerkonferenz in Genf Mai 1959, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1959

Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 2, hg. vom Bundesministerium des Innern, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, München 1996

Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bd. 1–4, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, bearb. von Ernst Deuerlein, Hansjürgen Schierbaum, Gisela Biewer, Frankfurt am Main – Berlin 1961–1969

Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 1–9, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Ernst Deuerlein, Hannelore Nathan, Werner John, Gunter Holzweißig, Rainer Salzmann, Gisela Biewer, Frankfurt am Main – Berlin 1971–1978

Dokumente zum Fehlschlag der Pariser Gipfelkonferenz vom Mai 1960. Die Konferenz der Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vom Mai 1960, hg. vom Auswärtiges Amt, Bonn 1960

Enders, Ulrich: Integration oder Kooperation? Ludwig Erhard und Franz Etzel im Streit über die Politik der europäischen Zusammenarbeit 1954–1956, Dokumentation, in: VfZ 45 (1997), S. 143–171

Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, 3 Teilbde., hg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München 1962

L'Europe – une longue marche, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1985

FDP-Bundesvorstand: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher, Sitzungsprotokolle 1949–1954, 2 Halbbde., bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1990

Ders.: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier, Sitzungsprotokolle 1954–1960, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1991

Ders.: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende, Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993

Foreign Relations of the United States 1945, Bd. 3; 1949, Bd. 3; 1950, Bd. 1, 3 u. 4; 1951, Bd. 3 u. 4; 1952–1954, Bd. 5–7, 13 u. 16; 1955–1957, Bd. 4f., 16, 20 u. 26f.; 1958–1960, Bd. 7–10 u. 14; 1961–1963, Bd. 13–15, Washington 1974–1996

Gesetzgebung und Abkommen des Saarlandes. Abhandlungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und Ausländisches Öffentliches Recht der Universität Hamburg, Bd. 6, Hamburg 1954

Greiner, Bernd: Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober: Analyse, Dokumente, Zeitzeugen, Nördlingen 1988

Hansard – Parliamentary Debates, House of Commens, Official Report 1961, Bd. 650
Heiser, Hans Joachim: Die Interimsarbeit an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: EA 1953, S. 5761–5765
Jäckel, Eberhard (Hg.): Die deutsche Frage 1952–1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt am Main – Berlin 1957
40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, hg. vom Auswärtigen Amt, Stuttgart 1989
Journal Officiel, Assemblée nationale, Débats parlementaires 1950–1963
Journal Officiel, Assemblée nationale, Documents parlementaires 1954, Bd. 2
Journal Officiel, Conseil de la République, Débats parlementaires 1949–1963
Journal Officiel, Lois et Décrets 1947
Journal Officiel du Commandement en Chef français en Allemagne, Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland, 1945–1949
Jouve, Edmond: Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe (1940–1966), Bd. 2, Paris 1967
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1–6: 1949, 1950, 1950/II, 1951, 1952, 1953, hg. von Hans Booms, bearb. von Ulrich Enders, Ursula Hüllbüsch, Kai von Jena, Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1982–1989
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 7: 1954, hg. von Friedrich P. Kahlenberg, bearb. von Ursula Hüllbüsch und Thomas Trumpp, Boppard am Rhein 1993
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 8–9: 1955, 1956, hg. von Friedrich P. Kahlenberg, bearb. von Michael Hollmann, Kai von Jena und Ursula Hüllbusch, München 1997 u. 1998
Der Kampf um den Wehrbeitrag, 2 Halbbde. u. Ergänzungsbd., München 1952–1958
Keesing's Archiv der Gegenwart 1946/47, 1948/49–1963 (ab 1956 unter dem Titel Archiv der Gegenwart), bearb. von Heinrich von Siegler, Bonn – Wien – Zürich o.J.
Küsters, Hanns Jürgen: Bonn und der Schumanplan. Deutsche Europapolitik in den Verhandlungen über die Montanunion 1950/51, Eine Dokumentation, in: Geschichte im Westen (1990), H.2, S. 81–100
Ders.: Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959, Dokumentation, in: VfZ 36 (1988), S. 733–768
Lademacher, Horst/Mühlhausen, Walter (Hg.): Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949, Eine Dokumentation, Melsungen 1985
von Lang, Jochen (Hg.): Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Wien 1991
Ledwidge, Bernard: De Gaulle et les Américains. Conversations avec Dulles, Eisenhower, Kennedy, Rusk 1958–1964, Paris 1984
Less, Avner W. (Hg.): Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann, Frankfurt am Main 1987
Lipgens, Walter: EVG und politische Föderation. Protokolle der Konferenz der Außenminister der an den Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Länder am 11. Dezember 1951, Dokumentation, in: VfZ 21 (1984), S. 637–688
Ders. (Hg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung, Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986
Maier, Klaus A./Thoß, Bruno (Hg.): Westintegration, Sicherheit und deutsche Frage. Quellen zur Außenpolitik in der Ära Adenauer 1949–1963, Darmstadt 1994
Menyesch, Dieter/Manac'h, Bérénice: France-Allemagne. Relations internationales et indépendances bilatérales. Une bibliographie 1963–1982. Deutschland-Frankreich. Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung. Eine Bibliographie 1963–1982, München u. a. 1984
Ders./Manac'h, Bérénice/Schild, Joachim: France-Allemagne. Relations internationales et indépendances bilatérales. Une bibliographie 1983–1990. Deutschland-Frankreich. Inter-

nationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung. Eine Bibliographie 1983–1990, München u. a. 1994
La naissance d'un continent nouveau, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1990
Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München - Berlin 1954
Reichsgesetzblatt 1930 u. 1937
Rühle, Jürgen/Holzweißig, Gunter: 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, hg. von Ilse Spittmann, 2., erw. Aufl., Köln 1986
Rupieper, Hermann-Josef: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Dokumentation, in: VfZ 34 (1986), S. 427–453
Ders.: Wiedervereinigung und europäische Sicherheit: Deutsch-amerikanische Überlegungen für eine entmilitarisierte Zone in Europa 1953, Dokumentation, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 39 (1986), S. 91–130
Schöndube, Claus (Hg.): Europa, Verträge und Gesetze. Mit dem Akt zur Direktwahl und dem deutschen Europawahlgesetz, 4. neubearb. u. erw. Aufl., Bonn 1978
von Schubert, Klaus (Hg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945–1977, 2 Bde., Bonn 1978 u. 1979
Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 7. Jg., 1891, hg. von Hans Delbrück, München 1892
Schwarz, Jürgen (Hg.): Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente 1945–1980, Bonn 1980
von Siegler, Heinrich (Hg.): Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959, 2 Bde., Bonn 1959
Ders.: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961, 3 Bde., 2., erg. u. erw. Aufl., Bonn – Wien – Zürich 1961 u. 1966
Ders.: Dokumentation der Europäischen Integration, 2 Bde., Bonn – Wien – Zürich 1961 u. 1964
Ders.: Europäische politische Einigung 1949–1968. Dokumentation von Vorschlägen und Stellungnahmen, Bonn – Wien – Zürich 1968
Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2 Halbbde., bearb. von Petra Weber, Düsseldorf 1993
Dies.: Sitzungsprotokolle 1957–1961, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1993
Dies.: Sitzungsprotokolle 1961–1966, 2 Halbbde., bearb. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin, Bonn o.D.
Ders. (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Köln 26. bis 30. Mai 1962, Bonn 1962
Spittmann, Ilse/Fricke, Karl Wilhelm (Hg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982
Stöber, Robert [d. i. Heinrich Schneider]: Die saarländische Verfassung vom 15. Dezember 1947 und ihre Entstehung, Sitzungsprotokolle der Verfassungskommission, der Gesetzgebenden Versammlung des Saarlandes (Landtag) und des Verfassungsausschusses, Köln 1952
Strupp, Karl: Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts, Bd. II, Gotha 1911
Todt, Manfred (Hg.): Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949–1955, München 1987
Trachtenberg, Marc (Hg.): The Development of American Strategic Thought. Basic Documents from the Eisenhower and Kennedy Periods, Including the Basic National Security Policy Papers from 1953 to 1959, New York – London 1988
Udell, Gilman G. (Bearb.): Atomic Energy Act of 1946 and Amendments, Washington 1966
Die Politische Union. Dokumentensammlung, hg. vom Europäischen Parlament, Politischer

Ausschuß, Generaldirektion Parlamentarische Dokumentation und Information, o.O. 1964
Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1.–4. Wahlperiode, Bonn 1949–1965
Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen, 1.–4. Wahlperiode, Bonn 1949–1965
Volle, Hermann/Duisberg, Claus-Jürgen (Hg.): Probleme der internationalen Abrüstung. Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit 1945–1961, 2 Teilbde., Frankfurt am Main – Berlin 1964
Wer ist wer 1967/68?, Bd. 1, Berlin 1967
Who's who in France, Qui est qui en France 1990–1991, Paris 1990
Yvert, Benoît (Hg.): Dictionnaire des ministres de 1789 à 1989, Paris 1990

2.2 Briefwechsel, Memoiren, Reden, Tagebücher

Abs, Hermann J.: Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, Mainz – München 1991
Acheson, Dean: Present at the Creation. My Years in the State Department, London 1969
Adenauer, Briefe 1945–1947, 1947–1949, 1949–1951, 1951–1953, 1953–1955, 1955–1957, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1983–1998
Ders.: Erinnerungen 1945–1953, 1953–1955, 1955–1959, 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1965–1968
Ders.: Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975
Ailleret, Charles: L'aventure atomique française. Souvenirs et réflexions, Paris 1968
Alphand, Hervé: L'étonnement d'être. Journal (1939–1973), Paris 1977
Auriol, Vincent: Journal de septennat 1947–1954, Bd. 3–7, Paris 1975–1979 [Bd. 4 nicht erschienen]
Ders.: Mon Septennat 1947–1954. Notes de journal, hg. von Pierre Nora u. Jacques Ozouf, Paris 1970
Ball, George W.: Disziplin der Macht. Voraussetzungen für eine neue Weltordnung, Frankfurt am Main 1968
Ders.: The Past Has Another Pattern. Memoirs, New York – London 1982
Baring, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974
Bérard, Armand: Un ambassadeur se souvient, Bd. 2, Paris 1978
Berg, Fritz: Zwischen den Extremen wählen. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone, in: Europäische Integration 1 (1959), S. 22–24
Beyen, J. W.: Het Spel en de Knikkers. Een kroniek van vijftig jaren, Rotterdam 1968
Bidault, Georges: Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere, Berlin 1966
Birrenbach, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik, Vom Mauerbau bis heute, Düsseldorf – Wien 1984
Blankenhorn, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1980
Bohlen, Charles E.: Witness to History 1929–1969, London 1973
Brandt, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976
Ders.: Erinnerungen, Berlin – Frankfurt am Main – Zürich 1989
von Brentano, Heinrich: Deutschland, Europa und die Welt. Reden zur deutschen Außenpolitik, hg. von Franz Böhm, Bonn – Wien – Zürich 1962
Burin des Roziers, Etienne: Retour aux sources. 1962, l'année décisive, Paris 1986
Buron, Robert: Les dernières années de la IVe République. Carnets politiques, Paris 1968
Cambon, Paul: Correspondance (1870–1924), 3 Bde., Paris 1940 u. 1946
Carstens, Karl: Das Eingreifen in die Europa-Verhandlungen im November 1956, in: Blumenwitz u. a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 591–602

Ders.: Erinnerungen und Erfahrungen, hg. von Kai von Jena u. Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993
Ders.: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung, Stuttgart 1971
Cattani, Attilio: Essai de coopération politique entre les Six, 1960–1962 et échec des négociations pour un statut politique, in: Chronique de politique étrangère 20 (1967), S. 389–400
Chauvel, Jean: Commentaire, Bd. 2 u. 3, Paris 1972 u. 1973
Chruschtschow erinnert sich, hg. von Strobe Talbott, eingeleitet und kommentiert von Edward Crankshaw, Hamburg 1971
Coudenhove-Kalergi, Richard Graf: Ein Leben für Europa. Meine Lebenserinnerungen, 2., erw. Aufl., Köln – Berlin 1966
Ders.: Weltmacht Europa, Stuttgart 1971
Couve de Murville, Maurice: Außenpolitik 1958–1969, München 1973
Debré, Michel: Trois républiques pour une France, Mémoires, Bd. 2–4, Paris 1988 u. 1993
Dichgans, Hans: Montanunion. Menschen und Institutionen, Düsseldorf – Wien 1980
Dumaine, Jacques: Quai d'Orsay (1945–1951), Paris 1955
von Eckardt, Felix: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf – Wien 1967
Eden, Anthony: The Memoirs of the Rt. Hon. Sir Anthony Eden. Full Circle, London 1960
Eisenhower, Dwight D.: Die Jahre im Weißen Haus, 1953–1956, Düsseldorf – Wien 1964
Ders.: Wagnis für den Frieden, 1956–1961, Düsseldorf – Wien 1966
Erhard, Ludwig: Das ganze freie Europa, in: Europa, Politik, Wirtschaft, Kultur (1963), Heft 7, S. 2f.
Ders.: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hg. von Karl Hohmann, Düsseldorf – Wien – New York 1988
Ders.: Europäische Mißverständnisse, in: Europäische Integration 1 (1959), S. 3–8
Ders.: Wirken und Reden, hg. von Walter Hoch, Ludwigsburg 1966
Ders.: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf – Wien – Frankfurt am Main 1962
Faure, Edgar: Ce que je crois, Paris 1971
Ders.: Mémoires, Bd. 1 u. 2, Paris 1982 u. 1984
Flohic, Amiral: Souvenirs d'Outre-Gaulle, Paris 1979
Fouchet, Christian: Mémoires d'hier et demain, Bd. 1, Paris 1971
Ders.: Le Plan Fouchet et l'Union politique de l'Europe, in: La Communità internazionale 28 (1973), S. 327–339
François-Poncet, André: Als Botschafter im „Dritten Reich". Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz – Berlin 1980
Ders.: Carnet d'un captif, Paris 1953
Ders.: Ce que pense la jeunesse allemande, Paris 1913
Ders.: Les Rapports Mensuels d'André François-Poncet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955. Les débuts de la République Fédérale d'Allemagne, hg. von Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français u. Institut Historique Allemand, bearb. von Hans Manfred Bock, 2 Bde., Paris 1996
Frank, Paul: Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, Stuttgart ^{3}1982
Ders.: Wilhelm Hausenstein als Diplomat. Zur Erinnerung an den ersten Vertreter der Bundesrepublik in Paris, in: Sulzer, Nachlaß, S. 151–157
Froment-Meurice, Henri: Vu du Quai. Mémoires 1945–1983, Paris 1998
Gaitskell, Hugh: The challenge of co-existence, London 1957
de Gaulle, Charles: Vers l'Armée de métier, Paris 1971 (Nachdruck der Ausgabe von 1934)
ders.: La Discorde chez l'ennemi, Paris 1972 (Nachdruck der Ausgabe von 1924)
ders.: Discours et Messages, 6 Bde., Paris 1970
Ders.: Lettres, notes et carnets, Bd. 6–10, Paris 1984–1987
Ders.: Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958–1962, Wien – München – Zürich 1971
Ders.: Mémoires d'Espoir, 2 Bde., Paris 1970

Ders.: Mémoires de Guerre, Bd. 1 u. 3, Paris 1954 u. 1959
Gerstenmaier, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1981
Goldschmidt, Bertrand: Le complexe atomique. Histoire politique de l'énergie nucléaire, Paris 1980
Ders.: Les rivalités atomiques 1939–1966, Paris 1967
Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1979
von der Groeben, Hans: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1982
ders.: Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert. Erlebnisse und Betrachtungen, Baden-Baden 1995
Grosser, Alfred: Mein Deutschland, Hamburg 1993
Haas, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland, Bremen 1969
Ders.: Lebenserinnerungen, o.O. o.J.
Hallstein, Walter: Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse, Düsseldorf – Wien 1969
Ders.: Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf – Wien 1973
Ders.: Europäische Reden, hg. von Thomas Oppermann, Stuttgart 1979
von Hase, Karl-Günther: Ludwig Erhard – ein unermüdlicher Kämpfer für die Stärkung Europas, in: Gerhard Schröder u.a. (Hg.), Ludwig Erhard, Beiträge zu einer politischen Biographie, Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1972, S. 292–302
Hausenstein, Wilhelm: Pariser Erinnerungen. Aus fünf Jahren diplomatischen Dienstes 1950–1955, München 1961
Ders.: Impressionen und Analysen. Letzte Aufzeichnungen, hg. von W.E. Süskind, München 1969
Ders.: Licht unter dem Horizont. Tagebücher von 1942 bis 1946, München 1967
Ders.: Wege eines Europäers. Katalog einer Ausstellung, bearb. von Walther Migge, München 1967
von Herwarth, Hans: Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen, Berlin – Frankfurt am Main 1990
Hettier de Boislambert, Claude: Les fers de l'espoir, Paris 1978
Heuss, Theodor: Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, hg. von Friedrich Henning, München – Wien 1983
Ders.: Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hg. von Eberhard Pikart, Tübingen – Stuttgart 1970
Ders./Adenauer, Konrad: Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1989
Hoffmann, Johannes: Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955, München – Wien 1963
Jahn, Hans Edgar: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich, München – Wien 1987
Juin, Maréchal: Mémoires, 2 Bde., Paris 1960
Kaiser, Jakob: Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, hg. von Christian Hacke, Köln 1988
Ders.: Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, hg. von Tilman Mayer, Köln 1988
Kennan, George F.: Memoirs 1950–1963, Boston – London 1972
Ders.: Rußland, der Westen und die Atomwaffe, Neuausgabe, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1982
Kennedy, John F.: Glanz und Bürde. Die Hoffnungen und Zielsetzungen des zweiten und dritten Jahres der Präsidentschaft Kennedys dargetan in seinen Botschaften und Reden

mit dem vollen Text aller öffentlichen Äußerungen während seiner Deutschland-Reise 1963, hg. von Allan Nevins, Düsseldorf – Wien 1964
Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln – Berlin 1967
Krone, Heinrich: Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III, S. 134–201
Ders.: Tagebücher. Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995
Kusterer, Hermann: Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995
Lahr, Rolf: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1984
Laloy, Jean: Un tournant des relations franco-allemandes: De la crise de Berlin à la Communauté européenne (1948–1950), in: Manfrass (Hg.), Paris-Bonn, S. 179–185
Lang, Norbert: Die Bemühungen um die politische Einigung Europas seit dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Hallstein/Schlochauer (Hg.), Integration, S. 125–141
Laniel, Joseph: Jours de gloire et jours cruels 1908–1958, Paris 1971
Lapie, Pierre-Olivier: De Léon Blum à de Gaulle. Le caractère et le pouvoir, Paris 1971
de Lattre de Tassigny, Maréchal: Histoire de la Première Armée Française. Rhin et danube, Paris 1949
[Lenz, Otto]: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann, Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989
Lloyd, Selwyn: Suez 1956. A personal account, London 1978
Macmillan, Harold: Tides of Fortune 1945–1955, London – Melbourne – Toronto 1969
Ders.: Riding the Storm 1956–1959, London – Melbourne – Toronto 1971
Ders.: Pointing the Way 1959–1961, London – Melbourne – Toronto 1972
Ders.: At the End of the Day 1961–1963, London – Basingstoke 1973
Maillard, Pierre: De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn 1991
de Maizière, Ulrich: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford – Bonn 1989
Marjolin, Robert: Meine Leidenschaft Europa, Baden-Baden 1988
Massigli, René: Une comédie des erreurs 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978
Mayer, René: Etudes, témoignages, documents, réunis et présentés par Denise Mayer, Paris 1983
Mende, Erich: Die schwierige Regierungsbildung 1961, in: Blumenwitz u.a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 301–325
Ders.: Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962–1982, München – Berlin 1986
Mendès France, Pierre: Choisir. Conversations avec Jean Bothorel, Paris 1974
Ders.: Oeuvres complètes, Bd. 2–4, Paris 1985–1987
Messmer, Pierre: Après tant de batailles... Mémoires, Paris 1992
Ders.: Le général de Gaulle et l'arme atomique, in: Etudes gaulliennes 4 (1976), S. 91–98
Ders.: Les rapports entre le président de la République et le Premier ministre en matière de défense, in: De Gaulle et ses premiers ministres, S. 185–189
Mischlich, Robert: Une mission secrète à Bonn, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986
Mitterrand, François: De l'Allemagne, de la France, Paris 1996
Moch, Jules: Histoire de réarmement allemand depuis 1950, Paris 1965
Ders.: Une si longue vie, Paris 1976
Monnet, Jean: Erinnerungen eines Europäers, München – Wien 1978
Ders./Schuman, Robert: Correspondance 1947–1953, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986
Müller-Armack, Alfred: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen – Stuttgart 1971
von Nostitz, Siegfried: Algerisches Tagebuch 1960–1962, Düsseldorf – Wien 1971

Osterheld, Horst: Adenauers Abschiedsbesuch bei de Gaulle. Ein Stück deutsch-französischer Geschichte, in: Blumenwitz u.a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 606–617

Ders.: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986

Ders.: Leiter der EVG-Delegation in Paris, in: Blasius (Hg.), Hasso von Etzdorf, S. 77–89

Peyrefitte, Alain: C'était de Gaulle. „La France redevient la France", Paris 1994

Pineau, Christian: Suez/1956, Paris 1976

Ders./Rimbaud, Christiane: Le Grand Pari. L'Aventure du traité de Rome, Paris 1991

Poppinga, Anneliese: „Das Wichtigste ist der Mut". Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre, Bergisch Gladbach 1994

Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968

Quaroni, Pietro: L'Italie et la demande de l'Angleterre, in: Revue des deux mondes, Juli-September 1971, S. 70–78

Reuter, Paul: La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, Paris 1953

Reynaud, Paul: Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles, München – Zürich 1964

Rusk, Dean: As I saw it. As told to Richard Rusk, hg. von Daniel S. Papp, New York – London 1990

Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern – München – Wien 1979

Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961

Schmückle, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982

Schneider, Heinrich: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart 1974

Schröder, Gerhard: Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland, hg. von Alfred Rapp, Düsseldorf – Wien 1963

Schumacher, Kurt: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hg. von Willy Albrecht, Berlin – Bonn 1985

Servan-Schreiber, Jean-Jacques: Passions, Bd. 1, Paris 1991

Seydoux, François: Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten, Frankfurt am Main 1975

Ders.: Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970, Frankfurt am Main 1978

Ders.: Le métier de diplomate, Paris 1980

Sonnenhol, Gustav Adolf: Untergang oder Übergang? Wider die deutsche Angst, Stuttgart – Herford 1984

Spaak, Paul-Henri: Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969

Speidel, Hans: Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin – Frankfurt am Main – Wien 1977

Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989

Sulzberger, Cyrus L.: The last of the giants, New York ²1971

Teitgen, Pierre Henri: „Faites-entrer le témoin suivant", 1940–1958: De la Résistance à la Ve République, Rennes 1988

Viénot, Pierre: Incertitudes allemandes. La crise de la civilisation bourgeoise en Allemagne, Paris 1931

Walters, Vernon: In vertraulicher Mission, Esslingen – München 1990

Wenger, Paul Wilhelm: Schuman und Adenauer, in: Blumenwitz u.a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1, S. 395–414

Wischnewski, Hans-Jürgen: Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989

3. Literatur

Abelshauser, Werner: The Causes and Consequences of the 1956 West German Rearmament Crisis, in: Francis F. Heller/John R. Gillingham (Hg.), NATO. The Founding of the Alliance and the Integration of Europe, New York 1992, S. 311–334

Ders.: Wirtschaft und Rüstung in den fünfziger Jahren, in: ders./Schwengler, Wirtschaft, S. 1–185

Ders./Schwengler, Walter: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit, München 1997

Les Affaires Etrangères, hg. von der Universités d'Aix-Marseille, Faculté de Droit et des Sciences Economiques d'Aix, Centre de Sciences Politiques de l'Institut d'Etudes Juridiques de Nice, Paris 1959

Ageron, Charles-Robert: Le gouvernement Mendès France et l'insurrection algérienne, in: Bédarida/Rioux (Hg.), Pierre Mendès France, S. 331–342

Albrecht, Ulrich: Rüstungsfragen im deutsch-französischen Verhältnis (1945–1960), in: Wilkens (Hg.), Wirtschaftsbeziehungen, S. 135–169

Altwegg, Jürg: Die Republik des Geistes. Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion, München – Zürich 1986

Ambrose, Stephen E.: Eisenhower, Bd. 2, London – Sydney 1984

Andres, Alexis: Edgar Hector und die Saarfrage 1920–1960, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 163–176

Anić de Osona, Marija: Die erste Anerkennung der DDR. Der Bruch der deutsch-jugoslawischen Beziehungen 1957, Baden-Baden 1990

Araujo, De: Le plan Fouchet et l'union politique européenne, Nancy 1967

Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, Frankfurt am Main u. a. 1993

Arnolds, Wilhelm Werner: Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 und seine Bedeutung für die Außen- und Europapolitik Konrad Adenauers, Diss. Köln 1980

Aron, Raymond: Esquisse historique d'une grande querelle idéologique, in: ders./Lerner (Hg.), Querelle, S. 1–21

Ders./Lerner, Daniel (Hg.): La querelle de la CED. Essais d'analyse sociologique, Paris 1956

Artaud, Denise: La diplomatie française entre l'Europe et l'Asie: mythes et réalités du marchandage planétaire, in: Artaud/Kaplan (Hg.), Diên Biên Phu, S. 379–402

Dies./Kaplan, Lawrence (Hg.): Diên Biên Phu. L'Alliance atlantique et la défense du Sud-Est asiatique, Lyon 1989

Auerbach, Hellmuth: „Que faire de l'Allemagne?" Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1950, in: Manfrass/Rioux (Hg.), France – Allemagne, S. 289–299

Ders.: Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 577–591

Azzola, Axel Christian: Die Diskussion um die Aufrüstung der BRD im Unterhaus und in der Presse Großbritanniens, November 1949-Juli 1952, Meisenheim am Glan 1971

de Baecque, Francis: René Coty, tel qu'en lui-même, Paris 1991

Bärenbrinker, Frank: Hallsteins Europakonzeption vor seinem Amtsantritt bei der Kommission, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.), Walter Hallstein, S. 107–118

Bahu-Leyser, Danielle: De Gaulle, les Français et l'Europe, Paris 1981

Dies.: L'opinion française et le traité franco-allemand en 1963, in: Etudes gaulliennes 6 (1978), S. 9–16

Baillou, Jean (Hg.): Les affaires étrangères et le corps diplomatique français, Bd. 2, Paris 1984

Ders./Pelletier, Pierre: Les affaires étrangères, Paris 1962

Bandulet, Bruno: Adenauer zwischen West und Ost. Alternativen der deutschen Außenpolitik, München 1970
Bange, Oliver: English, American, and German interests behind the Preambule to the Franco-German Treaty, 1963, in: Schmidt (Hg.), Bündnissicherung, S. 225–280
Barbier, Colette: La Force multilatérale, in: Relations internationales (1992), H.69, S. 3–18
Dies.: La Force multilatérale dans le débat atomique français, in: Revue d'Histoire Diplomatique 107 (1993), S. 55–89
Dies.: Les négociations franco-germano-italiennes en vue de l'établissement d'une coopération militaire nucléaire au cours des années 1956–1958, in: Revue d'Histoire Diplomatique 104 (1990), S. 81–113
Bariéty, Jacques: L'action culturelle française en République fédérale d'Allemagne de 1949 à 1955, in: Revue d'Allemagne 20 (1988), S. 246–260
Ders.: Les entretiens de Gaulle-Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet. Prélude au plan Fouchet et au traité de l'Elysée, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 167–175
Ders.: Frankreich und das Scheitern der EVG, in: Steininger u.a. (Hg.), Doppelte Eindämmung, S. 99–131
Ders.: De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité franco-allemand du 22 janvier 1963, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 539–564
Ders.: La perception de la puissance française par le chancelier K. Adenauer de 1958 à 1963, in: Relations internationales (1989), H.58, S. 217–225
Ders.: Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. 10 novembre 1918 - 10 janvier 1925, de l'exécution à la négociation, Paris 1977
Ders.: Die Rolle der persönlichen Beziehungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle für die deutsch-französische Politik zwischen 1958 und 1963, in: Schwarz (Hg.), Adenauer und Frankreich, S. 12–27
Baring, Arnulf: Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie, 3., ungek., vom Autor durchgeseh. Aufl., München 1984
Ders.: Der 17. Juni 1953, Stuttgart ²1983
Ders.: Über deutsche Kanzler, in: Der Monat 21 (1969), H. 253, S. 12–22
Bark, Dennis L. – Die Berlin-Frage 1949–1955. Verhandlungsgrundlagen und Eindämmungspolitik, Berlin – New York 1972
Barnavi, Elie/Friedländer, Saul (Hg.): La politique étrangère du Général de Gaulle, Paris 1985
Basso, Jacques: Quelques aspects de la pratique de la Ve République, in: De Gaulle et ses premiers ministres, S. 265–270
Bauer, Harald: Frankreichs Sicherheitspolitik und das geteilte Deutschland. Zwischen Kontrolle, Kooperation und Abhängigkeit, Berlin 1987
Bauer, Johannes: Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963, Diss. Bonn 1980
Baumann, Wolf-Rüdiger/Fochler-Hauke, Gustav: Biographien zur Zeitgeschichte seit 1945, Frankfurt am Main 1983
Becker, Jean-Jacques: Histoire politique de la France depuis 1945, Paris 1988
Bédarida, François/Rioux, Jean-Pierre (Hg.): Pierre Mendès France et le mendésisme. L'expérience gouvernementale (1954–1955) et sa postérité, Paris 1985
Beiträge zur Geschichte der Moselkanalisierung, hg. vom Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchiv zu Köln, Köln 1967
Bell, P.M.H.: France and Britain 1940–1994: The Long Separation, London – New York 1997
de Bellescize, Diane: Les neuf sages de la Résistance. Le Comité Général d'Etudes dans la clandestinité, Paris 1979
Bellers, Jürgen: Reformpolitik und EWG-Strategie der SPD. Die innen- und außenpolitischen Faktoren der europapolitischen Integrationswilligkeit einer Oppositionspartei (1957–1963), München 1979
Bender, Karl-Heinz: Von der Erbfeindschaft zur „Entente élémentaire". Zur Terminologie der deutsch-französischen Beziehungen, in: Dokumente 45 (1989), S. 319–323

Berstein, Serge: La France de l'expansion, Bd. 1, Paris 1989
Ders./Mayeur, Jean-Marie/Milza, Pierre (Hg.): Le MRP et la construction européenne. Actes du colloque organisé les 18 et 19 janvier 1990 au Sénat, par le Centre d'Histoire de l'Europe du Viengtième Siècle et l'Amicale du MRP, Brüssel 1993
Ders./Milza, Pierre: Histoire de la France au XXe siècle, Bd. 3 u. 4, Paris 1991 u. 1992
Beschloss, Michael: Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960–1963, Düsseldorf u.a. 1991
Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970
Bichet, Robert: La démocratie chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire, Besançon 1980
Bidégaray, Christian/Isoart, Paul (Hg.): Les Droites et le Général de Gaulle, Colloque des 25 et 26 janvier 1990, Paris 1991
Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn u.a. 1997
Bilger, François: Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1971. Bilan et perspectives, in: Revue d'Allemagne 4 (1972), S. 649–674
Binoche, Jacques: L'Allemagne et le général de Gaulle (1924–1970), Paris 1975
Birke, Adolf M.: Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien, München 1997
Ders.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989
Bittner, Gustav A.: Eine positive Bilanz, in: Kaiser/Lellouche (Hg.), Sicherheitspolitik, S. 113–128
Bjøl, Erling: La France devant l'Europe. La politique européenne de la IVe République, Kopenhagen 1966
Blasius, Rainer A. (Hg.): Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994
Ders. (Hg.): Hasso von Etzdorf. Ein deutscher Diplomat im 20. Jahrhundert, Zürich 1994
Blight, James G./Allyn, Bruce J./Welch, David A.: Cuba on the brink. Castro, the missile crisis, and the Soviet collapse, New York 1993
Ders./Welch, David A.: On the brink. Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis, New York ^{2}1990
Bloch, Charles: De Gaulle et l'Allemagne, in: Barnavi/Friedländer (Hg.), La politique étrangère du Général de Gaulle, S. 112–136
Bloemer, Klaus: Abschied vom Nationalstaat. Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, Bonn 1997
Bloes, Robert: Le „Plan Fouchet" et le problème de l'Europe politique, Brügge 1970
Blumenwitz, Dieter: Der Adenauer-Bulganin-Brief und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, in: ders. u.a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, S. 160–191
Ders./Fricke, Karl Wilhelm/Greiner, Christian/Katzer, Nikolaus/Lindemann, Mechtild/Rumpf, Helmut/Volkmann, Hans-Erich/Ziegler, Gottfried: Die Deutschlandfrage vom 17. Juni 1953 bis zu den Genfer Viermächtekonferenzen von 1955, Berlin 1990
Ders./Gotto, Klaus/Maier, Hans/Repgen, Konrad/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, 2 Bde., Stuttgart 1976
Bock, Hans Manfred: André François-Poncet und die Deutschen. Eine biographische Skizze, in: Dokumente 44 (1988), S. 381–388
Ders.: Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften, in: Annette Jünemann/Emanuel Richter/Hartmut Ullrich (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europas, Frankfurt am Main u.a. 1994, S. 13–35
Ders.: Das französische Hochkommissariat als Kontroll- und Exekutivorgan in der Bun-

desrepublik Deutschland, 1949–1955, in: François-Poncet, Rapports mensuels, Bd. 1, S. 79–145
Ders.: Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955, in: Francia 15 (1987), S. 579–658
Ders.: Pierre Viénot, der Deutschland-Kenner im Freundeskreis um André Gide, in: Hans T. Siepe/Raimund Theis (Hg.), André Gide und Deutschland, Düsseldorf 1992, S. 194–207
Dies.: Wiederbeginn und Neuanfang – zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1945 bis 1955, in: Lendemains 21 (1996), H.84, S. 58–66
Böhme, Kurt W.: Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand, München 1971
Bondy, François/Abelein, Manfred: Deutschland und Frankreich. Geschichte einer wechselvollen Beziehung, Düsseldorf – Wien 1973
Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit". Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1995
Borden, William S.: Defending Hegemony. American Foreign Economic Policy, in: Paterson (Hg.), Kennedy's Quest, S. 57–85
Borgert, Heinz-Ludger/Stürm, Walter/Wiggershaus, Norbert: Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, Boppard am Rhein 1982
Bossuat, Gérard: Les armements dans les relations franco-allemandes (1945–1963), in: Revue d'Allemagne 25 (1994), S. 601–615
Ders.: La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1952, 2 Bde., Paris 1992
Ders.: Guy Mollet: La puissance française autrement, in: Relations internationales (1989), H.57, S. 25–48
Ders.: Jean Monnet, le Department d'Etat et l'intégration européenne (1952–1959), in: Girault/ders. (Hg.), Europe brisée, S. 307–345
Ders.: La vraie nature de la politique européenne de la France (1950–1957), in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 191–230
Boudet, Daniel: Michel Debré et l'Europe supranationale, Mémoire Toulouse 1977
Bougeard, Christian: René Pleven. Un Français libre en politique, Rennes 1994
Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990
Bozo, Frédéric: La France et l'OTAN. De la guerre froide au nouvel ordre européen, Paris u.a. 1991
Ders.: Deux Stratégies pour l'Europe. De Gaulle, les Etats-Unis et l'Alliance atlantique 1958–1969, Paris 1996
Bracher, Karl Dietrich: Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1979
Ders.: Die Kanzlerdemokratie, in: Löwenthal/Schwarz (Hg.), Die zweite Republik, S. 179–202
Breitbach, Joseph: Wilhelm Hausenstein – Vertreter Deutschlands in Paris, in: W. E. Süskind (Hg.), Festgabe für Wilhelm Hausenstein zum 70. Geburtstag, 17. Juni 1952, München 1952, S. 146f.
Bremen, Christian: Die USA und Adenauers Wiedervereinigungspolitik in der zweiten Berlinkrise. Das Gespräch zwischen Herter und von Brentano vom 4. April 1959, in: Müller (Hg.), Deutschland und der Westen, S. 288–297
Brenke, Gabriele: Europakonzeptionen im Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958, in: VfZ 42 (1994), S. 595–633
Brinkley, Douglas: Dean Acheson. The Cold War Years 1953–1971, New Haven – London 1992
Ders./Hackett, Clifford (Hg.): Jean Monnet. The Path to European Unity, Basingstoke – London 1991

Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, hg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1994

Bruley, Edouard: Zu den Ergebnissen der deutsch-französischen Historikertreffen nach 1945, in: Deutschland-Frankreich, Bd. 1, S. 46–50

Brunet, Jean-Paul: Le MRP et la construction européenne – 1955–1957, in: Berstein/Mayeur/Milza (Hg.), Le MRP et la construction européenne, S. 233–249

Buchheim, Hans: Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß, Stuttgart 1972

Ders./Fett, Kurt/Gosztony, Peter/Jacobsen, Hans-Adolf/Noack, Paul/Tänzler, Hans/Wettig, Gerhard: Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Boppard am Rhein 1975

Buchstab, Günter: Zwischen „Zauber und Donner". Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Loth/Picht (Hg.), De Gaulle, S. 95–107

Buchwald, Frank Andreas: Adenauers Informationspolitik und das Bundespresseamt. Strategien amtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kanzlerdemokratie, Diss. Mainz 1991

Buczylowski, Ulrich: Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951, Stuttgart 1973

Bührer, Werner: The Federation of German Industry and European Integration 1949–1960, in: Dumoulin/Girault/Trausch (Hg.), L'Europe du patronat, S. 17–28

Ders.: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986

Ders.: Westdeutschland in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947–1961, München 1997

Buffet, Cyril: Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945–1949, Paris 1991

Ders.: De Gaulle et Berlin. Une certaine idée de l'Allemagne, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 525–538

Ders.: La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin (1958–1962), in: Relations internationales (1989), H.59, S. 347–358

Bullen, Roger: Great Britain and the Treaty of Rome, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 315–338

Ders.: The British Government and the Schuman Plan May 1950-March 1951, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 199–210

Bungert, Heike: A New Perspective on French-American Relations during the Occupation of Germany, 1945–1948: Behind-the Scenes Diplomatic Bargaining and the Zonal Merger, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 333–352

Burr, William: Avoiding the Slippery Slope. The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958-January 1959, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 177–205

Burrin, Philippe: La France à l'heure allemande 1940–1944, Paris 1995

Busschaert, Igor: Les questions militaires et stratégiques dans la pensée et dans l'action de Pierre Mendès France, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 153–170

Cabalo, Thorsten: Eine Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa? Pläne für eine regionale Entspannung in Europa vom Ungarn-Aufstand bis zum Teststoppabkommen (1956–1962), in: Schmidt (Hg.), Bündnissicherung, S. 141–223

Cahn, Jean-Paul: Un aspect de la question sarroise: Le règlement de l'affaire Röchling (1954–1956), in: Revue d'Allemagne 15 (1983), S. 416–438

Ders.: Einige Bemerkungen zum Thema Kurt Schumacher und Frankreich, in: Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist, S. 113–131

Ders.: C.D.U., F.D.P. et S.P.D. devant la question sarroise 1947–1956, in: Krebs/Schneilin (Hg.), L'Allemagne, S. 153–176

Ders.: Die sozialdemokratische Opposition und die Saarfrage 1947–1957, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 177–198

Ders.: Le Parti Social-Democrate Allemand (S.P.D.) et la France (1954–1958), 3 Bde., Thèse de doctorat d'Etat Strasbourg o.J.

Ders.: Le parti social-democrate allemand face à la guerre d'Algérie (1958–1962), in: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 589–602
Ders.: Le second retour. Le rattachement de la Sarre à l'Allemagne 1955–1957, Bern – Frankfurt am Main – New York 1985
Ders./Ménudier, Henri/Schneilin, Gérard (Hg.): Questions de civilisation. L'Allemagne et la construction de l'Europe 1949–1963, Paris 1999
Calandri, Elena: La détente et la perception de l'Union Soviétique chez les décideurs français du printemps 1955 à fevrier 1956, in: Revue d'Histoire Diplomatique 107 (1993), S. 165–191
Dies.: The Western European Union Armaments Pool: France's Quest for Security and European Cooperation in Transition. 1951–1955, in: Journal of European Integration History/Zeitschrift für Geschichte der Europäischen Integration 1 (1995), H.1, S. 37–63
Camps, Miriam: Die Diskussionen über die Politische Union, in: Cornides/Mende (Hg.), Die internationale Politik 1962, S. 111–127
Dies.: Die letzte Phase der Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens (Oktober 1962 – Januar 1963), in: Cornides/ Mende (Hg.), Die internationale Politik 1962, S. 127–167
Capelle, Russell B.: The MRP and French Foreign Policy, New York 1963
Cardozo, Rita: The Project for a Political Community (1952–1954), in: Pryce (Hg.), Dynamics, S. 49–77
Carlton, David: Britain and the Suez Crisis, Oxford 1988
Ders.: Anthony Eden. A biography, London 1981
de Carmoy, Guy: Les politiques étrangères de la France 1944–1966, Paris 1967
Caro, Michael K.: Der Volkskanzler. Ludwig Erhard, Köln – Berlin 1965
Catudal, Honoré M.: Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA, Berlin 1981
Cerny, Philip G.: The politics of grandeur. Ideological aspects of de Gaulle's foreign policy, Cambridge u. a. 1980
Césari, Laurent/Folin, Jacques de: Le projet „Vautour" en France: nécessité militaire, impossibilité politique, in: Artaud/Kaplan (Hg.), Diên Biên Phu, S. 137–156
Chapsal, Jacques: La vie politique en France de 1940 à 1958, Paris [3]1993
Ders.: La vie politique sous la Ve République, Paris 1981
Chastenet, Patrick/Chastenet, Philippe: Chaban, Paris 1991
Christadler, Marieluise: Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen 1945–1995, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1995), B30, S. 35–44
Clément, Alain: Ou va le peuple allemand, in: La Nef, Dezember 1952, S. 46–65
Clesse, Armand: Le projet de C.E.D. du Plan Pleven au ‚crime' du 30 août. Histoire d'un malentendu européen, Baden-Baden 1989
Colard, Daniel/Daille, Gérard: Le Général de Gaulle et les alliances, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 62–71
Ders./Guilhaudis, Jean-François: De Gaulle et le désarmement, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 110–114
Conte, Arthur: Les Présidents de la Cinquième République, o.O. 1985
Conze, Eckart: La coopération franco-germano-italienne dans le domaine nucléaire dans les années 1957–1958: un point de vue allemand, in: Revue d'histoire diplomatique 104 (1990), S. 115–132
Ders.: Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und de Gaulle, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340
Ders.: Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995
Cook, Don: Charles de Gaulle. Eine Biographie, Soldat und Staatsmann, München 1985
Cophornic, Gilles: SFIO et UEO: La recherche d'unité, in: Girault/Bossuat (Hg.), Europe brisée, S. 263–288

Cornides, Wilhelm: Die Freihandelszone als Krisenherd der europäischen Integrationspolitik, in: EA 1958, S. 10707–10711
Ders./Mende, Wolfgang (Hg.): Die internationale Politik, 1961, Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München – Wien 1964
Costigliola, Frank: France and the United States. The Cold Alliance Since World War II, New York u. a. 1992
Ders.: Kennedy, de Gaulle et le défi de la consultation entre alliés, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 254–266
Ders.: The Pursuit of Atlantic Community: Nuclear Arms, Dollars, and Berlin, in: Paterson (Hg.), Kennedy's Quest, S. 24–56
Couchoud, Eitel Victor: Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, in: Deutschland-Frankreich, Bd. 3, S. 28–31
Coutrot, Aline: La politique atomique sous le gouvernement de Mendès France, in: Bédarida/Rioux (Hg.), Pierre Mendès France, S. 309–316
Craddock, Walter R.: The Saar Problem in Franco-German Relations, 1945–1957, Diss. Chapel Hill 1960
Cuer, Georges: L'action culturelle de la France en Allemagne occupée 1945–1949, in: Revue d'Histoire Diplomatique 101 (1987), S. 7–60
Ders.: Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Knipping/Le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 57–89
de Cuttoli-Uhel, Catherine: La politique allemande de la France (1945–1948). Symbole de son impuissance?, in: Girault/Frank (Hg.), Puissance française, S. 93–111
Czempiel, Ernst-Otto/Schweitzer, Carl-Christoph: Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente, überarb. Ausgabe, Bonn 1989
Dalloz, Jacques: Georges Bidault. Biographie politique, Paris 1992
Ders.: La guerre d'Indochine 1945–1954, Paris 1987
Dammers, Clifford R.: Les plans Fouchet, Mémoire Strasbourg 1965
Dankert, Jochen: Deutschlandpolitische Vorstellungen Charles de Gaulles, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39 (1991), H.3, S. 211–230
Davis, Richard: The ‚Problem of de Gaulle': British Reactions to General de Gaulle's Veto of the UK Application to Join the Common Market, in: Journal of Contemporary History 32 (1997), S. 453–464
Defrance, Corinne: La culture dans les projets d'union politique de l'Europe (1961–1962), in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 289–302
Dies.: La politique culturelle de la France sur la rive gauche du rhin 1945–1955, Straßburg 1994
Delarue, Maurice: Europe européenne et Europe des Etats, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 88–93
Dell, Edmund: The Schuman Plan and the British Abdication of Leadership in Europe, Oxford 1995
Delmas, Philippe: De la prochaine guerre avec l'Allemagne, Paris 1999
Delorme, Hélène: La France et le marché commun agricole, in: Rideau/Gerbet/Torrelli/Chevallier (Hg.), La France, S. 609–634
Demory, Jean-Claude: Georges Bidault 1899–1983. Biographie, Paris 1995
DePorte, A.W.: De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge 1968
Ders.: L'Europe du général de Gaulle. La carte russe, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 448–465
Deuerlein, Ernst: Frankreichs Obstruktion deutscher Zentralverwaltungen 1945, in: Deutschland-Archiv 4 (1971), S. 466–491
Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen, hg. vom Deutsch-französischen Institut Ludwigsburg, 4 Bde., Stuttgart 1954–1966
Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949. Ergebnisse eines Kollo-

quiums des Institut Français de Stuttgart und des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, das am 16.–17 Januar 1986 im Institut Français de Stuttgart stattgefunden hat, hg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1986
Devillers, Philippe/Lacouture, Jean: Viet Nam. De la guerre française à la guerre américaine, Paris 1969
Diebold, William jr.: The Schuman Plan. A Study in Economic Cooperation 1950–1959, New York 1959
Diedrich, Torsten: 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 1991
Distelbarth, Paul: Aufsätze zur Gesellschaft, Kultur und Politik Frankreichs und zu den deutsch-französischen Beziehungen 1932–1953, hg. von Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1997
Ders.: Franzosen und Deutsche. Bauern und Krieger, Stuttgart – Hamburg 1946
Dittmann, Knud: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952, München 1981
Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967), Bonn 1993
Ders.: Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963, Darmstadt ²1988
Dohse, Rainer: Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974
Doise, Jean/Vaïsse, Maurice: Diplomatie et outil militaire, 1871–1991, Paris 1992
Dray-Zeraffa, Danièle: De Gaulle et le Mouvement républicain populaire 1944–1962, in: Bidégaray/Isoart (Hg.), Les Droites, S. 43–56
Dies.: Le Mouvement républicain populaire et la Communauté européenne de défense 1950–1954, in: Berstein/Mayeur/Milza (Hg.), Le MRP et la construction européenne, S. 181–195
Dreyfus, François-Georges: L'opinion allemande devant le traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: Relations internationales (1984), H.37, S. 111–119
Ders.: L'opinion française et le traité de l'Élysée, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 201–209
Dröge, Christoph: Pierre Viénots „deutsche Ungewißheiten". Aktuelle Lektüre eines Buches, das Geschichte wurde, in: Dokumente 46 (1990), S. 40–46
Droz, Bernard/Lever, Evelyne: Histoire de la guerre d'Algérie (1954–1962), Paris 1982
Duchêne, François: Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence, New York – London 1994
Dumoulin, Michel: La Belgique et les débuts du Plan Schuman (mai 1950 – février 1952), in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 271–284
Ders./Guillen, Pierre/Vaïsse, Maurice (Hg.): L'énergie nucléaire en Europe. Des origines à Euratom, Bern u.a. 1994
Ders.: Les paradoxes de la politique belge en matière de Communauté Politique Européenne (septembre 1952-juin 1954), in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 349–363
Ders.: Les travaux du comité Spaak (juillet 1955 – avril 1956), in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 195–210
Ders./Girault, Réné/Trausch, Gilbert (Hg.): L'Europe du patronat. De la guerre froide aux années soixante (Actes du colloque de Louvain-la Neuve, des 10 et 11 mai 1990), Bern u.a. 1993
Duroselle, Jean-Baptiste: L'abîme 1939–1945, Paris 1982
Ders.: De „l'histoire diplomatique" à „l'histoire des relations internationales", in: Mélanges Pierre Renouvin. Etudes d'histoire des relations internationales, Paris 1966, S. 1–15
Eckert, Michael: Kernenergie und Westintegration. Die Zähmung des westdeutschen Nuklearnationalismus, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 313–334
Ehlert, Hans: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassungen 1954 bis 1956, in: ders. u.a., NATO-Option, S. 235–560
Ders./Greiner, Christian/Meyer, Georg/Thoß, Bruno: Die NATO-Option, München 1993

Ehrhart, Hans-Georg: Die „deutsche Frage" aus französischer Sicht (1981–1987). Frankreich zwischen deutschlandpolitischen Befürchtungen, sicherheitspolitischen Nöten und europäischen Hoffnungen, München 1988

Ders.: Die europäische Herausforderung. Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende, Baden-Baden 1990

Elgey, Georgette: Histoire de la IVe République, 3 Bde., Paris 1992–1994

Elsenhans, Hartmut: Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962, Entkolonialisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche, München 1974

Ders./Junne, Gerd/Kiersch, Gerhard/Pollmann, Birgit (Hg.): Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag, Opladen 1989

Elzer, Herbert: Adenauer und die Saarfrage nach dem Scheitern der EVG. Die Pariser Gespräche vom 19. bis 23. Oktober 1954, in: VfZ 46 (1998), S. 667–708

Ders.: Adenauers „großes Spiel": Staatsräson und Parteikalkül bei der Durchsetzung des deutsch-französischen Saarabkommens vom 23. 10. 1954 gegen Jakob Kaiser und die CDU/CSU, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 46 (1998), S. 182–245

Ders.: „Atlantiker" gegen „Europäer". Streit um Deutschland bei den Widerstandsdemokraten (UDSR) in der IV. Republik, in: Francia 22/3 (1995), S. 65–81

Ders.: In Distanz zu Adenauers Saarabkommen vom 23. 10. 1954. Die rheinland-pfälzische CDU als unbeugsame Verfechterin einer „deutschen Saar", in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 24 (1998), S. 457–544

Ders.: Initiative ohne Fortüne. Adolf Süsterhenns Plan für eine Europäisierung der Saar im November 1953, in: FRANCIA 25/3 (1998), S. 61–98

Ders.: „Es ist eine Lust, Vorsitzender einer liberalen Partei zu sein!" Thomas Dehler contra Franz Blücher: Die Saarpolitik der FDP zwischen Grundsatztreue und Kanzlerloyalität im Winter 1954/55, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 45 (1997), S. 211–269

Enders, Ulrich: Der Konflikt um den Beitritt der Bundesrepublik und des Saargebiets zum Europarat, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 19–46

Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart – Wiesbaden 1983

Euler, Arno: Zur Entwicklung des Französischunterrichts seit 1945, in: Michael Nerlich (Hg.), Kritik der Frankreichforschung 1871–1975, Karlsruhe 1977, S. 216–233

Even, Pascal: Deux siècles de relations franco-allemandes. Les papiers des représentations diplomatiques et consulaires françaises en Allemagne conservés au Centre des Archives Diplomatiques de Nantes, in: FRANCIA 16/3 (1989), S. 83–97

Fäßler, Peter: Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952), Frankfurt am Main u. a. 1995

1958 La faillite ou le miracle. Le plan de Gaulle-Rueff, hg. vom Institut Charles de Gaulle, Paris 1986

Falbisaner, Christiane: Fachzeitschriften über das Nachbarland, in: Dokumente 35 (1979), Sonderheft, S. 58–76

Fauvet, Jacques: Naissance et mort d'un Traité. Du plan Pleven au vote de 30 août 1954, in: Aron/Lerner (Hg.), Querelle, S. 23–57

Ders., in Zusammenarbeit mit Alain Duhamel: Histoire du Parti Communiste Français de 1920 à 1976, Durchgeseh. u. vermehrte Aufl., Paris 1977

Felken, Detlef: Dulles und Deutschland, Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959, Bonn - Berlin 1993

Fest, Joachim C.: Hitler, Neuausgabe, Frankfurt am Main - Berlin 1989

Fischer, Alexander: Außenpolitische Aktivität bei ungewisser sowjetischer Deutschland-Politik (bis 1955), in: Hans-Adolf Jacobsen/Gert Leptin/ Ulrich Scheuner/Eberhard Schulz (Hg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, München – Wien 1979, S. 51–84

Ders./Foschepoth, Josef/Fritsch-Bournazel, Renata/Junker, Detlef/Link, Werner/Overesch,

Manfred: Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949, Berlin 1984
Fischer, Per: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945–1959, Frankfurt am Main – Berlin 1959
Ders.: Das Saarstatut des Europarats. Vorstoß in europäisches integrationspolitisches Neuland, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 115–126
Fischer, Peter: Atomenergie und staatliches Interesse: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1994
Ders.: Die Bundesrepublik und das Projekt einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Herbst/Bührer/Sowade, Marshallplan, S. 279–299
Ders.: Das Projekt einer trilateralen Nuklearkooperation. Französisch-deutsch-italienische Geheimverhandlungen 1957/58, in: HJb 112 (1992), S. 143–156
Foerster, Roland G.: Innenpolitische Aspekte der Sicherheit Westdeutschlands 1947–1950, in: ders. u. a., Kapitulation, S. 403–575
Ders./Greiner, Christian/Meyer, Georg/Rautenberg, Hans Jürgen/Wiggershaus, Norbert: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan, München 1982
Fontaine, Pascal: Jean Monnet. L'Inspirateur, Paris 1988
Fonvieille-Vojtovic, Aline: Paul Ramadier (1888–1961): élu local et homme d'Etat, Paris 1993
Foschepoth, Josef: Adenauers Moskaureise 1955, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1986), B22, S. 30–46
Ders.: Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland Archiv 17 (1984), S. 1286–1301
Ders. (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen – Zürich 1985
Fourquet, Michel: Les rapports entre le président de la République et le Premier ministre en matière de défense, in: De Gaulle et ses premiers ministres, S. 193–196
Frank, Robert: Conclusions, in: Girault/ders. (Hg.), Puissance française, S. 463–468
Ders.: Le dilemme français: la modernisation sous influence ou l'indépendance dans la décadence, in: Girault/ders. (Hg.), Puissance française, S. 137–156
Ders.: La hantise du déclin. Le rang de la France en Europe, 1920–1960. Finances, défense et identité nationale, Paris 1994
Ders.: Pierre Mendès France: au miroir du Moyen-orient, une certaine vision du monde (1956–1967), in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 275–281
Freymond, Jacques: Die Saar 1945–1955, hg. vom Carnegie Endowment for International Peace European Centre, München 1961
Friend, Julius W.: The Linchpin. French-German Relations 1950–1990, New York – Westport – London 1991
Fritsch-Bournazel, Renata: Frankreich und die „deutsche Frage" 1945–1949, in: Fischer u. a., Deutschlandfrage, S. 85–95
Dies.: Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz von 1955, in: Thoß/Volkmann (Hg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, S. 71–91
Dies.: Die Wende in der französischen Nachkriegspolitik 1945–1949: Die „deutsche Gefahr" verliert die Priorität, in: Französische Deutschlandpolitik, S. 7–25
Fursdon, Edward: The European Defence Community: A history, London – Basingstoke 1980
Gall, Lothar u. a.: Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995
Ders.: A man for all seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998), S. 123–175
De Gaulle et l'Allemagne (1958–1965). Actes du 6e colloque international des cercles universitaires d'études et de recherches gaulliennes, Strasbourg, in: Etudes gaulliennes 6 (1978)
De Gaulle et ses premiers ministres 1959–1969. Colloque organisé par l'Institut Charles-de-

Gaulle et l'Association française de science politique les 17 et 18 novembre 1988, Paris 1990
De Gaulle en son siècle. Actes des Journées internationales tenues à l'UNESCO, Paris, 19–24 novembre 1990, hg. vom Institut Charles de Gaulle, 7 Bde., Paris 1991–1992
Gazdag, Ferenc: The Treaties of Paris in 1954 and the German Question, in: Timmermann (Hg.), Deutschland und Europa, S. 103–123
Gearson, John P.S.: Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–62. The Limits of Interest and Force, Basingstoke - London 1998
Gehler, Michael: Von der Arbeiterrevolte zur spontanen politischen Volkserhebung: Der 17. Juni 1953 in der DDR im Urteil westlicher Diplomatie und Politik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), S. 363–415
Ders.: Klein- und Großeuropäer. Integrationspolitische Konzeptionen und Wege der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs 1947/49–1960 im Vergleich, in: ders./Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger (Hg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analyse und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 581–642
Ders.: „L'unique objectif des Soviétiques est de viser l'Allemagne". Staatsvertrag und Neutralität 1955 als „Modell" für Deutschland?, in: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/ders./Rolf Steininger (Hg.), Österreich in den Fünfzigern, Innsbruck – Wien 1995, S. 259–297
Genzer, Walter E.: Die Satzung der Europäischen Gemeinschaft. Zum Entwurf einer europäischen Verfassung, in: EA 1953, S. 5653–5664
Gerbet, Pierre: La Construction de l'Europe, 2., überarb. Aufl., Paris 1994
Ders.: La Genèse du Plan Schuman. Des Origines à la déclaration du 9 mai 1950, in: Revue française de science politique 6 (1956), S. 525–553
Ders.: René Mayer, Président de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, in: Revue d'Histoire de la deuxième Guerre mondiale et des conflits contemporains 36 (1986) H.141, S. 95–110
Ders.: La „relance" européenne jusqu'à la conférence de Messine, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 61–91
Ders.: Le relèvement 1944–1949, Paris 1991
von Gersdorff, Gero: Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, München 1994
Ghebali, Eric: Vincent Auriol. Le président citoyen, Paris 1998
Gillessen, Günther: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986
Gillingham, John: Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge u.a. 1991
Ders.: Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans, in: VfZ 35 (1987), S. 1–24
Ders.: Solving the Ruhr Problem: German Heavy Industry and the Schuman Plan, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 399–436
Gilmore, Richard: France's Postwar Cultural Policies and Activities in Germany: 1945–1956, Washington 1973
Girault, René: La France dans les rapports Est-Ouest au temps de la présidence de Pierre Mendès France, in: Bédarida/Rioux (Hg.), Pierre Mendès France, S. 251–260
Ders.: L'histoire des relations internationales peut-elle être une histoire totale?, in: Enjeux et puissances, Pour une histoire des relations internationales au XXe siècle. Mélanges en l'honneur de Jean-Baptiste Duroselle, Paris 1986, S. 29–39
Ders. (Hg.): Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le monde, Colloque organisé par l'Institut Pierre Mendès France à l'Assemblée nationale les 10 et 11 janvier 1991 sous la présidence de Monsieur Claude Cheysson, Grenoble 1991
Ders./Bossuat, Gérard (Hg.): Europe brisée, Europe retrouvée. Nouvelles réflexions sur l'unité européenne au XXe siècle, Paris 1994

Ders./Frank, Robert (Hg.): La puissance française en question (1945–1949), Paris 1988
Glatzeder, Sebastian J.: Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer, Konzeptionen in Entstehung und Praxis, Baden-Baden 1980
Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943–1979, München 1979
Ders.: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999
Goguel, François/Grosser, Alfred: La politique en France, Paris ^{5}1964
Goldschmidt, Bertrand: La position du général de Gaulle en matière de non-prolifération nucléaire, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 114–118
Gordon, Philip H.: Die deutsch-französische Partnerschaft und die Atlantische Allianz, Bonn 1994
Goschler, Constantin/Buchheim, Christoph/Bührer, Werner: Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37 (1989), S. 171–206
Gosztony, Peter: Der Volksaufstand in Ungarn 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1996), B37–38, S. 3–14
Gotto, Klaus: Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III, S. 3–91
Ders./Maier, Hans/Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963, München 1975
Gough, Hugh/Horne, John (Hg.): De Gaulle and Twentieth-Century France, London u. a. 1994
Gowing, Margaret: Nuclear Weapons and the ‚Special Relationship', in: Louis/Bull (Hg.), ‚Special Relationship', S. 117–128
Grabbe, Hans-Jürgen: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983
Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt am Main 1985
Ders.: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341
Greiner, Christian: Die Bundesrepublik Deutschland als „Machtfaktor" in der NATO 1954–1957, in: Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht, S. 201–214
Ders.: Die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954 bis 1957, in: Ehlert u. a., NATO-Option, S. 561–850
Ders.: Zwischen Integration und Nation. Die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO, 1954 bis 1957, in: Herbst (Hg.), Westdeutschland, S. 267–278
Ders.: Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947–1950, in: Foerster u. a., Kapitulation, S. 119–323
Griffiths, Richard T.: Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 263–278
Ders.: The Schuman Plan Negotiations: The Economic Clauses, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 35–71
Ders./Asbeek Brusse, Wendy: The Dutch cabinet and the Rome Treaties, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 461–493
Ders./Lynch, Frances M.B.: L'échec de la „Petite Europe": les négociations Fritalux/Finebel, 1949–1950, in: Revue Historique 274 (1985), S. 159–193
Ders./Milward, Alan S.: The Beyen Plan and the European Political Community, in: Maihofer (Hg.), Noi si mura, S. 596–621
Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeption und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991
Grosser, Alfred: Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, 4., durchgeseh. u. erw. Aufl., München 1972

Ders.: Frankreich und seine Außenpolitik. 1944 bis heute, München 1989
Ders.: Emmanuel Mounier und das Comité Français d'Echanges avec l'Allemagne Nouvelle, in: Deutschland-Frankreich, Bd. 1, S. 270–280
Ders.: La politique extérieure de la Ve République, Paris 1965
Ders.: La IVe République et sa politique extérieure, Paris ^{3}1972
Grote, Rainer: Das Regierungssystem der V. französischen Republik. Verfassungstheorie und -praxis, Baden-Baden 1995
Guérin-Sendelbach, Valérie: Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre, Bonn 1993
Guervel, Michel: Le BILD de Jean du Riveau à Joseph Rovan, in: Ménudier (Hg.), Couple, S. 299–306
Guillaume, Sylvie: Antoine Pinay ou la confiance en politique, Paris 1984
Guillen, Pierre: L'Europe remède à l'impuissance française? Le gouvernement Guy Mollet et la négociation des traités de Rome (1955–1957), in: Revue d'Histoire Diplomatique 102 (1988), S. 319–335
Ders.: La France et la négociation du traité d'Euratom, in: Relations internationales (1985), H.44, S. 391–412
Ders.: La France et la négociation du Traité de Rome: L'Euratom, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 513–524
Ders.: Frankreich und die Frage der Verteidigung Westeuropas. Vom Brüsseler Vertrag (März 1948) zum Pleven-Plan (Oktober 1950), in: Wiggershaus/Foerster (Hg.), Sicherheitsgemeinschaft, S. 103–123
Ders.: Frankreich und die NATO-Integration der Bundesrepublik, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 427–445
Ders.: Frankreich und der europäische Wiederaufschwung. Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom, in: VfZ 28 (1980), S. 1–19
Ders.: Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950–1954), in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 125–157
Ders.: Pierre Mendès France et l'Allemagne, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 39–55
Ders.: Le MRP et l'union économique de l'Europe 1947-mai 1950, in: Berstein/Mayeur/Milza (Hg.), Le MRP et la construction européenne, S. 131–147
Ders.: La question allemande (1945–1995), Paris 1996
Guldin, Harald: Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur souveränen Gleichberechtigung: Die politisch-ökonomische Westintegration Westdeutschlands als Verhandlungsgegenstand zwischen der Alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung in den Jahren 1949 bis 1952. Fallstudie zu einem spezifisch strukturierten Entscheidungssystem in den Sachbereichen Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik, Frankfurt am Main u.a. 1990
Guyot, Jean: Les travaux du Comité Rueff, in: 1958 La faillite ou le miracle, S. 23–34
Hacke, Christian: Weltmacht wider Willen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Aktualisierte u. erw. Neuausgabe, Frankfurt am Main – Berlin 1993
Hacker, Jens: Der Ostblock, Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983
Hänsch, Klaus: Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948, Berlin – New York 1972
Haftendorn, Helga: Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955–1973, Düsseldorf 1974
Dies.: Adenauer und die Europäische Sicherheit, in: Blumenwitz u.a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, S. 92–110
Dies.: Das institutionelle Instrumentarium der Alliierten Vorbehaltsrechte. Politikkoordinierung zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland, in: dies./Riecke (Hg.), „... die volle Macht", S. 37–80

Dies.: Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966/67, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1994

Dies.: Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (MLF): Vademecum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie?, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), S. 417–450

Dies.: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, 2. rev. Aufl., Baden-Baden 1986

Dies.: Der Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz, 3 Teile, in: EA 1959, S. 395–404, 437–446 u. 521–530

Dies./Riecke, Henning (Hg.): „... die volle Macht eines souveränen Staates ..." Die Alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingung westdeutscher Außenpolitik 1949–1990, Baden-Baden 1996

Hagen, Manfred: DDR – Juni 53, Stuttgart 1992

Hahn, Karl-Eckhard: Wiedervereinigungspolitik im Widerstreit. Einwirkungen und Einwirkungsversuche westdeutscher Entscheidungsträger auf die Deutschlandpolitik Adenauer von 1949 bis zur Genfer Viermächtekonferenz 1959, Hamburg 1993

Hahn, Marcus: Die DPS - Liberaler Neuanfang im deutsch-französischen Spannungsfeld, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 199–224

Hallstein, Walter/Schlochauer, Hans-Jürgen (Hg.): Zur Integration Europas. Festschrift für Carl Friedrich Ophüls aus Anlaß seines siebzigsten Geburtstages, Karlsruhe 1965

Hamon, Marie: Les Archives de l'Occupation française en Allemagne et en Autriche à Colmar, in: FRANCIA 16/3 (1989), S. 98f.

Hannig, Jürgen: Separatisten – Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 381–396

Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn u. a. 1991

Ders.: West German Foreign Policy 1949–1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967

Hansen, Ernst Willi/Schreiber, Gerhard/Wegner, Bernd (Hg.): Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs, Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995

Harbi, Mohammed: Pierre Mendès France, le FLN et l'Algérie, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 371–374

d'Harcourt, Robert: L'Allemagne, est-elle inquiétante?, Paris 1954

Harrison, Hope M.: Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Gerhard Wettig (Hg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105–122

Harryvan, Anjo G./van der Harst, J./Mans, G.M.V./Kersten, A.E.: Dutch attitudes towards European military, political and economic integration (1950–1954), in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 321–347

Ders./Kersten, Albert E.: The Netherlands, Benelux and the relance européenne 1954–1955, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 125–157

Hauser, Oswald: Der Botschafter François-Poncet und Deutschland, in: A. Barrera-Vidal/E. Ruhe/P. Schunck (Hg.), Lebendige Romania. Festschrift für Hans-Wilhelm Klein, Göppingen 1976, S. 125–142

Hecht, Gabriele: Political Designs: Nuclear Reactors and National Policy in Postwar France, in: Technology and Culture 35 (1994), S. 657–685

Dies.: The Radiance of France: Nuclear Power and National Identity after World War II, Cambridge 1998

Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994

Heidenheimer, J.: Der starke Regierungschef und das Parteien-System: Der „Kanzler-Effekt" in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahrsschrift 2 (1961), S. 247–261
Heinemann, Winfried (Hg.): Das Internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999
Heinen, Armin: Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955, Stuttgart 1996
Henke, Klaus-Dietmar: Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Wolfgang Benz (Hg.), Miscelannea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 169–191
Ders.: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 30 (1982), S. 500–537
Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München – Landsberg am Lech 1996
Henzler, Christoph: Fritz Schäffer. Der erste bayerische Nachkriegs-Ministerpräsident und erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland 1945–1967. Eine biographische Studie, München 1994
Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989
Ders. (Hg.): Westdeutschland 1945 – 1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986
Ders./Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990
Herre, Franz: Deutsche und Franzosen. Der lange Weg zur Freundschaft, Bergisch-Gladbach 1983
Herring, G./Immerman, R.: „Le jour où nous ne sommes pas entrés en guerre". La politique américaine au moment de Diên Biên Phu: un réexamen, in: Artaud/Kaplan (Hg.), Diên Biên Phu, S. 103–135
Hildebrand, Klaus: „Atlantiker" versus „Gaullisten". Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 583–592
Ders.: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart – Wiesbaden 1984
Ders.: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982, Bonn 1991
Ders.: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995
Hillel, Marc: L'occupation française en Allemagne (1945–1949), Paris 1983
Hillgruber, Andreas: Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Blumenwitz u. a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, S. 110–130
Ders.: Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945–1963, 4., durchges. und wesentlich ergänzte Aufl. von Jost Dülffer, München 1993
Ders.: Deutsche Geschichte 1945–1972. Die „deutsche Frage" in der Weltpolitik, 4., erw. Aufl., Stuttgart u. a. 1983
Ders.: Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 216 (1973), S. 529–552
Ders.: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1969
Hitchcock, William I.: France Restored. Cold War Diplomacy and the Quest for Leadership in Europe, 1944–1954, Chapel Hill – London 1999
Ders.: France, the Western Alliance, and the Origins of the Schuman Plan, 1948–1950, in: Diplomatic History 21 (1997), S. 603–630
Hockerts, Hans Günter: Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), S. 25–41
Hölscher, Wolfgang: Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen, in: Blasius (Hg.), Adenauer, S. 9–44
Hoffmann, Stanley: Les oraisons funèbres. Du vote du 30 août au vote du 30 décembre 1954, in: Aron/Lerner (Hg.), Querelle, S. 59–87

Hofmann, Daniel: Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragsverhandlungen mit den Westmächten 1951–1959, München 1997
Hohmann, Karl (Hg.): Ludwig Erhard. Erbe und Auftrag, Aussagen und Zeugnisse, Düsseldorf – Wien 1977
Hollmann, Michael: Die Nachfolge Monnets. Die Bundesregierung und die Frage der Präsidentschaft der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Wilkens (Hg.), Interessen verbinden, S. 187–203
Hoppe, Christoph: Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1993
Horne, Alistair: Macmillan 1957–1986, Bd. 2, Basingstoke – London 1989
Hrbek, Rudolf: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945–1957), Bonn 1972
Hudemann, Rainer: Französische Besatzungszone 1945–1952, in: Scharf/Schröder (Hg.), Deutschlandpolitik, S. 205–248
Ders.: Frankreich und der Kontrollrat 1945–1947, in: Manfrass/Rioux (Hg.), France-Allemagne 1944–1947, S. 97–118
Ders.: Frankreichs Besatzung in Deutschland: Hindernis oder Auftakt der deutsch-französischen Kooperation?, in: Jurt (Hg.), Besatzung, S. 237–254
Ders.: Deutsche Geschichte in französischen Archiven. Nachkriegsakten in Colmar und Paris – Archivgut zur neueren Geschichte in Nantes, in: Der Archivar 42 (1989), S. 475–488
Ders.: Grundprobleme der französischen Besatzung in Deutschland, in: Französische Deutschlandpolitik, S. 27–40
Ders.: Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland, in: Knipping/Le Rider (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik, S. 15–31
Ders.: Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1997), B6, S. 31–40
Ders.: Revanche ou partenariat? A propos des nouvelles orientations de la recherche sur la politique française à l'égard de l'Allemagne après 1945, in: Krebs/Schneilin (Hg.), L'Allemagne, S. 127–152
Ders.: Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1947, in: ders./Poidevin (Hg.), Die Saar 1945–1955, S. 13–34
Ders.: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988
Ders.: Weichenstellungen in der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Weber (Hg.), Republik, S. 130–138
Ders./Jellonnek, Rainer/Rauls, Bernd (Hg.): Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960, St. Ingbert 1997
Ders./Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert. Bewußtsein und Institutionen, München 1995
Ders./Poidevin, Raymond (Hg.): Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, München 1992
Hüser, Dietmar: Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950: Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: Martens (Hg.), „Erbfeind", S. 19–64
Ders.: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik". Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996
Ders.: Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 97–120
Hüser, Judith: Frankreich und die Saarabstimmung vom 23. Oktober 1955. Innen- und

außenpolitische Problemstellungen zur Lösung der Saarfrage, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 359–379
Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989
Hufelschulte, Josef: Genickschuß am Bahnhof, in: Focus (1996), H.5, S. 35f.
Humbert, Geneviève: Charles de Gaulle et la „ligne Oder-Neiße", in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 565–581
Dies.: Le Général de Gaulle et le „Mur de Berlin". La crise du 13 août 1961, in: Etudes gaulliennes 6 (1978), S. 39–47
Ingimundarson, Valur: The Eisenhower Administration, the Adenauer Government, and the Political Uses of the East German Uprising in 1953, in: Diplomatic History 20 (1996), S. 381–409
Irving, R.E.M.: Christian democracy in France, London 1973
Isajiw, Thomas: Was soll aus Deutschland werden? Konzeptionen, Weg und Ergebnisse der französischen Deutschlandpolitik 1940–1948. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter französischer Akten, Diss. Münster 1988
Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966
James, Harold: Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945, in: Gall u.a., Deutsche Bank, S. 315–408
Jansen, Thomas: Abrüstung und Deutschland-Frage. Die Abrüstungsfrage als Problem der deutschen Außenpolitik, Mainz 1968
Ders.: Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, in: Blumenwitz u.a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit, Bd. 2, S. 249–271
Ders./Mahncke, Dieter (Hg.): Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays, Bonn 1981
Jerchow, Friedrich: Der Außenkurs der Mark 1944–1949, in: VfZ 30 (1982), S. 256–298
Jeutter, Peter: EWG – Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen, Bonn 1985
Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn u.a. 1996
Johnson, Christopher: De Gaulle face aux demandes d'adhésion de la Grande-Bretagne à la CEE, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 202–218
Jones, Peter: Labour-Regierung, deutsche Wiederbewaffnung und EVG 1951–1954, in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 51–80
Jouve, Edmond: Le Général de Gaulle et la construction de l'Europe (1940–1966), Bd. 1, Paris 1967
Jurt, Joseph (Hg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg i. Br. 1993
Kaddache, Mahfoud: De Gaulle et les nationalistes algériens (1940–1962), in: De Gaulle en son siècle, Bd. 6, S. 93–107
Kaiser, Karl: Die neue Abhängigkeit der atlantischen Staaten. Präsident Kennedys Grand Design: Vorgeschichte und Entwicklungslinien, in: EA 1962, S. 815–830
Ders.: EWG und Freihandelszone. England und der Kontinent in der europäischen Integration, Leiden 1963
Ders./Lellouche, Pierre (Hg.): Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Weg zur Gemeinsamkeit?, Bonn 1986
Kaiser, Wolfram: Wie nach Austerlitz? London-Bonn-Paris und die britische EWG-Politik bis 1961, in: integration 16 (1993), S. 19–32
Ders.: Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955–1961. Von Messina nach Canossa, Berlin 1996
Ders.: Money, Money, Money. The Economics and Politics of the Stationing Costs, 1955–1965, in: Schmidt (Hg.), Bündnissicherung, S. 1–31

Kaplan, Karel: Die Überwindung der Regime-Krise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn, Köln 1986
Kaplan, Lawrence S.: Un point de vue américain sur de Gaulle et l'OTAN, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 321–332
Katzer, Nikolaus: „Eine Übung im Kalten Krieg". Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1994
Keiser, Günter: Die Verhandlungen über die Errichtung einer europäischen Freihandelszone. Eine Zwischenbilanz zur Jahreswende 1957/58, in: EA 1958, S. 10423–10430
Kerkhoff, Martin: Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Saarfrage. 1945 bis 1954, Stuttgart 1996
Ders.: Grundzüge der anglo-amerikanischen Haltung zur Saarfrage 1946–1948, in: Hudemann/ Poidevin (Hg.), Saar, S. 81–96
Kersten, Albert: A Welcome Surprise? The Netherlands and the Schuman Plan Negotiations, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 285–304
Kessel, Martina: „L'empêcheur de la danse en ronde": Französische Deutschlandpolitik 1945–1947, in: Martens (Hg.), „Erbfeind", S. 65–85
Dies.: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989
Ketchum, Thomas Brian: Wenn die Kennedy-Runde scheitert ..., in: EA 1965, S. 322–326
Kiersch, Gerhard: Die französische Deutschlandpolitik 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hg.), Stabilisierung, S. 61–76
Ders.: De Gaulle und die deutsche Identität, in: Loth/Picht (Hg.), De Gaulle, S. 181–192
Ders.: Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik, 3 Bde., Diss. Berlin 1971
Kimmel, Adolf: Die Nationalversammlung in der V. französischen Republik, Köln u. a. 1983
Ders.: Verfassungsordnung und außenpolitische Entscheidung in der V. Republik, in: Elsenhans/Junne/Kiersch/Pollmann (Hg.), Frankreich, S. 107–115
Kingseed, Cole C.: Eisenhower and the Suez Crisis of 1956, Baton Rouge – London 1995
Kipping, Matthias: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952, Berlin 1996
Király, Béla/Lotze, Barbara/Dreisziger, Nándor (Hg.): The first war between socialist states. The Hungarian Revolution of 1956 and its impact, New York 1984
Klingl, Friedrich: „Das ganze Deutschland soll es sein!" Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, München 1987
Klotzbach, Kurt: Die deutsche Sozialdemokratie und der Schuman-Plan, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 333–344
Ders.: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin – Bonn 1982
Knipping, Franz: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931, München 1987
Ders.: Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945–1950, in: ders./ Weisenfeld (Hg.), Geschichte, S. 141–155
Ders.: Frankreich in der Zeit der Weltkriege (1914–1945), in: Andreas Hillgruber/Jost Dülffer (Hg.), Ploetz, Geschichte der Weltkriege. Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900–1945, Freiburg 1981, S. 237–247
Ders./Le Rider, Jacques (Hg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1949, Tübingen 1987
Ders./Müller, Klaus-Jürgen (Hg.): Aus der Ohnmacht zur Bündnismacht. Das Machtproblem in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1960, Paderborn u. a. 1995
Ders./Weisenfeld, Ernst (Hg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988

Kocs, Stephen A.: Autonomy of power? The Franco-German Relationship and Europe's Strategic Choices, 1955–1995, London 1995
Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main – Berlin 1994
Köllner, Lutz/Maier, Klaus A./Meier-Dörnberg, Wilhelm/Volkmann, Hans-Erich: Die EVG-Phase, München 1990
Ders./Volkmann, Hans-Erich: Finanzwissenschaftliche, finanzwirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte eines deutschen Beitrags zur EVG, in: ders. u.a., EVG-Phase, S. 757–873
Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987
Kohl, Wilfrid L.: French Nuclear diplomacy, Princeton 1971
Kohler, Adolf: Alcide De Gasperi 1881–1954. Christ, Staatsmann, Europäer, Bonn 1979
Kohlhase, Norbert/Willmann, Joachim: Wirtschaftliche Probleme der Verhandlungen über die Freihandelszone, in: EA 1958, S. 10711–10718
Kolboom, Ingo: Frankreich und die staatliche Neuordnung Deutschlands 1945–1949: Ein Rückblick aus aktuellem Anlaß, in: Wolfgang Asholt/Heinz Thoma (Hg.), Frankreich, Ein unverstandener Nachbar (1945–1990), Bonn 1990, S. 51–86
Ders.: Nation und Europa. Charles de Gaulle – als Symbolfigur für ein Mißverständnis, in: Dokumente 46 (1990), S. 283–291
Kolodziej, Edward A.: French International policy under de Gaulle and Pompidou. The politics of Grandeur, Ithaca – London 1974
Korff, Adalbert: Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950, Ambilly-Annemasse 1965
Kosthorst, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961, Düsseldorf 1993
Ders.: Die „unerwünschte Liaison". Thesen zur Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 177–194
Ders.: Primat der Politik als Primat der Bündnispolitik. Zum Streit um das Röhrenembargo gegen die UdSSR, in: Blasius (Hg.), Adenauer, S. 97–117
Kosthorst, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart u.a. 1972
Kraus, Elisabeth: Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen, München 1990
Krause, Fritz: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–55, Frankfurt am Main 1971
Krebs, Gilbert/Schneilin, Gérard (Hg.): L'Allemagne 1945–1955. De la capitulation à la division, Asnières 1996
Krekel, Michael W.: Aufbruch in die neue Welt. Konrad Adenauers erster Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten (6.–18. April 1953), Bad Honnef 1996
Ders.: Verhandlungen in Moskau. Adenauer, die deutsche Frage und die Rückkehr der Kriegsgefangenen, Bad Honnef 1996
Kroll, Frank-Lothar: Deutschlands Weg nach Europa. Der Wiederaufbau des Auswärtigen Dienstes und die Errichtung deutscher Generalkonsulate in Paris und London 1950, in: Historische Mitteilungen 3 (1990), S. 161–180
Küppers, Heinrich: Zwischen Bonn und Saarbrücken. Rheinland-pfälzische Saarpolitik 1947–1955, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 339–358
Ders.: Johannes Hoffmann, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 151–161
Küppers, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer, Frankfurt am Main u.a. 1985
Küsters, Hanns Jürgen: Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S. 483–542
Ders.: Konrad Adenauer und die Idee einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Frankreich, in: Wilkens (Hg.), Wirtschaftsbeziehungen, S. 63–84
Ders.: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen, in: Karl-Günther von Hase (Hg.), Konrad Adenauer und die Presse, Bonn 1988, S. 13–31

Ders.: Adenauers Deutschland- und Nuklearpolitik in der Berlin-Krise 1958–1962, in: Müller (Hg.), Deutschland und der Westen, S. 270–287
Ders.: Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: VfZ 31 (1983), S. 646–673
Ders.: Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, bearb. von dems. und Daniel Hofmann, München 1998, S. 21–236
Ders.: Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von EWG- und EFTA-Gründung 1956–1958, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe (Hg.), Europa, S. 203–239
Ders.: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982
Ders.: Walter Hallstein und die Verhandlungen über die Römischen Verträge 1955–1957, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.), Walter Hallstein, S. 81–105
Ders.: Jean Monnet and the European Union: Idea and Reality of the Integration Process, in: Majone/Noël/Van den Bossche (Hg.), Jean Monnet, S. 45–59
Ders.: The origins of the EEC treaty, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 211–238
Ders.: Souveränität und ABC-Waffen-Verzicht. Deutsche Diplomatie auf der Londoner Neunmächte-Konferenz 1954, in: VfZ 42 (1994), S. 499–536
Ders.: Der Streit um Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949–1958, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 335–370
Ders.: Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 73–102
Ders.: Zwischen Vormarsch und Schlaganfall. Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951–1954), in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 259–293
Ders.: Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen in den Anfangsjahren der Europäischen Gemeinschaft, in: Revue d'Allemagne 20 (1988), S. 274–296
Kusch, Katrin: Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989
Kupper, Siegfried: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung, Köln 1972
Kutz, Marlies: Zur Geschichte der Moselkanalisierung von den Anfängen bis zur Gegenwart. Ein Überblick, in: Beiträge zur Geschichte der Moselkanalisierung, S. 5–110
Lacroix-Riz, Annie: Paris et Washington au début du Plan Schuman (1950–1951), in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 241–268
Lacouture, Jean: De Gaulle, 3 Bde., Paris 1984–1986
Ders.: Pierre Mendès France, Paris 1981
Ders./Mehl, Roland (Hg.): De Gaulle ou l'éternel défi. 56 témoignages receuillis et présentés par Jean Lacouture et Roland Mehl, Paris 1988
de La Gorce, Paul-Marie: Naissance de la France moderne, 2 Bde., Paris 1978 u. 1979
Laitenberger, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen – Zürich 1986
Lamb, Richard: The Macmillan Years 1957–1963. The Emerging Truth, London 1995
Lansing Dulles, Eleanor: The Wall: A Tragedy in three Acts, Columbia 1972
Lappenküper, Ulrich: Adenauer, die CDU/CSU und Europa (1949–1963). Kalkulierte Interessen und ideelle Visionen, in: Cahn/Ménudier/Schneilin (Hg.), Questions, S. 123–137
Ders.: Adenauer, de Gaulle und der Algerienkrieg 1958–1962, in: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 603–615
Ders.: „Ich bin wirklich ein guter Europäer". Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: FRANCIA 18/3 (1991), S. 85–121
Ders.: Europa der Vaterländer. Zum 100. Geburtstag von Charles de Gaulle, in: Information für die Truppe (1990) H.11, S. 75–86

Ders.: „Sprachlose Freundschaft?" Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: Lendemains 21 (1996), H.84, S. 67–82
Ders.: Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris, in: VfZ 43 (1995), S. 635–678
Ders.: Rolle und Zusammenwirken der Organe des Europarats, in: Otto Schmuck (Hg.), Vierzig Jahre Europarat. Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive?, Bonn 1990, S. 81–98
Ders.: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung, in: VfZ 42 (1994), S. 403–445
Ders.: Sprachrohr des demokratischen Europa. Geschichte, Organisation, Leistungen des Europarats, in: Information für die Truppe (1989), H.6, S. 24–40
Ders.: Stätte der Begegnung, Heimstatt der Versöhnung und der Eintracht zwischen den Völkern: Die Gründung des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire de Paris (1950–1956), in: Martin Raether (Hg.), 1956–1996. 40 Jahre Maison Heinrich Heine Paris. Quarante ans de présence culturelle, Bonn – Paris 1998, S. 131–157
Ders.: Ein besonderes Verhältnis: Konrad Adenauer und Frankreich (1949–1963), Bad Honnef 1997
Larcan, Alain: Armées et défense nationale. Concepts constants et dominants de la pensée de Charles de Gaulle, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 19–31
Larres, Klaus: Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945–1955, Göttingen – Zürich 1995
de La Serre, Françoise: De Gaulle et la candidature britannique aux Communautés européennes, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 192–202
Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988
Latte, Gabriele: Die französische Europapolitik im Spiegel der Parlamentsdebatten (1950–1965), Berlin 1979
Lauret, René: Notre voisin l'Allemand. Deux Peuples s'affrontent, Paris 1960
Le Baut, Yves: Les essais nucléaires français, in: Vaïsse (Hg.) La France et l'Atome, S. 219–233
Lebel, Claude: L'organisation et les services du ministère des Affaires étrangères, in: Affaires Etrangères, S. 57–96
Le Douarec, François: Félix Gaillard 1919–1970. Un destin inachevé, Paris 1991
Ledwidge, Bernard: La crise de Berlin 1958–1961: Stratégie et tactique du général de Gaulle, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 366–381
Lee, Sabine: Die zweite Berlin-Krise: Deutsch-britische Beziehungen und die Neudefinierung internationaler Beziehungen, 1956/57, in: Schmidt (Hg.), Bündnissicherung, S. 81–139
Lefebvre, Denis: Guy Mollet. Le mal aimé, Paris 1992
Lefèvre, Sylvie: Projets franco-allemands de développement économique en Afrique du Nord (1950–55), in: Revue d'Allemagne 25 (1994), S. 581–588
Dies.: Les relations économiques franco-allemands de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération, Paris 1998
Dies.: Das Saarland und die Wirtschaftsunion mit Frankreich (1949–1955), in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 427–443
Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984
Legoll, Paul: Konrad Adenauer et l'idée d'unification européenne Janvier 1948 – mai 1950. Un homme politique „européen" et son environnement dans le contexte international, Bern u. a. 1989
Lehmkuhl, Ursula: „Vom Umgang mit dem Niedergang". Strategien der Sicherung britischer Machtpositionen in der internationalen Politik vor und nach Suez, in: Heinemann (Hg.), Krisenjahr, S. 589–613

Leimbacher, Urs: Die unverzichtbare Allianz. Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit 1982–1989, Baden-Baden 1992
Lemercier, Michel: Une année privilégiée dans l'histoire des rapports franco-allemands, 1. 7. 1962–30. 6. 1963, Frankfurt am Main – Bern 1982
Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995
Ders.: Eine deutsche Chance? Die innerdeutsche Diskussion um den Grotewohl-Brief vom November 1950 auf der Entscheidungsebene, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 25–40
Leuvrey, Bruno: La Sarre et le Conseil de l'Europe 1949–1954, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 97–114
L'Huillier, Fernand: Le problème allemand vu par Michel Debré entre 1948 et 1968, in: Etudes gaulliennes 6 (1978), S. 61–69
Lindemann, Mechtild: Die Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius (Hg.), Adenauer, S. 45–96
Dies.: Die Deutschlandfrage auf der Gipfelkonferenz und der Außenministerkonferenz in Genf 1955, in: Blumenwitz u. a., Deutschlandfrage, S. 177–205
Linsel, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998
Lipgens, Walter: Die Bedeutung des EVG-Projekts für die politische europäische Einigungsbewegung, in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 9–30
Ders.: Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 21 (1973), S. 52–102
Ders.: Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198
Little, Douglas: His Finest Hour? Eisenhower, Lebanon, and the 1958 Middle East Crisis, in: Diplomatic History 20 (1996), H.1, S. 27–54
Litván, György/Bak, János M (Hg.): Die Ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung, Wien 1994
Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die zweite Republik, 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart ^{3}1979
Löwke, Udo F.: Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955, Bonn 1976
Lohse, Eckart: Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955, München 1995
Loth, Wilfried: Der Abschied vom Europarat. Europapolitische Entscheidungen im Kontext des Schuman-Plans, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 183–195
Ders.: Deutsche Europakonzeptionen in der Gründungsphase der EWG, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 585–602
Ders.: Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe (Hg.), Europa, S. 191–201
Ders.: Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Herbst (Hg.), Westdeutschland, S. 37–49
Ders.: Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Scharf/Schröder (Hg.), Deutschlandpolitik, S. 27–48
Ders.: De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: HZ 253 (1991), S. 629–660
Ders.: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992
Ders.: Die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in französischer Perspektive, in: Berding (Hg.), Integration, S. 225–246
Ders.: Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik, in: Foschepoth (Hg.), Kalter Krieg, S. 335–361
Ders.: Von der „Dritten Kraft" zur Westintegration. Deutsche Europa-Projekte in der Nachkriegszeit, in: Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht, S. 57–83

Ders.: Der saarländische Sonderweg im Licht der neueren Forschung, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 81–95
Ders.: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977
Ders.: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München ^{7}1989
Ders.: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen ^{2}1991
Ders./Picht, Robert (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991
Ders./Wallace, William/Wessels, Wolfgang (Hg.): Walter Hallstein. Der vergessene Europäer?, Bonn 1995
Louis, W.M. Roger/Bull, Hedley (Hg.): The ‚Special Relationship', Anglo-American Relations since 1945, Oxford 1986
Ders./Owen, Roger (Hg.): Suez 1956. The Crisis and its Consequences, Oxford 1989
Lucas, Hans-Dieter: Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969), Bonn – Berlin 1992
Ludlow, N. Piers: Le paradoxe anglais: Britain and Political Union, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 259–272
Ludmann-Obier, Marie-France: Die Kontrolle der chemischen Industrie in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Mainz 1989
Lüders, Carsten: Das Ruhrkontrollsystem. Entstehung und Entwicklung im Rahmen der Westintegration Westdeutschlands 1945–1953, Frankfurt am Main – New York 1988
Lukomski, Jess M.: Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker, Düsseldorf – Wien 1965
Lynch, Frances: The Role of Jean Monnet in Setting Up the European Coal an Steel Community, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 117–129
Mager, Olaf: Die Stationierung der britischen Rheinarmee. Großbritanniens EVG-Alternative, Baden-Baden 1990
Mahncke, Dieter: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970, Berlin – New York 1972
Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995
Ders.: Westliche Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950, Boppard am Rhein 1977
Maier, Klaus A.: Die Auseinandersetzungen um die EVG als europäisches Unterbündnis der NATO 1950–1954, in: Herbst/Bührer/Sowade (Hg.), Marshallplan, S. 447–474
Ders.: Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Köllner u. a., EVG-Phase, S. 1–234
Ders./Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956, München 1993
Maihofer, Werner (Hg.): Noi si mura. Selected Working Papers of the European University Institute, Florenz 1986
Maisondieu, Jacques: Jean Monnet et l'organisation de l'Europe, Diss. Paris 1972
Majone, Giandomenico/Noël, Emile/Van den Bossche, Peter (Hg.): Jean Monnet et l'Europe d'aujourd'hui, Baden-Baden 1989
Malek, Redha: De Gaulle et la négociation avec le FLN, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 6, S. 86–92
Manfrass, Klaus (Hg.): Paris-Bonn, Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum Verhältnis deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984
Ders./Rioux, Jean-Pierre (Hg.): France-Allemagne 1944–1947. Akten des deutsch-französischen Historikerkolloquiums, Baden-Baden 2.–5. Dezember 1986, Paris 1990
Manin, Philippe: Le R.P.F. (Rassemblement du peuple français) et les problèmes européens, Paris 1966

Manning, Adrian F.: Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre, in: VfZ 29 (1981), S. 1–20

Marcowitz, Reiner: L'attitude de la classe politique allemande face à la politique nucléaire et à la politique envers l'OTAN du Général de Gaulle, in: Revue d'Histoire Diplomatique 111 (1997), S. 153–163

Ders.: „Wir befinden uns in der Lage Beneschs vor der Münchner Konferenz". Ein Gespräch zwischen den Unionspolitikern Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Bruno Heck und Heinrich Krone im Oktober 1961 über die Optionen der bundesdeutschen Außenpolitik nach dem Mauerbau, in: Streiflichter Neuerer Geschichte. Aufsatzsammlung für Leo Haupts zum 65. Geburtstag von seinen Schülern, Köln 1992, S. 273–290

Ders.: Charles de Gaulle und die Westdeutschen in der Berlin-Krise 1958–1963. Über die Wirkmächtigkeit eines nationalen Stereotyps auf die operative Außenpolitik, in: Harm Klueting (Hg.), Nation, Nationalismus, Postnationalismus. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln – Weimar – Wien 1992, S. 203–218

Ders.: Grundzüge der Deutschland-Politik de Gaulles und Bidaults von Herbst 1944 bis Frühjahr 1947, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 1 (1988), H.2, S. 117–134

Ders.: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969, München 1996

Martel, André/Frémeaux, Jacques/Bénichou, Marcel/Carlier, Claude: La France et sa défense en 1958. Problématique générale, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 48–58

Martens, Stefan: Saisir l'avenir et garder le passé. Die Pariser Archive, ihre Bestände und deren Schicksal, in: HZ 247 (1988), S. 357–368

Ders. (Hg.): Vom „Erbfeind" zum „Erneuerer". Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993

Martin, Anne: Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz, Mainz 1995

Martinez, Gilles: Les Indépendants et le général de Gaulle, in: Bidégaray/Isoart (Hg.), Les Droites, S. 57–68

Mauer, Victor: Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59, in: VfZ 44 (1996), S. 229–256

Mayer, Frank A.: Adenauer and Kennedy. A Study In German-American Relations, 1961–1963, Basingstoke – London 1996

Mayer, Hartmut: Germany's Role in the Fouchet Negotiations, in: Journal of European Integration History 2 (1996), H.2, S. 39–59

McArdle Kelleher, Catherine: Germany and the politics of nuclear weapons, New York – London 1975

McCarthy, Patrick (Hg.): France-Germany 1983–1993: The Struggle to Cooperate, London 1993

Meier-Dörnberg, Wilhelm: Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Köllner u.a., EVG-Phase, S. 605–756

Meimeth, Michael: Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre. Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valérie Giscard d'Estaing, Baden-Baden 1990

Meissner, Boris: Die Sowjetunion und die deutsche Frage, 1949–1955, in: Dietrich Geyer (Hg.), Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955, Köln – Wien 1972, S. 473–501

Mélandri, Pierre: Les Etats-Unis face à l'unification de l'Europe, 1945–1954, 2 Bde., Lille 1979

Mendl, Wolf: Deterrence and Persuasion. French Nuclear Armament in the Context of National Policy, 1945–1969, London 1970

Mensing, Hans Peter: Die Adenauer-Memoiren: Entstehung, Zielsetzung, Quellenwert, in: HJb 114 (1994), S. 396–411

Ders.: Quellenforschung zur Adenauerzeit – Schwerpunkte, Resultate, Defizite, in: Doering-Manteuffel (Hg.), Adenauerzeit, S. 31–46

Ménudier, Henri u.a.: L'Allemagne occupée 1945–1949, Paris 1989

Ders. (Hg.): Le couple franco-allemand en Europe, Asnières 1993
Ders.: La Revue française des questions allemandes: „Documents" 1945–1949, in: Knipping/Le Rider (Hg.), Kulturpolitik, S. 349–387
Menyesch, Dieter/Uterwedde, Henrik: Frankreich – Deutschland. Der schwierige Weg zur Partnerschaft, hg. von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 4., erw. u. überarb. Aufl., Berlin 1988
Dies.: Partner oder Konkurrenten? Wirtschaftsbeziehungen zwischen nationalen Strategien und internationalen Abhängigkeiten, in: Picht (Hg.), Bündnis, S. 105–139
Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher, Eine Biographie, Stuttgart ^{2}1995
Meyer-Landrut, Nikolaus: Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952, München 1988
Miard-Delacroix, Hélène: Une seule Allemagne? Théorie et pratique du *Alleinvertretungsanspruch*, in: Krebs/Schneilin (Hg.), L'Allemagne, S. 209–222
Michels, Eckard: Die Bundesrepublik und die französische Fremdenlegion 1949–1962, in: Hansen/Schreiber/Wegner (Hg.), Politischer Wandel, S. 447–461
Milkereit, Gertrud: Das Projekt der Moselkanalisierung. Ein Problem der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie, in: Beiträge zur Geschichte der Moselkanalisierung, S. 111–302
Milward, Alan S.: The Reconstruction of Western Europe 1945–51, Berkeley – Los Angeles 1984
Mioche, Philippe: Le patronat de la sidérurgie française et le Plan Schuman en 1950–1952: les apparences d'un combat et la réalité d'une mutation, in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 305–318
Ders.: Le plan Monnet. Genèse et élaboration 1941–1947, Paris 1987
Mirow, Thomas Alexander: Die europapolitischen Konzeptionen de Gaulles und ihre Bedeutung für die Haltung Frankreichs in der Fünften Republik, Diss. Bonn 1977
Mittendorfer, Rudolf: Robert Schuman. Architekt des neuen Europa, Hildesheim – Zürich – New York 1983
Möhler, Rainer: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952, Mainz 1992
Möller, Horst: Konrad Adenauers Frankreichpolitik bis zum Amtsantritt Charles de Gaulles, in: Manfrass (Hg.), Paris-Bonn, S. 170–178
Ders.: Deutschland zwischen Ost und West. Die deutschen Parteien und die Westintegration nach 1945, in: Karl Dietrich Bracher/Paul Mikat/Konrad Repgen/Martin Schumacher/Hans-Peter Schwarz (Hg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin, S. 771–802
Ders.: Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller, Homme d'Etat et Homme de Lettres, Bonn 1990
Ders.: Die Politik Konrad Adenauers im Spannungsfeld von Westintegration und „Deutscher Frage", in: Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen (Hg.), Nachdenken über Geschichte. Beiträge zur Ökumene der Historiker in memoriam Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1991, S. 613–631
Mombert, Monique: Sous le signe de la rééducation. Jeunesse et Livre en Zone Française d'Occupation (1945–1949), Straßburg 1995
de Montbrial, Thierry: L'Economie française en 1958, in: 1958 La faillite ou le miracle, S. 7–15
Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 3., überarb. u. ew. Aufl., München 1995
Ders.: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1996
Ders./Repgen, Konrad (Hg.): Adenauer-Studien I, Mainz 1971
Dies. (Hg.): Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974

Mortier, Daniel: Le mythe de l'Allemagne chez les intellectuels français dans les années cinquante, in: Allemagnes d'aujourd'hui 84 (1983), S. 38–55
Mosler, Hermann: Die Entstehung des Modells supranationaler und gewaltenteilender Staatenverbindungen in den Verhandlungen über den Schuman-Plan, in: Ernst von Caemmerer/Hans-Jürgen Schlochauer/Ernst Steindorff (Hg.), Probleme des europäischen Rechts. Festschrift für Walter Hallstein zu seinem 65. Geburtstag, Frankfurt am Main 1966, S. 355–386
Müller, Guido (Hg.): Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998
Müller, Klaus-Jürgen: Aspekte des deutsch-französischen Verhältnisses während des Algerien-Krieges, in: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 509–532
Ders.: Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg, in: VfZ 38 (1990), S. 609–641
Ders.: La guerre d'Algérie vue par la presse ouest-allemande, in: Relations internationales (1989), H.58, S. 177–185
Ders.: Die SPD Kurt Schumachers und Frankreich, in: Manfrass (Hg.), Paris-Bonn, S. 192–196
Müller-Roschach, Herbert: Die Deutsche Europapolitik 1949–1977. Eine politische Chronik, Bonn 1980
Narinsky, Mikhaïl: De Gaulle et le traité soviéto-français d'alliance et d'assistance mutuelle (décembre 1944), in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 358–366
Neustadt, Richard E.: Alliance Politics, New York – London 1970
Niedhart, Gottfried: „Damit noch eine neue Macht da ist." Adenauers Verlangen nach deutscher und europäischer Gegenmacht bis zur Suez-Krise, in: Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht, S. 25–42
Nies-Berchem, Martine: Un petit pays face à l'Union Politique. Le cas du Luxembourg, in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 379–392
Noack, Paul: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 2., überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart u. a. 1981
Ders.: EVG und Bonner Europapolitik, in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 239–254
Ders.: Er kam und ging als Fremder. Charles de Gaulle in der westdeutschen Einschätzung zwischen 1958 und 1970, in: Loth/Picht (Hg.), De Gaulle, S. 83–94
Ders.: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954, Düsseldorf 1977
Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München, Zürich 1974
di Nolfo, Ennio: Gli Stati Uniti e le origini della Comunità Economica Europea, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 339–350
Nordmann, Th.: Histoire des radicaux 1820–1973, Paris 1974
Nuti, Leopoldo: Le rôle de l'Italie dans les négociations trilatérales 1957–1958, in: Revue d'Histoire Diplomatique 104 (1990), S. 133–158
O'Neill, Francis: The French Radical Party and European Integration, Farnborough 1981
Oppermann, Thomas: Einleitung, in: Hallstein, Europäische Reden, S. 15–30
Overesch, Manfred: Ein neutralisiertes Gesamtdeutschland? Konzeptionen deutscher Außenpolitik zu Beginn der fünfziger Jahre, in: Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht, S. 27–42
Paravicini, Werner (Hg.): Das Deutsche Historische Institut Paris. Festgabe aus Anlaß der Eröffnung seines neuen Gebäudes, des Hôtel Duret de Chevry, Sigmaringen 1994
Paterson, Thomas G.: Fixation with Cuba: The Bay of Pigs, Missile Crisis, and Covert War Against Fidel Castro, in: ders. (Hg.), Kennedy's Quest, S. 123–155
Ders. (Hg.): Kennedy's Quest for Victory. American Foreign Policy, 1961–1963, New York – Oxford 1989
Paterson, William E.: The SPD and European Integration, Glasgow 1974
Patz, Günther: Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik: Fallstudien zur politischen Be-

deutung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Meisenheim am Glan 1976
Pautsch, Ilse Dorothee: Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage, in: Blasius (Hg.), Adenauer, S. 118–153
Pedlow, Gregory W.: Allied Crisis Management for Berlin: The LIVE OAK Organization, 1959–1963, in: William W. Epley (Hg.), International Cold War Military Records and History, Washington 1996, S. 87–116
Ders.: Flexible Response before MC 14/3: General Lauris Norstad and the second Berlin Crises 1958–1962, in: Storia delle relazioni internazionali 13 (1998), S. 235–268
Pautsch, Ilse Dorothee: Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage, in: Blasius (Hg.), Adenauer, S. 118–153
Pérouse, Maurice: La mise en oeuvre des conclusions du Comité Rueff, in: 1958 La faillite ou le miracle, S. 35–48
Peter, Thomas: Abschrecken und Überleben im Nuklearzeitalter. Präsident Eisenhowers Sicherheitspolitik des „New Look", Grüsch 1990
Pfetsch, Frank R.: Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945, in: Französische Deutschlandpolitik, S. 115–137
Picht, Robert (Hg.): Das Bündnis im Bündnis. Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982
Ders. (Hg.): Deutschland, Frankreich, Europa. Bilanz einer schwierigen Partnerschaft, München – Zürich 1978
Ders.: Die Fremdheit des Partners: genügen die kulturellen Beziehungen, in: ders. (Hg.), Bündnis, S. 193–219
Ders.: De Gaulle und die deutsche Jugend, in: Loth/ders. (Hg.), De Gaulle, S. 193–202
Ders./Wessels, Wolfgang (Hg.): Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration, Bonn 1990
Piontkowitz, Heribert: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978
Pistone, Sergio: Il ruolo di Altiero Spinelli nella genesi dell'art. 38 della Comunità Europea di Difesa e del progetto di Comunità Politica Europea, in: Trausch (Hg.), Europäische Integration, S. 393–413
Plum, Jacqueline: Jugend und deutsch-französische Verständigung. Die Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages und die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, in: FRANCIA 26/3 (1999), S. 77–108
Pöttering, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Düsseldorf 1975
Pohlmann, Ulrich: Die Saarfrage und die Alliierten 1942–1948, Frankfurt am Main u. a. 1993
Poidevin, Raymond: Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf/Schröder (Hg.), Deutschlandpolitik, S. 15–25
Ders.: Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33 (1985), S. 406–419
Ders.: La France et le charbon allemand au lendemain de la deuxième guerre mondiale, in: Relations internationales (1985), H. 44, S. 365–377
Ders.: La France devant le danger allemand (1944–1952), in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln – Wien 1985, S. 253–267
Ders.: La France et le problème du relèvement économique de l'Allemagne en 1947, in: Manfrass/Rioux (Hg.), France-Allemagne 1944–1947, S. 201–213
Ders.: Frankreich und die Deutsche Frage 1943–1949, in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.), Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981, München 1983, S. 405–420
Ders.: Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Som-

mer 1951 bis Sommer 1953), in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 101–124
Ders.: Frankreich und die Ruhrfrage 1945–1951, in: HZ 228 (1979), S. 317–334
Ders.: De Gaulle et l'Europe en 1958, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 79–87
Ders.: Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Freiburg – Würzburg 1985
Ders. (Hg.): Histoire des débuts de la construction européenne (Mars 1948-Mai 1950), Origins of the European integration (March 1948-May 1950). Actes du colloque de Strasbourg 28–30 Novembre 1984, Brüssel u. a. 1986
Ders.: René Mayer et la politique extérieure de la France (1943–1953), in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale 34 (1984) H.134, S. 73–97
Ders.: Le rôle personnel de Robert Schuman dans les négociations C.E.C.A. (juin 1950-avril 1951), in: Schwabe (Hg.), Anfänge, S. 105–115
Ders.: La question de la Sarre entre la France et l'Allemagne en 1952: quelques aspects de la ‚bataille diplomatique', in: Saul Friedländer/Harish Kapur/André Reszler (Hg.), L'historien et les relations internationales. Recueil d'études en hommage à J. Freymond, Genf 1981, S. 387–396
Ders.: Robert Schuman. Homme d'État 1886–1963, Paris 1986
Ders.: Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung, München 1976
Ders.: Robert Schuman et la Sarre (1948–1952), in: Hudemann/ders. (Hg.), Saar, S. 35–48
Ders.: Die Vernunftehe 1945–1975, in: ders./Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 421–463
Ders./Bariéty, Jacques: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982
Pommerin, Reiner: La France, l'Allemagne et l'OTAN, in: Vaïsse/Mélandri/Bozo (Hg.), La France et l'OTAN, S. 267–284
Pondaven, Philippe: Le parlement et la politique extérieure sous la IVe République, Paris 1973
Priebe, Hermann: Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt, 3., durchgeseh. u. aktualisierte Aufl., Berlin 1985
Prowe, Diethelm: Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961, in: VfZ 33 (1985), S. 373–383
Pryce, Roy (Hg.): The Dynamics of European Union, London – New York – Sydney 1987
Quilliot, Roger: La S.F.I.O. et l'exercice du pouvoir 1944–1958, Paris 1972
Ramonat, Wolfgang: Rationalist und Wegbereiter: Walter Hallstein, in: Jansen/Mahncke (Hg.), Persönlichkeiten, S. 337–378
Rautenberg, Hans-Jürgen/Wiggershaus, Norbert: Die „Himmeroder Denkschrift" vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 21 (1977), S. 135–206
du Réau, Elisabeth: Pierre Mendès France, la création de l'Union européenne occidentale (UEO) et son devenir, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 25–38
Rémond, René: Frankreich im 20. Jahrhundert, 2 Bde., Stuttgart 1994 u. 1995
Ders.: 1958. Le retour de De Gaulle, Paris 1983
Repgen, Konrad: Die Saar-Frage im Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschland 1950–1955. Über die Verschränkung von Innen- und Außenpolitischem in der Politik Konrad Adenauers, in: Urs Altermatt/ Judit Garamvölgyit (Hg.), Innen- und Außenpolitik, Primat oder Interdependenz. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Hofer, Bern – Stuttgart 1980, S. 87–125
Reuss, Peter Matthias: Die Mission Hausenstein (1950–1955). Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Sinzheim 1995

Rhenter, Roger: Implications de la politique de défense dans les domaines de l'industrie aéronautique et de l'espace, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 160–163
Rideau, Joël/Gerbet, Pierre/Torrelli, Maurice/Chevallier, Roger-Michel (Hg.): La France et les Communautés européennes, Paris 1975
Rieben, Henri: Des guerres européennes à l'union de l'Europe, hg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1987
Riecke, Henning: Die Bundesrepublik Deutschland als Nichtkernwaffenstaat. Der Einfluß der Alliierten Vorbehaltsrechte auf den Bonner Kernwaffenverzicht, in: Haftendorn/ders. (Hg.), „... die volle Macht", S. 187–226
Riemenschneider, Rainer: Die Geschichte Frankreichs und die Bundesrepublik Deutschland in Schulbüchern beider Länder: eine Geschichte, die nicht stattfindet, in: Manfrass (Hg.), Paris-Bonn, S. 77–83
Ders.: Verständigung und Verstehen. Ein halbes Jahrhundert deutsch-französischer Schulbuchgespräche, in: Dokumente 46 (1990), S. 400–407
Rimbaud, Christiane: Pinay, Paris 1990
Riondel, Bruno: Maurice Faure et la négociation des traités de Rome, in: Girault/Bossuat (Hg.), Europe brisée, S. 437–364
Rioux, Jean-Pierre: La France de la Quatrième République, 2 Bde., Paris 1980 u. 1983
Rocard, Yves: La naissance de la bombe atomique française, in: La Recherche 14 (1983) H.141, S. 198–208
Roesler, Jörg: Die wirtschaftliche Rückgliederung der Saar. Erwartungen, Enttäuschungen, Entwicklungen, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 445–464
Rosenberg, David A.: The Origins of Overkill: Nuclear Weapons and American Strategy, 1945–1960, in: Steven E. Miller (Hg.), Strategy and Nuclear Deterrence. An International Security Reader, Princeton 1984, S. 131–181
Rothwell, Victor: Anthony Eden. A political biography 1931–1957, Manchester – New York 1992
Rouanet, Pierre: Mendès France au pouvoir (18 juin 1954 – 6 février 1955), Paris 1965
Roubinski, Youri: Pierre Mendès France vu par l'URSS, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 171–176
Rouche, Geneviève: Le Quai d'Orsay face au problème de la souveraineté allemande. La conjonction des Accords de Bonn et de Paris des 26 et 27 mai 1952, in: Revue d'Histoire Diplomatique (104) 1990, S. 37–55
Rouget, Werner: Schwierige Nachbarschaft am Rhein (Frankreich-Deutschland), hg. von Joachim Bitterlich u. Ernst Weisenfeld, Bonn 1998
Roussel, Eric: Jean Monnet 1888–1979, Paris 1996
Ders.: Georges Pompidou, Paris 1984
Rovan, Joseph: Zwei Völker – eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, München – Zürich 1986
Ruge-Schatz, Angelika: Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Frankfurt am Main – Bern – Las Vegas 1977
Rupieper, Hermann-Josef: Gipfeldiplomatie 1955. Dwight D. Eisenhower und Georgij Schukow über europäische Sicherheit und deutsche Frage, in: Steininger u.a. (Hg.), Doppelte Eindämmung, S. 213–232
Ders.: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Wiesbaden 1991
Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den frühen fünfziger Jahren, Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD, Köln ²1980
Sander, Michael: Die Verfassung des Saarlandes: Politische Planung und politischer Erfolg Frankreichs, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 237–252
Santiard, Emile: Les diplomates français en 1946: le problème soviétique au coeur de la déchirure, in: Revue d'Histoire Diplomatique 110 (1996), S. 141–156

Sattler, Martin: Der deutsch-französische Zusammenarbeitsvertrag. Eine Untersuchung zur Vertragsmacht des Bundes und der Länder, Meisenheim am Glan 1976

Sauder, Axel: Bündnisverteidigung und Deutschlandpolitik. Die Doppelfunktion der französischen Truppen in Deutschland, in: Haftendorn/Riecke (Hg.), „... die volle Macht", S. 159–185

Schaeffer, Patrick J.: Recherche sur l'attitude de la S.F.I.O à l'égard de l'unification européenne (1947–1954), in: Travaux et Recherches 5 (1973/2), S. 107–129

Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983

Dies. (Hg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977

Scheffler, Thomas: Die SPD und der Algerienkrieg (1954–1962), Berlin 1995

Scheinman, Lawrence: Atomic energy policy in France under the Fourth Republic, Princeton 1965

Schertz, Adrian W.: Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln – Weimar – Wien 1992

Schieder, Theodor (Hg.): Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 7, Stuttgart 1979

Schlarp, Karl-Heinz: Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955. Karl Georg Pfleiderer und die „Deutsche Frage", in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 211–248

Schmidt, Gustav (Hg.): Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft: Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika, 1955–1963, Bochum 1995

Ders.: Die politischen und sicherheitspolitischen Dimensionen der britischen Europapolitik 1955/56–1963/64, in: ders. (Hg.), Großbritannien und Europa, S. 169–252

Ders. (Hg.): Großbritannien und Europa – Großbritannien in Europa. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Bochum ^{2}1992

Ders.: Test of Strength: The United States, Germany, and de Gaulle's „No" to Britain in Europe, 1958–1963, in: ders. (Hg.), Bündnissicherung, S. 281–348

Schmidt, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957, 3 Bde., Berlin 1959–1962

Schmitt, Burkard: Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966, München 1998

Schmitz, Kurt Thomas: Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978

Schneider, Dieter Marc: Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945–1955, in: Martens (Hg.), „Erbfeind", S. 201–243

Schöllgen, Gregor: „Kontrollierte Abrüstung". Konrad Adenauer, der Kalte Krieg und die Entspannungspolitik, in: ders., Stationen deutscher Außenpolitik. Von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, 2., aktualisierte Aufl., München 1994, S. 125–147

Ders.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999

Ders.: Außenpolitik als Ziel und Methode. Zum Stellenwert der auswärtigen Beziehungen in der Ära Adenauer, in: Doering-Manteuffel (Hg.), Adenauerzeit, S. 86–96

Schoenbaum, David: „Ein Abgrund von Landesverrat". Die Affäre um den „Spiegel", Wien – München – Zürich 1968

Schoeps, Joachim (Hg.): Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß, Reinbek bei Hamburg 1983

Schreiner, Reinhard: Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt am Main – Bern – New York 1985

Schröder, Holger: Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950–1957, Frankfurt am Main u.a. 1994
Schütze, Günter: Frankreichs Vorschläge zur europäischen Sicherheit und zur Lösung der Berlin-Krise, in: EA 1959, S. 336–348
Schütze, Walter: Die französische Atombewaffnung im Spiegel der parlamentarischen Debatten, in: EA 1961, S. 207–218
Schulz, Matthias: Die politische Freundschaft Jean Monnet - Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die ‚Präambel' zum Elysée-Vertrag von 1963, in: Wilkens (Hg.), Interessen verbinden, S. 299–327
Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist. Dokumentation einer internationalen Fachtagung im Kurt-Schumacher-Bildungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel vom 6. bis 8. März 1987, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Bildung, Bonn 1988
Schumacher, Winfried: Konrad Adenauer und die Saar, in: Hudemann/Poidevin (Hg.), Saar, S. 49–74
Schuman, Robert: Le ministre des Affaires étrangères, in: Affaires Etrangères, S. 11–20
Schunck, Peter: De Gaulle und seine deutschen Nachbarn bis zur Begegnung mit Adenauer, in: Loth/Picht (Hg.), De Gaulle, S. 21–43
Schwabe, Klaus (Hg.): Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Beiträge des Kolloquiums in Aachen, 28. bis 30. Mai 1986, Baden-Baden 1988
Ders.: „Ein Akt konstruktiver Staatskunst". Die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: ders. (Hg.), Anfänge, S. 211–239
Schwartz, Thomas Alan: Die Atlantikbrücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main – Berlin 1992
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer, 2 Bde., Stuttgart 1986 u. 1991
Ders.: Adenauer und Europa, in: VfZ 27 (1979), S. 471–523
Ders. (Hg.): Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, Bonn 1985
Ders.: Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ 37 (1989), S. 567–593
Ders. (Hg.): Konrad Adenauers Regierungsstil, Bonn 1991
Ders.: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart – Wiesbaden 1983
Ders.: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart – Wiesbaden 1981
Ders.: Begegnungen an der Seine. Deutsche Kanzler in Paris, Zürich 1993
Ders.: Berlinkrise und Mauerbau, in: ders. (Hg.), Berlinkrise und Mauerbau, Bonn 1985, S. 11–34
Ders. (Hg.): Eine Entente élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages, Mit einer Dokumentation von Ingo Kolboom, erw. Neuauflage, Bonn 1990
Ders. (Hg.): Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, Stuttgart – Zürich 1979
Ders.: Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich, Bonn – Berlin 1992
Ders: Gedenkrede, in: Gedenkfeier für Staatssekretär Walter Hallstein zum 90. Geburtstag, hg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1991, S. 9–36
Ders.: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien I, S. 71–108
Ders. (Hg.): Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart 1982
Ders.: Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages, in: Loth/Picht (Hg.), De Gaulle, S. 169–179
Ders.: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2., erw. Aufl., Stuttgart 1980

Ders.: Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, in: ders. (Hg.), Entspannung, S. 7–54
Schwarz, Jürgen: Grundzüge der Ostpolitik de Gaulles insbesondere in den Jahren 1958 bis 1963, in: Morsey/Repgen (Hg.), Adenauer-Studien III, S. 92–115
Schweizer, Cyril: Le gouvernement italien et le projet d'une politique de l'Europe, 1961–1962, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 231–242
Schwengler, Walter: Der doppelte Anspruch: Souveränität und Sicherheit. Zur Entwicklung des völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1955, in: Abelshauser/ders., Wirtschaft, S. 187–566
Seifert, Jürgen (Hg.): Die Spiegel-Affäre, 2 Bde., Olten - Freiburg i. Br. 1966
Selvage, Douglas: The End of the Berlin Crisis, 1961–62. New Evidence from the Polish and East German Archives, in: Cold War International History Project Bulletin 11 (1998), S. 218–229
Ders.: Krushchev's November 1958 Berlin Ultimatum: New Evidence from the Polish Archives, in: Cold War International History Project Bulletin 11 (1998), S. 200–203
Serfaty, Simon: France, de Gaulle, and Europe: The policy of the fourth and the fifth republics toward the continent, Baltimore 1968
Serra, Enrico (Hg.): Il rilancio dell'Europa e i Trattati di Roma. Actes du colloque de Rome 25–28 Mars 1987, Brüssel u. a. 1989
Siebenmorgen, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990
Silj, Alessandro: Europe's political puzzle. A study of the Fouchet Negotiations and the 1963 veto, Cambridge 1967
Simonian, Haig: The privileged partnership. Franco-German Relations in the European Community 1969–1984, Oxford 1985
Slusser, Robert M.: The Berlin Crisis of 1961. Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June-November 1961, Baltimore – London 1973
Sorensen, Theodore: Kennedy, München 1966
Soubeyrol, Jacques: Le Général de Gaulle et l'Otan, in: Etudes gaulliennes 3 (1975), S. 137–147
Soutou, Georges-Henri: Les accords de 1957 et 1958: vers une communauté stratégique et nucléaire entre la France, l'Allemagne et l'Italie, in: Vaïsse (Hg.) La France et l'Atome, S. 123–162
Ders.: L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996, Paris 1996
Ders.: Georges Bidault et la construction européenne 1944–1954, in: Revue d'Histoire Diplomatique 105 (1991), S. 267–306
Ders.: La France, l'Allemagne et les accords de Paris, in: Relations Internationales (1987), H. 52, S. 451–470
Ders.: La France et les notes soviétiques de 1952 sur l'Allemagne, in: Revue d'Allemagne 20 (1988), S. 261–273
Ders.: France and the German Rearmement Problem 1945–1955, in: R. Ahmann/A. Birke/M. Howard (Hg.), The quest for stability. Problems of West European security 1918–1957, Oxford 1993, S. 487–512
Ders.: Spielte Frankreich zwischen 1944/45 mit dem Gedanken an einen Anschluß des Saarlandes?, in: Weilemann/Küsters/Buchstab (Hg.), Macht, S. 225–235
Ders.: De Gaulle, Adenauer und die gemeinsame Front gegen die amerikanische Nuklearstrategie, in: Hansen/Schreiber/Wegner (Hg.), Politischer Wandel, S. 491–518
Ders.: Le Général de Gaulle et le plan Fouchet, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5, S. 126–143
Ders.: Pierre Mendès France et l'Union soviétique, 1954–1955, in: Girault (Hg.), Pierre Mendès France, S. 177–205
ders.: La place de l'URSS dans la politique allemande de la France 1943–1969, in: Christian Baechler/Klaus-Jürgen Müller (Hg.), Les tiers dans les relations franco-allemandes. Dritte in den deutsch-französischen Beziehungen, München 1996, S. 45–62

Ders.: La politique française à l'égard de la Rhénanie 1944–1947, in: Hüttenberger/Molitor (Hg.), Franzosen und Deutsche, S. 47–66
Ders.: La politique nucléaire de Pierre Mendès France, in: Relations internationales (1989), H.59, S. 317–330
Ders.: Les problèmes de sécurité dans les rapports franco-allemands de 1956 à 1963, in: Relations internationales (1989), H.58, S. 227–251
Spierenburg, Dirk/Poidevin, Raymond: Histoire de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Une expérience supranationale, Brüssel 1993
Steiner, André: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Hartmut Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 233–268
Steinert, Marlis G.: Die Europäisierung der Saar: Eine echte Alternative?, in: Hudemann/Jellonnek/Rauls (Hg.), Grenz-Fall, S. 63–79
Dies.: Un saut dans l'inconnu: La République fédérale d'Allemagne face au plan Schuman, de la déclaration du 9 mai 1950 à la signature du 18 avril 1951, in: Relations internationales (1975), S. 155–178
Steinhoff, Johannes/Pommerin, Reiner: Strategiewechsel: Nuklearstrategie in der Ära Adenauer-Kennedy, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1992
Steininger, Rolf: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985
Ders.: Ein vereintes unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 36 (1984), S. 105–144
Ders.: 1961. „Europe at Sixes and Sevens". Die EFTA und Großbritanniens Entscheidung für die EWG, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 80 (1993), S. 4–29
Ders.: Deutsche Frage und Berliner Konferenz 1954, in: Wolfgang Venohr (Hg.), Ein Deutschland wird es sein, Erlangen – Bonn – Wien 1990, S. 36–88
Ders.: Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt am Main 1983
Ders.: Das Scheitern der EVG und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1985), B17, S. 3–18
Ders.: Zwischen Pariser Verträgen und Genfer Gipfelkonferenz: Großbritannien und die deutsche Frage 1955, in: ders. u. a. (Hg.), Doppelte Eindämmung, S. 177–211
Ders.: Wiederbewaffnung. Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag, Adenauer und die Westmächte 1950, Erlangen – Bonn – Wien 1989
Ders./Weber, Jürgen/Bischof, Günter/Albrich, Thomas/Eisterer, Klaus (Hg.): Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern, München 1993
Stelandre, Yves: La Belgique et le plan Fouchet, in: Revue d'Allemagne 29 (1997), S. 221–230
Ders.: Les pays du Benelux, l'Europe politique et les négociations Fouchet (26 juin1959–17 avril 1962), in: Journal of European Integration History 2 (1996), H.2, S. 21–38
Stent, Angela: Wandel durch Handel? Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Köln 1983
Stirtz, Maria: Heinrich von Brentano di Tremezzo. Seine Herkunft, sein Leben und Wirken für Europa, Darmstadt 1970
Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, 4., völlig überarb. u. wesentl. erw. Aufl., Wien – Köln – Graz 1998
Strukturprobleme der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Referate und Diskussionen des III. Deutsch-französischen Kolloquiums in Ludwigsburg vom 17. bis 19. Oktober 1975, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg 1976

Sturm, Margarete: Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954, in: Allemagnes d'aujourd'hui (1983), H.84, S. 9–22
Süskind, W.E. (Hg.): Festgabe für Wilhelm Hausenstein zum 70. Geburtstag, 17. Juni 1952, München 1952
Sulzer, Dieter: Der Nachlaß Wilhelm Hausenstein, Ein Bericht. Mit einem unveröffentlichten Essay, Briefen und einer Erinnerung von Paul Frank, Marbach am Neckar 1982
Tatu, Michel: Außenpolitik zwischen Ost und West, in: Picht (Hg.), Bündnis, S. 69–92
Tellier, Thibault: La contribution politique de Paul Reynaud aux grands débats nationaux de 1945 à 1966, in: FRANCIA 23/3 (1996), S. 93–111
Terrenoire, Louis: Die „Revisionsklausel". Probezeit und Zukunftsaussichten, in: Karlheinz Neunreither (Hg.), Die Politische Union, Köln – Opladen 1965, S. 67–82
Thorpe, D.R.: Selwyn Lloyd, London 1989
Thoß, Bruno: Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954–1956), in: Ehlert u.a., NATO-Option, S. 1–234
Ders.: Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57, in: Heinemann (Hg.), Krisenjahr, S. 573–588
Ders.: Die Lösung der Saarfrage 1954/55, in: VfZ 38 (1990), S. 225–288
Ders.: Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/1955, in: ders./Volkmann (Hg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, S. 93–136
Ders./Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956, Boppard am Rhein 1988
Timmermann, Heiner (Hg.): Deutschland und Europa nach dem 2. Weltkrieg. Entwicklungen, Verflechtungen, Konflikte, Saarbrücken 1990
Touchard, Jean: La gauche en France depuis 1900, Paris 1977
Tournoux, J.-R.: La tragédie du Général, Paris 1967
Tratt, Jacqueline: The Macmillan Government and Europe. A Study in the Process of Policy Development, Basingstoke – London 1996
Trausch, Gilbert (Hg.): Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge, Beiträge des Kolloquiums in Luxemburg 17.–19. Mai 1989, Baden-Baden u.a. 1993
Ders.: Le Luxembourg face aux Traités de Rome. La stratégie d'un petit Pays, in: Serra (Hg.), Rilancio, S. 423–459
Ders.: Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes, in: Hudemann/Kaelble/Schwabe (Hg.), Europa, S. 105–128
Trouillet, Bernard: Das deutsch-französische Verhältnis im Spiegel von Kultur und Sprache, Weinheim – Basel 1981
Tuschhoff, Christian: Die MC 70 und die Einführung Nuklearer Trägersysteme in die Bundeswehr 1956–1959 (Nuclear History Program Arbeitspapier), Ebenhausen 1990
Ulam, Adam B.: Expansion and Coexistence. Soviet Foreign Policy, 1917–73, New York – Washington ^{2}1974
Vaillant, Jérôme: Einführung in die kulturellen Aspekte der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, in: Institut Français de Stuttgart (Hg.), Deutschlandpolitik, S. 61–67
Ders. (Hg.): Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984
Vaïsse, Maurice: Georges Bidault, in: Politique étrangère, Nouvelle série 51 (1986), S. 75–83
Ders.: La choix atomique de La France (1945–1958), in: ders. (Hg.), La France et l'Atome, S. 41–57
Ders.: La coopération nucléaire en Europe (1955–1958), in: Dumoulin/Guillen/ders. (Hg.), L'énergie nucléaire, S. 99–110
Ders. (Hg.): L'Europe et la crise de Cuba, Paris 1993

Ders.: La filière sans issue: l'histoire du premier sous-marin atomique français, 1954–1959, in: ders. (Hg.) La France et l'Atome, S. 101–121
Ders. (Hg.): La France et l'Atome. Etudes d'histoire nucléaire, Brüssel 1994
Ders.: France and the Suez Crisis, in: Louis/Owen (Hg.), Suez 1956, S. 131–143
Ders.: La France et le traité de Moscou (1957–1963), in: Revue d'Histoire Diplomatique 107 (1993), S. 41–53
Ders.: De Gaulle et la première „candidature" britannique au marché commun, in: Revue d'Histoire Diplomatique 108 (1994), S. 129–150
Ders.: De Gaulle, l'Italie et le projet d'union politique européenne, 1958–1963. Chronique d'un échec annoncé, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 42 (1995), H.4, S. 658–669
Ders.: La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1963, Paris 1998
Ders.: Une hirondelle ne fait pas printemps. La France et la crise de Cuba, in: ders. (Hg.), L'Europe, S. 89–107
Ders.: Aux origines du mémorandum de septembre 1958, in: Relations internationales (1989), H.58, S. 253–268
Ders.: Le poids de la guerre d'Algérie dans la politique extérieure de la France, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 6, S. 115–120
Ders.: La politique française à l'égard de l'OTAN (1956–1958). Continuité ou rupture?, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 4, S. 71–83
Ders./Mélandri, Pierre/Bozo, Frédéric (Hg.): La France et l'OTAN 1949–1996. Actes du colloque tenu à l'Ecole militaire, 8, 9 et 10 février 1996, à Paris, Paris 1996
Vernant, Jacques: L'économie française devant la C.E.D., in: Aron/Lerner (Hg.), Querelle, S. 109–126
Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1975
Vial, Philippe: Jean Monnet. Un père pour la CED?, in: Girault/Bossuat (Hg.), Europe brisée, S. 197–262
Viansson-Ponté, Pierre: Histoire de la République Gaullienne, 2 Bde., Paris 1970 u. 1971
Volkmann, Hans-Erich: Der DGB, Adenauer und der Schuman-Plan, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 223–246
Ders.: Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase, in: Köllner u. a., EVG-Phase, S. 235–604
Ders.: Gustav W. Heinemann und Konrad Adenauer. Anatomie und politische Dimension eines Zerwürfnisses, in: GWU 38 (1987), S. 10–32
Ders./Schwengler, Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung, Boppard am Rhein 1985
Wagner, Dietrich: FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1955, Boppard am Rhein 1978
Wagner, Wolfgang: Die Bundespräsidentenwahl 1959, Mainz 1972
Wall, Irwin M.: Les relations franco-américaines et la guerre d'Algérie 1956–1960, in: Revue d'Histoire Diplomatique 110 (1996), S. 63–89
Ders.: The United States, Algeria, and the Fall of the Fourth French Republic, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 489–511
Wallace, William: Walter Hallstein – Aus britischer Sicht, in: Loth/Wallace/Wessels (Hg.), Walter Hallstein, S. 225–246
Wampler, Robert A.: Die USA, Adenauer und die atomare Strategie der NATO, in: Steininger u. a. (Hg.), Doppelte Eindämmung, S. 261–282
Wandel, Eckhard: Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974
Warner, Geoffrey: La Grande-Bretagne et la crise de Diên Biên Phu. L'échec de l'Action unifiée, in: Artaud/Kaplan (Hg.), Diên Biên Phu, S. 233–260

Wassmund, Hans: Kontinuität im Wandel. Bestimmungsfaktoren sowjetischer Deutschlandpolitik in der Nach-Stalin-Zeit, Köln – Wien 1974
Watt, Donald C.: Die Konservative Regierung und die EVG 1951–1954, in: Volkmann/Schwengler (Hg.), Verteidigungsgemeinschaft, S. 81–99
Weber, Jürgen (Hg.): Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand, München 1989
Weber, Petra: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie, München 1996
Wehner, Gerd: Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, Freiburg i. Br. 1994
Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976
Weilemann, Peter: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957, Baden-Baden 1983
Ders./Küsters, Hanns Jürgen/Buchstab, Günter (Hg.): Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn u.a. 1999
Weisenfeld, Ernst: Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986
Ders.: Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart, 3., völlig neubearb. u. aktualisierte Aufl., München 1997
Ders.: Charles de Gaulle. Der Magier im Elysee, München 1990
Wengst, Udo: Thomas Dehler (1897–1967). Eine politische Biographie, München 1997
Ders., Udo: Thomas Dehler und der Elysée-Vertrag, in: Weilemann/Küsters/Buchstab (Hg.), Macht, S. 237–242
Werner, Karl Ferdinand: Aktualität des Vergangenen – Geschichte der Gegenwart. 10 Jahrhunderte Deutschland und Frankreich, in: Dokumente, Sonderheft Februar 1984, S. 11–27
Ders.: Deutsch-französische Nachbarschaft. Eine historische Besinnung, in: Frankreich und Deutschland, S. 9–32
Wettig, Gerhard: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. Die Hypothese des Wiedervereinigungsangebots, in: Deutschland-Archiv 26 (1993), S. 786–805
Ders.: Entmilitärisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967
White, Theodore, H.: The Making of the President 1960, New York 1961
Wiggershaus, Norbert: Aspekte westdeutscher Bedrohungsperzeptionen 1946–1959. Wahrnehmungen durch Adenauer und die militärischen Verantwortlichen, in: Knipping/Müller (Hg.), Ohnmacht, S. 169–200
Ders.: Bedrohungsvorstellungen Bundeskanzler Adenauers nach Ausbruch des Korea-Krieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 25 (1979), S. 79–122
Ders.: Effizienz und Kontrolle. Zum Problem einer militärischen Integration Westdeutschlands bis zum Scheitern des EVG-Vertragswerkes, in: Herbst (Hg.), Westdeutschland, S. 253–265
Ders.: Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag 1950, in: Foerster u.a., Kapitulation, S. 325–402
Ders.: Zur Frage einer militärischen Integration Westdeutschlands (bis Mai 1950), in: Poidevin (Hg.), Histoire, S. 343–366
Ders.: Zum Problem einer militärischen Integration Westdeutschlands, in: ders./Foerster (Hg.), Sicherheitsgemeinschaft, S. 311–341
Ders./Foerster, Roland G. (Hg.): Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948–1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz, Boppard am Rhein 1988
Wilkens, Andreas: Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische

Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945–1950), in: Historische Mitteilungen 4 (1991), S. 1–21
Ders. (Hg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999
Ders.: Jean Monnet, Konrad Adenauer und die deutsche Europapolitik: Konvergenz und Dissonanzen (1950–1957), in: ders. (Hg.), Interessen verbinden, S. 73–139
Ders.: Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990
Ders.: Neuordnung Europas? Die Nachkriegsplanungen im „Comité Français de Libération Nationale" 1943/1944, in: Thomas Höpel/Dieter Tiemann (Hg.), 1945 – 50 Jahre danach. Aspekte und Perspektiven im deutsch-französischen Beziehungsfeld, Leipzig 1996, S. 81–93
Ders.: Das Programm von La Celle-St.-Cloud. Der Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1954–1957, in: Revue d'Allemagne 25 (1994), S. 565–580
Ders.: Verständigung von Wirtschaft zu Wirtschaft. Interessenausgleich zwischen deutscher und französischer Industrie 1947–1955, in: ders. (Hg.), Wirtschaftsbeziehungen, S. 189–223
Ders. (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960. Kolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris 8.–10. Dezember 1994, Sigmaringen 1997
Wilker, Lothar: Die Sicherheitspolitik der SPD 1956–1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn-Bad-Godesberg 1977
Willis, F. Roy: France, Germany and the new Europe, 1945–1963, 2., erw. Aufl., Stanford – London 1968
Ders.: The French in Germany 1945–1949, Stanford 1962
Willmann, Joachim: Die Kennedy-Runde im Spannungsfeld amerikanischer und europäischer Interessen, in: EA 1964, S. 663–672
Winand, Pascaline: Eisenhower, Kennedy, and the United States of Europe, New York 1993
Winock, Michel: De Gaulle and the Algerian Crisis, 1958–1962, in: Gough/Horne (Hg.), De Gaulle, S. 71–82
Wintzen, René: L'influence de personnalités, d'institutions et d'initiatives privées sur la politique culturelle française en Allemagne après 1945, in: Knipping/Le Rider (hg.), Kulturpolitik, S. 335–346
Wirsching, Andreas: Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen, in: GWU 47 (1996), S. 209–224
Wohlstetter, Albert: Über die Teilnahme an der nuklearen Rüstung, in: EA 1961, S. 265–281 u. 314–328
Wolfrum, Edgar: Das französische Besatzungsarchiv in Colmar. Quelle neuer Einsichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte 1945–1955, in: GWU 40 (1989), S. 84–90
Ders.: Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: GWU 46 (1995), S. 567–582
Ders.: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone" bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Düsseldorf 1991
Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt am Main – Bern – Las Vegas 1979
Ders.: (Hg.): Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration 1945–1960, Oxford – Washington 1995
Ders.: Großbritannien, Westeuropa und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1951, in: Schmidt (Hg.), Großbritannien, S. 57–88
Young, John W.: Britain and European Unity, 1945–1992, Basingstoke – London 1993
Ders.: Churchill, the Russians and the Western Alliance: the three-power conference at Bermuda, December 1953, in: English Historical Review 101 (1986), S. 889–912

Ders.: France, the Cold War and the Western Alliance, 1944–1949: French foreign policy and post-war Europe, Leicester 1990
Ders.: The Schuman Plan and British Association, in: ders. (Hg.), The Foreign Policy of Churchill's Peacetime Administration 1951–1955, Leicester 1988, S. 109–134
Zauner, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994
Ziebura, Gilbert: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, Überarb. u. aktual. Neuausgabe, Stuttgart 1997
Zimmermann, Detlev: Frankreich und die Suezkrise 1956, in: Heinemann (Hg.), Krisenjahr, S. 395–420

VIII. Abkürzungsverzeichnis

a.	auch
AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
A-Bombe	Atombombe
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung
a.D.	außer Dienst
AdG	Keesings's Archiv der Gegenwart
AdL	Archiv des deutschen Liberalismus
ADM	Archives Départementales de la Moselle
AsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
AFP	Agence France Presse
AHK	Alliierte Hohe Kommission/Alliierte Hohe Kommissare
AMAE	Archives du Ministère des Affaires Etrangères
AN	Archives Nationales
Ang.	Angabe
Anm.	Anmerkung
AP/A.P.	Associated Press
ARS	Action Républicaine et Socialiste
art./Art.	article/Artikel
Ass. Nat.	Assemblée Nationale
Az./AZ	Aktenzeichen
BA	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
BDC	Berlin-Document-Center
Bd./Bde.	Band/Bände
BDFD	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
bearb./Bearb.	bearbeitet/Bearbeiter

Benelux/BENELUX	Belgien Niederlande Luxemburg
bes.	besonders
betr./Betr.	betrifft/Betreff
BGBl	Bundesgesetzblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Bl.	Blatt
BM	Bundesministerium
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStS	Büro Staatssekretäre
BT	Bundestag
Bulletin	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
ca.	circa
CBS	Columbia Broadcasting System
CDU/C.D.U.	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CdR	Conseil de la République
CECA/C.E.C.A.	Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier
CED/C.E.D.	Communauté Européenne de Défense
CEE	Communauté Economique Européenne
CIA	Central Intelligence Agency
CNPF	Conseil National du Patronat Français
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CVP	Christliche Volkspartei
D 1/D 2/D 5	Leiter der Abteilungen 1, 2, 5 im Auswärtigen Amt
dass./dens./ders./dies.	dasselbe/denselben/derselbe/dieselbe
DBPO	Documents on British Policy Overseas
DC	Democrazia Cristiana
DDF	Documents Diplomatiques Français
DDR/D.D.R.	Deutsche Demokratische Republik
Déb. parl.	Débats parlementaires
DE-CE	Direction des Affaires économiques et financières, Service de coopération économique
Dep.	Department
DfAA	Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d.h.	das heißt
DHI	Deutsches Historisches Institut
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
Diss.	Dissertation
d.J.	des Jahres
DKBL	Deutsche Kohlenbergbauleitung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei

DLA	Deutsches Literaturarchiv
DM/D.M./D-Mark	Deutsche Mark
Doc. parl.	Documents parlementaires
Dok.	Dokument
DP	Deutsche Partei
DPA	Deutsche Presseagentur
DPMF	Documents Pierre Mendès France
DPS	Demokratische Partei Saar
DSP	Deutsche Sozialdemokratische Partei Saar
durchgeseh.	durchgesehene
DV	Demokratische Volkspartei (Saar)
DVP	Deutsche Volkspartei
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EA	Europa-Archiv
ebd.	ebenda
E.D.C.	European Defence Community
EFTA	European Free Trade Association
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
erg.	ergänzt, -e
ERP	European Recovery Program
erw.	erweitert, -e
etc.	et cetera
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
e.V.	eingetragener Verein
EVG/E.V.G.	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgend, -e
FDP/F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FF	französische Francs
FHZ	Freihandelszone
FJM	Fondation Jean Monnet
FLN	Front de la Libération Nationale
FRUS	Foreign Relations of the Unites States
FS	Fernschreiben
Fü B	Führungsstab der Bundeswehr
FVP	Freie Volkspartei
GATT/G.A.T.T.	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Gesamtdeutscher Block
GDP	Gesamtdeutsche Partei
geh./Geh.	geheim
Gesch.Nr.	Geschäftsnummer
GG	Grundgesetz
GP	Die Große Politik der Europäische Kabinette
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H.	Herr/Heft

Halbd./Halbbde.	Halbband/Halbbände
H-Bombe	Wasserstoffbombe
HJb	Historisches Jahrbuch
hg./Hg.	herausgegeben/Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift
i.A.	im Auftrag
i. Br.	im Breisgau
i.d.	in den
i.e.	id est
I.G. Farben	Interessengemeinschaft der deutschen Farbenindustrie
INS	International News Service
IPMF	Institut Pierre Mendès France
IRBM/I.R.B.M.	Intermediate Range Ballistic Missile
Jg.	Jahrgang
JO	Journal Officiel
jr./Jr.	junior/Junior
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPS	Kommunistische Partei Saar
KZ	Konzentrationslager
L-E-S	Ludwig-Erhard-Stiftung
LR/LR I/Legationsrat I	Legationsrat/Legationsrat I. Klasse
LOC	Line of communication
MAE	Ministère des Affaires Etrangères
MB	Ministerbüro
MC	Military Committee
MD/Min. Dir.	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
Min. Dirig.	Ministerialdirigent
Mio.	Millionen
MLF	Multilateral Force
MR	Ministerialrat
M.R.B.M.	Medium Range Ballistic Missile
Mrd.	Milliarden
MRP	Mouvement Républicain Populaire
NATO/N.A.T.O.	North Atlantic Treaty Organization
NBC	National Broadcasting Company
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
neubearb.	neubearbeitet, -e
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NHP	Nuclear History Program
NL	Nachlaß

no/No/Nr.	Numéro/Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NUOI	Nations Unies Organisations Internationales
o.	ohne
o.D.	ohne Datum
OECE/O.E.C.E/OEEC	Organisation Européenne de Coopération Economique/Organization for European Economic Cooperation
o.J.	ohne Jahr
O.M.S.	Office Militaire de Sécurité
ONU/O.N.U.	Organisation des Nations Unies
o.O.	ohne Ort
OTAN/O.T.A.N.	Organisation du Traité de l'Atlantique-Nord
OURS	Office Universitaire de Recherche Socialiste
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PA-AP	Papiers d'agents-Archives privées
PC	Parti Communiste
PMF	Pierre Mendès France
PIB	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
PR	Parti Républicain
RDA	République Démocratique Allemande
Ref.	Referat
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGR	Rassemblement des Gauches Républicains
RPF/R.P.F.	Rassemblement du Peuple Français
s./S.	siehe/Siehe/Seite
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone
SEATO	South East Asia Treaty Organization
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO/S.F.I.O.	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SFPP	Sekretariat für Fragen des Pleven-Plans
SFSP	Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans
S.G.P.D.N.	Secrétariat Général Permanent de la Défense National
SHAPE	Supreme Headquarter Allied Power Europe
SHAT	Service Historique de l'Armee de Terre
SNCF	Société National de Chemins de fer français
SNECMA	Société nationale d'études et de construction de moteurs d'aviation
sog./sogen.	sogenannt, -e, -er
SPD/S.P.D.	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei Saar
SS	Schutzstaffel
St.	Saint/Sankt
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus

Sten. Ber.	Stenographische Berichte
str.geh.	streng geheim
St.S.	Staatssekretär
t	Tonne
T.	Teil
TASS	Telegrafnoje Agenstwo Sowjetskowo Sojusa (Telegraphenagentur der UdSSR)
Tb.	Tagebuch
Teilbde.	Teilbände
Tel.	Telegramm
Tb./Tgb.	Tagebuch
Transall	Transporter-Allianz
TWG	Tripartite Working Group
u.	und
u. a.	und andere/unter anderem
u.ä.	und ähnliches
U-Boot	Unterseeboot
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UDT	Union de la Démocratie du Travail
UDR	Union pour la Défense de la République
UDSR	Union Démocratique et Socialiste de la Résistance
überarb.	überarbeitet, -e
UEO/U.E.O.	Union de l'Europe occidentale
UEP/U.E.P.	Union Européenne des Paiements
UFF	Union et Fraternité Française
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
ungek.	ungekürzt, -e
UN/UNO	United Nations/United Nations Organization
UNR/U.N.R.	Union pour la Nouvelle République
Unterabt.	Unterabteilung
UPI	United Press International
U R	unter Rückerbittung
URAS	Union des Républicains d'Action Sociale
URSS/U.R.S.S.	Union des Républiques Socialistes Soviétiques
U.S.	United States
USA/U.S.A.	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.U.	unter Umständen
u. zw.	und zwar
v.	vom/von
veränd.	verändert, -e
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche

VLR/VLR I	Vortragender Legationsrat/Vortragender Legationsrat I. Klasse
VS	Verschlußsache
VSV/VS-Vertr./ VS-Vertraulich	Verschlußsache Vertraulich
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode
z.B.	zum Beispiel
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
z.g.K.	zur gefälligen Kenntnisnahme
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
z.Z./z.Zt.	zur Zeit

IX. Verzeichnis der Paraphen französischer Diplomaten

HA	Hervé Alphand
CA	Christian d'Aumale
YB	Yves Barbier
JB	Jacques de Beaumarchais/Jacques Bouchacort
SB	Serge Boidevaix
JPB	Jean-Pierre Brunet
EBR	Etienne Burin de Roziers
XN	Xavier du Cauzé de Nazelle
TC	Tanguy Courson
YD	Yves Delahaye
FG	François Gutmann
JL	Jean Laloy
ML	Michel Legendre
PLB	Paul Leroy-Beaulieu
PL	Pierre de Leusse
PM	Pierre Maillard/Pierre de Menthon
JM	J. Mayoux
JBR	Jean-Bernard Raimond
RSL	René Saint-Légier de la Sansaye
FS	François Seydoux
PS	Philippe de Seynes
FV	François Valéry
JV	Jacques Vimont

Personenregister*

Abbas, Ferhat 1234, 1259
Abs, Hermann Josef 89, 251, 495, 1133, 1424
Achenbach, Ernst 1805, 1815
Acheson, Dean G. 5, 48, 77, 83–85, 99f., 104f., 109, 117, 123, 125, 127–130, 132f., 137, 144, 148, 152, 157, 161, 167, 169f., 172–175, 230, 233f., 245, 248, 277f., 325, 351, 354, 359, 367, 500, 508f., 519, 528–532, 536, 542, 548, 550, 552, 554, 556–558, 561., 566, 572, 574, 576, 588f., 591f., 595, 597f., 605–607, 613, 615, 620, 623–628, 630, 633f., 649, 1404f., 1407, 1679–1682, 1774, 1798, 1864, 1866f.
Achilles, Theodore C. 208, 490
Adenauer, Konrad 4–16, 19f., 22–24, 30, 45, 58–83, 85–91, 93–100, 102f., 105–118, 120–122, 124–130, 132–144, 148–151, 153–161, 166–189, 191–196, 199–201, 203–205, 207–220, 223, 225f., 228f., 231–239, 243, 254–251, 256f., 259, 261, 263–275, 278–281, 284–286, 288, 290f., 293–305, 307, 311–313, 315, 317–345, 349–353, 355–369, 371–405, 407–409, 411, 413–428, 430, 432–434, 436–448, 452–493, 495–497, 499, 502–504, 507–512, 514, 518–529, 533f., 537f., 540–543, 548, 550–552, 554–556, 558f., 561, 563–568, 570–572, 574, 576f., 579, 583, 585–587, 589–591, 594–597, 599, 605–608, 610f., 613–615, 617–621, 623–628, 630–632, 634, 638–640, 644–646, 648f., 651–653, 655–662, 664f., 668, 670–673, 675f., 679–684, 688–693, 695f., 698–701, 704, 706, 708–711, 713f., 717–720, 722, 725f., 729–731, 736, 738–747, 749f., 752–756, 758–763, 765, 767–769, 771–774, 777f., 780f., 783–797, 801f., 805, 807, 809–814, 816–818, 820–826, 828f., 832, 835f., 838–841, 843, 845–856, 858–872, 876, 878–886, 889f., 893–902, 904, 906–908, 910–912, 915–919, 922–927, 929–934, 936–939, 941–944, 946–954, 956–965, 968f., 974f., 977, 980, 982–986, 989, 991f., 994, 996, 1001f., 1004f., 1010f., 1018, 1024–1029, 1031, 1033–1040, 1044–1047, 1049f., 1054, 1057f., 1061f., 1068f., 1072–1074, 1076–1081, 1083–1091, 1093–1097, 1099–1101, 1104f., 1108, 1111, 1113–1116, 1122–1125, 1127–1133, 1135–1138, 1141, 1145–1148, 1150f., 1157f., 1163–1176, 1179–1190, 1192f., 1198f., 1201, 1204–1207, 1209–1211, 1213–1216, 1218–1222, 1224–1232, 1234, 1237, 1239, 1241–1248, 1250–1253, 1255, 1257–1273, 1275–1280, 1282–1284, 1286–1291, 1293–1295, 1297, 1299–1302, 1304, 1306f., 1310f., 1313, 1315, 1317f., 1320–1335, 1337, 1339–1349, 1351–1354, 1356, 1359–1361, 1363–1373, 1375–1387, 1389f., 1392f., 1395–1405, 1407–1430, 1432–1440, 1442–1445, 1447–1449, 1452f., 1455–1458, 1461–1477, 1480f., 1483–1485, 1488–1490, 1492f., 1495–1497, 1499f., 1502f., 1505f., 1508–1535, 1538f., 1541–1547, 1549–1553, 1555–1558, 1561f., 1569, 1573–1576, 1579–1590, 1593–1595, 1597–1602, 1604, 1609, 1611–1614, 1616, 1618–1622, 1625, 1629f., 1634, 1636, 1638, 1641–1645, 1647, 1652f., 1656–1669, 1671–1673, 1676–1678, 1680–1682, 1684–1686, 1689, 1691f., 1694–1697, 1705, 1707–1715, 1720–1724, 1726–1761, 1763–1787, 1789–1791, 1793–1801, 1803–1808, 1810–1814, 1817–1819, 1821–1824, 1830f., 1833–1843, 1845–1847, 1849–1855, 1860, 1862–1882, 1884–1909
Adenauer, Libet 65
Adenauer, Paul 1811
Adschubej, Alexej 1427f., 1692
Ailleret, Charles 707, 734, 1143, 1152
Alger, Frederick M. 746
Alphand, Hervé 24, 180, 190, 205, 213f., 223, 240, 282, 291f., 304–306, 329, 446,

* Für ergänzende Informationen vgl. das annotierte Personenregister in: BDFD IV, S.217–289.

540, 553f., 556–559, 578, 580–589, 591–594, 597, 599–601, 603f., 609, 612f., 621, 623, 629, 631f., 641f., 646, 648, 652, 659f., 663f., 666f., 670, 676, 682–684, 694, 701, 703, 714, 727, 732–735, 910, 917, 947, 1144, 1172, 1261, 1344, 1363, 1394, 1415, 1429f., 1439f., 1462, 1604, 1614–1616, 1622–1624, 1628, 1632, 1634, 1637, 1650, 1655, 1674, 1679, 1686, 1699, 1705, 1766, 1832, 1845, 1874
Altmeier, Peter 393, 438, 486f., 801, 1083, 1089, 1113
André, Pierre 274, 672, 690, 696
Arc, Jeanne d' 1633
Argoud, Antoine 1823–1825
Armand, Louis 970, 999f., 1061f.
Arnaud, Vincent 65
Aron, Raymond 38, 224, 546, 705, 1639
Attila (König der Hunnen) 235
Attlee, Clement 559–561
Aumeran, Adolphe 273, 751, 807
Auriol, Vincent 24, 49–51, 58, 84, 88, 91, 123, 129, 136f., 140, 147, 157, 159, 161, 164f., 172, 180, 194, 201, 210, 213, 225, 246, 284, 290, 305f., 310, 318, 341, 348, 384, 389, 529, 531, 538, 545, 547, 559, 562, 569, 572, 578, 609, 622, 628, 632–634, 642, 645, 655, 666, 678, 687, 695, 823, 1212, 1861f., 1870f., 1874, 1876

Bach, Franz Josef 1514, 1713
Baecque, Francis de 51
Bailly, Paul 1183
Balke, Siegfried 1039, 1177, 1187
Ball, George W. 1600, 1680, 1683, 1699, 1758, 1763, 1766, 1769f., 1778, 1785, 1794
Barclay, Roderick 1532
Bardoux, Jacques 621, 696
Bariéty, Jacques 1232
Baring, Arnulf 69
Baudet, Philippe 450, 710, 723, 745
Bauer, Walter 251
Beaumarchais, Jacques Delarüe Caron de 347
Bech, Josef 280, 605, 671, 741, 743f., 768, 977, 985, 1060, 1133f., 1137
Becker, Max 489
Becker, Richard 334, 380f.
Beethoven, Ludwig van 1137
Ben Bella, Mohammed 1742
Bérard, Armand 24, 58–60, 75, 80, 82f., 88–90, 94, 111, 115, 124, 128, 135, 184, 211, 220, 223, 226, 251, 261, 326f., 341, 347, 361, 389f., 409, 411, 415–417, 421, 426, 431, 435, 437, 445f., 457, 470, 478, 480, 486, 512, 527, 543, 569–571, 574, 581, 590, 646, 659, 695, 698, 700f., 704, 713, 718, 720, 725f., 735, 778
Berg, Fritz 1014
Berger, Hans 1575
Bergeron, Paul 707
Bevin, Ernest 48, 77, 79, 83–85, 99f., 104f., 109, 117, 123, 125, 144, 230, 233f., 248, 508f., 527–529, 531, 560, 566, 605, 1864, 1867
Beyen, Johan Willem 285, 288f., 293, 300, 311, 671, 740–744, 768, 973, 975f., 978, 986, 1008, 1017
Bidault, Georges 8, 17, 22, 24, 26f., 31, 40–46, 53f., 66, 78, 83, 186, 191, 193f., 197f., 200–205, 208f., 211–214, 217, 219, 221–226, 228, 244, 290–307, 310f., 313, 316f., 324, 349, 391, 393–405, 407–409, 411, 414, 417, 420f., 423f., 426, 428, 432f., 435, 437, 441–443, 446, 448, 452, 471, 507, 512f., 593, 599, 604, 608, 647, 655, 659f., 664, 667, 669–672, 674–676, 678f., 681–684, 686–689, 691, 693, 695–697, 699, 702–705, 709, 712, 810, 1142, 1210, 1441, 1859, 1862, 1873–1876
Billotte, Pierre 289, 505, 652, 690, 805f., 1006, 1107
Birrenbach, Kurt 1540, 1737, 1759, 1798, 1807f., 1815, 1822
Bismarck, Otto von 843, 852, 1088, 1271, 1782
Blank, Theodor 565, 569f., 573–577, 579, 581, 586f., 589–591, 593, 597, 599f., 603f., 612f., 616, 629, 631, 636, 644, 657f., 668–670, 680, 717, 737, 753, 762, 767, 778, 787, 851, 1154–1157, 1159, 1162, 1166
Blankenhorn, Herbert 22, 24, 69f., 75, 82, 94, 98, 110, 117, 119, 121, 125, 158, 160, 171, 193f., 199–201, 207, 212f., 222f., 245f., 251, 261f., 268, 303–306, 314, 323, 326f., 333, 347, 351f., 354f., 371, 375, 391, 400, 409, 416, 421, 431–433, 437, 439, 454–458, 460, 462, 465, 471, 473f., 476f., 480f., 483, 490–492, 495, 514, 519, 523, 527, 533f., 537, 541, 543, 645, 652, 673, 676f., 679, 683f., 692, 695, 698, 705f., 739, 748f., 752, 755, 758, 781, 791f., 802–804, 810, 812, 814, 821, 843, 848, 851, 854, 860f., 869, 878–881, 883, 896, 904, 909, 911, 922–925, 932, 943f., 951–953, 960, 963–966, 991, 1004, 1062, 1172, 1180, 1183, 1192, 1198, 1210, 1214f., 1222, 1229, 1241, 1243f., 1246, 1249, 1256, 1263, 1269, 1280,

1352, 1355, 1360, 1367f., 1379, 1385, 1389f., 1392, 1399, 1411, 1415, 1422, 1432, 1435, 1437, 1447, 1463, 1466, 1469f., 1480, 1486, 1512–1514, 1519, 1521, 1523, 1526–1528, 1533, 1539, 1543f., 1571, 1578, 1581f., 1584, 1589, 1593, 1596f., 1612–1614, 1631, 1640, 1656f., 1660, 1662–1665, 1672, 1677, 1684, 1707–1709, 1711, 1714, 1716, 1719, 1722, 1728, 1734, 1737f., 1741, 1751, 1756, 1773, 1779f., 1786f., 1802, 1823, 1834f., 1853
Blücher, Franz 72, 102, 149, 183, 244, 249, 251, 273, 378, 380, 459, 468, 470, 474, 478, 639, 648, 695, 719, 759, 992, 1024, 1055, 1089
Blücher, Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt 667
Blum, Léon 42, 252, 325, 449, 502, 529, 709
Bock, Hans Manfred 23
Boden, Hans 251
Boegner, Jean-Marc 506, 662, 812f., 1609, 1616
Böker, Alexander 71f., 1340
Böx, Heinrich 151, 154, 235f.
Bohlen, Charles 542, 870, 1393
Bolz, Lothar 1268, 1293
Bonnefous, Edouard 235, 243, 604, 690
Bonnet, Henri 41, 204, 659
Boris, Georges 451, 714, 723, 732, 739, 1453
Bourbon-Busset, Jacques de 326
Bourdet, Claude 800
Bourdin, Paul 328
Bourgès-Maunoury, Maurice 12, 710, 715, 717, 726, 790, 888f., 901, 925, 935, 939f., 963, 1058, 1162, 1169–1171, 1175, 1177, 1889
Bowie, Robert R. 1661, 1665, 1673, 1679, 1698
Bowles, Chester 1393
Bradley, Omar 500f.,
Bräutigam, Otto 205–207
Brand, Gerd 1486, 1488, 1567
Brandt, Willy 1249, 1280, 1282, 1316, 1342, 1375, 1380f., 1403, 1406, 1414f., 1444, 1696, 1746, 1796, 1808, 1810, 1813, 1909f.
Braque, Georges 1441
Braun, Heinz 426
Breitscheid, Rudolf 62
Brentano, Heinrich von 30, 71, 95, 137, 238, 275, 287, 294f., 313, 393, 436, 438, 440, 443, 458, 464, 471, 487, 504, 639, 719, 789f., 838f., 858, 865, 867–870, 874–877, 879f., 882, 884, 889–893, 897–904, 908, 913, 915–917, 919, 924–929, 932, 936, 939, 944, 949, 951, 954, 956–961, 964, 984f., 991f., 1007f., 1014, 1017f., 1026f., 1029f., 1033–1035, 1040f., 1046, 1050, 1054, 1056, 1060–1062, 1072f., 1080f., 1084, 1086, 1088, 1093f., 1097, 1103f., 1108–1110, 1114, 1116, 1118–1122, 1124f., 1127f., 1134, 1136, 1165, 1167, 1169, 1181f., 1192, 1198, 1212–1214, 1225f., 1228–1230, 1239, 1242, 1247, 1249–1252, 1257, 1261–1267, 1272, 1279, 1283–1286, 1288–1290, 1293, 1295–1297, 1299, 1301–1304, 1308–1313, 1315–1318, 1320, 1323, 1329, 1332–1334, 1336, 1341, 1343, 1345, 1351, 1353f., 1359–1361, 1364, 1368, 1378, 1380–1382, 1385–1387, 1391, 1393–1397, 1400, 1406f., 1409f., 1412, 1417, 1420f., 1424, 1438f., 1447, 1452f., 1455, 1468, 1481–1483, 1488, 1490–1492, 1494f., 1498, 1501f., 1506–1508, 1517, 1519, 1524, 1533f., 1540, 1542, 1544–1549, 1556f., 1559–1561, 1566f., 1569, 1581f., 1586, 1588f., 1609, 1615, 1642, 1653, 1659, 1672f., 1678, 1684, 1686, 1692, 1707, 1717, 1723, 1739, 1745, 1772–1775, 1786, 1791, 1798, 1800, 1804, 1807, 1809f., 1816, 1822, 1843, 1875
Briand, Aristide 1857
Bright, John 1010
Brown, George Alfred 1769
Bruce, David K. 192, 353f., 430, 432, 434, 507, 516, 531, 551f., 558, 582, 585, 587–589, 596, 613f., 677, 742, 746, 749, 931, 959, 1192, 1249f., 1289, 1309f., 1326, 1803
Brückner, Hardo 1112
Brüning, Heinrich 268
Bucher, Ewald 1824f.
Bulganin, Nikolaj 818, 860, 863, 865, 870f., 902, 905, 916f., 925f., 943, 948f., 951
Bundy, McGeorge 1408, 1753, 1834
Burin des Roziers, Etienne 661, 1284, 1355
Buron, Robert 667
Byroade, Henry A. 572

Caccia, Harold A. 1624, 1628
Cambon, Paul 1469
Carbonnel, Eric de 1079, 1092, 1107f., 1117f., 1449, 1512, 1519, 1524
Carli, Guido 1459
Carstens, Karl 24, 1000f., 1004, 1035, 1052, 1063, 1212, 1216, 1230, 1235, 1257–1259, 1338f., 1346, 1360, 1372, 1391, 1426, 1443, 1452, 1465, 1468f., 1471, 1473, 1480, 1486f., 1505, 1512f., 1525f., 1528, 1537, 1539f., 1585f., 1596, 1653, 1743, 1775, 1780, 1799, 1802, 1805, 1815, 1823, 1825

Cattani, Attilio 1580, 1583, 1587–1591, 1597–1599
Cauwelaert, Frans van 232
Chaban-Delmas, Jacques 12, 31, 654, 733, 735, 958, 1011, 1020–1022, 1031, 1043f., 1181, 1183–1191, 1195–1197, 1608, 1678f., 1889
Challe, Maurice 1664
Chamberlain, Neville 57, 1264
Chauvel, Jean 24, 41, 205, 297, 450, 687, 800, 806, 828, 857, 859, 1163, 1179, 1191, 1458, 1522, 1611, 1875
Chevardière de La Grandville, Jean de la 768
Cheysson, Claude 215, 352f., 355, 451
Chodron de Courcel, Geoffroy de 1333, 1761
Choiseul, Etienne François Duc de 330
Chruschtschow, Nikita 13, 818, 863, 870, 892, 902, 905f., 908, 957, 1224, 1239f., 1247, 1250, 1265, 1269, 1274, 1281, 1288f., 1291, 1293, 1303f., 1310, 1312f., 1315, 1317f., 1320–1322, 1325–1327, 1331f., 1335f., 1343f., 1347, 1350–1352, 1354–1359, 1361–1364, 1367, 1369–1372, 1376, 1379, 1382, 1384–1386, 1393–1395, 1400–1403, 1405, 1407, 1409–1411, 1416–1418, 1422f., 1425, 1427f., 1434–1437, 1444, 1635, 1688, 1738, 1745, 1804, 1836, 1840, 1842, 1892
Churchill, Winston 148, 191f., 198, 201, 216, 241, 279, 299, 426, 506, 519f., 608, 679, 691, 716, 728, 736f., 742, 745–747, 749, 760f., 813, 821, 1028, 1222, 1623, 1633, 1875
Clappier, Bernard 244, 514, 541f., 992f., 1102
Claudel, Paul 837
Clay, Lucius D. 501, 1414, 1418, 1794, 1810
Clemenceau, Georges 450, 778, 1334
Cobden, Richard 1010
Conant, James 192, 199, 209, 228, 411, 424, 457, 481, 490, 495, 668, 689, 749, 761, 817, 826, 829, 1034
Conrad, Kurt 380f., 479
Corniglion-Molinier, Edouard 697, 983
Coste-Floret, Alfred 172, 708
Cot, Pierre 274, 890
Coty, René 31, 51, 225, 253, 695, 733, 743, 750, 752, 836, 842, 962, 966, 972, 1004, 1016, 1212
Coudenhove-Kalergi, Richard von 286, 884, 1469, 1594, 1596, 1707
Courcel s. Chodron de Courcel
Courson de la Villeneuve, Tanguy 452, 1137
Couve de Murville, Maurice 12f., 15, 24, 44, 513, 915, 927, 931, 936, 939, 950, 961, 1031f., 1038, 1047, 1053, 1121, 1133, 1166f., 1187, 1194, 1196, 1210–1213, 1217, 1219, 1224–1226, 1228, 1230, 1241f., 1246, 1249, 1251f., 1256, 1261, 1263, 1265f., 1272–1274, 1283–1286, 1288, 1290, 1293f., 1296–1305, 1308, 1311–1317, 1320f., 1325, 1341, 1346, 1351, 1359–1361, 1364f., 1369, 1371, 1375, 1378, 1380, 1390, 1393, 1397, 1400, 1409f., 1412f., 1415, 1417f., 1420, 1422, 1426, 1428, 1430f., 1437, 1439, 1442, 1448, 1451, 1453f., 1459, 1462–1467, 1472, 1474f., 1477, 1481f., 1489–1491, 1494, 1498, 1507–1509, 1511–1514, 1516f., 1519, 1521f., 1524–1526, 1528f., 1533, 1536, 1539, 1542–1546, 1555–1557, 1559–1564, 1574, 1576–1578, 1580f., 1587f., 1591, 1594, 1598, 1600, 1604f., 1609, 1611, 1622f., 1625, 1632, 1640, 1642, 1646, 1650f., 1653f., 1657, 1660, 1662, 1665, 1684, 1704, 1707, 1719, 1730, 1733, 1736–1738, 1746, 1750, 1754–1756, 1760f., 1764, 1766, 1773f., 1777, 1779, 1788, 1790–1792, 1801, 1803, 1807, 1810–1812, 1818, 1820, 1823, 1827f., 1831, 1839, 1844f., 1848, 1851, 1853, 1901, 1906
Crouy-Chanel, Etienne 747, 952, 1180, 1183
Crouzier, Jean 1154f., 1159f., 1162

Daladier, Edouard 646f., 690
Daridan, Jean 1248
Dassault, Marcel 1187, 1224
Dassault (Familienname) 1146, 1187
Davies, Joseph 151f.
Debré, Michel 24, 340, 351, 363, 469, 594, 643, 672, 685, 697, 1253–1256, 1266, 1269f., 1272f., 1279f., 1287f., 1290f., 1307, 1324, 1327–1329, 1331, 1333–1336, 1338–1341, 1343, 1367f., 1377, 1379, 1383, 1389f., 1441, 1452, 1475f., 1481–1484, 1486, 1488, 1495, 1513f., 1520f., 1525, 1527–1531, 1533, 1544, 1555, 1578, 1590, 1627, 1629, 1631–1633, 1640, 1642, 1647, 1651, 1655–1658, 1664–1671, 1684, 1688, 1693, 1697, 1709, 1872, 1895f., 1898
Debré, Robert 1255
Defferre, Gaston 1013
Dehler, Thomas 72, 88, 319, 327f., 330, 362, 367, 393, 414–416, 419, 461–464, 469, 471, 489, 759, 762, 885, 950, 968, 1135, 1173, 1795, 1800, 1805f., 1863

Dehousse, Fernand 1079–1081, 1092, 1099
Deist, Heinrich 1048
Dejean, Maurice 33, 35, 891, 908, 925f., 1240f., 1243, 1327, 1355, 1433
Delbos, Yves 888
Delcassé, Théophile 197
Dibelius, Friedrich Karl Otto 148
Dillon, Douglas 411, 430, 435, 441, 445, 457, 480, 684, 699, 721, 731, 733, 736, 748, 1462, 1495f., 1500–1502, 1634
Distelbarth, Paul 832
Dittmann, Herbert 1063, 1261
Dobrynin, Anatolij 1438
Donnedieu de Vabres, Jacques 1011, 1453, 1468
Donnelly, Walter 375, 383
Douglas, Lewis W. 101, 243
Dowling, Walter C. 447, 1353, 1381f., 1432f., 1444, 1661, 1665, 1689, 1786, 1794, 1796
Dronne, Raymond 1283
Duckwitz, Georg Ferdinand 1263, 1277, 1286, 1294, 1309f., 1403
Duclos, Jacques 690
Dufresne de La Chauvinière, Edouard 842
Dulles, Allen Welsh 1657
Dulles, John Foster 188, 200, 202–204, 209, 214, 216–226, 307, 399f., 408, 413f., 422, 424, 428, 432, 441, 455, 457, 463, 475, 480–482, 552, 656f., 664f., 667–669, 671, 673, 675–677, 679, 681f., 686, 689, 691–694, 697, 699, 705, 709, 713, 716, 721f., 731, 736–738, 742, 745f., 749, 755f., 760, 763, 769, 771–775, 780–785, 789, 793, 803, 806, 809f., 813–815, 817f., 823, 825, 845f., 848, 850, 854f., 858, 863–865, 867, 869, 874–876, 878–880, 894f., 901, 903f., 910–913, 920, 929, 933f., 936f., 939, 941f., 944, 949, 954, 961, 989, 1015f., 1031, 1033, 1121, 1169, 1175f., 1178, 1182f., 1188, 1195, 1214f., 1218f., 1221, 1225, 1227, 1230, 1237, 1240–1243, 1248f., 1251f., 1260f., 1263–1267, 1270, 1273, 1283, 1289, 1298, 1326, 1346, 1353, 1395, 1462, 1471, 1605f., 1611, 1613–1615, 1622, 1624f., 1628f., 1874, 1879
Dunn, James 172, 647f.
Dupont (Familienname) 186
Duverger, Maurice 142

Eccles, David 1055, 1474
Eckardt, Felix von 24, 171, 642, 652, 753, 758, 860, 922–925, 932, 943f., 1250, 1261, 1268, 1277, 1310, 1313, 1317, 1322f., 1353, 1367, 1376f., 1717
Eden, Anthony 8f., 127–129, 132, 137, 148, 167, 173, 175, 183, 187, 214, 217, 221f., 224, 279, 283, 367, 384, 432, 454, 463–465, 480–482, 491, 605–607, 613, 623–628, 630, 633f., 649f., 664, 667, 675, 686, 699, 716, 722, 728, 747f., 750, 760, 763f., 766, 768f., 771–777, 781–786, 789, 793, 803, 809f., 815, 823, 825, 855, 858–860, 862f., 865, 867, 872f., 875f., 894f., 901, 914–917, 944, 1016, 1028, 1880, 1885
Ehlers, Hermann 383, 470
Eichmann, Adolf 1397
Eisenhower, Dwight D. 9, 13f., 183, 188, 191–193, 204, 216, 400, 426, 475, 588f., 591, 596, 618, 630, 656, 668, 676f., 684, 686, 691f., 704f., 716, 749, 772, 775, 803f., 806, 809, 813, 821, 845, 847, 849, 855f., 859–863, 865, 911f., 914f., 917, 919, 924, 931–934, 941f., 944, 949, 951, 1035, 1046, 1176, 1179, 1188, 1213, 1224, 1226, 1246, 1250, 1260f., 1264f., 1275, 1279, 1284, 1298, 1302–1304, 1309, 1312, 1315–1317, 1320–1327, 1330f., 1343f., 1346, 1353f., 1359, 1362f., 1367, 1369–1372, 1375, 1404, 1496, 1500, 1512, 1520, 1606, 1609–1610, 1612–1615, 1618, 1623–1625, 1631–1638, 1640f., 1644f., 1647, 1650–1653, 1655, 1661–1663, 1665, 1667–1670, 1676, 1678, 1705, 1762, 1874, 1885f., 1892, 1896
Elbrick, Charles 1240
Ely, Paul 553, 678, 707, 1168, 1176, 1677
Erhard, Ludwig 15, 22, 30, 68, 79, 249, 251, 263f., 329, 345, 399f., 469, 484–488, 674, 841, 964, 973–975, 977, 984, 989, 991, 996, 1010f., 1014, 1018, 1025f., 1029–1031, 1033f., 1037, 1040, 1044f., 1047f., 1054f., 1066–1069, 1071–1074, 1100, 1146, 1150f., 1157f., 1277, 1301, 1381f., 1424, 1451, 1453, 1463, 1466f., 1472–1474, 1476–1479, 1483–1485, 1491f., 1497, 1500, 1502f., 1503, 1505–1508, 1518, 1521f., 1532, 1538–1540, 1564–1566, 1582, 1599, 1692, 1710, 1723, 1735, 1752, 1759, 1761, 1786, 1789–1792, 1794, 1796–1798, 1800, 1804, 1806f., 1810, 1814, 1817, 1827f., 1835, 1837–1839, 1850f., 1854f., 1860, 1886, 1894, 1900, 1903, 1906, 1909f.
Erler, Fritz 1222, 1276, 1444, 1774, 1808, 1815, 1822
Erzberger, Mattias 79
Etzdorf, Hasso von 711

Etzel, Franz 981, 983–985, 1037, 1060, 1214, 1474f., 1503
Eugénie (Kaiserin der Franzosen) 460
Euler, August-Martin 166, 353
Eyskens, Gaston 1545

Falaize, Pierre-Louis 662
Fanfani, Amintore 1226, 1257, 1446, 1455, 1533, 1545, 1561f., 1584, 1588f., 1608, 1614, 1727, 1734f.
Faure, Edgar 9, 24, 59, 132, 159, 452, 456, 485f., 488, 495, 618, 622f., 628, 819–823, 827, 845, 847, 849, 853, 858–863, 865, 878, 887f., 940, 972, 976–978, 980, 982f., 1003, 1079, 1089–1091, 1094–1097, 1108, 1151f., 1737, 1862, 1883f.
Faure, Maurice 305, 719, 888f., 963, 1006, 1013f., 1019–1021, 1023–1026, 1028, 1031, 1033, 1035, 1042, 1046, 1049, 1056f., 1067, 1070–1072, 1120, 1124–1127, 1129–1133, 1136, 1164f., 1167, 1181, 1183, 1186f., 1291, 1481, 1820
Fechter, Peter 1738
Fechter, Rudolf 1278, 1308
Federer, Georg 678
Finet, Albert 1096
Finet, Paul 1062
Finletter, Thomas 1698, 1704f., 1736
Foertsch, Friedrich 519, 1693, 1755
Fontaine, André 683, 892
Fouchet, Christian 14, 733, 1551, 1554, 1567–1569, 1572f., 1575, 1577–1579, 1584–1586, 1588, 1837, 1901
Fouquès-Duparc, Jacques 306, 308
François-Poncet, André 22f., 56–62, 73–75, 77–81, 84–91, 94f., 98, 103–107, 109, 111–113, 120–122, 124f., 127, 129f., 133–136, 139, 144f., 149, 155f., 168f., 174–176, 181–185, 188f., 199, 201, 208, 210f., 220, 228, 233–238, 243, 245, 248, 251, 253, 263–265, 268, 275, 286, 290f., 321f., 326–329, 333, 338, 342, 344, 350, 352, 363, 384–387, 389–391, 393–396, 401–404, 409, 414–425, 431–434, 448, 472, 479–481, 488, 490, 497, 503f., 508–511, 514f., 519–523, 525, 534, 537f., 540, 550–552, 555f., 558f., 561, 563–567, 574–576, 586, 596, 599, 605, 607, 613–615, 617f., 620, 623f., 627f., 640, 648, 651f., 656f., 659f., 668, 670, 672, 680, 689, 695, 699–701, 712, 718f., 750, 759f., 765, 771, 777, 811f., 817, 829, 831, 833, 835f., 840, 843, 852f., 856, 859, 865, 869, 871, 889, 1081–1083, 1085–1087, 1098, 1101, 1142, 1146, 1154, 1156f., 1202, 1721, 1840, 1852, 1876
François-Poncet, Jean 1033
Frank, Paul 24, 72, 274, 653, 883, 965f., 1215, 1257–1259, 1324, 1517, 1558, 1685, 1711
Franz Joseph I. (Kaiser von Österreich) 1782
Frenay, Henri 38
Friedrich II. (König von Preußen) 220
Froment-Meurice, Henri 24
Furler, Hans 1058, 1496, 1532, 1815f.

Gaillard, Felix 31, 707, 889, 940–942, 948–950, 953, 959, 962f., 993, 995, 998, 1006, 1069, 1073f., 1140f., 1179, 1181, 1183, 1185f., 1188f., 1191, 1194, 1196, 1481, 1623
Gainer, Donald St. Clair 101
Gaitskell, Hugh 946
Gajewski, Stanislas 1336
Gallois, Pierre 734, 1144, 1172
Gasperi, Alcide de 7, 277f., 280, 284f., 293, 296f., 300, 611, 671, 740, 1873
Gates, Thomas 1649, 1654
Gaulle, Anne de 1441
Gaulle, Charles de 8, 12–17, 19–22, 24–26, 28–31, 33–37, 39–42, 50, 52, 54–56, 70, 91, 123, 161f., 185, 196, 198, 235, 267, 302, 316, 332, 346, 436, 450, 506, 513f., 546, 582, 599, 643, 654, 658, 667, 672, 674, 702, 708, 770, 805, 870, 889f., 907, 935, 940, 963–967, 1006, 1028, 1073, 1075, 1144, 1183, 1196f., 1201, 1204–1233, 1235, 1237, 1241–1259, 1261–1267, 1270–1276, 1280–1284, 1287–1291, 1300, 1302f., 1305–1307, 1310, 1317, 1320–1322, 1324f., 1327f., 1330f., 1333–1338, 1340–1346, 1348–1350, 1352f., 1355–1359, 1361–1372, 1374f., 1377, 1379, 1383, 1387–1405, 1407f., 1410–1417, 1419–1421, 1423, 1425–1457, 1459, 1462–1464, 1466–1471, 1473–1475, 1477, 1480f., 1484–1489, 1495–1497, 1499f., 1503f., 1507–1535, 1539–1551, 1553–1562, 1564–1570, 1572–1574, 1576–1590, 1592–1616, 1618–1645, 1647f., 1650–1672, 1674, 1676–1690, 1692–1697, 1699–1703, 1705–1718, 1720–1751, 1753–1781–1783, 1785–1796, 1798f., 1802f., 1806–1808, 1810f., 1813, 1815, 1817–1824, 1827f., 1831f., 1834–1840, 1844–1847, 1849–1852, 1854f., 1858, 1860, 1871, 1877, 1890–1910
Gaulle, Yvonne de 1849

Gavin, James 1423, 1676, 1690f., 1697, 1702f.
Gaxotte, Pierre 765
Georg VI. (König von Großbritannien) 624
Gerstenmaier, Eugen 393, 427, 435, 438, 442f., 467, 707, 758, 789, 951, 1406, 1518, 1774, 1800, 1810
Gilpatric, Roswell L. 1803
Giraud, Henri 185
Giraudoux, Jean 888
Giscard d'Estaing, Valéry 1838, 1910f.
Globke, Hans 72, 835, 923, 1093, 1123, 1199, 1262f., 1271, 1376, 1387, 1443, 1466, 1518, 1526, 1659, 1723, 1751, 1754, 1767, 1799
Goebbels, Joseph 96, 325
Görgen, Hermann 1102
Goes van Naters, Marinus van der 393, 405f., 407, 411–413, 427, 429–431, 434, 443, 445, 448, 453, 465, 467, 1078f.
Goldschmidt, Bertrand 979, 1153, 1159, 1162
Gomulka, Wladyslaw 914, 1411
Gouin, Félix 39f., 449
Gradl, Johann Baptist 438
Grandval, Gilbert 230, 317–319, 334, 336f., 339–341, 343f., 346, 348–351, 353, 359, 361–363, 365, 367, 369f., 372, 376, 378, 388f., 394f., 412f., 415, 417, 419f., 424, 427, 430, 433, 445, 448, 451f., 454, 457, 472f., 488, 493f., 618f., 1079, 1095, 1117
Grandville s. Chevardière de La Grandville
Grewe, Wilhelm 24, 115, 119, 217–219, 222, 737, 748, 779, 792, 858, 860, 868, 878, 908, 927f., 932, 1063, 1114, 1185f., 1240f., 1289, 1294, 1309f., 1317, 1333, 1346, 1351, 1396, 1417, 1421f., 1424, 1433, 1439, 1642, 1652
Groeben, Hans von der 974, 984, 990f., 1000, 1009, 1049
Gromyko, Andrej 151f., 154, 896, 943, 952, 1269, 1293–1304, 1308f., 1313–1317, 1321, 1416–1418, 1421, 1431, 1433f., 1437f.
Gronchi, Giovanni 1484, 1487
Gros, André 662, 732, 766
Grosse, Franz 251
Grosser, Alfred 39, 765
Grotewohl, Otto 143f., 148, 156, 159, 924
Gruenther, Alfred 583, 688, 735, 738, 772, 901, 910, 1144
Grumbach, Salomon 172, 253
Guérin de Beaumont, Jean de 710, 713f., 716, 718, 721, 729, 732
Guillaumat, Pierre 979, 1159, 1185–1187, 1196f., 1605, 1630, 1648, 1650
Guillaume, Augustin 735, 1144, 1155
Guillaume, Jules 976
Guiringaud, Louis de 115
Guttenberg, Karl Theodor von und zu 1439, 1540, 1737, 1798, 1804, 1832

Haas, Wilhelm 926
Habib-Deloncle, Michel 1787
Hallstein, Walter 70f., 122, 161, 192, 199, 217, 251, 255–259, 265, 267f., 278, 281, 286f., 300, 302f., 307f., 337, 339, 346, 350–352, 354, 359, 362, 365, 368–370, 372, 374–378, 381, 402, 413, 416, 419, 421f., 426, 429–431, 433–437, 440–447, 454f., 465, 483f., 490, 547f., 577, 579–587, 597, 603, 605, 610f., 617–619, 632, 652, 658, 669, 679, 700, 716, 740, 744, 748f., 753–755, 758f., 767f., 773, 778, 835f., 848, 870, 872, 884, 891, 899, 919, 929, 972, 975, 977, 982, 984–986, 988f., 991, 994–995, 999, 1001f., 1011, 1013, 1017f., 1020, 1028, 1040, 1047f., 1055f., 1058, 1061f., 1066, 1070, 1082f., 1087f., 1101, 1105, 1110, 1112, 1114, 1120, 1124–1134, 1150, 1177, 1183, 1187, 1424, 1449, 1468, 1503, 1511f., 1514, 1534f., 1570, 1775, 1804
Hamon, Léo 172, 464, 480, 799f.
Harcourt, Robert d' 765, 1226
Harkort, Günther 1519, 1521f., 1525, 1532, 1564
Harriman, W. Averell 614, 627, 1310
Hartlieb, Wilhelm 1022f., 1068, 1482, 1740
Harvey, Oliver 172, 279, 430, 538, 614, 699
Hase, Karl-Günther von 1749, 1775, 1792
Hassel, Kai-Uwe von 1759, 1775, 1777, 1829f., 1833, 1835, 1837f.
Hausenstein, Margot 104
Hausenstein, Wilhelm 22, 24, 95–98, 104, 112f., 128, 147, 149f., 185, 215, 221, 276, 351, 399, 401, 491, 653, 655, 699, 708, 710, 742, 749, 754f., 791, 840–842, 844, 1202, 1719
Haußmann, Wolfgang 1102
Hays, George 524, 533, 537, 569, 573–575, 581
Heath, Edward 1525, 1548, 1557, 1565f., 1569f., 1590, 1752f.
Heck, Bruno 1113, 1775, 1837
Hector, Edgar 341, 359, 487, 1085, 1089f., 1094
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 56
Heineman, Dannie 555

Heinemann, Gustav 68, 239, 508, 524, 540, 950
Heisenberg, Werner 1140
Hellwege, Heinrich Peter 759
Hellwig, Fritz 438, 487, 1089
Herriot, Edouard 187, 449, 646f., 696, 751
Herter, Christian 1284–1286, 1289–1291, 1293, 1295–1304, 1309, 1311f., 1314–1318, 1320, 1325f., 1333, 1346, 1354, 1359f., 1364f., 1369, 1371, 1380f., 1385, 1631, 1633, 1650f., 1653, 1655, 1673f., 1679f., 1691f.
Herwarth von Bittenfeld, Hans 848, 899, 1086, 1163, 1191, 1513
Herzog, Maurice 1711, 1837
Heusinger, Adolf 519, 565, 576, 581, 587, 595, 851, 923, 1164, 1169, 1176, 1180, 1288, 1677
Heuss, Theodor 58, 60, 68, 95, 122, 321f., 473, 489, 504, 534, 639, 644, 650f., 689–701, 744, 836, 840, 1062, 1136f., 1232, 1255, 1345, 1352f., 1355f., 1714, 1747
Hilferding, Rudolf 62
Hirsch, Etienne 243, 266, 541, 970, 992f.
Hitler, Adolf 50, 57, 61, 88, 113, 253, 268, 281, 305, 361, 510, 620, 1205, 1749, 1791, 1858, 1862
Höcherl, Hermann 953
Hölderlin, Friedrich 56
Hoff, Hans vom 251
Hoffmann, Johannes 11, 319, 326, 329, 336f., 340–342, 348, 353f., 356, 360–362, 365–367, 369–372, 376, 379f., 382, 386–390, 392, 399, 412f., 429, 433, 437, 441, 451, 453f., 457, 464, 466, 469f., 484f., 487f., 492f., 495f., 1077–1082, 1085f., 1088–1090, 1092–1095, 1099, 1111, 1113
Holvoet, A. 1580
Home, Alexander Douglas 1400, 1409f., 1412, 1417, 1431, 1438, 1853
Hood, Samuel 1623f.
Houghton, Amory 1448, 1512, 1604, 1640
Hoyer Millar, Frederick 219, 228, 490, 495, 557, 753, 817, 829
Huber, Albert 382
Hugo, Victor 286
Hupperts, Albert 1009

Isorni, Jacques 805f.

Jacquet, Marc 306
Jacquin de Margerie, Christian 868, 881, 884, 907, 1013, 1098, 1113
Jacquin de Margerie, Roland 55, 154, 165, 208, 450, 465, 486, 536f., 542, 553, 684f., 803, 849, 865f., 878, 889, 898, 1081, 1103, 1720, 1738, 1741, 1767f., 1794f., 1819, 1821, 1825, 1850
Jacquot, Pierre 911
Jaeger, Richard 1817
Jahn, Hans Edgar 640
Jansen, Josef 22, 1184, 1192, 1197, 1282, 1287, 1294, 1305, 1328, 1330, 1333, 1338, 1340, 1355, 1358, 1366, 1459, 1526, 1528, 1541, 1551f., 1564, 1568f., 1575, 1579, 1583–1587, 1589, 1610, 1642, 1672, 1709f., 1723, 1730, 1734, 1750f., 1754, 1760f., 1768, 1773, 1775, 1777, 1789, 1791, 1809, 1811f., 1819, 1825
Jebb, Gladwyn 495, 746, 769, 1462, 1512, 1615f.
Jessup, Philip 151f.
Johnson, Lyndon B. 1396, 1414, 1909
Joxe, Louis 220, 725, 798, 815, 853, 889–891, 899, 901, 1114, 1123, 1127–1129, 1185, 1209, 1213, 1224, 1230, 1242, 1390, 1448, 1461, 1463, 1610, 1613f., 1618f., 1642, 1851
Juin, Alphonse 572, 589, 642, 662, 678, 702, 812
Jurgensen, Jean 1249, 1262

Kádár, János 914
Kaisen, Wilhelm 231
Kaiser, Jakob 61, 68, 83, 148, 156, 160, 166, 239, 271, 319–321, 328, 330, 334f., 337, 339, 349, 353, 356, 361f., 364, 366f., 378, 380, 382, 387, 392f., 416, 424, 447, 469–471, 474, 486–489, 661, 758, 838, 1080f., 1089, 1114f., 1118, 1860, 1863, 1872
Kammhuber, Josef 1187
Karl der Große 235, 708, 1750
Kassler, Rolf 71
Kaufmann, Erich 346, 851
Kaulbach, Eberhard 585
Kempski, Hans-Ulrich 1796
Kennan, George F. 946
Kennedy, John F. 14, 1213, 1393–1396, 1400–1409, 1412–1423, 1425–1428, 1430–1433, 1436f., 1439f., 1442, 1444, 1539, 1543, 1549, 1552f., 1559, 1580–1582, 1601f., 1674–1676, 1678–1681, 1683, 1686–1689, 1691–1701, 1703, 1705, 1724, 1729f., 1738, 1742, 1745, 1753, 1756–1758, 1760, 1762–1766, 1769–1772, 1774, 1776, 1785–1787, 1794, 1798, 1802–1804, 1830f., 1833f., 1836, 1840f., 1844, 1846f., 1851, 1900f., 1903, 1906f.

Kerenski, Alexander 449
Kessel, Albrecht von 97, 143, 146, 189, 193, 206, 271, 523, 577, 579f., 589f., 646, 648, 677, 682f., 685, 706f., 764, 768, 804, 1205, 1308
Kielmansegg, Johann Adolf von 579, 587, 669
Kiesinger, Kurt Georg 487, 790, 1837, 1909f.
Kingsbury-Smith, Joseph 235f., 243, 247, 251, 331, 333, 564f., 1447, 1707, 1864, 1904
Kirkpatrick, Ivone 105–107, 109, 111f., 114, 127, 129f., 167f., 183, 263, 386, 511f., 515, 519, 522f., 534, 552, 555, 558, 561, 564, 599, 605, 607, 614f., 617, 620, 627
Kissinger, Henry A. 1208, 1406, 1436, 1697
Klaiber, Manfred 1222, 1636, 1854
Kluthe, Hans 722, 724, 730, 744
Knappstein, Karl Heinrich 1063, 1346, 1785f., 1846,
Köhler, Henning 1584
Koenig, Pierre 56, 61, 662, 710, 715, 717, 726, 728, 733, 735, 983, 1092, 1152, 1154f., 1209
Kohl, Helmut 1911
Kohler, Foy D. 1351, 1412
Kolumbus, Christoph 1348
Kosthorst, Daniel 839
Kraft, Waldemar 765
Krekeler, Heinz 688f., 804, 848
Kroll, Hans 1210, 1248, 1326, 1332, 1347, 1385f., 1397, 1423, 1425, 1434, 1436, 1503, 1836
Krone, Heinrich 24, 753, 778, 788, 944, 946, 1089, 1196, 1198, 1209, 1251, 1262, 1267, 1270, 1320, 1346, 1376, 1387, 1392, 1399, 1403, 1443, 1484, 1517f., 1523, 1526, 1556, 1559, 1582, 1636, 1659, 1661f., 1723, 1751, 1754, 1843, 1846, 1854
Kusterer, Hermann 24, 1430, 1514, 1535, 1730
Kutsch, Paul 183

La Chauvinière s. Dufresne de La Chauvinière
Lacoste, Robert 962
Lahr, Rolf 24, 435, 437, 447, 484f., 1107f., 1112–1115, 1122, 1126, 1128–1131, 1138, 1570, 1573, 1576, 1586, 1721, 1750, 1827
Laloy, Jean 141, 144f., 189f., 195, 557, 663, 924, 928, 1248, 1271, 1294, 1329, 1351, 1355, 1366, 1368, 1393, 1519, 1660, 1840
Lange, Halvard 904, 919, 942
Laniel, Henri 198
Laniel, Joseph 53, 198, 215f., 228, 302, 305f., 310, 423, 446, 448, 680f., 684–686, 689–691, 695, 702f., 709, 1875
Larminat, Edgar de 581f., 600
Larock, Victor 1060
La Tournelle, Guy Le Roy de 55f., 165, 526, 642, 662
Lattre de Tassigny, Jean de 34
Laurent, Charles 65
Lauret, René 1726
Lavaud, Gaston 1162, 1168, 1698, 1700
Layton, Walter 232
Leacocos, John 502
Leduc, François 1212, 1219, 1226, 1236, 1453, 1520, 1661
Lefèvre, Théo 1561f.
Legendre, Michel 1105f., 1237
Le Hingrat, Pierre 1180
Lehr, Robert 261, 1423
Leibl, Wilhelm 104
Lemaire, Maurice 306, 733, 735
Lemmer, Ernst 156, 1299
Lemnitzer, Lyman L. 1693, 1736
Lenz, Otto 24, 72, 135, 193, 345, 351, 357, 362, 610, 652, 659, 679, 1123f.
Leroy-Beaulieu, Paul 571f., 578
Lersner, Kurt von 1204f.
Lesca, Charles 97
Le Troquer, André 696
Leusse, Pierre de 47, 642, 662, 1698
Leverenz, Bernhard 1805
Lie, Trygve 158
Liencourt, François de 1358
Lloyd, Selwyn 894, 912, 939, 954, 1028, 1052f., 1070, 1191, 1241, 1249–1252, 1260, 1284–1286, 1291, 1293, 1295–1304, 1308, 1311f., 1314–1318, 1359f., 1364, 1368, 1371, 1380, 1462, 1509, 1614, 1623, 1651, 1653f.
Löwenstein, Hubertus Prinz zu 426
Longchambon, Henri 735, 1144, 1148
Louvel, Jean-Marie 982f.
Lovett, Robert A. 604
Luce, Henry R. 1489
Lucet, Charles 1294, 1519, 1768, 1773, 1777
Lübke, Heinrich 984, 1010, 1341, 1377, 1547, 1557, 1559, 1714, 1716–1718, 1726, 1738, 1742, 1743, 1747f., 1751, 1800, 1852
Lübke, Wilhelmine 1717f.
Lütkens, Gerhard 673
Luns, Joseph 1033, 1060, 1490, 1494, 1498, 1508, 1545–1548, 1556, 1559–1561, 1574, 1588, 1590f., 1689
Lyon, Cecil B. 804

Macmillan, Harold 13, 496, 845f., 850, 854f., 858, 863, 865, 874–876, 878, 880, 942, 944, 950, 960, 978, 1030, 1052, 1067, 1069, 1073f., 1077, 1172, 1175, 1179, 1186, 1188, 1213, 1217–1219, 1221, 1224, 1226f., 1230, 1237, 1242, 1249f., 1260, 1264–1266, 1269f., 1272, 1274–1276, 1279f., 1283f., 1288, 1291, 1302f., 1309, 1312, 1317f., 1320, 1324f., 1327, 1330, 1332, 1344f., 1353, 1359f., 1367, 1369–1372, 1382, 1395, 1402, 1405, 1408, 1412–1414, 1423, 1426f., 1432, 1450, 1452, 1455–1458, 1462, 1471, 1473, 1475, 1477, 1493, 1495–1500, 1502–1504, 1507, 1512f., 1520f., 1531f., 1541, 1548, 1550, 1553, 1564, 1570, 1574, 1593, 1598f., 1605f., 1609–1616, 1618, 1623, 1631f., 1635, 1638, 1644, 1647, 1650–1653, 1661, 1688, 1694, 1720, 1735, 1758, 1762f., 1769, 1784, 1833, 1844, 1852, 1892, 1894, 1896, 1899f.
Maier, Klaus A. 23
Maier, Reinhold 72, 1047
Maillard, Pierre 24, 29, 395, 1713, 1741, 1818, 1825
Maizière, Ulrich de 577, 579, 582, 585, 587, 597, 600, 754, 767
Majonica, Ernst 1815
Malène, Christian de la 1820
Malenkow, Georgij 818
Malinowski, Rodion 1374
Maltzan, Vollrath von 22, 308, 329, 831, 840–842, 844, 848, 870, 881f., 898, 915f., 918, 920, 924, 928–930, 958, 1078, 1101, 1112, 1114, 1117, 1153, 1165, 1170f., 1209, 1213, 1221f., 1225, 1243f., 1448, 1604, 1708
Mancinelli, Giuseppe 1180, 1183
Mansholt, Sicco 1061
Margerie s. Jacquin de Margerie
Margulies, Robert 1048, 1059, 1795, 1843
Marie Antoinette (Königin von Frankreich) 1514
Marie, André 45
Marie-Sophie (Königin von Neapel-Sizilien) 96
Marjolin, Robert 970, 1011, 1032, 1035, 1038, 1065f.
Markscheffel, Günter 464, 1358
Marshall, George C. 532, 544f., 549, 591
Martin, Berthold 1527, 1540
Martino, Gaetano 904, 919, 942, 975, 985f., 1008, 1016, 1041
Marty, François 1732
Massigli, René 24, 41, 46, 101, 157, 196f., 291, 297, 310, 486, 491, 506, 513, 544, 577, 649, 659, 687, 728, 747f., 766f., 775–777, 810, 813, 889, 979, 1870, 1875
Massu, Jacques 962f., 1348
Maudling, Reginald 1065–1068, 1071, 1451, 1461, 1463f., 1472
Mauriac, François 38
Mayer, Daniel 54
Mayer, René 22, 48, 83f., 118, 185, 187, 192, 196, 245, 262, 291, 299, 301, 391, 393f., 396, 398–402, 417, 437, 477, 513, 562, 653–656, 658f., 661f., 664, 666f., 670, 672, 675f., 679, 685, 690, 805, 940, 982f., 985, 1060, 1873–1875
Mazarin, Jules 1441
McCloy, John 73–76, 78f., 85f., 103, 105–109, 111, 114, 117, 127, 129f., 132, 135f., 143f., 148, 155, 171, 174, 183, 237f., 263, 326, 333, 343, 350–352, 357, 508–511, 515f., 519f., 522–424, 534, 540, 548, 551, 555, 558, 561, 564, 567, 574, 576, 586, 588–590, 595–597, 599, 603, 605, 607, 613–615, 617, 620, 627f., 656f., 668, 673, 788, 1140, 1320, 1361, 1409, 1418, 1774
McElroy, Neil H. 1189
McGhee, George 1835
McNamara, Robert 1405, 1678, 1693, 1698–1701, 1704, 1762, 1764f.
Medina, Paul 1022
Meissner, Boris 1278
Mende, Erich 72, 894, 1334, 1438f., 1566, 1774, 1795, 1800, 1806, 1811, 1814, 1817
Mendès France, Pierre 8, 11, 22, 24, 31, 53, 162, 228, 449–458, 460, 463–466, 468f., 471–473, 475–489, 494, 709–712, 715–736, 738–754, 757, 759–767, 769, 771–778, 780–787, 789–800, 802–815, 817–819, 821, 832, 888, 907, 935, 962, 969, 971, 979, 1004f., 1059, 1095, 1101, 1117, 1125, 1136, 1143–1148, 1150–1152, 1201, 1255, 1287, 1308, 1453, 1603, 1862, 1878–1882, 1890
Merchant, Livingston T. 1243, 1830
Merkatz, Hans Joachim von 471, 1815
Messmer, Pierre 1583, 1648f., 1653, 1685, 1694, 1696, 1720, 1777, 1824, 1830f., 1835, 1837, 1901
Meyer, André 736
Meyer, Jean 1230
Meyers, Franz 964
Mikojan, Anastas 960, 1260f.
Mischlich, Robert 245–247
Mitterrand, François 888, 1788, 1911f.
Moch, Jules 24, 83, 118, 451, 513, 515f., 529–532, 537–539, 542, 544–547, 549f.,

552f., 556, 561f., 564, 568, 574, 583, 585, 589, 593, 612, 662, 677, 698, 720, 752, 805f., 847, 850, 857, 892f., 898, 902, 933f., 1276, 1287, 1866
Moch, Germaine 549
Mohammed V. (König von Marokko) 1818
Mollet, Guy 9f., 31, 252f., 287, 313, 402, 561f., 633, 687, 690, 698, 702, 704, 709, 724, 735, 738, 741, 790, 850, 887–889, 891–895, 897–899, 901f., 905–913, 915–917, 920f., 930, 934, 940, 962, 964, 966, 1003–1006, 1011, 1013, 1015, 1018–1024, 1026–1029, 1031, 1033–1035, 1038–1040, 1042–1047, 1049, 1057, 1059, 1117f., 1125, 1127, 1130–1134, 1136–1138, 1161, 1163, 1165, 1167, 1170, 1172, 1175, 1177, 1210, 1212, 1220, 1228, 1448, 1459, 1481, 1597, 1603, 1613, 1737, 1820, 1862, 1878, 1887–1889
Mollet, Pierre 252
Molotow, Wjatscheslaw 8, 42, 215, 221–224, 696, 720, 723f., 744, 798, 818, 855, 863, 877f., 1878
Mommer, Karl 384, 427, 437, 458, 464, 489, 1058, 1115, 1375, 1586, 1796, 1800f., 1804, 1808
Monnet, Jean 5f., 24, 31, 37, 240–245, 249–251, 255–261, 263–266, 269f., 279f., 283f., 290, 299, 337–339, 365, 443, 507, 513, 517, 519, 530, 535, 541–543, 545, 551, 554, 585, 587f., 593, 595, 614, 627, 664, 666, 710, 738, 764, 796, 940, 969–978, 981–985, 992, 1000, 1005f., 1022, 1027, 1033, 1056, 1058, 1139, 1484, 1510, 1512, 1526, 1533, 1539, 1556, 1712, 1723, 1737f., 1751, 1759, 1775, 1807f., 1818, 1822, 1864f., 1869, 1885, 1897
Montalat, Jean 1194
Montel, Eugène 502
Montesquieu, Charles de 1731
Morice, André 1106f.
Morrison, Herbert 277, 597f.
Moulin, Jean 40
Mounier, Emmanuel 39
Müller, Erwin 348
Müller-Armack, Alfred 990, 1018, 1025, 1073, 1453, 1457, 1468f., 1472, 1478, 1576, 1827
Müller-Roschach, Herbert 1455, 1482, 1517, 1519, 1524f.
Murphy, Robert D. 754, 773, 1623f., 1628
Mussolini, Benito 1749

Nagy, Imre 914
Napoleon I. (Kaiser der Franzosen) 449, 667, 1502, 1633
Nasir (genannt Nasser), Gamal Abdel 911–913
Necker, Jacques 449
Nehru, Jawaharlal (genannt Pandit) 909, 912
Neumayer, Fritz 378, 474,
Ney, Hubert 380f., 479, 487, 1082f., 1085, 1088, 1102, 1111, 1113, 1115, 1117f., 1126, 1129
Nitze, Paul 1438
Noack, Ulrich 66, 80, 500
Noblet, Jean de 164f.
Noël, Emile 1011
Noiret, Charles 643
Nora, Simon 451, 723
Norstad, Lauris 1178, 1354, 1362, 1365, 1412, 1543, 1607f., 1611, 1627, 1632, 1634, 1636, 1638f., 1644f., 1647f., 1654, 1663, 1665, 1667, 1671, 1673–1675, 1678f., 1681, 1683, 1689, 1691–1693, 1697, 1699, 1705, 1728, 1736, 1745, 1765
Northe, Heinrich 1393
Nostitz, Gottfried von 71
Nostitz, Siegfried von 1390
Nutting, Anthony 769, 777

Oberländer, Theodor 765, 883, 1054
Ockrent, Roger 1074, 1461
Olié, Jean 1656
Ollenhauer, Erich 61, 208, 274, 362, 402, 414, 464, 504, 621, 633, 650, 674, 720, 760, 762, 781, 789, 797, 801, 816, 848, 884, 1058, 1125, 1137, 1190, 1212, 1222, 1251, 1291, 1347, 1375, 1434, 1438f., 1553, 1589, 1796, 1800, 1808, 1813, 1815
O'Neill, Con Douglas 115
Ophüls, Carl Friedrich 282, 346, 444, 447, 668f., 701, 749, 767, 777, 971–973, 975, 985, 990–992, 995, 999, 1018, 1025–1027, 1038, 1040, 1049, 1551f., 1775
Opitz, Hans-Joachim 1121
Oppenheimer, Franz 1010
Ormesson, Wladimir d' 352
Osterheld, Horst 24, 1535, 1543, 1599f., 1759, 1766, 1799, 1803, 1846

Palewski, Gaston 594, 690, 821, 983, 1152, 1155, 1478, 1636
Palewski, Jean-Paul 1670
Papen, Franz von 965
Paris, Jacques-Camille 365
Parodi, Alexandre 54f., 141, 143, 151f., 154,

157, 164f., 173, 176, 237, 247, 292, 301, 311, 394, 405, 417, 436, 445, 486, 538, 553, 557, 563, 572, 614, 642, 644, 652, 662, 695, 699f., 713, 718, 729, 732f., 764, 823, 940, 1862, 1870f.
Pearson, Lester 609, 904, 919, 942
Pelabon, André 710, 735, 1144
Pella, Giuseppe 1060, 1489f., 1494, 1498, 1636
Pellenc, Marcel 1141
Perkins, George 572
Pescatore, Pierre 1552, 1554
Pétain, Philippe 50, 161, 450
Petsche, Maurice 537
Peyrefitte, Alain 24, 1197, 1511, 1594f., 1726, 1741, 1762, 1769, 1771, 1775, 1817, 1831, 1834, 1849
Pfeiffer, Peter 249
Pferdmenges, Robert 1229
Pfleiderer, Karl-Georg 427, 437, 462, 638
Pflimlin, Pierre 696, 962–966, 1106f., 1152, 1210, 1212, 1228, 1231, 1448, 1481, 1590, 1820
Philip, André 243, 253, 330, 562, 633
Picard, Maurice 1221f., 1224
Piccioni, Attilio 741, 743f., 1749
Pinay, Antoine 9, 11, 31, 52f., 132, 161f., 177, 183, 185, 313, 352, 368, 371, 486, 488, 490–496, 618, 628, 631, 644, 646–648, 652–654, 820f., 823, 825, 827–829, 837, 845f., 849f., 852–855, 857–859, 862–867, 869f., 873–878, 880–882, 887, 889f., 940, 964–966, 972f., 975–980, 985, 987–989, 996f., 1002, 1005, 1057, 1076–1079, 1081, 1084–1097, 1100f., 1104–1106, 1108–1110, 1114, 1119, 1130, 1153f., 1156, 1158, 1184, 1210, 1218, 1225, 1227f., 1447f., 1451f., 1454, 1459, 1467, 1484f., 1494, 1511, 1604, 1640, 1737, 1873, 1883, 1885–1887, 1893, 1904
Pinay, Marguerite 161
Pineau, Christian 10, 751, 888–894, 902f., 905f., 912f., 917, 920, 929, 934f., 939, 943, 947, 950, 952, 954, 956f., 959, 961, 1004f., 1007f., 1011, 1013, 1016f., 1020f., 1024f., 1028, 1032–1034, 1036f., 1041, 1046f., 1049, 1053f., 1056, 1060, 1067, 1070, 1117–1124, 1127, 1130, 1134, 1165, 1181–1183, 1185, 1187, 1191, 1194–1196, 1887f.
Pisani, Edgar 1769, 1838
Pius XII. 1615
Pleven, René 6, 31, 52f., 136f., 164f., 245, 265, 284, 305, 368, 513f., 516, 525, 529–531, 535, 538, 540f., 543, 545f., 548f., 551f., 559–562, 572, 583, 593, 597f., 600, 607, 618, 628, 631, 633, 647, 649, 662, 678, 681, 702, 708, 734, 757, 940, 1005f., 1059, 1141–1143, 1593, 1788, 1866f., 1880
Plowden, Edwin 614, 627
Poher, Alain 1101, 1121f., 1125
Poidevin, Raymond 530, 551, 641
Poincaré, Raymond 57
Pompadour, Jeanne Marquise de 460
Pompidou, Georges 54, 1440–1442, 1590, 1593–1595, 1733, 1742, 1766, 1776, 1779, 1801, 1820f., 1836, 1910
Poppinga, Anneliese 1585, 1728
Preusker, Viktor-Emanuel 459, 474
Puttkamer, Jesco von 1646

Quarles, Donald 915
Quay, Jan-Eduard de 1545, 1561f.
Queuille, Henri 513, 593

Raab, Julius 822
Radford, Arthur 910, 1161, 1176
Ramadier, Paul 42, 1011, 1014f., 1037, 1043, 1053
Ramcke, Heinrich 118
Rapacki, Adam 943, 946f., 959, 1217, 1237, 1355
Rathenau, Walther 79
Raymond, Jack 520
Reber, Samuel 115
Reilly, Patrick 209, 731
Reston, James 1432
Reuter, Ernst 154, 156
Reuter, Paul 243, 541
Rey, Jean 1061, 1490
Reynaud, Paul 243, 303, 305, 502, 506, 1059, 1255, 1529, 1600, 1666, 1720f.
Richelieu, Armand Jean du Plessis Duc de 778, 1271, 1334, 1441
Riddleberger, James W. 200, 589
Ridgway, Matthew 680, 1148
Rivau, Jean du 39
Rivière, Jean 970
Roberts, Frank 952, 1422
Robertson, Brian 73–75, 78–80, 85f., 99, 111, 233, 237–239, 508–510
Röchling (Familienname) 493–496, 1088, 1091, 1115, 1135
Röchling, Hermann 494
Roediger, Conrad Frederick 580–587, 590
Röpke, Wilhelm 70
Roosevelt, Franklin D. 1623, 1633
Rosenthal, von 1215
Rothschild (Familienname) 186, 1441
Rouanet, Pierre 747

Rovan, Joseph 39
Rusk, Dean 1393f., 1405, 1409–1412, 1415, 1417f., 1421, 1431, 1438, 1598f., 1601, 1678, 1680, 1683, 1688, 1691, 1693, 1699f., 1703–1705, 1736, 1774, 1786, 1790, 1799, 1809, 1817, 1853
Rust, Josef 1159, 1184

Sadrin, Jean 616f.
Salan, Raoul 963, 1235
Salat, Rudolf 98
Salisbury, Robert 200, 202f., 209, 681f.
Sattler, Dieter 1775
Sauvagnargues, Jean 56, 111, 145f., 163, 165, 173, 180, 186, 189f., 195, 197f., 211, 228, 282, 292, 304, 440, 451f., 587, 682, 714f., 730, 732, 741, 829, 979, 1122, 1130, 1143, 1153, 1862, 1874
Savary, Alain 197f.
Schacht, Hjalmar 1062
Schäfer, Hermann 474
Schäffer, Fritz 68, 251, 614, 639, 900f., 1502
Schäffer, Hans 251
Schaus, Eugène 1490, 1494, 1498, 1545f., 1556, 1559–1561, 1574, 1588, 1591
Scheel, Walter 1722
Scherpenberg, Albert Hilger van 1001, 1062f., 1167, 1219, 1224–1227, 1242, 1332, 1346, 1378, 1454, 1460, 1465–1468, 1506, 1517, 1519–1522, 1660f., 1709
Schlüter-Hermkes, Maria 95
Schmid, Carlo 272, 352, 362, 464, 481, 489, 519, 521, 550, 633, 955, 1058, 1276, 1805, 1813, 1815f., 1822
Schmidt, Helmut 1646, 1681, 1910f.
Schmittlein, Raymond 98
Schmückle, Gerd 1196
Schneider, Heinrich 334, 380f., 479, 1082, 1085, 1088, 1102f., 1111–1113, 1129
Schröder, Gerhard 24, 1423–1425, 1430, 1433f., 1438, 1442f., 1518, 1569, 1574, 1585, 1588, 1590–1592, 1596, 1598f., 1601, 1700f., 1721, 1723f., 1730, 1733, 1735f., 1738–1740, 1742f., 1747, 1750, 1752, 1754, 1756, 1758–1761, 1772–1779, 1786, 1789–1792, 1799, 1802, 1806, 1811–1814, 1821, 1827–1829, 1835, 1838f., 1842, 1847f., 1853f., 1903, 1906
Schukow, Georgij 862
Schultz, Fritz-Rudolf 1805
Schumacher, Kurt 30, 60–62, 82–88, 113, 115, 121f., 136, 148f., 154, 156, 158, 170, 177, 231f., 235, 238, 251, 268, 271, 274f., 278, 319, 321–323, 330, 333, 338, 343, 345f., 521–524, 533f., 543, 550, 552, 556, 563f., 568, 571, 579, 599, 638, 650, 1862, 1864, 1866, 1869
Schuman, Robert 5–7, 22, 26f., 30, 45–48, 50f., 53–55, 57, 66, 77f., 81, 83–85, 88, 90f., 99–101, 103–107, 109f., 112–114, 116–118, 120, 122f., 125, 127–130, 132f., 135–139, 141–147, 149, 152, 156f., 162, 164f., 167, 169, 171–175, 177, 180, 183–186, 189, 217, 223, 229f., 232–234, 238, 242, 244–249, 253f., 256, 261–263, 265–271, 274, 277–280, 283–285, 290f., 306, 314, 317–326, 329–331, 333, 335–344, 347f., 350–363, 365, 367–391, 394f., 398, 402, 419, 450, 457, 471, 499–502, 504f., 507–509, 513f., 518, 527–530, 532, 535f., 538, 541–543, 546–548, 550f., 557–562, 564–566, 572, 575, 577f., 583, 589, 591, 593, 595, 597f., 604–608, 610f., 613f., 618–634, 640, 644–646, 649f., 652, 655f., 670, 710, 735, 738, 741, 756, 764, 790, 809f., 940, 972, 982, 1005, 1059, 1076, 1106f., 1141, 1484, 1733, 1852, 1859f., 1862–1873, 1877, 1879
Schumann, Maurice 53f., 197, 292, 303, 417, 429–431, 434–437, 440–447, 598, 632f., 651, 695, 699, 710, 798, 1291, 1590, 1874
Schwarz, Hans-Peter 103, 278, 1185, 1584
Schwarz, Werner 1503, 1828, 1838
Schwarz-Liebermann, Hans-Albrecht 1079f.
Schwerin, Gerhard von 508–510, 537
Seebohm, Hans Christoph 524
Segni, Antonio 1488, 1545f., 1556, 1559–1561, 1574, 1583, 1588, 1591, 1629, 1636
Servan-Schreiber, Jean-Jacques 745f., 764
Sethe, Paul 330
Seydoux Fornier de Clausonne, François 24, 55f., 60, 143, 165, 187, 190f., 205, 282, 286f., 290, 292, 297, 306, 373, 374, 405, 421, 425, 428, 444f., 454, 525, 543, 561, 629, 662, 670, 682, 844, 1227f., 1230, 1237, 1244f., 1249f., 1262, 1268, 1277f., 1287, 1302, 1308f., 1311, 1321, 1323, 1330f., 1334, 1336–1340, 1356, 1366f., 1376–1378, 1380–1382, 1391, 1414, 1435, 1460, 1465, 1473, 1490, 1493, 1505f., 1508, 1513, 1515, 1522, 1529, 1531, 1533, 1537, 1582, 1608, 1618f., 1656f., 1662, 1667, 1669, 1685, 1709, 1717, 1720, 1724, 1727, 1754, 1761, 1818, 1862, 1873–1875
Seynes, Philippe de 726f., 729, 732, 741
Shinwell, Emanuel 548
Shuckburgh, Evelyn 764

Sieburg, Friedrich 1636
Siegler, Heinrich von 23
Smirnow, Andrej 923, 926, 931, 953, 960, 1239, 1242, 1347, 1387, 1393, 1427, 1444
Smith, Adam 1010
Smith, Walter Bedell 688
Soames, Christopher 1769
Sonnemann, Theodor 1029
Sonnenhol, Gustav Adolf 648, 695, 726
Sorensen, Theodore 1407
Soustelle, Jacques 790, 1463f., 1466
Soutou, Georges-Henri 290
Soutou, Jean-Marie 450, 455, 458, 462, 465, 471, 473f., 476f., 483, 486, 792, 803, 810, 812, 814, 854, 883, 892, 1593
Spaak, Paul-Henri 275, 294f., 443–445, 448, 709, 712, 717, 739–743, 750, 758, 768, 785, 960, 969f., 975–978, 982f., 987f., 990, 994, 996f., 999f., 1006–1009, 1013, 1015, 1017, 1020f., 1023, 1025–1027, 1032, 1049, 1087, 1324, 1425, 1552, 1556, 1559–1561, 1566, 1569, 1572–1574, 1577, 1588, 1590–1592, 1605, 1611–1615, 1629, 1635f., 1654f., 1663, 1673f., 1679, 1687, 1689, 1735
Speidel, Hans 514, 519, 565, 573, 576, 581, 587, 595, 599-601, 644, 1154, 1220f., 1664, 1727
Spofford, Charles 553f., 556–560, 562
Staël, Germaine de 1857
Stalin (eigentlich Dschugaschwili), Jossif 7, 35f., 140, 144–146, 153, 159f., 162, 168f., 177, 186f., 216, 296, 302, 312, 677, 756, 1343, 1357, 1623, 1868, 1874f., 1879
Starkenborgh, A.W.L. Tjarda van 308
Stassen, Harold 902–904, 933f., 945
Steel, Christopher 223, 1242, 1249f., 1264, 1381f., 1433, 1502, 1775
Stehlin, Paul 1164
Steininger, Rolf 160
Stevenson, Adlai 1393
Stikker, Dirk Uipko 280, 556, 605f., 610f., 1636, 1663, 1689, 1700, 1751f., 1757
Storch, Anton 251, 1029
Strang, William 544
Straus, Emil 1081, 1102
Strauß, Franz Josef 11f., 24, 376, 416, 491, 495, 738f., 753, 778, 972, 999, 1006, 1010, 1014–1016, 1026, 1029, 1031, 1034, 1039, 1084, 1113, 1158, 1161–1164, 1166–1175, 1180f., 1183–1188, 1190–1193, 1195–1199, 1214, 1219, 1354, 1406, 1421, 1425, 1518, 1583, 1608, 1618–1621, 1630, 1638, 1648f., 1653, 1656, 1672f., 1677f., 1680, 1683–1686, 1692–1694, 1696f., 1699, 1701, 1703, 1710, 1719, 1729–1731, 1736f., 1752, 1758f., 1843, 1889, 1901, 1905
Stresemann, Gustav 139, 1857
Strohm, Gustav 334, 346, 359, 364
Stücklen, Richard 1206
Sudreau, Pierre 1327
Süsterhenn, Adolf 382

Taft, Robert 192
Talleyrand-Périgord, Charles Maurice Prince de 908, 1334
Tarbé de Saint-Hardouin, Jacques 44
Taviani, Paolo E. 12, 303, 1183–1188, 1190f., 1195, 1630, 1889
Taylor, Maxwell D. 1699, 1736
Teitgen, Pierre-Henri 200, 237, 292, 294, 299, 301, 305f., 308, 436, 443–448, 501, 647, 681, 703, 708f., 982, 1005, 1874, 1878
Terrenoire, Louis 1594, 1820
Thedieck, Franz 380
Thierfelder, Rudolf 364–366, 404, 406f., 409, 447, 487, 1526
Thompson, Llewellyn E. 1240, 1394f., 1404, 1416f., 1422f., 1431, 1433f., 1437
Thorneycroft, G. Peter 1055, 1065f.
Thoß, Bruno 23
Tillmanns, Robert 148
Tirard, Paul 65
Tito (eigentlich Broz), Josip 939
Tomlinson, William M. 591
Touré, Sékou 1339
Truman, Harry S. 502, 559, 561, 572, 591f., 607, 614
Tschujkow, Wassilij 140
Twining, Nathan F. 1643

Ulbricht, Walter 924, 1403, 1411
Uri, Pierre 243, 314, 541, 970f., 997, 1000, 1009

Valéry, François 267, 980, 1459
Valluy, Jean-Etienne 735, 1144, 1161, 1164, 1167f., 1639f.
Vendroux, Jacques 806, 983
Verdi, Giuseppe 1729
Verdier, Jean 1236
Vermeil, Edmond 38
Verret, Alexandre 1019
Vialon, Friedrich-Karl 600
Viénot, Pierre 907
Vos van Steenwijk, J.A.G. de 1567f., 1589

Walther, Gebhardt von 273, 607, 644, 676f., 682, 827, 1649, 1698, 1752

Ward, John G. 569f., 574f., 581
Wehner, Herbert 61, 464, 878f., 955, 1058, 1124, 1375f., 1518, 1795, 1807f., 1814, 1816
Weinhold, Edgar 72
Weiss, Carl 1640
Weizsäcker, Carl Friedrich von 1140
Welck, Wolfgang von 851
Wellington, Arthur Herzog von 667
Welsch, Heinrich 1099, 1102f., 1113, 1117
Wenger Paul Wilhelm 345–347, 357, 1815
Werner, Pierre 1545, 1561f.
Wessel, Helene 64
Westrick, Ludger 1159
Wettig, Gerhard 160
Whitney, John H. 1241
Wigny, Pierre 1457, 1485, 1489–1491, 1494, 1498, 1545f.
Wildermuth, Eberhard 519
Wilhelm II. (Deutscher Kaiser) 1782
Wilowitsch, Mustafa 939
Winogradow, Sergej 9, 750, 821, 827, 860, 950, 1261, 1270, 1281, 1512
Wischnewski, Hans-Jürgen 1234, 1387
Wormser, Olivier 292, 308, 1153f., 1171, 1453, 1457–1459, 1461, 1468, 1478, 1506, 1519, 1524f., 1827
Würmeling, Franz-Josef 474, 1711
Wyler, Eugen 66

Zeeland, Paul van 232, 280, 293, 300f., 314, 604–606, 611, 671
Zimmer, Alois 438, 447, 487, 1089
Zimmermann, Friedrich 1192